THE UNIVERSITY

OF ILLINOIS

LIBRARY

ꝺꝺꝺ.ꝺ

ꝺ0981p

1904-05

REMOTE STORAGE

Protokoll

über die

Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Abgehalten zu Bremen

vom 18. bis 24. September 1904

Berlin 1904

Verlag: Expedition der Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 69

(Ernst Preczang)

335.5
So98lp
1904-05

REMOTE STORAGE

I LIR

Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

beschlossen auf dem Parteitage zu Erfurt 1891.

Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnotwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes, dessen Grundlage das Privateigentum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet. Sie trennt den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen besitzlosen Proletarier, indes die Produktionsmittel das Monopol einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden.

Hand in Hand mit dieser Monopolisierung der Produktionsmittel geht die Verdrängung der zersplitterten Kleinbetriebe durch kolossale Großbetriebe, geht die Entwicklung des Werkzeugs zur Maschine, geht ein riesenhaftes Wachstum der Produktivität der menschlichen Arbeit. Aber alle Vorteile dieser Umwandlung werden von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolisiert. Für das Proletariat und die versinkenden Mittelschichten — Kleinbürger, Bauern — bedeutet sie wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung.

Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer massenhafter die Armee der überschüssigen Arbeiter, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist.

Der Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen wird noch erweitert durch die im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründeten Krisen, die immer umfangreicher und verheerender werden, die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft erheben und den Beweis liefern, daß die Produktivkräfte der heutigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen sind, daß das Privateigentum an Produktionsmitteln unvereinbar geworden ist mit deren zweckentsprechender Anwendung und voller Entwicklung.

Das Privateigentum an Produktionsmitteln, welches ehedem das Mittel war, dem Produzenten das Eigentum an seinem Produkt zu sichern, ist heute zum Mittel geworden, Bauern, Handwerker und Kleinhändler zu expropriieren und die Nichtarbeiter — Kapitalisten, Großgrundbesitzer — in den Besitz des Produkts der Arbeiter zu setzen. Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigentum, und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Vervollkommnung werde.

Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht bloß des Proletariats, sondern des gesamten Menschengeschlechts, das unter den heutigen Zuständen leidet. Aber sie kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle anderen Klassen, trotz der Interessenstreitigkeiten unter sich, auf dem Boden des Privateigentums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben.

240314

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist notwendigerweise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. Sie kann den Uebergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.

Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnotwendiges Ziel zu weisen — das ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei.

Die Interessen der Arbeiterklassen sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen. Mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den anderen Ländern. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist also ein Werk, an dem die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig beteiligt sind. In dieser Erkenntnis fühlt und erklärt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich **eins** mit den klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft also nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten Aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von diesen Anschauungen ausgehend bekämpft sie in der heutigen Gesellschaft nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung richte sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.

Ausgehend von diesen Grundsätzen fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Allgemeines gleiches direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Proportional-Wahlsystem; und bis zu dessen Einführung gesetzliche Neueinteilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung. Zweijährige Gesetzgebungsperioden. Vornahme der Wahlen und Abstimmungen an einem gesetzlichen Ruhetage. Entschädigung für die gewählten Vertreter. Aufhebung jeder Beschränkung politischer Rechte außer im Falle der Entmündigung.
2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittelst des Vorschlags- und Verwerfungsrechts. Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volks in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftbarkeit derselben. Jährliche Steuerbewilligung.
3. Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege.
4. Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken.
5. Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich- und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligen.
6. Erklärung der Religion zur Privatsache. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbständig ordnen.

7. Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Volksschulen, sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden.
8. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes. Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter. Berufung in Strafsachen. Entschädigung unschuldig Angeklagter, Verhafteter und Verurteilter. Abschaffung der Todesstrafe.
9. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel. Unentgeltlichkeit der Totenbestattung.
10. Stufenweis steigende Einkommen- und Vermögenssteuer zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind. Selbsteinschätzungspflicht. Erbschaftssteuer, stufenweise steigend nach Umfang des Erbguts und nach dem Grade der Verwandtschaft. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.

Zum Schutze der Arbeiterklasse fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutzgesetzgebung auf folgender Grundlage:
   a) Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normal-Arbeitstages.
   b) Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter vierzehn Jahren.
   c) Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach, aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit erheischen.
   d) Eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter.
   e) Verbot des Truckſystems.
2. Ueberwachung aller gewerblichen Betriebe, Erforschung und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichs-Arbeitsamt, Bezirks-Arbeitsämter und Arbeitskammern. Durchgreifende gewerbliche Hygiene.
3. Rechtliche Gleichstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter und Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern; Beseitigung der Gesindeordnungen.
4. Sicherstellung des Koalitionsrechts.
5. Uebernahme der gesamten Arbeiterversicherung durch das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung.

Organisation der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

beschlossen auf dem Parteitag zu Mainz 1900.

§ 1. Zur Partei gehörig wird jede Person betrachtet, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und die Partei dauernd durch Geldmittel unterstützt.

§ 2. Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder wer sich einer ehrlosen Handlung schuldig gemacht hat.

Ueber die fernere Zugehörigkeit zur Partei entscheidet ein Schiedsgericht, das der Partei-Vorstand beruft. Die Hälfte der Beisitzer wird von denjenigen bezeichnet, welche den Ausschluß beantragen, die andere Hälfte von dem durch diesen Antrag Betroffenen. Den Vorsitzenden bezeichnet der Partei-Vorstand.

Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts steht den Betroffenen die Berufung an die Kontroll-Kommission und den Parteitag zu.

Mit dem Tode, dem Austritt oder der Ausschließung aus der Partei verliert der frühere Parteigenosse jedes Recht, das er etwa gegen die Partei, gegen den Partei-Vorstand, gegen die Kontroll-Kommission oder gegen einzelne Parteigenossen aus seiner Parteimitgliedschaft erworben hat.

Vertrauenspersonen.

§ 3. Zur Wahrnehmung der Parteiinteressen wählen die Parteigenossen in den einzelnen Orten oder Reichstagswahlkreisen in zu diesem Zwecke berufenen Vereins- oder Partei-Versammlungen eine oder mehrere Vertrauenspersonen. Die Art der Wahl dieser Vertrauenspersonen ist Sache der in den einzelnen Orten oder Kreisen wohnenden Genossen.

§ 4. Die Wahl der Vertrauenspersonen erfolgt alljährlich und zwar im Anschluß an den voraufgegangenen Parteitag.

Die Vertrauenspersonen haben ihre Wahl mit Angabe ihrer genauen Adresse sofort dem Partei-Vorstande mitzuteilen.

§ 5. Tritt eine Vertrauensperson zurück oder tritt sonstwie eine Vakanz ein, so haben die Parteigenossen sofort eine Neuwahl vorzunehmen und ist das Resultat derselben entsprechend § 4 Abs. 2 dem Partei-Vorstande mitzuteilen.

§ 6. Da, wo aus gesetzlichen Gründen die in den vorstehenden Paragraphen gegebenen Vorschriften unausführbar sind, haben die Parteigenossen den örtlichen Verhältnissen entsprechende Einrichtungen zu treffen.

Parteitag.

§ 7. Alljährlich findet ein Parteitag statt, der von dem Partei-Vorstande einzuberufen ist.

Hat der vorhergehende Parteitag über den Ort, an welchem der nächste Parteitag stattfinden soll, keine Bestimmung getroffen, so hat der Partei-Vorstand mit der Kontroll-Kommission und der Reichstagsfraktion hierüber sich zu verständigen.

§ 8. Die Einberufung des Parteitages muß spätestens vier Wochen vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das Centralorgan der Partei mit Angabe der provisorischen Tagesordnung erfolgen. Die Einladung zur Beschickung des Parteitages ist mindestens dreimal in angemessenen Zwischenräumen zu wiederholen.

Anträge der Parteigenossen für die Tagesordnung des Parteitages sind bei dem Partei-Vorstand einzureichen, der dieselben spätestens 10 Tage vor der Abhaltung des Parteitages durch das Centralorgan der Partei bekannt zu geben hat.

§ 9. Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei.

Zur Teilnahme an demselben sind berechtigt:

1. die Delegierten der Partei aus den einzelnen Wahlkreisen, mit der Einschränkung, daß in der Regel kein Wahlkreis durch mehr als drei Personen vertreten sein darf.

Insoweit nicht unter den gewählten Vertretern des Wahlkreises Frauen sich befinden, können weibliche Vertreter in besonderen Frauenversammlungen gewählt werden.

2. die Mitglieder der Reichstagsfraktion.
3. die Mitglieder des Partei-Vorstandes und der Kontroll-Kommission.

Die Mitglieder der Reichstagsfraktion haben in allen die parlamentarische und die Mitglieder des Partei-Vorstandes in allen die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen nur beratende Stimme.

Der Parteitag prüft die Legitimation seiner Teilnehmer, wählt seine Leitung und bestimmt seine Geschäftsordnung selbst.

Zur Gültigkeit der Beschlüsse des Parteitages ist eine Beschlußfassung durch die Mehrheit der Anwesenden ausreichend.

§ 10. Zu den Aufgaben des Parteitages gehören:

1. Entgegennahme der Berichte über die Geschäftstätigkeit des Partei-Vorstandes und der Kontroll-Kommission sowie über die parlamentarische Tätigkeit der Reichstags-Abgeordneten.
2. Die Bestimmung des Orts, an welchem der Partei-Vorstand seinen Sitz zu nehmen hat.
3. Die Wahl des Partei-Vorstandes und der Kontroll-Kommission.
4. Die Beschlußfassung über die Parteiorganisation und alle das Parteileben berührenden Fragen.
5. Die Beschlußfassung über die eingegangenen Anträge.

§ 11. Ein außerordentlicher Parteitag kann einberufen werden:

1. auf einstimmigen Beschluß des Partei-Vorstandes;
2. auf Antrag der Mehrheit der Reichstagsfraktion;
3. auf Antrag von mindestens 15 Wahlkreisen;
4. auf einstimmigen Beschluß der Kontroll-Kommission.

Falls der Partei-Vorstand sich weigert, einem gestellten Antrag auf Einberufung eines außerordentlichen Parteitages stattzugeben, so ist derselbe durch die Reichstagsfraktion einzuberufen. Als Versammlungsort eines außerordentlichen Parteitages ist ein geographisch möglichst günstig gelegener Ort zu bestimmen.

§ 12. Die Einberufung des außerordentlichen Parteitages muß spätestens 14 Tage vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das Centralorgan der Partei in wenigstens drei aufeinanderfolgenden Nummern mit Angabe der Tagesordnung erfolgen.

Anträge der Parteigenossen sind spätestens 5 Tage vor der Abhaltung des Parteitages im Centralorgan zu veröffentlichen.

Im übrigen gelten für die außerordentlichen Parteitage dieselben Bestimmungen wie für die ordentlichen Parteitage (§§ 8—10).

Partei-Vorstand.

§ 13. Der Partei-Vorstand besteht aus 7 Personen, und zwar aus 2 Vorsitzenden, 2 Schriftführern, 1 Kassierer, die berechtigt sind, sich gegenseitig zu vertreten, sowie 2 Beisitzern.

Die Wahl der Vorsitzenden, Schriftführer und des Kassierers erfolgt durch den Parteitag mittels Stimmzettel in einem Wahlgange und nach absoluter Mehrheit. Hat ein Kandidat die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen nicht erhalten, so findet Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten statt, auf welche die meisten Stimmen gefallen sind. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

Die Wahl der zwei Beisitzer erfolgt durch die Kontroll-Kommission.

Nach erfolgter Wahl hat der Partei-Vorstand seine Konstituierung vorzunehmen und dieselbe im Centralorgan der Partei bekannt zu machen.

Der Partei-Vorstand verfügt nach eignem Ermessen über vorhandene Gelder

Der Partei-Vorstand oder die Kontroll-Kommission können durch keinerlei Rechtsgeschäfte die einzelnen Parteigenossen oder die Partei verbindlich machen.

Auch erwirbt kein Parteigenosse oder ein anderer durch Verträge mit dem Partei-Vorstand oder der Kontroll-Kommission ein klagbares Recht gegen diese oder ihre Mitglieder.

Kein Parteigenosse hat ohne ausdrücklichen Beschluß des Parteitages ein klagbares Recht, die Geschäftsbücher oder Papiere des Partei-Vorstandes, der Kontroll-Kommission oder der Partei einzusehen oder sich aus ihnen Abschriften oder Auszüge anzufertigen oder eine Auskunft oder Uebersicht über den Stand des Parteivermögens zu verlangen.

Hierdurch wird das Recht der Delegierten, während der Tagung des Parteitages Einsicht in die Bücher zu nehmen, nicht berührt.

§ 14. Die Mitglieder des Partei-Vorstandes können für ihre Tätigkeit eine Besoldung beziehen. Die Höhe derselben wird durch den Parteitag festgesetzt.

§ 15. Der Partei-Vorstand besorgt die Parteigeschäfte und kontrolliert die prinzipielle Haltung der Parteiorgane.

§ 16. Scheidet ein Mitglied des Partei-Vorstandes aus, so ist die Vakanz durch eine von der Kontroll-Kommission vorzunehmende Neuwahl zu ergänzen.

Kontroll-Kommission.

§ 17. Zur Kontrollierung des Partei-Vorstandes, sowie als Berufungsinstanz über Beschwerden gegen den Partei-Vorstand, wählt der Parteitag eine Kontroll-Kommission von neun Mitgliedern.

Die Wahl der Kontrolleure erfolgt nach einfacher Mehrheit. Bei gleicher Stimmenzahl entscheidet das Los. Zur Leitung ihrer Geschäfte wählt sich die Kontroll-Kommission einen Vorsitzenden, der Ort und Zeit der Sitzungen bestimmt, so weit die Kontroll-Kommission nicht darüber beschließt.

Die Kontrolle muß mindestens vierteljährlich einmal stattfinden.

Alle Einsendungen für die Kontroll-Kommission sind an den Vorsitzenden derselben zu richten, der seine Adresse im Centralorgan der Partei mitzuteilen hat.

Auf Antrag der Kontroll-Kommission oder des Partei-Vorstandes finden gemeinsame Sitzungen statt.

Centralorgan der Partei.

§ 1. Centralorgan der Partei ist der „Vorwärts, Berliner Volksblatt".

Die offiziellen Bekanntmachungen sind an hervorragender Stelle des redaktionellen Teils zu veröffentlichen.

Zur Kontrolle der prinzipiellen und taktischen Haltung des Centralorgans, sowie der Verwaltung desselben wählen die Parteigenossen Berlins und der Vororte eine Preßkommission, die aus höchstens zwei Mitgliedern für jeden beteiligten Reichstagswahlkreis bestehen darf.

Die Preßkommission entscheidet in Gemeinschaft mit dem Partei-Vorstande über alle Angelegenheiten des Centralorgans, insbesondere über Anstellungen und Entlassungen im Personal der Redaktion und Expedition. Bei etwaigen Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Partei-Vorstand und der Preßkommission entscheidet die Kontroll-Kommission, der Partei-Vorstand und die Preßkommission in der Art zu gleichen Rechten, daß jedes dieser drei Organe je eine Stimme hat.

Abänderung der Organisation.

§ 19. Aenderungen an der Organisation der Partei können nur durch einen Parteitag vorgenommen werden, doch muß die absolute Mehrheit der anwesenden Vertreter sich dafür erklären.

Anträge auf Abänderung der Organisation können nur beraten werden, wenn sie innerhalb der Fristen, welche die §§ 8 und 12 vorschreiben, zur öffentlichen Kenntnis der Parteigenossen gelangten.

Eine Abweichung von der letzteren Bestimmung ist nur dann zulässig, wenn mindestens $^3/_4$ der anwesenden Vertreter auf einem Parteitag sich für die Abweichung entscheiden.

Tages-Ordnung des Parteitages.

Sonntag, den 18. September, abends 7 Uhr:

Vorversammlung.

Konstituierung des Parteitages. Festsetzung der Geschäfts- und Tages-Ordnung. Wahl der Mandatsprüfungs-Kommission.

Montag, den 19. September und die folgenden Tage:

1. Geschäftsbericht des Vorstandes. Berichterstatter: W. Pfannkuch und A. Gerisch.
2. Bericht der Kontrollkommission. Berichterstatter: H. Meister.
3. Bericht über die parlamentarische Tätigkeit. Berichterstatter: G. Ledebour.
4. Organisation. Berichterstatter: A. Gerisch.
5. Maifeier. Berichterstatter: R. Fischer.
6. Kommunalpolitik. Berichterstatter: H. Lindemann.
7. Der internationale Kongreß in Amsterdam. Berichterstatter: A. Bebel.
8. Sonstige Anträge.
9. Wahl des Vorstandes, der Kontrollkommission und des Ortes des nächsten Parteitages.

Sitzungszeit des Parteitages:
Vormittags 9 bis 1 Uhr, nachmittags 3 bis 7 Uhr.

Bureau des Parteitages.

Vorsitzende:

H. Dietz-Stuttgart. — F. Ebert-Bremen.

Schriftführer:

Frl. Baader-Berlin	Feldmann-Langenbielau	Ullenbaum-Elberfeld
Becker-Dortmund	Lehmann-Mannheim	Wasner-Stuttgart
Dörnke-Hannover	Schmid-München	Zucht-Berlin

Mandats-Prüfungskommission:

Braun-Königsberg	Freythaler-Berlin	Knieriem-München
Düwell-Dortmund	Hofrichter-Köln	Leopold-Zeitz
Fischer-Seifhennersdorf	Keidel-Pirmasens	Zietz-Hamburg

Vorlagen an den Parteitag.

Bericht des Parteivorstandes.

Allgemeines.

Ein charakteristischer Grundzug in dem proletarischen Befreiungskampf ist das bei gegebenen Anlässen elementar zum Durch- und Ausbruch kommende Gefühl der Dankbarkeit, das die kämpfende Arbeiterklasse ihren auf exponierten Posten stehenden Kameraden und Führern entgegenbringt. Wird gar der treue Kamerad, der geliebte Führer durch den Tod seinem Wirkungskreis entrissen, äußert sich die Dankbarkeit der Arbeiter in wahrhaft rührender Weise. Dankbarkeit diktierte uns im Vorjahre eine umfänglichere Registrierung der Sterbefälle von Genossen, die sich in Vertrauensstellungen befunden hatten, die hohe Anforderungen an ihre Pflichterfüllung stellten und deren gewissenhafte Ausfüllung wesentlich die erzielten Erfolge der Partei zu verdanken waren.

Wir nehmen Veranlassung, auch den diesjährigen Bericht mit der Abtragung der Ehrenschuld an unsre in dem Berichtsjahr verstorbenen Genossen einzuleiten, wobei wir bemerken, daß die Registrierung Anspruch auf Vollständigkeit nicht erheben kann. Ihre Zahl ist groß. Aber allen gilt unser voller Dank, den Genannten und den Ungenannten.

Auf dem Dresdener Parteitag wiederholte sich der Fall, daß ein Delegierter, der gesund und lebensfroh zum Parteitag gereist war, lebend nicht zurückkehren sollte. Als am Abend nach Schluß des Parteitages Genosse Meiling-Schöneberg seine Wohnung aufsuchte, glitt er auf der Treppe aus und schlug mit dem Kopf so unglücklich auf, daß der Tod unmittelbar eintrat. — Jung, selbst in seinem Leiden noch hoffnungsfroh und voller Pläne für die Zukunft, starb nach langem schweren Krankenlager am 7. Oktober Genosse Levy im Alter von 31 Jahren. Genosse Levy war Redakteur am „Saalfelder Volksblatt" und später an der „Erfurter Tribüne". — Am 11. Oktober verstarb in Hamburg Claus Moje, einer von den Vielen, die unter dem Ausnahmegesetz der Partei unschätzbare Dienste geleistet haben. — Erst 49 Jahre alt, starb am 22. Oktober Genosse Haas in Mainz, Redakteur der „Volkszeitung" daselbst und Mitglied der hessischen Kammer. — Ihm folgte am 28. Oktober Genosse Franz Wilhelm Wenzel, Verleger der „Pfälzer Post" und Stadtrat in Ludwigshafen. — Um die gleiche Zeit verstarb im Alter von 55 Jahren Genosse Jakob Merkel. Er war der erste, der in der Pfalz in Lamprecht die Fahne der Sozialdemokratie entfaltet hatte. — Mit Genosse Samuel Spier, der am 9. Oktober in Frankfurt a. M. verstarb, schied einer von der alten Garde aus der Reihe der Lebenden. Genosse Spier, der Ende der 60er Jahre in Wolfenbüttel wohnte,

gehörte dem Parteiausschuß in Braunschweig an, der auf Befehl des Generals Vogel v. Falkenstein 1870 nach Lötzen in Ketten transportiert wurde. In den letzten Jahren seines Lebens widmete sich Genosse Spier fast ausschließlich der Genossenschaftsbewegung. — Die Reichstagsfraktion hat den Verlust von zwei ihrer Mitglieder durch den Tod zu beklagen. Am 4. Oktober starb nach längerem und schmerzhaften Leiden der Abgeordnete des 22. sächsischen Kreises Franz Hofmann im Alter von 51 Jahren. Genosse Hofmann war ein grundehrlicher Charakter, beliebt als Volksredner und als Gesellschafter hochgeschätzt, wenn nach Stunden ernster Arbeit die heitere Muße in unsern Kreisen in ihre Rechte trat. — Drei Monate später, am 7. Februar, verschied an einem Herzschlag, kaum 33 Jahre alt, Genosse Emil Rosenow. Niemand ahnte, daß der junge, kräftig gebaute Mann, der eben erst auf literarischem Gebiet einen achtungswerten Erfolg errungen hatte und zu den schönsten Hoffnungen berechtigte, so unerwartet zur Mutter Erde zurückkehren müsse. — Am 10. Januar schied Genosse Agster freiwillig aus dem Leben, ein Schicksal, das am 19. Mai Genosse Gladewitz ebenfalls ereilte. Während es bei dem ersteren der Verlust des seelischen Gleichgewichts war, waren es bei dem letzteren physische Leiden, die ihm den Lebensmut raubten. Beide haben sich durch langjährige agitatorische Tätigkeit große Verdienste um die Partei erworben. Gladewitz mußte dafür jahrelang in den Gefängnissen büßen. — Das ehemalige nordische Belagerungszustandsgebiet hat den Verlust von 2 seiner tüchtigsten Organisatoren zu beklagen. Nur 33 Jahre alt, starb am 4. Januar der Genosse Isaak Mannheimer, und am 3. März Genosse Toelge in Wandsbeck. Beide Genossen verfügten über ein vortreffliches Organisationstalent, verbunden mit einer unversiegbaren Arbeitskraft und Arbeitslust. Am Schluß des Jahres, in der zweiten Morgenstunde des 28. Juli, starb Genosse Keßler, 72 Jahre alt. Mit ihm verliert die Organisation der Freien Gewerkschaften ihren bedeutendsten Führer. — Noch eine Reihe anderer wackerer und tapferer Genossen, die auch in kritischen Zeiten ihren Mann gestanden und nun nicht mehr unter uns weilen, sind zu nennen. So Genosse Jakobs-Hamburg. Weiteren Kreisen bekannt als Hauptkassierer der Tischler-Kranken- und Sterbekasse, Genosse Heger, der, 62 Jahre alt, in Frankfurt a. M. verstarb. Heger verstand es meisterlich, den Spürnasen der Schnüffler unter dem Sozialistengesetz „manche Nase zu drehen". Ihnen reihen sich an Nitsche in Dresden und Dullens in St. Ingbert, der stets in launiger Weise in seinen Berichten an den Vorstand die saarabischen Verhältnisse zu geißeln verstand. Des weiteren Gottlieb Weiler-Stuttgart, 60 Jahre alt; Andreas Zierau, 54 Jahre alt, einer der bekanntesten Genossen Magdeburgs, Kolporteur der „Volksstimme", den ein Herzschlag hinwegraffte. — Mitten in der Ausübung seines Berufs wurde der Genosse Gräser-Elberfeld am 26. März auf der Straße vom Blutsturz befallen, von dessen Folgen er sich nicht wieder erholen sollte. — Durch die Drangsalierungen unter dem Sozialistengesetz gezwungen, sich eine neue Heimat zu gründen, hatten die Genossen Negendank-Berlin, Jakobsen-Grabow und der Schuhmacher Kürschner-Hamburg den heimatlichen Staub von ihren Füßen geschüttelt. Alle drei sind verstorben, aber jedem derselben stellt unser Parteiorgan, die „New Yorker Volkszeitung", das ehrende Zeugnis aus, stetig und unverdrossen für die Partei- und Gewerkschaftsbewegung bis an ihr Lebensende gewirkt zu haben. Soweit die Sozialdemokratie in Betracht kommt, ist der deutsche Name ein geachteter

* * *

Ohne Schmerz erlitt die Partei den Verlust, den sie durch die offizielle, beziehungsweise öffentlich erfolgte Austrittserklärung von 3 Genossen und einer Genossin zu verzeichnen hat. Es sind dieses: Lebius-Dresden, Wessel-

Düsseldorf, Mayer-Tübingen und Fräulein Imle-Düsseldorf. Wäre der Austritt der 4 Genannten aus der Partei von der bürgerlichen Presse nicht als ein besonders beachtenswertes Zeichen für die innere Zersetzung der sozialdemokratischen Partei ausposaunt worden, sie wären im Strome der Vergessenheit sang- und klanglos untergegangen.

* * *

Am 8. August v. J. sind drei weitere Opfer des Löbtauer Urteils vom 3. Februar 1899 begnadigt und in Freiheit gesetzt worden. Es sind dies die Zimmerer Karl Moritz, Johann Gedlich und Karl Wobst, die ca. 4½ Jahre von der über sie verhängten Strafe im Zuchthaus zu Waldheim verbüßt haben. 3½ bezw. 2½ Jahre sind den Bedauernswerten durch den Gnadenakt erlassen, durch den auch die Einsetzung in die bürgerlichen Ehrenrechte erfolgte. Zur Zeit befinden sich noch 2 Opfer des Löbtauer Urteils in dem Zuchthaus zu Waldheim. Es sind dies die Bauarbeiter Zwahr und Schneider, die seinerzeit zu 10 resp. 9 Jahren Zuchthaus verurteilt worden sind.

* * *

Nach Verbüßung einer zweijährigen Zuchthausstrafe ist am 2. Mai der Genosse Harder aus Kamin bei Neubuckow in Mecklenburg aus dem Zuchthaus Dreibergen entlassen worden. Wir sind von der Unschuld des Genossen Harder ebenso fest überzeugt, wie von der seines Leidensgenossen Holst in Wismar, dessen Fall wir im vorjährigen Bericht behandelten. Wie Genosse Holst so wurde auch Genosse Harder wegen Meineids verurteilt. Der Verurteilung lag folgender Sachverhalt zugrunde: In Kamin hielt eines Sonntags im Februar 1901 im Auftrage des Rechtsschutzvereins der Landarbeiter Genosse Herzfeld eine juristische Sprechstunde ab in einer Gastwirtschaft. Bei dieser Gelegenheit soll der Wirt während der Kirchzeit an Einheimische Speisen und Getränke abgegeben haben. Ein Prozeß gegen den Wirt war die Folge. Der Wirt wurde freigesprochen. Genosse Harder, vom Amtsanwalt als Zeuge geladen, soll nun dabei die für die Sache nebensächliche Aussage, daß er einen Teller Pflaumensuppe bei einem Bekannten gegessen habe, bevor er in die Wirtschaft gegangen sei, der Wahrheit zuwider abgegeben haben. Die Staatsanwaltschaft behauptete, Harder habe die Suppe erst bekommen, als er aus dem Wirtshaus zurückkehrte. Diese Behauptung fand nur eine Stütze in den wiederholt abgeänderten Aussagen einer alten Frau. Das genügte, um Harder wegen Meineid zu verurteilen. Genosse Harder hatte bei seiner Entlassung für die ausgestandenen Leiden den Trost, daß ihm die bewillkommnenden Genossen der alten treuen Kampfgenossenschaft versicherten, die ihnen auch die Pflicht auferlegt, ihm die erlittenen materiellen Verluste vergessen zu machen.

* * *

Am 21. Oktober v. J. feierten wir das 25jährige Jubiläum des Erlasses des Sozialistengesetzes. Das Ausnahmegesetz, erlassen, um die deutsche Sozialdemokratie mit Stumpf und Stil auszurotten, wurde die Ursache zu einem Zusammenschluß der Genossen, in dem die freiwillige Disziplin die Zusammenfassung der Parteikräfte in einer Weise herbeiführte, wie vordem durch die peinlichst ausgearbeiteten statuarischen Satzungen und Vorschriften nicht zu erreichen war. Die ersten Schläge, die nach dem Erlaß des Gesetzes fielen, brachten die Auflösung aller sozialdemokratischen und sozialdemokratisch anrüchigen Vereine. Und sozialdemokratisch anrüchig zu sein, dazu gehörte nicht viel. 352 Vereine verfielen der Auflösung. 1299 Druckschriften wurden verboten. Auf Grund des über die Städte Berlin, Hamburg-Altona, Harburg, Leipzig, Frankfurt a. M., Hanau, Offenbach, Stettin, Spremberg und ihre Umgebung verhängten sogenannten kleinen Belagerungszustand wurden 893 Personen aus-

gewiesen, darunter 504 Verheiratete mit 973 Kindern. Die Strafliste während der Dauer des Sozialistengesetzes weist inkl. 119 Jahre, 5 Monate und 13 Tage Untersuchungshaft, Gefängnisstrafen von 731 Jahre 6 Tage auf, ohne Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben. Je härter die Schläge fielen, je rücksichtsloser die Verfolgungen einsetzten, um so opfermutiger und opferfreudiger wurden die Genossen, deren freiwillige Disziplin die Grundlage der Erfolge bildete, die in jeder Wahlperiode vom Jahre 1881 ab in stetig steigenden Wahlziffern Ausdruck fanden. Das Zuchtmittel, mit dem die Sozialdemokratie zu Paaren getrieben werden sollte, wurde ein Agitationsmittel, wie es sich besser und nutzbringender die Partei nicht wünschen konnte. Deshalb war der Tag der 25jährigen Wiederkehr des Erlasses des Sozialistengesetzes wert, unter die Jubiläumstage in der Parteigeschichte aufgenommen zu werden.

* * *

Städtische und staatliche Verwaltungen wetteifern miteinander, den in ihren Betrieben beschäftigten Arbeitern das geringe Maß von gesetzlich gewährleisteten politischen Rechten streitig zu machen. Beschränkte man sich früher darauf, den Arbeitern zu verbieten, Mitglied eines sozialdemokratischen Vereins oder der Gewerkschaften zu sein, so wird vielfach jetzt den Arbeitern und Angestellten die wirtschaftliche Bewegungsfreiheit so eingeengt, daß von einer freien Verfügung über den Arbeitsverdienst kaum noch geredet werden kann. So trat z. B. im Oktober v. J. der Magistrat der Stadt Dresden einem Beschlusse der Stadtverordneten bei, der den städtischen Arbeitern die Zugehörigkeit an den Konsumvereinen verbietet. Einer rückständigen Wirtschaftspolitik der sogenannten Mittelstandsretterei zu Liebe, verbietet man den Arbeitern, in vorteilhafter Weise den verdienten Lohn zu verwenden, wehrt ihnen, billig gute Waren einzukaufen. Wer sich dem Verbot nicht fügen will, muß darauf verzichten, seine Arbeitskraft der städtischen Verwaltung zu verkaufen. Das ist moderne Sklaverei.

Nach demselben Grundsatz handelt der preußische Eisenbahnminister Budde. Als bekannt wurde, daß den Arbeitern und Angestellten der Eisenbahn die Mitgliedschaft an dem Konsumverein Magdeburg verboten sei, glaubten Optimisten, das Verbot beruhe auf einer sporadisch erlassenen Verfügung, wie eine gleiche schon am 10. Mai 1902 für Harburg erlassen war, die ergangen sei, weil der Magdeburger Konsumverein als besonders sozialdemokratisch anrüchig angesehen werde. Doch die Gutgläubigen sollten bald eines Besseren belehrt werden. Der Magdeburger Erlaß des Herrn Budde ist in verallgemeinerter Form allen preußischen Eisenbahnverwaltungen zugestellt. Herr Budde sagt zwar, es liege kein Anlaß vor, Beamten der Staatseisenbahnverwaltung die Beteiligung an der Leitung von Konsumvereinen zu verbieten, soweit sich die Vereine auf Verfolgung privatwirtschaftlicher Zwecke in einer für Beamte angemessenen Form beschränken." Aber fügt Herr Budde hinzu, „im allgemeinen ist es erwünscht, wenn der Warenbezug seitens der Bediensteten der Staatseisenbahnverwaltung möglichst überall durch Vermittelung des Klein- und Zwischenhandels vor sich geht." Ausnahmen von dieser Regel sollen nur in drei ganz besonderen Fällen zulässig sein. Erstens, wenn die Bediensteten in von den Hauptorten entfernten Kolonien wohnen. Zweitens, wenn am Orte unverhältnismäßige Teuerungsverhältnisse nicht nur vorübergehender Natur herrschen. Drittens, wenn zu befürchten steht, daß die Bahnbediensteten, sobald ihnen selbst die Bildung von Konsumvereinen versagt ist, anderen Konsumvereinen beitreten, die nicht lediglich auf privatwirtschaftliche Zwecke gerichtet sind. In den beiden letzten Fällen soll indes allemal ein Gutachten der Kommunalbehörden eingeholt und der zuständige Regierungspräsident um eine Aeußerung ersucht werden. Umfänglicher ist die Bevormundung der Eisenbahnbediensteten kaum möglich. Der preußische Eisenbahnminister, der sich in solcher Weise in die privatesten

Angelegenheiten der ihm unterstellten Arbeiter einmischt, findet es aber in der Ordnung, daß höhere Beamte und Offiziere größeren Konsumvereinen angehören und er selbst ist oder war Mitglied eines solchen. Das ist die Freiheit und Gleichberechtigung der Arbeiter im heutigen Staat. Die reifenden Früchte der Aussaat des Herrn Budde müssen der Sozialdemokratie zufallen

* * *

Durch statutarische Bestimmung hatte die Generalversammlung der neuen Kranken- und Sterbekasse der Maurer in Braunschweig festgesetzt, alle Bekanntmachungen nur im „Braunschweiger Volksfreund" zu veröffentlichen und das „Amtsblatt" nur in den Fällen zur Insertion mit zu benutzen, wenn die Aufsichtsbehörde eine Generalversammlung anordne. Magistrat und Polizeidirektion hatten das Statut beanstandet, weil die Behörde im Interesse der Ueberwachung der Kasse die Bekanntmachung im Amtsblatt fordern müsse Es dürfte nicht geduldet werden, daß aus parteipolitischen Gründen eine Zeitung von bestimmter politischer Richtung mit einer Kasse, die rein soziale Aufgaben habe, in eine Art Zwangsverbindung gebracht werde. Von der Kasse wurde der Klageweg beschritten und ein obsiegendes Erkenntnis erstritten. Das Verwaltungsgericht betonte unter Anerkennung des Umstandes, daß der „Volksfreund" sehr eingehend von der Polizeibehörde gelesen werde, ausdrücklich, daß das Gesetz den Kassen bezüglich der Bekanntgabe ihrer Publikationen völlig freie Hand läßt.

* * *

Nach fast 8jähriger Tätigkeit im oberschlesischen Industriebezirk, trat Genosse Dr. A. Winter in die Redaktion des „Stettiner Volksboten" am 1. Juli v. J. ein. Nach einigen Tagen stand jedoch leider die Tatsache fest, daß Genosse Winter an hochgradiger Nervosität erkrankt war und dringend der Ruhe und Erholung bedurfte. Die Erkrankung des Genossen Winter erklärt und entschuldigt alles, was in die letzte Zeit seiner oberschlesischen Tätigkeit fiel und von vielen Seiten Anfechtung erfuhr. Bis zu seinem Abgang aus Oberschlesien hatte Genosse Winter sowohl als Bevollmächtigter der Generalkommission wie auch als solcher des Parteivorstandes die Agitation und Organisation für die Gewerkschaften und für die Partei betrieben. Nach dem Weggang des Genossen Winter trat sofort eine Teilung des Arbeitsgebietes ein. Die Generalkommission eröffnete am 1. Juli ein nur von ihr ressortierendes Arbeitersekretariat mit dem Sitz in Kattowitz. Sollte das in langjähriger, mühevoller Arbeit Aufgebaute für die Partei nicht verloren gehen, mußte ein Nachfolger Winters gesucht werden. Unter den Bewerbern befand sich Genosse Bruhns-Breslau, der vom Parteivorstand akzeptiert wurde. Da Genosse Bruhns in Breslau noch eine alte Rechnung von 2 Monaten Gefängnis zu begleichen hatte, konnte er erst am 1. Oktober seine Tätigkeit auf dem neuen Posten aufnehmen. Bruhns schlug sein Domizil ebenfalls in Kattowitz auf. Eine bereits am 8. November abgehaltene Konferenz der Genossen des Industriebezirks, die nach Lage der Sache auf österreichischem Boden abgehalten werden mußte, brachte eine engere Angliederung der Genossen zustande Es wurde beschlossen, „die Konferenz deutscher und polnischer Genossen der Gesamtpartei erklärt, den alten Streit untereinander fallen zu lassen und in Zukunft nur für die Interessen der Sozialdemokratie einzutreten."

Dieser Beschluß hat Beachtung gefunden und in der Folge haben sich die Parteiverhältnisse des oberschlesischen Industriebezirks wesentlich gebessert; sind zunächst auch noch keine nennenswerten Erfolge zu verzeichnen, so sind doch Verbindungen angebahnt, die eine gedeihliche Entwicklung der Parteiorganisation hoffen lassen.

Gleich Gutes aus der Provinz Posen zu berichten, sind wir leider nicht in der Lage. In der Stadt Posen steht die Parteibewegung wesentlich zurück gegen die Bewegung anderer Städte der Provinz. So z. B. weist Bromberg eine gute und auch gut geleitete Bewegung auf. Hier arbeitet alles, was Intelligenz besitzt, in gutem Einvernehmen, während in Posen die Rivalität der wenigen aufgeklärten Genossen untereinander, ein gemeinschaftliches Hand in Hand arbeiten, bisher vereitelt hat.

In gleicher Stellung wie Genosse Winter in Oberschlesien, befand sich Genosse Gogowski in Posen. Er fand jedoch aus der vorerwähnten Ursache wenig Unterstützung. Um geordnete Parteiverhältnisse in die Wege zu leiten, fand im Oktober unter Mitwirkung des Parteivorstandes eine Konferenz der Genossen in Posen statt, mit dem Zweck, neben der Untersuchung der Preßverhältnisse die Stellung des Genossen Gogowski durch Festsetzung der ihm obliegenden Arbeiten zu befestigen. Die Prüfung der Bücher der „Gazetta Ludova" ergab das Vorhandensein von 200 zahlenden Abonnenten, der aufgestellte Arbeitsplan für den Genossen Gogowski, der unter die Kontrolle der Agitations-Kommission gestellt wurde, fand einstimmige Annahme. Die getroffen Dispositionen waren jedoch schon bei ihrer Festlegung durchkreuzt. Genosse Gogowski hatte, ohne dem Parteivorstand von seinem Vorhaben Kenntnis zu geben, sich um die Stelle des Arbeitersekretärs in Iserlohn beworben, die er erhielt und demzufolge seine Stellung in Posen am 24. Dezember aufgab. Unter zwei auftretenden Bewerbern um die freigewordene Stelle gab der Parteivorstand nach persönlicher Rücksprache mit zwei Mitgliedern der Posener A.-K. dem Genossen Mletzko den Vorzug unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß die Verwendung eine probeweise sei, die nach Prüfung durch die gesamte A.-K. erst eine definitive werde. Genosse Mletzko begegnete jedoch denselben Schwierigkeiten, die zu überwinden dem Genossen Gogowski nicht gelungen war. Um zu verhindern, daß Genosse Mletzko nicht schon am 1. April wieder die Flinte ins Korn warf, wurde im April seitens des Parteivorstandes nochmals der Versuch unternommen, auf einer Konferenz in Posen ein einmütiges Arbeiten der wenigen Genossen zu erzielen. Da eine Besserung der Verhältnisse nicht eintrat und Genosse Mletzko bestimmt erklärte, eine ersprießliche Tätigkeit in Posen nicht entfalten zu können, wurde seine Stellung aufgegeben. Gleichzeitig beschloß der Parteivorstand, den bisherigen Zuschuß an die „Gazetta Ludova" vom 1. Juli ab einzustellen. Dagegen erklärte sich der Parteivorstand bereit, vierteljährlich ein in polnischer Sprache gehaltenes Flugblatt herauszugeben und die Kosten der Verbreitung unter den polnischen Arbeitern aus der Parteikasse zu bestreiten.

* * *

Die am 22. März 1903 eingeleiteten Einigungsverhandlungen zwischen Vertretern der gewerkschaftlichen Zentralverbände und Vertretern der der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften angeschlossenen Organisationen unter der Leitung des Parteivorstandes wurden am 13. März d. J. zu Ende geführt. Das Resultat der Verhandlungen ist ein negatives. Die Aussprache der beiden Parteien in der Sitzung vom 22. März 1903 gab noch der Hoffnung Raum, daß die Zentralverbände allseitig als die zu erstrebende Organisationsform anerkannt würden, und es sich bei den ferneren Verhandlungen nur darum handeln könne, über einzelne Differenzpunkte, wie z. B. die Frage der „Neutralität" bezw. die Stellung der Gewerkschaften zur Politik, Klärung herbeizuführen. In der Sitzung vom 13. März d. J. stellte sich jedoch heraus, daß die der Freien Vereinigung angeschlossenen Gewerkschaften nur auf Grund der von ihrem sechsten Gewerkschafts-Kongreß angenommenen Resolution verhandeln wollten. Diese Resolution lautet:

1. Es bleibt unsern Vereinen, wie jedem andern, die vollkommene organisatorische Selbständigkeit und das Recht, sich nach speziellen Berufen über

ganz Deutschland zentralisiert zu organisieren, ihre eigne Verwaltung, eigne Kasse und nach ihrem Gutdünken eigne Presse zu haben. Sie haben für den Gesamtverband natürlich festgestellte Leistungen zu machen und dafür das Recht, zu den Kongressen, Ausschüssen, Kommissionen und Körperschaften Mitglieder zu delegieren, ihrer Stärke entsprechend, nach durch Vereinbarung festzustellenden Grundsätzen.

2. An den Unterstützungskassen, die in den modernen Verbänden überwuchern, sind sie nicht gezwungen, aber berechtigt, Anteil zu nehmen nach besonderen Festsetzungen. Konsum- und Produktivgenossenschaften sind nicht Zweck der gewerkschaftlichen Organisationen.

3. Korporative Arbeitsverträge sind nur als notwendiges Uebel zu betrachten, die mit vieler Vorsicht zu behandeln und nur auf sehr kurze Fristen abzuschließen sind.

4. Die Arbeitsnachweise sind den örtlichen Organisationen zu überlassen und ihre Zentralisation innerhalb der Gewerkschaften ist anzustreben.

Man war schließlich allseitig einig darüber, daß weitere Verhandlungen zurzeit zwecklos seien; vielleicht stellt sich später das Bedürfnis heraus, das, was derzeit mißlungen ist, zu vollbringen.

* * *

In den Tagen des 7., 8. und 9. März fand der erste Allgemeine Heimarbeiterschutz-Kongreß in Berlin statt. Wie notwendig der Schutz der Aermsten der Armen ist, wird am zutreffendsten durch eine Mitteilung illustriert, die Genosse Bock-Gotha machte, wonach vor 4 Jahren der Etat des Herzogtums Koburg-Gotha die Bemerkung enthielt, daß der Ertrag der Gefängnis- und Zuchthausarbeit zurückgegangen sei infolge der Konkurrenz der Heimarbeit in der Korb- und Spielwaren-Industrie Thüringens.

Zahlreiche Resolutionen fanden Annahme, deren Inhalt seitens der sozialdemokratischen Fraktion Beachtung finden wird bei der Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs für den Heimarbeiterschutz.

* * *

Mit Recht hat der gewaltige Kampf um den 10stündigen Arbeitstag, den die Crimmitschauer Weber vom 22. August 1902 bis zum 18. Januar 1904 in mustergültiger Weise geführt haben, weit über die Grenzen Deutschlands Aufsehen erregt. Selbst bürgerliche Blätter erkennen an, daß die Textilarbeiter vor dem Ausbruch des Kampfes nichts unversucht gelassen haben, im Wege der Verhandlungen mit den Fabrikanten zu einer Verständigung zu gelangen. Die Arbeiter verlangten die Einführung des 10stündigen Arbeitstages und eine 10prozentige Lohnerhöhung. Die Fabrikanten hatten den Vorschlag der Arbeiter, das Gewerbegericht als Einigungsamt anzurufen, abgelehnt. Ebenso lehnten die Fabrikanten die Vermittlung des Stadtrats ab, nachdem die Arbeiter ihre Forderungen auf eine ½stündige Herabsetzung der täglichen Arbeitszeit bei einer 6prozentigen Lohnerhöhung ermäßigt hatten. Damit war die Geduld der Arbeiter erschöpft. Am 7. August beschlossen die Arbeiter von 6 Fabriken, die Kündigung einzureichen. Diesen Beschluß beantworteten die Fabrikanten noch an demselben Tag mit der Kündigung sämtlicher Textilarbeiter Crimmitschaus, deren Zahl sich auf ca. 7600 bezifferte. Schon bei Ausbruch des Kampfes griff die Polizei hindernd ein, indem sie die fünf Versammlungen, in denen über den Streik beschlossen werden sollte, auflöste. Die ersten Auflösungen wurden von den höheren Instanzen zwar für unberechtigt erklärt, aber das änderte sich im Verlauf des Kampfes. Die Versammlungsauflösungen erfolgten Schlag auf Schlag. Die

Zahl der Besucher der Versammlungen wurde für die Säle auf mehr als die Hälfte der früher Zugelassenen herabgesetzt. Als diese Maßregel der fürsorgenden Polizei durch Veranstaltung mehrerer Versammlungen täglich in einem und demselben Lokal wett gemacht wurde, wurde die Verhängung des Belagerungszustandes am 3. Dezember 1903 publiziert, denn diesem kam das erlassene Verbot aller Versamlmungen, Tanzvergnügungen und öffentlichen Lustbarkeiten gleich. Diesen Schlag beantwortete die deutsche Arbeiterklasse, an die sich nunmehr die Verbandsleitung des Textilarbeiter-Verbandes wandte, mit einer in der Geschichte der deutschen Arbeiterkämpfe beispiellos dastehenden Opferwilligkeit. In sechs Wochen steuerten die deutschen Arbeiter in runder Summe 1011000 Mark für die Unterstützung der Crimmitschauer. Besonders wetteiferten die Arbeiter Berlins und Leipzigs in der Aufbringung der Geldmittel. Am 24. Dezember erreichte die tägliche Sammlung in Berlin den Höhepunkt mit 21 000 Mark. Die Kasse des Textilarbeiter-Verbandes, die am 30. September 1903 nur einen Bestand von rund 15 000 Mark aufwies, verfügte sechs Monate später über einen solchen von 320 000 Mark. Wie der Kassenabschluß des Textilarbeiter-Verbandes ausweist, waren es nicht finanzielle Schwierigkeiten, die am 18. Januar zur Aufgabe des Kampfes führten. Von der Aufgabe des Kampfes waren die opferwilligen Arbeiter ebenso überrascht wie die unter der Fuchtel der Scharfmacher stehenden Crimmitschauer Fabrikanten. Die Verblüffung der letzteren war so groß, daß sie anfangs nicht wußten, was für einen Bescheid sie den sich zur Arbeit Meldenden geben sollten, bis sie von der Verbandsleitung Weisungen erhalten hatten. Es sollte Musterung gehalten werden. Die Abschreckungstheorie sollte in die Praxis umgesetzt werden. Die gefüllte Kasse des Textilarbeiter-Verbandes machte jedoch die teuflisch ausgesonnene Bosheit zu schanden. Der Abbruch des Kampfes am 18. Januar war das Resultat einer gründlichen Abwägung aller bei dem heroisch geführten Kampf in Betracht kommenden Umstände. Die Einmütigkeit, mit der die Aufgabe des Kampfes vollzogen wurde, ist ein ehrendes Zeugnis für die Disziplin der Crimmitschauer Arbeiter und für das gegenseitige Vertrauen, das die Arbeiter in ihre Führer und diese in die Arbeiter setzten. Der Schlußakt des Crimmitschauer Kampfes war würdig der Art und Weise, wie er auf seiten der Arbeiter geführt worden war.

Am 29. Januar wurde der über Crimmitschau verhängt gewesene sogenannte Belagerungszustand aufgehoben.

Wahlen. Nachwahlen zum Reichstag fanden in dem Berichtsjahre 10 statt, an denen sich die Partei beteiligte, und zwar in den Kreisen Dessau, Mittweida, Reichenbach-Kirchberg, Eschwege-Schmalkalden, Osnabrück, Zschopau-Marienberg, Lüneburg, Altenburg, Frankfurt a. O. und Straßburg Land i. Elsaß. Fünf der erledigten Mandate waren im Besitz der Partei. Mittweida, Reichenbach, Zschopau, Altenburg und Frankfurt a. O. Mittweida und Reichenbach wurden von der Partei glänzend behauptet, wenn auch ein kleiner Stimmenrückgang gegen die bei den allgemeinen Wahlen erzielten Ziffern zu verzeichnen war. Die Mandate der Kreise Zschopau, Altenburg und Frankfurt a. O. gingen der Partei verloren. Das Mandat des Kreises Mittweida war durch die Niederlegung des Mandats durch den Genossen Göhre erledigt, die erfolgte, ohne daß Genosse Göhre sich weder mit den Genossen seines Wahlkreises, noch mit dem Parteivorstand in Verbindung gesetzt hatte, ein Vorgang, der sich bisher noch nicht zugetragen hatte und in den weitesten Kreisen der Partei böses Blut machte. Reichenbach und Zschopau waren durch den Tod der Genossen Hofmann und Rosenow frei geworden und die Mandate der Kreise Altenburg und Frankfurt a. O. für ungültig erklärt worden vom Reichstag. Die Ungültigkeitserklärung der beiden Mandate durch die Reichstagsmehrheit entbehrt jeder rechtlichen Unterlage. Sie

ist nur erklärlich, wenn man die Ausbrüche wütenden Hasses gesehen und gehört hat, mit denen die sozialdemokratische Fraktion bei jeder Gelegenheit von den Mehrheitsparteien überschüttet wird. Die Wahl in Altenburg wurde für ungültig erklärt, weil der konservative altenburgische Minister noch vor Ausschreibung der Wahl im konservativen Verein Zweifel darüber geäußert hatte, ob ein Herr v. Blödau der geeignete Kandidat sei, den Kreis zu behaupten. Der Grund, weshalb das Frankfurter Mandat kassiert wurde, ist ebenso fadenscheinig. Die Kassierung erfolgte, weil der Regierungspräsident noch vor Ausschreibung der Wahl einen konservativen Wahlaufruf zugunsten des Herrn Felisch unterzeichnet hatte. Würde der Reichstag die bei der Kassierung der Wahlen in Altenburg und Frankfurt geübte Praxis fernerhin konsequent durchführen, dann hätten es die bürgerlichen Parteien in der Hand, sich in unsicheren Kreisen einen zielsicheren Protestpunkt zu schaffen, um im Falle des Sieges dem sozialdemokratischen Vertreter ein Bein zu stellen.

Der Verlust des 20. sächsischen Wahlkreises ist vielfach bemängelt und auch dem Parteivorstand der Vorwurf gemacht worden, durch seinen Einspruch gegen die Kandidatur des Genossen Göhre den Verlust des Kreises mit verschuldet zu haben. Dieser Vorwurf ist unberechtigt. Der Parteivorstand würde seine Pflicht versäumen, würde er unter gleichen Umständen nicht ebenso handeln, wie er im Falle Göhre gehandelt hat. Genosse Göhre legte am 1. Oktober v. J. sein Mandat nieder, ohne vorher weder den Genossen des 15. sächsischen Wahlkreises noch einer andern Partei-Instanz von seinem Vorhaben Kenntnis gegeben zu haben. Diese Handlung des Genossen Göhre stand mit allen Parteitraditionen im schroffsten Widerspruch.

Dieselbe Auffassung teilte auch die am 25. Oktober in Chemnitz abgehaltene Kreiskonferenz des 15. sächsischen Wahlkreises, die mit allen gegen zwei Stimmen dem Genossen Göhre ihre Mißbilligung aussprach und den Genossen Stücklen-Altenburg als Kandidaten aufstellte, der am 17. November gewählt wurde.

Nach dem Tode des Genossen Rosenow begingen die leitenden Genossen des 20. sächsischen Kreises den Fehler, ohne mit den sächsischen Agitationskomitees oder dem Parteivorstande Rücksprache genommen zu haben, dem Genossen Göhre die Kandidatur anzutragen. Sowohl den Genossen des 20. Kreises wie auch dem Genossen Göhre war die Beschlußfassung der Kreiskonferenz des 15. Kreises vom 25. Oktober bekannt. Beide Teile hätten die Verpflichtung gehabt, ehe sie vollendete Tatsachen schufen, den Rat der Partei-Instanzen einzuholen, denn es lag auf der Hand, daß das Verhalten des Genossen Göhre, der jetzt sich wieder zur Annahme einer Kandidatur bereit erklärte, nachdem er kurz zuvor der Partei die Verlegenheiten und die Kosten einer Neuwahl verursacht hatte, auf scharfen Widerspruch in der Partei stoßen mußte. Da es nicht geschah, ergriffen die sächsischen Agitationskomitees die Initiative und erhoben Einspruch gegen die Kandidatur des Genossen Göhre. Der Partei- und Fraktionsvorstand schlossen sich dem Einspruch an. Der Wortlaut des Einspruchs wurde in der Fraktionssitzung vom 24. Februar festgestellt, gleichzeitig aber auch beschlossen, nochmals mit dem Genossen Göhre in Verhandlung zu treten. Das geschah. Genosse Göhre erkannte an, daß er einen Fehler gemacht habe und erklärte sich bereit, auf die Kandidatur zu verzichten, wie auch seinen Entschluß den Genossen des Kreises in der für Sonntag, den 28. Februar, angesetzten Kreisparteiversammlung bekannt zu geben. Somit konnte die Veröffentlichung des Einspruchs unterbleiben. Die Veröffentlichung der von seiten der sächsischen Agitationskomitees gefaßten Resolution beruhte auf einem Mißverständnis, das später aufgeklärt

wurde. An Stelle des Genossen Göhre, der freiwillig zurücktrat, wurde Genosse Pinkau-Leipzig aufgestellt, für dessen Kandidatur Genosse Göhre rednerisch noch so lange tätig blieb, bis eine Erkrankung an der Agitation ihn hinderte. Die Genossen des 20. sächsischen Kreises verdienen für ihre treue, fleißige und ausdauernde Arbeit im Wahlkampf Anerkennung. Die Genossen haben gezeigt, daß, wenn sie auch einen Fehler gemacht hatten, sie in Reih und Glied der großen Kämpferschar marschierten. Die Niederlage wird der nächste Wahlkampf auswetzen.

Um in Sachsen Vorgänge, wie die geschilderten, in Zukunft unmöglich zu machen, nahm die diesjährige Landeskonferenz Sachsens mit 66 gegen 9 Stimmen folgende Resolution an:

„Die Landesversammlung erkennt an, daß, wenn keine Landesversammlung entscheiden kann, das Zentralkomitee mit den Agitationskomitees laut §§ 3, 7 und 12 des Organisationsstatuts für Sachsen berechtigt sind, bei Aufstellung von Kandidaten für Reichstags- und Landtagswahlen in den einzelnen Wahlkreisen mitzuwirken und mit zu entscheiden. Kommt eine Einigung zwischen diesen Instanzen nicht zu stande, so ist die Angelegenheit der Parteileitung zur endgültigen Entscheidung zu unterbreiten."

Damit ist in Sachsen Parteigesetz geworden, was bisher als Parteitradition gegolten hat. Wäre es anders, würde der einheitliche Charakter der Partei in Frage gestellt. Der klar, bestimmt und fast einmütig bekundete Wille der Genossen geht dahin, nicht nur jedem Versuche der Lockerung der Einheitlichkeit der Partei entschieden zu begegnen, sondern die Parteiorganisation im zentralistischen Aufbau auszugestalten.

Durch das geschlossene Eintreten der Genossen in der Stichwahl am 2. Juni in Straßburg-Land siegte der Demokrat Blumenthal, dessen Mandat auch vom Reichstag kassiert war, über den Reaktionär Hauß, einen Elsässer Landesparteiler.

Nach dem Verlust der drei Mandate der Kreise Altenburg, Zschopau-Marienberg und Frankfurt-Lebus ist der Besitzstand der sozialdemokratischen Fraktion von 81 auf 78 Sitze gesunken.

* * *

Landtagswahlen haben im Berichtsjahre stattgefunden in Sachsen-Meiningen am 5. Oktober, im Königreich Sachsen am 8. Oktober, in Baden am 30. Oktober, in Sachsen-Weimar vom 6. bis 30. November, in Preußen am 12. November, in Sachsen-Altenburg am 16. April und in Sachsen-Koburg-Gotha am 11. Juni. Den Landtagswahlen zuzuzählen sind die Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft, die am 12. Februar stattfanden, und die Wahlen zu den reichsländischen Bezirkstagen, die am 20. Oktober in Straßburg und am 8. November in Mülhausen vollzogen wurden.

In Baden wurde der seitherige Besitzstand — 6 Mandate — behauptet. Pforzheim verlor die Partei, dafür wurde Karlsruhe-Land gewonnen. Außerdem brachte die Wahl noch eine Personenverschiebung, indem in Durlach an Stelle des bisherigen Abgeordneten Genosse Fendrich Genosse Horst gewählt wurde. In Mannheim wurde an Stelle des verzogenen Genossen Geiß und des eine Wiederwahl ablehnenden Genossen Dreesbach die Genossen Lehmann und Süßkind gewählt.

Desgleichen behaupteten die Genossen in Sachsen-Weimar den Besitzstand. Die Genossen Baudert-Apolda und Neidt-Ilmenau wurden wiedergewählt.

Auch in Sachsen-Meiningen behaupteten die Genossen ihren Besitzstand mit sechs Mandaten. Wasungen ging zwar verloren, dafür wurde aber der Kreis Pösneck erobert. In Anhalt wurde am 17. Septbr. der Kreis Roßlau-Coswig behauptet.

Den Genossen in Sachsen (im Oktober) wie auch den Genossen in Preußen (am 12. November) war es unter dem Dreiklassenwahlrecht nicht möglich, ein

Mandat zu gewinnen. Durch das erzielte negative Resultat sind weder die Genossen in Sachsen noch die in Preußen entmutigt, vielmehr hat namentlich die glänzende Stimmenzahl, die in Berlin und in einer Anzahl anderer preußischer Städte die Partei erlangte, gezeigt, daß unter Umständen selbst unter dem elenden Dreiklassenwahlsystem Siege möglich sind. Wäre die Haltung des Liberalismus nicht eine gar so erbärmliche gewesen, Liberale und Sozialdemokratie hätten den Vorteil gehabt. Ein Antrag auf der sächsischen Landeskonferenz, „sich künftig nicht mehr an den Landtagswahlen zu beteiligen", fand nicht die nötige Unterstützung. Wie auch immer die Reaktionäre beider Staaten versuchen werden, das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht dem Volke vorzuenthalten, der Kampf für dies grundlegende Volksrecht wird von den Genossen mit gesteigerter Kraft geführt werden.

Einen glänzenden Sieg erfochten die Genossen Hamburgs am 12. Februar, an dem die Wahlen für die halbschichtige Erneuerung der Bürgerschaft — dem gesetzgebenden Körper des Staates — stattfand. Die Partei, die bis dahin nur einen Vertreter, den Genossen Stolten, in der Bürgerschaft besaß, gewann zwölf Mandate und stand in sechs Wahlbezirken zur Stichwahl. In diesen wurde kein Mandat erobert. Die Wahl in Hamburg bedeutet einen Ruck nach links. Die Sitze wurden der „Linken" und den Antisemiten abgenommen. Letztere büßten ihre sämtlichen Mandate ein. Der Sieg der Hamburger Genossen war das Resultat jahrelanger, zäher Tätigkeit in der Erwerbung des Bürgerrechts, an das das Wahlrecht gebunden ist.

Im Herzogtum Sachsen-Altenburg ist es den Genossen am 16. April nicht gelungen, ihren Besitzstand zu behaupten. Trotz einer wesentlichen Erhöhung der Stimmen büßten wir einen Sitz ein. Die Genossen Buchwald, Käppler und Horn wurden wiedergewählt.

In den Reichslanden wurde in Straßburg am 20. Oktober Genosse Peirotes mit über 600 Stimmen Mehrheit gegen den klerikalen Kandidaten zum Bezirkstag und in Mülhausen Genosse Emmel in den Landesausschuß gewählt.

Bei den Landtagswahlen im Herzogtum Sachsen-Koburg-Gotha verloren wir 3 Mandate. Die Fraktion zählt jetzt 6 Abgeordnete. Die Wahl ist eine indirekte. In mehereren Kreisen hatten es die Freisinnigen in der Hand, den reaktionären Agrarier auszuschalten. Doch der Haß gegen die „Roten" verhütete „ein aus der Rolle fallen". Getreu der freisinnigen Tradition stimmten die Liberalen fast geschlossen für die Agrarier. In allen Wahlkreisen haben wir erfreulicherweise eine sehr erhebliche Steigerung unserer Stimmenzahl aufzuweisen.

Den Wahlen zu den **Gemeindevertretungen** bringen die Genossen allerorten das größte Interesse entgegen. In Baden sitzen Parteigenossen in 56 Orten, insgesamt über 800 Vertreter in den Gemeinden. Außerdem weist Baden noch 28 sozialdemokratische Gemeinderäte und 3 Bürgermeister auf. In Württemberg zählt die Partei in 61 Orten 112 Parteigenossen als Gemeinderäte und in 52 Orten 127 Parteigenossen als Bürgerausschußmitglieder. In Anhalt hat sich die Zahl der Gemeindevertreter von 12 im Jahre 1901 auf 40 gesteigert. Ueber den Ausfall der preußischen Landtagswahlen war den Fortschrittlern der Kamm gewaltig geschwollen. Sie fühlten sich in gehobener Stimmung und gaben in hochtönenden Phrasen der Zuversicht Ausdruck, den Sozialdemokraten Berlins und der Umgegend bei den unmittelbar an die Landtagswahlen anschließenden Stadtverordnetenwahlen eine Anzahl Mandate zu entreißen. Bitter war die Enttäuschung der freisinnigen Wahlmacher. Am 27. November fanden die Wahlen für die drittelschichtige Erneuerung des Stadtverordnetenkollegiums statt, woran die Partei mit 8 Mandaten partizipierte. Neben der glänzenden Behauptung des Besitzstandes eroberte die Partei noch 5 Mandate. Ebenso wurden in der Nachwahl am 31. Mai 2 Wahlbezirke mit den Genossen Leid

und Dr. Arons behauptet. Dem Genossen Leid, dem durch gerichtliches Erkenntnis wegen Majestätsbeleidigung das Mandat aberkannt war, hatten die bürgerlichen Parteien einen Gegenkandidaten gar nicht gegenübergestellt. In dem andern Bezirk, der durch die Mandatsniederlegung des Genossen Dr. Freudenberg frei geworden war, gingen die Stimmen des bürgerlichen Kandidaten um über mehr als 300 zurück, während Genosse Arons die gleiche Anzahl Stimmen mehr bekam als wie Freudenberg vor 4 Jahren auf sich vereinigte. Auch bei den Wahlen am 27. November hatten es die bürgerlichen Parteien unterlassen, in 6 Wahlbezirken Kandidaten aufzustellen.

Acht Ersatzwahlen wurden am 23. November in Charlottenburg vollzogen, von denen seither 1 im Besitz der Partei war, 5 Mandate wurden von den Genossen dazu erobert. In Brandenburg wurden 4 Mandate von den Genossen erobert. In Luckenwalde wurde die gesamte 3. Abteilung mit 953 gegen 88 Stimmen erobert. In Rummelsburg wurden 4 Genossen gewählt ohne Gegenkandidaten. Durch die Wahl am 4. November eroberten die Görlitzer Genossen zum ersten Mal 5 Mandate. Bielefeld behauptete seine 8 innegehabten Mandate und eroberte noch eins dazu. In Ilmenau gewannen die Genossen von 9 freigewordenen Mandaten 4, wodurch ihre Sitze sich auf 8 vermehrten. In Wernigerode erhielt Genosse Bartels 2 Genossen zur Unterstützung. Von 5 auf 10 Sitze erhöhten die Bernburger Genossen die Fraktion der Gemeindevertreter. Eine wertvolle Verstärkung erhielt die Fraktion in Magdeburg durch die erfolgte Wahl des Genossen Dr. Landsberg.

Waltershausen, ein thüringisches Städtchen mit 6000 Einwohnern, verleiht seinen Stadtvätern die Senatorenwürde, die derzeit Genosse Hugo Thielo besitzt. In Offenburg wurde Genosse Adolf Geck vom Stadtverordnetenkollegium mit 60 Stimmen zum Vorsitzenden-Stellvertreter gewählt. Genosse Quark, der als „Hecht im Karpfenteich" im Frankfurter Stadtparlament sitzt, hat durch seine stetige Kritik einen Beschluß in der Stadtverordnetenversammlung zur Annahme gebracht, wonach das versteuerbare Mindesteinkommen, an welches das Wahlrecht gebunden ist, von 1200 Mk. auf 900 Mk. herabgesetzt wird. Akzeptiert der Magistrat den Beschluß der Stadtverordneten, dann wird Genosse Quark sehr bald sozialdemokratischen Zuzug erhalten.

* *

Bei den **Gewerbegerichtswahlen**, die am 27. März v. J. in Essen stattfanden, siegte zum ersten Mal die Liste des Gewerkschaftskartells mit 5873 gegen 5257 Stimmen der christlichen Gewerkschaften. Die letzteren legten Protest gegen die Wahl ein, dem sich das Gewerkschaftskartell anschloß, denn es mußte zugegeben werden, daß die Wahllokalitäten unzureichend gewesen wären. Die Wahl wurde für ungültig erklärt. Die Neuwahl fand am 8. Januar statt. Beide Parteien brachten je 2000 Wähler mehr an die Urne als wie ¾ Jahr vorher. Die Liste des Gewerkschaftskartells siegte mit 7888 gegen 7247 Stimmen der vereinigten Gegner. Nach dem Proportionalsystem wurden die Gewerbegerichtswahlen vollzogen in Osnabrück, Oberhausen bei Augsburg, Frankfurt a. M., Karlsruhe, Offenbach, Schwelm, Bamberg und Kaiserslautern. In der Unternehmerklasse entfielen auf die Liste des Gewerkschaftskartells in Offenbach 1, in Karlsruhe 2, in Kaiserslautern 3 und in Frankfurt a. M. 10 Beisitzer.

In Köln, der Vaterstadt des Zentrumsabgeordneten **Trimborn**, des Vaters des Antrages auf fakultative Einführung des Proportionalwahlsystems bei den Gewerbegerichtswahlen, hat Herr Trimborn eine bittere Enttäuschung erlebt.

Der aus 6 Arbeitgebern und 6 Arbeitnehmern bestehende Ausschuß des Gewerbegerichts lehnte einstimmig — einschließlich der drei Vorsitzenden — den ihm zur Begutachtung vorgelegten Antrag auf Einführung der Verhältniswahl ab. Bei den am 11. Dezember stattgefundenen Wahlen siegte die Liste des Gewerkschaftskartells mit 9566 gegen 5112 Stimmen der christlichen Gewerkschaften. Gleichzeitig siegte die Liste der Gewerkschaften in dem gut katholischen Koblenz. Ebenso in Trier. Weitere Siege der Genossen in der Gruppe der Arbeitnehmer sind zu verzeichnen in Charlottenburg, Schöneberg, Bielefeld, Danzig, Elsterberg, Dessau, Schweidnitz, Altenburg, Kassel, Rathenow, Cannstadt und Breslau, wo die christlichen Vereine den Versuch machten, ihre Kraft zu erproben. Der Versuch schlug kläglich fehl.

Die **Maifeier** fiel in diesem Jahre auf einen Sonntag. Demzufolge war die Teilnahme an den Festveranstaltungen eine riesengroße. Doch kann dieselbe dafür nicht als Maßstab geltend gemacht werden, daß die Arbeitsruhe als würdigste Form der Maifeier Gemeingut großer Arbeiterkategorien geworden sei. Noch weniger aber können diejenigen mit dem Ausfall der diesjährigen Maifeier operieren, die der Meinung sind, wenn nicht in absehbarer Zeit die einheitliche Durchführung der Maifeier in allen Kulturländern gelänge, es besser sei, die Arbeitsruhe für die Maifeier fallen zu lassen.

Von den Genossen geplante Maifestzüge in Braunschweig, Magdeburg, Calbe, Lübeck, Bamberg, Karlsruhe, Freiburg, Ulm, Heidelberg und Wandsbeck wurden von der Polizeibehörde verboten. Ueber die Beweggründe der Verbote verbreitete sich eine bürgerliche Korrespondenz folgendermaßen:

„Für die sozialdemokratische Maifeier, welche in diesem Jahre, da der 1. Mai auf einen Sonntag fällt, in größtem Umfange stattfinden dürfte, werden von den Sicherheitsbehörden die weitesten Maßnahmen getroffen. Schon jetzt ist, jedenfalls nach einheitlichem Plane, in vielen Städten den sozialdemokratischen Verbänden ein Umzug in geschlossener Masse untersagt worden, da derartige Kundgebungen eine Demonstration gegen den bestehenden Rechtszustand bedeuteten und deshalb eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit, Ruhe und Ordnung in sich bergen. Die Gendarmerie wird am Maitage vollzählig auf dem Plane erscheinen, um nötigenfalls eingreifen zu können. Auch das Militär wird am 1. Mai teilweise auf Ausgang verzichten müssen, da Kasernenkonsignierungen vorgesehen sind."

Die Korrespondenz bietet nur insofern Interesse, als sie einen Einblick in den geistigen Tiefstand des Urteilsvermögens der bürgerlichen Parteien gestattet. Dem Philister darf der horribelste Blödsinn in seinem Leibblatt präsentiert werden, wenn ihm dabei nur der Gedanke suggeriert wird, „Polizei- und Militärgewalt halten die Sozialdemokratie unter der Fuchtel, daß sie nicht zu mucksen wagt."

Die **Parteipresse.** Die „Nordwacht" in Bant hat ihr Erscheinen eingestellt. Dieselbe war ein Wochenblatt, das unter dem Ausnahmegesetz eine Auflage von 22 000 Abonnenten gefunden hatte und über ganz Norddeutschland verbreitet war; sie hat der „Tagespresse" das Feld geräumt. Auch das „Aachener Volksblatt", das dreimal wöchentlich herausgegeben wurde, hat sein Erscheinen eingestellt. Die Aachener Genossen wünschten ein Tageblatt und haben seit dem 1. Juli die „Rheinische Zeitung" eingeführt.

Vom dreimaligen zum sechsmaligen Erscheinen übergegangen sind die „Niederrheinische Volkstribüne" in Krefeld und das „Volksblatt für Koburg-Gotha".

Der „Volksfreund" Karlsruhe wird in sehr vergrößertem Format seit dem 1. Juli in eigner Druckerei hergestellt. Das Blatt hatte im letzten Geschäftsjahr zum ersten Mal einen Ueberschuß erzielt, der 4100 Mk. betrug.

Die „Pfälzische Post" erscheint seit dem 18. Februar im Verlag der Handelsgesellschaft Gerisch u. Co. in Ludwigshafen. Die Herstellung des Blattes in eigener Druckerei ist für den 1. Oktober vorgesehen.

Um eigne Druckereien zu errichten, veranstalteten die Genossen in Dessau und Braunschweig eifrig die Sammlung der nötigen Geldmittel.

Die „Mitteldeutsche Sonntagszeitung", die als Wochenblatt in Gießen erscheint, beging die Feier ihres 10jährigen Bestehens.

Für die Werbekraft des Sozialismus sind die steigenden Auflagen der Parteipresse das beweiskräftigste Zeugnis. Die Gesamtauflage der Parteipresse hatte im März bereits 600 000 überschritten. Seitdem haben eine große Zahl unsrer Blätter ihre Auflage wesentlich gesteigert. An der Gesamtauflage partizipiert der „Vorwärts" mit 82 000, das „Hamburger Echo" mit 40 000, die „Leipziger Volkszeitung" mit 36 000, das „Haller Volksblatt" mit 17 500, die „Chemnitzer Volksstimme" mit 30 000 u. s. f.

Die in der Hamburger Druckerei hergestellte Unterhaltungsbeilage „Neue Welt" hat eine Auflage von 283 000 Exemplaren. Der in demselben Verlag hergestellte „Neue Welt-Kalender" erreichte eine Auflage von 160 000.

Auf Einladung des Parteivorstandes fand am 18. und 19. März eine Zusammenkunft der Geschäftsleiter derjenigen Druckereien statt, in welchen Parteiblätter hergestellt werden. Die Konferenz wurde von den Genossen Dietz und Bérard geleitet. Zur Kenntnis wurde genommen eine Statistik über die Verhältnisse der Parteipresse, die folgendes feststellt.

Es werden zurzeit beschäftigt:

Technisches Personal

Geschäftsführer und Faktore	41	Personen	
Setzer	865	„	
Setzerlehrlinge	58	„	
Drucker	107	„	
Druckerlehrlinge	12	„	
Stereotypeure	40	„	
Buchbinder	28	„	
Hilfsarbeiter	158	„	
Hilfsarbeiterinnen	167	„	1476 Personen

Redaktions- und Expeditions-Personal

Redakteure	151	Personen	
Expedienten	124	„	
Hilfspersonal	54	„	329 „
		zusammen	1805 Personen

Im Betrieb befinden sich 16 Setzmaschinen, 36 Rotationsmaschinen und 140 Flachdruckmaschinen und Tiegeldruckpressen.

Gesamtauflage der politischen Blätter 599 880 Exemplare.

19 Buchdruckereien gewähren den Achtstundentag.
2 „ haben eine Arbeitszeit von 8¼ Stunden
6 „ „ „ „ „ 8½ „
20 „ „ „ „ „ 9 „

Ferien gewährten 26 Buchdruckereien je eine Woche; unter Fortzahlung des Lohnes 5 Buchdruckereien je drei Tage. In 16 Geschäften werden Ferien überhaupt nicht gewährt.

Im Eigenbetrieb befinden sich 29 Buchdruckereien, 5 Geschäfte bereiten sich zum Eigenbetrieb vor, 13 Geschäfte sind Lohndruckereien.

Betreffend:

1. die Anwendung des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs in unsern Anstalten,
2. Tariffragen,
3. Ferien

nahm die Konferenz einstimmig folgende Resolution an:

A.

In bezug auf den § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches sollen den Arbeitsordnungen folgende Bestimmungen beigefügt werden:

1. Arbeiter, die mindestens ein Jahr ununterbrochen im Dienste der Partei-Buchdruckereien beschäftigt sind, erhalten bei militärischen Uebungen von nicht mehr als vierzehn Tagen zwei Drittel des Lohnes, wenn sie verheiratet oder Ernährer von Familienangehörigen sind. Bei länger als vierzehn Tage dauernden Uebungen wird der bezeichnete Teilbetrag des Lohnes nur für die ersten vierzehn Tage gezahlt.
2. Allen Arbeitern wird bei Arbeitsversäumnis infolge von Teilnahme an Kontrollversammlungen, Aushebungen und Musterungen sowie infolge von Erfüllung staatsbürgerlicher Pflichten für die Dauer der hierzu notwendigen Abwesenheit der Lohn weiter gewährt; wird für solche Funktionen anderweit eine Entschädigung gewährt, so ist diese anzurechnen.
3. In andern Fällen, z. B. Wahrnehmung gerichtlicher Termine in eigner Sache, Eheschließungen, Todesfällen oder schwerer Erkrankung der nächsten Angehörigen, wird ein klagbarer Anspruch auf Zahlung des Lohnes für die versäumte Arbeitszeit nicht zugestanden; ebensowenig findet ein Anspruch auf Entschädigung bei Krankheitsfällen statt.

B.

Die Parteigeschäfte verpflichten sich, tunlichst bald

a) die achtstündige effektive Arbeitszeit in ihren Betrieben einzuführen;
b) für alle mindestens ein Jahr im Betriebe beschäftigten Arbeiter Ferien bis zur Dauer von einer Woche zu gewähren unter Fortzahlung des Lohnes;
c) die Beiträge zur Invalidenversicherung ganz zu bezahlen;
d) die Differenz zwischen Lohn und Krankenkassen-Entschädigung bei im Geschäft erlittenen Unfällen zu vergüten.

Die Frage des gemeinsamen Papierbezugs wurde einer Kommission zur weiteren Behandlung überwiesen.

* * *

Ueber die Einnahme und Ausgabe des „Vorwärts", der in diesem Jahre eine 20jährige mühevolle aber auch erfolgreiche Tätigkeit vollbracht hat, gibt nachstehende von der Kontrollkommission geprüfte Jahresrechnung genaue Auskunft:

1903/1904.

	Juli-September 1903	Oktober-Dezember 1903	Januar-März 1904	April-Juni 1904	Summe
A. Eingänge:					
Abonnementsgelder durch die Expedition	161602 55	166996 95	167928 25	168834 80	665362 55
Abonnementsgelder durch die Post	17342 20	18225 25	18268 85	16711 25	70547 55
Inseraten-Einnahme . . .	46500 60	62057 65	58673 35	70413 50	237645 10
Ueberschuß aus Broschürenverkauf durch die Expedition		4140 10			4140 10
Gesamt-Einnahme Mk.	225445 35	251419 95	244870 45	255959 55	977695 30
B. Ausgänge:					
Diverse Unkosten: (Porto für Kreuzbänder, Gebühren für Ueberweisungen, Porto und Depeschen d. Redaktion, Telephon, Steuern, Beleuchtung, Laufburschen der Redaktion, Schreibutensilien, Formulare 2c. 2c.)	8297 45	11391 65	14125 40	11633 85	45448 35
Zeitungs-Abonnement . . .	386 90	472 10	405 20	411 75	1675 95
Feuilleton	2352 05	2792 95	3498 65	2167 25	10810 90
Redakteure, Korrektoren, Juristische Sprechstunde . .	14772 65	14163 40	13470 85	14127 55	56534 45
Mitarbeiter: Politik u. a. Ress.	8837 45	6552 75	7162 85	8622 40	31175 45
Versammlungen	1268 15	1474 45	1034 75	1051 45	4828 80
Lokales . . .	3319 70	3398 65	3688 30	3331 35	13738 —
Depeschen und Parlamentsberichte	1007 70	1225 30	1810 60	1136 10	5179 70
Neue Welt	10762 95	9686 20	10466 —	10575 35	41490 50
Gehälter der Expedition . .	4145 75	4007 50	4199 75	4493 50	16846 50
Miete	4000 —	4000 —	4000 —	4000 —	16000 —
Gerichtskosten	1025 95	762 90	119 75	1495 75	3404 35
Redaktionsbibliothek . . .	252 35	271 50	321 70	199 05	1044 60
Druckrechnung	139555 05	164356 15	168504 75	166604 90	639020 85
Gesamt-Ausgabe Mk.	199984 10	224555 50	232808 55	229850 25	887198 40
Gewinn . . . „	25461 25	26864 45	12061 90	26109 30	90496 90
wie oben unter A Mk.	225445 35	251419 95	244870 45	255959 55	977695 30

Der Gesamt-Ueberschuß beträgt Mk. 90 496,90.

Berlin, den 10. August 1904.

Revidiert und für richtig befunden:

Fr. Brühne. F. J. Ehrhart. A. Geck. Aug. Kaden. H. Koenen.
H. Meister. J. Pfarr. Clara Zetkin.

„Die Gleichheit".

1. April 1903 — 31. März 1904.

	Mk.	Pf.
A. Eingänge:		
Abonnements	9416	56
B. Ausgänge:		
Satz, Druck, Falzen	3337	05
Papier	1667	70
Redaktion	3000	—
Mitarbeiter	736	—
Porto und sonstige Unkosten	843	40
Remittenden	214	27
Gesamt-Ausgabe	9798	42
Gesamt-Einnahme	9416	56
Verlust	381	86

Der Aufschwung, den die „Gleichheit" genommen hat, ist ein erfreulicher. Das Abonnement ist von 4682 M. im Vorjahr auf 9416 M. gestiegen. Das Defizit, das im Vorjahr noch 3000 M. betrug, ist auf 382 M. gefallen und wird im neuen Geschäftsjahr einen Ueberschuß aufweisen. Letzterer wäre schon in diesem Jahr zu verzeichnen gewesen, wenn nicht 15 000 Exemplare der Gleichheit zur Agitation verwandt worden wären.

„Die Neue Zeit".

1. April 1903 — 31. März 1904.

	Mk.	Pf.
A. Eingänge:		
Abonnements	33 475	20
Beilagen und Inserate	113	29
J. H. W. Dietz Nachf., Inserate	500	—
	34 088	49
B. Ausgänge:		
Satz, Druck, Stereotypie	12 989	83
Papier	4 081	—
Buchbinder	1 320	90
Porto und Unkosten	1 960	—
Redaktionshonorar	10 400	—
Mitarbeiter	7 405	—
Remittenden	1 460	80
Gesamt-Ausgabe	39 617	53
Gesamt-Einnahme	34 088	49
Verlust	5 529	04

Die „Neue Zeit" hatte im Berichtsjahr eine Steigerung von 1843 M. der Abonnements gegen das Vorjahr zu verzeichnen. Dadurch hat sich der Verlust, der im Vorjahr noch 7260 M. betrug, auf 5529 M. verringert.

„Der Wahre Jakob".

1. April 1903 — 31. März 1904.

A. Eingänge:	Mk.	Pf
Abonnements	171 323	32
Inserate	12 087	45
Gesamt-Einnahme	183 410	77
B. Ausgänge:		
Satz, Druck, Stereotypie	55 779	40
Papier	50 836	90
Zeichnungen	8 810	84
Aetzungen und Galvanos	13 527	05
Beiträge	5 126	30
Redaktionshonorare	10 800	—
Porto und Unkosten	520	—
Redaktionsunkosten	293	62
Unkosten für Inserate und Div.	261	20
Kassierte Beiträge	706	32
Bestand an Zeichnungen, Beiträge, Klischees am 1. April 1904	6 102	13
Remittenden	4 062	66
Gesamt-Ausgabe	156 826	42
Gewinn	26 584	35
Wie oben unter A	183 410	77

Der Ueberschuß des „Wahren Jakob" ist gegen das Vorjahr um 1978 M. gestiegen. Durch die Herabminderung des Defizits bei der „Gleichheit" und der „Neuen Zeit" ist der Ueberschuß des „Wahren Jakob", der an die Parteikasse abgeführt werden konnte, um 7772 M. gestiegen. Er betrug 20 673 M. gegen 13 396 M. im Vorjahre.

* * *

Organisation. Dem ihr vom Parteitag in Dresden gewordenen Auftrag, eine Revision des Organisationsstatuts für den Parteitag in Bremen vorzubereiten, ist die Parteileitung nachgekommen. Die Parteileitung empfiehlt dem Parteitag folgenden Vorschlag zur Annahme:

Die vorgeschlagenen Aenderungen sind durch Fettdruck hervorgehoben

§ 1. Zur Partei gehörig wird jede Person betrachtet, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und die Partei dauernd durch Geldmittel unterstützt. **Soweit nicht zwingende Gründe es unmöglich machen, muß jeder Parteiangehörige Mitglied einer sozialdemokratischen Vereinsorganisation sein.**

§ 2. Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms **oder die Beschlüsse der Parteiorganisation,** oder wer sich einer ehrlosen Handlung schuldig macht.

Ueber die fernere Zugehörigkeit der Partei entscheidet ein Schiedsgericht, das der Parteivorstand beruft. **Der Antrag auf Einsetzung eines solchen Schiedsgerichts kann nur durch eine Parteiorganisation gestellt werden.**

Die Hälfte der Beisitzer wird von der Organisation bezeichnet, die den Ausschluß beantragt, die andre Hälfte von dem durch diesen Antrag Betroffenen. Den Vorsitzenden bezeichnet der Parteivorstand.

In Orten oder Wahlkreisen, in denen die Geschäfte der Partei durch eine

Vereinsorganisation geführt werden, ist der Ausschluß eines Mitgliedes aus der betreffenden Organisation dem Ausschluß auf Grund des § 2 des Organisationsstatuts Absatz I aus der Gesamtpartei gleich zu achten. Der Ausschluß darf daher nur im Wege des vorstehend festgesetzten schiedsgerichtlichen Verfahrens erfolgen.

Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts steht den Beteiligten binnen vier Wochen nach Zustellung des schriftlichen Urteils die Berufung an die Kontroll-Kommission und gegen deren Entscheidung an den nächsten Parteitag zu.

Verzichtet ein Parteigenosse, gegen den ein Ausschluß gestellt wird, auf schiedsgerichtliche Verhandlung, oder unterläßt er es, innerhalb einer vom Parteivorstand zu bestimmenden Frist von mindestens zwei Wochen Schiedsrichter zu ernennen, so gilt er ohne weiteres als ausgeschlossen.

Mit dem Tode, dem Austritt oder der Ausschließung aus der Partei verliert der frühere Parteigenosse jedes Recht, das er etwa gegen die Partei, gegen den Parteivorstand, gegen die Kontrollkommission oder gegen einzelne Parteigenossen aus seiner Parteimitgliedschaft erworben hat.

§ 9. Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei.

Zur Teilnahme an demselben sind berechtigt:

1. Die Delegierten der Partei aus den einzelnen Reichstagswahlkreisen mit der Einschränkung, daß kein Wahlkreis durch mehr als drei Personen vertreten sein darf. Insoweit nicht unter den gewählten Vertretern des Wahlkreises Frauen sich befinden, können weibliche Vertreter in besonderen Frauenversammlungen gewählt werden.
2. Die Delegierten der Reichstagsfraktion, deren Zahl den vierten Teil der Fraktionsstärke nicht übersteigen darf.
3. Die Mitglieder des Parteivorstandes und der Kontrollkommission.

Die Mitglieder der Reichstagsfraktion haben in allen die parlamentarische und die Mitglieder des Parteivorstandes in allen die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen nur beratende Stimme.

Der Parteitag prüft die Legitimation seiner Teilnehmer, wählt seine Leitung und bestimmt seine Geschäftsordnung selbst.

Zur Gültigkeit der Beschlüsse des Parteitages ist eine Beschlußfassung durch die Mehrheit der Anwesenden ausreichend.

Der Vorschlag der Parteileitung sucht die Fragen:

a) Der Zugehörigkeit zur Partei,
b) das Ausschließungsverfahren,
c) die Vertretung der Reichstagsfraktion auf dem Parteitag zu regeln.

Unter den zu dem Parteitag in Dresden gestellten Anträgen auf Abänderung des Organisationsstatuts befanden sich auch solche, die eine anderweite Regelung der Vertretung der Wahlkreise auf dem Parteitage, forderten. Dieser Anregung hat die Parteileitung geglaubt, keine Folge geben zu sollen. Die Frage an sich ist keine brennende. Die seitherige Praxis hat zu berechtigten Klagen Anlaß noch nicht gegeben. Ist auch der gegenwärtige Zustand kein idealer, so können aber auch gegen die in den bezüglichen Anträgen gewünschte Form der Vertretung so gewichtige Bedenken geltend gemacht werden, daß es geratener erscheint, es bei dem Bestehenden zu belassen, wenn man Besseres nicht an dessen Stelle zu setzen vermag. Ein Proportionalwahlsystem für die Delegiertenwahlen zum Parteitag würde nur möglichst gerecht sein, wenn die Partei zu der Organisation des geschlossenen Vereins übergehen würde. Dahinzielende Anträge sind nach den in der Parteipresse gegebenen Anregungen und gepflogenen Erörterungen sicher zu erwarten. Die Beratung dieser Anträge wird klar machen, ob die früher bestandenen Bedenken die gegen die Organisation des geschlossenen Vereins mit Recht geltend gemacht wurden, sämtlich behoben sind.

Unzweifelhaft steht fest, daß die Organisationsform ein wesentlicher Faktor für die Entwicklung des Parteilebens ist, aber sie ist nicht die Wünschelrute, von der alles zu erwarten ist. Nach Lage der Gesetzgebung ist in Baden jede Organisationsform möglich. Bisher hat man es aber vermieden, die Genossen in einem ganz Baden umspannenden Verein zu organisieren. Man hat sich begnügt, den Parteivereinen nur die Verpflichtung aufzuerlegen, einen Prozentsatz der Mitgliederbeiträge an die Landeskasse abzuführen. In gleicher Weise sind die Genossen in Württemberg vorgegangen, denen auch ein gesetzliches Hindernis nicht im Wege steht, einen Zentralverein für Württemberg zu gründen. Beide Landesorganisationen hatten im letzten Geschäftsjahr bei der Hauptkasse je einen Eingang von 10 000 Mk. aus den Mitgliederbeiträgen. Mit Recht bemerkt der Württembergische Landesvorstand, „wenn auch ein Steigen der Eingänge zu verzeichnen sei, so zeige ein Vergleich der Mitgliederzahl mit den bei den Reichstagswahlen erzielten Stimmenzahlen, welch großes Arbeitsfeld da noch offen steht." Und so ist's auch in Baden. In den 14 Reichstagswahlkreisen des Landes sind 96 Parteivereine vorhanden, mit rund 6500 Mitgliedern. Auch da liegt noch ein großes Arbeitsfeld offen.

Die Wahlniederlage im Herzogtum Sachsen-Altenburg hat die Genossen veranlaßt, auf ihrem Landesparteitag am 17. Juli eine Kommission einzusetzen, mit der Weisung, unmittelbar nach dem Bremer Parteitag ein Statut für die Landesorganisation vorzulegen, das die Einheitlichkeit, Geschlossenheit und Schlagfertigkeit der Aktion sichern soll. Das Herzogtum bildet einen Kreis, der gegenwärtig 32 Parteivereine aufweist.

Die Landesversammlung der Partei in Schwarzburg-Rudolstadt, die am 5. Juni stattfand, beschloß, alljährlich 50 Mk. an die Parteikasse in Berlin abzuführen.

Das Königreich Sachsen hat 23 Wahlkreise, die 4 Bezirksagitations-Komitees unterstehen, dem ein Zentral-Agitationskomitee übergeordnet ist. Die Zahl der organisierten Genossen beträgt 38 764 gegen 29 916 im Vorjahr. Das will auch noch nicht viel heißen bei 441 764 sozialdemokratischen Reichstagswählern. Bei den Reichstagswahlen erzielte Leipzig Stadt und Land einen Ueberschuß von 13 295 Mk. Dresden rechts und links der Elbe 7200 Mk. und Chemnitz 2600 Mk.

Die Zahl der organisierten Genossen beträgt in Anhalt 2410. Davon entfallen auf den ersten Wahlkreis 1753, während derselbe 1901 erst 435 zählte.

Den Niederrheinischen Agitationsbezirk bilden 15 Reichstagswahlkreise, den oberrheinischen 23. Die Organisation sieht als Grundlage den Kreiswahlverein für jeden Wahlkreis vor. Die Agitationskomitees haben durch das Organisationsstatut das Recht erhalten, „wenn die Geschäfte es erfordern und die Mittel gestatten," einen Parteisekretär anzustellen.

In gleicher Weise wie eben geschildert, wird die Organisation der Genossen in den Provinzen Preußens ausgebaut, teils ist dieselbe vollendet. Dieselbe Form hat die hessische Landesorganisation erhalten. Die Beiträge der Mitglieder sind einheitlich fixiert. Von den Beiträgen finden 50 Prozent derselben Verwendung am Ort, 20 Prozent werden an die Kreiskasse abgeführt und die verbleibenden 30 Prozent erhält die Landeskasse, die von sämtlichen Eingängen ein Drittel an die Parteikasse abzuführen hat.

Von der Werbekraft des Sozialismus, der nach der bürgerlichen Presse bei den vorjährigen Wahlen wieder einmal seinen Höhepunkt überschritten haben sollte, legt die Mitgliederzunahme der Parteivereine Zeugnis ab. Wir reihen einzelne Beispiele an. Im vorigen Jahre gewannen Mitglieder der Vereine in Offenbach 500, München in einem Vierteljahr 800, Magdeburg allein im Juli 340, Hamburg I und II 700 bezw. 600, Barmen 330, Frankfurt a. M. 273,

Breslau 600, Stettin 360, Wandsbeck 500, Solingen 500 und Karlsruhe 220. Der Wahlverein in Hannover hat das dritte Tausend längst überschritten.

* * *

Im Einverständnis mit dem Parteivorstand ist von der Reichstagsfraktion die Stelle eines Fraktionssekretärs geschaffen. Die Stellung ist dem Genossen Grunwald übertragen. Sie ist eine dauernde. Die Aufgabe des Sekretärs besteht in der Sammlung und Sichtung des Materials, dessen die Abgeordneten für die Reichstagsarbeiten bedürfen. Vom 1. Oktober d. J. ab liegt dem Sekretär auch die Verwaltung des Parteiarchivs ob, das von diesem Termin ab in den Räumen des „Vorwärts" aufgestellt wird.

* * *

Schiedsgerichte. Anträge auf Grund des § 2 des Organisationsstatuts, betreffend den Ausschluß aus der Partei, sind im Berichtsjahr 10 bei dem Vorstand eingegangen. Davon befindet sich noch einer in den einleitenden Stadien, einer harrt der Erledigung durch die Kontrollkommission, zwei haben mit dem Ausschluß der beiden Genossen geendet, in 5 Fällen wurde der Antrag auf Ausschluß von dem Schiedsgericht abgelehnt und in einem Fall der Antrag auf Ausschluß aus der Partei von dem Antragsteller zurückgezogen.

Am 18. Oktober tagte in Mülhausen im Elsaß unter dem Vorsitz des Genossen Dreesbach-Mannheim ein Schiedsgericht, das gegen die Genossen Haug, Weßbecher, Nußbaumer, Wianni und Lichtenauer verhandelte. Den Ausschlußantrag, gestellt vom Wahlverein Mülhausen, vertraten die Genossen Emmel und Martin. Die erstgenannten Genossen wurden beschuldigt, daß sie die Interessen der Partei dadurch geschädigt hätten, daß sie fortwährend gegen den Vorstand des Wahlvereins, insbesondere die Genossen Emmel und Martin, genörgelt und gestänkert hätten; daß sie nach ihrem Ausschluß aus dem Wahlverein eine Sonderorganisation gegründet, sowie bei der Reichstagswahl 1903 eine zweideutige Haltung eingenommen hätten, und daß die Genossen Weßbecher und Nußbaumer vor und nach der Wahl den Kandidaten der Partei der ehrenrührigsten Dinge beschuldigt hätten.

Das Schiedsgericht fällte folgendes Urteil:

Weßbecher und Nußbaumer wurden mit 4 gegen 3 Stimmen auf Grund des § 2 des Organisationsstatuts aus der sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen. Der Ausschluß des Genossen Haug wurde mit 4 gegen 3 Stimmen und der Ausschluß Lichtenauer und Wianni mit allen Stimmen abgelehnt. Dagegen wurde dem Genossen Haug mit allen und den Genossen Lichtenauer und Wianni mit 4 gegen 3 Stimmen wegen ihres, das Interesse der Partei schädigenden Verhaltens eine ernste Rüge erteilt und zugleich die Erwartung ausgesprochen, daß die betreffenden Genossen von nun an sich aller Gehässigkeiten gegen einzelne Personen zu enthalten und sich den Beschlüssen der Organisation zu unterwerfen hätten.

Des weiteren beschloß das Schiedsgericht mit allen gegen eine Stimme: Der Genosse Emmel ist verpflichtet, im Interesse der Partei gegen Weßbecher und die Redaktion der „Landeszeitung" Beleidigungsklage zu erheben.

Gegen das Urteil des Schiedsgerichts legten die Genossen Weßbecher und Nußbaumer Rekurs bei der Kontrollkommission ein. Derselbe findet seine Erledigung, wenn die dem Genossen Emmel aufgetragene Beleidigungsklage gegen Weßbecher und die „Landeszeitung" ausgetragen ist.

Genosse Sellin-Charlottenburg beantragte am 21. Dezember bei dem Parteivorstand die Einsetzung eines Schiedsgerichts auf Grund des § 2 des Organisationsstatuts gegen den Genossen Goerke-Charlottenburg, wegen der gegen ihn erhobenen Vorwürfe, in der von dem Genossen Goerke veröffentlichten Broschüre „In eigener Sache".

Durch die Initiative des Parteivorstandes wurde die Angelegenheit vor dem Vorstand des sozialdemokratischen Wahlvereins Charlottenburg verhandelt und gütlich beigelegt. Es wurde folgende Vereinbarung getroffen:

Genosse Goerke erklärte: Ich bedauere die von mir nicht gewollten Folgen, die meine Broschüre durch ihre Ausschlachtung in der bürgerlichen Presse gehabt hat und erkläre gleichzeitig, daß ich keine Verbindung mit der „Germania" und Charlottenburger „Neuen Zeit" unterhalten habe. Auch erkläre ich, daß die von diesen Blättern gegen den Genossen Sellin erhobenen Anschuldigungen in meiner Broschüre nicht enthalten sind und bedauere, daß der Wortlaut derselben eine solche Deutung erfahren hat.

Genosse Sellin erklärte:

Ich habe gegen den Genossen Goerke nicht den Vorwurf des „Geschäfts-Sozialismus" erheben wollen und bedauere es, wenn meine Worte eine derartige Auslegung zugelassen haben.

1. Der Vorstand des Wahlvereins erklärte: Gegen den Genossen Sellin liegt nichts vor, was ihn unwürdig macht, Ehrenämter der Partei zu bekleiden.

2. Die gegen den Genossen Goerke erhobene Beschuldigung, daß er die Spandauer Genossen beim Druck der „Laterne" übervteuert habe, ist nach keiner Richtung hin erwiesen worden; im Gegenteil ist festgestellt, daß sich Genosse Goerke bei Berechnung des Druckpreises unter den ortsüblichen Sätzen gehalten hat.

3. Nach der Erklärung, die Genosse Goerke abgegeben hat, steht seinem Wiedereintritt in den Wahlverein nichts im Wege, da mit Recht von ihm erwartet werden kann, daß er sich eines ähnlichen Verstoßes gegen die Parteidisziplin, wie in der Veröffentlichung seiner Broschüre erblickt werden muß, in Zukunft enthalten wird.

Diese Erklärungen wurden von den Genossen Sellin und Goerke unterschriftlich erhärtet und ihnen vom Vorstande einstimmig zugestimmt.

Charlottenburg, den 30. Januar 1904.

Für den Vorstand
des sozialdemokratischen Wahlvereins Charlottenburg
Curt Baake.

Die seit Jahr und Tag wenig erbaulichen Parteiverhältnisse in Düsseldorf spotteten den wiederholten Versuchen gütlicher Beilegung und verdichteten sich schließlich zu Ausschlußanträgen, die von Wasser, Windhoff und Büchner gegen Schmidt und Genossen und umgekehrt gestellt wurden.

Sonntag, den 18. Oktober trat das Schiedsgericht unter dem Vorsitz des Genossen Gerisch zusammen. Nach 3tägiger Verhandlung sah sich der Vorsitzende gezwungen, die Verhandlungen abzubrechen und folgende Erklärung zu veröffentlichen:

„Seit Sonntag tagte in Düsseldorf unter meinem Vorsitz ein Parteischiedsgericht in Sachen Wasser, Windhoff und Büchter gegen Schmidt und Genossen und umgekehrt. Nach vielstündigen Verhandlungen wurde es mir zur Gewißheit, daß, nachdem bereits in einer anderen Angelegenheit Windhoff einen Parteigenossen wegen angeblichen Meineids bei der Behörde denunziert hat, auch Wasser systematisch darauf hinarbeitete, durch die schiedsgerichtlichen Verhandlungen Material zu Prozessen zu erlangen. Um zu verhindern, daß die schiedsgerichtlichen Verhandlungen solchen, in Anbetracht des erstrebten Zieles geradezu nichtswürdigen Zwecken dienstbar gemacht wurden, habe ich gestern abend die Verhandlungen abgebrochen und die Sitzungen des Schiedsgerichts geschlossen. Der Parteivorstand wird nunmehr zu entscheiden haben, was unter so abnormen Parteiverhältnissen, wie sie sich in Düsseldorf herausgebildet haben, weiterhin zu geschehen hat.

Düsseldorf, den 21. Oktober 1903. A. Gerisch.

Der Parteivorstand und Kontroll-Kommission beschloß darauf, den Beteiligten aufzugeben, neue Schiedsrichter zu ernennen, von denen jedoch keiner den Parteiorganisitionen der Kreise Stadt und Land Düsseldorf angehören dürfe. Das Schiedsgericht trat am 3. Januar in Düsseldorf zusammen. Es war folgendermaßen zusammengesetzt: Vorsitzender: Genosse Gerisch. Von den Parteien ernannte Schiedsrichter: Die Genossen Lenz-Remscheid, Reuber-Ohligs, Möller-Solingen, Breil-Hagen, Eberle-Barmen und Wolters-Krefeld. Außerdem hatte die Kontrollkommission ihre beiden Mitglieder Meister und Koenen delegiert, den Verhandlungen des Schiedsgerichts beizuwohnen. Am 10. Januar fertigte das Schiedsgericht folgendes Urteil aus, das in der „Düsseldorfer Volkszeitung" Nr. 8 vom 12. Januar 1904 veröffentlicht ist:

Dem Schiedsgericht lagen Anträge auf Ausschluß aus der Partei vor, gestellt von Windhoff und Genossen gegen die Genossen Wilh. Schmitt, Ludwig Schmidt, E. Ebert, Cl. Huhn, R. Wallbrecht und gegen die Genossin Frau Schmitz, sämtlich in Düsseldorf, sowie gestellt von Schmidt und Genossen gegen die Genossen C. Windhoff, Fr. Büchter und V. Wasser, ebenfalls in Düsseldorf.

Die Angelegenheit der Frau Schmitz, die durch Krankheit am Erscheinen verhindert war, wurde aus den Verhandlungsgegenständen ausgeschieden und ihre Erledigung einem ev. spätern Schiedsgericht überlassen.

In den verbleibenden Fällen wurden durch einstimmiges Votum des Schiedsgerichtes sämtliche Ausschlußanträge abgelehnt, dagegen ebenfalls einstimmig folgende Beschlüsse gefaßt:

Dem Genossen Wilhelm Schmitt wird wegen der von ihm in öffentlicher Versammlung gegen die Frau Wasser ausgesprochenen Verdächtigung ein scharfer Tadel erteilt.

Im Falle Cl. Huhn, dem die Verwendung fremder, ihm nicht gehörender Gelder für eigne Zwecke zur Last gelegt wird, sieht das Schiedsgericht aus den Gründen, die in der gleichen Sache bereits zur Freisprechung Huhns vor dem bürgerlichen Gericht geführt haben, von strengeren Maßnahmen ab, es spricht aber dem Genossen Huhn wegen seiner Handlungsweise einen Tadel aus.

Dem Genossen R. Wallbrecht wird ein scharfer Tadel erteilt, weil er in öffentlicher Versammlung behauptet hat, Genosse Wasser habe wissentlich gefälschte Aufstellungen vorgelegt, wo im schlimmsten Falle nur von unrichtigen Aufstellungen hätte geredet werden können.

Der Genosse Wasser hat, unter Beihilfe der Genossen Windhoff und Büchter, der Ueberführung der Besitzrechte am Parteiorgan usw. in das Eigentum einer offenen Handelsgesellschaft unberechtigten und hartnäckigen Widerstand entgegengesetzt und dadurch den Konflikt in der Partei aufs äußerste verschärft. Wegen dieses Verhaltens der drei genannten Genossen, durch das in hohem Maße die schließliche Katastrophe (Herausgabe eines neuen Parteiorgans durch die offene Handelsgesellschaft und Zusammenbruch der Buchhandlung in der Graf Adolfstraße mit Schädigung der Gläubiger) herbeigeführt wurde, spricht ihnen das Schiedsgericht einen entschiedenen Tadel aus. Den gleichen Tadel spricht das Schiedsgericht über die Art und Weise aus, mit der die genannten Genossen (Windhoff, Wasser und Büchter) ihre Flugblatt-Agitation betrieben, insbesondere das Parteiorgan als „Lügenblatt" bezeichnet haben.

Dem Genossen Wasser wird weiter ein scharfer Tadel ausgesprochen, weil er in öffentlicher Versammlung den Genossen Ludwig Schmidt als der Anstiftung zum Meineid verdächtig erklärt hat, was die Einleitung einer Voruntersuchung gegen L. Schmidt zur Folge hatte.

Für das Gebahren des Genossen Windhoff im Prozeß Windhoff wider W. Schmitt und umgekehrt hat das Schiedsgericht nur den Ausdruck entschiedenster Mißbilligung und schärfster moralischer Verurteilung. Das Schiedsgericht

sieht von einem Ausschluß Windhoffs aus der Partei nur aus dem Grunde ab, weil es zu seinen Gunsten annimmt, daß er sich zur fraglichen Zeit in einem Zustand hochgradiger Erregung befunden hat, der ihn die Tragweite seiner Handlungen nicht mehr erkennen ließ.

Alle anderen gegenseitigen Anschuldigungen sieht das Schiedsgericht als unwesentlich bezw. unzutreffend oder als unerwiesen oder als durch gegenseitiges Verschulden kompensiert an.

Gegen das Urteil des Schiedsgerichts legten alle Beteiligten Berufung an die Kontrollkommission ein.

Die Kontrollkommission veröffentlichte folgende in der Sache getroffene Entscheidung:

Beschluß der Kontrollkommission der sozialdemokratischen Partei in Sachen Winhoff und Genossen in Düsseldorf gegen Schmidt und Genossen daselbst, den Streit in der dortigen Parteigenossenschaft betreffend. Gegen das schiedsgerichtliche Urteil, welches in dieser Parteistreitigkeit unter dem Vorsitz des Parteivorstandsmitgliedes A. Gerisch zu Düsseldorf unterm 10. Januar d. J. erlassen wurde, haben die beiden Parteien Berufung an die Kontrollkommision eingereicht.

Das Schiedsgericht, welches sein Votum einstimmig abgab, hat im wesentlichen Teile sämtliche beiderseits gestellten Ausschlußanträge abgelehnt und sonst gegen einzelne Beteiligte wegen bestimmter Vorkommnisse den Tadel ausgesprochen.

Die Kontrolleure traten am heutigen Tage zur Prüfung der vorgelegten Akten zusammen.

Sowohl das Urteil des Schiedsgerichts vom 10. Januar als auch die von den Beteiligten an uns gerichteten Berufungsschriften wurden verlesen; ebenso wurde eine Berichterstattung der als Vertreter der Konrollkommission beim Schiedsgericht zugegen gewesenen Mitglieder Meister und Koenen entgegengenommen.

Nach eingehender Prüfung des vorhandenen Materials, der Akten und des Verhandlungsberichtes des Schiedsgerichts kamen die Kontrolleure einstimmig zu der Ansicht, daß sich die Richter erster Instanz bei der Feststellung des ihrer Entscheidung zu Grunde gelegten Materials objektiv an die beachtenswerten Tatsachen hielten und sich dabei in keinem Irrtum befinden.

Was jedoch die Schlußfolgerung des Schiedsgerichts betrifft, weicht von dessen Urteil die Ansicht der Kontrollkommission in einem einzigen Punkte ab.

Das Schiedsgericht hatte bei Windhoff die Schuld bejaht und nur deshalb von einer anderen Entscheidung abgesehen, weil es zu Gunsten Ws. annahm, daß er sich „zur fraglichen Zeit in einem Zustande hochgradiger Erregung befunden hat".

Es mußte aber bei der Beurteilung der dem W. nachgewiesenen und zum Gegenstande schwerer Anschuldigungen gemachten Tatsachen das Berufungsgericht zur Ueberzeugung kommen, daß Windhoff sich bei den fortgesetzten Handlungen des Unrechtes, dessen er nun beschuldigt ist, bewußt war.

Da es aber eine Handlungsweise ist, die ein Mitglied der sozialdemokratischen Partei sich nicht zu schulden kommen lassen darf, wurde beschlossen:

Windhoff ist aus der Partei auszuschließen.

Berlin, den 4. Februar 1904.

H. Meister, Vorsitzender. Adolf Geck, Schriftführer.

Fr. Ehrhart. Aug. Kaden. Clara Zetkin. W. Bock. J. Pfarr. H. Koenen. Fr. Brühne

Im Verfolg eines Beschlusses der Mainzer Parteiorganisation vom 19. Dezember stellte der Vorstand derselben am 7. Januar bezw. 24. Februar bei dem Parteivorstand den Antrag, in Sachen des Genossen S. Friedberg-Mainz ein Schiedsgericht auf Grund des § 2 des Organisationsstatuts zu berufen. Genosse Friedberg schloß sich dem Verlangen an. Der Parteivorstand ernannte den Genossen Opificius-Frankfurt a. M. zum Vorsitzenden. Das Schiedsgericht verhandelte am 24. März und kam zu dem einstimmigen Beschluß, daß das Verhalten des Genossen Friedberg bei der letzten Landtagsersatzwahl keinen Grund zum Ausschluß aus der Partei bildet. Des weiteren beschloß das Schiedsgericht: Die Handlungsweise des Genossen Friedberg (Abgabe eines weißen Zettels bei der Landtagswahl) sei als ein grober Verstoß gegen die Disziplin anzusehen, für den eine Rüge zu erteilen sei.

In Ausführung eines Beschlusses des sozialdemokratischen Vereins von Bremerhaven und Umgegend vom 18. Mai, stellte der Vorstand des Vereins am 20. Mai bei dem Parteivorstand den Antrag auf Ausschluß aus der Partei gegen den Zimmerpolier August Lührs in Geestemünde. Der Parteivorstand betraute den Genossen Ebert-Bremen mit dem Vorsitz des Schiedsgerichts. Der Angeschuldigte unterließ es, Schiedsrichter zu ernennen, leistete auch der ordnungsmäßig erfolgten Ladung zur Verhandlung keine Folge.

Das Schiedsgericht beschloß am 19. Juni einstimmig den Ausschluß des pp. Lührs aus der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

An der Spitze seiner Nr. 231 vom 3. Oktober brachte der „Vorwärts" folgende Notiz:

„Der Parteivorstand hat über die Erörterungen, welche auf dem Dresdener Parteitage und später in der Presse über die Mitarbeit von Parteigenossen an der bürgerlichen Presse, speziell an der „Zukunft" stattgefunden haben, und noch fortgesetzt werden, beraten. Der Parteivorstand ist zu dem einmütigen Beschluß gelangt, die Angelegenheit, nachdem das Material vollständig vorliegen wird, von Parteiwegen zur Beratung und Entscheidung zu bringen."

Im Verfolg vorstehenden Beschlusses des Parteivorstandes beschäftigte sich die Parteileitung, (Parteivorstand und Kontrollkommission) mit der Angelegenheit in der gemeinschaftlichen Sitzung vom 27. Oktober. Es wurde der Beschluß gefaßt: Der Parteivorstand wird mit den Funktionen des Schiedsgerichts, § 2 des Organisationsstatuts, betraut und der Auftrag erteilt, in Sachen der Genossen Braun, Bernhardt, Heine und Göhre die Untersuchung zu führen und den Schiedsspruch zu fällen. Gegen den Schiedsspruch bleiben die Instanzen der Parteiberufung an die Kontrollkommission und den Parteitag in Kraft.

Bei ihrer Beschlußfassung wurde die Parteileitung von der Meinung geleitet, bei den gleichmäßigen Anschuldigungen die gegen die 4 genannten Genossen erhoben wurden, sei es im Interesse der Angeschuldigten wie der Vereinfachung des Verfahrens gelegen, wenn alle 4 Fälle vor dem gleichen Forum verhandelt würden. Voraussetzung der vorgeschlagenen Prozedur war das Einverständnis der Angeschuldigten.

Das Einverständnis der 4 Genossen war nicht zu erzielen. Damit war der Vorschlag der Parteileitung gegenstandslos geworden und nur das Verfahren nach dem Organisationsstatut zulässig.

Am 1. Dezember stellte Genosse Freiwald-Pankow bei dem Parteivorstand den Ausschlußantrag gegen die Genossen Bernhard, Braun, Göhre und Heine und ersuchte um die Einsetzung eines Schiedsgerichts.

Mittelst Schreiben vom 7. Dezember machte der Parteivorstand den Genossen Freiwaldt darauf aufmerksam, daß der von ihm gestellte Antrag formell unzulässig sei, da gegen jeden der 4 Genannten ein Schiedsgericht beantragt werden müsse. Des weiteren forderte der Parteivorstand, die in allgemeinen Formen gehaltene

sachliche Begründung des Antrags durch genaue Bezeichnung des Belastungsmaterials zu ergänzen.

Beiden Aufforderungen des Parteivorstandes entsprach der Genosse Freiwaldt am 19. Februar. Nunmehr gab der Parteivorstand dem Antrag des Genossen Freiwaldt statt und übertrug den Vorsitz in allen 4 Schiedsgerichten dem Genossen Dietz-Stuttgart.

Nachstehend fügen wir die Urteile der Schiedsgerichte an in der Reihenfolge, wie die Verhandlungen stattfanden. In Sachen des Genossen Bernhardt:

Der Genosse Freiwaldt in Pankow beantragte beim Vorstand der sozialdemokratischen Partei gegen den Genossen G. Bernhard den Ausschluß aus der Partei. Der Parteivorstand berief nach § 2 des Organisationsstatuts ein Schiedsgericht und überwies diesem die Anklage zur Entscheidung.

Die klägerische Partei bestimmte als Schiedsrichter die Genossen Geyer, Grauer, Maaß und Wels, die angeklagte Partei die Genossen Calwer, Friedländer, Dr. C. Schmidt und Wolderskỳ. Der Parteivorstand ernannte als Vorsitzenden den Genossen H. Dietz.

Das Urteil wurde am Dienstag, den 26. April, gefällt. Es lautet:

Das Schiedsgericht ist nicht zu der Ueberzeugung gekommen, daß Genosse Bernhard sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms, noch einer ehrlosen Handlung schuldig gemacht hat, — der Antrag des Genossen Freiwaldt auf Ausschluß des Genossen Bernhard aus der Partei wird hiermit abgelehnt.

Berlin, 26. April 1904.

Heinrich Dietz. Hugo Wolderskỳ. Richard Calwer. Willy Friedländer. Otto Wels. O. Grauer. Benno Maaß. Friedrich Geyer.

Nicht anwesend war Genosse Dr. C. Schmidt.

Begründung.

Anklage Nr. 1. Den Artikel „Parteimoral" betreffend.

Der in der Zukunft veröffentlichte Artikel „Parteimoral" wurde der Ausgangspunkt einer Bewegung, die den Parteigenossen das Mitarbeiten an bürgerlichen Blättern einschränken sollte. Die Einschränkung ist erfolgt durch Annahme des Antrags 7 auf dem Dresdener Parteitag.

Auf dem Dresdener Parteitag gab Genosse Bernhard den Artikel preis. Damit gab Bernhard auch das Zugeständnis ab, daß er sich bei Abfassung des Artikels „Parteimoral" in einem Irrtum befunden habe. Der Parteitag nahm von der Erklärung Bernhards Kenntnis. Die Angelegenheit war erledigt.

Wenn nun Bernhard nachträglich (in einer Erklärung im Vorwärts Nr. 225 und in den Sitzungen des Schiedsgerichts) sich auf einen andern Standpunkt stellte, und nur die Form des Artikels, nicht aber den Inhalt preisgegeben haben wollte, so befindet er sich im Widerspruch mit seiner auf dem Parteitage und in einer Berliner Versammlung abgegebenen Erklärung, die klar und unzweideutig den Artikel in Form und Inhalt preisgab. (Protokoll, Seite 202, 253, 226/227, 231/232, Nr. 235 des Vorwärts.) — Der Parteitag mußte die vor ihm abgegebene Erklärung auch in diesem Sinne auffassen.

Da Bernhard in den Sitzungen des Schiedsgerichts, entgegen seiner auf dem Parteitag abgegebenen Erklärung, die Deklaration aufrecht erhält, nur die Form, nicht den Inhalt des Artikels preisgegeben zu haben, so erblickt das Schiedsgericht in diesem Widerspruch zwar keine ehrlose Gesinnung, wohl aber eine wenig gefestigte Ueberzeugung. Ein derartiges Verhalten ist geeignet, die Achtung der Parteigenossen vor den Vertretern der Literatur zu erschüttern.

Anklage Nr. 2. Betrifft einen Brief Bernhards an Harden, in welchem es heißt: er (Bernhard) danke Herrn Harden aufrichtig dafür, daß sein Blatt eine Stätte sei, wo man ehrliche Ueberzeugung rücksichtslos zum Ausdruck bringe. Man könne in der Zukunft auch den Ansichten Hardens entgegentreten. „Das geht bei Kautsky schwerer."

Das Schiedsgericht gelangte zu der Ueberzeugung, daß die persönliche Meinung Bernhards über die angebliche Intoleranz Kautskys an sich nicht die Bedeutung habe, die ihr von der Anklage beigemessen werde. Zu tadeln sei nur, daß eine derartige Aeußerung einem politischen Gegner gegenüber gemacht worden sei.

Anklage 3 und 4. Betrifft die Konspiration und das Komplott, das Genosse Bernhard gemeinsam mit andern getrieben haben soll, um dem Genossen Mehring die literarische Tätigkeit in der Partei unmöglich zu machen.

Es ist nicht erwiesen, daß Genosse Bernhard gemeinsam mit andern konspiriert und komplottiert hat, zu dem Zweck, den Genossen Mehring auf dem Parteitag zu überfallen und dessen literarische Tätigkeit in der Partei unmöglich zu machen, und zwar

1. durch Vortragen von markanten Stellen aus Mehrings vor ca. 20 und mehr Jahren verfaßten Schriften gegen die Sozialdemokratie;
2. durch Vortragen von Stellen aus dem Inhalt einer Postkarte und von Briefen Mehrings an Harden.

Unzweifelhaft ist aber, daß durch das Vorgehen Bernhards allein das Ansehen der Partei und einzelner Parteigenossen ernstlich geschädigt wurde.

Dem Angeklagten Bernhard gegenüber kommt mildernd in Betracht, daß er sich von Mehring durch dessen Artikel „Konzessionsschulzes" schwer gekränkt fühlte.

Wollte Genosse Bernhard im Interesse der Partei den Genossen Mehring bekämpfen, so mußte er mit einer Beschwerde an den Parteivorstand gehen und das Ersuchen an diesen stellen, nach § 2 des Organisationsstatuts zu verfahren. Das wird vom Genossen Bernhard ausdrücklich anerkannt.

Das Verhalten Bernhards auf dem Parteitag verdient eine scharfe Rüge.

Anklage Nr. 5. Betrifft die angebliche Diktatur Mehrings in der Leipziger Volkszeitung.

Diese angebliche Diktatur Mehrings wurde von einem Mitgliede des Schiedsgerichts dahin aufgeklärt, daß der Vorgang sich nicht so verhält, wie er in der Anklageschrift geschildert worden sei. An der Entlassung des betreffenden Mitarbeiters hätte Mehring aktiv nicht mitgewirkt. Das sei allerdings erst nachträglich festgestellt worden.

Damit nimmt das Schiedsgericht an, daß Bernhard bei seiner Behauptung (Protokoll, S. 209) sich in einem entschuldbaren Irrtum befunden hat.

Anklage Nr. 6. Betrifft die Aeußerung Bernhards, daß er, „wenn die Mitarbeit an bürgerlichen Blättern verboten wird, sein Pseudonym ändern werde."

Das Schiedsgericht überzeugte sich, daß die Worte nur im scherzhaften Sinne aufgefaßt werden können.

Das Schiedsgericht ist nicht zur Ueberzeugung gelangt, daß § 2, Abs. 1 des Organisationsstatuts auf Genossen Bernhard zur Anwendung kommen kann. Der Beschluß wurde einstimmig gefaßt.

Berlin, 26. April 1904.

Heinrich Dietz. Rich. Calwer. Willy Friedländer. Otto Wels. Hugo Woldersky. O. Grauer. Benno Maaß. Friedrich Geyer.

Nicht anwesend: Genosse Dr. C. Schmidt.

b) In Sachen des Genossen Göhre:

Der Genosse Freiwaldt in Pankow beantragte beim Vorstand der sozialdemokratischen Partei gegen den Genossen Paul Göhre den Ausschluß aus der Partei. Der Vorstand berief nach § 2 des Organisationsstatuts ein Schiedsgericht und überwies diesem die Anklage zur Entscheidung.

Die klägerische Partei bestimmte als Schiedsrichter die Genossen Grauer, Wels, Maaß und Geyer, die angeklagte Partei die Genossen Bloch, Dr. David, Edmund Fischer und Thiele. Der Parteivorstand ernannte als Vorsitzenden den Genossen Dietz.

In der Sitzung des Schiedsgerichts am 29. April erklärt Genosse Freiwaldt nach gepflogener Verhandlung, daß er die Anklage gegen den Genossen Göhre als unbegründet zurückziehe.

Berlin, den 29. April 1904.

J. Bloch. Ed. David. O. Grauer. Benno Maaß. Ad. Thiele.
Otto Wels. Heinrich Dietz.

Nicht anwesend: Edmund Fischer. Geyer.

c) In Sachen des Genossen Heine:

Der Genosse Freiwaldt in Pankow beantragte beim Vorstand der sozialdemokratischen Partei gegen den Genossen Wolfgang Heine, Reichstagsabgeordneter, den Ausschluß aus der Partei. Der Parteivorstand berief nach § 2 des Organisationsstatuts ein Schiedsgericht und überwies diesem die Anklage zur Entscheidung.

Die klägerische Partei bestimmte als Schiedsrichter die Genossen Geyer, Grauer, Maaß und Wels, die angeklagte Partei die Genossen Richard Fischer, Stephan Fritz, Robert Schmidt und Herman Wallfisch-Dresden. Der Parteivorstand ernannte als Vorsitzenden den Genossen H. Dietz.

Das Urteil wurde am Donnerstag, den 5. Mai 1904, gefällt. Es lautet:

Das Schiedsgericht hat sich nicht überzeugen können, daß Genosse Wolfgang Heine sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms, noch einer ehrlosen Handlung schuldig gemacht hat, der Antrag des Genossen Freiwaldt auf Ausschluß des Genossen W. Heine aus der Partei wird hiermit abgelehnt.

Berlin, 5. Mai 1904.

Otto Wels. O. Grauer. R. Fischer. Hermann Wallfisch. St. Fritz.
Benno Maaß. Robert Schmidt. F. Geyer. Heinrich Dietz.

Begründung.

Das Schiedsgericht einigte sich dahin, die Punkte 1 und 2 der Anklage, die Beschwerde an den Parteivorstand betreffend, aus den Verhandlungen auszuscheiden. Das Recht eines jeden Parteigenossen oder auch mehrerer Parteigenossen gemeinsam, sich beschwerdeführend an den Parteivorstand zu wenden (in diesem Falle gegen die Haltung eines offiziellen Parteiorgans), sei zu wahren.

Die Punkte 3, 4, 5, 6, 7 werden wie folgt zusammengefaßt:

a) Hat Genosse Heine gemeinsam mit andern Vorbereitungen dahingehend getroffen, den Genossen Mehring auf dem Parteitage — wie es geschehen — zu überfallen, um Mehrings literarische Tätigkeit in der Partei unmöglich zu machen?

b) Das soll insbesondere dadurch geschehen sein, daß Genosse Heine sich von Harden einige Briefe und Karten Mehrings an Harden habe geben

lassen, um von deren Inhalt Kenntnis zu nehmen, und endlich nach der Zurückgabe dieser Briefe sie telegraphisch nach Dresden reklamierte. Diese Briefe und Karten sind von Bernhard gegen Mehring auf dem Parteitage ausgespielt worden.

Zu a). Es ist nicht erwiesen worden, daß Genosse Heine gegen Mehring konspiriert und komplottiert hat. Heine hatte Kenntnis davon, daß Braun zum Beispiel gegen Mehring auf dem Parteitag vorgehen wollte durch Vorbringen von Stellen aus Mehrings vor 20 und mehr Jahren verfaßten Schriften gegen die Sozialdemokratie. Er hat aber ständig abgeraten, dies zu tun, zuletzt noch auf dem Dresdener Parteitag. Er (Heine) sei durch das Vorgehen Brauns überrascht worden.

Zu b). Was die telegraphisch reklamierten Briefe Mehrings betrifft, so glaubt Genosse Heine, er wäre berechtigt gewesen, sie in einem Falle des Angriffs auf ihn (Heine) als Abwehr benutzen zu dürfen. Zu dem Zwecke hätte er sie sich kommen lassen.

Die Weitergabe der Briefe und Karten an Bernhard stellt Heine so dar, daß er unter dem Eindruck sich befunden habe: hier steht ein Mann, der aufs schwerste angegriffen worden sei, dem mußt Du das Mittel der Verteidigung geben.

Das Schiedsgericht erblickt in der Kenntnisnahme der Briefe Mehrings an Harden nichts Bedenkliches, hält es aber in solchen Fällen für recht wünschenswert, daß derartige Materialien dem Parteivorstand vorher zur Kenntnis gegeben werden.

Der letzte Punkt der Anklage lautet:

Ist Genosse Heine in der Versammlung des dritten Wahlkreises in Berlin am 29. September 1903 gegen ausländische Genossen, insbesondere gegen den Genossen ....., denunziatorisch vorgegangen?

Es ist festgestellt worden, daß Heine in der betreffenden Versammlung die Namen einer Anzahl Genossen (die in der Begründung des Urteils namentlich aufgeführt sind) nannte, allein nicht in denunziatorischer Absicht; diese habe Heine ferngelegen. Er habe nur sagen wollen, daß auch unter den Radikalen Akademiker seien, die sich in unsre Parteiverhältnisse mischen, was nicht als förderlich für die Partei anzusehen sei. Im übrigen erkenne er (Heine) die Internationalität unsrer Bewegung ausdrücklich an. Durch einen Schiedsrichter wurde festgestellt, daß wegen der Aeußerung Heines Beschwerden bei der Partei-Instanz des Wahlkreises nicht erhoben worden sind.

Das Schiedsgericht spricht sich dahin aus, daß die Aeußerung Heines die ihm von der Anklage untergelegte Deutung hervorgerufen hat, obgleich sie nicht so aufzufassen sei. Etwas mehr Vorsicht sei daher dem Genossen Heine anzuraten, schon um seiner selbst willen, als auch, um unsre Partei vor dem Verdacht zu schützen, als lehne sie die Internationalität unsrer Bewegung ab.

Das Schiedsgericht ist nicht zu der Ueberzeugung gelangt, daß der § 2, Abs. 1 des Organisationsstatuts auf den Genossen Heine zur Anwendung kommen kann. Es wurde daher wie vorstehend erkannt.

Berlin, 5. Mai 1904.

Otto Wels. O. Grauer. F. Geyer. Hermann Wallfisch. St. Fritz. Benno Maaß. R. Fischer. Robert Schmidt. Heinrich Dietz.

d) in Sachen des Genossen Dr. Braun:

Der Genosse Freiwaldt in Pankow beantragte beim Vorstand der sozialdemokratischen Partei gegen den Genossen Dr. Heinricht Braun den Ausschluß aus der Partei. Der Parteivorstand berief nach § 2 des Organisationsstatuts ein Schiedsgericht und überwies diesem die Anklage zur Entscheidung.

Die klägerische Partei bestimmte als Schiedsrichter die Genossen Fuchs, Grauer, Maaß, Wels, die angeklagte Partei die Genossen Faber-Frankfurt a. O., Felber-Finsterwalde, Müller-München und R. Schmidt-Berlin. Der Parteivorstand ernannte als Vorsitzenden den Genossen H. Dietz.

Das Urteil wurde am 10. Juni 1904 gefällt. Es lautet:

„Das Schiedsgericht ist nicht zu der Ueberzeugung gekommen, daß Genosse Dr. H. Braun sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms, noch einer ehrlosen Handlung schuldig gemacht hat, der Antrag des Genossen Freiwaldt auf Ausschluß des Genossen Dr. H. Braun aus der Partei wird hiermit abgelehnt.

Berlin, den 10. Juni 1904.

Otto Wels. Adolf Müller. Emil Faber. Eduard Fuchs. O. Grauer. Robert Felber. Rob Schmidt. Benno Maaß. H. Dietz.

Die Anklage lautet:

I. a) Dr. Braun soll mit Bernhard, Göhre und Heine das Belügen von Parteigenossen durch den Artikel „Parteimoral" beziehentlich durch ihre Beschwerde gegen eine gegen diese Moral sich wendende Kritik der „Neuen Zeit" für zulässig erklärt und empfohlen haben;

b) die Meinungsfreiheit innerhalb der Partei durch ihre Beschwerde und ihr weiteres Vorgehen gegen die „Neue Zeit", sowie gegen Mehring zu unterdrücken versucht haben;

Das Schiedsgericht kommt auch in diesem Falle, wie in den früheren Fällen, zu der Ansicht, daß es Brauns Recht war, sich beschwerdeführend an den Parteivorstand zu wenden. Daß Brauns Voraussetzungen und sachliche Gründe bezüglich der Mitarbeit an bürgerlichen Blättern nicht zutreffend waren, sondern die Auffassung des Parteivorstandes, ist durch die Annahme des Antrages 7 auf dem Dresdener Parteitage bestätigt worden.

II. a) Den Genossen Mehring hinterlistig überfallen zu haben;

b) diesen Ueberfall ausgeführt zu haben, um Herrn Harden einen Gefallen zu erweisen und um darüber hinaus Mehring in seinem politischen und literarischen und politischen Wirken lahmzulegen und andere Parteigenossen abzuschrecken, gegen ähnliche parteischädigende Artikel oder Handlungen, wie es der „Parteimoral"-Artikel war, vorzugehen;

c) Parteiverrat durch Konspirieren mit Harden gegen einzelne Genossen und gegen die Partei, und zwar zugunsten der von Herrn Harden verfolgten Tendenz geübt zu haben;

d) den Parteitag getäuscht und angelogen zu haben;

e) unsittlich und unredlich gegen den Parteitag und gegen Harden gehandelt zu haben.

Was das Komplott anlangt, so ergaben die früheren Verhandlungen, wie auch die gegen Braun geführten, nicht genügend Anhaltspunkte, wodurch ein Komplott nachgewiesen war, dahingehend: durch ein gemeinsam verabredetes Vorgehen gegen Mehring diesen in seinem literarischen und politischen Wirken lahmzulegen. Zu konstatieren blieb indessen, daß bei Braun ein tiefer Haß gegen Mehring seit langem eingewurzelt war. Der Umgang Brauns und Genossen mit Harden legte dem Ankläger die Vermutung nahe, als seien die Angriffe komplottmäßig vorbereitet, während in der Tat jeder für sich vorging, allerdings mit dem gleichen Vorhaben, Mehring anzugreifen, wie es in Dresden geschehen ist.

Eine Verabredung zwischen Mann und Frau ist kein Komplott, selbst dann kann ein solches noch nicht konstruiert werden, wenn ein dritter hinzutritt, in

diesem Falle Harden, der aber in einer Zusammenkunft in der Wohnung Brauns auf die Frage Brauns, ob er (Harden) Mehring verklagen wolle, dieses verneinte. Harden nennt diesen Vorgang, wie er sich am 21. März 1903 unbestritten abspielte, einen „Kriegsrat". Braun nennt diese Zusammenkunft einen Vorgang, der aus freundschaftlichen Beziehungen herausgewachsen und sich zu einer Art Interessengemeinschaft mit Harden herausgebildet hatte, da beide von Mehring angegriffen wurden.

Eine ehrlose Handlung kann das Schiedsgericht in dieser Zusammenkunft nicht erblicken, wohl aber eine grobe Taktlosigkeit, und es muß dem Genossen Braun dafür den schärfsten Tadel aussprechen, daß er sich in seinem Haß gegen Mehring soweit vergaß und einen politischen Gegner zur Abwehr gegen den ihm unbequemen Genossen heranzuziehen versuchte; zu mißbilligen ist ferner, daß Braun sich in einer Korrespondenz mit Harden absprechend über einzelne Parteigenossen äußerte.

Die Aeußerung Brauns auf dem Parteitage: „Ueber die „Zukunft" kann ich ganz unbefangen sprechen, denn ich für meine Person habe nie eine Zeile darin veröffentlicht, obwohl ich vielleicht ein dutzendmal von dem Herausgeber dazu aufgefordert bin", ist richtig und unrichtig. Braun hat zu wiederholten Malen der „Zukunft" Artikel angeboten — wenn es also nach dem Willen Brauns gegangen wäre, so wären die Artikel in der „Zukunft" abgedruckt worden. Es ist stets etwas dazwischen gekommen. Ist auch durch die Ausführungen Brauns der Parteitag nicht direkt angelogen worden, so hat Braun es doch unterlassen, dem Parteitage Kenntnis von dem wirklichen Sachverhalt zu geben.

Es ist nicht bewiesen, daß Braun bereits im Jahre 1887 Kenntnis von den „Gartenlauben"-Artikeln und den Verhandlungen des Reichstags 1880 (Rede Hasenclevers über den Fall Mehring) gehabt hat, wie es die Anklageschrift behauptet — ebensowenig ist es bewiesen, daß Braun bis Ende März 1903 diese Kenntnis besessen hat. Bewiesen ist dagegen, daß Braun erst einige Monate vor dem Dresdener Parteitage Kenntnis von den Artikeln usw. erlangte. Es ist auch bewiesen worden, daß alle Personen, die Braun um Rat fragte (soweit dies zur Kenntnis des Schiedsgerichts gelangte) ihm, zum Teil aus Zweckmäßigkeitsgründen, abrieten, gegen Mehring in der bekannten Weise auf dem Dresdener Parteitage vorzugehen.

Braun tat dies dennoch, obwohl er wissen mußte, daß durch sein Vorgehen selbst die Gepflogenheiten bürgerlicher Kreise, geschweige denn die Gepflogenheiten der Partei verletzt werden.

Wie Braun selbst zugibt, war er zu diesem auch an sich zu verurteilenden Vorgehen nicht der geeignete Mann, da er (Braun) den Genossen Mehring, dessen frühere literarischen Sünden er kannte, der Partei wieder zuführte.

Wenn Braun nachträglich sagt, er hätte dies unterlassen, wenn er die ganze literarische Vergangenheit Mehrings gekannt hätte, so ist das wenig glaubwürdig; Brauns begeisterte Anpreisungen Mehrings (siehe die Briefe Brauns an Kautsky aus jener Zeit) beweisen zur Genüge, daß es ihm damals auf etwas mehr oder weniger nicht angekommen wäre.

Dem Genossen Braun ist für sein Vergehen auf dem Dresdener Parteitage eine scharfe Rüge auszusprechen.

Die Rechtsmittel, die unsere Partei bietet, waren durch die Abweisung der Beschwerde Braun und Genossen durch den Parteivorstand noch nicht erschöpft. Braun konnte, wenn er Mehrings jetzige literarische Tätigkeit in der „Neuen Zeit" und der „Leipziger Volkszeitung" für parteischädigend hielt, gegen Mehring ein Schiedsgericht beantragen und diesem sein Material unterbreiten.

III. Gegen den Genossen Dr. H. Braun wird ferner der Vorwurf erhoben, durch die Art der Gründung der Zeitschrift „Die Neue Gesellschaft" versucht zu haben, die Parteigenossen zu betrügen.

Das Schiedsgericht lehnt das Eingehen auf diesen Punkt der Anklage ab, da nachgewiesen ist, daß Braun mit der Gründung seiner Zeitschrift „Die Neue Gesellschaft" nicht die Absicht gehabt habe, die Parteigenossen zu betrügen.

Das Schiedsgericht ist nicht zu der Ueberzeugung gelangt, daß § 2 Abs. 1 des Organisationsstatuts auf den Genossen Dr. H. Braun zur Anwendung kommen kann. Es wurde daher wie vorstehend erkannt.

Berlin, den 10. Juni 1904

O. Grauer. Benno Maaß. Robert Schmidt. Robert Felber. Adolf Müller. Eduard Fuchs. Otto Wels. H. Dietz. Emil Faber.

Im Anschluß an die unter der umsichtigen Leitung des Genossen Dietz durchgeführten Schiedsgerichtsverhandlungen, hielt der Parteivorstand es für nötig, sich mit folgender Mahnung an die Parteigenossen zu wenden:

An die Parteigenossen!

Nachdem die aus den Vorgängen des Dresdener Parteitags resultierenden Schiedsgerichts-Verhandlungen einen gewissen Abschluß gefunden haben, sehen wir uns veranlaßt, an die Parteigenossen und speziell an die Parateipresse das dringende Ersuchen zu richten — ohne daß wir damit einer etwaigen Berufung der Beteiligten gegen die ergangenen Urteile vorgreifen wollen —, diese Streitigkeiten ruhen zu lassen. Wir sind der Ansicht, daß, wird dieser Wunsch befolgt, damit den Parteiinteressen am besten gedient wird.

Der Kampf gegen die Feinde fordert die Geschlossenheit unsrer eignen Reihen.

Entstehen aber sachliche Meinungsverschiedenheiten — und deren Austragungen nicht wünschen zu wollen, kann uns nicht beikommen —, so mögen die Auseinandersetzungen darüber fern von persönlicher Gereiztheit und ohne Gehässigkeit geführt werden. Es ist in dieser Beziehung in der letzten Zeit leider hüben und drüben manchmal gröblich gesündigt worden.

Diese Kampfweise muß aufhören.

Unsere Gegner können Fehler nicht vermeiden, das liegt in dem System, das sie vertreten und in der Klassenstellung, die sie einnehmen, wir aber können Fehler verhüten, wenn wir es ernstlich wollen.

Zeigen wir, daß wir diesen Willen haben, die Partei wird sich wohl dabei befinden.

Berlin, den 14. Juni 1904. Der Parteivorstand.

Es kann festgestellt werden, daß sich die Parteigenossen bemüht haben, die Mahnung des Parteivorstandes zu beachten.

Das Eingangs dieses Abschnittes erwähnte, noch in den einleitenden Stadien befindliche schiedsgerichtliche Verfahren wird jedenfalls vor dem Parteitag zum Abschluß gebracht und dann dem Parteitag mündlich darüber berichtet werden.

Die Vorgänge auf dem Dresdener Parteitag, die mit Anlaß zu dem schiedsgerichtlichen Verfahren gegen die Genossen Bernhard, Braun, Göhre und Heine führten, veranlaßten den Genossen Mehring in Dresden zu erklären, daß er seine Tätigkeit für die „Neue Zeit" und die „Leipziger Volkszeitung" einstelle, bis die berufenen Parteiinstanzen die gegen ihn erhobenen Anklagen prüfen könnten, ihn wieder dazu aufforderten. Der Parteivorstand hat sich eingehend mit der Sache beschäftigt und das Resultat seiner Prüfung und Beratung durch folgende Bekanntmachung veröffentlicht:

Der Unterzeichnete hat in seiner gestrigen Sitzung die Angriffe geprüft, die gegen den Genossen Mehring auf dem Dresdener Parteitag erhoben wurden und die denselben veranlaßten, seine Mitarbeiterschaft an der „Neuen Zeit" und seine Stellung bei der „Leipziger Volkszeitung" so lange einzustellen, bis die zuständigen Instanzen in dieser Angelegenheit ein Urteil gefällt haben, das ihm die Wiederaufnahme seiner Tätigkeit ermöglicht.

Hierbei wurden auch die Erörterungen, die nach dem Dresdener Parteitag in der Angelegenheit für und wider stattgefunden haben, in den Kreis der Erwägungen gezogen.

Es wurde beschlossen, dem Genossen Mehring den Wunsch auszusprechen, seine Mitarbeit an der „Neuen Zeit" wieder aufzunehmen.

Mit dem Verhältnis des Genossen Mehring bei der „Leipziger Volkszeitung" sich zu beschäftigen, lag keine Veranlassung vor, da die Entscheidung hierüber den Leipziger Genossen zusteht.

Berlin, den 24. November 1904. Der Parteivorstand.

In bezug auf die Einstellung der Tätigkeit des Genossen Mehring für die „Leipziger Volkszeitung" veröffentlichten die zuständigen Organe der Leipziger Genossen folgendes:

„Auf Grund der Rechtfertigungsschrift des Genossen Mehring hat die Preßkommission der „Leipziger Volkszeitung" in Verbindung mit dem Agitationskomitee und nach Rücksprache mit den Vertretern der Parteigenossen des 12. und 13. sächsischen Reichstags-Wahlkreises einstimmig beschlossen, den Genossen Mehring aufzufordern, seine frühere Tätigkeit für die „Leipziger Volkszeitung" wieder aufzunehmen."

Strafregister. Die Opfer, die der Klassenkampf in dem Berichtsjahr erforderte, waren sehr beträchtliche. Insgesamt wurden erkannt auf 43 Jahre, 2 Monate Gefängnis und 21 552 Mk. Geldstrafe. Das sind gegen das Vorjahr mehr 7 Jahre Gefängnis und 4500 Mk. Geldstrafe.

Sind auch die Opfer groß, die von zahlreichen tapferen Genossen an Freiheit und Gesundheit gebracht werden mußten, so tragen die Prozesse doch viel zur Aufklärung bei. Die meisten Freiheitsstrafen trafen solche Arbeiter, welche von dem Koalitionsrecht Gebrauch machten und bessere Arbeits- und Lohnbedingungen herbeiführen wollten. Sind auch die Arbeiter in der Wahl der Mittel vorsichtig, und kommen von Seiten der Arbeiter auch nicht solche Gewaltmittel in Anwendung, wie sie die Unternehmer in den Kartellen zur Steigerung der Preise ihrer Waren, oder gar zur Unterdrückung der Arbeiter anwenden, so verurteilten doch die meisten Gerichte die Arbeiter zu Freiheitsstrafen und beweisen dadurch, daß auch sie den Spottsatz des römischen Lustspieldichters: „Wenn zwei dasselbe tun, ist es nicht dasselbe," als Rechtsgrundsatz anwenden. In zahlreichen Prozessen wurde bewiesen, daß der preußische Justizminister die „Rechtsprechung" richtig kennzeichnete, als er jenen Aufsehen erregenden Satz im Reichstage aussprach.

Besonders bemerkenswert und von kulturgeschichtlicher Bedeutung waren zwei Prozesse der letzten Monate. In Saarbrücken wurde ein gemaßregelter Bergmann, der Genosse Krämer, angeklagt und zu drei Monaten Gefängnis wegen angeblicher Beleidigung der Leiter der königlichen Bergwerke im Saarrevier verurteilt. In diesem Prozeß wurde die Praxis des „sozialen Königtums" aber so bloßgestellt, daß wohl selbst die weltfremdesten Professoren und größten Schmeichler des Hohenzollernhauses sich scheuen werden, je wieder die Phrase vom sozialen Königtum zu gebrauchen.

Von hoher politischer Bedeutung war der Königsberger Prozeß. Als der-

selbe eingeleitet wurde, erkannten unsere Genossen, daß der Prozeß die deutsche Politik und die deutsche Rechtsprechung vor dem Auslande blamieren werde. Sie setzten alle Hebel an, jene Blamage zu hindern. Wo und wie sich im Reichstage Gelegenheit bot, wurde die Regierung auf das blamable Treiben aufmerksam gemacht. Aber der Reichskanzler Graf Bülow, der Staatssekretär Freiherr v. Richthofen und die preußischen Minister Schönstedt und v. Hammerstein glaubten Rußland einen Liebesdienst erweisen zu müssen. Die russische Polizei hatte auch wohl nicht ihre Zustimmung zur Einstellung des Verfahrens gegeben, weil sie wohl glauben mochte, daß nur Deutschland resp. Preußen sich dabei blamieren könne. Aber die deutschen und preußischen Minister sowie die russische Polizei täuschten sich gewaltig. Nicht nur die deutsche Politik und Rechtsprechung, sondern auch das gewalttätige blutdürstige und korrupte System des russischen Absolutismus wurde vor der Welt bloßgestellt, wie noch nie.

Es zeigt sich, daß die Staatsmänner und Richter noch immer glauben, mit Strafen eine Kulturbewegung aufhalten oder Handlungen hindern zu können, die naturgemäß aus den politischen und wirtschaftlichen Kämpfen hervorgehen. Ganz wider Willen wirken sie agitatorisch für die Bewegung, die sie bekämpfen wollen. Werden auch zahlreiche Vorkämpfer des Proletariats schwer geschädigt, indem sie Freiheitsstrafen erdulden müssen und hierdurch oft an ihrer Gesundheit leiden, so wirken die Strafen doch in der Regel auf den Bestraften und die Massen der Arbeiter begeisternd. Der Kampfesmut steigt, wenn Leute, die nach ihrem besten Wissen und Können für das Wohl der Arbeiter eintreten, wegen Handlungen und Aeußerungen bestraft werden, in denen sie selbst und kein Arbeiter eine Rechtsverletzung erblicken wegen Handlungen, die oft erst durch künstliche juristische Auslegungen zu Vergehen oder Verbrechen im Sinne des Strafgesetzes gemacht werden.

* * *

Wie in den vorhergehenden Jahren, kann auch in diesem Jahre die **Buchhandlung Vorwärts** über einen erfreulichen Aufschwung berichten. Der Waren-Umsatz ist von 246 000 Mark im Vorjahre auf 317 000 Mark gestiegen und hat damit die Jahresumsätze früherer Jahre bedeutend überstiegen. Die Buchhandlung Vorwärts war deshalb auch in der Lage, aus ihrem erzielten Gewinn vorläufig 35 000 Mark der Parteikasse zu überweisen, ohne die ihr gestellte Aufgabe: die Agitation der Parteigenossen durch Herausgabe agitatorisch wirkender Broschüren zu unterstützen, zu vernachlässigen.

Um die tagespolitische Agitation durch Broschürenliteratur möglichst nachhaltig zu fördern, hat der Verlag unter dem Titel „Sozialdemokratische Agitations-Bibliothek" ein neues Unternehmen geschaffen, das den Beifall der Parteigenossen gefunden zu haben scheint. Diese „Agitations-Bibliothek" wird in zwanglosen Heften erscheinen und Zeitbilder aus dem Klassenstaat zur Darstellung bringen; wichtige Zeitereignisse, die das Interesse der Oeffentlichkeit zu erwecken verdienen. In dem Geleitwort zum ersten Heft hat der Verlag der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß diese Bibliothek im Hause keines Genossen fehlen wird, „der das Bedürfnis fühlt, sich über die Ereignisse der Gegenwart auf dem Laufenden zu erhalten, und die Pflicht anerkennt, seine eigne Erkenntnis von Mann zu Mann weiter zu tragen. Wir übergeben die neue Waffe der Arbeiterschaft in dem Vertrauen, daß sie auch diese zu führen wissen wird."

Als erstes Heft ist erschienen „Prinz Arenberg und die Arenberge" (10 000 Exempl.), als zweites „Der Zukunftsstaat der Junker" (60 000 Exempl.). Auch der „Königsberger Hochverrats-Prozeß" wird darin seine Stätte finden.

An sonstigen Agitationsschriften allgemeinen Charakters sind neu erschienen: Rühle: „Die Volksschule, wie sie sein soll" (5000 Exempl.), eine Ergänzung zu der im Vorjahre erschienenen Broschüre desselben Verfassers: „Die Volksschule, wie sie ist", Bernstein: „Die verschiedenen Formen des Wirtschaftslebens" (5000 Exempl.). —

Zur Agitation für die preußischen Landtagswahlen sind erschienen: „Der preußische Befreiungskrieg" (20 000 Exempl.); und zur Information der Wähler: Arons: Die preußischen Landtagswahlen (39 000 Exempl.)

Zur Aufklärung über den Kampf der Crimmitschauer Textilarbeiter wurde unter dem Titel „Crimmitschau" eine Darstellung der Ursachen des Kampfes herausgegeben, die in 74 000 Exemplaren verbreitet wurde. Der Verlag konnte als Reinertrag 3500 Mark den Kämpfenden in Crimmitschau überweisen.

Neuauflagen früherer Publikationen waren erforderlich: Parteiprogramm (45 000 Exempl.), Kautsky und Schönlank, Grundsätze und Forderungen (5000 Exempl.), Organisationsstatut (5000 Exempl.), Bracke, Nieder mit den Sozialdemokraten (50 000 Exempl.), Calwer, Arbeiter-Katechismus (5000 Exempl.), Liebknecht, Wissen ist Macht (10 000 Exempl.), Engels, Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft (7000 Exempl.), Dietzgen, Die Zukunft der Sozialdemokratie (3000 Exempl.), Dietzgen, Die Religion der Sozialdemokratie (3000 Exempl.), Lofinsky, War Jesus Gott, Mensch oder Uebermensch? (2000 Exempl.), Marx und Engels, Das kommunistische Manifest (3000 Exempl.).

Illustrierte Zeitungen wurden herausgegeben: 25 Jahre Kampf und Sieg, zum Andenken an den Tag, an dem vor 25 Jahren das Sozialistengesetz aufhörte (113 000 Exempl.), „Die Arbeit", Sylvester-Zeitung 1903 (120 000 Exempl.), März-Zeitung (140 000 Exempl.) und Maifest-Zeitung (353 000 Exempl.)

Das Protokoll des Dresdener Parteitages erzielte eine Auflage von 40 500 Exemplaren, der Arbeiter-Notiz-Kalender eine solche von 36 700 Exemplaren. Die in den Vorjahren im Anschluß an den „Arbeiter-Notiz-Kalender" von uns herausgegebenen Spezialkalender für einzelne Gewerkschaften (z. B. Metallarbeiter-, Bergarbeiter-, Maler-Kalender) werden jetzt zum Teil von diesen Gewerkschaften im Selbstverlage ausgegeben. Nur der Schuhmacher-Kalender erscheint noch in unserm Verlage.

Die Sammlung sozialistischer Theaterstücke wurde um ein neues Stück vermehrt: Preczang, Der Teufel in der Wahlurne (2000 Exempl.); neu aufgelegt wurden: Preczang, Sein Jubiläum, und Däumig, Maifeier (je 1000 Exempl.). Außerdem wurden von Scävola, Zwölf Jahre Verbannung, 2000 Exemplare nachgedruckt.

Auch die nunmehr im achten Jahrgange erscheinende Illustrierte Roman-Bibliothek „In freien Stunden" hat im Laufe des Jahres einen wesentlichen Abonnentenzuwachs erfahren, den wir hauptsächlich der regen Unterstützung unsrer Partei- und Gewerkschaftspresse und der lebhaften Agitation der Parteigenossen zu danken haben. Auf schöngeistigem Gebiete hat der Verlag außerdem noch veranstaltet eine billige Neuausgabe des prachtvollen illustrierten Romans „1793", von Victor Hugo (2000 Exempl.), und für die reifere proletarische Jugend die reizende Erzählung von Erckmann-Chatrian, Frau Therese (2000 Exempl.), die, mit Bildschmuck versehen, für den Weihnachtstisch bestimmt ist.

Außerdem nennen wir an Neuerscheinungen noch das Gruppenbild der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, das in

26 000 Exemplaren erschienen ist, und den früher ausgegebenen Kunstblättern haben wir zwei neue angereiht: „Der Mann mit der Hacke", nach dem Gemälde von Millet, und „Die Marseillaise", zum erstenmal vorgetragen von dem Dichter derselben: Rouget de L'Isle, nach einem Gemälde aus dem Louvre in Paris.

Von den billigen Gesetzesführern sind der durch das Gewerbe-Unfallversicherungs-Gesetz und der durch das Invalidenversicherungs-Gesetz neu bearbeitet, in je 3000 Exemplaren erschienen.

Ferner hat der Verlag neu herausgegeben eine Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek, durch die das Interesse an der Erhaltung der Gesundheit und das Verständnis für eine vernünftige Hygiene in den Arbeiterkreisen geweckt werden soll. Die Hefte erscheinen in zwangloser Folge und jedes Heft ist für sich abgeschlossen. Bis jetzt sind in je 5000 Exemplaren erschienen: Die erste Hilfe bei Unglücksfällen, von Dr. Christeller, Das erste Lebensjahr, von Dr. Silberstein, Zur Gesundheitspflege des Nervensystems, von Dr. Hirschlaff, und Der Achtstundentag von Dr. Zadek, letzteres zur Unterstützung des Maigedankens erschienen, erzielte 8000 Auflage.

Im Frühjahr dieses Jahres begann der Verlag mit der Herausgabe eines seit Jahren vorbereiteten Werkes, in dem unter dem zusammenfassenden Titel Kulturbilder" wichtige Abschnitte aus der Kulturgeschichte in Einzeldarstellungen veröffentlicht werden sollen. Die Darstellung soll auf dem Boden der materialistischen Geschichtsauffassung fußend, allgemeinverständlich gehalten sein. Das Werk prätendiert keinen wissenschaftlichen Charakter, sondern soll von bestimmten Zeitabschnitten und kulturell wichtigen Epochen der von der Volksschule vernachlässigten Arbeiterklasse Kenntnis geben und unsern Genossen Stoff bieten zur Erweiterung ihrer geschichtlichen und kulturellen Erkenntnis. Daher muß das Werk in Sprache und Darstellung dem Verständnisvermögen der großen Masse sich anpassen, um auch seiner Belehrungsaufgabe gerecht werden zu können. Zu diesem Zwecke sind die einzelnen Werke auch mit Dokumenten aus den geschilderten Zeitabschnitten und mit Bildern aus jener Zeit und in deren Kunstcharakter versehen. Die Herausgabe erfolgt in Heften à 20 Pf.; für jeden Band sind 50 Lieferungen in Aussicht genommen. Als erster Band hat zu erscheinen begonnen: „Wider die Pfaffenherrschaft", von Emil Rosenow. Von diesem Werk sind bei Niederschrift des Berichts 16 Hefte erschienen. Der Verlag will mit diesem Unternehmen ein dauernd wertvolles Bildungs- und Agitationsmittel für die Parteigenossen schaffen. Er glaubt deshalb auf die Mithilfe aller Genossen bei der Verbreitung der Werkes rechnen zu dürfen.

* * *

Kassenbericht. Die Gesamteinnahmen haben sich im abgelaufenen Rechnungsjahre ziemlich in gleicher Höhe wie im Vorjahre gehalten. Die allgemeinen Einnahmen, welche auch die eigentlichen Parteibeiträge enthalten, sind sogar um 17 922,31 Mk. gestiegen. Dagegen sind die Ausgaben, die infolge der Reichstagswahlen im vorigen Rechnungsjahre besonders hohe waren, um rund 191 000 Mk. gegen das Vorjahr niedriger. Höher geworden sind die Ausgaben für allgemeine Agitation, Unterstützungen, Prozeß- und Gefängniskosten, Reichstagskosten und Verwaltung um insgesamt rund 60 000 Mk. Niedriger waren die Ausgaben auf Darlehenskonto und für Preßunterstützungen. Besonders erfreulich ist der Rückgang der Preßunterstützungen auf die Summe von 12 708,60 Mk. gegenüber den vielen Zehntausenden, die in früheren Jahren oft für den gleichen Zweck aufgewendet werden mußten. Eine Anzahl von Preß-Unternehmungen, die durch Jahre hindurch Beihilfen aus der Zentralkasse benötigten, haben sich geschäftlich so konsolidiert, daß sie nicht nur ohne Zuschüsse auskommen, sondern bereits anfangen, Ueberschüsse abzuwerfen. Der besonders günstige Kassenabschluß des letzten Jahres ist überhaupt in erster Linie den Ueberschüssen unserer großen Geschäfte zu verdanken.

Bezüglich der eigentlichen Parteibeträge ist, mit Ausnahme der bekannten Parteiorte, die, mit Berlin an der Spitze, von jeher Mustergültiges geleistet haben, eine wesentliche Besserung nicht eingetreten. Anerkannt muß indes werden, daß die süddeutschen Parteiorganisationen in höherem Maße, als ihnen dies früher möglich war, Beiträge an die Zentralkasse abgeführt haben.

Wenn auch bei dem guten Stand der Parteifinanzen die durchaus ungenügenden eigentlichen Beiträge der großen Mehrzahl der Parteigenossenschaften keine unmittelbare Kalamität für die Partei bedeuten, so muß doch der Zustand, daß der Etat der Partei nur durch die Geschäftsüberschüsse zum Balanzieren gebracht werden kann, als ein ungesunder angesehen werden, an dessen Besserung unausgesetzt ernsthaft gearbeitet werden muß.

Bei den fortgesetzten Hetzereien der Scharfmacher-Cliquen, die sozialdemokratische Partei wieder unter ein Ausnahmegesetz zu stellen, wird es unsere Parteimitglieder interessieren zu hören, daß bereits vor Jahren ein Parteigenosse unter dem Titel „Juliusturm" einen Fonds in Höhe von 50 000 Mk. gestiftet hat, der nur in Notfällen unter bestimmten Voraussetzungen seitens des Gesamtvorstandes angegriffen werden darf. Die Zinsen dieses Fonds, dessen Bestehen wir auf Wunsch des Stifters erst jetzt mitteilen, fließen wie bisher der Zentralkasse zu.

Mit den im letzten Jahre erzielten Rücklagen haben diese eine Höhe erreicht, daß sie als Ausgleichsfaktor für magere Jahre voraussichtlich auf längere Zeit hinaus genügen werden. Fließen daher im neuen Geschäftsjahre die Einnahmen wie in den beiden letzten Jahren, dann kann die Partei eine erhöhte organisatorische und agitatorische Tätigkeit entfalten und sie kann diese Tätigkeit auch auf bisher noch unerschlossene Gebiete Deutschlands ausdehnen.

Möge sich auch gegenüber diesen neuen Aufgaben die bereits sprichwörtlich gewordene Opferfreudigkeit unserer Parteigenossen abermals bewähren!

Im einzelnen verteilen sich die Einnahmen und Ausgaben wie folgt:

Bericht über die Einnahmen und Ausgaben der Parteikasse

vom 1. August 1903 bis 31. Juli 1904.

A. Einnahmen.

Im Monat:	Insgesamt		Von den gesamten Einnahmen entfielen auf:									
			Allgemeine Einnahmen		Darlehns-Konto		Zinsen		Ueberschuß des „Vorwärts“		Diverse	
	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.
1903												
August	33508	51	33508	51	—	—	—	—	—	—	—	—
September	20535	52	20535	52	—	—	—	—	—	—	—	—
Oktober	56054	46	20443	21	—	—	150	—	25461	25	10000	—
November	35811	94	35811	94	—	—	—	—	—	—	—	—
Dezember	72306	23	72156	23	—	—	150	—	—	—	—	—
1904												
Januar	69077	34	26627	15	10050	—	5535	50	26864	45	—	24
Februar	42199	50	37496	60	50	—	4652	90	—	—	—	—
März	34207	26	21651	40	12550	—	—	—	—	—	5	86
April	109529	87	90587	47	5025	—	1855	50	12061	90	—	—
Mai	26769	70	21384	70	5025	—	360	—	—	—	—	—
Juni	56352	08	50245	58	25	—	6056	50	—	—	25	—
Juli	64440	50	29529	40	8525	—	60	—	26109	30	216	80
	620792	91	459977	71	41250	—	18820	40	90496	90	10247[1]	90

	620792,91 Mk.
Hierzu Bestand vom 31. Juli 1903	28102,84 „
	648895,75 Mk.

B. Ausgaben.

Im Monat:	Insgesamt		Von den gesamten Ausgaben entfielen auf: Allgemeine Agitation		Wahl-Agitation		Unterstützungen		Prozeß- und Gefängniskosten		Reichstagskosten		Gehälter und Verwalt.-Ausgaben		Darlehns-Konto		Preß-Unterstützungen		Vermischte Ausgaben	
	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.
1903																				
August . . .	25098	25	3885	—	9131	94	5003	75	347	40	191	—	1869	16	4000	—	670	—	—	—
September . .	37568	27	13255	85	13715	85	1515	90	1280	—	—	—	1363	57	5000	—	1030	—	407	10
Oktober . . .	27851	65	6726	70	4086	—	1871	—	2783	40	—	—	3019	60	7500	—	1518	60	346	35
November . .	20091	63	3363	80	589	50	7160	90	2349	43	—	—	1156	50	1800	—	3550	—	121	50
Dezember . .	33080	65	4945	50	3900	—	6005	—	289	55	5900	—	1435	—	—	—	550	—	10055	60
1904																				
Januar . . .	17285	10	2777	70	2431	—	855	50	823	10	6500	—	1664	35	500	—	670	—	1063	45
Februar . . .	26328	70	7674	40	4861	05	1519	25	823	95	8400	—	1840	50	—	—	1150	—	59	55
März	73711	25	14700	—	9621	90	5667	50	1945	50	6900	—	1746	—	31500	—	1550	—	80	35
April	34743	21	4040	60	1059	50	778	—	1819	40	7200	—	1764	13	17300	—	550	—	231	58
Mai	28143	70	3209	55	4311	50	2068	50	674	70	4300	—	2643	15	10500	—	300	—	136	30
Juni	19578	36	4914	10	1010	—	665	—	659	—	5837	—	1824	88	3000	—	550	—	1118	38
Juli	19238	31	8622	31	—	—	496	50	1537	—	119	—	4085	—	3500	—	620	—	258	50
	362719	08	78115	51[1])	54718	24	33606	80[2])	15332	43	45347	—	24411	84[3])	84600	—	12708	60	13878	66

	362 719,08 Mk.
Ausgabe für Kapitalanlage	262 648,— „
Kassenbestand am 31. Juli 1904	23 528,67 „
	648 895,75 Mk.

Berlin, den 9. August 1904.

Revidiert und für richtig befunden:

H. Meister. Clara Zetkin. J. Pfarr. A. Kaden. Fr. Brühne. Fr. Ehrhart. A. Geck.
H. Kvenen.

Bemerkungen zu A. Einnahmen.

[1]) Die im Oktober unter den Diversen gebuchten 10000 Mk. gehören dem preußischen Landtagswahlfonds. Sie sind, da sie im Dezember zur Rückzahlung gelangten, nur als durchlaufender Posten zu betrachten.

Bemerkungen zu B. Ausgaben.

[1]) Unter diesem Posten befinden sich auch 1673 Mk., die den italienischen und 428 Mk., die den slovenischen Parteigenossen als Beihilfe zu ihrer schwierigen Agitationsarbeit bewilligt wurden.

[2]) In dieser Summe sind enthalten 3000 Mk., welche die gemaßregelten niederländischen Arbeiter und 10000 Mk., welche die ausgesperrten Crimmitschauer Weber erhielten.

[3]) Unter dieser Rubrik befinden sich außer den üblichen Ausgaben für Gehälter und Hilfskräfte, Miete für Bureauräume, Porto und Telegrammgebühren, Kosten der Kassenrevision usw. auch 3864 Mk. sachliche und persönliche Ausgaben für das Fraktions-Sekretariat.

C. Ausgaben für die Parteipresse,

im einzelnen nachgewiesen.

„Aachener Volksblatt"	Mk.	3 000,—
„Fränkische Volkstribüne"	„	1 000,—
„Gazeta Ludowa"	„	3 600,—
„Königsberger Volkstribüne" . . .	„	3 000,—
„Posener Volkszeitung"	„	668,60
„Saalfelder Blätter"	„	1 440,—
	Mk.	12 708,60

Tabellarische Uebersicht

der seit dem Parteitag in Dresden eingegangenen Partei-Beiträge.

1. August 1903 bis 31. Juli 1904.

Ort bezw. Wahlkreis oder Landesteil	August	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli
Aachen	3,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Adlershof	0,85	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Altona (Wahlkreis)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4000,00	—
Alt-Warthau	20,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	30,00
Arnstadt	—	—	—	—	—	—	—	—	20,00	—	—	—
Baden (Großherzogthum) Landesorg.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	200,00	—
Baden-Baden	0,30	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Bamberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,00	—
Bant-Wilhelmshav.	262,80	—	—	—	—	—	128,20	—	—	195,00	—	—
Barmen	—	300,00	—	—	—	—	—	—	—	200,00	—	300,00
Beelitz	—	19,85	—	—	—	—	9,00	10,35	—	—	—	—
Berlin II.	500,00	900,00	2500,00	—	500,00	1000,00	—	2059,35	2100,00	600,00	1500,00	2400,00
„ III.	1000,00	—	1000,00	—	—	500,00	500,00	—	2500,00	—	1000,00	—
„ IV.	7000,00	3000,00	3000,00	3000,00	—	2000,00	1000,00	5000,00	5000,00	3000,00	8000,00	5000,00
„ V.	—	500,00	—	500,00	—	—	—	500,00	—	—	500,00	—
„ VI.	5000,00	5500,00	4000,00	4000,00	3000,00	5600,00	6600,00	6500,00	10000,00	4500,00	4000,00	10000,00
Berlin, diverse	966,70	921,68	397,31	780,70	319,40	653,80	637,10	1210,30	1907,93	387,80	900,35	208,45
Bern	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00
Beuthen (Oberschl.)	—	—	—	—	—	3,00	5,00	5,00	5,00	5,00	—	—
Bielefeld	—	—	—	—	—	—	—	1,00	—	—	—	—
Bocholt i. W.	7,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Bochum (Kreis)	—	—	50,00	—	—	—	—	—	—	—	—	535,28
Brandenburg a. H. (Wahlkreis)	500,00	—	—	—	—	—	—	—	—	200,00	—	200,00
Bremen	14,80	300,00	—	18,90	300,00	24,50	—	500,00	20,80	—	500,00	—
Bremerhaven	—	—	200,00	—	—	200,00	—	—	—	—	200,00	—
Breslau	50,00	50,00	50,00	100,00	100,00	100,00	100,00	101,00	100,00	100,00	100,00	200,00
Brüssel	—	—	—	16,94	—	20,16	—	—	—	—	—	—
Bukarest	—	—	26,40	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Butzbach	—	—	—	—	—	—	—	—	4,00	—	—	—
Burtehude	—	3,00	—	—	3,00	—	—	3,00	—	—	3,00	—
Calbe a. S.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50,00	—	—
Charlottenburg	—	—	—	—	—	—	5,00	5,00	—	—	10,00	—
Chemnitz (16. sächs. Wahlkreis)	2000,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Chemnitz (Verbreitungsgeb. d. Volksst.)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3000,00
Chemnitz, diverse	—	—	—	—	—	—	1,00	—	—	10,00	10,00	5,00
Cöln a. Rh. (Stadt)	56,00	—	—	—	70,00	60,00	—	—	67,00	—	—	122,60
Cöpenick	4,10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,00	—
Cottbus	—	4,00	—	—	—	—	2,00	—	—	—	—	—
Crimmitschau (18. sächs. Wahlkr.)	—	—	—	—	—	300,00	—	—	—	300,00	—	—
Culm	—	—	—	—	—	5,00	—	—	—	—	—	—
Darmstadt	—	—	7,20	200,00	—	4,80	—	4,00	—	—	—	—
Dessau	—	—	2,00	—	—	200,00	—	—	—	—	—	—
Donaueschingen	—	—	—	—	—	—	—	—	5,00	—	—	—
Dortmund (Wahlkreis)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1000,00	550,00
Dortmund, diverse	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50,00	—	50,00

Ort bezw. Wahlkreis oder Landesteil	August	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli
Dreißighuben . . .	—	—	—	—	5,00	—	—	—	—	—	—	—
Dresden (4. sächs. Wahlkreis)	—	—	—	—	—	1000,00	—	—	—	—	—	—
Dresden (5. sächs. Wahlkreis)	1200,00	—	—	—	—	—	500,00	—	—	—	—	—
Dresden (6. sächs. Wahlkreis)	—	—	—	—	1500,00	—	—	—	—	—	1000,00	—
Duisburg	—	—	—	—	—	—	—	4,00	—	—	—	—
Durlach i. B. . . .	—	—	—	—	—	—	—	100,00	—	2,40	—	—
Düsseldorf	—	—	2,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Elberfeld	—	1000,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	800,00
Essen (Ruhr)	—	—	—	—	—	250,00	—	—	—	—	—	1000,00
Falkenberg (Oberschlesien)	2,00	2,00	2,00	16,00	3,00	2,00	2,00	2,00	2,00	5,00	2,00	5,00
Feudenheim	19,80	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Flensburg (Wahlkr.)	—	—	—	50,00	—	—	—	25,00	—	2,00	50,00	—
Forst i. L. (Wahlkr.)	—	—	—	200,00	—	200,00	—	—	—	300,00	—	—
Frankfurt a. M. . .	—	—	—	—	2,00	—	—	—	—	—	—	1000,00
Franz. Buchholz . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,50
Friedenau b. B. . .	5,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Freiburg i. B. . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50,00
Freiburg i. Schl. .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,00	5,00
Freising	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5,00
Fürth i. B.	52,25	13,00	—	13,00	—	—	20,00	20,00	20,00	20,00	20,00	20,00
Furtwangen	—	—	—	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—
Gelenau i. Erzgb. .	—	—	—	—	—	4,00	—	—	—	—	—	—
Gera, Reuß (Wahlkreis)	—	—	—	150,00	—	—	150,00	—	151,63	—	—	—
Gießen	30,00	—	10,00	10,00	—	20,00	10,00	—	—	—	—	50,00
Gorczizen	—	—	—	—	—	—	—	20,00	—	—	—	—
Gotha	30,00	30,00	30,00	30,00	30,00	30,00	30,00	30,00	30,00	30,00	30,00	30,00
Greiz (Wahlkreis R. ä. L.)	—	200,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	200,00
Großenhain (7. sächs. Wahlkreis)	200,00	—	—	—	—	—	—	—	—	500,00	—	—
Großottersleben (Wahlkreis)	—	—	—	—	90,00	—	—	—	—	—	—	—
Grötzingen i. B. . .	—	—	—	—	15,00	—	—	—	—	—	—	—
Gugelwitz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,00	—
Gutschdorf	—	—	—	—	—	—	4,00	—	—	—	—	5,00
Hagen i. W.	—	—	—	—	—	—	—	100,00	—	—	2,00	—
Hamburg I.	—	3000,00	—	—	—	—	—	—	—	2000,00	—	—
„ II.	—	—	2000,00	—	—	—	—	—	—	5000,00	—	—
„ III.	8000,00	—	—	6000,00	—	—	4000,00	—	3000,00	—	—	—
Hamburg, diverse .	254,52	281,55	491,30	44,20	—	75,31	—	—	8430,00	193,00	110,50	—
Hamm i. W.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00	—
Hannover	—	—	1000,00	—	—	—	1000,00	—	—	—	1000,00	—
Hartau i. Schl. . .	—	—	—	—	—	20,65	—	—	—	—	—	—
Hartha (10. sächsisch. Wahlkreis)	500,00	—	—	—	—	—	—	—	—	106,00	—	—
Heidelberg	—	—	—	—	—	—	—	—	4,00	—	10,00	10,00
Heißen	—	—	—	—	—	25,00	—	—	—	—	—	—
Hessen, Großh. (Landesorganis.).	302,00	—	—	—	—	—	—	1000,00	—	—	—	500,00

Ort bezw. Wahlkreis oder Landesteil	August	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli
Höchst = Usingen = Homburg (Wahlkr.)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	300,00	—
Hohenstein = Ernstthal	—	—	—	5,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Hornberg (Schwarzwald)	—	—	—	—	—	—	10,00	—	—	—	—	—
Hückeswagen	—	—	—	—	—	—	25,00	—	—	—	—	—
Hüttensteinach	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00	—	—
Idar	—	—	—	—	—	2,60	—	3,40	—	—	3,50	—
Forestgrove (Amerika)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,18	—
Karlsruhe i. B.	—	—	—	200,00	—	—	—	—	—	—	200,00	—
Kattowitz (Oberschl.)	—	—	—	—	—	—	—	5,00	5,00	—	—	10,00
Kiel (7. schl. = holst. Kreis)	1000,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	500,00	—
Kiel, diverse	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5,00
Kirchheimbolanden	—	—	5,50	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Königsberg i. Pr.	—	—	100,00	—	—	—	—	100,00	—	100,00	—	100,00
Königsbrück	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,50	—	—
Krefeld	—	—	60,00	—	—	—	—	—	100,00	—	—	100,00
Landeshut i. Schl.	—	—	—	—	—	—	30,00	—	—	—	—	—
Landsberg a. W.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	13,25	—
Leipzig (12. u. 13. sächs. Wahlkreis)	—	—	—	2000,00	—	2000,00	2000,00	2000,00	—	—	21000,00	—
Leipzig, diverse	—	—	30,00	—	—	—	—	—	—	—	13,40	—
Linha (Brasil.)	15,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Lititz	—	—	—	2,75	—	—	—	—	—	—	—	—
London	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5,00	—
Lübeck	—	1000,00	—	—	—	—	—	—	—	500,00	—	300,00
Luckenwalde (Wahlkreis)	—	—	—	—	—	50,00	—	—	100,00	100,00	50,00	100,00
Luckenwalde, diverse	10,00	5,00	5,00	—	10,00	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00
Ludwigshafen a. Rh.	—	—	—	—	200,00	—	—	—	—	—	—	—
Ludwigshafen a. Rh. (Gau Pfalz)	—	—	—	—	—	500,00	—	—	—	—	—	—
Magdeburg	3000,00	—	—	—	—	—	—	—	300,00	—	500,00	—
Mannheim	—	—	—	—	1200,00	200,00	—	—	—	200,00	—	—
Marburg a. L.	—	—	—	—	—	20,00	—	—	—	—	—	—
Marktredwitz	1,70	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Memel	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00	—
Metz	—	20,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Mülhausen i. E.	10,00	—	—	—	10,00	—	10,00	—	—	10,00	—	—
München	—	15,00	5,00	5,00	5,00	300,00	—	—	20,00	5,00	5,00	1005,00
München (Gau Südbayern)	—	—	202,00	—	—	160,00	—	—	127,00	—	—	153,45
M.-Gladbach	—	—	12,00	—	—	—	—	—	—	—	—	12,00
Neisse	1,50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,00
Neustadt (Coburg)	—	—	—	—	—	—	—	2,00	—	2,00	—	—
Neu-Weißensee b. Berlin	—	—	—	—	5,00	—	—	—	—	—	—	—
Newiges-Tönisheide	—	—	—	1,20	—	—	—	—	—	1,00	—	—
New-York	89,80	—	—	—	—	—	—	10,00	—	—	—	—
Niederbarnimer Wahlkreis	-	—	—	—	—	7,50	—	—	—	—	—	—
								1000,00	—	—	2000,00	—

Ort bezw. Wahlkreis oder Landesteil	August	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli
Niederzwönitz (19. sächs. Wahlkr.)	—	—	50,00	—	—	—	100,00	—	50,00	—	—	—
Nienburg a. W. (7. hann. Wahlkr.)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50,00	—	—
Nienburg a. W., Diverse	—	25,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Nürnberg	4,00	4,00	4,00	4,00	354,00	15,00	4,00	260,00	4,00	4,00	4,00	254,00
Nürnberg (Gau Nordbayern)	—	—	—	—	—	1552,00	—	—	—	—	—	829,74
Oberhausen-Alstaden	—	20,00	—	—	20,00	—	—	—	—	—	—	—
Oberlangenbielau	—	—	—	—	100,00	50,00	—	100,00	—	100,00	—	—
Oberstein a. N.	4,66	—	—	9,60	—	7,93	—	—	9,60	—	—	9,40
Oelsnitz i. V.	—	—	—	—	—	—	—	—	20,00	—	—	—
Offenburg i. B.	—	—	—	—	—	—	1,30	—	—	0,40	18,00	—
Oggersheim (Pfalz)	—	—	—	—	—	—	—	30,00	—	—	—	—
Ohlau	—	—	—	—	47,45	—	—	—	—	—	—	—
Ottensen (6. Schl.-Holst. Wahlkr.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1000,00	—	—
Pankow	—	—	—	4,20	—	—	—	—	—	—	—	—
Peilau i. Schl.	5,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5,00
Peterswaldau	—	—	10,00	—	—	10,00	—	—	—	10,00	—	—
Pfaffengrund (im Riesengebirge)	—	—	—	—	—	5,00	—	—	—	—	—	—
Pirna (8. sächsischer Wahlkreis)	—	—	—	100,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Rahnsdorf	—	3,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Randow-Greifenhagen (Wahlkr.)	100,00	—	—	—	100,00	—	100,00	—	—	100,00	—	—
Rawitsch	—	—	—	—	—	14,90	—	—	—	—	—	—
Regensburg	—	—	—	—	—	10,00	—	—	—	—	10,00	—
Rehme	—	—	6,50	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Reichenbach i. Schl.	—	10,00	—	—	30,00	—	—	10,00	—	—	—	—
Reichenbach i. V.	—	—	—	10,20	—	—	—	—	—	—	—	—
Remscheid	2,50	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	200,00	—
Rixdorf	—	6,00	11,00	4,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Richzenhain	6,00	3,00	3,00	3,00	3,00	3,00	3,00	3,00	—	—	—	—
Ronsdorf	—	—	26,00	—	—	25,00	50,00	—	25,00	—	5,00	25,00
Rostock (5. mecklenb. Wahlkreis)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	200,00	—
Sachs.-Weimarische Landesorganisation	—	—	—	—	50,00	—	—	60,00	—	—	80,00	40,00
Sagan	1,50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Schiffbeck i. H.	—	—	—	—	—	—	—	100,00	—	—	—	—
Schmiedeberg (im Riesengebirge)	—	—	—	—	—	15,00	—	—	—	—	—	—
Schriesheim	9,80	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Schwabach i. B.	—	—	—	3,25	—	—	—	—	—	—	—	—
Schwarzenbach a. S.	—	—	—	—	—	5,00	5,00	—	—	—	—	—
Schweidnitz	—	—	—	—	—	—	—	5,00	—	—	5,00	—
Schweinfurt	—	—	—	—	—	—	10,00	—	—	—	20,00	—
Schwelm	—	—	—	—	—	100,00	—	—	—	—	—	—
Seidau	179,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Solingen (Wahlkr.)	30,00	40,00	30,00	65,00	25,00	35,00	45,00	—	50,00	52,60	15,00	—
Spandau	5,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Ort bezw. Wahlkreis oder Landesteil	August	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli
Staßfurt (Wahlkreis Calbe-Aschersleben)	—	—	—	—	—	—	—	100,00	—	—	—	100,00
Stettin	—	—	—	—	500,00	—	—	—	—	—	—	—
Straßburg i. E.	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00
Striegau	—	—	—	—	—	30,00	—	—	—	—	—	—
Stuttgart	10,00	—	10,00	10,00	10,00	1000,00	10,00	—	10,00	10,00	10,00	10,00
Teltow-Beeskow-Charlottenb. (Wahlkreis)	100,00	—	200,00	100,00	—	2000,00	200,00	200,00	100,00	—	200,00	—
Tonga (Insel)	—	—	—	—	4,80	—	—	—	—	—	—	—
Torgau (Wahlkreis)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,00	—
Triberg	10,00	—	—	—	—	—	—	—	5,00	—	5,00	—
Trier	—	—	—	—	—	—	—	3,00	—	—	—	—
Uegesack	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00	—	—
Verden (6. hannoverscher Wahlkreis)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	60,00	—
Vetschau	—	—	—	—	—	—	—	—	15,00	—	—	—
Vogtsberg i. V.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5,00
Waldenburg i. Schl.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	100,00	—
Waldheim i. S.	50,00	—	—	—	25,00	—	25,00	—	—	—	—	—
Wandsbeck	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1000,00	—	—
Warnemünde	—	50,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Weigelsdorf i. Schl.	—	20,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Werdau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1,00
Wibiter	5,50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Winterbeck-Hasse	—	—	—	—	—	30,00	—	—	—	—	—	—
Wolmirstedt-Neuhaldensleben (Wahlkreis)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	200,00	—	—
Wunsiedel	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5,40	—
Württemberg	300,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00
Würzburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5,00	—
Zeitz (Wahlkr.)	—	—	—	—	—	300,00	—	300,00	—	—	300,00	—
Zürich	—	1000,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Nordische Wasserkante	—	—	—	—	60000,00	—	—	—	50000,00	—	—	—
„Vorwärts"	—	—	25461,25	—	—	26864,45	—	—	12061,90	—	—	26109,30
Vorwärts-Buchhandlg.	—	—	—	15000,00	—	—	20000,00	—	—	—	—	—
„Wahrer Jakob"	—	—	4500,00	—	—	4500,00	—	—	6119,45	—	—	—
Diverse	541,43	2124,41	250,00	3000,00	3364,58	1211,00	5,00	—	—	—	—	216,80

Bericht

der

Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands

von Anfang August 1903 bis Ende Juli 1904.

Die Ausdehnung und Festigung der sozialistischen Frauenbewegung dokumentiert sich durch die fortwährend steigende Zahl der weiblichen Vertrauenspersonen. Wir haben deren jetzt 100. Ganz besonders erfreulich ist es, daß die Zahl der weiblichen Vertrauenspersonen sowohl im Rheinland gewachsen ist, der Domäne klerikaler Herrschaft, wie in Ostpreußen, dem Lande der Junker und schlechten Schulen. Der aufrüttelnde belebende Geist des Sozialismus kann auf die Dauer weder mit dem Weihwedel des politischen Hetzkaplans, noch mit der Peitsche des Gutsherrn gebannt werden. Die Agitation unter den Frauen in den ländlichen Gegenden Ostpreußens ist weit schwieriger als unter dem weiblichen Proletariat in industriell entwickelteren Gegenden. Aber schon der Umstand allein, daß sich Frauen an mehreren Orten Ostpreußens zur Uebernahme des Amtes einer Vertrauensperson bereit fanden, läßt darauf schließen, daß manches von unseren Agitatorinnen ausgestreute Samenkorn aufgegangen ist. Wenn die Bemühungen zur Schulung der gewonnenen Kämpferinnen nicht erlahmen und von den Genossen tatkräftig unterstützt werden, so können in der Folge größere und nachhaltigere Erfolge der Aufklärungsarbeit nicht ausbleiben.

Hatte das vorhergehende Arbeitsjahr mit der siegreichen Reichstagswahl geschlossen, so begann das Berichtsjahr mit der Agitation für die preußischen Landtagswahlen. Die Genossinnen in ganz Preußen veranstalteten Volksversammlungen, um die Aufmerksamkeit der Proletarierinnen auf die kulturwidrigen politischen Zustände Preußens hinzulenken, ganz besonders auf die erzreaktionären vereinsrechtlichen Bestimmungen, die Schulverhältnisse usw. in erster Linie aber auf das korrupte Dreiklassenwahlsystem. Die Berliner Genossinnen nützten das sehr kurze Recht aus, das ihnen durch den § 21 des preußischen Vereinsgesetzes gewährt wird. Sie gründeten einen Wahlverein, der in den wenigen Wochen seines Bestehens 400 Mitglieder geworben und eine lebhafte agitatorische Tätigkeit entfaltet hat. Eine Anzahl von Mitgliedern der Organisation hat sich dauernd an die politische Bewegung angeschlossen und ist stets bereit, bei notwendigen Veranstaltungen dem Dienste der Partei Zeit und Kräfte zur Verfügung zu stellen.

Wie notwendig die entfaltete Agitation gewesen ist, wurde den Frauen durch das krasse Unrecht des Vereinsgesetzes und seiner Handhabung seitens der Behörden klar nachgewiesen. Mehrere wichtige Fälle der Praxis, wie sie den Proletarierinnen gegenüber beliebt wird, gelangten in dem Berichtsjahr zur

Entscheidung. Der Amtsvorsteher in Tempelhof hatte eine Versammlung des Reichstagswahlvereins der Frauen deshalb untersagt, weil er der Ansicht war, diese Organisation sei ungesetzlich. Trotzdem fanden in vielen Orten des Kreises Versammlungen des nämlichen Wahlvereins ungehindert statt. Die Genossinnen beschritten den Beschwerdeweg. Das Ober-Verwaltungsgericht pflichtete jedoch der Ansicht des Amtsvorstehers bei. Diesem Falle stellt sich würdig an die Seite die Verweisung der weiblichen Delegierten der Brandenburger Konferenz in das Segment. Diese Maßregel wurde damit begründet, daß die aus sieben Personen bestehende Agitationskommission der Provinz ein politischer Verein sei, an dessen Versammlungen Frauen tätigen Anteil nicht nehmen dürften. Und dies, obgleich die Konferenz als öffentliche Versammlung einberufen worden und die Wahl der Delegierten in öffentlichen Versammlungen erfolgt war. Die Beschwerden und Klagen der Genossinnen bis in die höchsten Instanzen hatten den Erfolg, daß das Tun der unteren Behörden als dem Gesetz entsprechend erklärt und die Genossinnen abgewiesen wurden. Ein freies Vereins- und Versammlungsrecht ist aber für die Masse der Proletarierinnen geradezu eine Lebensnotwendigkeit geworden, da ohne ein solches auch das Koalitionsrecht der Arbeiterinnen ein papiernes ist, wie es durch zahlreiche Tatsachen erhärtet werden kann. Da Reichstagsmehrheit und Regierung der Forderung der sozialdemokratischen Fraktion nach einem uneingeschränkten Reichs-, Vereins- und Versammlungs- wie Koalitionsrecht hartnäckigen Unverstand entgegensetzen, so beschlossen die Genossinnen, angespornt durch ein Zirkular der Unterzeichneten, eine lebhafte Agitation für diese nötigen Reformen zu entfalten. Sie gingen alsbald ans Werk. In Diskutier- und Leseabenden wie in öffentlichen Versammlungen wurde und wird der Gegenstand zum Thema der Verhandlungen gemacht. Zum mindesten wird durch diese Agitation erreicht, daß breiten Schichten der Proletarierinnen ihre Rechtlosigkeit zum Bewußtsein kommt und daß das Streben nach Beseitigung des bestehenden unwürdigen Zustandes sie zu Kämpferinnen macht für die eigene Befreiung, wie für die der gesamten Arbeiterklasse.

Am Ende des Jahres 1903 war es die Aussperrung der Crimmitschauer Arbeiter und Arbeiterinnen, die das Interesse und die Aktion des Proletariats in hohem Maße herausforderte. Unsere Genossinnen erfüllten mit großer Begeisterung die Pflichten, die ihnen durch diesen Riesenkampf zwischen Kapital und Arbeit erwuchsen und der insbesondere auch der Verbesserung des Loses von Tausenden hart ausgebeuteter Frauen galt. In Crimmitschau selbst haben sich die organisierten und aufgeklärten Frauen als treffliche Kämpferinnen bewährt. Gerade der Crimmitschauer Kampf hatte hellstes Licht darauf geworfen, wie schwer die gesetzgebenden Gewalten gesündigt hatten, daß sie nicht längst den gesetzlichen Zehnstundentag für alle erwachsenen Arbeiter, zum mindesten aber für die erwachsenen Arbeiterinnen, festlegte. Aber die Lehren dieses Kampfes scheinen für die Herrschenden verloren zu sein. Die Reichstagsmehrheit stand der so berechtigten Forderung des Zehnstundentages nach wie vor ablehnend gegenüber. Ebenso einsichtslos blieb sie gegenüber der längst erwiesenen Notwendigkeit, einen durchgreifenden Kinderschutz zu schaffen. In langem und hartem Kampfe hat die Arbeiterklasse nur gar wenig errungen. Die Unzulänglichkeit des zu stande gekommenen Kinderschutzgesetzes, welches das eigene Kind nicht einmal dem fremden gleich gegen die Ausbeutungsfreiheit sicher stellt, gab den Genossinnen im ganzen Reiche Anlaß zur lebhaften Agitation für das Verbot der Erwerbsarbeit schulpflichtiger Kinder, wie es das sozialdemokratische Programm fordert. Den Vertrauenspersonen und Agitatorinnen wurde zum Zwecke gründlicher Information das vom Lehrer Agahd herausgegebene Kinderschutzgesetz auf Kosten der Zentralkasse der Genossinnen zugestellt. Die eingeleitete Agitation wird fortgesetzt werden, bis den Kindern des Proletariats ausgiebiger Schutz gegen die Ausbeutungsmacht des Kapitals erobert ist.

An allen anderen Aktionen der Arbeiterklasse haben sich die Genossinnen beteiligt. Sie ergriffen die Initiative zum Protest gegen die schmachvolle Liebedienerei der preußisch-deutschen Politik vor dem russischen Despotismus. Eine große Volksversammlung der Genossinnen in Berlin leitete die Protestbewegung ein, die in ganz Deutschland Wiederhall fand, wie die vielen in dieser Sache abgehaltenen Versammlungen bezeugen und deren Bedeutung der Königsberger Tendenzprozeß in helles Licht gerückt hat.

Das schmähliche Verhalten der bürgerlichen Mehrheitsparteien des Reichstages und der Regierung in der Frage des Frauenwahlrechts zu den Kaufmannsgerichten bot Stoff zu kräftiger Agitation unter den Frauen, zumal unter den weiblichen Angestellten im Handelsgewerbe.

Zur Beteiligung an dem Heimarbeiterschutzkongreß, welchen die Generalkommission für Anfang März d. J. einberief, wurden die Genossinnen durch einen Aufruf der Unterzeichneten in Nr. 2 der Gleichheit aufgefordert. Ihre Mitarbeit am Kongresse war um so berechtigter, als die Genossinnen in manchen Orten seit längerer Zeit bereits durch Erhebungen über die Zustände in der Heimarbeit wertvolles Material zusammengetragen hatten, welches durch den Kongreß weiteren Kreisen nutzbar gemacht werden konnte. Im Interesse des Kampfes gegen die Heimarbeit, dieses Krebsschadens am Gesellschaftskörper, im Interesse der Ausrüstung der Genossinnen für diesen Kampf hielt es die Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands für angebracht, das Protokoll des Heimarbeiterschutzkongresses sämtlichen Vertrauenspersonen unentgeldlich zu übermitteln. Erwähnt sei dankend, daß die Generalkommission auf Antrag bereitwilligst das Protokoll in größerer Anzahl der Zentralvertrauensperson zum Selbstkostenpreise überließ.

Wie stets, so haben auch im abgelaufenen Jahre die Genossinnen ihren Anteil an der gewerkschaftlichen Arbeit geleistet. Sie haben Werkstubensitzungen geleitet, Versammlungen abgehalten und in manchen Orten Kommissionen gegründet, welche die Agitation unter den Arbeiterinnen planmäßig betreiben. Infolge ihrer Tätigkeit sind sie da und dort als Delegierte in die Gewerkschaftskartelle gewählt worden. Ebenso fleißig waren die Genossinnen vielerorts als Mitglieder von Agitationskommissionen bei allen mühevollen Arbeiten tätig. So haben sie unstreitig das ihrige dazu beigetragen, daß die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen im letzten Jahre in erfreulicher Weise gestiegen ist und 1903 im Jahresdurchschnitt 40 666 betrug. Der erzielte Erfolg muß die Genossinnen anspornen, in rührigster Weise weiter auch in der gewerkschaftlichen Bewegung mitzuarbeiten. Die gewerkschaftliche Organisierung ist von so großer Bedeutung für das Proletariat, daß die Genossinnen ihr fortgesetzt die höchste Aufmerksamkeit zuwenden, die nachdrücklichste Förderung zu Teil werden lassen müssen.

Das Bestreben der Frauen nach engerem Zusammenschluß und vertiefter Bildung macht sich in der fortwährenden Zunahme der Frauenbildungsvereine geltend. Wenn dieselben auch in Preußen und in anderen deutschen Vaterländern gänzlich unpolitisch sein müssen, so übermitteln sie doch den Frauen eine Summe von Bildung, die sie befähigt, den sozialistischen Gedanken leichter und fester zu erfassen.

Die Lese- und Diskutier-Abende haben in vielen Orten Vortreffliches geleistet. Ihrem Wirken ist es wohl nicht zum mindesten zuzuschreiben, daß in letzter Zeit eine Anzahl junger Kräfte rednerisch tätig sind, die schon tüchtige Leistungen aufzuweisen haben, und die sich dank der vorhandenen Bildungsgelegenheiten und der Anleitung, die sie schriftlich und mündlich erhalten, noch weiter entwickeln werden.

Das stete Steigen der Leserinnen der „Gleichheit", deren Zahl jetzt über 11 000 beträgt, ist ein deutlicher Beweis dafür, daß bei zäher Agitation die

Frauen auch für ernste Lektüre zu gewinnen sind. In vielen Orten verbreiten die Genossinnen die „Gleichheit" in eigener Regie, wodurch sie einen großen Teil der Mittel für ihre Agitation erhalten. Aber wertvoller noch als dieses materielle Ergebnis ist die festere persönliche Beziehung, die sie dank des Austragens ihrer Zeitschrift erzielen.

Die Genossinnen wurde von den bürgerlichen Frauenrechtlerinnen zur Beteiligung an dem Internationalen Frauenkongreß aufgefordert, welcher im Juni in Berlin getagt hat. Aus grundsätzlichen und taktischen Gründen lehnten sie jedoch jede Art der Beteiligung an dieser ausgesprochenen bürgerlichen Veranstaltung ab. Der Charakter und der Verlauf des Kongresses haben bestätigt, wie richtig sie damit gehandelt haben. Die deutschen Genossinnen fühlen sich in internationaler Solidarität nicht mit den bürgerlichen Frauen, wohl aber mit den kämpfenden Proletariern aller Länder verbunden. Sie beschlossen deshalb, sich auf dem Internationalen Sozialistenkongreß zu Amsterdam durch zwei Delegierte vertreten zu lassen.

Durch die Wahlen im Jahre 1903 sind die Mittel der Arbeiterkreise stark in Anspruch genommen worden. Es ist deshalb nicht zu verwundern, daß in die Kasse der Zentralvertrauensperson die Gelder nicht allzu reichlich geflossen sind. Die Einnahmen betrugen 1379,03 Mk. Die Ausgaben beliefen sich für

Drucksachen auf	176,35 Mk.
Mündliche Agitation	539,25 „
Porti und kleine Ausgaben	199,93 „
Summa	915,53 Mk.

Einnahmen	1379,03 Mk.
Ausgaben	915,53 „
Bestand	463,50 Mk.

Seit dem 1. Juli wird die Vertrauensperson der Genossinnen besoldet und kann sich in der Folge vollständig der Aufgabe ihres Amtes widmen. Die Neuerung war zur Notwendigkeit geworden. Mit der erfreulichen Entwickelung der proletarischen Frauenbewegung hatten die Arbeiten der Vertrauensperson einen Umfang angenommen, daß sie nicht länger nebenbei erledigt werden konnten, sondern eine ganze Kraft erforderte. Nun ist eine wichtige materielle Vorbedingung dafür gegeben, daß die Agitation unter dem weiblichen Proletariat immer kräftiger und einheitlicher betrieben werden kann, und daß sie insbesondere rege und anhaltend in solchen Gegenden in Angriff genommen wird, wo die proletarische Frauenbewegung bis jetzt noch nicht festen Fuß zu fassen vermochte. Aber freilich wird die Möglichkeit für höhere Leistungen der Vertrauensperson nur dann voll zur Geltung kommen, wenn die Genossinnen ihrerseits nach wie vor ihre volle Kraft für die sozialistischen Ideale einsetzen und wenn es auch die Genossen nicht an einsichtsvoller Förderung der Frauenbewegung fehlen lassen. Je solidarischer alle Kräfte bewußt zusammenwirken, um so größere und nachhaltigere Fortschritte müssen erzielt werden.

Mit reifender Einsicht und Kraft wird sich so die proletarische Frauenbewegung immer leistungsfähiger dem allgemeinen proletarischen Klassenkampf eingliedern.

Ottilie Baader.

Bericht

über die

parlamentarische Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstags-Fraktion

3. Dezember 1903 bis 16. Juni 1904.

Die Situation.

Der am 16. Juni 1903 für die elfte Legislaturperiode gewählte Reichstag begann seine erste Session am 3. Dezember 1903 und vertagte sich am 16. Juni 1904 bis zum 28. November 1904, nachdem er 100 Sitzungen abgehalten hatte, so daß die diesjährige Berichterstattung, wie dies in den letzten Jahren wiederholt geschehen mußte, nur den ersten Abschnitt der auf eine mehrjährige Tagung angelegten laufenden Session behandeln kann.

Während dieses hunderttägigen Sessionsabschnittes wurden die Verhandlungen des Reichstags beherrscht von der Nachwirkung zweier vorhergegangener politischer Ereignisse. Das eine war die Annahme des neuen Zolltarifs, dessen Einführung von den agrarischen Parteien beharrlich gefordert wurde, sei es auch auf Kosten eines Zollkrieges nach allen Seiten; das zweite war der für unsre Gegner völlig unerwartete Dreimillionensieg der Sozialdemokratie am 16. Juni 1903.

Die Frage, ob und unter welchen Bedingungen der neue Zolltarif in Kraft gesetzt werden sollte, hat niemals während der hundert Sitzungen amtlich auf der Tagesordnung gestanden. Es konnte das nicht geschehen, da es der Reichsregierung trotz eifriger Bemühungen nicht gelungen war, Handelsverträge mit irgend welchen andern Mächten auf der Grundlage des neuen Zolltarifs mit seinen Minimalsätzen für Getreide zu vereinbaren. Schon diese Tatsache allein bestätigt die Richtigkeit des sozialdemokratischen Urteils, daß der neue Zolltarif ein wenig geeignetes Mittel zur Erzielung von Handelsverträgen sei. Die Agrarier der schärferen Tonart drängten unablässig die Regierung, die

bestehenden Handelsverträge schlankweg zu kündigen, um dann, wenn bei Ablauf der Kündigungsfrist neue Verträge noch nicht vereinbart sein sollten, den neuen Tarif einfach in Kraft zu setzen. Die Regierung leistete dieser Zumutung, trotz größter Sympathien mit den Agrariern, Widerstand, da sie sich doch nicht der Einsicht verschließen konnte, daß eine solche Heraufbeschwörung von Zollkriegen nicht nur der deutschen Arbeiterschaft — denn darüber hätte sie sich wohl hinweggesetzt —, sondern auch den Industriekapitalisten durch Lahmlegung der Exportindustrie den schwersten Schaden zufügen würde. Die Regierung stellte sich deshalb bei der Erörterung dieser Fragen auf den Standpunkt der gemäßigten Agrarier, die in der nationalliberalen Partei und im Zentrum ihre hauptsächliche Vertretung haben, während die Wünsche der ungemäßigten aus den Kreisen der Konservativen und besonders der Antisemiten laut wurden. Die Vertreter der liberalen Parteien bekämpften zwar die agrarische Forderung einer Kündigung der Handelsverträge durchweg, sie ließen jedoch durchblicken, daß sie auch für solche Handelsverträge zu haben wären, die für die Bevölkerung Deutschlands eine Erhöhung der Nahrungsmittelpreise infolge der Einführung der Minimalsätze des neuen Tarifs bedeuten würden.

Anders die Sozialdemokratie. Die Redner unsrer Partei haben, getreu unsrer Stellungnahme bei den Zolltarifkämpfen und während der Wahlbewegung, keinen Zweifel darüber gelassen, daß wir *unter keinen Umständen für Handelsverträge* zu haben sein würden, *die eine Erhöhung der Lebensmittelzölle* gegenüber den annoch geltenden Zollsätzen des alten, durch die bestehenden Handelsverträge modifizierten Tarifs enthalten würden. Diese unsre Stellungnahme war bedingt durch die folgenden leitenden Gesichtspunkte: Aufgabe der Sozialdemokratie als Vertreterin der Arbeiterinteressen im Klassenkampfe ist es, alle wirtschaftspolitischen Maßregeln zu bekämpfen, die geeignet sind, den Reallohn der Arbeiterschaft herabzumindern. Der Reallohn der Arbeiterschaft wird aber herabgemindert durch die Schwächung, welche die Kaufkraft des Geldlohnes durch künstliche Erhöhung der Warenpreise, insbesondere der Preise der notwendigsten Lebensmittel erleidet. Diese Verringerung des Reallohnes kann auch keineswegs wett gemacht werden durch Lohnerhöhungen, die seitens schutzzöllnerischer Interessenten jedesmal den Arbeitern in Aussicht gestellt werden, sobald sie zur Erhöhung ihrer eignen Profite eine Verstärkung der Schutzzölle fordern. Denn abgesehen davon, daß erfahrungsgemäß solche Lohnerhöhungen nur in sehr geringem Umfange oder gar nicht einzutreten pflegen für die Arbeiter der durch Schutzzölle begünstigten Betriebe, haben alle andern Arbeiter nur Nachteile davon. Auf die Dauer reguliert sich aber das Niveau der Löhne nach der Gesamtlage des Arbeitsmarktes. Nur die Kampffähigkeit der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen für Schutz und Trutz, nicht aber die künstliche Steigerung einzelner Unternehmerprofite sichert den Arbeitern den Lohn. Es ist deshalb eine ganz irreführende Behauptung, wenn versichert wird, daß die Arbeiter als „Produzenten" ein gemeinsames Interesse mit den Unternehmern an künstlichen Profitsteigerungen hätten. Für die Arbeiter fällt ihr Interesse als „Produzenten" mit dem als „Konsumenten" völlig zusammen. *Die künstlichen Preissteigerungen kommen nur den Ausbeutern der Produktion zugute.* Da die Arbeiter aber am schwersten zu leiden haben unter einer künstlichen Preissteigerung der unentbehrlichen Lebensmittel, nahm die Fraktion zur Frage der Handelsverträge die ihr durch das Arbeiterinteresse gebotene Stellung ein, daß sie erklärte, nur solchen Handelsverträgen ihre Zustimmung geben zu können, die *mindestens keine Erhöhung* der gegenwärtig gültigen Lebensmittelzölle zur Folge haben würden.

Die Vorstöße der Agrarier wegen Kündigung der Handelsverträge nahmen im Laufe der Verhandlungen an Schärfe zu, während die Regierungsvertreter

sich bemühten, bei sanftester Abwehr dieser Angriffe durch möglichstes Entgegenkommen die wild gewordenen Agrarier zu versöhnen.

Aber auch noch in andrer Weise wirkten die Zolltarif- und Handelsvertrag-Fragen ein auf die Regierungspolitik und die Verhandlungen im Reichstag.

In erster Reihe kommt für Deutschland ein Handelsvertrag mit Rußland in Frage. Die russische Regierung zeigte nun zunächst keinerlei Neigung, einem neuen Handelsvertrage auf der Grundlage des neuen deutschen Tarifs ihre Zustimmung zu geben. Da hat es die deutsche Reichsregierung nicht an Liebesdiensten gegen Rußland — eingestandenermaßen nach dem vom Fürsten Bismarck gelieferten Vorbild — fehlen lassen, um die Zarenregierung ihren wirtschaftspolitischen Wünschen günstiger zu stimmen. Abgesehen von den eignen reaktionären Gelüsten der preußischen und der übrigen deutschen Regierungen, sind die Ausweisungen russischer oppositioneller Staatsangehöriger aus dem Deutschen Reiche, sowie insbesondere der gegen deutsche Staatsangehörige angestrengte Prozeß wegen des Schmuggels angeblich zarenbeleidigender und hochverräterischer Schriften nach Rußland auf die Bemühungen der Reichsregierung um die Gunst des Zaren und seiner Diener zurückzuführen. Es wird späterhin noch dargelegt werden, auf welche Weise dieses Diplomatenspiel mit den Interessen des deutschen Volkes und dem Ansehen des Deutschen Reiches von unsrer Seite gewürdigt worden ist.

Auch auf die Finanzpolitik des Reiches übte die Handelsvertragsfrage eine Rückwirkung aus. Außer ihrem Bemühen, den Wünschen der Agrarier möglichst entgegen zu kommen, hat die Regierung auch ein fiskalisches Interesse an der Einführung des neuen Zolltarifs. Die Finanzwirtschaft hat zu einem chronischen Defizit geführt. Eine Einführung der neuen, fast durchweg erhöhten Zollsätze würde, wenn dieselben auch hier und da durch neue Verträge etwas gemildert werden sollten, doch zu erheblich höheren Zolleinnahmen führen. Die Regierung rechnet mit einem Netto-Mehrertrage von 150 Millionen Mark nach Einführung des neuen Zolltarifs. Damit eröffnet sich den Finanzkünstlern der Regierung die Aussicht, unter Zuhilfenahme neuer Verbrauchssteuern noch mehr Gelder für Heer und Marine flüssig zu machen. Dem Umstande, daß für dieses Etatsjahr mit erhöhten Zolleinnahmen noch nicht zu rechnen war, ist es zuzuschreiben, daß die Neuforderungen für Heer und Marine vertagt sind. Erst nächstes Jahr wird dem deutschen Volke diese Bescherung zu teil werden, wenn es der Reichsregierung bis dahin gelungen sein sollte, die Zarenregierung durch weitere Liebesdienste polizeilichen Charakters oder durch indirekte Beihilfe in seiner ostasiatischen Bedrängnis für neue Handelsverträge günstig zu stimmen. Vorläufig hat also der Nichtabschluß von Handelsverträgen auch eine Anzahl andrer Fragen der Reichspolitik in der Schwebe gehalten.*)

Nicht minder als die Zolltariffrage übte der große Erfolg der Sozialdemokratie bei den vorjährigen allgemeinen Reichstagswahlen einen bestimmenden Einfluß auf den Gang der Verhandlungen aus. Kaum eine einzige Frage konnte angeschnitten werden, ohne daß nach kurzer Frist einer der Redner der bürgerlichen Parteien in eine allgemeine Sozialistentöterrede entgleiste. Auch von den Vertretern der Reichsregierung wurde mehr noch als sonst die Gegnerschaft gegen die Sozialdemokratie betont. Besonders beim Auftreten des Reichskanzlers Grafen Bülow hatte man den Eindruck, daß er beordert war, an der Sozialdemokratie herumzu-

*) Nachdem dieses geschrieben war, wurde offiziös die Nachricht verbreitet, daß der Abschluß eines Handelsvertrages mit Rußland gelungen sei. Die Angst vor den japanischen Bomben hat also die Zarenregierung zur Kapitulation vor den Ansprüchen der deutschen Agrarier gebracht. Ein Dankestelegramm nach Tokio erscheint dringend geboten.

vernichten, soweit ihm seine schönrednerischen Talente das gestatteten. Gleichzeitig wurde aus den Reihen verschiedener bürgerlicher Parteien die Sehnsucht nach einer allgemeinen Verbrüderung zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie laut. Reaktionäre Kampfhähne vom Schlage der Kardorff und Arendt, der Kröcher, Oldenburg und Riepenhausen plauderten dabei sehnlichste Wünsche nach Ausnahmegesetzen gegen die Sozialdemokratie, nach Wahlrechtsraub und Staatsstreich aus, wie sie ja unzweideutiger noch in der sozialistenreinen Atmosphäre des preußischen Herrenhauses den Lippen einiger hochgeborener Gesetzgeber entschlüpft sind. Daß solche Bestrebungen bei der Reichsregierung nicht ungern gesehen werden, haben die Mahnung des Reichskanzlers erkennen lassen, die bürgerlichen Parteien möchten unter sich einig werden über Maßregeln gegen die Sozialdemokratie, dann werde die Regierung es an sich nicht fehlen lassen.

Eine Art Abschlagszahlung auf diesen Koalitionskampf leistete sich die Reichstagsmehrheit durch die Kassierung zweier sozialdemokratischer Reichstagsmandate. Die Rechtfertigung für diese Gewaltstreiche schlug der bisherigen Praxis des Reichstages in Wahlprüfungsfragen direkt ins Gesicht, was sich nur als Produkt der blinden Angst vor der wachsenden Macht des Sozialismus erklären läßt. Auch darin trat unverkennbar eine Rückwirkung des sozialdemokratischen Wahlerfolges zu Tage, daß die bürgerlichen Parteien, voran das Zentrum, eine Fülle sozialreformerischer Anträge einbrachten, deren offenbarer Zweck ist, ihre Urheber als die „wahren Arbeiterfreunde" bei der deutschen Arbeiterschaft in empfehlende Erinnerung zu bringen und den Sozialdemokraten den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Heutzutage mehr als je zuvor bewahrheitet sich also das Wort des Grafen Caprivi, daß die Regierungen jede Maßregel auf ihre Wirkung auf die Sozialdemokratie prüfen. Nicht nur die Regierungen, auch die bürgerlichen Reichstagsparteien handeln nach diesem Grundsatz. War es doch sogar ein Vertreter der Deutschen Volkspartei, der für seine Partei die Aufgabe in Anspruch nahm, die „Wacht am Roten Meere" zu bilden.

Der Charakter eines Vorspiels für größere Kämpfe, den der erste Sessionsabschnitt durch die Einwirkung dieser beiden Fragen erhielt, wurde noch verstärkt durch die gesetzgeberische Unfruchtbarkeit der Verhandlungen, deren Einzelheiten nunmehr zu erörtern sind.

Reichshaushaltsetat für das Finanzjahr 1904.

(1. April 1904 bis 31. März 1905.)

Der diesjährige Reichshaushaltsetat beträgt in

Einnahme und Ausgabe

in Ausgabe: 2 034 511 548 Mark, nämlich
1 696 161 674 Mark an fortdauernden,
171 861 841 „ an einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats und
166 488 033 „ an einmaligen Ausgaben des außerordentlichen Etats;
in Einnahme: 2 034 511 548 Mark.

Der Voranschlag im Etatsentwurf betrug 2 460 735 004 Mark, nämlich
2 057 047 075 Mark an fortdauernden Ausgaben
174 551 765 „ an einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats und
229 136 164 „ an einmaligen Ausgaben des außerordentlichen Etats.

Die erhebliche Differenz zwischen der Summe des Voranschlages und des durch den Reichstag genehmigten Etats, die sich insgesamt auf mehr als 400 Millionen Mark beläuft, ist nur zu einem recht geringen Teil auf Abstriche, in der Hauptsache auf formale Buchungsänderungen zurückzuführen, wie sie durch die sogenannte „Finanzreform" herbeigeführt wurden. Näheres darüber bei Erörterung dieser Finanzreform.

Auf die einzelnen Ressorts verteilen sich die Ausgaben und Einnahmen des Etats für 1904 in folgender Weise:

Fortdauernde Ausgaben:

Bundesrat	—	Mk.
Reichstag	759 780	„
Reichskanzler und Reichskanzlei	241 600	„
Auswärtiges Amt	15 476 757	„
Reichsamt des Innern	68 995 157	„
Verwaltung des Reichsheeres	578 130 193	„
Reichsmilitärgericht	549 633	„
Verwaltung der Kaiserlichen Marine	99 301 578	„
Reichs-Justizverwaltung	2 178 529	„
Reichsschatzamt	213 378 605	„
Reichs-Eisenbahnamt	400 880	„
Reichsschuld	104 712 550	„
Rechnungshof	973 820	„
Allgemeiner Pensionsfonds	78 867 320	„
Reichs-Invalidenfonds	41 621 399	„
Post- und Telegraphenverwaltung	413 594 192	„
Reichsdruckerei	5 519 181	„
Eisenbahnverwaltung	71 460 500	„
Summe der fortdauernden Ausgaben	1 696 161 674	Mk.

Einmalige Ausgaben.

a) Ordentlicher Etat.

Reichstag	—	Mk.
Auswärtiges Amt	22 043 626	„
Reichsamt des Innern	9 466 000	„
Post- und Telegraphenverwaltung	13 271 012	„
Reichsdruckerei	283 000	„
Verwaltung des Reichsheeres	36 203 833	„
Reichsmilitärgericht	16 000	„
Verwaltung der Kaiserlichen Marine	53 153 970	„
Reichs-Justizverwaltung	55 000	„
Reichsschatzamt	900	„
Reichsschuld	—	
Rechnungshof	—	
Eisenbahnverwaltung	6 851 500	„
Reichs-Eisenbahnamt	4 000	„
Aus Anlaß der Expedition in das Südwestafrikanische Schutzgebiet	513 000	„
Summe a)	171 861 841	Mk.

b) Außerordentlicher Etat.

Reichsamt des Innern	5 000 000	Mk.
Reichsschatzamt	15 000	„
Post- und Telegraphenverwaltung	22 095 000	„
Verwaltung des Reichsheeres	31 813 564	„
Verwaltung der Kaiserlichen Marine	46 115 000	„
Eisenbahnverwaltung	13 041 600	„
Aus Anlaß der Expedition nach Ostasien	12 764 047	„
Zur Deckung des Fehlbetrages im ordentlichen Haushalte für 1902	30 608 622	„
Zuschuß zu den einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats	5 035 200	„
Summe b)	166 488 033	Mk.
Summe der einmaligen Ausgaben	338 349 874	Mk.
Summe der fortdauernden Ausgaben	1 696 161 674	„
Summe der Ausgabe	2 034 511 548	Mk.

Einnahme.

Zölle und Verbrauchssteuern	843 686 470	Mk.
Reichsstempelabgaben	88 856 000	„
Post- und Telegraphenverwaltung	480 144 130	„
Reichsdruckerei	8 315 000	„
Eisenbahnverwaltung	96 305 700	„
Bankwesen	11 048 500	„
Verschiedene Verwaltungseinnahmen	37 327 320	„
Aus dem Reichs-Invalidenfonds	42 562 624	„
Ueberschüsse aus früheren Jahren	113 900	„
Zuschuß des außerordentlichen Etats	5 035 200	„
Ausgleichungsbeträge	18 191 558	„
Matrikularbeiträge *)	236 437 113	„
	= 1 868 023 515	Mk.
Außerordentliche Deckungsmittel **)	166 488 033	„
Summe der Einnahme	2 034 511 548	Mk.

Zur richtigen Würdigung der Gesamtsumme des Etats ist zu beachten, daß die als **Ueberweisung an die Einzelstaaten** gebuchte Summe, über deren Charakter bei nachstehender Erörterung des Finanzreformgesetzes näheres gesagt wird, nicht nur von der Gesamtausgabe, sondern auch von der Gesamteinnahme in Abzug gebracht werden muß, will man die wirkliche Belastung des Volkes für Reichszwecke feststellen. Wir erhalten dann folgende Zahlen:

Gesamtsumme des Etats in Einnahme und Ausgabe	2 034 511 548	Mk.
davon ab die Ueberweisungssumme	195 927 000	„
Wirkliche Gesamtbelastung des Reichs für Reichszwecke nach Maßgabe des Reichshaushaltsetats:	1 838 584 548	Mk.

*) Laut § 4 des Etatsgesetzes werden die von den Bundesstaaten aufzubringenden Matrikularbeiträge für das Rechnungsjahr 1904 zunächst nur bis zum Betrage von 219 650 000 Mk. erhoben, bis der zur Deckung des Bedarfs nach den wirklichen Ergebnissen des Reichshaushaltsetats erforderliche Betrag festgestellt ist. (Antrag Spahn, näher erläutert unter dem Abschnitt „Zuschußanleihe und Matrikularbeiträge".)

**) Von den außerordentlichen Deckungsmitteln sind laut § 2 des Etatsgesetzes 152 065 221 Mk. im Wege des Kredits flüssig zu machen.

Neben dem Reichshaushaltsetat wird noch ein besonderer **Etat für die Schutzgebiete** (Kolonien) geführt, der in Einnahme und Ausgabe für das Rechnungsjahr 1904 mit 42877570 Mk. balanciert ist.

Insofern diese Summe vom Reich zu decken ist, sind die entsprechenden Beträge bereits im Reichshaushaltsetat enthalten. Der Etat für die Schutzgebiete darf deshalb nicht zur Gewinnung eines Gesamtbildes dem Reichshaushaltsetat hinzugerechnet werden.

Es werden nämlich aufgebracht:

aus eigenen Einnahmen der Schutzgebiete (Zölle, Steuern und Gehälter)	8 613 944 Mk.
Zuschüsse des Reichs:	
für Kiautschou (im Marineetat gebucht)	12 583 000 „
für die übrigen Kolonien (im Etat des Auswärtigen Amts)	21 680 626 „
	42 877 570 Mk.

Außer dem eigentlichen Etat hatte sich ferner der Reichstag aber auch noch aus Anlaß des **südwestafrikanischen Krieges** mit 2 Nachtragsetats für 1903 sowie 2 Ergänzungsetats für 1904 zu befassen.

Der 1. Nachtragsetat für 1903 umfaßte in Einnahme und Ausgabe	1 496 000 Mk.
Der 2. Nachtragsetat für 1903 desgleichen	3 092 000 „
Zusammen	4 588 000 Mk.

Diese nachträglichen Bewilligungen verstärken das Defizit des Jahres 1903.

Der 1. Ergänzungsetat für 1904 umfaßte in Einnahme und Ausgabe	1 325 200 Mk.
Der 2. Ergänzungsetat für 1904 desgleichen	3 710 000 „
Zusammen	5 035 200 Mk.

Diese nachträglichen Bewilligungen für 1904 sind in dem vorstehenden Hauptetat ergänzend hineingearbeitet.

Die Stengel'sche Finanzreform.

Gleichzeitig mit dem Voranschlag für den Reichshaushaltsetat wurden dem Reichstage diesmal der „Entwurf eines Gesetzes betreffend Aenderungen im Finanzwesen des Reichs" vorgelegt. Das Gesetz ist denn auch, allerdings mit erheblichen Veränderungen, zustande gekommen. Da es den Reichshaushaltsetat zahlenmäßig umgestaltet, worauf bei der vorstehenden Wiedergabe der Budgetzahlen bereits hingewiesen wurde, erscheint es notwendig, dies Gesetz und seine Wirkungen vorab zu erörtern.

Die eigenen Einnahmen des Reichs rühren fast ausnahmslos aus indirekten Steuern, Verbrauchsabgaben und Zöllen her. Eigene direkte Steuern sind zwar verfassungsgemäß in Aussicht gestellt. Zu deren Einführung ist jedoch seitens der Reichsregierung und der Mehrheitsparteien nie ein Finger gerührt worden. Erklärlicherweise! Denn indirekte Steuern treffen die Steuerzahler nicht nach Maßgabe ihres Einkommens, sondern wirken progressiv nach unten. Die Hauptlast hat die breite Masse des Volkes zu tragen; die Wohlhabenden merken wenig davon. Deshalb sind alle bisherigen Bemühungen unserer Partei, die indirekten durch direkte Reichssteuern zu ersetzen, an dem Widerstande der herrschenden Klassen und ihrer Regierungsorgane gescheitert. Das Bestreben der Regierung ist bisher vielmehr darauf gerichtet gewesen, die indirekten Steuern zu erweitern. Bismarcks Ideal war es, durch indirekte Reichssteuern soviel aufzubringen, daß das Reich von dem Ertrage noch einen Teil an die Bundesstaaten abgeben könne. Vorübergehend ist das auch gelungen.

Bei Begründung des Reichs waren als Notbehelf zur Ergänzung der Erträge aus indirekten Steuern die Matrikularbeiträge vorgesehen, d. h. der Fehlbetrag, der dadurch entsteht, wenn die eigenen Einnahmen des Reiches die Ausgaben nicht begleichen, ist dadurch zu decken, daß die einzelnen Bundesstaaten die erforderlichen Summen gemäß ihrer Bevölkerungszahl aufzubringen haben. Es liegt auf der Hand, daß das an sich eine durchaus ungerechte Methode der Besteuerung ist. Das reiche Bremen oder Hamburg bringt auf den Kopf der Bevölkerung an Matrikularbeiträgen ebenso viel auf wie das arme Lippe oder Waldeck. Obschon nun die Einzelstaaten den Matrikularbetrag aus dem allgemeinen Staatssäckel entnehmen, also innerhalb ihrer Bevölkerung ihn nicht als Kopfsteuer aufbringen, ist das Verfahren noch immer ungerecht genug. Die Matrikularbeiträge haben aber einen Vorzug, der vor der Hand, bis wir direkte Reichssteuern haben, ihre Beibehaltung wünschenswert macht.

Während nämlich die indirekten Steuern laut Gesetz so lange forterhoben werden, bis sie durch Gesetz, also unter Zustimmung des Reichstages und Bundesrates wieder aufgehoben werden, unterliegen die Matrikularbeiträge der jährlichen Bewilligung des Reichstages. Sie sind also die einzige Einnahmequelle des Reichs, die eine volle Ausnutzung der konstitutionellen Machtbefugnisse des Reichstages bei der Einnahmebewilligung ermöglicht. Deshalb waren sie auch dem Fürsten Bismarck und sind heute noch allen seinen Nachtretern ein Dorn im Auge. Indem er danach strebte, das Reich durch Ausdehnung der indirekten Steuern „auf eigene Füße zu stellen", zielte er damit gleichzeitig auf Einschränkung der konstitutionellen Rechte des Reichstages ab.

Als deshalb mit dem Uebergange zu einer umfassenden Schutzzöllnerei im Jahre 1879 diese konstitutionelle Gefahr näher rückte, verfiel Windthorst, der samt dem Zentrum bei der Schutzzöllnerei weidlich mitgeholfen hatte, zur Sicherung des so wie so recht schwachen konstitutionellen Einflusses des Reichstages auf ein eigenartiges Mittel, das als lex Frankenstein oder Frankensteinsche Klausel nach dem offiziellen Antragsteller bekannt geworden ist.

Ursprünglich wurde durch dies Gesetz bestimmt, daß vom Ertrage der Zölle und der Tabaksteuer nur ein fester Betrag von 130 Millionen Mark dem Reiche verbleiben, der anfangs auf 40 Millionen Mark eingeschätzte Restbetrag den Bundesstaaten überwiesen werden solle. Mit der Steigerung der Einnahmen aus Zöllen und indirekten Steuern und Hinzutritt der Branntweinverbrauchsabgabe und der Stempelsteuer zu den Ueberweisungssteuern stieg die Ueberweisung im Laufe der Jahre auf 542 Millionen Mark im Rechnungsjahr 1903.

Die beabsichtigte Wirkung der Frankensteinschen Klausel war nun die, daß nach Abzug der Ueberweisungssummen von den gesamten Reichseinnahmen diese nicht mehr zur Begleichung der Ausgaben ausreichten, so daß der Fehlbetrag nach wie vor durch Matrikularbeiträge gedeckt werden mußte. Diese Matrikularbeiträge waren aber von Jahr zu Jahr neu zu bewilligen. Darin lag die konstitutionelle Garantie. Da die Ueberweisungen nach genau dem nämlichen Verfahren, wie die Matrikularbeiträge durch Umlage auf den Kopf der Bevölkerung, berechnet werden, brauchen die Gesamtsummen nur buchungsgemäß vermerkt zu werden, ausgezahlt wird nur die Differenz zwischen den Ueberweisungen und den Matrikularbeiträgen. Uebersteigen die Ueberweisungen die Matrikularbeiträge, so erhalten die Bundesstaaten vom Reich etwas herausgezahlt, reichen sie nicht aus, die Matrikularbeiträge zu decken, so müssen die Einzelstaaten die ungedeckten Matrikularbeiträge an das Reich abführen.

Eine ganze Reihe von Jahren erhielten die Bundesstaaten auf diese Weise Mehrbeträge ausgezahlt. Dieser Zustand führte zur Einführung der sogenannten lex Lieber 1896, auf Grund deren nach verschiedenen Modifikationen von diesen

Ueberschüssen drei Viertel zur Ablösung der Reichsschulden verwandt werden und nun ein Viertel an die Bundesstaaten abzuführen ist. Die Reichsschuld wurde so um 142 900 000 Mk. im ganzen vermindert. Sie ist allerdings trotzdem durch neue Anleihen erheblich erhöht worden.

Dem Zustand, daß überhaupt Ueberschüsse aus den Ueberweisungssteuern an die Einzelstaaten abgeführt werden konnten, wurde indes ein Ende gemacht durch das unaufhörliche Anwachsen der Ausgaben für Heer und Marine, was schließlich dahin geführt hat, daß die Einzelstaaten seit dem Jahre 1899 überhaupt nicht mehr herausgezahlt bekommen haben, sondern ihrerseits ungedeckte Matrikularbeiträge in steigendem Maße zu zahlen hatten. Im Jahre 1903 waren es 23 764 234 Mark. Diese Summe würde noch größer gewesen sein, wenn nicht gleichzeitig das System der Anleihen zur Deckung der laufenden ordentlichen Ausgaben sich eingebürgert hätte. Im letzten Jahre 1903 betrug die „Zuschußanleihe" 72 Millionen Mark. Dabei hat die Reichsverwaltung ein steigendes Defizit herausgewirtschaftet. Das heißt, durch Ueberschreitung der im Etat vorgesehenen Ausgaben und durch Zurückbleiben der wirklichen Einnahmen hinter den geschätzten Summen hat sich seit 1900 ein Fehlbetrag beim Jahresabschluß herausgestellt, der im Rechnungsjahr 1902 (wofür die letzte endgültige Feststellung erfolgt ist) 30 722 522 Mark betrug und das für 1903 auf 20 000 000 Mark geschätzt wird. Diese Defizits belasten dann natürlich das Budget des Folgejahres. Um das hier kurz skizzierte Bild der Finanzgebahrung im Deutsche Reich zu vervollständigen, muß erwähnt werden, daß die Reichsschulden seit 1880 von rund 268 Millionen Mark nunmehr auf 3103½ Millionen Mark gestiegen sind.

Für eine ernstliche Finanzreform im großen Stil hätte also ein Reichsfinanzminister eine treffliche Gelegenheit. Dazu würde nach zweierlei Richtung ein Bruch mit dem bisherigen System notwendig sein: die Ausgaben für Heer und Marine wären erheblich einzuschränken, und die Einnahmen müßten nach Möglichkeit durch direkte Steuern aufgebracht werden. Für diese von uns vertretenen Forderungen, die sich übrigens noch vollkommen im Rahmen des kapitalistischen Wirtschaftssystems halten, ist jedoch bei der Regierung des weltpolitischen Zickzackkurses keine Neigung. Was da früher schon durch Miquel als „Finanzreform" ergebnislos betrieben wurde und was jetzt der neue Reichsschatzsekretär Herr v. Stengel angeregt und teilweise auch durchgesetzt hat, kommt der Form nach nur auf ein neues Buchungsverfahren hinaus; im Kern der Sache ist damit obendrein eine recht bedenkliche Schwächung des konstitutionellen Einflusses des Reichstages verbunden. Dem Moloch aber wird kein Härlein versengt.

Nach den Regierungsvorschlägen kam die Reichsfinanzreform auf folgendes hinaus:

1. Von den Ueberweisungssteuern sollten künftig nur noch die Branntweingebrauchsabgabe zur Ueberweisung an die Einzelstaaten dienen. (Das würde die Ueberweisungssumme auf etwa 106 Millionen Mark reduziert haben.)

2. sollte die Bestimmung des Schuldentilgungsgesetzes vom 28. März 1903, durch die den Bundesstaaten so lange keine Mehrüberweisungen zufließen, als nicht die Zuschußanleihe vom Jahre 1903 gedeckt ist, in Fortfall kommen. (Das würde also die Tendenz haben, die Zuschußanleihe dauernd bestehen zu lassen.)

3. wurde die Klausel eingeführt, daß in der Regel der budgetmäßig von den Einzelstaaten aufzubringende Betrag an Matrikularbeiträgen den Betrag der durchschnittlich in den voraufgegangenen 5 Jahren empfangenen Ueberweisungen nicht übersteigen soll. (Das zielte darauf ab, die Einzelstaaten überhaupt von der tatsächlichen Zahlung von Matrikularbeiträgen zu entlasten, indem zunächst

auf Deckung durch Zuschußanleihen, dann aber auch auf neue Steuern, Tabak-, Biersteuer und dergleichen spekuliert wurde.)

In der mit der Generaldebatte über das Budget verknüpften ersten Lesung des Gesetzes wies unser Redner sofort daraufhin, daß diese sogenannte Reform, wenn sie auch das Buchungsverfahren etwas vereinfache, doch unter keinen Umständen unsere Zustimmung finden könne, da, wenn die Vorlage Gesetz werden sollte, *das Budgetrecht des Reichstages in der Hauptsache nur noch auf dem Papier stehe*. Außerdem würde das Reich noch mehr in die Schuldenwirtschaft hineintreiben, und für die Einzelstaaten würde durch Fortfall der ungedeckten Matrikularbeiträge auch ein wesentlicher Anreiz zu einer sparsameren Finanzwirtschaft im Reiche fortfallen.

Auch bei den anderen Parteien erregte die Vorlage starke Bedenken. In den langwierigen Beratungen der Budgetkommission wurden diese Bedenken aber bis zu einem gewissen Grade beschwichtigt. Herr v. Stengel drohte, wenn überhaupt nichts zu stande käme, mit seinem Rücktritt, welcher ungewohnte Vorgang angesichts der sonstigen Unempfindlichkeit deutscher Minister gegen parlamentarische Schlappen allgemeines Staunen erregte. Schließlich einigte sich unter Vortritt des Ausschlag gebenden Zentrums die Mehrheit auf folgende *Modifizierung* des Gesetzes:

Außer der *Branntweinverbrauchsabgabe* sollten noch die *Stempelabgaben* sowie die *Branntweinmaterialsteuer* und *Maischbottichsteuer* Ueberweisungssteuern bleiben. Das bedeutet die Erhöhung der von der Regierung vorgeschlagenen Ueberweisungssumme von 106 Millionen Mark auf etwa 200 Millionen Mark. Die *übrigen* Neuerungen des Gesetzentwurfes betreffs der Schuldentilgung und der Anordnung, daß die Matrikularbeiträge den fünfjährigen Ueberweisungsdurchschnitt nicht übersteigen dürften, wurden *gestrichen*.

In der zweiten Lesung am 7. Mai 1904 wurde durch unsere Partei auch der so modifizierte Entwurf bekämpft. Unser Redner wies nach, daß auch so durch Reduktion der Ueberweisungen und damit der Matrikularbeiträge das Einnahmebewilligungsrecht des Reichstages erheblich eingeschränkt werde. Je größer der Spielraum für die zu bewilligende Summe, um so kräftiger offenbar der Einfluß des Reichstages. Dazu komme, daß wir unmittelbar vor einer Aenderung unserer Zolleinkünfte und zwar einer Erhöhung auf Grund neuer Handelsverträge ständen, durch die die Matrikularbeiträge wesentlich beeinflußt werden müssen. Das sei der ungeeignetste Moment zu einer solchen Neuerung. Festhalten an den konstitutionellen Rechten, Abwehr ihrer Schwächung sei aber besonders geboten zu einer Zeit, in der das *persönliche Regiment* sich von Tag zu Tag mehr auszudehnen strebt.

Diese Erwägungen wie unsre Gegnerschaft gegen die Vorlage hinderten aber natürlich die Mehrheitsparteien nicht, das Gesetz in der Kommissionsfassung anzunehmen. Welche Wirkungen dieser Beschluß auf unser konstitutionelles Leben hat, wird die Zukunft lehren. Zunächst hat sie zu einer *Buchungsänderung* geführt: die Gesamtsumme des Etats in Einnahme und Ausgabe wird dadurch etwa um 3—400 Millionen Mark gekürzt. Tatsächlich werden, wie schon vorhin das bei den Budgetzahlen erwähnt wurde, die Einnahmen und Ausgaben indes nicht verringert. Dadurch, daß die *Ueberweisungen* im Reichshaushaltsetat *unter Ausgabe gebucht* werden, während die unter den *Einnahmen* gebuchten *Matrikularbeiträge* um eine den Ueberweisungen genau entsprechende Summe erhöht werden müssen, wird die Gesamtsumme, mit der das Budget balanziert, eine fiktive Zahl. In dem für 1904 fertiggestellten Budget z. B. sind im Etat des Reichsschatzamtes gebucht an Ueberweisungen an die Einzelstaaten 195 927 000 Mk., unter den

Ausgaben erschienen dann Matrikularbeiträge: 236 437 113 Mk. Würden nicht die Erträge der vorerwähnten Reichssteuer überwiesen werden, so würden auch die Matrikularbeiträge auf ihren jetzt thatsächlich zu zahlenden Betrag von 40 510 113 Mk. herabgesetzt werden müssen, und die Gesamtsumme des Budgets in Einnahme und Ausgabe wäre dementsprechend zu reduzieren. (Siehe die Schlußsumme des Etats.)

Im Anschluß an seine Beschlußfassung über das Finanzgesetz hat der Reichstag dann noch auf Vorschlag der Budgetkommission eine Resolution angenommen, der auch wir unsre Zustimmung erteilen konnten. Es wird darin zur baldtunlichen Vorlegung eines Gesetzentwurfes aufgefordert, „durch welchen die Maischbottichsteuer-Rückvergütung auf eine der tatsächlichen Ausbeute möglichst entsprechende Höhe herabgesetzt wird". Da darin ein Vorstoß gegen eine Liebesgabe an die Agrarier enthalten ist, kam es im Plenum zu einer Auseinandersetzung mit diesen unersättlichen Blutegeln am Reichskörper. Unsrerseits wurde darauf hingewiesen, wie die Maischbottichsteuer-Rückvergütung, weil sie auf Grund eines älteren Brennverfahrens veranlagt ist, geradezu als eine Prämie wirkt für die mit verbesserten Einrichtungen arbeitenden größeren Brennereien. Vorläufig ist die Resolution aber weiter nichts als ein frommer Wunsch, solange die Regierung nicht die gewünschte Neuregelung ernstlich in die Hand nimmt.

Die Etatsberatungen.

Die Etatsberatungen haben dieses Jahr einen unverhältnismäßig großen Teil des ersten Sessionsabschnitts in Anspruch genommen. Das lag aber nicht daran, daß sie etwa von epochemachender Wichtigkeit gewesen wären. Die Regierung war vielmehr mit ihren Vorarbeiten für den Etat so spät fertig geworden und hatte den Reichstag erst so spät, zum 3. Dezember, zusammenberufen, daß die erforderlichen Erörterungen der Vorlage in der Kommission und im Plenum fast die ganze verfügbare Zeit des Reichstages aufzehrten. Es war nicht einmal möglich, den Etat vor Ostern, also bis zu Beginn des Etatsjahres am 1. April, fertig zu stellen. Ein Provisorium für die Monate April und Mai wurde bewilligt. Zu Ende kamen die Beratungen mit der dritten Lesung erst am 13. Mai 1904. Zwischendurch wurden in aller Eile noch einige Gesetzentwürfe der Regierung verabschiedet. Gesetzentwürfe der Parteien aus dem Hause sind, soweit sie nicht etwa aus Anlaß einer Regierungsvorlage mit verhandelt wurden, gar nicht auf die Tagesordnung gesetzt worden. Daß eine solche Geschäftsgebahrung der Regierung nicht zur Förderung der Reichs- und Volksinteressen dienen kann, liegt auf der Hand. Dem Parlamentarismus sind sie direkt abbrüchig. Daß die Regierung eine solche Schädigung des parlamentarischen Lebens direkt verschuldet hat, hielt aber die Wortführer des herrschenden Systems nicht ab, die Volksvertretung für die unzeitige Fertigstellung des Etats verantwortlich zu machen. Besonders gegen die Sozialdemokraten wurde der Vorwurf erhoben, daß sie durch Reden die Geschäftserledigung aufhielten. Das konnte natürlich unsere Partei nicht abhalten, ihrer hauptsächlichsten parlamentarischen Pflicht, Mißstände zu rügen und auf deren Abstellung zu dringen, im vollsten Maße Genüge zu tun. Hätte sie darauf verzichtet oder ihre Rügetätigkeit bei der Etatsberatung auch nur eingeschränkt, so hätte ja die Regierung mit ihrer Praxis der Verspätung die für sie sehr erfreuliche Wirkung erzielt, die Einwirkung der parlamentarischen Verhandlungen auf unser öffentliches Leben einzuschränken. Sie würde darin eine Ermutigung gefunden haben, auch künftig sich eine unbequeme Opposition durch möglichste Hinausschiebung der parlamentarischen Geschäfte vom Halse zu halten.

In der Generaldebatte über den Etat am 10. Dezember 1903 hatte unser Redner zunächst wieder die Finanzwirtschaft des Reichs zu geißeln, die zu einer Defizit- und Anleihewirtschaft ausgeartet ist. Er wies darauf hin, daß trotz der Erhöhung der Einnahmen in den letzten Jahren durch die Wirkungen des Steuerbuketts von 1900 und 1901 wir aus dem Defizit nicht herauskommen. Es genüge zu konstatieren, daß die Ausgaben des ordentlichen Etats trotz, wie zugegeben werden könne, sorgfältiger Veranlagung rung 59 ¾ Millionen Mark mehr beanspruchen als im Vorjahr und daß davon nicht weniger als 59 ½ Millionen Mark im Wege der Zuschußanleihe aufgebracht werden solle, während die gesamte Anleihe, die im diesjährigen Etat verlangt werde, nicht weniger als 214 ¾ Millionen Mark betrage. So wachse die Reichsschuld beständig. Es sei auch gar kein Zweifel, daß der Karren immer so weiter laufen werde, so lange nach dem herrschenden System regiert werde.

Voraufgegangene Klagen des Redners der Zentrumspartei über die Finanzlage gaben unserm Redner Anlaß zu betonen, daß gerade das Zentrum ein vollgerütteltes Maß der Mitschuld an diesen Zuständen trage,

„denn die ganze Misere, die ganze finanzielle Situation, in die wir hineingekommen sind, ist in erster Linie dem Zentrum zu danken. Das muß mit allem Nachdruck immer und immer wieder ausgesprochen werden. Ohne Ihre Zustimmung, meine Herren im Zentrum, zu dem großen Flottenplan, ohne ihre Zustimmung zu all den sonstigen Anforderungen der verbündeten Regierungen an den Reichstag wäre es nicht möglich gewesen, daß wir in die gegenwärtige Situation hineingekommen wären."

Unser Redner wies dann auf die drohenden neuen Forderungen für Heer und Marine hin, die für dieses Jahr nur hinausgeschoben seien. Das Quinquennat für die Armee laufe am 31. März 1904 ab. Wenn jetzt dessen Verlängerung auf ein Jahr — ein bisher unerhörtes Verfahren — gefordert werde, so wisse jeder Denkende, warum. Bei der traurigen Finanzlage seien Mehrforderungen jetzt unmöglich. Von der schönen Gewohnheit der Mehrforderungen bei Einbringung einer neuen Septennats- oder Quinquennatsvorlage wolle aber auch der neue Kriegsminister nicht abgehen. Deshalb das ungewöhnliche Verfahren, das Quinquennat vorläufig auf ein Jahr weiter bewilligen zu lassen. Nach einer eingehenden Kritik der militärischen Zustände erklärte unser Redner, er wolle sich die Frage der Militärmißhandlungen bis zum Militäretat vorbehalten. Ausführlich präzisierte er dann unsere Stellung zu der Handelsvertragsfrage, wie sie in den einleitenden Ausführungen dieses Berichts dargelegt wurde und stellte in Zusammenhang damit die Frage, wie es sich denn mit dem angeblichen Plane verhalte, Schiffahrtsabgaben auf den deutschen Strömen einzuführen, was eine unsern Handel schwer schädigende Maßregel sein würde. Jedenfalls müsse Klarheit darüber geschaffen werden.

Einige allgemein gehaltene Bemerkungen der Thronrede über die Absicht der Regierung, die sozialpolitische Gesetzgebung weiter zu fördern, gaben unserm Redner Anlaß, darauf hinzuweisen, wie wenig die Taten der Regierung diesen schönen Worten entspräche. So habe auch der Reichskanzler am 20. Januar 1903 gesagt:

„Se. Majestät der Kaiser ist auch davon durchdrungen, daß die Arbeiter gleichberechtigt sein sollen mit den andern Ständen und Klassen und daß diese Gleichberechtigung ihren gesetzgeberischen Ausdruck finden soll."

Diese Zusicherung der Gleichberechtigung werde recht eigentümlich illustriert durch das Dreiklassenwahlsystem bei den preußischen Landtagswahlen. Man

dürfe sich nicht darauf beschränken, von einer sozialen Gleichberechtigung zu sprechen, denn die soziale Gleichberechtigung sei undenkbar ohne die politische und die politische ohne die soziale.

Wie Behörden und Unternehmer die Gleichberechtigung der Arbeiter werten, zeigte er dann in eingehender Erörterung der Crimmitschauer Aussperrung von 7000 Arbeitern. Dort hätten Unternehmer und Behörden gemeinsame Sache gemacht zur Niederhaltung der Arbeiter, die weiter nichts versucht hätten, als sich eine zehnstündige Arbeitszeit zu sichern, wie sie in anderen Ländern, zum Teil auch bereits in Deutschland, im Textilgewerbe durchgeführt sei. Die Maßregel der Regierung, durch die den Arbeitern in Crimmitschau und Umgegend Versammlungen überhaupt unmöglich gemacht und durch Gendarmen den Leuten sogar in den Lokalen, wo die Gelder an die Ausgesperrten gezahlt worden, jede Unterhaltung verboten wurde, geißelte er unter stürmischer Zustimmung unserer Fraktion mit den Worten:

„So kann man nur in Sachsen verfahren, so gewalttätig, so brutal, so rücksichtslos, so alles Recht mit Füßen tretend! Das sind recht sächsische Manieren! — das muß ich leider sagen."

Seine Kritik der Crimmitschauer Vorgänge spitzte unser Redner dann zu der Mahnung an Regierung und Reichstag zu, endlich zunächst mit der gesetzlichen Durchführung des zehnstündigen Normalarbeitstages ernst zu machen. Es sei das eine dringende kulturelle Forderung, durch deren Gewährung zahlreiche Arbeitskonflikte vermieden werden könnten.

Die auswärtige Politik streifte er durch den Hinweis auf die bedenkliche Fortführung der ostasiatischen Politik der Regierung und die traurige Rolle, die das Deutsche Reich Rußland gegenüber beobachte. Das sei schon nicht mehr bloß ein Wettkriechen, das sehe verwünscht nach Bauchrutschen aus. Für die polizeilichen Liebesdienste, die das Deutsche Reich und die preußische Regierung fortgesetzt dem Zarenregiment erwiesen, eine besondere Interpellation ankündigend, protestierte er gegen die entwürdigende Beihülfe, die deutscherseits diesem „Barbarenstaat" erwiesen werden, der die schlimmsten Barbareien im Inlande und Auslande sich fortgesetzt zu schulden kommen lasse: Die grausame Mißhandlung der eigenen Angehörigen, welche eine Besserung der heimischen Zustände erstrebten, die Greueltaten in Kischinew gegen die Juden, die Ertränkungen von Tausenden von Chinesen bei Blagowestschensk, die Anzettelung von Mordtaten in Bulgarien und Serbien. „Und dasselbe Rußland, das so nach allen Seiten hin für die Barbarei und gegen die Kultur mit Gewalt und Unterdrückung und selbst mit Morden arbeitet, das wird von deutscher Seite unterstützt!" Unerfreulich sei das Bild, das die deutsche Politik zeige, nach allen Richtungen. Die Massen in Deutschland verlangten endlich ihr vollwichtig Teil an materieller Wohlfahrt, an geistiger Freiheit und an politischer Gleichheit und Gerechtigkeit. Regierung und Reichstag würden gut tun, künftig ihre Maßregeln danach zu treffen.

Der Reichskanzler Graf v. Bülow, der dieser umfassenden Kritik zu antworten hatte, war augenscheinlich in der Hauptsache auf eine Militärmißhandlungsrede präpariert. Er brachte seinen Text denn auch mit etwas gequälter Motivierung vor, mußte sich aber damit gegen den Redner der Zentrumspartei wenden. Die auswärtige Politik Deutschlands erklärte er für äußerst friedlich und verwahrte sich gegen die „zügellose Kritik", die unser Redner an dem „befreundeten Nachbarreich" geübt habe. Ja, er verstieg sich zu der Erklärung, er sei überzeugt, die große Mehrheit des deutschen Volkes hinter sich zu haben, wenn er nicht ablasse, auf das sorgsamste die Beziehungen zu Rußland auch weiterhin zu pflegen. Die Absicht, Stromabgaben einzuführen, bestritt Graf Bülow. Nachdem der leitende Staatsmann des Deutschen Reiches so mit einigen seichten Redewendungen sich seiner eigentlichen Aufgabe, die Reichs-

Politik zu verteidigen, entledigt hatte, stürzte er sich zu großer Belustigung der sozialdemokratischen Abgeordneten Hals über Kopf in eine Sozialistentöterrede hinein, zu der ihm der Dresdener Parteitag und allerhand sozialdemokratische Schriften älteren und neueren Datums Material zu liefern hatten. Man braucht nur diese Tatsache zu konstatieren, daß der Reichskanzler gelegentlich der Generaldebatte über das Budget, die zur Aussprache über die Gesamtpolitik des Reiches dienen soll, seine Sache in solcher Weise führt, um zu zeigen, einerseits, wie wenig die Leitung der Reichsregierung ihrer Aufgabe gewachsen ist, andererseits, welche Bedeutung für unser öffentliches Leben die Sozialdemokratie gewonnen hat. Die undankbare Aufgabe, die sächsischen Behörden wegen ihres Verhaltens in Crimmitschau zu verteidigen, fiel dem sächsischen Bevollmächtigten Geheimrat Fischer zu, dem diesmal die Mohrenwäsche natürlich ebenso wenig gelingen konnte, wie bei früheren Gelegenheiten, wenn er der besonderen sächsischen Regierungsmethode im Reichstage das Wort zu reden hatte. Unser Vertreter hat dann in einer der folgenden Sitzungen, am 14. Dezember, mit dem Reichskanzler wegen seines Angriffs auf die Sozialdemokratie gründlich Abrechnung gehalten. Der Reichskanzler replizierte abermals, ohne auch bei dieser Gelegenheit den Beweis eines halbwegs annerkennenswerten Verständnisses für die sozialdemokratische Bewegung zu erbringen. Ihm assistierte der neue Kriegsminister Generalleutnant v. Einem, der bei Befehdung der Sozialdemokraten sich den denkwürdigen Ausspruch leistete:

„Herr Bebel hat ausgeführt, es wäre hier mehrfach anerkannt worden, daß die Sozialdemokraten die besten Soldaten seien. Meine Herren! So wichtig es ist, daß ein Soldat sich gut führt, daß er ein guter Schütze ist, ein gutes Aeußere hat, den braven ordentlichen Soldaten macht die Gesinnung."

Also, ob der Soldat gut schießt, darauf kommt es weniger an; daß er „patriotisch" wählt, das ist die Hauptsache bei unseren politisierenden Obermilitärs.

Die weiteren Verhandlungen führten dann noch zu einer eingehenden, auf Akten gestützten Darlegung der Crimmitschauer Vorgänge durch einen unserer sächsischen Genossen, wodurch die Rechtfertigungsversuche des sächsischen Geheimrats für das Verhalten der Behörde widerlegt wurden.

Eine Anzapfung des konservativen Grafen Limburg-Stirum brachte den preußischen Eisenbahnminister Herrn Budde dazu, sich feierlich gegen den Vorwurf zu verteidigen, daß er ernstlich sich für die Wahlfreiheit der Eisenbahnbeamten ausgesprochen habe. Er habe im preußischen Abgeordnetenhause sich dagegen verwahrt, die Koalitionsfreiheit der Arbeiter irgendwie angetastet zu haben.

„Dabei ist mir," fuhr er wörtlich fort, „als jungem Minister die erwähnte unglücklich gefaßte Redewendung entschlüpft: Die Eisenbahner können wählen, wen sie wollen, auch Sozialdemokraten. Das habe ich gesagt, das war ein falsch gewählter Ausdruck, wie man zu sagen pflegt: „ein falscher Zungenschlag," der einem Minister, der frisch eintritt und parlamentarisch noch nicht geschult ist, wohl passieren kann."

Es spricht Bände zur Charakterisierung unserer Zustände, daß ein Minister einem reaktionären Politiker gegenüber de- und wehmütig Abbitte leistet für ein Wort, das halbwegs als eine ehrliche Anerkennung für das Recht der Angestellten auf Betätigung ihrer politischen Ueberzeugung hätte gedeutet werden können.

Die Antwort wurde ihm sofort von einem unserer Genossen zuteil, der nachwies, daß die Eisenbahnarbeiter nicht einmal das Koalitionsrecht ausüben dürften und daß die Eisenbahnwerkstätten allgemach „Musterwerkstätten

der rücksichtslosesten Ausbeutung" geworden seien. Herr Budde zog es vor, eine Erwiderung darauf in der sozialistenreinen Atmosphäre des preußischen Abgeordnetenhauses in Aussicht zu stellen, womit er trotz seiner sonstigen Unerfahrenheit doch den vollkräftigen Beweis lieferte, daß er als „junger Minister" sich bereits die klägliche Ausweichtaktik seiner älteren Kollegen angeeignet hat.

Unser Redner begegnete aber auch noch einem Einwand, den der Reichskanzler im Einklang mit früheren Rednern aus dem Hause und vom Regierungstisch gegen unsere Partei erhoben hatte, daß die Sozialdemokratie nichts Positives geschaffen hätte. Er wies an der Hand des Aktenmaterials nach, wie groß der indirekte Einfluß der Sozialdemokratie auf die Gesetzgebung gewesen ist, trotzdem es geradezu Brauch im Hause sei, daß die anderen Parteien jeden Antrag niederstimmen, der von den Sozialdemokraten ausgehe. Nachher setzen sich dennoch die von der Sozialdemokratie ergangenen Anregungen, häufig allerdings in abgeschwächter Form, durch. Mit vollem Recht gab er deshalb dem Reichskanzler den Rat, doch die Geschichte der deutschen Gesetzgebung einmal ein wenig zu studieren, dann werde er nicht wieder zu solchen Anzweiflungen der sozialdemokratischen parlamentarischen Tätigkeit kommen.

So gab auch diesmal die Generaldebatte zum Etat unseren Rednern reichliche Gelegenheit, den Standpunkt unserer Partei in den großen Fragen des öffentlichen Lebens zu wahren, die Angriffe der Gegner zurückzuweisen und die argen Mißstände in Staat und Gesellschaft zu kritisieren.

Die zweite Beratung des Etats setzte am 25. Januar 1904 mit dem **Etat des Reichstags** ein. Hauptgegenstand der Verhandlungen bildete der als „Mädchen aus der Fremde" alljährlich wiederkehrende Diätenantrag, der diesmal von nationalliberaler Seite gestellt und begründet wurde. Er fordert, früheren Beschlüssen konform, Anwesenheitsgelder für die Abgeordneten in der Höhe von 20 Mark pro Tag, sowie freie Fahrt auf allen Eisenbahnen im Reich während der Dauer der Session. Es ist ein beschämender Beweis für die Einflußlosigkeit des Reichstags, daß dieser Antrag, auf den alle Parteien mit Ausnahme des reaktionärsten Teils der Konservativen sich allgemach geeinigt haben, von den verbündeten Regierungen Jahr für Jahr gleichmütig abgelehnt wird, wie es heißt, infolge des Widerstandes einzelner Personen. Beschämend für den Reichstag ist dieser Zustand deshalb, weil die geflissentliche Nichtachtung die Mehrheitsparteien nicht zu ernstlichen Gegenmaßregeln gegen die mit Gehältern und Diäten reichlich verproviantierten Bundesratmitglieder angetrieben hat. Sie bejammern die dauernde Beschlußunfähigkeit des Reichstags, die durch die Diätenlosigkeit verschuldet wird und damit basta. Zuckt die Regierung mit den Achseln, so wird geduldig weiter gewartet. Unser Vertreter bei dieser Debatte war, wie bei früheren Gelegenheiten, in der glücklichen Lage, darauf hinweisen zu können, daß die Sozialdemokratie leichter als irgend eine andere Partei die Nachteile der Diätenlosigkeit ertrüge, trotzdem der ursprüngliche Zweck der Diätenverweigerung gerade die Fernhaltung der Sozialdemokraten aus dem Reichsparlament war. Der Antrag wurde auch diesmal wieder vom Reichstage mit überwältigender Mehrheit angenommen und ist dann von der Regierung stillschweigend — zu den übrigen seiner Art gelegt worden.

Ferner brachte unser Redner mehrfach die üble Lage der Angestellten im Reichstage zur Sprache, die meist diätarisch beschäftigt werden und wenn der Reichstag nicht tagt, sich eine andere Beschäftigung suchen müssen. Er lenkte außerdem die Aufmerksamkeit auf Mißstände, die sich für die Berichterstatter auf den Tribünen herausgestellt haben: die augenschädliche

Beleuchtung, die Mangelhaftigkeit der Telephonzellen. Ein anderer Genosse ergänzte diese Beschwerden durch den Hinweis auf die Dürftigkeit der Schreibgelegenheiten in dem mit Hallen reichlich ausgestatteten Prachtbau

Reichsamt des Innern.

Bei Eröffnung der Beratung über den Etat des Reichsamts des Innern ersuchte der Präsident die zahlreich eingelaufenen Resolutionen gesondert zu behandeln, anstatt wie sonst üblich sie gleichzeitig mit zur Verhandlung zu stellen. Das Haus ging auf diesen Vorschlag ein. Daß nicht weniger als 35 Resolutionen zum Etat des Innern eingegangen waren, war der Taktik des Zentrums zu danken, das alle seine sozialpolitischen Gesetzentwürfe, die so wie so nicht hätten zur Verhandlung kommen können, nochmals in Resolutionsform kleidete und dadurch die anderen Parteien zu dem gleichen Verfahren nötigte. Später wurde dann die üble Geschäftslage des Hauses, die durch die verspätete Einbringung des Budgets herbeigeführt worden war, zum Anlaß genommen, diese Resolutionen und damit auch die Erörterung der von ihnen behandelten Materien bis zum Herbst nach Wiederzusammentritt des Reichstages zu vertagen, so daß sie bisher überhaupt nicht zur Erörterung gekommen sind. So hat der Geschäftspraxis der Regierung unsere Partei es zu danken, daß gerade einige für uns sehr wichtige Arbeiterschutzfragen nicht gründlich erörtert, sondern nur gelegentlich gestreift werden konnten. Die von unserer Seite eingebrachten Resolutionen enthalten: 1. die Aufforderung, einen Gesetzentwurf betreffs Arbeitsämter und Einigungsämter vorzulegen (konform mit einem gleichzeitig von unserer Seite eingebrachten Gesetzentwurf); 2. die Aufforderung, das Wohnungswesen auf dem Wege der Gesetzgebung zu regulieren; 3. die Aufforderung, Vorschriften für alle Betriebe mit hoher Vergiftungsgefahr im Verordnungswege zu erlassen; 4. die Aufforderung, eine Verordnung zu erlassen, durch welche die Arbeit an Sonn- und Festtagen in Glashütten verboten wird; 5. das Verlangen, eine Kommission einzusetzen, die Berufs- und Betriebszählungen in gesetzlich vorgeschriebenen Fristen vorzubereiten hat; 6. die Forderung eines Gesetzes zur Bestrafung von Arbeitgebern, die Arbeiter wegen Ausübung des in § 152 der Gewerbeordnung gewährleisteten Koalitionsrecht in irgend einer Weise schädigen; 7. die Aufforderung zur gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit, die ihrer Wichtigkeit halber hier im Wortlaut folgt:

„Der Reichstag wolle beschließen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage bis zur nächsten Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die tägliche regelmäßige Arbeitszeit für alle im Lohn-, Arbeits- und Dienstverhältnis im Industrie-, Handels- und Verkehrswesen beschäftigten Personen spätestens ab 1. Januar 1906 auf längstens 10 Stunden, ab 1. Januar 1907 auf längstens 9 Stunden und vom 1. Januar 1908 ab auf längstens 8 Stunden festgesetzt und der Sonnabend Nachmittag frei gegeben wird.

In Betrieben mit ununterbrochener Arbeitszeit, sowie in unterirdischen Betrieben soll eine tägliche regelmäßige Arbeitszeit spätestens vom 1. Januar 1906 ab von längstens 8 Stunden und in unterirdischen Betrieben, in welchen die Temperatur 28 Grad Celsius übersteigt, von längstens 6 Stunden zugelassen werden; eventuell dem Reichstage noch im Laufe dieser Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die tägliche regelmäßige Arbeits-

zeit für alle im Lohn-, Arbeits- und Dienstverhältnis in der Industrie beschäftigten Personen vom 1. Juli d. J. ab auf täglich längstens 10 Stunden festgesetzt und der Sonnabend Nachmittag frei gegeben wird."

Im Anschluß daran ist 6. ferner noch eine besondere Resolution, betreffs die Arbeit in Bergwerken eingebracht, die Vorlage eines Gesetzentwurfes verlangt, durch den insbesondere vorgeschrieben wird:

1. Einführung einer täglichen regelmäßigen Schichtzeit von längstens acht, und in Betrieben, in welchen die Temperatur 28 Grad Celsius übersteigt, von längstens sechs Stunden,
2. obligatorische Teilnahme an der Ueberwachung der für die Betriebe erlassenen Schutzvorschriften durch Arbeiter, die von den Belegschaften in allgemeiner gleicher und geheimer Wahl gewählt sind,
3. Verbot der Frauenarbeit in den der Berginspektion unterstellten Betrieben,
4. einheitliche Regelung des Knappschaftswesens.

Unser Redner rechnete zunächst in der Debatte mit dem Zentrum ab, dessen Vertreter sich nicht hatte enthalten können, seine ruhmredige Verherrlichung der Arbeiterpolitik des Zentrums mit Angriffen auf die Sozialdemokratie zu verbrämen, dann beleuchtete er eingehend die Sozialpolitik der Regierung, die dem Drängen der Scharfmacher folgend mehr und mehr in Stillstand geraten ist. Den Berichten der Gewerbeinspektoren läßt er die Anerkennung zuteil werden, daß sie allgemach, wohl als Folge der sozialdemokratischen Kritik, sich zu einer objektiven Beurteilung des Verhältnisses der Arbeiter zu dem Unternehmer durcharbeiten. Wie viel aber da noch nachzuholen sei, gehe hervor aus der Tatsache, daß im Jahre 1902 von 178 936 revisionspflichtigen Betrieben nur 87,878, durchschnittlich also nur 49,1 Prozent, in Preußen gar nur 47,6 Proz. revidiert worden seien. Abgesehen von einzelnen Kleinstaaten sinke dieses Verhältnis am tiefsten in Unterelsaß, wo nur 17,8 Proz. revidiert wurden. Mehr Fabrikinspektoren müssen daher angestellt werden, besonders aber seien mehr Frauen für das Inspektorat zu verwenden. Wir hätten in den revisionspflichtigen Betrieben 860 087 Arbeiterinnen, dazu noch 101 229 jugendliche Arbeiterinnen, sowie 3399 weibliche Kinder, aber nur 19 Frauen seien im Inspektoriat tätig. Scharf ging er ins Gericht mit der Regierung wegen ihrer feindlichen Stellung gegenüber den Gewerkschaften, deren segensreiches Wirken für die Arbeiter durch Zahlen näher erläuternd. Die Chikanierung der Gewerkschaften durch die Behörden stehe im Widerspruch zu der angeblichen Fürsorge der Regierung für den Arbeiterschutz. Das sei um so unverzeihlicher, als man die Frage zu stellen habe: Was kann eigentlich die ganze Arbeiterschutzgesetzgebung praktisch erreichen? Sie könne, wie er zutreffend bemerkte, im großen und ganzen nur gesetzlich festlegen, was die vorgeschrittensten Arbeiterorganisationen bereits praktisch erreicht haben. Wie wenig die Behörden ihrer sozialpolitischen Aufgabe gewachsen sind, erläuterte er dann an dem Verhalten der Eisenbahndirektion Köln, die aufgefordert hatte, den Verdienst der Arbeiter den Verhältnissen entsprechend zu reduzieren. An dem Verhalten der Behörden bei den großen Arbeitskämpfen in Crimmitschau, Bremen, Pirmasens, Iserlohn, Dresden, Cöln, Mainz, Cassel zeigt er, wie mehr und mehr die staatliche Macht in den Dienst der Unternehmer gestellt werde. Im Einklang damit ständen ja auch die Meinungsäußerungen einflußreicher Personen über die Arbeiterbewegung. Wie könne man da den Arbeitern einreden wollen, daß sie Vertrauen haben sollten zur Regierung?

Der weitere Verlauf der Debatte brachte neue Angriffe auf die Sozialdemokratie seitens der bürgerlichen Parteien. So wurde auch durch den freisinnigen Abgeordneten Mugdan versucht, die sozialdemokratische Partei mit allerlei Beschwerden zu belasten, zu denen die Aerzte sich gegenüber den Krankenkassen für berechtigt halten. Unsrerseits wurde die Identifizierung der Sozialdemokratie mit den Krankenkassenverwaltungen zurückgewiesen, gleichzeitig aber auch gezeigt, welch übertriebene Forderungen die Aerzte stellen. Es seien Aerzte aufgetreten, die das fünffache und gar das siebenfache und zehnfache des heutigen Honorars verlangten. Werde nur die bescheidenere Forderung erfüllt, die das jährliche Gesamthonorar von 35 Mill. Mark auf 175 Mill. Mark steigern würde, so wären die sämtlichen Krankenkassen bankerott. Wie wenig berechtigt die allgemeine Klagen der Aerzte seien, zeigte ein andrer Genosse durch den Hinweis auf die Tatsache, daß 1885 pro Kopf und Jahr der Versicherten 2,15 Mk. für ärztliche Behandlung, 1900 aber bereits 3,60 Mk. ausgegeben seien, und fortgesetzt steige der Betrag; im übrigen sei die Frage des Verhältnisses der Aerzte zu den Kassen keine politische, sondern eine Frage der Praxis. In den Kassenverwaltungen wirkten Angehörige verschiedener Parteien einhellig zusammen. Vor allem sei zu fordern, daß die Behörden nicht einseitig zugunsten der Aerzte sich in den Streit einmischen.

Weiter wurde unsrerseits Klage über die geringfügige Bestrafung von Arbeitgebern wegen Uebertretung von Arbeiterschutzvorschriften geführt. Verlangt wurde, daß alle diese Bestrebungen in tabellarischer Uebersicht dem Reichstage durch die Regierung mitgeteilt wurden. Jetzt wächst die Zahl der Unfälle beständig: 1902 sind 115660 Entschädigungspflichtige verletzt, das sind $6^1/_2$ Proz. der Versicherten, davon 7244 Tote und 54 234 dauernd Erwerbsunfähige. Würde die Kontrolle schärfer gehandhabt, würden die Unternehmer für ihre gefahrbringenden Verstöße gegen die Vorschriften empfindlicher bestraft, so würden diese erschreckenden Zahlen sich mindern.

Eine Anfrage betr. die Einbeziehung der ländlichen Arbeiter und der Dienstboten in die Unfallversicherung erzielte von dem Staatssekretär die Auskunft, er selbst sei dafür; die Regierungen hatten noch nicht Stellung genommen; vorläufig werde eine Enquete veranstaltet.

Dann wurden dem Lederkönig von Worms, dem Herrn v. Heyl, seine arbeiterfeindlichen Machenschaften gründlich nachgewiesen. Geht er doch so weit, „seinen" Arbeitern auch außerhalb seiner Fabriken die Betätigung ihrer Ueberzeugung unmöglich zu machen.

Beim Titel Reichsgesundheitsamt wurde unsrerseits angeregt, Maßregeln zur Reinhaltung der Flüsse zu ergreifen, die sowohl im Interesse der allgemeinen Gesundheitspflege wie der Landwirtschaft und der Fischerei dringend erforderlich sind. Ein agrarischer Ansturm gegen die Einfuhr von Fleisch wurde von einem unsrer Redner mit einer gründlichen Auseinandersetzung über die Frage, inwieweit konserviertes Fleisch aus dem Auslande gefahrlos bei uns in den Nahrungsmittelverkehr übergehen könne, zurückgewiesen. Dabei konnten aus den Kreisen der Fleischer und Wurstfabrikanten Befürwortungen der Fleischeinfuhr angezogen werden, die nachwiesen, daß die agrarischen Forderungen dem sonst von agrarischer Seite gehätschelten Mittelstand die Existenz unnötig erschweren würden. Das Fleischbeschaugesetz in seiner gegenwärtigen Form habe zur Verschlechterung der Lebenshaltung des Volkes beigetragen. Sein Hauptzweck sei ja auch der gewesen, im Interesse der Landwirtschaft die Vieh- und Fleischpreise in die Höhe zu treiben. Wir Sozialdemokraten verlangen deshalb im allgemeinen Volksinteresse, daß das gegenwärtige Gesetz zu einem rein hygienischen umgestaltet werde. Unser

Redner hatte die Genugtuung, später konstatieren zu können, daß die Agrarier, die ihm heftig erwiderten, in der Hauptsache seine Behauptungen nur bestätigt haben. Ferner wurde auch noch unsrerseits zur Sprache gebracht, daß die Typhusepidemie in Gelsenkirchen offenbar auf Wasserverseuchung durch Schuld der Wasserwerksverwaltungen zurückzuführen sei, worüber ja denn nachträglich in dem noch schwebenden Gelsenkirchener Prozeß erstaunliche Dinge an das Tageslicht gekommen sind. Die Mängel der Unfallverhütungseinrichtungen in der Industrie, besonders aber in der Landwirtschaft, wurden beim Reichsversicherungsamt eingehend erörtert. Unser Redner ging bei seinen Erörterungen von der auffälligen Erscheinung aus, daß die Aerzte, auch die ärztlichen Mitglieder des Hauses, zwar sehr eifrig sich für die freie Arztwahl bei Krankenkassen ins Zeug legten, aber mit keinem Ton für die freie Arztwahl bei den Berufsgenossenschaften eintreten. Da wollen sie das Vertrauensarztsystem aufrecht erhalten, wo dieses System doch am wenigsten angebracht ist. Dort sei der Arzt allerdings Vertrauensarzt der Unternehmer, bei den Krankenkassen hätten auch die Arbeiter mitzureden. Unser Redner trat dann für Aufrechterhaltung des § 34 des Unfallversicherungsgesetzes ein, der die Ansammlung eines Reservefonds den Berufsgenossenschaften vorschreibt. Im übrigen sprach er sich für die Zusammenlegung der 3 Versicherungszweige aus. Jetzt werden 36 Mill. Mk. an Verwaltungskosten ausgegeben. Das lasse sich nach der Vereinheitlichung sicher auf die Hälfte herabbringen. Eine auffällige Entscheidung sei, daß neuerdings von den Berufsgenossenschaften immer weniger Vollrenten bewilligt würden. Im Jahre 1889 hätten die gewerblichen Berufsgenossenschaften noch in 2331 Fällen Vollrente bewilligt. Allmählich sei diese Zahl bis auf 605 im Vorjahre herabgegangen trotz des Anwachsens der Zahl der Versicherten. Mit besserem Heilerfolge könne man das doch unmöglich erklären. Der Verdacht sei nicht abzuweisen, daß das auf eine nicht zu billigende Geschäftspraxis zurückzuführen sei. Die Unfallverhütung lasse viel zu wünschen übrig. Es seien von den gewerblichen Berufsgenossenschaften insgesamt 204 technische Beamte angestellt zur Kontrolle der Fabriken, darunter nur 69, die ausschließlich dieser Aufgabe obliegen. Sie hätten aber insgesamt 578 000 Betriebe zu kontrollieren. Was könne dabei herauskommen? Und dabei sei Unfallverhütung der vornehmste Zweck der Organisation. Weit schlimmer stehe es aber mit der Ueberwachung der Betriebe in der Landwirtschaft. Da würde so gut wie gar nichts getan. Daraus sei es dann erklärlich, daß im Jahre 1902 wir bereits zu der ungeheuerlichen Zahl von 122 532 Unfällen in der Landwirtschaft gekommen seien. Die Landwirtschaft sei also viel gefährlicher als die Industrie. Zum guten Teil rühre das von der Leichtfertigkeit her, mit der die Unternehmer sich da über die Beobachtung der Unfallverhütungsvorschriften hinwegsetzen. Leider sei das nicht viel besser in den fiskalischen Betrieben. Das sei das eigentliche Hindernis für die ganze Arbeiterschutzgesetzgebung, daß das fiskalische Interesse des Staates ihn auf die Seite der Unternehmer bringt. Deshalb müsse das Reichsversicherungsamt energisch zugreifen auf Grund des § 120 des landwirtschaftlichen Unfallversicherungsgesetzes, um da Wandel zu schaffen.

Weiter wurde dann die Spruchpraxis des Reichsversicherungsamtes bemängelt, die leider dahin geführt habe, daß es „auf den kleinen, den mittleren und den Ringfinger" heute beinahe keine Rente mehr giebt. Bei Verlust eines Auges sei im allgemeinen die Rente von 33⅓ Prozent auf 25 Prozent herabgegangen. Auch über das geringe Entgegenkommen, das die Behörden den segensreich wirkenden Arbeitersekretariaten bezeige, wurde lebhaft Klage geführt. Die Regierungsvertreter vermeiden es, auf die von unserer

Seite vorgebrachten Beschwerden anziehender zu antworten. Graf Posadowsky nahm nur das Reichsversicherungsamt in Schutz und sagte die übliche wohlwollende Prüfung der Anregungen auf Gesetzesänderung zu.

Zu einer Debatte über die deutsche Kunst gestaltete sich die Erörterung der Forderungen der Weltausstellung in St. Louis. Da stellte sich die seltsame Erscheinung einer einmütigen Verurteilung der offiziellen Begünstigung der Knackfußkunst heraus, von deren Vertretern die neuere Richtung in der Malerei als „Rinnsteinkunst" aus den offiziellen Räumen ferngehalten wird. Seitens der Sozialdemokraten wurde betont, daß die Kunst völlige Freiheit der Entwicklung brauche und keinerlei obrigkeitliche Reglementierung vertrage. Bei der Weltausstellung ist der Kunstkarren durch die Behörden allerdings bereits so verfahren, daß eine Blamage Deutschlands wie in Paris nicht mehr abzuwenden scheint.

Schließlich kam dann die Forderung einer Unterstützung von Baugenossenschaften mit 5 Millionen Mark zur Erörterung, womit im ganzen bisher 15 Millionen Mark für diesen Zweck vom Reich geleistet sind. Bisher sind 35 Baugenossenschaften damit unterstützt worden. Bis zum 1. Juli 1903 sind aus Reichsmitteln so 333 Häuser mit 1268 Wohnungen fertiggestellt, im Bau waren damals 218 Häuser, vorbereitet 151 Häuser. Alle diese Wohnungen sind ausschließlich für niedere Reichsbeamte und Arbeiter im Reichsbetriebe bestimmt. Unsrerseits wurde betont, daß wir es nur zulässig hielten, solche Genossenschaften zu unterstützen, die die erbauten Häuser dauernd in ihrem Besitz erhalten, damit sie nicht der Privatspekulation in die Hände fallen. Unter der Herrschaft des Privatkapitalismus könne dem Wohnungselend sowieso niemals ernstlich Abbruch getan werden, aber eine günstige Wohnungspolitik zur Erleichterung der kleinen Beamten und Arbeiter würden wir gern unterstützen. Da hätten wir vor allem den Wunsch, daß die Mietsverträge mindestens eine gegenseitige Kündigungsfrist von 4 Wochen stipulieren, damit die Arbeiter nicht etwa bei plötzlichen Entlassungen auch aus der Wohnung geworfen werden können. Der Staatssekretär wollte sich allerdings nicht auf den Boden stellen, daß nur solche Baugenossenschaften Unterstützung vom Reich erhalten sollten, die ihre Häuser dauernd im Besitz behielten, bestätigte aber unserm Redner, daß er in der Kommission eine Denkschrift über die Baugenossenschaften zugesagt habe, die mittlerweile erschienen ist.

Trotzdem eine Anzahl wichtiger Fragen durch die Vertagung der Resolutionen ausgeschaltet wurden, haben unsre Vertreter also auch diesmal beim Reichsamt des Innern hinreichend Stoff zur Geltendmachung der sozialdemokratischen Forderungen wegen zweckgemäßer Sozialreform gefunden.

Der Etat der Reichspost-Telegraphenverwaltung

gab unsern Redner auch diesmal wieder Anlaß, eine Anzahl Beschwerden vorzubringen. So wurde insbesondere die geringe Besoldung der Unterbeamten trotz der Ueberschüsse der Postverwaltung sowie Mängel in der Regelung ihrer Arbeitszeit gerügt. Postbeamte hätten häufig eine ganz ungeregelte Mittagspause. Auch für die Sonntagsruhe werde nicht hinreichend gesorgt. Zu erstreben sei, daß jeder Postbeamte entweder den Sonntag frei oder als Ersatz für einen entgangenen Sonntag einen Wochentag frei erhalte. Hingewiesen wurde auf das Bedürfnis von Kragenmänteln für Postboten. Die alte Klage über Beeinträchtigung des Koalitionsrechts der Beamten solle neue Nahrung erhalten. Welche Blüten die Sozialistenbekämpfung in der Postverwaltung treibt, wurde durch den Hinweis auf die Maßregelung eines Postbeamten in Hamburg bewiesen, der das Verbrechen begangen hatte, zur Begleitung seines Sohnes zehn Minuten in Zivil neben einem Arbeiterfestzuge einherzugehen.

Der Mißbrauch der Post zur Drangsalierung der Polen wurde gleichfalls scharf gerügt. Die Post sei ein Verkehrsinstitut und dürfe sich nicht zu politischen Zwecken gegen irgend einen Bevölkerungsteil mißbrauchen lassen. Die Polen hätten ein gutes Recht, ihre Muttersprache im Postverkehr zu gebrauchen. Man solle sich ein Beispiel an der Schweiz nehmen, wo bei gegenseitiger Duldung vier Sprachgemeinschaften trefflich miteinander auskommen. Schließlich wurde ja durch alle die Chikanen der Behörden gar nicht einmal erreicht, was sie bezweckte. Die Polen hielten um so zäher an ihrer Sprache fest. Bekämpft wurde auch von uns die Forderung der Regierung, den Reichspostbeamten die berüchtigte Ostmarkenzulage nach preußischem Muster zu gewähren. Die Regierung versuchte den politischen Charakter dieser Forderung abzustreiten; es sei das nur ein Akt ausgleichender Gerechtigkeit, damit die Reichsbeamten nicht hinter den preußischen Beamten in den östlichen Provinzen zurückständen. Es wurde unsrerseits entgegnet, daß ein Beispiel Preußens, wenn es schlecht sei, doch nicht nachgeahmt zu werden braucht. Die ganze Maßregel sei offensichtlich zur Unterstützung der preußischen Polenpolitik geplant und müsse eine Quelle der Korruption werden, da die Beamten, um sich die Zulage von ihren Vorgesetzten zu erwirken, sich als schneidige Hakatisten zu betätigen zu suchen würden. Die Ostmarkenzulage wurde denn auch unter unsrer Beihilfe zu Fall gebracht.

Einen eigenartigen Einblick in die Reichskulissenpolitik gewährte die Forderung von 300 000 Mk. zur Fortsetzung der früher schon bis Tabora bewilligten ostafrikanischen Telegraphenlinie. Die Regierung hatte ursprünglich die Fortsetzung dieser Linie in westlicher Richtung bis nach dem Tanganjika-See gefordert. In der Kommission war dafür keine Stimmung. Wohl aber verriet Herr Spahn, daß er ganz gern eine Fortsetzung nach Norden bis nach Muansa am Njansa-See haben würde. Im Plenum brachte er dann auch bei der zweiten Lesung einen dahingehenden Antrag auf Abänderung des Dispositivs ein. Tatsächlich wurde damit eine ganz neue Linie in Vorschlag gebracht. Und nun geschah etwas höchst Merkwürdiges. Während in der Kommission die Regierungsvertreter sich für die westliche Linie ereifert hatten, hielt plötzlich der Kolonialdirektor, ohne die westliche Linie noch zu befürworten, einen warmen Vortrag zu Gunsten der Spahnschen Linie, als deren Vorzug er unter anderm rühmte, daß sie das Missionsgebiet der „Weißen Väter" durchlaufe. Unser Einspruch gegen dies unkonstitutionelle Verfahren nutzte natürlich nichts. Die Linie der „Weißen Väter" wurde bewilligt. Hinter den Kulissen war die Sache abgemacht worden.

Etat der Reichsjustizverwaltung.

Beim Justizetat wurden zunächst eine Anzahl Resolutionen über besondere Materien gesondert behandelt. Die Forderung eines Heimstättengesetzentwurfs war von agrarischer Seite gestellt. Sie zielt, nach der Begründung durch Herrn v. Riepenhausen zu urteilen, auf die Bindung des ländlichen bäuerlichen Grundbesitzes nach Art der Fideikommisse des Großgrundbesitzes hin. Von unsrer Seite wurde der Vorschlag bekämpft, da er eine reaktionäre Utopie ist, während er scheinbar der bäuerlichen Bevölkerung zu Hilfe kommen will. Worauf es abgesehen ist, zeigt die Forderung der brandenburgischen Landwirtschaftskammer betreffs der Rentengutsgesetzgebung, daß die Rentengüter nicht so groß werden dürfen, um den Bauer der Notwendigkeit zu entheben, sich durch Lohnarbeit noch Nebenverdienst zu verschaffen. Darauf werde auch hier hingezielt, also eine Schädigung der Bauern werde dabei herauskommen. Die Resolution wurde gegen unsre Stimmen und gegen die der Freisinnigen angenommen.

Entsprechend unsrer Stellungnahme in früheren Jahren traten wir auch diesmal für eine vom Zentrum eingebrachte Resolution ein, die einen Gesetzentwurf zur Haftbarmachung der Automobilbesitzer für die von ihren Fahrzeuge angerichteten Personen- und Sachschäden fordert.

Was die Frage der Sicherung von Bauforderungen anbetrifft, so verlangen wir, daß die Handwerker nicht nur, sondern auch die Arbeiter ihre Forderungen an die sogenannten Bauherren gesichert erhalten, wollen aber nicht den Befähigungsnachweis mit dieser Forderung verquickt wissen. Die Zuchthaus- und Gefängnisarbeit ferner wollen wir nicht den Privatunternehmern zur Ausbeutung und Schmutzkonkurrenz gegenüber der freien Arbeit überantwortet sehen.

Eine von dem oldenburgischen Abgeordneten Bargmann (freis. Volksp.) eingebrachte Resolution, daß den wegen politischer und Preßvergehen in Untersuchungs- oder Strafhaft befindlichen Personen Selbstbeköstigung sowie das Halten einer Tageszeitung gewährt werden muß, sowie daß sie ihrem Berufe und Bildungsgrad gemäß zu beschäftigen sind, fand unsre lebhafte Unterstützung. Sehr scharf ging unser Vertreter mit dem durch die „lustige Sieben" bekannten oldenburgischen Minister Ruhstraat ins Gericht, weil dem Redakteur Biermann, der den Minister angeblich beleidigt hatte, während seiner langen Strafhaft die Selbstbeköstigung und Selbstbeschäftigung verweigert worden waren. Hatte der Minister doch der Gattin Biermanns, als sie bei ihm vorstellig wurde, obendrein zugerufen: „Ihr Mann ist ein Lump, ein Jahr muß er mindestens kriegen." Die Resolution wurde indes abgelehnt und eine abgeschwächte Zentrumsresolution angenommen.

Unsre Erörterung des Königsberger Prozesses und der Handhabung des Fremdenrechts in Deutschland beim Justizetat wird im Zusammenhang mit der Interpellation über diese Frage gesondert erörtert werden.

Von unsrer Seite wurde auch darauf hingewiesen, daß das Gesetz über die Beseitigung des fliegenden Gerichtsstandes der Presse seinen Zweck wegen mangelhafter Fassung nicht völlig erreicht habe. Im Zusammenhange damit wurde die wachsende Entfremdung der Rechtsprechung in Prozessen politischen Charakters von dem Volksempfinden betont und gefordert, daß die Umgestaltung des Strafrechts den falschen Auslegungen des Erpressungsparagraphen in Prozessen gegen streikende Arbeiter vorgebeugt werde. Auch die Majestätsbeleidigungsprozesse, so der Leipziger gegen die Redakteure dreier Blätter, wurden angezogen, um die Notwendigkeit der Aufhebung des Majestätsbeleidigungsparagraphen zu begründen.

Das preußische Ansiedlungsgesetz, das die Niederlassung von Polen in den östlichen Provinzen von der Zustimmung der Behörden abhängig machen will, wurde als ein schwerer Verstoß gegen die Reichsverfassung charakterisiert.

Wie sehr sich unsre Rechtspflege als Klassenjustiz kennzeichnet, wurde an den Urteilen gegen streikende Arbeiter einerseits, gegen Unternehmer andrerseits nachgewiesen. Eine der Ursachen, die zu der Herausbildung einer solchen Klassenjustiz führen, sei in dem Reserveoffiziersgeist zu suchen, der künstlich bei den Juristen von ihrer Studienzeit an gepflegt werde.

Bei der dritten Lesung des Justizetats wurde von unsrer Seite eine Resolution eingebracht, daß schleunigst Maßnahmen getroffen werden müßten, die die rechtzeitige Erkennung geistiger Erkrankungen bei Strafgefangenen ermöglichten und daß die Verhängung von Disziplinarstrafen gegen Gefangene unter Rechtsgarantien gestellt wird. Anlaß dazu hatten Enthüllungen über die Zustände in Gefängnissen gegeben, die in der sozialdemokratischen Presse nicht nur, sondern auch in andern Blättern publiziert waren.

Die Darlegung aller dieser Einzelheiten prallte indes an der Reichstagsmehrheit ab. Ein freisinniger Abgeordneter versuchte sogar den Spieß umzudrehen und aus den Veröffentlichungen Material gegen die Zügellosigkeit der sozialdemokratischen Presse zu schöpfen, genau nach dem Vorbilde aller reaktionärer Feinde der Preßfreiheit. Unsre Resolution wurde natürlich abgelehnt.

Beim Etat des Reichseisenbahnamts

wurde unsrerseits befürwortet, daß endlich eine wirkliche Einheitlichkeit im Eisenbahnwesen Deutschlands durchgeführt werden möge. Mehr und mehr trete es zu Tage, daß die Verwaltungen der Landeseisenbahnen sich gegenseitig Abbruch zu tun suchen, indem sie die Transporte über die eigenen Schienenwege leiten, anstatt sie die nächsten Wege gehen zu lassen. Besonders haben die süddeutschen Staaten unter der preußischen Fiskalpolitik arg zu leiden. Das Publikum hat aber unter diesem irrationellen Verfahren noch besonders zu leiden. Unsererseits wurde deshalb ein Antrag eingebracht, der verlangt, daß baldigst durch Gesetz der Betrieb und die Verwaltung der deutschen Eisenbahnen dem Reich übertragen wird. Wir gingen diesmal nicht so weit, auch die Besitzübernahme durch das Reich zu verlangen, um wenigstens der dringend erforderlichen Einheitlichkeit des Betriebes die Wege zu ebnen. Aber auch das war der Mehrheit nicht genehm. Sie begnügte sich auch hier mit einem abgeschwächten Zentrumsantrag, der die Umleitung des Güterverkehrs möglichst einschränken und den Anschluß der Personenzüge an einander an den Verbindungsstationen zur Regel machen will.

Der Etat des Reichsheeres

beläuft sich in diesem Jahre:

an fortdauernden Ausgaben auf	578 130 193 Mk.
an einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats auf	36 203 833 „
an einmaligen Ausgaben des außerordentlichen Etats auf	31 813 564 „
Zusammen:	646 147 590 Mk.

Außerdem kommt in Betracht: für den Invalidenfonds 41 621 399 „

Ein paar Millionen Mark waren in der Kommission und später im Plenum abgestrichen worden angesichts der schlechten Geschäftslage. Da die Heeresverwaltung geplante Neuerungen auf spätere günstigere Zeiten vertagte, ist es diesmal zu ernstlichen Kämpfen über Zusammensetzung und Organisation des Heeres überhaupt nicht gekommen. Unsere Partei hat in der Kommission und im Plenum, da sie aus eigener Kraft keine Abstriche durchsetzen konnte, im wesentlichen sich darauf beschränken müssen, die Abstrichsanträge anderer Parteien zu unterstützen. Wir mußten aber leider wiederholt erleben, daß die Mehrheit in den späteren Lesungen von ihren anfänglich eingenommenen Positionen mutig zurückwich. Am meisten ist noch gestrichen an den Forderungen für das ostasiatische Expeditionskorps. Gegenstand der ausgedehnten Debatten bildeten allgemeine Mißstände in unserem Heerwesen. Es wurde von unserer Seite an mehrfachen Beispielen nachgewiesen, daß die Bemühungen der Heeresleitung, die Mißhandlungen im Heer auszurotten, scheitern müssen, weil man dem Uebel nicht an die Wurzel gehe. So lange eine nahezu unumschränkte Gewalt den Vorgesetzten in die Hände gegeben sei, während horrende Strafen der Soldaten warteten, denen die geringste Widersetzlichkeit nachgewiesen werden kann, so lange das Beschwerderecht nahezu illusorisch gemacht werde durch das Verhalten der Unteroffiziere und Offiziere den Beschwerdeführern gegenüber, sei an eine Besserung nicht zu denken. Das gegenwärtige System des Kadavergehorsams und Drills habe obendrein die Tendenz, die Soldaten feige

zu machen. Es sei ja schon so weit gekommen, daß häufig Soldaten, anstatt auf irgend eine Weise ihr Recht zu suchen gegen die Menschenquäler, lieber sich das Leben nehmen. Als der Kriegsminister in Beschönigung der Mißhandlungen meinte, gelegentliche Ausbrüche des Unmuts, die in einen kleinen Puff ausliefen, solle man nicht so schwer nehmen, wurde von einem unserer Redner erwidert:

„Es zeugt unter allen Umständen von einer großen Gemeinheit des Charakters, wenn ein Vorgesetzter seine privilegierte Stellung mißbraucht, um seinen Untergebenen Handlungen zuzufügen, von denen er wissen muß und weiß, daß sie in den wenigsten Fällen in der Lage sind, sich dagegen wehren zu können. Etwas Gemeineres, etwas Ehrloseres als ein solches Verhalten eines Vorgesetzten kann ich mir nicht vorstellen."

Als Beweis dafür, wie wenig das System des Militarismus ein ernstliches Zugreifen zur Bekämpfung der Mißhandlungen verträgt, wurde auf das Schicksal des Erbprinzen von Meiningen hingewiesen, dessen humaner Erlaß nach der Amtsenthebung des Prinzen vom Generalkommando des 6. Armeekorps sofort kassiert wurde. Die unablässige Rüge des Mißhandlungsunwesens durch die Sozialdemokratie hat wenigstens soviel erzielt, daß jetzt alle anderen Parteien sich im Prinzip auch dagegen erklären. Unseren Vorschlägen zur Remedur verweigern sie natürlich die Gefolgschaft. Wir hatten eine Resolution vorgeschlagen, der Reichskanzler möge, um den Mißhandlungen nach Möglichkeit entgegen zu treten, dahin wirken, daß

a) die wegen Mißhandlung von Soldaten durch Urteile der Militär- und Marinegerichte erfolgten Bestrafungen allmonatlich den Mannschaften der Armee und Marine zur Kenntnis gebracht werden;

b) bei dieser Gelegenheit die Angehörigen des Heeres und der Marine jedesmal auf ihr Beschwerderecht hingewiesen werden;

c) die wegen Mißhandlung Untergebener rechtskräftig verurteilten Angehörigen des Heeres und der Marine aus dem Dienst entlassen werden.

Die Resolution wurde abgelehnt und ebenso wenig Anklang fand es natürlich bei der militärfrommen Mehrheit, als von unserer Seite dem Bedauern Ausdruck gegeben wurde, daß so selten die Soldaten von ihrem Recht der Notwehr gegen scheußliche Mißhandlungen Gebrauch machen. Auf den Vorwurf, daß die Sozialdemokratie nur hetze, erwiderte einer unserer Genossen: „Wir werden unausgesetzt so weiter hetzen, bis der letzte Soldatenschinder aus der Armee hinausgehetzt ist."

Einer unserer Redner konnte sich für seine Kritik der Gefahren, die der Paradedrill und die Prunkmanöver für die kriegsmäßige Ausbildung des Heeres haben, auf eine Anzahl ehemaliger Militärs berufen. In der Abwehr des Vergleichs unserer Zustände mit denen von Jena passierte dem Herrn Kriegsministers das Mißgeschick, auf historischem Glatteis zu Fall zu kommen. Sein Urteil über Jena faßte er in den Worten zusammen:

„Der Zusammenbruch des Staates erfolgte, weil eine kosmopolitisch angehauchte Bevölkerung, die sich einem Leben für sich hingab, den Staatsinteressen fernstand, nicht wie in Spanien den Ruf erschallen ließ: gegen den Feind! — sondern dem Ruf folgte: „Ruhe ist die erste Bürgerpflicht!"

Soviel Sätze, soviel Irrtümer. Wußte der Herr Kriegsminister doch nicht einmal, daß der berüchtigte Satz „Ruhe ist die erste Bürgerpflicht" dem angstbedrückten Herzen eines hohen Militärs, des Stadtkommandanten von Berlin, entstiegen war, als er vor den anrückenden Franzosen aus Berlin entfloh. Die Lethargie des Bürgertums in jener Zeit war aber nicht irgend welchem „Kosmopolitismus", sondern der planmäßigen Ertötung des Gemeingeistes durch

die herrschende militärisch-bureaukratische Karamilla zu danken. Der nämliche Herr, der so seine staunenswerte geschichtliche Unwissenheit dokumentierte, hält es jedoch für angebracht, die Offiziere als die Führer und Erzieher der Nation zu verherrlichen.

Bei Erörterung der Frage, wie es komme, daß der Prinz Arenberg trotz seiner geistigen Minderwertigkeit als Offizier eingestellt war, bekundete der Herr Kriegsminister eine merkwürdige Vergeßlichkeit. Erst mehrfache Nachforschungen förderten die Tatsache zu Wege, daß er selbst als Regimentskommandeur die Einstellung des Prinzen verfügt hatte. Von einem geistigen Defekt des Herrn hatte er nichts gemerkt und war auch von den Verwandten nicht über frühere Beweise von dessen Anormalität unterrichtet worden. Jedenfalls erhellte aus allen diesen Erörterungen, daß bei Einstellung von Prinzen ins Militär nicht die erforderlichen Nachforschungen über deren Intelligenz und Charakter angestellt werden.

Auf die verschiedenen Vorhaltungen, daß Sozialdemokraten, die ins Heer eingezogen werden, mit Beihilfe der Polizei auf ihre Gesinnung hin beschnüffelt werden, kam der Kriegsminister mit dem Eingeständnis heraus, daß ihm unsere Parteigenossen höchst unerwünschte Elemente seien. Was ihm von unserer Seite die Mahnung eintrug, doch nicht zu vergessen, daß die Heeresleitung auf die Sozialdemokraten angewiesen ist. „Wenn Sie siegen, siegen Sie mit uns, nicht gegen uns; ohne unsere Hilfe können Sie nicht mehr auskommen." An allen den Korruptionserscheinungen, die in Forbach und in ähnlichen Fällen zu Tage getreten sind, wurde nachgewiesen, daß „der Kapitalismus auch ins Mark der Armee frißt."

Gegen die Fortdauer der ostasiatischen Besatzungsbrigade wurde von uns energisch Einspruch erhoben, da sie nicht nur große Kosten dem Deutschen Reich aufbürde, sondern gerade entgegen ihrer angeblichen Bestimmung nicht als Beruhigungs-, sondern als Reizmittel auf die Chinesen wirkt. Die Mehrheit ließ sich aber durch die Regierungsvertreter mit geheimnisvollen diplomatischen Andeutungen zur Weiterbewilligung verleiten.

Von einer Anzahl Resolutionen, die auf Empfehlung der Budgetkommission unter unserer Zustimmung angenommen werden, ist zu erwähnen, daß größere Neubauten für das Heer möglichst nicht durch die städtischen Verwaltungen, sondern durch das Reich errichtet werden sollen, ferner daß Manöver nicht zur Erntezeit abzuhalten sind.

Bei den einzelnen Titeln wurde unsererseits die mangelhafte Sozialpolitik der Heeresverwaltung gegeißelt, die zum Teil ihre Lieferungen sich durch Heimarbeit mit übermäßig langer Arbeitszeit beschaffen läßt. Auch die übeln Zustände in den Militärwerkstätten in Spandau, Straßburg und an anderen Orten wurden wieder zur Erörterung gebracht und dabei die schroffe Behandlung gerügt, die den Arbeitern dort zu teil würde. Besonders schlimm sei es, daß die Arbeiter auch durch Polizeispitzel in ihrem privaten Leben behelligt würden. Aus diesen Nachweisen ging hervor, wie himmelweit die Militärwerkstätten davon entfernt sind, Musterwerkstätten sozialer Fürsorge zu sein.

Der Etat der Marine

betrug: an fortlaufenden Ausgaben	99 301 578 Mk.
an einmaligen ordentlichen Ausgaben	83 153 970 „
an einmaligen außerordentlichen Einnahmen	46 115 000 „
Zusammen:	228 570 548 Mk.

Wie beim Heer wurde auch bei der Marine für dieses Jahr jede ernstliche Auseinandersetzung über Flottenpläne durch den vorläufigen Verzicht der Regierung auf Neuforderungen vermieden.

Eine eingehende Erörterung wurde dagegen durch den Ausgang des Hüssener-Prozesses herbeigeführt. Hüssener ist bekanntlich mit 2 Jahr 7 Monat Festung davongekommen, weil das Kriegsgericht in letzter Instanz eine prinzipielle Berechtigung zum Waffengebrauch ihm zugebilligt hat. Gegen diese Auffassung wurde von unserer Seite scharf polemisiert. Der Marineminister wurde aufgefordert, sich darüber zu erklären, ob die Marineverwaltung es für zulässig halte, daß ein Vorgesetzter schon bei Anlaß von Disziplinbruch eines Untergebenen zur Waffe greife. Herr v. Tirpitz zog es aber auch diesmal wie im Vorjahre vor, eine klare Beantwortung dieser Frage zu vermeiden. Auch das Mißverhältnis zwischen den Strafen gegen Vorgesetzte und gegen Untergebene bei Konflikten beider untereinander, das eine 50mal so starke Minimalstrafe für Untergebene vorsieht, wurde gerügt und fand selbst bei den bürgerlichen Parteien soweit Verständnis, daß der Reichstag sich schließlich auf eine Resolution einigte, es möge ein Gesetzentwurf vorgelegt werden, der im Militärstrafgesetzbuch § 97 Abs.1 die Minimalstrafsätze (für Untergebene) erheblich herabsetzt.

Die Arbeitsverhältnisse auf den Werften in Danzig, Wilhelmshaven und Kiel gaben zweien unserer Genossen Gelegenheit zu scharfer Kritik. Als eine rücksichtlose Benachteiligung der Danziger Arbeiter wurde es erklärt, daß die Akordlöhne in Danzig 20, 30, 50 und mehr Prozent niedriger seien als in Kiel und Wilhelmshaven. Unerhört sei es, daß in Kiel eine ganze Reihe Arbeiter unter dem ortsüblichen Tagelohn eingestellt werden. Das Beschwerderecht der Arbeiter sei tatsächlich illusorisch gemacht worden. Im Zusammenhang damit wurden auch die Zustände in den Kruppschen Werken, die durch Marinelieferungen sich erhalten, zur Erörterung gebracht. Trotz der enormen Profite, die der Firma Krupp aus den Lieferungen zufließen, wurden die Arbeitslöhne beständig verringert. Die übermäßige Abackerung der Arbeiter führe zur Verschlechterung ihres Gesundheitszustandes und schließlich auch zur Verringerung der Arbeitskraft. Die Hüttenleute z. B. müssen 12 Stunden vor der Gluthitze arbeiten. Sonntagsarbeit werde im Uebermaß verlangt.

Eine von uns eingebrachte Resolution, die eine alljährliche Uebersicht der Arbeiterverhältnisse in der Heer- und Marineverwaltung verlangte, wurde natürlich abgelehnt, dagegen angenommen auch unter unserer Zustimmung eine Aufforderung, das Submissionsverfahren bei Vergebung der Arbeiten für Heer und Marine sowie sonstige Behörden einheitlich zu vergeben, um der Schädigung von Handwerkern und Arbeitern möglichst vorzubeugen.

Die Etats des Reichskanzlers und des Auswärtigen Amts waren in der Kommission vielfach mit einander verflochten. Unsererseits wurde darauf hingewiesen, daß das Deutsche Reich einer zunehmenden Isolierung verfalle, wie das englisch-französische Abkommen beweise. Die gefährliche Sucht, den Russen Liebesdienste zu erweisen, könne uns leicht in den ostasiatischen Konflikt verwickeln. Dagegen müsse mit aller Kraft Einspruch erhoben werden. Offenbar werde durch die deutsche Regierung der Verkauf deutscher Schiffe durch Privatfirmen an die russische Regierung begünstigt. Auch ein nach Petersburg ergangenes Kondolenztelegramm wegen des Unterganges des „Petropawlosk", in dem es geheißen haben soll: „Russische Trauer ist deutsche Trauer" vertrage sich schlecht mit der Neutralität Deutschlands. Der Reichskanzler bekannte sich auch seinerseits zu dem Grundsatz striktester Neutralität und versuchte die Bedeutung des fraglichen Telegramms dadurch abzuschwächen, daß er behauptete, es sei rein Empfindungen der Menschlichkeit entsprungen. Damit scheint er jedoch sich in einem Irrtum befunden zu haben,

da dann ja auch der Untergang des japanischen Dampfers „Hatsuse" ein Telegramm ähnlichen Inhalts hervorgerufen haben müßte. Davon hat man aber bis heute noch nichts gehört. Als bei Beginn der Etatsverhandlungen der Reichskanzler versucht hatte, den Mandschurei-Streit auf die leichte Achsel zu nehmen, wurde ihm zu Gemüte geführt, daß die törichte deutsche Unterstützung der russischen Aktion gegen Japan zur Zertrümmerung des Friedensvertrages von Schimonoseki die Mitschuld trage an dem Ausbruch des Krieges in Ostasien und daß Deutschland gerade Grund habe, den Uebergang der Mandschurei in russische Hände *nicht* zu wünschen, da die russische Politik darauf abziele, den fremden Handel, also *auch den Handel Deutschlands von den ihm anheimfallenden Gebieten auszuschließen*. Als der Reichskanzler daraufhin seinerseits die Sozialdemokraten als Friedensstörer hinzustellen versuchte und unsere Internationalität bemängelte, wurde dem unsererseits die Erklärung entgegengesetzt, daß unsere Internationalität nicht darin bestehe, einen allgemeinen Völkerbrei zusammenzurühren, sondern daß wir *Völkerverbrüderung, Völkerverständigung* erstreben, kurz einen allgemeinen Bund aller Kulturvölker zur Erreichung der gemeinsamen Kulturaufgaben.

Die nachträglich erteilte Zustimmung des Bundesrats zur Aufhebung des *§ 2 des Jesuitengesetzes* begegnete von seiten der liberalen Parteien starker Anfechtung, einmal, weil sie zum Teil von der Jesuitenangst nicht freikommen können, dann aber aus dem formalen Grunde, daß die Zustimmung erst nach *Schluß der Legislaturperiode*, in der der Reichstagsbeschluß ergangen war, erfolgte, was mit den konstitutionellen Gepflogenheiten nicht in Einklang gebracht werden kann. Deshalb war von freisinniger Seite in einer *Resolution* ein Gesetzentwurf gefordert, der den Art. 5 Abs. 1 der Reichs-Verfassung dahin abändert,

„daß die zu einem Reichsgesetz erforderliche Uebereinstimmung der Mehrheitsbeschlüsse des Reichstags und Bundesrats spätestens vor dem Tage des Zusammentritts des neu gewählten Reichstages herbeigeführt werden muß."

Unsererseits wurde die Zustimmung zu diesem Vorschlag mit der Motivierung gegeben: Mit dem Beschluß des Bundesrats, den § 2 des Jesuitengesetzes aufzuheben, sind wir zwar unseren frühen Voten gemäß durchaus einverstanden, da wir jedes Ausnahmegesetz verwerfen. Wir verlangen aber, daß der Bundesrat dem Reichstag die bisher bei der Beschlußfassung über Reichstagsvoten mangelnde Achtung dadurch zu beweisen hat, daß die Beschlüsse des Reichstags in einer durch Gesetz festgelegten Zeit erledigt werden.

Der Etat der Schutzgebiete

ist, wie früher bereits erwähnt wurde, gesondert vom Reichshaushaltsetat enthalten. Die Verbindung mit dem Reich ist in den *Zuschüssen des Reichs* ausgedrückt, die bei der Mehrzahl der Schutzgebiete im Etat des *Auswärtigen Amtes*, dem sie unterstellt sind, bei Kiautschou im *Marineetat*, zur Wirkung kommen. Insgesamt ergeben die Etats folgendes Bild:

	Einnahmen und Ausgaben	Reichszuschüsse
das Ostafrikanische Schutzgebiet	Mk. 9 336 720	Mk. 6 181 237
Kamerun	„ 4 086 000	„ 1 404 800
Togo	„ 1 605 500	„ —
das Südwestafrikanische Schutzgebiet	„ 12 530 450	„ 9 810 650
Neuguinea	„ 1 016 000	„ 907 500
die Karolinen, Palau und Marianen . . .	„ 328 600	„ 168 400
Samoa	„ 586 000	„ 235 450
Kiautschou	„ 13 088 300	„ 12 583 000
Zusammen . .	Mk. 42 877 570	Mk. 31 291 037

Somit bringen die Kolonien aus eignen Mitteln (Steuern, Zöllen und Gefällen) nur etwa ein Viertel des Bedarfs auf, nämlich 11 586 533 Mk. Die einzige Kolonie, die diesmal ohne Reichszuschuß auskommt, ist Togo; doch ist es sehr fraglich, ob das mehr als eine vorübergehende Erscheinung sein wird, da einige günstige Umstände diesmal zur Balanzierung des Etats dort zusammengewirkt haben. Fast allein vom Reichszuschuß lebt der Platz an der Sonne: Kiautschou. Aber auch für Südwestafrika ist der Zuschuß diesmal besonders hoch dank dem Herero-Aufstand, der nachher noch besonders behandelt wird.

Um die Bedeutung dieser kolossalen Opfer, die das deutsche Volk für die Kolonialpolitik Jahr für Jahr bringt, richtig würdigen zu können, sind die folgenden amtlichen Zahlen über den Handel Deutschlands mit den Schutzgebieten zu beachten.

Im Jahre 1902 betrug der Wert

der Einfuhr aus den Schutzgebieten . . . . 7 196 000 Mk.
der Ausfuhr nach den Schutzgebieten . . . . 22 006 000 „

Dabei enthält die Ausfuhr nach den Schutzgebieten, die den Wert der Einfuhr von dort auffällig überwiegt, die gesamte Regierungszufuhr an Nahrungsmitteln, Waffen usw. für die Verwaltung. Aber auch das einbegriffen, **reicht der Gesamtwert des deutschen Handels mit diesen kostbaren Kolonien nicht einmal an den Reichszuschuß zu den Verwaltungskosten heran.** Es ist auch keine Aussicht, daß das besser werden könnte. Bisher sind die Zuschüsse mehr und mehr gewachsen. Was ließe sich aber nicht alles an Kulturwerken in Deutschland selbst für jährlich 30 Millionen Mark, die jetzt ins Wasser geworfen werden, dem deutschen Volke zunutze schaffen! Dieser Gesichtspunkt allein, ganz abgesehen von den Gefahren, die die irrlichternde Weltpolitik in allen Meeren und Weltteilen für uns heraufbeschwört, rechtfertigt unsre durchaus ablehnende Haltung gegenüber dieser Kolonialpolitik. Von einem unsrer Genossen wurde im Laufe der diesjährigen Kolonialdebatten das dahin präzisiert, daß Deutschland sich sehr gut dabei stehen würde, wenn es alle seine gegenwärtigen Kolonien verkaufte gegen Erstattung des bisher dafür verausgabten Geldes und unter der Bedingung, daß der deutsche Handel und deutsche Reichsangehörige persönlich in diesen Gebieten dort dauernd unter den gleichen Bedingungen mit den Angehörigen des kaufenden Staates zugelassen würden. Leider würde sich nur kein Käufer für ein solches Geschäft finden. Die Auseinandersetzungen über die Kolonialfragen zeigten nun aber auch diesmal, daß außer bei einer kleinen Zahl von Kolonialsportsleuten nirgends rechte Freude in den Kreisen der bürgerlichen Politiker ist. Aber bewilligt wird schließlich alles. Wer A gesagt hat, muß auch B sagen und so weiter.

Die Budgetverhandlungen in der Kommission und im Plenum brachten nun obendrein wiederholt höchst merkwürdige Verwaltungsgebahrungen des Kolonialamts zu Tage, die sich mit konstitutionellen Einrichtungen absolut nicht vertragen. Die plötzlich vorgenommene Aenderung der ostafrikanischen Telegraphenlinie ist beim Postetat, wo der Posten rubriziert war, bereits erwähnt. Denn war beim Auswärtigen Amt unter den heimischen Verwaltungskosten für die Kolonien ein Posten von 35 000 Mk. für Kommissionskosten ausgeworfen. Zufällige Nachfragen in der Budgetkommission brachten erst zu Tage, daß dieser für Informationsreisen und dergleichen bestimmte Posten vom Kolonialamt schon im Vorjahre für die Unterhaltung von zwei Kolonialattachés in London und Paris verwandt worden war. Als ein ganz unkonstitutionelles Verfahren, als eine „Verschleierung des Etats", an der nicht nur der Kolonialdirektor, sondern auch der Minister des Auswärtigen und der Reichsschatzsekretär mitschuldig sei, wurde dies Verfahren von uns in der Kommission und im Plenum gegeißelt. In der Kommission war denn auch die

Entrüstung zunächst selbst bei den eingefleischtesten Kolonialschwärmern so allgemein, daß der Posten einstimmig abgelehnt wurde. Im Plenum jedoch sprang der stets hilfsbereite Herr Spahn mit dem Antrage dazwischen, wenigstens 16 000 Mk. für Kommissionskosten zu bewilligen, was denn auch gegen unsre Stimmen angenommen wurde. Die Mehrheit bringt es eben nicht mehr über sich, der Verwaltung bei Verfassungsverletzungen ernstlich die Zähne zu zeigen. Ein dritter Fall dieser Art, der wenigstens den Vorzug einer gewissen komischen Originalität hat, war der folgende: Im Etat für Südwestafrika war ein Posten für einheimische Söldner verzeichnet. Auf den in der Kommission gemachten Einwand, daß angesichts des Krieges mit den Hereros eine solche Negertruppe doch unmöglich unterhalten werden könne, erwiderte der Kolonialdirektor, das solle natürlich auch nicht geschehen, aber man möge den Posten doch trotzdem bewilligen; die Kolonialverwaltung könne das Geld recht gut anderweit verwenden. Ein allgemeiner Heiterkeitsausbruch ersparte dem Herrn recht bittere Wahrheiten. So weit konnte denn auch der hartgesottenste Kolonialschwärmer im Reichstag nicht gehen, eine so motivierte Forderung zu bewilligen.

An Beschwerden über Mißbräuche der Verwaltung wurde unsrerseits die Klage eines deutschen Ansiedlers in Samoa vorgebracht, der von einheimischen Polizisten im Dienste der deutschen Verwaltung auf der Polizeiwache mißhandelt worden war. Die Entlassung der Uebeltäter wurde zugesichert, woraus denn männiglich zu ersehen, daß in Samoa für Deutsche noch immerhin eher Schutz gegen Mißbrauch der Amtsgewalt zu erzielen ist, als in Deutschland selbst.

Das wichtigste Vorkommnis im Berichte der Kolonialverwaltung war der Aufstand der Hereros in Südwestafrika. Als am 18. Januar der Reichskanzler, am 19. Januar der Kolonialdirektor v. Stübel zuerst Mitteilungen über den Aufstand machten und die Geldforderungen zur Entsendung von Truppen begründeten, befanden sie sich offenbar im Zustande weltfremder Unkenntnis betreffs der Gründe, die zu dem Aufstande geführt haben. Es spricht das nicht für die Sachkenntnis der Verwaltung, denn vorher schon waren mancherlei auf Beobachtung an Ort und Stelle beruhende Mitteilungen in die Oeffentlichkeit gekommen, die auf Unzufriedenheit bei den Hereros infolge der Ausbeutungspraktiken der weißen Händler und der Mißgriffe der Verwaltung hindeuteten. Bei der Unwissenheit der Regierung betreffs der Aufstandsursachen konnte sich ihre Angabe deshalb nur auf bekannte Tatsachen beschränken. Da wurde nun seitens der beiden Regierungsvertreter erklärt, daß es sich zunächst um Rettung des Lebens der durch den Aufstand bedrohten Ansiedler, Beamten und Soldaten, wie ihrer Frauen und Kinder handle. Der Kolonialdirektor teilt darüber folgende Zahlen mit:

Die weiße Gesamtbevölkerung des Schutzgebietes am 1. Januar 1903 betrug 4640 Köpfe, davon 1836 Frauen und Kinder. Die von dem Aufstand zunächst betroffenen Bezirke Windhoek, Karibib und Omaruru haben zusammen eine Bevölkerung von 1800 Weißen, davon 1542 Deutsche, unter diesen sind wiederum 489 Beamte und Schutztruppensoldaten; die Zahl der Frauen beträgt 250, die der Kinder 318. Von den erwachsenen Männern der drei Bezirke sind 216 Ansiedler und Farmer; sie haben 114 Farmen.

Aus den weiteren Angaben des Kolonialdirektors ging hervor, daß eine Erhebung des Hottentottenstammes der Bondelzwarts im Süden des Schutzgebietes dem Aufstande des Kaffernstammes der Hereros voraufgegangen war, aber ohne wesentliche Zusammenstöße zu einer friedlichen Beilegung geführt hatte. Da die Hereros nach den vorliegenden Schätzungen etwa 80 000 Köpfe stark sind, war ein größerer Umfang des Aufstandes zu befürchten. Den vorliegenden Nachrichten zufolge waren mehrere Stationen bereits von den

Verbindung mit der Küste abgeschnitten. Die Regierung schlug nun vor, zunächst ein Bataillon Marine-Infanterie zu entsenden und außerdem die Schutztruppe um 500 Mann zu verstärken. Zur Bestreitung der Kosten war ein Nachtragsetat für 1903 in der Höhe von 1 496 000 Mk. und ein Ergänzungsetat für 1904 in der Höhe von 1 325 200 Mk. vorgelegt.

Die sozialdemokratische Fraktion beschloß, bei der Abstimmung über diese Forderung sich der Stimme zu enthalten, da sie einem Rettungsversuche zum Schutze der Ansiedler, zu dem die Regierung verpflichtet war, nicht hindernd in den Weg treten wollte, aber auch nicht für die Expedition stimmen konnte, weil dieselbe über ihre Aufgabe als Hilfsexpedition hinaus zur Niederwerfung des Aufstandes benutzt werden würde, und weil darüber, inwieweit die Hereros zu ihrem Aufstande berechtigt waren, noch jede verläßliche Nachricht fehlte. Diese Stellungnahme ist nachher verschiedenerseits in der Partei bemängelt worden. Es erscheint daher angezeigt, auf diese Anfechtungen hier einzugehen.

Zunächst wurde der allgemeine Einwand erhoben, daß die Partei überhaupt niemals sich der Abstimmung enthalten dürfe, sondern entweder mit Ja oder mit Nein stimmen müsse. Dieser Einwand wird wiederlegt durch die Tatsache, daß im Jahre 1870, als Schweitzer und seine Freunde für die Kredite zur Führung des Krieges gegen Frankreich stimmten, Bebel und Liebknecht sich der Abstimmung enthalten haben. Dies Verhalten wird von der gesamten sozialdemokratischen Partei jetzt als das richtige anerkannt. Damit ist die prinzipielle Zulässigkeit dieses Verfahrens für die Partei erwiesen. Es kann sich zur Beurteilung einer bestimmten Abstimmungsenthaltung also nur immer um die Frage handeln, ob in diesem speziellen Falle besondere Gründe vorliegen, die auch hier das an sich ungewöhnliche Verfahren der Stimmenthaltung rechtfertigen. Die Gründe sind oben angeführt worden. Dagegen wird nun ferner geltend gemacht, unsre prinzipielle Negation der deutschen Kolonialpolitik zwinge auch zur Ablehnung einer jeden daraus resultierenden Einzelforderung. Auch das ist eine irrtümliche Schlußfolgerung.

Der durchschlagende Grund für das Verhalten der Fraktion war die Tatsache, daß eine Anzahl Deutscher, die auf Veranlassung der Reichsregierung dorthin gegangen waren, samt ihren Frauen und Kindern durch den Aufstand in Lebensgefahr geraten waren und deshalb gerettet werden mußten. Indem wir die Notwendigkeit einer Rettungsaktion anerkannten, gaben wir nicht ein Tüttelchen von unsrer prinzipiell ablehnenden Haltung gegenüber der Kolonialpolitik auf. Angenommen, die Regierung hätte sich ihrer Pflicht, die Bedrohten zu retten, entziehen wollen, so hätte sie doch zur Erfüllung dieser Verpflichtung auch von uns gemahnt werden müssen. Damit steht es jedoch vollkommen im Einklang, daß wir gegen den Erwerb und sogar gegen die Beibehaltung solcher Kolonien sind. Endlich ist eine Verpflichtung für uns, von Rücksichten der Menschlichkeit gegenüber den Ansiedlern uns bestimmen zu lassen, bestritten worden. Die Leute seien ohne unser Zutun dorthin gegangen, ihr Schicksal ginge uns nichts an; sie hätten auch zum Teil den Ausbruch des Aufstandes mitverschuldet. Zunächst sind nicht alle der damals mit dem Leben Bedrohten mitschuldig an der Provozierung des Aufstandes gewesen. Es sind, soweit bekannt, 100 Personen, darunter 4 Frauen, ermordet worden. Es ist aber überhaupt ganz nebensächlich für diese Frage, ob die Leute mehr oder weniger mitschuldig waren an dem Schicksal, das sie betroffen hat. Wenn die Möglichkeit vorliegt, jemand vor dem Ertrinken zu retten, läßt man sich auch nicht erst ein Moralitäts-Attest von ihm vorweisen, sondern man greift zu. In solchen Momenten entscheidet für das menschliche Handeln die Humanität allein. Auch das ist nicht ein richtiger Gesichtspunkt zur Beurteilung

der vorliegenden Frage, ob die Hereros berechtigt waren, Rache zu nehmen für geschehene Unbilden an den Ansiedlern und Händlern. Die Richtigkeit aller Klagen der Hereros zugegeben, können wir ihnen doch nicht das Recht zugestehen, die Beschuldigten zu lynchen. Wir mißbilligen es sicher samt und sonders, wenn in Nordamerika eine weiße Volksmenge einen Neger lyncht, der mit mehr oder weniger Grund einer Untat gegen eine weiße Frau beschuldigt wird. Es liegt doch keinerlei Grund vor für uns, unsern eignen Landsleuten gegenüber, die mit Lynchen von den Negern bedroht werden, eine andre Haltung einzunehmen. Die menschliche Teilnahme und der Schutz, die dem von Weißen bedrohten Neger in Nordamerika recht sind, sind dem von Negern bedrohten Deutschen in Südwestafrika billig.

Um zu rekapitulieren: Da zur Rettung der bedrohten Ansiedler eine Expedition nötig war, konnten wir der Reichsregierung, der die Verpflichtung zu einer solchen Aktion oblag, nicht in den Arm fallen, wir konnten aber auch nicht für die Kredite stimmen, da wir erwarten mußten, daß diese Expedition nicht nur zur Rettung Weißer, sondern auch zu einem Rachefeldzug gegen die Hereros benutzt werden würde. In diesem Konflikt der Motive erschien uns Stimmenthaltung das richtige Mittel zu sein, um den entscheidenden Rücksichten der Menschlichkeit, ohne Anerkennung der Kolonialpolitik, Rechnung zu tragen. Sobald nach Entsetzung der belagerten Stationen die Expedition ihren Charakter als Rettungsaktion verloren hatte, und damit der humanitäre Gesichtspunkt für uns in Fortfall kam, haben wir dann in Konsequenz unsrer ersten Entscheidung uns bei allen weiteren Abstimmungen in der Herero-Frage ablehnend verhalten.

Der ersten Forderung der Regierung folgte am 14. März eine zweite nach, die wiederum einen Nachtragsetat für 1903 im Betrage von 3 092 000 Mk. und einen Ergänzungsetat für 1904 mit 3 710 000 Mk. forderte. Damit ist die Gesamtforderung bisher auf 9 623 200 Mk. angewachsen. Aber damit ist es noch lange nicht zu Ende. Es hat sich herausgestellt, daß die Hereros eine unerwartet hohe kriegerische Tüchtigkeit zeigen und einen Verzweiflungskampf führen, der Jahre lang dauern kann. Dem deutschen Volk wird dieses unselige Abenteuer noch viel Gut und Blut kosten, wenn es nicht bald gelingt, zu einem friedlichen Abkommen mit den Hereros zu kommen. Darauf ist aber bei dem Herrschaftsdrange der für unsre Kolonialpolitik maßgebenden Elemente leider wenig Hoffnung.

Nachträglich sind denn auch über die Ursachen, die die Hereros zum Aufstande getrieben haben, hauptsächlich durch Missionäre briefliche Mitteilungen eingelaufen, die unsre schlimmsten Befürchtungen bestätigt haben. Einer unsrer Redner hat sie folgendermaßen zusammengefaßt: „1. eine ganz und gar skrupellose Gewinnsucht einzelner und ganzer Erwerbsgenossenschaften, insbesondere direkter betrügerischer Kauf und Verkauf; 2. rigoroses Schuldeneintreiben; 3. Rechtlosigkeit der Hereros in sehr vielen Fällen, wo das Recht klar auf ihrer Seite stand; 4. Selbsthilfe der Weißen dort, wo der Herero etwas beging, was sie glaubten sich nicht gefallen lassen zu dürfen, körperliche Mißhandlungen der allerschlimmsten Art, vielfach auch Tötung einzelner Hereros."

Besonders wurde auch die Mitschuld der Regierung betont, durch Verkürzung der Fristen zur Schuldeintreibung, die Händler verleitet zu haben, auf einmal eine Flut von Pfändungsklagen gegen verschuldete Hereros einzutreiben.

Dann wurde unsrerseits energisch auf eine humane Kriegsführung gedrungen, da leider Anzeichen vorliegen, daß, wie im Chinakriege, einzelne Soldaten in den Glauben geraten waren, sie würden recht tun, den Hereros nicht Pardon zu geben. Die Regierungsvertreter sagten eine humane Kriegsführung zu. Inwieweit sich das verwirklichen wird, muß

die Zukunft lehren. Auf eine direkte Anfrage Bebels hin hatte der Kolonialdirektor an Ort und Stelle über einige Punkte Auskunft eingeholt und teilte dann das folgende vom Kommandierenden in Südwestafrika eingelaufene Telegramm mit:

„Befehl, keine Gefangenen zu bringen, ist nirgends gegeben worden. Auf Frauen und Kinder wird nicht geschossen. Einige Frauen und Kinder gefangen und nach Verabfolgung von Kost und Ausfragung unbelästigt freigelassen. Im Gefecht unverwundete Männer bis jetzt nicht gefangen. Verwundete schießen im Buschgefecht bis Unschädlichmachung weiter oder werden von Stammesgenossen fortgeschleppt. Sonstige Gefangene vor Kriegsgericht gestellt. Genaue Zahlenangabe nicht möglich. Kein Fall von Vergewaltigung von Hererofrauen früher oder jetzt. Herero früher auch gegen Frauen grausam. Jetzt nicht, wohl weil im gemeinsamen Kriegszug 96 Hererofrauen auch von uns geschont. Drei weiße Frauen getötet, einige verwundet oder mißhandelt. Kleine Kinder und Missionare geschont. Aufstand richtet sich gegen deutsche Herrschaft, daher Ausländer aus Politik geschont."

Zu diesem Telegramm war ein Nachtrag folgenden Inhalts eingegangen:

„Gerechtigkeit gebietet, Telegramm, Nummer 112 hinzuzufügen, daß Rettung weißer Frauen durchweg durch eingeborene Christen erfolgt ist."

Aus diesen Telegrammen geht hervor, daß unser Eintreten zugunsten einer humanen Kriegsführung nicht ohne Nutzen gewesen ist. Nach Zusammentritt des Reichstages wird es weiter für uns notwendig werden, zu fordern, daß Menschlichkeit und Gerechtigkeit gegenüber den Hereros geübt, und mit ihnen ein Frieden geschlossen wird, der sie im Besitz ihrer Ländereien läßt.

Aus der Tatsache, daß das Deutsche Reich sich einer Anzahl tropischer Kolonien bemächtigt hat, erwächst der deutschen Sozialdemokratie die Aufgabe, sowohl den dort angesiedelten Weißen wie den Eingeborenen gegen Mißgriffe der Behörden schützend zur Seite zu stehen.

Die Zölle, Verbrauchssteuern und Stempelabgaben,

auf welchen indirekten Steuern in der Hauptsache die Einnahmen des Reiches beruhen, sind für dieses Jahr veranlagt auf folgende Ziffern:

Zölle und Verbrauchssteuern.

Aus dem Zollgebiete.

Einnahmen, an welchen sämtliche Bundesstaaten teilnehmen.

Zölle	510 869 000	Mk.
Tabaksteuer	11 855 000	„
Zuckersteuer	115 322 000	„
Salzsteuer	50 306 000	„
Branntweinsteuer:		
a) Maischbottichsteuer	14 775 000	„
b) Verbrauchsabgabe und Zuschlag	106 400 000	„
c) Brennsteuer	—	„
Schaumweinsteuer	4 531 000	„
Brausteuer und Uebergangsabgabe von Bier	29 550 000	„
Aversa für Zölle und Verbrauchssteuern von den außerhalb der Zollgrenze liegenden Bundesgebieten	78 470	„
Summa	843 686 470	Mk.
Dazu Stempelabgaben	88 856 000	„
Zusammen	932 542 470	Mk.

Die Zölle, die im Vorjahre zu so leidenschaftlichen und bedeutsamen Debatten geführt hatten, wurden diesmal in den Verhandlungen allseits nur gestreift, da der gegenwärtige Zustand, ehe neue Handelsverträge vorliegen, allgemein als ein provisorischer aufgefaßt wird. Soweit das nötig und möglich war, wurde im Verlaufe der Verhandlungen unsrerseits die grundsätzliche Gegnerschaft gegen das System der indirekten Besteuerung scharf betont.

Zuschußanleihe und Matrikularbeiträge.

Die Reichsregierung hatte sich derart in die Defizitwirtschaft hineingelebt, daß sie auch diesmal versuchte, eine Zuschußanleihe zur Deckung des Defizits vom Reichstage bewilligt zu erhalten wie im Vorjahre, als sie 72 Millionen Mark auf diese Weise zur Sanierung ihrer Finanzwirtschaft herausgeschlagen hatte. Abgesehen von den Anleihen, die für außerordentliche Zwecke erforderlich sind, hatte sie diesmal geplant, zur Deckung des Defizits, das sich durch das Zurückbleiben der Einnahmen hinter den Ausgaben herausstellte, nur 24 Millionen Mark als ungedeckte Matrikularbeiträge von den Einzelstaaten einzufordern und dann das noch Fehlende zu decken mit einer Zuschußanleihe von 59½ Millionen Mark. Durch diese Rechnung machte die Budgetkommission einen Strich. Sie gestaltete den Etat so, daß die geforderte Zuschußanleihe zur Deckung ordentlicher Bedürfnisse in Fortfall kam, und zwar so: Verlangt war im Etat eine Zuschußanleihe von 59½ Millionen, dazu kamen noch zwei Ergänzungsetats für Südwestafrika mit 5 035 200 Mk., das gab zusammen einen Anleihebedarf von 64 535 200 Mk. Davon gehen ab infolge der Erhöhung des Zolletats um 20 Millionen, des Zuckersteueretats um 10 Millionen und der Maischbottichsteuereinnahme um 2 Millionen, ferner der Abstriche vom ordentlichen Etat mit rund 10 Millionen, zusammen rund 42 Millionen, so daß rund 22 Millionen als zu deckender Rest sich herausstellte. Es wurde nun aber auch abgelehnt, dies völlig durch eine Zuschußanleihe zu decken. Nur die Ausgabe für Südwestafrika von 5 035 200 Mk., die als außerordentliche angesehen werden kann, sollte durch Anleihe gedeckt werden, die übrigen etwa 17 Millionen Mark sollten aber den Matrikularbeiträgen zugeschlagen werden, so daß an ungedeckten Matrikularbeiträgen die Einzelstaaten etwa 41 000 000 Mark zu zahlen haben würden.

Darob erhob sich im Plenum großes Geklage seitens der Vertreter der Einzelstaaten. Mehr als 24 Millionen Mark ungedeckter Matrikularbeiträge könnten sie nicht zahlen. Einer der Herren drohte sogar mit „Reichsverdrossenheit". Sie mußten sich aber selbst von nationalliberaler Seite sagen lassen, daß eine Zuschußanleihe zur Deckung ordentlicher Bedürfnisse an sich ganz verfassungswidrig sei. Das Plenum trat denn auch auch auf die Seite des Kommissionsbeschlusses. Nur hat nachträglich in der dritten Lesung der ewig hilfreiche Herr Spahn eine Bestimmung durchgesetzt, daß die strittigen 17 Millionen Mark vorläufig außer Erhebung bleiben sollten, bis sich herausstelle, ob sie bei der möglichen Steigerung der Einnahmen über die Voranschläge hinaus nicht überhaupt überflüssig seien.

* * *

Es erübrigt noch hinzuzufügen, daß die sozialdemokratische Fraktion in der Schlußabstimmung geschlossen gegen das Budget gestimmt hat, um dadurch, wie in früheren Jahren, zum Ausdruck zu bringen, daß wir diesem Regierungssystem keinen Mann und keinen Groschen bewilligen. Daß wir mit diesem Verhalten uns allein befinden, rückt in recht erfreulicher Weise

die Tatsache in das hellste Licht, daß die Sozialdemokratie die einzige Partei ist, die heutigen Tages in Deutschland ein Verfassungswesen erstrebt, das an Stelle des jetzt herrschenden bureaukratischen Regierungssystems mit parlamentarischem Aufputz einen wirklichen Parlamentarismus setzt, also einen Parlamentarismus mit dem leitenden Grundsatz:

Des Volkes Wille ist das höchste Gesetz.

Gesetzentwürfe.

Die Ueberwucherung der Budgetdebatte hat eine Eindämmung aller andern Aufgaben des Reichstages zur Folge gehabt. Auch von den Gesetzentwürfen der Regierung konnte nur ein kleiner Teil erledigt werden.

Gesetz betreffend die Kaufmannsgerichte.

Von den wichtigeren Gesetzen, die zur Verabschiedung gelangten, und zunächst das Gesetz über die Kaufmannsgerichte zu erwähnen. Die Forderung, den kaufmännischen Angestellten die Möglichkeit zu gewähren, ihre gewerblichen Streitigkeiten mit den Prinzipalen gewerbegerichtlich entscheiden zu lassen, ist eine alte sozialdemokratische Forderung. Bereits im Jahre 1890 bei Beratung des Gesetzes über die Gewerbegerichte wurde ein dahingehender Antrag von unsrer Partei gestellt. Erst sehr langsam hat sich bei andern Parteien die Ueberzeugung von der Notwendigkeit einer solchen Einrichtung Bahn gebrochen. Sie konnten sich schließlich nicht dem Druck entziehen, den das Verlangen aller Richtungen unter den Handlungsgehilfen auf sie ausübte. Schließlich hat denn auch die Regierung dem Drängen nachgegeben. Der Gesetzentwurf, den sie vorlegte, entsprach aber durchaus nicht den Wünschen, die wir im Einklang mit den Organisationen der Handelsangestellten an ein solches Gesetz gestellt haben. Wie einer unsrer Redner in der Generaldebatte hervorhob, merkte man deutlich, daß der scharfmacherische Einfluß des Bundes der Industriellen den Verfassern die Hand gelähmt hatte. Der Entwurf bestimmte in seinen wesentlichsten Punkten, daß kaufmännische Schiedsgerichte nach Maßgabe der Gewerbegerichte organisiert werden sollten. Im allgemeinen sollte deren Bildung fakultativ, nur Orte mit mehr als 50 000 Einwohnern dazu verpflichtet sein. Handlungsgehilfen mit mehr als 5000 Mark Gehalt sollten ausgeschlossen sein von der Benutzung des Gerichts. Von der Zuständigkeit ausgeschlossen wurden Streitigkeiten, die aus der sogenannten Konkurrenzklausel resultieren. Diese wichtige Bestimmung lautete wörtlich:

„Streitigkeiten über Ansprüche aus einer Vereinbarung, durch welche der Handlungsgehilfe oder Handlungslehrling für die Zeit nach Beendigung des Dienst- oder Lehrverhältnisses in seiner gewerblichen Tätigkeit beschränkt wird, gehören nicht zur Zuständigkeit der Kaufmannsgerichte."

Das Schiedsgericht soll zur Hälfte aus den Prinzipalen, zur Hälfte aus den Gehilfen gewählt werden. Der Vorsitzende wird vom Magistrat ernannt und muß richterliche Qualifikation haben. Wahlberechtigt zum Gericht ist nur, wer das 25. Lebensjahr überschritten hat, Frauen sind von der Teilnahme an der Wahl ausgeschlossen.

Gegen diese Fassung wurde unsrerseits im Plenum und in der Kommission entschieden Stellung genommen. Es wurde verlangt, daß die Gewerbegerichte allgemein obligatorisch sein sollten. Ferner sollte das Alter der Wahlberechtigung auf 21 Jahre herabgesetzt werden. Ganz unzulässig sei die Ausschließung der Frauen. Gibt es doch ca. 200 000 weibliche Handelsangestellte. Besonders ungerecht sei auch die Ausschließung der

Konkurrenzklausel, die ein Ausnahmegesetz gegen die Handelsangestellten darstelle. Ihre Beseitigung sei geboten, da für die Handelsangestellten durch die Konkurrenzklausel auch über die Zeit ihres Arbeitsvertrages hinaus ein Zustand sozialer Hörigkeit geschaffen werde. Sie bedeute die Ausbeutung der wirtschaftlichen Notlage des Schwachen durch die Starken. In der Kommission wurde auch seitens der Mehrheit unsren Ausstellungen insoweit Rechnung getragen, daß einige wichtige Verbesserungen durchgesetzt wurden. Das Wahlalter wurde auf 21 Jahre herabgesetzt. Frauen erhielten wenigstens das aktive Wahlrecht und die Konkurrenzklausel wurde der Kompetenz des Gerichts unterstellt, indem der entsprechende Paragraph ausdrücklich in die Kompetenz des Gerichts einschließt:

„die Ansprüche aus einer Vereinbarung, durch welche der Handlungsgehilfe oder Handlungslehrling für die Zeit nach Beendigung des Dienst- oder Lehrverhältnisses in seiner gewerblichen Tätigkeit beschränkt wird."

Ferner wurde bestimmt:

„Durch die Zuständigkeit eines Kaufmannsgerichts wird die Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte ausgeschlossen.

Vereinbarungen, durch welche der Entscheidung des Kaufmannsgerichts künftige Streitigkeiten, welche zu seiner Zuständigkeit gehören, entzogen werden, sind nichtig."

Ferner wurde unter unsrer Zustimmung für die Wahl der Beisitzer die Proportionalwahl obligatorisch eingeführt durch folgende Bestimmung:

„Die Wahl der Beisitzer ist unmittelbar und geheim; sie findet nach den Grundsätzen der Verhältniswahl statt derart, daß neben den Mehrheitsgruppen auch die Minderheitsgruppen entsprechend ihrer Zahl vertreten sind. Hierbei kann die Stimmabgabe auf Vorschlagslisten beschränkt werden, die bis zu einem im Statute festgesetzten Zeitpunkte vor der Wahl einzureichen sind. Die Wahl erfolgt auf mindestens ein Jahr und höchstens sechs Jahre. Eine Wiederwahl ist zulässig."

Wäre das Gesetz in dieser Fassung zur Annahme gelangt, so hätten wir trotz einiger Mängel ihm unsre Zustimmung erteilen können. Nun aber ereignete sich eine der gewöhnlichen Umfallskomödien. Die Regierung ließ ohne Angabe von Gründen erklären, daß ein Gesetz mit dem aktiven Wahlrecht der Frauen und mit der Herabsetzung der Altersgrenze für sie unannehmbar sei. Sofort erklärte sich das Zentrum zur Nachgiebigkeit bereit. In der zweiten Lesung sollte das Gesetz verschlechtert werden wider besseres Wissen der klerikalen Sozialreformer. Da aber die Sozialdemokratie sehr stark, die übrigen Parteien sehr schwach vertreten waren, gelang uns die Ablehnung der Zentrumsanträge mit Hilfe der Freisinnigen und Antisemiten. Zur dritten Lesung trommelten die Zentrumler ihre Mannschaften zusammen. Mit ihnen fielen auch die vorher für unsre Auffassung eintretenden Antisemiten um. So kam eine Mehrheit für die Verschlechterungsanträge zu stande. Für diesen Fall hatte die Fraktion die Ablehnung des ganzen Gesetzentwurfs beschlossen. Unser Votum wurde von unserm Redner in folgender Weise begründet: „Wir sind der Meinung, daß es ein Akt der größten Ungerechtigkeit und Rückständigkeit ist, daß den weiblichen Angestellten das aktive und passive Wahlrecht für die Beisitzerposten vorenthalten werden soll. Diese Ungerechtigkeit wirkt um so drastischer und abstoßender in einem Augenblick, wo auch, abgesehen von uns, die wir die Gleichberechtigung und damit das Wahlrecht der Frauen als einen unsrer Programmsätze von jeher fordern und dafür kämpfen — auch von den bürgerlichen Parteien den Bestrebungen auf Er-

ringung der politischen Rechte für die Frauen, soweit es sich nur um Worte handelt, volle Sympathie entgegengebracht wird.

Meine Herren, die Reden, die in diesem Hause über das Wahlrecht der Gehilfinnen von Vertretern aller Parteien gehalten worden sind, lassen es geradezu unglaublich erscheinen, daß dieselben Herren und dieselben Parteien, in deren Namen diese Reden gehalten worden sind, heute erklären, sie könnten sich jetzt nicht mehr für das aktive und passive Wahlrecht der Gehilfinnen aussprechen. Die andern Punkte, die uns die Zustimmung unmöglich machten, sind, daß der Kompromißantrag wiederum die Altersgrenze, die in der Kommission auf 21 für das aktive und 25 Jahre für das passive Wahlrecht festgesetzt war, auf 25 und 30 Jahre erhöhen will. Es ist doch absolut durch nichts zu rechtfertigen, daß man jungen Leuten von 21 Jahren, die militärpflichtig, die vermögensmündig sind, die ihr Vermögen verwalten, die wichtigsten Verträge abschließen, einen Hausstand gründen können, das Recht vorenthalten will, an Wahlen teilzunehmen, zu denen Richter gewählt werden, die in ihren Berufsangelegenheiten entscheiden sollen. In Deutschland wird man mit 18 Jahren regierungsmündig, junge Herren von 18 Jahren sind eventuell berufen, über ganze Völker zu regieren. Da werde man die jungen Kaufleute und überhaupt die jungen Leute mit 21 Jahren wohl auch für reif genug erachten, da mit zu raten, wo sie durch Zahlung von Steuern mit zu taten sehr reichlich verpflichtet sind." Der Redner schloß mit der Erklärung, daß es dem fortgesetzten Drängen des Reichstages und dem elementaren Ansturm aus den Kreisen der Gehilfen gelingen müsse, die Regierung sehr bald eines besseren zu belehren und daß dann eine Reform des Gesetzes zustande kommt, worauf wir dauernd hinarbeiten werden. „Um uns diese Möglichkeit zu erhalten, stimmen wir gegen das Gesetz, welches durch die Annahme der Kompromißanträge so verschlechtert wird, daß es unbrauchbar, ungerecht und rückständig selbst die elementarsten Forderungen der Kaufmannsgehilfen unerfüllt läßt."

Ein Gesetz, betreffend die

Entschädigung für unschuldig erlittene Untersuchungshaft

war gleichfalls von sozialdemokratischer Seite schon lange gefordert worden, zuerst durch Frohme im Jahre 1883 gleichzeitig mit der Entschädigung unschuldig Verurteilter. Wie letztere Forderung schließlich, wenn auch bisher in ungenügender Form, realisiert wurde, ging die Regierung endlich mit Zagen und Zögern auch an diese Reform. Der Grundsatz, von dem wir bei dieser Forderung ausgegangen waren, ist der, daß der Staat, wenn durch absichtliches oder irrtümliches Verschulden seiner Organe jemanden ein Schaden zugefügt ist, genau so zum Schadenersatz verpflichtet sein soll, wie ein Unternehmer ersatzpflichtig ist für die Schäden, die aus seinem Betriebe entstehen. Unschuldige Haft ist aber ein schwerer Betriebsschaden, den bisher der Staatsbürger ohne Entschädigung über sich ergehen lassen mußte. Der Regierungsentwurf blieb nun weit hinter dieser Anforderung zurück. Der entscheidende § 1 der Vorlage lautete:

Personen, die im Strafverfahren freigesprochen oder durch Beschluß des Gerichts außer Verfolgung gesetzt sind, können für erlittene Untersuchungshaft Entschädigung aus der Staatskasse verlangen, wenn das Verfahren ihre Unschuld ergeben oder dargetan hat, daß gegen sie ein begründeter Verdacht nicht vorliegt.

Außer dem Verhafteten haben diejenigen, denen gegenüber er kraft Gesetzes unterhaltungspflichtig war, Anspruch auf Entschädigung.

In der Generaldebatte wurde von unsern Rednern dargelegt, daß dadurch zwei Sorten von Freigesprochenen geschaffen würde, die völlig makellosen und

die mit einem Verdacht behafteten, was der grundlegenden Rechtsauffassung widerspricht, daß jeder als völlig unschuldig von Rechtswegen zu gelten hat, bis seine Schuld rechtskräftig erwiesen ist. In der Kommission wurde unsrerseits versucht, diese Bestimmung durch folgende Formulierung zu ersetzen:

„Personen, gegen welche Untersuchungshaft verhängt war oder die sistiert, vorläufig festgenommen oder vorgeführt worden sind, können Entschädigung beanspruchen, wenn sie rechtskräftig freigesprochen oder außer Verfolgung gesetzt sind."

Hierdurch wäre nicht nur die ungeheuerliche Schöpfung einer Klasse „verdächtiger" Freigesprochener beseitigt worden, es wäre auch das Gesetz ausgedehnt worden auf fälschlich Sistierte, wodurch vielfach polizeilichen Mißgriffen vorgebeugt worden wäre. Wie notwendig das ist, charakterisierte einer unsrer Redner mit den Worten: „Es wird bei uns so aufs Geradewohl hin so unglaublich leichtfertig darauf los verhaftet, daß es damit anders werden muß." Der Kommission, in der grundsätzlich unsre Bedenken vielfach geteilt wurden, beliebte es aber nicht, von der Regierungsfassung abzugehen.

Nicht minder verbesserungsbedürftig war der § 2, der festsetzt, welche Personen noch aus irgend welchen Gründen von der laut § 1 erteilten Berechtigung ausgeschlossen sein sollten. Ausgeschlossen soll der Anspruch sein, „wenn der Verhaftete die Untersuchungshaft vorsätzlich herbeigeführt oder durch grobe Fahrlässigkeit verschuldet hat."

„Der Anspruch kann ausgeschlossen werden, wenn das zur Untersuchung gezogene Verhalten des Verhafteten gegen die guten Sitten verstoßen hat.

„Der Anspruch kann auch dann ausgeschlossen werden, wenn der Verhaftete entweder wegen Vergehens oder wiederholt wegen Vergehens oder Uebertretung des § 361 Nr. 3 bis 8 des Strafgesetzbuchs zu Freiheitsstrafe verurteilt worden ist und seit der Verbüßung der letzten Strafe bis zur Verhaftung fünf Jahre noch nicht verflossen sind."

Diese Kautschukbestimmungen ermöglichen es, daß gerade mißliebigen Personen die Vergünstigungen des Gesetzes entzogen werden können. Grobe Fahrlässigkeit ist ein höchst vieldeutiger Begriff. „Gegen die guten Sitten" verstößt es nach Anschauung zahlreicher Richter heute schon, wenn jemand durch einen Streik sich eine Lohnaufbesserung zu sichern sucht. Der letzte Absatz gar macht schon jemand der Entschädigung unwürdig, der nur ein paar Mal wegen Beleidigung bestraft worden ist, was für Sozialdemokraten nette Aussichten eröffnet. Auch hier wurde unsererseits in der Kommission eine Besserung des Paragraphen versucht. Die „grobe Fahrlässigkeit" sollte überhaupt als Hinderungsgrund ausgemerzt und die anderen beiden Absätze durch folgende Bestimmung ersetzt werden:

„Der Anspruch auf Entschädigung ist ausgeschlossen, wenn der Angeschuldigte es unternommen hatte, jemand zu einer falschen Aussage oder dazu zu verleiten, sich der Zeugnispflicht zu entziehen oder wenn der Angeschuldigte durch ein unwahres, gerichtliches oder außergerichtliches Geständnis der Tat oder durch eine falsche Selbstanzeige oder sonst absichtlich die Einleitung oder Fortsetzung des Strafverfahrens veranlaßt hat."

Hierbei kam die Kommission wenigstens soweit unserer Kritik entgegen, daß sie die fragwürdigen Bestimmungen der Regierungsvorlage durch folgende Fassung ersetzte:

„Der Anspruch auf Entschädigung ist ausgeschlossen, wenn der Verhaftete die Untersuchungshaft vorsätzlich herbeigeführt oder durch grobe Fahrlässigkeit verschuldet hat: Die Versäumung der Einlegung eines Rechtsmittels ist nicht als eine Fahrlässigkeit zu erachten."

„Der Anspruch kann ausgeschlossen werden, wenn die zur Untersuchung gezogene Tat des Verhafteten eine grobe Unredlichkeit oder Unsittlichkeit in sich geschlossen hat oder in einem die freie Willensbestimmung ausschließenden Trunkenheitszustande begangen worden ist oder wenn aus den Tatumständen erhellt, daß der Verhaftete die Verübung eines Verbrechens oder Vergehens vorbereitet hatte."

„Der Anspruch kann auch dann ausgeschlossen werden, wenn der Verhaftete zur Zeit der Verhaftung sich nicht im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befand oder unter Polizeiaufsicht stand oder wenn gegen den Verhafteten auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuches innerhalb der letzten zwei Jahre auf Ueberweisung an die Landespolizeibehörde rechtskräftig erkannt worden ist. Das Gleiche gilt, wenn der Verhaftete mit Zuchthaus bestraft worden ist und seit der Verbüßung der Strafe drei Jahre noch nicht verflossen sind."

Auch gegen diese Bestimmungen erhoben wir Einspruch, besonders gegen die Doppelbestrafung, die die letzten beiden Absätze involviere; doch waren sie immerhin besser als die Bestimmungen des Nieberdingschen Entwurfes. Eine Verbesserung ist auch im § 3 die Erweiterung der entschädigungsberechtigten Untersuchungshaft auf die voraufgegangene vorläufige Festnahme.

So kam der Gesetzentwurf vor das Plenum, wo er in zweiter und dritter Lesung mit unwesentlichen Aenderungen Annahme fand. Die Fraktion beschloß auch hier die Vorlage abzulehnen. Hätte es sich bloß darum gehandelt, daß der Kreis der Entschädigungsberechtigten in dem Gesetz enger gezogen wurde, als wir es wünschten, so hätten wir trotzdem für das Gesetz stimmen können. Ausschlaggebend für unsere Stellungnahme gegen das Gesetz war aber die Schöpfung einer neuen Klasse Halbfreigesprochener oder Halbverurteilter. Es ist das ein Rückfall in die prinzipiell, wenn auch nicht praktisch überwundene Beamtenjustiz, der jeder Untertan zunächst als ein Verbrecher gilt, bis er seine Unschuld beweist. Die Sozialdemokratie muß entschieden ablehnen, irgendwie Teil zu haben an dem Rückfall in eine solche Barbarei.

Ein Gesetz zur Bekämpfung der Reblaus

war infolge der Gefährdung unseres Weinbaus durch dieses schädliche Insekt notwendig geworden. Die Vorlage der Regierung schreibt vor, daß die Rebpflanzungen einer amtlichen Besichtigung unterworfen sein sollen. Die Beaufsichtigung soll Reichssache sein. Die näheren Bestimmungen darüber sind vom Bundesrat zu erlassen. Die zuständigen Behörden können die Vernichtung ganzer Anpflanzungen oder ihrer Teile anordnen. Soweit herrschte Uebereinstimmung über die Grundsätze des Gesetze. Meinungsverschiedenheiten entstanden betreffs der Entschädigungsfrage und der Kostenfrage. Die Entschädigung soll voll gewährt werden. Die Kommission wollte die Kosten des Verfahrens den Einzelstaaten aufbürden, da unter Führung des Zentrums sich die Mehrheit aus Rücksicht auf die Bauern auf den Standpunkt stellte, die Vernichtung einer Rebpflanzung als gleichwertig mit einer Enteignung anzusehen. Unsererseits wurde demgegenüber geltend gemacht, daß die Vernichtung der Rebpflanzung nicht immer auf die Nutzlosmachung des ganzen Grund und Bodens hinauslaufe. Das Gesetz sei nach Maßgabe eines Seuchengesetzes zu behandeln. Es solle ein Gesetz zum Schutze des deutschen Weinbaues sein. Es müsse darauf hingearbeitet werden, daß die Besitzer selbst, bei denen es sich auch um sehr reiche Leute, nicht nur um Kleinbauern handelt, für die Bekämpfung interessiert und daher zu den Kosten herangezogen werden. Wir wünschen deshalb, daß Interessentenverbände geschaffen werden, die der Staat unterstützt mit Beiträgen, innerhalb deren aber die großen Besitzer schärfer zu den

Kosten herangezogen werden als die kleinen. Diesem Gedankengange wurde unsererseits in folgendem Antrag zur Umgestaltung des § 6 in dritter Lesung Ausdruck gegeben:

Derjenige, dessen Rebpflanzungen von den in den §§ 1 und 2 bezeichneten Maßregeln betroffen werden, ist befugt, den Ersatz des Wertes der vernichteten und des Minderwertes der bei der Untersuchung beschädigten gesunden Reben zu verlangen.

Wird eine Rebpflanzung vernichtet, welche weder verseucht noch der Verseuchung verdächtig ist, so erstreckt sich der Ersatzanspruch auf den vollen Betrag des Schadens.

Die Bestimmungen darüber,

1. nach welchen Grundsätzen die Entschädigung zu ermitteln und festzustellen ist,
2. von wem die Entschädigung zu gewähren und wie sie aufzubringen ist,

sind von den Bundesstaaten zu treffen. Werden Interessentenverbände zur Aufbringung der Entschädigungen oder eines Teiles derselben gebildet, so sind die Beitragssätze progressiv nach dem Ertragswert des dem Weinbau dienenden Besitzes zu gestalten.

Ueber unseren Vorschlag kam es zu erregten Auseinandersetzungen, da das Zentrum versuchte, in demagogischer Weise unsere Stellungnahme für bauernfeindlich zu erklären. Nachdem unser Antrag abgelehnt war, wurde dann die Kommissionsfassung des § 6 angenommen:

Derjenige, dessen Rebpflanzungen von den in den §§ 1 und 2 bezeichneten Maßregeln betroffen werden, ist befugt, aus der Kasse des Bundesstaates, zu dessen Gebiet das betreffende Grundstück gehört, den Ersatz des Wertes der vernichteten und des Minderwertes der bei der Untersuchung beschädigten gesunden Reben zu verlangen.

Wird eine Rebpflanzung vernichtet, welche weder verseucht noch der Verseuchung verdächtig ist, so erstreckt sich der Ersatzanspruch auf den vollen Betrag des Schadens.

Die Bestimmungen darüber, nach welchen Grundsätzen die Entschädigung zu ermitteln und festzustellen ist, sind von den Bundesstaaten zu treffen.

In diesem Falle haben wir trotz der Meinungsverschiedenheit über die Kostenaufbringung wegen der allgemeinen Notwendigkeit des Gesetzes in der Schlußabstimmung dafür gestimmt, so daß das Gesetz einstimmig angenommen wurde.

Ein **Servisgesetz**, das die den Beamten zu zahlenden Servizzulagen regeln soll und zu dem hunderte von Petitionen eingegangen waren, wurde provisorisch bis zum 1. April 1906 in Kraft gesetzt. Dann soll eine gründliche Neuregelung erfolgen.

Ein **Gesetz zur Abänderung der Seemannsordnung und des Handelsgesetzbuches** war notwendig geworden, da sich jetzt schon die Verbesserungsbedürftigkeit der 1902 angenommenen Seemannsordnung herausgestellt hatte. Nachdem durch das Gesetz von 1903 die Krankenfürsorge für die der Krankenversicherung unterliegenden Personen allgemein auf 26 Wochen ausgedehnt war, mußte diese Ausdehnung der Krankenfürsorge notwendigerweise auch den Seeleuten zuteil werden. Bisher war die Fürsorgedauer für Seeleute bei Erkrankungen im Auslande zwar auch auf 6 Monate bemessen, im Inlande aber nur auf 3 Monate. Wir konnten mit der vorgeschlagenen Verbesserung zwar durchaus einverstanden sein, da sie unseren früheren vergeblich geltend gemachten Forderungen entsprach, haben aber noch einige weitere Verbesserungen durchzusetzen gesucht, so die Zusicherung, daß der Seemann auch noch 3 Wochen nach der Abmusterung Anspruch auf Krankenentschädigung an den Rheder haben soll. Das Plenum

lehnte jedoch diesen Antrag ab. Wir haben dann natürlich dennoch für das Gesetz in der Schlußabstimmung gestimmt.

Eine von uns eingebrachte Resolution, wonach den Seeleuten eine Krankenversicherung mit voller Selbstverwaltung nach Maßgabe der Krankenversicherung gewerblicher Arbeiter durch Gesetz beschafft werden soll, wurde von der Mehrheit abgelehnt.

Eine **Aenderung des Münzgesetzes**, in der neue Mischungsverhältnisse für die Legierung der Silbermünzen vorgesehen war, gelangte zwar im Hause zur Annahme; da aber das Haus aus praktischen Gründen sich entgegen der Regierung für die Beibehaltung der Dreimarkstücke entschied, wofür auch wir stimmten, will die Regierung wegen der Durchberatung des Originalsystems das Gesetz in der angenommenen Fassung nicht sanktionieren.

Ein Gesetz betreffs der rechtlichen Gleichstellung des **Holsteinschen Herzogshauses** mit den souveränen Häusern in gewissen Vorrechten wurde von uns wie jede Gewährung von Sonderrechten an einzelne Personen oder ganze Familien abgelehnt, von den übrigen Parteien aber angenommen.

Ein Gesetzentwurf betreffs **die Handelsbeziehungen zum britischen Reich** sollte den Bundesrat ermächtigen, den Angehörigen des britischen Reiches die Vorteile der Meistbegünstigung „bis auf weiteres" einräumen. Die Agrarier setzten aus Abneigung gegen die Erleichterung der Handelsbeziehungen mit dem Ausland durch, daß die Worte „bis auf weiteres" ersetzt wurden durch die Fassung: „bis zum 31. Dezember 1905". Von unserer Seite wurde diese Limitierung bekämpft. Dem Gesetze stimmten wir jedoch zu.

Die Afrikabahnen.

Gleich zwei Gesetze zum Bau von Bahnen in Afrika hat der Reichstag zur höheren Ehre des Kolonialwesens zu stande gebracht, trotzdem er sich in früheren Sessionen gegen eine solche Zumutung energisch sträubte. Im westafrikanischen **Togo-Gebiet** wurde der Bau einer **Bahn von Lome nach Palime** gefordert. Es ist das eine Bahn von der Küste ins Innere von 122 Kilometer Länge. Auf eine Rentabilität in der Gegenwart rechnet keiner ihrer Befürworter. Sie erhoffen nur die Rentabilität von einer späteren Zukunft, wenn die Verkehrserleichterung den Baumwollenbau und die Palmöl-Gewinnung in Aufschwung gebracht haben würde. Eine ganze Reihe von Handelskammern haben sich für die Bahn warm ins Zeug gelegt, weil sie den Textilfabrikanten nützlich sein würde. Merkwürdigerweise denken aber alle die sehr zahlungsfähigen Mitglieder dieser Körperschaften nicht daran, dies doch angeblich so lukrative, wenn auch erst später lukrative Unternehmen selbst in die Hand zu nehmen. Sie sind indes sehr freigebig zu Gunsten der Entwicklung Afrikas auf Kosten der — deutschen Steuerzahler. Das Reich soll die Bahn bauen nach Wunsch der Interessenten. Die Reichsregierung ist auch durch die Vorlage diesem Wunsch nachgekommen. Nach Vorschlag der Regierung sollte eine 3½prozentige Anleihe in Höhe von 8 Millionen Mark zum Besten des Schutzgebiets Togo aufgenommen werden. In Wirklichkeit wäre bei einer solchen Anleihe, da dies Schutzgebiet keine selbständige wirtschaftliche Existenz hat, sondern eine Filiale des Deutschen Reiches ist, das Risiko nur auf einem etwas kostspieligen Umwege dem Reich zur Last gefallen.

Für unsere Partei ergab sich von vornherein die strikte Ablehnung dieses Gesetzentwurfes. Wir halten die geforderten Gelder für Kulturaufgaben in Deutschland selbst viel dringender nötig. Wollen die reichen Interessenten, die großen Spinner, Weber und Kaufleute eine Bahn in Afrika, so sollen sie selber den Bau auf ihre Kosten übernehmen. Dieser Auffassung gemäß haben wir im

Plenum und in der Kommission von Anfang an Stellung zu der Forderung genommen.

Nun kam aber noch ein besonderer Umstand zu Tage. Die Bahnstraße durchläuft im oberen Teil ein von der deutschen Togo-Gesellschaft erworbenes Terrain. Die Interessenten dieser Gesellschaft gehören zu den eifrigsten Befürwortern der Bahn, da ihre Ländereien natürlich enorm an Wert gewinnen müssen durch die Bahn. Durch eine Veröffentlichung in der Zeitschrift „Die deutschen Kolonien" war es herausgekommen, daß die Gründer dieses Unternehmens sich ihren kolossalen Landbesitz für ein Spottgeld erworben haben. Die Togo-Gesellschaft hat zwei Landkomplexe von je 50 000 und 45 000 Hektaren. Der letztere am Aguberge, der hier in Betracht kommt, ist nun für insgesamt 2795 Mark erworben worden. Durchschnittlich war also 6 Pfennig für den Hektar gezahlt. Es waren einige Häuptlinge zusammengetrommelt, man hatte sie durch Backschich geflügig gemacht, und dann war der Kontrakt von ihnen unterzeichnet, d. h. unterkreuzt worden. Aus den Kontrakten selbst ging hervor, daß die Togo-Neger kein Privatgrundbesitz kennen. Das Land ist Stammeseigentum; der Einzelne erhält ein Stück Land auf 3 Jahre zur Nutznießung, pflanzt er Palmen darauf, so bleibt ihm die Nutznießung der Bäume dauernd. Jagd und Fischerei ist gemeinsam, ebenso die Holznutzung. Leute, die unter solchen Verhältnissen leben, können ja die Bedeutung des Kaufkontrakts, zu dem die Häuptlinge verleitet sind, gar nicht begreifen. Das Geschäft kommt deshalb auf eine Uebervorteilung der Neger durch Ausnützung ihrer Unwissenheit heraus. Diese Tatsachen veranlaßten uns, einen Versuch zu machen, den Negern zu ihrem Recht zu verhelfen. Wir beantragten im Anschluß an die Beratung des Gesetzentwurfs folgende Resolution:

Der Reichstag wolle beschließen:

In Erwägung, daß im Togo-Gebiet der Verkauf von Land, das sich im Besitz der Eingeborenenstämme befindet, dem Gewohnheitsrecht der Eingeborenen widerspricht,

in Erwägung ferner, daß der für die Ländereien der Togo-Landgesellschaft den Häuptlingen gezahlte Kaufpreis nicht entfernt als Aequivalent für den Wert der Ländereien angesehen werden kann,

in Erwägung schließlich, daß die Durchführung der Kaufverträge zahlreichen Eingeborenen die Existenz untergraben und daher die Gefahr von Aufständen heraufbeschwören muß,

den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, er wolle die Annullierung der dem Landerwerb der Togo-Landgesellschft zu Grunde liegenden Kaufverträge und die Zurückführung des Landes in den Stammesbesitz der Eingeborenen in die Wege zu leiten.

In der Debatte wurde unsererseits auf die Gefahr hingewiesen, daß die Uebervorteilung der Eingeborenen im Togolande ebenso wie in Südwestafrika einen Verzweiflungsausbruch herbeiführen könne. Trotzdem die bürgerlichen Parteien sich der Einsicht nicht verschließen konnten, daß den Negern Unrecht durch die Landspekulanten zugefügt sei, war ihr Respekt vor dem Kapitalismus doch zu groß, als daß sie sich hätten dazu entschließen können, seine Praktiken ernstlich zu durchkreuzen. Sie lehnten einmütig unsere Resolution ab, sprachen dabei allerdings den Wunsch aus, daß künftig die Rechte der Eingeborenen mehr geschont werden möchten, was aber die Folgen des begangenen Unrechts nicht abwenden kann. In das Gesetz wurde ferner ein Passus eingefügt, daß die Landgesellschaften zu den Kosten herangezogen werden sollten. Seitens der Kolonialverwaltung wurde auf unsere Vorstellungen hin wenigstens in Aussicht gestellt, daß die Angelegenheit an Ort und Stelle noch näher untersucht werden sollte, wobei der Kolonialdirektor durchblicken ließ, daß er mit der Sanktionierung

des kritisierten Kaufvertrages durch seinen Amtsvorgänger nicht einverstanden sei. Das Gesetz wurde dann mit der Modifikation angenommen, daß die Anleihe nicht zu Lasten der Kolonie Togo direkt auf den Markt gebracht werden sollte, sondern der Kolonie vom Reich zu gewähren sei. Das Reich hat seinerseits dann das Geld auf dem Wege der Anleihe zu beschaffen. Wir stimmten gegen das Gesetz.

Ebenso ablehnend verhielten wir uns gegen die ostafrikanische Bahn von Dar-es-salaam nach Mrogoro. Diese Bahn bietet noch weniger Aussicht auf Rentabilität als die Togo-Bahn, da die Bevölkerung des Landes weit spärlicher, der Boden unfruchtbarer ist. Auch hier leisteten die Baumwollinteressenten Vorspann mit Eingaben an den Reichstag. Für die Finanzierung war ein anderer Modus vorgeschlagen als für die Togo-Bahn. Eine zu gründende ostafrikanische Eisenbahngesellschaft sollte den Bau mit einem Kapital bis zu 18 750 000 Mk. übernehmen unter der Bedingung einer vom Reich zu gewährenden Zinsgarantie von 3 Proz. vom Tage der Einzahlung an. Außerdem waren der Gesellschaft Ländereien entlang der Bahnlinie gratis zugesichert, so daß offenbar ohne Risiko gute Profite in Aussicht gestellt waren. Auch dieses Verfahren, das auf eine Begünstigung von Landspekulation herauskommt, wurde von unserer Seite scharf gerügt. Die anderen Parteien gingen aber in ihrem Bewilligungseifer noch zur Vergrößerung des Projektes über. Die Regierung hatte eine Spurweite von 75 Zentimeter geplant. Die Mehrheit setzte eine Meterspurweite ein wie bei der Togo-Bahn, weil das rationeller sei und erhöhte demgemäß das unter Zinsgarantie gestellte Kapital auf 21 Millionen Mark. In dieser Form fand der Gesetzentwurf gegen unsere Stimmen und die der Volkspartei Annahme. Somit haben die deutschen Steuerzahler das Vergnügen, alljährlich einige Hunderttausend Mark für das Betriebsmanko afrikanischer Bahnen aufzubringen, während daheim die Reichsregierung so wie so schon mit einem chronischen Defizit arbeitet.

Bei dieser Gelegenheit bewies auch der sattsam bekannte Graf Arnim wieder einmal, daß er ein Gemütsmensch von blaublütigster Feinheit des Empfindens ist. Auf unsere wiederholten Hinweise auf die Gefahren für Deutschland, wenn die Eingeborenen zu einem Verzweiflungskampf getrieben würden, der, wie in Südwestafrika, schwere Opfer an Menschenleben verursachen müsse, erwiderte er, das seien doch nur Nasenstüber, aus denen ein wahrer Patriot sich nichts machen dürfe. Woraus denn hervorgeht, daß bei dieser Sorte von Patrioten die Menschlichkeit völlig in die Brüche geht.

Initiativanträge

der Parteien sind überhaupt nicht zur Erörterung gekommen. Unsererseits waren deren 15 eingebracht. Die sozialpolitischen Gesetzentwürfe sind, da ihnen parallel eine Anzahl entsprechender Gesetzentwürfe eingebracht wurden, beim Etat des Reichsamt des Innern erwähnt worden. Sie beruhen auf Beschlüssen der Parteitage. Leider hat die Praxis der Regierung die Einbringung des Budgets es unmöglich gemacht, daß unsere Anträge bisher irgendwie zur Verhandlung kommen konnten. Außer den sozialpolitischen Anträgen haben wir die folgenden eingebracht:

Einen Antrag auf Wiederherstellung des durch den Antrag Gröber zerstörten § 14 der Geschäftsordnung, durch dessen Annahme der diskretionären Gewalt des Präsidenten über die Geschäftsordnung ein Ende gemacht werden würde; ein Antrag auf Beseitigung des Majestätsbeleidigungs-Paragraphen; ein Gesetzentwurf zur völligen Sicherung des Vereins-, Versammlungs- und Koalitionsrechts; ein Gesetzentwurf betreffs die Verantwortlichkeit des

Reichskanzlers, die bekanntlich jetzt nur auf dem Papier steht; ein Gesetzentwurf zur Sicherung der Immunität des Reichstagsabgeordneten gegen Inhaftbehaltung während der Sitzungsperiode; ein Gesetzentwurf zur Reform des Preßgesetzes, wodurch die Klageanstrengung gegen eine Zeitung auf den verantwortlichen Redakteur beschränkt und eine sechsmonatige Verjährungsfrist für Beleidigungen festgesetzt wird; endlich ein Gesetzentwurf betreffs Einführung einer wirklichen Volksvertretung in Elsaß-Lothringen.

Die vom Parteitag zu Dresden der Fraktion überwiesenen Anträge 70, 71, 82, 83, 85 sind bei der Erörterung unserer Initiativanträge berücksichtigt worden. Anderen Anregungen ist im Laufe der Diskussion Genüge getan.

Interpellationen.

Einen großen Einfluß auf die Verhandlungen des Reichstags hat die von unserer Partei eingereichte Interpellation betreffs der **russischen Polizeiwirtschaft in Deutschland** ausgeübt. Sie lautet:

„Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß die Russische Regierung im Deutschen Reichsgebiet Polizeiagenten zur Ueberwachung russischer und deutscher Staatsangehöriger unterhält; daß zu diesem Zweck russische Polizeiagenten Verbrechen verübt und auch versucht haben, andere Personen zu Verbrechen zu bestimmen? Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um diesen Zustand zu beseitigen?

Der Herr Reichskanzler wird ferner um Auskunft über folgende Fragen ersucht: Wie kommt es, daß in Königsberg gegen Reichsangehörige wegen angeblicher Beihilfe zum Hochverrat gegen das russische Reich und zur Beleidigung des russischen Kaisers ein Verfahren eingeleitet worden ist, bevor der die Strafbarkeit bedingende Strafantrag der russischen Regierung vorlag? Auf wessen Veranlassung und auf welchem Wege ist die russische Regierung zur Stellung des Strafantrages veranlaßt worden?"

Die Interpellation kam am 19. Januar zur Beantwortung und Erörterung. Unsere Partei und die Oeffentlichkeit erfuhren da zunächst aus dem Munde des Ministers des Auswärtigen, daß unsere schlimmsten Befürchtungen noch übertroffen wurden. Die Regierung duldete die russische Spitzelwirtschaft in Deutschland unter Leitung eines als Oberspitzel in Berlin etablierten Exzellenz. Sie gab zu, die russische Regierung zur Stellung des Strafantrages gegen deutsche Reichsangehörige auf diplomatischem Wege veranlaßt zu haben. Im Laufe der Erörterung der Interpellation und in den sich daran schließenden Debatten im Verlaufe der Budgetberatung traten nach einander noch der Reichskanzler, der preußische Minister des Innern und der preußische Justizminister auf, um mit Begeisterung Zeugnis abzulegen, wie die preußisch-deutsche Staatsmannskunst in den Schlamm des Zarendienstes hineingeraten ist. In dem hier zur Verfügung stehenden Raume kann ja nicht entfernt diesen wichtigen Erörterungen, den Eingeständnissen der Minister und den scharfen Gegenreden unserer Vertreter in der Debatte Genüge geschehen. Die Sache hat ja auch ihre Höhe erst erreicht in dem Königsberger Prozeß und zum Abschluß ist sie auch jetzt noch nicht gekommen. Es erscheint nur angebracht, hier die Tatsachen hervorzuheben, die geeignet sind, ein blendendes Licht auf die Regierungspolitik zu werfen. Als unsererseits die Schalen der Entrüstung ausgegossen wurden über die Auslieferung russischer politischer Flüchtlinge an die Organe zarischer Willkürherrschaft, berief sich Graf Bülow durch Verlesung einer Anzahl von Aktenstücken aus Bismarckischer Zeit darauf, daß schon dieser „Heros aller Deutschen" russische und polnische Flüchtlinge, er nannte Leon Deutsch und Mendelssohn, ausgeliefert

habe ohne rechtlichen Grund, um sich durch solche Gefälligkeiten das Wohlwollen des Zaren und damit irgend welche politische Vorteile zu sichern. Graf Bülow hat damit die ganze skrupellose Niedrigkeit der Seele seines Amtsvorgängers entlarvt. Er hat aber auch gleichzeitig durchblicken lassen, welche Methoden er selber anwendet, um im Wettkriechen vor dem Zaren die Konkurrenten aus dem Felde zu schlagen. Jene diplomatische Enthüllung wird erst völlig verständlich im Rahmen der gesamten politischen Ereignisse der Gegenwart. Herr Graf v. Bülow, der „moderne Mensch" mit den gefälligen Formen, tat dann noch ein Uebriges, indem er die protestierenden russischen Studenten als „Schnorrer und Verschwörer" beschimpfte, während Herr v. Richthofen es mit seiner Kavalierehre vereinbar hielt, die weibliche Ehre der russischen Studentinnen zu verdächtigen. Herr v. Schönstedt dokumentierte die Geistes- und Strebensgemeinschaft der deutschen mit den russischen Machthabern, indem er auf die Kämpfe gegen den grauenhaften Regierungsterrorismus in Rußland das Wort anwendete: tua res agitur, d. h. um die deutsche Regierungssache handelt es sich auch bei der russischen Regierungssache. Von unserer Seite wurde in gründlichster Weise das Verhalten der deutschen Regierung wie das ihrer russischen Freunde gegeißelt und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß es bald dem russischen Volke gelingen möge, sich von dem Druck, unter dem es seufzt, zu befreien. Selten tritt es so deutlich zu Tage wie bei dieser Gelegenheit, daß die Sozialdemokratie überall in der Welt als Vorhut der Menschheitsentwicklung kämpft. Seitens der bürgerlichen Parteien, mit Ausnahme natürlich der knutenbegeisterten Konservativen, wurde zwar der Mißstimmung über mancherlei entlarvte Russendienste deutscher Staatsmänner Ausdruck gegeben. Sie ließen uns aber im Stich, als wir sie auf die Probe stellten durch Einbringung einer Resolution, der Reichskanzler möge baldigst „einen Gesetzentwurf zur einheitlichen Gestaltung des Fremdenrechts in Deutschland vorlegen, durch den insbesondere eine Zulassung von ausländischen Polizeiagenten im Deutschen Reich verboten wird." Nur vereinzelte Liberale stimmten mit uns für die Resolution.

Glücklicherweise hat unsere Partei dafür gesorgt, den Russenprozeß vor das Forum der Weltgeschichte zu bringen. Das Urteil wird nicht nur den Zaren und die Zarenschergen treffen, sondern auch deren Handlanger in Deutschland.

Die Verheerungen, die durch die **Wurmkrankheit unter den Bergleuten**, besonders des Ruhrgebiets, angerichtet waren, veranlaßte die Fraktion zu der Interpellation:

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um die unter den Bergleuten stark grassierende und bereits in das Heer eingedrungene Wurmkrankheit wirksamer zu bekämpfen?

Von unseren Rednern wurde gerügt, daß ernstliche, hinreichend umfassende Abwehrmaßregeln bisher nicht ergriffen worden waren, so daß die Krankheit sich immer mehr ausbreite. Es sei auch notwendig, daß die von der Wurmkrankheit Befallenen die Kosten zur Bekämpfung des lästigen Parasiten abgenommen würden. Offiziöse Beschwichtigungsversuche der Bergwerksbesitzer suchten das Publikum über die Ausdehnung der Krankheit irre zu führen. Es komme darauf an, die Eier und Larven bereits in der Grube zu vernichten. Das Reich müsse die Sache in die Hand nehmen. Seitens des Regierungsvertreters Grafen Posadowsky wurde behauptet, daß die Regierungen alles tun, was unter den gegenwärtigen Umständen möglich sei; das Reich brauche nicht einzugreifen. Herr Möller nahm besonders die Zechenverwaltungen in Schutz. Alles in allem seien die Resultate der Seuchenbekämpfung innerhalb der Zeit von 7—8 Monaten recht erfreulich. Von unserer Seite wurde dem erwidert, daß die Behörden häufig kein rechtes Verständnis für die Wichtigkeit der Sache hätten. Wiederholt seien Bergarbeiter, die sich die

Aufklärung ihrer Kameraden über die Gefahr hätten angelegen sein lassen, deshalb als „Hetzer" verdächtigt worden. Die Grubenverwaltungen nehmen häufig die Arbeiter, die durch eine Wurmkur geschwächt sind, nicht wieder zur Arbeit an. Sie seien aber für die Krankheiten, die durch den Grubenbetrieb herbeigeführt werden, direkt schadenersatzpflichtig. Vor allen Dingen müsse überall frisches Trinkwasser in die Grube geschafft werden, damit die Arbeiter nicht genötigt sind, das verseuchte Grubenwasser zu trinken. Die lange Arbeitszeit mergle überdem die Bergleute so aus, daß sie durch jeden Krankheitsanfall über den Haufen geworfen werden. Heute schon habe man in den bergmännischen Krankenkassen eine Krankenziffer von 50 bis 60 Prozent, während sie in anderen Kassen nur 35 Prozent betrage. Man solle die Grubenkontrolle Arbeitern übertragen. Unter den Bergarbeitern sei die Erregung über die Lässigkeit in der Seuchenbekämpfung so gestiegen, daß sie nur mit Mühe von einem Streik zurückgehalten werden könnten. Die Regierung solle sich ihrer Verantwortung bewußt sein. Herr Möller blieb dabei, daß die Befürchtungen übertrieben seien. Die Wurmkrankheit sei in ihren schwersten Folgen gebrochen. Offenbar hat indes die Interpellation wenigstens den Nutzen gehabt, die Regierung an ihre Pflicht gegenüber den Arbeitern zu mahnen. Regen sich die Arbeiter in eigener Sache, so ist das der beste Antrieb für die Regierungen zur Erfüllung ihrer sozialen Aufgaben.

Gleichfalls auf Bergwerksfragen bezog sich eine andere unserer Interpellationen wegen des **Zechenlegens durch die Kohlenringe.** Sie lautet:

„Welche Maßnahmen gedenkt der Herr Reichskanzler zu ergreifen, um die durch Bergwerksgesellschaften, Mitglieder des Kohlensyndikats, im Ruhrrevier veranlaßte Außerbetriebsetzung von Kohlengruben und die dadurch hervorgerufene Arbeitslosigkeit unter den Bergarbeitern zu beseitigen, sowie die damit verknüpfte Existenzvernichtung von Bauern, Handwerkern und Geschäftsleuten jener Gegend zu verhindern?"

Ein Stilllegen kleiner Zechen war seit längerer Zeit beobachtet worden. Stilllegen von Zechen bedeutet aber immer Arbeitslosigkeit für zahlreiche Arbeiter, und Minderung aller Werte in der Nachbarschaft. Ein Werk außer Betrieb setzen, das seine Kosten nicht aufbringt, läßt sich rechtfertigen. Aber das traf für die Zechen im Ruhrkohlengebiete nicht zu. Der Grund ist ein eigenartiger. Das Kohlensyndikat hat in seinen Bemühungen, die Preise in die Höhe zu treiben, wenigstens hoch zuhalten, den angeschlossenen Kohlengrubengesellschaften die Förderung limitiert. Je nach ihrer bisherigen Leistung darf die einzelne Gesellschaft nicht mehr als eine bestimmte Anzahl Tonnen Kohle fördern. Eine weitere Bestimmung gestattet ihr aber, die Kohlenförderung beliebig auf die ihr gehörigen Gruben zu verteilen. So kann es im Interesse einer Gesellschaft, die mehrere Gruben besitzt, häufig liegen, die Gesamtzahl der ihr zugesprochenen Tonnen Kohle nur aus den Gruben mit leichterem Abbau zu fördern, eine Grube mit schwierigem Abbau aber stilllegen zu lassen. Einzelne Gesellschaften sind sogar dazu übergegangen, kleinere Gruben anzukaufen. Das Förderquantum dieser Gruben wurde dann dem gesamten Förderquantum der Gesellschaft zugeschrieben. Die Gesellschaft setzte aber die neue Grube außer Betrieb und förderte dafür mehr aus ihren größeren Gruben. Sie ersparte damit viel an Verwaltungskosten; außerdem sind auch die Förderungskosten in den größeren Gruben an sich häufig geringer als in den kleinen. Da der Preis der neuen Grube sich aber natürlich nach dem bisherigen Erlös richtete, machte die Gesellschaft bei der Verschiebung der Förderungsquanten ein gutes Geschäft. War aus der kleinen Grube etwa 6 Prozent Dividende herausgewirtschaftet, solange sie selbständig betrieben wurde, so war es ein gutes Geschäft für eine größere Gesellschaft, die 10 und mehr Prozent aus ihren Gruben herausgewirtschaftet hatte, die kleine Grube zu dem kapitalisierten Betrage von 6 Prozent Dividende anzukaufen, sie dann still-

zulegen und das für diese Grube limitierte Kohlenquantum aus den Gruben auch noch zu fördern, deren Betrieb bisher schon die höhere Dividende ergeben hatte. Dabei war aber die angekaufte Grube keineswegs an sich unrentabel, sie war nur weniger rentabel als die anderen Gruben der Gesellschaft. Dieses System des Grubenlegens war von dem Kohlensyndikat angewandt worden zum Profit der Aktionäre, zum Schaden des Nationalvermögens und der Arbeiter. Ein treffliches Beispiel an sich, wie verheerend der Kapitalismus wirkt, wenn er freien Spielraum hat! Grund genug auch, die Frage, wie dem Uebelstande zu begegnen sei, vor den Reichstag zu bringen. Die Reichsregierung jedoch zog es vor, der Beantwortung der Frage auszuweichen, indem sie wieder einmal den Kompetenzkonflikt erhob. Graf Posadowsky erklärte, das sei eine Landesangelegenheit, sie gehöre vor den preußischen Landtag. An sich ist das schon unrichtig, da die Aufsicht über die Gewerbebetriebe Reichssache ist. Außerdem ist es aber auch eine Syndikatsfrage, und als solche zweifellos Reichsangelegenheit. Der Abmarsch des Bundesrats hinderte den Reichstag indes nicht, die Interpellation zu besprechen, und das Nötige ist dann unsererseits gesagt worden. An einzelnen Beispielen zeigte unserer Redner, wie das Syndikat gearbeitet hat und welche übeln Folgen die Zechenlegereien für die Arbeiter nicht nur, sondern für den „Mittelstand", Handwerker und Kaufleute der Gegend, habe. Wenn das so weiter gehe, werde der ganze Kohlenbergbau im südlichen Ruhrgebiet gefährdet. Das Ruhrkohlen-Syndikat verfüge augenblicklich über eine Beteiligungsziffer von 73 Millionen Tonnen. Zur Zeit sei infolge von Absatzmangel die Gesamtförderung auf 53 Millionen Tonnen reduziert. Die weniger produktiven Gruben im südlichen Ruhrgebiet seien für das Syndikat auf 13 bis 14 Millionen Tonnen Förderung limitiert. Da könne doch einmal ein Zeitpunkt kommen, wo es dem Syndikat ratsam erscheine, die Gesamtförderung der südlichen Gruben auf die besseren nördlichen zu übertragen. Die Aktionäre würden damit ein gutes Geschäft machen, aber dies ganze südliche Ruhrbecken sei dann ruiniert. Die Gefahr sei um so größer, als dem Syndikat zwar 96 Werke angeschlossen seien, aber die 16 größeren von ihnen haben für sich bei Abstimmungen die Majorität. Alle diese Tatsachen erregten auch in den Reihen der bürgerlichen Parteien arges Unbehagen. Die Notwendigkeit gesetzlichen Eingreifens wurde auch dort betont. Aber die richtige Konsequenz, daß die Gruben in Gemeinbesitz übergehen müßten, wurde nur von sozialdemokratischer Seite gezogen. So konnte denn unser Redner konstatieren, daß auch das Kohlensyndikat in seiner Weise der Sozialdemokratie vorarbeite, indem es zur Verwirklichung des Wortes treibe: Die Expropriateure werden expropriiert.

Auch von anderer Seite sind eine Anzahl Interpellationen eingebracht worden. Das Zentrum interpellierte wegen der Regelung der **Rechtsverhältnisse der Berufsvereine und Errichtung von Arbeitskammern.** Offenbar beeinflußt durch den Frankfurter Kongreß der anti-sozialdemokratischen Gewerkschaften suchte das Zentrum eine Gelegenheit, um durch Vertretung der auch dort geltend gemachten Forderungen seine Arbeiterfürsorge zu zeigen. Der Redner des Zentrums drängte die Regierung, endlich die in den Februarerlassen von 1890 versprochene Erhöhung einer „Standesvertretung" der Arbeiter in die Hand zu nehmen. In seiner Antwort erklärte der Regierungsvertreter Graf Posadowsky, es sei ja schon ein Anfang gemacht mit der Bildung von Arbeitsvertretungen, indem der § 75 Abs. 2 des Gewerbegerichtsgesetzes das Gewerbegericht ermächtige, Anträge an Behörden und gesetzgebende Körperschaften zu richten. Die Regierungen seien bereit, diesen Keim wieder auszubilden. Auch zu einem Reichsarbeitsamt gebe es einen Ansatz in der arbeitsstatistischen Abteilung des statistischen Amts

Unsererseits wurde erwidert, daß wir den angedeuteten Plänen recht kühl gegenüberstehen, da wir uns wenig davon versprechen. Die in den Gewerkschaften organisierten Arbeiter sind nicht der Ansicht, daß das, was Regierung und Mehrheitsparteien ihnen da bieten könne, den berechtigten Ansprüchen der Arbeiter entsprechen würde. Allgemein hätten jetzt die Arbeiter mit dem Uebelwollen nicht nur der Unternehmer, sondern auch der Behörden zu kämpfen. „Wir haben ein Koalitionsrecht, nicht beruhend auf Gesetzeskraft, sondern beruhend auf dem guten oder bösen Willen der Polizeibehörden und der in ihrem Sinne entscheidenden Richter." Unser Redner erläuterte dann an Einzelheiten, besonders an dem Crimmitschauer Streik, wie heute die Arbeiter in der Wahrnehmung berechtigter Interessen chikaniert werden. Auf die staatliche Organisation der Arbeiter komme es nicht an, sondern darauf, daß die Arbeiter erst einmal ein wirkliches Koalitionsrecht erhielten.

Von nationalliberaler Seite war eine Interpellation wegen der **Ausdehnung der Alters- und Invaliditätsversicherung auf die Handwerker** eingebracht. Der Antragsteller Dr. Becker ließ sich verleiten, einen Angriff auf die Sozialdemokratie wegen ihrer angeblichen Handwerkerfeindlichkeit zu machen, holte sich aber prompt von einem unserer Redner den Nachweis seiner völligen Ignoranz, da bereits im Jahre 1889 bei Beratung des Invaliditätsgesetzes unsere Fraktion den Antrag gestellt hatte, das Gesetz auf alle selbständigen Unternehmer, Betriebsbeamte usw. mit einem Jahreseinkommen von weniger als 2000 Mk. auszudehnen. Wir sind auch jetzt natürlich mit einem Gedanken einverstanden, den die bürgerlichen Parteien nur aus unserem Arsenal geholt haben. Die von der Regierung zugesagte „wohlwollende Prüfung" eröffnet allerdings nur recht schwache Aussichten, daß in absehbarer Zeit etwas aus der Sache wird.

Gleichfalls von nationalliberaler Seite wurde die Frage gestellt, aus welchen Gründen die Regierung noch nicht einen Gesetzentwurf vorgelegt habe, der die Redakteure vor dem **Zeugniszwang zur Enthüllung der Einsender veröffentlichter Artikel** sichert. Einige besonders krasse Fälle des Zeugniszwanges hatte in letzter Zeit selbst bürgerliche Kreise derart aufgerüttelt, daß auch von ihrer Seite die Abstellung dieses schreienden Mißstandes verlangt wurde. Nur konnte sich der Antragsteller Dr. Jäncke, wohl erschreckt über seine eigene Kühnheit, einige Seitenhiebe gegen die Sozialdemokratie nicht verkneifen und redete sogar, um seine oppositionelle Anwandlung wett zu machen, einer schärferen Bestrafung der Presse wegen Beleidigungen das Wort. Der Staatssekretär des Reichsjustizamts, Herr Nieberding, wiederholte die seit dreißig Jahren zugesicherte wohlwollende Erwägung. Unser Redner trug als besonders krassen Fall das Zeugniszwangsverfahren gegen den Genossen Rehbein vor, von dem die Heeresverwaltung, der er Mitteilung über eine Militärmißhandlung gemacht hatte, den Namen seines Gewährsmannes erpressen wollte. Juristisch interessanter noch als solche Strafverfahren gegen „Unbekannt" seien die Disziplinarverfahren gegen „Unbekannt". Wie könne man eine gesetzliche Forderung aufstellen, deren Erfüllung jedem anständigen Menschen zur Unehre gereiche! Uebrigens sei der Zeugniszwang gegen Redakteure nur ein Mittel und ein Symptom der bureaukratischen Tyrannei. Gegen die Volksfeindlichkeit der Bureaukratie müsse der Kampf als ganzes geführt werden. Das habe die Sozialdemokratie sich zur Aufgabe gemacht.

Am Schluß der diesjährigen Reichstagsverhandlungen brachten wir dann noch folgende Interpellation zur Erörterung:

Seitens des Herrn Justizministers, des Herrn Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten und des Herrn Ministers des Innern des **Bundesstaats Preußen ist am 6. Mai 1904 dem preußischen Abgeordnetenhause**

ein „Gesetzentwurf, betreffend die Erschwerung des Vertragsbruchs landwirtschaftlicher Arbeiter und des Gesindes" vorgelegt worden. Da dieser Gesetzentwurf im Widerspruch zu Vorschriften der Reichsgesetzgebung, insbesondere der Reichsverfassung, des Freizügigkeitsgesetzes, der Gewerbeordnung, des Bürgerlichen Gesetzbuchs und des Strafgesetzbuchs enthält, welche

> landwirtschaftliche Arbeiter und Dienstboten, die vermeintlich einem Arbeitgeber zu landwirtschaftlicher Arbeit oder zum Gesindedienst noch verpflichtet sind, in Verruf zu erklären geeignet sind,
>
> diejenigen mit Strafe bedroht, welche mit solchen landwirtschaftlichen Arbeitern oder Dienstboten irgend einen Dienstvertrag schließen oder für solche Arbeiter einen neuen Dienst vermitteln, und so Arbeitswillige hindern in Arbeit zu treten,

so fragen wir: was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um dem Bundesstaat Preußen gegenüber die Reichsgesetzgebung zur Geltung zu bringen?

In eingehender Rede wies unser Vertreter nach, daß der fragliche Gesetzentwurf nicht nur den ländlichen Arbeitern und den Kleinbauern in schmählichster Weise ihre Rechte zu Gunsten des Großgrundbesitzes verkümmern würde, sondern auch gegen die Reichsverfassung und die in der Interpellation namhaft gemachten Gesetze verstößt. Der Zweck des Gesetzes sei offenbar, die ländlichen Arbeiter an die Scholle zu fesseln, indem man ihnen den Fortzug von einem Unternehmer, der sie schlecht behandelt, erschwert. Indem man nun einen jeden Unternehmer, der kontraktbrüchige Arbeiter in Lohn nehme, bestrafen wolle, verkümmere man dem Landarbeiter die Freizügigkeit. Offenbar gehöre diese Frage aber auch zur Kompetenz des Reichs. Sie im preußischen Landtag für Preußen erledigen zu wollen, komme auf einen Bruch der Reichsverfassung hinaus. Die Fassung des Gesetzes schreibe die Bestrafung eines jeden vor, der einen kontraktbrüchigen Arbeiter in Dienst nimmt; nach ihr solle bestraft werden:

> „Wer Dienstboten, Gesinde oder landwirtschaftliche Arbeiter, von denen er weiß, oder bei Anwendung der erforderlichen Sorgfalt wissen muß, daß sie einem anderen Arbeitgeber zur landwirtschaftlichen Arbeit oder zum Gesindedienst noch verpflichtet sind, in Dienst nimmt —"

Also auch kein Fabrikant, Handwerker, Kaufmann, kurz kein Mensch dürfe einen solchen Arbeiter dann noch beschäftigen. Der kontraktbrüchige Landarbeiter soll dem Hungertode überliefert werden. Darin zeige sich neben der Rechtswidrigkeit die tiefe Unsittlichkeit dieses Gesetzentwurfs. Das Reich dürfe dessen Gesetzwerdung nicht dulden. Herr Nieberding suchte so gut es gehen wollte die preußische Regierung zu verteidigen, mußte aber zugeben, daß die Fassung des Gesetzes „etwas unklar" sei. Nicht auf den Wortlaut komme es an, sondern darauf, was der Verfasser hätte sagen wollen. Es sollten nämlich nur die Landwirte mit Strafe bedroht werden, die einen kontraktbrüchigen Landarbeiter als Landarbeiter beschäftigen wollen. Im übrigen meinte der Herr, die Rechte des Reiches seien durch den Gesetzentwurf nicht bedroht und deshalb werde der Reichskanzler in der Sache nichts tun. Durch seine Entschuldigung für die „unklare Fassung" hatte jedoch Herr Nieberding selber ein vernichtendes Urteil gefällt über die Schönstedtsche Gesetzmacherei, denn das erste Erfordernis eines jeden Gesetzes, besonders aber eines Strafgesetzes ist, daß es völlig unzweideutig und klar sein muß.

Verschiedene Redner bürgerlicher Parteien rückten merklich ab von diesem Produkt, und von unserer Seite wurden die gequälten juristischen Entschuldigungsversuche des Herrn Nieberding in das rechte Licht gerückt. An der

Hand einer Fülle von Tatsachen wies unser Redner nach, wie scheußlich jetzt schon häufig die Behandlung der Landarbeiter, auch der weiblichen, ist und wie wenig Schutz sie bei den Gerichten finden. Er faßte dann unser Endresultat über die Angelegenheit in den Worten zusammen: „Gewiß: es muß die Gesetzgebung eingreifen, aber nicht in der Weise, daß sie die Bestimmungen über die Bestrafung des Kontraktbruchs erweitert oder verschärft, sondern dadurch, daß sie endlich ein Gesetz erläßt zum Schutze der Landarbeiter gegen Unterdrückung und Knechtung."

Die Petitionen.

hatten gleichfalls über den ungünstigen Einfluß der Geschäftsgebahrung der Reichsregierung zu leiden. Die Kommission hatte zwar eine ganze Reihe von Petitionen durchberaten. Im Plenum wurden aber meist nur die persönliche Angelegenheiten betreffenden erledigt. Alle Petitionen, über die eine eingehende Erörterung zu erwarten war, wurden „der Geschäftslage wegen" von der Tagesordnung abgesetzt, stehen also bis zum Winter aus.

Wahlprüfungen.

Die Wahlprüfungen wurden diesmal von der Mehrheit der bürgerlichen Parteien zur Kassierung zweier sozialdemokratischer Mandate ausgenutzt, die einer objektiven Prüfung als gültig hätten passieren müssen. Auch in diesem Rechtsbruch aus Angst erkennen wir eine Quittung für den 16. Juni 1903.

Mit Prüfung der Wahlen bürgerlicher Abgeordneter hat man sich nicht sehr beeilt. Kassiert wurde nur die Wahl des dem Zentrum und der Rechten höchst unbequemen elsässer Demokraten Blumenthal in Straßburg-Land, und der nationalliberale Jänecke in Lüneburg legte vor der bevorstehenden Kassierung sein Mandat nieder.

Trotz arger Wahlbeeinflussungen und Verstöße wurden jedoch die Wahlen des Grafen v. Ballestrem in Lublinitz und des Fürsten Bismarck in Jerichow für gültig erklärt.

Beanstandet wurden bis zum Eingang weiter Beweiserhebungen oder an die Kommission zurückverwiesen die folgenden Wahlergebnisse:

Dr. Becker (natlib.) in Offenbach,
Boltz (natlib.) in 5. Trier,
Brejski (Pole) in Thorn,
v. Brockhausen (kons.) in 4. Köslin,
Dietrich (kons.) in 3. Potsdam,
v. Dirksen (freikons.) in Kottbus,
Eickhoff (freis. Volksp.) in Mühlhen.,
Dr. Hoeffel (els. Landesp.) in Zabern,
Korfanty (Pole) in Kattowitz,
Münch-Ferber (natl.) in Hof,
Will (kons.) in 1. Köslin.

Bei mehreren dieser Wahlen ist die Sozialdemokratie als stärkste oder zweitstärkste Partei stark interessiert; eine andere Gruppe von Wahlen, gegen die unsererseits Protest erhoben wurden, sind noch gar nicht aus dem Stadium der Kommissionsberatung herausgekommen. Das eilt auch nicht für die bürgerlichen Parteien. Fünf Jahre sind eine lange Zeit. So lange die Wahl nicht

kassiert ist, kann kein Sozialdemokrat das Mandat erwerben. Also hübsch langsam!

Um so eiliger hatten es die Herren, wo es galt, sozialdemokratische Mandate zu kassieren, die irgend einer gegnerischen Partei Aussichten boten.

Die Wahl in **Altenburg**, wo Genosse Buchwald gewählt war, kam im Plenum am 16. März zur Sprache. Das Wahlresultat am 16. Juni 1904 war folgendes gewesen:

Buchwald (Soz.)	18 695 Stimmen
v. Blödau (Bund der Landw.)	14 498 „
Hartmann (freis. Volksp.)	2 993 „
Zersplittert	31 „

Buchwald war demnach mit 586 Stimmen über die absolute Mehrheit gewählt worden. Protest war eingelegt wegen einer Wahlbeeinflussung, die darin gefunden wurde, daß der Minister v. Helldorf in einer konservativen Versammlung sich gegen die Aufstellung des früheren Abgeordneten v. Blödau ausgesprochen hätte. Es wurde ferner behauptet, er habe sich nicht gleichzeitig gegen die Sozialdemokratie ausgesprochen. Tatsächlich hatte er indes in der fraglichen Rede gesagt: „Der Kampf gegen den Umsturz dürfe jedoch nicht aufgegeben werden." Der Minister hatte auch die Aufstellung des Herrn v. Blödau nur für unzweckmäßig erklärt, kein Wort hatte er gesagt, man solle ihn nicht wählen. Trotzdem nahm die Kommission an, die Rede des Ministers habe zu Gunsten der Sozialdemokratie gewirkt, und deshalb müsse die Wahl kassiert werden. Im Plenum wies unser Redner nach, daß das ein ganz unerhörtes Verfahren sei. Man kann doch nur dann eine Wahl wegen Wahlbeeinflussung kassieren, wenn sie zu Gunsten des siegenden Kandidaten erfolgt sei. Würde es sich nicht um ein sozialdemokratisches Mandat handeln, so würde sicher nicht in solcher Weise verfahren sein. Es sei eine vollkommene Verleugnung der Grundsätze, nach denen bisher der Reichstag bei Wahlprüfungen verfahren sei. Half nichts! In namentlicher Abstimmung wurde die Wahl Buchwalds mit 126 gegen 81 Stimmen für ungültig erklärt. Mit uns hatten nur die freisinnigen Gruppen und die Polen gestimmt.

In **Frankfurt a. O.** hatte das Wahlergebnis am 16. Juni 1903 gelautet:

Dr. Braun (Soz.)	12 817 Stimmen
Felisch (kons.)	8 268 „
Schwabach (natl.)	7 025 „

Es mußte eine Stichwahl stattfinden, die am 25. Juni folgendes Ergebnis hatte:

Dr. Braun (Soz.)	14 685 Stimmen
Felisch (kons.)	14 204 „

Braun war also mit 240 Stimmen absoluter Mehrheit in der Stichwahl gewählt. Auch gegen diese Wahl wurde wegen Wahlbeeinflussung Protest erhoben. Im Januar 1903 sei ein Wahlaufruf zu Gunsten des konservativen Kandidaten Felisch verbreitet worden, der unterzeichnet war von dem Regierungspräsidenten v. Windheim und anderen hohen Beamten. Es sei anzunehmen, daß diese amtliche Beeinflussung dem Herrn Felisch Stimmen zugeführt hätten, die sonst dem nationalliberalen Kandidaten Schwabach zugefallen wären. Es sei ferner anzunehmen, daß, wenn Schwabach in die Stichwahl mit dem Sozialdemokraten gekommen wäre, ihm dann die Mehrheit zugefallen sei. Daher müsse die Wahl kassiert werden. Die Kommission trat dieser Auffassung bei. Im Plenum stand die Wahl nach einer vorhergegangenen Vertagung wegen

Einholung neuer Formationen am 27. April auf der Tagesordnung. Unser Redner konnte nun nachweisen, daß amtliche Wahlbeeinflussung genau so wie für den konservativen auch für den nationalliberalen Kandidaten geübt sei, daß sie sich unter allen Umständen gegen die Sozialdemokratie gerichtet habe. Wenn die Kommission diese Berichte einfach ignoriert habe, so zeige sie damit, daß es sich nicht um die Sache, sondern um die Person für sie handle. Es soll also die Wahl eines Sozialdemokraten kassiert werden, weil amtliche Wahlbeeinflussungen zu Gunsten — seiner Gegenkandidaten ausgeübt wurden. Er schloß mit den Worten: „Wenn das Plenum sich grundsätzlich auf den Standpunkt stellt, man müsse die Wahl kassieren, weil eine amtliche Wahlbeeinflussung gegen den Sozialdemokraten ohne Erfolg gewesen ist, dann — nehmen Sie mir das nicht übel — erklärt der Reichstag mit anderen Worten ganz einfach: Wahlbeeinflussungen sollen von jetzt an statthaft sein, wenn Sie von Erfolg gegen die Sozialdemokraten sind. Tun Sie das, so wollen wir uns damit abfinden; aber dann lassen Sie uns wenigstens die Wahrheit hören." Der Reichstag stellte sich tatsächlich auf diesen Standpunkt: die Wahl des Genossen Braun wurde für ungültig erklärt.

So springt der gegenwärtige Reichstag mit dem Wahlrecht des Volkes um.

Schluß.

Durch die Geschäftsgebahrung der Reichsregierung ist es also dazu gekommen, daß der Reichstag wenig positive Arbeit leisten und sich vorwiegend mit Kritik befassen mußte, an der, wie es in der Natur der Dinge liegt, unserer Partei die Hauptaufgabe zufiel. Insofern durch die Verkümmerung der Reichstagsarbeiten das Ansehen des Reichstags gemindert ist, hat also die Reichsregierung durch ihre Praxis zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen. Jede Minderung des Reichstagsansehens stärkt die Stellung der Regierung, und durch den ewigen Appell an die Rücksichten auf die „Geschäftslage des Hauses" ist der direkten Einwirkung des Reichstages auf die Reichsgeschäfte ein Riegel vorgeschoben. Zufrieden, aber nicht stolz kann die Reichsregierung sein. Traurig ist es, daß der Reichstag sich diese Behandlung gefallen läßt. Aber zu durchgreifenden Gegenmaßregeln, wie wir sie wollen, ist die Reichstagsmehrheit nicht zu bringen. Sie hat Angst — und zwar mit Recht — daß jede Wahrung des Reichstagseinflusses der Sozialdemokratie zu Gute kommt. Betrachten wir die Dinge bloß vom Standpunkt des Nutzens oder Schadens für unsere Partei, so haben wir festzustellen, daß auch diese Session wiederum unserer Bewegung förderlich gewesen ist. Mehr und mehr bemächtigt sich die Sozialdemokratie der Führung im Kampfe für alle große Kulturforderungen unserer Zeit. Mehr und mehr muß sich die Erkenntnis auch im Volke Bahn brechen: Der Klassenkampf des Proletariats ist zugleich der Befreiungskampf für die ganze Menschheit.

Auch in dem wachsenden Haß unserer Gegner kennzeichnet sich diese Entwicklung. Unverhohlener als je haben die Scharfmacher ihrem Streben, das Volk zu entrechten, um die Sozialdemokratie aus dem Reichstage herauszudrängen, Ausdruck verliehen. Seinen Höhepunkt erreichte das, als der Herr v. Oldenburg-Januschau in einem, selbst bei den „Edelsten der Nation" ungewöhnlich plumpen Roheitsausbruch den Sozialdemokraten von der Tribüne des Reichstages den Refrain eines studentischen Saufliedes zubrüllte: „Raus da, raus da, raus aus dem Haus da!"

Auch das ist ja ein charakteristisches Zeichen der Zeit: der unsagbare geistige Tiefstand unserer Hauptgegner. Die Empfindungen, die uns das Gebahren dieser Leute einflößt, dürfen uns aber nicht darüber täuschen, daß sie dank der

Kläglichkeit des deutschen Bürgertums die Macht in Händen haben und nur auf die Gelegenheit lauern, sie zu mißbrauchen. Wir müssen uns unablässig rüsten, beständig auf der Hut sein für größere Kämpfe auf allen Lebensgebieten. Die Kämpfe der Gegenwart im Reichstage führen zu helfen, die der Zukunft vorbereiten zu helfen, das ist der Anteil an dem menschheitsbefreienden Klassenkampfe des Proletariats, der der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zugewiesen wurde durch die deutschen Parteigenossen. Wir glauben, dieser Aufgabe auch in der letzten Periode unserer Tätigkeit nach besten Kräften gerecht geworden zu sein.

Anträge.

Geschäftsordnung.

1. Die Genossen von Essen, Dortmund und Hamm-Soest beantragen, § 1 der Geschäftsordnung des Parteitages folgenden Zusatz zu geben:

Die Eintragungen in die Rednerliste erfolgen erst, nachdem die jeweiligen Punkte der Tagesordnung vom Vorsitzenden zur Verhandlung gestellt sind.

Tagesordnung.

2. Die Parteigenossen in Husum, Iserlohn, Flensburg, Genosse Michaelis in Berlin II und 71 Genossen in Kiel beantragen auf die Tagesordnung zu setzen: Die Alkoholfrage.

3. Die Parteigenossen von Berlin I, II, III, IV, V, VI, Nieder-Barnim, Barmen, Elberfeld, Bremen, Dortmund, Kattowitz, Magdeburg, Jüterbog-Luckenwalde-Zauch-Belzig, 3. sächsischen Wahlkreises, Offenbach, Potsdam-Spandau-Ost-Havelland, Arnswalde-Friedeberg, Stettin und Teltow-Beeskow-Charlottenburg beantragen auf die Tagesordnung zu setzen: Die Schulfrage.

4. Die Parteigenossen von Berlin, Nieder-Barnim, Potsdam-Spandau-Ost-Havelland beantragen auf die Tagesordnung zu setzen: Koalitionsrecht und Kartelle.

5. Die Parteigenossen von Dortmund beantragen auf die Tagesordnung zu setzen: Der Russenkurs in Deutschland und die politische Lage.

6. Die Parteigenossen in Stettin beantragen auf die Tagesordnung zu setzen: Das Wahlrecht in den einzelnen Bundesstaaten.

7. Die Parteigenossen von Offenbach a. M. beantragen, auf die Tagesordnung zu setzen:

Die politischen Zustände in Deutschland und Genossen Bebel als Referent hierfür zu bestimmen.

8. Die Parteigenossen in Dresden-A., Breslau, Essen, Jena, Elberfeld, Hamburg III beantragen:

Die Organisation als Punkt 4 auf die Tagesordnung zu setzen.

Geschäftsbericht des Vorstandes.

9. Parteigenossen in Dresden-A.:

Der Parteitag möge den Parteivorstand beauftragen, in den jährlichen Geschäftsbericht eine Statistik aufzunehmen, die ein Bild über die Bewegung in den einzelnen Wahlkreisen, die Zahl der politisch Organisierten, die Beitragshöhe in den Vereinen und die Abonnentenzahl der Parteiblätter geben soll.

Taktik.

10. Parteigenossen in Dresden-A.:

Bei Aufstellung von Reichstags-Kandidaten ist die Zustimmung der Provinzial- und Agitations-Komitees, eventuell des Parteivorstandes erforderlich.

11. Parteigenossen von Berlin I und Potsdam-Spandau-Ost-Havelland:

Die Besprechung der Aufstellung des Kandidaten erfolgt in einer Kreiskonferenz des Wahlkreises, zu der das Landes- resp. Provinzial-Agitationskomitee einzuladen ist. Hat das Agitationskomitee gegen den Kandidaten der Majorität Bedenken und schließt sich ein Viertel der Delegierten diesen Bedenken an, so kann das Agitationskomitee die Entscheidung des Parteivorstandes anrufen. Diese Anrufung muß sofort geschehen.

12. Parteigenossen Berlin IV und Essen:

Der Parteitag möge Stellung nehmen zu dem Verhalten Schippels in Zoll- und Handelsfragen und event. dessen Ausschluß aus der Partei herbeiführen.

13. Parteigenossen des 3. Hamburger Wahlkreises:

Der Parteitag möge die Haltung des Genossen Schippel in der Schutzzoll- und Agrarfrage einer Prüfung unterziehen. Sollte sich dabei ergeben, daß Schippel mit den Anschauungen der Partei nicht mehr übereinstimmt, so ist derselbe aufzufordern, sein Mandat niederzulegen.

14. Parteigenossen von Pommern:

Der am 28. August in Stettin tagende pommersche Provinzial-Parteitag erklärt: Solange zu den preußischen Landtagswahlen das jetzige Dreiklassen-Wahlsystem besteht oder ein ähnliches das Volk in seiner Mehrheit vergewaltigende Wahlsystem gilt, ist die Wahlbeteiligung nur dort zu empfehlen, wo sie aus agitatorischen Gründen nützlich erscheint. Der deutsche Parteitag möge daher beschließen, die allgemeine Verpflichtung zur Wahlbeteiligung aufzuheben und die Entscheidung hierüber den einzelnen Wahlkreisen überlassen.

15. Parteigenossen des 4. sächsischen Wahlkreises:

Der Beschluß des Mainzer Parteitages, die zwangsweise Beteiligung bei den Landtagswahlen betreffend, ist aufzuheben. Die Beteiligung an den Landtagswahlen bleibt den einzelnen in Betracht kommenden Ländern überlassen.

16. Parteigenossen Berlin IV:

Bei allen Wahlen und Stichwahlen ist der Freisinn nicht zu unterstützen.

17. Parteigenossen des III. Berliner Wahlkreises:

Damit der frühere Parteitags-Beschluß, bei Stichwahlen zwischen gegnerischen Parteien sich strikte der Wahl zu enthalten, nicht zur Farce wird, speziell gegenüber dem jämmerlichen Verhalten der Freisinnigen Volkspartei, ist strikteste Wahlenthaltung Ehrensache jedes Genossen.

18. Die Parteigenossen Jakobsen und Wolf in Pankow:

Die Partei sieht die „Freisinnige Volkspartei" nicht mehr als „kleineres Uebel" an; dieselbe ist demnach bei Stichwahlen von unsrer Seite nicht mehr zu unterstützen, sondern nach Möglichkeit ein Sieg dieser Partei zu vereiteln.

19. Parteigenossen in Nienburg a. W.:

Da die Politik der Welfen (deutsch-hannöversche Partei) immer reaktionärer wird, ihr Verhalten bei Wahlen höchst reaktionär ist, ist unsrerseits denselben gegenüber bei Wahlen, und speziell bei Stichwahlen, strikteste Stimmenthaltung zu befolgen.

Agitation.

20. Die Parteigenossen in Nürnberg und Hamm-Soest:

Zur Entlastung des Parteivorstandes ist eine Agitationskommission zu bilden, die mit den Provinzial- und Landesvorständen der Partei stete Fühlung zu unterhalten hat.

Aufgabe der Kommission ist die Organisation einer systematischen Agitation in Wort und Schrift. Die Zahl der Mitglieder dieser Agitationskommission wird auf jedem Parteitag neu bestimmt; die Wahl derselben überläßt er ebenso vielen Orten bezw. Landesorganisationen, als die Kommission Mitglieder zählt.

Das Mandat der Agitationskommission endet auf dem Parteitage, der seiner Wahl folgt. Die Wahl der Orte, welche die Mitglieder zu bestimmen haben, erfolgt von neuem auf jedem Parteitage.

Die Kommission erhält einen ständigen Sekretär, der vom Parteitage gewählt wird oder mit dessen Einverständnis vom Parteivorstand und den Kontrolleuren ernannt werden kann. Der Sekretär der Agitationskommission hat Sitz und beratende Stimme in den Sitzungen des Parteivorstandes. Die Kommission tritt nach Bedarf, mindestens aber einmal vierteljährlich zusammen.

21. Parteigenossen in Fürth:

Zur Entlastung des Parteivorstandes ist eine Agitationskommission zu bilden, die mit den Provinzial- und Landesvorständen der Partei stete Fühlung zu unterhalten hat. Aufgabe der Kommission ist die Organisation einer systematischen Agitation in Wort und Schrift, mit besonderer Berücksichtigung unsrer Forderungen an die bürgerliche Gesellschaft.

Diese Kommission wird von Genossen aus verschiedenen Landesteilen gebildet, hat ihren Sitz am Orte des Parteivorstandes und ist dem Vorsitzenden derselben Sitz und Stimme im Parteivorstand einzuräumen.

22. Parteigenossen von Elberfeld:

Der Parteivorstand ist gehalten, schon jetzt in den Landesteilen, wo ein besonderes Bedürfnis dazu vorhanden ist und die Personenfrage befriedigend gelöst werden kann, besoldete Parteisekretäre anzustellen.

23. Parteigenossen in Hamm-Soest:

Einen Parteisekretär für das Agitationsgebiet im westlichen Westfalen anzustellen.

24. Parteigenossen in Metz:

Für den Wahlkreis Metz einen unabhängigen Genossen anzustellen, der die Parteigeschäfte zu leiten hat. Die Mittel dazu sind vom Parteitage zu bewilligen.

25. Parteigenossen in Görlitz:

Der Parteitag fordert die Parteigenossen derjenigen Wahlkreise, für welche keine Agitationsbezirke gebildet sind, auf, bis zum nächsten Parteitage Agitationsverbände zu bilden oder sich bestehenden Agitationsverbänden anzuschließen. Zu einem Agitationsbezirk gehören diejenigen Wahlkreise, welche durch den Parteivorstand für die Reichstagswahlen zu einem Agitationsbezirk vereinigt wurden. Die Beitragshöhe der einzelnen Wahlkreise bestimmt die Wahlkreiskonferenz. Jedoch ist von je 10 Pf. der erhobenen ordentlichen Mitgliederbeiträge 1 Pf. an die Zentralkasse in Berlin abzuliefern. Außerdem sind die Kreisorganisationen verpflichtet, die Gelder, welche nicht zur Bestreitung der örtlichen Agitation und zur Dotierung eines Wahlfonds nötig sind, an die Zentralkasse abzuliefern."

26. Parteigenossen in Wanne:

„Der Parteivorstand wird ersucht, die Agitation gegen die stärkste und demagogischte der bürgerlichen Parteien, des Zentrums, in Bezirken mit zahlreicher katholischer Arbeiterbevölkerung noch energischer als bisher zu unterstützen."

27. Genosse Lüdke in Berlin II:

Das in allen sogenannten Kulturstaaten wahrzunehmende ständige Anwachsen der stehenden Heere und das mit ihm verbundene Ueberwuchern des militaristischen Geistes bedeutet eine große Gefahr für die zur Befreiung durch den Sozialismus vorwärtsstrebende Arbeiterklasse in doppeltem Sinne; sowohl wegen der kultur- und humanitätsfeindlichen Tendenz des Militarismus überhaupt, wie auch wegen des Umstandes, daß die Armeen immer mehr zu Organisationen werden, die dazu berufen sind, die festesten Stützpfeiler der heutigen Gesellschaftsordnung zu bilden.

Aus diesem Grunde halten die Parteigenossen neben der Erfüllung ihrer sonstigen Aufgaben der Partei eine intensive, planmäßig betriebene Propaganda gegen den Militarismus und Marinismus für dringend geboten.

Als erste Vorbedingung zur Einleitung dieser Propaganda betrachten sie die Realisierung der von dem internationalen Kongreß in Paris 1900 angenommenen Resolution, welche lautet: „daß die sozialistischen Parteien überall die Erziehung und Organisierung der Jugend zum Zweck der Bekämpfung des Militarismus in Angriff zu nehmen und mit größtem Eifer zu betreiben haben."

Presse.

28. Parteigenossen in Durlach:

An Stelle der eingegangenen Zeitschrift „Die Hütte" eine andre Jugendzeitschrift zu gründen. Die Verbreitung derselben ist zur Pflicht der einzelnen Parteivereine zu machen.

29. Parteigenossen von Teltow-Beeskow-Charlottenburg:

Es ist eine Zeitschrift für die Jugend ins Leben zu rufen und ein eventuelles Defizit bei Herausgabe derselben durch Parteizuschuß zu decken.

30. Parteigenossen von Elberfeld:

Die Buchhandlung Vorwärts hat die Verpflichtung, für eine gute Jugendliteratur zu sorgen.

31. Parteigenossen in Dresden-Neustadt:

Redakteuren an Zeitungen, die im Parteiverlage erscheinen, ist die Mitarbeit gegen Honorar an andern Zeitungen, politischen und wissenschaftlichen Revuen, Genossenschaftsblättern usw. sowie die Herausgabe eigner Broschüren fernerhin nicht mehr zu gestatten. Die Verleger von Zeitschriften sind gehalten, Arbeiten von angestellten Redakteuren abzulehnen.

„Neue Welt".

32. Parteigenossen in Berlin IV:

Um das Interesse für die „Neue Welt" zu heben, sowie dem Mangel an einer sozialistischen illustrierten Zeitung abzuhelfen, haben sich die Illustrationen der „Neuen Welt" auch auf belehrende und interessante Begebenheiten zu erstrecken.

Kalender.

33. Die Parteigenossen in Ottensen:

Vom nächsten Jahre ab alljährlich im „Neuen Welt-Kalender" die Adressen des Parteivorstandes, der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, des Reichs-Arbeitersekretariats, sämtlicher Partei- und Gewerkschaftszeitungen

Deutschlands, sämtlicher deutschen Arbeitersekretariate, sowie die Adressen der der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands angeschlossenen Gewerkschaften zu veröffentlichen.

34. Parteigenossen in Uetersen:

Den Preis des Arbeiter-Notizkalenders herabzusetzen.

35. Parteigenossen in Augsburg:

Dem Arbeiter-Notizkalender ein Verzeichnis sämtlicher deutscher Parteizeitungen beizufügen.

Broschüren.

36. Parteigenossen in Augsburg:

1. Eine Broschüre soll herausgegeben werden, in welcher alle krassen Fälle von Wahlterrorismus und Wahlschwindeleien geschildert und die Strafen mitgeteilt werden, zu welchen die Schwindler verurteilt sind. In einem Anhange sind die Aeußerungen und Taten der Wahlrechtsgegner mitzuteilen.

2. In einer Broschüre, deren Kolumnen zweispaltig zu drucken sind, sind Klassenurteile gegenüberzustellen. Diese Broschüre ist gratis zu verteilen.

37. Parteigenossen in Bromberg:

Von Zeit zu Zeit und namentlich in der Reichstagssaison sind Abhandlungen über Reichstagsdebatten in der Form eines Flugblattes herauszugeben, um die Arbeiter, einschließlich der Landbevölkerung, über die Verhandlungen der Gesetzesmacherei auf dem Laufenden zu halten und die Vorzüge der sozialdemokratischen Vertretung den Arbeitern vor Augen zu führen.

38. Parteigenossen in Berlin IV:

Bei allen Massen-Agitationsbroschüren ist auf der ersten oder letzten Seite das sozialdemokratische Programm nach Möglichkeit zum Abdruck zu bringen.

39. Parteigenossen in Bremen:

Der Parteivorstand wird beauftragt, die Herausgabe von im Preise billigst gestellter Broschüren im Auge zu behalten, die die verschiedenen theoretischen Fragen der politischen Oekonomie und den wissenschaftlichen Sozialismus in gemeinverständlicher Weise behandeln.

40. Genosse Erb-Hamburg II:

Alle Parteibroschüren sind in einem gleich großen Format sowie zur Schonung der Augen in Lateinschrift herauszugeben.

41. Die Parteigenossen Jacobsen und Wolf in Pankow:

Eine Aufklärungsschrift über die Bestrebungen und das Ziel der Sozialdemokratie in kurzer, leicht faßlicher Ausführung, Fremdwörter möglichst vermeidend — eine Art „Katechismus der Sozialdemokratie" — in Form eines kleinen Heftchens mit gutem Druck, zu verfassen und dieselbe gratis in allen Bevölkerungsschichten zu verbreiten.

Parlamentarische Tätigkeit.

42. Parteigenossen in Essen:

Der Parteitag möge die Reichstagsfraktion beauftragen, in Zukunft sämtliche Kolonialforderungen abzulehnen.

43. Parteigenossen in Niederbarnim:

Die Fraktion soll dahin wirken, daß die für Landarbeiter und Gesinde bestehenden Ausnahmegesetze beseitigt und diesen Arbeitern das Koalitionsrecht gesichert wird.

44. Parteigenossen in Augsburg:

Die sozialdemokratische Fraktion des Deutschen Reichstages wird beauftragt, die Reichsregierung aufzufordern, einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher der

schon seit 30 Jahren bestehenden Zivil-Ehe den logischen Abschluß des Zivil-Begräbnisses folgen läßt. Die Beseitigung dieser Lücke liegt im Interesse des kulturellen Fortschritts.

45. Parteigenossen in Rastatt:

Die Fraktion soll dahin wirken, dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher besagt, daß alle nichtgesetzlichen Feiertage (als da sind: Peter und Paul, Maria Himmelfahrt 2c.) auf Sonntage zu verlegen oder aber diejenigen Unternehmer, welche ihre Betriebe schließen, gesetzlich zu verpflichten, den ausfallenden Lohn zu bezahlen.

46. Die Parteigenossen Jacobsen und Wolf in Pankow:

Der Reichstagsfraktion dringend zu empfehlen, dem Reichstag alljährlich einen Gesetzentwurf zu unterbreiten, der die Uebernahme von Grund und Boden, Fabriken, Bergwerken sowie aller Produktions-, Fabrikations- und Verkehrsmittel durch den Staat, gerechte Verteilung der Arbeit und der erzeugten Güter an alle Staatsangehörige fordert.

47. Parteigenosse H. Wolf in Hamburg:

Die Fraktion wird beauftragt: einen Gesetzentwurf einzubringen, welcher bezweckt:

1. Aenderung der Eidesformel bezw. Streichung der Worte „bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden" und „So wahr mir Gott helfe".

2. Außerkraftsetzung der gesetzlichen Bestimmungen, welche die Rechte der Nichtangehörigen einer religiösen Gemeinschaft wieder aufheben.

48. Parteigenossen in Pommern:

Der pommersche Parteitag erklärt sich mit der Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstags-Fraktion bis auf die Abstimmung bei den Kaufmannsgerichten einverstanden und wünscht, daß die Fraktion ähnlichen sozialpolitischen Gesetzen, soweit dieselben nennenswerte Vorteile für die Arbeiter enthalten, ihre Zustimmung geben möge.

Maifeier.

49. Parteigenossen des Kreises Potsdam-Spandau-Osthavelland:

Es ist Pflicht jedes klassenbewußten Arbeiters, den 1. Mai durch vollständige Arbeitsruhe zu feiern.

50. Parteigenossen in Essen:

Der Parteitag möge beschließen, bezüglich der Maifeier die Arbeitsruhe am 1. Mai zu empfehlen.

51. Parteigenossen in Magdeburg:

Als die vornehmste Art der Maifeier ist die Arbeitsruhe anzusehen.

52. Parteigenossen in Lunzenau:

Die Maifeier ist auch ferner als höchster Feiertag des klassenbewußten Proletariats zu betrachten.

Alle Versuche, den Parteigenossen einzureden, die Maifeier habe ihren Zweck verfehlt und deshalb den Wert verloren, sind auf das entschiedenste zurückzuweisen.

53. Parteigenossen in Elberfeld:

Die Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vollsvereins steht nach wie vor auf dem Boden der Beschlüsse der internationalen Kongresse und der deutschen Parteitage, die dahin gehen, daß die würdigste Feier des 1. Mai und wirksamste Demonstration für den Achtstundentag die Arbeitsruhe ist.

54. Parteigenossen in Breslau:

In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen des internationalen Arbeiterkongresses zu Paris 1889, Brüssel 1891, Zürich 1893, London 1896 und

Paris 1900 macht es der Parteitag den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht, am 1. Mai für die Klassenforderungen des Proletariats, insbesondere aber für einen ausreichenden Arbeiterschutz und für Verkürzung der Arbeitszeit durch Veranstaltung von Versammlungen am Abend des 1. Mai zu demonstrieren.

55. Parteigenossen in Friedberg-Büdingen:

Der Parteivorstand wird beauftragt alljährlich am 1. Mai ein Flugblatt herauszugeben, in dem in für die Masse verständlicher Form die Forderungen der Arbeiter beleuchtet werden, damit dasselbe in großen Massen verbreitet und damit mehr als seither für unsre Maiforderungen Propaganda gemacht werden kann.

56. Parteigenossen in Pommern und Teltow-Beeskow-Charlottenburg:

Die Maifeier in der bisherigen Form beizubehalten.

57. Parteigenosse Kniestedt und 88 Genossen in Hannover-Linden:

Es ist Pflicht jedes klassenbewußten Arbeiters, den 1. Mai durch vollständige Arbeitsruhe zu feiern.

58. Parteigenosse Halfter in Berlin VI:

Um die demonstrative Wirkung der Maifeier zu erhöhen, empfiehlt der Parteitag den Genossen die Anlegung eines Demonstrationsabzeichens. Mit der Anschaffung und Einführung desselben beauftragt der Parteitag den Parteivorstand.

59. Parteigenossen in Itzehoe:

Die Maifeier am ersten Sonntag im Mai stattfinden zu lassen.

Kommunalpolitik.

60. Genosse Dr. Lindemann als Referent:

Resolution:

Die Gemeinde im heutigen Staate ist ein Verwaltungskörper, der den sozialen Bedürfnissen einer an die begrenzte Lokalität gebundenen Bevölkerung dient; sie ist zugleich Hilfsorgan der staatlichen Verwaltung. In beiden Eigenschaften unterliegt sie den aus der Klassenorganisation unsres Gesellschafts- und Staatslebens mit Notwendigkeit entspringenden Bestrebungen, ihre Verwaltungstätigkeit im Interesse der herrschenden Klassen und für deren Herrschaftszwecke auszuüben. Nur durch die Aufhebung der Klassenherrschaft kann daher die demokratische Organisation der Gemeinde vollendet und die Bahn für eine Verwaltungstätigkeit frei gemacht werden, welche die Wohlfahrt aller gleichermaßen fördert.

Der Umfang der kommunalen Verwaltungstätigkeit wird einerseits durch die Bedürfnisse bestimmt, welche das soziale Zusammenleben der Gemeindeangehörigen innerhalb der Gemeinde und im Rahmen der größeren Verwaltungskörper erzeugt, andrerseits durch ihre lokale Gebundenheit beschränkt.

Im Gegensatz zu der heutigen im Dienste der herrschenden Klassen geschaffenen Verfassung und von ihren Interessen beherrschten Verwaltung der Gemeinde verlangt die Sozialdemokratie die Umgestaltung des kommunalen Verfassungs- und Verwaltungswesens nach folgenden Grundsätzen:

1. Die Verwaltung der Gemeinde soll nur dem Gesetz und den Gerichten unterworfen sein. Daraus folgt:

a) Bildung des Wahlkörpers nach den Grundsätzen der Einwohnergemeinde; Aufhebung aller Besitzprivilegien; Einkammersystem; Bildung der Gemeindevertretung durch allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlen.

b) Beschränkung des staatlichen Aufsichtsrechtes auf das Recht der Beanstandung ungesetzlicher Verwaltungsakte der Gemeinden; Prüfung ihrer Gesetzmäßigkeit durch die ordentlichen Gerichte; Aufhebung der die Selbst-

verwaltung einschränkenden Befehlsgewalt der Staatsbehörden gegenüber den Gemeinden.

2. Das Gemeindesteuerwesen ist in seinen Grundzügen durch Staatsgesetz zu regeln.

Die Deckung des kommunalen Bedarfs soll erfolgen durch:

a) Staatliche Zuschüsse für die Aufgaben des Volksgesundheitswesens, des Schulwesens, der Armenpflege, des Wegebaus.

b) Zuschläge zu den staatlichen Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuern. Wo derartige staatliche Steuern nicht existieren, soll den Gemeinden das Recht zustehen, besondere kommunale Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuern auszubilden.

c) Besteuerung des unverdienten Wertzuwachses an Grund und Boden.

3. Für die kommunale Verwaltung sind folgende Grundsätze maßgebend:

a) Die Einrichtung und der Betrieb der für die Erfüllung der kommunalen Aufgaben notwendigen Anstalten soll durch die Gemeinden selbst erfolgen. Das gilt besonders für die Betriebe, die die Benützung kommunaler Verkehrsanstalten zur Voraussetzung haben und durch ihre Natur zu monopolistischer Ausbeutung neigen (Licht- Kraft- und Wärmezentralen, Straßenbahnen 2c.), sowie für die Einrichtungen des Volksgesundheitswesens (Reinigungswesen, der Ernährung, Förderung der Körperpflege, Bekämpfung der Krankheiten, Bestattungswesen), der Volksbildung (Bibliotheken, Lesehallen 2c.), des Wohnungswesens.

b) Das Prinzip der Unentgeltlichkeit der Benutzung ist bei allen Instituten des Volksgesundheitswesens und des Volksschulwesens durchzuführen. Im übrigen soll die Art und Höhe der Gebühren der Leistungsfähigkeit der die kommunalen Einrichtungen benützenden Volksklassen angepaßt sein.

4. Auf dem Gebiete der kommunalen Arbeiterpolitik sind folgende Forderungen an die Gemeinden zu richten:

a) Einrichtung von Arbeitsämtern als Zentralstellen kommunaler Arbeiterpolitik mit den Aufgaben der Arbeiterstatistik, des Arbeitsnachweises, der Arbeitslosenfürsorge, der Auskunftserteilung und der Ueberwachung der sozialpolitischen Gebahrung der Gemeindeverwaltung; Einfügung der sogenannten Lohnklausel in die Arbeits- und Lieferungsverträge der Gemeinden sowie der von ihnen konzessionierten Privatunternehmungen, und Ablehnung der Streikklausel; strenge Maßregeln, um bei Vergebung und Abnahme von Gemeinde-Arbeiten und -Lieferungen allen Schädigungen vorzubeugen, die den Gemeinde-Interessen von den Bewerbern insbesondere durch die Ausnützung einer offiziellen Stellung in der Gemeindevertretung zugefügt werden könnte.

b) Einsetzung von Arbeiterausschüssen zur Vertretung der Interessen der Gemeindearbeiter; Feststellung der Arbeitsordnungen und Arbeitsbedingungen und Heranziehung der Arbeiter-Ausschüsse und der gewerkschaftlichen Organisation der Gemeindearbeiter; Festsetzung der Löhne nach Gewerkschaftssätzen; Bildung von Lohnklassen und Lohnskalen nach Dienstzeitdauer; Achtstundentag; Ferienurlaub mit Fortdauer der Lohnzahlung; Gründung einer Pensions-, Witwen- und Waisenkasse, an die klagbare Rechte gegeben werden, sowie Ausdehnung der Kranken-, Alters- und Invaliditätsversicherung auf alle Gemeindearbeiter.

Der Parteitag fordert die sozialdemokratischen Gemeindevertreter auf, ihre kommunale Tätigkeit im Rahmen dieser Grundsätze auszuüben.

Sofern die Durchführung der vorstehenden Forderungen durch die mangelnde Leistungsfähigkeit der einzelnen Gemeinden in Frage gestellt wird, empfiehlt sich die Schaffung von Gemeindeverbänden.

61. Parteigenossen in Friedberg-Büdingen:

In der vom Genossen Dr. Lindemann vorgeschlagenen Resolution folgende Aenderungen vorzunehmen:

In Absatz 2c anstatt der vorgeschlagenen Fassung zu setzen: Besteuerung jeglichen unverdienten Wertzuwachses.

Zu Absatz 3 einen Punkt c hinzuzufügen, der ungefähr folgendermaßen lautet: In die Anstellungsverträge der pensionsberechtigten Beamten ist aufzunehmen: Verbot jeglicher Arbeiten für Private, die mit Bezügen verbunden sind und ferner den Gemeindebeamten ist untersagt, jegliche Spekulation mit Grund und Boden 2c. sowie auch jede Mithilfe und Begünstigung bei Verlust der Anstellung und Pension.

Im Absatz 4b die Worte: „Gründung einer Pensions-, Witwen- und Waisenkasse, an die klagbare Rechte gegeben werden", zu streichen.

62. Parteigenosse Hoch-Hanau:

Die Gemeinde im heutigen Staate ist ein Verwaltungskörper, der den sozialen Bedürfnissen einer an eine begrenzte Oertlichkeit gebundenen Bevölkerung dient; sie ist zugleich Hilfsorgan der staatlichen Verwaltung. In beiden Eigenschaften unterliegt sie den aus der Klassenorganisation unsres Gesellschafts- und Staatslebens mit Notwendigkeit entspringenden Bestrebungen, ihre Verwaltungstätigkeit im Interesse der herrschenden Klassen und für deren Herrschaftszwecke auszuüben. Diesen Bestrebungen entgegenzuwirken und die Interessen der Arbeiterklasse auch in der Gemeinde gemäß den Grundsätzen des Programms der sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu vertreten, ist die Aufgabe der sozialdemokratischen Partei.

Daher fordert die sozialdemokratische Partei:

1. Die Verwaltung der Gemeinde soll auf demokratischer Grundlage aufgebaut und nur dem Gesetz und den Gerichten unterworfen sein.

a) Bildung des Wahlkörpers nach den Grundsätzen der Einwohnergemeinde; Aufhebung aller Besitzprivilegien; Einkammersystem; Bildung der Gemeindeverwaltung durch allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlen.

b) Beschränkung des staatlichen Aufsichtsrechtes auf das Recht der Beanstandung ungesetzlicher Verwaltungsakte der Gemeinden; Prüfung ihrer Gesetzmäßigkeit durch die ordentlichen Gerichte; Aufhebung der die Selbstverwaltung einschränkenden Befehlsgewalt der Staatsbehörden gegenüber den Gemeinden.

2. Die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung der Gemeinde soll durch die Gemeindeverwaltung gefördert werden. Insbesondere sollen verbessert werden: die Verkehrsmittel, die Volksbildung, der Arbeiterschutz, die Armen- und Waisenpflege, die öffentliche Gesundheitspflege, die Wohnungen, die Krankenfürsorge, das Bestattungswesen. In ländlichen Gemeinden soll der Gemeindebesitz an Wald, Wiesen und Aeckern erhalten und möglichst vergrößert werden.

3. Die Gemeinde soll selbst diejenigen Einrichtungen beschaffen und in Betrieb halten, welche zur Erfüllung der kommunalen Aufgaben nötig sind. (Krankenhäuser, Bildungsanstalten, Licht-, Kraft- und Wärmezentralen, Straßenbahnen, Mietshäuser usw.) Soweit diese Forderung nicht durchgeführt ist, sollen die städtischen Arbeiten und Lieferungen unter der Verpflichtung der Unternehmer auf die Lohnklausel und im übrigen so vergeben werden, daß die Begünstigung einzelner Personen ausgeschlossen und reelle Arbeit bei angemessenen Preisen gesichert ist.

4. Die Gemeinden sollen in ihren Betrieben die Lohn- und Arbeitsverhältnisse entsprechend den Forderungen der beteiligten Gewerkschaften regeln. So ist z. B. zu verlangen: Einsetzung von Arbeiterausschüssen zur Vertretung der Interessen der Gemeindearbeiter; Feststellung der Arbeitsordnungen und

Arbeitsbedingungen unter Heranziehung der Arbeiterausschüsse und der gewerkschaftlichen Organisation der Gemeindearbeiter; Festsetzung der Löhne nach Gewerkschaftssätzen; Bildung von Lohnklassen und Lohnskalen nach Dienstzeitdauer; Achtstundentag; Ferienurlaub mit Fortdauer der Lohnzahlung; Gründung einer Pensions-, Witwen- und Waisenkasse, an die klagbare Rechte gegeben werden, sowie Ausdehnung der Kranken-, Alters- und Invaliditätsversicherung auf alle Gemeindearbeiter.

5. Die Ausgaben der Gemeinden sollen gedeckt werden:

a) durch staatliche Zuschüsse für die Aufgaben des Volksgesundheitswesens, des Schulwesens, der Armenpflege, des Wegebaues;

b) durch etwaige Ueberschüsse der Gemeindebetriebe. Die Art und Höhe der Gebühren soll der Leistungsfähigkeit der einzelnen Volksschichten angepaßt sein;

c) durch Steuern, die den Einwohnern nach ihrem Einkommen und Besitz auferlegt werden. (Progressive Einkommen-, Vermögens-, Erbschafts- und Wertzuwachssteuer.)

Organisation.

63. Der Parteivorstand:

§ 1. Zur Partei gehörig wird jede Person betrachtet, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und die Partei dauernd durch Geldmittel unterstützt. **Soweit nicht zwingende Gründe es unmöglich machen, muß jeder Parteiangehörige Mitglied einer sozialdemokratischen Vereinsorganisation sein.**

§ 2. Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms **oder die Beschlüsse der Parteiorganisation**, oder wer sich einer ehrlosen Handlung schuldig macht

Ueber die fernere Zugehörigkeit der Partei entscheidet ein Schiedsgericht, das der Parteivorstand beruft. **Der Antrag auf Einsetzung eines solchen Schiedsgerichts kann nur durch eine Parteiorganisation gestellt werden.**

Die Hälfte der Beisitzer wird von der Organisation bezeichnet, die den Ausschluß beantragt, die andre Hälfte von dem durch diesen Antrag Betroffenen. Den Vorsitzenden bezeichnet der Parteivorstand.

In Orten oder Wahlkreisen, in denen die Geschäfte der Partei durch eine Vereinsorganisation geführt werden, ist der Ausschluß eines Mitgliedes aus der betreffenden Organisation dem Ausschluß auf Grund des § 2 des Organisationsstatuts Absatz 1 aus der Gesamtpartei gleich zu achten. Der Ausschluß darf daher nur im Wege des vorstehend festgesetzten schiedsgerichtlichen Verfahrens erfolgen.

Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts steht den **Beteiligten binnen vier Wochen nach Zustellung des schriftlichen Urteils** die Berufung an die Kontrollkommission und **gegen deren Entscheidung an den nächsten Parteitag zu.**

Verzichtet ein Parteigenosse, gegen den ein Ausschlußantrag gestellt wird, auf schiedsgerichtliche Verhandlung, oder unterläßt er es, innerhalb einer vom Parteivorstand zu bestimmenden Frist von mindestens zwei Wochen Schiedsrichter zu ernennen, so gilt er ohne weiteres als ausgeschlossen.

Mit dem Tode, dem Austritt oder der Ausschließung aus der Partei verliert der frühere Parteigenosse jedes Recht, das er etwa gegen die Partei, gegen den Parteivorstand, gegen die Kontrollkommission oder gegen einzelne Parteigenossen aus [illegible] Parteimitgliedschaft erworben hat.

§ 9. Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei.

Zur Teilnahme an demselben sind berechtigt:

1. Die Delegierten der Partei aus den einzelnen Reichstagswahlkreisen mit der Einschränkung, daß kein Wahlkreis durch mehr als drei Personen

vertreten sein darf. Insoweit nicht unter den gewählten Vertretern des Wahlkreises Frauen sich befinden, können weibliche Vertreter in besonderen Frauenversammlungen gewählt werden.

2. Die Delegierten der Reichstags-Fraktion, deren Zahl den vierten Teil der Fraktionsstärke nicht übersteigen darf.
3. Die Mitglieder des Parteivorstandes und der Kontrollkommission.

Die Mitglieder der Reichstags-Fraktion haben in allen die parlamentarische und die Mitglieder des Parteivorstandes in allen die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen nur beratende Stimme.

Der Parteitag prüft die Legitimation seiner Teilnehmer, wählt seine Leitung und bestimmt seine Geschäftsordnung selbst.

Zur Gültigkeit der Beschlüsse des Parteitages ist eine Beschlußfassung durch die Mehrheit der Anwesenden ausreichend.

Der Vorschlag der Parteileitung sucht die Fragen:

a) der Zugehörigkeit zur Partei,
b) das Ausschließungsverfahren,
c) die Vertretung der Reichstagsfraktion auf dem Parteitag zu regeln.

64. Parteigenossen in Randow-Greifenhagen, Jena und Stettin

schließen sich den Vorschlägen des Parteivorstandes an.

65. Parteigenossen in Teltow-Beeskow-Charlottenburg:

Zum § 1 des Organisationsstatut-Entwurfs ist hinzuzufügen: Soweit nicht zwingende Gründe es unmöglich machen, muß jeder Partei-Angehörige Mitglied der sozialdemokratischen Vereinsorganisation seines Wohnortes sein.

66. Parteigenossen in Furchheim (Bayern):

Dem § 1 des Organisationsstatuts folgende Fassung zu geben:

Die Sozialdemokraten Deutschlands gliedern sich in Verbände. Die Errichtung dieser Verbände ist den Sozialdemokraten der einzelnen Bundesstaaten überlassen. An der Spitze dieser Verbände steht ein Zentralvorstand mit dem Sitz in Berlin, mit welchem die Leiter der einzelnen Verbände in Verbindung stehen. Jeder Verband ist verpflichtet, für jedes seiner Mitglieder pro Vierteljahr 10 Pf. an den Zentralvorstand zu entrichten. Die Aufbringung der Mittel ist dem Verbande überlassen.

67. Parteigenossen in Randow-Greifenhagen:

§ 1 folgenden Zusatz zu geben: Jede derartige Organisation ist verpflichtet, mindestens 25 Proz. der regelmäßigen Einnahmen monatlich oder vierteljährlich an den Parteivorstand abzuführen.

68. Parteigenossen in Bant:

Dem Absatz 1 des § 2 folgenden Zusatz zu geben:

Als grober Verstoß gegen die Grundsätze des Parteiprogramms ist auch zu betrachten, wenn ein Parteigenosse als Mitglied einer Unternehmerorganisation die Bestrebungen der Arbeiter für günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen grundsätzlich bekämpft und sich an Unternehmungen beteiligt, welche auf eine Verschlechterung oder Beseitigung des Reichstags-Wahlrechts und Koalitionsrechts hinzielen oder in dem Kampfe zwischen Kapital und Arbeit Mittel anwendet, die gegen die gute Sitte verstoßen oder durch welche die Arbeiter in der Anwendung des Koalitionsrechts behindert werden.

69. Parteigenossen in Braunschweig:

Daß in das Organisationsstatut eine Bestimmung aufgenommen wird, die in unzweideutiger Weise den Weg des Wiederaufnahme-Verfahrens eines aus der Partei Ausgeschlossenen vorzeichnet.

70. Parteigenossen in Berlin IV, Stettin und Potsdam-Spandau-Osthavelland:

In das neue Organisationsstatut ist unter § 2 folgender Absatz anzufügen: Beantragt der Ausgeschlossene seine Wiederaufnahme in die Partei-Organisation, so hat zunächst die betreffende Instanz, die seinen Ausschluß verfügte, über die Wiederaufnahme zu entscheiden; sodann kommen dieselben Instanzen in Betracht, wie bei dem Ausschluß.

71. Parteigenosse Halfter, Berlin VI:

Ueber die fernere Zugehörigkeit zur Partei entscheidet ein Schiedsgericht, das der Parteivorstand beruft. Der Antrag auf Einsetzung eines solchen Schiedsgerichts kann durch eine Partei-Organisation oder einen Parteigenossen gestellt werden. Im letzteren Falle muß der Antrag jedoch in einer Partei-Organisation zur Diskussion gestanden haben. Der Antrag muß schnellstens zur Diskussion gestellt werden. Die Hälfte der Beisitzer wird von denjenigen bezeichnet, welche den Ausschluß beantragen, die andre Hälfte von dem durch diesen Antrag Betroffenen. Den Vorsitzenden bezeichnet der Parteivorstand.

72. Parteigenossen in Düsseldorf:

Dem ersten Satz des Absatz 2 § 2 folgende Fassung zu geben: Ueber die fernere Zugehörigkeit zur Partei entscheidet ein Schiedsgericht, das der Parteivorstand beruft. Die Beisitzer werden alljährlich von den Landesorganisationen gewählt und müssen zu den Schiedsgerichten ausgelost werden.

73. Parteigenosse Franz Luth-Hamburg III:

§ 2 folgenden Zusatz zu geben: Von Wahlvereinen ausgeschlossene Mitglieder, deren Ausschluß im Beschwerdewege als nicht zu recht bestehend anerkannt, sind von dem betreffenden Wahlverein, von dem der Ausschluß erfolgt ist, wieder in ihre vollen Rechte einzusetzen.

74. Parteigenossen in Randow-Greifenhagen:

§ 3 folgende Fassung zu geben: Zur Wahrnehmung der Parteiinteressen schließen sich die Parteigenossen eines jeden Wahlkreises zu einer politischen Organisation zusammen. Der jeweilige erste Vorsitzende derselben gilt während seiner Amtsperiode dem Parteivorstand gegenüber als Vertrauensperson. Nur in Kreisen oder Orten, wo eine derartige Organisation aus gesetzlichen oder andren triftigen Gründen unmöglich ist, dürfen andre Vertrauenspersonen gewählt werden. Die Art der Wahl bleibt den Parteigenossen dieser Kreise oder Orte überlassen.

75. Parteigenossen des Wahlkreises Reichenbach-Neurode:

Die regelmäßigen deutschen Parteitage haben in Zwischenräumen von zwei Jahren stattzufinden.

Ausnahmsweise kann in dringenden Fällen durch gemeinsamen Beschluß des Parteivorstandes und der Kontrollkommission ein Parteitag für einen kürzeren Termin einberufen werden.

76. Parteigenossen des Kreises Nieder-Barnim:

§ 9 der Organisation so zu fassen, daß die Vertretung der Wahlkreise auf dem Parteitage der Anzahl der im Wahlkreise vorhandenen Mitglieder der sozialdemokratischen Vereine entspricht.

77. Parteigenossen von Marburg:

Gründung eines Fonds zur Bestreitung der Reisekosten der Delegierten zum Parteitag.

78. Parteigenossen von Essen:

Als Delegierte zu den Parteitagen können nur solche Genossen gewählt werden, die in dem zu vertretenden Wahlkreis ihren Wohnsitz haben.

79. Parteigenossen von Eimsbüttel (Hamburg III):

Im § 9 Abs. 1 des Organisationsstatuts hinter die Worte: „Insoweit nicht unter den gewählten Vertretern des Wahlkreises Frauen sich befinden“

zu setzen: „und solche zur Teilnahme an den Organisationen gesetzlich verhindert sind, können" usw.

80. Parteigenossen von Breslau:

Im § 9 Ziffer 2 des Organisationsstatuts ist die alte Fassung: „Die Mitglieder der Reichstagsfraktion sind zur Teilnahme am Parteitag berechtigt", wieder herzustellen.

81. Parteigenossen des 11. hannoverschen Wahlkreises (Osterode):

Der Parteitag wolle § 9 unsres Organisationsstatuts folgende Fassung geben:

Der Parteitag ist die oberste Vertretung der Partei. Zur Teilnahme an demselben sind berechtigt:

1. Delegierte der Partei aus den einzelnen Reichstagswahlkreisen mit der Einschränkung, daß jeder Wahlkreis unter 1000 Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei einen Delegierten und über 1000 Mitgliedern zwei Delegierte zum Parteitag entsenden kann.

2. Die Mitglieder des Parteivorstandes und der Kontrollkommission.

Jeder Delegierte hat mit Mandat zu erscheinen und hat eine beratende und beschließende Stimme. Die Unkosten trägt die Parteikasse.

82. Parteigenossen von Breslau:

Entwurf eines Organisationsstatuts für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

§ 1. Die Sozialdemokraten Deutschlands bilden einen Zentralverband, der seinen Sitz in Berlin hat. Mitglied desselben kann jede Person werden, die den Grundsätzen des Parteigrogramms zustimmt und sich dem nachfolgenden Organisationsstatut unterwirft.

Ortsvereine und Wahlkreisvereine.

§ 2. In allen Orten Deutschlands, wo die gesetzlichen Vorschriften es zulassen, sollen Ortsvereine gegründet werden, die sich event. zu Wahlkreis-Organisationen mit einem gemeinsamen Vorsitzenden zusammenschließen müssen.

Der Orts- und Wahlkreis-Vorsitzende gilt als Vertrauensmann.

An jedem Ort, sofern er nicht mehrere Wahlkreise umfaßt, darf nur ein Verein bestehen. Vereine mit größerer Mitgliederzahl können jedoch Unterabteilungen gründen.

§ 3. Die Ortsvereine beschließen ihre Satzungen selbständig. Ihre Aufgabe besteht darin, die Verbreitung der sozialdemokratischen Grundsätze zu fördern sowie die Wahlagitation zum Reichstage, Landtage und zu den Gemeindewahlen vorzubereiten und zu leiten.

§ 4. Die Wahl der Vereinsvorstände geschieht alljährlich im Januar. Der Vorsitzende hat seine Wahl mit Angabe der genauen Adresse sofort dem Parteivorstand mitzuteilen, ebenso der Wahlkreis-Vertrauensmann.

In Orten, in denen wegen Lokalmangel keine Versammlung stattfinden kann, haben die Genossen durch private Vereinbarung einen Vertrauensmann zu ernennen.

§ 5. Da, wo aus gesetzlichen Gründen die in den vorstehenden Paragraphen gegebenen Vorschriften unausführbar sind, haben die Parteigenossen den örtlichen Verhältnissen entsprechende Einrichtungen zu treffen.

Einzelmitglieder.

§ 6. Wo ein Zweigverein des sozialdemokratischen Parteiverbandes nicht besteht, haben die Mitglieder das Recht, sich dem nächsten Ortsverein — zunächst im Wahlkreise — anzuschließen. Soweit das nicht geschieht, werden sie als Einzelmitglieder vom Hauptvorstande geführt. Das letztere geschieht auch mit den Mitgliedern in Bundesstaaten, in denen die Gründung sozialdemokratischer Vereine unmöglich ist.

Beiträge.

§ 7. Der Beitrag für die Hauptkasse beträgt pro Monat und Mitglied 10 Pf., die vom Ortsverein eingezogen und abgesandt werden. Der Hauptvorstand überweist den Ortsvereinen einheitliche Mitgliedsbücher und Beitragsmarken. Für arbeitslose und kranke Mitglieder, denen der Ortsverein die Beiträge erläßt, bestehen der Hauptkasse gegenüber keine Verpflichtungen.

Die Höhe der Lokalbeiträge zu bestimmen, bleibt den Ortsvereinen überlassen.

Parteitag.

§ 8. Alljährlich findet ein Parteitag statt, der von dem Parteivorstande einzuberufen ist.

Hat der vorhergehende Parteitag über den Ort, an welchem der nächste Parteitag stattfinden soll, keine Bestimmung getroffen, so hat der Parteivorstand mit der Kontrollkommission und der Reichstags-Fraktion hierüber sich zu verständigen.

§ 9. Die Einberufung des Parteitages muß spätestens vier Wochen vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das Zentralorgan der Partei mit Angabe der provisorischen Tagesordnung erfolgen. Die Einladung zur Beschickung des Parteitages ist mindestens dreimal in angemessenen Zwischenräumen zu wiederholen.

Anträge der Parteigenossen für die Tagesordnung des Parteitages sind bei dem Parteivorstand einzureichen, der dieselben spätestens zehn Tage vor der Abhaltung des Parteitages durch das Zentralorgan der Partei bekannt zu geben hat.

§ 10. Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei.

Zur Teilnahme an demselben sind berechtigt:

1. Die gewählten Vertreter aus den einzelnen Orten, deren Anzahl nach Maßgabe der organisierten Genossen bestimmt wird. Jeder Wahlkreis hat jedoch das Recht, mindestens einen Vertreter zu entsenden. (Die Vertretung nach der Zahl der Organisierten kann erst geregelt werden, wenn wir eine Statistik über die sozialdemokratische Partei-Organisation besitzen; bis dahin empfiehlt sich die Beibehaltung des alten Systems.)
2. Die Delegierten der Reichstags-Fraktion, deren Zahl den vierten Teil der Fraktionsstärke nicht übersteigen darf.
3. Die Mitglieder des Parteivorstandes und der Kontrollkommission.

Die Mitglieder der Reichstagsfraktion haben in allen die parlamentarische und die Mitglieder des Parteivorstandes in allen die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen nur beratende Stimme.

Der Parteitag prüft die Legitimation seiner Teilnehmer, wählt seine Leitung und bestimmt seine Geschäftsordnung selbst.

Zur Gültigkeit der Beschlüsse des Parteitages ist eine Beschlußfassung durch die Mehrheit der Anwesenden ausreichend.

§ 11. Zu den Aufgaben des Parteitages gehören:

1. Entgegennahme der Berichte über die Geschäftstätigkeit des Parteivorstandes und der Kontrollkommission sowie über die parlamentarische Tätigkeit der Reichstags-Abgeordneten.
2. Die Bestimmung des Ortes, an welchem der Parteivorstand seinen Sitz zu nehmen hat.
3. Die Wahl des Parteivorstandes und der Kontrollkommission.
4. Die Anstellung von besoldeten Parteisekretären nach dem Vorschlage des Parteivorstandes.

5. Die Beschlußfassung über die Partei-Organisation und alle das Parteileben berührenden Fragen.
6. Die Beschlußfassung über die eingegangenen Anträge.

§ 12. Ein außerordentlicher Parteitag kann einberufen werden:

1. auf einstimmigen Beschluß des Parteivorstandes;
2. auf Antrag der Mehrheit der Reichstags-Fraktion;
3. auf Antrag von mindestens 50 Ortsvereinen;
4. auf einstimmigen Beschluß der Kontrollkommission.

Falls der Parteivorstand sich weigert, einen gestellten Antrag auf Einberufung eines außerordentlichen Parteitages stattzugeben, so ist derselbe durch die Reichstags-Fraktion einzuberufen. Als Versammlungsort eines außerordentlichen Parteitages ist ein geographisch möglichst günstig gelegener Ort zu bestimmen.

Die Einberufung des außerordentlichen Parteitages muß spätestens 14 Tage vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das Zentralorgan der Partei in wenigstens drei aufeinanderfolgenden Nummern mit Angabe der Tagesordnung erfolgen.

Anträge der Parteigenossen sind spätestens 5 Tage vor der Abhaltung im Zentralorgan zu veröffentlichen.

Im übrigen gelten für die außerordentlichen Parteitage dieselben Bestimmungen wie für die ordentlichen Parteitage (§§ 8 bis 10).

Partei-Vorstand.

§ 13. Der Parteivorstand besteht aus . . . Personen, und zwar aus 2 Vorsitzenden, 2 Schriftführern, 2 Kassierern und . . Beisitzern.

Die Wahl der Vorsitzenden, Schriftführer, der Kassierer und Beisitzer erfolgt durch den Parteitag mittelst Stimmzettel in einem Wahlgange und nach absoluter Mehrheit. Hat ein Kandidat die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen nicht erhalten, so findet Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten statt, auf welche die meisten Stimmen gefallen sind. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

Nach erfolgter Wahl hat der Parteivorstand seine Konstituierung vorzunehmen und dieselbe im Zentralorgan der Partei bekannt zu machen.

Der Parteivorstand verfügt nach eignem Ermessen über die vorhandenen Gelder.

Der Parteivorstand oder die Kontrollkommission können durch keinerlei Rechtsgeschäfte die einzelnen Parteigenossen oder die Partei verbindlich machen. Auch erwirbt kein Parteigenosse oder ein andrer durch Verträge mit dem Parteivorstand oder der Kontrollkommission ein klagbares Recht gegen diese oder ihre Mitglieder.

Kein Parteigenosse hat ohne ausdrücklichen Beschluß des Parteitages ein klagbares Recht, die Geschäftsbücher oder Papiere des Parteivorstandes, der Kontrollkommission oder der Partei einzusehen oder sich aus ihnen Abschriften oder Auszüge anzufertigen oder eine Auskunft oder Uebersicht über den Stand des Parteivermögens zu verlangen.

Hierdurch wird das Recht der Delegierten, während der Tagung des Parteitages Einsicht in die Bücher zu nehmen, nicht berührt.

§ 14. Die Mitglieder des Parteivorstandes können für ihre Tätigkeit eine Besoldung beziehen. Die Höhe derselben wird durch den Parteitag festgesetzt.

§ 15. Der Parteivorstand besorgt die Parteigeschäfte, kontrolliert die prinzipielle Haltung der Partei-Organe und muß dem Parteitag auf Anregung der betreffenden Ortsvereine Parteisekretäre für einzelne Landesteile vorschlagen, die aus Mangel an heimischen Kräften einer Unterstützung bedürfen.

§ 16. Scheidet ein Mitgl[illegible] des Parteivorstandes aus, so ist die Vakanz durch eine von der Kontrollkommission vorzunehmende Neuwahl zu ergänzen.

Kontrollkommission.

§ 17. Zur Kontrollierung des Parteivorstandes sowie als Berufungsinstanz über Beschwerden gegen den Parteivorstand wählt der Parteitag eine Kontrollkommission von neun Mitgliedern.

Die Wahl der Kontrolleure erfolgt nach einfacher Mehrheit. Bei gleicher Stimmenzahl entscheidet das Los. Zur Leitung ihrer Geschäfte wählt sich die Kontrollkommission einen Vorsitzenden, der Ort und Zeit der Sitzungen bestimmt, soweit die Kontrollkommission nicht darüber beschließt.

Die Kontrolle muß mindestens vierteljährlich einmal stattfinden.

Alle Einsendungen für die Kontrollkommission sind an den Vorsitzenden derselben zu richten, der seine Adresse im Zentralorgan der Partei mitzuteilen hat.

Auf Antrag der Kontrollkommission oder des Parteivorstandes finden gemeinsame Sitzungen statt.

Parteisekretäre.

§ 18. Die Parteisekretäre haben in Verbindung mit den einzelnen Ortsvereinen für eine rege und einheitliche Agitation und für den Ausbau der Partei-Organisation in den ihnen unterstellten Bezirken zu sorgen. Sie sind verpflichtet, am Schlusse jedes Vierteljahres dem Parteivorstand einen Bericht über ihre Tätigkeit einzureichen.

Das Gehalt der Parteisekretäre wird vom Parteitag bestimmt.

Zentralorgan der Partei.

§ 19. Zentralorgan der Partei ist der „Vorwärts", Berliner Volksblatt.

Die offiziellen Bekanntmachungen sind an hervorragender Stelle des redaktionellen Teils zu veröffentlichen.

Zur Kontrolle der prinzipiellen und taktischen Haltung des Zentralorgans sowie der Verwaltung desselben wählen die Parteigenossen Berlins und der Vororte eine Preßkommission, die aus höchstens zwei Mitgliedern für jeden beteiligten Reichstags-Wahlkreis bestehen darf.

Die Preßkommission entscheidet in Gemeinschaft mit dem Parteivorstande über alle Angelegenheiten des Zentralorgans, insbesondere über Anstellungen und Entlassungen im Personal der Redaktion und Expedition. Bei etwaigen Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Parteivorstand und der Preßkommission entscheidet die Kontrollkommission, der Parteivorstand und die Preßkommission in der Art zu gleichen Rechten, daß jedes dieser drei Organe je eine Stimme hat.

Landes-Organisationen.

§ 20. Die Gründung von Landes-Organisationen für einzelne Bundesstaaten und Provinzen ist empfehlenswert.

Der Parteivorstand hat das Recht, einen Teil seiner Geschäfte der Landes-Organisation mit deren Zustimmung zu übertragen und überweist ihr dann einen entsprechenden Teil der aus ihrem Bezirke stammenden Einnahmen. Bei Streitigkeiten entscheidet die Kontrollkommission, in zweiter Instanz der Parteitag.

Verlust der Mitgliedschaft.

§ 21. Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms, oder wer sich einer ehrlosen Handlung schuldig macht.

Ueber die fernere Zugehörigkeit zur Partei entscheidet ein Schiedsgericht, das der Parteivorstand beruft. Der Antrag auf Einsetzung eines solchen Schiedsgerichts kann nur durch eine Partei-Organisation gestellt werden.

Die Hälfte der Beisitzer wird von der Organisation bezeichnet, die den Ausschluß beantragt, die andre Hälfte von dem durch diesen Antrag Betroffenen. Den Vorsitzenden bezeichnet der Parteivorstand.

Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts steht den Beteiligten binnen vier Wochen nach Zustellung des schriftlichen Urteils die Berufung an die Kontrollkommission und gegen deren Entscheidung an den nächsten Parteitag zu.

Verzichtet ein Parteigenosse, gegen den ein Ausschlußantrag gestellt wird, auf schiedsgerichtliche Verhandlung, oder unterläßt er es, innerhalb einer vom Parteivorstand zu bestimmenden Frist von mindestens zwei Wochen Schiedsrichter zu ernennen, so gilt er ohne weiteres als ausgeschlossen.

Mit dem Tode, dem Austritt oder der Ausschließung aus der Partei verliert der frühere Parteigenosse jedes Recht, das er etwa gegen die Partei, gegen den Parteivorstand, gegen die Kontrollkommission oder gegen einzelne Parteigenossen aus seiner Parteimitgliedschaft erworben hat.

Abänderung der Organisation.

§ 22. Aenderungen an der Organisation der Partei können nur durch einen Parteitag vorgenommen werden, doch muß die absolute Mehrheit der anwesenden Vertreter sich dafür erklären.

Anträge auf Abänderung der Organisation können nur beraten werden, wenn sie innerhalb der Fristen, welche die §§ 8 und 12 vorschreiben, zur öffentlichen Kenntnis der Parteigenossen gelangten.

Eine Abweichung von der letzteren Bestimmung ist nur dann zulässig, wenn mindestens drei Viertel der anwesenden Vertreter auf einem Parteitag sich für die Abweichung entscheiden.

83. Parteigenossen von Breslau und Elberfeld:

Für den Fall der Ablehnung des Breslauer Entwurfs eines Organisationsstatuts: 1. Annahme des Vorstandsvorschlags: Soweit nicht zwingende Gründe es unmöglich machen, muß jeder Parteiangehörige Mitglied einer sozialdemokratischen Vereinsorganisation sein.

2. Einsetzung einer Kommission zur Ausarbeitung eines neuen Organisationsstatuts, welches drei Monate vor dem nächsten Parteitag veröffentlicht werden muß.

3. Den Genossen wird empfohlen, an allen Orten sozialdemokratische Vereine zu gründen und in Wahlkreis- und Landesorganisationen den Unterbau für den sozialdemokratischen Zentralverband zu errichten.

84. Parteigenossen im Kreise Wanzleben:

Für den Fall, daß eine Parteiorganisation festerer, zentralistischer Form nach nicht geschaffen werden kann, wird der Parteivorstand in Verbindung mit einer vom Parteitag zu wählenden Kommission beauftragt, dem nächsten Parteitag einen Organisationsentwurf vorzulegen.

Dieser Entwurf ist vier Monate vorher zu veröffentlichen und zur Diskussion zu stellen.

85. Parteigenossen in Jena:

An Stelle der jetzigen losen Organisation eine Zentralorganisation über ganz Deutschland zu schaffen. Damit aber nach Möglichkeit Fehler vermieden werden, wählt der Bremer Parteitag eine Kommission, wobei die Genossen der einzelnen Bundesstaaten Berücksichtigung finden sollen. Die Kommission hat die Aufgabe, die Vorarbeiten für die geplante Zentralorganisation in Angriff zu nehmen und dem Parteitag 1905 Bericht zu erstatten.

86. Parteigenossen in Marburg:

Eine einheitliche Organisation zu schaffen und einheitlichen Parteibeitrag für das ganze Deutsche Reich zu erheben.

87. Parteigenossen in Elbing und Iserlohn:

Der Parteitag möge den Organisationsvorschlag des Parteivorstandes ablehnen und ein Organisationsstatut auf Grund einer möglichst strengen Zentralisation beschließen.

88. Parteigenossen von Teltow-Beeskow-Charlottenburg:

Jeder Parteigenosse, welcher als Funktionär in der Partei tätig ist, ist verpflichtet, seiner Berufsorganisation anzugehören, soweit solche besteht.

89. Parteigenossen von Reichenbach-Neurode:

Die Parteiversammlung verhält sich ablehnend zu den Breslauer Organisationsanträgen in ihrer Gesamtheit, beantragt aber, den örtlichen Organisationen die Pflicht aufzuerlegen, mindestens 20 Proz. ihrer Beiträge an die Zentralkasse der Partei abzuführen.

90. Parteigenossen vom III. Hamburger Wahlkreis (Hamm):

1. Der Parteitag möge eine Kommission einsetzen, der die Aufgabe zuteil wird, in Verbindung mit dem Parteivorstand für den im Jahre 1905 tagenden Parteitag ein Organisationsstatut als Vorlage auszuarbeiten, das in der Weise zu halten ist, daß es sich in seinen Grundzügen die gewerkschaftlichen Zentralverbände zum Muster nimmt. Die Zahl der Mitglieder dieser Kommission ist so hoch zu bemessen, daß in ihr möglichst alle Landesteile Deutschlands vertreten sind. Alle Anträge zum diesjährigen Parteitag, die sich auf die Organisation der Partei beziehen, sind dieser Kommission als Material zu überweisen, dasselbe hat zu geschehen mit den Anträgen zum Organisationsstatut, die auf früheren Parteitagen unerledigt geblieben oder dem Vorstand zur Erledigung überwiesen sind, tatsächlich aber unerledigt blieben.

2. Der Parteitag möge beschließen: Bis zur endgültigen Einführung einer neuen Parteiorganisation auf der Grundlage eines Zentralverbandes wird von den Parteigenossen ein monatlicher Beitrag von 15 Pf. erhoben. Die Beitragserhebung geschieht in der Weise, daß vom Parteivorstand Marken zum Nennwerte von 15 Pf. herausgegeben und an die Vorstände der örtlichen oder Landesorganisationen der Partei zum Vertrieb an die Parteigenossen verabfolgt werden. Die Vorstände der örtlichen oder Landesorganisationen der Partei haben über die erhaltenen Marken allvierteljährlich mit dem Parteivorstand abzurechnen und für jede verkaufte Marke 10 Pfennig an den Parteikassierer abzuliefern, der Rest von 5 Pfennig verbleibt den örtlichen oder Landesorganisationen und können sie darüber frei verfügen. In Landesteilen, wo weder örtliche noch Landesorganisationen der Gesetzgebung wegen möglich sind, haben die Partei-Vertrauensleute die Funktionen, die hier den Vorständen der Organisationen zugewiesen sind, auszuführen.

Jeder Parteigenosse ist zur Entnahme von mindestens einer Beitragsmarke im Monat verpflichtet.

Zum Ausweis seiner Parteizugehörigkeit und der gezahlten Beiträge erhält jeder Parteigenosse eine Karte, die auf der einen Seite den Aufdruck erhält:

„Sozialdemokratische Partei Deutschlands.
Mitgliedskarte für Herrn . . . . . ."

Die andre Seite der Karte ist in zwölf gleichmäßige Rubriken, den 12 Monaten des Jahres entsprechend, einzuteilen, in welche die Marken hineinzukleben sind. Wer sechs Monatsbeiträge im Rückstande ist, wird als zur Partei zugehörig nicht mehr angesehen. Die Karten werden ebenfalls vom Parteivorstande herausgegeben.

Sonstige Anträge.

91. Parteigenossen von Essen:

Der Parteitag wolle beschließen, daß die Referentengebühren einheitlich geregelt werden resp. vom Parteitag die Taggelder festgesetzt werden.

92. Parteigenossen von Berlin I:

Der Parteitag möge für die Buchhandlung Vorwärts einen Gehaltstarif festsetzen, aus welchem das Anfangs- und Höchstgehalt sowie das stufenweise

Steigen desselben bis zum Höchstgehalt nach der Dauer der Tätigkeit ersichtlich ist. Die achtstündige Arbeitszeit ist dabei zu berücksichtigen.

93. Parteigenosse Heinrich Wulf, Hamburg III:

Bei Anstellung in Parteigeschäften ist darauf zu achten, daß diejenigen, welche säen, auch ernten; infolgedessen wahrt die Partei für ihre Mitglieder das Vorrecht auf Anstellung in Parteigeschäften den Gewerkschaften gegenüber und ist den langjährigen, älteren Parteimitgliedern, welche wegen ihrer Parteizugehörigkeit, agitatorisches Streben und Wirken für die Bestrebungen und Zwecke der Partei brotlos geworden, in Not geraten sind und noch mit ihrer Familie Not leiden, das Vorrecht auf Anstellung zu geben.

94. Parteigenossen von Hannover:

Der Parteitag empfiehlt den Leitern von Parteidruckereien und solchen Privatdruckereien, die Druckaufträge von der Partei oder von Gewerkschafts-Organisationen auszuführen haben, bei Abschlüssen von Verträgen über Papierlieferungen darauf zu achten, daß die Papierlieferanten und Papierfabrikanten ihren Arbeitern die Ausübung des politischen und gewerkschaftlichen Vereinigungsrechts nicht wehren.

95. Parteigenossen in Braunschweig und Altenburg sprechen die Erwartung aus, daß in Zukunft die Meinungsäußerungen innerhalb der Partei in einer solchen Form zum Austrag gebracht werden, wie es in einer Partei, deren Angehörige es mit der Erringung der im Programm enthaltenen Ziele ernst meinen, die Pflicht jedes Einzelnen gebieterisch erfordert. Der zum Parteitag nach Bremen Delegierte erhält den Auftrag, zur Verhinderung ähnlicher Vorkommnisse wie in Dresden in der entschiedensten Weise mitzuwirken.

96. Genossen des Wahlkreises Wanzleben:

Da es einer Partei wie der sozialdemokratischen unwürdig ist, den Parteitag zum Tummelplatz nebensächlicher Personenfragen zu machen, ist es Pflicht aller Delegierten, das persönliche Moment bei allen Diskussionen auszuscheiden und durch praktische Arbeit die schädigenden Wirkungen des Dresdener Parteitages aufzuheben.

97. Parteigenossen in Pommern:

Der Parteitag erwartet im Interesse des Ansehens unsrer Partei, daß in Bremen die Wiederholung der Dresdener Vorgänge, wo durch grobe Taktlosigkeit einzelner Genossen die Partei in schwerster Weise geschädigt ist, unterbleibt.

Auseinandersetzungen zwischen Genossen haben sich in sachlicher und anständiger Form abzuspielen.

98. Parteigenossen in Braunschweig:

Der Bremer Parteitag möge bestimmen, daß in jedem großen Parteiort im Anschluß an die Parteizeitung und ihr dienend möglichst große öffentliche Bibliotheken mit Lesezimmern an verkehrsreichen Straßen geschaffen werden, in der Erwägung, daß die Zeitungslektüre allein in der Bildung der Arbeiter große Lücken läßt. Die Benutzung der Bibliothek müßte jedem Erwachsenen ohne Unterschied der Person gewährt sein.

99. Parteigenossen in Windischlauba und Umgegend:

In Fragen der Zollpolitik und Handelsfreiheit unser Programm dahin zu erweitern: Nicht unbedingten, sondern nur bedingten Freihandel zu fordern und über alle Staaten, die unsre Ausfuhrgüter und Waren nicht ebenfalls zollfrei einlassen wollen, die Grenzsperre zu verhängen, d. h. allen Gütern und Waren, die wir innerhalb der deutschen Zollgrenze in genügender Menge selbst erzeugen können, die Einfuhr so lange zu sperren, bis die andren Staaten auch uns Zollfreiheit gewähren.

Diese Forderung hat unsre Fraktion im Parlament etappenweise mit allen zu Gebote stehenden Mitteln durchzusetzen und über deren Erfolg ist das Volk außer in der Presse auch in öffentlichen Versammlungen aufzuklären.

100. Genosse Erb-Hamburg II beantragt eine gründliche Revision des Parteiprogramms und hat hierzu umfangreiches Material eingesandt.

101. Parteigenossen in Königsberg:

In Anbetracht der ungeheuren Schädigungen, welche der Alkohol der Arbeiterschaft verursacht, indem er dadurch insbesondere zu einem großen Hindernis für die Verwirklichung unsrer Ziele wird, hält es der Parteitag im Interesse des Fortschreitens unsrer Bewegung für unbedingt erforderlich, den Alkoholmißbrauch in der Arbeiterschaft zu bekämpfen. Er fordert daher alle Parteigenossen und insbesondre alle Parteizeitungen auf, noch mehr als bisher die Arbeiter auf die Gefahren des Alkoholgenusses aufmerksam zu machen.

102. Parteigenosse Erb-Hamburg II:

Umgestaltung sämtlicher bestehender Krankenkassenarten zu einer Reichs-Krankenkasse mit drei Klassen, bei 20, 40 und 60 Pf. wöchentlichem Beitrag (Arbeitgeber $^1/_3$), und 9, 12 und 15 M. wöchentlichem Krankengelde. Jedem Arbeiter bezw. Arbeiterin soll es freistehen, welcher Klasse sie angehören wollen. Abschaffung der Krankenkontrolle, dafür ist jedoch jede Person, die eine krankgemeldete Person beschäftigt, in Strafe zu nehmen. Aufsicht durch die Gewerbe-Inspektion. Betrieb von Apotheken und Heilanstalten in Selbstregie. Anstellung von Aerzten mit festem Gehalt. Während Arbeitslosigkeit deckt die Invalidenversicherung die Beiträge zur Krankenkasse.

103. Die Verwaltungen der Invalidenversicherung haben jährlich eine gedruckte Abrechnung den beteiligten Versicherten zum Selbstkostenpreise zur Verfügung zu stellen oder sonstwie bekannt zu geben. Die Abrechnung soll enthalten: 1. Wieviel Rentenempfänger unterstützt und wieviel abgewiesen wurden? Welche Einzelpersonen und welche Gesellschaften haben von der Invalidenversicherung Kapitalien erhalten und zu welchem Zwecke? 3. Welche Höhe haben die einzelnen Gehälter und wie hoch sind die Ausgaben für Verwaltung? 4. Einnahme und Ausgabe.

104. Für Staatsanstellungen in den Polizeibehörden und Gendarmerien ist ein Staatsexamen einzuführen; nur wer ein solches Examen besteht, soll Anstellung erhalten. Dieses Examen muß klare Instruktionen erhalten, damit die so oft vorkommenden gesetzwidrigen Vergehen von seiten dieser Organe, sowie die vielen Mißgriffe in der Behandlung des Vereins- und Versammlungsrechtes, in Fortfall kommen.

105. Parteigenossen von Elbing, Potsdam-Spandau-Osthavelland:

Die Partei möge unter den Proletariern, die zur Armee einberufen werden, vor dem Eintritt in dieselbe in geeigneter Weise Propaganda für die Ideen des Sozialismus machen. Insbesondere sind die künftigen Soldaten durch Broschüren über ihre Pflicht gegenüber dem sogenannten „inneren Feinde" aufzuklären. In diesen Broschüren ist den Soldaten auch Rat zu erteilen, wie sie sich angesichts der zahlreichen Soldatenmißhandlungen zu verhalten haben.

106. Parteigenossen in Königsberg.

In Erwägung:

daß das abscheuliche Willkürregiment in Rußland auf das entschiedenste im Interesse der Kultur bekämpft werden muß, daß die russischen Genossen, welche diesen Kampf unter den schwersten Opfern führen, der Unterstützung auch der deutschen Sozialdemokraten versichert sein dürfen;

in Erwägung:
daß die preußischen Justizbehörden denjenigen deutschen Parteigenossen, welche den russischen Genossen durch Mitwirkung bei der Verbreitung von Agitationsschriften offen vor den Augen der deutschen Behörden behilflich gewesen sind, durch Erhebung einer Anklage von Geheimbündelei diese Mitwirkung zu unterbinden versucht haben,

beschließt der Parteitag:

1. es ist eine selbstverständliche Pflicht internationaler Solidarität, den russischen Parteigenossen bei der Verbreitung von Druckschriften, sofern sie nicht gegen die deutschen Gesetze verstoßen, gefällig zu sein;
2. diesen Beschluß der Staatsregierung noch ausdrücklich bekannt zu machen.

107. Parteigenossen in Potsdam-Spandau-Osthavelland schließen sich dem Antrag der Königsberger Genossen an:

Der Parteitag möge durch eine Resolution den Zarismus brandmarken und die Pflicht aller deutschen Sozialdemokraten, unsren russischen Brüdern in ihrem schweren Kampfe nach Kräften, insbesondere bei dem Transport sozialdemokratischer, in Deutschland nicht verbotener Literatur nach Rußland beizustehen, ausdrücklich feststellen; diese Resolution ist mit Rücksicht auf § 128 des Deutschen Strafgesetzbuchs den zuständigen Behörden ausdrücklich bekannt zu geben.

Parteitag 1905.

108. Parteigenossen in Breslau:

Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, während des kommenden Jahres in geeigneter Weise die öffentliche Aufmerksamkeit auf die bevorstehende grundlegende Abänderung des Strafrechts zu lenken und auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages den Punkt „Sozialdemokratie und Strafrecht" zu setzen.

109. Parteigenossen in Hamburg III (Hamm), Berlin V, Freiburg i. B., J. Michaelis-Berlin, Ortsgruppe des Arbeiter-Abstinentenbundes in Mannheim, Genosse C. Wolfstein- und M. Behnke-Hamburg beantragen auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen: „Die Alkoholfrage".

110. Parteigenossen von Spandau und Kiefstedt-Hannover-Linden nebst 88 Genossen beantragen, auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen: „Der Generalstreik".

111. Parteigenossen in Potsdam-Spandau-Osthavelland beantragen, auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen: „Der politische Streik".

112. Parteigenossen in Dortmund beantragen, den nächsten Parteitag in Dortmund abzuhalten.

113. Parteigenossen in Jena beantragen, den nächsten Parteitag in Jena abzuhalten.

114. Parteigenossen in Baden beantragen, den nächsten Parteitag in Baden, wenn möglich in Karlsruhe abzuhalten.

115. Parteigenossen in Mannheim beantragen, den nächsten Parteitag in Mannheim abzuhalten.

116. Parteigenossen in Nürnberg beantragen, den nächsten Parteitag in Nürnberg abzuhalten.

117. Parteigenossen in Stettin und der Provinzialparteitag von Pommern beantragen, den nächsten Parteitag in Stettin abzuhalten.

Nachträglich eingegangene und während der Verhandlungen gestellte Anträge.

118. Ulrich und 22 Genossen:

Sämtliche Lokalorganisationen führen, unter Beseitigung ihrer derzeitigen besonderen Marken, eine einheitliche, von der Berliner Zentralkasse ausgegebene Beitragsmarke zu 10 Pf. ein. Diese Marke wird von der Zentralorganisation an die Landes- resp. Provinzialorganisationen, von diesen an die Kreiskassen und von den letzteren an die Lokalkassen gegen Barzahlung verkauft. Dabei kommt eine Staffelung der Preise derart zur Anwendung, daß den einzelnen Organisationen ein ihren Bedürfnissen entsprechender Prozentteil der Beiträge verbleibt. Die Bestimmung über den Preis, zu dem die Marken an die Landes- resp. Provinzialorganisationen abgegeben werden, steht dem Parteitag, die weitere Staffelung nach unten den Landes- resp. Provinzialkonferenzen zu. Die moralische Verpflichtung zur Abführung höherer Beiträge seitens leistungsfähiger Wahlkreise oder von freiwilligen Spenden seitens einzelner Parteigenossen bleibt davon unberührt.

119. Parteigenossen in Sachsen:

Der Mainzer Parteitagsbeschluß, betreffend die Beteiligung an den Landtagswahlen wird aufgehoben. Die Beschlußfassung über die weitere Beteiligung an den Landtagswahlen wird den in Betracht kommenden Parteigenossen der einzelnen Länder, Provinzen resp. Wahlkreisen derselben überlassen.

120. Parteigenossen in Konstanz:

a) Der Parteivorstand wird beauftragt, sozialistische Jugendvereine zu gründen.

b) Der Parteitag wolle der Gründung eines Unterrichtswerkes näher treten, welches dem Lehrgang der bereits bestehenden Arbeiterbildungsschulen entspricht. Den nach Wissen Verlangenden, sowie der Allgemeinheit allerorts die Gelegenheit zu bieten, durch systematische Bearbeitung des Stoffes sich von Stufe zu Stufe, von Grund an, ein höheres Wissen anzueignen.

121. Parteigenossen in Stuttgart:

Der Parteitag möge beschließen, daß der Parteitag 1905 sich mit der Frage zu beschäftigen hat, wie es zu ermöglichen sei, daß mit der zunehmenden Zahl der Parteianhänger auch die Ausbildung und Schulung derselben gleichen Schritt hält, was um so notwendiger ist, als die gegenwärtigen Zustände einer Verflachung entgegenführen. Es wäre zu prüfen, ob eine Lösung dieser Frage wohl in Verbindung mit der Schaffung möglichst umfassender Jugendorganisationen geschaffen werden kann.

122. Parteigenossen in Bremen:

Der Parteitag beschließt die Reorganisation der Partei im Sinne der Breslauer Vorschläge. Zur gründlichen Vorbereitung einer Umarbeitung des Organisationsstatuts setzt der Parteitag eine Kommission von 25 Mitgliedern ein, die aus Angehörigen der wichtigsten Bundesstaaten und Provinzen zusammengesetzt ist. Diese Kommission hat spätestens drei Monate vor Stattfinden des nächsten Parteitages einen neuen Organisationsentwurf auszuarbeiten und den Parteigenossen zur Diskussion zu unterbreiten. Die Beschlußfassung darüber erfolgt auf dem nächstjährigen Parteitage.

123. Parteigenossen in Westpreußen:

In das Organisationsstatut eine Bestimmung aufzunehmen, welche vorschreibt, daß nur solche Parteigenossen als Delegierte zum Parteitag gewählt und als Kandidaten zum Reichstag aufgestellt werden können, die seit mindestens drei Jahren der Partei angehören.

124. Parteigenossen in Stuttgart:

Der Parteitag möge die Herausgabe eines Illustrierten Wochenblatts beschließen.

125. Parteigenossen in Luckenwalde:

Der Parteivorstand wird beauftragt, bei geeigneten Genossen die Abfassung einer Agitationsbroschüre anzuregen, betitelt: „Der Klassenkampf im Klassenstaat." In dieser Broschüre soll systematisch und in kurzen Worten und in Form einer Rede der Klassencharakter des Staats und der heutigen Einrichtungen dargelegt werden.

Es soll dargelegt werden der Klassencharakter der Schule, der Kirche, der Justiz, der Armee, der Wohnungsverhältnisse usw. Es soll an allen diesen Einrichtungen, deren Klassencharakter ja schon in besonderen Broschüren genügend dargelegt worden ist, zusammenfassend in einer Broschüre der Klassencharakter des heutigen Staats unter Hinweis auf die Quellen gezeigt werden.

Wenn so an den Erscheinungen des alltäglichen Lebens, an den Einrichtungen, die ihn fortwährend umgeben, dem Proletarier das Klassenunrecht klar und deutlich vor Augen geführt wird, dann wird diese Agitationsschrift sehr wesentlich dazu beitragen, aus indifferenten, ihrer Klassenlage nicht bewußten Proletariern zielbewußte Klassenkämpfer zu machen.

126. Parteigenossen in Hohenstein-Ernstthal:

Um einem längst gefühlten Bedürfnis abzuhelfen, möge der Parteitag beschließen, aus Parteimitteln eine Jugendschrift, analog der Hütte, ins Leben zu rufen, welche den Anforderungen, welche an eine derartige Zeitschrift gestellt werden können, genüge leistet.

127. Antrag Pfannkuch (Parteivorstand):

Sekretäre sind nach Bedürfnis anzustellen.

Die Parteiorte bezw. Kreise oder Provinzial-Agitationskomitees haben das Vorschlagsrecht.

Das Vorschlagsrecht ist für den Parteivorstand, dem das Recht der Anstellung zusteht, nicht bindend.

Das Anfangsgehalt der Sekretäre beträgt 2000 Mk., steigend von 3 zu 3 Jahren um 200 Mk.

Der Parteivorstand ist um einen Sekretär zu vermehren.

128. Kasch und 33 Genossen:

Zur gründlichen Vorbereitung einer Umarbeitung des Organisationsstatuts setzt der Parteitag eine Kommission von 25 Mitgliedern ein, die aus Angehörigen der wichtigsten Bundesstaaten und Provinzen zusammengesetzt ist. Diese Kommission hat spätestens drei Monate vor Stattfinden des nächstjährigen Parteitages einen neuen Organisationsentwurf auszuarbeiten und den Parteigenossen zur Diskussion zu unterbreiten. Die Beschlußfassung darüber erfolgt auf dem nächstjährigen Parteitage.

129. Bittorf und 19 Genossen:

In Erwägung, daß die Vereinsgesetze im größten Teil des Deutschen Reiches den Frauen das politische Vereinsrecht vorenthalten, daß aber dem Wesen der sozialdemokratischen Partei entsprechend den Genossinnen das Recht gewahrt bleiben muß, Mitglieder der sozialdemokratischen Partei zu sein und als gleichberechtigt an ihren Arbeiten und Entscheidungen teilzunehmen; daß mithin die Anträge auf Reorganisation der Partei in dieser Beziehung besonderer Prüfung bedürfen, beantragt die Frauenkonferenz:

Der Parteitag wolle die Anträge zur Abänderung des Organisationsstatuts einer Kommission überweisen, welcher auch Vertreterinnen der Genossinnen angehören.

130. Liebknecht-Berlin und 22 Genossen:

Der Antrag 20 wird dem Parteivorstand zur Prüfung dessen überwiesen, ob und in welcher Weise der von dem Antrag 20 erstrebte Zweck durch eine Arbeitsteilung innerhalb des Vorstandes mit dem Erfolg erreicht werden kann, daß einige Mitglieder des Vorstandes die speziellen Funktionen einer Zentral-Agitationskommission führen.

131. Resolution, Bielefeld betreffend:

Neuerdings mehren sich die Fälle mit der Zunahme der Kämpfe auf wirtschaftlichem Gebiete, die zu Anklagen führen gegen solche Parteigenossen, welche als Mitglieder einer Gewerkschaft bei Streiks oder Aussperrungen durch ein entehrendes Verhalten die Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei verloren haben sollen.

Dagegen ereignet es sich sehr selten, daß ein Ehrenstreit bei gewerkschaftlichen Organisationen deshalb zur Einleitung oder zum Austrag kommt, weil ein der Berufsgenossenschaft zugehörender Parteigenosse es verschuldeterweise unterläßt, in den Stunden des politischen Klassenkampfes und zum Zweck einer erfolgreichen Agitation für die sozialdemokratische Partei seine Pflicht einigermaßen oder nach ganzem Vermögen zu erfüllen.

Es besteht unter der klassenbewußt kämpfenden Arbeiterschaft keine Meinungsverschiedenheit darüber, daß bei der Notwendigkeit, mit der Waffe des Streiks zu kämpfen, der mit Bewußtsein geübte Streikbruch als eine ehrlose Handlung gebrandmarkt und verurteilt werden muß.

Mit Rücksicht auf diese schweren Folgen in der Ahndung einer unsolidarischen Handlungsweise muß von Fall zu Fall eine Beurteilung des Deliktes in subjektiver und objektiver Hinsicht vorangehen, ehe der sozialdemokratische Richter die schwerste Strafe zur moralischen Vernichtung eines bisherigen Parteigenossen ausspricht.

In der Bielefelder Streitsache bestreitet keine Richtung, daß die Tendenz der Streikbewegung sich gegen die Organisation der Unternehmer, gegen Verband oder Innung, richtete. Es lautete demgemäß die Kampfparole.

Der Meister des Genossen Schweckendiek steht diesem Prinzipalring ferne; es konnte wenigstens seine Zugehörigkeit zu der befehdeten Gemeinschaft nicht behauptet werden. Der Arbeitgeber ließ seine Bereitwilligkeit zur Bewilligung der Forderungen der Gewerkschaft — wie es scheint glaubhaft — versichern; sein Verhältnis zu dem alten Arbeiter war ein freundschaftliches. Als wesentlich steht fest, daß sein Geschäft in jenen Stadium des Kampfes, da Schwedendiek fortarbeitete, nicht unter die Zahl der Firmen zählte, die durch die Arbeitsniederlegung zur Nachgibigkeit gebracht werden sollten.

Objektiv liegt — wenn dies anders aufzufassen war — ein Fehler der Streiktaktik vor, wenigstens eine Abweichung von der sonst in den gewerkschaftlichen Kämpfen angewandten strategischen Methodik.

Es darf aus diesem Grunde angenommen werden, daß die Auffassung Schweckendieks über seine Stellung in diesem Streik auf dieser Tatsache begründet ist, abgesehen davon, daß Schweckendiek für eine besondere Berücksichtigung seines hohen Alters und der für seine Ueberzeugung gebrachten materiellen Opfer sich auf Beispiele aus der Streikpraxis berufen konnte.

Zweifellos wirkte diese Absonderung von der um ihre berechtigten Forderungen kämpfenden Kollegenschaft schädigend auf den Streik; es darf aber nach der objektiven Lage des Falles bestritten oder mindestens bezweifelt werden, ob bei Schweckendiek das Bewußtsein für das Unrecht vorhanden war.

Die Kontrollkommission hält den Beweis für die Schuld des Schweckendiek nicht für erbracht und bestätigte das freisprechende Urteil des Schiedsgerichtes; sie kam auch bei objektiver Würdigung aller Momente zur Ansicht, daß es der

Streikkommission nicht unmöglich gewesen wäre, den Fall Schweckendiek mit einigem Geschick im geeigneten Augenblick ohne Erregung der Gemüter der Arbeiterschaft beizulegen. Die Kontrollkommission.

132. Resolution, Mülhausen betreffend.

Ein Teil des Beschlusses der Kontrollkommission, in Sachen der Mülhausener Genossen, bestand darin, „die Parteigenossen Mülhausens aufzufordern, bis zur Erledigung der zu erhebenden Beleidigungsprozesse den Genossen Emmel mit Vertrauensposten nicht zu betrauen."

Dieser Beschluß wurde nach eingehender Verhandlung des Sachverhalts gefaßt, mit dem die Kontrollkommission sich bereits wiederholt beschäftigt hatte. Es war der mildeste Ausdruck der Konsequenzen, welche sich nach dem einstimmigen Urteil der Kontrollkommission aus dem vorliegenden Tatsachenbestand ergaben.

Der Mülhauser Arbeiter-Wahlverein hat es für gut befunden, sich über diesen Teil der Entscheidung der Kontrollkommission hinwegzusetzen. Bei Kenntnisnahme der Entscheidung erklärte er, der Aufforderung nicht nachzukommen, da kein Grund vorliege, Emmel auf die bloße Anschuldigung Weßbechers hin das Vertrauen zu entziehen. Er beschloß, die Kandidatur Emmels für den Landesausschuß aufzustellen.

Die Kontrollkommission erblickt in diesem Verhalten einen schweren Verstoß gegen die parteigenössische Disziplin, einen Verstoß, welcher die schärfste Rüge herausfordert.

Der Arbeiter-Wahlverein hatte es in der Sache gar nicht mit Weßbecher und seinen Anschuldigungen zu tun, wohl aber mit einem Beschluß der Parteiinstanz, welche vom Parteitag laut Organisation berufen war, in der schwebenden leidigen Angelegenheit zu entscheiden. Die Kontrollkommission hatte diese ihre Aufgabe pflichtgemäß erfüllt.

Die sachliche Grundlage ihres Beschlusses bildete denn auch keineswegs bloß Weßbechers Anschuldigungen, sondern noch reiches anderweitiges Tatsachenmaterial.

Die Kontrollkommission erachtet es für ihre Pflicht, auf die höchst bedenklichen Konsequenzen hinzuweisen, die unvermeidlich werden, wenn die von den Mülhauser Genossen beliebte unverantwortliche Disziplinwidrigkeit ungerügt hingeht. Sie erwartet, daß der Parteitag mit ihr übereinstimmt in der schärfsten Verurteilung des Vorgangs.

Diese Verurteilung trifft sowohl die Mitglieder des Mülhauser Arbeiter-Wahlvereins, wie den Genossen Emmel, der durch Annahme des Mandats in der gekennzeichneten Situation den Disziplinbruch unterstützte.

Die Kontrollkommission.

133. Resolution zu Punkt 3 der Tagesordnung. (Fall Schippel.)

„Der Parteitag mißbilligt auf das schärfste die Unklarheit und Zweideutigkeit, mit welcher der Genosse Schippel seit langem in Wort und Schrift sich gegenüber der Frage der Lebensmittelzölle verhalten und dadurch unsren Feinden Material gegen die Partei geliefert hat.

Wenn schließlich der Genosse Schippel, durch die Fraktion zu klarer Stellungnahme gedrängt, erklärte, daß er Gegner der Agrarzölle sei und in der Zolltariffrage die Stellung der Partei teile, so war es um so unbegreiflicher und unverzeihlicher, daß er seit Jahren seinen ganzen Scharfsinn und sein ganzes Können aufbot, um zu beweisen, daß vom agrarischen Standpunkt aus die Forderung der Agrarzölle gerechtfertigt sei, eine Aufgabe, die wahrlich nicht diejenige eines Sozialdemokraten sein kann.

Der Parteitag mißbilligt aber auch entschieden den häßlichen und hochfahrenden Ton, in dem der Genosse Schippel die Polemik gegen die Partei und Parteigenossen führte, ein Verfahren, das sich um so weniger rechtfertigt, als er seinen Standpunkt in der Agrarfrage von Grund aus gewechselt hat." Bebel.

Auf Antrag sind die fettgedruckten Worte gestrichen.

134. Amendement zur Resolution Bebel (Resolution 133).

„Der Parteitag erklärt weiter, daß das Vertrauen, dessen ein Genosse zur Bekleidung von Vertrauensstellungen in der Partei unbedingt bedarf, gegenüber dem Genossen Schippel aufs tiefste erschüttert ist und daß, wenn Schippel fortfährt, in der bisherigen Weise zum Schaden der Partei zu wirken, er gezwungen sein wird, die Konsequenzen seines Verhaltens zu ziehen."

Freythaler-Berlin und 31 Genossen.

135. Resolution zu Punkt 3 der Tagesordnung (Fall Schippel).

„Der Parteitag mißbilligt die Stellungnahme des Genossen Schippel zu den zollpolitischen Fragen und spricht ihm einen Tadel dafür aus, daß er durch seine handelspolitischen Vorträge und Artikel den Anschein erweckt hat, als hätten die Agrarier ein Recht auf Lebensmittelzölle." Paeplow u. 25 Genossen.

136. Resolution zum Punkt 3 der Tagesordnung (Fall Schippel).

„Der Parteitag mißbilligt den Ton, in dem die Polemik zwischen Schippel und einigen Parteigenossen in der Zollfrage geführt wurde;

er bekräftigt aufs neue die Resolution des Mainzer Parteitages von 1900 in bezug auf die Grundsätze der Verkehrs- und Handelspolitik der Reichsregierung;

er nimmt von der Erklärung des Genossen Schippel, daß er entschiedener Gegner der Agrarzölle ist, Kenntnis und geht damit über diese Angelegenheit zur Tagesordnung über." Bernstein.

137. Resolution zu Punkt 3 der Tagesordnung (Fall Schippel).

„Der Parteitag erklärt den von dem Genossen Schippel in der Frage der Zoll- und Handelspolitik eingenommenen Standpunkt für unvereinbar mit der handelspolitischen Grundauffassung der Partei. Er ist weit entfernt von jeder Beschränkung der freien Meinung und Meinungsäußerung innerhalb der Partei, erklärt jedoch die Stellung eines Abgeordneten, der in wichtigen Grundfragen der praktischen Politik zu der grundsätzlichen Auffassung der Gesamtpartei in scharfem Widerspruch steht, für politisch und moralisch unhaltbar und fordert daher den Genossen Schippel zur Niederlegung seines Reichstagsmandates auf." Katzenstein.

138. Zusatz zur Resolution 106. (Fremdenrecht.)

Des weiteren ersucht der Parteitag die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, einen Gesetzentwurf einzubringen zur Schaffung eines der modernen Kultur entsprechenden Rechts der Fremden im Deutschen Reiche und insbesondere zur Sicherung von Ausländern gegen die seit längerer Zeit befolgte und neuerdings verschärfte, verwerfliche Praxis der Auswandererpolizei, sie durch Nötigung zum Lösen von Fahrkarten nach bestimmten Ländern bestimmten Reedern in die Hände zu spielen und sie im Falle der Weigerung ihrem Heimatslande auszuliefern. Bernstein, Bebel.

139. Der Parteitag wolle beschließen, dem Antrag 128 folgende Fassung zu geben:

Zur gründlichen Vorbereitung einer Umarbeitung des Organisationsstatuts setzt der Parteitag eine Kommission von 23 Mitgliedern ein, die aus Angehörigen der wichtigsten Bundesstaaten und Provinzen zusammengesetzt ist. Diese Kommission hat spätestens drei Monate vor Stattfinden des nächstjährigen

Parteitages einen neuen Organisationsentwurf auszuarbeiten und den Parteigenossen zur Diskussion zu unterbreiten. Die Beschlußfassung darüber erfolgt auf dem nächstjährigen Parteitage.

In der Kommission sollen vertreten sein: Preußen mit 9, Bayern mit 2, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen, Elsaß-Lothringen, Thüringische Kleinstaaten, Mecklenburg, Hamburg mit je 1 Delegierten. Außerdem sollen die Parteigenossinnen und der Parteivorstand durch je 2 Delegierte vertreten sein.

In Vorschlag werden gebracht für Preußen: Freythaler-Berlin für Berlin, Silberschmidt-Berlin für Brandenburg; Braun-Königsberg für Ost- und Westpreußen, Löbe-Breslau für Schlesien, Gewehr-Elberfeld für Rheinland-Westfalen, Meister-Hannover für Hannover, Vater-Magdeburg für Provinz Sachsen, Frohme-Hamburg für Schleswig-Holstein, Heinrich Schmidt-Stettin-Grabow für Pommern. Vollmar-München und Segitz-Fürth für Bayern. Sindermann-Dresden für Sachsen. Wasner-Stuttgart für Württemberg. Dreesbach-Mannheim für Baden. Ulrich-Offenbach a. M. für Hessen. Böhle-Straßburg in Elsaß für Elsaß-Lothringen. Baudert-Apolda für die Thüringische Kleinstaaten. Dittrich-Rostock für Mecklenburg. Paul Hoffmann-Hamburg für Hamburg. Zetkin-Stuttgart und Zietz-Hamburg für die Genossinnen.

Die Vertreter des Parteivorstandes sind von diesem zu bestimmen.

Für den Fall, daß einer der Gewählten verhindert sein sollte, an den Arbeiten der Kommission teilzunehmen, können die Genossen des betreffenden Landesteiles einen andren erfahrenen Parteigenossen in Vorschlag bringen, der dann vom Parteivorstand zu berufen ist. Gerisch.

140. Lienau und 34 Genossen:

Der Parteitag verurteilt auf das entschiedenste den rüden Ton, den die Leipziger Volkszeitung in einer Notiz in der Nr. 221 vom 22. September dieses Jahres gegen den Genossen Südekum wegen dessen Ausführungen auf dem Parteitag anschlägt. Der Parteitag fordert die Leipziger Volkszeitung auf, sich für die Folge eines anständigen Tones gegenüber Parteigenossen zu befleißigen.

141. Gruenwaldt und 16 Genossen:

Kaum hat der Parteitag gegen einen Genossen einen Tadel wegen des „häßlichen und hochfahrenden Tones" seiner Polemik beschlossen, so setzt sich ein bekanntes Parteiblatt rücksichtslos über diesen Beschluß hinweg und unternimmt gegen einen Genossen wegen dessen Ausführungen auf diesem Parteitag einen Angriff, wie er in so beleidigender und gehässiger Form in der Partei wohl noch kaum dagewesen ist. Die unterzeichneten Delegierten sprechen hierdurch über den ganz unqualifizierbaren Ausfall der „Leipziger Volkszeitung" gegen den Genossen Südekum ihre (tiefste*) Entrüstung aus und erwarten, daß die Genossen allenthalben einer solchen, der Partei unwürdigen Kampfesweise mit aller Entschiedenheit entgegentreten werden.

142. Der Parteivorstand wird beauftragt, in seinen Bericht eine Zusammenstellung der schwersten und charakteristischsten der bekannt gewordenen Soldatenmißhandlungen aufzunehmen. Katzenstein.

143. Resolution. Veranlaßt durch die immer wiederkehrenden Fälle von Soldatenmißhandlungen rohester und ehrlosester Art erhebt der Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands flammenden Protest gegen diese Betätigungen nichtswürdiger Gesinnung, wie auch gegen das System, aus dem sie immer neu hervorwachsen.

*) „tiefste" ist auf Antrag gestrichen.

Der Parteitag macht es allen unter der Fahne stehenden jungen Männern zur heiligsten Pflicht, sich selbst jeder Art von Mißhandlung oder Ehrverletzung gegen Kameraden oder Untergebene sorgfältigst zu enthalten, zugleich aber auch zur Hintanhaltung beziehungsweise Ahndung aller gegen sie selbst oder Kameraden gerichteten Gewalttätigkeiten oder Rohheiten jede gesetzlich zulässige Beihilfe zu leisten.

Zugleich richtet der Parteitag an die Militärbehörden die dringendste Aufforderung, ihren oft in Worten bekundeten guten Willen in dieser Richtung durch Anwendung der erforderlichen Maßregeln von unbeugsamster Entschiedenheit gegen Menschenquälereien aller Art wie auch gegen die verantwortlichen Vorgesetzten in die Tat umzusetzen.

Katzenstein. v. Vollmar. Bebel.

144. Resolution. Gemäß der sozialdemokratischen Forderung auf Weltlichkeit der Schule erklärt der Parteitag, sowohl gegenüber den Verpfaffungsbestrebungen der vereinigten Konservativen, Ultramontanen und Nationalliberalen als auch gegenüber der einseitigen liberalen Agitation für die Simultanschule, daß pädagogische, ethische und politische Gründe die völlige Trennung der Schule von der Kirche und damit die Beseitigung des Religionsunterrichts aus der Volksschule verlangen.

Der Parteitag erklärt ferner, daß die Volksschule wie das ganze Erziehungswesen über die Regelung der religiösen Frage hinaus einer grundsätzlichen Reform an Haupt und Gliedern durch ein Reichsschulgesetz bedarf, und zwar auf dem Wege, den die vom Bürgertum längst verleugneten revolutionären Pädagogen des Bürgertums, insbesondere Comenius und Pestalozzi, ferner Goethe und Karl Marx gewiesen haben.

Der Parteitag erklärt endlich, daß keine bürgerliche Partei ein unmittelbares und uneigennütziges Interesse an der Volksschule hat. Die Befreiung der Volksschule aus ihrer heutigen unwürdigen Stellung als Magd der herrschenden Klassen und der Kirche kann nur das Werk der Arbeiterklasse vermittelst des Klassenkampfes sein. Klara Zetkin. Heinrich Schulz.

145. Dr. Michels und 19 Genossen:

Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie beglückwünscht die italienischen Genossen zu ihrem tapfern und siegreichen, durch den politischen Massenstreik ausgefochtenen Kampfe auf das Herzlichste.

146. Zusatz-Antrag zur Resolution Katzenstein-Vollmar-Bebel.

„Der Parteitag erhebt entschieden Protest gegen die in letzter Zeit immer mehr geübte Praxis der Militärgerichte, den Ausschluß der Oeffentlichkeit bei ihren Verhandlungen herbeizuführen.

Der Parteitag stellt fest, daß solche Heimlichkeit den schlimmsten Vermutungen Raum gibt und den Beweis liefert für die Unerträglichkeit der militärischen Sonderinteressen mit den anerkannten Rechtsgrundsätzen unsrer Zeit."

Carl Meist.

147. Resolution betreffend Kerrl-Delmenhorst.

Die Kommission spricht aus, daß die Delmenhorster Genossen aus der nicht klaren Buchführung den Schluß ziehen konnten, daß die Partei geschädigt worden ist. Um den Frieden in der Partei in Delmenhorst wiederherzustellen, hat die Kommission den beteiligten Parteien — den Vertretern der Delmenhorster Genossen einerseits, dem Genossen Kerrl andrerseits folgenden Vorschlag unterbreitet: Genosse Kerrl wird in den sozialdemokratischen Verein aufgenommen, nachdem er der Kommission die Erklärung abgegeben hat, nach der Aufnahme

alles zu vermeiden, was zu Differenzen Anlaß geben könnte. Die Vertreter der Delmenhorster Genossen verpflichten sich, dahin zu wirken, daß wegen der fraglichen Angelegenheit keine Angriffe mehr erhoben werden. Die Angelegenheit ist von beiden Parteien nun als vollständig erledigt zu betrachten. Beide Parteien gaben unter Hervorkehrung des Friedensbedürfnisses der Kommission die gewünschte Erklärung ab. Der Parteitag erwartet nunmehr von den Delmenhorster Genossen, daß sie die Aufnahme des Genossen Kerrl in den sozialdemokratischen Verein nach den üblichen Formalitäten vollziehen.

Die Kontrollkommission.

148. Zusatz zu Antrag 33: Heinrich Bartels und 20 Genossen:

Die angeführten Adressenverzeichnisse sind nicht auf Konto des bisherigen Textumfanges zu bringen, sondern als eine Erweiterung des bisherigen Kalenderinhalts aufzuführen.

149. Jacobsen und Wolf-Pankow:

Der Parteitag wolle beschließen, der Reichstagsfraktion dringend zu empfehlen, einen Gesetzentwurf dem Reichstag alljährlich zu unterbreiten, der das Recht auf Arbeit fordert.

150. Sozialdemokratischer Verein Bochum: In Erwägung, daß die Maifeier ihren Zweck als Propaganda- und Demonstrationsmittel für die Ideen des Sozialismus nur erfüllen kann, wenn die Beteiligung eine wirklich massenhafte, dies aber nur bei einheitlicher Form zu erwarten ist; in fernerer Erwägung, daß an eine massenhafte Beteiligung bei einer Feier durch Arbeitsruhe nach bisherigen Erfahrungen in Deutschland in absehbarer Zeit nicht gedacht werden kann; in weiterer Erwägung, daß es nicht angeht, dem opferwilligen Teile der Genossen dennoch länger die moralische Pflicht aufzuerlegen, ihre Existenz aufs Spiel zu setzen oder sie mindestens den Ausfall des Arbeitslohnes erleiden zu lassen, während die Nichtfeiernden unter den obwaltenden Verhältnissen nach wie vor als gleichberechtigte Genossen anerkannt werden müssen, möge der Parteitag beschließen, die Maifeier grundsätzlich am ersten Sonntag im Mai zu begehen.

151. Resolution Richard Fischer zur Maifeier:

In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der internationalen Arbeiterkongresse in Paris 1889, Brüssel 1891, Zürich 1893, London 1896, Paris 1900 und Amsterdam 1904 feiert die deutsche Sozialdemokratie den 1. Mai als das Weihefest der Arbeit, gewidmet den Klassenforderungen des Proletariats und dem Weltfrieden. Als die würdigste Feier des 1. Mai betrachtet die Partei die allgemeine Arbeitsruhe. Der Parteitag macht es daher den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht, neben den andren Kundgebungen für die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten und überall da, wo die Möglichkeit für Arbeitsruhe vorhanden ist, die Arbeit am 1. Mai ruhen zu lassen.

Protokoll.

Vorversammlung

am Sonntag, den 18. September 1904, abends 7 Uhr.

Heute abend tritt hier im großen Saale des „Kasino" der deutsche Parteitag zusammen, der fünfzehnte seit Fortfall des Sozialistengesetzes. Die Bremer Genossen haben es vortrefflich verstanden, dem Kongreß eine würdige Stätte zu bereiten. Ein mächtiges Schild, das von grünen Laubgewinden und roten Fähnchen umrahmt ist, während ein großes Banner in den Bremer Stadtfarben: rot und weiß darüber weht, verkündet über dem Hausportale, daß hier der Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands seine Beratungen abhalten wird. In dem Flur, der zum Saale führt, grüßt von rotem Postamente die Büste Liebknechts, eine Arbeit des Berliner Bildhauers May. Der mächtige Saal selber hat sozialistischen Schmuck angelegt. An den Säulen, die die Galerie tragen, sind fünfzig prächtige Gewerkschaftsfahnen in Gruppen zu zwei und drei angebracht. Sozialistische Inschriften in Goldbuchstaben auf rotem Grunde laufen um den Balkon der Galerie herum, während in seinen Mittelfeldern auf Schildern die Namen der bisherigen Parteitage verzeichnet sind. An der einen Seite des Saales erhebt sich aus immergrünen Gewächsen eine eindrucksvolle Gruppe: die Kolossalstatue der Freiheit und darunter die Büsten von Lassalle, Engels und Karl Marx. Für das Bureau ist die breite Bühne bestimmt, während die Redner von der Tribüne davor, die zwischen den Tischen für die Presse steht, sprechen werden. Die Delegierten sind an breiten bequemen Tischen untergebracht, die in sechs in der Mitte geteilten Längsreihen das Parterre des Saales füllen. Die Räume unter der Galerie sind heute für die Zuschauer freigegeben, während sie an den übrigen Tagen frei bleiben sollen. Eine dicht gedrängte Menge, die Bremer Parteigenossen und Genossinnen, füllt sie heute und die Galerie, die etwa tausend Zuhörern Platz bietet.

Männergesang leitet um 7 Uhr die Eröffnung des Parteitages ein. Ein freier Chor, der sich aus allen Arbeitergesangvereinen Bremens gebildet hat, bringt Emanuel Wurms Festgesang und die Pottiersche Internationale in Franz Diederichs Uebertragung zum Vortrag. Lebhafter Beifall dankt den Sängern.

Dann betritt, von stürmischem Beifall begrüßt, der Vertreter der bremischen Sozialdemokratie im Reichstage

Schmalfeldt die Rednertribüne und heißt die Parteigenossen im Namen des Bremer Lokalkomitees herzlich willkommen. Die Bremer werden es sich angelegen sein lassen, den Delegierten den Aufenthalt so angenehm als möglich zu machen. Auch in Bremen ist früh die Fahne des Sozialismus entfaltet worden. Ein einfacher Tischlergeselle, der aus Hamburg hierher gekommen war, Deckwitz mit Namen, hat zuerst den Samen des Sozialismus hier ausgestreut; im April 1864 wurde er durch einen eigenhändig von Lassalle, jenen unvergeßlichen Agitator

und Organisator, unterzeichneten Brief zum Vorsitzenden und Bevollmächtigten des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins ernannt. Die Bremer Parteigenossen haben stets schwer zu kämpfen gehabt, einerseits gegen ein übermütiges, fast übermächtiges Großkapital, andrerseits gegen die damals noch rückständige im Schlepptau der bürgerlichen Parteien sich befindende Arbeiterklasse. Aeußerst schwer war der Kampf auch deshalb, weil man stets mit Erfolg versuchte, den sogenannten Lokalpatriotismus unter den Bremern zu hegen und zu pflegen. Alles, was von auswärts kam, wurde in Acht und Bann gethan, bei den Bremer Großkaufleuten stand das Wort in Geltung: „Ausländer, Fremde sind es zumeist, die unter uns gesät den Geist der Rebellion." Und noch bis auf den heutigen Tag wird jeder, der über das Weichbild Bremens hinaus geboren ist, als Ausländer betrachtet und entsprechend behandelt. Im Jahre 1895 wurde ein einfacher Arbeiter Heinrich Steinert deshalb aus Bremen ausgewiesen, weil er nach der Katastrophe der „Elbe" versucht hatte, die vorhandenen Schäden aufzudecken und Bebel das Material zu übermitteln. Wegen dieses Kapitalverbrechens mußte er die Grenzen Bremens verlassen. Kurz darauf, im Jahre 1899, wurde ein Maurer, der Oesterreicher Sobotta, ausgewiesen, der es gewagt hatte, mit seinen Kollegen Schulter an Schulter gegen das Großkapital zu kämpfen. Aber trotz allen Machinationen ist es nicht geglückt, unsre Bewegung nieder zu halten. Mit bewundernswürdiger Zähigkeit haben die Bremer Genossen die Maulwurfsarbeit vernichtet und sind allmählich zu einer derartigen Macht angewachsen, daß der bremische Wahlkreis jetzt einen sozialistischen Abgeordneten hat. Schon 1890 wurde ein sozialdemokratischer Abgeordneter gewählt, Julius Bruhns. Das war aber mehr eine Zufallswahl. Damals war der Liberalismus noch gespalten und aus diesem Grunde siegte Bruhns. Als darauf die Großkaufmannschaft einsah, was auf dem Spiele stand, und uns daher 1893 als vereinigte liberale Partei gegenübertrat, wurde uns der Wahlkreis wieder entrissen. 1898 zeigte sich, daß wir große Fortschritte gemacht hatten; wir waren von 14 572 auf 18 636 Stimmen gestiegen. Trotzdem siegte Frese mit 20 000 Stimmen über uns. 1903 endlich war es uns vergönnt, das Bremer Mandat zurückzuerobern. Mit 25 076 Stimmen schlugen wir den Gegner, der 23 993 Stimmen erhielt. Und diesmal haben wir — die Versicherung gebe ich Ihnen — den Wahlkreis für immer an uns gerissen. (Beifall.) Denn alles, was die Gegner gegen uns ins Feld führen konnten, haben sie ins Feld geführt, und deshalb werden sie jetzt den Wahlkreis nicht mehr zurückerobern.

Parteigenossen und Parteigenossinnen! Der Parteitag hat große Aufgaben zu erfüllen, und wir sind uns alle bewußt, daß die gesamte Arbeiterschaft auf uns blickt. Die große Zahl der vorliegenden Anträge beweist die außerordentliche geistige Regsamkeit der Genossen. Mögen die Gemüter hie und da etwas aufeinanderplatzen, so wollen wir doch stets eingedenk sein, daß wir alle das Beste wollen, daß wir im Prinzip alle einig sind. In den Grundprinzipien sind wir alle einig und diese Einigkeit besteht darin, daß wir Schulter an Schulter kämpfen, um den Gegner zur Strecke zu bringen, um den Sozialismus zum Siege zu führen (Beifall), der, wenn er siegt, den Völkern Freiheit und den Weltfrieden bringt. In diesem Sinne heiße ich Sie nochmals herzlich willkommen. (Lebhafter Beifall.)

Das Wort ergreift nunmehr

Bebel (mit stürmischem Beifall begrüßt): Parteigenossen! Es ist mir von der Parteileitung der ehrenvolle Auftrag geworden, auf die herzliche Begrüßung, welche uns soeben Genosse Schmalfeldt im Namen der Bremer Parteigenossen zugerufen hat, in Ihrer aller Namen auf das herzlichste zu danken. Wir sind gewiß alle gern nach Bremen gekommen, wir waren überzeugt, daß die Bremer Genossen alles, was in ihren Kräften steht, aufbieten würden, um uns die Tage, die wir hier in ernster Arbeit zu verbringen haben, so angenehm

wie möglich zu machen. Ich glaube, wenn es eines Beweises dafür bedarf, daß ihnen diese Aufgabe schon bis jetzt in hohem Grade gelungen ist, dann zeigt uns das prächtige Lokal und seine glänzende Ausschmückung sowie das ganze Arrangement, daß unsre Bremer Genossen diese ihre Aufgabe zu unsrer aller Zufriedenheit gelöst haben.

Genosse Schmalfeldt hat recht: es stehen große Arbeiten bevor, Arbeiten, in denen die Geister nach mancher Richtung vielleicht differieren und aufeinanderplatzen werden. Aber wir sind überzeugt, daß wie bisher noch immer so auch die diesmaligen Beratungen zum Heil und zum Vorteil der Partei ausschlagen werden. Wir haben auf dem vorigen Parteitage in Dresden Debatten gehabt, wie sie kaum jemals auf einem deutschen Parteitag stattgefunden haben, wenn wir von jener Periode absehen, wo wir noch gespalten waren und uns auf das heftigste gegenseitig bekämpften. Wir sind scharf aneinander geraten. Unsre Gegner schöpfen aus jenen Kämpfen die Hoffnung, jetzt sei der Moment gekommen, wo in der deutschen Sozialdemokratie endlich der große, längst erhoffte und ersehnte Krach eintreten werde. Der Krach ist nicht eingetreten und er wird auch nicht eintreten, davon bin ich fest überzeugt. Wir haben uns damals gründlich ausgesprochen, wir werden uns in diesen Tagen wieder aussprechen. So lange wie wir Parteitage abhalten, wird es immer vorkommen, daß Meinungsverschiedenheiten eintreten, einmal ernsterer, einmal milderer Art. Aber davon sind wir alle überzeugt, daß, wie immer diese Meinungsverschiedenheiten sich geltend zu machen suchen, schließlich doch immer der Grundgedanke obwaltet, dem Besten der Allgemeinheit, der Partei zu dienen. Wir werden aber nicht allein innerhalb dieses Parteitages, sondern wir werden auch in der späteren Zeit harte und schwere Kämpfe zu bestehen haben. Der Genosse Schmalfeldt sowohl wie das Büchlein, das uns die Bremer Parteigenossen als Gruß zu diesem Parteitag eingehändigt haben, hat uns darüber belehrt, welche geschichtlichen Vorgänge im Laufe der vier Jahrzehnte, seitdem in Bremen eine sozialdemokratische Partei besteht, Bremen selbst durchgemacht hat. Man kann sagen, was uns jenes Büchlein erzählt und was uns heute Schmalfeldt vorgetragen hat, ist im kleinen die Geschichte der gesamten Partei. Allüberall Kämpfe schärfster Art, zeitweilig Niederlagen, aber dann ging es vorwärts, immer vorwärts, bis wir zu dem geworden sind, was wir heute sind, und es wird weiter vorwärts gehen, bis wir das geworden sind, was wir alle werden wollen: die Sieger über die bürgerliche Gesellschaft, die Sieger über den bürgerlichen Klassenstaat. (Bravo!) Und wie können wir uns in diesem Kampfe bessere Waffen wünschen als die, welche uns unsre Gegner Tag für Tag selber liefern, sie sind es ja, die uns die Waffen selbst schärfen, ohne es zu wollen. Was hat sich nicht alles in den letzten Monaten nach Schluß des Reichstages und noch während des Reichstags zugetragen, wodurch die öffentliche Meinung und speziell auch die Stimmung der Parteigenossen auf das allerstärkste beeinflußt wurden. Wir erblicken im Deutschen Reich fast überall retrograde, rückwärtige Bestrebungen, nirgends einen großen Zug, nirgends einen großen Gedanken, der in unsrem Staatswesen nach Verwirklichung trachtet, überall kleinliche Erbärmlichkeit, überall ein Streben, jedem Fortschritt entgegenzutreten in der Furcht, daß jeder Fortschritt der Sozialdemokratie zu nutze kommen und der bürgerlichen Gesellschaft schaden werde. Wenn einst vor jetzt elf Jahren der Reichskanzler Graf Caprivi bei einer Rede unsres leider verstorbenen Freundes Karl Grillenberger bemerkte: die verbündeten Regierungen brächten keine Gesetzesvorlage ein, die sie nicht zuvor daraufhin geprüft hätten, welche Wirkung sie auf die Sozialdemokratie ausübe, so können wir sagen, dies Programm wird bis heute und noch in viel höherem Grade als zu Capriviis Zeiten in Deutschland exekutiert, und mit dem vorzüglichsten Erfolge für die Sozialdemokratie. Was konnten wir nur z. B. als Partei besseres wünschen,

als daß nach jenen großen Debatten im Deutschen Reichstage über den Russenkurs, wo das Vorgehen der Königsberger Staatsanwaltschaft vom Reichskanzler, vom Staatssekretär des Auswärtigen Amts, vom preußischen Justizminister auf das allerentschiedenste vertreten, als notwendig, als durch die Gesetze gerechtfertigt dargestellt wurde, dann der große Königsberger Prozeß ein Debacle für das offizielle Preußentum, für das offizielle Reich wurde, wie wir es uns schöner und blamabler für diese Einrichtungen nicht wünschen konnten. (Sehr richtig!) Was alles seit jener Zeit auf den verschiedensten Gebieten geschehen ist, alles hat nur dazu beigetragen, der Sozialdemokratie Wasser auf ihre Mühlen zu liefern. — Man versucht ja jetzt in verschiedenen deutschen Staaten Wahlreformen einzuführen. Die Wahlreform ist in Bayern seit Jahrzehnten eine brennende Frage; unsren Parteigenossen ist das Verdienst zuzuschreiben, daß sie unausgesetzt gebohrt haben, bis endlich die Mehrheit der Kammer die Regierung zur Vorlage eines Gesetzentwurfs drängte. Dieser hat der letzten Kammer vorgelegen. Die Mehrheit hat denselben auch zur Annahme gebracht, aber da keine Zweidrittelmehrheit infolge der feigen, erbärmlichen Haltung des bayrischen Liberalismus zustande kam, ist anzunehmen, daß dieses Gesetz, wie die Verhandlungen der Ersten Kammer gezeigt haben, nicht zur Verwirklichung kommen wird. Gewiß, das Zentrum hat in Bayern für die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten Wahlrechts gestimmt. Aber, Parteigenossen, es hat mich ganz besonders interessiert, daß am 11. September, jetzt vor einigen Tagen, in der großen Versammlung im Süden Bayerns, in Tuntenhausen, Herr v. Orterer, der Präsident der Kammer, einer der Führer des Zentrums, eine Rede hielt, in der folgende schöne Stelle vorkam: Von der Sozialdemokratie trennt das Zentrum eine ganze Weltanschauung, und die Zeit sei nicht mehr fern, wo es im Deutschen Reich nur einen großen Kampf geben werde zwischen der Sozialdemokratie und den konservativen Parteien, vor allem dem Zentrum. Dann werde die staatliche Autorität — das sagte er in Beziehung auf die bayrische Regierung — froh sein, wenn sie sich auf die große Masse der konservativen katholischen Männer stützen könne im Kampfe gegen das Banner des Aufruhrs. Jetzt kämpft es — das setze ich hinzu — noch Hand in Hand mit denen, die das Banner des Aufruhrs tragen (Sehr gut!), weil es hofft, mit ihrer Hilfe das allgemeine Stimmrecht zu erobern; nachher hofft man dann mit Hilfe der bayrischen Regierung eine Wahlkreiseinteilung zu erlangen, die für immer, wenigstens auf absehbare Zeit, dem Zentrum die Herrschaft in Bayern sichert. Das war ein sehr schönes Geständnis Orterers. Parteigenossen! Wir haben keinen Grund, uns einschüchtern zu lassen. Wir haben bisher in allen schweren und großen Kämpfen mit unsren Gegnern gesiegt und können mit Sicherheit darauf rechnen, das wird auch in Zukunft so bleiben, um so mehr, da alle Bedingungen im Deutschen Reich, die sozialen, wirtschaftlichen und politischen, mehr und mehr der Sozialdemokratie in die Hände arbeiten. Wir haben neben dem Königsberger Prozeß auch den Prozeß im Saargebiet gehabt, wo sich der Gegenwartsstaat des Grafen Bülow in seiner ganzen Schönheit und Herrlichkeit einmal gezeigt hat. Sie wissen ja, was für Sorge ihm der Zukunftsstaat im vorigen Jahre gemacht hat, — ich meine, jene Rede, die er im vorigen Dezember gegen unsre Fraktion gehalten hat, konnte gar nicht besser illustriert werden, als durch jenen famosen Prozeß im Saarrevier, der uns in der nächsten Session ausgiebigstes Material zur entsprechenden Kritik geben wird. Weiter aber! Auch das Vorgehen gegen unsren Genossen Pernerstorfer im liberalen Musterstaat Hessen, das gleiche Vorgehen nachher in Baden — alles das zeigt, daß wenn es einmal ein wenig ernsthaft auf eine Probe liberalen Regiments ankommt, selbst in jenen

Staaten, die heute als vergleichsweise freisinnig gelten, sofort die Reaktion einsetzt und der Wind, der heute in Berlin weht, auch für sie maßgebend wird. Es ist nicht meine Aufgabe, eine Rede über die politische Situation hier zu halten, ich habe mir nur diese kurzen Andeutungen zu machen erlaubt, um zu zeigen, daß unsre Gegner, die diesen Verhandlungen mit der denkbar größten Aufmerksamkeit folgen, keine Ursache haben zu jubeln und daß wir am allerwenigsten Ursache haben, irgend etwas in Zukunft zu fürchten. (Beifall.)

Damit erkläre ich den Parteitag für eröffnet. Es ist nunmehr Ihre Aufgabe, ein Präsidium zu wählen. Es war bisher, ich möchte sagen, eine erbliche Würde (Heiterkeit), daß Singer auf allen Parteitagen seit Fall des Sozialistengesetzes den Vorsitz führte. Leider ist, wie Sie wohl alle wissen, Genosse Singer erkrankt. Niemand bedauert das mehr als er selbst, aber auch wir alle bedauern auf das lebhafteste, daß er verhindert ist, in unsrer Mitte zu erscheinen. (Zustimmung.) Noch ein zweiter Genosse, den wir bisher auf allen unsern Parteitagen gesehen haben, Genosse Auer, ist leider infolge seiner Erkrankung nicht in der Lage, hierher zu kommen; seine Absicht war es allerdings, aber sein Arzt, seine Familie und seine Freunde haben ihm auf das allerdringendste geraten, die vergleichsweise günstigen Fortschritte, die zu aller unsrer Freude sein Gesundheitszustand in den letzten Monaten gemacht hat, nicht wieder dadurch in Frage zu stellen, daß er den Verhandlungen hier beiwohnt. Diesen Wünschen hat er Rechnung getragen. Ich glaube aber die Hoffnung aussprechen zu können, daß sowohl Singer als auch Auer in nicht allzuferner Zeit wieder ihre vollen Kräfte der Partei zur Verfügung zu stellen in der Lage sein werden. (Beifall.)

Auf Vorschlag von Braun-Königsberg werden hierauf Dietz-Stuttgart und Ebert-Bremen zu Vorsitzenden mit gleichen Rechten gewählt. Die Wahl erfolgt einstimmig.

Dietz übernimmt den Vorsitz: Ich danke Ihnen für das Vertrauen, das Sie uns durch die Wahl erwiesen haben. Wir versprechen Ihnen, die Verhandlungen unparteiisch zu leiten, wir bitten aber auch um Ihre Unterstützung und wenn wir mal einen Fehler begehen sollten — Sie sind ja durch den langjährigen Vorsitz von Singer verwöhnt worden (Heiterkeit) — um gütige Nachsicht. Ich bin fest überzeugt, daß der gute Geist, der bisher stets über unsren Verhandlungen geschwebt hat, auch diesmal uns treu bleiben wird. Vor kurzem hat der Reichskanzler unsrer Partei das Zeugnis ausgestellt: Organisation, Agitation und Opferfreudigkeit Ia. Hoffentlich wird das in Zukunft nicht nur so bleiben, sondern noch wesentlich besser werden. Wir werden bemüht sein, gerade in diesen Tugenden uns zu vervollkommnen, damit es uns endlich gelingt, die alte morsch gewordene Gesellschaftsordnung zu beseitigen und eine bessere, höhere an ihre Stelle zu setzen. (Beifall.)

Zu Schriftführern werden auf Vorschlag von Buder-Forst gewählt: Zucht-Berlin, Schmid-München, Fräulein Baader-Berlin, Dörnke-Hannover, Lehmann-Mannheim, Wagner-Stuttgart, Becker-Dortmund, Ullenbaum-Elberfeld und Feldmann-Langenbielau.

In die Mandatsprüfungs-Kommission entsendet der Parteitag auf Vorschlag von Straßenmeyer-Essen die Delegierten: Braun-Königsberg, Freythaler-Berlin, Keidel-Pirmasens, Knierim-München, Fischer-Seifhennersdorf, Hofrichter-Köln, Düwell-Dortmund, Frau Zietz-Hamburg und Leopold-Zeitz.

Der Parteitag schreitet zur Festsetzung der Geschäftsordnung.

Dietz: Es liegt ein Entwurf zu einer Geschäftsordnung vor. Diese Geschäftsordnung hat 14mal ihren guten Dienst getan, so daß wir vielleicht gut tun würden, sie ohne Debatte anzunehmen. Allerdings ist hierzu der Antrag 1 gestellt. Aber vielleicht wird es genügen, wenn ich erkläre, daß die

Leitung des Parteitages genau so verfahren wird, wie es in dem Antrag vorgeschlagen ist. Wir werden durch diese Erklärung wohl die Jungfräulichkeit unsrer Geschäftsordnung schützen. (Große Heiterkeit.)

Straßenmeyer-Essen: Nach dieser Erklärung des Genossen Dietz ziehen wir unsern Antrag zurück.

Hierauf wird die vorgeschlagene Geschäftsordnung unverändert angenommen.

Die Dauer der täglichen Sitzungen wird auf 9 bis 1 und 3 bis 7 Uhr festgesetzt.

Es folgt die **Festsetzung der Tagesordnung.**

Die provisorische Tagesordnung, die der Parteivorstand vorschlägt, lautet: 1. Geschäftsbericht des Vorstandes. Berichterstatter: Pfannkuch und Gerisch. 2. Bericht der Kontrollkommission. Berichterstatter: Meister. 3. Bericht über die parlamentarische Tätigkeit. Berichterstatter: Ledebour. 4. Maifeier. Berichterstatter: R. Fischer. 5. Kommunalpolitik. Berichterstatter: Lindemann. 6. Der internationale Kongreß in Amsterdam. Berichterstatter: Bebel. 7. Organisation. Berichterstatter: Gerisch. 8. Sonstige Anträge. 9. Wahl des Vorstandes, der Kontrollkommission und des Ortes des nächsten Parteitages.

Hierzu liegen die Anträge 2 bis 8 vor.

Vorsitzender Dietz stellt die Unterstützungsfrage.

Die Anträge 2, 4, 6, 7, die auf die Tagesordnung gesetzt haben wollen: Die Alkoholfrage, Koalitionsrecht und Kartelle, das Wahlrecht in den einzelnen Bundesstaaten, die politischen Zustände in Deutschland (mit Bebel als Referenten), finden nicht die nötige Unterstützung.

Antrag 5: Auf die Tagesordnung zu setzen: „Der Russenkurs in Deutschland und die politische Lage" wird von den Antragstellern (Dortmund) zurückgezogen, nachdem der Vorsitzende sie darauf aufmerksam gemacht, daß sie bei der Behandlung der Anträge 106 und 107 voraussichtlich zu ihrem Recht kommen würden.

Antrag 8, der verlangt, die Organisationsfrage als Punkt 4 auf die Tagesordnung zu setzen, ist genügend schriftlich unterstützt.

Antrag 3 will auf die Tagesordnung gestellt haben:

Die Schulfrage. Ueber diesen Antrag wird zunächst verhandelt:

Wittorf-Berlin: Wenn wir uns die Tagesordnung ansehen, so müssen wir finden, daß ein Punkt fehlt, der die Parteigenossen im Lande zum Kampfe aufruft und sie begeistert. Fast alle Punkte der Tagesordnung sind mehr geschäftlicher Natur. Auch die Erörterung unsres kommunalpolitischen Programms wird diesem Mangel nicht ganz abhelfen. Deshalb beantragen wir die Schulfrage auf die Tagesordnung zu setzen. Der Kampf gegen die Volksschule, den die Konservativen, das Zentrum und die nationalliberale Partei gegenwärtig führen, ist eine der wichtigsten Angelegenheiten der inneren Politik. Es ist um so notwendiger für uns, zu dieser Frage Stellung zu nehmen, als die Jungnationalliberalen und die Freisinnige Vereinigung sich über die Schulfrage bereits geäußert haben, freilich nicht so, daß die große Masse der Bevölkerung damit zufrieden sein könnte. Die Schulfrage ist brennend. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird dem Landtage noch in der laufenden Session ein reaktionäres Schulgesetz vorgelegt werden. Aus dem preußischen Landtage sind durch das elende Wahlgesetz die Vertreter des Proletariats verbannt und können dort nicht unsren Standpunkt vertreten. Da bleibt uns nichts weiter übrig, als auf unsren Parteitagen zur Schulfrage Stellung zu nehmen. Natürlich muß zur Behandlung eines solchen Themas ein Referent vorhanden sein; wir schlagen Ihnen hierzu den Genossen Dr. Arons vor. Wir wünschen, daß die Schulfrage als Punkt 5, vor der Kommunalpolitik verhandelt wird, sowie der Staat der

Gemeinde vorangeht. Es gilt für unsren Kampf gegen die reaktionären Anschläge auf die Schule eine feste Richtschnur zu geben. Das wird nicht allzuviel Zeit in Anspruch nehmen. Mit allem Nachdruck müssen wir die Forderung unsres Programms erheben: Trennung der Schule von der Kirche. (Bravo!)

Geyer: Ich rate Ihnen, die so reichhaltige Tagesordnung nicht noch durch einen neuen Punkt zu belasten. Besonders wenn wir die Beratung der Schulfrage als Punkt 5 einschließen, würden die übrigen Punkte der Tagesordnung darunter leiden müssen. Ich war erstaunt, als ich in der Presse die Meinung las, die Partei müsse in der Schulfrage Stellung nehmen. Das ist durch das Parteiprogramm bereits geschehen, das die Stellung der Partei zu diesen Fragen so klar festlegt, daß besondere Erörterungen nicht notwendig sind. Ich gebe zu, daß durch die Aufrollung der Schulfrage in Preußen die preußischen Genossen in eine besondere Erregung versetzt sind. Aber prinzipiell wissen die preußischen Genossen, wie sie in dieser Frage zu handeln haben. Es könnte sich hier nur darum handeln, festzustellen, welche Taktik die preußischen Genossen im Kampfe gegen die Reaktion hinsichtlich der Schulfrage einnehmen sollen. Auch das brauchen wir, glaube ich, hier nicht festzustellen. Denn die taktischen Mittel zum Kampf werden sie erst wählen und den Kampf werden sie gründlich erst aufnehmen können, wenn sie wissen, was die Reaktion auf dem Gebiete der Schule ihnen bieten wird. Dann wird sich schon zeigen, wie sie zu handeln haben. Außerdem können die preußischen Parteigenossen ja in einer besonderen Konferenz sich über ihre Stellung in diesem Kampfe schlüssig werden. Diese Konferenz könnte gleich im Anschluß an den Parteitag oder später stattfinden. Der Vorredner führte an, daß die preußischen Liberalen bereits Stellung genommen hätten. Wenn damit gesagt sein sollte, daß die preußischen Genossen erst durch die Liberalen zur Stellungnahme hätten angespornt werden müssen, so würde ich das für verfehlt halten. Denn die Sozialdemokratie muß allen andern Parteien vorangehen, wenn es gilt, die Streiche der Reaktion zu bekämpfen. (Bravo!)

Bebel: Ich habe bereits in der „Neuen Zeit" zu dem Antrage Stellung genommen und kann mich daher kurz fassen. Auch ich meine, daß wir die Tagesordnung nicht weiter belasten sollen. Es ist dringend wünschbar, daß diesmal weit gründlicher als sonst die aus der Mitte der Genossen hervorgegangenen Anträge behandelt werden. Ich bin noch aus einem andern Grunde gegen den Antrag. Es kann sich hier nicht blos darum handeln, eine taktische Entscheidung über unser Verhalten etwa gegenüber einem Schulgesetzentwurf in Preußen zu treffen. Die Frage kann hier nur programmatisch behandelt werden. Die Debatte dürfte sich nicht nur auf die eigentliche Schulfrage beschränken, sondern sie müßte die ganze Bildungsfrage im weitesten Sinne umfassen. Das ist eine Angelegenheit, die die Partei allerdings in höchstem Maße interessiert, und ich halte es für sehr wünschbar, daß eine solche Diskussion stattfindet. Ich glaube aber, daß wir diesmal keine Zeit dazu haben, da sonst die andren Gegenstände zu kurz kommen würden. Und speziell die Kommunalpolitik hat, nachdem wir sie schon vor zwei Jahren erörtert haben, ein Anrecht darauf, jetzt erledigt zu werden neben den andern Fragen, die wir auf der Tagesordnung haben und unsre Zeit sehr in Anspruch nehmen. Auch ich bin der Meinung, daß die preußischen Genossen eine besondere Konferenz einberufen können, wenn sie das Bedürfnis haben, sich über die Schulfrage auszusprechen. Im übrigen glaube ich, daß andre Gegenstände, besonders die Kanalvorlage, so lange Zeit im preußischen Landtage beanspruchen werden, daß der Schulentwurf kaum noch zur Erledigung kommen wird. Ich habe wahrhaftig eine sehr geringe Meinung von den Liberalen, aber das glaube ich doch, daß auch der neue Gesetzentwurf, der, wenn er die Zustimmung der Konservativen und des Zentrums finden soll, ein Gesicht erhält, daß die Liberalen, sie mögen wollen oder nicht, diesen Entwurf bekämpfen müssen, genau

so wie den Zedlitzschen Entwurf von 1891. Der Entwurf dürfte — das ist meine Ueberzeugung, man kann ja irren — unter keinen Umständen im kommenden Winter erledigt werden. Die Erörterung würde also auf dem nächsten Parteitag noch rechtzeitig genug kommen. Auch deshalb bitte ich Sie, den Antrag abzulehnen.

Klara Zetkin: Auch ich möchte Sie dringend auffordern, die Tagesordnung nicht durch Aufnahme des Punktes Schulfrage noch mehr zu belasten, und zwar nicht nur aus den bereits angeführten Gründen, denen ich mich voll anschließe, sondern noch aus einem andern: Die Schulfrage bedeutet heute nationale Erziehungsfrage. Das ist bedingt durch die Entwicklung der Pädagogik einerseits, welche den Unterricht immer mehr zum erziehlichen Unterricht macht. Das ist bedingt durch die Entwicklung der sozialen Verhältnisse andrerseits, welche für immer größere Schichten der Bevölkerung, und zwar nicht nur des Proletariats, sondern aller Klassen, die Möglichkeit zur Erziehung der Kinder im Heim durch die Eltern immer mehr einengt und immer mehr die Schulanstalten zu Erziehungsanstalten werden läßt. Wenn die Sozialdemokratie sich mit dieser nationalen Erziehungsfrage beschäftigt, so bedeutet das nichts andres als die Verpflichtung, diese hochbedeutsame Frage, die Frage unsrer Zukunft, die die Zukunft der Menschheit ist, in ihrer ganzen Tiefe und Breite aufzurollen und in aller Gründlichkeit zu erörtern. Das kann nicht im nebenbei und zwischendrin der uns vorliegenden wichtigen Beratungsgegenstände geschehen. Wenn man das Bedürfnis fühlt, gegen die Verpfaffungsvorstöße auf dem Gebiete der Schule Stellung zu nehmen, so genügt es, das in einer scharfen Resolution zu tun und im übrigen die Behandlung der Schulfrage, die ich sehr begrüßen würde, auf ein künftiges Jahr, vielleicht das nächste, zu verschieben. Dann können die Genossen im Lande vorher über diese schwierigen, komplizierten Probleme eingehend aufgeklärt werden. Wenn wir dann die Frage hier in der ihr gebührenden weitschichtigen Weise behandeln, so bin ich überzeugt, daß wir mit dieser Behandlung eine gewaltige werbende Kraft auch auf Schichten entfalten werden, die außerhalb des Proletariats stehen, weil dann mit überzeugender Wucht die Tatsache in Erscheinung treten wird, daß die Sozialdemokratie nicht nur für die Lösung der Magenfragen kämpft, sondern der Kulturfragen der ganzen Menschheit. (Lebhafter Beifall.)

Freythaler-Berlin: Ich kann die Gründe Geyers nicht unwidersprochen lassen. Gewiß ist unsre Stellung zur Schulfrage schon im Programm festgelegt, aber die Einzelheiten sind doch im Programm nicht erschöpfend behandelt. Wenn dieser Grund maßgebend wäre, dann brauchten wir ja zu keiner Frage Stellung zu nehmen. Allerdings hat der Begründer unsres Antrages die preußischen Verhältnisse etwas sehr in den Vordergrund gerückt, und infolgedessen hat Geyer gemeint, die preußischen Genossen werden ja selbst wissen, was sie zu tun haben. Aber es gibt Bundesstaaten, in denen es um die Schulfrage noch schlechter bestellt ist als in Preußen. Wenn gesagt ist, daß durch Annahme unsres Antrages andre Punkte zu kurz kommen würden, z. B. die Kommunalpolitik, so weise ich darauf hin, daß durch die Behandlung der Schulfrage für ein gut Teil kommunaler Fragen Klarheit geschaffen wird. Daß eine große Zahl von Anträgen gestellt sind, ist richtig, aber viele dieser Anträge beschäftigen sich mit der Organisationsfrage und decken sich zum Teil. Die Organisationsfrage aber wird so erledigt werden, daß sie den Parteitag nicht in dem Umfange beschäftigen wird, wie es der eine oder der andre glaubt. Ich bitte Sie deshalb, unsrem Antrage zuzustimmen.

Hiermit schließt die Debatte.

Der Antrag 3 wird abgelehnt.

Den Antrag 8 begründet

Klühs-Breslau: In der Presse und in den Versammlungen haben die Anträge zur Organisationsfrage eine große Rolle gespielt. Ich bitte Sie, damit

diese Frage nicht zu kurz kommt, die Tagesordnung zu umstellen und die Organisationsfrage als Punkt 4 zu verhandeln. Vielleicht könnte man auch die Maifeier hinter den Punkt Kommunalpolitik setzen.

Bühler-Essen: Die große Zahl der Anträge beweist, daß die Genossen in ganz Deutschland eine eingehende Diskussion der Organisationsfrage wünschen. Die Meinung der Genossen, namentlich derer, welche praktisch tätig sind, kann aber nicht zum Ausdruck kommen, wenn dieser Punkt erst an siebenter Stelle behandelt wird. Deshalb ersuche ich um Annahme des Antrages.

Pfannkuch: Nachdem der Parteitag beschlossen hat, die Schulfrage nicht zu beraten, brauchen wir eine Umstellung der Tagesordnung nicht vorzunehmen. Die Organisationsfrage wird zu ihrem Rechte kommen, und außerdem hat der Parteitag es ja in der Hand, wenn die voraufgehenden Punkte über Gebühr unsre Zeit in Anspruch nehmen sollten, die Debatten abzukürzen, oder auch, wenn alle Stränge reißen, noch etwas über die sonst übliche Zeit hinaus so lange zu tagen, bis die Organisationsfrage geklärt und spruchreif ist. Ich glaube, daß wir, wenn wir die Tagesordnung unverändert lassen, allen gerecht werden.

Damit schließt die Debatte. **Antrag 8 wird angenommen.**

Die Tagesordnung lautet also:

1. **Geschäftsbericht des Vorstandes.**
2. **Bericht der Kontrollkommission.**
3. **Bericht über die parlamentarische Tätigkeit.**
4. **Organisation.**
5. **Maifeier.**
6. **Kommunalpolitik.**
7. **Der internationale Kongreß in Amsterdam.**
8. **Sonstige Anträge.**
9. **Wahl des Vorstandes, der Kontrollkommission und des Ortes des nächsten Parteitages.**

Pfannkuch: Die Bremer Genossen haben in ihrer Liebenswürdigkeit für Donnerstag einen Ausflug nach der Insel Helgoland geplant. Selbstverständlich konnten sie ihre Arrangements nicht endgültig treffen, denn der Parteitag ist souverän und hat selbst darüber zu bestimmen, ob er die Einladung zur Dampferfahrt annehmen will oder nicht. Nun bin ich selbstverständlich darauf gefaßt, daß diejenigen, die der Meinung sind, es könne nicht genug Arbeit geleistet werden, nicht damit einverstanden sein werden, daß der Donnerstag der Erholung gewidmet wird, um so mehr, da es sich um Arbeiten im Dienste der Partei handelt. Auch der Parteivorstand konnte natürlich keine definitive Stellung zu dem Vorschlage der Bremer Genossen nehmen. Meiner Meinung nach könnte es denjenigen, denen Skrupel darüber auftauchen, ob sie einen Tag der Erholung widmen dürfen, zur Beschwichtigung ihres Gewissens dienen, daß sie sich sagen: Wenn wir in 5 Tagen unser Pensum nicht erledigen, haben wir schließlich auch noch den Sonntag für uns. (Sehr gut!) Ich kann Sie nur bitten, dem Vorschlag der Bremer Genossen zuzustimmen.

Wir fahren von hier per Bahn nicht nach Bremerhaven, sondern nach Nordenham. Die preußische Eisenbahnverwaltung hat bis zur Stunde den Antrag der Bremer Genossen, dem Parteitag einen Extrazug nach Bremerhaven zur Verfügung zu stellen, noch nicht erledigt.

Die oldenburgische Regierung ist weitherziger. Wir sind daher angewiesen auf das Entgegenkommen der Eisenbahnverwaltung des Großherzogtums Oldenburg. Der Preis für die Fahrt von Bremen nach Nordenham und zurück beträgt 3 M. pro Person. Diesen Betrag haben die Delegierten aus ihrem eignen Portemonnaie zu bestreiten, während die Dampferfahrt einschließlich des Ein- und Ausbootens in Helgoland kostenlos ist. Diese Opfer bringen die Bremer Genossen den Parteitagsdelegierten. (Beifall.) Wir würden morgens 6 Uhr 10 Minuten

von hier abfahren und zwischen 1 und 2 Uhr in Helgoland sein. Die Rückfahrt ist zwischen 5 und 6 Uhr vorgesehen, so daß wir uns 3 bis 4 Stunden in Helgoland aufhalten können, um dieses von englischem in deutschen Besitz übergegangene Eiland zu besichtigen. Wir haben einen Genossen hier, der schon wiederholt eingehende Studien in Helgoland gemacht hat. (Heiterkeit.) Es steht uns also auch ein Führer zur Seite. (Erneute Heiterkeit.) Zwischen 11 und 12 Uhr nachts würden wir dann in Bremen ankommen. Ich bitte Sie, den Wunsch der Bremer Genossen zu erfüllen und die Einladung anzunehmen.

Schulz-Bremen: Ich bin in der sonderbaren Lage, die preußische Eisenbahnverwaltung in Schutz nehmen zu müssen. (Hört! hört!) Pfannkuch ist falsch unterrichtet, die preußische Eisenbahnverwaltung hat es nicht abgelehnt, uns einen Extrazug zu stellen, sie hat uns nur auf unser Ersuchen sehr lange warten lassen, so daß wir uns an die oldenburgische Verwaltung wandten. Außerdem lehnte die preußische Verwaltung jede Preisermäßigung ab; sie berief sich auf eine generelle Verfügung, wonach bis zum 27. September keine Ermäßigungen gestattet seien, während die oldenburgische Regierung uns die übliche Ermäßigung gewährte. Die Fahrt mit der preußischen Bahn nach Bremerhaven würde ca. 4 M. kosten, die mit der oldenburgischen nach Nordenham kostet nur 3 Mk., sie ist nicht unbequem und dauert auch nicht viel länger. Ich kann mich nur der Bitte von Pfannkuch anschließen. Sollten den Delegierten Bedenken aufsteigen wegen der durch die Helgolandfahrt verloren gehenden Zeit, so könnten wir ja eventuell eine Abendsitzung einschieben. In Dresden haben wir zu unserm Bedauern die geplante Dampferfahrt nicht gemacht. Rechnen wir den halben Tag von Dresden an, so opfern wir schließlich auch nur einen halben Tag. (Große Heiterkeit.)

Der Parteitag nimmt mit großer Mehrheit die Einladung der Bremer Genossen an. Am Donnerstag fällt also die Sitzung aus.

Schluß $8^1/_2$ Uhr.

Erster Verhandlungstag.

Montag, den 19. September 1904. — Vormittags-Sitzung.

Um 9 Uhr 5 Minuten eröffnet

Dietz die Verhandlungen, indem er rügt, daß heimlich ohne Wissen des Bureaus eine Drucksache verteilt worden sei. Das sei unzulässig.

Weiter teilt der Vorsitzende mit, daß Begrüßungs- und Glückwunsch-Telegramme eingelaufen sind von der Partie socialiste française, von dänischen Sozialdemokraten in Kopenhagen, von den Sozialdemokraten Luxemburgs, von den ungarländischen Sozialdemokraten in Budapest, dem Genossen Friedrich Leßner in London, dem Organ der sozialdemokratischen Bewegung in Chicago „Neues Leben" und von zahlreichen einzelnen Genossen. Der Genosse Reichstags-Abgeordneter Georg Horn teilt mit, daß er durch Krankheit verhindert ist, am Kongreß teilzunehmen.

Der Parteitag tritt hierauf in die Tagesordnung ein:

Geschäftsbericht des Vorstandes.

Von den hierzu gehörigen Anträgen werden unterstützt die Anträge 9, 20, 22, 28, 29, 32, 33, 35—39, 105, 108—110. Diese Anträge stehen zur Debatte.

Die Anträge 21, 23, 24, 26, 30, 31, 34, 40, 41, 111 finden die erforderliche Unterstützung nicht.

Vor Erstattung des Berichts des Vorstandes ersucht der Vorsitzende die Mandatsprüfungskommission, sich zu ihren Verhandlungen zurückzuziehen.

Den Bericht des Vorstandes erstattet hierauf

Pfannkuch-Berlin: Trotzdem die Einladung zu dem Parteitag sehr frühzeitig ergangen ist, sind auch diesmal wieder eine Anzahl Anträge später als zulässig eingegangen. Diese Anträge werden jetzt gedruckt und den Delegierten während der Verhandlungen nachträglich zugehen. Im Bericht befindet sich ein Irrtum. In Lübeck ist der Umzug bei der Maifeier nicht verboten worden; es wurde nur das Tragen von roten Fahnen dabei untersagt. Um derartige Irrtümer zu vermeiden, bitten wir, den Vorstand in Zukunft besser zu informieren und sich nicht darauf zu verlassen, daß der Vorstand sich aus der Parteipresse unterrichtet. — Zahlreiche Wünsche sind in Versammlungen und in der Presse geäußert worden, daß Vorkommnisse, wie sie auf dem vorigen Parteitage sich ereignet haben, sich nicht wiederholen mögen. Der Wunsch ist gewiß allgemein verbreitet. Es kann nicht meine Aufgabe sein, jetzt noch einmal auf die Dresdener Verhandlungen zurückzukommen und zu untersuchen, wer in Dresden das Karnickel gewesen ist, das angefangen hat. Das eine aber glaube ich aussprechen zu müssen: Mag man über den Dresdener Parteitag denken wie man will, er hat jedenfalls die Folge gehabt, daß das Parteigewissen der Genossen außerordentlich geschärft worden ist. (Sehr gut!) Meiner Auffassung nach haben alle die Anträge, die auf eine festere, geschlossenere zentralistische Form der Organisation der Partei abzielen, in letzter Linie ihre Entstehung in den Dresdener Verhandlungen. Wenn diese Auffassung richtig ist und diese Anträge zur Schaffung einer einheitlichen Organisation führen werden, dann können wir mit Stolz sagen, daß die Verhandlungen in Dresden nicht umsonst gewesen sind, sondern eine vorzügliche erzieherische Wirkung ausgeübt haben.

Ich gehe nun zum Bericht selbst über. Die Organisationsfragen werden ja als besonderer Punkt der Tagesordnung behandelt werden. Ich kann im allgemeinen nur erklären, daß selbstverständlich der Parteivorstand dem Streben nach einer geschlossenen Organisation mit erhöhter Aktionsfähigkeit, wie es in den Anträgen verlangt wird, nicht das geringste entgegenzustellen hat. Man hat, freilich in sehr überzuckerter Form, dem Parteivorstand vorgeworfen, er sei mit Verwaltungsarbeiten derart überlastet, daß er nicht mehr in der Lage sei, die Initiative zu größeren politischen Aktionen zu ergreifen.

Wenn die Agitation nicht in dem von den Genossen gewünschten Maße hat stattfinden können, so hat das verschiedene Gründe. Man hat die Tätigkeit der weiblichen Vertrauensperson Deutschlands dem Parteivorstand als Musterbeispiel für eine wirkungsvolle und planmäßige Agitationsarbeit vorgehalten. Man vergißt, daß in den Zeiten der Entwicklung der Sozialdemokratie — die Agitation unter den Frauen befindet sich bekanntlich in diesem Stadium — die Zahl der Agitatoren auch der Sozialdemokratie eine verhältnismäßig viel größere war, damals war sozusagen jeder einzelne Parteigenosse ein begeisterter Agitator. Mit der Ausdehnung der Partei sind die Kampfesmittel naturgemäß andre geworden. Vor allem brachte das Aufkommen der Gewerkschaftsbewegung in dieser Beziehung eine Aenderung mit sich. Es mußte selbstverständlich das Bestreben der Partei sein, die Arbeiter, welche durch Wahrung ihrer materiellen Interessen in den Gewerkschaften angezogen, für die Organisation gewonnen waren, zu überzeugten Sozialdemokraten zu machen. Was war darum natürlicher, als daß di Führer der Gewerkschaften aus den Reihen der Sozialdemokratie hervorgingen. Es ist eins der beliebtesten Argumente unsrer Gegner, die freien Gewerkschaften als sozialdemokratisch zu stigmatisieren. Ich meine aber, die Gewerkschaften selbst sollten sich nicht dagegen steifen, mit dem Ehrentitel sozialdemokratische Gewerkschaften bezeichnet zu werden. (Sehr richtig!) Da wo es darauf ankommt wird es ihnen stets gelingen, nachzuweisen, daß sie nicht direkt unter der Leitung

der sozialdemokratischen Partei stehen, daß sie aber als überzeugte Sozialdemokraten ein Interesse daran haben, die Gewerkschaftsbewegung möglichst im Sinne der im Klassenkampf stehenden Arbeiterpartei, der Sozialdemokratie, zu führen. Wir beneiden die Gewerkschaften nicht um die Erfolge in der Agitation, wir hoffen im Gegenteil, daß diese Zunahme der organisierten Arbeiter in den Gewerkschaften auch künftig im gleichen Maße steigen werde. Es darf aber nicht vergessen werden, daß die großen Erfolge der Gewerkschaften wesentlich auch dadurch erreicht sind, daß eine Reihe tätiger überzeugter Führer der politischen Bewegung entzogen wurden. — Dazu kommt dann, daß mit der Ausbreitung der Partei die Parteipresse außerordentlich gewachsen ist.

Wir haben etliche 70 politische Organe, wir sind stolz darauf, daß tüchtiges in den Redaktionen geleistet wird, wir sind stolz auf die steigende Verbreitung unsrer Presse — wir haben über 600 000 zahlende Abonnenten, und ihre Leserzahl macht sicher das drei- bis vierfache aus. Wir sind stolz darauf, daß selbst von bürgerlicher Seite die gute Leitung unsrer Presse anerkannt wird. Aber wir dürfen nicht außer acht lassen, daß durch die 70 politischen Organe der Partei, denen eine fast gleiche Zahl von Gewerkschaftsblättern zur Seite steht, eine große Zahl agitatorisch tätiger Genossen, und zwar mit die besten, tüchtigsten und fähigsten Genossen, absorbiert und dauernd der mündlichen Agitation entzogen werden. Unsre Genossen im Lande haben immer den dringendsten Wunsch, Reichstags-Abgeordnete als Referenten zu bekommen; wenn das nicht geht, geben sie sich ja auch mal mit einem Landtagsabgeordneten oder Stadtverordneten zufrieden. (Heiterkeit.) Immer aber wünschen sie, daß der Referent einen Titel hat. Unsre Genossen sollten doch von dieser Gepflogenheit lassen. (Sehr richtig!) Wir dürfen nicht vergessen, daß unsre Reichstagsabgeordneten auch einen bürgerlichen Beruf haben, daß sie meist gezwungen sind, den Kampf ums Leben zu führen. Die Entschädigung, die sie von der Parteileitung erhalten, ist doch nur eine Entschädigung für die Unkosten, die ihnen während ihres Aufenthalts in Berlin erwachsen. In Preßäußerungen ist den Abgeordneten nahe gelegt, daß sie ihre Tätigkeit wesentlich erhöhen und eigne Initiative entfalten müßten, und es ist zu diesem Zweck eine planmäßige Einteilung der Arbeit vorgeschlagen. Wenn die Genossen, soweit sie Abgeordnete sind, allen Wünschen in legislativer Hinsicht nachkommen sollen, dann müssen sie sich ständig in Berlin aufhalten und können ihrem bürgerlichen Beruf nicht nachgehen. Dann erwächst aber auch der Partei die Pflicht, für ihren Unterhalt und den ihrer Familie aufzukommen. Ob die Partei dies will, soll jetzt nicht untersucht werden. Der Parteileitung sind jedenfalls die Hände gebunden, und es ist leichter Vorwürfe zu erheben, als es besser zu machen. In Mainz wurde gesagt, es seien immer dieselben „ollen Kamellen", die der Vorstand zu seiner Entschuldigung geltend mache. Aber wenn immer dieselben Beschwerden kommen, müssen wir das Gleiche antworten. Der Vorstand hat es niemals an Initiative fehlen lassen, wenn aktuelle Fragen auftauchen. Natürlich bestehen Meinungsverschiedenheiten darüber, was aktuelle Fragen sind. Das haben wir gestern bei der Schulfrage gesehen. Der Vorstand hat sich darüber sehr eingehend und wiederholt unterhalten und ist zu der Meinung gekommen, daß im nächsten Jahre noch vollkommen Zeit zur Erörterung dieser Frage sei. Aber die Genossen sehen die Tätigkeit der Liberalen, sie fürchten, meine ich fast, die Konkurrenz derer um Naumann. So kleinliche Gesichtspunkte sollten nicht maßgebend sein. Die Partei ist jederzeit in der Lage, eine starke Agitation für eine bestimmte wichtige Frage zu entfalten. Soll freilich der Usus der Katholikentage, der auch auf unsern internationalen Kongressen vorkommt, bei uns eingeführt werden, daß man sich damit begnügt, eine Protestresolution zu beschließen, nachdem man eine Agitationsrede gegen das Treiben der Reaktion auf dem Gebiete der Schule angehört hat, bei uns eingeführt werden — nun, so müßte man sich darüber

verständigen. Aber ich meine, der Sozialdemokratie ist es würdig, wenn derartige Fragen auf die Tagesordnung kommen, sie nach gründlicher Vorbereitung gründlich zu erörtern. — Es wird der Parteileitung weiter vorgeworfen, daß sie bestimmte einzelne Materien hätte in Angriff nehmen müssen. Genosse Timm meinte in der „Neuen Zeit", daß die Stengelsche Finanzreform die Gelegenheit geboten haben würde, unsre programmatische Forderung auf Einführung progressiver Einkommens- und Vermögenssteuern nachhaltig zu propagieren. Er hat auch noch andre Vorschläge gemacht in bezug auf den Achtstundentag usw. Ich glaube, es wäre besser, derartige Einzelfragen nicht heranzuziehen, um der Parteileitung Vorwürfe zu machen. Wir haben jede sich bietende Gelegenheit benutzt, um solche Fragen zu propagieren. Ich erinnere an die Agitation bei den Zolltarif-Verhandlungen. Es wird gesagt, die Parteileitung hätte die damals hoch aufschäumende Bewegung in Fluß erhalten sollen. Ja, solche Bewegungen sind eben nicht dauernd auf der Höhe zu erhalten; sie nehmen nur in besonderen Zeiten einen allgemeinen Aufschwung. Das wird bei den Handelsvertrags-Verhandlungen wieder geschehen. Jetzt aber kennen wir deren Inhalt noch gar nicht. Wir können nur annehmen, daß die Junker dabei jedenfalls auf ihre Rechnung kommen werden. Auf solche bloßen Vermutungen kann aber eine Partei wie die Sozialdemokratie nicht eine große Agitation gründen. Dazu müssen wir erst festen Boden unter den Füßen haben. Man hat uns weiter vorgeworfen, daß noch viel Gebiete vorhanden seien, die für die sozialdemokratische Bewegung noch nicht erschlossen sind. Diese Tatsache ist uns auch bekannt. Auf dem linken und rechten Rheinufer, in Ost- und Westpreußen, in Posen und Schlesien haben wir noch viel Arbeit zu bewältigen. Bisher war dies nicht möglich. Zur Erklärung dieser Tatsache habe ich bereits auf die Gewerkschaften hingewiesen. Ich hätte weiter die Krankenkassen und Konsumvereine nennen können, die alle eine große Zahl von Kräften vollständig in Anspruch nehmen, daß sie für die Agitation verloren gehen, weil sie sonst ihre geschäftlichen Arbeiten vernachlässigen würden. Finanziell sind wir ja in glücklicher Lage auch die noch unerschlossenen Gebiete in die Agitation einzubeziehen. In dieser Beziehung wird die Parteileitung jederzeit auf dem Posten sein. Die Hauptschwierigkeit ist, daß wir nicht die geeigneten Kräfte haben. Oberschlesien hat uns sehr viel Kopfzerbrechen gemacht. Genosse Winter ist durch sein Leiden — das wir natürlich nicht kannten, sonst hätten wir ihn nicht so lange auf diesem Posten gelassen — arbeitsunfähig geworden. Jetzt haben wir dort den Genossen Bruhns und es sind Ansätze vorhanden, um in Oberschlesien eine festgegliederte Organisation zu ermöglichen. Nicht so glücklich waren wir in Posen; wir müssen abwarten, ob die jetzt dort tätigen Genossen die richtigen Leute an der richtigen Stelle sind. Auch für andre Gegenden, für den Ober- und Niederrhein, ist seit mehreren Jahren die Anstellung von Parteisekretären gewünscht worden. Wir sind diesen Wünschen nicht nachgekommen, weil wir der Ansicht waren, daß, wenn überhaupt Parteisekretäre angestellt werden, andre Distrikte des Reiches eher berücksichtigt werden müssen. Wenn der Parteitag, wie ich annehme, die Anstellung von Parteisekretären beschließen wird, dann wird zu prüfen sein, inwieweit das Institut verwirklicht werden kann, um der Partei in bisher noch nicht erschlossenen Gebieten neue Anhänger zu gewinnen.

Weiter sind uns Vorwürfe gemacht worden, daß wir gegen den in der Luft liegenden Wahlrechtsraub, die Beschneidung oder Aufhebung des allgemeinen, gleichen, direkten Stimmrechts für den Deutschen Reichstag, nicht entschieden genug die Initiative ergriffen hätten. Wir hätten rechtzeitiger die Gefahr kennzeichnen und Mittel zur Abhilfe nennen müssen. Wie verschieden aber die Meinungen in der Partei sind, beweist die Tatsache, daß uns von andren Parteigenossen, auf deren Stimme wir gleichfalls Gewicht legen, nahegelegt worden ist, wir sollten nicht so oft mit dem Feuer spielen (Sehr richtig!)

es könne sich sonst das Sprichwort erfüllen: Wenn man den Teufel an die Wand malt, so kommt er. Jene Kreise, die damit umgehen, das Wahlrecht zu beschränken, könnten sich sagen: wir können machen was wir wollen, wir werden stigmatisiert als diejenigen, die das Wahlrecht beschränken wollen, also machen wir es. Bei drei Gelegenheiten hat der Parteivorstand die Frage trotzdem für aktuell gehalten, bei der sogenannten Giesebrechterei, dann als uns die Mitteilung wurde, daß die mechanischen Vorbereitungen für Neuwahlen getroffen wurden und drittens als die Konventikel der Konservativen und Nationalliberalen abgehalten wurden, darüber, wie man praktisch der Ausbreitung der Sozialdemokratie entgegentreten könne. Bei der zweiten Gelegenheit wurden innerhalb der maßgebenden Kreise Bedenken erhoben und nur die Darlegung der positiven Tatsachen ermöglichte es, daß schließlich beschlossen wurde, die Oeffentlichkeit zu alarmieren. Also Sie sehen: In der Parteileitung sind sachliche Differenzen auch vorhanden, aber sie werden ausgetragen, ohne daß es zu persönlichen Differenzen kommt. Wenn jeder Genosse es ebenso macht, nur sachlich diskutiert und jede persönliche Anfeindung unterläßt, dann werden unsre Gegner nicht die Freude haben, über die Angriffe der Sozialdemokraten unter sich zu frohlocken. Die Parteileitung hat bei den verschiedensten Fragen die Initiative ergriffen, ich erinnere an den großen Kampf in Crimmitschau. Da war es die Parteileitung, die Besprechungen mit den in Betracht kommenden Faktoren einleitete, und ich bin überzeugt, es wird heute niemanden geben, der mit der Führung und der Beendigung des Kampfes nicht einverstanden wäre. (Sehr wahr!) Mit den Führern der Gewerkschaften haben wir stets in gutem Einvernehmen gelebt. Wegen der Frage der Maifeier haben wir versucht, mit der Generalkommission der Gewerkschaften und der Gewerkschaftskommission ein Einverständnis zu erzielen, es ist uns nicht voll gelungen, aber über die Art der Behandlung der Maifeierfrage in Amsterdam haben wir uns doch verständigt. Wir werden uns hier auf dem Parteitage weiter damit und in Verbindung damit auch mit der Frage des Generalstreiks zu befassen haben. Gewünscht hätte ich allerdings, daß der Antrag, der sich auf den politischen Streik bezieht, die genügende Unterstützung gefunden hätte. (Sehr richtig!) Jedenfalls wird ja auch der politische Streik bei der Erörterung des Generalstreiks zur Sprache kommen. Dringend ist die Sache freilich nicht.

Ueber die Presse habe ich bereits gesprochen; ich habe nur noch eins nachzutragen. Seit 1896 wird auf allen Parteitagen der Wunsch laut, daß wir eine geeignete Jugendliteratur schaffen sollen. Auch diesem Parteitage liegen solche Anträge vor. Sie gehen von der Meinung aus: wer die Jugend hat, dem gehört die Zukunft, ein Spruch, der auf der Frauenkonferenz dahin erweitert worden ist: wer die Frau hat, hat die Zukunft, weil die Frau die Kinder zur Sozialdemokratie erzieht. Wir verkennen unsre Aufgabe in dieser Hinsicht nicht und wissen wohl, daß mehr geleistet werden könnte, als geleistet worden ist. Ich sage „könnte“: es handelt sich hier um keine leichte Aufgabe. In Dresden ist ein solcher Versuch gemacht worden; ich bin überzeugt, daß die „Hütte“ nicht wegen Mangel an materiellen Mitteln eingegangen ist. Wenn das der Hauptgrund gewesen wäre, dann würden sich die Herausgeber mit bestimmten Anträgen an die Genossen in Dresden und durch sie an die Parteileitung um Unterstützung gewandt haben, um so mehr, als ihnen bei früheren Gelegenheiten Aussicht auf eine solche Unterstützung unter Erfüllung bestimmter Vorbedingungen eröffnet worden ist. Aber derartige Wünsche bedürfen gründlicher Prüfung und gründlicher Vorbereitung. Wenn wir einmal den Stab von Genossen, der jetzt in der Presse, in Arbeitersekretariaten, in Krankenkassen, in Gewerkschaften, in den Konsumvereinen vorhanden ist, verdoppelt zur Verfügung haben, dann werden wir alle die Aufgaben, die wir erfüllen sollen, leicht erfüllen können. Auf die Angriffe der Jaurèsisten, was wir denn mit

unsren drei Millionen machten, was für Taten wir aufzuzeigen hätten, hat Bebel in Amsterdam geantwortet, daß diese Leistungen erst kommen könnten, wenn wir die doppelte Anzahl Wähler hätten. Wenn dieser Wunsch in Erfüllung gegangen ist, dann werden wir auch alle Kräfte zur Verfügung haben, um die Aufgaben, die jetzt schon von der Parteileitung verlangt werden, vollständig zu erfüllen. Die Stärke unsrer Partei verführt manchen Parteigenossen zu dem Glauben, die Partei-Entwicklung könne mit Siebenmeilenstiefeln vorwärts marschieren. Nun ist es richtig, keine einzige Kulturbewegung hat ein so rapides Vorwärtsschreiten aufzuweisen als unsre Bewegung. Wir sind durch unsre Siege, durch das rapide Wachsen unsrer Macht so stolz geworden, daß wir der Meinung sind, wir könnten in der Zukunft nur noch mit Siegen rechnen, es handle sich nur darum, daß wir zum Sturmangriff schreiten um alles zu erobern. So liegen die Dinge in Wirklichkeit doch nicht. Auf allen Gebieten müssen wir mit dem Widerstand der Gegner rechnen, wir müssen unsre Kräfte genau abmessen und erwägen, ob sie ausreichend sind um Niederlagen zu verhüten. Eine richtige Taktik wird stets die Mittel genau abwägen und darauf aus sein, die vorhandenen Positionen zu behaupten und so zu befestigen, daß von ihnen aus neue Angriffe auf den Gegner erfolgen können. Aber verhütet muß werden, daß gewonnene Positionen wieder aufgegeben werden. Ein derartiger Rückschlag ist schwerer zu ertragen als ein Mißerfolg bei einem neuen Angriff. Wenn wir in diesem Sinne zusammenwirken, hoffe ich, daß wir auch in Zukunft Ersprießliches leisten und erreichen werden. (Lebhafter Beifall.)

Gerisch-Berlin erstattet den

Kassenbericht.

Der gedruckt vorgelegte Kassenabschluß zeigt Ihnen, daß unsre Kassenverhältnisse im abgelaufenen Jahre durchaus befriedigend waren. Es ist der beste Abschluß, den die Parteikasse jemals erzielt hat (Bravo!) Nach Bestreitung aller Ausgaben bleibt eine so hohe Summe übrig als früher die Einnahmen überhaupt betragen haben. (Bravo!) Es wäre aber sehr falsch zu glauben, daß die Parteileitung in Verlegenheit wäre, was sie nun mit dem vielen Gelde anfangen solle. (Große Heiterkeit.) Mit dem Wachstum der Einnahmen sind auch die Ansprüche gewachsen, ja geradezu lawinenartig angeschwollen. (Hört, hört!) Der gute Kassenabschluß hat einen förmlichen Sturm auf die Parteikasse hervorgerufen. (Hört, hört! und Heiterkeit.) In einer einzigen Sitzung haben der Parteileitung Anträge auf Bewilligungen von im ganzen 160 000 Mk. vorgelegen. (Große Heiterkeit; Ruf: Nicht zu wenig!) Die Sorge, was wir mit dem vielen Gelde anfangen sollen, ist also durchaus nicht vorhanden. (Heiterkeit.) Wir sind entschlossen, die schwachen Punkte unsrer Stellung in der nächsten Zeit sehr zu verstärken, und das wird große Ausgaben erfordern. Daß eine große Anzahl von Wahlkreisen gar nicht in der Tabelle vorhanden sind, daß andre sich mit einer gewissen Anstandssumme abfinden, die durchaus nicht dem entspricht, was sie leisten können, das sind alte Klagen, mit denen wir uns schon oft befaßt haben, und worüber wir uns bei der Behandlung der Organisationsfrage näher unterhalten werden. Es muß aber bei dieser Gelegenheit hervorgehoben werden, daß die Leistungen der Kreise in den Zahlen unsres Kassenabschlusses nicht ganz zum Ausdruck kommen. Magdeburg z. B., das nach der tabellarischen Uebersicht 3800 Mk. an die Zentralkasse abgeführt hat, leistet noch viel für die allgemeine Agitation in der Provinz Sachsen. Vielleicht gestatten Sie mir, eine persönliche Bitte vorzutragen, die mir schon bei verschiedenen Parteitagen auf der Lippe geschwebt hat. Verschiedene Genossen wünschen, daß ihre Beiträge unter einem Motto quittiert werden, das vielleicht in einem kleinen geselligen Kreise angebracht ist, das sich aber geschmacklos ausnimmt, wenn es an erster Stelle in der Quittung im „Vorwärts" steht. Ei Beispiel: Ein Verein, der offenbar den Humor pflegt, überwies die Eintritts-

gelder der neuen Mitglieder der Parteikasse, er wählte aber hierzu das Motto: Ferkelgeld des Schweinigelklubs. (Große Heiterkeit.) Das geht doch nicht; ich als Kassierer muß mich in solchen Fällen mit den Absendern in Verbindung setzen und sie höflichst ersuchen, das Motto zu ändern. Wir haben aber doch wichtigere Dinge zu tun, als solche überflüssige und unnötige Arbeit zu verrichten.

So günstig trotz mancher Ausstellungen der Kassenabschluß gewesen ist, ebenso günstig war die Entwicklung und der Stand der Parteipresse im vergangenen Jahre. Bei den Reichstagswahlen wird ja infolge der Aufrüttelung der Massen unsern Parteizeitungen immer ein größerer Abonnentenstand zugeführt. Erfahrungsgemäß ist aber nur immer ein gewisser Prozentsatz davon festzuhalten, und es wäre kein Wunder, wenn auch in diesem Jahre die gleiche Erscheinung zu Tage getreten wäre. Ganz ohne Verluste ist es allerdings nicht abgegangen, aber immerhin hat unsre Presse sehr gut abgeschnitten. 15 Blätter haben insgesamt 8008 Abonnenten verloren, aber in fast allen Fällen tragen bestimmte örtliche Vorgänge die Schuld daran, wie große Arbeiteraussperrungen und dergleichen. Der Verlust an Abonnenten wird nur ein vorübergehender sein. Dagegen haben 39 Blätter einen Zuwachs von 47 380 Abonnenten aufzuweisen. Insgesamt zählt unsre Presse gegenwärtig nach den Berichten, die diesmal so vollständig eingingen wie noch nie zuvor, 620 282 zahlende Abonnenten.

Sollte der Antrag 9 angenommen werden, so möchte ich die Genossen bitten, uns auch das notwendige statistische Material zu liefern, denn sonst würde durch den Antrag gar nichts erreicht sein. Es hat in den verflossenen Jahren große Mühe gekostet nur über die Presse die nötigen Mitteilungen zu erhalten, einigemale konnte eine vollständige Aufstellung überhaupt nicht gegeben werden und auch in diesem Jahre habe ich eine größere Anzahl von Parteigeschäften zweimal, einige sogar dreimal bitten müssen, ehe ich das Gewünschte erhielt. Die Gesamteinnahmen aus Abonnements haben im abgelaufenen Jahre bei unsrer Presse 3 925 427 Mk. betragen. Im Durchschnitt kommt auf jeden Abonnenten ein Nettobetrag von $6^1/_8$ Mark pro Jahr, also 52 Pfennige pro Monat. Die Einnahmen aus den Inseraten beziffern sich auf 2 253 538 Mk.; diese Einnahme legt Zeugnis davon ab, welche Stellung unsre Presse im öffentlichen Leben einnimmt. Eine der erfreulichsten Erscheinungen bei dem Wachstum unsrer Presse ist die starke Zunahme der Abonnenten der „Gleichheit". Die zähe, aufopferungsvolle Arbeit unsrer in erster Linie kämpfenden Genossin, die gewiß mancher von uns mit Bewunderung verfolgt hat, findet endlich den wohlverdienten Erfolg. (Beifall.) Einzelnen unsrer Organe sieht man es freilich schon äußerlich an, daß sie immer noch Aschenbrödel geblieben sind, sie haben an dem rapiden Aufschwung nicht teilgenommen.

Hier muß energisch eingegriffen werden. Es haben bereits eingehende Erwägungen darüber stattgefunden, wie den in der Entwicklung zurückgebliebenen Blättern nachgeholfen werden kann. Namentlich im Königreich Sachsen steht in einer Reihe von Kreisen die Leserzahl in schreiendem Mißverhältnis zu der Zahl der für uns abgegebenen Stimmen.

Eine lange Erfahrung hat uns gezeigt, daß wir unsern Besitzstand erst dann als einigermaßen befestigt und gesichert ansehen können, wenn die Zahl der Abonnenten unsrer Presse den dritten Teil der abgegebenen Stimmen beträgt. Die bei den letzten Wahlen für uns abgegebenen Stimmen betrugen drei Millionen. Wenn die Abonnentenzahl unsrer Blätter ein Drittel dieser Summe betragen soll, so muß sie noch um 380 000 gesteigert werden. Wir haben also noch ein tüchtiges Stück Arbeit zu leisten und hoffen, daß die von uns geplanten Maßnahmen erfolgreich sein werden.

Unter den Anträgen befinden sich einige, die sofort erfüllt werden können. Dazu gehören die Anträge 33 und 35. Eine weitere Reihe von Anträgen enthalten dankenswerte Anregungen, so die Anträge 32, 36, 37, 39 und 108. Dagegen

sind die Anträge 28 und 29, die Jugendliteratur betreffend, schwerer zu erledigen, weil eine solche Literatur nicht einfach durch einen Beschluß geschaffen werden kann. Für verfehlt, ja geradezu für verderblich, halte ich dagegen den Antrag 105, der bekanntlich will, daß die Partei unter den Arbeitern, die zur Armee einberufen werden sollen, eine besondere Agitation entfalte. Es ist doch nur zweierlei möglich: Entweder diese jungen Arbeiter haben bereits an dem geistigen Leben der Nation und besonders ihrer Klasse mit Nutzen teilgenommen, indem sie unsre Zeitungen und Bücher gelesen, unsre Versammlungen besucht haben, dann wissen sie, wohin sie gehören. Ist das nicht der Fall, dann kann das vor dem Eintritt in das Heer durch Broschüren nicht nachgeholt werden. Wir würden dadurch den jungen Leuten das Leben beim Militär außerordentlich erschweren. Ich rate Ihnen deshalb, alle diese Anträge im großen und ganzen dem Vorstande zu überweisen. (Bebel ruft: 105 ablehnen!) Jawohl: mit Ausnahme des Antrages 105, den wir abzulehnen bitten.

Pfannkuch-Berlin gibt einen Nachtrag zu seinem Bericht. Der Vorstand hat die Gewohnheit, Fragen, die eine größere finanzielle Tragweite haben, gemeinsam mit der Kontrollkommission zu erledigen, nicht, weil er die Verantwortung scheute, sondern um Reibungen mit der Kontrollkommission zu vermeiden. In einer dieser gemeinschaftlichen Sitzungen haben wir die Frage der Parteisekretäre erörtert und beschlossen, Ihnen folgende Vorschläge zu machen: Es möge der Parteileitung anheimgegeben werden, die Bedürfnisfrage zu entscheiden. Wird diese Frage bejaht, so sollen die Bezirke das Vorschlagsrecht für die Person des zu ernennenden Sekretärs haben. Der Vorstand soll aber an diese Vorschläge nicht gebunden sein, sondern das Recht haben, unter Umständen einen andern zu bestimmen. Als Anfangsgehalt schlagen wir 2000 M. vor. Selbstverständlich sind darin Spesen, Reisekosten u. dergl. nicht einbegriffen. Das Anfangsgehalt soll von drei zu drei Jahren um je 200 M. steigen. Ein Maximalgehalt wollen wir vorläufig nicht feststellen. Wir können vorläufig die Entwicklung abwarten und dann die Maximalgrenze zu bestimmen der Beschlußfassung späterer Parteitage überlassen.

Bebel hat gestern bereits bedauert, daß Singer und Auer durch Krankheit ferngehalten sind. Von Singer kann ich sagen, daß sein bitterster Schmerz der ist, krank zu sein, ohne Schmerzen zu haben. Auer, den ich am vorigen Sonntag besucht habe, hat auf mich den erfreulichen Eindruck gemacht, daß ich ihn seit zwei Jahren körperlich und geistig nicht so munter gesehen habe wie diesmal. Wir können also hoffen, daß er recht bald seine Krankheit überwinden wird. Nichtsdestoweniger mußten wir uns in diesem Frühjahr nach einer vorläufigen Arbeitskraft umsehen. Der wachsende Umfang unsrer Arbeiten machte das notwendig. Zahlen sprechen da eine deutliche Sprache. Die Zahl der Eingänge an Briefen usw. betrug 3400, die der Ausgänge 5400, worunter die Massensendungen nicht einbegriffen sind. Wir stellten also den Genossen Molkenbuhr ein und können heute sagen, daß wir in ihm vollständig das gefunden haben, was wir suchten. Wir schlagen Ihnen deshalb vor, unbeschadet des Eintritts des Kollegen Auer den Genossen Molkenbuhr zur Vervollständigung des Bureaus in den Vorstand zu wählen. Dann wird das Bureau, glaube ich, den Ansprüchen gerecht werden können, denen von den Genossen Ausdruck gegeben worden ist.

Eben wird mir ein Zettel übergeben, in dem ich aufgefordert werde, die Stellung des Vorstandes zur Alkoholfrage mitzuteilen. (Unruhe und Oho-Rufe.) Das kann ich nicht, weil dazu erst eine Erörterung der Frage im Vorstande stattfinden müßte. (Zuruf: Beim Biere! Heiterkeit.) Das aber glaube ich aussprechen zu dürfen: Die Alkoholfrage ist eine so brennende Frage nicht, daß sie unbedingt jetzt oder auch im nächsten Jahre auf die Tagesordnung des Parteitages gesetzt werden müßte. Wir können uns über die Frage weiter in Versamm-

lungen und in der Presse unterhalten. Ob sie mal eine Parteifrage werden wird, will ich nicht erörtern, ich wünsche es aber nicht.

Meister-Hannover erstattet den Bericht der Kontrolleure: Leider kann ich mich diesmal nicht so kurz fassen, wie in den letzten Jahren. Bei der letzten Kontrolle über die Geschäftsführung des Vorstandes und der Partei-Unternehmungen hatten wir keine Ursache zu irgend welchem Monitum. Es war alles in bester Ordnung. Dagegen ist die Zahl der an uns gelangten Beschwerden größer als in den letzten Jahren. Schon in Dresden beschäftigte uns die unleidliche Angelegenheit Emmel. Wir konnten damals ein abschließendes Urteil nicht fällen, sondern hielten ein Schiedsgerichtsverfahren für nötig. Das Schiedsgericht fand statt und erklärte, daß zur Klärung der Angelegenheit eine gerichtliche Klage Emmels gegen Weßbecher wegen Beleidigung erfolgen müsse. Da die Beleidigungen verjährt waren, wiederholte Weßbecher seine Beschuldigungen und das Gericht hat dann in zwei Instanzen zuungunsten Emmels entschieden. Die Kontrollkommission beschloß daraufhin, das Urteil der letzten Instanz abzuwarten und zunächst die Genossen in Mülhausen nur aufzufordern, Emmel bis zur Entscheidung der Sache von allen Ehrenämtern zu entbinden. Leider haben die Mülhauser Genossen dieser Aufforderung nicht entsprochen; sie haben uns absichtlich eine Backpfeife versetzt, indem sie in derselben Versammlung, in der sie über unsern Beschluß verhandelten, die Kandidatur Emmels für den Landesausschuß aufstellten. Dem gegenüber habe ich im Namen der Kontrollkommission folgende Erklärung zu verlesen:

„Ein Teil des Beschlusses der Kontrollkommission in Sachen der Mülhauser Parteigenossen bestand darin, die Parteigenossen in Mülhausen aufzufordern, bis zur Erledigung des Beleidigungsprozesses Emmel mit Vertrauensposten nicht zu betrauen. Dieser Beschluß wurde nach eingehender Verhandlung des Sachverhalts gefaßt, mit dem die Kontrollkommission sich leider bereits wiederholt zu beschäftigen Gelegenheit nehmen mußte. Er war der mildeste Ausdruck der Konsequenzen, welche sich nach dem einstimmigen Urteil der Kontrollkommission aus dem vorliegenden Tatsachenbestand ergaben. Die Mülhauser Genossen im Wahlverein haben es für gut befunden, sich über diesen Teil der Entscheidung der Kommission hinwegzusetzen. Bei Kenntnisnahme der Entscheidung erklärten dieselben, der Aufforderung nicht nachzukommen, da kein Grund vorliegt, Emmel auf die bloße Anschuldigung Weßbechers hin das Vertrauen zu entziehen. Der Wahlverein beschloß die Kandidatur Emmels für den Landesausschuß aufzustellen. Die Kontrollkommission erblickt in diesem Verhalten einen schweren Verstoß gegen die parteigenössische Disziplin, einen Verstoß, welcher die schärfste Rüge herausfordert. Der Arbeiter-Wahlverein in Mülhausen hatte in der Sache gar nichts mit Weßbecher und seinen Anschuldigungen zu tun, wohl aber mit den Beschlüssen einer Partei-Instanz, welche vom Parteitage laut Organisationsstatut berufen ist, in schwebenden Angelegenheiten zu entscheiden. Die Kontrollkommission hatte diese ihre Aufgabe pflichtgemäß erfüllt; die sachliche Grundlage ihrer Beschlüsse bildeten denn auch keineswegs nur Weßbechers Anschuldigungen, sondern noch ein reiches Tatsachenmaterial. Die Kontrollkommission erachtet es für ihre Pflicht, auf die höchst bedenklichen Konsequenzen hinzuweisen, die unvermeidlich sind, wenn derartige unverantwortliche Disziplinwidrigkeiten von Parteigenossen ungerügt hingehen. Sie ersucht den Parteitag, daß derselbe mit ihr übereinstimme in der schärfsten Verurteilung dieses Vergehens. Diese Verurteilung trifft sowohl die Mitglieder des Mülhauser Wahlvereins wie den Genossen Emmel, der durch die Annahme des Mandats in der gekennzeichneten Situation den Disziplinbruch unterstützte."

Ich bemerke noch einmal, daß die Kontrollkommission von ihrer Aufforderung an die Mülhauser Genossen von weiteren Beschlüssen gegen Emmel nur abgesehen hatte, weil sie das definitive Urteil abwarten wollte.

In Düsseldorf haben wir schon seit langen Jahren Verhältnisse, die man eigentlich für undenkbar halten sollte. Es sind dort zwei vollständige Parteien innerhalb der Partei. Das Resultat der Streitigkeiten war ein Schiedsgericht, in dem Gerisch den Vorsitz führte. Leider traten innerhalb der Verhandlung Zustände zu tage, die es Gerisch wünschenswert erscheinen ließen, das Schiedsgericht aufzulösen, um nicht weiteres Material zu einer Denunziation zu liefern. Zu der neuen schiedsgerichtlichen Verhandlung wurden Koenen und ich als Vertreter der Kommission als Zuhörer zugezogen. Es kamen Zustände zum Vorschein, wie ich sie in meiner langen Parteizugehörigkeit noch nirgends gefunden habe, und auch heute noch ist es damit nicht besser. Das können Sie aus den heute verteilten Flugblättern ersehen, wenn Sie Ihre Zeit damit wegschmeißen wollen, sie zu lesen. Das Resultat der Verhandlung war, daß beide Parteien Rügen erhielten und daß gegen einen Genossen eine besonders scharfe Rüge beschlossen wurde. Zum Ausschluß dieses Genossen hatte man wohl Lust, aber nicht die Courage. (Hört, hört!) Das Urteil, das über diesen Genossen gefällt wurde, war eigentlich noch schärfer als ein Ausschluß, aber man sagte sich: Man kann die Klippe des Ausschlusses umgehen, wenn man den Menschen für verrückt erklärt. (Heiterkeit.) Als die Sache dann an die Kontrolleure kam, haben wir sie eingehend geprüft. Im allgemeinen schlossen wir uns dem Urteil des Schiedsgerichts an, aber Windhoff wurde ausgeschlossen, weil wir uns sagten, daß er sich sehr wohl dessen bewußt gewesen sein müsse, was er tat. Sie finden die Begründung auf S. 26 des Vorstandsberichts (S. 34 des Protokolls).

In der letzten Zeit ist in Bielefeld ein Schiedsgericht zusammengetreten, das einen der ältesten dortigen Genossen, den Genossen Schweckendiek aus der Partei ausschloß. Es wurde ein Schiedsgericht beim Vorstand beantragt und dies fand unter dem Vorsitz von Lorberg statt.

Es betrifft gerade diese Sache nach Ansicht der Kontrollkommission eine Angelegenheit von großem Interesse. Es handelt sich um den 63 Jahre alten Genossen Schweckendiek, einen der ältesten Genossen in Bielefeld, der bis heute sich als einer der bravsten Genossen betätigt, schwere persönliche Opfer in den ganzen Jahren gebracht und in den schwersten Zeiten zur Partei gestanden hat. Ein von beiden Seiten berufenes Schiedsgericht hat am 25. Juli einstimmig beschlossen: Der Beschluß des Wahlvereins in Bielefeld ist aufzuheben und Genosse Schweckendiek auch ferner als Genosse zu betrachten. Ich habe Ihnen in dieser Sache folgende Erklärung der Kontrolleure vorzutragen: „Neuerdings mehren sich die Fälle mit der Zunahme des Kampfes auf wirtschaftlichem Gebiete, die zu Anklagen führen gegen solche Parteigenossen, welche als Mitglieder einer Gewerkschaft bei Streiks oder Aussperrungen durch ein entehrendes Verhalten die Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei verloren haben sollen. Dagegen ereignet es sich sehr selten, daß ein Ehrenstreit bei gewerkschaftlichen Organisationen deshalb zur Einleitung oder zum Austrag kommt, weil der der Berufsgenossenschaft zugehörige Parteigenosse in verschuldeter Weise es unterläßt, in dem politischen Klassenkampfe und zum Zweck einer erfolgreichen Agitation für die sozialdemokratische Partei seine Pflicht einigermaßen oder nach ganzem Vermögen zu erfüllen. Es besteht unter der klassenbewußtkämpfenden Arbeiterschaft keine Meinungsverschiedenheit darüber und auch bei der Kontrollkommission ist kein Zweifel darüber gewesen, daß bei der Notwendigkeit mit der Waffe des Streiks zu kämpfen, der mit Bewußtsein geübte Streikbruch als eine ehrlose Handlung gebrandmarkt und verurteilt werden muß. Mit Rücksicht auf die schweren Folgen einer Ahndung der unsolidarischen Handlungsweise muß von Fall zu Fall eine Beurteilung des Deliktes in subjektiver und objektiver Hinsicht vorangehen, ehe der sozialdemokratische Richter die schwerste Strafe der moralischen Vernichtung eines bisherigen Parteigenossen, der nach allen Seiten seine Schuldigkeit gethan hat, ausspricht. In der Bielefelder Streitsache bestreitet

keine Richtung, daß die Tendenz der Streikbewegung sich gegen die Organisation der Unternehmer richtete und demgemäß lautete die Kampfparole. Der Meister des Genossen Schweckendiek steht diesem Prinzipalsring fern, es konnte wenigstens seine Zugehörigkeit zu der befehdeten Gemeinschaft nicht behauptet werden, auch hatte er dem Genossen erklärt, daß er bereit sei, die Forderungen der Gewerkschaft zu erfüllen, wenn man nur zu ihm komme. Er steht mit seinem Arbeitgeber in freundschaftlichem Verhältnis. Als wesentlich steht fest, daß sein Geschäft in jenem Stadium des Kampfes, als Schweckendiek fortarbeitete, nicht unter die Zahl der Firmen zählte, die durch Arbeitsniederlegung zur Nachgiebigkeit gebracht werden sollten. Es liegt hier ein Fehler in der Streiktaktik vor, wenigstens eine Abweichung von der sonst in gewerkschaftlichen Kämpfen angewandten Methode. Es darf aus diesem Grunde angenommen werden, daß die Auffassung Schweckendieks über seine Stellung in diesem Streik in dieser Tatsache begründet ist, abgesehen davon, daß Schweckendiek für Berücksichtigung seines hohen Alters und der für seine Ueberzeugung gebrachten materiellen Opfer sich auf Beispiele aus der Streikpraxis berufen konnte. Zweifellos wirkte diese Absonderung von der um ihre berechtigten Forderungen kämpfenden Kollegenschaft schädigend auf den Streik ein. Es darf aber nach der objektiven Lage des Falles bestritten oder bezweifelt werden, daß bei Schweckendiek das Bewußtsein für sein Unrecht vorhanden war. Die Kontrollkommission hält den Beweis für die Schuld Schweckendieks nicht für erbracht und bestätigt das freisprechende Urteil des Schiedsgerichts; sie ist bei objektiver Würdigung aller Momente der Ansicht, daß es der Streikkommission möglich gewesen wäre, den Fall Schweckendiek mit etwas mehr Geschick im geeigneten Augenblick ohne Erregung der Gemüter der Arbeiterschaft beizulegen.

Wie gesagt, die Kontrollkommission hat sich namentlich durch das hohe Alter des betreffenden Genossen veranlaßt gefühlt, dem Urteil des Schiedsgerichts beizutreten. Bislang ist in allen Gewerkschaften die Praxis geübt worden — ich habe das selbst von leitenden Personen des Maurerverbandes gehört —, daß man so alte Personen bei Streiks ruhig weiterarbeiten läßt, denn wenn sie arbeitslos werden, finden sie sehr schwer oder oft gar nicht wieder eine neue Stellung. Die Gewerkschaften sind bislang froh gewesen, wenn es möglich war, in einem solchen Falle den Betreffenden ruhig weiter arbeiten zu lassen, weil sie sich sagten: er kann den Kohl doch nicht fett machen und wir sind einer ganz gewaltigen Verantwortung ledig. Die Kontrollkommission hat daher einstimmig den Protest des Wahlvereins Bielefeld auf Aufhebung des Schiedsgerichtsurteils abgelehnt.

Weiter beschwerten sich aus Lörrach in Baden die Genossen Marquardt, Bauer und Fröhling gegen den Landesvorstand der sozialdemokratischen Partei wegen Veranstaltung eines Schiedsgerichts gemäß § 2, Abs. 2 unsres Organisationsstatuts. Dieses Schiedsgericht, welches am 18. März dieses Jahres in Lörrach stattfand und sich mit dem Ausschluß der Beschwerdeführer befaßte, ist nach Ansicht der Beschwerdeführer gegen die Bestimmungen unsres Statuts zusammengesetzt gewesen.

Die Kontrollkommission erklärte die Beschwerde für berechtigt und sprach die Nichtigkeit jenes Schiedsgerichtsurteils aus. Mit Rücksicht auf die inzwischen in Lörrach eingetretenen Zustände glaubt die Kontrollkommission, den Lörracher Genossen eine Verständigung empfehlen zu dürfen. Die Einberufung des Schiedsgerichts war in der Tat nicht den Bestimmungen unsres Statuts entsprechend. Der Parteivorstand war gar nicht gefragt worden, wie es das Statut verlangt. Man hatte in Lörrach geglaubt, den häßlichen Zwist beilegen zu können, auch ohne die großen Partei-Instanzen anzurufen; das wird bestätigt durch ein Schreiben des Genossen Pfeiffle, in dem zugegeben wird, daß das betreffende Schiedsgericht eine Entscheidung im Sinne des § 2 Absatz 2 unsres Organisations-

statuts nicht treffen wollte. Man habe aber geglaubt, den lokalen Streit auch auf einen lokalen Herd beschränken zu können. Der Genosse Pfeiffle bittet, diesen Sachverhalt den Genossen zur Kenntnis zu bringen. Der Landesvorstand konnte daher den Ausschluß aus der Partei nicht aussprechen. Da dieser Irrtum dem Landesvorstand untergelaufen war, mußte die Entscheidung der Kontrollkommission so wie mitgeteilt ausfallen.

Weiter beschäftigte sich die Kontrollkommission mit dem Fall des Genossen Max Oppenheim in Bockenheim bei Frankfurt a. M. Dieser wandte sich an uns mit dem Ersuchen, eine Modifikation des Urteils des Parteischiedsgerichts vom 7. September d. J. in seiner Angelegenheit vorzunehmen. Die von Oppenheim zu den Akten des Parteiarchivs gegebene Erklärung war für die Kontrollkommission genügend, um seine Angelegenheit als damit erledigt zu betrachten. Weiter hat sich Frau Gubela-Berlin beschwerdeführend gegen die Vertrauensleute an die Kontrollkommission gewandt, weil sie durch den Beschluß der Vertrauensleute in ihrer Tätigkeit beschränkt sei; sie ersucht die Kontrollkommission um Aufhebung des Beschlusses. Die Kontrollkommission war aber der Meinung daß ihre Kompetenz nicht so weit gehe. Aus der Partei ist Frau Gubela nicht ausgeschlossen, ob die Berliner aber ihre weitere Tätigkeit als wünschenswert erachten, das muß ihnen selbst überlassen werden. Frau Gubela ist schriftlich dahin beschieden worden. Einem Gesuch von Marek in Zabrze um Zuwendung einer Unterstützung aus der Parteikasse konnte die Kontrollkommission nicht zustimmen. Der Parteivorstand hat den Genossen wiederholt und reichlich unterstützt, allerdings ist auch jetzt noch Not vorhanden, aber wir können es nicht verantworten, wenn der Genosse fortlaufend unterstützt wird. Der letzte Fall, der uns beschäftigte, betrifft den Fall des Genossen Geck kontra badischen Landesvorstand. Er hat seine Erledigung gefunden, ohne daß die Kontrollkommission gesprochen hat. Wir haben nur den Wunsch, daß beide Teile jetzt befriedigt sein mögen und hoffen, daß dann in dem gemütlichen Ländle bessere und gemütliche Verhältnisse Platz greifen werden.

Das ist mein Bericht. *Ich habe schließlich noch im Namen der Kontrollkommission zu beantragen, daß Sie dem gesamten Parteivorstand für seine Tätigkeit Decharge erteilen mögen.* (Bravo!)

Gerisch nimmt zur Ergänzung seines Berichts nochmals das Wort: Genosse Meister hat das in Düsseldorf tätig gewesene Schiedsgericht kritisiert, und zwar in der ihm eignen drastischen Weise, die ich ihm persönlich nicht im geringsten übel nehme. Aber als Vorsitzender des Schiedsgerichts fühle ich mich doch verpflichtet, das Gericht in Schutz zu nehmen. Genosse Meister sagte, das Gericht habe nicht die Courage gehabt, Windhoff auszuschließen. Das trifft nicht zu. Das Schiedsgericht ging davon aus, daß unter den in Düsseldorf obwaltenden Verhältnissen ein Urteil, das irgend welchen Wert haben sollte, *einstimmig* gefaßt sein müßte und daß ein mit einer Mehrheit von 4 gegen 3 Stimmen gefaßter Beschluß für Düsseldorf absolut wertlos sei. Dazu kommt, daß der als Hauptschuldiger erklärte Genosse Windhoff jahrelang unser fleißigster und tüchtigster Genosse in Düsseldorf gewesen ist. Das war ein überaus großer Milderungsgrund. Wer übrigens den Genossen Windhoff aus früheren Parteitagen kennt, wird den Eindruck gewonnen haben, daß er im höchsten Grade fanatisch und rechthaberisch ist. Sein Glaube, stets allein Recht zu haben und von einer gefaßten Meinung allen Einwirkungen gegenüber nie abzugehen, ist geradezu krankhaft. Das Schiedsgericht, das einstimmig sein Urteil abgegeben hat, bestand aus lauter alten Genossen, die schon den Mut gefunden hätten, die nötigen Konsequenzen zu ziehen, wenn sie den Ausschluß Windhoffs für nötig gehalten hätten. Aber wir haben uns gesagt, wie wir in der bürgerlichen Strafrechtspflege gegen die Todesstrafe sind, so wollen wir es auch Windhoff

gegenüber noch einmal versuchen. Auch mit dem Ausschluß eines Genossen ist durchaus noch nicht alles erledigt, das beweisen die Dinge, wie sie jetzt in Düsseldorf weiter gehen.

Also aus gründlichster Kenntnis der Verhältnisse heraus ist das Schiedsgericht dazu gekommen, zwar mit äußerster Schärfe zu verurteilen, aber den Ausschluß nicht auszusprechen.

Der Vorsitzende Dietz schlägt vor, die Diskussion nach folgenden Punkten zu ordnen: 1. Agitation. 2. Presse. 3. Tagesordnung des nächsten Parteitags. (Zustimmung.)

Die Diskussion wird eröffnet.

Becker-Dortmund: Am Vorstandsbericht habe ich nichts auszusetzen. Ich will nur die Verhältnisse im Ruhrgebiete besprechen. Seit die Reichstagswahlen vorüber sind, hat die Agitation in einem Teile Westfalens fast vollständig brach gelegen. Viele fähige Kräfte werden durch die Bergarbeiterbewegung absorbiert. Haben wir einen tüchtigen Genossen ausgebildet, so kommt der Bergarbeiterverband und nimmt ihn uns weg. Deshalb haben wir den Antrag gestellt, einen besoldeten Agitator für das westliche Westfalen anzustellen. Unser Kampf gegen das blaue und schwarze Pfaffentum ist schwer, besonders gegen die katholische Kirche mit ihren zahllosen Organisationen. Ihnen haben wir nichts Aehnliches entgegenzusetzen. Und doch handelt es sich hier um ein weites und außerordentlich günstiges Gebiet. Wir können im Sauerland Wurzel fassen, wir können in den Fusangelschen Wahlkreis eindringen. So viel Arbeiter sind dort vorhanden, die nach Aufklärung verlangen. Wir können sie ihnen nicht geben, weil Zeit und Personen fehlen. Wenn der Parteitag uns entgegenkommt können wir einen aussichtsvollen Weg beschreiten.

Noch etwas habe ich über die Presse zu sagen: Man hat mit Recht in den höchsten Tönen das Lob der Presse gesungen. Aber es haben sich mit der Entwicklung auch gewisse Mißstände herausgestellt. Vor allem eine gewisse Uniformität. Ich habe in meiner Mappe zwei Dutzend Blätter, die an ein und demselben Tage ein und denselben Leitartikel gebracht haben. (Heiterkeit. Rufe: Wann und was war es?) Es handelte sich um die Lassallefeier. Da sollte man doch meinen, daß jedes Blatt etwas Gutes und Selbständiges von eignen Gesichtspunkten zu sagen hätte. Und da wird bei einer solchen Gelegenheit ein und derselbe Artikel aus ein und derselben Fabrik bezogen. (Ruf: War er denn gut?) Selbstverständlich war er gut. (Große Heiterkeit. Rufe: Das ist doch die Hauptsache!) Nein, darauf kommt es hier nicht an. Wir werfen ja immer der Amtsblattpresse vor, daß sie aus einer Quelle gespeist wird. Auch der Dresdener Antrag, der allerdings nicht die nötige Unterstützung gefunden hat, macht auf einen schweren Mißstand aufmerksam. Es muß einmal gründlich gerügt werden, daß Redakteure für andre Blätter schreiben, für das eigne Blatt aber nichts tun und lieber Mitarbeiter bezahlen.

Schulz-Posen: In dem Bericht des Vorstandes haben wir Posener ja schon unsern Denkzettel wegbekommen. Es ist für mich gerade nicht angenehm, das rückständigste Gebiet des Deutschen Reiches hier vertreten zu müssen. Leider glauben verschiedene Genossen, sich dadurch Lorbeeren erwerben zu können, wenn sie sich in unsre örtlichen Verhältnisse einmischen. Dadurch erhält der Streit immer neue Nahrung. Wir verlangen jetzt, daß die polnischen Genossen, anstatt Radau zu machen und das große Wort zu führen, gemeinsam mit uns arbeiten. Bis heute ist leider eine gemeinsame Agitation noch nicht möglich. Würden nicht von außen Töne hineingeworfen, die den einen oder den andren den Kamm schwellen lassen, so wären die Genossen beider Richtungen schon viel weiter. Sehr schwer haben wir unter dem Lokalmangel zu leiden. Die Wirte in Posen, die uns ihre Lokale geben, werden ausgehungert, die Tanzerlaubnis wird ihnen entzogen, sie werden auf Polizeistunde gesetzt, während Kneipen mit Damen-

bedienung die halbe Nacht offen haben. Der Wirt, der unser neu eingerichtetes Lokal inne hat, muß um zehn Uhr schließen, vermutlich, damit die Arbeiter sich ausschlafen können, um am nächsten Tage wieder für den Kapitalismus schuften zu können. (Sehr gut!) Trotzdem lassen wir uns nicht beirren. Bis zum 1. Oktober 1906 haben wir uns kontraktlich ein Lokal gesichert und nachher wird der liebe Herrgott schon weiter helfen. Unsre Mitgliederzahl ist zwar jetzt noch klein, aber sie ist in ständigem Wachsen begriffen, und auf die Mitglieder, die wir haben, können wir uns verlassen. Die Organisations- und Agitationsarbeit ist sehr schwer, denn Posen ist das Land der klassischen Armut. Von 120 000 Einwohnern wohnen in Posen 24 000 in Wohnungen von einem Zimmer, in denen mehr als 6 Personen leben. Die Kinderarbeit ist dort sehr verbreitet; dazu kommt das Umsichgreifen des Schnapskonsums in Posen. Unter diesen Umständen ist es natürlich nicht leicht, die Arbeiter aufzuklären. Kein Wunder, daß Posen die höchsten Kriminalitätsziffern aufweist! Die schwarze Garde sucht die Arbeiter zu verdummen, die Arbeitgeber zahlen schamlose Löhne, die Stadt selbst verfällt der größten Armut, da die Reichen aus Posen fortziehen. Wir haben jetzt die 15 Wahlkreise der Provinz Posen in drei Teile geteilt, um die Organisation besser betreiben zu können. Die Genossen, namentlich die von Schönlanke, richten an den Parteitag die Bitte, daß ihnen genügendes Material zur Verfügung gestellt wird, damit sie in der Lage sind, die Arbeiter aus ihrer Stupidität aufzuraffen. Die Presse genügt uns in Posen nicht, wir kommen mit unsrem Breslauer Organ nicht vorwärts. Namentlich, seitdem es keine Unterstützung mehr vom Parteivorstand bekommt, macht es uns mehr Schwierigkeiten als es uns helfen kann. Ich bin dem Parteivorstand dankbar, daß er uns auch in Zukunft unterstützen will. Unberechtigte Forderungen werden wir nicht stellen. Leider hat man Posen früher zu viel bewilligt, weil einzelne Personen es verstanden haben, dem Parteivorstand schöne Bilder vorzugaukeln. Das hat dazu beigetragen, daß die Loddertwirtschaft in Posen zunahm. Wir werden tüchtig weiter arbeiten und hoffen, mit Unterstützung des Parteivorstandes und der übrigen Genossen in Deutschland Fortschritte zu machen.

Ullenbaum-Elberfeld: Der Vorschlag des Vorstandes auf Anstellung von Parteisekretären macht unsren Antrag überflüssig. Wir freuen uns, daß sein Widerstand gegen diesen Gedanken jetzt gebrochen ist. Bedenklich erscheint es mir, schon jetzt eine Gehaltsskala für die Parteisekretäre festzustellen. Das kann den einzelnen Landesteilen überlassen bleiben. Pfannkuch meint, wir sollten nicht immer bekannte Reichstagsabgeordnete als Redner verlangen. Aber wenn wir die indifferenten Massen aufrütteln wollen, müssen wir Redner haben, deren Namen einen guten Klang besitzen. Unsre Fraktion ist doch jetzt 80 Mann stark geworden. Da muß es leichter als früher sein, Abgeordnete als Redner zu schicken, oder es muß etwas faul im Staate Dänemark sein. Man freut sich ja, wenn man auf den Parteitagen die alten Kämpen in voller Frische wiedersieht. Da sollte man meinen, sie sollten auch ein paar Wochen für die allgemeine Agitation übrig haben. Das muß sich bei irgendwie gutem Willen ermöglichen lassen. Jedenfalls sollte der Vorstand etwas Feuer dahinter machen. Unser niederrheinischer Agitationsbezirk hatte jetzt den Genossen Baudert zu einer Agitationstour, für deren zweiten Teil nicht weniger als 33 Versammlungen geplant waren, festgemacht. Sie ersehen daraus, welches Bedürfnis vorhanden ist. Mittlerweile kommt die Nachricht, daß Baudert nicht kommen könne, weil er inzwischen einen Redakteurposten in der Erfurter „Tribüne" übernommen hat. Als Ersatz wird Genosse Hoffmann geschickt, den wir ja akzeptieren.

Es ist ja sehr schön, daß von den Partei-Unternehmungen Ueberschüsse erzielt werden; aber ich halte es für verkehrt, daß die Partei-Buchhandlungen hohe Ueberschüsse abwerfen. So hat die Vorwärts-Buchhandlung einen Ueberschuß von 35 000 Mk. erzielt. Man sollte mehr Wert auf die Ausgabe von

billigen Agitationsbroschüren legen. Sie scheint sich aber ein Muster an der Münchener Partei-Buchhandlung zu nehmen, indem sie den Preis für Agitationsbroschüren in die Höhe setzt. So kostet Bernsteins Agitationsbroschüre über Lassalle 50 Pf. und die Broschüre über den Prozeß in Saarbrücken 50 Pf. Solche Broschüren, die zur Massenverbreitung bestimmt sind, sollten so billig als möglich verkauft werden, sonst dringen sie nicht ins Volk ein. Ich bitte hierin um Remedur.

Wichy-Mülhausen: Ich muß bemängeln, daß der Vorstand bei der Aufführung unsrer Erfolge bei den Kommunalwahlen Mülhausen im Elsaß nicht erwähnt hat, obwohl es die einzige Stadt, wo wir die Mehrheit haben, die durch die Nachwahl noch verstärkt worden ist. Die Kontrolleure werfen uns vor, daß wir ihre Anordnungen nicht beachtet hätten. Wie liegt es aber in Wirklichkeit? Wir hatten ein Schiedsgericht gegen 2, 3 Genossen beantragt, aber kein Schiedsgericht gegen Emmel. Das Schiedsgericht beschloß den Ausschluß der zwei Genossen. Nachher kommt von der Kontrollkommission der Bescheid, daß Emmel seine Ehrenämter niederlegen solle und wir ihm keine neuen anvertrauen dürfen. Wie kommt die Kontrollkommission dazu, ohne vorher die Sache zu prüfen, auf die Anschuldigung eines gemeinen Denunzianten, eines politischen Gauners hin (Unruhe), der mit den Mitteln der Gegner arbeitet, einen solchen Bescheid zu fällen. Sie konnten ja ein Schiedsgericht gegen Emmel beantragen. Nun spricht Meister von weiterem Material. Weshalb ist uns dieses weitere Material nicht zur Verfügung gestellt worden? Auf bloße Anschuldigungen hin darf man doch nicht einen Parteigenossen verurteilen; er muß sich vorher äußern dürfen. Ich bitte Sie, die Resolution, die sich gegen die Mülhausener Genossen richtet, nicht anzunehmen. Die Kontrollkommission hätte einen andern Weg einschlagen können, dann wären wir einverstanden gewesen. Aber sie hat uns kein Wort gesagt, sondern über den Kopf der Organisation hinweg Beschlüsse gefaßt. Wir haben nicht das Recht, mit der Ehre eines Genossen, der jahrelang in der Partei steht, auf die Anschuldigungen einer einzelnen Person hin, zu spielen. Jede Gelegenheit, sich über diese Anschuldigungen auszusprechen, hat ihm gefehlt. In dem Schiedsgericht, das eingesetzt war, um den Ausschluß gegen die beiden Genossen zu prüfen, ist nicht über Emmel verhandelt worden. Jetzt geschieh ihm Unrecht.

Sindermann-Dresden begründet den Antrag 9. Nur durch eine schlagfertige Organisation können die großen Erfolge des 16. Juni hochgehalten und neue Erfolge errungen werden. Deshalb soll man jedes Mittel ergreifen, um die Organisation auszubauen. Ein solches Mittel ist zweifellos die Pflege der Statistik. Bei uns in Sachsen haben wir schon seit vielen Jahren eine solche Statistik, wie wir sie beantragen, es ist nicht allzuschwer, sie aufzustellen. Der Parteivorstand braucht sich zu diesem Zweck gar nicht an jeden einzelnen Wahlkreis zu wenden, sondern die verschiedenen Provinzial-Agitationskomitees werden ihm das Material zur Verfügung stellen. In Sachsen sind die Organisationen durch die Pflege der Statistik angespornt, und was für Sachsen möglich ist, wird auch für das übrige Deutschland möglich sein. Es entsteht durch die Pflege der Statistik und durch die Veröffentlichung derselben ein energischer Wettbewerb unter den Genossen der einzelnen Wahlkreise im Ausbau der Organisation und in der Erhöhung des Abonnentenstandes für unsre Parteipresse. Deshalb empfehle ich unsern Antrag zur Annahme.

Vetters-Gießen: Es gibt bei uns noch große Arbeitermassen, die der Aufklärung bedürfen. Von uns aus konnte diese Arbeit in der Weise, wie es notwendig ist, bisher nicht durchgeführt werden. Es ist deshalb erfreulich, daß der Parteivorstand sich bereit erklärt hat, nach dieser Richtung hin das Nötige zu tun. Verschiedene Anträge wünschen die Herausgabe weiterer Broschüren. Nach meiner Meinung verfügen wir über genug Material; dagegen wäre es nötig, alljährlich einen kurzen Bericht über die Tätigkeit der Reichstags-Fraktion

herauszugeben. Zum Schluß möchte ich den Parteivorstand noch fragen, wie es sich mit der Entlassung eines lange im „Vorwärts" beschäftigten Buchdruckers verhielt. Die Kreisblätter unsrer Gegner sind aus Anlaß dieses Falles gegen unsre Partei vorgegangen. Ich will durch meine Anfrage der Geschäftsleitung des „Vorwärts" Gelegenheit geben, den Fall klarzustellen. Namentlich möchte ich wissen, ob es nicht möglich gewesen wäre, diesen lange Jahre im „Vorwärts" tätigen Mann anderweitig zu beschäftigen.

Wolf-Bochum: Wenn es richtig wäre, daß das Verlangen nach einem Reichstagsabgeordneten als Referenten ein Armutszeugnis bedeutet, so würde auch Berlin sich ein Armutszeugnis ausstellen, denn die Berliner beanspruchen, wie ein Blick in den „Vorwärts" zeigt, nicht nur für öffentliche, sondern auch für Wahlvereins- und Gewerkschaftsversammlungen häufig Reichstagsabgeordnete. Die Genossen im Lande fordern die Abgeordneten nicht ihretwegen, sondern um die indifferenten Massen heranzuziehen. Wie die Dinge einmal liegen, verspricht man sich draußen im Lande von einem Reichstagsabgeordneten oder, um ein Wort Auers zu gebrauchen, von einem Paradepferd eine große Zugkraft. Man kann es also den zurückgebliebenen Gegenden nicht übel nehmen, wenn sie Reichstagsabgeordnete verlangen. Wir wollen ja, wie ich einmal auf einer Konferenz sagte, die Abgeordneten nicht als Paradepferde, sondern als „Zugochsen". (Stürmische Heiterkeit.) Ich bin nicht derjenige, der glaubt, daß es jetzt, wo unsre Fraktion so stark ist, leichter ist, Abgeordnete als Referenten zu bekommen. Ich weiß sehr wohl, daß unsre Abgeordneten auch noch ihrem Beruf nachgehen müssen, aber man soll es nicht immer so darstellen, als ob nur von den zurückgebliebenen Gegenden Abgeordnete gefordert werden. Was nun den Antrag 23 anbelangt, so sind wir seit Jahren in Erwägungen darüber getreten, ob wir für unsern Kreis nicht einen Beamten fest anstellen können, denn wir brauchen im Kohlenrevier eigentlich für jeden einzelnen Kreis einen Beamten und wir hoffen, daß wir bald in der Lage sein werden, aus eignen Mitteln einen Beamten zu besolden; wir wenden uns damit nicht an die Gesamtpartei. Ist aber die Gesamtpartei bereit, uns durch Anstellung eines Provinzial-Agitationsleiters zu Hilfe zu kommen, dann würden wir das dankbar akzeptieren.

Die Verhandlungen werden wegen Eintritts der Mittagspause vertagt.

Schluß 1 Uhr.

Nachmittagssitzung.

Vorsitzender Dietz eröffnet die Sitzung, indem er die aus dem Auslande erschienenen Genossen Franz Schuhmeier, Winarski, Nemec und Popp aus Oesterreich und Askew aus London herzlich willkommen heißt.

Schuhmeier-Wien dankt für die Begrüßung: Wir sind erschienen, um Ihnen namens der österreichischen Genossen Gruß und Handschlag zu entbieten. Wenn wir in Oesterreich auch verschiedene Sprachen reden, so sind wir doch eines Sinnes und Herzens in der Sache, und diese ist es, die uns auch mit Ihnen verbindet. Wir verfolgen die Entwicklung unsrer deutschen Bruderpartei mit lebhaftem Interesse. Besonders im letzten Jahrzehnt sind Sie sehr erstarkt und haben mit Ihrer Entwicklung bewiesen, wie falsch es ist, zu sagen: so war es immer, und so wird es bleiben. Mit Ihnen sind aber auch wir in Oesterreich um ein gutes Stück vorwärts gekommen. Wir haben die deutsche Sozialdemokratie immer als Kriegsschule des Proletariats betrachtet, und so wollen wir auch diesmal von Ihnen lernen und dann das Erlernte für uns ausnützen. Und wenn man irgendwo zu lernen bestrebt sein muß, dann in Oesterreich, wo

politische und wirtschaftliche Zustände herrschen, wie kaum in einem andren Lande Europas. Gegenwärtig ist das Regiment in Oesterreich ja etwas lockerer. Daraus dürfen Sie aber keinen weitergehenden Schluß ziehen. In Oesterreich gelten nicht Gesetze, sondern Personen. Was wir heute haben, kann uns morgen schon genommen sein. Bei uns herrscht der Absolutismus jetzt mit besonderer Schlamperei. (Heiterkeit.) Wir sind auf einer Stufe angelangt, wo unser ganzes politisches Leben zu versumpfen droht. Nur eine Partei hat bei uns immer ihr Programm hochgehalten: die internationale Sozialdemokratie. Unsre bürgerlichen Parteien haben keine Progamme. Sie sind der Spielball von Personen, mit denen sie eventuell auch ihre „Gesinnung" wechseln. Mit diesen kommen sie herunter. Personen zählen bei uns nicht, die Sache steht oben an. Noch ein paar Worte im Auftrage der österreichischen Reichsrats-Fraktion. Wir haben ja nur ein Scheinparlament in Oesterreich. Wir haben nur ein Parlament, so lange es der Regierung den Willen tut. Mit Neid sehen wir oft auf Ihr Parlament (Heiterkeit. — Bebel ruft: Da sind Sie aber bescheiden!). Ja, denn Sie haben wenigstens die Möglichkeit zu arbeiten, und die haben wir nicht.

Ob wir in Oesterreich überhaupt wieder zu parlamentarischem Leben kommen werden, ist sehr fraglich. Gegen eine Forderung wie das allgemeine geheime und direkte Wahlrecht, daß die Zeit mit schreiender Notwendigkeit erheischt, sträubt man sich mehr und mehr. Es scheint, als ob wir heute von der Regelung dieser Frage entfernter sind als je. Unser Bürgertum fürchtet, seine Sitze im Parlament zu verlieren und die Regierung ist überhaupt bei uns nicht gewöhnt, vorwärts zu schreiten. So kommen wir in Oesterreich absolut nicht vom Fleck. Bei uns strebt nicht alles zueinander, sondern auseinander. Ich will schließen mit dem Wunsche: Viel Glück zur Arbeit, die wir wahrlich alle zusammen verrichten im Namen der Freiheit für die Arbeiterschaft und für das gesamte Volk. (Lebhafter Beifall.)

Genosse Askew-London überbringt die Grüße der Social Democratic Federation.

Zunächst erstattet nunmehr den Bericht der Mandatsprüfungs-Kommission Frau Zietz-Hamburg.

Auf Grund der Mandate, die uns zugegangen, und der Anmeldungen, die uns geworden sind, stelle ich fest, daß 279 Besucher des Parteitages hier weilen, darunter als Gäste: Genossin Popp-Wien, Nemec-Prag und Askew-London. Es sind 225 Delegierte mit 258 Mandaten anwesend; 59 Abgeordnete, von denen 5 außerdem ein Mandat besitzen und von denen 5 weitere auch als Funktionäre der Partei anwesend sind. Außer diesen Funktionären der Partei, die gleichzeitig Abgeordnete sind, sind noch 7 anwesend, entweder in ihrer Eigenschaft als Partei-Vorstandsmitglieder, als Kontrolleure oder als Vertreter der Presse oder von Parteigeschäften.

Ferner sind unter den Delegierten 15 Frauen, und zwar Genossin Popp aus Wien als Gast, Genossin Zetkin in ihrer Eigenschaft als Kontrolleurin, und ferner 13 Genossinnen mit Mandaten. Ich habe namens der Mandatsprüfungs-Kommission zu beantragen, sämtliche Mandate für gültig zu erklären. (Bravo!) Allerdings ist uns ein Protest zugegangen aus dem neunten badischen Reichstags-Wahlkreise gegen das Mandat des Genossen Fendrich. Er stützt sich darauf, daß in der Wahlkreis-Konferenz dieses Kreises zum ordentlichen Delegierten Genosse Horst-Durlach ernannt worden sei, daß dann aber außerdem dem Genossen Fendrich ein Mandat ausgestellt worden sei in dieser selben Wahlkreis-Konferenz, weil Genosse Fendrich um das Mandat nachgesucht und versprochen habe, es unentgeltlich auszuüben. Die Parteigenossen erklären in demselben Protest das Mandat für ein sogenanntes Gefälligkeitsmandat. Sie führen aus, daß die Ausstellung eines solchen Mandats die Würde des Parteitags herabsetze. (Sehr richtig!) Ein solches Verfahren würde dazu führen, daß Ge-

nossen, welche Geld genug zur Verfügung haben, um auf eigne Kosten zum Parteitag zu gehen, Gelegenheit gegeben werde, einfach ein Mandat kaufen zu können. (Sehr richtig!) Die Mandate zum Parteitag würden so ihren Charakter als Vertrauensaufträge verlieren. Diese Begründung des Protestes ist der Kommission schriftlich zugegangen. Eine weitere mündliche Anfechtung dieses Mandats stützt sich darauf, daß Genosse Fendrich gar nicht organisierter Parteigenosse sei. Auf unsre Anfrage hat Genosse Fendrich erklärt, er sei seit März-April d. J. wieder organisiert; inzwischen habe er allerdings $1^1/_2$ Jahre keiner Organisation zugehört und er entschuldigt das damit, daß er damals abseits von der großen Heerstraße in einem kleinen Orte gewohnt und deshalb seine Parteimitgliedschaft nicht aufrecht erhalten habe. (Lachen.) Auf eine Erkundigung beim Landesvertrauensmann ist ein Bescheid noch nicht eingelaufen. Bevor das geschieht, können wir das Mandat unter keinen Umständen für ungültig erklären. Das Mandat ist ordnungsgemäß in der Kreiskonferenz ausgestellt. Wir sind allerdings in der Kommission einstimmig der Meinung gewesen, daß die Protestler Recht damit haben, daß auf diese Weise zustande gekommene Mandate nicht den Ausdruck des Vertrauens involvieren. (Sehr richtig!) Wir geben deshalb dem Parteitag anheim, bei der Beratung des Organisationsstatuts einen Passus ins Statut zu bringen, der derartige Ausstellungen von Gefälligkeitsmandaten unmöglich macht. Zurzeit haben wir eine solche Bestimmung im Statut nicht. Es ist auch noch nicht erwiesen, daß Fendrich zurzeit der Ausstellung des Mandats nicht Parteigenosse war, obgleich es einen eigenartigen Eindruck macht, wenn jemand kurz vor den Wahlen zum Parteitag erst wieder Mitglied der Partei wird und dann gleich ein Ehrenrecht der Partei ausüben will. (Sehr richtig!) Aus rein formellen Gründen aber beantragen wir, auch dieses Mandat für gültig zu erklären, es sei denn, daß der Bericht vom Landesvertrauensmann besagt: „Fendrich ist nicht organisiert".

Eichhorn-Pforzheim: Unser Organisationsstatut gibt uns keine Handhabe, das Mandat von Fendrich für ungültig zu erklären, wenn man nicht von dem geschriebenen Buchstaben absehen und den Geist gelten lassen will. Zweifellos will es der Geist des Statuts nicht, daß solche Gefälligkeitsmandate zustande kommen, daß ein Genosse, dem etwas daran liegt, mal auf den Parteitag zu erscheinen, auf diese Weise ein Mandat erhält. Wollten wir nach dem Geist des Statuts verfahren, dann müßten wir das Mandat für ungültig erklären. Ich weiß nicht, wie die Genossen darüber denken und bin schon vollständig zufrieden, wenn die Debatte dahin führt, daß für die Zukunft im Organisationsstatut Fürsorge getroffen wird, daß solche Gefälligkeitsmandate nicht mehr ausgestellt werden können. Es muß das Niveau des Parteitages herabdrücken, wenn die Delegierten sich auf eigne Kosten von Kreisen hierher entsenden lassen, die sonst keinen oder andre Delegierten schicken würden. (Sehr richtig!) Das ist nicht die Art, wie wir den Parteitag zusammengesetzt zu sehen wünschen.

Darüber, ob Fendrich im Augenblick der Ausstellung des Mandats organisiert gewesen ist, ist noch keine Auskunft erteilt. Unser Statut gibt uns ja auch keine Handhabe zum Eingreifen, denn hiernach ist jeder, der die Partei dauernd unterstützt, Parteigenosse. Ich weiß aber, daß in Mainz diese Bestimmung dahin deklariert ist, daß diejenigen, die nicht durch zwingende Gründe abgehalten sind, sich zu organisieren — und solche Gründe liegen bei Fendrich nicht vor — selbstverständlich organisiert sein müssen. (Zustimmung.) Aus diesem Grunde waren die Genossen in Pforzheim der Meinung, das Mandat für ungültig zu erklären, da Fendrich zurzeit seiner Wahl nicht organisiert gewesen sein soll. Vielleicht empfiehlt es sich, die Beschlußfassung so lange auszusetzen, bis eine Antwort auf die Frage der Organisationszugehörigkeit eingegangen ist.

Fendrich-Freiburg: Es widerstrebt mir natürlich, in eigner Sache zu sprechen, deshalb nur wenige Worte. Eichhorn, der die Situation so genau

kennt, wie keiner, hätte manches sagen können, um die Sache in objektivem Lichte erscheinen zu lassen. Ich bin jetzt 15 Jahre in der Partei tätig und ich meine, wenn ein Genosse etwa anderthalb Jahre nicht organisiert ist, so muß das doch seine ganz besonderen Gründe haben. Ich war zwei Jahre schwer krank, dreiviertel Jahr lag ich fast tagtäglich zu Bett in einem weltfremden Orte, nicht einmal in einem Dorfe, oben im Schwarzwald, wo man keine Verbindung hat. Die Aerzte hatten mich aufgegeben. In dieser Lage kann man doch wohl vergessen, einmal die Beitragsmarken zu kleben. In diesem Frühjahr, als ich halbwegs wieder gesund war, zog ich nach Freiburg und hatte mich hier selbstverständlich organisiert. Ich bin seit dem 1. April in Freiburg organisiert. In einem Gefälligkeitsmandat erblicke auch ich eine Gefahr. Aber erstens trifft es gar nicht zu, daß mein Wahlkreis nicht in der Lage war, eine Vertretung aus eignen Mitteln zu schaffen. Zweitens gehöre ich nicht zu denen, die aus Ueberfluß an Geldmitteln nach Bremen reisen. Die Sache liegt doch so: Ich habe den Genossen in Durlach ganz ehrlich geschrieben: ich habe mich auf das Feuilleton zurückgezogen. Es liegt in Bremen eine Anzahl Anträge auf Herausgabe einer Jugendzeitschrift vor. Das ist eine Sache, die mir sehr am Herzen liegt. Wollt Ihr mir die Möglichkeit geben, für mich zu wirken, dann gebt mir ein Mandat. Ich zahle die Kosten. Die Genossen in Durlach haben darin keine Gefahr gewittert und mir das Mandat gegeben. An Ihnen ist es zu entscheiden, ob das eine des Parteitages unwürdige Art der Ausübung eines Mandats wäre. Nicht aus eignen Interessen, sondern um Parteiinteressen willen bin ich hierhergekommen, um in einer Spezialfrage, von der ich etwas verstehe, mitzureden.

Schöpflin beantragt, die Gültigkeitserklärung des Mandats des Genossen Fendrich so lange auszusetzen, bis die Antwort vorliegt, ob Fendrich einer Organisation angehört.

Vorsitzender Dietz glaubt, daß die getrennte Abstimmung über alle übrigen Mandate und das Fendrichsche Mandat den Schöpflinschen Antrag überflüssig machen würde.

Eichhorn-Pforzheim hält es für richtiger, über den Schöpflinschen Antrag abzustimmen, da ja eine sofortige Ungültigkeitserklärung des Fendrichschen Mandats nicht beabsichtigt sei. Vorsitzender Dietz erklärt, nach diesem Abstimmungsmodus verfahren zu wollen.

Damit *schließt die Diskussion*.

In ihrem *Schlußwort* hebt Frau **Zietz** hervor, daß es für Fendrich, auch wenn er krank gewesen sei, Ehrenpflicht hätte sein sollen, der Parteiorganisation treu zu bleiben. (Zustimmung.) Es geht unmöglich an, daß jemand, der so lange seine Pflichten gegen die Partei vernachlässigt hat, kurz vor der Delegiertenwahl sich wieder aufnehmen läßt. (Zustimmung.) Fendrichs Gesundheitszustand verbot ihm, an den Parteiversammlungen teilzunehmen, aber er erlaubte ihm, auf dem Parteitage zu erscheinen. Uebrigens stand seiner Wahl in der Wahlkreiskonferenz eine starke Opposition gegenüber: er wurde mit 14 gegen 11 Stimmen gewählt. (Hört, hört!) Ich hatte den Auftrag, zu beantragen, sämtliche Mandate für gültig zu erklären aus formalen Gründen auch das Fendrichsche Mandat, falls es sich ergeben sollte, daß er organisiert ist. Daraus ergibt sich von selbst, daß die Abstimmung über die Gültigkeit des Fendrichschen Mandats so lange ausgesetzt werden muß, bis die Auskunft des Landesvorstandes vorliegt.

Der Parteitag beschließt, alle Mandate für gültig zu erklären mit Ausnahme des Mandates von Fendrich, das an die Kommission zurückverwiesen wird.

Die Versammlung tritt in die *Tagesordnung ein* und setzt die Debatte über den *Geschäftsbericht des Vorstandes* und der *Kontrollkommission* fort.

Böhle-Straßburg: Ich bin durch die Darlegungen des Genossen Wicky gezwungen, auf den Fall Emmel zurückzukommen. Den Schiedsgerichtsverhandlungen habe ich als Zeuge beigewohnt und kann bezeugen, daß Emmel vollständig vom Kläger zum Angeklagten wurde. Jeder andre hätte, nachdem das Schiedsgericht ausdrücklich ausgesprochen hatte, daß er klagbar gegen Weßbecher usw. vorgehen müsse, und nachdem die Kontrollkommission sich diesem Urteil angeschlossen hatte, seine Aemter niedergelegt. Das war Emmel der Partei schuldig, und dadurch, daß er es unterließ, hat er die Partei geschädigt. Die Vorwürfe treffen weniger die Mülhauser Genossen als die leitenden Personen in Mülhausen, diese sind allein schuld daran, daß es so weit gekommen ist. Ich bitte, die Resolution der Kontrollkommission anzunehmen; ich bin überzeugt, daß die Mülhauser Genossen sich diesem Beschluß fügen werden.

Dönnecke-Mühlhausen hält eine rege Agitation auf dem Lande für notwendig. Die Frage der Referenten spielt eine große Rolle. Ich halte es für unbedingt erforderlich, daß von Zeit zu Zeit auch Abgeordnete Referate übernehmen. Denn die einheimischen Genossen werden allmählich in ihrem Bezirk zu bekannt. Ich bin der letzte, der leugnet, daß unsre Abgeordneten viel zu tun haben. Aber es wird immer angeführt, daß es früher viel leichter war, einen Abgeordneten als Referenten zu bekommen, als jetzt. Das deutet darauf hin, daß sich in dieser Beziehung unter den Abgeordneten eine Art Berufskrankheit ausbildet, jeden Wunsch, Referate in ländlichen Kreisen abzuhalten, abzulehnen. Ich spreche nicht von allen Abgeordneten, aber einige Abgeordnete haben so viel Zeit zu theoretischen Arbeiten, daß ein Teil dieser Zeit wohl besser zu praktischen Arbeiten verwendet werden könnte. Die Annahme des Antrages 20 halte ich für unbedingt notwendig. Meines Erachtens sollte jeder Abgeordnete einmal eine Agitationstour auf dem Lande unternehmen. Wenn dann jeder Abgeordnete nur zehn Vorträge hält, so macht das bei 78 Abgeordneten schon 780 Vorträge. Eine solche Agitation würde sicher von Nutzen sein.

Thöne-Kassel bringt eine Beschwerde gegen den Vorstand vor. Wir hatten in unserm Parteiblatt die Namen der Firmen veröffentlicht, die nicht bei uns inserieren, und aufgefordert, bei diesen Firmen nicht zu kaufen. Diese Aufforderung erklärte der Vorstand im „Vorwärts" für unzulässig und nannte sie einen groben Unfug (Sehr richtig!), ja, die Partei schädigend. (Sehr gut!) Natürlich griffen dies die bürgerlichen Blätter sofort gegen uns auf. Ein Teil der betreffenden Firmen stellte Strafantrag gegen unser Parteiblatt wegen Erpressung und erzielte wirklich die Verurteilung des Redakteurs zu 3 Monaten Gefängnis. Ich meine, es wäre nützlicher gewesen, wenn der Vorstand seine Erklärung nicht öffentlich erlassen und dadurch die Firmen, die Strafantrag stellen wollten, dazu ermutigt hätte, sondern wenn er zunächst an den Redakteur persönlich geschrieben hätte. Hoffentlich wird so etwas nicht wieder vorkommen.

Hoffmann-Bielefeld: Der Fall Schweckendiek ist weniger persönlicher als prinzipieller Natur. Zu der Entscheidung der Kontrollkommission hatte die Bielefelder Parteigenossenschaft noch nicht Stellung genommen, sonst würde wohl schon heute die Berufung an den Parteitag vorliegen. Die Bielefelder Genossen sind keine Kannibalen, die gegen einen alten Mann wüten. Sie fühlen auch menschlich und hatten auch einen guten Grund, als sie den Ausschlußantrag gestellt haben. In dem Urteil der Kontrollkommission ist ein Irrtum enthalten. In Bielefeld haben wir eine Zwangsinnung, der jede Firma angehören muß. Das wußte auch Schweckendiek. Er wußte, daß auch die Firma, bei der er arbeitete, zu der Zwangsinnung gehörte, gegen die vorgegangen werden sollte. Ganz entschieden muß ich mich gegen die theoretischen Ausführungen der Kontrollkommission über das Verhältnis der Gewerkschaften zur Partei wenden. Es wird so dargestellt, als wenn sich die Gewerkschaften so zur Partei verhalten müßten, wie die Partei zu den Gewerkschaften. Ich will die Neutralitätsfrage

hier nicht anschneiden, aber soviel steht fest: die Partei verlangt mit vollem Recht, daß ihre Mitglieder gewerkschaftlich organisiert sind, aber man darf nicht umgekehrt von den Gewerkschaften verlangen, daß sie allen ihren Mitgliedern die Pflicht auferlegen, einer sozialdemokratischen Organisation anzugehören. Gewiß wird in den Gewerkschaften das Klassenbewußtsein gepflegt, aber sie können nicht von dem nationalsozialen und dem konservativen Arbeiter, der als Novize zu ihnen kommt, verlangen, daß er sozialdemokratisch organisiert sei. Die Partei muß darauf halten, daß der Streikbruch unter allen Umständen als ehrlose Handlung gilt. Noch einmal: nur die sachliche Seite ist in der ganzen Angelegenheit für uns entscheidend. In Bielefeld besteht das allerbeste Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaft. Stets sind sie Hand in Hand in der dunkelsten Ecke, wenigstens des evangelischen Deutschlands, tätig gewesen. Dieses gute Verhältnis sollte nicht gestört werden. Wir sind nicht gesonnen, auch nur den kleinsten Teil der Schuld auf uns zu nehmen, wenn aus einer falschen Entscheidung irgend welche Unannehmlichkeiten folgen.

Leber-Jena: Ich will nicht in Klagelieder darüber einstimmen, daß Reichstagsabgeordnete es abgelehnt haben, in Versammlungen zu referieren. Wenn die Versammlungen genügend vorbereitet sind, dann werden wir Erfolge aufzuweisen haben, auch wenn kein Abgeordneter spricht. Nun ist es ja recht erfreulich, daß der Genosse Gerisch das günstige Resultat von unsrer Parteipresse berichten konnte, aber es gibt noch große Gebiete in Deutschland, wo eine eigne Presse not tut und dazu gehören wir Genossen in Sachsen-Weimar. Für uns in Sachsen-Weimar ist ein eignes Organ nötig. Die Erfurter „Tribüne" kann unsre speziellen Interessen nicht so vertreten, wie es nötig ist. Was die Anstellung von Beamten betrifft, so sollten einmal die Gewerkschaftsbeamten sich mehr als bisher der Partei widmen und zweitens sollten da, wo es möglich ist, Parteisekretäre angestellt werden.

Berten-Düsseldorf: Nach den Ausführungen des Referenten könnte es scheinen, als beständen in Düsseldorf zwei Parteiorganisationen, die sich bekämpfen. Das ist nicht der Fall. Wir haben eine feste Organisation, die für uns maßgebend ist, die Windhoff allerdings bekämpfte, weil er auf andre Weise seinen Ehrgeiz leichter zu befriedigen hoffte. Wir haben nicht nur mit dem Zentrum, sondern auch mit Gegnern aus unsern eignen Kreisen zu kämpfen. Wenn Sie uns in diesem Kampfe moralisch unterstützen, so werden wir auch mit dieser Gesellschaft fertig werden.

Habicht-Limburg: In den nassauischen Kreisen sowie in allen ländlichen Kreisen wird der aktuelle russisch-japanische Krieg und die ebenso aktuelle Schulfrage bei unsrer Agitation zu wenig behandelt. Es fehlt uns an geeignetem Material. Hier könnten kleine Broschüren sehr wirksam und klärend wirken. Die Anstellung eines Parteibeamten begrüße ich. Natürlich müßten die Beamten die Bevölkerung über alle aktuellen Fragen aufklären und namentlich den ländlichen Arbeitern über alles Auskunft geben können. Sehr wichtig ist die Frage der Neuregelung der Wahlkreiseinteilung. Diese Frage bedeutet für uns ein gutes Agitationsmittel, und wir dürfen dieses Mittel nicht aus der Hand geben aus Furcht, daß uns das allgemeine Wahlrecht entrissen werden könnte. Ich bitte, daß diese Frage mehr in den Vordergrund gerückt wird. Das Gleiche gilt von der Schulfrage.

Wicky-Mülhausen: Wie gegen den Genossen Emmel in Mülhausen vorgegangen ist, beweist die Behauptung, daß er der Partei 30 000 Mk. unterschlagen habe, eine Behauptung, deren Unsinnigkeit auf der Hand liegt. Es ist darauf hingewiesen worden, daß Genosse Bebel gegen Emmel verschiedene Anschuldigungen erhoben habe und es hat sich herausgestellt, daß Genosse Bebel angelogen worden war. Zu denen, die diese Anschuldigung erhoben hatten, gehörte auch Böhle. Die Untersuchungskommission hat sich

an ihn gewendet, aber keine Antwort erhalten. Ob Böhle zu feige war, oder ob er die Kommission nicht für würdig erachtete, lasse ich dahingestellt. Genosse Böhle holt sich sein Mandat auch auf Umwegen. Er ist nicht in seinem Wahlkreise aufgestellt und bezahlt sein Mandat selbst. Wollen Sie unsre Erfolge nicht abschwächen und die Genossen in Mülhausen nicht entmutigen, dann bitte ich Sie dringend, jeden Beschluß in der Mülhauser Angelegenheit auszusetzen, bis die Sache Emmel vor Gericht entschieden ist. Soviel Gerechtigkeit muß man einem Genossen geben.

Zetkin-Stuttgart: In Sachen Schweckendieks hat sich die Kontrollkommission auf das vorliegende reiche Material gestützt. In dem Urteil der Schiedsrichter, die 6 Bielefelder Genossen waren, und gegen deren Kompetenz kein Einspruch erfolgt ist, heißt es ausdrücklich, daß der Meister des Genossen Schweckendiek dem Unternehmerring nicht angehört (Hört! hört!); außerdem habe der Unternehmer bedauert, daß die Streikleitung nicht mit einer Anfrage an ihn herangetreten sei (Zuruf: Das stimmt nicht!); er sei bereit gewesen, sofort die Forderungen zu bewilligen. Ich kann Ihnen nur vortragen, was uns als offiziell beglaubigtes Material vorgelegen hat. Unter diesen Umständen erscheint uns das rigorose Vorgehen gegen Schweckendiek als eine unbegründete Härte, ja als eine gewisse Leichtfertigkeit gegenüber dem Gewerkschaftsinteresse selbst. Jede Gewerkschaft hat doch ein wesentliches Interesse daran, daß die Zahl der Ausgesperrten so klein wie möglich sei, damit sie weniger Unterstützung zu zahlen hat. Gegen die grundsätzliche Auffassung von der Neutralität der Gewerkschaftsbewegung haben wir mit unserm Beschluß nicht zu verstoßen gemeint. Wir wollten nur dem Ausdruck geben, daß unsrer Ansicht nach eine innere unzerreißbare Einheit und damit eine gewisse Gegenseitigkeit der Verpflichtungen zwischen gewerkschaftlicher und politischer Organisation besteht. Wenn auch die Gewerkschaften als politisch neutrale Organisationen formal nicht in der Lage sind, irgendwie in politischen Kampfesfragen eine Entscheidung zu treffen, so können sie doch in jenen Fällen, wo Mitglieder, die zugleich politisch organisiert sind, sich schwerer Verfehlungen, ehrloser Handlungen im politischen Klassenkampfe schuldig machen, einen gewissen moralischen Einfluß geltend machen, um denselben die Verwerflichkeit ihrer Handlungen auf dem andren Kampfgebiete zum Bewußtsein zu führen. Wir haben der Einheitlichkeit von Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbewegung als gleichwertiger Kampfesbewegungen des klassenbewußten Proletariats dadurch Ausdruck gegeben, daß wir mit allem Nachdruck aufs neue betonten, daß der mit Bewußtsein geübte Streikbruch als ehrlose Handlung gebrandmarkt und verurteilt werden muß. Also über die Schärfe und Bestimmtheit dieses Standpunktes kann kein Zweifel obwalten.

In der Mülhausener Angelegenheit hat es der Kontrollkommission durchaus fernegelegen, einer der beiden Parteien, Weßbecher oder Emmel, ohne gewissenhafte Prüfung Gefolgschaft zu leisten. Sie hat sich bei ihrer Entscheidung keineswegs ausschließlich auf die Anschuldigungen Weßbechers gestützt. Es hat ihr vielmehr reiches Tatsachenmaterial vorgelegen, das sich seit langen Jahren im Partei-Archiv angehäuft hat. Bei der Bewertung dieses Materials haben all die Vorgänge, die sich vor dem bürgerlichen Gericht abgespielt haben, nur die Bedeutung von Einzelerscheinungen. Abgesehen von dem, was sich als juristisch nachweisbar ergibt, liegen doch eine ganze Reihe bedeutsamer moralischer Imponderabilien vor. In deren Erörterung jetzt einzutreten, solange die Verhandlungen vor Gericht noch nicht zu Ende geführt sind, müssen wir als unklug zurückweisen. Wenn aber Wicki gemeint hat, der Parteitag dürfe, solange kein endgültiger Beschluß in der Angelegenheit selbst gefaßt ist, die Resolution der Kontrollkommission nicht annehmen, so hat er übersehen, daß es sich um eine Verurteilung der unerhörten Herausforderung, der beispiellosen Disziplinlosigkeit seitens der Mülhausener Genossen handelt und nicht um die Angelegenheit

Emmel überhaupt. Ich hoffe, daß Sie der Resolution einstimmig zustimmen werden. Es wäre das erste Mal, daß ein solcher Fall von Disziplinbruch ungerügt bliebe. (Lebhafter Beifall.)

Eilers-Bielefeld verbreitet sich über den Bielefelder Fall. Der Genosse Schweckendiek ist zwar jetzt 63 Jahre alt, aber so rüstig, daß er es mit jedem hier im Saale aufnimmt. Er lehnte es wiederholt ab, die Arbeit einzustellen. Darauf erst schritt man gegen ihn ein. Es lag gar keine Ursache vor, gegenüber diesem Manne unsre Grundsätze zu ignorieren. Man kann nicht sagen, daß man allgemein gegenüber Leuten von 63 Jahren nachsichtig sein müsse; das kommt ganz auf den einzelnen Mann an. Es ist Schweckendiek vom Schiedsgericht anheim gegeben worden, sich zu organisieren. Wir haben für ein solches Mitglied, das immer nur auf seinen Vorteil bedacht war, gedankt und die Aufnahme abgelehnt. Auf den Schützenfesten spielte er eine große Rolle; in den Parteiversammlungen schimpfte er aber darüber, daß die Arbeiter auf die Schützenfeste liefen. (Heiterkeit.) Wir haben jahrelang durch diesen Genossen Schwierigkeiten gehabt. Solche Leute können wir nicht gebrauchen.

Hoffmann-Bielefeld protestiert dagegen, daß über die Resolution abgestimmt werden soll. Gegen die Entscheidung der Kontrollkommission hat Bielefeld ja noch gar keine Berufung eingelegt. Bielefeld hat daher auch das Material über den Fall nicht vorgelegt. So lange die Berufung nicht eingelegt ist, darf über die Resolution nicht abgestimmt werden. Ich bleibe dabei, daß die von der Kontrollkommission angeführten Tatsachen falsch sind. Was das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Partei anlangt, so ist die Partei der engere Kreis. Es können sehr wohl in den Gewerkschaften Personen sein, die der Partei nicht angehören. Die Kontrollkommission erklärt, Streikbruch ist eine ehrlose Handlung, aber trotzdem muß von Fall zu Fall entschieden werden. Aber eben diese nachfolgende Einschränkung hebt die vorhergehende Erklärung wieder auf. Das wäre ja auch noch schöner, wenn die Kommission den Streikbruch als eine ehrliche Handlung erklärt hätte. Die Resolution ist übrigens so miserabel stilisiert, daß daraus deutlich hervorgeht, wie haltlos der Standpunkt der Kommission ist.

Vorsitzender Dietz teilt mit, daß die Delegierten Arons und Stadthagen beantragen, den Fall Schweckendiek durch Vorlegung der Resolution der Kontrollkommission für erledigt zu erklären, da Berufung nicht eingelegt ist. Die Folge dieses Antrages würde sein, daß über die Resolution nicht abgestimmt wird. (Zustimmung der Antragsteller.)

Der Antrag wird genügend unterstützt.

Böhle-Straßburg: Genosse Dreesbach als Vorsitzender des Schiedsgerichts wird bestätigen, daß das, was ich gesagt habe, Wort für Wort zutrifft. Die Art, wie Wicky gegen mich polemisiert hat, muß ich als ganz ungehörig zurückweisen. Wie kommt Wicky dazu, zu sagen, ich reise im Lande umher, um mir Mandate zu holen? Auf die Vorgänge in Mülhausen will ich nicht eingehen. Würde ich alles schildern, was Emmel vorgeworfen wurde, so würden Sie sagen: wie ist es nur möglich, daß in einem Parteiorte ein solcher Genosse noch Vertrauensämter beibehalten kann.

Dreesbach: Ich kann die Erklärung abgeben, daß die gesamten Schiedsrichter die moralische Qualifikation des Genossen Weßbecher nicht im mindesten als unantastbar betrachteten. Das geht daraus hervor, daß wir uns mit dem Ausschluß Weßbechers und eines anderen Genossen, Nußbaumer, einverstanden erklärten. Tatsache ist aber doch, daß gegen Emmel ehrenrührige Vorwürfe erhoben waren, die kein Genosse auf sich sitzen lassen darf, und zwar nicht nur von Weßbecher. Drei Monate lang hatte in der Presse ein Kampf um Emmel getobt, in dem Emmel von verschiedenen Seiten der ehrenrührigsten Dinge beschuldigt wurde; Emmel und seine Freunde antworteten darauf, indem sie die

Angreifer wieder beschimpften, aber ohne etwas zu widerlegen. Deshalb waren wir der Ansicht, daß Emmel Klage erheben müsse. In zwei Instanzen erkannte darauf das Gericht, daß für den Vorwurf des Betruges der Beweis erbracht sei. Ich meine, darauf hätten die Mülhausener Genossen Emmel sofort klar machen müssen, daß er von seinen Aemtern zurückzutreten habe. Das geschah nicht; und wenn später die Mülhausener Genossen aufgefordert wurden, ihn nicht wiederzuwählen, so geschah das im Interesse der Partei. Wenn wir nun zu dem Antrage auf Ausschluß Weßbechers Ja gesagt haben, so geschah das, weil wir uns sagten: sind die Beschuldigungen nicht wahr, so ist Weßbecher ein Verleumder; sind sie aber wahr, dann ist bewiesen, daß Weßbecher jahrelang Tatsachen verschwiegen hat, obwohl er sie kannte. Erst als er sich mit Emmel entzweit hatte, trat er gegen ihn auf.

Er hat also nicht im Interesse der Partei gehandelt, sondern nur, um seine Rachgier zu befriedigen.

Bortmann-Metz: Es liegt mir fern, die Angelegenheit Emmel hier zu untersuchen. Es liegt nicht im Interesse der Partei, wenn die Sache öffentlich weiter breigetreten wird. Wir haben wichtigere Dinge zu erledigen.

Die Diskussion ist damit erschöpft. Das Schlußwort nimmt

Pfannkuch-Berlin und wendet sich zunächst gegen die Ausführungen des Genossen Thöne-Kassel. Die fragliche Notiz, die ich im Falle Garbe geschrieben habe, hat einiges Aufsehen erregt. Daß sie den Anlaß für die Staatsanwaltschaft gab, gegen das „Kasseler Volksblatt" einzuschreiten, ist sehr unwahrscheinlich. Trotz unsrer Warnungen aber hat das „Kasseler Volksblatt" die fragliche Annonze nun erst recht aufgenommen. Vielleicht hat sich der Staatsanwalt gesagt: Wenn das Blatt auf die parteiamtlichen Warnungen keine Rücksicht nimmt, dann müssen wir es ihm noch deutlicher machen. (Heiterkeit.) Ueber hat gemeint, daß man in Weimar ein Parteiblatt dringend brauche. Ja, das meinen die Genossen andrer großer Städte auch. An Gründen, die sehr plausibel erscheinen, fehlt es nicht, aber die Prosperität muß doch einigermaßen gesichert sein. Wo die Vorbedingungen für eine gedeihliche Entwicklung eines Blattes vorhanden waren, hat sich der Parteivorstand noch niemals ablehnend verhalten. Die Genossen müssen natürlich nachweisen, daß genügend Kapital und Kräfte für die Leitung eines Blattes vorhanden sind. Verschiedene Redner haben die Art der Agitation des Vorstandes bemängelt. Insbesondere hat Ullenbaum billigere Broschüren gewünscht. Demgegenüber weise ich auf die Tatsache, daß der Vorstand 20 000 Exemplare der Broschüre über die Zustände in Saarabien den Genossen unentgeltlich zur Verfügung gestellt hat. (Hört! hört!) Wir sind stets bereit, den Genossen Broschüren im Interesse der Agitation zu Herstellungskosten zu überlassen, wenn entsprechende Anträge an uns gestellt werden. Ueber den Königsberger Prozeß ist eine sehr umfangreiche Broschüre in Vorbereitung, die demnächst erscheint. Schon der Umfang der Broschüre macht es nötig, daß wir einen höheren Preis dafür nehmen. Aber das schließt nicht aus, daß wir Kreisen, die nicht in der Lage sind, sie zu kaufen, dieselbe zur Agitation zur Verfügung stellen. Der Genosse Wolf betonte die Notwendigkeit, Abgeordnete als Referenten zu bekommen. Er zitierte das Wort Auers von den Paradepferden. Auer hat damit dem Streben entgegentreten wollen, die sozialdemokratischen Versammlungen zu öffentlichen Schaustellungen herabzuwürdigen. Diesem Streben aber wird Vorschub geleistet, wenn es immer heißt, es muß der oder der Abgeordnete sein, sonst nutzt die Versammlung nichts. Ich meine, bei der fortschreitenden Entwicklung der Partei sind auch hier in unsrer Mitte Genossen, die sich mit der Hoffnung tragen, beim nächsten Wahlgang in den Reichstag zu kommen; sind diese nun bis dahin minderwertig? Darin bin ich mit den Genossen einverstanden, wenn sie darauf dringen, daß unsre Abgeordneten nicht bloß die großen Städte besuchen, sondern auch die

kleineren Orte. Wenn da die Worte, die hier gefallen sind, auf guten Boden gefallen sind, dann ist diese Debatte nicht vergebens gewesen. (Zustimmung.)

Gerisch nimmt das Schlußwort zum Kassenbericht:

Während sonst immer dem Vorstande vorgeworfen wird, daß er zu knapp wirtschafte, hat ihm heute Genosse Schulz-Posen vorgehalten, er habe nach Posen zu reichliche Mittel bewilligt und sei deshalb moralisch mitschuldig an der Lotterwirtschaft in Posen. Aber ist dieser Vorwurf denn wirklich richtig? So schlimm ist es wirklich nicht gewesen. Wir haben immer die Hand auf den Beutel gehalten, und nur das absolut Notwendige ist bewilligt worden. Hätten wir anders gehandelt, würde uns heute der Vorwurf der Knauserei gemacht worden sein. Nach Posen ist weiter nichts als der Monatszuschuß für den Vertrauensmann gegangen, um diesem die Existenz zu ermöglichen. Ferner ist ein Kopfblatt der „Schlesischen Volkswacht" bewilligt worden, dessen Defizit die Partei getragen hat. Posen beweist wieder, daß dem Versuch, von außen her eine Bewegung zu schaffen, der Erfolg versagt bleiben muß. Nach irgendwelcher Schablone lassen sich solche Fälle nicht beurteilen. Auf Grund unsrer Erfahrung bemühen wir uns, die rechte Mitte zu halten.

Meister rekapituliert in seinem Schlußwort nochmals den Verlauf der Affäre Emmel. Milder als die Kontrollkommission gegenüber Emmel vorgegangen ist, konnte unmöglich vorgegangen werden. Ich kann es Ihnen verraten, daß uns sehr viel Material vorlag, und daß in der Kontrollkommission sehr wohl die Ansicht vertreten wurde, daß dies Material durchaus genügte, um Emmel auszuschließen. Diese Ansicht blieb aber in der Minderheit. Was den Stil unsrer Erklärung in der Bielefelder Sache anlangt, so ist das ja Geschmackssache. Ich glaube, daß diese Erklärung vor der Kritik wohl bestehen kann. Zur Sache selbst wiederhole ich, daß unser Urteil sich auf eingehende Prüfung des uns vorliegenden Materials gründete. Wenn die Bielefelder reichhaltiges Material haben, warum haben sie es denn nicht eingeschickt? Wenn die Bielefelder glauben, sie würden mit einer Berufung Erfolg haben, so mögen sie Berufung einlegen. Wir würden uns deswegen durchaus nicht etwa beleidigt fühlen. Wir urteilen nach Recht und Gewissen, aber allen können wir es nicht recht machen. Dazu sind wir auch nicht eingesetzt. (Lebhafter Beifall.)

Schulz-Posen bemerkt persönlich: Es hat mir fern gelegen, dem Parteivorstande den Vorwurf der Verschwendung von Parteimitteln machen zu wollen. Ich wollte nur darauf hinweisen, daß dadurch, daß der Parteivorstand in jeder Weise durch finanzielle Unterstützung die Bewegung in Posen hochzubringen suchte, eine Lotterwirtschaft insofern bei uns eingerissen ist, als die Genossen in Posen auch in Zukunft denken: alles Gute kommt von oben! Sogar die Beschickung von Parteitagen geschah auf Agitationskosten.

Vors. Dietz: Sie überschreiten den Rahmen der persönlichen Bemerkung.

Schulz (fortfahrend): Gerisch hat mich also falsch verstanden, wenn er glaubt, ich wollte dem Parteivorstand Vorwürfe machen.

Richard Fischer-Berlin geht als Leiter der Druckerei des „Vorwärts" in einer persönlichen Bemerkung auf den von Vetters in die Debatte gezogenen Fall der Entlassung des Maschinenmeisters Hellmann ein. Ich möchte vorausschicken, daß es nicht angängig ist, jeden einzelnen Fall, der sich in der „Vorwärts"-Druckerei abspielt, hier vor dem Parteitag zur Entscheidung zu bringen, schon deshalb nicht, weil die Berliner Druckerei Eigentum der Berliner Genossen, nicht das der Gesamtpartei ist. (Sehr richtig!) Unmittelbar nachdem die „Germania" den Fall aufgegriffen hatte, erschien im „Vorwärts" eine aktenmäßige Darstellung. Die Parteigenossen hatten also Gelegenheit, die Angriffe der bürgerlichen Presse zurückzuweisen. Hellmann war, nachdem er 15 oder 16 Jahre in der Privatbuchdruckerei beschäftigt war, die früher den „Vorwärts" druckte, bei uns als Obermaschinenmeister für einen vollständig neuen Typ von Maschinen angestellt.

worden. Nach $1^1/_2$ Jahren sah sich die Leitung der „Vorwärts"-Druckerei genötigt, ihm zu entlassen, weil er seiner Aufgabe nicht gewachsen war. Wir zögerten, die Maschinen abzunehmen, weil sie nicht dem Vertrage entsprechend funktionierten. Die Fabrik wies uns nach, daß es nicht an den Maschinen, sondern an der ungenügenden Besetzung derselben durch den Obermaschinenmeister lag. Wir haben alles Mögliche versucht, wir haben einen zweiten Maschinenmeister angestellt, der die Maschine sofort sachgemäß zu bedienen verstand, wir haben Hellmann von der größeren an die kleinere Maschine gestellt, dann klappte es an der größeren, aber nicht mehr an der kleineren. Man kann doch nicht so teure Maschinen einem Mann übergeben, von dem man sich überzeugen mußte, daß er sie nicht beherrscht. Wir haben uns dann bemüht, Hellmann andre Stellung an solchen Maschinen, wie er sie früher bediente, zu verschaffen, er hat sie abgelehnt. Es sind noch andre Dinge vorgekommen, so daß wir uns schließlich fragen mußten, ob wir eine weitere Beschäftigung von Hellmann noch verantworten können. Wir haben mit ihm Rücksprache genommen und ihm Zeit gegeben, sich nach einer andern Stelle umzusehen. Schließlich haben wir ihm, so leid uns das auch tat, kündigen müssen. Gegen seine persönlichen Eigenschaften war kein Wort zu sagen, aber er war seiner Aufgabe nicht gewachsen. Daraus irgendwie Kapital gegen die Partei zu schlagen, ist einfach unmöglich. Hätten wir Hellmann für andre Arbeit das hohe Gehalt gegeben, das er früher bezogen hatte, während seine Kollegen an solchen Posten, sogar in leitender Stellung, viel weniger erhalten, so wäre das ein Zustand geworden, der auf die Dauer nicht haltbar ist; und ihm weniger Lohn zu geben, ging erst recht nicht; das habe ich einmal getan, aber nicht wieder; denn dann müßte ich mir den Vorwurf der Lohndrückerei gefallen lassen. Arbeit für die Maschine, die er verstand, hatten wir nicht, sonst hätten wir ihn natürlich daran beschäftigt. Aber auch bei uns muß ebenso, wie in andren Betrieben, jeder, der eine Funktion übernehmen will, seiner Aufgabe gewachsen sein; kann er den Posten, den er übernommen, nicht ausfüllen, dann muß er eben gekündigt werden. (Zustimmung.)

Es wird zur Abstimmung geschritten. Zunächst wird dem Vorstande einstimmig Entlastung erteilt.

Der Antrag 9 wird angenommen, ebenso der Antrag Arons-Stadthagen, nachdem Meister erklärt hat, daß die Kontrollkommission keinen Wert auf die Abstimmung ihrer Resolution lege.

Angenommen wird auch schließlich die Mülhausener Resolution der Kontrollkommission.

Die Debatte wendet sich darauf den Anträgen zu, die sich auf Agitation beziehen: 20, 22 und Antrag Pfannkuch (127): „Sekretäre sind nach Bedürfnis anzustellen. Partei-Orte beziehungsweise Kreise oder die Provinzial-Agitationskomitees haben das Vorschlagsrecht. Der Vorschlag ist für den Parteivorstand, dem das Recht der Anstellung zusteht, nicht bindend. Das Anfangsgehalt der Sekretäre beträgt 2000 M., steigend von 3 zu 3 Jahren um 200 M. Der Parteivorstand ist um einen Sekretär zu vermehren."

Dr. Südekum: Der Antrag Nürnberg will eine Direktive geben, in welcher Weise die Agitation in Zukunft besser zu gestalten sei. Er schlägt vor, eine Agitationskommission für das ganze Reich zu bilden, die eine systematische Agitation zu betreiben hat. Durch den Antrag 127 ist ein großer Teil dessen, was wir wünschen, bereits zugesagt, nur ermöglicht er nicht das, was unser Antrag hauptsächlich bezweckt, nämlich die lebhaftere Fühlung des Parteivorstandes mit den Parteigenossen draußen im Lande. Wenn jetzt dem Parteivorstande noch ein Sekretär hinzugefügt wird, so wird es ja möglich sein, daß dieser sich der Agitation mit besonderem Eifer widmet. Aber an dem ganzen System, das bisher geherrscht hat, wird dadurch nichts geändert. Ein Versuch mit einer solchen Agitationskommission könnte doch wenigstens für

ein Jahr gemacht werden. Ich glaube, es wird, wenn der Antrag Pfannkuch angenommen wird, ungefähr so werden, wie unser Antrag will. Wenn die Sekretäre nach dem Bedürfnis der einzelnen Landesteile angestellt werden, so wird man auch dazu kommen, sie von Zeit zu Zeit zu Konferenzen zusammen zu berufen, um sich darüber zu vergewissern, welche Agitationsstoffe auszubeuten sind. Wir denken übrigens bei unserem Antrage nicht allein an die sogenannten dunkelsten Teile Deutschlands. Gerade in den Wahlkreisen, die wir bei der letzten Wahl bei einer Wahlbeteiligung unter 50 Proz. neu gewonnen haben, ist eine rege Agitation dringend notwendig: alle diese Kreise sind ohne weiteres als gefährdet zu betrachten. Wir bitten Sie, dem Antrag Nürnberg zuzustimmen.

Klühs-Breslau beantragt zur Geschäftsordnung, die Beratung des Antrages 20 mit der Beratung der zum Punkte „Organisation" gestellten Anträge zu verbinden.

Dieser Antrag wird angenommen.

Nunmehr beantragt Klühs, auch die Anträge 22 und 127 zurückzustellen.

Vorsitzender Dietz: Ich bitte Sie dringend im Interesse der Erfüllung dieser Wünsche, das nicht zu tun. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Diskussion über den Punkt „Organisation" solche Dimensionen annimmt, daß man gezwungen ist, diese ganze Angelegenheit einer Kommission zu überweisen. Diese Kommission bringt vielleicht erst im nächsten Jahre ihre Resultate, während es sich bei dem Antrage Pfannkuch um sofortige Erfüllung eines seit Jahren gehegten Wunsches handelt. Hindern Sie das nicht, sondern nehmen Sie es an. Lehnen Sie den Antrag 22 ab. Besser wäre es noch, er würde von Elberfeld zurückgezogen.

Der Antrag 22 wird zurückgezogen.

Pfannkuch wiederholt zur Begründung des Antrages 127, daß die Steigerung des Gehaltes der Parteisekretäre nicht ins Uferlose gehen soll. Die Festsetzung der Maximalgrenze wollten wir uns aber für einen späteren Zeitpunkt vorbehalten, wo wir Erfahrungen gesammelt haben werden.

Vollmar: Ich stehe der Idee des Antrages 127 durchaus sympathisch gegenüber und möchte nur verhüten, daß in einem Punkte ein Mißverständnis entsteht. Es ist in dem Antrage gesagt, daß die Sekretäre vom Parteivorstande ernannt werden, daß ihr Gehalt so und so viel betragen soll ꝛc. Es versteht sich meines Erachtens von selbst, daß es sich dabei nur um die Sekretäre handeln kann, die vom Vorstande angestellt und bezahlt werden. Wir haben aber eine ganze Reihe von Sekretären, die von Lokalen oder Bezirksorganisationen angestellt sind und auf die der Antrag 127 selbstverständlich keine Anwendung finden kann. (Zwischenruf Pfannkuch: Vollständig einverstanden!) Das wollte ich nur feststellen, da der Wortlaut des Antrages eine andre Deutung zulassen würde.

Hoffmann-Hamburg meint, man könne sehr wohl jetzt schon eine Maximalgrenze etwa von 3000 M. festsetzen. Es steht dem Parteitage dann ja immer noch frei, diesen Beschluß in einem späteren Jahre abzuändern.

Der Antrag Pfannkuch (127) wird einstimmig angenommen.

Der Parteitag geht über zu dem Punkt: „Presse".

Die hierzu noch eingegangenen Anträge 124 und 125 werden nicht genügend unterstützt, während Antrag 126 und 148 (Zusätze zu Antrag 33) die nötige Unterstützung finden.

Es stehen demnach zur Diskussion die Anträge 28, 29, 32, 33, 35—39, 105, 126 und 148.

Jentsch-Berlin begründet den Antrag 32. Die „Neue Welt" hat in ihren Illustrationen eine gewisse Einseitigkeit. Alle Errungenschaften auf wissenschaftlichem und technischem Gebiete werden vollständig übergangen, obgleich sie

für das Proletariat von höchstem Interesse sind. Ebenso wie in der „Neuen Welt" vor Augen geführt wird, was auf dem Gebiete der Plastik und der Malerei geleistet wird, ebenso ist es auch möglich, die technischen und wissenschaftlichen Errungenschaften zur Kenntnis des Proletariats zu bringen, so daß es einigermaßen auf dem Laufenden bleibt. Nehmen Sie daher unsern Antrag an, oder überweisen Sie ihn dem Parteivorstande zur Berücksichtigung. Schließlich möchte ich den Vorstand bitten, zu erwägen, ob nicht die „Neue Welt" in der „Vorwärts"-Druckerei hergestellt werden kann.

Zubeil vertritt den Antrag 29. Der Gedanke ist nicht neu. Es sind schon ähnliche Versuche gemacht worden. Wir betonen immer, daß die Zukunft gehört, wem die Jugend gehört, trotzdem haben wir heute nicht ein einziges Werk in unsrer Literatur, welches erzieherisch auf unsre Jugend einwirken kann. Heut ist dieselbe ausschließlich in die Hände der Eltern gelegt, ohne daß dieselben ein Hilfsmittel besitzen, die Jugend zu der neuen Weltanschauung zu erziehen. Gewiß ist die Aufgabe schwierig, aber wir müssen trotzdem trachten, sie mit der Zeit zu lösen. Das Kapital, das wir für den guten Zweck aufwenden, wird sich reichlich verzinsen. Was den Druck der „Neuen Welt" anbelangt, so ist es durchaus begreiflich, daß die Berliner den Wunsch haben, daß die „Neue Welt", wenigstens soweit es sich um die Auflage des „Vorwärts" handelt, in der „Vorwärts"-Druckerei hergestellt wird. Der jetzige Zustand wird immer unerträglicher. Sobald eine Sonntagsnummer einmal stärker verlangt wird, müssen die Berliner, um die „Neue Welt" liefern zu können, immer erst in Hamburg nachbestellen. Das dauert 3, 4, 5 Tage. Es ist notwendig, daß hier eine Aenderung eintritt.

Bérard-Hamburg: Ich bin in der angenehmen Lage, mit dem Antrage Berlin IV mich einverstanden erklären zu können. Auch ich meine, daß mehr für Illustrationen in der „Neuen Welt" geschehen muß. Nun werden Sie sagen: Ja, warum sorgen Sie denn nicht dafür? Nun, in unsren Betrieben hat der Verleger bekanntlich nichts zu sagen, der Redakteur alles. Deshalb ist es mir angenehm, daß dieser Antrag erfolgt ist. Ich wünsche nur, daß der Redakteur der „Neuen Welt" sich diesen Antrag als Fingerzeig dienen läßt. Das Beste ist es, den Antrag Berlin IV. dem Vorstande zur Berücksichtigung und mit dem Ersuchen zu überweisen, recht bald an die Frage heranzugehen. Es ist weiter der Wunsch ausgesprochen, daß die „Neue Welt" den technischen Errungenschaften folgen und sie besprechen soll. Wenn wir so die Aufgaben des Blattes erweitern, kann es nicht mehr als Beilage für politische Zeitungen gelten und für einen so billigen Preis abgegeben werden. Der Wunsch Berlins, die „Neue Welt" entweder in der ganzen oder doch in der Berliner Auflage zu drucken, ist ja begreiflich. Berlin hat jetzt eine eigne Druckerei und ist in solchem Umfang eingerichtet, daß der Wunsch besteht, viele Druckarbeiten zu erhalten und sie auch andern wegzunehmen. Auch bei uns muß man aber mit Anstand konkurrieren. Auf früheren Parteitagen haben wir uns lange darüber unterhalten, ob Hamburg sich zum Druck der „Neuen Welt" eine besondere Maschine anschaffen soll. Ich habe mich lange dagegen gesträubt, denn eine solche Maschine kostet ein großes Stück Geld und kann zu nichts Andrem gebraucht werden. Erst als der Vorstand zu mir sagte: „Wenn Sie die Maschine nicht kaufen, dann wird die „Neue Welt" in Berlin gedruckt," entschloß ich mich zur Anschaffung der Maschine. Geht der Druck der „Neuen Welt" nach Berlin, dann muß sich Berlin sofort eine solche Maschine anschaffen oder unsre Maschine übernehmen. Bei dieser Uebernahme werden sich angesichts der großen Auflage viele technische Schwierigkeiten einstellen, so daß mindestens 4 Wochen lang keine „Neue Welt" erscheinen könnte. Es ist richtig, daß Berlin jetzt den dritten Teil der Auflage besitzt. Es ist ungehalten über die hohen Frachtkosten, die es tragen muß. Aber diese Frachtkosten würden bei dem Druck in Berlin auf Hamburg

fallen, und so wäre an dem finanziellen Ergebnisse für die Gesamtpartei nichts geändert. Zubeil hat mit besonderem Nachdruck betont, es handele sich jetzt in Berlin um ein eignes Parteigeschäft. Ja, das Hamburger Geschäft ist doch auch unser eignes Geschäft. Es ist viel älter, als das Berliner (Heiterkeit) und hat der Partei großen Nutzen gebracht. (Sehr richtig!) In die Lage, in der jetzt der „Vorwärts" ist, würde beim Druck in Berlin das „Echo" kommen, dessen Auflage auch unausgesetzt steigt und dann Nachlieferungen der „Neuen Welt" erforderlich machen würde. Auf einem Parteitage kann die ganze Angelegenheit nicht erledigt werden. Sie muß sehr genau besprochen und sollte deshalb dem Vorstande zur Erwägung überwiesen werden.

Vorsitzender **Dietz** stellt nachträglich noch den Antrag 105 mit zur Debatte.

Bühler erhebt Widerspruch, daß Fendrich das Wort erteilt werde, bevor über sein Mandat endgültig entschieden sei.

Vorsitzender **Dietz**: Es ist überall Sitte, so lange ein Mandat nicht für ungültig erklärt worden ist, seinen Inhaber zur Abstimmung und zur Rede zuzulassen. (Zustimmung.)

Fendrich-Freiburg: Die Hauptfrage scheint zu sein: Wollen wir eine Zeitschrift, die sich nur an die Jugend wendet oder eine Familienzeitschrift, die dem Unterhaltungsbedürfnisse der Genossen mehr als bisher entgegenkommt. Aus rein praktischen Gründen muß man zu dem Schlusse kommen, daß für eine Familienzeitschrift, wenn auch nicht in ausreichendem Maße, bereits gesorgt ist. Was uns fehlt, ist eine Jugendzeitschrift. Bröck hat in seinem Artikel in der Parteitagsnummer der „Neuen Zeit" durchaus das Richtige getroffen, wenn er sich dagegen wendet, daß eine solche Jugendzeitschrift gewissermaßen eine Agitationsschrift, für unsre Jugend sei. Eine derartige Zeitschrift wäre von vornherein zum Tode verurteilt; denn sie würde nicht gelesen werden, namentlich nicht von denen, für die sie geschrieben ist. Von der Kommissionsberatung bitte ich entschieden Abstand zu nehmen; denn dadurch würde die Schwierigkeit nur noch vergrößert. Eine solche Zeitschrift braucht mehr einen geeigneten Verleger und einen geeigneten Redakteur. Sobald sich diese zwei zusammenfinden, ist jede Kommissionsarbeit überflüssig. Ich will Ihre Geduld, ja zum Teil Ungeduld, nicht lange in Anspruch nehmen, sondern vielmehr bitten, dem Antrage der Genossen in Durlach, der ja den Gedanken einer Jugendzeitschrift am entschiedensten zum Ausdruck bringt, zuzustimmen.

Dr. **Liebknecht**-Berlin: Einige Worte zur Begründung des Antrags 105. Man wird gegen den Antrag einwenden: Wozu ist eine derartige Agitation notwendig? — Der Kampf gegen den Militarismus ist doch in unserm allgemeinen Kampf gegen den Kapitalismus einbegriffen und wird schon seit jeher aufs schärfste geführt! Und wer nicht außerhalb der Kaserne Sozialdemokrat geworden ist, wird es sicher in der Kaserne; der Militarismus ist der beste Agitator gegen den Militarismus! — Aber ich sehe nicht ein, weshalb wir nicht die besondere Art der Agitation unter der proletarischen Jugend, die ja nebenher schon betrieben wird, spezialisieren sollen, gerade deswegen, weil der Militarismus unser schlimmster Feind ist, und weil der Kampf gegen ihn nicht besser geführt werden kann als durch fortgesetzte Vermehrung der Sozialdemokraten unter den Soldaten. Natürlich nicht, während sie Soldaten sind. Aber wenn sie Sozialdemokraten sind, bevor sie Soldaten werden, stehts um unsre Sache am besten. Die bedeutendsten Vertreter unsrer Partei sind ja überzeugt, daß der Militarismus in sich zermorschen müsse, bevor der Sieg unsrer Ideen gelingen könne.

Da wir nicht in der Lage sind, wie in andern Ländern in der Kaserne Agitation zu treiben, muß die Agitation in die Zeit verlegt werden, wo die Gesetze sie nicht verhindern. Natürlich ist eine solche spezialisierte Agitation in gewissem Sinne gefährlich; es sind überall kriminelle Fußangeln ausgelegt. Aber es genügt, unter der proletarischen Jugend systematisch unsre Ideen zu prova-

gieren, unter ganz besonderer Hervorhebung des Charakters des Militarismus; die sozialdemokratischen Rekruten wissen, wie sie sich beim Militär zu verhalten haben. Der Militarismus stellt die höchste Konzentration der brutalen Gewalt des Kapitalismus dar. Die Armee wird aber auch viel in wirtschaftlichen Kämpfen mißbraucht, um Streikbrecherdienste zu leisten. Ich erinnere nur an den Eisenbahnerstreik in Ungarn. Ich weiß sehr wohl, daß es eine große Gefahr wäre, wollten wir die Rekruten zum Widerstand auffordern, das würde dazu führen, daß ungezählte Jahre Zuchthaus und Gefängnis verhängt würden. Wohl aber müssen wir dafür sorgen, daß, wenn es einmal zu heftigen Zusammenstößen zwischen der gegenwärtigen Staatsgewalt und dem organisierten Proletariat kommt, sich die Staatsgewalt nicht mehr so stark fühlt, wie gegenwärtig, wo sie sicher ist, daß ihr die blindlings gehorchende Armee auch zu Ungesetzlichkeiten zur Verfügung steht. Ich weiß, daß unser Antrag insofern in Deutschland nicht den günstigen Boden hat, wie in andern Ländern, weil uns ein Glied in der Kette der Organisation noch fehlt, nämlich das Glied der sozialdemokratischen Jugendorganisation. Aber wenn wir den Antrag annehmen, so wird das auch für Deutschland nicht fruchtlos sein. Es würde eine spezielle Aufgabe der Gewerkschaften werden, denen ja viele junge Leute angehören, auf sie einzuwirken. Der Zweck des Antrages ist, einen Impuls zu geben zur Verschärfung und Systematisierung eines besonders wichtigen Zweiges der Agitation, der Jugendagitation gegen das Hauptbollwerk des Kapitalismus, gegen den Militarismus.

Ein Antrag W. Fischer will sämtliche zu diesem Punkte gestellten Anträge dem Parteivorstand zur Erwägung überweisen.

Richard Fischer-Berlin: Wenn Sie den Antrag 105 dem Parteivorstande zur Erwägung überweisen, so stellen Sie ihm eine Aufgabe, die er einfach nicht erfüllen kann. Der Vorstand wird, wenn er seine Aufgabe ernst nimmt, dem Wunsche des Kongresses widersprechen und sagen müssen: Ich kann den Antrag nicht ausführen. Sie können doch dem Parteivorstande nicht zumuten, Anträge anzunehmen, von denen er überzeugt ist, daß er sie nicht ausführen kann. (Sehr richtig.) Daß wir alle das Interesse haben, die Jugend sozialdemokratisch zu machen, darüber brauchen wir uns hier nicht zu unterhalten, das müssen wir tun, das ist unsre Lebensaufgabe und außerdem eine aus den Verhältnissen sich ergebende Notwendigkeit. Aber durch solche Anträge kann man die Jugend nicht sozialdemokratisch machen. Bis zu einem gewissen Grade ist die Jugend eben Jugend, muß sich austoben und ist für den Ernst des Lebens noch nicht zu haben. Wir müssen mehr Vertrauen zu unsrer Sache selbst haben. Ich müßte ein schlechter Vater sein, wollte ich nicht meinen Sohn in meiner Gedankenwelt erziehen, und der müßte ein schlechter Arbeitskamerad sein, der nicht schon den Lehrling zum Sozialdemokraten macht. Das ist eine Aufgabe, die Sie überall zu erfüllen haben. Derartige Anträge dürfen wir nicht annehmen, denn sie haben keinen Erfolg. In dem Augenblick, wo wir sie ausführen wollten, würde uns die Möglichkeit dazu genommen sein. Ich habe heute schon das Vertrauen zu unsern Richtern, daß sie durch entsprechende Auslegung der bestehenden Gesetze eine derartige Propaganda verhindern werden, und wenn das nicht möglich sein sollte, dann würde der Reichstag innerhalb vierzehn Tagen bereit sein, ein Gesetz zu apportieren, das eine solche Agitation unmöglich macht. (Sehr richtig!) Ueberhaupt die ganze Jugendagitation! Schauen wir doch unsre Vereinsgesetze an! Was in Oesterreich, Belgien usw. möglich ist, ist bei uns, selbst wenn es wünschenswert wäre, unmöglich. Sie treiben damit nur Spielerei! (Zustimmung. — Vollmar: Eine sehr böse Spielerei!) Ich glaube, der Parteitag wird den Antrag ablehnen. (Bebel: Sehr richtig!)

Nun zu Bérard. Bérard befindet sich in einem Mißverständnis. Weder Zubeil noch Jentsch haben davon gesprochen, daß der Druck der gesamten „Neuen Welt" nach Berlin kommen soll, sondern nur den Gedanken ausgedrückt, daß

diejenigen Exemplare, die dem „Vorwärts" beigelegt werden, in Berlin gedruckt werden. Nach meiner Meinung kann es nicht die Aufgabe des Parteitages sein, hierüber Beschluß zu fassen. Das müssen die in Betracht kommenden Faktoren unter sich regeln, und ich glaube, wir werden uns darüber verständigen, um so mehr, als wir dadurch einen Zustand wieder herstellen, der schon bestand. Daß es ein Unsinn ist, jährlich über 4000 Mk. für Fracht auszugeben, wenn sich diese Ausgabe vermeiden läßt, ist doch klar. Außerdem ist die Auflage der „Neuen Welt" so gestiegen, daß der Druck Bérard schon Kopfschmerzen macht.

Eine Reihe von Anträgen bezieht sich auf die Jugend-Zeitschriften. Es sollen entweder neue Zeitschriften herausgegeben oder alte wieder ins Leben gerufen und die Defizits durch Parteizuschüsse gedeckt werden. Das ist ja sehr schön. Aber heute früh haben wir eine Rede von Ullenbaum-Elberfeld gehört, der es geradezu als Verbrechen hingestellt hat, daß die Buchhandlung Vorwärts so unverschämte Ueberschüsse erzielt. (Große Heiterkeit.) Sonst habe ich immer gefunden, man kriegt seine Hiebe, wenn man Defizits macht. (Heiterkeit.) Daß man aber geprügelt wird, wenn man Ueberschüsse hat, ist mir neu. (Erneute Heiterkeit.) Wenn Sie beschließen, daß wir Defizits machen sollen, ich glaube, das Kunststück kriegen wir auch fertig. (Heiterkeit.) Aber dem Tröpfchen jüdischen Bluts, das ja in der Buchhandlung Paul Singer vorhanden ist, würde es weh tun, wenn wir mit Defizits arbeiten sollten. (Stürmische Heiterkeit.) Die Ueberschüsse sind nicht auf die Weise erzielt, wie Ullenbaum glaubt, der da meint, wir hätten nur infolge des hohen Preises der Agitationsbroschüren 35 000 Mk. abliefern können. Ich will Ullenbaum verraten, daß der Ueberschuß sogar noch höher ist. Wir haben nur noch nicht alles abgeliefert. (Heiterkeit.) Woher kommen die 35 000 Mk. Ueberschuß? Wir haben z. B. 650 000 Hefte „Wider die Pfaffenherrschaft" in einem halben Jahre vertrieben bei 1 Pf. Gewinn pro Heft. Das sind 6500 Mk. Wir haben 650 000 „Der wahre Jacob" in Berlin und Umgebung verschleißt; das macht bei $^3/_4$ Pf. Profit pro Nummer 4500 Mk. Wir haben weiter ca. 600 000 Mai-Zeitungen und dergleichen verbreitet, das macht bei 1 Pf. Profit 6000 M. An den 40 000 Protokollen, die wir für 75 Pf. verkauft haben, haben wir $2^1/_2$ Pf. pro Exemplar verdient. Bei 75 Pf. wird man doch $2^1/_2$ Pf. verdienen müssen. Das macht wieder 1000 Mk. Ebenso an den ca. 40 000 Arbeiter-Notizkalendern. Wir haben vielleicht 1 250 000 Hefte „In Freien Stunden" verkauft, da muß es uns gestattet sein, 1 Pf. zu verdienen. Das sind wieder 12 500 Mk. Rechnen Sie das zusammen, so haben Sie schon da allein über 30 000 Mk. Ueberschuß. Die Ueberschüsse können nur erzielt werden in der Massenauflage und den Massenumsätzen, und kein einziges von den angeführten literarischen Erzeugnissen hätte auch nur um 5 Pf. billiger sein können. Einzelne haben ja überhaupt nur 5 Pf. gekostet. Die Zusammenstellung, die ich jetzt aus dem Handgelenk gemacht habe, zeigt, daß an den übrigen Broschüren kein unverhältnismäßig hoher Profit bleibt. Da sind wir oft froh, wenn wir die Kosten decken. Wir fragen uns bei der Herausgabe einer Broschüre doch jedesmal, wie hoch der Absatz sein wird, und auf der Grundlage dieser Berechnung wird der Preis festgesetzt. Nun kommt es ja vor, daß manche Broschüre, z. B. „Saarabien" und „Der Junkerstaat", die wir zu 20 000 angenommen haben, in 60 000 Exemplaren abgesetzt werden. Dann ist der Profit natürlich erheblich größer, als wenn wir drei Broschüren in je 20 000 Auflagen herstellen. Also ich meine, Sie sollten sich vor den Ueberschüssen der Buchhandlung nicht so sehr fürchten. Ich halte es für eine Aufgabe der Partei-Institute, möglichst hohe Ueberschüsse zu erzielen, und ich würde es mir zum großen Verdienst anrechnen, wenn wir z. B. an dem „Vorwärts" solche Ueberschüsse erzielen könnten, daß wir nicht nur der Partei noch viel mehr abführen, sondern auch den Wunsch der Berliner nach Verbilligung ihres Organs um zehn Pfennige erfüllen könnten. Ich glaube heute schon sagen zu können, daß wir im nächsten Jahre vielleicht 150 000 M. Ueberschuß

aus dem „Vorwärts" haben werden. Eigentlich dachte ich, wir von der Buchhandlung Vorwärts würden hier als Muster hingestellt, vielleicht nach dem Vorgange von heute früh photographiert werden, statt dessen bekommen wir jetzt Hiebe. (Heiterkeit.) Wir haben heut morgen die Anstellung von Agitatoren beschlossen, die planmäßig den sozialistischen Gedanken verbreiten sollen. Ja, wovon sollen die besoldet werden? Der Parteikassierer wird mir bestätigen, daß drei Viertel sämtlicher Einnahmen aus den Beiträgen der Berliner und Hamburger Parteigenossen und aus den Ueberschüssen der Partei-Institute kommen. Die Partei-Institute haben also geradezu die Aufgabe, Ueberschüsse zu erzielen, natürlich, ohne daß dadurch die Aufgaben dieser Institute oder die Interessen der Partei verletzt werden, und ich glaube nachgewiesen zu haben, daß wir nach der Richtung in der Buchhandlung Vorwärts nicht gesündigt haben. Wahrscheinlich werden Sie die Herausgabe einer Jugendzeitschrift beschließen, und wenn die Frage so gestellt würde: ob es wünschenswert ist, eine Jugendzeitschrift zu begründen, so würde ich sogar mit 2 Händen dafür stimmen. (Heiterkeit.) Es fragt sich nur, ob es möglich ist. Wir haben ja wiederholt Versuche nach der Richtung unternommen. Schon vor 12 Jahren haben wir im Parteivorstande einen Lehrer mit den Vorarbeiten betraut, zwei Hefte wurden fertiggestellt, aber wir mußten von der Ausgabe absehen, weil sie den zu stellenden Ansprüchen nicht genügte. Einige Jahre später haben wir dem verstorbenen Genossen Keßler denselben Auftrag erteilt, das Resultat war wieder ein negatives. Man spricht von der „Hütte". Es liegt mir fern, auch nur ein tadelndes Wort dagegen zu sagen, aber daß das eine Jugendzeitschrift war, wie die Genossen sie wünschen, das muß ich verneinen. Es war eine sehr gute Zeitschrift, aber keine Jugendzeitschrift. Die Frage ist überhaupt nicht die, ob wir eine Jugendzeitschrift haben wollen, sondern ob wir sie schaffen können, ob wir den geeigneten Redakteur und die geeigneten Mitarbeiter finden. August hat selbst schon Beiträge für Jugendlektüre geliefert. (Heiterkeit. — Bebel ruft: Sie waren auch danach. Erneute Heiterkeit.) Gewiß wie alles, was von Dir kommt, gut ist. (Große Heiterkeit.) Aber ich glaube, er bildet sich selbst nicht ein, daß das das Beste war, was er geschrieben hat. Ich kenne keinen Parteischriftsteller, der der geeignete Mann für die Leitung einer Jugendzeitschrift wäre. Wer für die Jugend schreibt, muß den Stoff vollkommen beherrschen, er muß die Gabe haben, das Wesentlichste abgerundet, sozusagen plastisch darstellen zu können, er muß gleichsam in der Jugend aufleben. Wir haben auch in der bürgerlichen Welt sehr wenig gute Jugendschriften. Jedes Jahr kommen und verschwinden ganze Berge solcher Jugendschriften. Dazu kommt noch eins. Die bürgerliche Welt hat ein nahezu unbeschränktes Absatzgebiet für solche Sachen. Wenn wir ein solches Buch herausgeben, dann ist der Absatz nach einem Jahr abgeschlossen. Das wird mir Genosse Dietz bestätigen, der auch einen praktischen Versuch damit gemacht hat. Nur alle Menschenalter einmal gibt es einen wirklich guten Jugendschriftsteller, der für lange Zeit schreibt, darüber müssen wir uns klar sein.

Wenn eine solche Jugendschrift herausgegeben werden soll, so kann das nur von Parteiwegen geschehen. Es dürften nicht zu diesem Zweck Parteigelder an Privatleute gegeben werden, die man nicht kontrollieren kann. Suchen Sie uns solche Leute, die gute Jugendschriften leiten und gute Beiträge für die Jugend schreiben können. Die Partei ist es aber sich selbst und der Bedeutung der Dinge schuldig, ein solches Unternehmen nicht in Angriff zu nehmen, ehe die geeigneten Leute gefunden sind. (Lebhafter Beifall.)

Der Vorsitzende Dietz teilt mit, daß W. Fischer-Berlin I und Freiwaldt-Pankow aus dem Antrage auf Ueberweisung der Anträge zur Presse an den Parteitag den Antrag 105 gestrichen haben.

Hierauf vertagte der Parteitag die Beratung auf Dienstag 9 Uhr.

Schluß 7 Uhr.

Zweiter Verhandlungstag.

Dienstag, den 20. September. — Vormittags-Sitzung.

Der Vorsitzende Dietz eröffnet die Sitzung um 9 Uhr 10 Minuten und bringt Begrüßungstelegramme der sozialistischen Partei Amerikas, des Parteivorstandes der holländischen Parteigenossen, des Generalrats der revolutionären Partei Rußlands, des Komitees des Bundes des kämpfenden jüdischen Proletariats von Litauen, Polen und Rußland, des sozialdemokratischen Leseklubs in Luxemburg und einer Anzahl einzelner Parteigenossen zur Kenntnis der Versammlung.

Der Parteitag tritt sodann in die Tagesordnung ein und setzt die Debatte über die zur „Presse" gehörenden Anträge fort.

Liebknecht, Müllenstädt und Otto Braun beantragen zu Antrag 105:

„In Anerkennung der Notwendigkeit, unter der proletarischen Jugend eine systematische Agitation für die sozialdemokratischen Lehren zu entfalten;

in Anerkennung weiter der Notwendigkeit, bei dieser Jugendagitation den Kampf gegen den Militarismus in den Vordergrund zu stellen, hält der Kongreß den Antrag 105 für erledigt."

Der Antrag wird genügend unterstützt.

Dr. **Südekum**: Ich glaube, daß die klaren und scharfen Worte, die Fischer gestern abend schon gegen den von dem Genossen Liebknecht verteidigten Antrag, auf einen fruchtbaren Boden bei Ihnen gefallen sind. Die Parteigenossen, in deren Namen Liebknecht sprach, sind in der Tat auf vollständig falschem Wege. Die Agitation, die sie sich denken, kann keinen Nutzen haben, würde aber eine Menge von unsern jetzigen und zukünftigen Parteigenossen in schwere Gefahr bringen. Und zwar nicht diejenigen werden in Gefahr kommen, die schon lange sich in unsre Ideenwelt hineingelebt haben, sondern gerade jene guten Leute, die sich nicht sowohl durch große Schießfertigkeit auszeichnen — wie Herr v. Einem im Reichstage sagte — wie durch eine gute patriotische Gesinnung, die zum ersten Mal von einer solchen Agitation hören und dann nicht Selbstbeherrschung genug besitzen, um allen Situationen gewachsen zu sein. Aber nicht nur gefährlich, sondern auch nutzlos ist diese Agitation. Als ich vor zwei Jahren zur Zeit des verunglückten Generalstreiks in Belgien war, bei dem auch die Gefahr bestand, daß das reguläre Militär auf die Straße geführt wurde, erkundigte ich mich bei den Genossen, ob sie wohl glaubten, daß die in den Kasernen konsignierten Truppen im entscheidenden Augenblick schießen würden. In Belgien ist das Experiment gemacht worden mit dieser sozialistischen Propaganda in den Kasernen, und zwar unter ganz andren Umständen als bei uns. Es entspricht dem ganzen Volkscharakter in Belgien viel mehr, daß man dort mit einer gewissen Frechdachsigkeit an die geheiligten Institutionen des Klassenstaates herangeht. Trotzdem waren die belgischen Genossen überzeugt, im entscheidenden Moment würden die Soldaten unter dem Eindruck einer Massenpsychose doch schießen und wenn auch nur ein Drittel schießen würde, so würde das genügen, um entsetzliches Unheil anzurichten. Ich glaube, das beste ist, wenn der Parteitag über den Antrag 105 zur Tagesordnung übergeht, und zwar nicht erst auf dem Umwege des neuen Antrages.

Nun zu etwas anderm. Die vielen Anträge auf Schaffung einer Jugend-Zeitschrift zeigen doch, daß in den Massen unsres Proletariats das Bedürfnis nach einer solchen Zeitschrift unzweifelhaft besteht. Nicht ohne eine gewisse Bitterkeit kann man jetzt die Nekrologe für die „Hütte" hören, nachdem sie längst selig entschlafen ist. Als es damals darauf ankam, diese Zeitschrift zu fördern, hat sie nicht so viel freundliche Hilfe gefunden, wie man jetzt nach den Reden glauben sollte. (Leichenreden!) Ja, Leichenreden sind es. Im entscheidenden Augenblick,

als Verhandlungen zwischen Wallfisch und den Leipziger Genossen im Gange waren, haben es auch führende Parteigenossen an der Befürwortung, daß die Leipziger die Zeitschrift übernehmen sollten, fehlen lassen, sie haben im Gegenteil den Leipzigern abgewinkt. Es wäre durchaus möglich gewesen, die „Hütte" weiterzuführen und ganz anders auszugestalten, wenn man nur wenige Tausende, höchstens 10 000 M. zur Verfügung gehabt hätte. Das Defizit im ersten Jahre war durch die Einführungskosten bedingt. Eine halbe Million Prospekte der deutschen sozialdemokratischen Presse beizulegen, kostet allein 3 bis 4000 Mark. Das kann man aber nicht als Defizit der Zeitschrift aufmarschieren lassen, denn das wiederholt sich doch nicht alle Jahre. Fischer sagte, es sei sehr schwer, die geeigneten Leute zu finden. Das mag sein; gibt es aber solche Leute, so hätten sie doch heute gar keine Möglichkeit, ihr Talent zu entfalten. Damals hat man die Erfahrung gemacht, daß sehr bald höchst talentvolle Leute mit wertvollen Beiträgen auch aus Kreisen kamen, wo wir sie gar nicht vermutet hatten. Der Redakteur der „Hütte" hatte sicher in seiner Mappe noch viele gute Beiträge. Ich bin auch nicht der Ansicht, daß ein solches Unternehmen unter allen Umständen nur als Partei-Unternehmen zu denken wäre. Auch die „Neue Zeit" ist doch jahrzehntelang Privatunternehmen gewesen. Uebrigens Geldgeschäfte machen wollte auch Wallfisch mit der „Hütte" nicht, er war sich klar, daß die Partei das Unternehmen eines Tages für sich reklamieren würde, und mit Recht. Also stoßen Sie nicht die Privatinitiative von vornherein zurück auf einem Gebiete, wo jeder Schritt auf unbekanntes Terrain führt. Beschließen Sie vielmehr, daß jemand, der einen solchen Versuch aufnehmen will, auf Ihre moralische und, falls nötig, finanzielle Unterstützung rechnen kann.

Adolf Hoffmann-Berlin: Ich bin der Meinung, daß wir die Schaffung der Jugendschrift keinesfalls der Privatinitiative überlassen können. Die Erfahrungen beweisen, daß es sich um eine sehr schwierige Aufgabe handelt. Es ist nicht leicht, eine Jugendzeitschrift unter die Arbeiter zu bringen, wo wir zum großen Teil noch nicht einmal die Frauen haben. Ueber die Notwendigkeit einer Jugendzeitschrift in einer Zeit, wo die Vermuckerungsversuche und die Geschichtsfälschung in der Volksschule immer mehr zunimmt, sind wir uns alle klar, aber die Ausführung ist schwierig, und daß die Sache viel Geld kosten wird, kann ich Ihnen versichern. Wir haben es mit der von Dr. Wille redigierten „Freien Jugend" erlebt, wie teuer und wie schwer es ist solche Schrift im Volke einzuführen. Freilich, als ich gestern Fendrich hörte, hatte ich den Eindruck, daß er einen Verleger und Redakteur schon in der Tasche habe und nur noch die Geldbewilligung brauche. Ich meine, so etwas kann nur von Parteiwegen gemacht werden. Die moralische Verantwortung müssen wir doch tragen, da ist es auch unsre Pflicht, sie von Parteiwegen herauszugeben, damit wir die nötige Kontrolle haben. Es wäre vielleicht am leichtesten als Beilage zur „Gleichheit" eine solche Jugendzeitschrift zu schaffen, etwa unter dem Titel „Für unsere Kinder", da bekämen unsre Frauen es in der Hand. Noch besser wäre es wenn es allen Parteiblättern beigelegt werden könnte; aber alle solche Unternehmungen müssen in der Hand der Partei sein, damit wir nicht zu Zuständen kommen, wie wir sie in andern Ländern haben.

Jacob-Bant: Die „Neue Welt" müßte vielseitiger und aktueller sein und bessere Illustrationen bringen. Wir haben bürgerliche Unterhaltungsblätter, die uns da als Vorbild dienen können. Die „Neue Welt" ist eben nicht das, was sie sein soll, es ist kein Familienblatt, das man sich aufbewahrt, sie wird vielfach als Butterbrotpapier benutzt, und das Geld dafür ist weggeworfen. Ich bitte den Parteivorstand dringend, für die Schaffung eines guten Familienblattes zu sorgen.

Bühler-Essen: Im Interesse unsrer Agitation, namentlich im Kampf gegen das Zentrum, ist es nötig, daß die große Masse darüber aufgeklärt wird, warum

unsre Reichstagsfraktion diesem oder jenem Gesetzentwurf gegenüber eine regierende Haltung eingenommen hat. Ich bitte Sie deshalb um Annahme des Antrags 37.

Katzenstein-Charlottenburg: Ich bitte, den Antrag Liebknecht dem Parteivorstand zur Berücksichtigung zu überweisen, wenn ich auch mit seinen Einzelheiten nicht einverstanden bin. Was wir in der Presse lesen, beweist uns, daß die Soldatenmißhandlungen trotz der alljährlichen Militärdebatten im Reichstage nicht abgenommen haben. Wir können den Mißhandlungen nicht ruhigen Blutes gegenüberstehen, denn ein so großer Vorzug auch die Ruhe ist, so gibt es doch Dinge, bei denen die Leidenschaft am Platze ist. Heute, wo die Selbstzersetzung des Militarismus so an die Oeffentlichkeit tritt, liegt für die Sozialdemokratie wahrhaftig keine Veranlassung zu ängstlicher Zurückhaltung mehr vor. Es ist unsre Aufgabe agressiv vorzugehen, nicht aber zu warten, bis die Dinge an uns herankommen. Südekum sprach von einer Volkspsychose, aber die Sozialdemokratie ist nicht dazu da, derartige Volkspsychosen ruhig wirken zu lassen, sie soll vielmehr das Volk davon kurieren. Und die Erfahrungen in Rußland beweisen, das auch diese Einflüsse von oben her nicht unüberwindlich sind. Wir müssen dafür sorgen, daß an Stelle des blinden Gehorsams das Gefühl der menschlichen Persönlichkeit, das Mitgefühl mit den Klassengenossen, tritt. Auf Einzelheiten will ich nicht eingehen, denn es wäre bedenklich, hier Vorschläge zu machen, die nicht vorher beraten und geprüft worden sind. Der Parteivorstand muß die in weiten Kreisen herrschende Stimmung gegen den Militarismus für unsre Zwecke auszunutzen suchen. Selbstverständlich ist es, daß er, wenn wir ihm Anträge überweisen, uns auch Rechenschaft darüber ablegen muß, wie er die Aufträge ausführt.

Noch ein Wort über die Jugend-Zeitschriften. Es wäre nach meiner Meinung sehr leicht gewesen, die „Hütte" zu halten, wenn man sich nur mehr um Abonnenten bemüht hätte. Die „Hütte" stand auf der Höhe dessen, was wir erwarten und verlangen können. Daß ein Bedürfnis nach einer Jugend-Zeitschrift vorhanden ist, beweisen die vielen Anträge. Möge der Vorstand dafür sorgen, daß das Bedürfnis befriedigt wird.

Schöpflin-Leipzig. Ich bitte Sie, den Antrag 105 abzulehnen. Würden wir ihn annehmen, so würde seine Wirkung so schlimm sein, daß wir in ein, spätestens in zwei Jahren bestimmt bedauern würden, einem derartigen Antrag unsre Zustimmung gegeben zu haben. (Sehr richtig!) Was sollen wir denn eigentlich dem jungen Arbeiter, der ins Heer eintritt, für Verhaltungsmaßregeln erteilen? Sollen wir ihm sagen, verhalte Dich in Deinem Interesse ruhig, benimm Dich wie ein geduldiges Lamm. Das wäre doch zweifellos verfehlt. Oder sollen wir ihm raten, laß Dir nichts gefallen, vergilt gleiches mit gleichem? Was aber würden wir dann für Erfahrungen machen! (Sehr richtig!) Wie viel Mißhelligkeiten würden entstehen! Was für Gerichtsverhandlungen würden wir erleben! (Sehr richtig!) Es ist ja ganz unmöglich, 18, 19jährigen jungen Leuten in ein paar Monaten genaue Instruktionen über ihr Verhalten beim Militär zu erteilen. Das geht bei einer Instruktion für den Wachtposten; dem wird gesagt, wenn Dich einer belästigt, dann verhaftest Du ihn, stellst ihn ins Schilderhaus mit dem Rücken zur Straße, knöpfst ihm die Hosenträger ab usw. (Heiterkeit.) Das kapiert der junge Mann. Aber in den ganz verschiedenartigen Fällen, die das Militärleben bringt, würde der junge Mann in den ersten zwei Stunden, die er in der Kaserne verlebt, elend Schiffbruch erleiden, wenn er sich auf Instruktionen von außen verlassen wollte. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn die jungen Leute Sozialisten sind, ist es gar nicht nötig, ihnen Instruktionen mitzugeben. (Lebhafter Beifall.) Dann hat der junge Mann so viel Takt, so viel sicheres Gefühl, daß er weiß, wie er sich in ernsten Situationen zu verhalten hat. Und angenommen, es wäre möglich, in Berlin, Hamburg oder Leipzig mit

ihren starken Organisationen solche Instruktionen zu erteilen, in den andern Städten wäre es gar nicht durchführbar. Stellen Sie sich dann einmal vor, daß es zu einer Gerichtsverhandlung kommt und der schüchterne Rekrut — schüchtern sind sie alle, wenn sie vor den Offizieren stehen — sagt aus, er habe sich nach unsern Instruktionen gerichtet. Das wäre eine schöne Geschichte. General v. Endres hat im Reichstage Bebel erwidert, die Sozialdemokraten leisteten beim Militär passiven Widerstand, machten damit die Vorgesetzten nervös und verursachten so die Soldatenmißhandlungen. Der General glaubt das, und diese Anschauung würde, wenn wir den Antrag 105 annehmen würden, sich um so rascher verbreiten, und das Resultat würde in kriegsgerichtlichen Urteilen zum Ausdruck kommen. Die jungen Rekruten, die aus sozialistischen Kreisen kommen, würden noch schärfer als bisher angefaßt werden, und ein paar hundert Jahre Gefängnis wären der materielle Erfolg. (Lebhafte Zustimmung.) Der Kampf gegen den Militarismus muß doch anders geführt werden. Wir müssen versuchen, die Jugend im allgemeinen zum Sozialismus zu erziehen und nicht im speziellen am Militarismus herumpfuschen. (Sehr richtig!) Mit der Annahme des Antrages 105 würden wir nur dem Staatsanwalt mehr Arbeit verschaffen, und dazu haben wir keinen Anlaß. Die Wirkung des Antrages würde eine sehr üble sein; er würde sehr schlimm ausgelegt und auf sein Conto alles geschoben werden, was beim Militär passiert. (Bravo!)

Molkenbuhr: Bei der Rede Katzensteins fragte ich mich unwillkürlich, ob denn Katzenstein unsrer Agitation so ganz fern stehe, weil er sagte, daß der Kampf gegen den Militarismus mehr in den Vordergrund gerückt werden müsse. Sehen Sie sich die Wahlflugblätter der letzten Reichstagswahlen an: keine andre Frage nimmt in diesen einen so breiten Raum ein, wie der Kampf gegen den Militarismus. Von jeher ist der Militarismus systematisch bekämpft worden, weil wir in ihm die Hauptstütze des Klassenstaats sehen. Was soll denn eigentlich geschehen? Das sagen uns die Antragsteller nicht. Es ist gesagt worden: Auf Einzelheiten dürfe man nicht eingehen, das sei zu gewagt. Der Grundgedanke des Antrags ist von der Partei bis jetzt entschieden abgelehnt worden. Als Domela Nieuwenhuis seine Propaganda für den Militärstreik betrieb, war es die deutsche Sozialdemokratie, die dieser Utopie entschieden entgegentrat. Derselbe Gedanke verbirgt sich hinter all den Wendungen des Antrages 105. Nun wird gesagt, wir müßten für die Jugend eine besondere Agitation haben. Darauf erwidere ich, daß es für uns darauf ankommt, die Einheit des Prinzips zu wahren und nicht für die Jugend andre Grundsätze zu haben als für die Erwachsenen. (Sehr richtig!) Die Bekämpfung des Militarismus geschieht durch die Propagierung des Sozialismus. Mit dem Siege des Sozialismus wird auch der Militarismus gestürzt werden, vorher nicht. Es kommt also darauf an, tüchtige Sozialdemokraten zu erziehen, die werden dann schon genug Ehrgefühl, Selbstbewußtsein und Erkenntnis haben, um zu wissen, wie sie sich zu verhalten haben. Die Schaffung einer besondren Jugendbewegung könnte schließlich zu ganz erheblichen Gegensätzen führen. Hätten wir eine solche Bewegung, so müßten wir sie bekämpfen (Sehr richtig!), denn das Streben der Partei geht auf Zentralisation und größere Einheitlichkeit. Solche besondren Jugendorganisationen mögen gut sein für die Nationalliberalen. Sie entsprechen dem ganzen Charakter des Nationalliberalismus, bei dem die Alten alle Grundsätze, die sie in der Jugend vertreten haben, verleugnen, und der deshalb besondre Jugendorganisationen zur Vertretung der Ideale hat, für die die Alten nicht mehr zu haben sind. (Heiterkeit und Zustimmung.) Bei uns ist das anders. Deshalb halte ich den Antrag für verfehlt, ganz abgesehen davon, daß er uns mit dem Staatsanwalt in Konflikt bringen würde. Wenn die Väter des Antrags diese Dinge einmal durchdenken, so werden sie gewiß selbst den Gefallen an ihrem Antrag verlieren. (Lebhafter Beifall.)

Der Vorsitzende Dietz gibt hierauf Vollmar das Wort. (Vollmar: Ich denke, erst kommt Bebel?

Vorsitzender Dietz: Bebel hat verzichtet. Bebel: Der Antrag ist genug totgeschlagen!

v. Vollmar: Ich bedauere es, daß diese Debatte überhaupt hervorgerufen worden ist (Sehr wahr!). Denn je weniger man über die Frage des Militarismus in der sonderbaren Form, wie sie hier angeschnitten worden ist, redet, desto besser ist es. (Sehr wahr!) Schon als ich hierher ging, nahm ich mir vor, gegen den Antrag 105 zu stimmen und womöglich auch zu sprechen. Die Begründung aber, welche gestern diesem Antrage gegeben worden ist, nötigt mich vollends, auf das allerentschiedenste dagegen Stellung zu nehmen. Aufrichtig gestanden bin ich darüber erstaunt, wie jemand, der imstande ist, die Folgen einer Sache zu ermessen und der weiter über den Augenblick, in dem er spricht, hinaus zu denken versteht, es fertig bringt, eine solche Sache in solcher Form hier zur Sprache zu bringen. (Sehr richtig!) Anträge wie diese, Begründungen wie diese, mögen ja recht stark aussehen, aber in Wirklichkeit sind sie nichts als ein Spiel mit Schießgewehr, und zwar auf andrer Leute Kosten (Sehr richtig!). Auf Kosten in erster Linie derjenigen, die in die Kasernen hinein müssen (Sehr richtig!), und dann weiter auch auf Kosten der Partei im allgemeinen und ihrer einzelnen Genossen, ihrer Redner im besonderen. (Sehr wahr!) Denn es ist doch sicher, daß nicht nur ein großes Maß von Kenntnissen, sondern auch eine außerordentliche Gewandtheit dazu gehören würde, die fraglichen Dinge so zu besprechen, daß man nicht gefaßt werden könnte. Ist doch gerade hier der kitzlichste Punkt in Deutschland, und man würde keinerlei Bedenken tragen, durch Gesetz, Verwaltung und Rechtsauslegung jedem Versuch in der vorgeschlagenen Richtung zu begegnen. Wie man die Sache auch ansehen mag, sie ist außerordentlich ernst und müßte schwere Folgen nach sich ziehen. Es ist auf die Jugendorganisationen andrer Länder hingewiesen, z. B. auf die bekannten jeunes gardes in Belgien. Aber ich finde es an sich noch keineswegs besonders verdienstvoll, in andren Ländern bestehende Dinge ohne weiteres zu uns verpflanzen zu wollen; man muß doch die Verhältnisse berücksichtigen, und daß diese in Belgien ganz andre sind als bei uns, das braucht nicht erst gesagt zu werden. (Sehr wahr!) Es ist gesagt worden, es geschehe nicht genug in bezug auf den Kampf gegen den Militarismus; es würden wohl Reden im Parlament gehalten, aber dann sei wieder alles still. Ja, um des Himmels willen, hat denn der Genosse, der das sagte, die Jahre über geschlafen? Ist es nicht vielmehr richtig, daß wir auf dem ganzen Gebiet unsrer Agitation kaum irgend etwas haben, über das von jeher so viel gesprochen und das so viel bekämpft ist wie gerade der Militarismus? Ich habe wahrlich nicht nötig, über die Schäden des Militarismus hier zu reden jede Minute des Parteitages, die man zu diesem Zweck benutzte, wäre hinausgeworfen. Aber man soll doch die Dinge nicht übertreiben. Gestern hat Liebknecht gesagt, der Militarismus sei unser ärgster Feind. Ja, wieviel ärgste Feinde haben wir denn? (Heiterkeit.) So lange ich in der Partei bin, habe ich immer geglaubt, der ärgste Feind sei das, was wir mit dem kurzen Wort „Kapitalismus" bezeichnen, und alles andre seien nur mehr oder minder Begleit- und Folgeerscheinungen. (Sehr richtig!) Man stelle also doch die Dinge nicht auf den Kopf! Gewiß soll jeder Sozialist auch auf diesem Gebiet, wie in allen Dingen mit Eifer vorgehen; aber er muß sich doch auch jederzeit der Verantwortung der Partei bewußt sein und darf nicht einer Augenblickslaune folgen. Und wer die Dinge bei uns überblickt, der weiß, wohin es führen würde, wenn wir eine andre Stellung als bisher einnehmen würden. Wir haben uns im Reichstage und im bayerischen Landtage stets darüber beschwert, daß man die Sozialisten in der Armee anders behandelt, als andre Wehrpflichtige, daß die Behörden geheime Erhebungen darüber machen

und an die Militärbehörde weiter geben, welche Rekruten vor dem Einrücken sozialdemokratische Versammlungen besuchten, welche sich als lokale Führer hervorgetan haben, und welche eine größere Rolle in der Partei gespielt haben. Man weiß, daß die so Gekennzeichneten unter spezielle Aufsicht gestellt werden und man kann sich denken, welche Annehmlichkeiten ihnen daraus erwachsen. Wir haben stets die Rechtswidrigkeit dieser Methode bekämpft, indem wir hervorhoben, daß der sozialistische Soldat kraft desselben Gesetzes zum Militär einrücke, wie jeder andre, und daß er auch ebenso seine Pflicht genau wie jeder andre tue und darum auch keine Ausnahmestellung einnehmen dürfe. Die Kriegsminister haben ihr Vorgehen dadurch zu rechtfertigen gesucht, daß sie infolge der Besonderheit der sozialistischen Bewegung der Leute nicht sicher seien. Wir haben demgegenüber stets dargetan, daß zu solchen Maßnahmen keinerlei Veranlassung vorliege. Aber wenn derartige Anträge angenommen würden, wenn wir Maßnahmen träfen, die zweifellos der erste Schritt zur Kasernen-Agitation wären, die wir von jeher zurückgewiesen haben — dann würden es die Kriegsminister leicht haben, weil ein großer Teil unsrer Argumente gegen das jetzige Vorgehen der Militärverwaltung dann fortfallen würden. Ich will keine weiteren Worte machen, schon auch deshalb, weil gerade auf diesem Gebiet die Zahl der Sachverständigen bei uns eine so große ist, daß Sie sich das, was man nicht weiter ausspricht, von selbst sagen können. Der Parteitag kann den Antrag 105 unmöglich annehmen. Und wenn Liebknecht dann, nachdem er dies erkannt hat, uns nun einen anders formulierten Antrag einbringt, so wundere ich mich nur darüber, wie ein Jurist uns dergleichen zumuten kann; denn dieser Antrag bedeutet sachlich ganz dasselbe wie der erste Antrag, nur noch mit einer besonderen Unterstreichung. Ich bin der Meinung, daß wir sowohl den Antrag 105 als auch den Antrag Liebknecht kurzerhand und rundweg ablehnen müssen. Der Parteitag erklärt damit, daß er die ihm angesonnene neue Methode *nicht* zu der seinigen macht, sondern auf der bewährten Taktik, die wir in dieser Sache seit Jahrzehnten eingehalten haben und in der wir vorbildlich gewesen sind auch für Parteien außerhalb Deutschlands, bestehen bleiben will. (Lebhafter Beifall.)

Wolf-Bochum: Was den Antrag 105 anlangt, so kann ich mich den Ausführungen der Vorredner nur anschließen. Der Antrag stellt uns das Armutszeugnis aus, als hätten wir kein Vertrauen mehr zu der Jugend und ihrer Empfänglichkeit für den Sozialismus, ganz abgesehen von den technischen Schwierigkeiten und Gefährlichkeiten des Antrages. Ich bitte Sie, über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen. — Die Gründung einer speziellen Jugend-Zeitschrift würde jedenfalls ihre großen Schwierigkeiten haben. Wenn aber vom Genossen Fischer die Redaktionsfrage als Hindernis ins Feld geführt wird, so kann ich das nicht als ausschlaggebend anerkennen. Da wäre die Geduld und Ausdauer am Platze, die wir bei den „Freien Stunden" beobachtet haben, die doch Jahre hindurch fast alles zu wünschen übrig ließen. Inwieweit es damit besser geworden, will ich nicht entscheiden. Was wir jedoch brauchen, wäre eine in unserem Geiste geleitete illustrierte Familien-Zeitschrift. Das Bedürfnis danach ist zweifellos vorhanden, und eine solche Zeitschrift könnte auch eine besondere Abteilung für die Jugend haben. Natürlich dürfte das kein Diskussionsorgan sein, sondern es müßte ein bestimmtes Programm festgelegt werden, innerhalb dessen sich die Beiträge unbedingt bewegen müßten. An Stoff und an Kräften dürfte es uns dafür nicht fehlen. Die „Hütte" hat uns da schon ein Beispiel gezeigt. Fordern wir den Parteivorstand auf, nochmals einen ernstlichen Versuch in dieser Richtung zu machen. Das beste wäre, wie gesagt, die Gründung einer illustrierten Familien-Zeitschrift. Was die „Neue Welt" anbelangt, so ist es richtig, daß die Illustrationen sehr mangelhaft sind. Das muß gesagt werden, wenn schon nicht außer acht gelassen werden darf, daß es sich hier um eine *Zeitungsbeilage* handelt, die möglichst

billig sein muß, wenn die kleinen Parteiblätter sich dieselbe leisten können sollen. (Bravo!)

Dr. **Liebknecht-Berlin**: Haben Sie keine Sorge, daß ich noch lange Erörterungen pflegen werde. (Bravo!) Es ist meinem Antrage so gegangen wie einem Opfer in der Schlacht, das erst totgeschossen, dann nochmal totgeschlagen, dann geviertteilt und schließlich ins Wasser geworfen und ersäuft wird. Also vier- bis fünffacher Mord ist von den verschiedensten Partei-Autoritäten schon an dem Antrag geübt worden, es ist sogar behauptet, ich hätte Selbstmord an ihm geübt durch meinen neuen Antrag. Das ist nicht zutreffend und ich habe mich vor allem zum Worte gemeldet, weil Genosse v. Vollmar meinen Antrag gänzlich mißverstanden hat, jedenfalls infolge eines Hörfehlers. Mein Antrag geht nicht dahin, daß Jugendorganisationen gegründet werden sollen in Deutschland und daß diese Jugendorganisationen die besondere Aufgabe haben sollen des Kampfes gegen den Militarismus. Der Antrag geht vielmehr dahin, den Antrag 105 für erledigt zu erklären, indem der Parteitag anerkennt, daß es notwendig ist, eine besondere Agitation für den Sozialismus in der Jugend zu entfalten und in dieser Agitation den Kampf gegen den Militarismus in den Vordergrund zu stellen. Das ist etwas ganz andres, als was Genosse Vollmar bekämpft hat. Unberechtigt ist auch der hier mit besonderer Pointierung erhobene Vorwurf, daß hier eine neue Methode versucht werde. Es ist ja besonders pikant, diesen Vorwurf aus dem Munde Vollmars zu hören, er ist aber unzutreffend. Ich will nichts, als daß die alte Methode, meinetwegen um die Phrase zu gebrauchen, die altbewährte Methode angewandt werde mit besonderem Nachdruck auf einem besonderen Gebiete, nämlich dem der Agitation in der Jugend gegen den Militarismus. Genosse Vollmar meinte, meine Ausführungen schon durch den Hinweis darauf abtun zu können, daß ich den Militarismus als das ärgste Uebel bezeichnet hätte. Das habe ich nicht getan. Ich nehme es ja niemand übel, wenn er vergißt, was ich gestern gesagt habe. Ich habe begonnen: Ich vermutete, die Gegner würden sagen: Dieser Antrag rennt offene Türen ein. Das ist ganz richtig: er rennt, was die Prinzipien unsrer Taktik anbelangt, offene Türen ein, aber die Prinzipien der Taktik werden nicht immer mit gleichem Nachdruck durchgeführt. Ich habe den Militarismus als das wichtigste Bollwerk des Kapitalismus bezeichnet — das ist doch selbstverständlich. Ebenso selbstverständlich ist die Notwendigkeit, ja die Pflicht, die Jugend ihren besonderen Interessen, ihrer besonderen Lebenslage entsprechend zu packen in der Agitation für den Sozialismus und insbesondere gegen den Militarismus. Man hat darauf hingewiesen, daß der Kampf gegen den Militarismus besonders bei den Wahlen mit großem Nachdruck geführt sei. Da zeigt sich gerade ein Hauptmangel der Agitation. Bei den Wahlen, die gewissermaßen den Grundstock unsrer großzügigen Agitation bilden, wendet man sich naturgemäß hauptsächlich an die Leute, die bereits über das militärpflichtige Alter hinaus sind; es handelt sich aber gerade darum, schon vorher die Jugend zu packen. Das sind natürlich abgetretene Sachen, daß die Jugend durch die Zustände von selbst zum Sozialismus erzogen wird, daß sozialistische Eltern ihre Kinder sozialistisch erziehen, aber so richtig es ist, daß unsre Partei die Agitation nötig hat, und daß wir dann und wann auch spezielle Agitation bei den Landarbeitern, bei den Frauen usw. entfalten, genau so erwägenswert ist die Frage, ob es sich nicht empfiehlt, unter der Jugend eine besondere prinzipielle Agitation in Angriff zu nehmen. Von einer neuen Methode ist keine Rede. — Daß der Antrag 105 unglückselig gefaßt ist, darüber sind wir uns alle einig, ich habe jedoch von vornherein selbst verschiedene Vorbehalte gemacht. Alles was hier angeführt ist, um zu deduzieren, daß ich ein Mensch wäre, der nicht über seine Nasenspitze hinaussehen kann, habe ich gestern selbst ausgeführt. Aber durch meinen heutigen Antrag sind alle Bedenken beseitigt. Es ist für keinen Sozialdemokraten zweifelhaft, daß wir

verpflichtet sind, die Jugenderziehung in Angriff zu nehmen und Jugenderziehung heißt Erziehung gegen den Militarismus. Diesem Antrag stehen keinerlei juristische und politische Schwierigkeiten gegenüber, ich bitte Sie um seine Annahme.

Es ist folgender Antrag Dr. Südekum-Segitz-v. Vollmar eingelaufen: Der Parteitag geht über den Antrag 105 und den Antrag Liebknecht zur Tagesordnung über.

Frohme-Hamburg: Nach der geradezu vernichtenden Kritik, welche der Antrag Liebknecht bereits erfahren hat, war es nicht meine Absicht, diese Kritik noch zu vervollständigen. Was mich veranlaßt, jetzt noch das Wort zu nehmen, ist die geradezu verblüffende Dreistigkeit, mit der Genosse Liebknecht auftritt, um auf Umwegen das zu erreichen, was er mit dem ersten Antrag nicht erreichen kann. Liebknecht macht sich die Sache außerordentlich leicht mit Hilfe einer rücksichtslosen juristischen Rabulistik. Es kommt ihm offenbar darauf an, unter allen Umständen in irgend einer Weise das zu erreichen, was er mit dem ersten Antrag nach der gehörten Kritik nicht erreichen kann. Wir sind es — dafür sind ja Gründe genug beigebracht worden — unsrer Partei in mehrfacher Hinsicht unter den wichtigsten Gesichtspunkten schuldig, daß wir diesen Antrag und alles, was sich daran knüpft, also auch den zweiten Antrag, auf das allerentschiedenste zurückweisen. Ich bitte Sie, auch über diesen zweiten Antrag zur Tagesordnung überzugehen. Damit kommen wir am passendsten über diese ganze geradezu unqualifizierbare Angelegenheit hinweg. (Bravo!)

Lemonnow-Hamburg: Ich kann mich dieser Aufforderung nur durchaus anschließen. Als einstiger Kommisjunge, der als überzeugter Sozialdemokrat zum Militär kam, kann ich die Sache aus eigener Erfahrung beurteilen. Infolge einer solchen Jugendagitation würden die jungen Leute sehr leicht dazu gedrängt werden, in irgend einer Form Unbesonnenheiten zu begehen, die sie nachher sehr schwer zu büßen haben. Schon jetzt werden von den Behörden schwarze Listen über diejenigen, die ihnen als Sozialdemokrat bekannt sind, geführt und der Militärbehörde überwiesen. Es finden Nachforschungen nach sozialdemokratischen Schriften in den Kasernen statt. Die Folge der Annahme des Antrags würde sein, daß die jungen Leute versuchen würden, ihre sozialistische Gesinnung in der Kaserne in irgend einer Form zu betätigen, aber nur der intelligente und in allen Dienstfächern tüchtige Soldat kann sich einen gewissen passiven Widerstand erlauben. Alle übrigen würden ihn schwer büßen und dazu dürfen wir die jungen Soldaten nicht auffordern. Wir wissen ja alle, mit wie schweren Strafen militärische Vergehen bedacht werden. Lehnen sie den Antrag ab!

Damit schließt die Debatte.

Die Anträge zur „Presse" werden mit Ausnahme von 105 dem Parteivorstand zur Erwägung überwiesen.

Entsprechend dem Antrage Südekum geht der Parteitag über Antrag 105 und den später hierzu gestellten Antrag Liebknecht mit großer Mehrheit zur Tagesordnung über.

Es folgt die Diskussion über den Punkt „Anträge zur Tagesordnung für den nächsten Parteitag" (108—110).

Kühs-Breslau begründet den Antrag 108, auf dem nächsten Parteitag über Sozialdemokratie und Strafrecht zu verhandeln. Seit einiger Zeit verhandelt bereits eine vom Reichs-Justizamt berufene Kommission über eine Reform des Strafrechts. Das ist eine Gelegenheit, den Klassencharakter unsrer Justiz von neuem dem Volke zu Gemüte zu führen. Dazu soll unser Antrag den Vorstand anregen; darauf kommt es uns an, weniger auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages. Wir würden es freilich für sehr erwünscht halten, daß der nächste Parteitag die Frage gründlich erörtert.

Liebknecht empfiehlt Antrag 110, den Generalstreik auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen. Die Spandauer Genossen, von denen der Antrag ausgeht, verstehen unter dem Generalstreik den politischen Streik, nicht den eigentlichen Generalstreik. Beide Begriffe werden ja oft durcheinander geworfen. Die Frage des Generalstreiks ist sehr alt und nicht etwa von Friedeberg erfunden. Unsre Bruderparteien im Ausland diskutieren sie seit ihrer Entstehung und in Deutschland hat sie vor einigen Jahren Bernstein wieder zur Debatte gestellt; auch Kautsky, Parvus und Klara Zetkin verteidigen den Generalstreik. Schon diese Tatsache müßte verhindern, daß unser Antrag einfach als lächerlich abgehalftert wird, wie es in dem Begrüßungsartikel der „Chemnitzer Volksstimme" zum Parteitag geschehen ist. Von dem Genossen Friedeberg rücke ich auf das allerschärfste ab. Die Spandauer Versammlung, in der der Antrag beschlossen wurde, verschluckte allerdings Friedeberg mit Haut und Haaren. Das lag aber wohl daran, daß die Spandauer Genossen ihn nicht kannten. Die Ausführungen Friedebergs sind in der Tat unerhört; auf den Generalstreik im Sinne Friedebergs paßt allerdings das Wort Auers: Generalstreik ist Generalunsinn. Friedeberg propagiert den Generalstreik im anarchistischen Sinne; er ist nichts als ein aufgewärmter Nieuwenhuis. Das Auftreten Friedebergs widerspricht den primitivsten Interessen der Partei. Es steht im Gegensatz zu allem, was die Partei bisher war und getan hat. (Sehr richtig!) Er stellt den Parlamentarismus in Gegensatz zur Gewerkschaftsbewegung, weil diese von den Gegnern unabhängig sei. Das ist einfach unrichtig. Ueberall haben unsre Gewerkschaften mit den Tücken der Gegner zu kämpfen. Sobald wir keine politische Bewegung, sondern nur Gewerkschaften hätten, könnten die Gegner jeden Tag die Gewerkschaften einfach von der Bildfläche wegwischen. Formell stände dem nichts entgegen. Tatsächlich allerdings steht jetzt hinter den Gewerkschaften eine so gewaltige Macht, daß die Gegner nicht leicht wagen werden, dies Ventil für die Unzufriedenheit der Arbeiter zu verschließen. Daß es aber ganz ähnlich mit dem Parlamentarismus steht, werde ich noch auszuführen haben. Friedeberg sagt, unsre Bewegung könne vorwärts kommen nur durch freie Persönlichkeiten; auch das ist unrichtig. Gerade die bedrückten Persönlichkeiten, die gewissermaßen fasziniert sind durch das Gefühl der allgemeinen Unterdrückung, sind es, die unsre Bewegung unwiderstehlich machen. Wir erstreben auch durchaus nicht die absolute Freiheit des Einzelnen. Die Pflichten an der Solidarität, die allerdings hoffentlich freiwillig übernommen werden, können nie verschwinden. Die Konsequenz des Friedebergschen Standpunkts ist der Anarchismus. Denn wenn — wie er ausdrücklich hervorhebt — der Anarchismus einen Fortschritt über den Sozialismus bedeutet und diesen in sich schließt, weshalb sollten wir denn Sozialdemokraten bleiben. Haben wir uns denn je gescheut, mit unsren Idealen möglichst weit in die Zukunft hinauszugreifen? — Ich habe mich so scharf gegen Friedeberg gewandt, weil dieser die Idee des Generalstreiks diskreditiert und mir an einer ernsten sachlichen Debatte der Frage, um die ich Sie dringend bitte, sehr viel liegt. (Die Redezeit ist abgelaufen. Der Redner meldet sich von neuem zum Wort.)

Katzenstein-Charlottenburg: Ich habe über die Alkoholfrage zu sprechen. (Rufe: Oh! Oh!) Ihre Zustimmung beweist mir (Große Heiterkeit), daß ich einen minder unfruchtbaren Boden zu beackern habe, als die Anhänger des Generalstreiks. Wir Alkoholgegner müssen nun endlich aus der Bescheidenheit herauskommen. Wir müssen daran erinnern, daß es Klara Zetkin gewesen ist, die auf dem Stuttgarter Kongreß die erste Anregung zur Behandlung der Alkoholfrage gegeben hat. Sie ist dem Antrag allerdings keine gute Mutter gewesen (Heiterkeit), sondern hat ihn rauhen Männerhänden überlassen. (Heiterkeit.) Offenbar war sie zu schüchtern (Große Heiterkeit), so vielen Männern ihre Sünden

vorzuhalten. Die Alkoholfrage verdient, ernsthaft behandelt zu werden. Wir sozialdemokratischen Abstinenten halten uns von dem Blödsinn der bürgerlichen Abstinenten fern, der den Anti-Alkoholismus in den Kreisen der Arbeiterschaft diskreditiert hat. Besonders von frommer Seite sind solche Fehler begangen worden, die heuchlerisch Wasser predigt, während sie heimlich Wein trinkt. (Sehr gut!) Wir sind keine Mucker, die dem Volke keine Freude gönnen und die Erde in ein Jammertal verwandeln wollen, damit die Sehnsucht nach dem Himmel um so größer wird. Davon sind wir himmelweit entfernt. Wir wollen der Arbeiterklasse nicht ihre bescheidenen Freuden trüben, sondern im Gegenteil ihre Empfänglichkeit für größere und höhere Genüsse wecken. Ist doch die verdammte Bedürfnislosigkeit der Boden, auf dem der Alkoholismus wuchert und wiederum die Wirkung des Alkohols. (Sehr richtig!) Der hochverdiente, jetzt verstorbene Stefan Gschwind in der Schweiz, hat aus seinen Erfahrungen als Fabrikbesitzer geschrieben: „Ich muß konstatieren, daß die abstinenten Arbeiter die unzufriedenen Arbeiter sind. Die Alkoholtrinker arbeiten viel länger und erheben keine Ansprüche." (Widerspruch.) Er hat weiter darauf hingewiesen, daß die alkoholgegnerischen Arbeiter in bezug auf das Familienleben höhere Ansprüche erheben, als die alkoholtrinkenden; sie sehen es viel eher, wenn das Kind im zerrissenen Kleidchen umherläuft. Wir müssen den Mut haben, auch auf die Schäden hinzuweisen, die sich in der Arbeiterbewegung zeigen. Und da muß zugestanden werden, daß das Familienleben vielfach gehemmt und gestört wird durch den Alkoholkonsum. (Sehr richtig!) Dieser Alkoholkonsum aber wird durch Vorurteile verursacht. Dabei sind die Schäden, die der Alkohol verursacht, unendlich. Unser Genosse, Oberrichter Lang in Zürich, hat darauf hingewiesen, daß nach der Kriminalstatistik am Sonntag sechsmal soviel Körperverletzungen vorkommen, als vom Dienstag bis Freitag. (Hört!) Unter dem Einfluß des Alkohols kommt diese Vermehrung an einem Tage zustande, wo man meinen sollte, daß die Leute friedlich beieinander sitzen, während in der Woche doch viel mehr Konfliktsstoff vorhanden sein sollte. Dasselbe wie für die Körperverletzungen gilt für Totschlag und Sittlichkeitsverbrechen. Die Schädigungen, die der Alkohol auf gesundheitlichem Gebiete anrichtet, liegen ebenso klar zutage. Die Arbeiterkategorien, die in ihrem Berufe mit dem Alkohol zu tun haben, die Kellner und Brauer, haben eine zwei- bis dreifach höhere Sterblichkeit als die andern Berufe. Auch die Unfallgefahr steigt mit dem Alkoholgenuß. Nach der Reichsstatistik ist die Unfallziffer am Montag durchschnittlich viel höher als am Freitag, wo die Leute von der Arbeit doch ermüdet sind.

Nun sagt man: wir sind ja alle gegen den Suff! Der Alkoholgenuß muß sich in den Schranken vernünftiger Mäßigkeit halten. Ja, wenn die Selbstkontrolle so leicht wäre! (Sehr richtig!) Nun wäre es ja aussichtslos, die Partei auf die Abstinenz verpflichten zu wollen. Das wäre ja auch lächerlich, weil es ein Eingriff in die persönliche Freiheit wäre. Aber die Partei soll mit allem Nachdruck darauf hinweisen, daß sich die Arbeiterklasse ernster als bisher mit der Frage zu befassen hat. Das ist zu erreichen und das muß erreicht werden. In Mannheim hatten wir Alkoholgegner mit sehr viel Hohn und Spott zu kämpfen, jetzt aber besteht dort ein stattlicher Abstinentenverein, und der Genosse Lehmann, der an der Spitze steht, ist ein glänzendes Beispiel dafür, wie gut es den Mitgliedern bekommt. (Heiterkeit.) Franz Joseph Ehrhart ist allerdings noch nicht gewonnen, aber den kriegen wir auch noch. (Stürmische Heiterkeit. Ehrhart schüttelt den Kopf.) Am schlimmsten sind die Gefahren, die der Alkohol für die Nachkommenschaft mit sich bringt, die Kinder im Mutterleibe werden bereits geschädigt. Der Alkoholkonsum der Eltern ist die Ursache für die Entstehung von Idioten und Epileptikern. Auch die Mehrzahl der Mörder stammt von Alkoholikern ab. Daß Kinder unter keinen Umständen Alkohol erhalten dürfen, ist eine Ueberzeugung, die in Arbeiterkreisen noch lange nicht so verbreitet ist, wie in der

Bourgeoisie. (Sehr richtig!) Während in der Arbeiterklasse noch das Vorurteil besteht, daß der Alkohol Nährwert enthalte und daß schwächliche Kinder durch seinen Genuß dick würden, hält die Bourgeoisie viel mehr darauf, daß die Kinder keinen Alkohol bekommen, wenn sie auch selber trinkt. Die Lehrer haben festgestellt, daß die Kinder, die Alkohol trinken, in der Schule rückständig sind. Ja, wir wissen, daß sechs, sieben Jahre nach einem guten Weinjahr die unterste Schulklasse minderwertig ist. (Ehrhart: Es wird nur gesagt, es sei 'ne böse Schulklass'! — Heiterkeit.) Es ist beliebt bei uns, den Alkoholismus als Folge des Elends hinzustellen. Wo ist er aber am stärksten verbreitet? Doch unter den Corpsstudenten und in gewissen Kreisen der Offiziere. Diese armen Teufel besaufen sich aus geistigem Elend und nicht aus physischem. (Heiterkeit und Zustimmung.) Auch die Arbeiterschichten, denen es am schlechtesten geht, die russischen Juden, die Konfektionsarbeiter, die Textilarbeiter können nicht als Alkoholtrinker bezeichnet werden. Nein, die Alkoholseuche herrscht gerade in der besser situierten Arbeiterschaft. (Die Redezeit ist abgelaufen.)

Katzenstein bittet noch weiter reden zu dürfen. (Stadthagen: Sie sind unmäßig! Das ist es eben! — Heiterkeit.) Vorsitzender Dietz erklärt, keine Ausnahme machen zu können.

Leinert-Hannover wendet sich gegen Antrag 110. Dieser und Antrag 57 sind in einer Versammlung des Wahlvereins Hannover abgelehnt worden. Kniestedt und 88 Genossen haben dann auf einem Umwege, den das Statut zuläßt, die Anträge vor das Forum des Parteitages gebracht. Das muß konstatiert werden. Wollten wir Friedeberg folgen, so müßten wir unsre bisherige Taktik aufgeben. Friedeberg verfährt unehrlich, indem er mit einer in den 70er Jahren getanen antiparlamentarischen Aeußerung Liebknechts operiert, in der es heißt: „Was, wir sollten aus praktischen Gründen parlamenteln? Nur Verrat und Kurzsichtigkeit könnten uns dazu bringen." Damit geht man nun hausieren, und es ist nicht richtig, daß, wie der Vorredner sagte, es sich um den politischen Massenstreik bei den Antragstellern in Hannover handelt. Sie wollen den Generalstreik, so wie ihn Friedeberg propagierte, und nichts andres. Dieser Aeußerung des alten Liebknecht steht seine Aeußerung auf dem internationalen Kongreß 1890 gegenüber, wo er sich gegen den Generalstreik aussprach, und ausführte:

„Der Generalstreik ist ein Ding der Unmöglichkeit, da er eine so starke und einheitliche Organisation voraussetzt, wie sie zurzeit noch nicht existiert und in der bürgerlichen Gesellschaft überhaupt nicht existieren kann. Die englischen Arbeiter waren Ende der 30er und Anfang der 40er Jahre trefflich organisiert, weit besser, als es die Franzosen jetzt sind, und doch scheiterten ihre großen Streiks sowie andre Versuche einer allgemeinen Arbeitseinstellung.

Haben die Arbeiter aber erst einmal eine so starke Organisation, um den Generalstreik durchsetzen zu können, so werden sie sich hoffentlich nicht mit einem solchen begnügen, sondern einen besseren Gebrauch von ihrer Organisation machen. Dann sind sie die Herren der Welt. Und die Arbeit dann einzustellen, wäre erst recht eine grenzenlose Torheit."

Wenn man also mit Aeußerungen, die länger als 20 Jahre zurückliegen, agitiert, so treibt man damit nur eine die Partei schädigende Verwirrung. Friedeberg kann sich um so weniger auf Liebknecht berufen, als Liebknecht noch 1897 auf dem Parteitage in Hamburg die praktische Tätigkeit der Fraktion im Reichstage besonders hervorhob und damals die Waffe des Parlamentarismus empfohlen hat. Wir in Hannover haben es abgelehnt, den Antrag auf Besprechung des Generalstreiks zu stellen, und die 88 Leute, die den Antrag eingebracht haben, sind noch nicht einmal alle Genossen. Wir werden uns bei der Beratung des Organisationsstatuts die Frage vorzulegen haben, wie dem Unfug, daß auf solche Weise Anträge hier gestellt werden, ein Ende gemacht werden kann. Friedeberg will keineswegs den politischen Streik, sondern den Generalstreik, um

auf diese Weise die kapitalistische Gesellschaft zu stürzen. Friedeberg will durch den Generalstreik den Parlamentarismus nicht schützen, für ihn bedeutet er das Ende der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Bedeutet nun aber der Generalstreik das Ende der heutigen Gesellschaftsordnung, so müßte letztere ja blind sein, wenn sie nicht zu einer Zeit, in der sie noch die Macht besitzt, die Voraussetzung für ihr Ende — das Koalitionsrecht — beseitigte. Aber ich gebe zu bedenken, ob wir, wenn wir keinen Parlamentarismus mehr haben, noch das Koalitionsrecht besitzen. (Beifall.)

Pfannkuch: Es sind zur Begründung der vorliegenden Anträge die wunderbarsten Sprünge gemacht worden. Die Genossin Zetkin ist einmal unter die Männer versetzt worden (Heiterkeit), die die Anregung zum Generalstreik auf dem Gewissen haben. Katzenstein hat das Geschlecht wieder hergestellt und die Mutterschaft der Genossin Zetkin für die Alkoholfrage festgestellt. (Erneute Heiterkeit.) Doch sei dem, wie ihm wolle, ich bin der Ansicht, der heutige Parteitag kann gewiß beschließen, was auf die Tagesordnung des nächsten kommen soll. Was ist natürlicher, als daß einer der Punkte, die den nächsten Parteitag in erster Linie beschäftigen werden, die Schulfrage ist. Dazu kommt, daß heute noch gar nicht abzusehen ist, welche aktuellen Fragen im laufenden Jahre aufgerollt werden, zu denen der nächste Parteitag Stellung nehmen muß. Es trägt nicht zur Förderung der Geschäfte bei, wenn wir heute schon beschließen würden, wie die Tagesordnung des nächsten Parteitags sein soll, der Parteivorstand würde dann mit gebundenen Händen dastehen. Ich ersuche Sie aus diesen rein sachlichen Gründen um Ablehnung der Anträge 108, 109 und 110.

Ed. Bernstein: Die Debatte über den Generalstreik oder den politischen Streik ist nach meiner Auffassung in ganz falsche Bahnen gelenkt. Daß ich mich in den „Soz. Monatsheften" für den Generalstreik behufs Erkämpfung des allgemeinen Wahlrechts ausgesprochen haben soll, ist mir nicht erinnerlich. Ich habe jedoch in den „Soz. Monatsheften" und schon früher in der „Neuen Zeit" über den politischen Streik geschrieben und bin der Auffassung entgegengetreten, daß der politische Streik unter allen Umständen zu verwerfen sei. Wir haben ja in Belgien und Oesterreich die Erfahrung gemacht, daß unter bestimmten Konstellationen in der Tat der Massenstreik ein Mittel war, eine Bewegung zur Erkämpfung politischer Rechte zu unterstützen. Es handelt sich für mich darum, den Gedanken zu propagieren, daß die Zeiten kommen können, wo wir genötigt sind, zu stärkeren Formen der Demonstration zu greifen als etwa nur zu Versammlungsbeschlüssen. Ich bin, als vor einigen Jahren die Belgier in ihrem Generalstreik geschlagen wurden und sich Stimmen in der deutschen Parteipresse geltend machten, es sei damit der Beweis geliefert, daß der Generalstreik ein verfehltes Mittel sei, in Versammlungen diesem Gedanken entgegengetreten. Ich habe darauf hingewiesen, daß wir, wenn man uns vielleicht zu überrumpeln und das Wahlrecht zu nehmen versucht, es nicht dabei bewenden lassen können, daß wir dagegen lediglich in Versammlungen protestieren oder gar sagen: Der Herr hat's gegeben, der Herr hat's genommen! Der Name des Herrn sei gelobt in Ewigkeit! (Sehr gut!) Das geht nicht, dann müssen wir eben zu andren Mitteln greifen. Der Barrikadenkampf ist überlebt, unser einziges Mittel ist der politische Massenstreik. Ob er zum Siege führt, kommt ganz auf die Verhältnisse an. Bei dem Barrikadenkampf war das Hauptziel, zu demonstrieren und Uneinigkeit und Verwirrung in die Reihen der Gegner zu bringen. Das kann unter Umständen auch der politische Massenstreik bewirken. Stellen Sie sich doch vor, was es heißt, wenn Hunderttausende von Arbeitern streiken, wie viel Interessen da in Mitleidenschaft gezogen werden, wie ein solcher Streik die Strömungen, die den reaktionären Maßnahmen entgegentreten, stärken, wie er die Strömungen, die für die Reaktion eintreten, verwirren und uneinig machen kann! Ich gehöre keineswegs zu denen, die dafür schwärmen, daß der politische Streik auf die

Tagesordnung kommt, ich habe solchen Antrag nicht gestellt, ich bin auch nicht unglücklich, wenn er abgelehnt wird. Aber daß man sich über die Frage klar wird, das halte auch ich für notwendig. Sicher ist der politische Massenstreik eine außerordentlich zweischneidige Waffe. Wenn in einem romanischen Land, wo die anarchistischen Ideen propagiert sind, ohne Berücksichtigung der Machtverhältnisse der Massenstreik aus einem kleinen Anlaß heraus proklamiert wird und mit einer Niederlage endet, so ist das noch kein Grund, den Gedanken eines solchen Streiks zurückzuweisen. Wir müssen da unterscheiden, wir müssen vor Abenteurertum, vor Romantik warnen, aber wir dürfen nicht in das andre Extrem verfallen. Vor allem bei uns in Deutschland! Ich genieße ja den Ruf eines gemäßigten Genossen, und ich halte den Namen für einen Ehrennamen, ich nehme ihn gern auf mich, aber Mäßigung darf nicht gleichbedeutend sein mit Schwäche, mit Energielosigkeit. Mäßigung heißt nur, abwägen, was man zu leisten imstande ist. Ich verwahre mich ganz entschieden dagegen, daß ich dabei irgendwie provokatorisch auftrete. Jaurès hat in Amsterdam hervorgehoben — und wir alle wissen das ja —, daß das deutsche Volk, abgesehen von dem Jahre 1848, das ja schnell genug vorüberging, keine revolutionäre Tradition hat; ich bin erstaunt, wie uns der Gehorsam gegen die Polizei eingeimpft ist, wie still man z. B. Versammlungsauflösungen über sich ergehen läßt. Andrerseits haben wir damit zu rechnen, daß wir eine starke Arbeitermasse haben, stark an Zahl und an Bedeutung und daß man in diesen Arbeitern nicht den Gedanken aufkommen lassen darf, daß sie zu jeder Zeit widerstandslos alles über sich ergehen lassen müssen und höchstens durch Versammlungsbeschlüsse protestieren dürfen. Man muß die Arbeiter mit dem Gedanken vertraut machen, daß Umstände eintreten können, wo sie zu einer stärkeren Form der Demonstration zu greifen haben. Wir wissen natürlich nicht, welches das Resultat eines solchen Widerstandes sein würde, aber wenn man etwa versuchen wollte, uns das Wahlrecht zu nehmen, so hoffe ich, wird unter den deutschen Arbeitern der Gedanke, daß sie unter keinen Umständen auf dieses Recht verzichten dürfen, so stark sein, daß sie alle Formen des Widerstandes ergreifen werden, über die sie verfügen. (Beifall.) Und wenn sie dann geschlagen werden, dann lieber mit Ehren unterliegen, als sich das Wahlrecht nehmen lassen, ohne irgend einen Versuch des Widerstandes. (Lebhafter Beifall.)

Braun-Königsberg spricht zur Alkoholfrage. Auf Einzelheiten will ich nicht eingehen. Um die Schädigung der Volksgesundheit durch übermäßigen Alkoholgenuß zu erkennen, braucht man nicht gerade zu den oft recht zweifelhaften Schlußfolgerungen aus Statistiken zu greifen, man braucht nur einmal die Akten der Invalidenversicherung durchzusehen, um zu sehen, welche Verheerungen der Alkoholismus in unserm Volke anrichtet. Wer das einsieht, kann die Frage nicht als nebensächlich abtun und sich einfach damit trösten, der Alkoholismus sei lediglich die Folge des sozialen Elends. Das ist gar nicht mal immer richtig. Im einen Fall ist der Alkohol die Folge des sozialen Elends, im andern die Ursache. Es handelt sich hier um eine soziale Frage von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Die kann man nicht leichthin damit abtun, daß man sagt, sie sei eine Folgeerscheinung der privatkapitalistischen Wirtschaftsweise und werde mit dieser verschwinden. Jedenfalls ist der Alkoholismus eine Stütze des Kapitalismus und hemmt unsre auf die Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaft gerichtete Bewegung, insbesondere in den rückständigen Gebieten ungemein. Geben wir das zu, und das kann wohl kaum bestritten werden, dann haben wir die Pflicht, den Alkoholismus ebenso wie jedes andre Hemmnis, das der Verwirklichung des Sozialismus entgegensteht, zu bekämpfen. Diese Notwendigkeit sehen Versammlungsredner und Agitatoren nicht so sehr ein, wohl aber die Genossen, die die Kleinarbeit der Organisation haben. Ich will nicht die Abstinenz empfehlen, das gehört nicht auf den Parteitag, auch will ich

nicht dafür plädieren, die Alkoholfrage auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen. Ich halte die Frage für vollkommen spruchreif; wir können ohne weiteres zum Ausdruck bringen, daß mehr als bisher auf die schädigende Wirkung des Alkohols hingewiesen werden soll. Es muß die Erkenntnis durchdringen, daß der Alkohol unsre Bewegung schädigt. Deshalb stimmen sie der Königsberger Resolution (101) zu. (Sehr richtig!)

Grenz-Leipzig: Daß alle, welche für die Generalstreik-Idee eintreten, „von der Gewerkschaftsbewegung praktisch wenig oder gar nichts verstehen", wie die „Chemnitzer Volksstimme" in ihrem Artikel zum Parteitag schreibt, stimmt nicht. Es gibt Genossen, die, wie ich, sich der Verantwortlichkeit in dieser Frage voll bewußt sind. War ich doch schon vor über zwanzig Jahren berufen, einen größeren Streik zu leiten und bin bis heute praktisch für die Gewerkschaftsbewegung tätig. Und doch können Verhältnisse eintreten, unter denen man für den Generalstreik eintritt. Ich glaube daher nicht, daß man den Generalstreik einfach für indiskutabel erklären kann. Daß mit der zunehmenden Stärke der Gewerkschaften die Frage des Generalstreiks hinfällig werde, halte ich nicht für richtig. In Sachsen hat man trotz der großen Organisation das Wahlrecht verschlechtert; angesichts solcher Vorgänge können wir die Diskussion des Generalstreiks nicht einfach ablehnen. Die Wucht der Tatsachen wird uns zur Diskussion zwingen. Und da sage ich: je eher, um so besser. Ich bin ein Gegner Friedebergs. Wenn Sie aber die Diskussion einfach ablehnen, so werden wir bald mehr Friedeberge bekommen. Nehmen Sie also den Antrag 110 an oder überweisen Sie ihn wenigstens dem Vorstande.

Dr. Liebknecht-Berlin geht zum positiven Teil seiner Ausführungen über den Generalstreik über. Es wird gesagt: Wenn wir den Generalstreik machen k ö n n e n, brauchen wir ihn nicht mehr. Das ist unrichtig. Wir können in den Generalstreik hinein g e d r ä n g t werden durch aktuelle politische Fragen. Gewiß, der Gedanke, die bürgerliche Gesellschaft durch den Generalstreik auszuhungern, ist lächerlich. Für mich handelt es sich um den politischen Massenstreik, der nur unter Umständen die Form des eigentlichen Generalstreiks annehmen kann. Mit solchen Rechenexempeln aber wie daß die Arbeiter ihre kümmerlichen Vorräte schneller aufzehren würden als die Besitzenden ihre reichlichen und daß der Massenstreik deshalb aussichtslos sei, kann man auch die Frage des eigentlichen Generalstreiks nicht lösen. Es gibt zu viel andre Faktoren, die zugunsten der Streikenden sprechen können. Ich weise auf die berühmten Hungerstreiks in Rußland hin, die auf dem Gedanken beruhen, durch Gefährdung des eignen Lebens einen Zwang auf die regierenden Gewalten auszuüben. Diese Streiks sind ein Beispiel dafür, wie durch Imponderabilien, durch Furcht vor Skandalen, durch Erweckung menschlicher Empfindungen doch ein Eindruck erzielt werden kann. Es heißt, wir dürften den Massenstreik nicht diskutieren, weil wir den Gegnern unsre Pläne nicht enthüllen dürfen. Das wollen wir gar nicht. Wann wir den Generalstreik inszenieren wollen und in welcher Form, darüber sprechen wir ja gar nicht. Es ist richtig, wir können nicht für alle Eventualitäten Vorsorge treffen; wir müssen darauf vertrauen, daß die Massen das lebendige Gefühl des Klassenkampfs haben und im gegebenen Fall das Richtige finden werden. Man erinnere sich der interessanten Ausführungen der Genossin Luxemburg über die Entwicklung der Taktik in der russischen Arbeiterbewegung. Aber wir müssen doch die Mittel, die wir schon heute als brauchbar erkennen, diskutieren. Ist nicht Sachsen ein Menetekel für die Partei? Man sagt, das Reichstagswahlrecht ist uns geblieben. Aber wenn uns auch das genommen wird? Dann sollen wir in die Kommunen gehen. Aber wenn uns auch da der Zugang genommen wird? Dann bleiben die Gewerkschaften. Aber wenn uns das Koalitionsrecht genommen wird? Was tun wir dann? Es ist nicht wahr, daß wir unter allen Umständen eine Kraftprobe vermeiden können. Es

kann der Fall eintreten, wo wir unsre Macht, von der wir jetzt einen mehr formalen Gebrauch machen, realisieren und manifestieren müssen. Das geschieht in der drastischten Form durch die Entfaltung eines Massenstreiks. Das ist der Gedanke, den die Partei in sich aufnehmen muß. Es besteht in der Tat eine gewisse Gefahr für die Partei, die Gefahr des Verrostens in bezug auf die Kampfesmittel. Wir sind verwöhnt in Deutschland, trotz des Sozialistengesetzes, weil uns auch da das Wahlrecht nicht genommen worden ist. Dazu kann es aber kommen, und wir müssen darauf gerüstet sein. Es heißt, denken Sie an Pfannkuchs Bericht, man solle den Teufel nicht an die Wand malen. Aber der Teufel ist doch leibhaftig da; es wäre Vogelstraußpolitik, wenn wir das leugnen wollten. Und Genossen, wie sollen wir die ganze Welt erobern, wenn wir nicht einmal imstande sind, unsre wenigen Grundrechte, die wir schon haben, zu verteidigen, unsre jetzigen Positionen zu halten?! Dazu ist es notwendig, den Massenstreik zu diskutieren. Wir wollen Ihnen gar nicht empfehlen, ihn ohne weiteres als neues Kampfmittel zu akzeptieren. Wir wünschen vorläufig nur eine Diskussion und damit eine gewisse Sympathiekundgebung für den Grundgedanken. Toujours en vedette, stets auf den Posten sein, komme was kommen mag, ist erste Pflicht und Lebensinteresse der Partei. Jener ganz gefährlichen Feindseligkeit gegen den Grundgedanken des Massenstreiks gilt es entgegenzutreten. Die Frage des Massenstreiks ist die aktuellste Frage unsrer gegenwärtigen und künftigen Politik. Gehen Sie nicht mit Lächeln darüber hinweg. Erfassen Sie den Wert dieser Frage und unsre Partei wird gerüstet sein!

Es ist ein Antrag Dr. Gradnauer eingelaufen: Die Anträge 108, 109, 110 dem Parteivorstand zur Erwägung zu überweisen. — Dieser Antrag wird genügend unterstützt.

Frau Zetkin-Stuttgart: Genossen und Genossinnen, ich halte es für das beste, wenn man zur Festsetzung der Tagesordnung des nächsten Parteitages dem Parteivorstande freie Hand läßt (Sehr richtig!) und nicht jetzt schon Beschlüsse faßt, welche ihn verpflichten, diese oder jene Frage unter allen Umständen auf die Tagesordnung setzen zu müssen. Andrerseits muß ich erklären, daß ich allerdings der Ansicht bin, daß eine ausführliche und gründliche Erörterung der Idee des politischen Massenstreiks zu einer unabweisbaren Notwendigkeit für die Partei geworden ist. Sie wird nicht bewirken die Begriffe zu verwirren, nein umgekehrt, sie wird die Verwirrung, die vorhanden ist, klären und beseitigen. Wir müssen unbedingt zu einer Klärung kommen der Konfusion, die in den Köpfen vieler Parteigenossen existiert bezüglich des Unterschiedes zwischen politischem Massenstreik und dem anarchistischen oder anarchistelnden Generalstreik als dem einen, ja einzigen und vorzüglichsten Mittel zur Herbeiführung der sozialen Revolution. Wir müssen Klarheit darüber schaffen, daß der politische Massenstreik von dem Generalstreik nicht nur grundverschieden ist, sondern daß der politische Massenstreik auch nicht in Betracht kommen kann, wie es Friedeberg vorschlägt, als ein Mittel, um den Parlamentarismus zu ersetzen oder überflüssig zu machen, gewissermaßen als ein Surrogat für den Parlamentarismus. Nein, der politische Massenstreik kann nur unter bestimmten geschichtlichen Umständen in Betracht kommen gerade als ein Mittel, die parlamentarische Aktion des Proletariats zu erhalten und sie vielleicht erst möglich zu machen, besonders auch, um ihr durch den Massentritt der Arbeiterbataillone immer mehr Nachdruck zu geben, durch jenen Druck der Massen von außen her, von dem der verstorbene Genosse Liebknecht so oft gesprochen hat. Ueber alle die verschiedenen Fragen, die hier in Betracht kommen, muß Klarheit geschaffen werden, und so sehr ich mich in meiner Auffassung und Bewertung des politischen Massenstreiks in schärfster Weise grundsätzlich von der Auffassung des Genossen Friedeberg unterscheide, genau so unter-

scheide ich mich, und geniere mich gar nicht, das zu erklären, von denjenigen, die mit dem Worte — „Generalstreik ist Generalunsinn" — die ganze Frage ein für allemal erledigt wähnen. Geschichtliche Umstände können uns zwingen, den politischen Massenstreik nicht a priori aus der Reihe der möglichen, vielleicht absolut notwendigen Kampfes- und Aktionsmittel auszuscheiden. Freilich eins müssen wir da betonen: Daß der politische Massenstreik nun und nimmer das Mittel sein kann, die kleine mühselige Tagesarbeit in Agitation und Organisation auf gewerkschaftlichem und auf politischem Gebiet zu ersetzen und überflüssig zu machen: Nein, im Gegenteil, die Bedingungen, unter denen ein Massenstreik ausgeführt werden kann, erfordern eine ungemein große Summe Organisation, Zielbewußtsein und vor allen Dingen von fester Selbstdisziplin, die sich nicht einschüchtern, aber auch nicht unklug provozieren läßt. Daraus geht hervor, daß die bloße Idee des politischen Massenstreiks unauflösbar verbunden ist mit der intensivsten und nachdrücklichsten Arbeit für die Aufklärung der Massen und ganz besonders für ihre gewerkschaftliche und politische Organisation.

Noch einige Bemerkungen zu der hier angeregten Frage des Alkoholismus. Genosse Katzenstein hat mich als Mutter des Antrages reklamiert, die Alkoholfrage auf die Tagesordnung des Parteitages zu setzen. Ich bekenne, daß ich eine Rabenmutter bin, denn ich erinnere mich dieses Kindes ganz und gar nicht. (Große Heiterkeit.) Wenn jemand so lange im Parteileben steht und so lebhaften Anteil daran nimmt, wie ich, dann ist es wohl möglich, daß er einmal in einer Frage seine Meinung ändert. Heute bin ich jedenfalls nicht mehr der Ansicht, daß die Alkoholfrage auf die Tagesordnung des Parteitages zu setzen sei. Man soll die Aktion der Partei nicht in dieser ganz offiziellen Weise mit einem Gegenstande, wie der Alkoholfrage, verknüpfen. (Sehr richtig!) Dagegen unterschreibe ich, was Genosse Katzenstein gesagt hat über die Schädlichkeit des Alkoholismus insbesondere aber über den verderblichen Einfluß des Alkoholismus auf Kinder. Mich durchzuckt jedesmal ein Gefühl der Empörung, und ich empfinde es als ein Verbrechen, wenn ich sehe, wie Eltern mit Stolz ihren Kindern Alkohol einflößen. Ebenso stimme ich ganz mit der Auffassung Katzensteins überein, daß, soweit der Alkoholismus als Massenerscheinung in Betracht kommt, er die Folge der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ist, daß aber andrerseits das, was hier Wirkung ist, individuell zur Ursache einer Verschärfung und Steigerung des Elends werden kann. Töricht wäre es auch, wollten wir uns der Ansicht verschließen, daß für rückständige, auf der tiefsten Stufe des wirtschaftlichen, geistigen und sittlichen Elends stehende Bevölkerungsschichten der Schnapsteufel ein Hindernis für die Ausbreitung unsrer Ideen und für die Vertiefung unsres Kampfes auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete ist. Er täuscht ja den Arbeiter über das Elend hinweg, das der Kapitalismus über ihn bringt, er zermürbt und zerstört seine Kampfeskraft und seine Kampfesfähigkeit. Ich betone außerdem ausdrücklich, daß die bürgerliche Bewegung gegen den Alkoholmißbrauch bis jetzt einen Bankrott bedeutet, weil sie sich einseitig auf das Predigen legte und vom Moralpredigen nicht übergegangen ist zu positivem Wirken in praktischer fruchtbringender Sozialpolitik, weil sie darauf verzichtet, für die Massen des Volkes Einrichtungen zu schaffen, welche ihm eine höhere Lebenshaltung und einen höheren Lebensgenuß ermöglichen. (Lebhafte Zustimmung.) Will die bürgerliche Anti-Alkoholbewegung den Alkoholteufel wirksam bekämpfen, dann heraus ihrerseits mit der Agitation für den Achtstundentag! Möge sie für das Volk Einrichtungen schaffen, wie Volksbibliotheken, Lesehallen, gute Theater, Volkskonzerte, möge sie die Museen öffnen lassen auch des Sonntags, des Abends, wenn der Arbeiter allein die Möglichkeit hat, diese Kulturgüter zu genießen. Ich schließe mit der Aufforderung an Sie, den Antrag, den Genosse Braun-Königsberg begründet hat, anzunehmen, d. h. auszusprechen, daß wir es für eine Pflicht der Parteipresse und der Parteibewegung

überhaupt halten, mit allem Nachdruck auf die Gefahren des Alkoholismus hinzuweisen. Wir werden damit den Kampf gegen den Kapitalismus nicht schwächen, nein, ihn stärken und ihm neue Streiter zuführen. (Lebhafter Beifall.)

Katzenstein-Charlottenburg: Nach den Ausführungen der Genossin Zetkin, für die ich ihr dankbar bin, brauche ich über die Alkoholfrage nichts mehr zu sagen. Nur noch wenige Worte zur Frage des Generalstreiks. Liebknecht hat Friedeberg unrecht getan. Dieser hat nicht gesagt, das Koalitionsrecht könne den Arbeitern nicht genommen werden, sondern die Möglichkeit, zu streiken. Wenn der Genosse Friedeberg gesagt hat, daß wir in letzter Linie nicht nur den Kapitalismus, sondern die Zwangsform des Staates überhaupt bekämpfen, so kann er sich dabei auf Genossen wie Engels, Kautsky und Bebel berufen, die dasselbe gesagt haben. Im übrigen liegt es mir fern, die Auffassung Friedebergs, der den Parlamentarismus verwirft, mir zu eigen zu machen. Aber mit Recht haben Bernstein und Grenz darauf hingewiesen, daß wir uns klar werden müssen über die Frage: Was tun wir, wenn es so weit ist? Das Wort: „Man soll den Teufel nicht an die Wand malen", paßt nicht, denn der Teufel wartet nicht auf uns. Es ist gefährlich, Vogelstrauß-Politik zu treiben. Eigentümlich hat es mich berührt, daß der ganz rechts stehende Genosse Turati sagen konnte: „Soweit wie unsre sächsischen Genossen braucht man die Gesetzlichkeit nicht zu treiben." Was schließlich geschehen wird, hängt davon ab, was die Gegner von uns erwarten, und was wir uns selbst zutrauen. Da stimme ich den Worten Bernsteins zu: „Lieber ehrenvoll unterliegen, als ohne Ehre das einzige Volksrecht, das uns heute geblieben ist, preisgeben."

Kühs-Breslau ersucht, die vorliegenden Anträge dem Vorstand zur Berücksichtigung zu überweisen.

Damit schließt die Diskussion. Der Antrag (101) wird mit großer Mehrheit angenommen, ebenso der Antrag Gradnauer, die Anträge 108—110 dem Vorstand zur Erwägung zu überweisen.

Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt. Mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit beschließt der Parteitag auf Vorschlag des Vorsitzenden Dietz, das Referat Ledebours über die parlamentarische Tätigkeit erst in der Nachmittagssitzung entgegenzunehmen, und die Zeit bis zum Eintritt der Mittagspause mit der Unterstützungsfrage der zum „Parlamentarischen Bericht" vorliegenden Anträge auszufüllen.

Die Anträge zerfallen in verschiedene Gruppen. Die erste Gruppe, die Anträge 12 und 13, beziehen sich auf den „Fall Schippel". Diese Anträge werden genügend unterstützt. Dagegen finden die Anträge 14, 15 und 119, die sich auf die Frage der Landtagswahl beziehen, nicht genügende Unterstützung. — Von den eigentlichen Anträgen zur parlamentarischen Tätigkeit werden die Anträge 42, 43, 44 und 47 unterstützt, die Anträge 45, 46 und 48 nicht. Die sonst noch vorliegenden Anträge 99, 102, 103 und 104 werden nicht unterstützt.

Vorsitzender Dietz: Zahlreiche Delegierte wünschen, daß der Parteitag ein Begrüßungstelegramm an Auer und Singer senden möge (Beifall), für das folgender Wortlaut vorliegt:

„Der Parteitag bedauert tief, die Genossen Auer und Singer nicht in seiner Mitte zu sehen, und spricht den bewährten Führern die herzlichsten Wünsche auf baldige Wiederherstellung aus. Der Parteitag."

(Lebhafter Beifall.)

Der Parteitag beschließt einstimmig die Absendung der Telegramme.

Nunmehr tritt die Mittagspause ein.

Schluß $12^3/_4$ Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

Vorsitzender **Ebert** eröffnet kurz nach 3 Uhr die Verhandlungen.

Zur Beratung kommt Punkt 3 der Tagesordnung: Bericht über die parlamentarische Tätigkeit. Zu den Anträgen, die in der Vormittags-Sitzung genügend Unterstützung gefunden haben, tritt auch die Resolution Bebels über den Fall Schippel (Resolution 133).

Die Diskussion soll sich zunächst auf die Anträge 42, 43, 44 und 47 erstrecken, dann sollen die Anträge 12, 13 und die Resolution 133 behandelt werden.

Berichterstatter zu diesem Punkt der Tagesordnung ist Genosse

Ledebour: Genossinnen und Genossen! Da ich im gedruckten Berichte die Stellung der Fraktion zu den verschiedenen Fragen ausführlich dargelegt habe, glaube ich mir ein Eingehen darauf ersparen zu können. In der Zeit, die mir hier zur Verfügung steht, möchte ich nur auf die Einwendungen eingehen, die nach Schluß der Session gegen die parlamentarische Tätigkeit der Fraktion in Presse und in Versammlungen erhoben worden sind. Vorher muß ich aber noch eine Angelegenheit erörtern, die Angelegenheit des Genossen Schippel, die durch den Beschluß der Fraktion in Fluß gekommen ist. Wenn ich den Fall im schriftlichen Berichte nicht behandelt habe, so deshalb, weil dieser Bericht eine Schilderung unsrer Kämpfe im Parlament mit der Regierung und den bürgerlichen Parteien zu geben hat. Der Fall Schippel ist aber eine innere Angelegenheit der Partei, die allerdings im Zusammenhange mit der Reichstagstätigkeit steht. Der zweite Grund, weshalb ich Abstand nahm, war der, daß nach meiner Meinung, als ich meine Arbeit abschloß, Schippel in seinen Auseinandersetzungen noch nicht über die Einleitung hinausgekommen war.

Man konnte damals nicht wissen, wann er zum Abschluß kommen würde. (Sehr richtig!) Wollte man die Darstellung Schippels in der „Chemnitzer Volksstimme" und nachher in den „Sozialistischen Monatsheften" und in Zuschriften an den „Vorwärts" als richtig annehmen, dann müßte man glauben, daß Schippel als getreuer Eckard der Partei sie vor den „Freihandelshausierburschen" gewarnt hat, daß dann plötzlich aus unbegründeten Anlässen nachträglich ein paar „Stänker" oder „Krakeeler" — augenblicklich kann ich die Ehrentitel, die auf diese Genossen gefallen sind, nicht zusammenhäufen —, daß „berufsmäßige Denunzianten" den Konflikt herbeigeführt haben, um ihn eines Verstoßes gegen die Grundsätze der Partei zu zeihen, und daß daraufhin die Fraktion sich hat verleiten lassen, an ihn die Aufforderung zu richten, sich über seine Stellung zu der Zollfrage zu äußern. Tatsächlich hat sich die Sache nicht so entwickelt. Bekanntlich bestand der Hauptkampf unsrer Partei, den insbesondere auch die Reichstagsfraktion in den letzten Jahren durchzukämpfen hatte, in der Gegnerschaft gegen die Zollpolitik der Regierung. Man kann über die Wichtigkeit der Frage der Handelspolitik für die Sozialdemokratie verschiedener Meinung sein und sicher gibt es für uns wichtigere Fragen. Aber wie gesagt, in den letzten Jahren war die Frage der Handelspolitik für uns eine akute Frage, die uns leidenschaftlich erregte und mit der wir die Volksmassen in Erregung gebracht haben. **Wenn jemals im Laufe der Geschichte die Partei und ihre Fraktion ihre Pflicht im vollsten Maße getan haben, so war es bei der Zollaktion, und den Beweis dafür, daß unsre damalige Taktik die richtige war, hat ganz sonnenklar der Ausfall der letzten Reichstagswahlen geliefert.** Wenn eine solche große und wichtige Aktion die gesamte Partei beschäftigt, insbesondere die Genossen, die die Wortführer der Partei sind, dann ist es eine selbstverständliche Pflicht eines

jeden Parteigenossen, vor allem eines Reichstagsabgeordneten, alles aufzubieten, um nach besten Kräften zur Unterstützung der Partei einzuspringen. Da haben wir nun die bedauerliche Tatsache zu verzeichnen, daß Genosse Schippel während dieser Kämpfe sich so ziemlich passiv verhalten hat. Wenn ich mich irre, werde ich mich gern berichtigen lassen. Aber nach meiner Erinnerung hat Genosse Schippel während der ganzen Kämpfe im Reichstage kein einziges Mal das Wort ergriffen; ich weiß auch nicht, ob er damals an den Kommissionsberatungen teilgenommen hat. Er hat nie eingegriffen, obgleich er, was seine Fähigkeiten und Kenntnisse anbelangt, einer der Berufensten gewesen wäre, um unsren Standpunkt zu verteidigen, wenn er überhaupt mit den Anschauungen der Partei übereinstimmte. Das ist natürlich die Voraussetzung. Wir verlangen von keinem, daß er seine Ueberzeugung verleugne, daß er etwas redet, was er selbst nicht glaubt. Man kann ja nun anführen, daß Schippel, wenn er in dieser Frage andrer Ansicht war als die Partei, deshalb der Partei noch nicht den Rücken zu kehren und auch sein Mandat nicht niederzulegen brauchte: Er konnte sagen: Ich will der Partei in dieser Situation keine Schwierigkeiten bereiten, es bleibt mir also nichts übrig als zu schweigen. Dann hätten wir keinerlei Anlaß gehabt, uns mit dem Verhalten Schippels hier zu befassen. Aber Schippel hat nicht geschwiegen in dieser Zeit, er hat außerhalb des Reichstages schriftliche Auseinandersetzungen und Erörterungen über die Handelspolitik, die Zollpolitik insbesondere, zum besten gegeben, die direkt gegen diejenigen Anschauungen ankämpften, die wir vertreten. Er selber bestreitet das, glaube ich, nicht. Wenigstens entnehme ich aus seinen letzten Ausführungen, daß er zugibt, in seinem Buche „Die Grundzüge der Handelspolitik" und in den Versammlungen, die er im Laufe der letzten Jahre über Handelspolitik abgehalten hat, im wesentlichen die Argumente vorgebracht zu haben, die seitens der Interessenten in den bürgerlichen Parteien für die Schutzzölle und Agrarzölle geltend gemacht worden sind. Auch dafür hat er ja eine Erklärung. Er sagt, es ist wichtig, daß die Parteigenossen die Ansichten und Gründe des Gegners kennen lernen. Das ist richtig. Aber darin weiche ich durchaus von Schippel in meiner Auffassung ab: Ein Parteigenosse kann es für gerechtfertigt, ja für seine Pflicht halten, die Partei in weitestem Maße aufzuklären über die Fragen der Handelspolitik, wie sie in den Köpfen bürgerlicher Politiker und Interessentenkreise sich abspielen, aber für einen Sozialdemokraten, meine ich, knüpft sich daran die verfluchte Pflicht und Schuldigkeit, im Anschluß daran nachzuweisen mit all dem wissenschaftlichen Rüstzeug, das ihm zu Gebote steht, weshalb wir diese gegnerischen Anschauungen nicht akzeptieren können (Zuruf Bebels: Sehr richtig!), weshalb wir sie verwerfen müssen und in welchen Punkten sie töricht sind; das hat eben Genosse Schippel unterlassen. In den letzten Jahren haben sich im Reichstage — ich sehe von den Preßäußerungen ab — die gegnerischen Politiker wiederholt auf Schippel berufen. Ich erinnere nur daran, daß z. B. Herr v. Heyl zu den hervorragendsten Bewunderern Schippels gehört. Häufig wurde darauf hingewiesen: Seht einmal, so denkt euer bedeutender Kopf, der Sozialdemokrat Schippel, über diese Frage. Bemerken will ich, daß in der gegenwärtigen Zeit für einen Sozialdemokraten nicht viel dazu gehört, von den bürgerlichen Politikern für einen bedeutenden Kopf erklärt zu werden; er braucht nur in irgend einem wesentlichen Punkte gegen die Partei zu polemisieren, dann gilt er sofort als „bedeutender Kopf"; dafür kann er nicht, das liegt in der Praxis der bürgerlichen Politiker. Jedenfalls aber haben die bürgerlichen Politiker sich auf Schippels Bücher berufen. Sie haben herausgelesen, daß Schippel innerlich Agrarschutzzöllner ist und haben selbstverständlich, was man ihnen nicht verargen kann, diese günstige Gelegenheit benutzt, um zu zeigen, daß auch innerhalb der Sozialdemokratie agrarzöllnerische Ideen um sich greifen und hervorragende Vertreter gewonnen haben. Was hat da

Schippel im Reichstage getan? Wenn solche Sachen vorkamen, hat er, ohne eine Miene zu verziehen, dagesessen, als wenn die Sache ihn gar nichts anginge. Sein Verhalten erinnerte mich immer an das, was Goethe im zweiten Teil des Faust von den Sphinxen sagt:

„Sitzen vor den Pyramiden
Zu der Völker Hochgericht,
Ueberschwemmung, Krieg und Frieden —
Und verziehen kein Gesicht.

(Heiterkeit.) Andre Genossen traten im Reichstage auf, um die Berufung der Gegner auf Schippel abzuweisen.

Sie konnten immer nur erklären: Sie irren sich, Schippel ist kein Agrarschutzzöllner. Er hat den Aufruf der Fraktion mit unterschrieben, der in flammenden Worten der Entrüstung den Brotwucher gebrandmarkt hat. Schippel aber hat geschwiegen; ja, es ist wiederholt vorgekommen, daß Schippel in Versammlungen von Parteigenossen derartige Ansichten geäußert hat. Eine Versammlung, über die durch Zufall ein ausführlicher Bericht gebracht wurde, hat Anlaß dazu gegeben, daß die Sache akut wurde und in der Fraktion zur Erörterung kam. Schippel behauptet, das war eine abgeschlossene Versammlung organisierter Parteigenossen, von denen man voraussetzen darf, daß sie nicht irre geführt werden, selbst wenn der Redner sich darauf beschränkt, die Anschauungen agrarischer Interessenkreise zur Darstellung zu bringen. Das ist ein Irrtum. Es war allerdings eine Wahlvereinsversammlung, aber jeder von uns, der im Parteileben steht, weiß, daß zu Parteiversammlungen, die in der Parteizeitung des Ortes angekündigt sind (Zuruf: Das war sie nicht!), jeder Zutritt hat, daß es nahezu dasselbe wie eine öffentliche Versammlung ist. Ja, selbst dann, wenn es nur organisierte Parteigenossen waren! Bei aller Hochachtung vor denselben — ich glaube sie nicht zu kränken, wenn ich sage, daß überall unter den organisierten Parteigenossen nur ein kleiner Bruchteil vorhanden ist, der in der Handelspolitik so beschlagen ist, daß er imstande wäre, die ausführlich, mit Wärme und logischer Konsequenz vorgetragenen Anschauungen eines auf diesem Gebiete als Autorität geltenden Genossen zu widerlegen oder auch nur so zu ergänzen, daß das Bild herauskommt, das wir uns von diesen Dingen machen.

Mit dieser Frage haben sich unsre Genossen im allgemeinen nicht so eingehend beschäftigt. Schippel hätte alles aufbieten müssen, um zu verhindern, daß eine Verwirrung entsteht. Verwirrung ist tatsächlich entstanden; nicht nur bei den Genossen, sondern auch bei den Gegnern ist die Anschauung durchgebrochen, daß Schippel im Herzen Agrarschutzzöllner sei. Daß sogar Genossen in leitender Stellung dieser Anschauung sind und sich durch Schippel verwirren lassen, davon haben wir den besten Beweis in dem bewährten Genossen Enders in Chemnitz (Sehr richtig!), der sich unter der warnenden Stimme des getreuen Eckard Schippel zum Schutzzöllner, ja sogar zum Agrarschutzzöllner entwickelt hat und bis zuletzt des Glaubens war, daß sein verehrter Abgeordneter und Lehrer die gleiche Stellung einnimmt. Also selbst der Mann, der Schippel am nächsten stehen mußte als Redakteur des Partei-Organs in Schippels Wahlkreise, hielt ihn im Herzen für einen Agrarschutzzöllner! Enders unterscheidet allerdings zwischen einem Bereicherungszoll und Schutzzoll. Aber das ist ziemlich gleichgültig. Ein Zoll kann bald als Bereicherungszoll und bald als bloßer Schutzzoll wirken. Diese Scheidung ist ganz künstlich. Die Fraktion mußte zu der Ueberzeugung kommen, daß Schippel im Herzen eigentlich Agrarschutzzöllner ist, daß er aber aus irgend welchen Gründen, vielleicht weil er sich noch selbst nicht ganz klar ist, vielleicht aus seelischen Gründen, die ich nicht erforschen kann, weil mir Schippel ja im ganzen ein psychologisches Rätsel ist, nicht recht aus sich heraus will. Schippel sagt an einer Stelle seiner Darlegung: jahrelang sei es so gegangen, bis dann plötzlich bei einem ganz harmlosen Anlaß ein großer Aufruhr gemacht sei. Ja,

so ist es immer: Wenn sich langsam die Ueberzeugung von der Unhaltbarkeit einer Position Bahn bricht, dann gibt man nicht ohne weiteres der Anwandlung nach, loszuschlagen. Daß es so lange gedauert hat, ist doch nur ein Zeichen der Toleranz der Fraktion. Es sind ja wiederholt Preßfehden von großer Schärfe zwischendurch entstanden mit Kautsky, der dem armen Schippel bekanntlich als ewiger Alp auf der Seele liegt. Die Rede im dritten Berliner Wahlkreise war der letzte Tropfen, der den Becher zum Ueberlaufen brachte. (Sehr richtig!) Es war gewissermassen ein spontaner Ausbruch, daß die Fraktion sagte: Wir müssen endlich einmal Klarheit über die Stellung Schippels haben. Das war der allgemeine Wunsch, der elementar zum Ausdruck kam.

Die Diskussion in der Fraktionssitzung drehte sich natürlich um die Form, in welcher Weise Schippel Klarheit schaffen sollte. Nun hat Schippel in seiner Zuschrift an die „Chemnitzer Volksstimme" vom 15. Dezember eine Erklärung abgegeben, die durchaus einen unrichtigen Eindruck über die Absicht der Fraktion erwecken muß. Er sagt, er hätte auf Anregung eines andern Genossen sich schließlich bereit erklärt, durch eine der Fraktion vorzulegende Erklärung den Zwischenfall für die Oeffentlichkeit aus der Welt zu schaffen. Sein Vorschlag sei aber aus geschäftsordnungsmäßigen Rücksichten gefallen, weil die Diskussion bereits geschlossen war. Allerdings hat Schippel seinen Vorschlag erst nach Schluß der Diskussion gemacht, und er ist aus geschäftsordnungsmäßigen Gründen abgelehnt. Aber wer bloß diese Darstellung von Schippel liest, der muß glauben, daß, wenn sein Vorschlag rechtzeitig gemacht wäre, die Fraktion sich mit einer solchen Erklärung begnügt hätte. Das ist ein vollständiger Irrtum, der aktenmäßig widerlegt werden kann. Eine solche Erklärung hatten wir ja erst kurz vorher von Schippel bekommen. Er erklärte da, daß er noch genau auf demselben Boden stehe, wie bei Erlaß der Proklamation gegen den Zolltarif. Aber diese Erklärung genügte nicht, und deshalb wurde die bekannte Resolution beschlossen und in die Presse gebracht, damit die Genossen erfuhren, daß die Fraktion Klarheit verlangte. Die Resolution lief darauf hinaus, daß Schippel eine klare, unanfechtbare Auskunft über seine Stellung geben sollte. Nach dem, was vorgefallen war, konnte eine solche unanfechtbare Darstellung gar nicht in einer kurzen Erklärung gegeben werden. Ich bedauere es, daß unsre damalige Resolution nicht präziser gefaßt war. Der Kern der Frage war folgender: Wie vereinbart Schippel die Tatsache, daß er im Reichstage den Kampf der Fraktion gegen den Zolltarif unterstützt und den Aufruf der Fraktion unterschrieben hat, mit der andren Tatsache, daß er in den letzten Jahren ständig mit Argumenten operiert, die nur den Gegnern zu gute kommen? Wie will Schippel mit den schutzzöllnerischen Argumenten, die er vorgebracht hat, seine praktische Stellungnahme vereinbaren? Daß das nicht mit der Erklärung getan ist: Jawohl, ich bin Gegner der Schutzzölle, sondern daß die Gründe angegeben werden müssen, ist selbstverständlich. Nun, Schippel hat sich zunächst besonnen. Er hat mit einem gewissen Gleichmut, wie er ihn öfter an den Tag legt, zunächst erklärt, er wolle sich überlegen, ob er der Anregung der Fraktion Folge geben wolle. Er hat ihr aber dann doch Folge gegeben, aber die Art, wie er ihr Folge gegeben hat, war keine Antwort auf die Frage, die ihm gestellt war. Er hat uns längere historische Auseinandersetzungen gegeben über die Entwicklung der Agrarfrage in den mitteleuropäischen Staaten, insbesondere Deutschland. Er hat alle möglichen Genossen aus der Gegenwart und Vergangenheit zitiert (Zuruf Bebels: Falsch zitiert), die sich einmal zu den Schutzzöllen erklärt haben. Aber das wollten wir gar nicht wissen. Seine Stellung sollte er angeben, den unvereinbaren Widerspruch zwischen seinen Handlungen und seiner Schreiberei und Rederei sollte er lösen. Wir konnten das nicht, und eine Aufklärung mußte erfolgen im Interesse der Partei und der

Parteigenossen, denen im Lande bei allen möglichen Gelegenheiten dieser große Nationalökonom Schippel als ein Knüppel zwischen die Beine geworfen wird. (Sehr richtig!) Das, was wir wissen wollten, hat Schippel nicht gesagt, bis heute noch nicht. Alle möglichen interessanten Ausführungen, die richtig oder unrichtig sein mögen, sind in diesen Artikeln zu finden. Dann kommt plötzlich die Erklärung: es ist mir nicht im Traum eingefallen, Agrarschutzzöllner zu sein. Die Leute, die das Gegenteil aus seinen Artikeln herausgelesen haben, werden verhöhnt; und das sind die ganze Partei und seine besten Freunde. (Sehr richtig!) Wie man dies psychologische Rätsel lösen soll, weiß ich nicht. Ich bin doch nicht dazu berufen, mich in so sonderbar geschraubte Seelenzustände zu versetzen. (Sehr gut!) Wenn ich nach der Ansicht andrer Leute urteilen würde, würde ich glauben, der Mann ist allmählich innerlich Schutzzöllner geworden, aber es ist ihm höchst peinlich, sich den Zwiespalt einzugestehen, in den er dadurch geraten ist. Deshalb sucht er sich auszureden und überhäuft dann natürlich diejenigen, die seine Widersprüche festnageln, mit allerlei Schmeichelreden. Auf die sachliche Frage gehe ich nicht ein, sondern erkläre nur für meine Person: — die Fraktion hat darüber naturgemäß noch nicht beraten — nach meiner Empfindung hat Schippel die Frage, vor die er gestellt worden ist, noch nicht beantwortet. Diese Antwort ist er uns vollkommen schuldig geblieben in 47 Spalten. (Sehr gut!) Was er getan hat, ist, daß er die Fraktion verhöhnt hat. (Lebhafte Zustimmung.) In der letzten Nummer des „Neuen Montagsblattes" ist ein Artikel enthalten, in dem mit meisterhaftem Geschick die Frage auf den Kopf gestellt wird. Es wird da so getan, als ob der Beschluß der Fraktion einen Eingriff in die Meinungsfreiheit enthielte. Es wird gesagt: „Gibt es ein Gebiet, wo die Meinungsfreiheit nicht mehr gelten soll? Die Frage stellen, heißt sie schon beantworten." Gewiß, wenn die Frage so stände, würden wir ebenfalls sagen: Nein, ein solches Gebiet gibt es nicht. (Bebel: Sehr richtig!)

Aber Parteigenosse Bernstein selbst macht in dem Artikel schließlich eine Aeußerung, in der er vielleicht ohne Absicht sagt, worum es sich handelt. Er führt aus, daß die Partei freiesten Meinungsaustausch nötig habe und von jedem Genossen den größten Mut der eignen Meinung verlangen müsse, der gestärkt werden müsse, wo er bedroht sei. Ganz richtig, Genosse Bernstein! Gerade, weil wir als Fraktion von Schippel wie von jedem andren Genossen den Mut der eignen Meinung verlangen müssen, deshalb haben wir ihn aufgefordert, endlich einmal seine eigne Meinung klar und unzweideutig zu erklären. (Lebhafte Zustimmung.)

Das ist also gerade das Gegenteil von Beschränkung der Meinungsfreiheit. Das ist Geburtshilfe der Meinungsfreiheit (Lebhafte Zustimmung und Heiterkeit) gegenüber einem Genossen, bei dem die eigene Meinung nicht zum Durchbruch kommen will. Das ist ein Kaiserschnitt. (Lebhafte Zustimmung und Heiterkeit.)

Nun zu andren Fragen. Antrag 42 fordert die Fraktion auf, in Zukunft alle kolonialen Forderungen abzulehnen. Der Antrag hat seinen Ursprung in dem Mißfallen, das die Haltung der Fraktion in der Hererosache erweckt hat. Wir haben uns damals zunächst der Stimme enthalten. In den Zeitungsberichten über die Rede, die Bebel damals hielt, ist der Hauptgrund, der uns bewog, nämlich die Rücksicht auf die in ihrem Leben bedrohten Ansiedler, unglücklicherweise weggefallen. Das war unser wichtigster Grund, nicht etwa, daß wir den Maßnahmen gegen die Hereros an sich zugestimmt hätten. Der schriftliche Bericht enthält ja schon das Nötige. Ein Teil der Genossen hat sich so geäußert, als ob die Neger das Recht hatten, die Weißen zu massakrieren. Das können wir nicht billigen. Gegenüber den Ansiedlern müssen wir den Grundsatz vertreten: Gleiches Recht für alle. Es ist

auch nicht richtig, daß alle Ansiedler die Neger unterdrücken. Es sind ja doch auch Arbeiter, die auf den Farmen und in den Werkstätten tätig sind, es sind Frauen und Kinder darunter, von denen viele in Lebensgefahr waren. Wir Sozialdemokraten sind selbstverständlich Gegner einer ausbeuterischen Kolonialpolitik; aber nachdem das Deutsche Reich einmal diese Gebiete in Besitz genommen hat, hat es auch gewisse Pflichten übernommen, und zu diesen Pflichten gehört der Schutz des Lebens. Die Regierung hatte die Pflicht, das Leben der Ansiedler zu retten, deshalb haben wir, als die Regierung die Mittel dazu verlangte, nicht mit Nein gestimmt, sondern uns der Stimme enthalten. Dafür haben wir nicht gestimmt, weil im voraus zu sehen war, daß die Expedition sich nicht auf den Schutz des Lebens der Ansiedler beschränken würde.

Unser Verhalten ist nicht ohne Präzedenzfall. Im Jahre 1870, bei den Forderungen für den Krieg, haben sich unsre Vertreter ebenfalls der Stimme enthalten, desgleichen 1885 beim Dynamitgesetz. **Einen prinzipiellen Verstoß kann man also in der Stimmenthaltung nicht erblicken.** In der allgemeinen Abneigung gegen koloniale Unternehmungen innerhalb der kapitalistischen Aera sind wir uns alle einig. Aber trotzdem kann es Situationen geben, wo wir genötigt sind, positiv bessernd in die Kolonialpolitik einzugreifen. Man darf sich nicht auf den Standpunkt stellen: die Sache geht uns gar nichts an; denn sonst können wir nicht die Aufgabe erfüllen, schützend unsre Hand über die in den Kolonien Unterdrückten und Ausgebeuteten zu halten. Ein Vergleich mit den Chinawirren ist ganz haltlos, denn da handelte es sich um deutsche Soldaten, die gegen eine unabhängige Macht geschickt wurden. Der Antrag 42 ist ganz unannehmbar. Zu welchen Konsequenzen dessen Annahme führen würde, will ich Ihnen an zwei Beispielen zeigen: In der Budgetkommission handelte es sich einmal um die Finanzierung des ostasiatischen Expeditionskorps, eine Einrichtung, die wir aufs heftigste bekämpft haben; aber trotzdem wir schließlich alles ablehnten, haben wir doch den Antrag des Zentrums, an den Forderungen für Lazarette Abstriche zu machen, durch den Mund von Singer bekämpfen lassen, und mit Hilfe der Sozialdemokratie wurde der Antrag zu Falle gebracht; es war also ein Eintreten für koloniale Zwecke, die wir aus Humanitätsgründen bewilligten. Wir sagten uns, wenn unsre Soldaten dorthin geschickt werden, dann muß auch für genügende sanitäre Einrichtungen in ihrem Interesse gesorgt werden. Wäre damals Antrag 42 schon angenommen gewesen, so hätten wir nicht so handeln dürfen. Ferner werden Sie aus den Reichstags-Verhandlungen wissen, daß wir den Schutz der Neger in Togo gegen die Landspekulanten in die Hand genommen und die Rückerstattung der ihnen abgeschwindelten Ländereien an sie gefordert hatten. Ich habe damals im Namen der Fraktion erklärt, daß wir bereit seien, Gelder zu bewilligen, um aus Reichsmitteln das Land kostenfrei wieder zur Verfügung zu stellen. Eine solche Haltung wäre unmöglich, wenn der Antrag Essen angenommen würde. Er würde die Fraktion binden in einer wichtigen Frage und sie verhindern, ihre Pflicht den zehn Millionen Negern und den weißen Ansiedlern gegenüber zu erfüllen. Damit fördern wir aber nicht das Kolonialwesen, das ist in keiner Hinsicht die Anerkennung der kapitalistischen Kolonialpolitik.

Nun zu einigen andern Punkten. Ich bedauere, daß der Antrag 48 hier nicht unterstützt worden ist, weil ich ihn nun nicht mehr bekämpfen kann. Manche Anträge sollte man unterstützen, nur damit sie zur Debatte kommen. Wenn vollends ein Provinzial-Parteitag einen Antrag stellt, muß man auch dafür sorgen, daß er zur Verhandlung kommt. Glücklicherweise kann diese Frage trotzdem hier besprochen werden, da Körsten eine Rede gehalten hat, auf die ich eingehen muß. Körsten hat die Haltung der Fraktion dem Gesetzentwurf über die Kaufmannsgerichte gegenüber kritisiert. Die Fraktion hatte mit großer

Mehrheit beschlossen, den Gesetzentwurf abzulehnen. Leider hatte Körsten die Gründe für unsre Haltung in Stettin nicht mit angeführt. Wir stimmten gegen das Gesetz, einmal, weil den Frauen das Stimmrecht verweigert wurde. Das bedeutet für die weiblichen Angestellten im Kaufmannsstande einen schweren Schlag. Selbst einige Liberale hatten deshalb gegen den Entwurf gestimmt. Wir hatten keine Veranlassung, den Umfall der bürgerlichen Parteien mitzumachen. Der zweite Grund, gegen das Gesetz zu stimmen, bestand in der Verkürzung des Wahlrechts für männliche Angestellte des Kaufmannsberufes, eine Maßnahme, die das Gesetz für einzelne Orte überhaupt unausführbar gemacht hätte. Hätten wir dafür gestimmt, so wäre das eine Blamage für die Partei gewesen. (Sehr wahr!) Wir sind der Ueberzeugung, daß wir uns hier genau so auf dem richtigen Weg befanden, wie bei unsrer ablehnenden Stellung gegenüber dem Gesetze über die Entschädigung unschuldig Verhafteter. Wir können uns nicht so schematisch an die Vorschrift binden, jedes Gesetz anzunehmen, das einen kleinen sozialpolitischen Fortschritt enthält. Es kann einen größeren Nachteil enthalten oder durch Gewährung eines kleinen Vorteils die Erringung eines größeren in nächster Zeit verhindern. Wir müssen immer nach der Situation entscheiden, sonst wird die Fraktion eine Jasagemaschine für alle sozialpolitischen Reformisteleien. (Sehr richtig!)

Nun noch einige Worte über den allgemeinen Angriff gegen die Tätigkeit der Fraktion. So meint Timm in der „Neuen Zeit", wir hätten uns in der Defensive befunden. Welche agressiven Aktionspläne wir in der Fraktion erörtert haben, brauche ich nicht zu erzählen, aber Timm irrt sich in der Hauptsache. Er hält offenbar jede Kritik für defensiv, aber unsre Kritik ist keine defensive, sondern eine aggressive Aktion. Es liegt im Wesen einer Opposition, daß sie aggressiv ist; aber eine Opposition, die in der Minderheit ist, kann sich im Reichstage nicht den Kampfplatz wählen. Die Regierung und die Mehrheitsparteien bestimmen ihn. Unsre Aufgabe ist, bei allen Gelegenheiten zu zeigen, wie schlecht in Deutschland regiert wird, welche Mißbräuche bestehen. Wir folgen dem alten politischen Grundsatz, der schon in der englischen Revolution aufgestellt worden ist, Beschwerden abzustellen. Timm führt auch ein Beispiel an, er meint, wir hätten anläßlich der lex Stengel eine Steuerreform beantragen müssen. Timm macht sich eine ganz falsche Vorstellung, wenn er glaubt, daß man durch eine bloße Steuerreform eine Volksbewegung entfesseln könne. Wir würden doch, bevor wir solche Reformen beantragen, erst dafür sorgen müssen, daß die Ausgaben für Militarismus, Marinismus und andre unproduktive Zwecke verschwinden, und erst dann würden wir zu untersuchen haben, wie die noch übrigbleibenden Ausgaben gedeckt werden können. Weiter wirft uns Timm vor, daß wir kein Heimarbeiterschutzgesetz eingebracht haben. Den Wunsch, ein solches Gesetz einzubringen, haben wir alle; wir haben es auch versucht, aber der Entwurf befriedigte uns nicht. Dazu kommt der rein äußerliche Grund, daß wir überhaupt in der ganzen Session keinen Gesetzentwurf zur Erörterung bringen konnten. Das ist uns vereitelt worden. Soweit es möglich ist, bringen wir Gesetzentwürfe ein; wir haben etwa 15 eingebracht und werden auch ein Heimarbeiterschutz-Gesetz beantragen. Daß unser Einfluß zurückgegangen ist, stimmt nicht. Diese Aeußerung von Timm zeugt von einer Verkennung der Situation. Der Einfluß der Partei beruht doch nicht auf dem Wohlwollen irgend welcher bürgerlicher Abgeordnete oder Minister; darauf verzichten wir. Unser Einfluß beruht auch nicht auf den 78 Abgeordneten, sondern darauf, daß wir in ständiger Fühlung mit der großen Masse der Parteigenossen leben. Wir würden nichts freudiger begrüßen, als wenn diese Fühlung noch enger und dadurch der Einfluß der proletarischen Emanzipationsbewegung verstärkt würde, so daß sie den Gegnern schließlich über den Kopf wächst.

Darauf arbeiten wir hin, das suchen wir mit unsren bescheidenen Kräften im Reichstage zu erreichen. Mögen wir hier und da fehlen — ja, ich glaube, es ist keiner unter uns, der sich nicht bei jeder Aktion sagt: eigentlich hätten wir es besser machen können. In dieser Selbstkritik liegt die Bürgschaft dafür, daß nun und nimmer die Zeit eintreten wird, die Timm schon jetzt gekommen glaubt, wo der Einfluß der Fraktion oder der Partei schwindet. Wir wollen dafür sorgen, daß unser Einfluß stärker und stärker wird. Wenn aber die Fraktion sich loslöst von der Partei, wenn sie sich absondert von der Masse des klassenbewußten Proletariats, dann wird es ihr gehen wie dem Riesen Antäus, der macht- und kraftlos wird, wenn er von dem Mutterboden losgerissen ist, ich hoffe jedoch, daß auf unsre Partei das Heinesche Wort zutrifft, das er in Anspielung auf die Sage von dem Riesen Antäus singt:

„Der Riese hat wieder die Mutter berührt,
Und es wachsen ihm wieder die Kräfte."

(Lebhafter Beifall.)

Die Resolution Bebel (133) wird genügend unterstützt, steht also mit zur Debatte.

Die Diskussion wird eröffnet.

Dr. Michels-Marburg: So formgewandt und durchdacht das Referat Ledebours war, in einer Beziehung hat er mich und andre nicht überzeugen können, ich meine die Haltung der Fraktion in der Hererofrage. Gewiß war das eine schwierige Lage. Wir hatten keine sicheren Nachrichten, denn in den Kolonien haben wir noch keine Vertrauensleute. (Heiterkeit.) Die Hereros, das stand fest, waren zur Revolution geradezu aufgepeitscht worden und kämpften für ihr Land, von dem sie die Kapitalisten depossediert hatten. Das mußte ihnen schon gewisse Sympathien bei uns sichern. Ja, sie hätten sogar die Sympathie der Verteidiger des Privateigentums haben müssen! Wir teilen den Standpunkt nicht, daß es sich darum gehandelt habe, Menschenleben zu retten. Wie will man Menschenleben retten, indem man Menschenleben preisgibt und Tausende von Soldaten eventuell in den Tod schickt? Mit dem Antrage 42 bin ich allerdings nicht einverstanden. Eine Stimmenthaltung kann ja Verschiedenartiges bedeuten: Zustimmung oder Ablehnung. Der Hinweis auf das Verhalten unsrer Fraktion im Jahre 1870 hinsichtlich der Kriegsforderungen paßt meines Erachtens nicht. Es handelt sich bei den Kolonialforderungen um eine Politik, die wir bisher stets bekämpft haben. Wenn wir uns da plötzlich der Stimme enthalten, macht das den Eindruck des Schwankens. Bebel hat in einer großen Reichstagsrede erklärt: die Sozialdemokraten würden das Vaterland mit verteidigen, wenn es angegriffen würde; wir würden keinen Fetzen Landes preisgeben. Ein organisierter Genosse schrieb mir damals, Bebel sei wohl nationalsozial geworden. (Heiterkeit.) Ich erwiderte ihm: „Das glaube ich nicht. Bebel sei eine wunderbare Stradivarigeige, nur manchmal setze der Bogen falsch an, und dann komme ein Ton heraus, der um einen Ton zu hoch sei." (Heiterkeit.) Ich bin allerdings der Meinung, daß der Satz, wir würden jeden Fetzen des Reiches verteidigen, dem Parteiprogramm widerspricht. (Bebel: Na, na!) Ich meine den Satz unsres Programms über das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Ja, hätten wir den abgeschlossenen Nationalstaat, so hätte Bebel Recht. Aber wir leben in einem Staatswesen, welches sich dänische, französische und polnische Gebietsteile angeeignet hat. Denken Sie sich nun den Fall, die Hakatisten trieben die polnische Bevölkerung zum Aufstande; müßte dann nicht unsre Sympathie auf seiten der Polen stehen? Sollten wir da bis zu unsrem letzten Blutstropfen kämpfen, um die Polen zaristisch niederzuwerfen?

Vors. **Ebert** stellt zu dem Antrage Jakobsen (149) die Unterstützungsfrage:

Der Antrag wird nicht unterstützt.

Hoch-Hanau bedauert, daß die Fraktion die Beratung der von ihr gestellten sozialpolitischen Resolutionen im Reichstage nicht erreicht hat, und erwartet, daß sie in Zukunft auf eine Beratung dringen wird.

Weiter bedauert er, daß die Fraktion das an sie herangetretene Ersuchen abgelehnt hat, die Vorfälle beim Leipziger Aerztestreik zum Gegenstand einer Interpellation zu machen. Zur Aerztefrage selbst braucht dabei ja gar nicht Stellung genommen zu werden, es handelt sich nur darum, gegen die unerhörten Eingriffe in das Selbstverwaltungsrecht der Kassen zu protestieren.

Rollwagen-Augsburg begründet den Antrag 44.

Der Schutz der Gewissensfreiheit ist neben den politischen und gewerkschaftlichen Kämpfen eine der wichtigsten Aufgaben der Sozialdemokratie. Die Gewissensfreiheit ist in verschiedenen Stadien des Lebens bedroht, so auch beim Ableben eines Menschen. Der Staat überläßt das Begräbnis seiner Bürger der Kirche und den Hinterbliebenen. Wir wollen nicht einen Kampf mit der Kirche mit unsren Anträgen provozieren, sondern nur, daß der Staat wie bei der Ehe auch beim Begräbnis die Gewissensfreiheit seiner Angehörigen schützt. Es gibt Momente, wo die Kirche, namentlich die katholische, überhaupt versagt, ein Begräbnis zu geben. Hier muß der Staat unter allen Umständen eingreifen. Es muß auch die Brutalität beseitigt werden, daß z. B. Selbstmördern kein ehrliches Begräbnis gewährt wird. Wir sind überzeugt, daß wir mit der Propagierung des Zivilbegräbnisses in weiten Kreisen der Arbeiterschaft und auch der Bürgerschaft Anklang finden würden.

Lipinski-Leipzig: Dem Genossen Hoch erwidere ich, daß die Fraktion in der Krankenkassen-Angelegenheit nicht untätig gewesen ist. Sie hat eine Kommission gewählt, der auch Fräßdorf angehörte. Diese hat während der Pfingstferien getagt und dann vorgeschlagen, zurzeit keine Schritte zu ergreifen. Die Fraktion hat sich dem Vorschlage angeschlossen und Genosse Fräßdorf, der Beteiligter war, sowie die Mehrzahl der Leipziger Abgeordneten, haben sich hiermit einverstanden erklärt. Ich komme auf die Rede Körstens und das Tadelsvotum der pommerschen Genossen zurück. Wie lag die Sache? Im Jahre 1903 wurde ein Regierungsentwurf veröffentlicht, der die obligatorische Errichtung von Kaufmannsgerichten im Anschluß an das Gewerbegerichtsgesetz für Gemeinden von über 20 000 Einwohnern vorsah. Im Januar 1904 kam dann der andre Regierungsentwurf, der die obligatorische Errichtung für Gemeinden von mehr als 50 000 Einwohnern vorsah und eine Reihe reaktionärer Bestimmungen enthielt. Nun ist durch die Gewerbezählung von 1895 festgestellt worden, daß bei dem in der Vorlage vorgesehenen Alter zum aktiven Wahlrecht von 25 Jahren 53 Prozent der Handlungsgehilfen und beim passiven Wahlrecht von 30 Jahren 70 Prozent der Handlungsgehilfen vom Wahlrecht zu den Kaufmannsgerichten ausgeschlossen wurden. Die Handlungsgehilfen im höheren Alter werden selbständig und sei es als Agent oder scheiden aus dem Berufe aus. Hierzu kam, daß die Kaufmannsgerichte nicht zuständig sein sollen, wenn der Jahresarbeitsverdienst 5000 M. übersteigt und das passive Wahlrecht an die Bedingung der zweijährigen Beschäftigung am Orte geknüpft wird. Dadurch wurde die Zahl der Handlungsgehilfen, die vom aktiven und passiven Wahlrecht ausgeschlossen wurden, noch bedeutend erhöht. 1895 wurden ferner 120 000 Handlungsgehilfinnen gezählt, deren Zahl nach der Stichprobe der Enquête von 1901 auf 200 000 geschätzt werden kann, bei ca. 600 000 Handelsangestellten überhaupt. All diese Tatsachen bestimmten die Kommission, die obligatorische Einrichtung für Gemeinden von mehr als 20 000 Einwohnern vorzusehen, das aktive

Wahlrecht an das 21. Lebensjahr und das passive Wahlrecht an das 25. Lebensjahr zu binden, sowie den Frauen das aktive Wahlrecht zu geben. Den Frauen auch das passive Wahlrecht zu geben, scheiterte an einer zufälligen Minderbesetzung der Kommission. Im Plenum brachten aber die Mehrheitsparteien einen Kompromißantrag, der den Frauen das aktive Wahlrecht wieder nahm und das Alter für das aktive Wahlrecht auf das 25. und für das passive Wahlrecht auf das 30. Lebensjahr heraufsetzte. Dadurch waren wir vor die Frage gestellt, ob das Gesetz noch den gewollten Zweck erreichen könne. Wir kamen zu der Ueberzeugung, daß die Vorlage wieder durch den Kompromißantrag auf die Regierungsvorlage zurückgeführt werde und das Gesetz nur für größere Gemeinden ausführbar sei und grundsätzlich die Frauen ausgeschlossen wurden. Alles dies bestimmte uns, gegen das verkrüppelte Gesetz zu stimmen. Ein Ausweg war nur dann möglich, wenn man die Vorlage als Novelle zum Gewerbegerichtsgesetz ansah, die dann tatsächlich einige Vorteile gegenüber dem Gewerbegerichtsgesetze brachte. Diesen Weg konnte man nicht gehen, wollte man sich nicht juristisch Zwang antun. Der ausgesprochene Tadel wird auch von den gewerkschaftlich organisierten Handlungsgehilfen der Großstädte nicht geteilt und ist es auffällig, daß gerade der Tadel aus Pommern kam. Die Fraktion konnte nicht anders stimmen, wollte sie sich den Weg für später nicht verlegen, eine Verbesserung des Gesetzes zu erreichen.

Düwell-Dortmund: In erster Linie mißbilligen die Dortmunder Genossen die Haltung der Fraktion in der Herero-Frage. Die Fraktion habe sich die Konsequenzen ihrer Haltung nicht klar gemacht. Mit demselben Argumente könnte man sagen, die Franzosen haben ein neues Geschütz eingeführt, infolgedessen müssen die Sozialdemokraten auch diesem System neue Kanonen bewilligen zum Schutze der Deutschen. Mit demselben Argument kann man schließlich auch sagen, die und die Industrie ist in Gefahr, wir müssen sie schützen. So kommen wir zu den berühmten Erziehungszöllen. In Wirklichkeit sind die Zölle auf Rohprodukte, speziell der Roheisenzoll, keine Erziehungszölle, sondern Bereicherungszölle für die Großindustrie zum Schaden der Verarbeitungsindustrien. Diese Art Zollpolitik hat unsre gesamte Volkswirtschaft schwer geschädigt. Wenn Handelsverträge auf Grund des neuen Tarifs vorgelegt werden sollten, würde es sich eventuell wieder empfehlen, Obstruktion dagegen zu treiben. Wir würden es für richtig halten, die theoretischen Diskussionen über die Handelspolitik zurzeit einzustellen und die Agitation der Partei auf praktisches Handeln zu konzentrieren, nämlich auf eine kräftige Abwehr gegen Handelsverträge auf Grundlage des neuen Zolltarifs.

Körsten-Berlin: Ich muß einiges auf die Ausführungen Ledebours zu dem Antrag aus Pommern erwidern. Es ist nicht Effekthascherei oder Lust zum Nörgeln, die mich zu meiner Rede bestimmt hat, sondern ich empfand längst das Bedürfnis, zu dieser Frage einmal offen meine Meinung zu sagen. Ich bin überzeugt, daß in bezug auf die Abstimmung bei den Kaufmannsgerichten so manche Genossen mit mir übereinstimmen, wenn man auch nicht den Mut hat, das hier zum Ausdruck zu bringen. (Unruhe.) Durch diese Abstimmung wird uns die Agitation in den einzelnen Landesteilen furchtbar erschwert (Sehr richtig!), besonders auch in Pommern. Es besteht allerdings ein Unterschied zwischen Berlin VI, Leipzig und Hinterpommern, und weil unsre Wähler andre sind als die Wähler in den Industriebezirken, verfechten wir unsern Antrag.

Sie sollten einmal unsre Wähler kennen lernen, wenn sie antreten mit sämtlichen Orden und Ehrenzeichen, um alsdann sozialdemokratisch zu wählen. Ich habe es selbst erlebt, daß ein Polizist in das Hoch auf die Sozialdemokratie einstimmte. (Heiterkeit.) In Pommern hat man in den letzten Wahlen mit kaum etwas andrem agitiert als damit, daß die Sozialdemokratie unschuldig sei an der sozialen Gesetzgebung. Allerdings glauben ja unsre Leute den Gegnern

nicht. (Adolf Hoffmann: Na also!) Aber auf der andern Seite stehen die Dinge so, daß die Gegner stets darauf bedacht sind, uns den Boden abzugraben. (Zuruf: Selbstverständlich!) Es ist uns vorgeworfen worden, wir hätten nicht den Mut unsren Wählern die Ablehnungsgründe vorzutragen. Wir haben aber vielfach gar keine Gelegenheit, die Wähler aufzuklären, weil wir keine Lokale haben. Sollen wir auf die andern Wähler verzichten? Wir müssen sie doch erst allmählich zur Sozialdemokratie erziehen. Wenn wir mit dem Achtstundentag in Pommern agitieren wollten, dann wäre es aus mit den Erfolgen; wir müssen zu dieser mittleren Politik greifen, das hat uns die Stimmen gebracht. Man hat mir gesagt: Du darfst das nicht zur Sprache bringen. Ich halte diesen Standpunkt für prinzipiell falsch. Mir wäre es lieber, wenn die Partei für die soziale Gesetzgebung überhaupt stimmen würde. Die Fraktion kann ihren Standpunkt trotzdem mit aller Verve zum Ausdruck bringen. Wir haben ja für verschiedene Gesetze gestimmt, die auch nicht unsre Wünsche erfüllten; ich erinnere an das Unfall- und Invaliden-Versicherungsgesetz, vor allem an das Gewerbegerichts-Gesetz, das nicht einmal das erreicht, was bei den Kaufmannsgerichten durchgesetzt ist, wie die obligatorische Proportionalwahl, die Konkurrenzklausel usw. Nun wird behauptet, wir hätten gegen das Gesetz stimmen müssen, weil den Frauen nicht das Stimmrecht gewährt würde. Die Fraktion selbst aber hatte beschlossen, wenn auch das Frauenstimmrecht fiele, doch für das Gesetz zu stimmen, wenn nur die Wahlrechtsgrenze nach unsren Wünschen festgesetzt wurde. Wir sind ja in der angenehmen Lage, daß das Gesetz angenommen ist, aber wie hätten wir dagestanden, wenn das Gesetz gefallen wäre? Wir hatten doch die Zustimmung der organisierten Handlungsgehilfen für dieses Separatgesetz für die Kaufleute auch ohne für das Frauenstimmrecht zu stimmen. Lipinski hat heute durchaus nicht im Interesse und Sinn der Handlungsgehilfen gesprochen. Ich befürchte, daß diese in der Agitation zur Wahl einen schweren Standpunkt haben werden.

Bebel: Genosse Düwell hat die Frage der Handelsverträge berührt. Keiner von uns ist in der Lage, erklären zu können, wie die Fraktion ihre Taktik bei der Handelsvertragsfrage einrichten wird. (Sehr richtig!) Eine eigentliche Obstruktionspolitik aber ist deshalb unmöglich, weil bei den Handelsverträgen keine Detailberatung stattfindet. Die Verträge können nur im ganzen angenommen oder abgelehnt werden. (Sehr wahr!)

Nun zu den Ausführungen von Körsten. Ich bedauere, daß mir nicht längere Zeit zur Verfügung steht, denn Körsten hat hier **gewissermaßen die Prinzipienfrage über unsre Taktik aufgerollt.** Nach seiner Auffassung hätte die Partei und die Fraktion in ihrer ganzen parlamentarischen und agitatorischen Tätigkeit **immer nur auf die rückständigsten Wahlkreise Rücksicht zu nehmen.** (Sehr gut!) Was man da für angemessen hält, das hätte die Grundlage für unsre Taktik zu sein. Wir haben bisher die gegenteilige Auffassung vertreten. Wir haben die Ansicht vertreten, daß wir die rückständigen Wähler zu erziehen haben (Sehr richtig!) und daß wir das einzig und allein von dem höheren Standpunkt des Prinzips aus können, und wir sind dabei gut gefahren, wie unsre Erfolge beweisen. Alle die Anklagen, die Körsten vorgebracht hat, haben im letzten Wahlkampf eine entscheidende Rolle gespielt, und das Resultat war eine Steigerung unsrer Stimmen um fast 50 Prozent und eine entsprechende Steigerung unsrer Mandate. Wie man angesichts solcher Resultate eine rückständige, ich möchte fast sagen reaktionäre Taktik vertreten kann, ist mir unbegreiflich. Sollte das richtig sein, was Körsten hier gesagt hat, dann wundert mich nur, daß er gewählt ist. (Sehr gut!) Wir wollen Körsten die Freiheit, sich vor seinen Wählern zu verantworten, nicht nehmen. Er konnte sich auch wegen seiner Haltung in der Fraktion ein Vertrauensvotum von ihnen ausstellen lassen. **Was wir aber tadeln, ist, daß er es nicht verhindert hat, daß ein solcher**

Antrag angenommen wurde, der indirekt ein Tadelsvotum gegen die Mehrheit seiner Kollegen in sich schließt. (Zustimmung.) Wir sind alle — das wissen Sie ganz genau, Kollege Körsten, auch bei Ihrer kurzen parlamentarischen Tätigkeit — bald der eine, bald der andre in der Minderheit geblieben, und ich in meiner langjährigen parlamentarischen Praxis sehr oft. Wenn wir aber dann hingehen, unsern Wählern die Sache einseitig schildern und mit solchen Anträgen auf den Parteitag kommen, dann würde das ein schöner Zustand in der Partei werden. Dagegen muß ich mich auf das allerentschiedenste verwahren.

Einige Worte über die Kritik von Timm. Ich freue mich immer über jede Kritik, die geübt wird, und ich freue mich besonders, daß diesmal auch dem Vorstande etwas am Zeuge geflickt wird. Wenn ich nicht Vorstandsmitglied wäre, hätte ich schon längst dem Vorstande eins ausgewischt. (Große Heiterkeit.) Also kritisiert, so viel Ihr wollt, aber die Kritik muß gerecht sein, und die Kritik von Timm war zum großen Teil nicht gerecht. Das beruht zum großen Teil darauf, daß Timm den parlamentarischen Mechanismus nicht genau kennt, was mich allerdings bei einem so alten Genossen sehr wundert. Wir haben in den ersten zehn Tagen dieser Session nicht weniger als 14 Initiativanträge eingebracht, darunter den großen Arbeiterschutz-Gesetzentwurf, den Antrag betr. den Achtstundentag, den Antrag betr. den Frauen-Arbeitstag, den Antrag, die Gewerbe-Inspektion zur Reichssache zu machen usw., lauter sozialpolitische Anträge von großer Bedeutung. Wir haben dann später den Bauarbeiterschutz-Entwurf, den die Maurer ausgearbeitet hatten, in der Fraktion beraten und eingebracht. Der Heimarbeiterschutzgesetz-Entwurf wurde zu spät fertig, wir überwiesen ihn einer Kommission, aber der Beschluß der Kommission fand nicht die Zustimmung der Mehrheit der Fraktion, und es sollte abermals der Heimarbeiterschutz einer Beratung unterzogen werden. Aber mittlerweile wurde die Session vertagt. Das war jedoch vollständig gleichgültig, weil überhaupt keine Aussicht war, den Entwurf, selbst wenn wir ihn als ersten eingebracht hätten, zu verhandeln. Und wenn nun Timm sagt, die Machtstellung der Fraktion habe im Reichstage abgenommen, so frage ich: ja, wo findet man auch nur den geringsten Beweis dafür? Wir im Reichstage haben von unsrer größeren Schwäche trotz größerer Stärke nicht das mindeste zu spüren bekommen; wir haben das Gegenteil wahrgenommen, wir haben vielmehr gesehen, daß die Tatsache der drei Millionen Stimmen und der zirka 80 Mandate auf unsre Gegner außerordentlich anfeuernd gewirkt hat. Das Zentrum hat in keiner Session soviel Initiativanträge eingebracht wie diesmal. Und um uns nun erst recht den Rang abzulaufen, hat es, als es ganz klar war, daß an die Beratung der Anträge überhaupt nicht mehr zu denken war, einen besonders schlauen Weg beschritten, seine sämtlichen Initiativanträge als Resolutionen zum Etat zu stellen. Wir fragten uns, ob auch wir diesen Weg betreten sollten. Es war ein illoyaler Weg, aber alle übrigen Parteien betraten ihn, und da sagten auch wir uns, so sehr wir diesen Weg verurteilen, bleibt uns doch nichts andres übrig, als ebenso zu verfahren. Nun erlebten wir das wunderbare Schauspiel, 70 bis 80 Initiativanträge in Resolutionen umgewandelt zu sehen. Es war ein solcher Reichtum an Resolutionen, daß der Reichstag buchstäblich daran erstickt ist, das heißt keine einzige konnte mehr zur Beratung kommen, um so weniger, als diesmal die Spezialberatung des Etats einen Umfang annahm wie nie zuvor, so daß der Etat nicht rechtzeitig verabschiedet wurde. Bis heute noch steht die Beratung dieser Resolutionen aus, weil es eben infolge der ganz ungewöhnlich langen Etatsberatung nicht möglich war, auch nur eine zu beraten, machte Graf Ballestrem den Vorschlag, die Resolutionen nach einzelnen Kapiteln zu teilen und nach Schluß des Etats zu beraten. Aber da stellte es sich heraus, daß durch die Beratung der Nachtrags-Etats für den Hereroaufstand usw. es unmöglich

war, das durchzuführen. Wir haben im Seniorenkonvent alles Mögliche aufgeboten, die Resolutionen zur Beratung zu bringen, aber die Mehrheit war gegen uns. Ich habe schon in Dresden die Warnung ausgesprochen: Bildet Euch nicht ein, daß, weil wir jetzt drei Millionen Stimmen und 80 Mandate haben, unser Einfluß im Reichstag auf die Entscheidungen desselben ein maßgebenderer geworden sei als früher. Es ist eine Torheit dieses zu glauben. (Sehr richtig!) Im übrigen ist an eine praktische Verwirklichung dieser ganzen Initiativantrags-Wirtschaft, wie ich es einmal nennen will, nicht zu denken. Der Reichstag müßte mindestens zwei volle Sessionen zu je sechs Monaten daran wenden, um alle die Anträge zu erledigen. Das ist aber unmöglich, und so kommen wir auch auf parlamentarischem Gebiete in eine Situation, aus der wir nicht mehr wissen wie wir herauskommen. So liegen die Dinge heute im Reichstag. Deshalb rate ich Ihnen dringend, die parlamentarische Tätigkeit nicht zu überschätzen, wie ich mich auch dagegen erklären muß, daß man sie unterschätzt. Es konnte gar nicht anders gehandelt werden, und wenn wir jetzt eine Kommission, wie sie Timm wünscht, niedersetzen würden, die uns in einem Jahre 12 Gesetzentwürfe fertig machte, so würde das im Reichstage uns auch nicht einen Schritt weiter bringen.

Ich möchte nun erst auf einige Vorwürfe eingehen, die bis zu einem gewissen Grade mich persönlich betreffen. Man hat die Haltung der Fraktion bei der ersten Beratung der Herero-Kredite bemängelt, weil wir uns der Abstimmung enthielten. Hätte man die Motivierung, die ich damals namens der Fraktion abgab, mit in Erwägung gezogen, dann hätte zu diesen Bemängelungen kein Anlaß vorgelegen. (Sehr richtig!) Beiläufig bemerkt, war ein Teil der Fraktion gegen die Bewilligung. Man glaube überhaupt nicht, daß es in der Fraktion immer so friedlich hergeht; wir geraten uns bei jeder Gelegenheit an die Köpfe (Heiterkeit), und das ist sehr gut. Wir hatten sehr scharfe Debatten. Schließlich hat sich die Mehrheit, und darunter war ich, für die Stimmenthaltung ausgesprochen. Warum? — Weil in der Periode, wo die Sache zur Verhandlung stand, wirklich erwiesene Tatsachen über die Ursachen des Aufstandes noch nicht vorlagen. In Volksversammlungen, wo man keine direkte Verantwortung zu tragen hat, kann ein Redner leicht auftreten und kurzerhand sagen: wir dürfen die Forderung unter keinen Umständen bewilligen. Aber als Volksvertreter habe ich zu prüfen, wie das vorhandene Material auf meine Entschließung einzuwirken hat. Deshalb habe ich namens der Fraktion dem Sinne nach erklärt: Wir haben große Befürchtung, daß durch Eure Politik in Südwest-Afrika der Aufstand hervorgerufen wurde, aber wir haben in diesem Augenblick noch nicht diese Beweise, und weil wir andrerseits auch nicht glauben können, daß die Schuld nur auf der Gegenseite liegt, wie ihr es darstellt, enthalten wir uns vorläufig der Abstimmung, werden aber, falls unsre Befürchtung, daß durch Eure Politik der Aufstand verursacht war, sich rechtfertigt, gegen die Forderung stimmen. Das war eine Erklärung, wie sie korrekter nicht abgegeben werden konnte, und die Wut unsrer Gegner über dieses unser Verhalten bewies, daß wir recht hatten. Als dann bei der dritten Lesung des Etats das Material vorlag, das bewies, was wir von Anfang an befürchtet hatten, haben wir die Kredite abgelehnt. Noch ein Wort über meine Erklärung, daß wir im Falle eines Angriffskrieges unter keinen Umständen dulden würden, daß deutsches Land verloren geht. Ich habe mich gewundert, daß diese Erklärung innerhalb und außerhalb der Partei solches Aufsehen erregt hat. Das kommt daher, weil die meisten Menschen ein so kurzes Gedächtnis haben und weil es in der Partei eine Menge junger Leute gibt, die die Parteigeschichte nicht kennen. Die gleiche Erklärung habe ich vor 24 Jahren zum erstenmal im Reichstage abgegeben und im Jahre 1880 hat es darüber sogar zwischen Vollmar und mir zu einer Auseinandersetzung im „Sozialdemokrat" geführt. Vollmar war damals

andrer Ansicht, hat sich aber später bekehrt. In den achtziger und neunziger Jahren haben wir bei der Etatberatung wiederholt dasselbe erklärt. Diese Erklärung steht keineswegs in Widerspruch zu unsrer Taktik gegen den Militäretat zu stimmen, denn im Militäretat bekämpfen wir das System, das zur Verteidigung des Landes in Betracht kommt. Aber in dem Augenblick, wo wir die Ueberzeugung haben, daß ein Angriffskrieg zwecks Eroberung deutschen Landes vorliegt, haben auch wir uns stets zur Verteidigung des Landes bereit erklärt. (Sehr richtig!) Hätten wir 1870 die Ueberzeugung gehabt, die sich ja nachher bewahrheitet hat, daß Bismarck durch eine raffiniert geschickte Politik die Karten so gemischt hatte, daß Napoleon gezwungen war, den Krieg zu erklären in dem Moment, den Bismarck wollte, dann hätten wir uns damals nicht der Abstimmung enthalten, sondern gegen die Kredite gestimmt. Wir haben uns auch in dieser Frage stets korrekt verhalten. Sie können versichert sein, daß die Fraktion am allerwenigsten bei wichtigen Fragen so Holterdiepolter-Beschlüsse faßt, sondern daß wir stets eingehend beraten und entsprechend dem Beschluß der Mehrheit handeln. (Lebhafter Beifall.)

Stadthagen antwortet auf die Beschwerde Hochs. Darüber waren wir uns in der Fraktion einig, daß wir, wenn irgend möglich, den gemeinsamen Eingriff von Aerzten und Verwaltung in das Recht der Krankenkassen gebührend kennzeichnen müßten. Zunächst war man in der Fraktion geneigt, sofort eine Interpellation einzubringen, die auf die Leipziger und Kölner Eingriffe in erster Linie sich beziehen sollte. Bei näherer Prüfung der Sachlage in dieser Unterkommission der Fraktion und in dieser selbst gelangten wir zu der Ueberzeugung: bei der damaligen politischen Situation wäre eine Interpellation ergebnislos und vielleicht für die Kassen direkt schädigend gewesen. Man hätte uns gesagt, das Verwaltungsstreitverfahren ist ja auf Grund des § 45 möglich, — ob und in welchem Umfange gegen Maßnahmen, die sich auf § 56a stützen ein Verwaltungsstreitverfahren möglich ist, war doch mindestens damals noch unentschieden und ist auch jetzt in befriedigender Weise noch nicht entschieden — wartet doch erst einmal den ordentlichen Instanzenweg ab. Außerdem wäre das gesetzwidrige Verhalten der Aerzte und die bekannten Maßnahmen der Verwaltungsbehörden, die gleichfalls mindestens gegen den Sinn des Gesetzes verstoßen, zweifellos von den bürgerlichen Parteien so verteidigt worden, daß die Behörden nur zu weiteren Eingriffen auch an anderen Orten ermuntert worden wären. Wir stehen ja nicht vor einzelnen Vorkommnissen, sondern vor einem systematischen Vorgehen gegen die Selbstverwaltung der Krankenkassen auf allen Gebieten, nicht nur dem der Aerztefrage, und diesem Vorgehen müssen wir allgemein gründlich entgegentreten. Das haben wir verschoben. Also in der Sache differieren wir mit Hoch nicht. Im Interesse der Sache mußte die Interpellation verallgemeinert und verschoben werden. Die Eingriffe in das schmale Selbstverwaltungsrecht sind systematische. Die ganze Sozialgesetzgebung soll immer mehr zu einem Stück Armenrecht ohne Selbstverwaltung werden. In dieser Beziehung stehen wir vor schweren Kämpfen. Körsten irrt sich, wenn er meint, daß irgend etwas für die Arbeiter geschehen wäre, was nicht die Sozialdemokratie angeregt hätte. Wenn wir aber jeder scheinbaren Reform zustimmen würden, würden wir das Schicksal der Nationalliberalen teilen. Ich würde meine Wähler außerordentlich gering schätzen, wenn sie mir Vorwürfe machten, weil ich ein Gesetz abgelehnt habe, dem ich nach meinen Grundsätzen nicht zustimmen konnte. Es ist gesagt worden, die Erwartungen, die man auf die Fraktion gesetzt habe, seien nicht erfüllt worden. Das kann nur daran liegen, daß diese Erwartungen unberechtigt waren. Bedenken Sie immer, daß es im Wesen des Klassenkampfes liegt, daß, je größer unsre Partei wird, um so energischer auch der Widerstand gegen uns wird. Der Gegensatz zwischen der inneren Macht unsrer Partei und dem äußeren Insaugefallen liegt im Wesen

des Klassenkampfs, liegt in der Natur des Klassenkampfs, in dem die alte Welt mit immer größerer Hartnäckigkeit sich gegen die neue Welt, gegen die Zukunft, für die wir arbeiten, sträubt. Die Furcht und die Ohnmacht unsrer Gegner vor unsrer Idee zwingt zu widerwilligen Zugeständnissen, aber noch viel lebhafter zu dem Schein, als ob die Sozialdemokratie äußere Erfolge nicht zeitige. Es gibt kaum ein Gesetz, in dem nicht die vorwärtsdrängende Arbeit der Sozialdemokratie in den Grundlinien und in Einzelheiten sich offenbarten ja, in einigen Punkten sind wir — darauf mache ich Genossen Körsten besonders aufmerksam und bitte ihn, seine Kraft dahin zu verwenden, daß ähnliches in Zukunft vermieden werde — im Gesetz weiter als Gewerkschaften festzuhalten vermochten. Ich weise auf die Abmachung hin, die Sie auf S. 17 des Vorstandsberichtes (S. 25 des Protokolls) finden. Sie steht hinter dem Erfordernis des § 616 B.G. Auch Tarifverträge sind teilweise nicht in der Lage gewesen, das festzuhalten, das z. B. in §§ 616 und 394 B.G. für den Arbeiter heute schon errungen ist. Unsre Aufgabe muß es sein, das für den Arbeiter zu fordern und zu erringen, auf das er heute schon nach Lage der wirtschaftlichen Verhältnisse und infolge des heutigen Systems Anspruch hat, uns nichts abringen zu lassen, darüber hinaus die Notwendigkeit der Vergesellschaftung, der Umgestaltung des heutigen wirtschaftlichen und politischen Systems zur Erkenntnis immer weiterer Kreise zu machen, selbständig denkende Sozialdemokraten zu erziehen, Mitläufer zu klaren Sozialdemokraten zu machen. Nicht sollen wir gewählt werden, weil hier und da ein einzelner Wunsch durch uns zu erfüllen ist, sondern weil wir Sozialdemokraten sind und als solche für Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse und der Allgemeinheit wirken und unser Ziel nicht aus den Augen lassen. So haben wir Erfolge errungen und werden neue Erfolge erringen. Achten Sie doch nicht zu sehr auf die äußeren Erfolge, die man den Wählern gegenüber ins Feld führen kann; lieber weniger Wähler, aber mehr Sozialdemokraten, und nicht die geringsten Konzessionen gegenüber unsrem Prinzip nichtsozialdemokratisch denkenden Wählern gegenüber. (Beifall.)

Lipinski-Leipzig: Körsten hat die Prinzipienfrage aufgerollt, ob wir für jedes soziale Gesetz stimmen sollen, ganz gleichgültig ob wir den Nutzen hoch oder niedrig bewerten. Das ist eine Politik nach außen, eine Effekthascherei, deren wir uns nicht schuldig machen dürfen. Stimmen wir für schlechte, in der Praxis nicht durchführbare Gesetze, so tragen wir in Mitschuld mit der Regierung die Verantwortung. Der Standpunkt Körstens ist ganz derselbe, der die Nationalliberalen veranlaßt hat, für das Gesetz betreffend die Kaufmannsgerichte zu stimmen, obgleich sie wußten, daß das Gesetz in dem gewollten Umfange nicht ausführbar ist. Diesen Standpunkt können wir nicht teilen, dafür sind wir Sozialdemokraten. (Zustimmung.)

Krajemann-Neu-Ruppin: Ueber die ländlichen Arbeiter ist noch kein Wort gesprochen worden. Ich empfehle Ihnen als Vertreter eines ländlichen Kreises den Antrag 43 (Nieder-Barnim). Das Elend der Landarbeiter ist unbeschreiblich; es bestehen geradezu russische Zustände. Bei uns herrschen die Arnims und die Eulenburgs. Sieht man ihre Schlösser, so meint man, im Dorado zu sein. Einige Stunden weiter aber trifft man jämmerliche Arbeiterbehausungen. Die Hütten der Steinklopfer gewähren besseren Schutz gegen Witterungsunbilden als diese Löcher. Und wie sind die Löhne? Die männlichen Arbeiter verdienen bei 12—13stündiger Arbeitszeit 80 Pf. bis 1,25 M., die Frauen 60—80 Pf. Arbeiterinnen, die morgens um 2 Uhr aufstehen und um ½3 zum Melken gehen, eine Arbeit, die bis ½6 Uhr dauert, erhalten dafür 25—30 Pf. (Hört! hört!) Sie sehen, in welchem Elend die Landbevölkerung lebt. Und wie sieht es erst mit den Kinderchen aus! Die Schulen auf dem Lande sind so schlecht, daß wir uns nicht zu wundern brauchen, wenn wir bei den Landarbeitern noch kein Gehör finden. Kinder von

9—10 Jahren erhalten im Sommer so gut wie gar keinen Schulunterricht, denn nur von 6—8 Uhr ist Schule, dann geht es an die Feldarbeit. Aus eigner Kraft kann sich die Landarbeiterschaft nicht befreien, fehlt ihr doch sogar das Koalitionsrecht, und jetzt sucht die preußische Regierung durch das Kontraktbruchgesetz neue Fesseln für sie zu schmieden. Da sollte sich die Fraktion dieser unterdrücktesten Arbeiterklasse besonders annehmen. (Beifall.)

Damit schließt die Diskussion über diesen Antrag.

In seinem Schlußwort hebt

Ledebour hervor, daß die Angriffe gegen die Reichstagsfraktion zum größten Teil durch Fraktionskollegen in der Diskussion zurückgewiesen worden seien. Nur wenige Worte gegenüber Körsten sind notwendig. Wenn wir uns die Politik zu eigen machen wollen, die er uns empfiehlt, dann würden wir aufhören, eine Oppositionspartei zu sein. (Lebhafte Zustimmung.) Von einer revolutionären Partei wäre schon gar keine Rede, wir wären nichts als eine Posadowsky-Partei, die dazu da wäre, die sozialreformatorischen Gesetzentwürfe durchzudrücken, die die Regierung zu gewähren die Gnade hat. (Sehr richtig.) Eine weitere Folge dieser Taktik der Rücksicht auf rückständige hinterpommersche Wahlkreise wäre obendrein, daß sehr bald die Reformpolitik der Regierung und der bürgerlichen Parteien einschlafen würde. (Sehr richtig!) Wie sind sie denn in unsre offizielle Sozialpolitik hineingeraten? Doch nur aus Angst vor dem kämpfenden Proletariat. (Sehr richtig!) Sie bringen uns doch keine Geschenke aus gutem Willen entgegen. Was sie geben, geben sie nur aus Angst. Es ist erstaunlich, daß man einen Genossen daran erinnern soll, daß alle Reformisteleien in der Furcht vor der revolutionären Kraft und dem Willen der sozialdemokratischen Partei ihren Ursprung haben. Mit einer solchen Politik des Entgegenkommens gegen die bürgerlichen Parteien und die Regierung, wie Körsten sie empfiehlt, würde das, was er will, der sozialdemokratische Fortschritt, geradezu vereitelt werden. Soweit ich die Partei kenne, ist jedoch keine Aussicht vorhanden, daß sie je auf solche hinterpommersche Politik herunterkommen wird. (Heiterkeit und Beifall.)

Antrag 42 wird von Bühler nach der berichtigenden Erklärung der Reichstagsfraktion durch den Genossen Ledebour zurückgezogen.

In der Abstimmung wird der Antrag 43 angenommen, die Anträge 44 und 47 abgelehnt.

Es folgt die Beratung der Anträge 12, von Berlin IV und Essen gestellt; 13, von Parteigenossen des 3. Hamburger Wahlkreises gestellt, sowie der Resolution Bebel (Nr. 133), sowie des dazu gestellten Amendement Freythaler-Berlin (Nr. 134) und der Resolution Paeplow-Hamburg (Nr. 135).

Jentsch-Berlin: Ich werde den Antrag meines Kreises begründen. Schippel muß unbedingt erfahren, wie die Masse der Genossen über sein Verhalten denkt. Darüber scheint er sich nämlich in einem großen Irrtum zu befinden.

Nur noch eine Berichtigung: Der Vorstand hat bei der Zusammenstellung der Anträge unsern Antrag mit dem Antrag Essen zusammengeschoben; er unterscheidet sich von diesem aber etwas und lautet wörtlich:

„Der Parteitag wolle zum Fall Schippel und seiner Haltung in der Zoll- und Handelspolitik Stellung nehmen."

Ueber die Taktik denken wir folgendermaßen: Tauchen wichtige Fragen für die Partei, wie bei der Zoll- und Handelspolitik, auf, dann haben alle Federn und alle Zungen zu sprechen, da soll das Für und Wider erwogen werden, da

herrscht voller Individualismus. Hier kommt Bernstein zu seiner Rechnung, unbeschränkte Rede- und Preßfreiheit ist vorhanden. Anders ist es, wenn die Partei Stellung genommen und sich festgelegt hat, dann gilt die Entscheidung unbedingt für alle. Vor der Entscheidung volle Freiheit, wenn aber einmal die Marschroute vorgeschrieben ist, muß jeder Genosse soviel demokratisches Gefühl haben, sich nach ihr zu richten. Ich erinnere an die Frage der preußischen Landtagswahlen. Als die Partei in den 90er Jahren zunächst nur bedingte Beteiligung an diesen Wahlen beschloß, beteiligten sich die Berliner Genossen nicht. Sobald aber der Parteitag gegen den Willen der Berliner unbedingte Beteiligung beschlossen hatte, haben die Berliner mit voller Energie den Parteitagsbeschluß zur Geltung gebracht. Eine der bedeutendsten Fragen, die uns in den letzten Jahren beschäftigt haben, war die Zollfrage. Auch zu dieser Frage hat die Partei nach eingehender Prüfung Stellung genommen und über ihre Taktik Beschluß gefaßt. Der Beschluß fand im Lande überall freudige Zustimmung, die Fraktion fand im ganzen Lande Unterstützung. Ich erkenne an, daß neben dem Parteitag die Reichstagsfraktion in parlamentarischen Fragen die oberste Instanz ist. Die Fraktion hat durch Mehrheitsbeschlüsse ihre Taktik zur Zollvorlage festgelegt. In tausend Versammlungen haben die Parteigenossen im Lande ihrer Taktik zugestimmt und der Genosse Schippel, als Mitglied der Fraktion, war unbedingt verpflichtet, diese Beschlüsse zu respektieren. Nach meiner Meinung war der Beschluß der Fraktion bindend. Trotzdem fand es Schippel für nötig, die Frage von neuem aufzurollen; dazu hatte er gar kein Recht. (Die Redezeit ist abgelaufen.)

Schöpflin-Leipzig: Nach meiner Ansicht ist die Resolution Bebels nur annehmbar, wenn auch das dazu gestellte Amendement angenommen wird. Ohne dieses Amendement würde ich nicht dafür stimmen können; denn dann wäre es einfach eine Resolution, wie viele andre auch, die nichts besagt, wenigstens nichts, was dem Fall Schippel entspräche. Es wäre weder eine ordentliche Verurteilung noch sonst etwas, und dann wäre es schon besser, man hätte die Frage gar nicht angeschnitten. Daß wir endlich einmal ein ernstes Wort mit dem Kollegen Schippel sprechen müssen, darüber kann kein Zweifel bestehen. Es geht nicht so weiter, daß der Genosse Schippel in der Art, wie er es macht, die Partei dauernd in Atem hält und die ganzen Federn beschäftigt. Wenn man draußen agitieren und sich besonders in ländlichen Bezirken abquälen muß, so ist es stets Schippel, der einem die Arbeit erschwert. Wären im vorigen Jahre unsre Gegner etwas fleißiger und mitunter geschickter gewesen, so hätten auf dem Lande Schippels Aeußerungen noch viel schlimmer ausgebeutet werden können, als es geschehen ist. Was für mich vor allem mit in Frage kommt, ist, daß Schippel niemals zu seinen Worten steht. Wie oft haben wir es jetzt schon gesehen, daß, wenn man an Schippel die Frage richtet: wie stehst Du nun eigentlich? er dann mit allerlei interessanten und uninteressanten Redensarten sich aus der Affäre zu ziehen sucht. Ein solcher Mann gehört einfach nicht mehr an die Stelle, an der er steht. Wir können und müssen von jedem Genossen, besonders aber von einem führenden Genossen, verlangen, daß er auch zu einmal geäußerten Anschauungen steht, sie in jeder Situation vertritt. Es kann jeder einmal eine andre Meinung vertreten, die meinetwegen mit den Traditionen der Partei vollkommen in Widerspruch steht, aber wir verlangen, daß er dann wenigstens zu seinen Worten steht und nicht nachträglich immer derjenige ist, der es nicht gewesen sein will. Im letzten Falle war es ja einfach kraß, wie Schippel versuchte, zunächst den Bericht für unwahr zu erklären, wie er schließlich die Richtigkeit zugeben mußte und sich herauszureden suchte, wie er zu einer Antwort gezwungen wurde, und dann 47 Spalten mit Ausführungen füllte, aus denen die meisten Leser gar nicht klug wurden. Das kann nicht

weiter geduldet werden. Das spricht das Amendement klar aus. Ob Schippel dann die Konsequenzen zieht, ist seine Sache. Aber die Ueberzeugung habe ich, er ist dann erledigt. Bevor Schippel sich von seinen Wählern das Vertrauensvotum ausstellen ließ, hätte er wenigstens einmal veranlassen sollen, daß die Haupteinwände, die gegen ihn erhoben worden waren, in unserm Chemnitzer Organ zum Abdruck gebracht werden; so aber hatten die Chemnitzer von allen diesen Einwendungen gar nichts gehört. (Hört! hört!) Sie hatten nur die 47 Spalten Schippels vor sich. Dazu kam dann die alte Liebe und Verehrung Schippels, denn Schippel ist persönlich ein sehr liebenswürdiger Mann, und so haben sie ihm das Vertrauensvotum ausgestellt. Dann erst ist langsam der Abdruck der Einwendungen losgegangen. Es tut mir außerordentlich leid, aber ich habe Schippel im Verdacht, daß er diesen Gedanken selbst hatte, aber sich hütete, ihn auszuführen, weil er ein Vertrauensvotum wollte, um dann erklären zu können, die Sache wird ausgehen, wie das Hornberger Schießen. Gegen ein solches Verhalten verwahren wir uns, vor allem haben wir es satt, immer und immer wieder uns mit einem Fall Schippel zu beschäftigen und verantwortlich gemacht zu werden für alle die Tifteleien, Grübeleien und Spintisiereereien, die Schippel beinahe Woche für Woche auszuhecken beliebt. (Lebhafter Beifall.)

Hoch-Hanau: Ich will nicht auch noch einen Stein auf Schippel werfen, es sind genug Steine geworfen, und mit vollem Recht, ganz nach Verdienst. In dieser Beziehung ist die Sache geklärt. Ich werde für die Resolution Bebel mit dem Amendement stimmen, weil ich überzeugt bin, daß es so nicht weitergehen kann. Ich hatte mich aus Gesundheitsrücksichten außerordentlich gesträubt, zu diesem Parteitage zu kommen, und habe mich nur auf ausdrücklichen Wunsch der Genossen meines Kreises delegieren lassen, um in ihrem Auftrage zu erklären, daß ihre Geduld zu Ende ist angesichts der fortwährenden Taktlosigkeiten, die keinem Arbeiter verziehen werden würden. (Sehr richtig!) Würde ein Arbeiter sich so etwas erlauben, so wäre er längst unmöglich. (Sehr wahr!) Es tut mir außerordentlich leid, daß ich genötigt bin, in dieser Weise gegen Schippel aufzutreten, denn ich gestehe offen, ich habe aus seinen „Grundzügen" sehr viel gelernt; ich halte das Buch für eine sehr verdienstvolle Leistung und hätte nur erwartet, daß er es vollendet und das Fehlende, nämlich die notwendige Ergänzung, den zweiten Teil, geschrieben hätte. Statt dessen hat er die Partei fortwährend in der Agitation gehemmt. Was Schippel geschieht, muß daher geschehen. Aber in einem Punkte hat er allerdings recht, sich zu beklagen, nicht darüber, daß ihm etwas geschieht, sondern darüber, daß es ihm geschieht, daß er allein es ist, der gepackt wird. Schippel ist es nicht allein, der Taktlosigkeiten begangen hat. Sehr viele andre Parteigenossen haben sich dasselbe zu schulden kommen lassen. Wie oft haben wir es schon erlebt, daß wir solche Krakehle bekommen. Der Genosse kommt dann vielleicht nicht einmal zum Parteitag. Es wächst Gras über die Geschichte, und nach einiger Zeit kommt derselbe Skandal von neuem. Das bedaure ich, daß nicht summarisch verfahren werden kann, und ich hoffe nur, daß das Exempel, das jetzt an Bebel (Große Heiterkeit) — Pardon — an Schippel statuiert wird, nicht aufgefaßt wird als allein an die Adresse von Schippel gerichtet; so fassen es auch die Arbeiter nicht auf, die Arbeiter verurteilen das Verhalten Schippels so wie auch das der andern Genossen, die Unfrieden und Krakehl in unsre Reihen bringen; in den weitesten Kreisen der Genossen wird es nicht verstanden werden, daß solche ganz unglaubliche Ungehörigkeiten einfach durchgehen. Das Bedauerlichste jedoch ist, daß die betreffenden Genossen nur in ihre Wahlbezirke zu gehen brauchen

und daß ihnen dann die dortigen Genossen ein Vertrauensvotum erteilen. (Aha-Rufe.) Wenn ein Genosse aber ein Mandat weggeworfen hat, finden sich sogar andre Genossen, die ihm ein neues Mandat auf dem Präsentierteller entgegenbringen. (Zustimmung.) Das ist ebenso zu verurteilen, wie das Verhalten Schippels. Die Disziplin und den Takt, die wir von den Arbeitern verlangen, müssen wir in einem höheren Maße von den Genossen in leitender Stellung beanspruchen. (Beifall.)

Der nächste Redner ist Schippel.

Bebel (zur Geschäftsordnung): Es fehlen nur 5 Minuten an 7. Ich halte es für völlig ausgeschlossen, daß wir Schippel nur die übliche Redezeit von 10 Minuten gewähren. (Zustimmung.) Da er doch sozusagen Angeklagter ist, muß er selbstverständlich Gelegenheit haben, alles vorzubringen, was er zu sagen hat. Ich schlage deshalb vor, ihm eine einstündige Redezeit (Zuruf: Unbeschränkte Redezeit!) meinetwegen auch eine unbeschränkte zu gewähren, und uns jetzt zu vertagen, damit Schippel morgen beginnen kann.

Vorsitzender **Ebert**: Das Bureau hat sich bereits mit Schippel dahin verständigt, daß ihm eine Redezeit von einer halben Stunde gegeben werden soll. Wenn sich gegen den Antrag Bebel kein Widerspruch erhebt — (Rufe: Nein!) — so ist das Bureau auch damit einverstanden. (Zustimmung.) Schippel wird also unbeschränkte Redezeit haben.

Persönlich bemerkt

Ullenbaum-Elberfeld: Meine Ausführungen von gestern sind von einigen Blättern entstellt wiedergegeben worden, so daß sie eine gehässige Spitze gegen den Abgeordneten Adolf Hoffmann enthielten. So hat z. B. der hier anwesende Reichstagsabgeordnete v. Gerlach in der „Berliner Zeitung" geschrieben, ich hätte dem berühmten „Zehngebote-Hoffmann" einen Hieb versetzt. Demgegenüber betone ich, daß ich in meinen Ausführungen nicht den Namen des Genossen Adolf Hoffmann genannt habe, sondern den Genossen Karl Hoffmann-Bielefeld gemeint habe, und auch diesem habe ich keinen Hieb versetzen wollen. Im Gegenteil, ich bin sehr dankbar für seine Bemühungen und habe nur ausgeführt, daß es den alten Parteigenossen ganz gleich ist, welcher Redner kommt, daß es aber bei den Agitationsreisen für die großen Massen etwas ausmacht, daß ein Abgeordneter kommt. Ich hoffe, daß die anwesenden Berichterstatter der bürgerlichen Presse so anständig sein werden, ihre Berichte richtig zu stellen.

Vorsitzender **Ebert** teilt mit, daß folgendes Telegramm eingelaufen ist: Herzlich danke ich für brüderliche Teilnahme und Wünsche. Besserung schreitet fort. (Beifall.) Viele Grüße allen Genossen und Wünsche für gutes, erfolgreiches Resultat des Parteitages. Paul Singer. (Lebhafter Beifall.)

Schluß 7 Uhr.

Dritter Verhandlungstag.

Mittwoch, den 21. September. — Vormittags-Sitzung.

Vorsitzender **Dietz** eröffnet die Sitzung kurz nach 9 Uhr und teilt mit, daß **Auer** folgendes Telegramm an den Parteitag gerichtet hat:

„Besten Dank für Euren Glückwunsch, hoffentlich erfüllt sich derselbe bald und bin ich wieder imstande, für die Partei zu wirken. Hoch die internationale und die deutsche Sozialdemokratie! Auer."

(Lebhafte Bravo!-Rufe.)

Es wird in die Tagesordnung eingetreten. Zur Verhandlung steht der Fall Schippel.

Schippel: Parteigenossen! Ich werde Sie vielleicht in gewissem Sinne enttäuschen, wenn Sie eine sogenannte große Verteidigungsrede erwarten. Vielleicht werde ich nicht einmal die volle Stunde, die Sie mir zu bewilligen die Güte hatten, ausnutzen. Sie dürfen mir das nicht übel nehmen. Wenn man sechs Monate hindurch in einem solchen Streit steht, wenn man anfangs die Sache zu beschwichtigen versucht hat, um den Frieden herzustellen, wenn man Erklärung auf Erklärung abgegeben hat, die von vornherein alle dahin gingen, daß die Beschuldigungen gegen mich falsch sind, daß ich in Zollfragen **auf dem Standpunkt der Partei stehe und weiter bereit bin, ihn zu vertreten,** wenn man dann einen „Bandwurm von 47 Spalten" — wie mir so oft vorgehalten worden ist — produziert hat und dann noch nicht einmal erreicht, daß die Genossen zugeben: Nun ja, wir wissen jetzt, woran wir sind — dann dürfen Sie mir nicht übel nehmen, daß ich langen Darlegungen keinen Wert mehr beimesse. Wie kommen wir dann überhaupt zu einem Ende, wenn in dieser Weise die Aeußerungen eines Genossen einfach ignoriert werden, und wenn nach der Melodie „Wer das Lied nicht mehr weiter kann, der fängt dann wieder von vorne an", einfach die alten Beschuldigungen wieder erhoben werden. Also ich habe selbstverständlich die Pflicht, Sie noch einmal zu orientieren über das, was geschehen ist; aber ich werde es so kurz wie möglich tun. Denn wenn meine Erklärungen in 6 oder 8 Monaten nichts geholfen haben, dann werden sie wohl auch heute nicht mehr viel helfen und wir müssen sehen, daß wir zu einem Ende kommen; das scheint mir die Hauptsache zu sein. Mag das Ende für mich weniger oder mehr unerfreulich sein, die Hauptsache ist, daß wir zum Schluß kommen. (Rufe: Sehr richtig!)

Ja, Parteigenossen, um erst einmal auf das Referat Ledebours zurückzukommen. Ich gebe zu, wir haben es mit Fraktionsreferaten nie so streng genommen, wie im Parlament etwa bei Kommissionsreferaten: daß der Referent selber nicht Partei sein, sondern durch sein Referat nur orientieren soll über die Strömungen, die in der Fraktion oder im Reichstag in der Kommission sich geltend gemacht haben. Ich will deshalb auch Ledebour keinen Vorwurf machen, aber betonen muß ich doch: ein objektives Referat über das, wie es in der Fraktion gelaufen ist, war das Gehörte denn doch nicht. Da war doch viel zu viel subjektiver Standpunkt, viel zu viel subjektive Verurteilung mit dabei. Wenn Ledebour objektiv referieren wollte, hätte er schon nicht das Recht gehabt, immer uneingeschränkt von „Fraktion" zu sprechen. (Sehr richtig!) Es hat dort Minderheiten und Mehrheiten gegeben und die Minderheiten waren

keine kleinen. Die Fraktionserklärung ist angenommen mit einigen 30 gegen verschiedene 20 Stimmen. Das ist eine ganz ansehnliche Minderheit, das hätte man doch wenigstens erwähnen sollen. Dann wurde ein zweiter Beschluß gefaßt, ob man diese Erklärung veröffentlichen sollte; also ob man die Sache schärfer oder milder in der Oeffentlichkeit behandeln sollte. Dies wurde angenommen mit 28 gegen 25 Stimmen, zwei Stimmen hätten ausgereicht und die Sache wäre vor der Oeffentlichkeit gar nicht oder in weniger grellem Lichte erschienen. Auch das hätte vielleicht Ledebour erwähnen sollen. Es gab weiter eine starke Strömung, die sagte: bei einer so wichtigen Sache, die uns vielleicht in Streitereien auf Wochen und länger hinaus verwickelt, sollte man doch die Gesamtfraktion extra einladen. Das wurde abgelehnt, aber man weiß ja, die Süddeutschen sind es vor allem, die weniger in Berlin sein können, weil sie zum Teil in den Landtagen festgehalten werden. Vielleicht wäre sonst das Stimmenverhältnis noch anders gewesen. Also Sie sehen, die Dinge liegen nicht so einfach, daß die Fraktion etwa wie ein Mann in dieser Frage gegen mich gestanden hätte.

Auch das ist weiter charakteristisch: Wo ist denn die Entrüstung am größten gewesen? Da etwa, wo meine Artikel erschienen sind, da wo die „Chemnitzer Volksstimme" verbreitet ist und gelesen wird? Mit großer Aufmerksamkeit sind gerade die Artikel gelesen worden. Ist da die Entrüstung aufgeschäumt, hat da die Volksseele gekocht? Nein. Die „Chemnitzer Volksstimme" hat eine sehr große Verbreitung, sie ist das Organ für die Wahlkreise 10. Döbeln, 15. Mittweida, 16. Chemnitz, 17. Glauchau-Meerane, 19. Stollberg-Schneeberg, 20. Zschopau-Marienberg, 21. Annaberg-Schwarzenberg. Ich lese die Zeitung sehr aufmerksam, auch alle Versammlungsberichte. Da aber hat keiner aufgeschäumt vor Entrüstung. Da ist einmal Stücklen in den 15. Wahlkreis gekommen, da ist Schöpflin hingekommen und hat wahrscheinlich ungefähr dieselbe Rede gehalten, wie gestern hier auf dem Parteitage, aber solche Aeußerungen sind spurlos an den Versammlungen vorübergegangen, es ist nirgends ein Beschluß gegen mich gefaßt. Also gerade, wo die Genossen am meisten hätten aufschäumen müssen, ist nichts davon zu sehen gewesen, nichts von Entrüstung über meinen Ton, über das, was ich sachlich da entwickelt hatte. Auf der andern Seite aber ist wieder sehr charakteristisch: In Hamburg hat man einen scharfen Beschluß gegen mich gefaßt, dort hat man verlangt, daß gegen mich vorgegangen werde. Aber gerade im „Hamburger Echo" habe ich gelesen, daß die Redner immer wieder dabei betonen mußten: ja eigentlich wissen wir ja gar nicht, was los ist, das „Hamburger Echo" hat uns darüber nichts mitgeteilt, das müssen wir erst auf dem Parteitage erfahren. Also so ist der Unterschied. Dort haben sie nichts erfahren, da entrüsten sie sich; in Chemnitz aber und überall, wo die „Volksstimme" verbreitet ist, wo man meine Artikel mit Aufmerksamkeit gelesen hat, wo man sie vor sich hatte, Woche für Woche, Monat für Monat, da ist nichts davon wahrzunehmen gewesen. Im Gegenteil, es ist dort öfter vorgekommen, daß bekannte Parteigenossen, Referenten offen dafür eingetreten sind, daß der Fall Schippel objektiv behandelt werden soll und daß kein Grund zu einem Ketzergericht vorliege. In dem 17. Wahlkreise wo Auer gewählt ist, einem unsrer ältesten und berühmtesten Wahlkreise, der den Genossen Scherf als Delegierten hierher geschickt hat, hat einer der häufigsten Redner dort, der Genosse Knauf, folgende Ausführungen gemacht mit bezug auf den Fall Schippel:

„Die Hauptsache ist, daß die Verhandlungen sachlich geführt werden. Vor allen Dingen dürfe man bei abweichenden Meinungen nicht immer gleich das Schlimmste befürchten. Die Meinungsfreiheit müsse unter allen Umständen

hochgehalten werden. Er begreife deshalb auch nicht, wenn man gegenüber dem Genossen Schippel wegen seiner abweichenden Meinung bezüglich der Handelspolitik so schwerwiegende Vorwürfe erheben und mit Ausschluß drohen könne. Die Sozialdemokratie sei keine Partei des absoluten Freihandels und auch die Fraktion habe sich nie auf diesen extremen Standpunkt gestellt, auch nicht stellen können. Diese Erklärung habe kein Geringerer als unser alter Wilhelm Liebknecht im sächsischen Landtage gegeben, ähnlich habe sich auch schon Genosse Bracke geäußert. Schippel habe ganz recht, wenn er den Grundsatz aufstelle: Wer Handelsverträge wolle, müsse notgedrungen auch Zölle wollen. Wir seien Vertreter der Vertragspolitik. Wenn aber über solch wichtige Punkte noch Unklarheit herrsche, so müsse man eben dafür sorgen, daß mehr Aufklärung geschaffen werde. Dann dürfe man aber nicht gleich aus dem Häuschen geraten — über die Sache selbst wollen wir uns ja jetzt nicht streiten, es handelt sich jetzt nur um die Entrüstung — wenn theoretische Auseinandersetzungen stattfinden. Diese sachlichen Auseinandersetzungen schadeten der Partei nicht, wohl aber, wenn man abweichende Meinungen nicht dulden wolle. Gewiß, auch die Ausführungen Schippels — das ist das einzige, was da etwa bemängelt wird — hätten sachlicher sein können, für ihn komme aber als Entschuldigung in Frage, daß er in ganz ungerechtfertigter Weise angegriffen und zu seinen theoretischen Darlegungen gezwungen worden sei."

So also entrüstet man sich dort, wo man mich kennt, und so in Hamburg, wo man mich nicht kennt. Nun, Parteigenossen, legen Sie selber mal die Hand aufs Herz: Wie viele von Ihnen, die bereit sind, mich zu verurteilen oder scharf zu kritisieren, haben die Artikel gesehen, wie viele haben die Artikel gelesen, wie viele haben Nummer für Nummer verfolgt, ob mein Ton ein schlechterer war oder der Ton der Gegner. Denn das müssen Sie doch auch bedenken, beim Hobeln fallen immer Späne, die Abwehrmaßregeln richten sich auch nach dem Verhalten der Gegner, das ist doch selbstverständlich. Wenn Sie die Dinge genügend gelesen und verfolgt haben — dann gut, das Urteil wird für mich gewiß schwer wiegen, aber ich glaube, wenn Sie ernst an die Dinge herangehen wollen, so wird es Ihnen so ähnlich gehen, wie es den Hamburgern gegangen ist, wo man sich sagen mußte: Was eigentlich los ist, wissen wir nicht, darüber sind wir nicht orientiert.

Wie ferner die Stimmungen wechseln, dafür ist folgender Vorgang charakteristisch. Ich habe gestern mittag mit Hoch privatim gesprochen und er hat dann am Nachmittag hier von der Tribüne denselben Standpunkt vertreten, wie mir gegenüber am Mittag. Als ich aber am Mittag mit ihm sprach, war niemand mehr verblüfft über das, was mir Hoch sagte, als ich selber. Denn im Reichstag waren die Dinge so:

Eines schönen Tages kam ein Fraktionsfreund auf mich zu und sagte: Hoch ist über Ihr Buch ganz entzückt, er wird es Ihnen wahrscheinlich auch noch selbst sagen. Nach ein paar Tagen traf ich Hoch. Das erste, was er tat, war, daß er mir sein Entzücken über mein Buch aussprach. Aber über meine Rede im dritten Berliner Wahlkreise entrüstet sich Hoch, obwohl Kautsky nachgewiesen hat, daß genau dasselbe, was ich da gesagt habe, in meinem Buche steht. Ich vermag mir solchen Widerspruch nicht zu erklären. In dem Buch, das ja den Mittelpunkt der Anklage bildet, steht doch nur ausführlicher und kräftiger betont dasselbe, was man mir zum Vorwurf macht. An dem Buch hat man seine Freude, und dann steigt man hier auf die Tribüne und hält die Anklagerede. Das reimt sich nicht zusammen. Und wenn es immer heißt: „Die Gegner hätten mich gelobt; daß sie den Schippel öfter loben, das ist ein Beweis von seiner Grund-

schlechtigkeit" — ja, Genosse Hoch, denken Sie daran, wie Sie in der Zolltarif-Kommission saßen, da haben Sie den Standpunkt vertreten — und das ist auch von den Gegnern ausgenutzt worden — da haben Sie den Standpunkt vertreten, wer Handelsverträge haben will, der muß auch einen Unterhandlungstarif, der muß auch Zölle haben. Da stand Graf Posadowsky auf und pries unsren Genossen Hoch über den grünen Klee. (Heiterkeit.) Daraus mache ich Hoch nicht den geringsten Vorwurf, seine Aeußerung entspricht ja in vieler Beziehung ganz meiner Stellungnahme. Aber dann soll man doch einen andren Genossen nicht deshalb angreifen, weil er um ähnlicher Anschauungen willen auch mal von den Gegnern gelobt wird. Ich bin dem Lob nicht nachgelaufen, aber ich fürchte mich auch nicht davor, ich kann mir doch meine Anschauungen nicht von den Gegnern vorschreiben lassen, ich kann mir doch nicht, wenn sie mich loben, flugs eine andre Anschauung bilden.

Hamburg III möchte, wenn etwas bewiesen wird — das ist ein ganz loyales Vorgehen — scharfe Maßnahmen gegen mich ergreifen. Hamburg III ist mit vertreten durch Päplow; das ist ein alter Bekannter von mir aus Chemnitz, ich habe stets seine Entwicklung sehr aufmerksam verfolgt, und ich glaube, er wird auch meiner noch nicht ganz vergessen haben. Nun, Päplow vertritt bekanntlich mit am allerenergischsten den Standpunkt, auch für die Ware Arbeitskraft könnten sich einmal die weltwirtschaftlichen Konkurrenzverhältnisse, die internationalen Konkurrenzverhältnisse bei der heutigen rapiden Entwicklung des Weltverkehrs und des Menschenverkehrs sehr leicht und sehr rasch dahin ändern, daß wir den internationalen Freihandel in der Ware Arbeitskraft nicht mehr dulden können, daß wir da Beschränkungen, daß wir Absperrungen haben müssen — es braucht ja kein Schutzzoll zu sein, aber eine andre Art des Protektionismus. Päplow wird extra hierher geschickt, um mich wegen meines Protektionismus zu verurteilen, für die Ware Arbeitskraft aber behält er sich vor, heute und morgen schon Protektionist zu werden, wenn andre Konkurrenzverhältnisse eintreten sollten. Aehnlich wie Päplow denken bekanntlich die Arbeiter in den Vereinigten Staaten betreffs der Chinesen, Japaner und andrer unliebsamer Zuwanderer und Konkurrenten, denken die kanadischen Arbeiter, denken die Australier betreffs der Kanaken, Chinesen und Indier, denken die Arbeiter in Südafrika, die von jedem Kandidaten verlangen, daß er dafür eintritt, die Indier auszuschließen, die Chinesen auszuschließen, die Schwarzen-Arbeit in gewisser Beziehung einzudämmen. Zugleich aber vertritt Päplow Hamburg III, das mich als Protektionisten am schärfsten verurteilen möchte.

Nun ist gestern eine wunderbare Anschauung kundgegeben, zuerst in milder Weise von Ledebour, dann in schärferer Weise von Schöpflin, den wir ja als Vertreter der schärferen Tonart kennen, über mein Buch: Die Grundzüge der Handelspolitik. Ja, ich weiß nicht, hat Schöpflin das Buch überhaupt mal in der Hand gehabt? Er scheint sich darunter so etwas vorzustellen, wie eine Rezeptensammlung, wie man sich die besten Schlagworte gegen die Agrarier zurecht machen solle. Und da Schöpflin nicht genug Schlagworte und Rezepte findet, so ist das Buch nichts wert, ja es ist sogar gefährlich, denn es schafft Unklarheit. Ich möchte Ihnen raten, Genossen, sich das Buch doch einmal anzusehen; das wird niemand etwas schaden. Sie werden in mancher Beziehung Anregung finden; über manches werden Sie sich vielleicht ärgern; Sie werden manchmal andrer Meinung sein — aber Sie werden nichts finden, was Sie entrüsten könnte. Was will das Buch denn eigentlich? Mit den heutigen Zollfragen hat es überhaupt direkt nichts zu tun. Jeder Wissenschaftler, der ein wissenschaftliches Buch herausgibt, stellt sich doch die Aufgabe selbst. Ich bin nicht verpflichtet, einen Leitfaden für die Agitation zu schreiben, wenn ich mich sonst nur innerhalb des Rahmens der Partei halte. Das Buch soll eine Geschichte der handelspolitischen Strömungen im Laufe des 19. Jahrhunderts sein, eine rein

geschichtliche Arbeit, die darstellt, wie diese Strömungen entstanden, gewachsen, zum Siege gelangt sind und welche theoretischen Formulierungen sie gefunden haben. Das erste Kapitel des Buches stellt dar, wie im Anfang des 19. Jahrhunderts in England der Freihandel emporgewachsen ist. Hätte ich da Rezepte gegen die Agrarier hineinbringen müssen? Das zweite Kapitel schildert die großen Gegenströmungen, die hauptsächlich in Amerika und dann auf dem Kontinent entstanden. England wollte den Freihandel international haben, aber überall, wo auf dem Kontinent eine Industrie emporwuchs, die noch schwach, kinderhaft, hilflos war, entstanden schutzzöllnerische Bewegungen. Man sagte: Wir werden einfach niedergetreten und auf den rein agrarischen Produktionsstandpunkt zurückgeworfen, wenn wir den freihändlerischen Lockrufen Englands folgen. Natürlich handelte es sich damals nur um Industrieschutz. Das dritte Kapitel behandelt die kurze Periode des Freihandels, die wir zwischen 1860 und 1870 auf dem Kontinent hatten. Auch diese Darstellung hat nichts mit den heutigen Fragen zu tun. Im vierten Kapitel wird dann die Frage erörtert: Wie kommt es, daß wir seit dem Ende der 70er Jahre allüberall einen so gewaltigen Umschwung aller Anschauungen über die ganze Handelspolitik wahrnehmen, daß die früher von den bürgerlichen Parteien so verfemten Agrarzölle jetzt trotz aller entgegenstehenden alten Ueberlieferungen acceptiert werden, und zwar reih um in einem Lande nach dem andern: in Deutschland, in Oesterreich-Ungarn, in Frankreich, in Italien, in der Schweiz, in Portugal, in Spanien? Das muß doch tiefliegende ökonomische Ursachen haben. So große Wandlungen und Umwälzungen in der Politik — nochmals: in der Politik aller Kontinentalstaaten — müssen doch machtvollen Umwälzungen in den materiellen Grundlagen des Weltverkehrs, großen internationalen Verschiebungen in der Weltproduktion entsprechen. Und gerade wir Sozialdemokraten als Anhänger der materialistischen Geschichtsauffassung sollten uns eigentlich freuen, wenn einer von uns einmal diese tiefliegenden neuartigen Wirtschaftserscheinungen und ihre Folgen im „Oberbau" der Politik und speziell der Handelspolitik eingehender verfolgt und vorführt. Und weil mir die neuartigen grundlegenden Wirtschaftserscheinungen nicht vorübergehend scheinen, deswegen bin ich allerdings weiter zu der Schlußfolgerung gekommen, daß der „vereinte Agrar- und Industrieschutz", der seit dem Ende der siebziger Jahre überall auf dem Kontinent, trotz aller Widerstände, trotz aller alten Traditionen, zum Durchbruch gelangte, keineswegs so vergänglicher Natur ist, wie man das vielfach glaubt. Ich beschönige, ich billige diese Politik keineswegs; aber ich schätze sie in ihren Ursachen, in ihrer Lebenskraft allerdings anders ein. Wir gehen von andern Anschauungen und Interessen aus wie die herrschenden Klassen; auch ich tue das. Aber wir müssen doch auch für die uns umgebende bürgerliche Welt ein richtiges Augenmaß gewinnen; wir müssen, wie man sagt, mit den Tatsachen rechnen. Wenn ich diese Tatsachen anders sehe, kann man mir daraus einen Vorwurf machen? Ich soll dabei „unklar" gewesen sein? Ist das ein Grund zu Vorhalten von Partei wegen? Man nennt mich zweideutig. Ja, wenn bisher die Position unsrer Gegner unterschätzt worden ist, und es weist jemand darauf hin, daß diese Position eine viel festere, viel schwerer einnehmbare ist, aus den und den Gründen . . . führt er dann die Sache der Gegner, ist er dann durch Zweideutigkeiten der Partei in den Weg getreten? Ach nein, mit einem solchen Vorwurf kann man mich diskreditieren, aber widerlegt hat man mich damit noch nicht!

Was ist denn für mich das Empörendste an der ganzen Geschichte? Das Buch, das den Mittelpunkt der ganzen Anklage bildet, ist vor 3 Jahren erschienen. Gewiß, es sind Artikel dagegen erschienen. Das geht bei jedem Buch so, das einen eigenen Standpunkt vertritt. Ein Autor, bei dem

sich andre Anschauungen in langen Jahren festgewurzelt haben, wird durch solche Kritiken nicht bekehrt werden. Es gibt auch Artikel, bei denen man den Autor gar nicht bekehren will, die nur geschrieben sind, um einen Autor zu diskreditieren. Solche Artikel, Genossen, liest man nicht. **Ich habe sie nicht gelesen, bis heute noch nicht. Und ich verbitte mir das** (Bebel: Na, na!), **daß mir zugemutet wird, ich hätte diese Artikel lesen müssen.** Nein, so steht die Sache denn doch nicht. Wenn Leute, die mich gar nicht gelesen haben, trotzdem über mich urteilen, dann werde ich auch wohl sagen dürfen: die betreffenden kritischen Artikel habe ich auch nicht gelesen. In der Partei haben sie auch gar keine Wirkung gehabt. Niemand ist aufgestanden und hat gesagt: hier ist eine Anklage erhoben worden, die muß jetzt zur Entscheidung gebracht werden. Haben Sie so etwas wahrgenommen? Ich habe nichts davon gemerkt. Dann kamen die Zollkämpfe im Reichstage. Ist da jemand aufgetreten mit der Behauptung, daß ich wegen meines Buches in die Fraktion nicht mehr hineinpasse? Niemand ist aufgestanden. Dann haben wir Wahlen gehabt. Ich bin in Chemnitz einstimmig wieder aufgestellt worden. Das hat man gewußt und hätte man Widerspruch erheben wollen, so wäre die Möglichkeit dazu vorhanden gewesen. Wir wissen ja, daß es in solchen Fragen nicht auf das formelle Recht ankommt; die Möglichkeit lag jedenfalls vor. Wissen Sie etwas davon, daß einer aufgestanden wäre und gesagt hätte, um einen Auerschen Ausdruck zu gebrauchen: „Lassen Sie Schippel die Klinke von außen zumachen!"? Ich habe nichts davon gehört. Wir sind dann als neue Fraktion im Reichstag zusammengetreten; ich wurde wieder als Schriftführer präsentiert und habe sämtliche Fraktionsstimmen dafür bekommen, hat damals jemand gesagt: Schippel hat das Buch geschrieben, er ist nicht mehr würdig, der Fraktion anzugehören? Ich habe nichts davon gehört.

Und als ich dann meinen Vortrag hielt, war es nun wirklich notwendig, daß um jeden Preis dieser Streit entfesselt werden mußte? Ich habe den Vortrag gehalten **in kleinem, geschlossenem Kreise.** Als ich darauf hinwies, hat man gesagt, ich wolle mich verkriechen. Nein, ich habe mich nie verkrochen; man wirft mir jetzt ja gerade vor, daß ich rücksichtslos wie ein Grobian aufgetreten sei. Ich denke in solchen Dingen so: Widersprechen Meinungsabweichungen dem Parteiprogramm und den Grundanschauungen der Partei, so hat ein Genosse beiseite zu gehen. Ein solcher Fall lag meiner Meinung nach bei mir nicht entfernt vor. Ich sage aber auch weiter noch: eine Meinung kann innerhalb des Parteirahmens durchaus zulässig sein, sie braucht in keiner Weise parteiwidrig zu sein; auch dann gibt es Zeiten und Umstände, wo dennoch Zurückhaltung zur Pflicht wird; auch zulässige und nicht-parteiwidrige Anschauungen kann man der Partei geflissentlich wie Knüppel zwischen die Beine werfen, und das ist gleichfalls unzulässig. Wie die Dinge beim Vortrag im 3. Wahlkreis lagen, kann von einer solchen **Absicht wirklich nicht die Rede sein.** Die Sache stand so: Schöpflin sollte an dem Abend im dritten Berliner Wahlkreis eine Rede halten. Weil aber die Reichstagssitzung an dem Tage ausfiel, reiste er nach Hause und der Vorstand des Kreises kam in große Verregenheit. Ich wurde mit Bitten bestürmt, einzuspringen, und weil ich schon so oft abgelehnt hatte, sagte ich schließlich zu. Damals wurde gerade der Mitteleuropäische Wirtschaftsverein gegründet, und ich schlug, weil keiner von uns ein andres Thema wußte, vor, daß ich über diese Fragen sprechen wolle. So ist der Vortrag entstanden. Hätte ich gewußt, daß über den Vortrag ein Bericht veröffentlicht werden sollte, so hätte ich dem Berichterstatter — ich kannte ihn nicht — gesagt: Ich bin hier nur als Lückenbüßer, die Sache könnte in der Oeffentlichkeit doch irgendwie ausgenützt werden (Hört! hört!), tun Sie mir den Gefallen und machen Sie es, wie sonst bei solchen Wahlvereinsvorträgen: bringen Sie weiter keinen Bericht; wir sind in einem kleinen Kreise, da kann

man schon mal etwas sagen, was, wenn es in die Oeffentlichkeit gebracht wird, Mißtöne und Mißverständnisse erregen kann." (Hört! hört!) So war die Sache und da kann man doch nicht behaupten, daß ich die Absicht gehabt hätte, der Partei Knüppel zwischen die Beine zu werfen. Und nach der Absicht müssen Sie urteilen. Wenn mir eine falsche Beurteilung der Wirkung meiner Rede passiert wäre: von der Absicht, einen Streit zu provozieren, kann wirklich nicht gesprochen werden. Und wenn diese Absicht nicht vorliegt — sie kann nicht vorliegen —, so sollte man sie auch nicht unterstellen.

Nun komme ich auf die Entwicklung in der Fraktion. Hätte ich gewußt, daß der „Vorwärts" einen Bericht über den Vortrag bringen würde, so hätte ich zum mindesten gebeten, daß er mir vorher vorgelegt würde. Auch in der Fraktion wurde von allen Seiten offen ausgesprochen: Wenn man einen so sensationellen Bericht bringt mit Stellen, die offenbar so nicht gelautet haben können, dann müßte der Bericht dem Redner unbedingt unterbreitet werden. Ich glaube, durch zwei Sätze und die Aenderung von sechs oder sieben Worten hätte der ganze Bericht eine korrektere Form bekommen können, so daß kein besonderes Unglück hätte entstehen können. Ledebour sagte gestern, die Fraktion hätte mich erst zwingen müssen zu der Erklärung, daß ich gegen Agrarzölle sei, natürlich als Forderung der Sozialdemokratie. Das ist nicht richtig. An demselben Tage, an dem der Vorwärtsbericht erschien, waren wir abends in der Fraktion zusammen. Damals war die Stimmung allgemein: Die Sache ist wenig erfreulich, aber nach den Aufklärungen, die erfolgt sind, müssen wir sehen, darüber hinweg zu kommen. Man wollte überhaupt nichts gegen mich unternehmen. Im Laufe der Debatte hatte Pfannkuch — ich glaube, er war es — das Wort fallen lassen: „Wenn Schippel eine Erklärung abgibt, er teile den gegnerischen Standpunkt der Partei gegen den Zolltarif, so würde die Sache am besten erledigt." Ein Beschluß wurde in dieser Beziehung nicht gefaßt, ich griff den Vorschlag, der mir einleuchtete, auf, und Stadthagen hatte die Freundlichkeit, eine entsprechende Erklärung zu formulieren. Und so fanden Sie denn am nächsten Tage meine Erklärung im „Vorwärts", die mit den Worten schließt: „Nach wie vor vertrete ich die beim Zollkampf und im Wahlkampf von der Partei und mir betätigten Anschauungen". Damit sollte die Sache erledigt sein; das war die allgemeine Stimmung. Dann aber kamen die Hinweise auf mein Buch. Es wurden Aeußerungen von mir zitiert wie die, daß der Zoll keine verteuernde Wirkung habe — eine Behauptung, die in dieser Form einfach geschmacklos ist —; es kamen immer neue Anzapfungen. Man wollte die Sache auf der andern Seite nicht zur Ruhe kommen lassen, und so mußte schließlich die Fraktion auch etwas tun. Ich mache der Fraktion keinen Vorwurf. Sie hätte vielleicht sagen können: „Beweist mal Eure Vorwürfe!" Aber wenn sich draußen so viel Mißtrauen angesammelt hat, so kommt jede Fraktion schließlich dazu, daß die bisherige Erklärung nicht genüge. Ich schlug eine nochmalige eingehendere Erklärung meinerseits vor. Diese Anregung scheiterte aus Geschäftsordnungsrücksichten. — Sie finden das in der „Neuen Zeit" und in der Ihnen zugegangenen „Volksstimme" näher dargelegt. So kam die Resolution der Fraktion zustande. Wenn Sie sich diesen Sachverhalt überlegen, so können Sie nicht sagen, ich hätte den Streit provozieren wollen. Im Gegenteil, ich habe alles getan, um den Streit beizulegen. Es ist wahrlich nicht angenehm, jeden Tag erklären zu müssen, ich stehe in diesen Dingen durchaus nicht der praktischen Haltung der Partei gegnerisch gegenüber. Und wenn man das erklärt hat, und jeden Tag von neuem kommen dieselben Angriffe, nun, das geht einem schließlich gegen den Mann. Fortwährend diese beweislosen Anschuldigungen, dann Erklärungen von mir und immer dabei die Empfindung: morgen gehts wieder von vorn los, als ob man niemals etwas erklärt hätte.

Ich bin bis an die Grenze des Möglichen gegangen, vielleicht noch darüber hinaus. Trotzdem ist der Streit weiter gegangen, den in seinen Einzelheiten zu schildern gar nicht möglich ist.

Ich wende mich deshalb der Resolution Bebel zu. Welche Stellung Sie dazu nehmen werden, ist Ihre Sache. Ich weise Sie nur auf einige Punkte hin, die Sie unmöglich annehmen können. Da wird mir zunächst mein Ton vorgeworfen. Ein Jahr nach dem Dresdener Parteitag derjenige zu sein, dem in erster Linie in der Partei der schlechte Ton vorgeworfen wird, das habe ich nicht erwartet. Ich glaube nicht zu denjenigen zu gehören, die gern gegen Parteigenossen polemisieren. Aber bedenken Sie: ich habe auch eine Leber, über die mal eine Laus läuft. (Heiterkeit.) Wissen Sie, was gegen mich geschrieben worden ist? Wenn Sie meinen Ton tadeln, warum nehmen Sie den Ton der andern nicht mit hinein! (Sehr richtig!) Warum nur immer den Ton desjenigen, der angegriffen, der herausgefordert worden ist, der sich verteidigen muß gegen beweislose Verdächtigungen. Ich will Ihnen mal ein paar Stellen verlesen. Da gibt der Genosse Parvus eine Korrespondenz heraus: „Aus der Weltpolitik". Darin schreibt er am 30. Januar 1904 und die Dortmunder „Arbeiter-Zeitung" und wohl noch manches Parteiblatt hat diese Beleidigungen und Beschimpfungen wortgetreu nachgedruckt. Es heißt da:

„Max Schippel hielt in Berlin eine große Rede über Handelspolitik. Der „Vorwärts" brachte einen langen Bericht darüber. Dieser Bericht enthielt von der ersten bis zur letzten Zeile nichts als stockagrarische Ausführungen (Sehr richtig!) über Agrarzölle, über Landwirtschaftsnot, über Handelsverträge. Ganz und gar im Sinne eines Grafen Kanitz. Dann publizierte Schippel eine Berichtigung im „Vorwärts", wonach seine Ausführungen zwar durchaus genau im Bericht wiedergegeben seien, nur habe er damit bloß die Ansichten der andren Parteien zum Ausdruck bringen wollen, seine Ansichten aber seien die Ansichten der Partei. Wir gestatten uns, dieses Dementi in den Papierkorb zu schmeißen. Hätte Schippel gesagt, er sei es gar nicht gewesen, der den Vortrag gehalten hat, die Versammlung habe nicht stattgefunden, der Bericht sei gar nicht im „Vorwärts" erschienen, sondern in der „Deutschen Tageszeitung", so würde man vielleicht an seiner geistigen Intaktheit, aber nicht an seiner Aufrichtigkeit zweifeln. Schippel würde gut tun, in der Zukunft, um Mißdeutungen vorzubeugen, an die Genossen, die von ihm ein Referat verlangen, erst die Anfrage zu richten: Von welchem Standpunkte wollt ihr, daß ich die Frage behandle? Vom agrarischen, vom ultramontanen oder vom antisemitischen? Oder noch anders? In der Ankündigung wird es dann ungefähr heißen: Max Schippel spricht über Justiz vom Standpunkte Fritz Friedmanns" — eine Geistreichigkeit ersten Ranges —. „Den Kulminationspunkt des Ganzen bildet eine Verherrlichung des neuen Zolltarifs" — meine Rede eine Verherrlichung des neuen Zolltarifs! — „man soll nicht sagen: Mit dem neuen Zolltarif ist nichts anzufangen. Damit ist sehr viel anzufangen. Wer spricht denn da? Ist es Bassermann? Ist es Posadowsky? Oder sind Sie es gar wirklich, Genosse Max Schippel? Existieren Sie denn leibhaftig und lebendig? Oder ist es vielleicht nur noch ein sozialdemokratisches Reichstagsmandat, hinter dem sich der Geist des verstorbenen Freiherrn von Wangenheim verbirgt? Da haben wir nun gegen den Zolltarif gekämpft und gewütet, Obstruktion getrieben, beinahe eine Staatskrisis zustande gebracht — und jetzt erfahren wir, daß das alles umsonst war, daß wir ruhig der Zolltarifvorlage hätten zustimmen, oder jedenfalls, wie bei der Herero-Vorlage, uns der Abstimmung enthalten, neutral bleiben können! Das ist nun Schippel!" —

Es ist immerhin ein Trost, daß in derselben Nummer der „Wp." gerade so gegen die Fraktion wegen ihrer Abstimmung über die Herero-Vorlage losgegangen wird. Es ist ein Trost für den Elenden, mit andren zusammen abgeschlachtet zu werden. Ein schöner Ton war das nicht, mein Ton war doch wohl um verschiedene Grade schöner. Ich bitte, mir das Gegenteil zu beweisen. Das waren aber noch lange nicht die schönsten Töne, die Parvus riskiert hat. Und seine gefälligen Helfershelfer haben es abermals nachgedruckt. Das ist „Parteidisziplin", das ist die „Förderung des guten Verhältnisses unter den Parteigenossen". So heißt es, nach Parvus, in der „Dortmunder Arbeiterzeitung" vom 10. 2. 1904:

„Schippel macht sich nichts daraus. Es ist ihm überhaupt alles egal. Das Gefühl der allgemeinen Wurstigkeit beseelt ihn. Man weist ihm nach, daß er alte agrarische Ladenhüter produziert, deren Nichtigkeit längst aufgedeckt, von ihm selbst erkannt ist, daß er Zitate fälscht." (Ruf: Sehr richtig!) — Nun, Zitate fälschen wir ja alle. Das lese ich seit Jahren als Vorwurf bei jeder Polemik unter Parteigenossen — „daß er die Unwahrheit sagt, — das rührt ihn nicht. Er ist unverletzbar, denn er hat jedes moralische Empfinden verloren. Man kann ihm, wie dem unverwundbaren Ali im Variété Stricknadeln durch die Wangen ziehen und brennendes Werg in den Mund stecken. (Heiterkeit.) Er fühlt es nicht. Was man auch über ihn schreibt, er liest es nicht. Alles ist nichtig. Er ist jenseits von Gut und Böse. Er lebt in einem Nirwana, deutsch, in einem Dusel. Mit halbgeschlossenen, verschlafenen Augen sieht er sich die Welt an — sie erscheint ihm klein, unbedeutend, und was wir andern treiben, wofür wir uns ereifern, erhitzen, unnütz und erbärmlich. Wahrheit, Wissenschaft — alles ist unsicher, schwankend, vergänglich. Revolution, Sozialismus, politische Macht, Weltumwälzung, Prinzip — Hallucinationen, Utopien, Zeitvertreib! Jedes Ding läßt sich verschieden darstellen — je nach dem Gesichtspunkt. Tritt man ihm entgegen, sucht man ihn zu überzeugen, so höhnt er bloß: Das alles kann er ebensogut wie wir, und wenn wir es wünschen, könne er es auch anders darstellen. (Ruf: Leider sehr richtig!) Er zeichnet eine Karikatur der Volksmiliz und agitiert mit uns gegen das stehende Heer; er schreibt ein schutzzöllnerisches Buch und agitiert mit uns gegen die Schutzzölle. Er glaubt weder an das eine noch an das andre: weder an das, was wir tun, noch an das, was er schreibt. Der Mann ist zu bedauern. Er kannte einst bessere Zeiten."

Was sagt weiter die Dortmunder „Arbeiterzeitung" dazu?: „Soweit Parvus. Wir haben gestern schon unsrer Hoffnung Ausdruck gegeben und wiederholen das auch heute, daß die Fraktion alle Befürchtungen zu Schanden machen wird, indem sie resolut zwischen sich und Schippel das Tischtuch zerschneidet." Und bei andrer Gelegenheit schreibt dasselbe Blatt: „Schippel hat den ehernen Boden der marxistischen Denkweise verlassen, und nun hat er gar keinen Boden mehr unter den Füßen, er sinkt — sinkt ins Bodenlose. Gerade im Falle Schippel zeigt sich aufs neue deutlich, wie selbst die größte Begabung und die umfassendsten Spezialkenntnisse nicht vor völligem politisch-wissenschaftlichen Schiffbruch schützen, wenn man nicht geleitet wird von dem Kompaß einer fest fundierten Theorie, wenn man nicht unverwandt blickt auf den Leuchtturm eines zielklaren Programms. Das erlaubt sich hier dem Genossen Max Schippel jemand zu sagen, der es weder an Begabung noch an Spezialkenntnissen mit ihm aufnimmt, der weder „allweise" noch ein „Parteilicht" ist, der aber vor Schippel einen großen Vorzug voraus hat, den nämlich, daß er nach wie vor ein klassen- und zielbewußter Sozialdemokrat ist."

Habe ich angesichts solcher Auslassungen nicht recht, wenn ich meinen Ton gleichfalls um ein paar Nuancen verschärfe? Wenn die Dinge von vornherein so behandelt werden, bevor es zu einer Aussprache kommt, wenn die Parteigenossen nicht das Bedürfnis haben, abzuwarten, wie die Erklärungen ausfallen, sondern gleich derart losschlagen, nun, dann darf man sich nicht beschweren, wenn auch mein Ton etwas kräftig geworden ist. Ich weiß also nicht recht, weshalb die Resolution Bebel nur den Ton der einen Seite tadelt.

Dann enthält die Bebelsche Resolution noch eine Stelle, die Sie unmöglich so annehmen können. Es heißt da: „Wenn schließlich der Genosse Schippel, durch die Fraktion zu klarer Stellungnahme gedrängt, erklärte, daß er Gegner der Agrarzölle sei ..." Zu meiner ersten Erklärung bin ich durchaus nicht gedrängt worden. Ich selber habe mich freiwillig bereit erklärt, eine versöhnliche Erklärung abzugeben.

Ferner bemängelt die Resolution meine Stellung zur Agrarfrage. Aber niemand hat hier die Aenderung seines Standpunktes bereitwilliger zugegeben als ich. Ich habe in der „Chemnitzer Volksstimme" vom 10. August geschrieben: „Folgern darf man aus meinen Darlegungen allerdings, **daß für die Partei die Agrarfrage wohl noch nicht als „gelöst" zu betrachten ist.** Kommt sie, was in keiner Weise eilt, wieder einmal ernstlich zur Erörterung, — sowohl hinsichtlich der tatsächlichen Feststellungen über die Lage der Landwirtschaft, wie hinsichtlich der Möglichkeit sozialistischer Heilmittel gegen etwa anzuerkennende Notstände — so unterliegt es für mich keinem Zweifel, daß wir vieles besser machen werden wie 1895. Ich selber bin ein lebender Zeuge manches Meinungsumschwunges auf diesem Gebiete, und auch andre haben unterdes mancherlei gelernt. Das geht uns nun einmal allen so oder doch den meisten von uns — glücklicherweise. **Selbst rettende Gegenprogramme gegen den bürgerlichen Agrarschutz auszuhecken, dazu bin ich selbstverständlich nicht verpflichtet,** dazu bin ich ferner sehr wenig veranlagt. Ich huldige in solchen Dingen noch immer dem altväterischen Grundsatz, daß Programme und programmatische Kundgebungen nur **Kollektivarbeit,** nur das Ergebnis vorangegangener **vielseitiger Aussprachen** und Verständigungsversuche innerhalb der Partei sein können und sein sollen, daß sie darum zunächst ein in der Partei allseitig empfundenes Bedürfnis nach einer bestimmten Stellungnahme zur Grundlage haben müssen. Seit dem Jahre 1895 habe ich davon nichts mehr verspürt. Das wird sicher eines schönen Tages abermals anders werden. Bis dahin jedoch kann unsereiner vernünftigerweise weiter nichts wollen, wie Aufklärung über die maßgebendsten agrarischen Entwicklungserscheinungen mit verbreiten zu helfen, um auf diese Weise spätere Diskussionen zu erleichtern und spätere Vorschläge vorzubereiten. Heute schon mehr zu tun, hieße Eier bebrüten, ehe sie gelegt sind."

Nun, Genossen, wenn einer so offen ausspricht, daß er seinen Standpunkt geändert hat, dann sollen wir auch hier nicht diese Aenderung annageln wollen, als wenn sie einen Vorwurf bedeutete. (Zuruf von Bebel.) Ich gebe zu, das mag ja nicht die Absicht sein, aber Sie wissen ja, wie solche Resolutionen draußen beurteilt werden, und wegen dieser Wirkung nach außen sollten Sie die Annagelung fallen lassen.

Und nun zum Schluß! Ich glaube, es war Schöpflin, der hier mit solcher Verve gegen mich gesprochen hat und der erklärte, selbst die Resolution Bebel ohne das Amendement Freythaler sei nicht annehmbar, und er hat hinzugefügt, ob Schippel dann die Konsequenzen ziehen wird, das steht dahin. **Nun, Genossen, darüber zerbreche ich mir zunächst den Kopf nicht,** ich habe die Gewohnheit, die Dinge an mich herankommen zu lassen und nicht schon im voraus nachzugrübeln über die Konsequenzen von Umständen,

die vielleicht einmal eintreten können, und von Anträgen, die vielleicht einmal zur Annahme gelangen können. Ob und welche Konsequenzen ich eventuell ziehen werde, darauf kann ich Ihnen also im Augenblick keine Antwort geben. Aber Sie haben gern von meiner Zweideutigkeit gesprochen. Nun, Genossen, wenn Sie durch das Amendement wirklich das bezwecken, was Schöpflin ganz offen als Absicht ausgesprochen hat, dann haben Sie heute den Mut, eindeutig zu sein, dann verlangen Sie auch klipp und klar das, was Sie wollen. Dann werden wir uns weiter sprechen. (Vereinzelter Beifall).

Sindermann-Dresden: Der Wunsch, Klarheit zu schaffen, besteht unter den Genossen fast aller Wahlkreise, und es ist ja auch ganz selbstverständlich, daß wir Schippel gegenüber mal eine klare Stellung einnehmen müssen. Die Geschichte liegt doch nicht so einfach, wie Schippel sie darzustellen beliebt. Ledebour hat durchaus objektiv berichtet; wir haben seitens der Fraktion von Schippel eine Erklärung darüber verlangt, ob er noch auf dem Standpunkt steht, den er zur Zeit des Kampfes gegen den Zollwucher einnahm. Diese Klärung ist nicht erfolgt. Es ist in den letzten Monaten ein bedauerlicher Unfug damit getrieben worden, daß man sich Vertrauensvoten von Wahlkreisen ausstellen läßt. (Sehr richtig!) Die Chemnitzer haben Schippel ein Vertrauensvotum erteilt, noch bevor er gesagt hat, welchen Standpunkt er eigentlich einnimmt. Ich habe sogar gehört, daß er die Vertrauensresolution selbst geschrieben und sie nur durch einen andren Genossen hat einbringen lassen. (Lebhaftes Hört! hört!) Welchen Wert haben denn solche Vertrauensvoten noch? Ich glaube, auch die Chemnitzer werden das mysteriöse Verhalten Schippels zu würdigen wissen und denselben Weg betreten, den der Parteitag heute durch die Resolution Bebel und das Amendement Freythaler ihnen anzeigt. Die Resolution Bebel geht mir nicht weit genug, wir müssen Schippel zeigen, was er zu tun und zu lassen hat, und das kommt in dem Amendement zum Ausdruck. Schippel macht den schweren Kampf gegen den Zollwucher nicht mit, er läßt sich nicht blicken, er gibt den Gegnern Material gegen uns, und heute kommt er hierher und liefert dasselbe traurige Schauspiel wie in seinen Artikeln in der „Chemnitzer Volksstimme". (Sehr richtig!) Wenn ich einmal die Notwendigkeit von Agrarzöllen einsehe, dann ziehe ich auch die Konsequenzen daraus. Gegen das mysteriöse Verhalten von Schippel muß der Parteitag endlich Stellung nehmen. Zurzeit des Wahlkampfes im 20. sächsischen Wahlkreise, wo Göhre eine so taktlose Rolle spielte, als die bürgerlichen Parteien die Stellung von Schippel gegen uns ausnutzten, hat sich Schippel trotz der Aufforderung, zu sprechen, nicht gerührt. Er liest nichts, er hört nichts, er weiß nichts, und dabei ist er fähig, uns eine ganze Reihe von Zitaten vorzuführen, die zu seinen Gunsten sprechen. (Sehr gut!) Auf der sächsischen Landeskonferenz sagte er, er kümmere sich um die Streitigkeiten in der Partei nicht. Erst rollte er eine Streitfrage auf, und wenn dann die Genossen Klarheit verlangen, dann sagt er: Ach, Ihr wollt ja bloß stänkern, ich lasse mich darauf nicht ein, denn jedesmal fangen diese Stänkereien an mit einer Auseinandersetzung über die materialistische Geschichtsauffassung und sie enden mit einer dreckigen Rinnsteingeschichte. (Pfui!) Er hat keine Erklärung abgegeben, obwohl nichts leichter gewesen wäre, als einfach zu sagen: ich verwerfe alle Lebensmittelzölle, ich verwerfe alle Agrarzölle in Deutschland! Statt das zu erklären, hat er nachher die Genossen in der höhnendsten Art und Weise heruntergerissen. Das darf in der Partei nicht Brauch werden, die Genossen müssen Schippel zu erkennen geben, daß wenn er nicht mehr fähig ist, die neue Weltanschauung gegen die alte zu vertreten, in der Partei kein Platz mehr für ihn ist. Wenn ein jüngerer, in den hintersten Reihen kämpfender Parteigenosse so schwere Fehler machte, so hätte man ihm längst den richtigen Weg gewiesen und was man gegen den einen tut, darf man gegen den andern nicht unter-

lassen. Schippel läßt es zu, daß die Gegner ihn fortwährend gegen uns ausspielen, aber er hat nicht den Mut, zu sagen, ich kann nicht mehr durch Dick und Dünn mit Euch gehen und muß deshalb die Konsequenzen ziehen. Das fällt ihm gar nicht ein. Wir alle haben keine Lust, in der Partei zu stänkern, wir wissen, daß es notwendig ist, gerade in Zollfragen die größte Einheit zu bewahren. (Sehr richtig!) Mancher Genosse, der es 1895 nicht verstand, wie Bebel sagen konnte: er sei mit Schippel als Mensch fertig, wird heute sagen, daß Bebel recht gehabt hat. An Stelle von Schippel würde ich den Mut haben, zu sagen: ich gehöre innerlich nicht mehr zu Euch, ich gehe meiner Wege, ich kann nicht mehr mit Euch marschieren. (Lebhafter Beifall.)

Bernstein: Ich habe mich einschreiben lassen, um gegen die Resolutionen zu sprechen, **nicht etwa, weil ich den Standpunkt Schippels teile,** sondern, weil die Resolutionen nur **Aeußerlichkeiten** betreffen **und nicht das, worauf es ankommt.** Ich will nicht leugnen, daß in Schippels Auftreten eine gewisse Zweideutigkeit liegt, aber das ist nur eine Aeußerlichkeit. Viel wichtiger ist, daß der Standpunkt Schippels ein theoretisch falscher und zweideutiger ist. Auch die Art, wie er hier die Frage behandelt hat, hat das von neuem bekräftigt. Er hat unter anderm Päplow angeführt als einen Genossen, der zu der Ueberzeugung gelangt sei, daß unter Umständen die Ware Arbeitskraft geschützt werden muß gegen die Konkurrenz von Arbeitern andrer Länder auf dem Arbeitsmarkt. Das ist aber etwas ganz andres als das, worum es sich in der Handelspolitik handelt. (Sehr richtig!) Ich will damit nicht etwa sagen, daß ich all das gut heiße, was in den verschiedensten Ländern geschehen ist, um fremde Arbeiter vom Arbeitsmarkt abzuhalten. Die deutsche Technik und die deutsche Industrie sind im allgemeinen so entwickelt, daß sie keines Schutzzolles bedürfen. Schutzzölle sind wirtschaftlich betrachtet schließlich eine Verteuerung der sachlichen Produktionskosten, die Arbeiter haben ein Interesse daran, die sachlichen Produktionskosten möglichst zu vermindern. Wir wissen weiter, daß der Agrarzoll für kleine Landwirte, je mehr sie sich ihrer Klassenlage nach den Arbeitern nähern, gleichgültig, ja sogar schädlich ist. **Die Arbeiterklasse muß eine durchaus einheitliche Handelspolitik betreiben** aus ihrer ganzen Stellung in der modernen Gesellschaft heraus. Daß die bürgerlichen Parteien, wie Schippel feststellt, die Fahne des Freihandels haben fallen lassen, ist begreiflich, einmal weil sie überhaupt reaktionärer geworden sind, teils auch, weil sie die Kraft verloren haben, für ihre einstigen Ideale einzutreten. Deshalb ist die Fahne des Verkehrs auf die Arbeiterklasse übergegangen. Ich bedauere, daß Schippel diesen Standpunkt nicht hat, aber aus solchen theoretischen Auffassungen kann man niemandem von vornherein einen Vorwurf machen. Andrerseits darf man dazu auch nicht schweigen. Ich vermisse in den Resolutionen die Betonung des Standpunktes der Partei, wie er in den Beschlüssen von Mainz und München zum Ausdruck kommt. Also, theoretisch trennt mich sehr viel in dieser Frage von Schippel, ich stehe vielleicht am schärfsten von allen Genossen gegen ihn, aber daraus, daß er in einem improvisierten Vortrag (Zuruf: improvisiert?) in einer geschlossenen Versammlung seine theoretischen Anschauungen vorgebracht hat, ist ihm kein Vorwurf zu machen. Die Sache ist gegen seinen Willen und seine Absicht in die Oeffentlichkeit gezogen, er ist aufgefordert worden, Stellung zu nehmen. Die Art, wie Schippel seinen Standpunkt entwickelt hat, hat auch mir nicht gefallen, er hätte schon etwas deutlicher sprechen und von vornherein seinen Standpunkt öffentlich kundgeben können. (Bebel: Das verlangen wir ja, das haben wir aber auch heute nicht erfahren!) Schippel hätte auch im Ton anders sein können, aber ich weise darauf hin, daß uns sonst immer gesagt wird, alte Weiber beschweren sich über den Ton, eine kräftige Partei kann auch einen kräftigen Ton vertragen. Also, man soll auf

den Ton nicht so viel Gewicht legen, oder aber, wenn man ihn rügt, dann soll man ihn bei allen rügen. Schippel ist doch auch scharf angegriffen worden. Hinsichtlich der Polemik will ich übrigens bemerken, daß Schippel Kautsky gegenüber sachlich im Unrecht ist, insofern er ihm Widersprüche vorwarf, wo keine Widersprüche vorhanden waren. Ich teile, kurz gesagt, den Standpunkt von Schippel nicht, und ich halte es weiter für notwendig, daß der Parteitag nochmals seine Stellung zur Verkehrs- und Handelspolitik und zur gegenwärtigen Zollpolitik bekräftige. Ich habe auch nichts dagegen, wenn der Parteitag einen Tadel ausspricht über den Ton, aber nicht über den Ton allein von Schippel, sondern über den Ton von allen. (Sehr richtig!) Schippel befand sich in einer sehr schwierigen Lage, man hätte ihn nicht zwingen dürfen zu sprechen. Aus seinem Schweigen kann ihm ein Vorwurf nicht gemacht werden. Ich empfehle Ihnen die Annahme der von mir gestellten Resolution 136.

Päplow-Hamburg: Schippel hat recht, wenn er mich als alten Freund reklamiert, ich gehöre zu denen, die ihn vor 15 Jahren in den Sattel gehoben, d. h. als Reichstagskandidaten für Chemnitz aufgestellt haben, und ich bin in gewisser Beziehung auch heute noch Schippelianer, obwohl ich nicht alles, was er geschrieben hat, mit verantworten will. Ich sage auch, daß die handelspolitischen Fragen diskutiert werden können in dem Sinne, wie Schippel es getan hat. Was ich ihm vorwerfe, ist, daß er die politische Situation nicht beachtet, daß er gerade als die Partei im Kampfe gegen den Zolltarif stand, diese Fragen aufgeworfen hat. Schippel sagt, ich sei Protektionist. Ich bin in Amsterdam keineswegs protektionistisch aufgetreten, ich habe nur gesagt, daß ich das Wort von Marx: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!" nicht so auffasse, daß ausländische Arbeiter in ungezählten Scharen ohne Rücksicht auf die Zustände bei uns nach Deutschland kommen dürften, ich habe gesagt, wir müssen die internationale Freizügigkeit an gewisse Bedingungen knüpfen. Wer so unter der internationalen Freizügigkeit gelitten hat, wie wir Bauhandwerker unter dem Zuzug der Italiener, der darf wohl mit Recht verlangen, daß die internationale Solidarität auch von den übrigen Arbeitern gefördert wird. Genau so, wie wir uns jetzt unter Umständen wehren müssen gegen die massenhafte Einwanderung von Arbeitern, können wir auch zu der Anschauung gelangen, daß die Ware an und für sich geschützt werden muß. Ich will darauf nicht weiter eingehen, sondern nur betonen, daß ich auch den Standpunkt von Bernstein nicht für den richtigen halte. Will man die Ware Arbeitskraft schützen, dann muß man unter Umständen auch so weit gehen, daß man die Ware selbst schützt. Ob der Zeitpunkt dazu gekommen ist, will ich nicht erörtern.

In der Resolution Bebel ist von dem Ton die Rede, aber man muß doch berücksichtigen, welcher Ton vorher angeschlagen ist. Und leider hat ja das Wort noch immer Geltung: Wie es in den Wald hinein schallt, so schallt es wieder heraus. Kautsky, der sich ja Schippel besonders vorgenommen hat, hat in dieser Beziehung auch sehr viel gesündigt. Und Bebel — ich schätze ihn sehr hoch, ich bin sachlich in fast allem mit ihm einverstanden, mir ist sein Standpunkt mitunter sogar noch nicht scharf genug — aber der Ton, den er manchmal anschlägt, gefällt mir nicht. Der Ton, den er in Dresden angeschlagen hat, wird mir niemals gefallen. Also, wenn man soviel vom schlechten Ton redet, so soll man auch andern diesen Vorwurf machen. Ich halte deshalb sowohl die Resolution Bebel als auch das Amendement Freythaler für unannehmbar. Wollen wir Schippel einen Tadel aussprechen, so kann das nur in der milden Form geschehen, wie ich es in meiner Resolution beantragt habe. Wäre keine andre Resolution vorgeschlagen, so könnte ich die meinige sogar zurückziehen und beantragen, daß die Sache durch die Aussprache hier als erledigt angesehen wird. Ich würde eigentlich noch der Resolution Bernstein den Vorzug geben.

Da ich aber nach der Stimmung, wie sie sich bisher hier gezeigt hat, nicht wage, anzunehmen, daß diese versöhnliche Resolution angenommen wird, so muß ich vorläufig meine Resolution aufrecht erhalten, die noch etwas schärfer ist. Ich würde es für sehr wünschenswert halten, wenn Bebel seine Resolution zurückziehen würde. (Bebel: Unmöglich!) Dann könnten wir alle Resolutionen verwerfen und uns auf die Bernsteins verständigen. (Lachen.) Wir wollen doch nicht so intolerant sein und so böse Scharfrichterei treiben. Es ist doch nicht zu leugnen, daß Schippel heute ganz unzweideutig seine Meinung gesagt hat.

Noch kurz zu dem Antrage von Hamburg III. Schippel meinte mir gegenüber, die Hamburger Genossen hätten mich wohl zu dem Zwecke hergeschickt, um ihn abschlachten zu helfen. Das trifft nicht zu. Ich weiß nicht, wie die Resolution von Hamburg III zustande gekommen ist; ich habe sie erst kennen gelernt, als sie im Druck vorlag. Die Hamburger Genossen haben mir nichts davon gesagt, ich habe keinen Auftrag von ihnen. Ich würde einen solchen Auftrag auch zurückgewiesen haben. Ich hätte den Hamburger Genossen meinen Standpunkt dargelegt, daß ich es nicht nur für möglich, sondern sogar für nützlich halte, wenn theoretische Erörterungen darüber gepflogen werden, ob wir nicht schließlich doch einmal protektionistisch, schutzzöllnerisch werden müssen. Ich bitte Sie, nicht immer den schärfsten Ton anzuschlagen, seien wir doch tolerant und versöhnlich. Geben wir Schippel Gelegenheit seine Fehler innerhalb der Partei wieder gut zu machen.

Es wird hierauf die Unterstützungsfrage für die Resolution Bernstein gestellt; sie wird genügend unterstützt.

Jentsch-Berlin: Ich muß meine gestrigen Ausführungen etwas ergänzen. Die Genossen sind mit Recht der Ansicht, daß Schippel in der „Chemnitzer Volksstimme“ wie auch in den „Sozialistischen Monatsheften“ wie die Katze um den heißen Brei gegangen ist. Er stellt es so dar, als ob er alle Gegner in der Partei zur Strecke gebracht hat. Seine Darlegungen gipfeln darin, daß es für die deutsche Regierung unumgänglich war, die Zollpolitik zu inaugurieren. Er liefert also den Vertretern der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung den Beweis, daß sie auf dem richtigen Wege sind. Hinterher sagt er dann, er identifiziere sich nicht mit diesem Standpunkt der Gegner, den er eben gerechtfertigt hat. Das verstehen die Parteigenossen im Lande nicht. Gehört ein Mann, der beweist, daß unsre Gegner mit ihrer Politik recht haben, noch in unsre Reihen? Ich bin nicht der Meinung. Das Volk verlangt von seinen Vertretern, daß sie ihre wissenschaftlichen Kenntnisse in der Dienst der Sache des Proletariats und nicht in den Dienst der Gegner stellten. Gegen den Individualismus Schippels haben wir nichts, aber als Abgeordneter muß er seinen Individualismus beschränken. Er ist verpflichtet, seine Studien im Interesse der Partei zu verwerten. Tut er das nicht, so muß er von dieser Stellung zurücktreten und im Hintergrunde der Partei seinen wissenschaftlichen Neigungen huldigen. Ich bitte Sie um Annahme der Resolution Bebel mit dem Amendement Freythaler. (Beifall.)

Zubeil-Berlin: Wir haben wieder das alte Bild erlebt, daß Schippel sich hier als der Angegriffene hinstellt, er ist nicht das Karnickel, das angefangen hat, er ist durch den Ton der andren gereizt. Der früher so radikale Schippel, wie ihn die Berliner kennen, will dem Parteitage glauben machen, daß die Versammlung des 3. Berliner Reichstagswahlkreises nur von einer kleinen geschlossenen Gesellschaft besucht gewesen sei. Es war eine Versammlung, die öffentlich bekannt gemacht und von zirka 400 Personen besucht war, und das nennt Schippel einen kleinen geschlossenen Kreis. Ja, Schippel hat die Stirn gehabt vor den Parteitag zu treten und zu behaupten, er habe Schulter an

Schulter den Zollkampf mit uns gekämpft, **während er uns niemals weder im Plenum, noch in der Kommissionsberatung auch nur im geringsten unterstützt hat, ja wo er zu den Abstimmungen im Plenum erst telephonisch herbeigerufen werden mußte.** In einem Buche seine Ansichten niederzulegen ist wahrlich leichter und bequemer, als öffentlich im Reichstag seine Ansichten zu vertreten. Ich spreche es offen aus: Dazu ist Schippel zu feige. Schippel beklagt sich über den Ton der Gegner. Was schreibt er aber in der „Volksstimme" über Kautsky: In Nr. 147 ist zu lesen:

„Was erwidert da unser „weitersehendes" Prinzip und Endziel mit der ganzen Rückgratlosigkeit der politischen Gelegenheitsmacherei?"

An einer andern Stelle derselben Nummer:

„Nur ein vollendeter Knabe oder ein Krakeeler um jeden Preis kann in einem solchen Falle noch das Prinzip ausspielen."

In Nr. 153 heißt es:

„Denn bisher galt gerade Kautsky, der seit Februar-März klägerisch entrüstete Genosse Kautsky, der mit einem Male das anti-agrarische Parteigewissen verkörpernde Genosse Karl Kautsky vielen als der wahre sozialdemokratische Agrarier."

In Nr. 171 höhnt Schippel:

„In der Tat, Abtrünniger, Verräter, Doppelzüngiger, Unzurechnungsfähiger, Kleinbürger, Agrarier, Rodbertusianer, jetzt naht dein langverdientes, bitteres, letztes Stündlein! Hier ist nichts mehr zu leugnen, nichts mehr zu entrinnen: Du hast ... Du hast ... Du hast ... behauptet, die Agrarzölle hätten zu keiner Verteuerung der zollbetroffenen Artikel geführt! ...

„Ja, Kinder, ihr habt euch bei dieser „Diskussion" wohl an mancherlei gewöhnt. Aber, entschuldigt schon, so etwas von ... — ihr müßt schon entschuldigen, wenn ich das Wort, das mir auf die Zunge kam, wieder unterdrücke — also, sagen wir, so etwas von unsagbarster Kinderei ist mir in meinem ganzen Leben kaum jemals vorgekommen.

Aber da ich nunmehr aus verschiedenen Preßäußerungen gesehen habe, daß man bei manchem Parteiwächter noch nicht einmal das einfachste A. B. C. und Einmaleins jeder handelspolitischen Debatte voraussetzen darf, so muß ich notgedrungen mit den jetzigen Ausführungen ganz von unten beginnen."

Hier aber stellt sich Schippel als das unschuldige Opferlamm des Tones hin. Wir wollen keinen abschlachten, aber wir wollen, daß die Doppelseele Schippels, seine Doppelzüngigkeit endlich mal aus der Partei entfernt wird. Wer nicht mit uns gehen will, der muß gegen uns sein. Wenn er selbst die Konsequenzen seines unqualifizierbaren Verhaltens nicht zieht, müssen wir ihm die Wege weisen. Ich stehe auf dem Standpunkte der Resolution Bebel mit dem Amendement, über die der Parteitag in namentlicher Abstimmung sich entscheiden muß. Mit Annahme der Resolution Bernstein, die den Pelz waschen will, ohne ihn naß zu machen, wird das Ganze auslaufen, wie das Hornberger Schießen. (Sehr richtig!)

Ulrich-Offenbach: Auch ich will nicht, daß die Sache ausläuft, wie das Hornberger Schießen. Wir müssen jeden Versuch, agrarische Neigungen bei uns einzubürgern, energisch zurückweisen auch einem Genossen gegenüber, der lange Zeit der Radikalste der Radikalinskis gewesen ist. (Sehr richtig!) Jetzt steht er direkt im Lager der Klapper und Genossen. Schippel ist mir als Mensch stets sehr sympathisch gewesen, aber wir haben es hier nicht mit dem Menschen Schippel zu tun, sondern mit dem Politiker Schippel. Der Politiker Schippel hat sich selbst überholt und es ist der Gelehrte, der Silbenstecher, der Stubenhocker Schippel herausgekommen. Er glaubt, mit einerseits und andrerseits lassen sich solche Fragen lösen. Solche Fragen wie die Zoll-

frage lassen sich aber nicht mit Lavendelkraut und Thymian erledigen, mit Rosenwasser auch nicht (Heiterkeit) und noch weniger mit Bescheidenheit, sie müssen als reine Machtfragen behandelt werden und wir haben die Pflicht, unsre ganze Kraft daran zu setzen, um die Junker-Politik zu verhindern. Bernstein meinte, wenn man sonst in allen Fragen einig ist, dürfte diese Frage nicht dazu führen, daß man Schippel veranlasse, die Klinke der Tür zur Partei von außen in die Hand zu nehmen. Ja, wenn es nur die eine Frage wäre! Ich erinnere Sie aber an Schippels Auffassung über Militarismus und Miliz. Ich gestehe offen, Schippel scheint mir durchaus konsequent zu sein insofern als er uns ein abschließendes Urteil über Miliz und Agrarzölle nicht gibt, weil er immer noch keins hat und deshalb uns auch jetzt nicht sagen kann, was er über die Agrarzölle wirklich denkt. Ich habe aus Schippels Munde auch heute nicht gehört, daß er ein Gegner der Agrarzölle sei; er hat zwar die Erklärung verlesen, die er auf Veranlassung der Fraktion mit Hilfe Stadthagens abgegeben hat, aber er hat nicht klipp und klar erklärt: Ich stehe auf dem Standpunkt, auf dem Ihr steht, die Agrarzölle sind ein Unglück für die Arbeiter, und deshalb müssen wir sie bekämpfen. Ich meinerseits erkläre es für eine Illusion, daß die Frage der Agrarzölle je ausscheiden wird aus dem politischen Kampf. So lange die preußischen Junker am Ruder sind, wird ihre Räuberpolitik nicht aufhören. Wie ihre Vorfahren als Wegelagerer an der Straße lagen, so benutzen ihre Epigonen die Klinke der Gesetzgebung, um aus dem Volke herauszuholen, was ihnen möglich ist. (Frau Zietz: Um Ihre Macht zu stärken!) Es steht fest, daß die Agrarzölle sich in aufsteigender Richtung bewegen werden, so lange jene Leute am Ruder sind, die materielle Vorteile davon erhoffen. Jeder nachfolgende Junker wird wieder mehr verschuldet sein und wird Hilfe vom Staat verlangen in Form von höheren Getreidezöllen. Jede Lohnerhöhung, die wir der bürgerlichen Gesellschaft abringen, wird durch die Verteuerung der Lebensmittel wieder illusorisch gemacht, und so müssen wir den Kampf immer wieder von neuem anfangen. Die Vorgänge in Italien zeigen uns, wohin wir steuern. Die General Boguslawski und Genossen sind nicht vereinzelt in Deutschland; wenn die deutsche Arbeiterklasse nicht so diszipliniert wäre, hätten wir schon ganz andre Dinge erlebt. Für Schippel ist in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion kein Platz mehr. (Sehr richtig!) Er müßte sich selbst sagen: ich bin innerlich zerfallen mit meinen Kollegen und müßte daraus die Konsequenzen ziehen. Schippel hat bei den ganzen Zollkämpfen ruhig beiseite gestanden. Er hat zwar unsern Aufruf unterschrieben — insofern als er nicht gegen die Benutzung seines Namens protestiert hat —, den Aufruf, in dem mit glühenden Worten zum Kampfe gegen den Zolltarif aufgefordert wurde, aber er sieht untätig zu, wie man in den wilden Zollkämpfen seinen Kameraden die Köpfe einschlägt und mit Gewalt gegen sie losgeht. Da war Schippel bereits innerlich zerfallen mit den ganzen Traditionen, mit dem Programm der Partei.

Und nun noch einige Worte über die Resolutionen. Aus der ganzen Situation geht hervor, daß wir uns entscheiden müssen. Ich will kein Ketzergericht, ich will niemandem zumuten, daß er etwas andres sagen soll, als er denkt. Wenn aber Schippel schreibt und ausspricht, was er denkt — jedoch meint, das höre keiner — so hört doch alles auf; diese Art der Politik darf nicht gutgeheißen werden. Schippel hat in seinem Berliner Vortrage wenn auch nicht absichtlich gegen die Partei gehandelt, so doch tatsächlich das Tischtuch zwischen sich und der Fraktion zerschnitten. Ich glaube nicht, daß er nicht gewußt haben sollte, was daraus entsteht. Dazu halte ich ihn für viel zu klug. (Der Vorsitzende macht den Redner darauf aufmerksam, daß die Redezeit abgelaufen sei.) Aus alledem ergibt sich die Forderung: entweder erklärt Schippel klipp und klar: ich stehe auf dem Boden des Kampfes gegen die Agrarzölle mit Euch

— diese Erklärung hat er aber auch heute nicht abgegeben — oder: ich kann und will nicht gegen die Agrarzölle wirken. Tut er das erstere nicht, so kann er eben nicht mehr innerhalb der Fraktion gegen die Agrarier kämpfen, weil er innerlich selbst Agrarier ist. Ich kann also nicht die Resolution Bernstein empfehlen, sondern bitte die Resolution Bebel mit dem Zusatz von Freythaler anzunehmen. (Bravo!)

Düwell-Dortmund: Als früherer Redakteur der „Dortmunder Arbeiterzeitung" habe ich einige Worte gegen Schippels Angriffe zu sagen. Wir haben nur von ihm verlangt, daß er seine Meinung klar und deutlich sagt. Wenn Schippel verlangt, daß nur diejenigen über ihn urteilen, die sein Buch gelesen haben, so wäre die Konsequenz dieser Auffassung, daß wir von unsren 3 000 000 Wählern manche Null streichen müßten, denn es haben auch nicht all diese drei Millionen Marx gelesen. Schippel verbittet es sich, daß man von ihm verlangt, alles zu lesen, was gegen ihn geschrieben wird, aber er vergißt nicht, sorgfältig alles zu sammeln, was sich an persönlichen Angriffen findet. Doch nicht das persönliche Moment wird ihm vor allem zum Vorwurf gemacht, sondern, daß er die Partei vexiert hat, wie auch heute morgen wieder. Er sagt: ich stehe auf dem Boden des Programms, aber ich habe meine Anschauungen geändert, kann Euch aber noch nicht sagen, was eigentlich los ist, höchstens im ganz kleinen Kreise. — Er hat auf Päplows Anschauung hingewiesen. Hätte er damit recht, dann dürften wir auch keine Streikposten ausstellen, denn das ist auch eine Beschränkung in der freien Anwendung der Arbeitskraft. Wenn Schippel schließlich meinte, der Parteitag solle nicht zweideutig sein, so weiß er ganz gut, daß der Parteitag formal nicht das Recht hat, das zu tun, was er ihm als Konsequenz empfiehlt. Vielleicht stützt er gerade darauf seine Drohung: Dann sprechen wir uns weiter! Meiner Ansicht nach kommt es nicht so sehr darauf an, welche Resolution hier angenommen wird, sondern der wertvollste Effekt der heutigen Aussprache wird sein, daß die Genossen im Lande erkennen, nicht von oben vom Parteitag kann Aenderung kommen, sondern von unten aus müssen die unhaltbaren Zustände reformiert werden. Schaffen wir nicht Ordnung von unten aus, so werden wir mit Schippel heute fertig und morgen fängt die Schippelei wieder an. Unerhört ist es, daß Schippel meinen Kollegen Hänisch, der in bezug auf sich selbst bemerkte, ein guter Sozialdemokrat zu sein, mit der wegwerfenden Bemerkung: das ist Nebensache, abzutun sich bemühte.

Bebel: Es ist heute sowohl von Schippel wie von andrer Seite wieder beliebt worden, die Dinge so darzustellen, als handle es sich hier um einen Angriff auf die Meinungsfreiheit. Schon gestern hat Ledebour klar und scharf dargetan, daß das nicht der Fall ist. Man kann die beantragten Resolutionen mit der Lupe darauf hin untersuchen, ob darin irgend ein Wort von Unterdrückung der Meinungsfreiheit enthalten ist, man wird keines finden. Darum hat es sich bisher überhaupt nicht gedreht. Ich behaupte, es gibt überhaupt keine Partei, in der so viel Meinungsfreiheit herrscht wie gerade in der Sozialdemokratie. Es versteht sich ganz von selbst, daß jeder Parteigenosse, der glaubt eine bisherige Grundanschauung der Partei angreifen zu müssen, weil er auf Grund seiner besseren wissenschaftlichen Ueberzeugung sie für falsch oder überwunden hält, das Recht dazu haben muß. (Sehr richtig!) Aber dann darf er sich nicht allein damit begnügen, zu kritisieren, sondern muß zugleich sagen, was er an deren Stelle zu setzen vorschlägt. Bei Schippel aber liegt die Sache ganz eigentümlich. Er schreibt große Bücher, lange Artikel und hält Reden, in denen er von A bis Z die gegenwärtig herrschende Wirtschaftspolitik als notwendig und im höchsten Interesse der herrschenden Gesellschaft gelegen rechtfertigt, aber wie die Sozialdemokratie sich dazu stellen soll, davon hören wir kein Wort. (Sehr richtig!) Sehr charakteristisch ist folgender Satz: Er sei zu der Ansicht gekommen, daß das Neugewordene — nämlich die Wirtschafts-

politik, die gegenwärtig herrscht — der Bund zwischen Industrie und Landwirtschaft für die bürgerliche Gesellschaft in Mitteleuropa eine Notwendigkeit und ein Zeichen von enormer Lebenskraft sei. Werte Genossen! Wenn ein Sozialdemokrat einen derartigen Satz als Postulat für die Rechtfertigung der herrschenden Zustände der bürgerlichen Gesellschaft ausspricht und nicht zu gleicher Zeit die schärfste Kritik anwendet, um nachzuweisen, daß diese Auffassung von unserm Standpunkt aus falsch ist, dann verstehe ich einfach den sozialdemokratischen Schriftsteller nicht mehr. (Sehr richtig!) Wie kann der Mann, der diesen Satz ausspricht, der das für eine Lebensnotwendigkeit der bürgerlichen Gesellschaft, in der wir doch leben, hält, wie kann der in Wirklichkeit noch ernsthaft diesen Zustand bekämpfen. (Sehr richtig!) Das ist ja ein Ding der Unmöglichkeit, das ist eben eine von diesen Zweideutigkeiten, die ich in meiner Resolution annagle.

Ich will nun zunächst einmal auf die Dinge in der Fraktion eingehen. Ich hoffe, daß mir das in meiner Rede zu gute gehalten wird, da ich als Vorsitzender der Fraktion in jener Sitzung doch das richtig stellen muß, um nachzuweisen, daß, was Schippel über die Vorgänge in der Fraktion ausgeführt hat, in jeder Richtung falsch ist. (Sehr richtig!) Zunächst habe ich zu konstatieren, daß all das was Schippel Ihnen hier des langen und breiten erzählt hat, wie er zu jenem Vortrage gekommen und wie er nicht gewünscht habe, daß er veröffentlicht werde — daß all das in der breitesten und gründlichsten Weise in der Fraktion gesagt worden ist neben vielen andrem. Die Sachlage ist die folgende: Als jenes Referat im „Vorwärts" erschien — es war während der Tagung des Reichstages — waren die im Reichstag anwesenden Parteigenossen einfach außer sich. Soll ich Ihnen sagen was ich gesagt habe zu einem meiner Freunde: „Hast Du den Bericht gelesen?" — „Ja." — „Ja, weißt Du, wie ich den beurteile: Schippel will ein Pronunziamento gegen die Partei machen, er will aus der Partei heraus, aber er will herausgeschmissen sein, sonst kann ich mir den Vortrag gar nicht erklären!" Da sagte der andre, der sonst gar nicht immer auf meinem Standpunkt steht: Dieselbe Anschauung habe auch ich. Nun kam die Gegenerklärung Schippels, die den Inhalt an sich nicht bestritt, aber sagte, das sei nicht sein Standpunkt. Darauf erklärte der Genosse Kautsky in seiner Gegenerklärung: Was Schippel in diesem Referat gesagt hat, das ist wirklich die Ueberzeugung Schippels, denn genau dasselbe steht in seinem Buche. Darauf erörterten wir in der Fraktion die Angelegenheit und der Vorstand wurde beauftragt, gewissermaßen als eine Art Untersuchungsbehörde die Genossen Schippel und Kautsky vorzuladen und mit ihnen über die Sache einen Austausch der Meinungen herbeizuführen. Das Resultat war vorauszusehen, es blieb alles hüben wie drüben beim Alten, wir waren sehr schnell fertig. Alsdann haben wir in der nächsten Fraktionssitzung über die Vorgänge Bericht erstattet. Nachdem abermals die ganze Sache in der Fraktion hin- und herdiskutiert war, kam man zu der Ueberzeugung, es sei *endlich notwendig*, daß **Klarheit** geschafft werde, und nun bitte ich Sie, den Wortlaut des Beschlusses der Fraktion vortragen zu dürfen, der Ihnen deutlich zeigt, daß der Fall *nicht in oberflächlicher Weise*, wie Schippel das darstellt, behandelt ist — was ja auch eine **Schmach für die Fraktion wäre** — sondern, daß **sehr gründlich** beraten wurde. Die Resolution lautet: „Nach Entgegennahme des vom Fraktionsvorstand erstatteten Berichtes in der Angelegenheit Schippel-Kautsky und unter Berücksichtigung der in derselben Angelegenheit stattgehabten Erörterung in der Parteipresse erklärt die Fraktion:

1. Die Art und Weise, wie Schippel sowohl in literarischen Arbeiten als in Vorträgen die Agrarzölle behandelt, steht im Widerspruch mit der von der Partei beschlossenen Taktik und ist geeignet, Unklarheit und Zersplitterung in dem Kampfe gegen die Lebensmittelzölle zu erzeugen.

2. Trotzdem Schippel behauptet, bei seinen Aeußerungen nur über die Ansichten der Gegner referiert zu haben, führten seine Ausführungen zu der Annahme, daß er seine eignen Ansichten über die Agrarzölle zum Ausdruck gebracht hat.

3. Der Umstand, daß Schippel sich bei den parlamentarischen Beschlüssen dem Votum der Fraktion angeschlossen hat, ändert nichts an der Tatsache, daß seine in Wort und Schrift geäußerte Meinung über die Agrarzölle den Gegnern Gelegenheit gegeben hat, die Stellung der Partei zu diesen Fragen zu bekämpfen.

4. Das unklare und zu Mißdeutungen führende Verhalten Schippels in der Zollfrage ist mit einer wirksamen Vertretung der von der Partei wiederholt festgelegten Stellung zu dieser Frage unvereinbar und führt zu einem für die Partei und die Fraktion unerträglichen Zustand.

5. Es ist erforderlich, daß Schippel ungesäumt Veranlassung nimmt, auf klare und unanfechtbare Weise der Oeffentlichkeit gegenüber festzustellen, welche grundsätzliche Stellung er den Agrarzöllen gegenüber einnimmt. Die Fraktion fordert in Rücksicht auf die Notwendigkeit einheitlicher und übereinstimmender Propagierung der Parteibeschlüsse Schippel auf, die Zollfrage fortan nur auf eine jede Mißdeutung ausschließende Weise zu behandeln.

In dieser ganz klaren und deutlichen Weise hat damals nicht etwa eine zweifelhafte Mehrheit, sondern die **übergroße Mehrheit der Fraktion** in der Frage beschlossen. Nur darüber waren Meinungsverschiedenheiten vorhanden, ob die Resolution zu veröffentlichen sei. In dieser Frage gab es eine starke Minorität, die die Veröffentlichung nicht wollte, während die Majorität sie beschloß. Daraufhin hatte Schippel jetzt die Verpflichtung, in einer ihm ganz anheimgegebenen Form eine Klarstellung zwischen sich und der Fraktion und der Partei zu schaffen. Darauf, Parteigenossen, passierte es, daß Schippel erklärte, **er wisse überhaupt noch nicht, ob er diesem Beschlusse der Fraktion nachkommen werde.** (Hört! hört!) Wir aber sagten das geht nicht. Was beschlossen ist, muß auch durchgeführt werden. Wir bestehen darauf, daß Sie diesem Beschluß der Fraktion nachkommen. Nach einiger Zeit — es dauerte ziemlich lange — begannen dann die acht, in Wirklichkeit elf Artikel Schippels in der „Chemnitzer Volksstimme", die 47 Spalten ausfüllten, und wo Schippel **in 46 Spalten wiederum,** und von seinem Standpunkt in glänzender Weise, **die herrschende Agrarzollfreiheit rechtfertigte,** bis er dann am Schluß erklärte: ich bin weder für Agrarzölle, noch für den neuen Zolltarif. **Im Grunde genommen also waren wir genau so klug wie vorher.** Auch **heute** nach der ganzen Rede, weiß denn einer von Ihnen, wie Schippel nun in Wahrheit zu der Frage steht? (Sehr richtig!)

Er hat sich ausdrücklich als Schutzzöllner erklärt. Ja inwieweit denn als Schutzzöllner? Von Agrarzöllen will er nichts wissen, die er in Stuttgart und in seinem Buche rechtfertigte, von Industriezöllen nichts, die er ebenfalls in Stuttgart und in seinem Buche gerechtfertigt hat. Wenn er die herrschende Agrarpolitik als Politik von enormer Lebenskraft hinstellt, dann war es seine Pflicht als sozialdemokratischer Schriftsteller, das zu sagen, **wie wir mit diesen Zuständen fertig werden sollen, und welche Stellung wir demgegenüber einzunehmen haben.** Denn dann kann, was wir bisher getan haben, unmöglich dazu dienen, diesen Zustand zu erschüttern. Aber wie gesagt, bis zu diesem Augenblick sind wir darüber vollständig im unklaren. Nun hat er sich darauf berufen, daß man ihn bei dieser Sachlage wieder zu den Wahlen aufgestellt, daß man ihn später in die Fraktion aufgenommen und sogar zum Schriftführerposten vorgeschlagen habe. Das beweist doch nur, wie **außerordentlich tolerant** wir in der Fraktion waren (Sehr richtig!),

welche Nachsicht wir dort übten. Es ist nicht wahr, daß im Vordergrunde der Verhandlung in der Fraktion sein Buch stand. Davon ist kaum die Rede gewesen. Wie lagen denn die Dinge? Wir hatten glücklich den Wahlkampf hinter uns. Wir hatten trotz aller Unannehmlichkeiten, die uns Schippels Stellungnahme verursacht hatte, einen großartigen Sieg erfochten. Schippel selbst war gewählt, ohne daß einer von uns das geringste gegen seine Wahl unternommen hätte.

Also dachten wir, es ist gut; er hat ja gesehen, was er angerichtet hat, er wird vorsichtig sein, und wenn er nicht offen sagen will, was er denkt, wenigstens schweigen. Da kam aufs neue jenes Referat, wie ein Blitz aus heiterm Himmel. Es stellte sich heraus, daß er fortfuhr, für seine Ideen und Anschauungen Propaganda zu machen. Er stellt die Dinge so dar und auch Bernstein hat in sonderbarer Weise darin ihn unterstützt, als wenn er in den zweimal 24 Stunden, die er Zeit hatte zur Vorbereitung, gar nicht in der Lage gewesen wäre, sich genau zu überlegen, was er reden will. Ja, zum Teufel, Parteigenossen, wo immer ich als Parteigenosse rede, im Vorstande, in Konventionen, in Parteivereinen, in Volksversammlungen — ich rede doch überall als Sozialdemokrat. (Sehr richtig!) Das ist nur wieder ein charakteristisches Zeichen für die Taktik, die dieser Mann in den 18 Jahren seiner öffentlichen Tätigkeit in allen entscheidenden Fragen beobachtet, daß er nie wagt, ernsthaft zu sagen, was seine wirkliche innere Ueberzeugung ist, daß er, zur Rede gestellt, immer wieder auszuweichen sucht. Er hat sich selbst das Pseudonym „Isegrim" beigelegt, ich gebe ihm den guten Rat, den Namen Schippel abzulegen und „Isegrim" als echten Familiennamen anzunehmen. Das würde seine Stellung und seine Rolle durchaus charakterisieren. Ich erinnere Sie daran, daß dieser Mann, mit dem wir es heute zu tun haben, einstmals in der Partei auf dem äußersten linken Flügel stand, daß er sich alle paar Jahre einmal wandelte, bis er heute auf dem äußersten rechten Flügel der Partei steht (Sehr richtig!), ja es gibt einige seiner intimsten Genossen, die sagen: innerlich gehört er im Grunde gar nicht mehr zu uns. Ich erinnere an seine Stellung zur Stadtverordnetenwahl im Jahre 1886 und an die Verlegenheiten, in die er uns damals in Berlin versetzt hat. Ich erinnere an die bekannte Stellung auf dem St. Gallener Parteitage, an die Verlegenheiten, die er der Partei 1890 bei der Maifeier bereitete, wo die ganze Fraktion extra in Halle zusammenkam, um ihm recht gründlich den Kopf zu waschen. Ich erinnere an sein mehr als merkwürdiges, im vollsten Sinne zweideutiges Verhalten in Breslau in der Agrarfrage. Er wird in die Kommission gewählt, berät mit uns gemeinsam das Programm, macht einige wenige Widersprüche, stimmt für das Programm, und dann, als er merkt, daß bei einem erheblichen Teil der Partei die Stimmung dagegen ist, tritt er in Breslau als Gegner desselben in höhnender, herabsetzender und verletzender Weise auf und bekämpft aufs entschiedenste, wofür er noch am Tage zuvor in engerer Sitzung der Fraktion gestimmt hat. (Hört! Hört!) Ist das keine Zweideutigkeit? Was soll man von einem Manne der Intelligenz denken, der in dieser Weise umkippt und das Vertrauen der Genossen in schnödester Weise mißbraucht. Ich erinnere Sie weiter an seine Artikel in den „Monatsheften" über Friedrich Engels Stellung zur Miliz und an den Ton, den er in denselben gegen die Programmforderung der Partei und die Männer, die diese Forderung im Reichstag zu vertreten hatten, anschlug. Dort verhöhnte und verspottete er Partei und Parteigenossen in einer Weise, wie das, so lange die Partei besteht, noch nie ein Genosse getan hat. Das ist wohl auch keine zweideutige Haltung, nein? Es wird ihm der Auftrag gegeben, ein parlamentarisches Handbuch herauszugeben. Wir im Parteivorstande waren mittlerweile mißtrauisch geworden. Im Frühjahr 1897 hatte Schippel einen solchen Auftrag bekommen. Es hatte aber Jahre gedauert, ehe er ihn zur Ausführung

brachte. Mittlerweile war Stuttgart aber herangekommen, wo er sich zugunsten der Zollpolitik ausgesprochen hatte, dann Hamburg, wo er die berühmte Kanonenrede hielt. Der alte Liebknecht und ich waren damals so naiv (Zuruf: Leider!) ihn in Schutz zu nehmen. Wir sagten: er hat ja doch mit uns gestimmt, seine Rede war ein Lapsus. Aber in Wirklichkeit war es seine Ueberzeugung? Das zeigte sich bei dem famosen Artikel über Engels und das Milizsystem. Da zeigte sich, was sein wahrer Standpunkt war. Sein parlamentarisches Handbuch, das der Partei schweres Geld gekostet hat, ist für den Geschichtsschreiber der Partei vollständig unbrauchbar, weil es durchaus irreführend ist in bezug auf die Stellung der Partei in einer ganzen Reihe Fragen. Wir waren also mißtrauisch geworden und beschlossen seine Arbeit, so weit sie sich auf Hauptfragen, wie die Stellung der Partei in Militär-, Marine-, Kolonial-, Zollfragen usw. zu kontrollieren. Damit war auch R. Fischer als Verleger einverstanden. Ich bekam den Auftrag, die Artikel über Militär und Marine zu kontrollieren. Eines Tages wurde mir ein langes Manuskript überreicht, **volle 4 Seiten darin waren aus dem Richterschen ABC-Buch ohne Quellenangabe ausgeschnitten und eingeklebt** und der ganze Artikel war so gehalten, daß Wort für Wort im Richterschen ABC-Buch erscheinen konnte. (Hört! hört!) Ich sagte im Vorstande: „Das ist ja ganz unmöglich," daß wir diesen Artikel aufnehmen! Richard Fischer mochte wohl glauben, ich hätte schon so manchen Span mit Schippel gehabt und wäre vielleicht etwas parteiisch. Er wollte deshalb das Manuskript selbst lesen. Nachher sagte aber auch er: „Jawohl, es ist ganz richtig, die Artikel sind unannehmbar. Wir forderten also Schippel auf, die Sache umzuarbeiten. Und nun kam eine neue Arbeit, die Wort für Wort dem entsprach, was wir verlangen mußten. **Da konnte er also auf einmal auch anders.** Hört! hört! Ja, wenn man das alles hinter sich hat und er sich dann noch hinstellt und sagt, er sei nicht zweideutig, so weiß ich nicht, woher er die Stirn zu einem derartigen Auftreten nimmt. (Sehr richtig!)

Nun hat man in meiner Resolution die Sätze über den Ton Schippels beanstandet. Es ist richtig, daß der Ton in unsrer Partei sehr häufig ein sehr unangenehmer ist. Der Parteivorstand selbst hat im Laufe dieses Frühjahres sich veranlaßt gesehen, die bekannte Erklärung zu veröffentlichen, worin er einige Blätter, ohne sie zu nennen, sozusagen zur Ordnung rief. Ich will auch gar nicht leugnen, daß ich selbst zuweilen in der Hitze des Kampfes gegen den einen oder andren Genossen im Tone über die Schnur gehauen habe. Aber es ist ein **großer Unterschied**, ob ich in der **Hitze des Gefechts** von Mund zu Mund in der Erregung über die Schnur haue (Sehr richtig!) **oder ob ich mich zu Hause kühl hinsetze und da Artikel über Artikel schreibe, in denen** nicht nur die Gegner, sondern **die ganze Partei in den höhnendsten und verletzendsten Formen kritisiert wird.** Sofern die Sätze in meiner Resolution sich auf Personen beziehen, gebe ich sie frei, aber was Schippel in seinen Artikeln in der „Chemnitzer Volksstimme", die ich sehr genau gelesen habe, an zahlreichen Stellen gegen die Partei selbst gesagt hat, muß mit Notwendigkeit Verbitterung erregen und die Partei in der Achtung der Gegner herunterzusetzen und dagegen muß Stellung genommen werden.

Schippel sagt: „Habt Ihr denn überhaupt alles gelesen, was in dieser Sache geschrieben worden ist?" Ich glaube auch, daß die große Mehrheit von Ihnen das nicht alles gelesen hat. Ich bin selbst nicht sicher, ob ich alles gelesen habe, obwohl ich mir die größte Mühe gegeben habe. Das eine oder andre mag mir trotzdem entgangen sein. Aber soweit ich die Presse verfolgt habe, haben wenigstens unsre großen Blätter über die ganze Sache fortlaufend objektiv referiert, die entscheidenden Stellen aus den Artikeln Schippels ausgezogen und ihre Meinung dazu gesagt. Sie konnten

doch nicht die ganzen 47 Spalten abdrucken! Also der Parteitag ist nach meiner Ueberzeugung in reichlichstem Maße über die Sache informiert, wie er vielleicht niemals zuvor in einer Frage informiert war. Der Parteitag ist vollkommen in der Lage auszusprechen, daß es nötig ist, Schippel in die Schranken zu rufen. Wir wollen ihn nicht ausschließen. Manche Genossen sagen, er wird gezwungen sein, sich von uns zu trennen. Ich würde das offen gestanden bedauern. Aber es ist nicht zu viel gesagt: so kann es nicht weiter gehen. (Sehr richtig). **Seit 18 Jahren haben wir alle paar Jahre einen Fall Schippel gehabt.** Da ist es Zeit, endlich einmal ein Ende zu machen. Wir haben gewiß eine ganze Anzahl von Parteigenossen unter uns, die in manchen Punkten von der Mehrheit der Partei abweichen, Genosse Bernstein steht unter ihnen gewiß nicht in letzter Linie. Aber haben wir denn auch nur einen einzigen Parteigenossen, mit dem wir uns fortgesetzt in dieser Weise beschäftigen müssen, wie mit dem Genossen Schippel? Obgleich Schippel gewiß seine Meinung oft genug gewechselt hat, schreibt er, und das ist das Verletzende, immer von oben herab im Tone der absolutesten Sicherheit und Unfehlbarkeit und des Spotts und des Hohnes über diejenigen, die nicht so denken wie er. (Sehr richtig). Das können die Parteigenossen am wenigsten vertragen. Wo sollten wir denn hinkommen, wenn wir mit zehn Schippels in der Partei zu tun hätten? Das würde notwendigerweise **vollständige Zerrüttung** in die Partei bringen, das würde mit Notwendigkeit Spaltungen erzeugen, die wir nicht wollen. (Sehr richtig). Was wir verlangen, ist, daß ein Mann, der sich Sozialdemokrat nennt, sich so zum Parteiprogramm stellt und sich so benimmt, daß wir jederzeit wissen, daß wir es mit einem Parteigenossen zu tun haben. (Lebhafter Beifall.)

v. Elm: Bebel meinte, der Parteitag sei vielleicht noch nie über eine Frage so gut informiert gewesen wie über den Fall Schippel. Wenn das der Fall wäre, müßte es ganz ausgeschlossen sein, daß hier Parteigenossen von der Intelligenz des Genossen Ulrich erklären können, Schippels Buch über Handelspolitik und seine Artikel in der „Chemnitzer Volksstimme" seien nichts weiter als eine Befürwortung der Agrarzölle. Ich gehöre zu den wenigen, die Schippels Artikel gelesen haben. Sein Buch über Handelspolitik habe ich freilich auch nicht gelesen (Heiterkeit) und es werden hier wohl nur wenige sein, die es gelesen haben. Aber ich bin entgegen der allgemeinen Auffassung zu der Ansicht gekommen, daß Schippel von unserm Standpunkt aus keineswegs die Agrarzölle befürwortet, sondern nur sagt: Vom Standpunkt der bürgerlichen Gesellschaft aus sind Agrarzölle eine Notwendigkeit. Das ist nach meinem Dafürhalten kein Majestätsverbrechen, kein Verbrechen gegen die Partei. Bebel erklärt, daß, wenn jemand sage, die Politik der Agrar- und Industriezölle sei eine Politik von enormer Lebenskraft für die heutige Gesellschaft, so sei schon das unter allen Umständen zu verurteilen und zu verdammen. Dieser Ansicht bin ich nicht. Wir sagen doch auch, der Militarismus ist vom Standpunkte der heutigen Gesellschaft aus eine Notwendigkeit. (Bebel: Die wir **ändern** wollen!) Trotzdem bekämpfen wir ihn, wie Schippel auch die Agrarzölle von unserm Standpunkt aus bekämpft. Am Schluß seines Buches führt Schippel ausdrücklich aus, daß die Arbeiter in den Brotzöllen unmöglich etwas anders sehen können als Stockprügel auf ihren Magen. Wie sollte die Arbeiterschaft an dem wirtschaftlichen Schicksal ihrer schlimmsten Peiniger und Feinde auch nur das geringste Interesse nehmen. Man möge über die Ursachen der Agrarkrise streiten so viel man will und den landwirtschaftlichen Notstand hoch oder niedrig einschätzen, das industrielle Proletariat werde die Kopfsteuer der Brotzölle stets als gewissenlose Brotsteuer der vereinigten Volksfeinde verwerfen. Das muß doch festgestellt werden, daß Schippel trotz aller theoretischen Abweichungen zu

demselben praktischen Standpunkt kommt wie wir: Wir müssen die Agrarzölle bekämpfen.

Ich kann auch nicht finden, daß Schippel in seinem Gedankengang inkonsequent ist. Sein Gedankengang ist vielmehr durchaus durchdacht und konsequent. Ich stimme nicht mit Schippel überein. Darin stimme ich ihm zu, daß für den Großgrundbesitz die Agrarzölle notwendig sind. Gewiß, sie wirken nur für eine Generation. Aber können wir es denn den Agrariern verdenken, wenn sie sagen: „Nach uns die Sündflut!"? In bezug auf die Landwirtschaft im ganzen bin ich allerdings ganz andrer Ansicht als Schippel. **Ich meine, daß für den Kleinbauern der Agrarzoll geradezu Selbstmord ist.** Es ist nicht richtig, daß wir, wie behauptet worden ist, in der Fraktion in bezug auf den Fall Schippel einmütig gewesen wären. Dazu hätte zunächst mal gehört, daß die Fraktionsgenossen das Buch Schippels gelesen hätten. Das war aber wahrscheinlich nur bei sehr wenigen der Fall. Mir wurde sogar gesagt, daß nicht einmal in der von der Fraktion eingesetzten Kommission alle Mitglieder das Buch kannten.

Nun der Vortrag Schippels! Eins hätte Schippel unter allen Umständen verlangen können, nämlich, daß ihm der „Vorwärts"bericht vorher vorgelegt worden wäre. Das ist nicht geschehen und deshalb halte ich es für durchaus falsch, auf diesen Bericht hin eine große Anklage aufzubauen. Nun sagt man: Schippel hat den Gegnern Waffen geliefert. Wem unter uns ist nicht schon dieser Vorwurf gemacht worden? In meinem Wahlkreis, der durchweg ländlich ist, ist das Buch Schippels während des Wahlkampfes überhaupt nicht erwähnt worden, dagegen wurden Aussprüche von Stadthagen, Ledebour und Bebel uns entgegengehalten, so daß man eventuell auch sagen könnte, daß diese Genossen Waffen für unsre Gegner geliefert haben. Wenn Schippels Buch derartig wäre, daß man behaupten könnte, Schippel habe absichtlich den Gegnern Waffen liefern wollen, dann hätte man seinerzeit, als das Buch gedruckt wurde und erschien, diese Anklage erheben müssen. Aber heute, nachdem Jahre vergangen sind, nachdem die Wahlen gewesen sind, aufzustehen und zu erklären, das Buch sei zweideutig und Schippel sei wegen dieses Buches zu verurteilen, das ist falsch und ich bin der Meinung, daß Sie im Begriff sind, auf dem Parteitage ein großes Unrecht zu begehen. — Man hat die Vergangenheit Schippels angeführt und alle Sünden aufgezählt, die Schippel begangen hat, und ich bin gewiß der letzte, der zu den Bewunderern Schippels gehört. Ich kann nur Leute loben und schätzen, die den Mut der Konsequenz zu jeder Zeit haben, und Schippel habe ich bereits in Stuttgart, als er sein Referat über Zollpolitik hielt, gefragt: warum weichen Sie zurück? Aber ich meine, wir haben nicht über die Vergangenheit Schippels und seine Sünden zu urteilen, sondern über einen ganz konkreten Fall. Und in diesem liegt kein Anlaß zu einer Verurteilung. — Dann ist über den Ton Schippels gesprochen worden. Wenn wir alle, die in den letzten Jahren einen gehässigen Ton gegen ihre Gegner angeschlagen haben, vor das Forum des Parteitages zitieren wollten, so säßen auch noch andre Genossen auf der Anklagebank. Und wenn man den Ton verurteilen will, den auch ich verurteile, dann muß man es allgemein tun. Deshalb stimme ich der Resolution Bernstein zu. Es ist schlimm, sehr schlimm, daß bei allen diesen Diskussionen immer das persönliche Moment hervorgekehrt wird. Auf mich macht es den Eindruck, als wenn es sich auch hier wiederum darum drehte, das persönliche Moment zu betonen. Man entscheidet und verurteilt, ohne die Sache selbst zu kennen. Ich bin überzeugt, wenn diese 47 Spalten Ihnen allen zugänglich wären und Sie ruhig und leidenschaftslos die Sache prüfen könnten, dann würden Sie mit mir zu dem Ergebnis kommen, daß es absolut falsch ist, Schippel ein Mißtrauensvotum seitens des Parteitages auszustellen.

Dr. Arons-Berlin stimmt der Resolution Päplow zu. Zunächst aus einem äußerlichen Grunde. Je weiter die Diskussion vorgeschritten ist, desto klarer wird es den höher Unentschiedenen geworden sein, daß eine scharfe Aktion gegen Schippel auf diesem Parteitag erfolgen muß. Aber eine derartige Exekution gegen einen Genossen, der seit langen Jahren und in schweren Zeiten zur Partei gestanden hat, ist eine mißliche Sache und es ist wünschenswert, daß wir in unsrem Beschlusse auch äußerlich zum Ausdruck bringen, daß uns diese Abschlachtung keine Freude macht, sondern daß wir sie scharf und deutlich, aber auch kurz und ohne Nebenwerk erledigen. Von diesem Standpunkt aus muß ich natürlich die Resolution Bernstein bekämpfen. Bernstein will sich für befriedigt durch die Aeußerungen Schippels erklären. Das ist auf keinen Fall möglich. Was die Resolution Bebel betrifft, so ist sie schon äußerlich viel zu lang. Im Absatz I erscheint mir der Schlußsatz vollkommen überflüssig. Was sollen wir denn in der Resolution auf die Gegner Rücksicht nehmen? Etwa in dem Sinne, daß Schippel den Gegnern Material geliefert hat insofern, als sie sich auf ihn als auf einen von der großen Masse der andern Genossen abweichenden Genossen berufen können? Ja, das werden die Gegner jedesmal tun können, wenn ein Genosse von der Meinung der übrigen abweicht, und dies Recht wollen wir doch, wie Bebel ausdrücklich erklärt hat, einem jeden von uns einräumen. Der Absatz II fügt in außerordentlicher Länge, schwer übersichtlich, eine Reihe von Tatsachen und Urteilen aneinander, die mit vollem Recht hier in der Diskussion zur Besprechung gekommen sind, die aber in eine Resolution um so weniger hineingehören, als sie den Gegenstand keineswegs erschöpfen. Sie haben die Anklagen von Bebel gegen Schippel gehört, und es lassen sich dem vielleicht noch mehr Anklagen hinzufügen, aber sie im Rahmen einer Resolution zu erschöpfen, ist unmöglich. Ganz und gar aber möchte ich mich gegen den Absatz III der Resolution Bebel aussprechen, der den Ton behandelt. Man kann sich auch nicht auf den Standpunkt Bernsteins stellen und den Ton im allgemeinen tadeln. Gewiß ist es ganz gut, wenn hier mal ausgesprochen wird, wir wollen einen besseren Ton haben, aber das in einer Resolution festzulegen zur Freude der Gegner, das halte ich für durchaus unzweckmäßig. Und nun gar „hochfahrender" Ton! Ich weiß nicht, was das heißen soll. (Bebel: Na!) Sehen Sie mal die Apostelgeschichte an! (Heiterkeit.) Sie sind ja in der Religion alle ganz außerordentlich bewandert dank unsrer Volksschule. (Sehr gut! und große Heiterkeit.) Die Apostel waren außerordentlich bescheiden, aber diese Bescheidenheit hinderte sie gar nicht, wenn Jakobus auf Paulus und seine Anhänger oder Paulus auf Jakobus und seine Anhänger zu sprechen kam, dreinzuhauen, daß die Funken flogen (Heiterkeit), sie waren alle durchdrungen von dem gleichen großen Gedanken, sie bildeten eine große Gemeinde, aber wenn sie in Gegensätze gerieten über irgend welche für damalige Verhältnisse wissenschaftliche Fragen, dann fingen sie an, sich zu frotzeln, dann kamen sie höher und höher, bis schließlich jeder auf dem hohen Pferd saß und auf die andren verächtlich herabblickte. Solche Dinge werden immer vorkommen, wir werden sie nicht ändern, in die Resolution gegen einen einzelnen gehört eine Mißbilligung derselben nicht hinein. Noch schlimmer ist die Resolution Bebel durch das Amendement Freythaler geworden. Eine derartige bedingte Begnadigung oder Verurteilung haben wir hier nicht auszusprechen, man hat es ruhig dem Genossen Schippel, man hat es ruhig einer so großen und anerkannt bewährten Parteigenossenschaft wie der von Chemnitz zu überlassen, was sie aus dem Tadel herauslesen wollen, den der Parteitag ausspricht. Wollen Sie aber, daß Schippel aus der Partei heraus muß, so sprechen Sie das — darin kann ich Schippel nur beipflichten — auch offen aus! Dann sagen Sie offen, er kann der Partei nicht mehr angehören, oder er kann keine Ehrenämter mehr bekleiden. Diese bedingte Form, die gewissermaßen die Chemnitzer Organisation von hinten

herum zwackt, ihre Schuldigkeit zu tun, halte ich des Parteitags nicht für würdig. Wollen Sie sich aber nicht dazu verstehen, Schippel eines Vertrauenspostens für unwürdig zu erklären, dann bleibt nur übrig, einmal den Standpunkt Schippels zu mißbilligen und zweitens, der Person Schippels einen Tadel auszusprechen, und das tut in präzisester Weise die Resolution Päplow, der ich Sie möglichst einmütig zuzustimmen bitte.

Hoch-Hanau: Ich verwahre mich zunächst dagegen, daß Schippel mich als Mitschuldigen anführt, um für sich mildernde Umstände zu erwirken. Zu diesem Resultat ist er nur gekommen, indem er der Wahrheit nicht die Ehre gegeben hat. (Ruf: Wie so oft!) Das Eine ist richtig: in der Zollkommission hat Graf Posadowsky gesagt, ich hätte dem Satze zugestimmt: wer Handelsverträge wolle, müsse auch Zölle wollen. Ich habe daraufhin sofort erklärt, daß dies eine mißverständliche Auffassung meiner Worte sei. Es handelte sich in der Zollkommission damals um Zollsätze, die so unsinnig waren, daß sie von keiner Seite ernst genommen werden konnten. Einer der Geheimräte erklärte denn auch: sie sind nicht ernst gemeint, sie sollen nur Kompensationsobjekte (Pfannkuch: Schacherobjekte!) sein, wir brauchen sie, um den Gegnern etwas zu bieten. Darauf habe ich erwidert: Das ist keine durchschlagende Antwort; ebenso gut wie wir wissen die andren Staaten, die unsre Einfuhrstatistik ebenso genau kennen wie wir, daß diese Zölle nicht ernst gemeint und daß ihnen mit einer Herabsetzung dieser Zölle nichts geboten würde. Und ich fuhr fort: Wenn Sie wirklich Handelsverträge wollen, dann genügt es nicht, daß sie diese unmöglichen Zölle opfern, sondern sie müssen die Wucherzölle auf Lebensmittel herunterseten. Ich habe damals diesen Sachverhalt auch noch durch eine besondere Erklärung im „Vorwärts" festgestellt, die von den bürgerlichen Blättern natürlich unterschlagen worden ist. Wenn nicht aus bösem Willen, so hat doch Schippel mit unbegreiflicher Fahrlässigkeit kein Wort davon gesagt, daß ich sofort die falsche Anschuldigung berichtigt habe. Dann hat Schippel versucht, mich als einen Menschen hinzustellen, der bald so, bald so rede. Er hat gesagt: als Hoch mein Buch gelesen hatte, war er entzückt davon. Das stimmt. Heute noch bin ich in gewissem Sinne von diesem Buch entzückt, in dem ich eine sehr ernste und verdienstliche Arbeit erblicke, weil es die nichts als freihändlerischen Argumente der bürgerlichen Seite, die allzu oft auch von uns angewendet werden, begrenzt, und zeigt, wie man vom Standpunkt der bürgerlichen Gesellschaft zu Schutzzöllen kommt. Das halte ich für eine verdienstvolle Arbeit, ohne alles darin zu unterschreiben. Und das habe ich vor allen Fraktionskollegen, mit denen ich über das Buch sprach, anerkannt. Aber ist das nun ein Freibrief für Schippel, nachdem er das Buch geschrieben, fortgesetzt Krakeel zu machen und die Partei zu schädigen? (Sehr richtig!) Wir halten doch hier kein Ketzergericht gegen das Buch Schippels ab! Da würde ich nicht mitmachen. Das sehe ich nicht als Aufgabe eines Parteitages an. Und das erklärt auch, weshalb vor drei Jahren, als das Schippelsche Buch erschien, alles ruhig blieb. Schippel fragt, warum kommt Ihr erst jetzt. Es war damals eben noch gar keine Veranlassung, Lärm zu machen. Was hat sich aber dann abgespielt? Schippel hat in seinem Buche doch nur die eine Seite der Frage beleuchtet und hat dann in sehr kurzer Weise unsren Standpunkt angedeutet. Das war nur die eine Hälfte. Er mußte mit derselben Gründlichkeit, mit der er die Nichtigkeit der Einwände der bürgerlichen Freihändler gegen die agrarischen Forderungen nachwies, nun auch die Gründe der Arbeiter für den Kampf gegen den Brotwucher behandeln. Hierauf haben wir aber vergeblich gewartet. Er hat noch viel Schlimmeres getan. Wir führten den Zollwucherkampf. Wo blieb da Schippel? (Sehr richtig!) Wo hat er mit seiner hervorragenden Kraft eingegriffen? Er hat nicht daran gedacht. Wie oft wurde er uns im Plenum, in der Kommission

entgegengehalten. Posadowsky hatte sein Buch aufgeschlagen vor sich. Ich habe seinerzeit protestiert. **Aber wo ist Schippel geblieben und hat protestiert?** (Sehr richtig!) Darum dreht es sich. Dem Faß den Boden ausgeschlagen hat aber sein Vortrag. Ich halte Schippel für einen geschickten und kenntnisreichen Redner. Aber heute hat er sein Auftreten im dritten Berliner Wahlkreise auf das allerschärfste selbst verurteilt. Er sagt, ich habe in einem kleinen Kreise gesprochen; ja, wenn ich gewußt hätte, daß sich die Oeffentlichkeit damit befassen würde, dann hätte ich es anders gemacht, denn es ist ja richtig, daß der Vortrag ein gewisses Mißtrauen und falsche Auffassungen hervorrufen konnte. **Ja, ist es denn die Aufgabe solcher Vorträge, Mißverständnisse zu schaffen?** Er mußte wissen, was er anrichtete. Nicht um seine wissenschaftlichen Anschauungen handelt es sich, sondern darum, daß ein Mann, der eine führende Stellung einnimmt, uns im Kampfe schwer geschädigt hat. Das dürfen, das brauchen wir uns nicht gefallen zu lassen. (Lebhafte Zustimmung.) Wie traurig die Situation für ihn ist, zeigt sein Auftreten. Er gibt zu, schädlich gewirkt zu haben, und seine besten Freunde geben es zu. Er sagt nur, er habe nicht die Absicht gehabt. Da müssen wir uns aber fragen: Ist ein Mann geeignet, eine führende Stellung einzunehmen, wenn er die Tragweite seiner Handlungen nicht übersehen kann? (Lebhafte Zustimmung.) Ein Mann von seiner geistigen Bedeutung muß sich wie ein Schulbube hinstellen und sagen: Ich hab's nicht so gemeint. Von diesem Standpunkte aus sind die Resolutionen zu beurteilen. Die Bernsteinsche führt die Konfusion auf den Gipfel. (Ruf: Wie immer!) Weshalb sollen wir unsre Stellung zu der Zollfrage bestätigen, die Schippel selber teilt. Weil einer eine Dummheit gemacht hat, brauchen wir doch nicht zu sagen, wir wollen sie nicht machen. Damit würde der Streit auf ein andres Gebiet geführt werden. Nicht um Takt, Disziplin und politischen Anstand würde es sich handeln, sondern um ein Ketzergericht gegen eine andre Meinung. Diese Taktik können wir allerdings häufig beobachten. Wenn er eine Dummheit gemacht hat und sie nicht eingestehen will, dann stellt er sich hin und sagt: Ihr wollt ein Ketzergericht abhalten. Nicht um die **Ansichten** Schippels handelt es sich, sondern um sein **Auftreten.** Von diesem Standpunkt aus gefällt mir Bebels Resolution auch nicht. Er wird sie wohl selber nicht für ein Meisterwerk halten. (Bebel: Machen Sie es doch! Heiterkeit.) Ich bin kein Meister. (Die Redezeit ist abgelaufen.) Also nur noch so viel. An den Einzelheiten der Bebelschen Resolution ist sehr viel auszusetzen. Für mich handelt es sich nicht darum, Schippel einen gelinden Tadel auszusprechen, sondern zu sagen: er ist **nicht geeignet, nicht fähig, an leitender Stelle zu stehen.** (Sehr richtig!) Mit dem milden Tadel kommen wir nicht weiter. Dann haben wir morgen wieder denselben Krakeel. Eigentlich genügt das Freythalersche Amendement. Es enthält eine Aberkennung der Ehrenämter — **Schippel aus der Partei herauszuschmeißen, davon ist keine Rede.** — Ich habe das Zutrauen, Schippel wird die Konsequenzen ziehen, wenn er nur eine Spur von Würde in sich trägt. (Sehr richtig!)

Grenz-Leipzig: Ich will nur einige Richtigstellungen bringen. Schippel hat sich darauf berufen, daß in dem Verbreitungsgebiet der „Chemnitzer Volksstimme" nichts von einer Erregung gegen ihn zu spüren gewesen wäre. Ja, er hat einen Genossen herangezogen, der sich mit ihm einverstanden erklärt habe, den Genossen Kaufmann. Ich bin ein aufmerksamer Leser der „Volksstimme". (Rufe: Es ist der Genosse Knauf-Meerane). Dieser Genosse Knauf ist der einzige geblieben. — Und Schippel darf sich nichts darauf zu gute halten. In den Kreisen an der böhmischen Grenze steht uns kein Versammlungslokal zur Verfügung. Alle diese Kreise aber haben eine Preßkommission für die „Volksstimme" aus den Vertrauensleuten aller Kreise zusammengesetzt. In ihr

ist wiederholt über die Schreibweise der „Chemnitzer Volksstimme" gesprochen worden, und es hat nur an einem Fädchen gehangen, dann hätte der Redakteur des Blattes, Genosse August Enders, quittieren müssen. (Hört! hört!) Wenn man von einer Meinung in diesen Kreisen sprechen will, dann ist das gerade Gegenteil von dem wahr, was Schippel darüber gesagt hat. (Ruf: Wie immer!) Wenn Gelegenheit zu Versammlungen wäre, dann würde Schippel ebenso verurteilt werden, wie er in andern Versammlungen verurteilt worden ist. (Geyer: Und wie auch in der Landesversammlung!) Ja, auch auf der Landeskonferenz ist die Frage angeschnitten worden. Dort hatte er Gelegenheit, seinen Standpunkt auseinanderzusetzen. Statt dessen hat er gemeint, er hätte keine Veranlassung dazu, er müsse sich das erst überlegen, genau so, wie er es sich überlegen wollte, als die Fraktion das Verlangen an ihn stellte. Elm hat gesagt, ihm seien Aeußerungen Ledebours als Knüppel zwischen die Beine geworfen worden. In meinem Wahlbezirk, dem 21. sächsischen, aber versuchte der Antisemit Zimmermann sofort in der ersten Versammlung, uns Schippel aufs Butterbrot zu schmieren. Wir haben ihm freilich in die Suppe gespuckt. (Heiterkeit.) Heute handelt es sich nicht um die alten Sünden, sondern um das neue Vorgehen Schippels. Alle Genossen, die in der praktischen Agitation stehen, haben sich nicht allzuviel mit seinen wissenschaftlich spintisierenden Auseinandersetzungen und denen seiner Gegner befaßt. Aktuell wird so etwas erst, wenn es in Versammlungen vorgetragen wird und uns die Agitation erschwert. Von diesem Augenblick an datiert erst das Vorgehen gegen Schippel. — Mit der Bebelschen Resolution bin ich einverstanden bis auf den letzten Teil, wo vom Ton die Rede ist. Diese Stelle sollte beseitigt werden und dafür das Amendement Freythaler gesetzt werden. Welche Konsequenzen Schippel oder die Chemnitzer ziehen werden, ja, damit haben wir nichts zu tun. Der Parteitag hat nur die Aufgabe, seine Anschauungen unumwunden auszusprechen, ohne Hintertüren offen zu lassen. Der Betreffende hat dann die Konsequenzen zu ziehen, die er für richtig hält.

Kautsky: Ich habe mich nur zum Wort gemeldet, weil mein Ton gegenüber Schippel bemängelt worden und gesagt worden ist, wenn man schon den Ton verurteilen wolle, so müsse man auch den von Parvus, mir u. a. verurteilen. Wäre der betreffende Passus in der Bebelschen Resolution so aufzufassen, daß Schippel wegen des Tones getadelt werden soll, den er gegen einzelne von uns angeschlagen hat, dann würde ich allerdings dafür sein, daß dieser Passus gestrichen wird. Ich meine, die Art und Weise, wie wir unsre Fehden ausfechten, überläßt man uns am besten; jeder von uns ist Mannes genug, sich seiner Haut zu wehren und ich persönlich habe nie zu denen gehört, die wehleidig den Ton beklagen, in dem sie angegriffen werden. Ich fasse den Passus aber anders auf. Nicht der Ton Schippels gegen einzelne seiner Kritiker soll getadelt werden, sondern **der Ton, den er gegen die Masse der Parteigenossen angeschlagen hat, und das ist etwas ganz andres.** Dieser Ton Schippels steht in Widerspruch mit allen Parteitraditionen. In Dresden sind gewiß viele harte Worte gefallen, aber daß dort jemand mit Geringschätzung von der Partei gesprochen hätte, ist mir nicht bekannt. Ebensowenig kann das von einem der Kritiker Schippels behauptet werden. Schippel aber schreibt z. B. in einem seiner Artikel in der „Chemnitzer Volksstimme", den Umstand, daß er vielfach für einen Agrarschutzzöllner gehalten wird, könne er nur dadurch erklären, daß die Genossen in den Redaktionen überhaupt nur kurze Artikel, aber keine Bücher lesen, so daß sie sich über Dinge entrüsteten, von denen sie nichts verstehen. Aber darauf komme es gar nicht an, wenn man sich nur überhaupt entrüste; das sei immer ein Beweis von Parteieifer und Gesinnungstüchtigkeit. Hier werden nicht einzelne Genossen kritisiert; nein, **die ganze Partei wird als eine Herde hingestellt, in der Ent-**

rüstung verlangt wird über Dinge, von denen man nichts versteht. Tiefer kann man die Partei nicht einschätzen. Selbst die Anständigen unter unsren Gegnern haben uns derartiges nie nachgesagt.

So viel über den Ton. Da ich einmal das Wort habe, will ich auch noch einige Worte über die Sache verlieren. Das ist allerdings nicht leicht, denn wenn man Schippel packen will, so weiß man nicht, wo man packen soll. Seine heutige Rede war sachlich genau so inhaltlos wie die 47 Spalten, die er in der „Chemnitzer Volksstimme" geschrieben hat. Es handelt sich um die Agrarzölle. Das ist die Grundfrage, die uns erregt und über die Schippel sich äußern soll. Wenn ich mich aber recht erinnere, hat Schippel in seiner ganzen heutigen Rede das Wort Agrarzölle überhaupt nicht in den Mund genommen oder, wenn er es tat, so ist er jedenfalls nicht darauf eingegangen. Er meint vielleicht, seine Erklärung, es sei ihm nicht im Traume eingefallen, Agrarzöllner zu sein, genüge. **Nein, das genügt nicht.** Zu einer kurzen Erklärung kann auch ein Papagei abgerichtet werden. Dazu braucht man keinen Reichstagsabgeordneten. Ein Reichstagsabgeordneter muß nicht nur erklären: „Das ist mein Standpunkt," sondern diesen Standpunkt auch **begründen** und auch **richtig** begründen. Wir sind eine Partei der Propaganda und sind verloren von dem Augenblick an, wo wir nicht **Gründe** anführen können für unsern Standpunkt. Aus **Rücksichten der Propaganda** haben wir uns gegen Schippel erhoben und verlangt, daß er sich äußert. Nun hat er gesagt: Er habe seine eigne Meinung überhaupt nicht geäußert; seine „Grundzüge" seien nur ein historischer Abriß der Entwicklung der handelspolitischen Strömungen. Da ist es allerdings merkwürdig, daß der Sozialdemokrat Schippel in seiner Schilderung des Ideenganges in der Entwicklung der Handelspolitik **gerade dort abbricht, wo er auf die Handelspolitik seiner eignen Partei zu sprechen kommt.** (Sehr gut!) Man sollte meinen, daß das **auch noch ein Teil der Geschichte der Handelspolitik ist,** und für die **Sozialdemokratie** sogar der **wichtigste** Teil. Darüber hat Schippel **kein Wort** gesagt. Weiter ist es auch **nicht einmal richtig,** daß seine „Grundzüge" bloß ein historisches Buch sind, nein, das Buch enthält neben einer Darstellung von Gründen auch statistisches Material, und dies statistische Material spricht einzig und allein **zugunsten der Agrarzölle.** (Sehr richtig.) In dem Vortrag, der die Grundlage der ganzen Diskussion bildet, hat Schippel dann dasselbe ausgeführt wie in seinem Buch und auch in den 47 Spalten der Chemnitzer „Volksstimme", wo man doch annehmen darf, daß er endlich mal seine eignen Gedanken ausdrückt, daß er sich nicht bloß als Phonograph gefühlt hat, in den man eine agrarische Walze hineinlegt, sondern als Mensch mit eignen Gedanken und eignem Hirn, auch da hat er Material angeführt, das mit Naturnotwendigkeit **für** Agrarzölle spricht, und zwar ganz in der Weise wie in seinen „Grundzügen". Er hat da z. B. den Satz ausgesprochen, daß „diese modernen Agrarzölle mit Mühe und Not, mit Ach und Krach aufrechthalten, was in Mitteleuropa schon lange war und was schon längst zusammengebrochen und nicht mehr sein würde, wenn gar nichts seitens der mitteleuropäischen Staaten geschehen wäre." Wenn dieser Satz richtig ist, **dann ist das eine Verurteilung der Haltung der Fraktion in der Zollfrage.** (Sehr richtig!) Wenn durch unsre Gegnerschaft gegen Agrarzölle die Landwirtschaft zusammenbrechen müßte, wenn unser Sieg zum Zusammenbruch der Landwirtschaft führte, ja, eine stärkere Anklage gegen die Sozialdemokratie könnte man sich gar nicht vorstellen. Nebenbei bemerkt ist es **gar nicht wahr, daß Agrarzölle, bloß die Agrarzölle den Zusammenbruch der Landwirtschaft verhindert haben.** Es gibt in Europa Länder, die **keine** Agrarzölle haben, **England, Holland, Dänemark.** Zu den Ländern, deren Landwirtschaft heute doch am **blühendsten ist, gehören gerade diese beiden letztgenannten freihändlerischen Staaten.**

Schwerer als in Dänemark und Holland mußte allerdings die Landwirtschaft in England kämpfen, weil sie den Anprall der überseeischen Produkte am ersten auszuhalten hatte. Aber die englische Landwirtschaft ist nicht zugrunde gegangen. Es trat nur eine Krisis ein, die heute schon gemildert ist. Die heutige englische Landwirtschaft steht mindestens so gut da wie die deutsche, trotzdem diese durch Zölle geschützt ist. Die englische Landwirtschaft hat nur eine Aenderung durchgemacht. Der Rückgang ist eingetreten in bezug auf den Körnerbau, und die Viehzucht ist in den Vordergrund gerückt. Außerdem sind die Pachtzinsen heruntergegangen. Die Großgrundbesitzer können heute aus dem englischen Volke nicht mehr soviel herausziehen wie früher. **Das ist die Not der Landwirtschaft in England, daß die Großgrundbesitzer heute nicht mehr so wie früher auf Kosten der Arbeiter schwelgen können. Das ist nicht etwas, worüber wir uns zu grämen haben, sondern was wir mit Freuden begrüßen.** (Sehr richtig!) Wir würden uns freuen, wenn in Deutschland dasselbe einträte. (Sehr wahr!) Und wann war denn in Deutschland die Not der Landwirtschaft am größten? — Gerade als die Agrarzölle am höchsten waren. Seit der Caprivischen Zollreform, seitdem die Zölle etwas ermäßigt sind, hat sich die Landwirtschaft wieder etwas gehoben.

Auch da finden wir wieder, daß der Zoll durchaus nicht zum Gedeihen der Landwirtschaft notwendig ist. Im Gegenteil; daß in einer Zeit, wo die Agrarzölle herabgesetzt werden, die Landwirtschaft in die Höhe geht, ist kein Zufall. In jedem Zeitalter gibt es einen bestimmten Produktionszweig, der den Charakter der Gesellschaft bestimmt. Heute ist es nicht die Landwirtschaft, sondern die Industrie. Von dem Gedeihen der Industrie hängt das Gedeihen der ganzen Gesellschaft ab. Wo die Industrie zurückgeht, geht auch die Landwirtschaft zurück. Die Agrarzölle sind aber eines der mächtigsten Mittel zur Hemmung der Industrie. Sie hemmen infolgedessen auch die Entwicklung der Landwirtschaft und wirken also gegen die Landwirtschaft. Wir müssen sie bekämpfen nicht nur vom Konsumentenstandpunkt aus. Wäre aber der Standpunkt Schippels richtig, müßten wir für Agrarzölle eintreten, und so hätte sich die Partei eine große Versündigung zu Schulden kommen lassen durch ihren Kampf gegen die Agrarzölle. **Es ist nicht richtig, daß es sich nur um wissenschaftliche Spekulationen Schippels handelt.** Schippel als Mann der Wissenschaft kommt hier nicht in Frage. Hätte Schippel bloß sein Buch geschrieben als Mann der Wissenschaft, wir würden ihn laufen lassen. Aber er ist ebenso sozialistischer Abgeordneter und beeinflußt die Propaganda unsrer Partei. Und weil er Gesichtspunkte entwickelt, die, wenn sie angenommen würden, unsre Partei vollständig auf falsche Bahnen leiten müssen, die, auch wenn sie nicht angenommen, aber von den Gegnern kolportiert werden, die Partei aufs schwerste schädigen müßten, deshalb müssen wir gegen ihn auftreten und keinen Zweifel lassen, wie wir über ihn denken. Aber so unangenehm auch die ganze Frage ist, mit der wir uns heute zu beschäftigen haben, ich hoffe, daß sie wenigstens ein Moment gezeitigt hat. Es war sehr erfreulich zu sehen, daß, wie verschieden auch die Ansichten der Redner sind, doch nur eine einzige Stimme über unsre Stellung zu den Agrarzöllen herrscht und Schippels Anschauung, daß der Agrarzoll in der heutigen bürgerlichen Gesellschaft notwendig sei, **einmütig zurückgewiesen ist.** Unsre Gegner haben gehofft, daß Schippel einen neuen Keil zwischen uns treiben, daß er ein neues Werkzeug sein würde, um Uneinigkeit in die Partei zu bringen. Wir haben ja in den letzten Jahren schwere Differenzen gehabt. Aber nun sehen wir, daß in der wichtigsten **praktischen** Frage, die uns beschäftigt, in der wir die schwersten Kämpfe auszufechten haben, **die Einigkeit größer ist als jemals.** Und gerade **der** Fall Schippel hat dazu beigetragen, daß diese Einigkeit zu Tage tritt.

Schippel selbst hat sich vor dem einmütigen Edikt gebeugt und sich als reumütiger Sünder bekannt. Er sagt: Ich anerkenne zwar Eure Gründe nicht, aber ich bin mit Euch gegen den Agrarzoll. Diese Einmütigkeit bürgt dafür, daß wir auf dem Gebiete der Handelspolitik nach wie vor die Führung haben und nach wie vor neue Siege erringen werden. (Lebhafter Beifall.)

Eingegangen ist ein Begrüßungsschreiben der Genossen von Dresden-Altstadt.

Schluß 1 Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

Um 3 Uhr 10 Min. eröffnet der Vorsitzende **Ebert** die Sitzung. Eingegangen ist Resolution 137, Katzenstein, die nicht die nötige Unterstützung findet.

Stücklen-Altenburg: Schippel behauptet, daß die ganze Bewegung gegen ihn von einzelnen „Hetzern" und „Stänkern" ausgehe und erwähnte heute Vormittag auch, daß in Sachsen nur Schöpflin und Stücklen über seine Angelegenheit gesprochen haben. Ich habe auf Einladung aus meinem Wahlkreis über die Aufgaben des Parteitages gesprochen und dabei mußte des Falles Schippel Erwähnung getan werden. Es ist allerdings richtig, daß man in Sachsen sich öffentlich mit der Sache wenig beschäftigt hat. Es sind dort eben die Fragen der Zollpolitik noch nicht eingehend erörtert worden. Daß die Chemnitzer Genossen Schippel ein Vertrauensvotum ausgesprochen haben, ist ganz natürlich. Aber daraus darf nicht etwa geschlossen werden, daß die Chemnitzer die Seitensprünge Schippels billigten. Die Chemnitzer Genossen haben den Genossen Schippel ebenso mißverstanden, wie die ganze Partei. Sie waren bis zu dem Schlußartikel Schippels der Ansicht, Schippel sei allerdings Agrarzöllner. Schrieb doch die „Chemnitzer Volksstimme", ehe Schippel mit seiner Artikelserie begann, was liege denn daran, wenn das Pfund Brot einen Pfennig mehr koste, könne man damit den Bauern helfen, dann müsse es eben bezahlt werden. Und Schippel nahm keinen Anlaß die Redaktion darauf aufmerksam zu machen, daß ein solcher Schluß aus seinen Ansichten nicht gezogen werden könne. Ich habe in der Polemik den Boden der Sachlichkeit nie verlassen. Aber die Methode Schippels muß verurteilt werden. Hätte Schippel in der Fraktion erklärt, daß er kein Agrarzöllner sei, oder hätte er diese Erklärung an den Schluß seiner 47 Spalten gestellt, so hätte die Affäre nicht diesen Umfang angenommen. Schippel sollte doch der letzte sein, der sich über Anzapfungen beklagt. Wer so in den Wald hineinruft, darf sich nicht wundern, wenn es entsprechend wieder herausschallt. Die Aeußerung Schippels, daß sein Vortrag nur für einen kleinen Kreis bestimmt gewesen sei, sieht sehr nach einer politischen Moral mit doppeltem Boden aus: ein **Standpunkt** für einen **kleinen Kreis**, eine **Schablone für die große Masse.** Für die Agrarzölle wird die Partei nie zu haben sein. Die Frage der Industriezölle liegt ja etwas anders. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß sehr wohl die Partei einmal in die Lage kommen kann, einer bestimmten Industrie unter die Arme greifen zu müssen. Hier muß nur von Fall zu Fall entschieden werden. Den Eisenzoll zum Beispiel spürt der Arbeiter wenig, der Eisenzoll ist aber eine Stütze des kapitalistischen Systems und deshalb müssen wir ihn ablehnen. Ueber den Standpunkt Schippels sind wir noch immer nicht klar. Statt den Agrariern Argumente zu liefern, hätte er lieber ein Buch schreiben sollen, in dem er den Parteigenossen vor Augen führt

wie gemeinschädlich die Agrarzölle und wie wenig die Massen an der Erhaltung der Grundrente interessiert sind. Ich bitte das Amendement Freythaler anzunehmen. Es bedeutet keinen Ausschluß Schippels aus der Partei, den ich vermieden sehen will, es soll auch die freie Forschung nicht gehemmt werden, aber wir schieben damit einen Riegel vor, daß Schippel weiterhin unter dem Mantel der Meinungsfreiheit Uneinigkeit in die Partei bringt.

Langer-Chemnitz: Es ist behauptet worden, das Vertrauensvotum, das die Chemnitzer Genossen Schippel ausstellten, sei von Schippel selbst abgefaßt worden. Allerdings haben wir vor der ersten Versammlung Schippel beauftragt, eine Resolution zu formulieren. (Hört! hört!) Das tat Schippel. Sein Vorschlag wurde aber dann nach allen Richtungen erwogen und schließlich in wesentlich andrer Form angenommen; in der Versammlung am 30. August dagegen war Schippel an der dort angenommenen Resolution absolut nicht beteiligt. Wenn Sie die Resolution Bebels mit dem dazu gestellten Amendement annehmen, so wird in Zukunft jeder Genosse, der auf wissenschaftlichem Gebiete tätig ist, sich hüten müssen, neue Gedanken auszusprechen. (Rufe: O nein!) Jawohl, er wird sich schließlich hüten müssen, Ansichten auszusprechen, die der Mehrheit nicht gefallen. Ich bitte Sie, im Interesse unsrer Partei und unsers Wahlkreises davon Abstand zu nehmen, die Resolution Bebels oder irgend eine andre anzunehmen. Ich bitte Sie, über die gestellten Anträge zur Tagesordnung überzugehen.

Cunow: Es handelt sich nicht um die Frage: Freihandel oder Schutzzoll, sondern um das Verhalten Schippels. Schippel meint, wir würden die ganze Debatte nicht gehabt haben, wenn der „Vorwärts“ nicht das Referat über den Vortrag im 3. Berliner Wahlkreise gebracht hätte. Ich glaube, daß dadurch wenig an der Sache geändert wäre. Das Mißtrauen gegen Schippel besteht doch schon lange Zeit, mindestens schon seit dem Breslauer Parteitage. Der Vortrag war nur gewissermaßen der letzte Tropfen, der das Faß zum Ueberlaufen brachte. Die Wirkung des Referats hätte Schippel einfach beseitigen können, wenn er es sofort berichtigt und mitgeteilt hätte, was er in Wahrheit gesagt hat. Statt dessen schwieg er sich vollständig aus. Erst nach einigen Tagen kam eine Berichtigung. Diese ließ aber wieder im Unklaren, welches denn seine Auffassung sei. Warum hat er nicht damals gleich in einer oder anderthalb Spalten seinen Standpunkt dargelegt? Nachdem er die Berichtigung veröffentlicht hatte, schwieg er wieder, bis die Fraktion ihre Resolution beschloß. Auch dann zögerte er noch. Als er sich aber daran machte, zu antworten, hat er wieder nicht einen kurzen Artikel geschrieben. Da kamen zunächst in über 40 Spalten alle möglichen Erörterungen, und dann erst folgte zum Schluß die bekannte Ausrede: Es ist mir nicht im Traum eingefallen, Agrarschutzzöllner zu sein. Vorher hatte er monatelang Artikel über Artikel geschrieben zum Gaudium aller Gegner, ließ sich aber durch den Spott der Gegner nicht irritieren, sondern fuhr fort, immer weiteres Material gegen die Partei aufzuhäufen. v. Elm sagte, der Bericht hätte vor der Drucklegung Schippel vorgelegt werden müssen. Das ist aus journalistischen Gründen unmöglich. Wir haben in Berlin und den Vororten manchmal an einem Abend 15 bis 20 Versammlungen. Wenn wir da alle Referate allen Rednern erst vorlegen wollten, würden wir manchen Bericht erst nach 8 bis 14 Tagen bringen können.

Antrick: Schippel hat heute morgen gesagt, es müsse ein Ende gemacht werden. Das unterschreibe ich voll und ganz und hätte nur gewünscht, daß Schippel zu dieser Ansicht schon vor Jahren gelangt wäre, dann hätte er der Partei viel Aerger und Verdruß erspart. Ich selbst, der ich mit Schippel jahrelang freundschaftlich verkehrt und von ihm manches gelernt habe, bin durch sein Verhalten zu der Ansicht gekommen, daß Schippel innerlich mit den Grundanschauungen der Partei seit längerer Zeit

gebrochen hat, und daß er nur nicht den Mut hat, dies öffentlich auszusprechen. Diese mangelnde Offenheit ist nach meiner Auffassung der einzige Grund für die Zweideutigkeit Schippels. Wäre das nicht der Fall, so hätte Schippel sein Buch nicht so geschrieben. Schippel weiß, daß ich das Buch mehrmals gelesen und mich mit ihm wiederholt darüber unterhalten habe. Schippel hätte folgedessen sein Verhalten im Reichstage während der Zollkämpfe ganz anders einrichten müssen. Schippel war es, der den Gegnern das Scheinargument geliefert hat, man dürfe die Zollfrage nicht betrachten vom Standpunkt der Arbeiter als Konsumenten allein, sondern man müsse sie wesentlich vom Standpunkt der Arbeiter als Produzenten betrachten. Graf Posadowsky und der lange Möller haben dieses Argument begierig aufgegriffen. Während von uns im Reichstage der Kampf bis zur Erschöpfung geführt wurde, saß Schippel ruhig und gelassen in seinem Sessel und lachte sich ins Fäustchen. Er hat keine Hand gerührt und uns in keiner Weise geholfen. Ich habe wiederholt nach meinen Reden zu Schippel gesagt: jetzt müßten Sie gegen mich sprechen, er hat dafür nur ein ruhiges Lächeln gehabt. Ich kann hier auf das Scheinargument nicht eingehen. Wer sich dafür interessiert, findet in unsren Reichstagsreden Material genug. Ich selbst habe fast einen ganzen Tag geredet, wo ich lediglich die ganze Frage vom Standpunkt der Arbeiter als Produzenten behandelt habe. v. Elm sagt, man hätte die Anklage gegen Schippel früher erheben müssen. Ganz recht! Auch ich habe gleich nach dem Erscheinen des Buches mit verschiedenen Genossen darüber gesprochen, ob man Schippel nicht zwingen müsse, seinen Standpunkt klar darzulegen, damit er uns nicht immer wieder entgegengehalten werden könne. Stadthagen war da immer derjenige, der als Antwort die bekannten letzten Sätze aus dem Buche Schippels vorlas. Ich muß sagen, mich überlief es immer heiß und kalt, wenn dies Argument vorgebracht wurde. Da habe ich mich denn auf die Hosen gesetzt, studiert und immer wieder studiert, um diese Frage von Schippels Produzentenstandpunkt zu untersuchen. Ich bin dabei zu einem von Schippel entgegengesetzten Standpunkt gekommen. Inwieweit Schippel dabei mit mir einverstanden war, weiß ich nicht. Dem Wunsche Schippels, zu Ende zu kommen, werden wir, glaube ich, am besten entsprechen durch Annahme der Resolution Bebel mit dem Amendement Freythaler. Damit würden wir Schippel nicht ausschließen, sondern nur den Gesamtwillen der Partei zum Ausdruck bringen, daß wir von einem Abgeordneten verlangen, daß er nicht der Partei fortwährend Verlegenheiten bereitet. Ich pflege auf die Worte der Gegner wenig zu geben. Aber ich habe eine Aeußerung Richters im Gedächtnis, dessen Zeitung die Meinung ausspricht, kein Gegner habe die Partei schlimmer verhöhnen können, als Schippel, und daß, wenn die Partei sich das gefallen lasse, beide einander wert seien. Ich hoffe, wenn Schippel die Hand aufs Herz legt und sich noch einmal prüft, wird er uns selbst danken, daß wir ihn durch Annahme der Resolution Bebel endlich aus dieser Affäre befreien.

Frau Zietz-Hamburg: Schippel hat heute morgen verlangt, daß der Parteitag klipp und klar Stellung nimmt. Wenn wir die Resolution Bebel mit dem Amendement Freythaler annehmen, dann haben wir klipp und klar gesagt, was wir wünschen. Ich möchte Sie deshalb bitten, der Aufforderung Schippels dadurch Rechnung zu tragen, daß Sie die Resolution mit dem Amendement annehmen. In der Resolution ist klar ausgesprochen, was wir an der Haltung Schippels kritisieren, und in dem Amendement ist deutlich gesagt, welche Konsequenzen er zu ziehen hat, wenn er fortfährt, so zu handeln wie bisher. Es ist heute morgen nachgewiesen, in welcher Weise Schippel Zweideutigkeiten ausgesprochen, in welcher Weise er

Unklarheiten in die Massen getragen hat. Besonders hat Bebel eine Stelle aus Schippels Artikeln zitiert, daß der Bund zwischen Industrie und Landwirtschaft in Mitteleuropa eine Notwendigkeit für die bürgerliche Gesellschaft sei und ein **Produkt enormer Lebenskraft darstelle.** v. Elm hat gemeint, Schippel stelle damit den Standpunkt der bürgerlichen Parteien dar: ebensogut wie das Militär notwendig für die bürgerlichen Parteien sei, sei auch dieser Bund zwischen Industrie und Landwirtschaft eine Notwendigkeit. Aber nach meiner Ansicht hat v. Elm außerordentlich daneben gehauen. Er hat zwei Dinge verglichen, die gar nicht mit einander zu vergleichen sind. Die Forderung hoher Industrie- und vor allem hoher Agrarzölle wird nur erhoben im Interesse einer kleinen Clique von Leuten, die auch politisch unsre allerärgsten Gegner sind (sehr richtig!), nicht im Interesse der allgemeinen bürgerlichen Gesellschaft. Wenn die Bourgeoisie sagt, wir haben das Militär nötig, und wir dann erklären, wir wollen das Militär nicht beseitigt wissen, sondern nur das **Milizsystem** an seine Stelle setzen, so ist das **etwas andres**, als wenn wir **völlige Beseitigung** dessen fordern, was nur einer kleinen Clique zu gute kommt, die dadurch ihre politische Macht stärkt und die Reaktion unterstützt. (Sehr richtig!) Es ist mit Recht betont worden, daß Schippel alle diejenigen Gründe zusammengetragen hat, welche die Haltung der Agrarzöllner rechtfertigen. (Sehr wahr!) Es ist mit Recht betont worden, wenn er als Sozialdemokrat handeln wollte, hätte er mit derselben Ausführlichkeit unsre Argumente zusammentragen und sagen müssen: **Das ist unser Standpunkt!** (Sehr wahr!) Nun sagt Schippel: Ihr haut auf mein Buch los, aber im Schlußsatz meines Buches ist auch unser Standpunkt dargelegt. Angenommen, das wäre Tatsache, so bitte ich doch eines nicht zu vergessen. Wenn Schippel sagt: Das ist der Standpunkt, den wir als Partei vertreten, und wenn er vorher in seinem Buche diesen Standpunkt fortwährend verhöhnt hat, so hat er damit gesagt: Dieser Standpunkt, den ich am Schluß wiedergebe, ist ein **unrichtiger.** (Sehr gut!) Außerdem sagt Schippel, unmittelbar bevor er am Schlusse seines Buches den Konsumentenstandpunkt darlegt: „Erst seit den Agrarzöllen ist der reine Konsumentenstandpunkt wieder zum vollen Siege gelangt". Und dann kommt das, was nach Schippels Ansicht der Konsumentenstandpunkt ist, dann kommt das, was tatsächlich unser Parteistandpunkt ist. **Sonst aber hat Schippel in seinem ganzen Buche diesen „Konsumentenstandpunkt" heruntergerissen und verhöhnt.** (Sehr richtig!) Er sagt u. a.: Entscheidet sich die Arbeiterklasse eines Landes für den Freihandel, so wird ihre Stellung nur dann richtig sein, wenn sie erfolgt im Hinblick auf die **Produktion** und den Arbeitsmarkt, nicht aber in **oberflächlicher Konsumentenschwärmerei** für einen **niedrigen Preisstand.** Am Schluß faßt er dann den „Konsumentenstandpunkt" in wenigen Sätzen zusammen. Entweder ist das Schippels Standpunkt nicht, und er sagt ja auch nirgends, daß es sein Standpunkt ist, oder aber, wenn es sein Standpunkt wäre, hätte er es klipp und klar sagen müssen und vorher nicht diesen Hohn und Spott ausschütten dürfen. Denn damit hätte er dann sich selbst verhöhnt. Körsten hat gestern gemeint, es ist nur ein außerordentliches Hindernis für unsre Agitation, wenn unsre Gegner uns vorwerfen, daß wir durch unsre Haltung zu den sozialpolitischen Gesetzen das Interesse der Arbeiterschaft schädigen. Nach meiner Meinung hat uns unsre ablehnende Haltung gegenüber den Gesetzentwürfen, die nicht einmal unsre minimalsten Forderungen entsprechen, noch niemals geschädigt. Wir haben, wenn unsre Gegner uns das vorhielten, Gelegenheit bekommen, die Massen aufzuklären und ihnen zu sagen: Seht mal, das haben wir gewollt. Aber dasselbe Bürgertum, das uns jetzt Vorwürfe macht, hat es verhindert, daß unsre weitergehenden Forderungen erfüllt sind. (Sehr richtig!) Aber etwas ganz andres ist es, wenn wir uns im Kampf mit unsern schlimmsten politischen Gegnern, den preußischen Junkern, befinden und dann auf einmal einer unsrer

Reichstagsabgeordneten kommt und uns Knüppel zwischen die Beine wirft. — Das schadet uns, das hemmt uns, das hindert uns, ja das raubt den Massen das Vertrauen zu uns. (Sehr richtig!) Deshalb müssen wir erklären, wer solchen Standpunkt einnimmt, wie Schippel, und diesen Standpunkt auch noch in Zukunft einzunehmen gewillt ist, **der muß auch die Konsequenzen der Resolution im Verein mit dem Amendement Freythaler ziehen.** Ich hoffe, daß die Resolution angenommen und daß Schippel dann die Konsequenzen ziehen wird. Tut er das nach der einen Richtung hin, indem er klipp und klar erklärt, was er heute hier nicht getan hat, daß er kein Agrarzöllner ist und dann auch dementsprechend handeln, reden und schreiben wird, so soll uns das freuen. Tut er es nicht, so sind wir davon befreit, daß einer aus unsren Reihen uns hemmt und schädigt. Schippel hat nicht bewiesen, daß wir ihm Unrecht tun, wenn wir ihm sagen, er habe den Schutzzöllnern Waffen geliefert. Er ist selbst der ärgste Schutzzöllner. Ja, er hat nachzuweisen gesucht, daß die Leute, die ihn anklagen, selbst auf einem ähnlichen Standpunkt stehen. Er hat nicht in klaren Worten, aber in seiner bekannten Zweideutigkeit nachgewiesen, daß er im innersten Herzen Schutzzöllner ist. Entweder er erklärt: ich bin es nicht, und handelt danach; oder aber, wenn er das nicht kann, hoffe ich, daß er selbst die Konsequenzen zieht.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte, von Lipinski begründet und von v. Elm bekämpft, wird abgelehnt.

Bartels-Dortmund: Ich befürchte, daß wir zu keinem befriedigenden Abschluß mit dem Falle Schippel gelangen werden. Die Resolutionen bringen keine Klärung; die einzige, die sie gebracht hätte, die Katzensteinsche, hat leider nicht die nötige Unterstützung gefunden. Die Empörung der Genossen im Lande ist sehr groß. Mit der Haltung der „Arbeiterzeitung" in der Schippelangelegenheit hat sich eine Wahlkreis-Konferenz einstimmig einverstanden erklärt. Die in diesem Sinne zustande gekommene Resolution — „welche dem Parteivorstand zur Veröffentlichung zu den übrigen unsrer Anträge eingesandt wurde" — ist leider nicht in Druck gekommen. Beachten Sie nicht die Autorität Schippels. Er mag als Journalist Hunderten seiner Kollegen überlegen sein, **aber wir dürfen nicht die Spitzbubentaktik der Gegner befolgen und nur die kleinen Diebe hängen und die großen laufen lassen.** Das Parteiprogramm muß für jeden gelten, und das sagt unzweideutig: Wir sind gegen Agrarzölle und gegen indirekte Steuern. (Sehr richtig.) Mag Schippel erklären: ich bin Schutzzöllner, dann wissen wir, woran wir sind, oder mag er hier hintreten und sagen: ich habe einen großen Bock geschossen, ich widerrufe. (Zustimmung.)

Dr. **Südekum**: Wenn die Absicht bestand, so ausführlich auf den Fall Schippel einzugehen, hätte man erwarten sollen, daß das gesamte Material, vor allem die 47 Spalten, die Schippel in der „Volksstimme" veröffentlicht hat, den Delegierten vorgelegt worden wären. Eine ganze Reihe von Delegierten ist im Saal, die das Material sich nicht beschaffen konnte, es aber gern in Händen haben möchte. (Sehr richtig!) Nun wirft man Schippel nicht nur seinen Vortrag im 3. Berliner Wahlkreise vor, man hält ihm seine Vorstrafen sozusagen vor und erzählt, wie oft er der Partei Unbequemlichkeiten und Verlegenheiten bereitet hat. Haben die Genossen recht — ich urteile darüber nicht und bestreite deshalb auch nicht, daß die Genossen recht haben — dann liegt der Fall doch so: Schippel ist ein psychologisches Rätsel, und die Partei soll es lösen. Es gibt aber bekanntlich noch mehr psychologische Rätsel in unsern Reihen, die ungelöst sind. Was man zur Lösung vorschlägt, erscheint durchaus ungeeignet dazu. Das Amendement Freythaler zur Resolution Bebel ist nichts anders, als der Ausschluß Schippels aus der Partei (Widerspruch Freythalers), wofür der Parteitag aber die Verantwortung nicht übernehmen.

sondern sie auf Schippel abwälzen soll. Bartel verlangt, man solle Schippel behandeln wie jeden andern. Dieser Meinung bin ich auch. Nun aber enthält das Organisationsstatut ganz genaue Vorschriften für den Ausschluß. Es muß eine ehrlose Handlung oder eine Schädigung der Partei nachgewiesen sein. Die Genossen, die für das Amendement sind, glauben zweifellos, daß Schippel die Partei geschädigt hat. Dann steht ihnen ja der Weg offen, den Ausschlußantrag zu stellen und ein Schiedsgericht gegen Schippel zu beantragen. (Lebh. Widerspruch; Rufe: Der Parteitag ist souverän!) Gewiß, er kann die ganze Parteiverfassung umstoßen und durch eine neue ersetzen, aber wenn Sie auf einem Parteitage einen Genossen ausschließen, so entziehen Sie ihm direkt die Wohltaten, die das Parteistatut vorsieht; Sie stellen ihn sofort vor die letzte Instanz, statt vor die erste. (Sehr richtig!) Jeder Genosse hat auf drei Instanzen Anspruch, zuerst ein Schiedsgericht, dann die Kontroleure, dann der Parteitag. Vor dem Schiedsgericht ist eine viel größere Wahrscheinlichkeit vorhanden, daß die Sache nach allen Seiten erwogen, das ganze Material durchgearbeitet und ein gerechtes Urteil gefunden wird. Durch die Annahme der Resolution aber die Verantwortlichkeit Schippel aufzubürden, ist ein Verfahren, das ich nicht billigen kann. Ich kann darin nur eine solche Zweideutigkeit sehen, wie sie an Schippel getadelt wird. Freythaler meint, ich hätte sein Amendement nicht ordentlich gelesen. Es steht allerdings nicht darin, daß Schippel ausgeschlossen wird, aber es wird ihm überlassen, die Konsequenzen zu ziehen, und sieht es doch als beste Lösung an: Schippel legt sein Mandat nieder und verläßt die Partei. Gönnen Sie Schippel für seinen letzten Gang die Rechtswohltaten, die jedem zustehen. Nehmen Sie weder die Resolution Bebel, noch das Amendement Freythaler an, sondern gehen Sie den Weg, den Ihnen Arons empfohlen hat, stimmen Sie für die Resolution Paeplow.

Schöpflin: Schippel hat in Chemnitz selbst erklärt, daß er von der Fraktion aufgefordert wurde — und das ist doch gedrängt —, seine Stellung zu präzisieren. In Chemnitz wurde er dazu aufgefordert in der Landeskonferenz. Er hat es aber abgelehnt und hat Wert auf die Feststellung gelegt, daß er nicht provoziert habe. Zweifellos wahr ist, daß er nicht die Absicht hatte, das Referat im dritten Berliner Wahlkreise zu halten. Aber wenn er dort nicht gesprochen hätte, würde er bei einer andern Gelegenheit dieselbe Rede gehalten haben, das Resultat wäre dasselbe. Im ganzen Erzgebirge hat Schippels Verhalten schlimm gewirkt. In der Zeit der Protestkundgebungen gegen den Zolltarif war gerade im Chemnitzer Bezirk die Proteststimmung eine leidenschaftliche und nachhaltige, wie ich aus eigner Erfahrung weiß. Jetzt aber können dort zollpolitische Ansichten, wie die Schippels, ohne besondren Widerspruch vorgetragen, ja propagiert werden. Der **Chemnitzer Delegierte Langer hat erklärt, Schippel hat recht, wer Handelsverträge will, muß auch Zölle wollen, und andre Parteigenossen haben** dort **erklärt, wir stehen noch immer auf Schippels Standpunkt.** Das kann im sächsischen Manchester widerspruchslos gesagt werden, ohne daß die Arbeiter Protest erheben! Und darin, daß diese Meinung ruhig hingenommen wurde, sehe ich die Gefahr, daß Schippel die Partei aufs schwerste desorganisiert. v. Elm meint, die Vergangenheit Schippels könne nicht die Grundlage des heutigen Verfahrens bilden. Im Gegenteil, die Vergangenheit Schippels beweist ja gerade, daß er unzuverlässig ist, daß er nicht zu dem steht, was er sagt. Immer und immer wieder ist in den „Monatsheften" und in der „Neuen Zeit" von Schippel mit der ihm eignen Gemütlichkeit erklärt worden: Aber, Genossen, die Sache ist ja gar nicht so arg! Südekum meinte, das richtigste wäre gewesen, wenn Schippels Artikel den Delegierten zugänglich gemacht worden wären. Aber warum hat Schippel nicht selbst darauf gedrungen? Die Artikel waren ja schon in Form einer Broschüre gesetzt. Auch in Chemnitz hat man meines Wissens erwogen, die Artikel als Broschüre zu veröffentlichen. Ich

meine, wenn jeder Delegierte diese Artikel gelesen hätte, würde die Stimmung gegen Schippel noch ungünstiger gewesen sein, als sie ist. Ich halte mich nicht für berufen, in solchen Streitfragen eine führende Rolle zu spielen; aber als ich die 47 Spalten gelesen hatte, empfand ich die Pflicht, hinauszugehen und zu sagen, wie die Dinge stehen. Schippel ist mir stets freundlich und liebenswürdig entgegengekommen. Persönlich war mir die Sache sehr unangenehm, denn ich huldige auch etwas der vielleicht altväterlichen Anschauung vor den Alten großen Respekt zu haben. Schippel war schon zu einer Zeit für das Proletariat tätig, wo ich noch die Schulbank drückte, aber trotz aller persönlichen Liebenswürdigkeit Schippels, trotz aller seiner Verdienste um die Partei können wir diese Dinge nicht weiter dulden, sonst erhalten wir die schwersten Nackenschläge und andre könnten sich auf Schippel berufen. Die Resolution sagt auch einigen andren Genossen, daß wir endlich einmal Ruhe haben wollen. Stimmen Sie der Resolution Bebel mit dem Amendement Freythaler zu. (Beifall.)

Vorsitzender **Ebert** teilt mit, daß beantragt ist, in dem letzten Absatz der Bebelschen Resolution in der 3. Zeile von oben die Worte: „und Parteigenossen" zu streichen.

Bebel erklärt, selber die Absicht gehabt zu haben, diese Streichung vorzunehmen, und nimmt die vorgeschlagene Aenderung in der Resolution auf.

Katzenstein: Sie können mir glauben, daß ich mich zu meinem Antrage nicht leichten Herzens entschlossen habe. Die Resolution Bebel enthält eine Reihe der schärfsten Mißbilligungen, die wie Peitschenhiebe knallen, aber sie zieht doch keinerlei Konsequenzen aus diesem Vorwurf, und das Amendement Freythaler winkt zwar mit dem Zaunpfahl, aber irgend eine Konsequenz wird auch darin nicht gezogen. Sehr verletzt hat es mich, wenn Genossin Zietz von Schippel verlangt, er soll klipp und klar sagen: ich habe mich gebessert und bin kein Schutzzöllner. Das kann Schippel nicht sagen. Er hat seine Ansichten sich Jahre hindurch erarbeitet, und da dürfen Sie ihm jetzt nicht die Pistole auf die Brust setzen und sagen: Denke so oder so. Ich sage vielmehr: Du denkst so, darum ziehe die Konsequenzen. In diesem Sinne war mein Antrag gestellt. Das Bureau glaubte, er sei nicht genügend unterstützt; mehrere Genossen waren andrer Meinung. Ich halte die Stellung Schippels in der Tat für politisch und moralisch unhaltbar, solange er Abgeordneter ist; politisch unhaltbar zweifellos, denn man hat ihn von der gegnerischen Seite vielfach zitiert, und er hat stillschweigen müssen; moralisch unhaltbar, da er in seiner Vertrauensstellung mit seinem Namen alle Aktionen der Partei decken muß, wenn er auch innerlich nicht mit ihnen übereinstimmt. Ich verstehe nicht, warum er sich aus dieser Situation nicht längst herausgezogen hat, indem er sagte: ich bin Parteigenosse, ich will weiter wissenschaftlich für die Partei arbeiten, aber ich kann nicht die Partei nach außen hin vertreten. Südekum hat durchaus recht, der Parteitag hat nicht das Recht, jemand auszuschließen, wenn kein Schiedsgericht vorausgegangen ist. Aber es handelt sich gar nicht um den Ausschluß, wenigstens verlangt ihn keine der Resolutionen. Es ist bei diesen moralischen Verurteilungen auch von einer Beleidigung der Partei durch Schippel die Rede gewesen. Mein demokratisches Herz wird verletzt, wenn da ein neuer § 95 für Majestätsbeleidigungen der Partei eingeführt wird. Mein Antrag sollte durchaus keine Aberkennung der Ehrenrechte bedeuten. Wenn aber in einem parlamentarischen Staate das Ministerium mit der Mehrheit des Parlaments nicht übereinstimmt, tritt es zurück. Und wenn ein Parteigenosse sich in den Grundanschauungen mit der großen Mehrheit der Parteigenossen nicht deckt, kann er nicht mehr politischer Führer sein. (Sehr richtig!)

Ein erneuter Antrag auf Schluß der Debatte wird, nachdem Beckmann dafür, Frau Zetkin dagegen gesprochen, mit großer Mehrheit angenommen. Der Parteitag erklärt sich damit einverstanden, daß Schippel in seiner Sache das Schlußwort erhält.

Schippel: Ich will kurz einige Tatsachen richtigstellen und auf einige Wünsche und Forderungen zurückkommen, obwohl ich meinen sollte, daß das, was ich früher geschrieben und gesagt habe, auch recht anspruchsvollen Genossen genügen könnte. Zuerst einmal eine kleine Nebensache, die aber doch unter Umständen eine recht persönliche Gehässigkeit sein kann. Es ist von Bebel gesagt, ich hätte seiner Zeit beim parlamentarischen Handbuch bei der Behandlung der Militärfrage eine Stelle aus dem freisinnigen „Abc-Buch" herausgenommen. Ich habe mit Richard Fischer darüber gesprochen, er hat mich ausdrücklich ermächtigt, zu erklären, daß nach seiner Ansicht diese Stelle **nicht etwa gegen den Parteistandpunkt gewesen wäre.** Ich glaube, auch Bebel wird sich daran erinnern. Damit kann wohl die Sache für die Oeffentlichkeit erledigt sein. Wenn wir das im kleinen Kreise besprochen hätten, hätte sich die Sache auf die einfachste Weise erledigt.

Dann weiter noch: Daß, wie es hier von einer Reihe von Rednern geschehen ist, so leicht Behauptungen aufgestellt werden, die sich einfach schwarz auf weiß durch meine Erklärungen mit Nennung des Datums widerlegen lassen, hätte ich allerdings selbst nach den Erfahrungen der letzten Wochen kaum für möglich gehalten. Den Gipfel hat ja Genosse Cunow erreicht. Er ist als Vertreter der „Vorwärts"-Redaktion hier, gebraucht also gewissermaßen ein Vorrecht; aber Privilegien legen doch auch Pflichten auf, und da hätte ich in allererster Linie erwartet, daß er, bevor er hier auftrat, wenigstens erst im „Vorwärts" seine Behauptungen nachprüfte. Aber da kommt er mit Darlegungen, die vollständig den Tatsachen und der Wahrheit ins Gesicht schlagen. Erst behauptet er, ich hätte nicht sofort eine Erklärung abgegeben. Ich habe am Tage, wo der Versammlungsbericht erschienen, noch abends in der Fraktion meine Erklärung formuliert, **am nächsten Tage früh stand sie im „Vorwärts".** Das weiß Cunow nicht. Er behauptet, alles wäre anders gekommen, wenn Schippel erklärt hätte — (Zuruf Cunows: Ich habe behauptet, **diese Erklärung enthielt nicht Ihren Standpunkt!**) Warten Sie nur ruhig ab! Was habe ich also erklärt? „Ich habe, um einer Legendenbildung vorzubeugen, bereits im Reichstage den Versammlungsbericht im „Vorwärts" als irreführend bezeichnet, was übrigens nicht den geringsten Vorwurf gegen den Berichterstatter einschließen soll. Der Bericht erweckt besonders dadurch ein ganz falsches Bild, daß Anschauungen, die ich als die heute in den parlamentarischen Mehrheiten maßgebenden schilderte, als meine Auffassungen erscheinen. Nach wie vor vertrete ich die bei dem Zollkampf und im Wahlkampf von der Partei und mir betätigten Anschauungen." Diese Erklärung wurde von mir am Abend aus freier Initiative der Fraktion vorgelegt und stand am nächsten Tage im „Vorwärts". Der „Vorwärts"-Redakteur brauchte davon nichts zu wissen. Er braucht auch von folgender Erklärung als „Vorwärts"-Redakteur nichts zu wissen, die am 2. Februar 1904 erschien: „Genosse Schippel schreibt uns: Ich möchte zum Frieden noch um ein letztes Wort bitten. Ich habe es, soweit möglich, stets abgelehnt, Zeitungsreferate über meine Aeußerungen richtig zu stellen, weil darin meist eine, wenn auch ganz unbeabsichtigte Kränkung des Berichterstatters liegt, der so wie so eine der undankbarsten Positionen in unserm Zeitungswesen einnimmt. Da oft eine bloße ungewollte Nüanzierung von Worten hinreicht, einen Gedanken wesentlich zu verändern, so habe ich dem Genossen Reinke gegenüber jeden Vorwurf ausdrücklich bestritten. Meines Erachtens wäre an seinem Berichte nicht viel mehr auszusetzen gewesen, als das bei jedem Referate unvermeidlich ist, wenn er

zwei Tatsachen mehr hätte hervortreten lassen. Erstens gewinnt der „Vorwärts"-Bericht durch seine ganze Appretur den Anschein des beabsichtigt Sensationellen, während bisher über theoretische Vorträge in kleinen geschlossenen Mitgliederversammlungen kaum ein Wort gesagt wurde. Ich betone deshalb nochmals, was ich bereits in der Versammlung gleichfalls betonte, daß ich für Dienstag nur als Lückenbüßer für einen verhinderten Fraktionsgenossen einsprang, noch dazu mit der Erwartung, daß die Erledigung des vorangehenden geschäftlichen Teiles den Vereinsabend vollständig ausfüllen würde. Zweitens läßt der Bericht meine breit ausgeführten Eingangsworte zu sehr zurückstehen. Diese gingen etwa dahin: „Man kann Zollfragen einfach kritisch, gemessen an unsern Partei-Anschauungen behandeln. Damit will ich Sie heute nicht weiter aufhalten. Darüber sind wir alle einig und als organisierte Parteigenossen alle aufgeklärt. Man muß aber auch die treibenden ökonomischen Kräfte, die Denkweise, die Stärke der wirtschaftspolitischen Strömungen bei unsern Gegnern studieren, denn sonst kommt man zu einer ganz falschen Schätzung ihrer Widerstandskraft und zu einer falschen Bewertung der Lockerheit des Bündnisses zwischen Industriellen und Agrariern. Darauf möchte ich heute abend Ihre Aufmerksamkeit lenken, und ich bitte Sie, das nicht aus dem Auge zu verlieren." Wäre das im Bericht, vielleicht durch reichliche Sperrung und fetten Druck unterstützt, derart herausgearbeitet, daß dieser Vorbehalt als deutliche Umrahmung und Einschränkung des Ganzen gewirkt hätte, so konnte wohl jede Unannehmlichkeit verhindert werden. Statt dessen verschwindet die Vorbemerkung im „Vorwärts" so gut wie ganz, und die Sperrungen werden Aeußerungen zu teil, die nur unter diesem ausdrücklichen Vorbehalt gelten. Der Redner begann — heißt es im Berichte, allerdings unentschieden und vielleicht auch mißverständlich — mit der Bemerkung, er wolle die handelspolitischen Strömungen besprechen, mit denen wir zu rechnen haben, ohne daß er sie von unserm parteipolitischen Standpunkte kritisieren wolle. Hier ist die sedes materiae, und 3 oder 4 Zeilen hätten den ganzen Zwischenfall erledigen können." Also wiederum am nächsten Tage gab ich diese Erklärung ab. Heute aber kommt der „Vorwärts"-Redakteur hergefahren und hält mir Vorlesungen, ich hätte alles weitere durch eine Richtigstellung beseitigen können, ich hätte aber keine Erklärung abgegeben, das könne er als „Vorwärts"-Redakteur beschwören.

Nun lassen Sie mich zu einem andern Fall übergehen, wie hier Behauptungen aufgestellt werden, nicht einfache Behauptungen — man sagt ja so manches in einer Rede —, sondern Anklagepunkte ohne einen Funken von Gewissenhaftigkeit. Da kommt Schöpflin, der war selber dabei auf der Landeskonferenz. Ein fester, aufrechter Mann hätte ja so viel Mut gehabt und hätte auf der Landeskonferenz selbst gesagt: Das und das gefällt mir nicht bei Schippel. Aber nein! In der Fraktion hob man dann den Finger in die Höhe, wie in der Schule und erklärte: Schippel hat auf der Landeskonferenz die Fraktion brüskiert! Ich habe daraufhin schon in der Fraktion dargelegt, daß es einfach unwahr sei: ich hätte damals angekündigt, ich würde der Fraktionsaufforderung nicht nachkommen. Ich habe mich nur, da 3 oder 4 Wochen nach der Fraktionsaufforderung mir bereits wieder ein Kollege öffentlich Vorhalte machen wollte, dem Sinne nach erwidert: wo nimmt man die Berechtigung zu solchen Anzapfungen her, da in so kurzer Zeit die Fertigstellung einer Broschüre oder einer eingehenderen Darstellung gar nicht möglich war und da mir zudem das Recht zusteht, zu überlegen, ob die Angelegenheit nicht besser in andrer Weise, etwa vor dem Parteitag, erledigt würde? Die Rechtfertigungsbroschüre Mehrings war doch auch nicht in 3 bis 4 Wochen fertig und niemand beklagte sich darüber und hatte das Recht dazu. Ich habe jedoch auf der sächsischen Landeskonferenz sofort hinzugefügt, habe das später auch in der Fraktion nochmals festgestellt, in Anwesenheit Schöpflins,

und wundere mich um so mehr, daß er heute wieder nichts davon weiß: ich werde tatsächlich der Fraktionsaufforderung nachkommen. Ich habe mir glücklicherweise, bevor ich hierher kam, die Zeitungsberichte über die Landeskonferenz nochmals durchgesehen. Da heißt es über meine Rede:

„Voss. Ztg." vom 7. April 1904 Nr. 162: „Die Fraktion hat mich aufgefordert, mich einmal ganz klar auszusprechen." Das ist nicht so leicht, aber ich werde es versuchen. Ich kann bei dem nächsten Parteitage verlangen, daß der Fraktionsbeschluß aufgehoben wird. Ob ich es tun werde, weiß ich zur Stunde nicht bestimmt. Ich glaube aber, ich werde es versuchen, zunächst in Schriften oder in der Presse die Sache klarzumachen.

„Leipziger Volkszeitung" vom 7. April 1904 Nr. 79: „Die Fraktion hat mich aufgefordert, mich über die Zollfrage einmal gründlich auszusprechen. Das ist nicht leicht. (Zwischenruf.) Denn ich habe mich schon oft darüber ausgesprochen, und klarer als früher könnte ich es kaum tun, aber ich will es doch versuchen."

„Vorwärts" vom 8. April 1904 Nr. 82 wörtlich dasselbe.

„Chemnitzer Volksstimme" vom 7. April 1904 Nr. 79 wörtlich dasselbe.

Nun komme ich zu meinem Freunde Antrick, der wohl heute als mein präsumtiver Erbe hier gesprochen hat. Ich will Ihnen ganz offen mein Verhältnis zu Antrick darlegen. Antrick hat nie ein Wort der scharfen Kritik über mein Buch geäußert, er hat wohl dies und jenes darin bezweifelt, aber daß er davon gesprochen hätte, mit einem solchen Buche stehe man außerhalb der Partei — niemals! Ich weiß auch nicht, daß er mir im Reichstage jemals Vorhaltungen gemacht hat über mein Verhalten im Zollkampf. (Zwischenruf Antricks: Das ist stark!) Ich habe mit ihm wie vorher weiter verkehrt, besonders eng befreundet waren wir nie. Ich habe ihn im großen ganzen nur auf den Parteitagen gesehen. Er hat gesagt, er hätte mein Buch gelesen; ich weiß es nicht. Er hat gesagt, er hätte viel daraus gelernt; ich weiß auch das nicht. (Heiterkeit.) Zur Wahlzeit hat Antrick noch bei der Stichwahl in freundschaftlichster Weise mit mir verkehrt. Ich habe nie eine Feindschaft seinerseits bemerkt. Wie kann er nun hierher kommen und die Dinge so darstellen, als hätte er sich schon seit Jahren langsam zurückziehen müssen. Sein Gewissen habe ihm das geboten — ich verstehe das nicht (Antrick: Hannover!) — es mag sein, daß Antrick in Hannover in der Milizfrage einmal seine abweichende Anschauung zum Ausdruck gebracht hat (Zuruf: Handelspolitik) — meine Handelspolitik war damals noch gar nicht erschienen, sie erschien erst zwei Jahre später! Also, daß er in der Frage, um die es sich hier handelt, der Handelspolitik, mir jemals Vorstellungen gemacht hat, davon weiß ich nichts, und ich müßte es doch wissen.

Nun sind die Aeußerungen von Enders angezogen — wenige von Ihnen kennen ja den Genossen Enders. Er legt großen Wert darauf, und das ist sehr hübsch von ihm, seine Redaktion absolut selbständig zu führen. Seit Jahr und Tag habe ich mich nie auch nur mit einer Zeile oder einem Worte in seine Redaktionsführung eingemischt. Er hat zudem ausdrücklich gesagt, er wisse zwar nicht, wie Schippel denkt, aber er denke sich das so und so. Ich habe nie intim mit ihm über Zollfragen gesprochen. Er hat manches in der Zollfrage geschrieben, wofür ich mit Unrecht verantwortlich gemacht wurde. Ich achte seinen Sonderstandpunkt, ich kann dafür aber nicht verantwortlich gemacht werden.

Dann ist mir vorgeworfen worden: ich treibe eine Moral mit doppeltem Boden, weil ich von dem Rechte gesprochen habe, in kleinerem Kreise mitunter etwas zu sagen, wovon ich in der großen Oeffentlichkeit absehe. Ja, macht das nicht jeder von uns zuweilen so? (Rufe: Nein!) Würden Sie es für unzulässig halten, in kleinerem Kreise — sagen wir in der Fraktion —

einen Minderheitsstandpunkt zu vertreten, und wäre es richtig, diese Meinungsabweichung — ich betone nochmals: eine durchaus innerhalb des Parteiprogramms und des Parteirahmens bleibende Meinungsabweichung — an die große Oeffentlichkeit zu zerren und zum Gegenstand öffentlicher Auseinandersetzungen, vor den Augen der Gegner, zu machen? Das erstere halte ich für zulässig und das letztere wollte ich vermieden sehen. Ist das Moral mit doppeltem Boden? Ich vertrete den Standpunkt, daß man in handelspolitischen Fragen vieles anders beurteilen kann als die heutige Parteimehrheit; ich beanspruche auch das Recht, in kleinerem Kreise Abweichungen geltend zu machen; ich wünsche aber nicht, daß solche Abweichungen durch unzeitiges Lärmschlagen von den Gegnern gegen die Partei ausgespielt werden können. Ich selber darf für mich in Anspruch nehmen, daß ich das zu vermeiden gesucht habe. Ich habe im Fraktionsvorstand immer und immer wieder betont, daß erst nach Abschluß der Handelsverträge die Zeit wieder da wäre zu breiteren Diskussionen über die strittigen Punkte. Hat das Anschneiden der Fragen also die Partei geschädigt, meine Absicht war es nicht; ich habe vielmehr alles getan, jeden Streit zu verhüten. Parteigenossen aber soll man nach der Absicht beurteilen. Gegnern gegenüber soll man gewiß jede schwache Stelle ausnutzen, aber wenn man das Parteigenossen gegenüber tut, dann kommt es dahin, daß jede kleine Meinungsverschiedenheit immer in große Differenzen ausartet, und das Parteileben würde darunter leiden. Also, Moral mit doppeltem Boden habe ich nicht getrieben und ist nie meine Absicht gewesen.

Und, Genossen, messen Sie doch auch nicht so sehr mit doppeltem Maß. Man hat mir immer Verhöhnung der Partei vorgeworfen, aber der einzige Beweis, den man angeführt hat, war meine Aeußerung: Wenn man sich entrüstet, ist man immer ein guter Parteigenosse! Ob das in jenem Zusammenhang ein so großes Vergehen war, will ich dahingestellt sein lassen. Aber wie halten Sie es denn bei andern? Antrick hat vorhin die „Freisinnige Zeitung" zitiert. Das imponiert mir in keiner Weise. Die „Freisinnige Zeitung" zitiert auch Kautsky und Bernstein gegen die Partei, und sie hat seinerzeit ganz besonders zitiert die Artikel der „Leipziger Volkszeitung" gegen die Entscheidung der Parteischiedsgerichte, namentlich den Leitartikel über „Wanzentaktik" und den mit „dt." gezeichneten Artikel über die Prinzipienverräterei der bürgerlichen Parteiführer, der von jedem als Verhöhnung, als Ironisierung unsrer Partei aufgefaßt ist und nicht etwa bloß einzelner Genossen, sondern der Partei-Instanzen. Wer hat damals seine Stimme dagegen erhoben? Ich glaube, was da in jenem Artikel gestanden hat von Wanzentaktik und dergleichen, das geht mehrere Tausend Prozent über das hinaus, was ich geschrieben.

Daß ich jetzt **eine handelspolitische Debatte eröffne, werden Sie nicht mehr erwarten.** Aber das werden Sie erwarten — das ist ja von vielen gewünscht worden —, daß ich **klipp und klar mich über meine Stellung äußere.** Genosse Düwell und Genossin Zietz haben gefordert, ich solle doch einmal kategorisch erklären, ich sei kein Schutzzöllner. Wie kommt man dazu, eine solche Erklärung von mir zu verlangen? Schutzzöllner haben wir immer unter uns gehabt. Auf dem Stuttgarter Parteitage ist es als durchaus berechtigt anerkannt, daß man in gewissen Fällen in den internationalen Verkehr regulierend und hemmend eingreifen darf. Das nennt man eben Schutzzoll. Auch Kautsky ist nur nach „Lage der Dinge", nicht prinzipiell Gegner von Schutzzöllen. Uebrigens, seine etwaigen sozialistischen Grundsätze hören bei Bodenbach auf. Auf dem österreichischen Parteitag hat er sogar Resolutionen mit beschließen helfen, in denen steht: Prinzipiell können wir Industrieschutzzölle nicht verwerfen. Dann kann man aber doch nicht verlangen, daß ich sagen soll, ob ich prinzipiell Schutzzölle verwerfe, und erklären, daß wir, wenn

ich das nicht sage, getrennte Leute sind. Genossin Zietz, als ich in Stuttgart mein Referat hielt, war es mir eine ganz besondere Freude, daß ich von mehreren Seiten darin Zustimmung fand, daß unter Umständen doch ein Schutzzoll zulässig sein könne. Ein Redner, der sich im allgemeinen auf den Freihandelsstandpunkt stellte, schloß mit den Worten: „Ich ersuche Sie also, der Kautskyschen Resolution zuzustimmen, aber einen Passus einzuschieben, der unsre Abgeordneten ermächtigt, gegebenenfalles unbeschadet unsrer prinzipiellen Stellung auch für Schutzzölle zu stimmen", und dieser Redner war die Genossin Zietz. (Große Heiterkeit.) Ja, so geht es. (Frau Zietz: **Aber nicht für die Agrarzölle.**) Sie haben vorher von Schutzzöllen gesprochen!

Meine Stellung ist im Grunde genommen doch sehr einfach. Ich habe in meiner geschichtlichen Darstellung — dazu bin ich als Wissenschaftler einfach verpflichtet — angesichts des kolossalen Umschwunges in der Handelspolitik auf dem europäischen Kontinent die Frage gestellt: Wie kommt es, daß die ganze bürgerliche Politik, die früher gegen die Agrarzölle war, seit Ende der 70er Jahre überall sich so sehr gewandelt hat, in allen Ländern? Ich habe gemeint, das müsse tiefe Ursachen haben, und die habe ich geschildert und daraus geschlossen, daß, solange diese neuen Verhältnisse bestehen, die bürgerliche Politik aus verschiedenen Gründen an den Agrarzöllen festhalten wird. Und solange wird meines Erachtens auch die Industrie daran festhalten aus Ursachen, denen ich näher nachzugehen versucht habe, und die ich gern in die Formel zusammenfasse: Die heimische Landwirtschaft bedeutet für das Absatzreich der Industrie ganze Provinzen, und Provinzen läßt man, so wenig wie Gliedmaßen, nicht so leicht amputieren.

Diese meine Analyse der bürgerlichen Handelspolitik seit beinahe einem Vierteljahrhundert mag richtig oder falsch sein. Aber es steht mir, von meinem, vom sozialdemokratischen Standpunkte aus gar nichts im Wege, diese Politik arbeiterschädlich und darum für uns verwerflich zu finden. Das habe ich in der Tat auch stets gesagt. Aber man ist noch immer nicht zufrieden. Kautsky äußerte heute erst wieder: ich hätte keinen Grund angegeben, sondern nur gesagt, ich bin Gegner der Agrarzölle. Ich habe jedoch z. B. in der „Chemnitzer Volksstimme" wörtlich geschrieben: „Als einen für ihn bedeutsamen Grund führt Kautsky an, daß die Zollhilfe aufgebracht wird in Form einer Kopfsteuer, die alle, ob reich oder arm, gleich belastet, ja, Aermere mehr als Reiche". Na also: Warum soll ich allein nicht in der Lage sein, zwar die Not und Hilfsbedürftigkeit der Landwirtschaft, wie Kautsky anzuerkennen und die Wirkung der Zölle rein tatsächlich ähnlich wie Zolla, zu beurteilen; aber dennoch Arm in Arm mit Kautsky und Zolla die spezifische Form der heutigen Staatshilfe, nämlich die Hilfe durch Agrarzölle, entschieden abzulehnen, deshalb abzulehnen, weil die Mittel zur Abhilfe nach einem am meisten für die Arbeiter durchaus ungerechten Modus aufgebracht werden. Sogar bei der Arbeiterversicherung, bei gesetzgeberischen Anläufen zu durchaus berechtigten proletarischen Zielen (Gegenwartszielen) haben wir Sozialdemokraten oft genug die Negation hervorgekehrt, weil uns die Art der Aufbringung der Mittel nicht gefiel. Dann, denke ich, wird es als durchaus konsequent angesehen werden müssen, wenn ich, aus dem gleichen Gesichtspunkt, der Agrarkrisis in andrer Weise begegnet sehen möchte wie seitens der Agrarzöllner. Ich habe darum und aus naheliegenden allgemeinen politischen Gründen am Schluß meiner Handelspolitik geschrieben, und würde heute höchstens die Stelle über den Brotwucher in klarerer Weise fassen: Wie sollten die arbeitenden Massen der Städte in den Brotzöllen etwas andres sehen als Stockprügel auf den Magen, wie sollten sie an dem Schicksal ihrer schlimmsten politischen Peiniger und Feinde, die sie überall an der Spitze der Agrarbewegung sehen, das geringste Interesse nehmen?

Wir mögen uns über die Ursachen der Agrarkrisis streiten, soviel wir wollen, wir mögen die Höhe des landwirtschaftlichen Notstandes hoch oder niedrig einschätzen, wir mögen das Eintreten des industriellen Besitzes für Agrarzölle für selbstmörderisch-kurzsichtig oder für weitblickend und notwendig halten, das industrielle Proletariat wird die Brotzölle stets nicht nur als ungeeignetes Mittel der Hilfe, sondern als den gewissenlosesten Brotwucher der vereinten Volksfeinde verwerfen. Hier löschen alle nicht nur denkbaren, sondern auch wirklich bemerkbaren Unterschiede in der mehr theoretischen allgemeinen Auffassung der handelspolitischen Grundfragen aus vor den drängenden konkreten Entscheidungen der nächsten Gegenwart, und mehr bedarf eine politische Partei zu ihrer Tätigkeit nicht."

Da habe ich also auch die Gründe hervorgehoben, aus denen ich von dem Standpunkt der Arbeiterklasse aus zu einer ablehnenden Haltung komme. Aber trotzdem ich das wieder und wieder zitiert habe, heißt es immer wieder: Wenn wir nur wüßten, ob Schippel überhaupt gegen die Agrarzölle ist. Ich bin sogar so weit gegangen, zu erklären, nur ein vollendeter Knabe kann mir unterstellen wollen, daß ich jemals für Agrarzölle eingetreten wäre; das sei mir nimmer im Traum eingefallen. Nun, ich erkläre dies auch hier an dieser Stelle nochmals. Wenn Sie noch mehr wissen wollen, stellen Sie bestimmte Fragen! Aber wenn ich das erkläre, bitte ich, daß Sie diese Erklärung auch ernst nehmen.

Endlich, Parteigenossen, noch ein Wort über die mir abermals vorgeworfene Zurückhaltung beim Zollkampf im Reichstag. Eine solche Zurückhaltung ergibt sich meines Erachtens von selber, wenn man zwar die allgemeine Ablehnung eines Gesetzes billigt, aber doch nicht alle Einzelgründe der Opposition. Bei jeder parlamentarischen Diskussion spielen eben die Einzelgründe die größte Rolle. Daß ich gegen meine Ueberzeugung hätte sprechen sollen, wird auch niemand verlangen. In ähnlicher Lage hat sich wohl schon jeder im Reichstage befunden, und eine gewisse Zurückhaltung ist alsdann einfach nur anständig. Aber eines wollen Sie noch berücksichtigen. Manches hätte doch wohl anders sein können, die Zurückhaltung habe ich mir selber anfangs durchaus nicht so weitgehend gedacht. So war z. B. die vielzitierte Schlußstelle meiner „Handelspolitik" eigens mit dazu geschrieben, um etwaigen Gegnern, die sich auf mich berufen würden, entgegentreten zu können; sie ist ja förmlich dazu formuliert, den Gegnern entgegengehalten zu werden. Aber Voraussetzung war dabei, daß nicht Parteigenossen da sind, die längst vor den Gegnern erklärt haben, daß sie die Stelle nicht ernst nehmen. Dadurch haben Sie mir diese letzte Waffe selbst aus der Hand geschlagen. Wenn Sie das auf Schritt und Tritt jedem Genossen gegenüber tun wollten, werden Sie jeden in ähnlicher Lage zwingen, zu schweigen. Jeden Augenblick hätte man mir bei meinem rednerischen Eingreifen, und zwar mit Recht, erwidern können: Deine eigenen Parteiblätter, die „Neue Zeit", der „Vorwärts", haben ja selber betont, daß diese Aeußerungen und Stellen nicht ernst zu nehmen seien. Damit verbot sich dann zuletzt, wider meinen Willen, jedes Eingreifen.

Aber wer hat die Lage erst derart zugespitzt? Wer hat jede Stelle, die mißdeutet werden kann, auch mißdeutet? Wer hat auf diese Weise geradezu die Geschäfte der Gegner besorgt, viel eifriger wie die Gegner selber? Wer erst hat die Gegner mit der Nase auf alle Punkte gestoßen, die allenfalls — bei gewagtester und meines Erachtens unzulässigster Interpretation — von den Gegnern gegen Parteigenossen ausgenutzt werden können?

Ich habe nie behauptet, daß alles, was ich getan, geschrieben und gesagt habe, richtig gewesen sei. Mir geht es wie jedem Schriftsteller und Redner, daß man hinterher manches anders gewünscht hätte. Aber Zweideutigkeit in der grundlegenden Haltung können Sie mir nicht, zum mindesten jetzt nicht mehr, vorwerfen. Die Erklärung, ich sei Gegner der Agrarzölle, habe

ich in bestimmtester Weise und wiederholt abgegeben — sie zu hören, kann ich freilich niemanden zwingen. Sorgen Sie nun andererseits dafür, daß jene vergiftende Form des parteigenössischen Meinungskampfes aufhört, die alle Meinungsdifferenzen zu großen Gegensätzen aufbauscht und die die Aufmerksamkeit der Gegner erst geflissentlich weckt — dann, denke ich, werden wir immer noch ganz gut mit einander auskommen können. (Lebhafter Beifall.)

Das Schlußwort als Referent erhält

Ledebour: Ich bedaure, daß verschiedene Redner nicht das beherzigt haben, worauf ich in meinen Einleitungsworten ganz besonderes Gewicht legte. Ich sagte, daß unsre Aufforderung an Schippel, in klarer und unzweideutiger Weise Stellung zu nehmen in der Agrarzollfrage, nicht so zu verstehen sei, daß er die Erklärung abgibt: ich bin gegen Agrarzölle; auf eine solche Erklärung kam es uns nicht an, die lag ja unmittelbar vor (Sehr richtig!) und Schippel hat sie jetzt selber wieder verlesen. Was haben wir aber im Laufe der Debatte erlebt? Eine ganze Anzahl von Genossen hat mit großem Eifer immer wieder gefordert: Schippel muß hier auftreten und erklären, daß er gegen Agrarzölle ist. Eine solche Erklärung haben wir damals nicht von ihm verlangt, und jetzt hat sie um so weniger zu bedeuten; nicht eine Erklärung, wie sie Schippel jetzt mit großem Pathos abgegeben hat, wollten wir, sondern wir verlangten, von ihm zu hören, wie er die logische Verbindung herstellen wolle zwischen der Tatsache, daß er in seinen Schriften und Reden Gedankengänge entwickelt hat, die notwendigerweise zu dem Schluß führen müssen, daß Agrarzölle unvermeidlich seien und daß er dann diese Erklärung abgibt, die er jetzt hier wiederholt hat, nachzuweisen, wie das logisch vereinbar sei. Das war der Grundgedanke unsrer Aufforderung an Schippel. Jene 47 Spalten waren aber noch nicht die Antwort, die wir verlangten. Das war eine historische Auseinandersetzung über alles Mögliche, was dieser oder jener über Schutzzölle gesagt hat. Im Anschluß daran kam wieder die Aeußerung unvermittelt, die wir jetzt wiederholt gehört haben: „Uebrigens ist es mir auch nicht im Traum eingefallen, Agrarschutzzöllner zu sein."

Daß es Schippel nicht im Traume eingefallen ist, Agrarschutzzöllner zu sein, mag sein. Ich kann seine Träume nicht kontrollieren. Es handelt sich hier aber nicht um seine Träume, sondern darum, daß er in wachem Zustande mit sehenden Augen jahrelang darauf hingearbeitet hat, die Notwendigkeit von Agrarzöllen zu beweisen, wodurch eine Anzahl von Parteigenossen von dieser Notwendigkeit überzeugt worden ist. Der Genosse Enders ist Chefredakteur unsres Organs in der großen Industriestadt Chemnitz. Er ist ein Mann von Charakter, den ich deshalb hochschätze, wenn ich auch mit seinen Ansichten vielfach nicht übereinstimme. Dieser Mann steht seit Jahren mit Schippel in so enger politischer Verbindung wie vielleicht kein andrer Parteigenosse. Auch Enders war durch die Aeußerungen Schippels zu der Ueberzeugung gekommen, daß Schippel Agrarschutzzöllner sei. Jetzt sagt Schippel: „Enders, — ja, der, na ja, der kann das ja nicht beurteilen, der kennt meinen Standpunkt ja gar nicht." Ja, wenn Schippel das Unglück hat, daß ein solcher Mann nicht im stande ist, seinen Standpunkt klar zu erfassen, wenn Schippel gezwungen ist, diesen Mann in dieser Weise zu desavouieren, so können wir schon daraus Schlüsse ziehen — und wir könnten es, wenn wir nichts wüßten als diese Tatsache, — daß dieser unglückliche Mann nicht in der Lage ist, eine Vertrauensstellung, wie die eines Abgeordneten unsrer Partei zu bekleiden, deren Inhaber volle Klarheit über seine Auffassung in wichtigen Fragen schaffen muß, die das Kampfobjekt für unsre Partei bilden. Auch jetzt wieder hat Schippel über alles Mögliche gesprochen und sich gegen alle möglichen Genossen gewendet, die ihn angeblich nicht verstanden haben. Selbst wenn das alles richtig wäre, was er gegen Cunow, Kautsky usw. vorgebracht hat, so wäre das nebensächlich, weil das

mit der Frage, die uns beschäftigt, nichts zu tun hat. Das alles ist bloß Zeitverschwendung. Bis zu diesem Zeitpunkt ist er uns die Antwort schuldig geblieben auf die Frage, die die Fraktion an ihn gestellt hat, auf die Frage: Wie erklären Sie diese für unser Denken unvereinbaren Tatsachen, daß Sie auf der einen Seite für Agrarschutzzölle schriftstellerisch arbeiten und sich dann hinstellen und sagen: „Im übrigen ist es mir nicht im Traum eingefallen, Agrarschutzzöllner zu sein?" Darin, daß er diese Antwort noch nicht gegeben hat, liegt das, was ich als Verhöhnung der Fraktion bezeichnet habe. Nicht auf den Ton, den Schippel angeschlagen hat, kommt es mir an — das ist völlig Nebensache — sondern darauf, daß er nicht die Antwort gegeben hat, die wir verlangt haben, daß er in 47 Spalten diese Antwort nicht gegeben hat. Mit einer kurzen Erklärung können wir uns nicht begnügen, sondern müssen auch eine Entwicklung der Gründe verlangen. Wenn er die von uns verlangte Aufklärung nicht gegeben hat, so lag das daran, daß er sie *nicht geben konnte*, weil diese beiden Tatsachen eben unvereinbar sind. Schippel hat die Schlußsätze seines Buches verlesen, um zu beweisen, daß er nicht Agrarschutzzöllner sei. Er hat dabei aber die einleitenden Worte weggelassen, die zeigen, daß diese Sätze nicht seinen auf wissenschaftlicher Ueberzeugung gegründeten Standpunkt ausdrücken, sondern allerhöchstens seinen Opportunitätsstandpunkt: Weil eben die Arbeiter die Geschichte nicht begreifen können, deshalb mache ich die Antiagrarierei mit. Die einleitenden Worte hat Schippel weggelassen, und das kann gar nicht auf einem Versehen beruhen. Denn Kautsky hat ihn auf diese Unterlassungssünde schon bei einer früheren Gelegenheit aufmerksam gemacht. Mit der Ausrede, daß er es nicht gelesen habe, wird er wohl nicht mehr kommen. Er hat uns ja heute die abgelegtesten Zitate vorgelesen, die er alle gelesen hätte. Diese Einleitung lautet: **„Erst seit den Agrarzöllen ist der reine Konsumentenstandpunkt wieder zum Siege gelangt.** (Bei den Arbeitern, wie aus dem Zusammenhang hervorgeht.) Wie sollten auch die Lohnarbeiter der Städte in Brotzöllen etwas andres sehen als Stockprügel auf den Magen" usw. Wenn die Worte einen Sinn haben, dann kann das im ganzen Zusammenhang nur folgendes bedeuten: Früher verhielten sich die Arbeiter verhältnismäßig indifferent gegen Zölle. Erst seit die Agrarzölle die Oberhand gewonnen haben, ist der reine Konsumentenstandpunkt bei den Arbeitern zum Durchbruch gekommen. Und weshalb? Weil die Arbeiter nicht die nötige Objektivität haben, um die Notwendigkeit der Agrarzölle begreifen zu können. (Sehr richtig!) Das ist der Sinn. Schippel verhöhnt eben diesen Konsumentenstandpunkt. Dieser Konsumentenstandpunkt steht für ihn noch unter dem Standpunkt des Freihandels-Hausierburschen. Schon in dem Gegensatz, den er zwischen Konsumenten- und Produzentenstandpunkt konstruiert, liegt es, daß er den Konsumentenstandpunkt nicht billigt. Dieser Gegensatz existiert nach meiner Auffassung für die Partei gar nicht, sowie man nur den Produktionsprozeß in seiner Totalität ins Auge faßt. Für uns handelt es sich nicht um einen Kampf zwischen Konsumtion und Produktion, sondern zwischen den Gliedern des Produktionsprozesses und seinen Ausbeutern. (Sehr gut!) In dieser ganzen Frage hat Schippel den wissenschaftlichen Standpunkt verlassen und ist in einen ganz oberflächlichen Gedankengang hineingekommen. Ich weiß mich persönlich von aller Animosität gegen Schippel frei, es tut mir außerordentlich leid, daß der Mann in diese Position geraten ist. Aber es ist nun einmal so. Er sagt jetzt, ja, er sei wohl Schutzzöllner aber nicht Agrarzöllner. Das ist wieder ein Widerspruch. Denn wer für Industriezölle ist, muß auch für Agrarzölle sein. Wenn man den Produktionsprozeß im Interesse der Ausbeuter durch Industriezölle erschwert, erschwert man den Agrariern ihren Betrieb, und dann sind diese allerdings von ihrem Standpunkte aus auch berechtigt, Agrarzölle zu fordern. So gelangt die Partei mit Notwendigkeit zur Ablehnung aller Schutzzölle. Schippel

sagt: „Wer für Handelsverträge ist, muß auch für Zölle sein, unter Umständen für Agrarzölle". Aber weshalb sind wir denn für Handelsverträge? Nur deshalb, weil sie bei den gegenwärtigen Verhältnissen das einzige Mittel sind, um die Zölle herunterzudrücken. (Sehr richtig!) Auch hier wieder ist der Schippelsche Standpunkt ganz oberflächlich. Wir kommen um die Tatsache nicht herum, daß Schippel auf einem für unsre gegenwärtige Aktion sehr wichtigen Gebiete mit der Partei in Differenz gekommen ist. Daraus folgt für mich: Da diese Frage gegenwärtig und vielleicht auch noch auf lange Zeit für uns eine der wichtigsten und entscheidendsten Aktionen bedingt, **so ist Schippel allerdings gegenwärtig nicht fähig, ein Reichstagsmandat für die Partei inne zu haben.** In diesem Sinne stimme ich dem Amendement Freythaler zu. Durch dieses Amendement soll Schippel nicht etwa aus der Partei ausgeschlossen werden, wie Südekum meint. Soweit ich die Sachlage beurteilen kann, denkt der Parteitag in seiner überwiegenden Mehrheit gar nicht daran, Schippel direkt oder indirekt auszuschließen. Das Amendement hätte allerdings bedeutend besser gefaßt werden können, wie ich überhaupt keine auf irgend einem Parteitag angenommene Resolution kenne, die nicht besser hätte gefaßt werden können. (Heiterkeit.) Im Sinne der Debatte bedeutet das Amendement, glaube ich, weiter nichts, als das: es kann Schippel nicht mehr dasjenige Vertrauen geschenkt werden, das für einen Abgeordneten notwendig ist. Es soll ihm da nur in höflicher Form ausgedrückt werden, daß er augenblicklich zur Ausübung eines Mandats nicht befähigt ist. Faßt man das Amendement so auf, so hat es nichts Ehrenrühriges. Die Ehre Schippels wird nicht angetastet; ich bitte Sie, die Resolution Bebels mit dem Amendement anzunehmen, damit die Klarheit geschaffen werde, die nun einmal unbedingt notwendig ist. (Lebafter Beifall.)

Es folgen **persönliche Bemerkungen.**

Cunow: Ich habe *nicht* behauptet, Schippel habe *keine Berichtigung* eingesandt. Das habe ich vielmehr *ausdrücklich mitgeteilt*, aber *hinzugefügt*, daß Schippel **verpflichtet gewesen wäre,** in einem **Artikel** sofort seinen **Standpunkt klarzulegen.**

Antrick: Schippel hat bestritten, daß ich über sein Buch mit ihm gesprochen habe. Demgegenüber stelle ich fest, daß Schippel sogar schon lange, bevor das Buch erschien, über die darin behandelten Grundfragen eingehend mit mir gesprochen hat. Zum Glück war ich dabei nicht allein; in Hannover war ein ihm sehr bekannter Herr dabei, als wir uns während des dortigen Parteitages über diese Fragen unterhielten. Weiter habe ich im Reichstage wiederholt mit Schippel darüber gesprochen und auch außerdem auf gemeinsamen Spaziergängen mich über seine Grundrenten-Theorie mit ihm auseinandergesetzt. Ich habe weiter nicht nur das Buch gelesen und dann ein Urteil darüber gefällt, sondern auch eine ganze Reihe von Genossen, darunter Bebel, gefragt: Findet Ihr nicht auch, daß Schippel da hauptsächlich die Argumente der Agrarier vertritt? Wie Schippel angesichts dieser Tatsachen sagen kann, ich hätte nicht mit ihm über diese Dinge gesprochen, verstehe ich nicht. Das läßt nur zwei Deutungen zu, entweder sein Gedächtnis ist so schwach, *daß er all das wieder vergessen hat oder er hat die Unwahrheit gesagt.*

Vorsitzender **Ebert:** Das war nicht mehr persönlich.

Frau **Zietz:** Die Aeußerung vom Stuttgarter Parteitage, die Schippel von mir zitiert hat, ist in der Tat so gefallen. Es ist darin der Standpunkt vertreten, der in unsrer Partei gilt. Jetzt hat Schippel diesen Ausspruch als mit meinen heutigen Ausführungen in Widerspruch stehend hinzustellen versucht. Ich meine aber, Schippel hätte aus meinen Ausführungen entnehmen müssen, daß mir vorhin nur ein lapsus linguae passiert ist. Ich wollte *Agrarzölle* sagen und *nicht Schutzzölle*. Wenn er diesen falschen Zungenschlag so gegen mich ausnutzt, muß es um seine Argumente doch

schlecht bestellt sein. Wenn ihm als besonders routinierten Redner ein solch falscher Zungenschlag passiert, wie er es behauptet von seinem Berliner Referat, wird man auch mir einen solchen zugute halten.

v. Elm: Ich habe nicht behauptet, daß Schippel im Reichstag gegen Agrarzölle gesprochen habe, sondern nur gesagt, daß Schippel in seinem Buche und in seinen Artikeln sich vom Standpunkt der Sozialdemokratie aus gegen Agrarzölle ausgesprochen hat.

Schippel: Wenn der Genossin Zietz ein falscher Zungenschlag passiert ist, so ist die Sache erledigt. Aber ihre Zunge ist doch sonst sehr gewandt, und warum will sie denn bei mir nie einen falschen Zungenschlag anerkennen? Da sollte sie doch Nächstenliebe üben und auch mir einmal einen falschen Zungenschlag verstatten. (Heiterkeit.) Daß Antrick nie mit mir über Zollfragen gesprochen hat, habe ich nicht behauptet. Ich sage nur: Er hat nie in einem Sinne mit mir gesprochen, daß ich hätte annehmen können, er mißbillige mein Buch, weil es in Widerspruch mit dem Grundgedanken der Partei stände. In Hannover kann ich mich gar nicht mit ihm über das Buch unterhalten haben, aus dem einfachen Grunde, weil es noch nicht erschienen war. (Zurufe: Ueber die Grundfragen! Ueber die Grundrententheorie!) Ich wüßte nicht, weshalb ich mit Antrick über Grundrententheorie hätte sprechen sollen.

Antrick: In Hannover hat Schippel natürlich nicht über sein Buch, sondern über die darin behandelten Grundfragen mit mir gesprochen. Ich bin bereit, ihm den Namen des Mannes, der dabei war und den er sogar zu seiner Ansicht bekehrte, in einem kleineren Kreise zu nennen. Ich habe Schippel schon damals in Hannover gesagt: Wenn ich zu derselben Ueberzeugung gekommen wäre wie Sie, so würde ich als ehrlicher Mann sagen, meine wissenschaftliche Ueberzeugung hat mich dahin geführt, daß ich mit Euch nicht mehr weiter zusammenarbeiten kann.

Der Vorsitzende **Ebert** macht hierauf Vorschläge für die Abstimmung. Es soll abgestimmt werden zunächst über die Resolution Bernstein, dann über die Resolution Päplow, weiter über die Resolution Bebel mit der von Bebel akzeptierten Abänderung und zuletzt über das Amendement Freythaler. Es wird beantragt, über den dritten Absatz der Resolution Bebel gesondert abzustimmen. Die Abstimmung über die Resolution Bebel sowie über das Amendement Freythaler soll eine namentliche sein. Die Anträge 12 und 13 werden durch die Vorlegung der Resolutionen für erledigt erklärt.

Zur Geschäftsordnung schlägt

Ledebour vor, nach allgemeinem parlamentarischen Brauch die Abstimmung über das Amendement Freythaler vor der Abstimmung über die Resolution Bebel vorzunehmen.

Bebel erklärt, gegen die Trennung der Abstimmung über seine Resolution keinen Widerspruch zu erheben.

Richard Fischer bittet, es bei dem Vorschlage des Vorsitzenden zu belassen. Eine große Anzahl Delegierten wünschen zwar gegen das Amendement, aber für die Resolution Bebel zu stimmen, wozu sie nicht in der Lage wären, wenn das Amendement vorher etwa angenommen würde und dann die Abstimmung über die Resolution mit dem Amendement folgte.

Vors. **Ebert:** Das Bureau war sich wohl bewußt, daß in der Regel zuerst über das Amendement und dann über den Hauptantrag abgestimmt wird. Unser Vorschlag aber wird die Meinung des Parteitages besser zum Ausdruck kommen lassen.

Der Widerspruch gegen den Vorschlag des Vorsitzenden wird zurückgezogen. Die Anträge werden also in der vom Bureau vorgeschlagenen Reihenfolge zur Abstimmung gebracht.

Die Resolutionen Bernstein (136) und Päplow (135) werden abgelehnt. Ebenso wird die Trennung der Abstimmung über die Resolution Bebel abgelehnt.

Es wird nunmehr zur namentlichen Abstimmung über die Resolution Bebel (133) geschritten.

Dabei wird festgestellt, daß für diese Abstimmungen auch die Abgeordneten Stimmrecht haben, da es sich nicht um eine Frage der „Tätigkeit der Fraktion" handelt.

In namentlicher Abstimmung wird nunmehr die Resolution Bebel (Antrag 133) mit 234 gegen 44 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen.

Mit Ja stimmten:

Adelung, Albrecht, Anders, Antrick, Ottilie Baader, Paul Bader, Baerer, Albert Bartels, Heinrich Bartels, Baudert, Baumann, Baumgärtel, Bauschke, Bebel, Becker, Georg Beckmann, Heinrich Beckmann, Beeck, Behle, Bérard, von den Berg, Berten, Berthold, Bittorf, Blos, Bock, Böhle, Böhme, Bolljes, Bömelburg, Borgmann, Otto Braun, Brey, Brühne, Budde, Buddenberg, Buder, Buhl, Bühler, Burgau, Burgund, Conrad, Dietz, Dittmann, Donath, Dönnecke, Dörfel, Dorn, Dörnke, Düwel, Eberhardt, Ebert, Efftinge, Eichhorn, Eilers, Eilken, Ernst, Evers, Ewald, Faber, Fallenbeck, Fauth, Feldmann, Heinrich Fischer, Richard Fischer, Robert Fischer, Wilhelm Fischer, Förster, Freiwaldt, Freythaler, Fritzsch, Frohme, Fuchs, Geck, Gehrt, Gerisch, Geyer, Goldstein, Gomringer, Graeger, Gramsdorf, Greifenberg, Greiner, Grünberg, Grünig, Grünhagen, Gruenwaldt, Habicht, Hahn, Hänchen, Hanisch, Haupt, Haverkamp, Heinze, Henke, Herbst, Hering, Hinsche, Hoch, Adolf Hoffmann, Karl Hoffmann, Hofrichter, Horst, Jacob, Jahn, J. D. Jakobsen, E. Jakobsen, Jansen, Jensch, Inger, John, Jung, Junghans, Fürs, Kaden, Kähler, Karl, Kaufmann, Kenngott, Kinkel, Klampfer, Koch, Koenen, König, Köppen, Kratsch, Kressin, Kufner, Kurth, Lange, Leber, Ledebour, Lehmann, Leinert, Leister, Lementzow, Leopold, Leutert, Liebknecht, Lienau, Lipinski, Litzinger, Lohmann, Lorenz, Löwenstein, Lungwitz, Lüttich, Lutz, Maier, Mädger, Meist, Meister, Metzger, Mirus, Carl Müller, Emil Müller, Theodor Müller, Müllenstädt, Nitsch, Oehlking, Olberdissen, Osterroth, Paulus, Pfannkuch, Pfarr, Pötzsch, Nackl, Rhein, Reißhaus, Riem, Rindfleisch, Rollwagen, Rosin, Sachse, Segitz, Seifer, Schaumburg, Scheidemann, Schiebink, Schlegel, Schmalfeldt, Gustav Schmidt, Heinrich Schmidt, Wilhelm Schmidt, Schneider, Schubert, Schuhmacher, Heinrich Schulz, Wilhelm Schulz, Schulze, Schwartz, Silberschmidt, Sindermann, Soberski, Sonnenburg, Sperka, Stadthagen, Staroffon, Stelling, Stille, Stolpe, Straßenmeyer, Stubbe, Stücklen, Thiel, Thöne, Trenkhorst, Tutzauer, Ullenbaum, Ulrich, Vesper, Vetterlein, Vetters, Voigt, Vortmann, Wartenburg, Wasner, Weinheber, Wels, Wengels, Weißmann, Weyers, Wicky, Wissell, Wolf, Wollermann, Wurm, Zeise, Zetkin, Zietz, Zimmermann, Zink, Zubeil, Zucht.

Mit Nein stimmten:

Arons, Bernstein, Heinrich Braun, Dies, Dreesbach, Ehrhardt, v. Elm, Esser, Fendrich, Edmund Fischer, Genzen, Gradnauer, Grenz, Heitmann, Hildenbrand, Holzapfel, Hofmann-Saalfeld, Horn, Hug, Jasper, Kasch, Katzenstein, Keidel, Klühs, Knieriem, Körsten, Krasemann, Langer, Lindemann, Mahlke, Meis, Michels, Mothes, Nietzel, Paeplow, Repp, Scherf, Schippel, Eduard Schmid, Schöpflin, Adolf Schulz, Südekum, Vater, Vollmar.

Der Stimme enthielt sich: Cohn.

Entschuldigt waren: Finsel, Paul Hofmann, Thiele, Molkenbuhr.

Es folgt die namentliche Abstimmung über das Amendement Freythaler (Antrag 134) zur Resolution Bebel. Das Ergebnis der

Abstimmung ist die Annahme mit 150 gegen 126 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Mit Ja stimmten: Albrecht, Anders, Antrick, Ottilie Baader, Paul Bader, Albert Bartels, Heinrich Bartels, Baudert, Baumann, Baumgärtel, Bauschke, Bebel, Becker, Heinrich Beckmann, Behle, von den Berg, Berten, Berthold, Bittorf, Borgmann, Otto Braun, Brühne, Budde, Buhl, Bühler, Conrad, Dittmann, Donath, Dörfel, Düwell, Eberhardt, Efftinge, Eichhorn, Ernst, Evers, Ewald, Fallenbeck, Heinrich Fischer, Robert Fischer, Wilhelm Fischer, Freiwaldt, Freythaler, Fuchs, Geck, Gehrt, Geyer, Goldstein, Gomringer, Graeger, Greifenberg, Greiner, Grenz, Grünig, Gruenwaldt, Habicht, Hahn, Hanisch, Haupt, Haverkamp, Heinze, Henke, Hering, Hoch, Adolf Hoffmann, Karl Hoffmann, Hofrichter, Jahn, Jansen, Jensch, Inger, John, Jung, Jürs, Kaden, Kähler, Karl, Katzenstein, Kinkel, Koch, Koenen, Köppen, Kressin, Kurth, Lange, Leber, Ledebour, Leopold, Leutert, Liebknecht, Lipinski, Lohmann, Lorenz, Lungwitz, Lüttich, Lutz, Maier, Mädger, Meist, Meister, Metzger, Michels, Mirus, Emil Müller, Theodor Müller, Nitsch, Oehlking, Pfarr, Rindfleisch, Rollwagen, Rosin, Scheidemann, Schievink, Gustav Schmidt, Wilhelm Schmidt, Schneider, Schöpflin, Schubert, Schuhmacher, Schulze, Schwartz, Seifer, Sindermann, Soberski, Sonnenburg, Sperka, Stadthagen, Stelling, Stolpe, Straßenmeyer, Stücklen, Thiel, Trenkhorst, Ullenbaum, Ulrich, Vesper, Vetters, Voigt, Wengels, Wels, Weyers, Wissel, Wollermann, Wolf, Wurm, Zeise, Zetkin, Zietz, Zimmermann, Zink, Zubeil.

Mit Nein stimmten: Adelung, Arons, Baerer, Beeck, Georg Beckmann, Bérard, Blos, Bock, Böhle, Böhme, Bömelburg, Bolljes, Heinrich Braun, H. Bernstein, Brey, Buddenberg, Buder, Burgau, Burgund, Cohn, Dies, Dietz, Dönnecke, Dorn, Dörnke, Dreesbach, Ebert, Ehrhardt, Eilers, Eilken, v. Elm, Esser, Faber, Fauth, Feldmann, Fendrich, Edmund Fischer, Richard Fischer, Förster, Fritzsch, Frohme, Genzen, Gradnauer, Gramsdorf, Grünberg, Grünhagen, Hänchen, Heitmann, Herbst, Hildenbrand, Hinsche, Holzapfel, Hofmann, Horn, Horst, Hug, Jacob, E. Jacobsen, J. D. Jacobsen, Jasper, Junghans, Kasch, Kaufmann, Keidel, Kenngott, Klampfer, Klühs, Knieriem, König, Körsten, Krasemann, Kratsch, Kufner, Langer, Lehmann, Leinert, Leister, Lemenzow, Lienau, Lindemann, Litzinger, Löwenstein, Mahlke, Meis, Mothes, Carl Müller, Müllenstedt, Nietzel, Olberdissen, Osterroth, Paeplow, Paulus, Pötzsch, Rackl, Reißhaus, Repp, Rhein, Riem, Sachse, Schaumburg, Schert, Schippel, Schlegel, Schmalfeldt, Eduard Schmid, Heinrich Schmidt, Adolf Schulz, Wilhelm Schulz, Segitz, Silberschmidt, Staroffon, Stille, Stubbe, Südekum, Thöne, Tutzauer, Vater, Vetterlein, v. Vollmar, Vortmann, Wartenberg, Wasner, Weinheber, Wicky, Weißmann, Zucht.

Der Stimme enthielten sich: Gerisch und Pfannkuch.

Entschuldigt waren: Finsel, Paul Hoffmann, Thiele und Molkenbuhr.

Nachträglich haben zu Protokoll erklärt:

Finsel, daß er für die Resolution Bebel und für das Amendement Freythaler gestimmt hätte; Paul Hoffmann, daß er für die Resolution Bebel, aber gegen das Amendement Freythaler; Heinrich Schulz, daß er gegen das Amendement Frestthaler und Thiele, daß er gegen beide gestimmt haben würde.

Während die Schriftführer das Ergebnis ermitteln, wird über Fendrichs Mandat entschieden. Für die Mandatsprüfungskommission berichtet

Frau Zietz über die Bemühungen der Kommission, Informationen darüber zu erhalten, ob Fendrich zurzeit, als das Mandat ausgestellt wurde, organisiertes Parteimitglied war oder nicht. Die erste Antwort war zweifelhaft. Auf telegraphisches Ersuchen um präzise Beantwortung liefen zwei Depeschen ein: Im ersten Fall hatte Fendrich selbst angefragt, ob es wahr sei, daß er seit

April organisiert sei und im Juli Beiträge bezahlt habe. Darauf lief vom Vorsitzenden des Wahlvereins, Engler, eine bejahende Antwort ein. Inzwischen hatte sich die Kommission an den Kassierer des Wahlvereins gewendet. Dieser antwortete, daß Fendrichs Name nicht in den Mitgliederlisten stehe und daß er keine Beiträge von ihm erhalten habe, daß aber Engler behauptete, er habe im August von Fendrich Geld erhalten, und zwar die Beiträge vom April ab. Die Referentin machte auf den Widerspruch in den beiden Ausführungen von Engler aufmerksam. Das zweite Telegramm lasse die Möglichkeit zu, daß Fendrich zurzeit seiner am 28. August stattgefundenen Wahl noch nicht organisiert gewesen sei. Da aber hier der Satz gelten müsse: in dubio pro reo, habe die Kommission angenommen, daß Fendrich im August schon Mitglied gewesen sei. Dasselbe habe er auf Ehrenwort erklärt. Die Kommission ist der Ansicht, daß es außerordentlich merkwürdig ist, daß jemand im Juli Beiträge vom April ab bezahlt und daß weder seine Mitgliedschaft noch seine Beiträge registriert sind. Bei einer richtigen Handhabung der Parteigeschäfte müßte die Feststellung, ob Fendrich Mitglied war, sehr einfach sein. Die Kommission schlägt vor, aus rein formalen Gründen das Mandat für gültig zu erklären, da wir keine Handhabe haben, es Fendrich abzusprechen. Sie hält es aber nicht für opportun, daß in dieser Weise Mandate zustande kommen und verurteilt es aufs schärfste, daß soeben erst organisierten Parteigenossen Mandate gegeben werden.

Eichhorn: Die Genossen von Pforzheim werden mit dem Erfolg ihres Protestes zufrieden sein. Sie wollten nur zum Ausdruck bringen, daß solche Gefälligkeitsmandate nicht erteilt werden sollten. Die Gerechtigkeit gebietet aber festzustellen, daß es nicht richtig ist, wenn Frau Zietz sagt, Fendrich sei ein soeben erst organisierter Parteigenosse. Fendrich war früher schon lange Zeit in der Partei tätig. Seine Krankheit im Frühjahr 1902 läßt es begreiflich erscheinen, daß er seine Parteigenossenschaft eine Zeitlang vergessen hat, sie entschuldigt aber nicht, so lange damit zu warten.

Adolf Hoffmann: Mit Gefälligkeitsmandaten haben wir sehr häufig zu tun. Das wird auch nicht besser werden, **so lange der Parteitag nicht einen dicken Strich durch macht.** Wie die Sache liegt, ist der Parteitag durchaus berechtigt, das Mandat für ungültig zu erklären. Die eine Depesche ist doch recht fragwürdig. Fendrich hatte ja selber telegraphiert, was als Antwort telegraphiert werden soll. Beide Antworten von demselben Absender sind widersprechend, und daher ist die Kassierung dieses Mandats die Pflicht des Parteitages, um endlich einmal dem Unfug mit Gefälligkeitsmandaten ein Ende zu machen.

Leinert-Hannover empfiehlt gleichfalls die Kassierung des Mandats. Schon öfter sei es vorgekommen, daß Delegierte auf dem Parteitage erscheinen, die in dem Wahlkreise, in dem sie gewählt sind, gar nicht bekannt seien und nur geschickt wurden, weil der Kreis zu arm sei, einen eignen Delegierten zu entsenden. Ja, es sei vorgekommen, daß die Parteigenossen im Wahlkreise gar nichts von einer Delegation wußten, sondern sagten, das sei so „von oben runter" gemacht worden. Diese Delegierten erstatten nicht einmal Bericht über den Parteitag, sie lehnen es also ab, auf ihre Kosten nun auch einmal den Genossen in dem betreffenden Wahlkreise gegenüber die aus der Delegation herrührenden Pflichten zu erfüllen.

Fendrich erklärt, daß er sein Telegramm der Mandatsprüfungs-Kommission vorgelegt habe, um nicht in den Verdacht zu kommen, als wolle er ein tendenziös oder suggestiv wirkendes Telegramm absenden. Seine Wahl sei im übrigen ordnungsgemäß zustande gekommen.

Leopold-Zeitz ist für Gültigkeit des Mandats, billigt aber die Art, wie es zustande gekommen ist, nicht.

Dresbach: Wir haben kein Recht, Fendrich das Mandat abzuerkennen, denn noch auf jedem Parteitage waren Delegierte anwesend, die auf ähnliche Weise zu ihrem Mandat gekommen sind. Wir werden dafür sorgen müssen, daß in Zukunft solche Mandate nicht mehr anerkannt werden, aber so lange keine entsprechende Bestimmung im Organisationsstatut steht, können wir derartige Mandate nicht für ungültig erklären. Uebrigens hat Fendrich Durlach im Landtage vertreten, er ist also im Kreise sehr gut bekannt. Wir müssen weiter berücksichtigen, daß Fendrich lange Zeit nervenkrank war und infolgedessen sehr leicht vergessen konnte, für seine Organisationszugehörigkeit zu sorgen. Sobald er wieder schaffen konnte, hat er seine Pflichten als Parteigenosse erfüllt. Im übrigen muß man auf die Auskunft von Engler, dem Vertrauensmann des Wahlkreises und Vorsitzenden des Wahlvereins, großes Gewicht legen. Wenn er erklärt, daß Fendrich seine Beiträge bezahlt hat, steht das für mich fest!

Frau **Zietz** bestätigt, daß Fendrich der Mandatsprüfungs-Kommission sein Telegramm vorgelegt hat; die Kommission habe beschlossen, sich selbst Informationen einzuholen. Daß das Mandat formell ordnungsgemäß zustande gekommen sei, habe sie bereits am Montag zugestanden.

Auf Antrag **Arons**-Berlin wird die Debatte geschlossen.

Entsprechend dem Antrage der Kommission erklärt der Parteitag das Mandat von Fendrich für gültig und spricht den Wunsch aus, daß in Zukunft Mandate auf solche Weise nicht mehr zustande kommen mögen.

Nach Verlesung eines Glückwunsch-Telegramms vom Sekretär des internationalen sozialistischen Bureaus in Brüssel wird die Sitzung geschlossen.

Schluß 7¼ Uhr.

Vierter Verhandlungstag.

Freitag, den 23. September. — Vormittags-Sitzung.

Um 9 Uhr eröffnet Vorsitzender **Dietz** die Sitzung.

Ein Begrüßungs-Telegramm von deutschen Genossen aus Paris wird verlesen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt

Bernstein: Ich habe nicht, wie der „Vorwärts"-Bericht irrtümlich behauptet, Kautsky vorgeworfen, er habe Schippel Widersprüche vorgeworfen, wo keine waren, sondern umgekehrt gesagt, Schippel habe Kautsky in der Frage der Agrarzölle Widersprüche vorgeworfen, wo keine waren.

Paeplow: Die Resolution von Hamburg III habe ich nicht erst hier in Bremen kennen gelernt; sie ist mir schon in Hamburg gedruckt vorgelegt worden. Im Bericht hat also an der betreffenden Stelle das Wort „hier" wegzufallen.

Der Parteitag tritt in die Tagesordnung ein und geht zu Punkt 4 über:

Organisation.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden **Dietz** verzichtet der Parteitag vorläufig auf die Entscheidung über die Unterstützung der hierzu gestellten 34 Anträge, da wahrscheinlich Kommissionsberatung beschlossen werden würde und die Anträge dann einfach der Kommission überwiesen werden könnten.

Das Wort als Berichterstatter erhält

Gerisch: Parteigenossen und Genossinnen! Durch Beschluß des Dresdener Parteitages war dem Parteivorstand die Aufgabe zuteil geworden, dem dies-

jährigen Parteitage einen neuen Entwurf unsrer Organisation vorzulegen; gleichzeitig waren ihm eine ganze Reihe der in Dresden zur Organisationsfrage gestellten Anträge als Material überwiesen worden. Davon beschäftigten sich allein sechs mit einer Neuregelung der Vertretung der Fraktion auf dem Parteitage, man wünschte, daß sie sich entweder durch den Fraktionsvorstand oder durch eine Delegation solle vertreten lassen. Der Vorstand hat diesen Anträgen insofern Rechnung getragen, als in dem neuen Entwurf, der Ihnen im Antrag 63 vorliegt, die Vertretung der Fraktion dermaßen geregelt wird, daß in Zukunft nur der vierte Teil der Fraktion als Delegation auf dem Parteitage anwesend sein soll. Das mag Katzenstein zur Beruhigung dienen, der, wenn auch nur in sehr bedingter Weise den Vorwurf erhoben hat, es würden dem Parteivorstande auf allen Parteitagen Anträge überwiesen, ohne daß man je höre, was daraus würde. Ob gerade der in Vorschlag gebrachte Modus von 25 Prozent das richtige trifft, darüber wird sich ja reden lassen.

Eine Reihe weiterer Anträge beschäftigt sich mit der Neuregelung der Vertretung der Parteigenossen auf dem Parteitage überhaupt. Es wurde da wie schon früher der Wunsch laut, daß diese Wahlen nach dem Proportionalwahl-System vorgenommen würden. Es lagen im Vorjahre zwei spezialisierte Vorschläge in dieser Richtung vor von Berlin III und von Bremen. Die Bremer Genossen wünschten, daß in Wahlkreisen, in denen bis 10 000 sozialdemokratische Stimmen abgegeben waren, 1 Delegierter gewählt werden sollte, in Wahlkreisen bis zu 25 000 Stimmen 2, in solchen über 25 000 Stimmen 3. Unter Zugrundelegung dieses Modus hätten sich 281 Wahlkreise ergeben, die Delegierte hätten entsenden können, und zwar 162 Kreise mit je einem Delegierten, 97 Kreise mit zwei Delegierten, also zusammen 194, und 22 Kreise mit drei Delegierten, also zusammen 66 Delegierten, so daß wir eine Gesamtvertretung von 422 Delegierten hätten. Nach diesem Vorschlag war weiter vorgesehen, daß Wahlkreise, die weniger als 1500 Stimmen aufgebracht hatten, einen eignen Delegierten überhaupt nicht entsenden durften, sondern daß sie berechtigt bezw. verpflichtet waren, ihre Vertretung einem Nachbarkreise zu übergeben. Andrerseits ging der Vorschlag des dritten Berliner Wahlkreises dahin, es sollten in Wahlkreisen bis zu 5000 Stimmen ein Delegierter, in solchen bis zu 20 000 Stimmen zwei und in Kreisen mit über 20 000 sozialdemokratischen Stimmen drei Delegierte gewählt werden. Unter der Voraussetzung, daß ebenfalls 281 Wahlkreise in Betracht kämen, hätten sich danach ergeben 87 Kreise mit einem Delegierten, 160 mit zwei, zusammen 320, und 34 Kreise mit drei, zusammen 102 Delegierte, mithin eine Gesamtvertretung von 509 Delegierten. Das wäre also schon ein ganz stattliches Parlament geworden.

Nun ist es aber mit dem bloßen Recht, Vertreter zu entsenden, nicht getan, diese Vermehrung wäre ja in erster Linie den kleineren und mittleren Kreisen zu Gute gekommen. Aber dies Recht haben die Kreise jetzt auch schon. Schwierigkeiten ergeben sich nur bei der Kostenaufbringung, da liegt der Hase im Pfeffer. Wenn nicht gleichzeitig mitbestimmt worden wäre, daß die Kosten aller Delegationen aus der Zentralkasse getragen werden, hätte die ganze Aenderung gar keinen Zweck gehabt, und es lag auch ein Antrag vor, der diese Eventualität vorsah, der verlangte, daß der Zentralvorstand die Kosten der Delegation übernehmen sollte. Das würde aller Voraussicht nach zu ziemlichen Unzuträglichkeiten geführt haben, wenigstens solange wir die gegenwärtige lose Organisation haben. Würde die Zentralkasse die Kosten übernehmen, so würden die Kreise von ihrem Wahlrecht zweifellos Gebrauch machen, aber an der Aufbringung der Kosten würden sie sich nicht beteiligen, und wir hätten dann denjenigen Kreisen, die ohnehin die Mittel für die Gesamtbedürfnisse der Partei in hohem Maße aufbringen müssen, auch noch diese Lasten aufgebürdet, und es würde

nicht lange gedauert haben, dann würden von diesen Kreisen Klagen darüber laut geworden sein, daß sie von den Delegierten der kleinen Kreise überstimmt und erdrückt werden. Außerdem hat die gegenwärtige Form der Vertretung keinerlei nennenswerte Mißstände bisher ergeben, daß etwa eine dringende Notwendigkeit zu einer Aenderung vorläge; das ist erst dann möglich, wenn die Organisation insoweit geschlossener geworden ist, daß *jeder Kreis seinen Anteil an den Kosten aufbringen muß*. (Sehr richtig!) Heute bildet das Bestreben, auf dem Parteitag vertreten zu sein, immerhin noch den Ansporn für viele Kreise, einmal etwas Geld aufzubringen; das würde fortfallen, wenn die Kosten von der Zentralstelle übernommen würden. Neu ist unser Vorschlag, daß jeder Genosse, so weit nicht zwingende Gründe es unmöglich machen, einer bestimmten Vereinsorganisation angehören muß. Bisher genügte es, daß jemand sich zu den Grundsätzen der Partei bekannte und die Partei dauernd mit Geldmitteln unterstützte. Nun ist ja die Einschränkung, „so weit nicht zwingende Gründe vorliegen" vielfach angefochten worden; man hat gefragt: „Was sind zwingende Gründe? Das wird wieder jeder selbst entscheiden müssen, und dadurch wird alles beim alten bleiben." Ja, wir haben keine bessere Form finden können, die „zwingenden Gründe" sind eben so verschiedener Natur, daß es nicht möglich ist, sie einzeln aufzuführen. Nach unsrer Meinung würden, wenn dieser moralische Zwang, durch den wir es jedem Einzelnen zur Pflicht machen, zu prüfen, ob er dem Verlangen, sich zu organisieren, nachkommen kann, nicht genügt, andre Bestimmungen auch nicht helfen, um die Genossen in die Organisation zu bringen. Eine *grundlegende Aenderung* schlägt der Parteivorstand *insofern vor*, als in *Zukunft Ausschlüsse* aus der *Partei* nur von einer *Organisation* beantragt werden können. Eigentlich ist damit nur wiederhergestellt, was immer Parteibrauch gewesen ist, aber in der Fassung, die das Organisationsstatut in Mainz erhalten hat, ist dieser Punkt unklar geblieben, und es hat sich im Laufe der Zeit der Gebrauch herausgebildet, daß einzelne Genossen Ausschlußanträge stellten, denen Folge geleistet wurde. Die Mainzer Kommission ist andrer Auffassung gewesen, sie hat stillschweigend vorausgesetzt, daß solche Anträge nur von einer Organisation gestellt werden dürfen. Wir schlagen Ihnen nun vor, diese Bestimmung so zu fassen, wie es die Mainzer Kommission voraussetzte. Das gegenwärtige Statut läßt es auch im unklaren, was geschieht, wenn ein Genosse sich überhaupt dem Schiedsgericht nicht stellt. Auch da war die Kommission in Mainz der Meinung, daß dann der Betreffende ohne weiteres als ausgeschlossen gilt, sie hat das nur nicht ausgesprochen. Wir beantragen deshalb, daß jeder Genosse, der sich einem ordnungsgemäß zusammengesetzten Schiedsgericht nicht stellt, ohne weiteres als ausgeschlossen gilt. Ein gewisses Gegengewicht gegen diesen Vorschlag bietet die Bestimmung, daß Ausschlußanträge einer gewissenhaften Vorprüfung unterzogen werden sollen; der Parteivorstand kann und darf diese materielle Vorprüfung nicht vornehmen, er kann die Sache nur nach der formellen Seite hin behandeln, und um nun zu verhindern, daß etwa frivole Ausschlußanträge gestellt werden, wird verlangt, daß nur eine Organisation den Antrag stellen darf. Wenn die Genossen *verpflichtet* sind, sich unter *allen Umständen zu stellen*, so darf wenigstens *kein Unfug* mit den Schiedsgerichten getrieben werden. Es ist zu dem Vorschlag, daß jeder Genosse einer Organisation angehören muß, noch der Zusatzantrag gestellt, er muß am Ort seines Wohnsitzes organisiert sein. Diesem Antrag ist eine gewisse Berechtigung nicht abzusprechen, man wird ihn akzeptieren können, um so mehr, da auch in diesem Fall noch Spielraum gelassen ist. Der neue Entwurf sieht dann weiter noch eine Anzahl von Bestimmungen vor über Fristen, die bei dem schiedsgerichtlichen Verfahren innezuhalten sind. Und endlich wiederholt er die bereits früher beantragte Aenderung, daß in Orten oder Wahlkreisen, in denen die Geschäfte der Partei durch eine Vereinsorganisation geführt

werden, der Ausschluß eines Mitgliedes aus der betreffenden Organisation dem Ausschluß aus der Gesamtpartei gleich zu achten ist und deshalb nur im Wege des schiedsgerichtlichen Verfahrens erfolgen darf. Darüber hinaus glaubte der Vorstand nicht gehen zu sollen, er ist im großen ganzen bei der bisherigen Form der Organisation geblieben, er glaubt, daß in seinem Vorschlag alles enthalten sei, was gegenwärtig geschehen kann.

Nun ist aus den Reihen der Genossen heraus vielfach die Forderung einer strengeren, strafferen, geschlossenen Organisation erhoben worden. Dieser Wunsch ist weit verbreitet, er hat seinen prägnantesten Ausdruck in dem Breslauer Antrag gefunden. Während der Vorstand sich aber an das Mögliche hielt, haben die Breslauer einfach nach der bekannten Weise der Kochbücher gearbeitet: man nimmt 3 Pfd. rohes Fleisch, 6 Eier usw. (Heiterkeit.) Man tut so, als ob wir allein zu bestimmen hätten, als ob nur unser Wille bei Gestaltung der Dinge maßgebend wäre, als ob keine andern Faktoren vorhanden wären, die ein gewichtiges Wort mitzureden haben. Ich nehme als selbstverständlich an, daß der Sitz einer derartigen geschlossenen Organisation Berlin sein müßte, es ist ja möglich, vorübergehend auch von einem andern Ort aus die Parteigeschäfte zu führen, aber auf die Dauer ist es gar nicht zu umgehen, daß der Vorstand seinen Sitz in Berlin haben muß. Damit aber würden wir den ganzen Zentralverein dem preußischen Vereinsgesetz unterstellen, es wäre dann unmöglich, zu sagen, Mitglied der sozialdemokratischen Partei kann nur der sein, der der Zentralorganisation angehört, denn damit würden wir sofort alle Genossinnen ausschließen. Um diese entscheidende Frage geht leider auch der § 1 des Breslauer Entwurfs herum wie die Katze um den Brei. Es heißt da nur: „Die Sozialdemokraten Deutschlands bilden einen Zentralverband, der seinen Sitz in Berlin hat; Mitglied desselben kann jede Person werden, die . . .“ usw. Es fehlt aber die Zusatzbestimmung: „Wer diesem Verbande nicht angehört, ist nicht Parteigenosse“ oder: „Er kann unter den und den Bedingungen trotzdem Parteigenosse sein“. Das muß ausgesprochen werden: Entweder — oder! Da wir aber nicht große Gruppen von Parteigenossen ausschließen können, so müßte doch die so viel angefochtene Formulierung des Vorstandes eingefügt werden: „Soweit nicht zwingende Gründe es unmöglich machen, muß jeder Parteiangehörige Mitglied dieser sozialdemokratischen Zentralorganisation sein!“ Ich erinnere daran, daß sich in dem saarabischen Prozeß wieder gezeigt hat, welch unerhörten Druck unsre Staatsgewalten auf die Arbeiter ausüben, um sie von uns fernzuhalten. Wir haben ganze Länder, wie Mecklenburg, in denen politische Vereine sich überhaupt nicht bilden können. In Elsaß-Lothringen sind sie nur mit behördlicher Erlaubnis zulässig, die uns natürlich nicht erteilt wird. Wir können doch nicht die Arbeiter aller dieser Länder von uns ausschließen. Schon diese Gründe machen es unmöglich, die Breslauer Form zu wählen. Weiter: das preußische Vereinsgesetz legt dem Vorstand politischer Vereine die Verpflichtung auf, die Mitglieder anzumelden. Diese Bestimmung ist nie Vernunft gewesen, die erst durch den Wandel der Zeit zum Unsinn wurde, sondern sie war von Anfang an eine Plage für alle Staatsbürger, die sich zur Erörterung öffentlicher Angelegenheiten zusammenfanden. Während aber in jener Zeit der schwärzesten Reaktion, wo diese Bestimmung entstand, Gevatter Schneider und Handschuhmacher noch annähernd in der Lage waren, dieser Bestimmung gerecht zu werden, ist das bei der heutigen Entwicklung der Dinge für eine Partei wie unsre, die Millionen von Anhängern umfaßt, beim besten Willen nicht mehr möglich. Wir könnten versuchen, was wir wollen, wir könnten Bureaus einrichten, soviel wir wollten: dieser Bestimmung könnten wir nicht gerecht werden. Es ist auch keine Hoffnung vorhanden, daß der Parteivorstand diese Verpflichtung auf die lokalen Vereine abwälzen könnte. Das Kammergericht

in Berlin, die höchste Instanz für diese Frage, hat seit langer Zeit immer entschieden: wenn erst eine Anzahl von Merkmalen vorliegen, aus denen ersichtlich ist, daß der Gesamtvorstand eine Zentralgewalt ausübt, so sind die einzelnen Vereine lediglich als dienende Glieder des Ganzen zu betrachten; sie sind dem Vorstand unterstellt und dieser hat die Anmeldung zu besorgen. Es würden sich dadurch aber weitere Unannehmlichkeiten ergeben. Wir haben Bundesstaaten, in denen diese Anmeldepflicht nicht besteht und in denen deshalb nicht nur Staatsarbeiter, sondern auch andre Staatsangestellte eingeschriebene Mitglieder unsrer Parteiorganisation sind. Das würde sich ändern, wenn der Berliner Parteivorstand die Mitgliederlisten einreichen müßte. Dann würden die betreffenden Bundesregierungen auf dem Umwege über Berlin erfahren, welche von ihren Angestellten und Beamten Mitglieder der Parteiorganisation sind. Das dürfen wir aber nicht zulassen. Und, Parteigenossen, darüber, daß die Polizeibehörden rücksichtslos auf der Erfüllung unsrer Pflichten bestehen würden, daß sie uns Tag für Tag auf das schärfste drangsalieren würden, darüber kann von vornherein kein Zweifel bestehen. Ich erinnere Sie an die Zeit, wo noch das Verbot der Verbindung politischer Vereine bestand. Für die besitzenden Klassen war diese Bestimmung längst nicht mehr vorhanden. Die großen Interessenverbände der Kapitalisten haben gemeinsame Aufrufe erlassen, gemeinsame Tagungen abgehalten, gemeinsame Petitionen an das Parlament gerichtet, in denen sie Gesetze forderten oder verwarfen und **so direkt ihre Gesetzesübertretung denunziert, aber wir haben nie davon gehört, daß bei diesen Stützen der Gesellschaft bei Nacht und Nebel Haussuchungen abgehalten worden wären,** daß einige Dutzend von Kommerzienräten **unter Anklage gestellt worden wären,** wie es uns gegenüber durch den Köller-Koup geschehen ist. Zu Beginn der damaligen Prozeßverhandlung, wo wegen Uebertretung des Verbündungsverbots die Anklage gegen uns erhoben war, sagte der **Vorsitzende** des Gerichts zu den Angeklagten: „Ich mache Sie auf eines aufmerksam, kommen Sie nicht mit dem Einwande, daß **andre** Parteien das, was Ihnen zur Last gelegt wird, **auch tun. Das geht uns hier nichts an.**" Der Vorsitzende hielt es also für **gerichtsnotorisch,** daß die betreffende Bestimmung ganz allgemein übertreten wurde. Und trotzdem sind stets nur Anklagen gegen unsre Partei erhoben worden, obgleich die sozialdemokratische Partei, wie dies ja auch durch den Ausgang des Köller-Koup-Prozesses erwiesen wurde, die betreffende Bestimmung des Vereinsgesetzes peinlich beachtete. Wir haben also auf keinerlei Nachsicht zu r--hnen. Und was würde es für eine Blamage sein, wenn wir nach ein paar Jahren erklären müßten: „Wir können unsre Beschlüsse nicht durchführen und müssen zur alten Form zurückkehren". Nein, eine Partei wie die unsre, kann für ihre Organisation keine Grundlage brauchen, die durch den Federstrich eines preußischen Polizeiministers erschüttert werden kann. (Sehr richtig!)

Darüber besteht kein Zweifel: Eine Zentralisation, eine Zusammenfassung der Kräfte, eine einheitliche Leitung ist unbedingt notwendig. Im Prinzip sind wir alle dafür. Aber auch das wollen wir im Auge behalten: Ein absolutes Mittel, unsrer Organisation ungezählte Tausende neuer Mitglieder zuzuführen, und zu erhalten, ist die geschlossene Organisation auch nicht. Es wird auf die Erfolge der Gewerkschaften hingewiesen, die namentlich nach der Durchführung der Zentralverbände eingetreten sind. Aber es haben da auch andre Ursachen mitgewirkt. Früher, als die Mitglieder der Gewerkschaften monatlich nur halb so viel Beiträge zahlten, wie jetzt wöchentlich, und wo entsprechend die Leistungen der Gewerkschaften ganz minimal waren, hatten wir in den Gewerkschaften ein ewiges Kommen und Gehen. Erst mit der Erhöhung der Beiträge und der entsprechenden Steigerung der Leistungen der Gewerkschaften ist die rapide Zunahme eingetreten und erst seitdem bleiben die Arbeiter ihren Gewerkschaften treu. Es ist ganz charakteristisch, daß beispielsweise die Königsberger Genossen,

die auf ihrem vorgeschobenen Posten gewiß reiche Erfahrungen auf dem Gebiete der Organisation und Agitation haben, den Familien der Mitglieder der Parteiorganisation Sterbegeld gewähren. Sie wissen ganz genau, warum sie das eingeführt haben. In dieser Beziehung sind wir eben gegenüber den Gewerkschaften im Nachteil, weil wir unsern Mitgliedern keine direkten Vorteile gewähren können. Das wird aber nicht immer so bleiben. In demselben Maße, in dem unsre Aufklärungsarbeit fortdauert, wird auch die Mitgliederzahl unsrer Parteiorganisationen zunehmen, und wir hoffen ja, daß schließlich alle Mitglieder der Gewerkschaften, die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehen, unsern Parteiorganisationen beitreten werden. Nur müssen wir noch etwas Geduld haben und nicht meinen, daß eine bestimmte Organisationsform uns ohne weiteres die Mitglieder bringen müßte. Alle Vorteile, die die Zentralisation mit sich bringt, können wir einheimsen, ohne die fürchterlichen Fesseln des preußischen Vereinsgesetzes in Kauf zu nehmen. Und das muß unser Ziel sein. Wir können sehr wohl an Stelle der jetzigen Buntscheckigkeit die Kreisorganisation obligatorisch einführen. Wir können diese Kreisorganisationen zu Bezirksverbänden zusammenfassen und den Bezirks- und Landesverbänden besoldete Parteisekretäre geben. Wir können auch die Beitragspflicht regeln. Es kommt nicht darauf an, daß die Mitgliedsbücher und Marken von Berlin ausgegeben werden, sondern darauf, daß bestimmte Beiträge nach Berlin gezahlt werden. (Sehr richtig!) Auf diese Weise können wir eine straffere Zusammenfassung unsrer Kräfte vornehmen, ohne auf die Bewegungsfreiheit zu verzichten, die die Vielgestaltigkeit unsrer Aufgaben — die größer ist als die der Gewerkschaften — erfordert.

So klar das alles ist, so sehr bin ich doch überzeugt, daß wir heute zu einem abschließenden Resultat nicht kommen können. Viele Parteigenossen haben viel zu lange in dem luftigen Reiche der Phantasie gebaut, als daß wir uns hier sofort auf dem realen Boden der Tatsachen wieder zusammenfinden könnten. Welche Summe von Unkenntnis in diesen Fragen noch vorhanden ist, zeigt ja der Artikel Calwers, der in den „Monatsheften" sein Licht leuchten ließ. Wie wenig aber auch andre Parteigenossen in der Lage sind, diese Fragen zu überschauen, zeigt der Antrag 20, der durch Beschluß des Parteitages diesem Punkt der Tagesordnung zugewiesen worden ist, und den Südekum am Montag begründet hat. Der Antrag will dem Vorstande noch eine besondere Agitationskommission an die Seite stellen. Wenn Sie der Meinung sind, daß die Mitglieder des Parteivorstandes ihren Aufgaben nicht gerecht werden, so wählen Sie andre Personen. Das ist Ihr gutes Recht und hat einen Sinn. Aber dem Vorstande noch einen zweiten Vorstand an die Seite zu setzen — darauf läuft der Antrag hinaus —, wäre meines Erachtens ein totaler Mißgriff, denn da würden keine guten Fäden gesponnen werden. Beide Körperschaften würden sich ins Handwerk pfuschen und es würde nichts Gescheites herauskommen. So sehen wir, wie notwendig eine eingehende Besprechung der Differenzpunkte ist. Wir werden deshalb um eine Kommissionsberatung gar nicht herumkommen. Diese Kommissionsberatung wird im Antrag 128 ja bereits gefordert. Ich erlaube mir nur eine etwas andre Fassung vorzuschlagen. Der Eingang des Antrages bleibt, nur mit der Aenderung, daß statt 25 nur 23 Mitglieder vorgeschlagen werden. Eigentlich ist auch diese Zahl noch zu groß (Sehr richtig!) und es wäre vielleicht wünschenswert, sie kleiner zu wählen. Aber wir sind zu dieser Zahl gekommen, weil wir die einzelnen Landesteile und Provinzen doch einigermaßen berücksichtigen wollten. Ich schlage Ihnen daher vor, dem Antrag 128 in der von mir beantragten Fassung (Antrag 139) zuzustimmen.

Soweit es irgendwie möglich war, sind bei dieser Vorschlagsliste die Vorschläge der betreffenden Landesteile selbst berücksichtigt worden. Sie sind

an diese Vorschlagsliste selbstverständlich nicht gebunden. Bis auf einen Fall, der zwischen Berlin und der Provinz Brandenburg spielt, ist Uebereinstimmung bei den Vorschlägen erzielt worden. (Zwischenrufe.) Wenn diese Uebereinstimmung jetzt auch zwischen Berlin und Brandenburg erfolgt ist, um so besser! Nehmen Sie den Antrag an; die Kommission wird in dem Jahre die Arbeit leisten und dem nächsten Parteitage Vorschläge unterbreiten, die hoffentlich zum Wohle der Partei dienen werden. (Lebhafter Beifall.)

Arons und Genossen beantragen, die §§ 1 und 2 des Organisationsstatuts auf diesem Parteitage zu erledigen, den Rest des Organisationsstatuts der Kommission zur Erledigung zu überlassen. — Es findet nun eine längere Geschäftsordnungsdebatte über die Behandlung der Anträge zu diesem Punkte statt.

Paul Hoffmann-Hamburg: Ich bitte Sie, von einer Diskussion der vorliegenden Anträge überhaupt Abstand zu nehmen und ohne weiteres zur Wahl der Kommission überzugehen. Es liegt klar auf der Hand, daß eine solche Diskussion doch nicht zum Abschluß kommen könnte. Gerisch hat das ja auch selbst zugegeben. Jeder Redner wird versuchen, die einzelnen Anträge, die schon gedruckt vorliegen, zu verteidigen, eine Klärung der Frage kann dabei nicht herauskommen, da die einzelnen Wünsche zu verschiedenartig sind. Die einen verlangen eine straffe Zentralisation in der schärfsten Form nach Art der Gewerkschaftsorganisationen, während andre den augenblicklichen Zustand unter Beseitigung der Mißstände beibehalten, dritte wieder einen Mittelweg einschlagen wollen. Sehr schwierig ist auch die Frage der Beitragszahlung, der Beitragsabführung, des Schiedsgerichts usw. Im nächsten Jahre wird sich weit besser eine Diskussion ermöglichen. Wenn drei Monate vor dem Parteitag die Resultate der Kommissionsberatung veröffentlicht werden, so werden die Delegierten besser in der Lage sein, sich vorher ein bestimmtes Urteil zu bilden. Ich bitte Sie also, heute von einer Debatte Abstand zu nehmen. (Zustimmung.)

Hug-Bant: Ich bitte Sie, diesen Antrag nicht anzunehmen. Bei dieser wichtigen Frage ist eine Diskussion unbedingt notwendig, um manchen guten Gedanken, der weder in den Anträgen, noch im Referat geäußert worden ist, zur Geltung kommen zu lassen. Im übrigen muß ich entschiedenen Protest einlegen gegen die ganz willkürliche Zusammensetzung der Kommission.

Molkenbuhr: Es ist ganz ausgeschlossen, daß auf diesem Parteitage die Sache zum Abschluß kommt. Andrerseits ist es aber niemand benommen, wenn er einen guten Gedanken hat, diesen der Kommission mitzuteilen. (Sehr richtig!) Eine andre Zusammensetzung der Kommission ließe sich ja in Erwägung ziehen.

v. Vollmar: Ich kann mich im wesentlichen Molkenbuhr anschließen. Gewiß wäre es wünschenswert, wenn die Organisationsfrage hier erst eingehend erörtert würde, bevor die Kommission zusammentritt, aber ein irgendwie befriedigender Abschluß der Debatte ist ausgeschlossen, und es ist ein alter Erfahrungssatz, wenn eine Debatte nicht richtig geführt werden kann, so ist es besser, man fängt sie überhaupt nicht an. (Sehr richtig!) Wir würden doch abbrechen müssen und vielleicht gerade in einem Moment, wo die wichtigsten Gesichtspunkte noch gar nicht geäußert sind. Wir sind also in einer Zwangslage und können gar nicht anders, als von einer Debatte Abstand nehmen. — Wenn wir aber die Anträge einer Kommission überweisen, so muß das auch mit allen Anträgen geschehen, es liegt gar kein Grund vor, die beiden Anträge des Vorstandes, wie der Antrag Arons es will, herauszunehmen. (Sehr richtig!) — Nun ist Klage erhoben worden über die Zusammensetzung der Kommission. Der Bremer Antrag, 25 Mitglieder zu wählen, war uns ganz sympathisch, aber es wurde in dem Antrag von vornherein festgelegt, in welcher Richtung die Kommission arbeiten sollte, und das geht nicht. Wir stellten daher einen Antrag, der ganz dem Bremer entsprach, mit Ausnahme des ersten Satzes, und

da uns 25 Mitglieder zu viel schienen, haben wir 15 angenommen und versucht, eine Einteilung zu machen, durch die alle Teile des Reiches zu ihrem Rechte kommen. Da sind uns nun soviel Einwendungen gemacht, daß man schließlich zu 17 Mitgliedern kam. Seitdem habe ich nichts mehr davon gehört, unterdessen aber sind aus den 17 bereits 23 geworden; warum es dann nicht auch 25 sein können, verstehe ich nicht recht. Es sind ohnehin von Bayern nur zwei Vertreter vorgesehen, während wir drei Kreise mit ganz verschiedener Organisation und verschiedenen Interessen haben. Wenn die Kommission 23 Mitglieder haben soll, so würde ich nicht einsehen, weshalb ein so wichtiger Gau wie die Pfalz unvertreten sein soll. Ich würde dann vorschlagen, Bayern und Sachsen noch je einen Vertreter zu geben und 25 Mitglieder zu wählen. Aber ich weiß, sobald einmal die Rivalität in dieser Richtung beginnt, dann gibt es an allen Ecken und Enden ein Ach und Weh, weil jeder Teil glaubt, er ist gerade so wichtig. Ich will deshalb hier keinen Antrag stellen. Das beste wären wohl 15 Mitglieder, aber 25 werden die Partei auch nicht umbringen.

Bader-Magdeburg: Ich kann nicht einsehen, weshalb nicht eine Debatte über die Frage hier von Nutzen sein sollte. Man erwartet in Parteikreisen eine bestimmte Stellungnahme in der Organisationsfrage seitens des Parteitages. Man sollte zum mindesten eine Generaldiskussion zulassen, aus der die Kommission wichtige Informationen entnehmen könnte. Was die Zusammensetzung anlangt, so scheint mir Preußen mit 9 Stimmen von 23 viel zu wenig berücksichtigt, zumal die Frauen, die in Organisationsfragen dank unsrer Vereinsgesetze am wenigsten Erfahrung haben, 2 Stimmen erhalten sollen. Ich würde dafür sein, daß die Kommission noch verstärkt wird und daß sie ihre Arbeit nach Art der Agrarkommission durch Einsetzung von Unterkommissionen erledigt.

Stadthagen: Ich schließe mich dem Antrage Vollmars, alle Anträge der Kommission zu überweisen, an. Den Antrag Arons bin ich ermächtigt, zurückzuziehen. Die Zahl von 23 oder 25 Mitgliedern scheint mir viel zu hoch, die höchste Zahl wäre für mich 15, zu denen noch zwei Vorstandsmitglieder und zwei Frauen kommen würden. Ueber die Personen, die in der Kommission sitzen sollen, kann der Parteitag unmöglich beschließen. (Lebhaftes Sehr richtig!) Das muß den Organisationen der einzelnen Landesteile überlassen werden, und es muß der Kommission das Recht der Kooptation gelassen werden. Dann haben wir die Gewähr, daß auch wirklich Genossen gewählt werden, die etwas von den Organisationsfragen verstehen. (Lebhaftes Sehr richtig!)

Hug-Bant: Ich glaube doch, daß eine Generaldiskussion nichts schaden würde, sie ist umso notwendiger, als für den § 2 des Organisationsstatuts nun endlich eine Interpretation gegeben werden muß. Ich bin gewiß bekannt dafür, daß ich nicht nach Amt und Würden strebe, aber was dem Großherzog von Hessen recht ist, das muß uns billig sein. (Heiterkeit.) Wir haben es in Oldenburg und Ostfriesland, die in der Kommission nicht vertreten sind, mit 7 bis 8000 Werftarbeitern zu tun, wo gerade die von Gerisch hervorgehobene Frage in Betracht kommt. Es sollte doch nicht von den Genossen Preußens der Anschein erweckt werden: Wir Preußen sind groß, Ihr seid klein, drum müßt Ihr uns zu Willen sein. (Heiterkeit.) Die Erfahrung machen wir genug im Parlament, wir wollen sie nicht auch hier noch machen.

Pfannkuch: Ich bitte Sie, den Antrag Bader abzulehnen. Eine Generaldiskussion hat auch keinen Zweck. Wir sind doch alle Autoritäten auf dem Gebiete der Organisation. (Heiterkeit.) Es wird jeder etwas darüber zu sagen haben und schließlich wird doch nur ein kleiner Bruchteil zum Worte kommen. Die Gründe Vollmars sind durchschlagend. Darüber müssen wir uns klar sein, so vollkommen auch die Kommission zusammengesetzt wird, Mängel wird die Vorlage, die sie produziert, auch haben. (Sehr richtig!) Und Sie können heute noch so viel diskutieren, ihren eignen Weg wird die Kommission doch gehen

müssen, unbeschadet dessen, was hier in der Generaldiskussion gesagt wird. Diskutieren wir jetzt die Sache, dann wird der Kommission womöglich im nächsten Jahre der Vorwurf gemacht, sie habe die gegebenen Anregungen nicht genügend berücksichtigt. — Was die Zusammensetzung der Kommission anbelangt, so könnte man vielleicht Bayern und Oldenburg noch einen Sitz geben, dann kämen wir auf 25 Mitglieder.

Ulrich-Offenbach: Eine Generaldiskussion hätte nur Sinn, wenn wir Beschlüsse fassen wollten. Da dies nach der Menge der Anträge heute unmöglich ist, so ist auch eine Generaldiskussion überflüssig. Ich kann aber auch Stadthagens Vorschlag nicht zustimmen. Sein Apparat ist viel zu kompliziert. Bei der Kooptation kämen wir über die 15 und 17 doppelt und dreifach hinaus. Ich bin für den Vorschlag Vollmars. Damit wollen wir nicht erst anfangen, uns über das große Preußen zu beschweren, sonst müßte auch ich im Namen des Großherzogs von Hessen (Heiterkeit) dagegen protestieren, daß wir zu klein gemacht werden. Die Hauptsache ist, daß wir eine aktionsfähige Kommission schaffen. (Sehr richtig.)

Hoffmann-Bielefeld: Ich bin überzeugt, daß die Generaldiskussion abgelehnt wird. Auch wenn der Parteitag Zeit hätte, würde sie nicht ersprießlich werden können, das muß der Presse überlassen werden. Was die Zusammensetzung anlangt, so ist mir der Vorschlag Stadthagens, nur 15 Mitglieder zu wählen, am sympathischten. Es kann sich dann kein Kreis über Nichtberücksichtigung beschweren.

Ein Schlußantrag Leber-Jena wird angenommen. In der Abstimmung wird hierauf der Antrag Bader auf Vornahme einer Generaldiskussion abgelehnt. Ebenso wird abgelehnt der Antrag Stadthagen, 15 Mitglieder anzunehmen und die Wahl den Organisationen der Landesteile zu überlassen, und ein Antrag, noch Bayern und Oldenburg je einen Sitz zu gewähren. Der Antrag Gerisch, Antrag 139, wird hierauf mit großer Majorität angenommen. Damit sind alle Anträge, die sich auf die Organisation beziehen, der Kommission überwiesen. Der vierte Punkt der Tagesordnung ist erledigt.

Es folgt Punkt 5 der Tagesordnung **„Maifeier"**.

Von den hierzu vorliegenden Anträgen 49 bis 59 werden die Anträge 55, 57, 58, 59 und Resolution 150 nicht unterstützt.

Das Wort erhält der Berichterstatter:

Richard Fischer: Parteigenossinnen und Parteigenossen! Ich glaube, in Ihrem Sinne zu handeln, wenn ich bei der gegenwärtigen Geschäftslage des Parteitages mich darauf beschränke, die Hauptgesichtspunkte, die in diesem Jahre in Frage kommen, hervorzuheben, dagegen auf die einzelnen Anträge nicht eingehe. Die Entscheidung der Frage ist ja eigentlich schon gegeben, der internationale Kongreß hat die Frage entschieden, der Beschluß in Amsterdam ist gefaßt worden nicht bloß unter Mitwirkung, sondern sogar auf Anregung der deutschen Delegation; wir Deutsche haben Stellung genommen gegen jede Verschärfung, aber auch gegen jede Abschwächung der Resolution, und deshalb halte ich es einfach für die Pflicht des Parteitages, sich auf den Boden des Amsterdamer Beschlusses zu stellen und ihn zur Ausführung zu bringen. (Sehr richtig!) Gewiß, wenn man Wortklauberei treiben will, kann man ja sagen: Der internationale Kongreß in Amsterdam hat die früheren internationalen Kongreßbeschlüsse verschärft, insofern, als jetzt von einer Pflicht der proletarischen Organisationen gesprochen wird, die Arbeitsruhe anzustreben, während bisher die internationalen Kongresse, wenn wir von dem Uebersetzungsfehler der Resolution von Zürich absehen, sich darauf beschränkt haben, an die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen

das Ersuchen zu stellen, die Arbeitsruhe anzustreben. Aber, ich meine, das heißt man Haarspalterei treiben. Der Gedanke ist der gleiche geblieben, der bisher auf allen internationalen Kongressen ausgesprochen ist, und wenn ein internationaler Kongreß den Beschluß faßt, die Arbeitsruhe zu erstreben, so ist es selbstverständlich Pflicht jeder Organisation und jedes einzelnen, alles das zu tun, was die Erfüllung dieser Forderung beschleunigt. Auch insofern, glaube ich, kann von einer Verschärfung schon nicht die Rede sein, als in dem Beschluß selbst schon die Grenzen dieser Pflichterfüllung gezogen sind; es ist die Bestimmung aufgenommen, daß die Arbeitsruhe nur da durchzuführen ist, wo keine Schädigung der Klasseninteressen der Arbeiter zu befürchten sind. Wenn also der Beschluß von Amsterdam loyal aufgefaßt wird, dann können alle die Bedenken und Einwände fallen, die innerhalb der Partei-Organisationen und namentlich von gewerkschaftlicher Seite in dem letzten Jahre gegen die jetzige Form der Maifeier erhoben sind. Da möchte ich gleich dem Grundeinwand begegnen, daß man sagt: es geht nicht an, daß die Partei so weittragende Beschlüsse faßt, aber die Durchführung derselben und vor allem die finanzielle Verantwortung dafür einfach auf die Schultern der Gewerkschaften abwälzt. Das ist ein **Grundirrtum, es ist einfach nicht wahr**, daß der Beschluß von den Vertretern der **politischen** Parteien gefaßt ist. Sowohl auf dem internationalen Kongreß in Paris 1889 als auf allen folgenden internationalen Kongressen, einschließlich des Amsterdamer, waren die **Vertreter der Gewerkschaften mit anwesend**, alle Beschlüsse, auch die in bezug auf die Maifeier, sind **unter Mitwirkung der Vertreter der Gewerkschaften zustande gekommen**, auf alle internationalen Kongresse haben die deutschen Gewerkschaften eigne Delegierte geschickt, sie haben genau so mitgewirkt wie die Vertreter der politischen Parteien, ihre Verantwortung ist also genau dieselbe. Nun bin ich der letzte, der sich verhehlen wollte, daß der Kampf um den 1. Mai gerade den Gewerkschaften in erster Linie große Opfer auferlegt und den Gewerkschaftsbeamten, soweit sie es mit ihrer Aufgabe ernst nehmen, ein großes Stück Verantwortung aufbürdet, aber doch nur in der Einschränkung, daß kein internationaler Kongreß und kein deutscher Parteitag ihnen jemals die Erstrebung der Arbeitsruhe unter allen Umständen zur Pflicht gemacht hat. Aber der Maßstab der finanziellen Verantwortung, der Maßstab der Geldkosten darf an eine solche Frage nicht angelegt werden, die geradezu eine Frage der internationalen Solidarität, eine Frage der internationalen Arbeiterbewegung geworden ist. Die Maifeier ist historisch und gerade durch das Verhalten unsrer Gegner, der Regierung und der Bourgeoisie, eine Klassenfrage des Proletariats geworden, gleichsam ein Stück Klassenkampf gegen Regierung und Bourgeoisie. **Wann hat jemals in der deutschen Arbeiterbewegung die Frage der Geldkosten bei einem Klassenkampf die entscheidende Rolle gespielt?** (Sehr wahr!) Wie würden wir uns dazu stellen, wenn z. B. bei einer Frage wie der Aussperrung der Crimmitschauer Textilarbeiter die politischen Organisationen herkommen und sagen wollten, das ist in erster Linie Sache der Gewerkschaften, die Frage berührt die Partei in erster Linie nicht. Da wären wir alle einig, daß das geradezu **ein Verrat, ein Verbrechen** an der Arbeiterbewegung wäre. (Sehr wahr!) Nein, alle solche Konflikte sind Fragen der Arbeiterklasse, und alles, was auf dem Boden des Klassenkampfes steht, ist da solidarisch. Und als die Zuchthausvorlage auf der Bildfläche erschien, eine Vorlage, die in erster Linie gegen die Gewerkschaften gerichtet war, eine Vorlage, die den Zweck hatte, den Arbeitern die Möglichkeit zu nehmen, auf dem Wege des Streiks ihre Lage zu bessern, da war es selbstverständlich, daß die Partei sich sagte: Das ist ein Attentat auf die Arbeiterklasse, wir haben die Führung in diesem Kampf zu übernehmen und keinerlei Unterscheidung zu treffen darüber, welche Interessen dabei

in erster Linie berührt werden, die des politischen oder die des gewerkschaftlichen Flügels der Arbeiterbewegung. (Sehr wahr!) Genau so steht es mit der Feier des 1. Mai, das ist keine politische Demonstration, sondern eine Klassendemonstration, eine Demonstration für das Klassenideal, deren Bedeutung nicht in dem Augenblickserfolge liegt, sondern in dem ständigen Wachstum, in der Unerschütterlichkeit des Entschlusses, für das Klassenideal einzutreten auf allen Gebieten, wo uns das möglich ist. Eines sollten wir gerade bei dieser Frage besonders betonen und unser Augenmerk besonders darauf richten: Je stärker die Gewerkschaftsbewegung wird, je geschlossener ihre Organisationsformen, je mehr sie sich entwickelt und je mehr ihre Aufgaben sich erweitern, um so mehr lösen sich allmählich die äußeren Bande, die die Gewerkschaftsbewegung mit der politischen verknüpfen, um so größer wird für die Gewerkschaftsbewegung als Ganzes die Gefahr, daß sie über den Kämpfen des Tages, über den Streit um Einzelfragen die großen Ziele der Arbeiterklassenbewegung, das Endziel der Befreiung der Arbeiterklasse aus dem Doppeljoch der ökonomischen und der politischen Knechtung, daß sie das Ziel der Zertrümmerung des kapitalistischen Lohnsystems mehr und mehr aus dem Auge verliert. (Beifall.) Und gerade unter diesem Gesichtspunkte hat die Maifeier ihre besondere Bedeutung. Das Eintreten für unsren Standpunkt wird immer mehr ein Stück sozialdemokratischen Glaubensbekenntnisses, das die Gewerkschaften und die Massen Jahr für Jahr ablegen. (Sehr wahr!) Und wenn dann immer die sogenannten guten Freunde aus dem bürgerlichen Lager kommen und uns erklären, daß es doch bloß Kraftvergeudung sei, für eine bloße Formsache, für eine Demonstration, die ihren Zweck doch nicht erreichen könne, Mittel auszuwerfen, daß die Gewerkschaften haushälterisch zu Werke gehen und ihre Kassen füllen sollten für die großen wirtschaftlichen Kämpfe, die ihnen aufgedrängt werden, so haben wir allen Anlaß, uns immer wieder vor Augen zu halten, daß das die alte Melodie des alten Liedes ist, die Arbeiterbewegung in zwei Flügel zu trennen (Sehr richtig!), dort der Flügel, der für die Gegenwartsforderungen kämpft, dort der intransigente Flügel. Das ist nur der alte Standpunkt des „Teile und herrsche", damit man die Arbeiterklasse kastrieren kann. Unsre Aufgabe muß es vielmehr sein, dafür zu sorgen, daß dieses sozialdemokratische Glaubensbekenntnis, das die Massen Jahr für Jahr ablegen und mit dem sie ihre Solidarität ausdrücken wollen, nicht zu einer inhaltslosen Formel, zu einer äußerlichen Form wird, die man nur anstandshalber erfüllt, sondern wir müssen dies Glaubensbekenntnis mit dem Geiste des Klassenbewußtseins erfüllen, so daß die öffentliche Bekundung desselben den Massen zu einem Herzensbedürfnis, unsren Gegnern zu einem drohenden Menetekel wird. (Beifall.)

In diesem Sinne bitte ich Sie, nehmen Sie unsre alte Maifeier-Resolution auch diesmal an! Sie ist in würdiger Form die treue und ehrliche Erfüllung eines internationalen Beschlusses, an dem wir mitgewirkt haben, sie gewährt den gewerkschaftlichen Organisationen die Möglichkeit, nach ihrem eignen Entscheid im Rahmen ihrer eignen Organisation und nach Maßgabe ihrer organisatorisch zusammengefaßten Kräfte ihre Klassenpflicht als Arbeiter zu erfüllen. (Beifall.) Die Resolution lautet:

„In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der internationalen Arbeiterkongresse in Paris 1889, Brüssel 1891, Zürich 1893, London 1896, Paris 1900 und Amsterdam 1904 feiert die deutsche Sozialdemokratie den 1. Mai als das Weihefest der Arbeit, gewidmet den Klassenforderungen des Proletariats und dem Weltfrieden. Als die würdigste Feier des 1. Mai betrachtet die Partei die allgemeine Arbeitsruhe. Der Parteitag macht es daher den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht, neben den andren Kundgebungen

für die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten, und überall da, wo die Möglichkeit für Arbeitsruhe vorhanden ist, die Arbeit am 1. Mai ruhen zu lassen."

Diese Resolution ist hervorgegangen aus den Interessen der deutschen Arbeiterklasse, sie ist hervorgegangen aus der Erfüllung unsrer internationalen Verpflichtungen, sie ist hervorgegangen aus der Erkenntnis unsrer Kräfte. Deshalb bitte ich Sie, auch in diesem Jahre ihr möglichst einstimmig Ihre Zustimmung zu erteilen. (Lebhafter Beifall.)

Burgund-Breslau: Daß die Maifeier eine Klassendemonstration ist, darin sind wir einig. Aber ich bestreite, daß die Feier jetzt einen einheitlichen Charakter trägt. Nur in wenigen großen Orten wird die Arbeit in einem nennenswerten Umfange eingestellt. Es muß einen traurigen Eindruck machen, wenn in Breslau am ersten Mai 200 Arbeiter im ganzen die Arbeit einstellen; in Görlitz sind es noch weniger; im oberschlesischen Kohlenrevier niemand. Der erhebende Gedanke der Maifeier kann am besten und einheitlichsten durch Abendversammlungen am ersten Mai zum Ausdruck kommen. In diesem Sinne bitte ich Sie, den Antrag 54 anzunehmen.

Habicht-Limburg: Es sind nur die Führer der großen Gewerkschaften, die die Klassendemonstration des Proletariats am ersten Mai beseitigen wollen. (Sehr richtig!) Sie fürchten sie wegen der Schmälerung des gewerkschaftlichen Geldsacks. (Sehr richtig!) Dabei sind die Opfer, die für Aussperrungen infolge des 1. Mai gebracht werden müssen, ganz minimal. Es würde sich vielleicht empfehlen, bestimmte Gewerkschaftsforderungen, die sonst aus geringerem Anlaß erhoben werden, am 1. Mai zu erheben. Gerade die Maifeier ist ein gutes Mittel zur Schulung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. Jedes Gewerkschaftsmitglied ist polizeilich angemeldet, da sollte es auch den Mut haben, sich am 1. Mai zu zeigen. Den Abendversammlungen würde der Charakter der Demonstration gänzlich fehlen. (Sehr richtig!) Uebrigens sind in der Ausdehnung der Maifeier große Fortschritte erzielt worden. Diejenigen, die im vorigen Jahre zum erstenmale am 1. Mai durch Arbeitsruhe demonstriert haben, würden es nicht begreifen, wenn diese Form der Maifeier beseitigt würde. Nun sagen die Gewerkschaftsführer: die politische Partei will den Gewerkschaften vorschreiben, daß sie den 1. Mai durch Arbeitsruhe feiern sollen und das geht nicht, der nächste Gewerkschaftskongreß muß die Bestimmungen treffen. Umgekehrt wird ein Stiefel daraus. Die Gewerkschaftsführer wollen die politische Partei vorschieben, weil sie die Kosten der Klassendemonstration nicht bezahlen wollen. (Sehr richtig!) Da sollten sie doch einmal erst durch eine Urabstimmung feststellen, wie die Massen darüber denken, und es wird sich herausstellen, daß die Massen für diese Form der Demonstration sind. (Sehr richtig!)

Weinheber-Hamburg: Ich will hier nur meine persönliche Meinung aussprechen. Der andre Standpunkt wird gleich nach mir eine sehr beredte Vertreterin finden. (Pfannkuch: Sie fürchten sich wohl schon! Heiterkeit.) Nein, ich habe keine Angst, sonst wäre ich nicht hierher getreten. Wir sollen uns nach dem Beschluß des Amsterdamer Kongresses richten, wonach die wirksamste Form der Maifeier in der Arbeitsruhe zum Ausdruck kommt. Wäre die Amsterdamer Resolution ohne die zwei letzten Absätze angenommen worden, könnten die Arbeiter den 1. Mai so feiern, wie es im Interesse des Landes und der Organisation ihnen wünschenswert erscheint.

So würde eine einheitliche Demonstration auch dort zustande kommen, wo es sonst nicht möglich ist, die Feier so zu begehen, wie in andren Ländern. Nun kommt man und sagt: weil der Amsterdamer Kongreß einen Beschluß gefaßt hat, müssen wir uns fügen. Nun ja, das erfordert das Solidaritätsgefühl.

Aber es müßte doch wenigstens klipp und klar gesagt werden, was unter den Worten: „wo die Arbeitsruhe ohne Schädigung der Arbeiterinteressen erfolgen kann" zu verstehen ist. Ist es denn keine Schädigung, wenn die Unternehmer sagen: Wir sperren die Arbeiter auf drei bis zehn Tage aus. In der Großindustrie ist von einer Feier des 1. Mai durch Arbeitsruhe gar keine Rede. Da heißt es, in Hamburg haben 30 000 Arbeiter den 1. Mai gefeiert. Aber von den 7000 organisierten Metallarbeitern waren nur 300 beteiligt. Die Demonstranten sind in erster Linie die Bauhandwerker, Schuhmacher, Schneider, Gastwirte, Angestellte der Krankenkassen usw. Aber im Hafen wird weiter gearbeitet und ebenso in der Metallindustrie. Die feiernden Metallarbeiter arbeiten bei Kleinindustriellen. Sehr habe ich mich darüber gewundert, daß gerade aus Spandau und Essen der Antrag gekommen ist, den 1. Mai durch strikte Arbeitsruhe zu feiern. Der Antrag kommt gerade aus Orten, wo seine Durchführung vollkommen ausgeschlossen ist. Wir alle sind mit der Maifeier nicht zufrieden, sie ist nichts Halbes und nichts Ganzes. Unzufrieden sind diejenigen, die volle Arbeitsruhe verlangen, unzufrieden die, die die Arbeitsruhe ganz beseitigen wollen. Der Metallarbeiterverband hat bekanntlich beschlossen, daß nur dort der 1. Mai durch Arbeitsruhe begangen werden darf, wo mindestens drei Fünftel der Arbeiter organisiert sind und wenn sie es verlangen, und daß auf keinen Fall Aussperrungen mit Gegenforderungen beantwortet werden dürfen. Wenn diese Vorbedingungen erfüllt sind, zahlt der Verband bei Aussperrungen die Unterstützung. Es müßte ein Riegel vorgeschoben werden, um große Aussperrungen zu verhüten, damit nicht so die gewerkschaftlichen Erfolge, die in jahrelanger Arbeit errungen sind, verloren gehen. Eine klare Aussprache ist hier erforderlich. Fischer sagt: nur dort soll die Arbeit eingestellt werden, wo die Möglichkeit dazu vorhanden ist. Was heißt aber gerade die „Möglichkeit." Man braucht wirklich nicht auf den großen Geldsack der Gewerkschaften hinzuweisen. Sie haben die Verpflichtung, für die Besserstellung der Arbeiter und für Verkürzung der Arbeitszeit zu kämpfen. Das sind doch auch Klassenforderungen des Proletariats. Ich will nicht die Ablehnung des Antrages Fischer empfehlen, aber wir sollten uns klar darüber aussprechen, ob es nicht möglich ist, eine würdige Form der Maifeier zu finden, ohne die Arbeiter zu verpflichten, für volle Arbeitsruhe einzutreten.

Frau Zietz: Der Vorredner hat gefragt, was denn unter großer Schädigung der Arbeiterinteressen zu verstehen sei. Nun können wir selbstverständlich darauf eine detaillierte Antwort nicht geben. Als eine große Schädigung der Arbeiterinteressen kann ich es jedenfalls nicht ansehen, wenn einige tausend Mark Unterstützungsgelder wegen einer Mai-Aussperrung aus der Gewerkschaftskasse genommen werden müssen. (Sehr richtig!) Zu einer wirklichen Schädigung aber rechne ich, wenn Arbeitsruhe in einem Ort am 1. Mai stattfindet, wo die Organisation noch nicht stark genug ist und wo die Unternehmer die jungen Anfänge der Organisation zertrümmern können. Die großen Aussperrungen, die auf das Ruhenlassen der Arbeit am 1. Mai gefolgt sind, sollten von den organisierten Arbeitern nicht als Grund für eine Einschränkung der Maifeier angeführt werden. Erinnern wir uns doch, daß ganz minimale Forderungen zu ganz gewaltigen Aussperrungen geführt haben, die niemand als Schädigung der Arbeiterinteressen ansieht. In diesen Kämpfen sind große Opfer gebracht worden, aber diese Opfer sind uns zu gute gekommen. (Sehr richtig!) Denken Sie an die Hamburger Werftarbeiter-Aussperrung; die Veranlassung war, daß die Nieter eine Aufbesserung des Stundenlohnes um 2 Pf. verlangt hatten. Denken Sie an Crimmitschau, wo das Verlangen nach einer Arbeitszeitverkürzung zu der gewaltigen Aussperrung führte. Der rechnerische Standpunkt, das nüchterne

Kalkul sollte hier nicht maßgebend sein. Seit wann ist es denn der Standpunkt der Gewerkschaften, daß jeder Groschen, der aus der Gewerkschaftskasse ausgegeben wird, nur verwandt werden soll für den Kampf um Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung des Lohnes? Haben wir nicht immer betont, daß in der gewerkschaftlichen Organisation ein außerordentliches Stück Erziehungsarbeit steckt, daß die Arbeiter durch sie nicht nur materiell, sondern auch geistig und sittlich auf eine höhere Stufe gehoben werden? Das haben wir dem Grafen Posadowsky gegenüber betont, als er die Gewerkschaften reine Streikvereine nannte. Sind wir damals etwa Demagogen gewesen? Ich denke doch nicht. (Sehr richtig!) **Und so sollten wir fragen, nicht: was kostet uns die Maifeier? sondern: welche Vorteile bringt uns die Maifeier in dieser Richtung?!** Wenn jetzt an eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit gedacht wird, wem verdanken wir diesen Erfolg, wenn nicht dem Umstande, daß durch die Maifeier der Gedanke des Achtstundentags dem Proletariat in Fleisch und Blut übergegangen ist. (Lebhafte Zustimmung.) Die Maifeier erzieht zur Solidarität, sie schafft den Idealismus, der zu Opfern bereit ist im Kampfe für das, was als Recht erkannt ist. Ein guter Gewerkschaftsführer muß ein guter Psychologe sein. (Sehr gut!) Er muß sich fragen, wie gewinnen wir neue Mitkämpfer? Gerade durch die Maidemonstration werden die Gewerkschaften gestärkt. Und noch eins kommt hinzu: Wenn am ersten Mai die Massen hinausziehen und die Arbeiter in den Werkstätten und auf den Bauten, die sich nicht beteiligen können, das sehen, dann empören sie sich über ihre Abhängigkeit, und diese Empfindung wird sich umsetzen in um so lebhaftere Beteiligung an der Arbeiterbewegung. (Sehr richtig!) Auf die Nichteinheitlichkeit der Feier durch Arbeitsruhe ist hingewiesen worden. Soll uns das abhalten, mit allen Kräften für die Ausbreitung der Arbeitsruhe zu sorgen? Wo wir starke Organisationen haben, hat die Beteiligung an der Maifeier durch Arbeitsruhe zugenommen. In Hamburg wurde zuerst die Maifeier am Sonntag begangen. Im ersten Jahre, wo die Arbeitsruhe beschlossen war, beteiligten sich 5000 am Zuge; im vorigen Jahre war die Beteiligung auf 30 000 gestiegen. (Hört! hört!) Unterschätzen wir nicht die Wirkung der Massensuggestion. Gerade die Indifferenten und Lauen werden durch die Maifeier mit fortgerissen. (Bravo!)

Zubeil: Man kann zufrieden sein, daß der Antrag, die Maifeier auf den Sonntag zu verlegen, nicht die nötige Unterstützung gefunden hat. Ein solcher Beschluß wäre ein schlimmer Rückschritt für die Partei und die Gewerkschaften. Auf jeden Fall steht fest, daß die Beteiligung an der Maifeier von Jahr zu Jahr zugenommen hat.

Wenn heute seitens größerer Gewerkschaften ernsthaft versucht werden sollte, an der jetzigen Form der Maifeier zu ändern, so würden sie sehr bald erfahren, daß ihre Mitglieder andrer Ansicht sind. Gewiß fordert die Maifeier Opfer, aber die erfordert jeder Kampf. Schlimm genug ist es, daß heute schon manche Verbände, z. B. die Buchbinder, auf ihren Generalversammlungen sich über die Einführung einer Heiratsunterstützung unterhalten. Dadurch wird das Proletariat gewiß nicht zum Klassenbewußtsein erzogen. (Sehr wahr!) Gerade der 1. Mai aber ist geeignet, das Klassenbewußtsein unter den Arbeitern zu erwecken. Daß die Beteiligung an der Maifeier zurückgeht, ist nicht wahr, in Berlin und Umgegend haben wir Fortschritte aufzuweisen. Die Verlegung der Maifeier auf den ersten Sonntag im Mai hat gar keinen Zweck. Wir Deutsche sollten uns freuen, daß wir andern Ländern mit leuchtendem Beispiel vorangehen. Ich bitte Sie, die Resolution Fischer anzunehmen, zum Beweis dafür, daß wir keinen Rückschritt wollen. Ein solcher Rückschritt würde sowohl für die gewerkschaftliche als auch für die politische Bewegung äußerst verhäng-

nisvoll sein. Ich hoffe, daß die Resolution Fischer einstimmige Annahme findet. (Beifall.)

Niem-Dresden spricht nur für seine Person. Meine Erfahrungen bringen mich zu der Ueberzeugung, daß die Arbeitsruhe nicht durchzuführen ist. Das ganze Bestreben der Gewerkschaften geht jetzt dahin — und das ist gut — möglichst ohne Kampf mit den Unternehmern Verträge abzuschließen. Daraus folgt ganz von selbst, daß die Gewerkschaften gar nicht geneigt sind, für die Maifeier große Opfer zu bringen. Das ist nun mal und daran können Sie nichts ändern. Denn die großen Fortschritte der Gewerkschaften beruhen darauf, daß sie diese Taktik eingeschlagen haben. Man verkennt die Arbeiter, wenn man meint, die Arbeiter wollten die Maifeier um jeden Preis. Stellt man sich auf den Boden der nackten Tatsachen, so muß man sich sagen: Es ist leicht, die Arbeiter zu begeistern, aber die Maifeier ist nicht durchzuführen und deshalb verzichten wir auf sie. Es ist kein Zurückweichen, wenn man die Konsequenzen aus den Tatsachen zieht. Ich bin für den Antrag, die Feier auf den Abend des 1. Mai zu legen.

Mothes-Chemnitz: Die Arbeiter betrachten den 1. Mai als Feiertag, auch wenn sie die Arbeit nicht ruhen lassen, und wenn sie den 1. Mai am Tage nicht feiern können, so tun sie es abends. Wir müssen dahin wirken, daß die Gewerkschaften immer stärker werden, dann werden wir auch eher imstande sein, die Maifeier durchzuführen. Unverständlich würde es den Arbeitern sein, wenn die Maifeier auf den ersten Sonntag im Mai verlegt würde. Lassen Sie sich dazu nicht verleiten; darüber würden nur die Gegner triumphieren.

Wolf-Bochum: Ich weiß, es ist dankbarer, in dieser Frage mit dem Strom zu schwimmen; ich weiß, daß die Befürworter der Resolution Fischer hier einen besseren Resonanzboden finden, aber wir dürfen bei einer so wichtigen Frage nicht so leicht über die Tatsachen hinweggehen. Ich will hier nicht näher auf die Geschichte der Maifeier eingehen. Der Pariser Beschluß von 1889 entstand spontan; er war einer starken Begeisterung entsprungen. Dann kamen die Schwierigkeiten und Zweifel über die Form der Feier, über die Frage, ob sie durch Arbeitsruhe begangen werden solle, und Schippel war es, der die Feier in diesem Sinne propagierte, eine großartige Agitation für die Feier durch Arbeitsruhe in der „Berliner Volkstribüne" entfaltete. Er sagte: $1^1/_2$ Millionen Stimmen und 2 Millionen Maifeiernde! Da kam die Fraktion und legte durch eine Proklamation der Schippelschen Agitation eine Bremse an. Ich weiß, die Fraktion hatte ihre Gründe dafür, aber die Bremse hat meines Erachtens für alle Zeit erlahmend gewirkt. Wir haben jetzt lange Jahre mit aller Kraft für die Maifeier gewirkt und uns Beteiligungszahlen eingeredet, die nicht der Wirklichkeit entsprechen. Jetzt müssen wir uns sagen, daß wir mit der Maifeier nicht das erreicht haben, was wir hofften. Die Resolution stellt es in das subjektive Ermessen des einzelnen, ob er feiern soll oder nicht Das ist eben ein unerträglicher Zustand. Damit kommen wir nicht weiter. Wo sind denn die Erfolge unsrer Agitation für die Maifeier? Wo haben wir denn eine wirklich respektable Beteiligung erzielt?

Es ist gesagt worden, die Gewerkschaften hätten doch bisher nur ganz geringe Ausgaben aus Anlaß der Maifeier gehabt. Viel größere seien gemacht worden für Streiks oder Aussperrungen, wo der Kampfpreis ein ganz geringer. Es ist doch aber ein großer Unterschied, ob eine Gewerkschaft in die Zwangslage versetzt wird, einen Angriff abzuwehren oder einen Angriff wagt, wenn sie sich stark genug dazu fühlt. In beiden Fällen ist es ihre Pflicht, den Kampf bis zum äußersten zu führen. Wenn die Unterstützungen aus Anlaß der Maifeier bisher geringere waren, so doch nur deshalb, weil es die Gewerkschaften eben bisher nicht haben auf eine Machtprobe ankommen lassen. Mit dem Augenblick,

wo diese von ihren Mitgliedern die Arbeitsruhe fordern, haben sie auch die Folgen zu tragen.

Der jetzige Zustand ist einfach unerträglich. Man sagt, die Resolution verlange ja die Arbeitsruhe nicht absolut. Gegen eine derartige Parole haben sich ja auch die deutschen Delegierten immer auf den internationalen Kongressen gesträubt, sogar die Auferlegung einer Pflicht für den einzelnen in diesem Sinne ist in Amsterdam bekämpft worden. Wenn aber Worte einen Sinn haben sollen, dann bedeutet die dort angenommene Resolution doch eine Pflicht. Das hat auch Fischer hier ausgeführt.

Kein Zweifel, der bisherige Erfolg der Maifeier stellt niemand zufrieden. Aller Enthusiasmus kann uns nicht über diese Tatsache hinwegtäuschen. Wollen wir demonstrieren, so können wir das nur durch Massenbeteiligung. Und das ist nur am Sonntag zu erreichen. Wir sind stark genug, um auch einmal einen verfehlten Weg nicht weiter zu verfolgen.

Bömelburg: Alle Anträge, die darauf hinauslaufen, die Maifeier auf den Sonntag nach dem 1. Mai oder auf den Abend des 1. Mai zu verlegen, sind für den heutigen Parteitag ohne weiteres unannehmbar, und auch für die nächsten Parteitage so lange, bis der internationale Kongreß etwas andres beschließt. (Sehr richtig!) Die Kongreßbeschlüsse müssen wir nun einmal hoch halten, sonst dürfen wir uns an internationalen Kongressen nicht beteiligen. Die Resolution Fischer entspricht dem Amsterdamer Kongreßbeschluß und deshalb müssen wir ihr zustimmen. Mein Vorredner hätte sich seine Ausführungen bis zu dem Parteitag ersparen können, der dem nächsten internationalen Kongreß vorangeht. Man sagt, auf dem nächsten Gewerkschaftskongreß würde die Frage erörtert werden. Ob die Generalkommission diese Absicht hat, weiß ich nicht, ich nehme es aber an. Wenn es möglich wäre, die Erörterung der Frage seitens der Gewerkschaften zu verschieben bis kurz vor den nächsten internationalen Kongreß, so wäre mir das allerdings lieber, es wird aber kaum möglich sein, da der Gewerkschaftskongreß nur alle drei Jahre zusammentritt. Das kann keineswegs mehr bestritten werden, daß die Meinungen über die Bedeutung der Maifeier sehr weit auseinandergehen. Es hat sich als unmöglich erwiesen, die Arbeitsruhe im allgemeinen auch nur einigermaßen durchzuführen. Ich habe in meinem Wahlkreis wiederholt der Maifeier beigewohnt, und was habe ich gesehen? Die Zahl derjenigen, die sich an der Arbeitsruhe beteiligten, war nur sehr klein. Es waren in der Hauptsache nur Bauhandwerker und Personen, die sich in einigermaßen unabhängiger Stellung befanden. Aber Fabrikarbeiter und Bergarbeiter waren fast gar nicht beteiligt, und die Bergarbeiter, die sich beteiligten, hatten Nachtschicht gehabt, büßten dann am Tage ihren Schlaf ein und gingen abends wieder zur Arbeit. Hier und da war auch vielleicht einer darunter, der sich krank gemeldet hatte. Von den Fabrikarbeitern war niemand beteiligt und es steht fest, daß auch in absehbarer Zeit gar nicht daran zu denken ist, daß die Arbeiter dort am 1. Mai feiern können. Selbst vorausgesetzt, daß der Metallarbeiter- und Bergarbeiterverband in absehbarer Zeit fast die gesamten Arbeiter ihres Berufes in sich zusammenfaßten, so ist noch lange nicht gesagt, daß diese Organisationen dann imstande wären, die Arbeitsruhe am 1. Mai durchzusetzen. (Sehr richtig!) Einer der Vorredner sagte, die Gewerkschaften würden die Maifeier durchführen können, wenn sie Geld dafür ausgeben wollten. Wenn Aussperrungen infolge der Arbeitsruhe erfolgten, sollten die Gewerkschaften das benutzen, um ihre Forderungen zu stellen und den Lohnkampf sofort stattfinden zu lassen, den sie sonst vielleicht im Juli durchgeführt hätten. Wenn die Gewerkschaften so handeln wollten, würden sie in Grund und Boden ruiniert werden. Der Genosse Habicht sollte doch wissen, daß man Lohnkämpfe nicht zu beliebiger Zeit

sondern nur dann beginnen kann, wenn die Verhältnisse so günstig liegen, daß Aussicht auf Erfolg vorhanden ist. Und so liegt es auch in unsern Großindustrien. Wer wollte es wagen, zu sagen, daß die Leiter des Bergarbeiterverbandes verpflichtet wären, für die Maifeier einzutreten, trotzdem schließlich eine große Aussperrung der Arbeiter erfolgen würde. Ich bin fest überzeugt, daß wenn durch ein solches Vorgehen der Gewerkschaftsführer Tausende, unter Umständen Hunderttausende von Arbeitern auf die Straße gebracht würden und es sich später herausstellen würde, daß der mit dem Unternehmertum aufgenommene Kampf nicht siegreich durchgeführt werden kann, ja daß es gar nicht möglich wäre, für die Kämpfenden die Mittel aufzubringen, daß Sie dann alle, die heute sagen, die Gewerkschaften sollen ihre Kassen leeren für die Maifeier, diesen Gewerkschaftsführern vorwerfen würden, daß ihre Taktik sich als eine sehr schlechte erwiesen habe, daß sie diesen Schritt nicht hätten tun sollen. So einfach liegen die Dinge nicht. Ich muß Ihnen offen sagen, selbst der Verband, dem ich angehöre und dessen Vorsitzender zu sein ich die Ehre habe, hat vor einigen Jahren auf seinem Verbandstage den Beschluß gefaßt, aus der Verbandskasse Mittel zur Unterstützung derjenigen, die infolge der Maifeier gemaßregelt werden, nicht zur Verfügung zu stellen. Und wir befinden uns in der Lage — ich mache gar kein Hehl daraus — im nächsten Jahre diesen Beschluß erneuern zu müssen. So wie es bei uns liegt, so liegt es auch bei andren Gewerkschaften. Was glauben Sie wohl, wenn wir herkommen würden und einen Artikel im „Grundstein" schrieben: Die Verbandskasse stellt Mittel für diesen Zweck zur Verfügung und nun mal los — ich kann Ihnen versichern, die Zahl der maifeiernden Maurer — die sich ja heute schon in einigen Orten fast einmütig an der Arbeitsruhe beteiligen — würde mindestens um 50 000 steigen. Aber weder wir noch irgend eine andre Organisation kann so große Mittel für diesen Zweck zur Verfügung stellen. Würden wir diesen Weg betreten, so wäre es leicht möglich, daß das Unternehmertum darin eine Handhabe finden würde, um schließlich die Organisationen bis zur Bedeutungslosigkeit herabzudrücken. (Sehr richtig!) Wir sind also vom taktischen Standpunkte aus gar nicht in der Lage, die Sache offen propagieren zu können. Daher werden wir auch von einer allgemeinen Arbeitsruhe am 1. Mai leider für absehbare Zeit nicht reden können. Es werden schon heute von meiner Organisation von den örtlichen Vereinen ziemlich erhebliche Summen aufgebracht. Zubeil sprach von Berlin. Gewiß, Berlin ist eine große Stadt, es hat auch in Deutschland eine große Bedeutung und die Berliner Maurer feiern den 1. Mai fast einmütig. Aber, Genosse Zubeil, wollten Sie einmal den Berliner Maurern sagen: Ihr feiert den 1. Mai, aber Ihr verzichtet auf drei, vier Tage Unterstützung. Da sollten Sie mal Eigenartiges erleben. (Sehr richtig!) Die Berliner Maurer verlangen, wenn sie ausgesperrt werden — für den 1. Mai nehmen sie ja nichts bezahlt — Unterstützung; würde die wegfallen, so würde die Begeisterung für den 1. Mai erheblich abkühlen. In einem Ort wurde von unsrer Organisation vor Jahren der Beschluß gefaßt: Am 1. Mai wird gefeiert, und wer das nicht tut, wird einfach ausgeschlossen. Wir haben da erlebt — von der Zentrale konnten keine Mittel zur Verfügung gestellt werden — daß der Ortsverein, um die Unterstützung zahlen zu können, sich Geld borgen mußte. Am nächsten 1. Mai, der auf einen Sonntag fiel, war das Geld noch nicht zurückgezahlt. Es ist kein Zweifel, daß wie die Dinge liegen, die Arbeitsruhe nicht durchzuführen ist, ohne daß die Organisationen großen Schaden leiden. Man sollte sich also hüten, hier den Gewerkschaften Vorwürfe zu machen. Diese haben getan, was möglich war. So lange wir die Arbeitsruhe anstreben, werden wir auch darunter zu leiden haben, daß wir nicht alles tun können, um sie zu einer allgemeinen zu machen.

Leber-Jena: Ich gehöre zu denen, die in der Gewerkschaftsbewegung voll ihre Schuldigkeit getan haben und für das Unterstützungswesen eintreten,

aber für den Standpunkt verschiedener Gewerkschaftsführer in der Maifrage kann ich nicht sein. Ich habe schon früher Weinheber gegenüber meinen Standpunkt vertreten, daß man die Wirkung der Maifeier nicht nach Heller und Pfennig berechnen dürfe, sondern daß das ideale Moment in den Vordergrund geschoben werden müsse. Gewiß hat Bömelburg Tatsachen angeführt, die einer näheren Prüfung bedürfen, aber deswegen kann man doch die Resolution annehmen. Wenn die Beteiligung an der Maifeier keine so große ist, so liegt das auch an der Erziehung der Arbeiter durch die Gewerkschaftsführer. In Jena hat die Firma Zeiß ihren Arbeitern den 1. Mai von mittags an freigegeben unter Bezahlung des ganzen Tages. (Hört! hört!) Die Folge war, daß sehr viele Arbeiter meinten, es genüge, wenn man den 1. Mai von Mittags an feierte. Solche Erscheinungen hängen mit der Erziehung in den Gewerkschaften zusammen. Man sollte den Arbeitern nicht das Klassenbewußtsein nehmen. (Bravo!)

Klühs-Breslau: Daß wir die Resolution Fischer nicht einstimmig annehmen können, beweisen die Ausführungen Bömelburgs, der eine glänzende Rede gegen sie gehalten hat, obwohl er für sie sprach. Wir dürfen doch Resolutionen nicht bloß deshalb annehmen, weil ein internationaler Kongreß das mal beschlossen hat. Die Tatsachen lehren das Gegenteil von dem, was Zubeil behauptet hat. In den Grubenbezirken Schlesiens ist die Beteiligung an der Maifeier eine ganz verschwindend geringe. Die Maifeier soll doch eine imposante einheitliche Aktion sein, in der Tat aber wird nur in einigen größeren Orten gefeiert, im ganzen übrigen Reich ist die Beteiligung eine verschwindend geringe, so daß sie den berechtigten Spott unsrer Gegner herausfordert. Ich möchte befürworten, daß wir trotz aller Kongreßbeschlüsse die Arbeitsruhe am 1. Mai aufheben. (Lebhafter Widerspruch.) Den Abend könnten wir zur Feier beibehalten, weil das in andren Ländern auch so geübt wird. Dadurch, daß wir fortgesetzt von großen Demonstrationen in den Zeitungen reden, während doch nur wenige teilnehmen, machen wir uns lächerlich. Wir tun darum besser, wir sparen das Geld. (Lachen.) Wenn Sie auch darüber lachen, Tatsache ist es doch und Sie selbst müssen zugeben, daß es nicht möglich ist, die Arbeitsruhe ganz zu erreichen. (Zuruf: Wird ja auch nicht verlangt!) Wir können besser agitieren, wenn wir abends Versammlungen veranstalten. Aber die Arbeitsruhe sollte man ganz aus dem Spiele lassen.

Ein Schlußantrag wird angenommen, nachdem Oehlking dagegen gesprochen hat, da bisher fast nur Gewerkschaftsführer zum Worte gekommen seien.

Das Schlußwort erhält

Richard Fischer: Ich glaube, in meinen Ausführungen betont zu haben, daß es selbstverständlich Aufgabe und Recht der Gewerkschaften sei, über die Arbeitsruhe in ihrem Beruf nach ihren eignen Interessen zu entscheiden. Die ganze Debatte richtet sich gegen die vollständige Arbeitsruhe, die in unsrer Resolution gar nicht gewünscht und verlangt wird. Wir verlangen nicht Arbeitsruhe überall und unter allen Umständen, sondern überlassen der Gewerkschaft die Entscheidung darüber, in welchen Fällen sie die finanzielle Verantwortung übernehmen will. Ich verstehe nicht, wie ein Sozialdemokrat in der Form gegen die Arbeitsruhe argumentieren kann, wie Klühs es getan hat. (Sehr richtig!) Weil die Beteiligung schwach ist, deshalb sollen wir unsre Bestrebungen aufgeben, weil die Gegner über die Schwäche der Bewegung spotten, weil in Schlesien die Arbeiterbewegung, die politische und die gewerkschaftliche, noch nicht entwickelt ist, deshalb sollen wir in ganz Deutschland keinen Kampf mehr für die Arbeitsruhe führen? (Sehr gut!) Wie lange ist es denn her, daß man in Deutschland noch ausgelacht wurde, wenn man mit dem sozialdemokratischen Programm kam, daß man die Sozialdemo-

kraten als eine Sorte minderwertiger Menschen, als Gesindel und dergleichen bezeichnete? Hat uns das gehindert, unsre Propaganda weiter zu betreiben? Wolf-Bochum hat gemeint, eigentlich sei die Fraktion daran schuld, daß wir auf ein totes Geleise geraten sind; hätte sie 1890 unmittelbar unter dem Eindruck der Pariser Resolution nicht den bekannten Aufruf erlassen, dann wären wir jetzt nicht auf diesem Wege, dann hätte sich die Arbeitsruhe verwirklicht. (Sehr wahr!) Ich will darauf nicht zurückkommen, aber die Fraktion hatte damals dasselbe Recht für sich beansprucht, was jetzt die Gewerkschaften beanspruchen; ihr lag damals die ganze Verantwortung ob, und unter dem Eindruck dieser Verantwortung hat sie gehandelt, und zwar im Interesse der Arbeiterschaft. (Sehr richtig!) Unter diesem Gefühl der Verantwortung stehen auch heute die Gewerkschaften, und das respektieren wir. Bömelburg hat gewiß loyal den Standpunkt der Partei- mit dem der Gewerkschaftsführer zu vereinigen gesucht. Er glaubt nun, daß es in absehbarer Zeit für die Bergarbeiter unmöglich sei, die Arbeitsruhe am 1. Mai durchzuführen. Ich kann das nicht unterschreiben, schreibe mir aber heute auch nicht das Recht zu, das Gegenteil zu behaupten. Wenn aber einmal die Bergarbeiter, die jetzt seit Jahrzehnten politisch und gewerkschaftlich niedergedrückt sind, zur Kraft und zum Bewußtsein der Macht ihrer Organisation kommen und dann eine günstigere wirtschaftliche Lage ihnen zu gute kommt, warum sollte es dann bei einem solchen elementaren Erwachen einer so großen und wirtschaftlich so bedeutungsvollen Arbeiterschicht nicht möglich werden, neben andren Forderungen auch die der Arbeitsruhe durchzusetzen?

Vor dem Standpunkt, den zum Beispiel Riehm einnimmt, muß die Partei gewarnt werden. Er hat zweifellos die Meinung einer Richtung ausgesprochen, die auch in der Gewerkschaftsbewegung vorhanden ist. Alles, was auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung, auf dem Boden des Klassenkampfes steht, muß aber gegen diesen Standpunkt Front machen. (Sehr richtig!) Was soll das heißen, wenn Riehm es als allgemeine Aufgabe der Gewerkschaftsbewegung hinstellt, Tarifverträge abzuschließen, um Kämpfe zu vermeiden; Tarifverträge sollten geordnete Verhältnisse schaffen, damit die andren Zweige der gewerkschaftlichen Tätigkeit gefördert werden könnten. Ich bin gewiß immer für die gewerkschaftlichen Organisationen eingetreten und dafür, daß die Gewerkschaften, um sich für ihre eigentlichen Aufgaben zu stärken, ihre Tätigkeit immer weiter spannen, damit sie ihren Mitgliedern immer mehr bieten können, aber die Hauptsache dürfen für Gewerkschaften nicht die Unterstützungen sein (Sehr richtig!), sondern die Grundlage des gewerkschaftlichen Kampfes muß die soziale, die wirtschaftliche Besserstellung der Arbeiter sein. (Bravo!) Alles andre kann wohl das Rückgrat sein, auf das sich die Gewerkschaften stützen; Riehm aber stellt gerade das Gegenteil als Aufgabe der Gewerkschaften hin: das Aufgeben des Kampfes für die soziale und wirtschaftliche Besserstellung der Arbeiter — das heißt Hinüberrutschen auf die Bahn der englischen Trades-Unions, die Aufgabe des Klassenstandpunktes, die Aufgabe des Arbeiterstandpunktes als solchen und Befürwortung von Interessen, die in erster Linie Zunftinteressen sind. (Sehr richtig!) Wir Metallarbeiter, wir Bildhauer, wir Lithographen stellen für uns die und die Forderungen auf und wollen sie durchsetzen ohne Rücksicht auf die allgemeine Arbeiterbewegung, wir haben nur noch Standes-, nur noch Berufsinteressen zu vertreten, keine allgemeinen Arbeiterinteressen. Ja, werte Genossen, wie lange wird es dauern, dann wird dieselbe Parole für den eignen Beruf, für den Zunftstandpunkt übertragen auf das politische Gebiet. Wir haben in der Politik die und die Augenblicksforderungen, wir unterstützen all die Kandidaten, die für diese Augenblicksforderungen eintreten, aber der allge-

meine Klassenstandpunkt, der die allgemeinen Arbeiterinteressen als das einzig maßgebende betrachtet, den haben wir nicht, mit dem erreichen wir nichts, das sind Dinge, die in absehbarer Zeit doch nicht durchzuführen sind, was sollen wir dafür unsre Kräfte vergeuden, treten wir lieber ein für den Zehnstundentag, für Tarifverträge, für die gesetzliche Festlegung der Berufsvereine in bestimmten Normen als für den Achtstundentag, da er für einzelne, z. B. landwirtschaftliche Arbeiter doch in absehbarer Zeit nicht zu erreichen ist. Das ist die große Gefahr, die sich aus den Konsequenzen dieses Standpunktes ergibt. (Sehr richtig!) Alle Gewerkschafter und Parteigenossen haben das größte Interesse daran, diesen Standpunkt nicht aufkommen zu lassen, das liegt nicht im Partei-Interesse, sondern im Interesse der Gewerkschaften selber. (Sehr richtig!) Nun glaube ich nicht, daß dieser Standpunkt heute schon der Standpunkt der Gewerkschaften ist. Einzelne Gewerkschaftsbeamte vielleicht in kleineren Organisationen, auch einzelne Führer mögen diese Auffassung vertreten; aber ich glaube, daß dieser Standpunkt des Ausgleichs der Arbeiter- mit den Unternehmer-Interessen, diese wohlbehagliche Forderung aller sogenannten Arbeiterfreunde, in der deutschen Arbeiterbewegung kein Echo finden wird. Das glaube ich heute schon prophezeien zu können. Und um so mehr, als ja unsre Regierung und unsre Polizei alles tut, durch ihre systematische Bekämpfung jeder Arbeiterforderung an die Unternehmerklasse den Arbeitern selber den Klassenstandpunkt einzupauken. Gewiß machen sich derartige Strömungen mehr und mehr bemerkbar, aber sie treten nicht hervor, wahrscheinlich weil sie sich sagen: je weniger wir von uns reden machen, je weniger wir mit diesem Standpunkt in den Vordergrund treten, desto leichter werden wir die Gewerkschaften allmählich an diese Einschläferungstaktik gewöhnen (Sehr richtig!) und wir werden dann auf unsern eignen Kongressen eines Tages Stellung gegen die Partei nehmen und das beste Operationsfeld wird für uns die Maifeier sein. Aus diesem Grunde muß die Sozialdemokratie auf ihrem Kongresse mehr als je heute ihren prinzipiellen Standpunkt bekunden. Man darf nicht internationale Kongreßbeschlüsse in der Weise auslegen wie es Klühs tat, daß man sagt: in Deutschland ist ohne Schädigung der Arbeiterinteressen der Pariser Beschluß nicht durchführbar, also brauchen wir ihn nicht durchzuführen. Das heißt dem Pariser Beschluß Gewalt antun, das ist nicht vereinbar mit der Würde, der Ehrlichkeit, dem Treu und Glauben, mit denen wir unsren Brüdern wie unsren Feinden gegenüber handeln müssen. Der Pariser Beschluß besagt: Die Maifeier ist als Demonstration für den Achtstundentag beschlossen und es ist Eure Pflicht, die Arbeitsruhe durchzuführen, wo es Euch möglich ist. Niemand wird doch behaupten wollen, daß nirgendwo in Deutschland die Möglichkeit vorhanden sein soll, für diesen Beschluß einzutreten. Das wird niemand sagen können, der noch Kongreßbeschlüsse loyal ausführen will. Wir wollen das und deshalb bitte ich Sie: Stimmen Sie für die Resolution, die bereits in München als Meinungsäußerung der Partei festgelegt ist! (Lebhafter Beifall.)

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Weinheber-Hamburg: Der Genossin Zietz möchte ich bemerken, der Streik der Nieter wurde nur als Vorwand genommen zur Aussperrung der Metallarbeiter, um die Lieferungsverträge hintanzuhalten mit Rücksicht auf die teuren Eisenpreise.

Habicht-Limburg: Es ist mir nicht eingefallen, Forderungen am 1. Mai vertreten zu wollen, die erst im Dezember erfüllbar sind.

Riem-Dresden: Die Konsequenzen, die Fischer aus meinen Ausführungen zog, waren nicht daraus zu ziehen. Wenn ich sagte, die Gewerkschaften erstrebten Tarifgemeinschaften, um sich Kämpfe zu ersparen, so ist damit noch nicht gesagt, daß ich den Standpunkt der Trades-Unions

propagiere. Das Streben nach Tarifverträgen ist bei vielen Gewerkschaften vorhanden. (Rufe: Persönlich!) Würden diese unbedingt den 1. Mai feiern, so wäre das unter Umständen für Arbeiter, die Tarifverträge haben, ein Kontraktbruch.

Die Resolution Fischer (151) wird mit großer Mehrheit angenommen, die übrigen Anträge zur Maifeier sind damit erledigt.

Vorsitzender **Dietz** teilt mit, daß der, von 34 Delegierten unterschriebene Antrag 140 (in Sachen „Leipziger Volkszeitung") eingelaufen ist.

Zu einer Erklärung erhält hierauf das Wort

Hug-Bant: Sie werden mit mir der Ansicht sein, daß in der Notiz der „Leipziger Volkszeitung"*) das gemacht worden ist, was Bebel vorgestern aufs entschiedenste verurteilt hat. (Lebhafte Zustimmung.) Bebel sagte, in der Hitze des Gefechts könne man einmal über die Schnur hauen, am Schreibtisch aber könne man sich zusammennehmen. (Sehr richtig.) In der „Leipziger Volkszeitung" wird Südekum in der schlimmsten Weise verhöhnt, weil er in gewissem Grade Schippel in Schutz genommen hat. Das ist aufs entschiedenste zu verurteilen. (Lebhafter Beifall.) Durch diese Notiz wird also zugleich die Redefreiheit des Parteitages verhöhnt. Das darf sich die Partei nicht gefallen lassen. Wenn ein Genosse auf dem Parteitage nach bestem Wissen und Gewissen seine Ausführungen macht, und man verhöhnt ihn deswegen, so ist das eine Verhöhnung der Meinungs- und Redefreiheit, die man mit Entrüstung zurückweisen muß, und ich glaube, der Parteitag schließt sich mir darin an. (Beifall.) Ich weiß nicht, ob es geschäftsordnungsmäßig möglich sein wird, den eben verlesenen Antrag anzunehmen. Ich bin aber überzeugt, die Genossen werden darin mit mir einverstanden sein, daß wir erwarten, daß die Leipziger Genossen Dr. Südekum Genugtuung verschaffen werden. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender **Dietz**: Wir können über den Antrag jetzt sofort nur dann verhandeln, wenn der Parteitag es ausdrücklich beschließt.

Pfannkuch: Das geht nicht, daß wir jetzt in die Tagesordnung diesen Antrag einziehen. (Zuruf: Preßkommission!) Selbstverständlich hat der Parteitag

*) Diese Notiz in Nr. 222 lautet: „Bürger Albert Südekum, Volksvertreter und Ritter hoher Prinzessinnen, scheint sich auf Grund seiner neuesten Heldentaten bereits als angehender Oberhofmarschall des Zukunftsstaates zu fühlen. Auf dem Parteitag geberdete er sich als kundiger Zeremonienmeister der Parteisitten und des „guten Tones" und machte eine kleine Anleihe an die bon mots von Dresden. Er meckerte etwas über — äh, äh — „psychologische Rätsel", deren wir — äh, äh — „noch mehrere in der Partei haben." Pikant, was? Fabelhaft patent! Beinahe Serenissimus! „Psychologische Rätsel" sind ja nur in plebejischen Regionen zu finden, wo die Wonnen des Lackstiefels und Kravattensports aufhören und man sich nicht immer strebend bemüht, sich von einer Märchenfee erlösen zu lassen, um nachher selbst als moderner Dornröschenprinz politisch zu debütieren; wo man auch mit kargem Pfunde nicht zu wuchern versteht und wo den Weltmann alles rätselhaft, unheimlich, unpsychologisch berührt. Erst in den höheren und höchsten Sphären der Menschheit fängt das psychologische Verständnis des Bürgers Südekum zu funktionieren an. Da droben auf den verklärten Höhen der Gesellschaft ist alles durchsichtig helle, „und um sein ganzes Wesen wirds unaussprechlich klar". Kein Wunder, daß ihm auch Schippel immer unheimlicher wird. Der Mann ist offenbar „gebildet", ein moderner Mensch und kein „Prolet". Aber äußerlich sieht man ihm das gar nicht an. Er sieht aus, wie ein Ausschnitt aus einem Modejournal von vor 40 Jahren, kleidet sich wie ein Landpfarrer in schwarzem Gehrock und Papierkragen. Ein psychologisches Rätsel! Es wird Zeit, daß die internationale Revolution der Stehkragen, Gigerlwesten und Schnabelschuhe blutigrot am Horizont aufsteigt und Bürger Südekum Generalgarderobier des Zukunftsstaates wird. Sonst gibt ihm die Partei noch weitere „psychologische Rätsel" auf."

das Recht, sich zu der Sache zu äußern. Wäre er nicht gerade zusammen, so hätte der Parteivorstand sich damit befaßt. Ich schlage vor, den Antrag bei Punkt 9 der Tagesordnung (Sonstiges) zur Verhandlung zu stellen.

Buhl-Leipzig: Ich glaube, die Sache wird am besten durch eine Erklärung der Leipziger Genossen erledigt. Die Leipziger Delegierten sind nicht in der Lage, zu beurteilen, aus welchen Gründen die Notiz der „Leipziger Volkszeitung" in der bemängelten Form zu stande gekommen ist. Sie können daher zunächst die Redaktion der „Leipziger Volkszeitung" nicht verurteilen (lebhafter Widerspruch) und auch nicht verteidigen. Ueberlassen Sie deshalb die Sache den Leipziger Genossen zur definitiven Regelung. (Rufe: Nein, nein!)

Richard Fischer-Berlin: Ich glaube, daß das kein Vorschlag ist, der am Parteitag diskutiert wird; erhebt sich kein Widerspruch, so gilt er als angenommen, und die Sache ist erledigt. (Lebhafte Zustimmung.)

Vorsitzender Dietz: Sind Sie damit einverstanden, daß wir dem Antrage sofort zustimmen? (Stadthagen und andre Delegierte widersprechen.) Dann verschieben wir die Verhandlung bis zu dem Punkte „Sonstige Anträge". (Zustimmung.)

Zu einer Berichtigung erhält hierauf das Wort

Ledebour: Im Leitartikel des gestrigen „Vorwärts" heißt es am Schluß, ich hätte ausdrücklich betont, daß Schippel durch das Amendement Freythaler nicht zur Niederlegung des Mandats aufgefordert werden solle. Ich habe das gerade Gegenteil erklärt, und es ist das auch sonst allseitig so verstanden worden. Ich habe mit den Berichterstattern gesprochen, ich habe das ersehen aus den sonstigen Artikeln in unsrer Parteipresse, die mir zu Gesicht gekommen sind. Ich lege Wert darauf, diese irrtümliche Auffassung des „Vorwärts" jetzt zu berichtigen, weil der eigentliche Bericht, der vermutlich meine Rede korrekt wiedergibt, in der nämlichen Nummer des „Vorwärts" nicht enthalten, sondern bis auf den folgenden Tag verschoben ist. Der Leitartikel muß zunächst alle Leser des „Vorwärts" irreführen über die Bedeutung meines Schlußwortes. Um Mißverständnissen vorzubeugen, wiederhole ich, daß ich in meinem Schlußworte das Amendement Freythaler angesichts der ganzen Diskussion und angesichts der Situation als eine in höfliche Worte gekleidete Aufforderung an Schippel aufgefaßt habe, sein Mandat niederzulegen.

Redakteur des „Vorwärts" Eisner: Als Verfasser des „Vorwärts"artikels habe ich das Bedürfnis, einige Worte zu sagen. Ich schicke voraus, daß ich Ledebour bereits davon in Kenntnis gesetzt habe, daß ich sofort, nachdem er mir mitgeteilt hatte, daß ich sein Referat unrichtig aufgefaßt hätte, dem „Vorwärts" eine Berichtigung eingesandt habe, die morgen veröffentlicht werden wird. Wenn Ledebour es gleichwohl für nötig gehalten hat, diesen meinen Irrtum auch noch öffentlich festzustellen, so bin ich genötigt, nun meinerseits zur Motivierung meines Irrtums einige Worte zu sagen. Als mir Ledebour heute vormittag mitteilte, ich hätte ihn mißverstanden, er hätte das Gegenteil von dem gesagt, was ich geschrieben habe, da war ich ganz erstaunt; denn in meiner Erinnerung haftete ganz die Auffassung, die ich in dem Artikel vertreten habe. Nun habe ich mich sofort unterrichtet, daß ich mich tatsächlich geirrt habe. Aber dieser Irrtum war aus sachlichen Gründen sehr begreiflich. Als ich in später Abendstunde schnell mein Telegramm niederschrieb und aus der Erinnerung die Debatten zusammenfaßte, kam mir unwillkürlich eine Fassung der Ansicht des Referenten in die Feder, die seinem Referat entsprochen hätte. Das Amendement Freythaler stand ja im Gegensatz zu dem Antrag Katzenstein, der die sofortige Mandatsniederlegung von Schippel verlangte. Im Gegensatz hierzu sprach das Amendement Freythaler aus,

daß das nicht die Absicht der Genossen sei (Sehr richtig!), sondern daß vielmehr dann, wenn Schippel, ich meine nicht sein sachliches, aber sein zweideutiges Verhalten fortsetzt, die Situation für die Niederlegung seines Mandats gegeben sei. (Zuruf Stadthagens: Das ist auch die Auffassung der Berliner Delegierten! — Sehr richtig! bei den Berlinern.) Nach dem Wortlaut und dem Ursprung des Amendements Freythaler ist eine andre Auslegung ganz ausgeschlossen. Nun habe ich das Verbrechen begangen, dem Referenten unterzuschieben, daß er das Amendement loyal ausgelegt hat. Ich habe mich darin geirrt, aber ich glaube Verzeihung für meinen Irrtum beanspruchen zu dürfen.

Ledebour: Ich habe ausdrücklich begründet, weshalb ich meine Erklärung hier abgab. Es genügt mir nicht, daß Eisner eine Berichtigung an den „Vorwärts" geschickt hat, denn mittlerweile geht die Behauptung unwidersprochen in die Welt hinaus. Deshalb habe ich die Gelegenheit benutzt, wozu ich ebenso wie andre Mitglieder des Parteitages ein volles Recht habe, eine Richtigstellung zu veranlassen. Eisner, der zugibt, sich geirrt zu haben, hält es trotzdem für notwendig, wieder in eine Diskussion über den Fall Schippel einzutreten, wozu er nach meiner Ueberzeugung absolut nicht einmal geschäftsordnungsmäßig das Recht hat. (Lebhafter Widerspruch.) Nein, das hat er nicht. Ich habe lediglich berichtigt, was ich gesagt habe. Ich habe Eisner mit keinem Worte angegriffen. Eisner aber eröffnet eine Diskussion darüber, wie man nach seiner Ansicht das Amendement hätte auffassen sollen. Ja, er ist sogar noch weiter gegangen, er hat sich erlaubt, die Bemerkung in seine Rede einzuflechten, seine Auffassung sei die loyale, und diese loyale Auffassung hätte ich mir nicht zu eigen gemacht, und er erhebt also gegen mich den Vorwurf der Illoyalität. (Zuruf: Mit Recht! Die Antragsteller hatten diese Motive nicht. Schlußrufe.) Ich bitte mich nicht zu unterbrechen. Wenn Sie glauben das Recht zu haben, darüber etwas zu sagen, so können Sie sich ja nur melden, ich muß mir sehr entschieden eine derartige Perfidie verbitten. (Unruhe, Glocke des Präsidenten.) Ich muß es mir verbitten, daß man mir Illoyalität vorwirft, wenn ich meine Auffassung hier wiedergebe, und ich habe sie wiedergegeben, ohne daß Widerspruch dagegen erhoben ist. Wenn jemand geglaubt hätte, er müsse Widerspruch erheben, so hätte er das tun können. (Rufe: Wann denn? Sie hatten ja das Schlußwort.) Wie kann sich da der Verfasser eines Zeitungsartikels über die Sache erlauben, mir eine illoyale Auffassung vorzuwerfen? Das ist geradezu unerhört. Ich muß es mir verbitten, daß in solcher Weise Gehässigkeit in die Debatte gebracht wird. (Zwischenruf **Langer-Chemnitz:** Sie haben ja Gehässigkeit hineingebracht!)

Damit ist diese Angelegenheit erledigt.

Vorsitzender Dietz: Es ist fraglich, ob bis morgen abend die Erledigung aller Anträge möglich sein wird. Wir möchten nichts unter den Tisch fallen lassen, und ich schlage deshalb vor, daß Sie das Bureau ermächtigen, event. heute je nach Lage der Dinge noch eine dritte Sitzung anzuberaumen, etwa so, daß wir bis 7 Uhr tagen, dann eine Stunde Pause machen und von 8 Uhr ab noch etwa drei Stunden tagen. Dann sind wir sicher, daß morgen abend geschlossen werden kann und daß wir nicht noch Sonntag zu sitzen brauchen. Ist es nicht notwendig, werden wir natürlich keine Abendsitzung abhalten.

Das Bureau erhält die Ermächtigung, eventuell eine Abendsitzung anzuberaumen.

Nachmittags-Sitzung.

Vorsitzender Dietz eröffnet kurz nach 3 Uhr die Verhandlung mit der Mitteilung einiger Begrüßungs-Telegramme.

Es wird in die Tagesordnung eingetreten.

Zur Verhandlung steht Punkt 6 (Kommunalpolitik) mit Resolution 60 und den Anträgen 61 und 62), die genügende Unterstützung finden. — Die Antragsteller des Antrages 61 haben in ihrem Antrage den Passus „Besteuerung unverdienten Wertzuwachses" gestrichen. Ein fernerer Antrag verlangt, daß in dem Lindemannschen Kommunalprogramm hinter 4b eingeschaltet wird als 4c: „volle Koalitionsfreiheit für städtische Arbeiter und Beamten."

Lindemann: Die von Singer in München befürwortete Kommission zur Ausarbeitung eines Kommunalprogramms ist nicht gebildet worden. Auch aus der Erörterung der Kommunalpolitik in der Presse ist nicht viel geworden. Der Parteivorstand forderte mich auf, eine Resolution zur Kommunalpolitik zu entwerfen. Ich tat es, sie wurde im Vorstande beraten und auch der Kontrollkommission vorgelegt. Ich ging dabei von dem Gedanken aus, daß von allen Spezialfragen abgesehen werden müsse und daß nur allgemeine Grundsätze für die Behandlung der Kommunalpolitik aufzustellen seien. Allerdings enthält die Resolution unter 4 doch eine Anzahl spezieller Forderungen, die aber alle die kommunale Arbeiterpolitik betreffen. Gerade auf diesem Gebiete mußte aber eine Arbeiterpartei, wie die unsrige, spezielle Forderungen stellen. Die Parteipresse hat die Resolution wenig eingehend behandelt, nur Segitz hat sie in der „Fränkischen Tagespost" ausführlich besprochen. Die Resolution gibt zunächst in einer kurzen Einleitung wieder, daß wir auch in der Gemeinde uns von unsrem allgemeinen Programm leiten lassen. Der Umfang der kommunalen Arbeitstätigkeit wird kurz angegeben. Der erste Abschnitt der Resolution beschäftigt sich dann mit der allgemeinen Verfassung der Gemeinden. An die Spitze der Grundlinien der Gemeindeverfassung ist der Satz gestellt, daß der Wahlkörper nach dem Grundsatz der Einwohnergemeinde zu bilden ist. Bisher haben wir bekanntlich neben ihr noch in einer Anzahl von Bundesstaaten sogenannte Bürgergemeinden, in denen nur ein Teil der Einwohner, die Bürger, wahlberechtigt ist. Im Laufe der Entwicklung hat sich dann noch das Bürgernutzrecht von dem Bürgerrecht ausgeschieden. In dem Maße nun, wie infolge der industriellen Entwicklung der Gemeindecharakter sich änderte, bildete sich ein Konflikt zwischen Bürgern und Einwohnern heraus, der nur dadurch beseitigt werden konnte, daß das Bürgergeld herabgesetzt wurde oder daß an Stelle der Bürgergemeinde überhaupt die Einwohnergemeinde trat. Beschleunigt wurde diese Entwicklung dadurch, daß der Staat den Gemeinden immer mehr Aufgaben übertrug. Wir stellen nun die ganz allgemeine Forderung auf, daß die Bürgergemeinde durch die Einwohnergemeinde ersetzt werde, daß jeder Einwohner das aktive und passive Wahlrecht erhalte, daß alle Privilegien beseitigt werden und daß die Bürgernutzung aufgehoben werde: kurz, daß die Tatsache einer gewissen Aufenthaltsdauer und der Besitz des bürgerlichen Rechtes genüge, um eine Teilnahme an der Verwaltung zu ermöglichen. Auch in den kommunalen Verwaltungskörpern haben wir einen ähnlichen Gegensatz, wie in der Bürgergemeinde. Wir verlangen, daß damit aufgeräumt und überall das Einkammersystem eingeführt wird. Das Zweikammersystem, Magistrat und Stadtverordnete, oder wie der Name sein möge, ist für die Entwicklung der kommunalen Tätigkeit ein großes Hindernis. Eine genaue Kompetenz zwischen beiden Organen wird ganz zweifellos nie festgestellt werden können. Es werden stets Reibungen entstehen. Das müssen wir bekämpfen und müssen verlangen, daß der Wille der Bürgerschaft maßgebend bleibt und nicht der Wille der Beamten im Magistrat eine Stütze findet. Die Tätigkeit der Gemeinden hat in

den letzten Jahrzehnten eine außerordentliche Steigerung erfahren. Es sind Aufgaben der Volkshygiene, der Sozialpolitik und wirtschaftliche Fragen hinzugekommen. Alle diese Aufgaben können nicht nach der alten bureaukratischen Schablone erledigt werden, die früher als ausreichend betrachtet wurde. Gerade hier zeigt es sich, wie unheilvoll der Dualismus des Zweikammersystems wirkt. In der Tat haben die Gegner der kommunalen Regie sich immer darauf gestützt, daß sie die Unfähigkeit der kommunalen Verwaltungsorganisation ins Feld führten. Sie haben darin recht, daß der Geschäftsgang der Kommunen infolge des Bestehens der beiden Körperschaften schleppend und hemmend ist. Eine Vereinfachung dieser Maschinerie ist notwendig. Aus diesen Gründen fordern wir das Einkammersystem. Es wird oft als Vorzug gepriesen, daß jetzt zwei Körperschaften vorhanden sind, die eine zur Verwaltung, die andre zur Kontrolle. Aber wir haben eine große Zahl von Ländern, wo das Einkammersystem besteht und sich gut bewährt hat. Ich weise nur auf England hin. Dort besteht eine kommunale Verfassung, die sich allen Bedürfnissen außerordentlich elastisch anschließt. Wir haben dort das Ausschußsystem. Die laufenden Arbeiten werden von Ausschüssen erledigt, das Plenum hat die Kontrolle und stellt die leitenden Grundsätze auf. Der Vorteil besteht darin, daß alle Aufgaben schnell erledigt werden können, daß Konflikte, wie sie bei uns aus dem Dualismus sich fortgesetzt ergeben, unmöglich sind, weil die Ausschüsse nur im Auftrage des Plenums handeln und weil das Plenum jederzeit die Macht hat, eine Angelegenheit den Ausschüssen zu entziehen und seiner Beschlußfassung zu unterwerfen. Konflikte sind also ganz ausgeschlossen. Dem Einfluß des Volkswillens ist dieses Einkammersystem natürlich vielmehr unterworfen als der Magistrat, der aus indirekten Wahlen hervorgegangen ist. Ueber die Notwendigkeit der allgemeinen, gleichen und geheimen Wahl brauche ich wohl kein Wort zu verlieren. Es würde sich vielleicht empfehlen, in die Resolution einzufügen, daß wir auch hier die Verhältniswahl fordern.

Der zweite Punkt beschäftigt sich mit der Frage ob Zentralisation oder Dezentralisation, dem Verhältnis von Staat und Gemeinde.

In dem Wesen der kommunalen und staatlichen Tätigkeit ist unsrer Ansicht noch keine Verschiedenheit vorhanden, verschieden sind nur ihre Aufgaben. Daß den staatlichen Behörden das Recht der Kenntnisnahme von kommunalen Beschlüssen zusteht, darüber sind wir alle einig. Die Behörden müssen alle Akte der kommunalen Organe auf ihre Gesetzmäßigkeit hin prüfen und eventuell vor Gericht beanstanden können. Wir wollen dasselbe Recht nicht nur den staatlichen Behörden, sondern allen Bürgern geben. In meiner Resolution sind diese Gesichtspunkte dadurch zum Ausdruck gebracht, daß es heißt: „Die Verwaltung der Gemeinde soll nur dem Gesetze und den Gerichten unterworfen werden." Wir kommen zum dritten Recht, das unsre staatlichen Aufsichtsorgane heute haben, dem der Mitwirkung. Heute bedürfen unsre Gemeinden für verschiedene Aufgaben der Genehmigung der staatlichen Aufsichtsbehörden, ohne daß dieses Recht des Staates an gesetzliche Schranken gebunden ist. Dieses Recht, das die gesamte Selbstverwaltung aufhebt, wollen wir den Regierungsbehörden nehmen. Wir wollen nicht, daß der Staat in Zweckmäßigkeitsfragen der Gemeinde eingreift. Hier müssen die Gemeinden völlige Autonomie haben. Das wichtigste Gebiet, das auf diese Weise dem Staat entzogen würde, wäre das der Polizeiverwaltung, ein Gebiet, auf dem die Gemeindebehörde als unterstes Organ des Staates erscheint. Das Gleiche gilt für das Schulwesen. Die Schuldeputation erscheint jetzt nicht mehr als Kommunalbehörde, nicht mehr als selbstständiger kommunaler Ausschuß, sondern als ein staatliches Organ, das den staatlichen Behörden unterworfen ist.

Der zweite Absatz der Resolution behandelt das wichtige Gebiet der Gemeindefinanzen. An die Spitze habe ich den Satz gestellt, daß das Gemeindesteuerwesen in seinen Grundzügen durch Staatsgesetz zu regeln ist. Das Recht, das Steuerwesen auszugestalten, sollen die Gemeinden behalten, aber die Grundzüge soll der Staat regeln, damit die in den Gemeinden herrschenden Klassen das Steuerwesen nicht ausschließlich nach ihren Interessen regeln können. Die Erfahrungen, die wir in Sachsen gemacht haben, beweisen, wie notwendig es ist, auf diesem Gebiete die Autonomie der Gemeinden zu beschränken. Die Einkommensteuer der Gemeinden ist in Sachsen erheblich schlechter und unsozialer ausgebildet als die des Staates. Die Landtage werden nach unsrer Ansicht immer noch bessere Steuergesetze machen als die Stadtverordneten-Versammlungen, in denen die Klassenherrschaft noch ausgeprägter ist als in den Landtagen. Es spricht dafür ferner die Notwendigkeit der Einheitlichkeit. Widersprechende Steuersysteme können wir nicht in ein- und demselben Staate haben. Wir können nicht dulden, daß es in der Hand der Kommune liegt, die Ziele des staatlichen Steuersystems zu vereiteln und Einkommen bis zu 150 M. zu besteuern, während der Staat Einkommen bis 900 M. frei läßt.

Die Einnahmen der Gemeinden zerfallen in privatwirtschaftliche Einnahmen aus Lieferung von Gas, Wasser und Elektrizität und dem Betrieb von Verkehrsmitteln, in gemeinwirtschaftliche Einnahmen aus Steuern und Gebühren und in Zuschüssen des Staates an die Kommune. Ueber die privatwirtschaftlichen Einnahmen will ich später sprechen und zunächst mit dem eigentlichen Kommunalsteuerwesen beginnen. Hier handelt es sich um Zwangsbeiträge von Zahlungsverpflichteten auf Grund gesetzlicher oder statutarischer Verpflichtungen, deren Ertrag zur Erfüllung der gemeinwirtschaftlichen Aufgaben bestimmt ist.

Die Resolution verlangt nun, daß die Gemeinden ihre Steuern durch Zuschläge zur staatlichen Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuer aufbringen, und daß, wo diese staatlichen Steuern nicht bestehen, die Kommunen das Recht haben sollen, besondere kommunale Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuern auszubilden. Das ist eine Forderung, die der direkten Forderung im zweiten Teil unsres Parteiprogamms entspricht.

Nun verlangt aber die Resolution außerdem noch eine Besteuerung **des unverdienten Wertzuwachses** des Grund und Bodens. Ich bin zu dieser Forderung gekommen, weil die Verbindung mit dem Grund und Boden der Gemeindegemarkung für die Gemeinden besonders charakteristisch ist. Der größte Teil der Verwaltungstätigkeit der Gemeinden steht im engsten Zusammenhang mit dem Grund und Boden der Gemeinden. Fast alle Verwaltungsakte wirken auf den Grund und Boden zurück und drücken sich in der Wertzunahme oder Wertabnahme des Grund und Bodens aus. In fast allen wachsenden Gemeinden nimmt die Wertsteigerung des Grund und Bodens zu. Heute haben wir eine Besteuerung des unverdienten Wertzuwachses nur in der rohen Form der Umsatzsteuer. Der Wertzuwachs des Grund und Bodens wird am einfachsten und richtigsten dann gefaßt, wenn er aus dem Zustande der Verborgenheit hervortritt und öffentlich wird, so daß er greifbar wird. Das ist beim Besitzwechsel der Fall. Die kommunale Umsatzsteuer, die wir heute haben, muß deshalb als sehr roh und unausgebildet bezeichnet werden, weil sie außer der Unterscheidung von bebautem und unbebautem Boden keine andre Unterscheidung weder nach dem Grade des Wertzuwachses, noch nach der Schnelligkeit, mit der er eingetreten ist, vornimmt. Die Folge ist, daß die kommunale Umsatzsteuer, weil sie gleichmäßig alle Arten des Grund und Bodens trifft, leichter abgewälzt werden kann, als wenn wir sie progressiv abstufen, vielleicht nach der Größe des Wertzuwachses und der Dauer der Zeit, innerhalb deren der Wertzuwachs zu stande gekommen ist. Die Umsatzsteuer darf nicht in Prozenten des Verkaufswertes, wie es heute meist der Fall ist, erhoben werden, sondern

in Prozenten des Wertzuwachses. Dann wird es nicht so leicht möglich sein, sie abzuwälzen. Es werden dann gewissermaßen die einzelnen Grundstücke isoliert, und jedes einzelne Grundstück wird für sich in seiner bestimmten Art und Weise besteuert. Dadurch wird die Abwälzung erschwert, da eben die für den Grund und Boden bestimmten Wertklassen auf dem Markt sich herausgebildet haben. Während ich die Besteuerung des unverdienten Wertzuwachses des Grund und Bodens in dieser Form verlange, habe ich die andern bürgerlichen Steuerversuche wie die Besteuerung nach dem gemeinen Wert usw. überhaupt nicht berührt, weil sie nicht das gleiche Ziel erreichen, wie die Besteuerung des unverdienten Wertzuwachses. Wenn wir z. B. die Besteuerung nach dem gemeinen Wert, wie sie noch vor kurzem durch ein Rundschreiben des preußischen Ministers den Gemeinden dringend ans Herz gelegt ist, genauer prüfen, so finden wir, daß sie in der Tat nichts andres bedeutet, als eine Begünstigung der Besitzer von Arbeiterwohnhäusern. Bei der Steuer nach dem gemeinen Werte kommt das Sinken der Grundsteuer in erster Linie den Grundbesitzern zu gute, ohne daß deshalb eine Herabsetzung der Mieten einträte. Auch das Ziel einer schnelleren Bebauung des Bodens wird durch die Steuer nach dem gemeinen Werte nicht erreicht, denn die Großspekulation ist stark genug, auch diese Steuer zu ertragen.

Abschnitt 3 regelt die **Grundsätze der Gemeindegebühren**. Die Resolution verlangt Gebührenfreiheit für die Institute des Gesundheitswesens und für die Volksschule. Im übrigen soll die Leistungsfähigkeit derer, die die Institute benutzen, maßgebend sein. Die Unentgeltlichkeit wird vielfach als unberechtigter Kommunismus der besitzenden Klassen bezeichnet. So hat Genosse Segitz z. B. die Frage aufgeworfen, ob es sich nicht empfehlen würde, für die Benutzung von Krankenhäusern von den Bemittelten Gebühren zu erheben. Man schlägt daher vor, die Unentgeltlichkeit auf die Unbemittelten zu beschränken. Weiter wird gesagt, daß die Unentgeltlichkeit den Charakter einer öffentlichen Unterstützung trage, auf die Löhne drücke und den Geist der Selbständigkeit in den Unterstützten schädige. Dies Bedenken würde aber gerade dann in besonderem Maße vorliegen, wenn wir die Unentgeltlichkeit auf die Unbemittelten beschränken wollten. Die Forderung der Unentgeltlichkeit ist begründet in der mangelnden Leistungsfähigkeit des größten Teils der Gemeindeeinwohner. Das Einkommen der Bürger muß durch die Unentgeltlichkeit bei der Benutzung der Gemeinde-Institute ergänzt werden. Streitig kann man darüber sein, welchen Umfang die Unentgeltlichkeit annehmen soll. Vielfach wird der Umfang einfach von der Leistungsfähigkeit der Gemeinde abhängen. Reiche Gemeinden werden viel weiter gehen können als arme. Wie hohe Zuschüsse manche Gemeinden schon jetzt auch an die wohlhabenden Klassen zahlen, mag folgendes Beispiel zeigen: Frankfurt a. M. zahlt allein für seine neunklassigen höheren Schulen jährlich einen Zuschuß von 780 000 M. Das sind Zuschüsse pro Kopf bis zu 214,96 M. Wem kommen diese Zuschüsse zu gute? Die Eltern von 234 Schülern sind in der Steuerstufe unter 1500 M., die Eltern von 72 Schülern in der Stufe von 1500 bis 1800 M., 163 Eltern in der Stufe bis 2400 M., 160 bis 3000 M., 169 bis 3600 M. Das sind im ganzen 798 Schüler, deren Eltern in den unteren Steuerstufen besteuert werden. Demgegenüber gehören die Eltern von 1119 Schülern zu den Steuerstufen bis 15 000 M. Die Eltern von 589 Schülern haben ein noch höheres Einkommen. Diese Zahlen zeigen einmal, in welchem Umfang auch die Bürger mit kleinerem Einkommen aus diesen Zuschüssen Nutzen ziehen, wie vorsichtig man also bei der allgemeinen Erhöhung des Schulgeldes sein muß. Weiter aber zeigen sie, wie große Zuschüsse selbst reiche Leute von den Kommunen annehmen, die sich auf der andern Seite sträuben, den Volksschulen die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel zu gewähren. Es ergibt sich aus den Zahlen ferner, daß die unbegrenzte Ausdehnung der Unentgeltlichkeit ein zwei-

schneidiges Schwert ist. Es tauchen da eine große Anzahl von Fragen auf, die zu berücksichtigen sind. Es muß die kritische Prüfung des Aufgabengebietes vorausgehen, auf dem die Unentgeltlichkeit eingeführt werden soll. Die Deckung des Bedarfs ist zu untersuchen. Die Bedeutung des Gebietes für die verschiedenen Volksklassen, ihre Teilnahme an der Benutzung der Einrichtungen, ist im einzelnen festzustellen. Ferner sind die Fragen wichtig, ob ein Zwang zur Benutzung statutarisch eingeführt werden soll, ob es leicht möglich ist, sich der Benutzung zu entziehen, ob deren Kontrolle möglich ist, ob ein Interesse der Gemeinschaft vorliegt, daß die Benutzung erfolgt usw. Es wäre falsch, überall schematisch Unentgeltlichkeit zu fordern, denn den Vorteil davon hätten die Klassen, die sehr wohl zahlen könnten.

Nun habe ich in der Resolution zwei Gebiete herausgegriffen, in denen das Gebiet der Unentgeltlichkeit durchgeführt werden muß, das des Volksschulwesens, und zweitens das des Gesundheitswesens. Ueber die erste Frage herrscht zwischen uns völlige Uebereinstimmung, nicht so über die zweite. So hebt z. B. Segitz in seinem Artikel hervor, daß es doch nicht gut angängig sei, die Krankenhausbehandlung der Besitzenden auf die Gemeinden zu übernehmen. Auf den ersten Blick mag das etwas Bestechendes haben, aber man muß doch damit rechnen, daß, selbst bei unentgeltlicher Krankenhausbehandlung der Besuch dieser Anstalten seitens Angehöriger der besitzenden Klassen sehr gering sein wird, falls keine Verpflegungsklassen eingerichtet werden. Die Gemeinden würden also nicht so sehr davon belastet werden. Wir dürfen auch nicht vergessen, daß neben dem Interesse der Kranken das der Gesamtheit in Frage kommt, die vor Infektion geschützt werden muß. Für eine Familie, in der Diphtheritis geherrscht hat und die nun immun ist, ist die Desinfektion lange nicht so wichtig, wie für die Allgemeinheit.

Für die übrigen Gebiete wird in der Resolution verlangt, daß die Höhe der Gebühren nach dem sozialdemokratischen Grundsatze der Leistungsfähigkeit bemessen wird. Die Tarife für Gas und Wasser werden von den städtischen Körperschaften jetzt fast ausschließlich nach rein kaufmännischen Grundsätzen aufgestellt, und dasselbe gilt für die städtischen Straßenbahntarife. Anstatt diese Institute, wenn sie der Domäne des Privatkapitals endlich entzogen sind, nach gesunden sozialpolitischen Grundsätzen zu verwalten und nach den Zielen der Volksgesundheit und Volkswohlfahrt auszugestalten, lassen sich unsre Kommunen vorwiegend von kaufmännischen Gesichtspunkten, von den Grundsätzen der Privatwirtschaft bei der Verwaltung leiten. Die kleinen Konsumenten müssen die höchsten Preise zahlen, während den großen Abnehmern Nachlässe bewilligt werden. Das gilt für die Lieferung von Wasser und Elektrizität und für die Gebühren von Straßenbahnen. Gerade bei der Festsetzung des Abonnementspreises bei den letzteren könnten die Kommunen die Aufgaben einer dezentralisierenden Wohnungspolitik erfüllen. Bei der Festsetzung der Gebühren taucht weiter die Frage der Ueberschußwirtschaft auf. Darüber sagt die Resolution nichts, da die Meinungen darüber unter uns zu sehr geteilt sind. Ich persönlich bin der Meinung, daß jeder Ueberschuß in unsren Gemeinde-Instituten zu verwerfen ist. Gewiß, diese Ueberschüsse könnten zu mancherlei sozialen Zwecken verwendet werden. Trotzdem bin ich gegen die Ueberschußwirtschaft. Unsre Bürgermeister betrachten es als ihre Hauptaufgabe, diesen Ueberschuß so hoch wie möglich zu halten, um auf der andren Seite die Einkommensteuer niedriger halten zu können. Die direkten Steuern sollen so mäßig wie möglich bleiben, und dazu muß man natürlich versuchen, die Ueberschüsse, die in Wirklichkeit indirekte Steuern sind, möglichst zu erhöhen. Nun sagt man, diese indirekten Steuern seien berechtigt, da sie nur die wohlhabenden Klassen der Bevölkerung treffen. Das ist nicht richtig. Allgemein wird anerkannt, daß die Ausgestaltung des Straßenbahnwesens gerade im Interesse der Arbeiter

notwendig ist, und daß gerade die Arbeiter ein Interesse an niedrigen Straßenbahn-Tarifen haben. Nehmen Sie ferner den Gaskonsum und Aehnliches an. Auch hier muß unser Bestreben dahin gehen, alle diese Fortschritte der Kultur den mittleren und unteren Klassen nach Möglichkeit zugänglich zu machen. Die Ueberschußwirtschaft in unsern Kommunen ist dabei aber ein außerordentliches Hindernis.

Nun muß ich noch einmal auf den Punkt 2a unsrer Resolution kommen, in der es heißt: Die Deckung des Kommunalbedarfes soll erfolgen durch staatliche Zuschüsse für die Aufgaben des Volksgesundheitswesens, des Schulwesens, der Armenpflege, des Wegebaues. Dieser Absatz hat in weiten Kreisen der Partei Anstoß erregt. Es wird insbesondere gegen die Forderung staatlicher Zuschüsse für das Schulwesen Einspruch erhoben, weil dann angeblich die Kommunen nicht mehr Herr ihrer Schulen sind. Aber in der Resolution ist nichts darüber gesagt, wer Herr der Schule sein soll. So gut der Staat die Verfassung der Kommunen regelt, und so gut er Gesetze auf dem Gebiete der Gesundheitspflege erläßt und ihre Ausführung den Gemeinden überträgt, genau so gut kann er Gesetze auf dem Gebiete des Schulwesens erlassen. Aber ich fordere **Gesetze und keine Verordnungen** von Ministern. Daran müssen wir aber im Interesse unsrer Kommunalverwaltung, im Interesse der Schule, im Interesse der Eltern festhalten, daß wir sagen: Die Ausführung dieser staatlichen Gesetze soll den Kommunen überlassen bleiben. Sie sollen die Gesetze ausführen nicht als die subalternen Organe der Regierungsbehörden, sondern in eigner Zuständigkeit. Ebenso wie wir fordern, daß durch die Gesetze die Polizeiverwaltung den Kommunen übertragen wird, verlangen wir auch für die Gemeinden die Verwaltung des Schulwesens nach den staatlichen Gesetzen, ohne daß die staatliche Aufsichtsbehörde das Recht hätte, auf Schritt und Tritt einzugreifen und den Kommunen Vorschriften zu machen. Damit, daß wir den Gemeinden die Schule übertragen, halten wir die Möglichkeit offen, daß fortgeschrittene Gemeinden, die die Bedeutung des Schulwesens erkannt haben, auch in die Lage versetzt werden, über die Forderungen der staatlichen Gesetze hinaus das Schulwesen auszubilden. Dazu kommt ein andrer Grund. Bei unsern heutigen Zuständen, bei der Machtstellung unsrer staatlichen Bureaukratie wird der Staat niemals die gesamten Schullasten übernehmen, ohne sich die absolute Kontrolle über die Verwendung der Gelder auszubedingen. Es gibt also nur zwei Möglichkeiten: staatliche Zuschüsse auf der einen Seite, mit deren Hilfe es möglich ist, die kommunale Selbständigkeit aufrecht zu erhalten, andrerseits Verstaatlichung des Schulwesens. Das letztere aber würde bedeuten die Herrschaft unsrer staatlichen Bureaukratie über die Schule. Wie sie geübt werden würde, das können wir uns ja nach den Erfahrungen auf andren Gebieten denken. Das sind die Gründe, die mich veranlassen, die Staatszuschüsse für die Aufgaben des Schulwesens zu fordern, nicht aber die Verstaatlichung des Schulwesens, auch nicht eine Uebernahme der gesamten Schullasten auf den Staat. Es wäre möglich, durch eine vernünftige Anordnung den schwer belasteten Gemeinden größere Zuschüsse zuzuwenden und zugleich auch den Gemeinden einen Ansporn zu geben, daß sie weitere Aufwendungen für das Schulwesen machen können. Dasselbe, was für das Volksschulwesen gilt, gilt auch für die Armenpflege. Eine zentralisierte Armenpflege ist unmöglich. Das muß zu den schreiendsten Mißbräuchen führen, wie das Beispiel Englands zeigt. Wir kommen nicht um die kommunale Armenpflege herum, aber wir können fordern, daß der Staat Zuschüsse leisten soll, um den nichtleistungsfähigen Gemeinden eine bessere Armenpflege zu ermöglichen. Und es muß durch staatliche Inspektion dafür gesorgt werden, daß die Armenpflege der Kommunen sich auf eine höhere Stufe erhebt.

Der Absatz 4 enthält nichts Neues, sondern nur Forderungen, die von uns allseitig anerkannt sind.

Die Resolution gibt schließlich einen Weg an, durch den es leistungsunfähigen Gemeinden möglich gemacht werden soll, ihre Aufgaben zu erfüllen. Dies Mittel sind die Gemeindeverbände. Ein andres Mittel wäre die Schaffung höherer Selbstverwaltungskörper. Bisher haben wir außer den Gemeinden gar keine Selbstverwaltungskörper. Unsre Kreisausschüsse usw. sind Zwitterdinge. Sie werden geleitet von Staatsbeamten und es fehlt ihnen vor allem das allgemeine Wahlrecht. Hier müssen wir eine Verwaltungsreform verlangen, ohne die es unmöglich sein wird, allen Anforderungen, die an die Selbstverwaltungskörper zu stellen sind, zu genügen.

Ueber den Punkt 4 der Resolution werden größere Differenzen kaum vorhanden sein. Ich hoffe aber, daß die Debatte auch über die übrigen Punkte zu einer Klärung der Ansichten führen wird. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Dietz fordert die Delegierten auf, Vorschläge für die Wahl des Parteivorstandes und der Kontrollkommission bis 6 Uhr beim Bureau einzureichen, damit dann die Vorschlagsliste gedruckt und morgen früh bei Beginn der Sitzung die Stimmzettel abgegeben werden können.

Schmid-München: Ich kann mich für die Annahme der Resolution erklären und halte eine Ergänzung für unnötig. Sie ist sogar jetzt schon eigentlich zu spezialisiert, etwas weniger würde mehr bedeuten. Wir haben in Bayern in dieser Beziehung Erfahrungen gesammelt, und da haben wir auch einen Entwurf ausgearbeitet, und zwar einen, der sich ganz kurz faßte und nur Richtpunkte angab. Darauf mußten wir uns deshalb beschränken, weil wir in Bayern zwei Landgemeinde-Ordnungen haben. Wir überließen es den Lokalorganisationen, das allgemeine Programm im einzelnen auszugestalten und es durch ein Aktionsprogramm für die einzelnen Kommunen zu ergänzen. Lindemann hat seine Resolution vortrefflich abgefaßt und begründet. Die Genossen im Lande müssen sich nun bewußt sein, daß es lediglich ein theoretisches Programm ist, dessen Forderungen zum Teil von den Gemeinden zurzeit gar nicht erfüllt werden können. Zum Beispiel der Forderung einer Reform der Gemeindeordnung kann nur vom Staate entsprochen werden, die Gemeinden sind dazu gar nicht zuständig. Die Lokalorganisationen werden die Resolution nicht für ein Aktionsprogramm halten dürfen. Sie soll nur die Grundlage für ein Aktionsprogramm sein, das die Lokalorganisationen in knapper Formulierung je nach den Verhältnissen in ihren Orten werden schaffen müssen.

Lange-Leipzig: Prinzipiell und theoretisch wird sich gegen die Resolution nichts sagen lassen. Wir müssen uns nur bewußt sein, daß die Hauptsache die ist, daß sich die Lokalorganisationen mehr als bisher um die Kommunalpolitik kümmern. Das ist wichtiger als alle Programme.

Im einzelnen möchte ich einige Wünsche äußern. Auch wenn prinzipiell die Einwohnergemeinde durchgeführt wird, bleibt das Erfordernis der Staatsangehörigkeit für die Ausübung des Kommunalwahlrechts bestehen. In dieser Beziehung wäre eine Vereinfachung der Bestimmungen außerordentlich erwünscht. Welcher Bureaukratismus auf diesem Gebiete herrscht, ist ganz unglaublich. (Sehr richtig!) Ich könnte Ihnen Beispiele anführen, wo man Angaben darüber verlangt hat, wo der Großvater und der Urgroßvater gelebt hat. Das ist unmöglich, das kann der Arbeiter nicht angeben. Dieser Bureaukratismus, der unmöglich beabsichtigt sein kann, muß beseitigt werden. Die Behörden verwechseln immer Heimatschein mit Staatsangehörigkeits-Ausweis. So haben wir Fragebogen mit 37 Fragen. Davor schrecken unsre Arbeiter zurück. Die Städte sind kolossal gewachsen, 66 Proz. der Einwohner sind nicht Einheimische.

Nun zum Praktischen. Lindemann verlangt, daß das städtische Steuerwesen durch den Staat vorgeschrieben werde. In Sachsen ist das geschehen und die Genossen haben es einmütig bekämpft. Die Forderung mag für Süddeutschland wichtig sein, wo wir in den Parlamenten sitzen, aber nicht in Sachsen, wo die Reaktion herrscht. Da sind die Kommunalverwaltungen häufig besser als der Staat. Nun wird uns gesagt: Ihr seid rückständig. Der sächsische Staat will die Kommunen zwingen, indirekte Steuern einzuführen und die Kopfsteuer beizubehalten, die außer in Sibirien nur in 60 Proz. der sächsischen Gemeinden besteht. Angesichts dieser Zustände sollen wir auf unsre Steuerautonomie zugunsten des Staates verzichten. Darauf können wir nicht eingehen. Persönlich bin ich ein Freund der Wertzuwachssteuer, aber ich will sie nur als städtische Steuerquelle benutzen, ohne ihr soziale Wirkung zuzuschreiben.

In der Resolution Lindemann vermisse ich vor allem, daß nicht die einheitliche Volksschule gefordert wird. In allen unsren Kommunalprogrammen ist diese Forderung enthalten, und alle wirklichen Pädagogen stehen auf demselben Standpunkt. Wir müssen eine einheitliche Volksschule fordern, denn nur wenn alle Kinder dieselbe Schule besuchen, nehmen auch die Reichen ein Interesse an dieser Volksschule. (Lebhafte Zustimmung.)

Hoch-Hanau: Die Resolution Lindemann ist mir formell in vielen Punkten nicht klar genug. Aber auch tatsächlich ist sie in manchen Beziehungen anfechtbar. Ich hätte gewünscht, daß Lindemann mehr den praktischen Gesichtspunkt im Auge behalten und konsequent auch in die Resolution hineingebracht hätte, was für die praktische Tätigkeit unserer Vertreter maßgebend ist. Die Forderungen über die Landesgesetzgebung gehören nicht in ein kommunales Programm. Ich hätte daher gewünscht, daß der Satz: „das Gemeindesteuerwesen ist in seinen Grundzügen durch Staatsgesetz zu regeln" fortfällt. Ob wir für staatliche Regelung des Steuerwesens oder für kommunale sind, das wird ganz von dem Gesetz abhängen, um das es sich dreht. Für überaus bedenklich halte ich die Forderung, daß die Deckung des Kommunalbedarfs erfolgen soll durch Zuschläge zu der staatlichen Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftssteuer. Unsere Gemeinden leiden ja darunter, daß wir bei der Bemessung der Zuschläge keine Freiheit haben und sie nicht den örtlichen Verhältnissen anpassen können. Deshalb schlage ich vor, zu sagen, daß nur solche Steuern erhoben werden, die den Einwohnern nach ihrem Einkommen und Besitz auferlegt werden. Wie das am besten zu regeln ist, hängt von der Gesetzgebung ab. Wir haben nur das Ziel angegeben, das unsere Genossen in den Gemeindevertretungen zu verfolgen haben. Weiter habe ich auszusetzen, daß Lindemann die Unentgeltlichkeit der Benutzung bei allen Institutionen des Volksgesundheitswesens und des Volksschulwesens fordert. Das hört sich theoretisch ganz schön an, aber praktisch ist die Sache nicht so einfach. Ich kann mir z. B. denken, daß es ärmeren Gemeinden ohne Hilfe des Staates gar nicht möglich ist, ein Krankenhaus zu bauen, wenn nicht ein Teil der Kosten auf die Reichen abgewälzt wird. Da fragt es sich, was richtiger ist: nur für gewisse Klassen die Benutzung unentgeltlich zu machen, oder überhaupt. Und warum wird die Unentgeltlichkeit nur beim Volksgesundheits- und beim Volksschulwesen gefordert. Wir haben eine ganze Menge anderer Einrichtungen in den Gemeinden, bei denen die Unentgeltlichkeit durchaus angebracht ist, z. B. Bibliotheken, Arbeitsnachweis, Wohnungsnachweis, Rechtsauskunftserteilung, Lieferung von Milch für Säuglinge.

Die Formulierung der Lindemannschen Forderung in bezug auf das Submissionswesen gefällt mir nicht. Wir müssen eine präzisere Fassung finden, und die glaube ich gefunden zu haben, wenn ich verlange, daß die Begünstigung von einzelnen Personen vermieden werden muß, und daß angemessene Bezahlung geleistet werden soll. Meine Fassung ist ja auch nicht ganz einwand-

frei, aber doch präziser und klarer als die Lindemannsche. Leider ist es nicht möglich, hier auf alle Einzelheiten einzugehen. Ich habe deshalb in der „Kommunalen Praxis" meine Resolution der Lindemannschen gegenüber gestellt und kurz die Gründe angegeben, die mich zu meinem Aenderungsvorschlage veranlaßt haben. Ich habe in dieser Resolution ausdrücklich gesagt, die wirtschaftliche und kulturelle Entwickelung der Gemeinden soll durch die Gemeindeverwaltung gefördert werden, und ich habe die einzelnen Gebiete angeführt. Gerade auf diesem Gebiete herrscht noch in weiten Kreisen große Beschränktheit. Die Gegner treten uns immer damit entgegen, daß wir zu viel Geld ausgeben. Ja, für ihre eigenen Zwecke geben die Gegner genug Geld aus, aber den Arbeiterzwecken, den wirklich kulturellen Zwecken gegenüber verhalten sie sich ablehnend. Deshalb müssen wir positive Forderungen aufstellen. Ich fürchte, daß die Resolution Lindemann in Bausch und Bogen unverändert angenommen wird. Aber ich halte das nicht für gut, wir müssen aus dem Programm alles beseitigen, was zu Bedenken Anlaß gibt. Denn es ist doch ein großer Unterschied, ob eine Resolution ad hoc gefaßt oder ob ein Programm für längere Zeit geschaffen wird. Ich bitte Sie, meine Resolution mit der von Lindemann zu vergleichen und die Bestimmungen herauszusuchen, die wirklich einwandfrei für die praktische Betätigung unserer Genossen in den Gemeindeverwaltungen sein werden.

Dr. **Südekum**: Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß der Klassenkampf auf keinem politischen Gebiet mit größerer Intensität gekämpft wird als auf dem der Gemeindepolitik. Unsere Gegner sind bestrebt, alle Mittel der staatlichen Politik und der Gemeindepolitik zu benutzen, um die Arbeiterklasse von der Beteiligung an den Gemeindeverwaltungen auszuschließen und sie zu unterdrücken. Wir können die ganze Kommunalpolitik nur im Zusammenhang mit unserer großen Politik betreiben. Es wird aber nie möglich sein, ein Gemeindeprogramm für sämtliche Gebiete Deutschlands zu schaffen. So ist auch die Resolution Lindemann gar nicht aufzufassen. Seine Resolution ist weiter nichts als ein Vorwort zu einem künftigen Aktionsprogramm, das wir in einzelnen Gemeinden oder auch für ein größeres Gebiet uns zu schaffen haben, sozusagen Prolegomena zu jedem zukünftigen Gemeindeprogramm. Darum ist es nicht so bedenklich, daß wir in der Resolution Forderungen stehen lassen, die vielleicht noch unter uns selbst zu Meinungsverschiedenheiten Anlaß geben. Meinungsverschiedenheiten werden sich doch nicht, auch nicht bei der größten Vorsicht, vermeiden lassen. Wenn wir aber die Resolution lediglich als Vorwort zu den im einzelnen aufzustellenden Aktionsprogrammen betrachten, so können wir in diese Aktionsprogramme das sehr leicht hineinarbeiten, was im einzelnen gegen die Resolution Lindemann, und zwar nicht ohne Berechtigung, vorgebracht wird. Man hat gegen Lindemann gesagt, die Forderung, daß der Staat die Grundzüge des kommunalen Steuerwesens zu regeln habe, lege der Staatsbureaukratie und -Reaktion eine zu große Macht in die Hand. Er hat vermutlich das größte Mißtrauen gegen die Reaktion in den Gemeinden und sagt sich: in den Gemeinden ist die Durchführung unserer Forderungen noch viel schwerer als in den Landtagen. Wenn man freilich bedenkt, daß wir in dem größten Bundesstaate ohne jede Vertretung sind, muß jede Stärkung der staatlichen Bureaukratie als sehr gefährlich erscheinen. Aber das, was hier gefordert wird, ist gewissermaßen Zukunftsmusik und das Mißtrauen Lindemanns gegen die Reaktion in den Gemeinden ist sicherlich durchaus berechtigt. Die Beseitigung unglaublicher Steuern, wie der Kopfsteuer, die noch in manchen sächsischen Gemeinden besteht, kann durch die Staatsgewalt leichter geschehen als durch die Kommunen, wo die Frage das Geldinteresse des einzelnen viel zu empfindlich berührt, als daß da der Kampf gegen diese Steuern mit Aussicht auf Erfolg geführt werden könnte. Wenn gesagt worden ist, daß jetzt die Praktiker das Wort haben sollen, so kann ich mich ja in gewissem Sinne auch dazu rechnen

und da möchte ich Ihnen folgendes sagen: Ein solches allgemeines Programm und auch die Aktionsprogramme der einzelnen Orte können niemals alle Fragen des Gemeindelebens lösen. Gerade für die Parteigenossen in den kleineren Orten, wo alle literarischen Hilfskräfte fehlen, bleibt eine große Menge von Fragen übrig. In meiner Eigenschaft als Redakteur der „Kommunalen Praxis" bekomme ich fast täglich 10 bis 12 Anfragen von Parteigenossen aus den kleinen und kleinsten Gemeinden. Da kommen juristische Fragen, Fragen der Steuerveranlagung, über Wegeordnungen, Bauordnungen, Anstellungsverträge von Beamten, kurz aus allen Gebieten des Gemeindelebens. Ich will mich eines Antrages enthalten, kann aber nur sagen: Die Einsetzung einer Zentralstelle für solche Auskunftserteilungen wird sehr wohl zu erwägen sein. Die Zentralstelle könnte vielleicht verbunden werden mit dem Zentralarbeitersekretariat, das wir bereits in Berlin haben; sie müßte natürlich eine gewisse Selbständigkeit bekommen. Darüber müssen wir uns klar sein: das Schwergewicht unserer Tätigkeit in den Gemeinden liegt in den kleinen Städten, wo häufig auch am meisten erreicht werden kann, wenn nur die Genossen die nötige Unterstützung bei der Partei finden. Ich bitte Sie, abgesehen von der Aenderung in bezug auf die Volksschule, die Lange angeregt hat und der ich zustimme, die Resolution Lindemann unverändert anzunehmen.

Schubert-Berlin: Wir beantragen, der Resolution die Forderung der vollen Koalitionsfreiheit hinzuzufügen. Unsre Kommunen übernehmen immer mehr die Verkehrsmittel usw. in eigne Regie. Dadurch wird ein Teil der bisherigen Privatangestellten zu Beamten, und es werden auch die Angestellten als Beamte erklärt und vom Koalitionsrecht ausgeschlossen, die gar nicht auf Lebenszeit angestellt werden, die sogenannten Arbeiterbeamten. Da müssen wir verlangen, daß diese Leute, die vorher vielleicht schon Jahre lang einer Organisation angehört haben, das volle Koalitionsrecht erhalten. Die Kommunen gehen ja offenbar systematisch darauf aus, den Kreis der Gemeindearbeiter, die das Koalitionsrecht besitzen, immer mehr einzuschränken. Auch Graf Posadowsky will diesen Arbeitern, wie er im Februar im Reichstage erklärt hat, das Streikrecht nehmen. Das wäre nur der Anfang zu weiteren Schritten, zu einer allgemeinen Einschränkung des Koalitionsrechts. (Sehr richtig.) Wir halten es deshalb für notwendig, mit aller Schärfe zu erklären, daß wir für alle Gemeinde-Angestellte das volle Koalitionsrecht verlangen.

Segitz: Daß die Resolution Lindemann so wenig in der Presse erörtert worden ist, liegt vielleicht daran, daß auf keinem Gebiete Theoretiker und Praktiker so wenig zusammenarbeiten wie auf dem der Kommunalpolitik. Ich habe als Praktiker diese Abneigung gegen die Theorie überwunden und meine Stellung zur Resolution in der „Fränkischen Tagespost" eingehend dargelegt. Durch die ganze Resolution zieht sich als roter Faden der Gedanke nach möglichst weitgehender Unabhängigkeit der Gemeinden von der Landes-Aufsichtsbehörde. Wir haben ja nun gehört, daß die Sachsen gute Erfahrungen mit der Gemeinde-Autonomie gemacht haben. Von uns Bayern kann ich das nicht sagen. Wir haben in Bayern die Gemeinde-Autonomie fast in dem Umfange, wie sie die Resolution wünscht. Sie hat aber auch durchaus keine guten Erfolge gebracht. Es hätten unsre Gemeinden die Möglichkeit, ein volles, freies Wahlrecht einzuführen. Die Gemeinde-Ordnung überläßt es der Gemeinde, das Bürgerrecht — und das ist das Wahlrecht ohne Gebühren — nach zweijährigem Aufenthalt zu verleihen. Nur eine Gemeinde hat von diesem Recht Gebrauch gemacht. Die andern Gemeinden haben einen derartig hohen Zensus eingeführt, daß er zur Befestigung der Herrschaft der freisinnigen, ultramontanen oder konservativen Bourgeoisie dient. So ist es uns trotz der größten An-

strengung und bedeutender Opfer nicht gelungen, auch nur einen einzigen Vertreter in das Nürnberger Gemeindekollegium zu bringen.

Auch auf dem Gebiete der Armenpflege haben wir in Bayern eine weitgehende Gemeinde-Autonomie im Sinne der Resolution. Der Staat leistet Zuschüsse, und doch haben wir auf dem Lande eine Armenpflege, die dürftig genannt werden muß. Roheitsfälle sind in der Armenpflege bei uns häufiger als anderswo. In Bayern haben wir auch die Gemeindeschule. Der Staat stellt die Grundprinzipien auf, nach denen sich die Gemeinden zu richten haben. Auf dem Lande sind die Schulen durchaus nicht besser als anderswo. In den Städten ist die Volksschule leidlich. Aber daneben sind exklusive höhere Schulen, die aus Gemeindemitteln subventioniert werden, ohne daß die Kinder des Proletariats Zugang zu ihnen hätten. Sie sehen, daß in der Praxis alles seine zwei Seiten hat. Was sich in dem einen Lande bewährt, schlägt in dem andern durchaus nicht zugunsten der Arbeiterklasse aus.

Die Resolution will ferner das Prinzip der Unentgeltlichkeit für die Volkshygiene. Für die allgemeinen hygienischen Einrichtungen, wie Kanalisation und Wasserleitung will ich es gewiß gelten lassen. Aber die Heilfreiheit in den städtischen Heilanstalten wäre doch nur ein Geschenk an die Reichen. Mit der Vorschrift, daß zur Heilung bestimmter Krankheiten die Kranken öffentliche Heilanstalten aufsuchen müssen, bin ich einverstanden. Aber Lindemann will die Heilfreiheit ausnahmslos gewähren, und das würde in kleineren und mittleren Gemeinden Opfer erfordern, die die Arbeiter ohne Gegenleistung zu tragen hätten. Da wird eingewendet: Ja, wir wollen ja die progressive Einkommensteuer einführen. Man täusche sich nicht! Bisher haben wir die Erfahrung gemacht, daß bei allen Einrichtungen, die wir im heutigen Staatswesen auf dem Gebiete der Steuer schaffen, die besitzenden Klassen es immer verstanden haben, einen möglichst großen Teil Lasten auf die Minderbegüterten abzuwälzen. Das könnte auch hierbei der Fall sein. Wie mit der freien Behandlung in den städtischen Heilanstalten steht es auch mit andren Gemeindeeinrichtungen. Das städtische Wasser mag kostenlos geliefert werden, aber beim städtischen Gas liegen die Dinge schon anders. Hier haben, wenn nach dem Prinzip Lindemanns verfahren wird, den Vorteil im wesentlichen die begüterten Volksschichten. Nun können den Arbeitern ja allerdings Gasautomaten gestellt werden; aber haben wir wirklich die Verpflichtung, den großen Geschäften es besonders billig zu machen, luxuriöse Beleuchtung auf Kosten der Gemeinde einzurichten? Man spricht von Arbeiterwohnungen, die mit Gas und Elektrizität ausgestattet sein sollen. Aber glaubt man wirklich, daß die Hausagrarier derartige Arbeiterwohnungen bauen werden? Alle diese Einrichtungen kommen in der Hauptsache den begüterten Klassen zu gute. Daher sind nach meiner Auffassung die Gemeinden berechtigt, einen gewissen Ueberschuß herauszuwirtschaften, der zu sozialpolitischen Zwecken verwendet werden sollte. Selbst wenn wir als rückständig in kommunalpolitischen Dingen bezeichnet werden sollten, mußten diese Gedanken hier ausgesprochen werden. Ich bin überzeugt, daß viele in praktischer Kommunalpolitik tätige Genossen auf meiner Seite stehen werden. (Zustimmung.)

Ulrich-Offenbach: Ich muß mich dagegen wenden, daß die Resolution Lindemann als Ausdruck des Parteitages anzusehen ist. Sie enthält außerordentlich viel Theorie und wenig Praxis. Sie bedeutet einen Rückschritt und widerspricht hinsichtlich des Schul- und Armenwesens unserm Programm. Die Gemeinden dürfen nicht beim Staate wegen Zuschüsse für die Volksschule hausieren gehen. Das gleiche gilt für das Armenwesen. Zustände, wie sie heute bestehen, werden durch staatliche Zuschüsse nicht geändert. Der Staat muß die gesamten Kosten übernehmen. Das müssen wir um so mehr verlangen, als gerade die armen Gemeinden heute am meisten belastet werden und am schwersten unter

den gesetzlichen Bestimmungen leiden. (Sehr richtig!) Auf die staatliche Organisation des Armenwesens müssen wir ebenso bedacht sein wie auf die des Schulwesens. Ich glaube, daß die Klassengegensätze in den Gemeindevertretungen immer schärfer werden. Die Kommunalpolitik ist noch mehr als die staatliche eine Klassenpolitik. Die Fragen, um die es sich da handelt, sind in der Hauptsache Geldfragen. Wir müssen, um unser Ziel zu erreichen, unser Steuerwesen ändern. Wir müssen den Gemeinden die Möglichkeit geben, von den höheren Einkommen stärkere Zuschläge zu erheben. Als Kommunalpolitiker wollen wir lieber auf eine Vertretung in den Gemeinden verzichten, wenn wir nicht in der Lage sind, unsere Forderungen zu vertreten. Wie oft kommt es vor, daß Kandidaten, die als Sozialdemokraten aufgestellt sind, im entscheidenden Moment nicht für uns eintreten! Lieber keine Gemeindevertretung als eine zweifelhafte! (Sehr wahr!) Und ebenso sage ich: Lieber keine Resolution als eine zweifelhafte. Das aber trifft für die Resolution Lindemann zu. Wollen wir wirklich etwas Brauchbares schaffen, so müssen wir sie nebst den dazu vorliegenden Anträgen einer Kommission überweisen, in der praktisch tätige Genossen sitzen. Wird der Antrag auf Kommissionsberatung abgelehnt, so bitte ich wenigstens, die Resolution Lindemann den sozialistischen Gemeindevertretern als Material zu überweisen.

Vorsitzender Dietz: Es ist ein genügend unterstützter Antrag Borgmann eingegangen:

„Die Resolution Lindemann den sozialistischen Gemeindevertretern als Material zu überweisen."

Ich fasse das so auf, daß die Gemeindevertreter aus den Zeitungen und aus dem Protokoll von der Resolution Kenntnis nehmen. Einen andern Weg wird es wohl kaum geben. — Weiter ist beantragt, die Resolution Lindemann einer Kommission von 15 in Gemeindevertretungen tätigen Genossen zur weiteren Durchberatung und Berichterstattung an den nächsten Parteitag zu überweisen. Beide Anträge sind genügend unterstützt.

Lehmann-Mannheim: Die Resolution Lindemann dürfte wahrscheinlich einer Kommission überwiesen werden. Ich will mich daher auf wenige Sätze beschränken. Die Resolution schlägt die Autonomie der Gemeinde ziemlich hoch an. Es ist aber unter den heutigen Verhältnissen ein Unding, den Gemeinden größere Rechte einzuräumen, als sie schon besitzen. Da, wo kleine Gemeinden selbständig sind, wird weder für Schulzwecke, noch für Zwecke der Hygiene etwas ausgegeben. Wir haben z. B. in Mannheim auf der Volksschule den französischen Unterricht. Aber auf dem Lande haben wir vielfach noch Halbtagsschulen.

Lindemann verlangt eine Wertzuwachssteuer, weil das Sinken und Steigen des Grund und Bodens mit der Gemeindetätigkeit eng zusammenhängt. Ich begreife nicht, warum wir von unsrem allgemeinen steuerpolitischen Grundsatze auf einmal abweichen sollen. Die Wertzuwachssteuer wird verlangt, seitdem der bayrische Landtagsabgeordnete Jäger ein Buch darüber geschrieben hat. In preußischen Gemeinden ist diese Steuer heute schon zulässig. Aber glauben Sie denn, daß diese Steuer von denen gezahlt wird, denen der unverdiente Wertzuwachs zufällt? Nein, sie wird abgewälzt werden, und die Grundrente wird davon nicht getroffen. Lindemann hat eben nur die finanztechnische, nicht die sozialpolitische Seite der Frage im Auge gehabt.

Bedauerlich ist es, daß er die wichtige Wohnungsfrage so en passant mit zwei Sätzen abtut. Lindemann hält die Umsatzsteuer für zu roh, das heißt, er verwirft sie nicht prinzipiell, aber um die Steuer so zu gestalten, wie er dies will, bedürfen wir noch eines ganz andern Einflusses auf die Landesgesetzgebung. Ich will nicht sagen, daß die Wertzuwachssteuer unter allen Umständen zu verwerfen ist. Aber wir dürfen sie nicht grundsätzlich fordern, denn dann würden unsre Gemeindevertreter auch dann dafür zu stimmen gezwungen sein, wenn sie abgewälzt werden kann. Würden wir bezüglich der Steuer nach

dem gemeinen Wert uns auf den Standpunkt von Lindemann stellen, dann wäre der Kampf der Berliner gegen die Mietssteuer unerklärlich, denn dann wäre die Abschaffung der Mietssteuer nur ein Geschenk an die Hausbesitzer. In der jetzigen Fassung ist die Resolution Lindemann für mich unannehmbar.

Freiwaldt-Pankow: Die Resolution Lindemann ist schon so zerpflückt und so zerrissen, daß nicht mehr viel davon übrig bleibt. Sie enthält manches Gute; aber ich möchte den sehen, der mir ein kommunales Programm vorlegen könnte, an dem nichts auszusetzen ist. Auch ich bin mit dem Entwurf von Lindemann nicht ganz einverstanden. Es ist z. B. keine Rede davon, daß wir Ueberführung des Grund und Bodens in den Besitz der Gemeinden fordern müssen. Dagegen fordert die Resolution Hoch, daß in den ländlichen Gemeinden der Gemeindebesitz an Wald, Wiesen und Aeckern erhalten und möglichst vergrößert werden soll. Meiner Meinung nach kommt es hier nicht sowohl auf die ländlichen Gemeinden als auf die Städte an. (Sehr richtig!) Die Städte haben ganz besonders darauf zu achten, daß der Grund und Boden, der in ihrem Besitze ist, nicht verschleudert wird. (Sehr richtig!)

Unsre Genossen sind ja noch zu schwach, um sich dagegen auflehnen zu können. Aber auch heute noch betreiben einzelne Gemeinden den größten Schacher in Grund und Boden. Es werden Grundstücke verschleudert, und wenn die Gemeinden später bauen wollen, müssen sie zu ungeheuren Kosten sich wieder den Grund und Boden anschaffen. (Sehr richtig!)

Was die Ueberschüsse aus wirtschaftlichen Betrieben anbetrifft, so mache ich darauf aufmerksam, daß es kommunale Einrichtungen gibt, aus denen wir sehr wohl Ueberschüsse herauswirtschaften könnten; leider ist es uns nicht gestattet. In einem Vororte von Berlin wurde vor kurzer Zeit der Preis für den Kubikmeter Wasser von 20 auf 15 Pf. herabgesetzt, die bürgerliche Majorität machte damit den Hausbesitzern ein Geschenk von 25—30 000 M. pro Jahr. In kurzer Zeit aber stellte sich heraus, daß das Wasserwerk vollständig ungenügend war; es müssen Neuanlagen vorgenommen werden, und die Kosten dafür hat die Gesamtheit zu tragen. (Hört! hört!) Wenn wir wirklich in den großen Städten aus kommunalen Einrichtungen kommunale Ueberschüsse erzielen würden, so würde über kurz oder lang die Regierung verbieten, daß diese Summen zur Entlastung der allgemeinen Steuersätze verwendet würden. Sie würde schon dafür sorgen, daß die Hausbesitzer und die übrigen besitzenden Klassen Vorteile davon hätten.

Repp-Friedberg: Wir wollen den pensionsberechtigten Angestellten der Städte jede mit Bezügen verbundene Arbeit für Private verbieten, und zwar tun wir das auf Grund unsrer praktischen Erfahrungen. Ebenso wollen wir den Privatbeamten jede Spekulation in Grund und Boden verbieten. In Friedberg haben wir schon eine solche Bestimmung in den Anstellungsverträgen aufgenommen.

Den Passus der Lindemannschen Resolution „Gründung einer Pensions-, Witwen- und Waisenkasse, an die klagbare Rechte gegeben werden", beantragen wir, zu streichen, nicht etwa, weil wir derartige Bestimmungen nicht für nötig halten, sondern weil wir nicht für eine bestimmte Kategorie etwas schaffen dürfen, denn diese Kategorie würde dann an dem Klassenkampf der Arbeiter nicht mehr teilnehmen.

Eichhorn-Pforzheim: Auch ich bin nicht in allen Punkten mit der Resolution einverstanden und bin deshalb für eine gewisse Ueberarbeitung in einer Kommission. Allgemein aber bitte ich, die Resolution in dem Sinne anzunehmen, daß sie als leitender Grundsatz gilt. Ein Gemeindeprogramm für ganz Deutschland auszuarbeiten ist schlechterdings unmöglich. Dazu sind die Verhältnisse zu verschieden. Aber als allgemeine Richtschnur — und so ist sie auch gedacht —

könnte man die Resolution, wenn sie nochmals überarbeitet wird, schon gelten lassen.

Im Gegensatz zu Lindemann stehe ich auf dem Standpunkt, daß man bei der Gemeinde-Autonomie doch auch gewisse Grenzen einhalten muß und die Staatsrechte nicht allzu sehr beschränken soll. Ebenso wie in Bayern wäre in Baden und andern Einzelstaaten eine absolute Gemeinde-Autonomie unter Umständen schädlich. In bezug auf die Schule gehe ich weiter als Lindemann. Ich verlange die reine Staatsschule, und zwar die Einheitsschule. Aber diese Staatsschule soll Staatsschule in möglichst weitem Umfange sein. Die Kosten müßten unter allen Umständen, soweit der Betrieb der Schule in Frage kommt, dem Staate auferlegt werden, die Baukosten könnten ja die Gemeinden tragen.

Ob ein Einkammer-System immer das wertvollste ist, ist auch eine Streitfrage.

Noch einige Bemerkungen zu den sozialen Forderungen. Ich möchte bezweifeln, daß es möglich war, alle diese einzelnen Forderungen, die unter b) enthalten sind, aufzuzählen. Aber auch schon a) geht mir zu weit. Ich glaube, es ist bedenklich, hier die Gemeinde-Arbeitslosen-Fürsorge zu verlangen. Unsre Forderung der staatlichen Arbeitslosen-Unterstützung kann dadurch leicht erschwert werden.

Was die Umständlichkeit des Erwerbes der Staatszugehörigkeit anlangt, so würde da vielfach eine bloße Beschwerde genügen, denn es handelt sich oft nur um Chikanen.

Ein Antrag Frohme auf Schluß der Debatte wird von Borgmann bekämpft, da das Thema noch nicht ausgiebig genug erörtert worden sei.

Der Schlußantrag wird angenommen.

Lindemann (Schlußwort): Ein großer Teil der Debatte hätte erspart werden können, wenn sich die Genossen die Resolution genauer angesehen hätten. Die Resolution soll kein allgemein gültiges Aktionsprogramm sein, das bei jeder Wahl überall in gleicher Weise in Kraft treten muß. Daran ist bei der großen Verschiedenheit der Verhältnisse nicht zu denken. Sie muß von vornherein mit diesem Körnchen Salz aufgefaßt werden. Tut man das, so kann sie im allgemeinen, meines Erachtens, wohl akzeptiert werden. Es hat sich in der Debatte wieder der Gegensatz zwischen Theoretikern und Praktikern herausgestellt. Sie müssen aber bedenken, daß ein allgemeines Programm niemals auf Grund der Verhältnisse einer Gemeinde, auch nicht eines Landes aufgestellt werden kann. Ferner sei eine andere Erscheinung der Debatte besprochen — die Feindschaft gegen die Gemeinde und die Ueberschätzung des Staates, in denen sich einige Großen ergingen. Dieser Fanatismus der Zentralisation scheint mir ganz rückständig zu sein. Alles soll der Staat machen, aber womit denn? Meinen Sie wirklich, daß die staatliche Bureaukratie alle möglichen Ausgaben nur aus finanziellen Gründen abwälzt? Meinen Sie nicht, daß dabei auch der Grund mitwirkt, daß die Gemeinde für viele Aufgaben eben das allein nützliche Organ ist? Die Armenpflege soll verstaatlicht werden, aber die Verwaltung muß dann doch von den Gemeinden besorgt werden, sonst ist der arme Teufel ja verhungert, bevor der Instanzenzug erschöpft ist. Das ist dieser Zentralisationsfanatismus, den ich für ganz verfehlt halte. (Sehr richtig!)

Es heißt, die Resolution scheide nicht scharf genug zwischen den Forderungen an den Staat und an die Gemeinden. Die Sache ist aber doch so, daß Punkt 1 und 2 im wesentlichen die Forderungen an den Staat enthält. Diese Forderungen gehören durchaus in ein Kommunalprogramm, weil sie die Voraussetzung dafür sind, daß die Kommune ihren Aufgaben gerecht werden kann.

Die Wertzuwachssteuer hat Anfechtungen erfahren. Es ist richtig, daß ich dieser Steuer keine sozialpolitische Bedeutung beimesse. Ich bin überhaupt

der Meinung, daß eine solche Wertzuwachssteuer ergänzt werden muß durch eine energische Tätigkeit auf dem Gebiete des Wohnungswesens. Erst dann wird die Gemeinde auf dem Gebiete der Wohnungsfrage sozialpolitisch wirken können. Natürlich ist es richtig, daß die Durchführung der progressiven Zuwachssteuer vielem Widerstande begegnen wird. Jedenfalls aber ist sie zurzeit dasjenige Mittel, das zur Einführung am reifsten ist. Frankfurt a. M. hat sie ja schon eingeführt und die Genehmigung der Aufsichtsbehörde erhalten.

Es ist der Wunsch ausgesprochen worden, die Forderung der Einheitsschule anzunehmen. Ich habe das absichtlich außer Acht gelassen, weil ich überhaupt keine die Schule betreffende Forderung aufnehmen wollte, da diese Frage im Parteiprogramm geregelt ist.

Auf die Anträge will ich im einzelnen nicht eingehen. Ich möchte Sie nur bitten, die Angelegenheit jedenfalls nicht wieder um ein Jahr zu verschieben. Das wäre ein testimonium paupertatis, und ich meine, da meine Resolution kein Aktionsprogramm ist, sondern nur eine Art Richtschnur sein soll, kann sie sehr wohl zur Abstimmung gebracht werden. (Beifall.)

Die Anträge Ulrich (Kommissionsberatung) und Borgmann (Ueberweisung an die sozialistischen Gemeindevertreter als Material) werden abgelehnt. Der Antrag auf Einfügung der Forderung der vollen Koalitionsfreiheit für Gemeindeangestellte wird angenommen, und mit dieser Einfügung die ganze Resolution Lindemann, die im übrigen unverändert bleibt.

Der ebenfalls zur Resolution gestellte Antrag 61, sowie ein Antrag auf Streichung des vorletzten Absatzes werden abgelehnt. Damit ist die Resolution Hoch (62) erledigt.

Vorsitzender Dietz fordert die Delegierten auf, morgen früh vor Beginn der Sitzung die Stimmzettel zu den Wahlen des Parteivorstandes und der Kontrollkommission abzugeben.

Schluß der Sitzung 7¼ Uhr.

Eine Abendsitzung findet nicht statt, da das Bureau der Ansicht ist, daß die Tagesordnung erledigt werden kann.

Fünfter Verhandlungstag.

Sonnabend den 24. September. — Vormittags-Sitzung.

Ebert eröffnet um 9 Uhr die Sitzung mit der Verlesung eines Begrüßungstelegramms der Bromberger Genossen.

Dem Bureau sind zwei Flugblätter zur Verteilung an die Delegierten zugegangen, das eine vom Kartell der lokalorganisierten Gewerkschaften Hamburgs und Umgegend, das andre von Theobald Courtois-Mülhausen. Das Bureau lehnt die Verteilung dieser Flugblätter ab.

Der Parteitag tritt in die Tagesordnung ein:

Der internationale Kongreß in Amsterdam.

Das Wort erhält der Berichterstatter

Bebel: Die Aufgabe, einen internationalen Arbeiterkongreß abzuhalten, ist keineswegs eine leichte. Die Verschiedenheiten der Rasse, der Nationalität, vor allen Dingen der Sprache und des Temperaments, weiter die Verschiedenheit der kulturellen Zustände, unter denen die einzelnen Delegierten leben, machen es zur Selbstverständlichkeit, daß auf solchen Zusammenkünften viel leichter als auf nationalen Kongressen Meinungsverschiedenheiten zu Tage treten. Kommt nun noch hinzu, daß die Vertreter einer maßgebenden Nation, wie wir dies seit einer Reihe von Jahren bei unsren französischen Freunden gesehen haben, in ernsten Meinungsverschiedenheiten sich befinden, so ist natürlich die größte Gefahr vor-

handen, daß unter Umständen sehr unangenehme Kämpfe entstehen können. Das haben wir 1900 in Paris am ausgiebigsten kennen gelernt, und ich mache gar kein Hehl daraus, daß ich, als ich nach Amsterdam ging, die Befürchtung hegte, es könnte ähnliches wie in Paris vorkommen. Allerdings war ein großer Stein des Anstoßes, der 1900 eine Hauptrolle gespielt hatte, der Fall Millerand, durch den Rücktritt des Mannes beiseite geschoben, aber die Grundfrage, die innerhalb der französischen und der internationalen Sozialdemokratie durch den Fall Millerand aufgeworfen worden war, ob die Sozialdemokratie **an einer bürgerlichen Regierung teilnehmen dürfe, hat nachgewirkt, die Differenzen sind bestehen geblieben,** und es ist ein alter Erfahrungssatz, daß durch die Länge der Zeit solche Gegensätze nicht überbrückt werden. Zu allgemeiner Freude haben die Verhandlungen des Amsterdamer Kongresses einen Verlauf genommen, wie ihn wohl niemand erwartet hatte. Dieses hat bei allen Delegierten große Befriedigung hervorgerufen. Dazu hat Verschiedenes beigetragen, in erster Linie der feste Wille aller Beteiligten, alles zu vermeiden, was zu ernsten Konflikten führen könnte. Daß dieser Wille allseitig vorhanden war, konnte man vorher nicht wissen. Dazu kam, daß unsre holländischen Genossen es meisterhaft verstanden hatten, das ganze Arrangement des Kongresses in einer Weise zu treffen, wie es vorher auf keinem internationalen Kongreß der Fall war. Auch daß die holländischen Genossen aufs liebenswürdigste und bereitwilligste jeden Wunsch des Kongresses und der Delegierten erfüllten, hat in höchstem Grade wohltuend auf alle gewirkt. Dazu kam endlich, daß auch das äußere Arrangement des Kongresses in jeder Beziehung allen Ansprüchen genügte. So fanden die Verhandlungen in einem prachtvollen palastartigen Gebäude statt, in dem sich weiter eine ausreichende Anzahl Nebenräume für die Sitzungen der Delegationen und Kommissionen befand. Selbst in diesen Aeußerlichkeiten kam die ungeheure Entwicklung, die der Sozialismus in den letzten Jahrzehnten genommen hat, zum Ausdruck. Die holländischen Genossen hatten uns mit einer Festschrift bedacht, in der unter anderem auch das kleine unansehnliche Haus abgebildet war, in dem im Jahre 1872 der letzte Kongreß der alten Internationale im Haag tagte. Damals genügten zwar primitivere Räume. Diesesmal tagte man in einem mit allen Bequemlichkeiten ausgestatteten Prachtbau, in dem eine Schar von Delegierten aus allen Kulturländern in einer Vollzähligkeit zusammenkam, wie sie niemals vorher ein internationaler Kongreß aufzuweisen hatte. Freilich war die Stärke der Vertretung der einzelnen Länder sehr verschieden. Deutschland, das bisher stets die stärkste Delegation gehabt hatte, kam diesmal erst an dritter Stelle. Vor allem war erfreulich die ungemein starke Vertretung der englischen Arbeiter. **Nicht weniger als 105 englische Delegierte waren erschienen,** die allerdings vier verschiedene sehr ungleichartige Gruppen vertraten. Am stärksten waren die Trades-Unions vertreten, deren Mitglieder bekanntlich in ihrer Mehrheit weit entfernt sind, sich zum Sozialismus zu bekennen. Trotzdem habe ich es für ganz besonders erfreulich gehalten, daß die Trades-Unions auf diese Weise ihr lebhaftes Interesse an den Beratungen des internationalen sozialistischen Kongresses bekundeten. Die zweitstärkste Delegation hatte Frankreich, das in drei Gruppen gespalten war; an dritter Stelle kamen wir mit 67 Delegierten, von denen 40 von der Partei, 27 von den Gewerkschaften entsandt waren; auch die Gewerkschaften waren also ausnehmend stark vertreten. Es folgte die holländische, belgische, russische Delegation und daran schlossen sich die schwächeren Delegationen der andren Länder an. Im ganzen hatte der Kongreß 450 Teilnehmer. Es hat verschiedentlich Widerspruch hervorgerufen, daß alle diese so ungleichartigen Delegationen die gleiche Stimmenzahl erhielten. Es ist gewiß ein seltsamer Widerspruch, daß die stärkste sozialistische Partei der Welt, die deutsche, genau dieselbe Stimmen-

zahl hatte wie die argentinische, serbische oder japanische Partei. Man hat später, als es bei einer Abstimmung gewissermaßen auf Hieb und Stich ging und der Vertreter von Japan den Ausschlag zu ungunsten der Resolution Adler-Vandervelde gab, darüber gekrittelt und gespöttelt. Ich muß aber hervorheben, **daß das internationale Bureau sich in langen Beratungen den Kopf darüber zerbrochen hatte, wie ein einigermaßen gerechter Abstimmungsmodus gefunden werden könnte, aber es ist nicht gelungen** und so blieb es bei dem früheren Modus. Uebrigens wäre nach meiner Ueberzeugung das **Resultat bei einer Abstimmung nach Köpfen ganz dasselbe gewesen.** (Sehr richtig!)

Leider waren die Vorarbeiten zum Kongreß in mancher Beziehung mangelhaft. Es trifft dieser Vorwurf aber nicht etwa die holländischen Genossen, sondern die unzulängliche Organisation des internationalen Bureaus, jener Korporation, die aus Vertretern aller Nationen zusammengesetzt, zeitweilig in Brüssel zusammentritt, die Tagesordnung festsetzt usw. Der Sekretär dieses Bureaus, Genosse Serwy, zweifellos ein sehr braver und fleißiger Mann, hat aber den Fehler, daß er nur französisch, nicht aber auch deutsch und englisch versteht, und es haben ihm offenbar auch in Brüssel keine Genossen zur Verfügung gestanden, die ihn in dieser Beziehung unterstützten. Die Folge war, daß die Referate, soweit sie vorbereitet waren, und alle Resolutionen in französischer Sprache erschienen und daß, soweit Resolutionen deutsch gedruckt waren, unser gutes, liebes Deutsch in einer Weise mißhandelt worden ist (Heiterkeit), daß man nicht imstande war, seine eignen Worte wiederzuerkennen. Wir Deutsche hatten daher die Absicht, die Verlegung des internationalen Bureaus von Brüssel nach Amsterdam zu beantragen, wo uns die Verhältnisse günstiger zu liegen schienen, aber zurzeit schienen die Holländer wenig geneigt, das Bureau zu übernehmen, und andrerseits erklärten sich die belgischen Genossen sofort bereit, die gerügten Uebelstände abzustellen. Soeben macht mich Genosse Pfannkuch darauf aufmerksam, daß auch der deutsche Bericht über die Partei- und Gewerkschaftsbewegung nicht gedruckt worden ist, obgleich er rechtzeitig eintraf, auch fehlte es dem Bureau nicht an Geldmitteln.

Weiter erwies sich als notwendig, **Kommissionen** zur Vorbereitung der einzelnen Materien zu bilden. Diese Einrichtung nahm allerdings einen etwas andren Charakter an, als man zuerst erwartete. Es ergaben sich so viele Meinungsverschiedenheiten in den Kommissionen, daß das Plenum 2 Tage überhaupt nicht zusammenkommen konnte. Aber es gelang doch auf diese Weise, die Verhandlungen im Plenum besser und erfolgreicher zu gestalten. Es ist immer sehr mißlich, wenn auf einem internationalen Kongreß Resolutionen über wichtige Fragen, wie z. B. die Frage der politischen Taktik, unvorbereitet erörtert werden sollen. Hier sind Vorberatungen dringend nötig, um nach Möglichkeit Mißverständnisse auszuschließen. Ganz falsch ist es aber, wenn Genosse Quarck in Frankfurt die Sache hinterher so darstellt, als habe man die Kommissionen eingesetzt, um gewissermaßen zunächst die Hauptleute in Konventikeln hinter verschlossenen Türen beraten zu lassen. **Davon war keine Rede.** Der von der deutschen Delegation gestellte Antrag auf Einsetzung von Kommissionen, speziell auch über die Taktikfrage, wurde einmütig angenommen, weil allen die Zweckmäßigkeit einer Vorberatung der verschiedenen zur Erörterung gestellten Fragen einleuchtete. Man ging vielmehr davon aus, daß es nicht gut sei, wenn die erhitzten Köpfe, in erster Linie der Franzosen, deren lebhaftes Naturell wir auf verschiedenen Kongressen zu bewundern Gelegenheit hatten, im Plenum aufeinanderprallten, es sei besser, wenn durch eine gründliche Debatte in den Kommissionen die scharfen Gegensätze etwas gemildert würden, das galt namentlich für die Beratung über die politische Taktik, die erregte Erörterungen

befürchten ließ. Zu aller Ueberraschung aber fand ein solcher Zusammenstoß der Geister in einer explosiven Form überhaupt nicht statt, bis auf einen kleinen Zwischenfall ganz zuletzt. Ich habe noch niemals auf einem Kongresse Verhandlungen beigewohnt, bei denen in so ruhiger, objektiver, leidenschaftsloser Weise hüben wie drüben in geradezu glänzender Art drei Tage lang in acht bis zehn Stunden ein Redetournier über die Prinzipien und die Taktik der Partei geführt worden wäre wie in dieser Kommission. Der kleine Saal war die ganze Zeit bis zum Ersticken gefüllt, natürlich wohnten auch viele unsrer deutschen Genossen diesen Verhandlungen bei. Hätten wir das geahnt, so hätten wir vor allen Dingen für eine gründliche Berichterstattung, wie für die Plenarverhandlungen, gesorgt, damit diese prachtvollen Verhandlungen auch draußen in den weitesten Kreisen der Genossen bekannt geworden wären, was leider nicht geschehen ist. Daß es an einer solchen Berichterstattung fehlte, haben Sie im „Vorwärts" deutlich gemerkt. Das Resultat der Kommissionsberatung war, wie Sie wissen, daß das Amendement Adler-Vandervelde zur Dresdener Resolution mit einer ziemlichen Mehrheit abgelehnt wurde und daß die Dresdener Resolution, die von seiten der Guesdisten dem Kongreß als Resolution für die Taktik aller Länder empfohlen wurde, zur Annahme gelangte.

Eine Reihe andrer wichtiger Fragen wurde in den andern Kommissionen erledigt, die dann ihre Resolutionen dem Plenum vorlegten. So wurde nach einem vorzüglichen Referat Molkenbuhrs eine Resolution über die Sozialpolitik angenommen, zu der Kolonialpolitik, bei deren Erörterung die Geister schärfer aufeinanderplatzten, wurde eine Resolution angenommen, die unserm stets eingenommenen Standpunkt entspricht. Die Erörterungen über die Trusts nahmen einen solchen Umfang an, daß die Frage der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nicht zu Ende geführt und bis zum nächsten Kongreß vertagt werden mußte; ebenso erging es der Ein- und Auswanderungsfrage. Hier war man durchaus nicht einverstanden mit den Vorschlägen der Kommission. Besonders hatte die Neger- und Kulifrage zu Meinungsverschiedenheiten geführt, über die keine Verständigung erzielt werden konnte. Deshalb wurde auf Antrag Keir-Hardie die ganze Frage dem nächsten Kongreß zur nochmaligen Beratung überwiesen. Doch wurde dem Vorschlag des Präsidiums zugestimmt als Meinung des Kongresses den Protest des Genossen Paeplow ins Protokoll aufzunehmen, der sich gegen die Absperrungspolitik wendet, wie sie einzelne Gewerkschaften gegenüber ausländischen Arbeitsgenossen beobachten. So verlangen z. B. manche englische Gewerkschaften von ausländischen Berufsgenossen bis zu 200 M. Eintrittsgeld. (Hört! hört!) Genosse Bernstein, der in diesen Dingen bewandert ist, macht mich eben darauf aufmerksam, daß diese englischen Gewerkschaften zugleich Krankenkassen haben, so daß mit der Zahlung dieses Eintrittsgeldes auch das Recht auf Krankenunterstützung gewonnen wird.

Eine weitere Frage war die des Generalstreiks. Ich habe keine Neigung, bei diesem Stadium unsrer Beratungen auf den Generalstreik einzugehen. Sie haben beschlossen, diese Frage dem Parteivorstand zu überweisen, damit er erwäge, ob sie auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages gesetzt werden solle. Angesichts der jüngsten Vorgänge in Italien und der großen Versammlungen in Berlin werden wir nicht umhin können, an die Erörterung dieser Frage heranzugehen. Zweitens aber dürfte es sich empfehlen, die Generalstreik-Frage erst in der Presse und in den Zeitschriften noch gründlich zu erörtern. Dann werde ich auch Gelegenheit finden, mit meinem Freunde Dr. Friedeberg ein Hühnchen zu rupfen. (Heiterkeit.) Er ist hier, er hat wohl schon heute Appetit darauf. (Heiterkeit.) Aber er wird sich gedulden müssen. Allerdings gebe ich zu, seinen Irrtum, daß es hier zu Auseinandersetzungen mit ihm kommen werde, durch meinen Parteitag-

artikel in der „Neuen Zeit" verschuldet zu haben. (Dr. Friedeberg: Sehr richtig!)

Nun zur Maifeierfrage. In der ursprünglichen Resolution stand der letzte Satz des Textes, der Ihnen gestern vorgelegen, nicht. Ein Teil der deutschen Delegierten war der Meinung, daß das nichts schade, daß das im Gegenteil ein Vorteil sei, weil dann die Gewerkschaften erst recht freie Hand hätten, wie weit sie gehen sollten. Der andre Teil meinte aber, es sei notwendig, das bestimmt zu formulieren, und so haben wir uns nach längerer Debatte in einer Sitzung der deutschen Delegation zu dem Zusatz entschlossen und die Kommission hat den deutschen Zusatz zu ihrer Resolution ebenfalls akzeptiert.

Der letzte und Hauptgegenstand war die Frage der politischen Taktik. Die Guesdisten hatten beantragt, unsre Dresdener Resolution dem internationalen Kongreß vorzulegen, sie stand zur Debatte. Die Debatte hatte in der Kommission bereits zirka $1^1/_2$ Tage gedauert, und hatte von unsrer Seite als erster Redner Kautsky, und vor und nach ihm eine ganze Reihe andrer Redner, für die Dresdener Resolution gesprochen, als am Mittag des zweiten Tages ein Amendement Vandervelde eingebracht wurde, das sich nachher als ein Amendement Adler-Vandervelde herausstellte, das die Dresdener Resolution ihrem Hauptinhalt nach aufrecht erhielt, sie aber insofern änderte, als das, was für fremde Länder sich nicht eignen sollte, herausgenommen wurde. Dieses Amendement wurde mit unsrer Resolution zum Gegenstand sehr lebhafter Erörterungen pro und kontra. Ich war — ich mache daraus gar kein Hehl — über das Vorgehen der Genossen Adler-Vandervelde etwas piquiert, weil ich erwartet hatte, daß man zuvor bei uns anfragen würde, ob wir vielleicht nicht selbst zu einer andern Fassung geneigt seien und habe daraus auch den betreffenden Genossen gegenüber kein Hehl gemacht. In dem Bericht von Quarck, den der „Vorwärts", wofür ich ihm sehr dankbar bin, seinen Hauptinhalt nach abdruckte — denn sonst hätte ich keine Kenntnis davon bekommen — ist es so dargestellt, als wenn die **deutschen Delegierten durch unsre Entscheidung für die Dresdener Resolution überrascht waren.** Das ist **nicht** der Fall. Ich teilte bereits in der **ersten Delegationssitzung** am **Sonntag früh** mit, daß die Guesdisten die Dresdener Resolution beantragt hätten, ich erklärte — was der vollen Wahrheit entspricht — daß wir, weder Kautsky, noch ich, noch ein andrer deutscher Parteigenosse von diesem Vorgehen die geringste Kenntnis hätten, wir seien überrascht, aber nachdem die Resolution von andrer Seite beantragt wäre, sei es selbstverständlich, daß wir sie akzeptieren, umsomehr, da sie nach meiner Ueberzeugung auch auf internationale Verhältnisse zutreffe. Quarck und einige andre widersprachen, sie meinten, wir sollten uns nicht binden. Andre wieder haben gegen Quarck gesprochen. Unter andern — ich lege Gewicht darauf, das ausdrücklich zu konstatieren — war es Richard Fischer, der erklärte, davon könne keine Rede sein, daß wir gegen die Dresdener Resolution stimmten, die müßten wir annehmen. Die Delegation beschloß darauf mit allen gegen 11 Stimmen, daß wir in der Kommission für die Dresdener Resolution einzutreten hätten. (Hört! hört!) Wir hatten also sozusagen ein gebundenes Mandat, doch hatte ich am Schlusse unsrer Beratungen in der Delegation ausdrücklich bemerkt und ohne Widerspruch zu finden, daß wir an den Wortlaut wohl nicht gebunden wären. Ich stelle das fest im Gegensatz zu der Schilderung von Quarck. Auch die weiteren Vorgänge hat Quarck falsch dargestellt. Er schreibt, es sei den Delegierten, die doch mit den Groschen der Arbeiter nach Amsterdam entsandt worden seien, nach Beendigung der Kommissionsverhandlung zunächst gar nicht möglich gewesen, in einer nochmaligen Delegationssitzung den Standpunkt ihrer Wähler zu vertreten. Erst kurz vor der entscheidenden Abstimmung sei es gelungen,

eine kurze Aussprache herbeizuführen; er habe aber erst Unterschriften unter den deutschen Delegierten sammeln müssen, ganz wie man es unter den „Demokraten" des Frankfurter Stadtparlaments machen müsse, um Bebel und Kautsky dazu zu veranlassen, zu einer Rücksprache Gelegenheit zu geben. In dieser letzten Abstimmung habe Bebel dann sofort die Vertrauensfrage gestellt; er habe erklärt, er sei für die Dresdener Resolution so engagiert, daß er nicht mehr zurück könne. Niemand habe dem „verehrten Führer" ein Mißtrauensvotum ausstellen wollen. Bebel hätte aber wohl auch sagen können: „Ich bin nur Euer Vertreter und werde mich nach dem Ergebnis der Abstimmung richten". Das sei nicht geschehen und so hätten sich die meisten Delegierten gescheut, Bebel zu desavouieren. In dieser Resolution ist Wahres und Falsches gemischt und zwar so, daß sich ein ganz falsches Bild ergibt, das namentlich für die Delegierten ungünstig ist; denn die werden hier als Leute hingestellt, die nicht den Willen zu einer eigenen Meinung haben. (Sehr richtig!) Ich möchte mir überhaupt ernstlich Speichelleckereien verbitten, wie sie sich hier Quarck hat zu Schulden kommen lassen. Ich bin ein Parteigenosse wie jeder andre und will nichts andres sein. Damit basta! (Sehr gut! Beifall.) Da wird über Personenkultus gesprochen, aber diejenigen, die am meisten darüber wettern, fördern ihn selbst. Quarck spricht von den Groschen der Arbeiter, deren Meinung er zu vertreten gehabt, es aber nicht gekonnt habe. Aber er hatte doch vor Beginn der Kommissionsberatung Gelegenheit gehabt, in unsrer Sitzung zwei- oder dreimal seinen Standpunkt zu verteidigen. In der Kommission haben wir lediglich das Mandat ausgeführt, das uns in dieser Sitzung gegeben worden war. Uebrigens konnte Quarck von seinen Wählern gar kein bindendes Mandat haben; er konnte gar nicht wissen, wie seine Wähler über diese Frage denken würden. (Sehr richtig). In solchen Fällen hat der Delegierte nachher zu vertreten, wie er gehandelt hat. Gegen diese hart an Demagogie reichende Art, von den Arbeitergroschen zu reden, lege ich energischsten Protest ein. Als die $3^1/_2$ tägigen Kommissionsverhandlungen zu Ende waren, sagten wir uns: Es wird kaum noch notwendig sein, daß die deutsche Delegation noch einmal extra berät, hatte doch ein großer Teil der deutschen Delegierten den Beratungen beigewohnt. Am vierten Tage fanden dann die Plenardebatten über die Taktik statt. Nebenbei bemerkt: Man hat von einem Rededuell Bebel-Jaurès gesprochen. Ich betone, daß wir Deutschen ganz ohne unser Zutun in den Vordergrund geschoben wurden. Nun sagt Quarck, er habe Unterschriften sammeln müssen, um zu erlangen, daß die deutsche Delegation noch einmal zusammentrete. Von diesen Unterschriften habe ich nichts gesehen und Kautsky wird sie wohl auch nicht gesehen haben. Dagegen kamen allerdings mehrere Delegierte persönlich zu mir und sagten, es besteht der Wunsch, daß wir nochmals verhandeln. Ich sagte: Gut, wird gemacht. Zufällig stand Adler in meiner Nähe und ich sagte ihm: Wir ziehen uns zurück, um nochmals über die Resolution zu verhandeln, worauf Adler erwiderte: Ich bitte Euch, bleibt doch, bis ich gesprochen habe, ich komme gleich zu Wort. Wir blieben also so lange und hörten die Rede an, die auf unsre Kaptivierung berechnet war. Eingehend wurde nochmals alles pro und kontra erörtert. Im Laufe dieser Verhandlungen erklärte ich, als der Antrag von Quarck gestellt wurde, wir sollten uns für das Amendement Adler-Vandervelde entscheiden, daß wenn dieser Antrag angenommen werden sollte, ich bitten müßte, einen andren damit zu betrauen, die entsprechende Erklärung im Plenum abzugeben, denn es gehe unmöglich, daß nachdem ich in der Kommission und im Plenum Namens der deutschen Delegation für die Dresdener Resolution eingetreten sei und diese angenommen wurde, nunmehr eine Erklärung gegen dieselbe abgeben solle. (Sehr richtig). Das war doch natürlich, denn nach meiner Stellungnahme in der Kommission konnte man mir die Abgabe einer solchen Erklärung nicht zumuten.

Ich sagte weiter, ich habe mit Kautsky in der Kommission die Dresdener Resolution erfolgreich vertreten, was sollen denn die andern Nationen, die mit uns gestimmt haben, von uns denken, wenn wir jetzt für das Amendement Adler stimmen, sie betrachten das als eine Felonie. Bemerken will ich, ich hatte an demselben Tage, an dem das Amendement Adler-Vandelde eingebracht worden war, zu Vandervelde im Gespräch geäußert, ich hätte es doch in Ordnung gefunden, wenn man uns von dem Amendement Adler, vor seiner Einbringung Kenntnis gegeben hätte; vielleicht hätten wir uns verständigen können. Vandervelde war darüber erstaunt und sagte, er habe geglaubt, Adler hätte uns unterrichtet. Ich fragte also Adler und sagte auch ihm, daß eine Verständigung möglich gewesen wäre, da sein Amendement sachlich von der Dresdener Resolution nicht abweiche. Diese Verständigung hätte aber vor Einbringung derselben stattfinden müssen. Nachträglich sei dieses unmöglich gewesen nach der Art, wie es begründet und von einem Teil der Redner verteidigt worden sei, denn danach mußte es als gegen die Dresdener Resolution und zugunsten von Jaurès gestellt angesehen werden. Adler war die Sache sehr unangenehm, er meinte, er hätte nicht geglaubt, uns für eine Amendierung der Dresdener Resolution gewinnen zu können. Diese Vorgänge habe ich in der Sitzung unsrer Delegation mitgeteilt, ich habe auch erzählt, daß wir, wenn unsre Resolution in der Minderheit geblieben wäre, für die Resolution Adler gestimmt haben würden. **Bei der Abstimmung stimmten dann nicht mehr als 13 Delegierte für den Antrag Quarck.** So waren die Vorgänge, und der Bericht der Genossin Zetkin, den Quarck angreift, entsprach der Wahrheit. Merkwürdig mußten die Mittel berühren, durch die man einen Teil der kleineren Nationen zu gewinnen versuchte. Als zuletzt der Vertreter Japans seine Stimme abgab, stimmte er auf einmal vor lauter — ich will sagen — Scheu nicht mehr wie bisher englisch, sondern deutsch ab. Hätte Katayama für das Amendement Adler-Vandervelde gestimmt, dann wäre seine Stimme natürlich als sehr wertvoll hingestellt worden, als die Stimme einer Nation, die sich in den letzten Monaten als eine der ersten Nationen gezeigt habe. (Heiterkeit.) Die Entscheidung gegen die Resolution Vandervelde fiel mit 22 gegen 22 Stimmen, darauf wurde die Dresdener Resolution mit erheblicher Mehrheit angenommen.

Nun noch eins. Was uns in der Kommission sehr wohltuend berührte, war, daß Renaudel, ein Jaurèsist, erklärte, er gehöre zum linken jaurèsistischen Flügel und sei mit der Taktik von Jaurès nicht einverstanden. Er habe nichts dagegen, wenn eine scharfe Resolution, und sei es die Dresdener, gegen die bisher geübte Taktik angenommen werde, aber er erwarte auch, daß der Kongreß seine Stimme für die Einigung der französischen Gruppen erhebe. Dieser Anregung gaben wir, Adler, Vandervelde, Ferri, Kautsky und ich, und zwar auf meine Anregung, Folge und faßten eine dementsprechende Resolution, die von der Kommission und im Plenum zu unsrer Genugtuung einstimmig angenommen wurde. Natürlich war trotzdem eine gewisse Skepsis am Platze. Ich habe daran erinnert, wie lange es dauerte, bis die Einigung bei uns in Deutschland kam. Was die Einigung der französischen Genossen besonders erschwert, ist der Umstand, daß die Parteiführer nur eine verhältnismäßig kleine organisierte Masse hinter sich haben. Ständen große Massen hinter den Führern, so wären sie schon längst gezwungen worden, die Kämpfe einzustellen und sich zu vertragen. Trotzdem sage ich, so feierlich vor dem Kongreß und der ganzen Welt abgegebene Erklärungen können nicht ohne Resultat bleiben. Der Umstand, daß die Führer der verschiedenen Gruppen eine ganze Woche friedlich nebeneinander tagten, muß seine gute Wirkung ausüben. Wir haben es auch bei uns in Deutschland erfahren, daß unsre Einigung

wesentlich dadurch erleichtert wurde, daß sich die Führer der verschiedenen Richtungen 1869 in Elberfeld persönlich kennen lernten. Als man nach dem Kongreß die ersten Artikel von Jaurès in der „Humanité" las, bekam man allerdings den Eindruck, als wenn bei ihm keine besonders große Neigung zur Einigung vorhanden sei. Und doch hat die Idee der Einigung, wie ich mit großer Genugtuung konstatieren kann, auch bei Jaurès Wurzel gefaßt. Er hat in diesen Tagen in einem seiner letzten Artikel den Gedanken entwickelt, daß man eine etappenweise Verständigung erzielen müsse und daß es auf diese Weise wohl möglich sei, allmählich zu einer vollständigen Einigung zu kommen. Es wird nun die Aufgabe auch der deutschen Parteigenossen, namentlich derjenigen, die für französische Blätter mitarbeiten, sein, alles zu unterlassen, was geeignet sein kann, die Einigung irgend wie zu erschweren. Vor kurzem ging mir ferner ein Zirkular zu, in dem Pressensé, Charles Longuet, der Enkel von Karl Marx, und Vaillant und andre französische Genossen die Gründung einer neuen Revue, die am 1. Oktober erscheinen soll, „La Vie Socialiste", ankündigen, die ganz besonders dem Zwecke dienen soll, die beiden französischen Richtungen zu versöhnen. (Beifall.) Ich habe mich, dazu aufgefordert, zur Mitarbeit bereit erklärt. Der Preis der Zeitschrift soll im Auslande für drei Monate 4 Fr., für ein halbes Jahr 7½ Fr. und für ein Jahr 15 Fr. betragen. Ich möchte namentlich den Redaktionen der Parteiblätter und auch den Parteigenossen, welche die Mittel dazu haben, empfehlen, das Blatt durch Abonnement zu unterstützen.

Eine weitere erfreuliche Tatsache ist, daß auch auf die verschiedenen russischen Gruppen der Amsterdamer Kongreß einen sehr wohltätigen Einfluß ausübte, so daß ein Teil derjenigen, die als Feinde nach Amsterdam gekommen sind, eingesehen haben, daß es angesichts der Verhältnisse in Rußland absolut notwendig ist, gemeinsame Sache gegen den gemeinsamen Feind zu machen. Also, auch nach dieser Richtung hin ist der internationale Kongreß von den wohltätigsten Folgen begleitet gewesen.

Es sind dann noch Resolutionen betreffend die englische Kolonialpolitik in Indien, zugunsten des Frauenstimmrechts und der russischen Arbeiter angenommen und eine Sympathie-Erklärung zugunsten der italienischen Genossen beschlossen worden, die infolge der letzten Verfolgungen noch im Gefängnis sitzen. Außerdem hat an einem der Abende eine interparlamentarische Konferenz getagt, auf der man sich darüber verständigte, daß Zusammenkünfte von Parlamentsvertretern der verschiedenen Nationen regelmäßig stattfinden und auch zu diesem Zweck ein Sekretariat, das unsre holländischen Genossen übernommen haben, begründet werde. Es wird Aufgabe unsrer Reichstagsfraktion sein, zwei Vertreter für dieses interparlamentarische Komitee zu entsenden. Sie aber, Genossen, haben die Aufgabe, heute noch zwei Vertreter für das internationale Komitee, dem bisher Auer und Singer und in Vertretung von Auer Kautsky angehörten, zu wählen.

Noch eine kurze Schlußbemerkung! Auf Antrag der deutschen Delegation ist Stuttgart als Ort für den nächsten internationalen Kongreß 1907 gewählt worden. Infolge unsrer traurigen Zustände wagten wir bisher nicht, nach Deutschland einen internationalen Kongreß einzuberufen. Wir wissen, daß die maßgebendste deutsche Regierung sich in den Fesseln Rußlands befindet. (Sehr richtig!) Gewiß, die Verhandlungen eines internationalen Arbeiterkongresses würden selbst in Berlin keinen Gegenstand des Anstoßes bilden; kein Zweifel, daß alles, was in Amsterdam und früher auf andren Kongressen gesagt wurde, auch in Deutschland gesagt werden kann, ohne ein Eingreifen von seiten eines Staatsanwalts möglich zu machen (Sehr wahr!) — ob auch ein Eingreifen seitens der Polizei, ist eine

andre Frage. Aber eine Intervention zugunsten des russischen Absolutismus gegen unsre russischen Freunde ist möglich. Und diese fürchten wir. Ob sie erfolgt wissen wir nicht. **Vielleicht schämt man sich ein wenig; wenn man sich vor uns nicht schämt, schämt man sich vielleicht vor der internationalen Welt.** (Sehr gut!) Ich hoffe wenigstens, daß man bei uns noch nicht alle Scham verloren hat. (Sehr gut!) Nun, wir haben Stuttgart vorgeschlagen, die Hauptstadt jenes Landes, in dem relativ noch das größte Maß von Freiheit in Deutschland herrscht. Wir haben also bisher nicht gewagt, einen internationalen Kongreß bei uns einzuberufen, weil unsre Regierung, im Banne des Russenkurses schmachtend, in Gefälligkeiten gegen die russische Regierung sich überbietend, fähig gewesen wäre, die Männer, die ihrer Taten und Handlungen wegen in der eignen Heimat verfolgt werden, den russischen Schergen auszuliefern. (Sehr richtig!) Wir hoffen, die württembergische Regierung wird so viel Rückgrat haben, daß sie auch künftig solchen Wünschen nicht entgegenkommt. Wir haben uns außerdem gesagt, man kann vom Ausland aus das schwäbische Ländle erreichen, ohne daß man nötig hat, eins der übrigen deutschen Vaterländer und Vaterländle zu durchkreuzen. (Heiterkeit.) Wir werden es also darauf ankommen lassen und werden den internationalen Kongreß 1907 in Stuttgart sehen. Damit ist den Stuttgartern, aber auch den deutschen Genossen die ehrenvolle Aufgabe geworden, die betreffenden Arrangements zu treffen. Parteigenossen, darin werden Sie alle mit mir übereinstimmen, daß wir alles tun wollen, was wir nach unsren geistigen, körperlichen und vor allem nach unsren finanziellen Fähigkeiten zu leisten imstande sind, um unsren internationalen Brüdern 1907 einen Empfang zu bereiten, und einen Kongreß zu bieten, an dem sie so weit es an uns liegt, ihre helle Freude haben sollen. (Lebhafter Beifall.)

Die Debatte wird eröffnet.

Ed. Bernstein: Ich kann als Mitglied der Minderheit **die Mitteilungen Bebels über die Vorgänge in der deutschen Delegation durchaus bestätigen.** (Hört! hört!) So weit ich an den Sitzungen der Delegation teilgenommen habe, ist alles dort so zugegangen, wie Bebel es dargestellt hat. Ich habe in der Delegation dagegen gesprochen, daß wir uns auf die Dresdener Resolution festlegen sollen; die deutsche Delegation könne sehr gut erklären, daß die Dresdener Resolution in vielen Teilen speziell deutsche Verhältnisse betreffe. Da war es, wie Bebel bereits angeführt hat, Genosse Richard Fischer, der erklärte, wir Deutsche sind durch unsren Beschluß in Dresden moralisch gebunden, ein Nichteintreten für die Dresdener Resolution könnte geradezu als eine Desavouierung des Dresdener Beschlusses aufgefaßt werden, das könne die deutsche Delegation aber nicht zugeben. Diese Auffassung hat dann wohl auch die Entscheidung gegeben. Am letzten Tage erklärte Bebel in der Delegation: Wir sind gebunden den andern Nationen gegenüber, die die Hoffnung hegen, daß wir die Dresdener Resolution nicht im Stich lassen werden. Ich bestritt das. An der Abstimmung in der Delegation konnte ich aber nicht teilnehmen, da ich als Redner in der Plenarsitzung des Kongresses gerade vorgemerkt war. Ich bestätige weiter: undemokratisch ist in der Delegation nicht verfahren worden. (Hört! hört!) Ich habe bedauert, daß die Dresdener Resolution als internationale Regel angenommen worden ist, weil sie international nicht paßt. Ich habe in Dresden gegen sie opponiert, aber selbst wenn man sich auf den Standpunkt derer stellt, die sie in Dresden angenommen haben, so müssen doch selbst diese zugeben, daß sie auf Voraussetzungen zugeschnitten ist, die für andre Länder nicht bestehen. Für diese kann die Resolution viel Schaden anrichten. Das hat auch Anseele ausgesprochen, und nach Schluß des Kongresses **hat ein altes Mitglied der Internationalen, der hochverdiente Mitbegründer der**

belgischen Arbeiterpartei, Louis Bertrand, geschrieben, wenn in dieser Weise weiter verfahren werde, kommen wir von neuem zu einer Spaltung der Internationale. Ich freue mich konstatieren zu können, daß Bebel in Amsterdam im übrigen eine durchaus versöhnliche Haltung angenommen hat, so daß die Befürchtungen Bertrands hoffentlich nicht eintreten werden.

Noch einige Worte über den Abstimmungsmodus auf den internationalen Kongressen. Ich gebe zu, daß es absolut unmöglich ist, wie die Dinge liegen, einen Modus für die internationalen Abstimmungen zu finden, der allen Beteiligten gerecht wird. Wenn das aber unmöglich ist, sollte man Abstimmungen, die die Gemüter erregen, vermeiden, sollte man bei Resolutionen Rücksicht auf beide Teile nehmen. Bebel hat durch seine Mitteilung von dem Kampf um Katayama die Verhältnisse ja klassisch illustriert. Es sind aber noch andre Unregelmäßigkeiten im Amsterdam vorgekommen, denen doch in Zukunft vorgebeugt werden muß. So hatte die organisierte norwegische Sozialdemokratie einen Vertreter entsandt, als zweiter Vertreter Norwegens aber war der Delegierte eines sozialistischen Jugendbundes anwesend, der seiner Nationalität nach Russe war und auch beständig unter den russischen Delegierten saß. Bei der Abstimmung beanspruchte er die zweite Stimme Norwegens und stimmte entgegengesetzt zu dem Vertreter der norwegischen organisierten Partei. (Kautsky: Sein Mandat war aber von vornherein anerkannt!) Ganz recht, aber dadurch annullierte der Vertreter einer kleinen Sektion das Votum des Vertreters einer organisierten Partei. Aehnliche Verhältnisse liegen auch bei den Polen vor. Ich will nicht verschweigen, daß unter ihnen eine außerordentliche Mißstimmung herrschte, die sich zum Teil auch auf die deutsche Delegation mit übertrug, weil der Vertretung einer kleinen Sektion Gelegenheit gegeben wurde, gegenüber der großen organisierten Partei ihre Stimme als gleichwertig in die Wagschale zu werfen. Diese Anomalien müssen in Zukunft beseitigt werden.

Mit Freuden konstatiere ich, daß Bebel unparteiisch und sachlich referiert hat. (Pfannkuch: Haben Sie es etwa anders erwartet? Heiterkeit.) Nein, durchaus nicht. Aber Bebel irrt, wenn er meint, daß Jaurès nicht mit versöhnlichen Absichten nach Amsterdam gekommen sei. In seinem letzten Artikel in der „Humanité" vor dem Kongreß hob Jaurès hervor, daß die Spaltung in Frankreich bei weitem nicht so groß sei, wie man annehme. Die Guesdisten und Vaillant stimmten im Parlament fast in allen Fragen genau so wie die Jaurèsisten. Er fährt fort: „Wir gehen zum Kongreß in der Absicht, die Versöhnung, soweit es möglich ist, anzubahnen". Ich freue mich, daß der Kongreß in Amsterdam diese versöhnliche Stimmung verstärkt hat. Bebels Bemerkung über die englischen Gewerkschaften veranlaßt mich zu einer Ergänzung. Ich habe schon vorher darauf aufmerksam gemacht, daß sie Unterstützungsfonds, Sterbe-, Kranken-, Invalidenkassen zusammenwerfen. Aber das rechtfertigt die Erhebung des hohen Eintrittsgeldes durchaus nicht und ist kein Grund, diese Zustände auch in Zukunft aufrecht zu erhalten. Ja, man kann feststellen, daß englische Gewerkschaften Aufnahmevorschriften besitzen, die ausländische Arbeiter geradezu zwingen, Streikbrecher zu werden. (Hört! hört!) So nehmen einige englische Gewerkschaften nur Mitglieder auf, die einen bestimmten Minimallohn beziehen; kommen auswärtige Arbeiter nach England, wo andre Arbeitsmethoden herrschen, so verdienen sie in der ersten Zeit nicht den vollen Lohn. Sie können so nicht Mitglieder der Gewerkschaften werden, und auf diese Weise werden Streikbrecher großgezogen. Das Verfahren der englischen Gewerkschaften soll also in keiner Weise beschönigt oder verteidigt werden. Es müssen Vorkehrungen getroffen werden, die es den ausländischen Arbeitern ermöglichen, sofort Gewerkschaftler zu werden. (Zustimmung.)

Vorsitzender Ebert: Wer seinen Stimmzettel für die Wahl des Parteivorstandes noch nicht abgegeben hat, muß ihn jetzt sofort bei der Mandatsprüfungskommission abgeben. Die Abstimmung wird sofort geschlossen.

Maier-Frankfurt a. M.: Als Vorsitzender jener Versammlung, in der Quarck gesprochen, muß ich für seine Ausführungen um mildernde Umstände plädieren. Die Form, in der das Monstrum in die Zeitung gekommen ist, will ich nicht verteidigen. Aber die Darstellung Quarcks in jener Versammlung klang durchaus nicht so gehässig und abfällig, wie es der Bericht in der Zeitung darstellt. Quarck hat nur im allgemeinen bedauert, daß die Verhandlungen in der Taktikkommission nicht vor einem größeren Forum stattgefunden hätten, den zwei deutschen Delegierten aber hat er keinen Vorwurf gemacht. Auf die Frage der Abstimmung und der Unterschriftensammlung wollte Quarck durchaus nicht eingehen. Er hatte nur das Referat der Genossin Zetkin vor und meinte dazu: wenn das Stimmenverhältnis in der deutschen Delegation so dargestellt wird, dann muß ich doch darauf hinweisen, daß wir nach den Verhandlungen der Taktik-Kommission eine Sitzung der deutschen Delegation gehabt haben, wo uns von den Ergebnissen berichtet und Beschluß gefaßt werden sollte. Allerdings hat er die geschmacklose Aeußerung getan, daß er erst wie in der Frankfurter Stadtverordneten-Versammlung Unterschriften sammeln mußte, um die Abhaltung der Delegationssitzung herbeizuführen. Gegen diese Aeußerung ist bereits in der Versammlung Widerspruch erhoben worden. Ich bedaure, daß Bebel es nicht unterlassen konnte mitzuteilen, daß er die „Frankfurter Volksstimme" überhaupt nicht lese. Das macht in Frankfurt einen außerordentlich üblen Eindruck. (Heiterkeit.)

Habicht-Limburg: In jener Versammlung in Frankfurt a. M. hat Quarck noch mehr gesagt, als in der „Volksstimme" gestanden hat. Quarck meint es aber nicht so, wir sind froh und stolz auf ihn. Aber er hat auch gegen Molkenbuhr Angriffe gerichtet und das ist schon in der Versammlung gerügt worden. Das lassen sich die Frankfurter Genossen nicht gefallen und es liegt nur an der „Frankfurter Volksstimme", daß die Meinung dieser andern Genossen nicht zum Ausdruck gekommen ist. (Hört! hört!)

Bader-Magdeburg: Ich bestätige gleichfalls, daß es in der deutschen Delegation durchaus demokratisch hergegangen ist und daß die Darstellung des Genossen Bebel durchaus der Wahrheit entspricht. Am Sonntag ist in der Delegationsversammlung jedem Gegner der Resolution Gelegenheit gegeben worden, seine Auffassung zu vertreten. Quarck und Bernstein haben auch gegen die Uebertragung der Dresdener Resolution gesprochen. Das wurde damals abgelehnt, aber dann verschob sich die Stimmung nach den dreitägigen Debatten in der Taktikkommission, so daß der Wunsch entstanden ist, eine neue Sitzung abzuhalten. Von Stimmensammeln habe ich nichts gemerkt. Allerdings hat mir Quarck persönlich erklärt, daß er erst die Delegiertenversammlung in der Dämmerstunde veranlaßt habe. Im Gegensatz zum Sonntag war am Freitagnachmittag die Stimmung derartig, daß man sich nicht auf die Dresdener Resolution versteifen, sondern dem Amendement Adler-Vandervelde zustimmen wollte. Da erklärte Bebel, und er wurde darin von Richard Fischer unterstützt, er könne nun, wo man sich tagelang in der Taktikkommission und stundenlang im Plenum für die Dresdener Resolution eingesetzt habe, sich jetzt nicht mehr zurückziehen und die Resolution Adler-Vandervelde als die unsrige übernehmen. Auch hat Bebel es so dargestellt, als wenn das ein Rückzug wäre, eine Felonie gegen andre Nationen. Ich habe damals widersprochen, aber als Bebel erklärte, daß er nicht für die deutsche Delegation diese Erklärung abgeben könne, habe ich, trotzdem ich für das Amendement Adler-Vandervelde eingetreten war, Abstand davon genommen, diese Ansicht durch meine Abstimmung zu dokumentieren. So wie Bebel persönlich engagiert war, mußte gerade er diese Erklärung im Namen

der deutschen Delegation abgeben, oder sie konnte überhaupt nicht abgegeben werden. Da Bebel sich weigerte, war für mich persönlich die Sache entschieden und für andre auch. Bebel hat erklärt, daß ihm Schmeicheleien zuwider seien, er wolle Parteigenosse und nicht mehr sein. Da habe ich allerdings nicht verstanden, wie Bebel als einfacher Parteigenosse sich einem eventuellen Mehrheitsbeschluß der deutschen Delegation nicht fügen zu wollen erklären konnte, wie er es abzulehnen vermochte, im Namen der deutschen Delegation zu sagen, sie hätte sich nach der dreitägigen Taktikdebatte davon überzeugt, daß sie dem internationalen Gedanken in der Sozialdemokratie einen bessern Dienst leiste, wenn sie sich auf die Resolution Adler-Vandervelde zurückzöge. Es ist bei uns immer Sitte gewesen, daß man sich als Demokrat Mehrheitsbeschlüssen zu fügen hat und ich kann gar nicht einsehen, wie bei den Bruderparteien der Eindruck der Felonie entstehen sollte, wenn wir uns auf die Resolution Adler-Vandervelde geeinigt hätten.

Sachlich stand diese Resolution auf demselben Boden wie die Dresdener Resolution. Nur sollten nicht die deutschen Verhältnisse auf andre Länder übertragen werden. Wir waren der Meinung, daß gerade weil die Dresdener Resolution nicht ihrem Wortlaut sondern ihrem sachlichen Inhalt nach übernommen war, dem Frieden und der Vereinbarung unter den Bruderparteien am besten gedient werden würde. Hierzu kommt noch, daß nicht Deutschland, sondern die Guesdisten die Dresdener Resolution vorgeschlagen hatten. In der Delegationssitzung war es öfter betont worden, daß die Guesdisten Ruf und Autorität der deutschen Sozialdemokratie für sich in Anspruch nehmen wollten, um gegenüber den Jaurèsisten in Vorteil zu kommen. Gegen ihren Willen und ohne ihr Zutun sollten die deutschen Delegierten gleichsam als Vorspann von den Guesdisten benutzt werden. (Hört! hört!) Weshalb Bebel die Erklärung abgelehnt hat, bleibt mir unbegreiflich. Nun hat Bebel die Wirkung der Annahme der Dresdener Resolution als sehr günstig hingestellt. Ich will hoffen, daß seine Annahme sich bewahrheiten wird! Wäre aber die Resolution Adler-Vandervelde angenommen worden, wäre unstreitig ihre Wirkung noch größer gewesen, da sie eine größere Stimmenzahl auf sich vereinigt hätte. Bekanntlich wurde die Dresdener Resolution mit 27 Stimmen gegen 12 Enthaltungen und 5 Nein angenommen. Bei der Dresdener Resolution ist also im Plenum eine große Zersplitterung eingetreten. Imponierend wirkt das nicht.

Bömelburg: Ich bedauere, daß auf dem Amsterdamer Kongreß keine Gelegenheit war, die Ein- und Auswanderung eingehend zu besprechen. Das Verhalten mancher ausländischen Gewerkschaftsorganisation gegen die eingewanderten Arbeiter hätte sehr gründliche Erörterung verdient. In England werden tatsächlich äußerst hohe Eintrittsgelder erhoben. Die Bernsteinsche Bemerkung sollte diese Tatsache etwas abschwächen, aber in Wirklichkeit liegen die Dinge so, daß diese hohen Eintrittsgelder den eingewanderten Arbeitern den Eintritt in die Gewerkschafts-Organisation geradezu versperren. So haben in St. Louis die Organisationen vor Beginn der Ausstellungsarbeit ihre Mitgliederlisten geschlossen, so daß es keinem Eingewanderten möglich ist, aufgenommen zu werden. (Hört! hört! Bebel: Die reinen Zünftler!) Und als vor einigen Jahren in Dänemark die große Bauarbeiter-Aussperrung war, beschlossen die Engländer, keine Dänen aufzunehmen, die zugereisten mußten England wieder verlassen, obwohl Arbeit genug vorhanden war. Wir sollten darauf dringen, daß diese Frage einmal eingehend auf dem nächsten Kongreß besprochen wird. (Sehr richtig!) Wir Bauarbeiter müssen große Summen aufwenden, um den Streikbruch durch Ausländer zu verhindern, nicht nur indifferenter Arbeiter, sondern auch solcher, von denen wir wissen, daß sie in ihrer Heimat organisiert sind, die sich aber bei uns über die Gesetze der internationalen Solidarität hinwegsetzen. (Beifall.)

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Das Schlußwort erhält

Bebel: Nur wenige Worte. Die Frage, die Bömelburg angeregt hat, wird den nächsten internationalen Kongreß beschäftigen. Hoffentlich werden wir dann gründlich mit denen abrechnen, die das internationale Solidaritätsgefühl so wenig betätigen. (Bravo!) Ein Wort gegen Bader. Welche Wirkung es auf die französischen Genossen gehabt hätte, wenn anstatt der Dresdener Resolution das Amendement Adler-Vandervelde angenommen wäre, lasse ich dahingestellt, um ungelegt gebliebene Eier brauchen wir uns nicht zu kümmern. Ich kann nur konstatieren, daß ich mit dem Resultat des Kongresses sehr zufrieden bin. Ich habe erklärt, daß sachlich die Resolution Adler-Vandervelde nichts andres als die Dresdener Resolution bedeute, aber ich habe hinzugefügt, daß durch die Art und Weise, wie sie hinter unsrem Rücken eingebracht und wie sie verteidigt wurde, die Sache unwillkürlich das Ansehen einer Niederlage für uns bekommen haben würde, wenn wir von unsrer Resolution Abstand genommen hätten. Wenn dies Gefühl bei Bader nicht vorhanden war, so ist das seine Sache, ich habe dieses Gefühl gehabt und habe das auch Adler mitgeteilt. Wie sehr Adler sich selbst dagegen wehrt, daß man seinem Amendement einen falschen Sinn gab, geht daraus hervor, daß er im Plenum nachdrücklichst Jaurès angriff, der dadurch, daß er für das Amendement Adler-Vandervelde stimmte, dieses Amendement sozusagen diskreditiere. Weil ich nicht wünsche, daß ich gegen meinen Freund Adler ausgespielt werden könnte, füge ich hinzu, daß gerade Adler es war, der schon in der Kommission erklärte: „Ich betrachte die Taktik, die Jaurès befolgt, mit großem Unbehagen und großer Aengstlichkeit." „Ja," fügte er hinzu, „ich kann erklären, daß die **anonyme Teilnahme an der Regierung mir noch weit gefährlicher dünkt, als die offizielle Teilnahme unter der Regierung Millerands.**" Er hatte sich so scharf gegen die Taktik von Jaurès erklärt, daß ich ihm Wort für Wort beipflichten konnte. Und wie richtig mein Gefühl war, daß, wenn wir das Amendement Adler-Vandervelde annahmen, die andren Nationen, die für die Dresdener Resolution stimmten, in unsrem Verhalten eine Felonie sahen, das will ich Ihnen beweisen. Kaum hatten wir den Saal betreten, so hat schon einer unsrer Delegierten aus der Delegation pleine carrière Geschichten erzählt, die sehr tendenziös dargestellt waren. Darauf kamen in kurzer Zeit die Vertreter von fünf, sechs Nationen, die für die Dresdener Resolution eingetreten waren, in der höchsten Aufregung und fragten: Ja, ist es denn wahr, daß Ihr Deutsche jetzt für Vandervelde stimmen wollt? (Hört! Hört!) Ich betone daß es etwas andres ist, ob man auf einem Kongreß, wo alle dieselbe Sprache sprechen, verhandelt oder auf einem internationalen Kongreß. Wenn man hier nicht viel Zeit hat, um die Leute zu überzeugen, ist es unmöglich, eine Verständigung zu erzielen. Deshalb habe ich mir schon manchmal gesagt: Laß die Dinge laufen. Nun sagt Bader: Sie erklären, Sie wollen Genosse sein wie jeder andre, und doch haben Sie sich geweigert, das Mundstück der Delegation zu sein? Ja, da mache ich doch einen Unterschied. Wenn mir ein Auftrag gegeben wird, dann steht seine Annahme in meinem Willen, auch als einfacher Genosse. Hätte die Delegation anders entschieden, als ich es wünschte, dann hätte ich mich selbstverständlich gefügt, aber noch weiter zu gehen und eine Erklärung abzugeben, die im Gegensatz stand zu allem, was ich gesagt und getan hatte, das konnte man mir doch nicht zumuten. (Sehr richtig!) Wenn Bader sich in diese Situation hineindenkt, dann wird er vielleicht die Dinge etwas anders beurteilen. Es ist auf Anseele hingewiesen. Anseele war der einzige auf dem Kongreß, der nicht nur die Taktik von Jaurès verteidigte, sondern noch über ihr hinaus ging. Ich habe bei der raschen Art,

wie er spricht, ihn anfangs nicht genau verstanden, aber als ich nachher seine Rede las, fand ich, daß er eine ganze Reihe von Einwänden gegen die Dresdener Resolution machte, die gar nicht zutreffen; er stellte Dinge nach Annahme der Resolution nicht mehr als zulässig hin, über deren Zulässigkeit gar kein Zweifel herrschen kann, weil wir sie Tag für Tag üben. Es wurden endlich von zwei Frankfurter Delegierten über das Referat von Quarck Mitteilungen gemacht; es war interessant, daß sich beide schnurstracks gegenüberstanden. (Sehr richtig!) Meyer hat ausdrücklich erklärt, der Bericht über den Vortrag sei ein Monstrum gewesen. Ja, hatte denn Quarck als Redakteur keinen Einfluß, die Aufnahme eines solchen Monstrums in sein Blatt zu verhindern? Dem „Vorwärts" einen Vorwurf machen zu wollen, wäre das größte Unrecht. Ich habe durch die Freundlichkeit von Vollmar den Originalartikel von Quarck bekommen und damit den Auszug aus dem „Vorwärts" verglichen, und dieser Auszug deckt sich an den betreffenden Stellen Wort für Wort mit dem Artikel der „Frankfurter Volksstimme". Ich habe mich an diesen Bericht gehalten, ich weiß, Quarck ist ein sehr fleißiger Redakteur — das sei zu seinem Lobe gesagt —, von dem ich bisher annahm, daß kaum etwas in sein Blatt hineinkommt, was er vorher nicht kontrolliert hat. Und daß nun gar der Bericht über seine eigne Rede von ihm nicht gelesen sein sollte, das glaube ich, offen gestanden, nicht. Der andre Redner aus Frankfurt hat auch gesagt, das Referat sei noch viel schlimmer gewesen, als aus dem Bericht hervorging. Nun, da sei man zufrieden, daß nicht mehr gesagt worden ist. (Heiterkeit.)

Für das Internationale Bureau werden als Vertreter Auer, Bebel und Singer vorgeschlagen. Gewählt werden Bebel und Singer, nachdem Bebel erklärt hat, daß Auer auf seine Wiederwahl kein Gewicht legte.

Es folgt Punkt 8 der Tagesordnung:

Sonstige Anträge.

Die Anträge zerfallen in verschiedene Gruppen.

Die Anträge 16, 17, 18 und 19, die sich auf die Stichwahl-Taktik beziehen, finden die genügende Unterstützung, die auf Jugendvereine bezüglichen Anträge 27, 120 und 121 werden nicht unterstützt, ebensowenig die verschiedene Materien behandelnden Anträge 91, 92, 93, 94, 98 und 100.

Dietz: Die Anträge 95, 96 und 97 sind eigentlich keine Anträge, sondern nur Beruhigungsresolutionen. (Heiterkeit.) Wir brauchen darüber nicht abzustimmen, ich werde aber die Unterstützungsfrage stellen. Auch die Resolution gegen die „Leipziger Volkszeitung" gehört hierher.

Die Anträge 96 und 97 werden nicht unterstützt, Antrag 95 und die Resolutionen 140 und 141 gegen die „Leipziger Volkszeitung" finden die ausreichende Unterstützung.

Weiter wurden unterstützt der Antrag Katzenstein betreffend die Soldatenmißhandlungen (Nr. 142) nebst der Resolution, die dazu gestellt ist (Nr. 143), die Resolution Zetkin-Schulz betreffend die Schulfrage (Nr. 144), die Resolution Michels-Kautsky betreffend den Kampf der italienischen Genossen (Nr. 145), die Anträge 106, 107 nebst der Resolution Bebel-Bernstein betreffend das Fremdenrecht. (Nr. 138.)

Es wird die gemeinschaftliche Debatte über die Anträge 16, 17, 18 und 19 eröffnet.

Dr. Arons-Berlin beantragt Uebergang zur Tagesordnung. Ueber solche Anträge verhandle man am besten, wenn die Wahlen vor der Tür stehen und man die Situation überschauen könne. Heute schon Beschlüsse zu fassen, die erst in 4 Jahren aktuell sind, sei nicht erwünscht. (Bebel: Aehnliche Beschlüsse sind auch früher gefaßt, aber nicht gehalten worden.)

Dietz: Es ist noch ein Amendement Bader eingegangen, in Antrag 16 die Worte „in der Regel" einzufügen. (Lachen.)

Entsprechend dem Antrag Arons geht der Parteitag über die Anträge 16, 17, 18 und 19 zur Tagesordnung über.

Antrag 95 wird ohne Debatte abgelehnt.

Es folgt die Angelegenheit der **„Leipziger Volkszeitung".**

Lienau zieht seinen Antrag (Nr. 140) zugunsten des Antrages Gruenwaldt (Nr. 141) zurück.

Vorsitzender **Dietz:** Der Antrag Gruenwaldt ist in etwas veränderter Form dem Bureau zugegangen, unterschrieben von 116 Delegierten. Es heißt nicht mehr, daß die Notiz „voll tiefster Entrüstung", sondern „mit Entrüstung" zurückgewiesen wird. (Große Heiterkeit.) Nun ist uns von der Redaktion der „Leipziger Volkszeitung" folgendes Telegramm zugegangen:

„Die Notiz über Südekum ist von einem einzelnen Redakteur in Druck gegeben worden, der eine unmotivierte und versteckte Anspielung Südekums auf die Dresdener Vorgänge im Interesse der Zeitung zurückweisen zu sollen glaubte, aber dabei, wie er nach reiflicher Ueberlegung anerkennt, zu weit gegangen ist und die Notiz unter dem Ausdruck seines Bedauerns nach Form und Inhalt zurücknimmt. (Beifall.) Die Gesamtredaktion, die den Druck verhindert haben würde, wenn ihr das Manuskript vorgelegen hätte, schließt sich, insofern sie der Partei für den Gesamtinhalt der Zeitung verantwortlich ist, dem Bedauern ihres Kollegen an." (Beifall.)

Da der Antrag Gruenwaldt sich überhaupt zur Abstimmung wenig eignet, sondern den Zweck hat, die Anschauung der 116 Delegierten auszudrücken, so glaube ich, daß es genügt, wenn wir die Anschauung der Antragsteller und das Telegramm zur Kenntnis nehmen und damit die Angelegenheit für erledigt erklären. (Beifall und Zustimmung.)

Auf Wunsch der Redaktion der „Leipziger Volkszeitung" bringe ich noch folgende Erklärung der Zeitung zur Kenntnis des Parteitages:

„Nach dem Berichte der Parteipresse hat Genosse Schippel in der Mittwoch-Sitzung des Parteitages sich mehrfach in unrichtiger Weise auf die „Leipziger Volkszeitung" oder ihre Angehörigen bezogen. Wir ersuchen ergebenst, die folgende Berichtigung zur Kenntnis des Parteitages zu bringen:

1. Die Rechtfertigungsbroschüre des Genossen Mehring hat nicht 3 bis 4 Monate zu ihrer Fertigstellung bedurft. Sie ist bereits in der fünften Woche nach Schluß des Dresdener Parteitages von dem unterzeichneten Verlage im Druck veröffentlicht worden.

2. Ein mit dt. gezeichneter Artikel, der in der Kritik der Parteischiedsgerichte von „Wanzentaktik und dergleichen" gesprochen und die Partei verhöhnt haben soll, ist niemals in unserm Blatte erschienen."*)

Wir kommen nunmehr zu der Resolution Katzenstein-Vollmar-Bebel und zu der Resolution Katzenstein (betr. Militärmißhandlungen).

Zu der Resolution Katzenstein-Vollmar-Bebel ist der Zusatzantrag Meist-Köln (Nr. 146) eingelaufen:

Katzenstein begründet seine Resolution, zu der den Anstoß eine kürzlich erschienene Notiz des „Vorwärts" über eine Reihe besonders schwerer Soldatenmißhandlungen gegeben habe. Der betreffende Unteroffizier, der u. a.

*) Genosse Schippel war bei Bekanntgabe dieser Erklärung bereits von Bremen abgereist. Er bittet uns daher nachträglich um Aufnahme folgender Erklärung: Zu 1, daß hier ein sachlich ja ganz bedeutungsloser Sprech- oder Hörfehler vorliegen muß; zu 2, daß es sich um die folgenden zwei Artikel der „Leipziger Volkszeitung" handelte: Leitartikel „Wanzentaktik", Nummer vom 13. 6. 04, Artikel „Kein Gezänk", mit dt gezeichnet, Nummer vom 18. 6. 04. Beide Artikel sind dann in der Berichterstattung zusammengeworfen.

seine Leute gezwungen hat, Gewehröl vom Boden aufzulecken, so wie den Spucknapf auszulecken (Lebhafte Pfui!-Rufe), wurde zu 1½ Jahren Gefängnis und Degradation verurteilt. (Ruf: Viel zu wenig!) Hätte ein so Mißhandelter dem Unteroffizier nur einen Schlag versetzt, so wäre seine Strafe mehrmal so scharf gewesen. (Lebhaftes Sehr wahr!)

Die Aufforderungen, die wir in dem zweiten Absatz der Resolution an unsre Soldaten richten, werden für überzeugte Parteigenossen nicht notwendig sein. Aber gegenüber jungen Leuten, die noch haltlos sind und nicht recht wissen, wie sie sich zu verhalten haben, werden sie nützlich wirken können. Es gilt, der Feigheit entgegenzutreten, die nicht allein auf den gesetzlich gewährleisteten Beschwerdeweg verzichten läßt, sondern sogar zur Ableugnung tatsächlich mitangesehener Mißhandlungen, selbst unter Eideszwang, führt.

Schließlich möchte ich Ihnen auch noch den Antrag, den ich persönlich gestellt habe, empfehlen.

Ich glaube, daß der Bericht des Parteivorstandes nicht übermäßig belastet werden würde, wenn die schwersten und charakteristischsten Mißhandlungen in ihn aufgenommen würden. Nehmen Sie die Resolution an, es wird darin dokumentiert, daß die Sozialdemokratie als die Partei der Menschlichkeit es für ihre Hauptaufgabe erklärt, die ehrlose Schändung der menschlichen Persönlichkeit fortgesetzt zu bekämpfen. (Beifall.)

Pfannkuch erklärt sich für die Resolution Katzenstein-Vollmar-Bebel, aber gegen die Resolution Katzenstein, die den Parteibericht viel zu sehr belasten würde. (Katzenstein zieht den Antrag 142 zurück.) Dann kann ich mir weitere Ausführungen ersparen. (Heiterkeit.)

Meist empfiehlt seinen Zusatz. Jahrelang haben wir für die Oeffentlichkeit des Verfahrens gekämpft. Jetzt will man sie auf Umwegen beseitigen und dagegen müssen wir protestieren.

Einstimmig wird der Antrag 143 mit dem Zusatzantrag 146 angenommen.

Hierauf erstattet die **Mandats-Prüfungskommission** Bericht über die Wahlen.

Frau **Zietz** (als Berichterstatterin): Es sind abgegeben 266 Stimmen, davon waren 15 ungültig, weil für die Kontrolleure mehr als 9 Namen aufgeschrieben waren. Gewählt sind zu Vorsitzenden Singer mit 250, Bebel mit 249 Stimmen; außerdem erhielten Vollmar und Bernstein je 1 Stimme. Als Kassierer hat Gerisch 250 Stimmen erhalten. 1 Stimme entfiel auf Heinrich Braun. Zu Sekretären sind gewählt Auer mit 250, Molkenbuhr mit 250, Pfannkuch mit 249 Stimmen. Schwarz und Stadthagen erhielten je eine Stimme. Zu Kontrolleuren sind gewählt Meister mit 243, Brühne mit 237, Kaden, Geck, Könen mit 235, Ehrhart mit 232, Bock mit 230, Frau Zetkin mit 205 und Pfarr mit 202 Stimmen. Außerdem erhielten Berthold 69, Storch 67, Lienau 3, Frau Zietz 3, Bruhns und Schöpflin je 2, Meist, Segitz, Ebert, Leutert, Arons, Hug, Hoffmann-Hamburg, Quarck, Freiwaldt je 1 Stimme.

Meister: Im Namen der Kontrollkommission danke ich für das durch die Wiederwahl bewiesene Vertrauen und beantrage im Auftrage der Kontrollkommission, die Gehälter der Sekretäre und des Kassierers von 3600 auf 4200 Mk. zu erhöhen. Seit Stuttgart hat keine Erhöhung der Gehälter mehr stattgefunden. In allen Zeitungen usw. sind Erhöhungen bewilligt worden, die Kontrollkommission hofft daher, daß ihr Vorschlag allgemeine Billigung finden wird. Das von uns vorgeschlagene Gehalt entspricht dem Einkommen der besser gestellten Redakteure in unsrer Partei, wir glauben, daß die Tätigkeit unsrer Sekretäre und des Kassierers der der Redakteure durchaus gleichwertig ist. (Zustimmung.)

Vorsitzender **Dietz**: Da Wortmeldungen zu dem Antrage der Kontrollkommission, Gehaltserhöhungen des Kassierers und der Sekretäre betreffend, nicht vorliegen, so nehme ich an, daß der Parteitag den Antrag der Kontrollkommission akzeptiert ....

(Zurufe aus der Mitte der Delegierten: „Wieviel erhielten die Sekretäre und wie hoch ist die Zulage?")

Meister: Es wird gefragt, wieviel der Kassierer und die Sekretäre erhalten haben. Ich habe es vorhin bereits mitgeteilt. Sie erhielten bis dahin 3600 Mark, dieser Gehalt soll jetzt auf 4200 Mark erhöht werden.

Vorsitzender **Dietz**: Auch jetzt liegen Wortmeldungen nicht vor, — ich nehme an, daß der Parteitag dem Antrage der Kontrollkommission beitritt. Ich konstatiere das.

Frau **Zietz** berichtet hierauf über die **Beschwerden**. Die Genossen Jakobsen und Wolf beschwerten sich über die Zurückweisung zweier Anträge durch den Parteivorstand. In dem einen Fall handelt es sich um einen Vorschlag, in dem Antrag und Begründung nicht auseinandergehalten sind, weshalb wir die Beschwerde zurückwiesen. In dem zweiten Fall gaben wir der Beschwerde statt, indem wir den Antrag in Druck geben ließen. Der Antrag — er verlangte das Eintreten der Fraktion für eine gesetzliche Anerkennung des Rechts auf Arbeit — wurde dann dadurch erledigt, daß ihm der Parteitag die erforderliche Unterstützung versagte. Frau Hedwig Gubela beschwerte sich über einen Beschluß der Berliner Genossen, in dem diese erklärten, daß sie die Mitarbeit der Frau Gubela nicht wünschten. In Uebereinstimmung mit der Kontrollkommission waren wir der Ansicht, daß wir den einzelnen Organisationen keine Vorschriften darüber machen dürfen, wen sie zur Mitarbeit heranziehen wollen und wen nicht. Wir wiesen also die Beschwerde zurück. Schließlich hatten wir uns auch wieder mit dem Fall Kerrl zu beschäftigen. Kerrl wurde 1897 aus seiner Organisation in Delmenhorst ausgeschlossen. Er versäumte es, rechtzeitig Berufung einzulegen und hat seitdem auf allen Parteitagen um Wiederaufnahme des Verfahrens gebeten. Wir haben uns bemüht, eine Verständigung zwischen ihm und den Delmenhorster Genossen zu erzielen und es ist uns das auf der Grundlage der Resolution 147 gelungen, der wir den Parteitag zuzustimmen bitten.

Adolf Schulz: Jahrelang hat der Fall Kerrl die Delmenhorster Genossen beschäftigt und ihnen oft geschadet. Es ehrt die Delmenhorster Genossen, daß sie dieser Resolution zugestimmt haben. Hoffentlich wird Kerrl in Zukunft alles vermeiden, was zu neuen Differenzen Anlaß geben könnte. Nehmen Sie die Resolution an.

Die Resolution 147 wird angenommen. Der Bericht der Frau Zietz wird im übrigen zur Kenntnis genommen.

Vorsitzender **Dietz** teilt mit, daß die Kontrollkommission sich konstituiert und die Genossen Eberhard und Wengels zugewählt hat. (Zurufe: Und wer ist Vorsitzender?) Ach so, ich werde noch aufgefordert, die ganz selbstverständliche Mitteilung zu machen, daß Meister zum Vorsitzenden der Kontrollkommission gewählt ist. (Große Heiterkeit und Beifall.)

Hierauf wird der Antrag Schulz-Zetkin 144 zur Verhandlung gestellt.

Schulz-Bremen empfiehlt die Resolution. Schon vor dem Parteitage wurde von verschiedenen Seiten ausgesprochen, daß die Zeit für die Vorbereitung einer großen Debatte über die Schulfrage zu kurz sei, und daß es genüge, im gegenwärtigen Augenblick durch eine kurze und scharfe Resolution dazu Stellung zu nehmen. In diesem Sinne ist die Resolution abgefaßt. Wir sind selbstverständlich Gegner der Konfessionsschule, aber auch der sonst so beliebten Simultanschule. Was wir verlangen, nicht aus antireligiösen Gründen, sondern weil wir die Religion für Privatsache erklären, ist die völlige Beseitigung des Religionsunterrichts aus der Schule. Wir betrachten aber die Religionsfrage nicht

als eine Schulfrage, sondern erstreben, anknüpfend an Comenius und Pestalozzi, eine allgemeine Reform des Unterrichtswesens und wir sind stolz darauf, uns hierbei auf Goethe berufen zu können, der im „Wilhelm Meister" eine so herrliche Utopie der zukünftigen Erziehung dargelegt hat. Die Gedanken, die dieser Utopie zugrunde liegen, hat auch Marx anerkannt und zu klarer Formulierung gebracht. Auf irgend welche Einzelheiten geht unsre Resolution absichtlich nicht ein, weil darüber hoffentlich ein späterer Kongreß debattieren wird. Im letzten Absatz sprechen wir aus, daß eine wirkliche Lösung der Erziehungsfragen erst mit der Lösung der sozialen Frage möglich ist. Darum kann von keiner bürgerlichen Partei die Lösung der Schulfrage erwartet werden, sondern nur von der Sozialdemokratie. (Beifall.)

Die Resolution 144 wird mit großer Mehrheit angenommen.

Der Parteitag verhandelt sodann über die Resolution Michels (Nr. 145).

Michels begründet den Antrag unter Zurückziehung der Worte: „und siegreichen, durch den politischen Massenstreik ausgefochtenen". Es wurde uns mitgeteilt, daß diese Worte mißverstanden und eine neue Generalstreik-Debatte veranlassen könnten. Das haben wir natürlich nicht beabsichtigt, und da die Worte für den Sinn der Resolution unwesentlich sind, ziehen wir sie zurück. Genossen! Wir sind eine internationale Partei, da tut es gut, wenn einer den andern ermutigt. Unsrer italienischen Genossen Leid ist unser Leid, ihre Feinde sind unsre Feinde. Nehmen Sie also diesen Glückwunsch einstimmig an!

Der Antrag 145 wird angenommen.

Vorsitzender Dietz verliest folgende ihm zugegangene Erklärung:

„Durch einen von dem Vorsitzenden Genossen Dietz vorgenommenen Abstimmungsmodus wurde uns die Möglichkeit genommen, gegen die Erhöhung der Gehälter der Parteisekretäre zu stimmen. Wir erklären behalb, daß wir bei einem andren Abstimmungsmodus gegen diese Erhöhung gestimmt hätten."

Antrick. Schneider. Karl König. Hahn. Voigt. Jansen. Jentsch. Ewald. Schubert.

Ich habe nichts dagegen einzuwenden, wenn meine Geschäftsführung bemängelt wird, aber in diesem Falle haben die Genossen unrecht. Ich habe wiederhalt gefragt, ob Widerspruch gegen den Antrag erhoben werde, und erst als das nicht geschah, ungeachtet des Zeitraumes, der durch die Antwort des Genossen Meister verstrich, ihn für angenommen erklärt. Zeit genug zur Wortmeldung haben die protestierenden Genossen gehabt.

Antrick: Da wir dem Antrag ohne Zustimmung unsrer Mandatgeber nicht beitreten konnten, hätten wir dagegen gestimmt, wenn der Vorsitzende uns durch den üblichen Abstimmungsmodus dazu Gelegenheit gegeben hätte. Wir wollten keine Staatsaktion aus der Sache machen, sondern wünschten nur Gelegenheit zu haben, unsren abweichenden Standpunkt zum Ausdruck zu bringen.

Ebert: Ich möchte gegen das Vorgehen der Berliner Genossen entschieden Einspruch erheben. Wenn die Genossen zu einem Punkt der Tagesordnung etwas zu sagen haben, haben sie sich rechtzeitig zum Worte zu melden und nicht erst dann, wenn die Sache abgeschlossen ist, unter ganz falscher Motivierung eine Erklärung zu Protokoll abzugeben. (Lebhafte Zustimmung.)

Bittorf-Berlin konstatiert, daß nur ein verschwindend kleiner Teil der Berliner Delegierten die Erklärung unterschrieben habe.

Es folgt die Verhandlung über die Anträge 106 und 107 (Unterstützung der russischen Freiheitsbestrebungen) und das dazu gestellte Amendement Bernstein-Bebel (Schaffung eines modernen Fremdenrechts).

Bernstein begründet sein Amendement. Die Praxis unsrer Ausweisungen und Auslieferungen ist Ihnen ja allen bekannt. Es kamen Ausweisungen ausländischer Korrespondenten vor, die lediglich aus dem Grunde erfolgt sind, weil die betreffenden Personen die deutsche Regierung kritisiert hatten, während deutsche Journalisten in den betreffenden Ländern die dortigen Regierungen unbehindert zehnmal schärfer angreifen konnten. Es wird mit einer Willkür verfahren, die die Ausländer vollkommen rechtlos macht, und wir haben ja aus dem „Vorwärts" ersehen, wie die in Berlin ankommenden russischen Auswanderer den Auswanderungsagenten überliefert und mit Hilfe der Polizei bestimmten Schiffsgesellschaften zugewiesen werden. Die Rechtlosigkeit der Fremden in Deutschland wird dadurch illustriert, daß das bekannte Lehrbuch des Staatsrechts von Laband überhaupt nichts über das Aufenthaltsrecht der Fremden enthält. Das sind Zustände, die in einer ganzen Reihe moderner Staaten längst überwunden sind. Es ist ja selbstverständlich, daß ein absolutes Aufenthaltsrecht des Fremden unter den heutigen Verhältnissen nirgendwo existiert, aber es existieren doch in andern Ländern Vorschriften, die Ausländer wenigstens gegen die größte Willkür schützen. In **Dänemark** kann ein Ausländer, wenn er zwei Jahre im Lande lebt, **nur noch nach Begehen schwerer Verbrechen ausgewiesen werden,** und wenn er **fünf** Jahre im Lande ist, **überhaupt nicht mehr. Norwegen** läßt Ausweisungen nur durch einen **Akt des Ministeriums** zu, in **Belgien** muß jede Ausweisung der **Kammer vorgelegt werden.** Am weitestgehenden ist der Fremdenschutz in **England,** wo eine **Ausweisung überhaupt nur durch Beschluß der Volksvertretung erfolgen kann,** und auch das nur in den **ersten 7 Jahren** des Aufenthalts. Es ist notwendig, daß wir ein Fremdenrecht erhalten, wie es unsren modernen Kultur- und Verkehrsverhältnissen entspricht.

Dr. Liebknecht: Ueber die Resolutionen 106 und 107 brauche ich kein Wort der Begründung mehr zu verlieren. Ich halte es für selbstverständlich, daß diese Resolutionen einstimmig angenommen werden. Nur einige Bemerkungen zur Begründung des Bernsteinschen Amendements. Ich habe mich im vorigen Herbst aus Anlaß der Fälle Krassikow und Schekoldin mit allen in Betracht kommenden deutschen Behörden in Verbindung gesetzt, um deren Auffassung zu erfahren, und habe gehört, daß die **übereinstimmende Auffassung sowohl** der **Gerichte** wie der **Kriminal- und Verwaltungsbehörden dahin** geht, **daß Ausländer nicht einmal die verfassungsmäßigen Grundrechte, das Recht der Wohnung,** der **freien Persönlichkeit usw. haben,** die dem Einheimischen, selbst wenn er der größte Verbrecher ist, ohne weiteres zustehen. Die Behörden sprechen sich das Recht zu, bei **Ausländern Tag und Nacht beliebig Haussuchungen zu veranstalten,** sie zu **jeder Zeit zu verhaften,** ihnen ihr **Eigentum zu nehmen** und sie **unbegrenzt in Haft zu behalten.** Sie deduzieren nämlich: Wir dürfen jederzeit prüfen, ob jemand ein lästiger Ausländer ist; alle Ermittelungen, die zu dieser Prüfung dienen, dürfen wir vornehmen, ohne daß uns das Gesetz irgendwelche Schranken auferlegt. — Angesichts solcher Zustände müssen wir mit aller Energie die Einführung genügender Garantien für Ausländer verlangen. Es muß für Ausweisungen ein geordnetes Verfahren festgesetzt werden. Solche Ausweisungen sind ja oft genug Existenzfragen für ganze Familien und viel schlimmer als zivil- und strafrechtliche Verfolgungen, bei denen noch dazu schützende Garantien gegeben sind. Gegen das unerhörte ausbeuterische und erpresserische Verfahren der beiden Schiffsgesellschaften müssen wir gerade hier in Bremen, dem Sitz des Norddeutschen Lloyd, aufs schärfste protestieren. Es muß festgestellt werden, daß diese Maßnahmen durch die Erklärungen der „National-Zeitung", der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" und des „Hamburger Korrespondenten"

nicht im geringsten gerechtfertigt sind. Man hat gesagt, eine Ueberwachung sei aus sanitären Gründen notwendig. Das kann nicht zutreffen, denn das sanitäre Interesse kann niemals erheischen, daß Russen, die seit Jahren in Deutschland gelebt haben, dann, wenn sie Deutschland verlassen wollen, der Untersuchung unterworfen werden. Die Untersuchung fällt aber auch weg bei allen Russen, die nicht 4. Klasse oder Zwischendeck fahren. Ein gewisses Maß von Zahlungsfähigkeit macht nach Ansicht jener Zeitungen ohne weiteres seuchenfrei und immun. Die höchst verdächtigen Zwischendecker dagegen hält man mit allen Schikanen in Deutschland zurück. Es heißt weiter, daß die Kosten eines eventuellen Rücktransportes vermieden werden müßten. Deshalb seien die Verträge mit den Gesellschaften abgeschlossen. Auch das trifft nicht zu. Ich sehe absolut nicht ein, weshalb, wenn es sich nur darum handelt, pekuniäre Lasten vom Staate abzuwehren, den beiden deutschen Gesellschaften ein Monopol übertragen werden soll. Wenn z. B. irgend ein Russe mit einer englischen oder holländischen Linie von England oder Holland abfahren will und in Amerika nicht angenommen wird, so erwächst Deutschland doch keinerlei Verpflichtung. Hier tritt deutlich hervor, daß durch diese Maßnahmen in Wirklichkeit lediglich reaktionäre Interessen verfolgt werden. Einerseits hat man ein lebhaftes Interesse daran, diese großen deutschen Unternehmungen im Gegensatze zu den ausländischen zu unterstützen; es ist eine Art Schutzzoll für unsre deutschen Schiffahrtsgesellschaften: „in Rußland werden nur deutsche Linien honoriert," so belehrte man mich im Berliner Bureau des Norddeutschen Lloyd. Auf der andern Seite hat man das lebhafteste Interesse daran, auch Väterchen einen Gefallen zu tun. Wenn jemand einen richtigen legitimen Paß hat, mit dem er ohne Gefährdung wieder nach Rußland zurückkehren kann, so wird er unter Umständen von den Schiffahrtsgesellschaften mit einem Billet nach London abgefunden. Sonst aber, wenn er in der bösesten Zwangslage ist — denn unerlaubtes Verlassen Rußlands wird schon bestraft —, verlangt man, daß er ein Billet nach Amerika nimmt, und wenn er das nicht will, wird er an die Grenze zurücktransportiert. Die Leute haben also die Wahl: Entweder ihr zahlt Löwegeld an Ballin oder müßt nach Rußland zurück und werdet, sofern ihr Deserteure seid, auf diese Weise ins Zuchthaus oder in den Tod gejagt, mit andern Worten: Entweder ein Extraprofit für Ballin oder ein Liebesdienst für den Zarismus. Daß das schmachvoll ist, darüber ist kein Wort zu verlieren. Ich möchte darauf hinweisen, daß dieselben Behörden, die diesen Auswanderern solche Schwierigkeiten bereiten, die Grenzen sperrangelweit aufmachen, wenn es sich darum handelt, russische Arbeiter, die für Junker und Großindustrielle billige Arbeit liefern, einzulassen. Man kann also auch anders! Man hat gesagt, es bestehe die Möglichkeit, sofort Abhilfe zu schaffen, da das Auswanderungsgesetz dem Reiche das Recht verleiht, Auswandereragenten und Unternehmern die Konzession zu entziehen. Aber das ist ja das skandalöse, daß diese ganzen ungesetzlichen Machenschaften vor den Augen und mit Unterstützung der Polizei geschehen. Da kann, wenn nicht die Gesetzgebung eingreift, nur eine Hilfe kommen, nämlich vom Auslande. Amerika hat Ballin und Genossen ja schon einen bösen Schrecken eingejagt, indem es damit drohte, es würden nur noch Personen aufgenommen werden, die auf amerikanischen Schiffen transportiert sind. — Die Sache ist, wenn es sich um sanitäre Rücksichten handelt, so leicht zu beseitigen: es braucht nur den Gesellschaften die Kontrolle in Deutschland ermöglicht, oder was noch besser, eine meinethalben gebührenpflichtige, allgemeine Kontrolle von Reichswegen eingeführt und das Monopol der beiden Gesellschaften aufgehoben zu werden. Jene unerhörte Verquickung der Profitinteressen einzelner Gesellschaften mit der Ausübung obrigkeitlicher Befugnisse ist es, gegen die wir aufs schärfste Front machen müssen. Sie ist das skandalöseste an der Sache! — Nehmen Sie die Anträge einstimmig an und

dokumentieren Sie dadurch, daß es nach unsrer Auffassung genug ist der Liebedienerei und Kriecherei vor dem Zarismus, und daß wir nicht wünschen, daß das Ausland mit den Fingern auf uns weist. Es ist Pflicht der Sozialdemokratie, den russischen Genossen, soweit es die deutschen Gesetze zulassen, Hilfe zu leisten. Die einmütige Annahme der Gesetze wird dazu dienen, dies als einmütige Ueberzeugung der deutschen Sozialdemokratie zum Ausdruck zu bringen. (Beifall.)

Bernstein: Ich bin gebeten worden, mit einigen Worten noch der Dänenpolitik zu gedenken, der skandalösen Abschiebungen von Bewohnern Nordschleswigs, deren Eltern schon auf deutschem Boden lebten, die aber ausgewiesen wurden, weil sie ihre Naturalisation nicht nachweisen konnten. Auch gegen diese skandalöse Aufenthaltsbeschränkung protestieren wir durch unsre Resolution, um deren einstimmige Annahme ich Sie bitte.

Damit schließt die Debatte.

Der Antrag 106 wird mit der Resolution Bernstein-Bebel einstimmig angenommen, Antrag 107 ist durch diese Beschlußfassung erledigt. Weitere Anträge liegen nicht vor.

Der Parteitag schreitet zur Wahl des Ortes für den nächsten Parteitag.

Die hierzu gestellten Anträge 113, 115, 116 und 117 werden unterstützt, 112 und 114 dagegen nicht.

Leber-Jena: Es ist das zweite Mal, daß ich auf einem Parteitag für Jena Propaganda mache. Jena ist heute nicht mehr der Ort, wie vor zehn Jahren. Er hat sich industriell außerordentlich entwickelt, und es besteht dort eine Parteibewegung, die allen Ansprüchen der Genossen gerecht werden kann. (Zuruf Bebels: Sehr richtig!) Es ist mir gesagt worden: Ach, Ihr in Jena habt ja gar kein Geld! (Große Heiterkeit.) Das muß ich ganz entschieden zurückweisen. (Bravo! und große Heiterkeit.) Das ist eine Beleidigung für uns. (Erneute Heiterkeit.) Wir haben die Kosten der letzten Wahl selbst aufgebracht (Bravo!), da werden wir doch auch die Kosten des Parteitags aufbringen können (Bravo!). Dann ist mir gesagt worden, wir hätten keine Wohnungen. (Heiterkeit.) Auch das ist nicht wahr. Wir haben über tausend Studenten, die zurzeit des Parteitages nicht anwesend sind. Dann bekommen Sie also eine Menge schöner Privatwohnungen, besser als Hotelzimmer. Und nun zum Hauptpunkt. Wir haben seit Jahren ein Lokal, das von der Zeißschen Stiftung gebaut ist und den Sozialdemokraten zu allen Versammlungen zur Verfügung steht. Das Lokal, in dem wir hier tagen, hat ja etwas voraus vor allen, in denen in den letzten Jahren Kongresse abgehalten sind. Aber das von Jena ist noch bedeutend schöner und besser. (Zuruf Bebels: Sehr wahr!) Ich bitte Sie daher, nach Jena zu kommen. Es geht nicht, daß wir immer aus dem Norden nach dem Süden ziehen, umgekehrt müssen wir auch einmal nach Mitteldeutschland ziehen. Nehmen Sie unsren Antrag einstimmig an. (Lebhafter Beifall.)

Dönnecke-Mühlhausen (Thüringen): Im vorigen Jahre haben wir den sächsischen Genossen, vor zwei Jahren den süddeutschen Rechnung getragen. Das Gerechtigkeitsgefühl muß Sie veranlassen, auch mal den Wunsch der Genossen aus Mitteldeutschland, speziell aus Thüringen, zu erfüllen. Ich bitte Sie dringend, den nächsten Parteitag in Jena abzuhalten. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Dietz: Ich glaube, es wird in Ihrem Sinne liegen, daß ich jetzt den Vertretern der verschiedenen in Frage kommenden Städte der Reihe nach das Wort gebe, damit jeder die Schönheit seiner Stadt hervorheben kann. (Große Heiterkeit.) Sie werden dann in der Lage sein, sich das Beste wählen zu können. (Heiterkeit.)

Lehmann-Mannheim: Ich will der Welt nicht das Schauspiel bieten, daß wir gegenseitig die von uns vertretenen Orte über den grünen Klee hinaus loben (Heiterkeit) und beschränke mich darauf, zu sagen, daß auch wir in Mannheim eine gute und starke Organisation haben, daß wir Lokalitäten besitzen, und daß wir dem Parteitag etwas Gutes bieten können. Ich habe nicht nötig, Mannheim besonders herauszustreichen. Wir haben mit unserm Antrage bis zur Fertigstellung unsrer städtischen Festhalle gewartet, jetzt aber glauben wir Anspruch darauf zu haben, daß auch Baden mal an die Reihe kommt. (Sehr richtig!) Wir müssen auch mal die südwestdeutsche Ecke berücksichtigen. Ist das, was über Jena gesagt worden ist, wahr, dann wird, wenn wir im nächsten Jahre dort tagen, der Parteitag womöglich zu dem Entschluß kommen, für immer in Jena zu tagen. (Heiterkeit.) Schon aus diesem Grunde bitte ich Sie, das nächste Mal nach Mannheim zu gehen. Dann hätten wir auch nichts dagegen, für immer in Jena zu bleiben. (Stürmische Heiterkeit.)

Löwenstein-Nürnberg (mit Beifall begrüßt): Es bedarf wohl nicht vieler Worte, um den Antrag der Nürnberger Genossen zu begründen. Es versteht sich von selbst, daß die Nürnberger Genossen es sich nicht nur zur hohen Ehre anrechnen würden, wenn der Parteitag in Nürnberg abgehalten wird, sondern auch, daß sie alles aufbieten würden, um den Vertretern des werktätigen Volkes den Aufenthalt so angenehm wie möglich zu machen. Zu beachten dürfte auch die günstige Lage Nürnbergs als Kongreßort sein. Dazu kommt, daß die ehemalige freie Reichsstadt Nürnberg des Interessanten und Schönen so viel bietet, daß auch aus diesem Grunde die Wahl Nürnbergs gerechtfertigt wäre. Schon im Jahre 1868 tagte in Nürnberg ein Arbeiterkongreß, auf dem es unter der Führung seiner Vorkämpfer, namentlich Liebknechts und Bebels, gelungen ist, die Harmonieapostel aus dem Arbeiterverein herauszudrängen, so daß die klassen- und zielbewußten Arbeitervertreter das Feld behaupteten. Für den Parteitag wäre es ein erhabenes Gefühl, zu sehen, wie nicht nur aus verhältnismäßig kleinen Anfängen die Dreimillionenpartei sich herausgebildet hat, sondern wie auch Nürnberg zu einer sozialdemokratischen Hochburg geworden ist. (Bravo!) Möge sich der Parteitag daher einstimmig für Nürnberg entscheiden. (Beifall.)

Horn-Stettin: Bisher ist dem Wunsch der Stettiner, auch mal in Pommern den Parteitag abzuhalten, noch nicht entsprochen worden, und voraussichtlich wird es ja wohl auch heute nicht geschehen. (Heiterkeit.) Um nicht in Vergessenheit zu kommen (Heiterkeit), stellen wir immer von neuem den Antrag. In Stettin können wir Ihnen alles bieten, was Sie beanspruchen können. Wir haben vorgestern eine wunderschöne Fahrt nach Helgoland gemacht. In Stettin können wir Ihnen ebensolche Fahrt versprechen (Stürmische Heiterkeit) und zwar nach der Insel Rügen, und ich kann jetzt schon erklären, daß wir auch dafür Sorge tragen werden, daß wir nicht so viel Seekranke haben, wie auf der Fahrt nach Helgoland. (Erneute große Heiterkeit.)

Vorsitzender Dietz: Wir kommen zur Abstimmung. Wer in der Minderheit bleibt, muß sich schon darauf gefaßt machen, in den nächsten Jahren mal an die Reihe zu kommen. (Heiterkeit.)

Der Parteitag beschließt, den nächsten Parteitag in Jena abzuhalten. — Die Geschäfte des Parteitages sind erledigt.

Vorsitzender Dietz: Der Parteitag ist am Schluß seiner geschäftlichen Angelegenheiten. Wir haben alles ordnungsmäßig erledigt. Ich glaube nunmehr in Ihrem Sinne zu handeln, wenn ich den Bremer Genossen herzlichsten Dank ausspreche für die liebenswürdige Art, mit welcher sie uns empfangen haben (Lebhafte Zustimmung), für das herrliche Parkfest, für den herrlichen Saal, den sie so wunderbar ausgeschmückt haben, und endlich auch für die prächtige

Helgolandfahrt. (Beifall.) Da hat sich wieder einmal gezeigt, daß Seeluft beruhigt. (Große Heiterkeit.)

Gestatten Sie mir eine kurze Uebersicht über unsre erledigten Geschäfte zu geben. Sie haben eine Aenderung der Tagesordnung abgelehnt, und es hat sich gezeigt, daß das gut war, denn sonst wären wir kaum mit unsrer Zeit ausgekommen. — Sie haben darauf verzichtet, heute schon zu bestimmen, was auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages kommen soll. Auch das ist weise gehandelt, denn wir können nicht wissen, was bis zum nächsten Jahre alles passiert. — Wir haben sodann die Berichte des Vorstandes und der Kontrollkommission entgegengenommen, die im allgemeinen gut lauteten, und ich glaube, wir sind beiden Körperschaften für Ihre Mühewaltung großen Dank schuldig. (Beifall.) Unangenehm waren nur die Mülhausener und Bielefelder Affären. Aber nachdem das hier öffentlich gerügt ist, wird hoffentlich die Kontrollkommission sich mit derartigen Dingen nicht wieder zu befassen haben. (Sehr gut!) — Auch mit der Tätigkeit der Reichstagsfraktion hat sich der Parteitag im allgemeinen einverstanden erklärt.

Der Fall Schippel ist nun hoffentlich erledigt. Die jetzige Situation wird Schippel veranlassen, vorsichtiger zu werden. In der Frage: Brotzölle oder nicht, gibt es nur ein Entweder — Oder! (Sehr richtig!) Das wird sich Schippel hinter die Ohren schreiben, und ich glaube, wir werden nicht noch einmal über einen solchen Fall zu verhandeln haben. — Die Organisationsfrage war, wie die vielen Anträge beweisen, allmählich zu einer brennenden geworden. Wir glauben, daß die Kommission die Angelegenheit in befriedigender Weise lösen und daß sie neue Stufen hauen wird, auf denen wir weiter und höher emporsteigen können. (Beifall.) — Auch die Frage der Maifeier fand eine befriedigende, wenn auch keine endgültige Lösung, darüber werden noch weitere Beratungen seitens der Gewerkschaften gepflogen werden. Es ist indessen alles darin einig, daß die würdigste Feier des 1. Mai die Arbeitsruhe ist. — In der Frage der Kommunalpolitik, einem der schwierigsten Gebiete, ist es vorläufig durch die Annahme der Resolution Lindemann zum Abschluß gekommen. Aber diese Frage wird nicht ruhen. Da sie aktuell ist und tief eingreift in alle unsre politischen Maßnahmen, wird sie immer und immer wieder diskutiert werden. Die hier gegebenen Anregungen werden zweifellos ihre Wirkung ausüben. — Heute morgen haben wir das Referat unsres ewig jungen Bebel entgegengenommen, und der Parteitag hat sich im wesentlichen mit seinen Ausführungen einverstanden erklärt. Deutlich geht daraus hervor, daß die deutsche Sozialdemokratie international ist, wie keine sozialdemokratische Partei irgend eines andern Landes. (Beifall.) — Die sonstigen Anträge sind auch nicht zu kurz gekommen. Wir haben wieder bewiesen, daß die Partei alles, was dem Fortschritt dient, in die Hand nimmt. Die Sozialdemokratie ist eben verpflichtet, die führende Rolle in allen solchen Fragen zu übernehmen. Das, was eigentlich Pflicht des Liberalismus wäre, müssen wir erfüllen, um die Stagnation zu beseitigen und dem Fortschritt zum Recht zu verhelfen. (Sehr wahr!)

So kann man sagen, daß der Parteitag von Bremen in fleißiger Arbeit der guten Sache gedient hat. Neue Gedanken sind ausgestreut, die hoffentlich reiche Ernte zeitigen werden. Diejenigen allerdings — und das trifft die bürgerlichen Parteien —, die glaubten, daß es hier zu „interessanten" Auseinandersetzungen kommen würde, haben ihre Rechnung nicht gefunden. Aber wir können es ihnen niemals recht machen. Sind wir interessant, dann kriegen wir was aufs Dach (Heiterkeit), und erledigen wir in ruhiger Weise die Geschäfte, dann kriegen wir auch was. (Sehr richtig!) Dann sagt man: Wir haben geglaubt, Ihr würdet hier Bäume aus der Erde reißen, das ist nicht geschehen, Ihr seid langweilig. (Laute Heiterkeit.) In dieser Stimmung können Sie die bürgerliche Presse allerorts jetzt antreffen.

Ginge es nach uns, hätten wir zu entscheiden, so würde der Weg zu unsren Zielen sich allmählich verbreitern und endlich durch blühendes Gefilde führen und Arbeit, Kunst und Wissenschaft die Begleiterinnen sein. Unsre Gegner freilich wünschen, daß unser Weg durch blutige Schlachtfelder und über Barrikaden führen möge. (Sehr richtig!) Aber den Gefallen tun wir ihnen nicht. Wir halten es mit unsrem alten Vorkämpfer Friedrich Engels, der da gesagt hat: „Bei der Gesetzmäßigkeit der Sozialdemokratie bekommt die Bewegung rote Wangen und pralle Lenden." Das ist richtig. Wir drängen alle sicher in den Sozialismus hinein; denn einer Armee von Freiwilligen, die nach Millionen zählt, kann die alte, morsch gewordene Gesellschaft keinen Widerstand mehr leisten. (Lebhafter Beifall.) Um unser Ziel zu erreichen, dazu bedarf es Agitation, Organisation und die alte bewährte Opferfreudigkeit. Diese wollen wir auch betätigen im nächsten Jahre und immerdar. Das bekräftigen wir durch ein dreifaches Hoch auf das Blühen und Gedeihen der deutschen Sozialdemokratie. Sie lebe hoch! (Die Delegierten stimmen dreimal in das Hoch ein und singen stehend den ersten Vers der Arbeiter-Marseillaise.)

Der Parteitag ist geschlossen.

Schluß 1¼ Uhr.

Zuschriften und Telegramme.

Amsterdam. Parteivorstand der holländischen Sozialdemokratie. — **Berlin.** Paul Singer. — Genossen aus der Weberstraße. — Streikende Maurer aus Bremen. — Zwei ungarische und drei deutsche Arbeiter. — Zentralverband der Maschinisten und Heizer, Ortsverwaltung Berlin. — Vorstand der polnischen sozialistischen Partei Deutschlands. — **Bonn.** Vom Stiftungsfest des Arbeiter-Radfahrervereins. — **Bromberg.** Bromberger Arbeiterschaft. — **Brüssel.** Sozialistisches Bureau. — **Budapest.** Die Leitung der sozialdemokratischen Partei Ungarns. — Baumgarten. — **Cassel.** Mehrere Parteigenossen. — **Chicago.** Neues Leben. — Die sozialistische Partei Amerikas. — **Darmstadt.** Schmausgesellschaft in Cramers Neubau. — **Dresden.** Die Parteigenossen in Dresden-Altstadt. — **Durlach.** Die Genossen Durlachs. — **Eichwalde-Berlin.** J. Auer. — **Eutin.** Die Parteigenossen in Eutin. — **Genf.** Der Generalrat der revolutionären Sozialdemokratie Rußlands. — **Gera.** M. Müller. — **Großenstein.** Die Ronneburger Genossen von ihrem Ausflug. — **Hamburg.** 3. Hamburger Wahlkreis 172. Bezirk von seinem Ausflug. — Streikende Bremer Maurer. — **Jena.** Die Genossen Jenas. — **Johannesburg.** Verein Vorwärts. — **Kappeln.** Die Genossen aus Kappeln. — **Kopenhagen.** Die Sozialdemokratie in Dänemark. — **Leipzig.** „Leipziger Volkszeitung". — Ausflügler des sozialdemokratischen Vereins. — **London.** Friedrich Leßner. — **Luxemburg.** Luxemburger sozialdemokratische Partei. — Der sozialdemokratische Lesekklub. — **Mühlhausen.** Ernst Haase. Albin Schmidt. — **Mülheim-Ruhr.** Soz. Vereins-Versammlung. — **Paris.** Parti Socialiste Français. — Deutscher Sozialdemokratischer Lesekklub. — **Rom.** Italienischer Parteivorstand und Redaktion „Avanti". — **Saarbrücken.** Die Vorposten an der Saar. — **Spiez.** Das kämpfende jüdische Proletariat von Lithauen, Polen und Rußland. — **Stralsund.** Im Gewerkschaftshaus versammelte Parteigenossen Stralsunds. — **Werdau.** Die in Gesau versammelt gewesenen Genossen. — **Wiesbaden.** Ein junger Wiesbadener Genosse.

Ausländische Gäste sind auf dem Parteitage:

Aus **England**:

J. B. **Aslew**, englische sozialdemokratische Federation.

Aus **Oesterreich**:

Anton Nemec, Tschechoslawisch-sozialdemokratische Arbeiterpartei.

Adelheid Popp, Schuhmeier, Winarsky.

Bericht

über die

dritte sozialdemokratische Frauenkonferenz in Bremen

am 17. und 18. September 1904

Erster Verhandlungstag. — Vormittags-Sitzung.

Die dritte Konferenz der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands ist vor dem allgemeinen Parteitag der Sozialdemokratie einberufen.

Fräulein **Baader**-Berlin eröffnet um 9¼ Uhr die Verhandlungen und heißt die Erschienenen herzlich willkommen. Immer deutlicher tritt — so hebt sie in ihrer Ansprache hervor — die Notwendigkeit unsrer Frauenkonferenzen für die sozialistische Frauenbewegung hervor. Aus kleinen Anfängen sind diese Konferenzen entstanden. Schon auf dem Gothaer Parteitage fanden in den Abendstunden Zusammenkünfte der weiblichen Delegierten statt, in denen Agitationsfragen erörtert wurden. Viel konnte bei diesen Zusammenkünften, die stattfanden, wenn die Genossinnen schon ermüdet waren, nicht herauskommen. Deshalb stellte sich die Notwendigkeit heraus, besondere Konferenzen abzuhalten. Die erste Frauenkonferenz fand in Mainz statt, sie war viel schwächer besucht, als die heutige. Auch die zweite Konferenz, die wir in München abhielten, hat uns ein gutes Stück vorwärts gebracht. Heute zeigt nicht nur die Zahl der Delegierten den erfreulichen Fortschritt, sondern auch der Umstand, daß diesmal solche Gegenden vertreten sind, in denen die sozialistische Frauenbewegung erst in den letzten Jahren Fuß gefaßt hat. Die Anregungen, die auf diesen Konferenzen gegeben werden, tragen zur Belebung des Parteilebens in den Kreisen der Frauenbewegung bei. Nach jeder Konferenz sehen wir, wie neues Leben erwacht. So erhoffen wir auch von dieser Konferenz neue Fortschritte. Unsre Tagesordnung ist bedeutsam. Es gilt für eine bessere Ausgestaltung unsrer politischen und gewerkschaftlichen Agitation zu sorgen, um noch mehr Frauen als bisher in das Heer der Kämpfer um die Befreiung der Menschheit einzureihen.

Rednerin gedenkt in herzlichen Worten der verstorbenen Genossinnen. So ist im letzteren Jahre die treue Genossin Teumer in Ober-Reichenbach gestorben, eine Proletarierin, die Not, Elend und Ueberarbeit mit der Proletarierkrankheit bezahlt hat. Gestorben ist weiter die Genossin Heinrich, die in Gotha schon einige Bezirke Schlesiens vertreten hat. Auch sie hat unter den elenden Verhältnissen gelebt, die die heutige Gesellschaft gerade den arbeitenden Menschen auferlegt. Sie war eine treue, aufopfernde Genossin. Gestorben ist dann in London Frau Guillaume Schack. Ihr hat die Arbeiterinnenbewegung Anfang der achtziger Jahre viel zu verdanken gehabt. Besondere Verdienste erwarb sie sich damals in der Abwehr des Garnzolls, der die Hausindustriellen bedrohte. Später schloß sie sich in London den Anarchisten an. Sie war nicht mehr unsre Parteigenossin; trotzdem gedenken wir ihrer in dankbarer Erinnerung

Folgen wir dem Vorbilde, das uns diese Frauen gegeben haben und erheben wir uns zu ihrem Gedenken. (Die Versammelten erheben sich von ihren Plätzen.)

Dann wird die Wahl des Bureaus vorgenommen. Auf Vorschlag der Genossin Greifenberg werden zu Vorsitzenden die Genossinnen Zetkin und Zietz-Hamburg, zur Schriftführerin Genossin Riemann-Chemnitz gewählt. Auf Antrag der Genossin Zietz wird Frau Bosse-Bremen als Schriftführerin hinzu gewählt und mit der Führung der Rednerliste beauftragt.

Genossin Zetkin beantragt die Sitzung von 9—1 Uhr und 3—7 Uhr abzuhalten. So werde die gute alte Tradition des achtstündigen Arbeitstages aufrechterhalten. (Heiterkeit.) Der Vorschlag wird unwidersprochen genehmigt.

In die Mandatsprüfungskommission werden auf Antrag der Genossin Lutz-Berlin die Genossinnen Zeise-Köln, Pötzsch-Leipzig und Fahrenwaldt-Hamburg entsandt. Die Kommission wird während der Mittagspause tagen. Die gedruckt vorliegenden Geschäftsordnungs-Anträge werden debattelos genehmigt. Danach beträgt die Redezeit für Referentinnen eine Stunde, die Antragstellerinnen 20 Minuten und die Diskussions-Rednerinnen zehn Minuten. Anträge und Wortmeldungen müssen schriftlich erfolgen. Niemand erhält zu einer Sache mehr als zweimal das Wort.

Danach tritt die Konferenz in ihre Beratungen ein.

Genossin Bosse-Bremen erhält zunächst das Wort zu einer Begrüßungsrede. Sie führt aus: Ich habe von den Bremer Genossen und Genossinnen den ehrenvollen Auftrag erhalten, Sie in Bremen herzlich willkommen zu heißen. Genossinnen: Wir freuen uns, Euch auf einige Tage unsre Gastfreundschaft bieten zu können und wünschen, Euch den Aufenthalt hier so angenehm wie möglich zu machen. Besonders aber hoffen wir, daß diese Konferenz von gutem Erfolge für unsre Bewegung sein und die noch vielfach ihr entgegenstehenden Vorurteile beseitigen wird. Wir haben den Verlust mancher lieben und tapferen Genossin zu beklagen, die auf die Dauer all den Mühen unsres Kampfes nicht genügend Trotz entgegensetzen konnte. Haben wir Frauen doch noch mit ganz andren Hindernissen zu kämpfen als die Männer des Proletariats. Selbst in unsren eigenen Reihen besteht leider noch manche Voreingenommenheit gegen uns. Wir Frauen in Bremen haben ja das Recht, an politischen Vereinen und Versammlungen teilzunehmen. Aber noch machen die Frauen auch hier viel zu wenig Gebrauch von ihren Rechten, allzu viele stehen gleichgültig abseits. Erziehung und Verhältnisse machen das leicht erklärlich. Wir hoffen aber, daß die Vorurteile mehr und mehr schwinden, und daß die sozialistische Frauenbewegung mehr und mehr an Ausdehnung und Macht gewinnen wird. Zieht doch die Notwendigkeit jetzt die Frau in den Kampf ums Leben hinein. Wir hoffen, daß diese Konferenz uns anspornen wird, daß wir auch in den nächsten Jahren bedeutende Erfolge verzeichnen können. Auch die Gegner folgen unsern Verhandlungen mit Interesse; hoffen wir, daß die Konferenz bedeutungsvoll werden wird für die Zukunft. Mit diesen Wünschen heiße ich Sie herzlich willkommen. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzende Zetkin: Wir haben zwei Teilnehmer unter uns, deren Anwesenheit uns mit besonderer Befriedigung erfüllt: Die Genossin Popp aus Wien als Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Oesterreichs, und Genossen Molkenbuhr als Vertreter des Parteivorstandes. Zum zweitenmale bekunden die Genossinnen Oesterreichs ihre Solidarität der Auffassung und der Interessen mit uns. Wir haben aus dem reichen Schatz der Erfahrung und des Wissens der österreichischen Parteigenossinnen mancherlei Anregung gewonnen und werden auch in Zukunft manches von ihnen empfangen. — Ganz besondere Befriedigung empfinden wir darüber, daß wir zum erstenmal einen offiziellen Vertreter des Parteivorstandes auf unsrer Frauenkonferenz erblicken. Das ist ein Ausdruck nicht nur der selbstverständlichen Tatsache, daß die proletarische Frauen-

bewegung und die sozialdemokratische Bewegung eins sind und nur durch die miserable Vereinsgesetzgebung in Deutschland gezwungen werden, einen verschiedenen organisatorischen Unterbau zu haben; das ist nicht nur ein Ausdruck der Tatsache, daß beide Bewegungen in fester Einheitlichkeit des Zieles zu einander gehören, sondern auch eine Anerkennung der Fortschritte unsrer Bewegung, die Anerkennung, daß unsre Frauenkonferenz als notwendiges und unentbehrliches Glied in die Kette der Mittel und Wege eingereiht ist, die den Befreiungskampf des gesamten Proletariats fördern. In diesem Sinne rufe ich den Genossinnen Popp und Bosse und dem Genossen Molkenbuhr ein besonders herzliches Willkommen! zu. (Lebhafter Beifall.)

Molkenbuhr erhält das Wort zu einer Begrüßungsansprache. Nicht erst seit meiner Entsendung zur Frauenkonferenz ist die Frauenbewegung in der Sozialdemokratie anerkannt. Es ist ja eine traurige Tatsache, daß die Frauen vielfach noch viel schlechter gestellt sind als die männlichen Arbeiter. Man kann auf die proletarischen Frauen mit Fug und Recht die alte Redensart vom fünften Stand anwenden. Das sozialistische Prinzip aber ist die Gleichheit all dessen, was Menschenantlitz trägt. Demnach können uns nur äußere Umstände, die übermäßige Häufung der alltäglichen Aufgaben vor dem Parteitag, bisher von der Frauenkonferenz ferngehalten haben.

Die Sozialdemokratie will ein altes Ideal verwirklichen. Als in der französischen Revolution die Menschenrechte verkündet wurden, da wurde der Frau als Mensch nicht gedacht. Man hatte nur den Gedanken, sie sei zur ewigen Haussklavin bestimmt. Die moderne Entwicklung ist viel revolutionärer gewesen als irgend ein Revolutionär gedacht hat. Die moderne Entwicklung hat die Frau in das Leben, die Fabrik hineingezogen, sie gezwungen, mit den Kampf ums Dasein zu führen, sie mit hineingerissen in den politischen Kampf. Sie muß von dem Koalitionsrecht um so mehr Gebrauch machen, weil die Unternehmer angesichts der geringen Lebensansprüche der Frauen die Neigung haben, selbst bei gleicher Leistung ihre Löhne unter die der Männer herabzudrücken. Die Frauen bedürfen des Vereinsrechts, um in geschlossener Masse für ihre Forderungen einzutreten. Früher waren sich die Frauen ihrer Stellung gar nicht bewußt. Als in der Reaktionsperiode diese Vereinsgesetze geschaffen wurden, hörte man nirgends etwas von einem ernsthaften Widerstand der Frauen. Aber mit der Zeit empfanden selbst die bürgerlichen Frauen, die Töchter der Kleinbürger, die nicht ihr Leben lang als Rentieren zu leben haben, auf wie vielen Gebieten es hapert. Aber die proletarische Frau leidet in erster Linie als Arbeiterin; daß sie auch als Weib noch unterdrückt wird, ist noch ein Hindernis für den Befreiungskampf mehr. In noch viel höherem Maße als unter den Männern ist unter den Frauen der Glaube verbreitet, daß es ewig Unterdrücker und Unterdrückte geben wird, daß die untergeordnete Rolle der Frau ihr von Natur zugewiesen, in ihrem ganzen Organismus begründet ist. Auch hier und hier noch mehr gilt der Satz der Arbeitermarseillaise: „Der Feind, den wir am tiefsten hassen, das ist der Unverstand der Massen."

Aber trotz aller Hindernisse geht es vorwärts. Wenn die Sozialdemokratie das Endziel ihrer Bewegung: die Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt, diesen schönen Satz eines deutschen Philosophen verwirklicht, dann werden die Arbeiter männlichen und weiblichen Geschlechts gleichmäßig davon berührt. Auch jetzt müssen die Frauen alle Rechte, die sie nach den bestehenden Gesetzen haben, ausnützen, um weitere Rechte zu erkämpfen. Hoffen wir, daß alle Hindernisse der Frauenbewegung recht bald überwunden werden. Dazu müssen Sie selbst Hand anlegen. Ich hoffe, daß wir mit dem Amazonenheere bald den Sieg über die wirtschaftliche und politische Unterdrückung erringen werden. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Frau Popp-Wien: Die persönlichen Beziehungen, die die österreichischen und deutschen Genossinnen seit der Münchener Konferenz haben, sind in vieler Beziehung auch für uns förderlich und fruchtbringend gewesen. Wenn Sie hier so weitgehend, so radikal wie möglich sind, geben Sie auch uns den Ansporn, rascher vorwärts zu kommen. Haben wir doch viel Gemeinsames. Sowohl die Volksschulfrage wie das Versammlungsrecht beschäftigen auch uns sehr lebhaft. Nicht immer offen und gewalttätig, aber immer mächtiger und zielbewußter geht die Reaktion in Oesterreich gerade gegen die Volksschule vor.

Auch wir sind bedacht, alle Angriffe auf die Volksschule abzuwehren und unter den Frauen des arbeitenden Volkes die Ueberzeugung von dem Werte einer guten Volksschule zu verbreiten. Auch das Vereins- und Versammlungsrecht ist uns ungünstig, da es uns keine politischen Rechte einräumt. Politische Rechte haben wir nur, soweit wir sie uns nehmen. Das erschwert natürlich die Agitation, und es ist uns nicht so leicht wie den Männern, unsre Erfolge zahlenmäßig nachzuweisen. Auch von dem Nutzen der Frauenkonferenzen haben wir uns überzeugt. Wenn die Aufgabe der Arbeiterklasse auch eine einheitliche ist, gilt es doch besondere Wege zu beschreiten, wenn die Agitation unter den Frauen gefördert werden soll. Manches, was in den Geist der Männer vollständig übergegangen ist, liegt den Frauen noch fern. Wenn aber diese Fragen auf besonderen Frauenkonferenzen besprochen werden, wenn den Frauen gesagt wird: das ist Eure Sache, so sind sie zugänglicher und unsre Arbeit wird leichter.

Rednerin überbringt die schwesterlichen Grüße der sozialistischen Arbeiterinnen Oesterreichs und wünscht den Arbeiten der Frauenkonferenz vollen Erfolg. (Lebhafter Beifall.)

Von den sozialistischen Frauen Belgiens ist folgendes Begrüßungsschreiben eingelaufen: „Ihren deutschen Kampfgenossen senden die sozialistischen Frauen Belgiens die besten Glückwünsche zu den ihnen bevorstehenden Arbeiten. Wir folgen Ihren Verhandlungen mit großem Interesse und sehen der Zeit freudig entgegen, wo auch wir an Ihren Konferenzen werden vertreten sein können."

Frau **Pötzsch-Leipzig** begrüßt in einer von ihr verfaßten poetischen Ansprache den Kongreß. Folgender Vers wird mit besonderem Beifall aufgenommen:

„Nicht Damenrechte wollen wir erringen,
Wir buhlen nicht um hohe Protektion,
Uns öffnet gastlich seine Pforten
Kein gräflicher Empfangssalon."

Dann wird in die Tagesordnung eingetreten: **Bericht der Zentral-Vertrauensperson.**

Fräulein **Bauder:** Als wir von der Frauenkonferenz in München zurückkehrten, beschäftigte uns vor allem der Kampf gegen den Wucherzoll. Es galt eine gründliche Agitation dagegen zu entfalten. Um sie allgemein und einheitlich zu gestalten, ließ ich in Form von Zirkularen bestimmte Anweisungen an die einzelnen Vertrauenspersonen gelangen. Diese Anleitung hat gewirkt. Die umfassende Agitation bewirkte eine lebhafte Beteiligung der Frauen an den Reichstagswahlen. Noch niemals sind so viel Frauen bei der Wahlarbeit jeder Art mit tätig gewesen, wie im verflossenen Jahre. Zugleich wurde für Arbeiterinnenschutz und Kinderschutz agitiert. Auch hier wurde von der Zentralstelle durch Versendung von Druckschriften und Broschüren Anregung und Anleitung gegeben. Für die Reichstagswahlen wurde ein besonderes Flugblatt für die Genossinnen herausgegeben, dessen Kosten der Parteivorstand getragen hat. Ueberhaupt hat der Parteivorstand alle unsre Forderungen zur Förderung der Agitation unter dem weiblichen Proletariat glatt bewilligt. Auch eine größere Anzahl Exemplare des Handbuchs für die Reichstagswahlen und des Landtagswähler-Handbuchs

sind uns bewilligt worden; wir haben sie allen rednerisch tätigen Genossinnen zur Verfügung gestellt.

Als nächste Aufgabe trat dann die Agitation an uns heran, die sich an das Kinderschutzgesetz knüpfte. Gelang es uns auch nicht, die Gesetzgebung zu beeinflussen, so war der ideelle Erfolg dieser Agitation doch sehr bedeutend. Die Frauen wurden aufgerüttelt, und es ward ihnen das Unrecht klar gemacht, das in der Ausbeutung der Kinder durch das Kapital liegt. Was das Kinderschutzgesetz an Schutz bringt, ist geradezu lumpig zu nennen. (Sehr richtig!) Das eigne Kind ist schlechter gestellt als das fremde. Und das wenige, was das Gesetz bietet, kann durch Bundesratserlasse noch beschnitten werden. Die Frage des Kinderschutzes geht uns Frauen besonders an. Unser mütterliches Gefühl begreift es, daß es überhaupt verboten werden muß, das Kind erwerbsmäßig tätig sein zu lassen. Das Kind ist zum Lernen da, zum Arbeiten sind die Erwachsenen da. (Lebhafte Zustimmung.) Wir haben in der Kinderschutzfrage die leicht verständliche Broschüre Agahds an die Vertrauenspersonen und Rednerinnen versendet.

In die verflossene Arbeitsperiode fiel auch der Heimarbeiterschutz-Kongreß. Der Stellungnahme unsrer Münchener Konferenz zur Frage der Heimarbeit entsprechend, haben wir uns an diesem Kongreß beteiligt. Die Zentralstelle erließ einen Aufruf an die Genossinnen, und verschiedene Orte beschickten den Kongreß. Sie wissen, welches Aufsehen dieser Kongreß überall erregt hat. Durch ihn wurde gewissermaßen das nackte Elend aus dem Dunkel ins helle Tageslicht gezogen. In Arbeiterkreisen war dies Elend freilich längst bekannt, aber andern Leuten wurde besonders durch die Ausstellung erst vor Augen geführt, unter welch elenden Lebensbedingungen der Arbeiter der Heimindustrie schmachtet. Der Lohn des Heimarbeiters pendelt nach dem Lassalleschen Worte beständig um die Hungergrenze herum, ja sinkt unter sie herunter. Die Regierung freilich hat sich um diesen Kongreß nicht gekümmert. Graf Bülow fand nur Zeit, die bürgerlichen Frauen des internationalen Frauenkongresses zu sich zu bitten, ihnen die Hand zu küssen und sich von ihnen den Hofknix vormachen zu lassen. (Heiterkeit.) Das Elend der Heimindustrie geht ihm wohl zu sehr an die Nieren. Da scheut er sich vor näherer Kenntnisnahme. Wenn aber die Damen kommen in seidenen Kleidern und Spitzen, dann versichern ihnen die glatten Herren: Wir sind ja auch für die Gleichheit, aber augenblicklich ist nichts zu machen. (Heiterkeit.) Beachtung werden wir erst finden, wenn wir in ganz andern Massen auftreten und viel lauter schreien als bisher! (Lebhafte Zustimmung.)

So viel über die allgemeine Agitation. Als die Reichstagswahlen ausgeschrieben waren, machten wir uns, von der Parteipresse darauf aufmerksam gemacht, das Stückchen politischen Rechts zu nutze, das die Gesetzgebung in Preußen uns läßt. Auf die wenigen Wochen, die zwischen der Ausschreibung einer Reichstagswahl und ihrer Beendigung liegen, dürfen wir bekanntlich auch in Preußen einem politischen Verein angehören. Natürlich gehört eine gewisse Reife der Bewegung dazu, wenn dieses Recht ausgenutzt werden soll. Die Zentralstelle forderte in einem Zirkular die preußischen Genossinnen auf, von dem Rechte, einen Wahlverein zu gründen, Gebrauch zu machen. Mit dem Erfolge können wir recht zufrieden sein. In Berlin, in der Umgegend von Berlin und in Altona wurden politische Frauenwahlvereine für die bestimmte kurze Zeit gegründet. Der Berliner Verein gewann ziemlich tausend weibliche Mitglieder, und die Geldsammlungen ergaben im Vereinsrahmen ein viel reicheres Ergebnis als früher. Die Frauen haben ja im allgemeinen weniger Geld als die Männer. Ihr Lohn ist geringer und sie trennen sich schwerer vom Groschen. Aber in der Wahlzeit haben auch die Frauen ihre Taschen aufgeknöpft und eingesehen, daß sie am besten sparen, wenn sie für die allgemeine Sache etwas leisten. Jedenfalls konnten als Ueberschuß von Berlin

aus 300 M. und von Altona aus 100 M. an die Wahlkasse der Partei abgeliefert werden. Diesen Erfolg dürfen wir nicht niedrig einschätzen. Wir könnten die Agitation ganz anders betreiben, wenn wir freies Vereinsrecht hätten. Aber Graf Posadowsky meint: Das steht den Frauen nicht an. O doch steht es uns an! (Sehr richtig.) Wir müssen jedes Stückchen ausnutzen und dürfen uns unter keinen Umständen das Recht, das wir haben, beschneiden lassen. Gegen jeden Uebergriff der Behörden müssen wir Front machen. In Bochum hat man sogar versucht, den Frauen die Teilnahme an den öffentlichen Versammlungen zu verbieten. Das ist ein Bruch des Gesetzes, das auch die Beamten zu beachten haben. Nachträglich werden die Beamten ja rektifiziert. Aber „rektifiziert", das heißt auf deutsch oft: Du hast es gut gemacht, Du wirst befördert. (Große Heiterkeit.)

Jetzt macht man uns Aussicht darauf, daß uns zur sozialpolitischen Betätigung ein weiteres Vereinsrecht eingeräumt werden soll. Aber wo liegt die Grenze zwischen politisch und sozialpolitisch? Jeder Polizist, jeder Staatsanwalt denkt verschieden darüber. (Sehr richtig!) Der Berliner Bildungsverein der Frauen ist wegen politischer Betätigung aufgelöst worden, weil ein Arzt in einem Vortrage über die Ernährung des Säuglings darauf aufmerksam gemacht hatte, daß von den Kommunen die Beschaffung gesunder Säuglingsmilch gefordert werden müsse. (Große Heiterkeit.) Aber gerade Fragen dieser Art gehen uns an. Wir leben nicht allein für uns, sondern gehören einer großen Gemeinschaft an. Wir werden ebensogut wie die Arbeiter vom Kapital ausgebeutet und vom Reiche durch Steuern geschröpft. Weshalb soll uns die Erörterung politischer Fragen verboten sein? Mit aller Kraft müssen wir deshalb die Agitation für ein freies Vereins- und Versammlungsrecht weiter betreiben. (Sehr richtig!) Das notwendige Material habe ich den Genossinnen in einem Zirkular zugänglich gemacht, das auch die Aussprüche der Minister Posadowsky und Hammerstein enthält und auf den Initiativantrag der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hinweist.

Ein Zirkular, das für längere Zeit Wert behalten und gültig bleiben wird, gibt Anweisungen und Anregungen zur Förderung der Agitation. Es wird darin auf die Beteiligung an den Gewerkschaften und auf die Werkstubensitzungen hingewiesen und in denjenigen deutschen Ländern, in denen die Frauen nicht das Recht haben, sich an politischen Vereinen zu beteiligen, zur Gründung von Frauen-Bildungsvereinen geraten. Die Bildungsbestrebungen machen durch ihre Vermittlung von allgemeinem Wissen die Gehirne empfänglicher für die Aufnahme politischer Ideen. So haben die Bildungsvereine eine große Wirksamkeit ausgeübt, und ihre Zahl nimmt ständig zu. Wir verbreiten eine leicht verständliche Broschüre von Frau Wally Zepler, die ein ganzes Programm der Fragen gibt, die im Frauen-Bildungsverein zu behandeln sind. Wenn ein Hygieniker in einem solchen Verein z. B. über die Säuglingspflege spricht und seine Forderungen aufstellt: sonnige Luft, saubere Betten, gute Milch — wie manche Arbeitermutter begreift da zum ersten Male den Zusammenhang der Dinge, wenn sie sich sagen muß: Ja all das kann ich meinem Kinde ja gar nicht geben. Wie soll ich es betreuen, wenn ich in der Fabrik so lange arbeiten muß. Und die Forderung einer Verkürzung der Arbeitszeit wird ihr begreiflich werden. (Sehr richtig!)

Wir haben dann weiter ein Regulativ für die Vertrauenspersonen ausgearbeitet. Ihre Zahl hat sich in den letzten zwei Jahren außerordentlich vermehrt. In München waren es 54, jetzt haben wir 106. Allerdings erhalte ich von manchen dieser Vertrauenspersonen nie eine Zeile, und ich weiß nicht, ob sie für die Bewegung arbeiten. Bekanntlich hatte die Zentralvertrauensperson ihre Aufgaben bisher im Nebenamt zu erledigen. Ich mußte meinem Berufe nachgehen und konnte nur die freien Stunden und die

Abende meinem Amte als Vertrauensperson widmen. Seit kurzem ist das anders geworden. Die Zentralvertrauensperson soll als besoldet jetzt ihre ganze Zeit der Bewegung widmen. Sie wird nun einen größeren Druck auf die säumigen Vertrauenspersonen ausüben können. Mit manchen Orten war der schriftliche Verkehr sehr lebhaft. Besonders erfreulich ist, daß sich in Gegenden, wo man gar nicht vermuten sollte, daß eine Frauenbewegung vorhanden ist, in Ost- und Westpreußen, Vertrauenspersonen gefunden haben. Die Arbeit unsrer Agitatorinnen auch auf dem Gebiete gewerkschaftlicher Kleinarbeit ist nicht vergeblich gewesen. Mancher neue Anknüpfungspunkt ist gefunden worden.

Mit Freuden begrüßen wir diese Fortschritte. Natürlich ist auch der Briefwechsel mit der Zentralvertrauensperson viel reger geworden, wenn ich auch nicht angeben kann, wie groß die Zahl der ein- und ausgegangenen Briefe war, da eine Liste darüber wegen Zeitmangels nicht geführt werden konnte. Auf der nächsten Konferenz aber werden sich bestimmte Zahlen geben lassen. Dann wird sich auch zeigen, aus welchen Orten die Vertrauenspersonen nicht schreiben.

Die Verbreitung unsrer Presse zeigt einen geradezu enormen Fortschritt. Die „Gleichheit", die in München erst 4000 Abonnentinnen hatte, hat deren jetzt 12 000. Das ist das beste Zeichen, wie rege agitiert worden ist, und ein Beweis, daß die Frau bei ordentlicher Anleitung auch für ernste Lektüre zu haben ist. Wir hören ja freilich noch allerlei Beschwerden, das und das müsse anders gehalten sein, das verständen die Frauen nicht. Aber es handelt sich hier um schwere Aufgaben. Der Frau, die bisher nur Kolportageromane gelesen hat, sind alle politischen Dinge böhmische Dörfer; sie muß alles erst lernen. Allein es wäre falsch, zu verlangen, daß sich die „Gleichheit" diesem niedrigen Niveau anpassen solle. Ein andrer Ausweg muß geschaffen werden, durch Flugblätter und leicht verständliche Schriften. Wer aber erst ein wenig weiter ist, der findet in der „Gleichheit" ein unerschöpfliches Material, das nur noch viel besser ausgenutzt werden sollte zu schönen, einfachen Flugblättern, die von einfachen Frauen geschrieben, sich den Bedürfnissen der verschiedenen Gegenden anpassen.

Die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Frauen hat sich gehoben, wenn sie auch noch viel zu klein ist im Vergleich zu der Zahl der erwerbstätigen Frauen. Auf dem gewerkschaftlichen Gebiete liegt noch viel notwendige Arbeit vor uns.

Als eine Einrichtung, die die politisch tätigen Frauen im Verein mit den Gewerkschaften getroffen haben, sind die Beschwerdekommissionen der Arbeiterinnen ins Leben gerufen worden. Die Arbeiterinnen sind so abhängig und eingeschüchtert, daß sie sich nicht direkt an den Gewerbe-Inspektor zu wenden wagen. Die Arbeiterinnen wissen sehr oft auch gar nicht, daß sie bestimmte Rechte haben. Hierüber müssen sie durch die Beschwerdekommissionen aufgeklärt werden. Die beste Gelegenheit dazu geben die Werkstubensitzungen. In allen Orten sollten diese Kommissionen errichtet werden, und ihre Tätigkeit sollte sich nicht nur auf die Entgegennahme von Beschwerden beschränken, sondern sie sollten systematisch an der Aufklärung der Arbeiterinnen über die gesetzlichen Bestimmungen zu ihrem Schutze arbeiten. Die Gewerkschaften wieder sollten dafür sorgen, daß diese Kommissionen mit dem notwendigen Material an Büchern, Gesetzen usw. ausgerüstet werden. Das müssen und können die örtlichen Gewerkschaftskartelle leisten. (Lebhafte Zustimmung.)

So steht uns auch hier ein gutes Stück Arbeit bevor. Aber neue Kräfte haben sich uns zur Verfügung gestellt. Es sind Talente unter den Arbeiterinnen geweckt worden, die bisher geschlummert hatten. Hier hat eine Frau gelernt, öffentlich zu reden, dort betätigt sich eine andre schriftstellerisch. Und da haben besonders die Anregungen unsrer Konferenzen segensreich gewirkt. Aber noch immer fehlt es uns an Agitatorinnen, deren Heranbildung in München be-

schlossen worden ist. Wir sind eben Proletarier in jeder Hinsicht, nicht bloß nach der Lebensstellung, sondern auch nach den Schulkenntnissen. Mühsam erringen wir uns die notwendige Bildung. Lese- und Diskutierabende sind mit gutem Erfolge eingerichtet worden. Wir richten uns dabei nach dem Gesetz und fördern unsre politischen Kenntnisse, ohne das Gesetz zu übertreten. Diese Abende werden von durchgebildeten Genossinnen geleitet, aber auch Genossen sind uns behilflich gewesen.

Nur aus den Geldsammlungen geht nicht hervor, daß die Bewegung gewachsen ist. Ich habe nur 70 Mk. mehr eingenommen als in den vorvergangenen zwei Jahren. Da muß ich den Appell an die Genossinnen richten: Tut den Beutel auf! (Lebhafte Zustimmung.) Wir haben immer einen Stolz darin gesetzt, unsre Agitation aus eignen Mitteln, nicht aus dem Säckel des Parteivorstandes, zu betreiben. Nun war das letzte Jahr, das Wahljahr, für unsre Sammlungen sehr ungünstig. Und Ende 1903 wurde auch von den Arbeiterinnen der letzte Groschen für Crimmitschau geopfert. Auch dokumentiert sich in der Summe, die mir zugegangen ist, nicht alles, was für die Bewegung überhaupt zusammengebracht worden ist. Einzelne Kreise haben die Kosten aller geleisteten Agitation unter den Frauen selber bestritten. (Sehr richtig!)

Damit bin ich am Schluß. Ich hoffe, daß auch die heutige Konferenz wirken wird zum Segen nicht nur unsrer, sondern der allgemeinen Bewegung.)Lebhafter Beifall.)

Auf Vorschlag der Frau Zetkin wird beschlossen, diesen Bericht gemeinsam mit dem Referat von Frau Greifenberg-Augsburg über die allgemeine Agitation zu diskutieren.

Den Bericht über **allgemeine Agitation** erstattet

Frau **Greifenberg**. Sie gibt einen interessanten Rückblick auf die ersten Anfänge der proletarischen Frauenbewegung an der Hand einer von Frau Ihrer verfaßten Zusammenstellung, die 1893 auf der Chicagoer Weltausstellung ausgelegt wurde. Sie erinnert an die Organisationsbestrebungen vor und unter dem Sozialistengesetz unter besondrer Hervorhebung der Tätigkeit des Vereins zur Vertretung der Interessen der Arbeiterinnen, des Vereins der Mäntelnäherinnen und des Nordvereins der Arbeiterinnen in Berlin. Dieser Verein und alle andern, die sich in Zeitz, Luckenwalde, Gera, Halle, Düsseldorf usw. gebildet hatten, wurden wieder polizeilich aufgelöst, ihre Leiter zum Teil sogar mit Gefängnisstrafen belegt. Als Grund für die Auflösung des Hauptvereins wurde angegeben, daß „die Ausbreitung dieser Bewegung eine Gefahr für Deutschland darstelle." (Heiterkeit.) Wenn also die Frauen sich aufzuklären, sich zu bilden beginnen, wenn sie für ihre Gleichberechtigung kämpfen, ist Deutschland gefährdet. — Nach all diesen Mißerfolgen konnten die Frauen nicht bald wieder eine ihnen freistehende Organisationsform finden. Sie verlegten nun den Schwerpunkt ihrer Organisationsbestrebungen auf das gewerkschaftliche Gebiet, auf die Organisation der Arbeiterinnen und forderten die männlichen Genossen auf, sie in ihre gewerkschaftlichen Organisationen aufzunehmen. Hier aber begegneten die Arbeiterinnen vielfach dem Vorurteil, daß sie nicht gleichberechtigte Kolleginnen, sondern untergeordnete Hilfskräfte seien. Zahlreiche Arbeiter nahmen noch an, daß beim Fortschreiten der Produktionsverbesserungen die Frauen aus den Fabriken und Werkstätten gänzlich verschwinden würden. Die Berufszählung hat sie eines Besseren belehrt. Von 1882—1895 hat die Zahl der männlichen Arbeiter um 6½, die der weiblichen um 35 Proz. zugenommen. In den Großbetrieben ist die Zahl der männlichen Arbeiter um 15,8 Proz., die der weiblichen um 26,8 Proz. gestiegen, in den Kleinbetrieben die der männlichen aber nur um 1 Proz., die der weiblichen um 40 Proz.! Jetzt sehen die Arbeiter die Notwendigkeit ein, die Frauen aufzuklären und zu organisieren, sollen diese ihnen nicht Schmutzkonkurrenz machen.

Im Jahre 1890 forderte der deutsche Parteitag zu Halle, 1891 der Internationale Kongreß in Brüssel eine lebhaftere Propaganda unter den Frauen. In den achtziger Jahren hatte von einer Frauenbewegung größeren Umfanges nicht die Rede sein können, so viele Anregungen auch einzelne Vorkämpferinnen gaben. Auch die Gewerkschaften hatten vor dem Entstehen der großen Zentralverbände nur minimale Erfolge verzeichnen können. Erst seit Anfang der neunziger Jahre wurde die Bewegung lebhafter. 1896 wurde die Frauenagitation als besondrer Punkt der Tagesordnung des Parteitags zu Gotha behandelt. Außer den Anregungen, die das Referat und die Resolution der Genossin Zetkin bot, nahm der Parteitag noch zwei Resolutionen an, von denen die eine eine vermehrte Tätigkeit der Frauen für die Gewerkschaften, die andre dieser Resolution entsprechend die Wahl von weiblichen Vertrauenspersonen an allen Orten forderte. Um eine zielbewußte Agitation im Sinne dieser Beschlüsse zu entfalten, regte Genossin Zetkin im Jahre 1900 die Abhaltung einer Konferenz der tätigen Genossinnen an. Genossin Baader als Vertrauensperson tat alles mögliche, um die Genossinnen für den Gedanken dieser Besprechung zu gewinnen. Der Erfolg blieb nicht aus. In Mainz waren zur Frauenkonferenz 20 Delegierte erschienen, 1901 hatten wir schon 25 weibliche Vertrauenspersonen, denen wir durch das in Mainz beschlossene Regulativ einen Wegweiser gegeben hatten. Auf der Frauenkonferenz zu München erörterten wir unter andern auch die Frage der Heranbildung weiblicher Agitatorinnen. Gewiß hat die Referentin Genossin Zietz praktische Ratschläge dafür gegeben, aber woher sollen die Frauen die Zeit nehmen, geistig zu arbeiten? Die Männer sind wenigstens nach der Arbeit frei und können dann lernen, was ihnen ihr abgematteter, erschlaffter Körper noch zu begreifen erlaubt. Die proletarische Frau aber hat meist noch die ganze Bürde häuslicher Arbeit zu tragen. Aber auch die Frauen haben den Willen, geistig vorwärts zu kommen. Nicht, wie ein Minister gesagt hat, einige exzentrische Frauen machen die Bewegung, sondern gerade die Masse der arbeitenden Proletarierinnen. Das beweist die zahlreiche Teilnahme der Frauen an öffentlichen Versammlungen, in denen sie nicht nur zuhören, sondern auch meist schon verstehen, weil ihr ureigenstes Interesse sie verstehen heißt. Wir können auf einen großen Erfolg — ich nenne es einen großen Erfolg — zurückblicken. (Zustimmung.) Auch die heutige Konferenz soll uns wieder neue Anregungen zur planmäßigen Agitation geben. So stolz die Bourgeoisie auf die „Einheit" des Vaterlandes ist, so haben wir doch eine große Reihe verschiedener Vereinsgesetze, denen wir uns anpassen müssen in unsern zahlreichen Vaterländchen.

In Hamburg, Bremen und Sachsen ist eine große Zahl von Frauen in den politischen Organisationen. Im größten Teile des deutschen Reiches sind dagegen die Frauen von der Beteiligung an politischen Vereinen ausgeschlossen, ja in manchen Staaten sogar vom Besuch politischer und öffentlicher Versammlungen. Das preußische Vereinsgesetz ist rigoros und reaktionär, aber das bayerische Vereinsgesetz ist noch viel schlimmer. Auch an öffentlichen politischen Versammlungen, von den Vereinen ganz zu schweigen, können die Frauen in Bayern erst seit 1898 teilnehmen. Selbst aus ihnen weisen sie die untergeordneten Polizeiorgane noch heute häufig aus. Es besteht ferner im bayerischen Vereinsrecht die Bestimmung, daß Minderjährige, d. h. Personen unter 21 Jahren, nur an allgemeinen, nicht an „öffentlichen" Versammlungen teilnehmen dürfen. (Heiterkeit.) Ein Polizeibeamter, der auf eine Frage definierte, daß „öffentliche" Versammlungen solche seien, die sich mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigen, „allgemeine" z. B. solche, die Berufsfragen erörterten, wollte gleichwohl aus einer Versammlung, in der ich über „Zweck und Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation" sprach, die Minderjährigen ausweisen.

Unter diesen verschiedenartigen Vereinsgesetzen sollen Frauen-Bildungsvereine gegründet werden; unerläßliche Vorbedingung dafür ist aber das Vorhandensein

von Leitern und Führern am Ort, um Auflösung und Bestrafung zu vermeiden und für gesundes, kräftiges, geistiges Leben zu sorgen. Aus der reaktionären Vereinsgesetzgebung erwachsen aber auch große Schwierigkeiten für die gewerkschaftliche Arbeit der Genossinnen. Denn der Mensch soll noch geboren werden, der sagen kann, wo die Gewerkschaftsbewegung aufhört und die Politik anfängt. Ein Beamter erklärt die Verkürzung der Arbeitszeit für politisch, ein andrer schon die Beschwerdekommissionen. Welche Fortschritte trotzdem die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen gemacht hat, zeigen folgende Zahlen: Es gab 1892,93 in den Gewerkschaftsverbänden 7000 weibliche Organisierte von 700000 in der Industrie beschäftigten Frauen. 1896 stieg die Zahl der Beschäftigten auf 1145875, die Zahl der organisierten Frauen auf 12265. Mehrere große Streiks, die in diesem Jahre stattgefunden hatten, waren gute Agitationsmittel für die Gewerkschaften gewesen. So erklärt sich der Rückgang der Organisierten auf 11664 im Jahre 1897. Und heute zählt die Generalkommission der Gewerkschaften 40000 weibliche Verbandsmitglieder! Zu diesem Erfolg haben auch die Männer ein Teil beigetragen. Aber den Hauptteil des Erfolges können die tätigen Genossinnen für sich beanspruchen; die weiblichen rednerischen Kräfte sind deshalb auch sehr begehrt, weil sie, die Charakter und Leben der Frau selbst mitleben, diese leichter persönlich gewinnen können. Der Erfolg, der erzielt worden ist, ist wesentlich auch dem Umstande zuzuschreiben, daß seit 1896 nicht nur in öffentlichen Versammlungen agitiert wird. Die Buchbinder, die eine stattliche Zahl von Frauen in ihrer Organisation haben, haben auf geselligem Wege, durch Familienzusammenkünfte, Deklamationen und Tanzvergnügungen die Arbeiterinnen zu sich herangezogen, sie veranlaßt, in die Werkstattsitzungen zu kommen und ihnen dort stets durch eine rednerisch tüchtige Frau die Ziele der Organisation, wenn auch schlicht, auseinandersetzen lassen. So hat auch die Zahl der an den Lohnkämpfen beteiligten Arbeiterinnen gewaltig zugenommen. 1892 waren an Angriffsstreiks 32659 Personen, darunter 2468 Frauen, beteiligt; an Abwehrstreiks 960 Frauen. Im Jahre 1903 zählte man bei Angriffsstreiks unter 53760 Personen 2841 weibliche, bei Abwehrstreiks unter 67830 nicht weniger als 9869 weibliche.

Gewiß dürfen wir dabei nicht vergessen, daß es brutale Arbeitgeber genug gibt, die ihren Arbeiterinnen das Organisationsrecht wehren. Gerade darum nehmen wir ja auch am politischen Kampfe teil. Eine straffere Organisation zu schaffen, ist in Bremen, in Hamburg, in Sachsen nicht schwer, wo die Frauen das politische Vereinsrecht haben. Aber auch im übrigen Deutschland werden die Parteiangelegenheiten immer mehr in den Wahlvereinen der Männer erledigt. Die Grundlage für eine festere organisatorische Zusammenfassung und einheitlicheres Arbeiten der Genossinnen ist durch die Besoldung der Zentralvertrauensperson geschaffen, da diese ihre ganze Kraft jetzt der Bewegung widmen kann. An vielen Orten geht die Bewegung noch nicht ordentlich vorwärts. Selbst wenn tätige Genossinnen da ihren Wohnsitz haben, läßt ihnen die allgemeine Agitation nicht genügend Zeit zur Arbeit am Orte. Auch heute noch gibt es Genossen, die der Frauenbewegung feindlich gegenüberstehen (Sehr richtig!), sie ins Lächerliche zu ziehen suchen. (Erneutes Sehr richtig!) Genossin Baader zur Ehre sei es gesagt, daß sie ihre ganze Kraft in die Arbeit hineingelegt hat. Bis vor kurzem noch gezwungen, für ihren Lebensunterhalt zu sorgen, hat sie fast Uebermenschliches geleistet. Jetzt wird sie noch mehr Anregungen geben können. Aber wenn die Vertrauensperson an einem Orte kein Lebenszeichen von sich gibt, kann sie auch nicht viel tun. Da müssen wir uns eben gegenseitig anregen und ergänzen. Die Bromberger Genossinnen verlangen nun, daß die rednerisch tätigen Genossinnen die neu geworbenen Kräfte gleich einarbeiten sollen. Der Antrag ist sehr gut, aber praktisch undurchführbar. Mit ein oder zwei Tagen Arbeit ist da

nichts getan. Soll aber die Rednerin sich tagelang aufhalten, so mangelt es an Geld. Der Antrag scheitert an unsren Kassenverhältnissen, wenn auch die Opferwilligkeit der Genossinnen von Jahr zu Jahr wächst. Im Vorjahre verlangte ein Antrag Leipzig, es sollten durch Lese- und Diskutierabende rednerische Kräfte geschult werden. Denen, die heute das neue Evangelium ins Land hinaustragen, ist es oft nicht möglich, sich auch dieser Aufgabe noch zu widmen. Und die Arbeiterinnen sind abends ermüdet und müssen für den Haushalt sorgen. Aber wo es möglich, sollen die Kräfte so geschult werden.

Außer den Volksversammlungen und Werkstattsitzungen soll auch die Geselligkeit gepflegt werden, als Mittel, aufzuklären und zu organisieren. Kommen auch die Arbeiterinnen hin, um sich zu amüsieren, braucht doch der Ernst des Lebens und die schweren Kämpfe, die wir durchmachen, nicht vergessen werden. Als ich im Vorjahre auf einer Agitationsreise in Sachsen war, ließ bei einem Fest des sozialdemokratischen Vereins in Leipzig-Plagwitz Genosse Glantzmann die Mitglieder zur Polonaise antreten, gerade gegenüber der Bühne. Dann forderte er mich auf, eine Ansprache zu halten. Einige Tanzlustige murrten zwar, aber sie hörten doch schließlich zu. (Heiterkeit.) Von den Beschwerdekommissionen lesen wir oft in unsrer lokalen Parteipresse, daß ihre Mitglieder da und da wohnen und Beschwerden „entgegennehmen". Sie sollten aber, wenn die Umstände es ermöglichen, an den Gewerkschaftsversammlungen teilnehmen und die Arbeiterinnen über die Zustände in den Fabriken ausfragen. Die andre Aufgabe, die Beschwerden sorgfältig vorzuprüfen, haben die Beschwerdekommissionen stets erfüllt, wie die verstorbenen Gewerbeinspektoren Wörrishofer in Baden und Pöllrath in München ausdrücklich anerkannt haben. Doch muß die Tätigkeit der Beschwerdekommission noch mehr in die Massen hineingetragen werden.

Ich hoffe, daß die folgende Diskussion Anregungen zu Verbesserungen und zur regsten Betätigung der Genossinnen zahlreich bieten und dazu beitragen wird, daß auch die Genossen ihr Augenmerk mehr und mehr auf die proletarische Frauenbewegung richten, sie anerkennen als das, was sie sein soll, nicht eine Sonderbündelei, sondern ein Mittel, die Proletarierinnen zum Klassenbewußtsein zu erziehen, damit neue Kämpfer für die Sozialdemokratie gewonnen werden und damit die Partei einen Rückhalt hat nicht nur an den Männern, sondern auch an der wachsenden Zahl aufgeklärter Frauen. Ebenso wie die Männer in der Sozialdemokratie niemals ohne die Frauen zum Siege gelangen werden, ebenso können die Frauen nur von der Sozialdemokratie aus Not, Druck und Elend befreit werden. Um das zu erreichen, wollen wir Hand ans Werk legen. (Lebhafter Beifall.)

Mit der Diskussion über diese beiden Referate werden die zum Punkt „Allgemeine Agitation" eingelaufenen Anträge verbunden.

Antrag **Bromberg**: 1. Die Agitation unter den Frauen des Ostens ist intensiver wie bisher zu betreiben.

2. Die für die Agitationstouren bestimmten Referentinnen sind nicht nur zur Abhaltung von Versammlungen in die Orte zu schicken, sondern die Zeit ist derartig einzuteilen, daß für jeden zu bearbeitenden Ort Zeit genug verbleibt, um feste Verbindungen zu schaffen und die gewonnenen Genossinnen eingehend über ihre Pflichten zu orientieren.

Antrag **Köln**: Die Konferenz macht es den am Orte zu wählenden Vertrauenspersonen zur Pflicht, überall da, wo dies möglich ist, eine Kommission zu wählen, bestehend aus gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen, die mit Hilfe des Gewerkschaftskartells die Organisierung der Arbeiterinnen zu fördern hat.

Die Genossinnen Berlins beantragen: „Es sind Ermittelungen anzustellen darüber, wie viele der erwerbstätigen Frauen, deren Männer organisiert sind, einer gewerkschaftlichen Organisation oder einem Bildungsverein angehören."

In der Diskussion erhält zunächst das Wort

Frau Kähler-Dresden: Wir können mit den erzielten Resultaten zufrieden sein, und ich beantrage daher, die Zentralvertrauensperson zu entlasten. Dabei wollen wir nicht verkennen, daß eine ganze Reihe von Vertrauenspersonen die proletarische Frauenbewegung nicht, wie sie sollten, mit Lust und Liebe fördern. Aber ich will niemand einen Vorwurf machen. Wenn eine Frau auf vorgeschobenem Posten steht und wieder und wieder die Erfahrung macht, daß sie allein steht, und von den andern verlacht wird, auch von manchen Genossen, die die tiefe Notwendigkeit der Frauenbewegung nicht begreifen, dann erlahmt ihre Kraft und Lust, und so kommen wir dann zu den Vertrauenspersonen, die sich mit der Zentralvertrauensperson überhaupt nicht in Verbindung setzen. In Mainz warnte ich selbst davor, überall die Bildung von Bildungsvereinen zu dekretieren, ohne daß wir wüßten, ob wir auch nur aus den Maschen der einzelstaatlichen Vereinsgesetze entschlüpfen könnten. Jetzt aber erscheint es mir notwendig, in den Ländern, wo der naturgemäße Anschluß an die sozialdemokratischen Organisationen nicht möglich ist, den proletarischen Frauen an Bildungsvereinen einen Rückhalt und ein Mittel zu allgemeiner Bereicherung ihres Wissens zu geben. Daneben muß das System der Vertrauenspersonen schon mit Rücksicht auf die gesetzlichen Bestimmungen bestehen bleiben und weiter vervollkommnet werden. Die Hauptsache aber besteht darin, daß wir die Vorurteile brechen. (Sehr richtig!) Ein Teil der Genossen ist leider auch noch nicht aufgeklärt genug, um die Frauenbewegung zu unterstützen, der andre legt den Hauptwert auf die Gewinnung der Wahlstimmen der Männer, die Macht im Parlament geben und ist mit Arbeit überlastet. So ist die Frauenbewegung nicht nur im Osten, sondern in ganz Deutschland vernachlässigt. Da darf man nicht gegenüber dem Antrag Bromberg sagen, daß er nicht durchführbar ist. Er ist es, wenn wir genügend Geld haben. (Sehr richtig!) Würde für die Frauenorganisationen dasselbe aufgewendet werden, wie für die Männerorganisationen, dann würden sie ganz anders aussehen. Rednerin bittet den Antrag Bromberg nicht abzulehnen, sondern der Zentralvertrauensperson zur Ausführung bei gelegener Zeit zu überweisen. (Beifall.)

Frau Plum-Essen: Bis zum 6. Januar d. J. konnte von einer Organisation der Frauen in unserm Kreise nicht die Rede sein. An diesem Tage versammelten wir in Essen 600 bis 700 Mädchen und Frauen, eine sehr große Zahl für die erste Versammlung. Wir gewannen sofort 225 Abonnenten für die „Gleichheit" und zählen deren jetzt annähernd 500. (Bravo!) Das zeigt, welche Arbeit die Genossinnen am Orte geleistet haben. Wir haben alle Gelegenheiten zur Agitation benutzt, die März-, die Maifeier, die Unterhaltungsabende. Dabei ist unsre Arbeit sehr schwer, wir haben keine weibliche Fabrikarbeit, nur Hausarbeit, und zwar muß sich unsre Agitation besonders an die Frauen der so schwer zugänglichen Bergleute wenden. Am meisten hat uns in unsrem Kruppgebiete die Kaiserrede vom Tischtuchzerschneiden genützt. Sie hat uns zu dem Resultat der Reichstagswahl und der Gewerbegerichtswahl vom 8. Januar verholfen, wo wir die christlichen Gewerkschaften und Tischtuchzerschneider mit über 600 Stimmen Majorität besiegt haben. (Lebhaftes Bravo!) Dieses Beispiel hat uns den Wert des Zusammenschlusses nahegelegt. Gerade bei den Gewerbegerichtswahlen haben auch wir mit unsrer Agitation eingesetzt. Gewiß wird von den einzelnen Orten viel gegen die Zentralkasse gesündigt. Aber wir in Essen tun, was wir können. Als in der Versammlung vom 6. Januar Frau Zietz und Frau Kähler

ein Scherflein von uns für die Crimmitschauer verlangten, haben wir mit gutem Erfolg gesammelt, ebenso bei andren Gelegenheiten für unsre Agitation. Ich hoffe, daß wir in der nächsten Zeit noch tüchtig vorwärts kommen. (Lebhafter Beifall.)

Hierauf tritt die Mittagspause ein.

Nachmittags-Sitzung.

Der Nachmittags-Sitzung wohnten mehrere Reichstagsabgeordnete, auch die Parteivorstands-Mitglieder Gerisch und Pfannkuch, als Zuhörer bei.

Bevor in der Tagesordnung fortgefahren wird, gibt die Vorsitzende Frau Zetkin, der Konferenz Nachricht von dem folgenden von Genossin Petermann-Dresden eingegangenen Protest:

„Die Unterzeichnete ist beauftragt, als Vertrauensperson des 5. sächsischen Reichstags-Wahlkreises der Konferenz folgenden Protest zu unterbreiten: Die politisch organisierten Frauen des 5. sächsischen Reichstags-Wahlkreises protestieren jetzt und in Zukunft ganz energisch gegen die willkürlichen Handlungen der Berliner Genossinnen, zum Beispiel Beschickung des Internationalen Kongresses in Amsterdam, Anstellung der Vertrauensperson usw. Sie erklären sich im Prinzip mit der Anstellung einer besoldeten Sekretärin einverstanden mit der Forderung, daß nur die Frauenkonferenz in diesem Falle kompetent ist, wenn mindestens zwei Drittel der örtlichen Vertrauenspersonen dafür sind.

Die Genossinnen halten es für ihre Pflicht, zu betonen, nicht als Marionetten zu gelten, sondern als vollwichtige, jederzeit als mittatende und mitratende Genossinnen gewertet zu werden.

Mit Parteigruß

Magd. Petermann.

Frau Zetkin: Es ist notwendig, einiges klarzustellen, um zu zeigen, wie unberechtigt und leichtfertig dieser Protest ist. Es handelt sich absolut nicht um einen willkürlichen Akt der Berliner Genossinnen bei der Beschickung des Amsterdamer Kongresses. Die Anregung dazu erfolgte von den Genossinnen von Berlin, Hamburg und Altona-Ottensen. Auf die Anregung hin hat sich unsre Zentralvertrauensperson mit sämtlichen Vertrauenspersonen in Verbindung gesetzt und sie gebeten, dazu Stellung zu nehmen. Zweimal ist eine entsprechende Aufforderung auch in der „Gleichheit" erschienen, welche den Dresdener Genossinnen vom sozialdemokratischen Verein geliefert wird, und schließlich ist von der Zentralstelle noch einmal ein Zirkular in dieser Angelegenheit erlassen worden. Mehr als 30 Vertrauenspersonen aus den größten Orten und 2 Wahlkreisen haben ihre Zustimmung zur Beschickung des Kongresses gegeben. Da kann man wirklich nicht von einem Willkürakt der Berlinerinnen reden und die, die den Protest angezettelt haben, haben verschlafen oder verschlafen wollen, was in aller Oeffentlichkeit vor sich gegangen ist. Gleich unberechtigt ist der Protest gegen die Besoldung der Sekretärin. Man ist zu der Besoldung erst geschritten, nachdem mit den Vertrauenspersonen der großen Städte und Industriezentren Fühlung genommen war. Nur die erst kürzlich angestellten Vertrauenspersonen sind nicht befragt worden, weil gerade diese am wenigsten kritisch sind, sie stimmen allen Vorschlägen am leichtesten zu. Die Besoldung der Genossin Baader ist auch von dem Parteivorstand gebilligt worden. Wir haben in Berücksichtigung der vereinsrechtlichen Bestimmungen gehandelt. Wir haben ferner Abstand genommen, die Besoldung von der Konferenz beschließen zu lassen, weil wir in der Ausstellung von Mandaten und Zulassung von Gästen sehr weitherzig sind. In der Folge hätten über diese wichtige Frage Personen mit abstimmen können, welche mit den einschlägigen Verhältnissen nicht genügend vertraut sind, während

manche längst eingearbeitete Vertrauensperson außer Stande gewesen wäre, ihr Urteil abzugeben. Ich schlage ihnen vor, über den Protest zur Tagesordnung überzugehen und ihn dem Papierkorb zu überantworten. (Lebhafter Beifall.)

Hierauf wird in der Diskussion fortgefahren.

Frau **Zeise**-Köln berichtet über die Agitation im Kölner Bezirk. In dem schwarzen Köln, dem halben Rom, hat die Agitation große Fortschritte gemacht. Eine politische Organisation war nicht möglich aus vereinsgesetzlichen Gründen. Die Kölner Genossinnen haben sich mit dem Gewerkschaftskartell in Verbindung gesetzt und Anschluß gefunden. Sie gründeten einen Arbeiterinnenverein, der sich gut entwickelt. Es sind eine stattliche Anzahl weiblicher Gewerkschaftsmitglieder gewonnen worden. Die ganze Agitation fällt aber auf Köln-Stadt, in den Vororten fehlt es noch an geeigneten Kräften. Wir können Ihnen nur den Antrag der Genossinnen Kölns empfehlen. Weiter empfiehlt sich die Gründung von Frauen-Bildungsvereinen, damit wir mehr rednerische Kräfte bekommen, die unbedingt notwendig sind.

Frau **Thiel**-Teltow-Beeskow will zum Vereins- und Versammlungsrecht sprechen, wird aber ihre Ausführungen verschieben, bis dieser Punkt der Tagesordnung verhandelt wird.

Frau **Wackwitz**-Dresden berichtet über ihre Tätigkeit in ihrem Kreis. Sie hat hier 80 Besprechungen mit den Frauen und 16 Versammlungen in einem Jahre abgehalten. Sie tritt dafür ein, sich mehr mit den männlichen Parteigenossen in Verbindung zu setzen. Die Beschwerdekommission hat sich mit der weiblichen Vertrauensperson der Behörden in der Gewerbe-Inspektion in Verbindung gesetzt. Aber diese hat nicht gehalten, was man von ihr hoffte. Sie hat nicht genügende Vorsicht betreffs der Personen der Beschwerdeführenden beobachtet. Wir verhandeln jetzt mit dem Gewerbe-Inspektor selbst und haben mit ihm bessere Erfahrungen gemacht als mit seiner Gehilfin. In einem Falle hat er auf unsre Veranlassung einen Betrieb revidiert und die Arbeiterinnen von einer Arbeit in einem völlig unhygienischen Raum befreit. Wir dürfen nie müde sein und in unsrer Agitation nie erlahmen, wenn wir zum Ziele kommen wollen.

Frau **Bosse**-Bremen: Ueber Bremen ist nicht viel Erfreuliches zu berichten. Die Bewegung wurde hierher von der nun verstorbenen Guillaume Schack getragen. Diese Frau hat mich für unsre Sache begeistert. Durch sie kam ich zu der Ehre, hier eine Führerrolle zu spielen. Ich tat, was in meinen schwachen Kräften stand, es konnte nicht viel sein. Ich bin eine arme Proletarierin, hatte wenig Bildung und Wissen. Meine Dreistigkeit, mich öffentlich im Reden zu versuchen, war mein einziges Verdienst. Ich konnte nicht viel leisten. Die Bewegung ging etwas vorwärts, aber bald wieder zurück, sie schlief schließlich ganz ein. Erst durch die Mainzer Konferenz wurde sie wieder etwas entfacht. Es gibt bei uns Genossen, die Gegner der Frauenkonferenzen sind, aber ich halte sie doch für sehr nützlich. Sie bringen doch immer wieder frisches Leben in die Bewegung, und auch diese Konferenz wird für Bremen nicht verloren sein. Wir haben uns mit dem Gewerkschaftskartell in Verbindung gesetzt und Fortschritte in der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterinnen erzielt. Ein größerer Erfolg kann aber nur erreicht werden, wenn die Männer ihre Frauen und Töchter zur Organisation anhalten. (Beifall.)

Frau **Lungwitz**-Dresden berichtet über die Verhältnisse in ihrem Kreise. In Sachsen dürfen sich die Frauen politisch organisieren. Die Frauen zahlen für die politische Organisation ihre Beiträge und erhalten von ihr die „Gleichheit". Deshalb mögen die Gelder an unsre Zentralstelle spärlicher fließen. Das Verhältnis zu den männlichen Genossen ist in letzter Zeit besser geworden, aber es ist immer noch häufig der Fall, daß die Männer keinen Wert darauf legen, daß die Frauen sich organisieren. Unsre Männer müssen bei ihren Frauen

und Töchtern die erste Aufklärungsarbeit verrichten. Dann werden auch deren Kinder aufgeklärt sein. Der und jener Genosse erkennt noch nicht den Wert dessen, was wir mit unsrer aufklärenden Agitation und unsren Konferenzen bieten. Wir müssen sie durch ernste Arbeit belehren, müssen ihnen zeigen, daß wir nicht Vergnügen, Zerstreuung suchen, sondern daß wir mit allem Ernst den guten Fortgang unsrer Bewegung fördern wollen. (Beifall.)

Frau **Lutz**-Berlin: Unser Verhältnis zu den Berliner Genossen ist das denkbar beste. Und wenn sie mal nicht wollen, dann gibts einen sanften Rippenstoß. (Heiterkeit.) Wo es an genügendem Interesse fehlt, wird unser Berliner Antrag nachhelfen. Zu dem Dresdener Protest möchte ich noch bemerken, daß er wohl von Berlin nach Dresden gegangen ist und Dresden nur den Namen gegeben hat. (Sehr gut.) Er tritt hier unter falscher Adresse auf. — Ueber die mangelnde Hilfe der Männer möchte ich doch nicht allzuviel klagen. Bist du Gottes Sohn so hilf dir selbst. (Lebhafter Beifall.)

Frau **Fahrenwald**-Hamburg: Unsre Agitation in der Frauenbewegung ist von Anfang an schwer gewesen. Schon in den 90er Jahren habe ich Lese- und Diskutierabende in Berlin abgehalten. Ich habe aber die Erfahrung gemacht, daß unsre Genossinnen, von der schweren Tagesarbeit ermüdet, bei der Vorlesung eines wissenschaftlichen Buches einschlafen. (Heiterkeit und Zustimmung.) Es kann ihnen gar kein Vorwurf daraus gemacht werden. Wissenschaftliche Bücher sind auch so umfangreich, daß sie nur in vielen Abenden vorgelesen werden können. Zwei-, dreimal kommen die Genossinnen, dann bleiben sie weg. Viel praktischer ist, aus guten Broschüren kleine Vorträge herauszuziehen und diese vorzutragen. Da sind Schriften von Frau Ihrer, und es ist anzuerkennen, daß sie darin Großartiges geleistet hat. Da ist Frau Lilly Braun: in ihren Schriften ist sie großartig, wenn sie auch sonst nicht so ist, wie wir sie gerne haben möchten. (Heiterkeit.) Statt der Leseabende schlage ich also Vortragsabende mit Diskussion vor. Zum Reden müssen die Genossinnen aber erst angeregt werden. Unterhaltungsabende haben wir schon in den 90er Jahren gehabt. Ich glaube aber nicht, daß ich mit solchen Unterhaltungsabenden meinen Genossen vom dritten Hamburger Wahlkreise kommen dürfte. (Heiterkeit.) Sie haben uns so schon nicht besonders gern. (Erneute Heiterkeit.) Es ist ja richtig, daß manche Arbeiterin nur durch ein bißchen Klaviergeklimper und Füßetreten (Heiterkeit) herangezogen werden kann, aber unsere Aufgabe ist es, sie durch den Sozialismus zu Sozialistinnen zu erziehen. (Sehr richtig!) Im kommenden Winter wollen unsre Bürgerschaftsvertreter in Hamburg uns in kleinen Zirkeln über die Armenpflege und die Beschwerdekommissionen unterrichten. Zu dem Kölner Antrag möchte ich bemerken: Unter keinen Umständen darf die Hilfe der sich jetzt in Berlin selbst etablierenden weiblichen Gewerkschaftskommission in Anspruch genommen werden. (Sehr richtig!) Wir Frauen lassen uns das Recht zu wählen nicht nehmen; wir stehen auf dem Standpunkt des Schneiderverbandes in bezug auf die weibliche Gewerkschaftskommission, die sich selbst etabliert hat.

Frau **Zetkin** (unterbrechend): Stellung zu dieser Gewerkschaftskommission zu nehmen, ist Sache der Gewerkschaften und nicht Sache der Frauenkonferenz. (Sehr richtig!) Ich bitte, diese Frage hier nicht zu berühren.

Frau **Fahrenwald**: Dann ist es gut, daß es schon gesagt ist. (Heiterkeit.) Rednerin schließt mit der Aufforderung zu reger Agitation. Als wir zum ersten Male angeklagt waren, sagte der Untersuchungsrichter, als wir sein Zimmer betraten, spöttisch zu uns: „Da kommt die Heilsarmee". Das Wort ist bei mir haften geblieben. Ja, wir wollen die Armee sein, die den Arbeiterinnen und allen Ausgebeuteten das Heil bringt. (Bravo.)

Dr. **Michels**-Marburg spricht seine Freude über die große Summe von Tätigkeit, Aufopferung und Intelligenz aus, die sich in der Frauenbewegung zeigt, vermißt aber, daß in dem sonst ausgezeichneten Referat von Frl. Baader

nicht ein Grund angegeben ist, weshalb man sich an dem Berliner Kongreß der bürgerlichen Frauen nicht beteiligt hat. Ich stehe durchaus auf dem Standpunkt, daß die proletarischen Frauen nicht mit den bürgerlichen Frauen gemeinsam kämpfen sollen, weil ihre Ziele sich nicht in allem decken. Aber dieser Standpunkt bedeutet doch nicht, daß man nicht bei einem speziellen Anlaß mit den bürgerlichen Frauen zusammen tagen darf. Seit wann scheut die Sozialdemokratie den Umgang mit Bürgerlichen, als seien sie pestkrank? Im Parlament findet diese Berührung doch Tag für Tag statt. Auch der Heimarbeiterschutzkongreß ist ja mit bürgerlichen Reformern gemacht worden. Die proletarischen Frauen hätten sich nichts vergeben, wenn sie der unter angemessenen Formen erfolgten Einladung zum Frauenkongreß gefolgt wären. Auch der Gang der bürgerlichen Frauen zur Kaiserin und zu Herrn von Bülow, so würdelos das auch gewesen sein mag, hätte uns nicht vorher verscheuchen brauchen. Auch das Parlament schickt ja Delegationen zum Kaiser, ohne daß unsre Abgeordneten deshalb daran dächten, ihr Zusammentagen mit den Bourgeois-Parlamentariern abzubrechen. Der Verlauf des Kongresses wäre vielleicht ganz anders geworden, wenn die sozialdemokratischen Frauen mitgemacht hätten. Gewiß ist sehr viel auf dem Kongreß gesündigt worden und die Beteiligung an ihm ist nicht immer mit den richtigen Gründen gerügt worden, so von dem Genossen James Broh im Bernsteinschen „Montagsblatt", der da behauptet hat, die bürgerlichen Frauen hätten demokratisch verfahren, als sie die Kaiserin besuchten, und dann die Anekdote von der amerikanischen Genossin erzählt, die der Kaiserin die Hand gereicht habe mit den Worten: „Sagen Sie Ihrem Mann von mir, er sei ein ganz gescheidter Kerl." Das war zwar äußerlich demokratisch, dem Inhalt nach aber so byzantinisch wie nur möglich. Ich hebe das hervor, um nicht zu den Revisionisten gezählt zu werden. Ich halte es nicht für eine Schande, Revisionist zu sein, aber ich bin es nicht. Die bürgerlichen Frauen kommen zwar nicht aus ihrer Haut heraus, aber wenn wir dabei gewesen wären, hätte man sich geniert. Was nimmt die Reaktion sich nicht alles heraus, wenn sie allein unter sich ist! Man denke ans Abgeordnetenhaus, ans Herrenhaus und vergleiche damit den Reichstag, wo sich die Reaktion doch mehr in Acht nimmt. So wäre es auch hier gewesen. Das Gewissen der bürgerlichen Frauen wäre durch unsre Anwesenheit geschärft worden. Gerade aus agitatorischen Gründen hätte man hingehen sollen. Was für Vorurteile bestehen nicht gerade bei den bürgerlichen Frauen gegen die Sozialistinnen! Sozialdemokratische Frau bedeutet ihnen soviel wie Petroleumengel. (Heiterkeit.) Wenn wir unsre Prinzipien nicht überall hin tragen, werden diese Vorurteile nicht aufhören. Einigen Damen meiner Bekanntschaft gab ich eine kleine Broschüre der Frau Zetkin: „Frauenfrage, geistiges Proletariat und Sozialismus." Als sie sie gelesen hatten, meinten sie: Ja, wenn alle so wären! Ich erwiderte: Ja, sie sind alle so, Frau Zetkin ist sogar ganz besonders vabital. Daß unsre Anschauungen aber auf dem Kongreß Boden fanden, und zwar trotzdem Proletarierinnen an ihm nicht teilnahmen, beweist der Beifall, der der dort anwesenden Genossin Lily Braun zuteil wurde. Nicht eine Verwässerung des Prinzips bedeutet ein solches gelegentliches Zusammenleben mit den bürgerlichen Frauen. Unser Programm soll klar, deutlich und scharf ausgesprochen, nicht gebeugt und nicht angepaßt werden. Aber es soll ausgesprochen werden. Vergessen wir auch nicht, daß es den bürgerlichen Frauen gelungen, Proletarierinnen, die Handlungsgehilfinnen zu organisieren, und wie ihnen Proletarierinnen der Kopfarbeit, die Lehrerinnen, noch immer folgen. Vor diesen hätten wir unsern Standpunkt vertreten müssen und nicht sagen sollen, wir tun nicht mit.

Es wird von den Genossinnen viel darüber geklagt, daß die Männer der Frauenbewegung Steine in den Weg wälzen. Woran liegt das zum Teil? Die Frau ist befangen in religiösen Vorurteilen und nicht leicht dahin zu bringen,

mit dem Manne zu gehen. Das Hauptgewicht muß auf den Ersatz des kirchlichen durch das sozialistische Element gelegt werden. Der Satz: Erklärung Religion zur Privatsache! ist nicht mehr im Programm angebracht, weil er falsch verstanden wird, als besage er: Religion ist Wurst; wer fromm ist, mag fromm bleiben. Die Männer denken frei, aber die Anschauungen der Frau gehen wieder auf die Kinder über. Ich möchte einmal eine Statistik unter den Parteigenossen mit folgenden Fragen aufnehmen: Ist Ihre Frau kirchlich? Haben Sie Ihre Kinder taufen lassen? Ist Ihre Tochter konfirmiert? Ich glaube, viele sehr angesehene Parteigenossen würden diese Frage sehr schlecht bestehen. (Heiterkeit.) Auch sollte der Parteivorstand einmal ermitteln, wieviel Parteigenossen eine Frau besitzen, die der Partei angehört. Die Fälle, wo Mann und Frau gleichzeitig unsrer Partei angehören, gehen nicht über die Hunderte hinaus. (Widerspruch.) Was die Frauenbewegung in Hessen anlangt, so haben wir die Qualität der Frauen auf unsrer Seite, aber noch nicht die Quantität. (Die Redezeit ist abgelaufen.)

Frau Zietz-Hamburg: Ich muß zunächst einiges auf die Vorwürfe des Vorredners erwidern. Er hat die Veranstaltung der bürgerlichen Frauen in Parallele mit dem Reichstag gestellt. Aber die Zusammensetzung des Parlaments haben wir nicht geschaffen. Sind aber gezwungen hineinzugehen, wenn wir die proletarischen Interessen in der Legislative vertreten wollen. Ganz anders der Frauenkongreß der bürgerlichen Frauen, da sollen wir freiwillig auf den Kongreß gehen zu Leuten, die die heutige Gesellschaftsordnung stützen, die wir stürzen wollen. Wir haben keinen Einfluß auf diejenigen Vertreter, die wir nicht in das Parlament geschickt haben. Gerade die bürgerlichen Frauen, mit denen wir zeitweilig zusammengehen sollen, haben sich so rückständig wie möglich erwiesen. Ihre berufenste Vertreterin, Frau Dr. Schirmacher, erklärte, daß sie das Wahlrecht nicht verlange für die Frauen, sondern nur für die Damen (sehr wahr!), daß sie es gebunden wissen wollte an einen Zensus, an die Ansässigkeitsdauer u. s. f., ganz wie die männlichen Reaktionäre das Wahlrecht für die Arbeiter verklausulieren wollen. Wenn man uns auffordert, zumutet, auf dem Kongreß der Frauen zu erscheinen, die unsre politischen Todfeinde unterstützen, nicht um unsre grundsätzlichen Forderungen zu diskutieren, sondern um uns Reförmchen in homöopathischen Dosen zugestehen zu lassen, so betrachten wir das als eine Herabwürdigung. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn man durchaus eine Parallele ziehen will, so frage ich: Gehen unsre Genossen zu den Parteitagen des Freisinns oder der Nationalliberalen? (Sehr gut!) Wenn es etwas gibt, was unsre Ablehnung nachträglich motiviert und gerechtfertigt hat, dann ist es der Canossagang gewesen, den die bürgerlichen Frauen zum Reichskanzler unternommen haben in dem Moment, wo die Regierung das Frauenwahlrecht zu gewähren ablehnte. Wenn wir auch den Gang nicht mitgemacht hätten, wir hätten doch die Verantwortung übernommen für das, was wir nicht nur als Dummheit empfinden, sondern auch als Entwürdigung bezeichnen müssen. (Lebhafter Beifall.) Die bürgerlichen Frauen organisieren Proletarierinnen, meinte Genosse Michels. Aber sie organisieren, wo eine Organisation besteht, wo wir vor ihnen organisiert haben, die Handlungsgehilfinnen; sie tragen Zersplitterung in das Proletariat hinein. Man sagt, hinter den bürgerlichen Frauen stehe noch das geistige Proletariat, die Lehrerinnen, die uns noch nicht kennen. Aber wir führen unsre Verhandlungen niemals unter Ausschluß der Oeffentlichkeit, und wer die kleinste Neigung hat, kennen zu lernen, was wir erstreben, und wofür wir eintreten, komme uns anzuhören. Das Feld unsrer Arbeit beim Proletariat des Kopfes und der Hand ist so ungeheuer, daß wir es gar nicht verantworten könnten, unsre Zeit unter bürgerlichen Frauen zu vertrödeln, die in bezug auf die Forderungen, bei denen wir mit ihnen gemeinsam vorgehen könnten, längst nicht mehr fortschreiten, sondern längst geradezu zurückgehen. Warum sollten

wir da die Groschen, die wir so notwendig brauchen, für das hohe Entree zum Frauenkongreß ausgeben, um die Erlaubnis zur Teilnahme zu haben und eventuell fünf Minuten Redezeit bewilligt zu bekommen. (Beifall.)

Ich gehe nun dazu über, Ihnen folgenden Antrag der Hamburger Genossinnen zur Annahme zu empfehlen:

In Erwägung:

Daß die Vereinsgesetze im größten Teil des Deutschen Reiches den Frauen das politische Vereinsrecht vorenthalten, daß aber dem Wesen der sozialdemokratischen Partei entsprechend den Genossinnen das Recht gewahrt bleiben muß, Mitglieder der sozialdemokratischen Partei zu sein und als gleichberechtigt an ihren Arbeiten und Entscheidungen teilzunehmen; daß mithin die Anträge auf Reorganisation der Partei besonderer Prüfung bedürfen, beantragt die Frauenkonferenz:

Der Parteitag wolle die Anträge auf Abänderung des Organisationsstatuts einer Kommission überweisen, welcher auch Vertreterinnen der Genossinnen angehören.

Uns hat bei diesem Antrag nicht etwa der Gedanke geleitet, mit Rücksicht auf die Frauen die strammere und bessere Organisation der Partei hintertreiben zu wollen oder zu verlangen, daß man langsamer vorgehen soll, wo die Interessen der Partei größere Schnelligkeit erfordern und eine reaktionäre Gesetzgebung unsre Teilnahme hindert. Wohl aber sind wir der Meinung, daß sich Mittel und Wege werden finden lassen, die beiderseitigen Interessen auszugleichen. In welcher Weise die beiden Gesichtspunkte vereinigt werden sollen, darüber soll eben die Kommission befinden. Deshalb bitte ich Sie, meinem Antrage zuzustimmen.

Ich komme zur Frage der gegenseitigen Unterstützung der männlichen und weiblichen Genossen. Auf beiden Seiten ist vielfach gesündigt worden. Von den Genossinnen ist aus Mangel an Erfahrungen wohl oft nicht der rechte Weg gewählt worden, von den Genossen ist aus Ueberbürdung, aus Mangel an Zeit manches vernachlässigt worden. Der beste Weg, Frauenagitation zu entfalten, ist der, sich von den organisierten Genossen die Frau nennen zu lassen, die sich schon lange genug in der Organisation eingearbeitet hat und sich ihr am besten anpaßt, um als Vertrauensperson funktionieren zu können. So haben wir es in Essen mit dem besten Erfolge gemacht, und die Genossen unterstützen die Frauenbewegung in jeder Weise.

Man sagt, daß die Frauenagitation da unmöglich ist, wo keine industrielle Frauenarbeit besteht. Gewiß ist nur dort das Klassenbewußtsein so stark und intensiv; aber auch die andren Frauen können wir gewinnen, wenn wir sie als Mutter, Hausfrau und Bürgerin packen. Beim Kinderschutz-Gesetz können wir die Mutter gewinnen, mit der Agitation gegen den Zollwucher die Hausfrau, und wenn dann die Frauen in unsre Vereine kommen, werden sie empört sein über die reaktionäre Handhabung des Vereinsgesetzes und diese Empörung umsetzen in lebhafte Parteitätigkeit. Die Frage des Frauenwahlrechtes ferner interessiert alle Frauen. Was die Frauen interessiert, auf welcher Seite sie zu packen sind, das wissen unsre Essener vorzüglich. Da wollten in Essen die Milchhändler die Preise heraufsetzen. Sofort veranstalteten die Genossinnen Essens, an denen wir überhaupt unsre helle Freude haben, eine öffentliche Versammlung und setzten mit der Gegenagitation ein.

Außergewöhnlichen Schwierigkeiten begegnet die Frauenbewegung in der Tat bei den Handlungsgehilfinnen und Näherinnen. Auf die Gründe kann ich hier nicht eingehen. Aber wenns so schwer ist, diese Arbeiterinnen durch Versammlungen und Werkstattbesprechungen zu gewinnen, so müssen alle Genossen und Genossinnen die Pflicht üben, überall in der Familie bei ihren Bekannten, wo sie solchen Arbeiterinnen begegnen, diese veranlassen, sich zu organisieren und

nicht ihren Klassengenossen das Stück Brot aus der Hand schlagen. (Die Vorsitzende Frau Zetkin macht die Rednerin wiederholt auf den Ablauf der Redezeit aufmerksam.) Genosse Dr. Michels wollte noch von Hessen sprechen. Hessen, Baden und Württemberg sind in der Frauenbewegung noch weit zurück, nur in Bayern hat in der letzten Zeit durch die Agitation der Genossin Greifenberg einige Fortschritte gemacht. Hoffentlich wird die Frauenbewegung bald nicht nur im Norden und Westen, sondern auch im Süden Erfolge zu verzeichnen haben. (Lebhafter Beifall.)

Frau **Ruben** (zur Richtigstellung): Im Interesse der Wahrheit muß ich feststellen, daß Frau Stritt als Vertreterin der bürgerlichen gemäßigten Frauen und Frau Cauer im Namen der bürgerlichen Radikalen im Juniheft der „Sozialistischen Monatshefte" sich für das allgemeine Wahlrecht in unserm Sinne ausgesprochen haben. Hinzufügen will ich, daß auch ich, die ich auf der äußersten Linken stehe und mich fast zu Ihnen rechne, sehr bedauert habe, daß die Sozialdemokratie auf dem Kongreß nicht vertreten war. Die wenigen Worte Lily Brauns schlugen schon wie zündende Wetter ein. So, wenn eine bürgerliche Rednerin sagte, die weibliche Landarbeit wäre leider völlig verschwunden und Lily Braun erwiderte, es seien zwei Millionen Proletarierinnen in der Landwirtschaft beschäftigt. Seien Sie versichert, Sie haben mehr Freunde unter den bürgerlichen Frauen, als Sie wissen, aber diese wissen, daß sie auch unter den Sozialdemokraten Freunde haben (Frau Zetkin ruft: Die sind auch danach! — Große Heiterkeit.), auch wenn zwischen den Spitzen persönliche Reibungen bestehen.

Frau **Zietz** (zur Richtigstellung): Die Meinung, Ansicht und den Glauben der Frau Stritt in allen Ehren, aber der Kongreß hat nichts beschlossen, was dem Vortrag der Frau Dr. Schirmacher widersprach. Im Jahre 1901 haben überdies die bürgerlichen Frauen in einer Eingabe an den preußischen Landtag ein Kommunalwahlrecht verlangt, das an gewisse Steuerleistungen gebunden sein sollte. (Lebhaftes Sehr richtig!) Uebrigens scheint mir, wir hätten wichtigeres zu tun, als auf bürgerliche Kongresse zu gehen, um die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen davor zu bewahren, daß sie Dummheiten machen. (Lebhafter Beifall.)

Frau **Pötzsch**-Leipzig berichtet von der Leipziger Bewegung. Mit großem Erfolge betreiben wir die Werkstuben-Agitation. Das erkennen auch unsre Leipziger Genossen an. Wir haben schon Hunderte von Arbeiterinnen den Gewerkschaften zugeführt. Schwerer als das Gewinnen von Mitgliedern ist das Erhalten. Sehen die Arbeiterinnen nicht sofort greifbare Vorteile, so kehren sie der Gewerkschaft wieder den Rücken. Wir brauchen daher sehr geübte Genossinnen für die Werkstuben-Agitation und es würde sich empfehlen, ihnen eine kleine Vergütung für ihre Auslagen und ihren Zeitverlust zu gewähren. Ausgebildet werden diese Agitatorinnen an den Diskussionsabenden, die als Lehrerin seit langem in dankenswertester Weise Genossin Dunker leitet. — Die Beschwerdekommission haben wir seit der Begründung des Arbeitersekretariats eingehen lassen. Wir haben auch im städtischen Arbeitsnachweis Gelegenheit, die Arbeiterinnen auf ihre Organisationspflicht hinzuweisen. Unser Schmerzenskind ist der Frauenverein in Leipzig. Wir haben nur 266 Mitglieder, weil die Parteigenossen uns nicht genügend unterstützen. Auch in der Familie müßte viel mehr für die Ausbreitung unserer Ideen geschehen. Ueber Partei-Angelegenheiten wird in der Familie überhaupt nicht gesprochen. Die Frauen gelten für zu dumm, infolgedessen gehen die Kinder in bürgerliche Turn- und Vergnügungsvereine. Neulich wollten wir Propagandaversammlungen zur Ausbreitung unseres Frauenvereins abhalten; die meisten Parteivereine versagten ihre Mitwirkung; e i n e gutbesuchte Versammlung bekamen wir zusammen. Aber da trat ein hochgestellter Parteigenosse auf und kritisierte uns so, daß wir zum Schluß nur ein Mitglied gewannen. (Heiterkeit und Beifall.)

Josephsohn-Hamburg bespricht die Schwierigkeit der Organisation der Handlungsgehilfinnen. Seine Gewerkschaft sei ein Kuriosum, insofern sie mehr weibliche Mitglieder zähle als männliche. Die Handlungsgehilfen würden bekanntlich durch die alten finanziell starken kaufmännischen Vereine ferngehalten. Redner geht dann auf verschiedene Maßnahmen ein, durch die die sozialdemokratische Frauenbewegung mehr für die Organisation der Handlungsgehilfinnen interessiert werden soll. Er begründet ein von ihm eingebrachtes Amendement zu dem Antrage Köln, das fordert, aus demselben den Passus zu streichen, der besagt, daß die Kommissionen aus gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen bestehen müssen. Vor allem dürfe es nicht vorkommen, daß Parteigenossen oder gar ein Parteiorgan, wie vor einigen Jahren die „Mainzer Volkszeitung", geradezu zum Eintritt in die bürgerlichen kaufmännischen Hilfsvereine auffordern. Dann fährt der Redner fort: Von dem Berliner Kongreß der bürgerlichen Frauenrechtlerinnen hielt uns schon das Gefühl fern. Wie tief das Interesse der bürgerlichen Frauen an der Sozialpolitik und dem Wohle der Proletarierinnen ist, konnte man aus der Klage des Fräulein de Rooy aus Königsberg erkennen, die in den Tagen des Kampfes um das Frauenstimmrecht bei den Kaufmannsgerichten über die Lage der Handlungsgehilfinnen vor leeren Bänken sprach. (Hört! hört!) Die bürgerlichen Damen waren draußen bei der Schlagfahne beschäftigt. (Große Heiterkeit.) Die bürgerlichen Frauen haben auch in Hamburg gegen die Wahl von August Bebel agitiert, gegen den Mann, der einen Teil seiner Lebensaufgabe darin gesehen hat, für die Befreiung der Frau zu kämpfen und dessen Buch noch gelesen werden wird, wenn die Namen der in Berlin versammelten Damen in alle Winde verweht sein werden. (Stürmischer Beifall.)

Frau **Wartenberg-Ottensen** stimmt in bezug auf den Wert der Leseabende der Genossin Fahrenwald zu. In ihrem Kreise werden hauptsächlich öffentliche Frauenversammlungen abgehalten. Die Einnahme für 1903 betrug 303,30 Mk., davon gingen 100 Mk. an den Parteivorstand. Man hätte sicherlich auch Geld an die Zentralvertrauensperson gesandt, wie man auch 1902 und 1904 40 und 50 Mk. an den Parteivorstand geschickt habe, wenn man jemals eine Aufforderung erhalten hätte.

Frau **Ruben** (zur Richtigstellung): Ich möchte aus eigner Erfahrung feststellen, daß der Saal beim Vortrag des Fräulein de Rooy brechend voll war und daß in Hamburg nur ein Teil der bürgerlichen Frauen gegen Bebel agitiert hat.

Vorsitzende Frau **Zetkin**: Die bürgerlichen Frauen Hamburgs haben offiziell beschlossen, für die freisinnig-bürgerlichen Kandidaten einzutreten, das heißt gegen die sozialdemokratischen Kandidaten, unter denen sich Bebel befand. Wenn ein kleiner Teil der bürgerlichen Frauen sich bewußt war, welchen Schandfleck das bedeutete, so macht das den einzelnen bürgerlichen Frauenrechtlerinnen, die ihr politisches Gewissen nicht befleckt haben, alle Ehre, aber damit ist die Handlung der andern nicht gerechtfertigt. — Die Mitteilung von der Leere des Saales bei dem einen Vortrag des Fräulein de Rooy ging durch alle Blätter, auch die bürgerlichen und der Vorwurf wäre ernst genug gewesen, damit die bürgerlichen Frauen, die sich bei jedem Anlaß und ohne jeden Anlaß an die Presse wenden, ihm entgegengetreten wären. (Beifall.)

Frau **Popp-Wien**: Auch nach unsrer Erfahrung hat es nicht den geringsten Wert für uns, in bürgerliche Versammlungen zu gehen. Diejenigen Frauen, die wirklich nicht nur ihre Klasse, sondern ihr ganzes Geschlecht unter einem Drucke stehen sehen, die für seine Gleichberechtigung und Würdigung kämpfen wollen, kommen von selbst zu uns, versuchen sozialdemokratische Theorie und Praxis bei uns zu lernen. Sie sind dabei nicht erfüllt vom Dünkel, etwas Großes zu tun, sondern rechnen es sich zur Ehre, zu den Proletarierinnen,

die nach den harten Tagesarbeiten nur noch mühselig lernen, zu kommen, und für sie zu arbeiten. Vor Jahren hat Dr. Käthe Schirmacher in einer Wiener Versammlung, in der sie über Arbeiterinnenschutz sprach, sich darüber beschwert, daß dem Frauenblatt „La Fronde" die Nachtarbeit der Setzerinnen verboten worden sei, obwohl dies ein durchaus gesunder Beruf sei. (Lachen.) Die Krankenkassenberichte hätten sie eines besseren belehren können. Wozu sollen wir da zu den bürgerlichen Frauen gehen? Die proletarische Frauenbewegung ist etwas ganz für sich, das nur mit der Sozialdemokratie zusammenhängt. (Lebhafte Zustimmung.) Die wirklich freigesinnten bürgerlichen Frauen gehen bei den Wahlen zum Land- und Reichstage in unsre Wahlkreise und freuen sich, daß wir ihre Arbeitskraft verwenden, wie die der Proletarierinnen. Es ist auch uns unverständlich, wie Frauen gegen die Kandidatur Bebels haben auftreten können; auch uns hat ein solches Verhalten mit Entrüstung erfüllt. (Lebhafter Beifall.)

Frau Zetkin: Ich muß dem Genossen Michels noch einiges erwidern. Er meinte, der Internationale Frauenkongreß würde dank unsrer Teilnahme einen andren Verlauf genommen haben. Daß diese Meinung irrig ist, beweist schon die Tatsache, daß die radikalen Gruppen der bürgerlichen Frauen die Mehrheit des Kongresses nicht weiter nach links drängen konnten. Die Mitwirkung der radikalen Gruppen war resultatlos, es wäre auch resultatlos geblieben, wenn von uns jemand fünf Minuten mit hoher Erlaubnis hätte sprechen dürfen. Genosse Michels sprach von einer andern Stimmung, die bei unsrer Beteiligung den Kongreß beherrscht haben würde. Wir sind realpolitisch genug, auf Stimmungen zu pfeifen. Sie verwehen wie Flugsand vor dem Winde, sie sind nicht der Granit, auf den wir bauen können. (Zustimmung.) Die Geschichte lehrt uns, daß die bürgerlichen Frauen Fleisch vom Fleisch und Bein vom Bein der Bourgeoisie sind. Sie können nicht aus ihrer Haut heraus, sie können nicht aus ihrer Klasse heraus. (Sehr richtig!) Das hat auf dem Heimarbeitertag eine bürgerliche Frau Alice Salomon selbst zugegeben. Sie sagte, sie müsse sich quasi entschuldigen, daß die bürgerlichen Frauen nicht mehr zur Bekämpfung des Heimarbeiterelends leisteten, aber sie hätten bei ihren Bestrebungen mit zu großen Schwierigkeiten seitens der Männer zu kämpfen. Das ist charaktervoll gesprochen und mir lieber, als süße Versprechungen, hinter denen keine Taten stehen. Genosse Michels meinte, wir hätten durch unsre Reden den bürgerlichen Frauen das Gewissen geschärft. Was nicht die Tatsachen vermögen, was nicht die Wissenschaft vermag, das wird auch das zündende Wort einer Sozialdemokratin nicht erreichen. Der eiserne Panzer des Klassenvorurteils kann durch Reden nicht gebrochen werden. Genosse Michels hat sich für seine Ansicht auf das Zusammenarbeiten zwischen bürgerlichen und sozialistischen Elementen in den Parlamenten berufen. In den Parlamenten liegt doch die Sache anders. Genau wie wir in den verabscheuungswürdigen kapitalistischen Klassenstaat hineingeboren werden, ohne daß wir gefragt werden, ob wir auch darin leben wollen, so müssen wir auch mit den staatlichen Einrichtungen uns abzufinden suchen. Wenn ich aber meine Mitarbeiterschaft frei wählen kann, da gehe ich nicht zu Leuten, von denen mich eine abgrundtiefe Kluft trennt. (Beifall.) Gewiß erheben auch wir Reformforderungen, aber welcher Unterschied besteht in der Bewertung zwischen uns und den Frauenrechtlerinnen. Sie wollen durch Reformen die bürgerliche Gesellschaft stützen, wir wollen das Proletariat durch sie kampffähig machen, damit wir die heutige Gesellschaft stürzen können. Beim Heimarbeitertag sind nicht wir zu den bürgerlichen Reformern, sondern diese zu uns gekommen. Die bürgerlichen Reformer mußten sich unter die Speere des klassenbewußten Proletariats flüchten, um nur etwas zu erreichen. Die bürgerlichen Reformer haben sich vor unsern Karren gespannt, dem wir die Richtung gaben. Aus den gleichen Erwägungen heraus konnten wir uns an-

Arbeiterschutz-Kongreß in Zürich beteiligen und mußten die Beteiligung an dem Konventikel der Exzellenzen in und außer Dienst in Brüssel ablehnen. (Lebhafte Zustimmung.) Auf dem Frauentag ertönte Beifall nicht bei den grundsätzlichen sozialistischen Forderungen, sondern bei den Reformforderungen. Ganz anders wäre es geworden, wenn nicht das Gemeinsame zwischen Frauenrechtelei und Sozialdemokratie, sondern das Trennende der Mittelpunkt der Debatten gewesen wäre, wenn der Bankrott der bürgerlichen Frauenbewegung nachgewiesen worden wäre, die soziale Emanzipation der Proletarierinnen, die menschliche Emanzipation des gesamten weiblichen Geschlechts herbeizuführen. Die sozialistischen Prinzipien liegen jenseits jeder Reformweisheit. Wo diese aufhört, da fängt die weltbezwingende Idee des Sozialismus an. Auf diesem Kongreß hätte unser Banner nicht entfaltet werden können. Der Gang zur Kaiserin war keine Aeußerlichkeit, sondern ein Zeichen dafür, daß die bürgerliche Frauenbewegung das Bauchrutschen vor den Kronenträgern mitmacht, das ein charakteristisches Zeichen des Verfalls ihrer Klasse, ein Ausfluß ihres Hasses gegen die kämpfende Arbeiterklasse ist. Es ist doch charakteristisch, daß die bürgerlichen Frauen zur Kaiserin gegangen sind, obwohl diese der Frauenbewegung ablehnend gegenübersteht und in der Geschichte der Frauenbewegung keinen Platz hat. Und was hatten die Damen bei den Frauen der Exzellenzen Bülow und Posadowsky zu suchen? Unter den obwaltenden Umständen erscheint diese Wallfahrt geradezu als der Ausdruck der Selbstverachtung. An einer Bewegung, die solche Früchte zeitigt, nehmen wir nicht teil, mit solchen Elementen kongressieln wir nicht zusammen. (Lang anhaltender Beifall.)

In ihrem Schlußwort dankt

Frl. Baader-Berlin für die Anregungen der Diskussion und erklärt, daß sie mit der Tendenz der gestellten Anträge durchaus einverstanden sei. Was die Genossin Wartenberg gesagt hat, werde ich mir merken und recht häufig an sie schreiben. Ich hoffe dann, daß die künftige Zentralvertrauensperson eine hübsche Kassenrechnung in zwei Jahren wird vorlegen können. (Lebhafte Heiterkeit und Beifall.)

Zunächst wird der Zentralvertrauensperson Frl. Baader einstimmig Decharge für ihre zweijährige Thätigkeit erteilt.

Der Antrag Bromberg wird der Vertrauensperson für Deutschland zur Berücksichtigung überwiesen, der Antrag Berlin wird unverändert angenommen, der Antrag Köln mit dem Amendement Josephsohn, so daß die Worte in Wegfall kommen „bestehend aus gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen".

Gleichfalls angenommen wird der Antrag der Frau Zietz in Sachen der Partei-Organisation.

Ein Antrag der Frau Plum-Essen, der die Ausarbeitung eines Flugblatts für das Ruhrrevier zur Verbreitung unter den Bergarbeiter-Frauen fordert, wird auf Vorschlag der Frau Zetkin der Zentral-Vertrauensperson überwiesen.

Nach einer persönlichen Bemerkung des Genossen Dr. Michels, der Mißverständnisse seiner Ausführungen richtig stellt, begrüßt

Reichstagsabgeordneter Geck die Konferenz und berichtet von einem Fortschritt, der in Baden erreicht worden. In Mannheim und Offenburg ist durch beständiges Drängen der Sozialisten ein Ortsstatut erzielt worden, wonach in den städtischen Kommissionen für die Armenpflege und die Volksschule weibliche Mitglieder gewählt werden dürfen. Das weise Ministerium hat nun bestimmt: In diesen Kommissionen darf die Zahl der Frauen die der Männer nicht übersteigen. (Heiterkeit.) Nun ist das männliche Geschlecht beruhigt. Das Wahlrecht haben die Frauen allerdings nicht. Anstandshalber aber sind beim ersten Versuch auch Sozialistinnen in diese Kommission berufen worden. Diese wirken nun

wie die Hechte im Karpfenteiche. Sie erteilen der Bourgeoisie gewissermaßen Anschauungsunterricht in der Armenpflege. Die Armen und Aermsten des Volkes empfinden es als Glück, wenn sie von Frauen besucht werden, die mit ihnen denken und empfinden und ihre soziale Lage mit vollem Verständnis ansehen. Die Einrichtung hat sich außerordentlich bewährt und kann gar nicht mehr abgeschafft werden. Diese Aermsten der Armen, denen durch diese Einrichtung geholfen wird, haben mich beauftragt, Sie als Vorkämpferinnen zu begrüßen. Wer da sieht, was die Frau bei dieser beschränkten Tätigkeit leistet, der muß wünschen, daß die Tätigkeit erweitert wird auf alle Gebiete des öffentlichen Lebens und des Staates. (Lebhafter Beifall.)

Nächster Punkt der Tagesordnung ist: **Der Kinderschutz.**

Die Referentin, Genossin **Zietz**-Hamburg legt folgende Resolution vor:

Kinderschutz-Resolution.

Die Konferenz sozialistischer Frauen erklärt, daß das am 1. Januar 1904 in Kraft getretene Kinderschutzgesetz nicht im entferntesten den Ansprüchen an den gesetzlichen Schutz der Kinder gegen die vorzeitige Verwüstung ihrer körperlichen, geistigen und sittlichen Kräfte gerecht wird.

Sie fordert deshalb im Interesse der Zukunft des Proletariats und der gesamten Nation:

Verbot jeglicher Erwerbsthätigkeit schul- und vorschulpflichtiger Kinder im Gewerbe, der Land- und Forstwirtschaft, bei häuslicher Arbeit, im Boten- und Gesindedienst. Ausdehnung der Schulpflicht auf das vollendete 14. Lebensjahr. Herabsetzung der täglichen Maximalarbeitszeit für jugendliche Arbeiter von 14 bis 18 Jahren auf 6 Stunden und Einführung eines obligatorischen Fortbildungsunterrichts für beide Geschlechter.

Des ferneren fordert sie nachdrücklichst die Durchführung einer wirksamen Kontrolle des Kinderschutzes, und um dieselbe zu ermöglichen, die entsprechende Vermehrung der Gewerbeaufsichtsbeamten und die Heranziehung von Aufsichtsbeamten aus den Kreisen der Arbeiter und Arbeiterinnen.

Die Konferenz macht es den Genossinnen zur Pflicht, mit ganzer Kraft und Energie für die Durchführung dieser Forderungen zu wirken.

1. Durch fleißiges und gründliches Studium des einschlägigen Materials.
2. Durch Sammlung und Veröffentlichung von neuem Material, das aufs neue die Berechtigung und Notwendigkeit obiger Forderungen begründet.
3. Durch aufklärende mündliche und schriftliche Agitation, um in den Massen den nötigen Resonanzboden für unsre Forderungen zu gewinnen und zu erhalten.

Die Konferenz verpflichtet des ferneren die Genossinnen, nach besten Kräften für die strikte Durchführung des im Gesetze ausgesprochenen Schutzes mit Sorge zu tragen und zu diesem Zwecke sich selbst in möglichst ausgiebiger Weise an der Kontrolle zu beteiligen.

Zur Begründung führt die Rednerin folgendes aus:

Seit der kapitalistischen Anwendung der Maschine lautet der Ruf der Unternehmer nicht nur: „Frauenarbeit vor!“ sondern auch: „Kinderarbeit vor!“ Je mehr der Unternehmer für seinen Betrieb des konstanten Kapitals benötigte (für Maschinen, Fabrikgebäude usw.), desto mehr sollte am variablen Kapital (für die lebendige menschliche Arbeitskraft) gespart werden. Um so größer ward sein Hunger nach billiger weiblicher und kindlicher Arbeitskraft. Wer erfahren will, welch entsetzlicher Raubbau an der kindlichen Arbeitskraft in den Fabriken betrieben ward, bevor die Gesetzgebung eingriff, der lese es nach bei Karl Marx im ersten Bande des „Kapital“, bei Friedrich Engels in seinem Buche „Die Lage der arbeitenden Klassen in England“, oder für Deutschland in Mehrings „Geschichte des Sozialismus“, oder bei Anton Günther in der „Geschichte der preußischen Fabrikgesetzgebung 2c. 2c.“ Als dann endlich die Gesetzgebung ein-

griff, geschah es zunächst keineswegs im Interesse der ausgebeuteten Kinder, sondern im Interesse des Unternehmers und des Staates. Man wollte nicht den heranwachsenden denkenden und fühlenden Menschen, sondern den zukünftigen Vollarbeiter und Rekruten schützen. (Lebhafte Zustimmung.) Erst der fortgesetzten Kritik und dem Fordern und Drängen des allmählich zum Klassenbewußtsein erwachenden Proletariats gelang es, einen wirksameren Schutz für die kleinen Fabriksklaven durchzusetzen.

Die Gesetzgebung zum Schutze der in Fabriken beschäftigten Kinder hat vorläufig in den Bestimmungen des § 135 der Gewerbeordnung ihren Abschluß gefunden. Danach ist die Beschäftigung von Kindern unter 13 Jahren überhaupt verboten, von Kindern im Alter von 13—14 Jahren nur dann nicht, wenn diese nicht mehr zum Besuch der Volksschule verpflichtet sind. Die tägliche Arbeitszeit darf sechs Stunden nicht überschreiten.

Da diese Bestimmungen nur für Fabriken gelten, wurde damit die Kindererwerbsarbeit keineswegs beseitigt. In der Landwirtschaft, in den Werkstätten und der Heimindustrie, bei Botengängen, in den Gastwirtschaften und bei häuslichen Diensten herrscht nach wie vor Ausbeuterfreiheit. Nicht wenige der auf Grund des Gesetzes aus den Fabriken verdrängten Kinder wurden in diesen Betrieben aufs neue und oft noch ärger ins Joch gespannt. So in der Landwirtschaft, wo sie als Hütekinder, beim Rübenziehen und Kartoffelroden, bei der Kornernte dem schlimmsten Sonnenbrand und allen Unbilden der Witterung ausgesetzt sind. So in den Werkstätten als Schmiede, Glasbläser, auf den Bauten und Ziegeleien, in den Steinbrüchen beim Steineklopfen, in den Gastwirtschaften als Kegeljungen, während die Mädchen zum Bedienen der oft genug halb oder ganz betrunkenen Gäste verwandt würden. Als Botengänger werden sie wieder des Morgens um 3, 4 Uhr im besten Schlaf aus den Betten gerissen und ungenügend gekleidet, nüchtern, in Sturm, Regen und Frost hinausgejagt, um Brot, Zeitung und Milch der Kundschaft zuzutragen. Oder sie werden als Heimarbeiter in der Textil-, Tabak-, Konfektions-, Porzellanbranche, bei der Griffelfabrikation, in der Nahrungsmittelindustrie usw. eingepfercht in dumpfigen, schlechtventilierten, licht- und luftlosen Räumen, wo sie bis in die Nacht hinein bei entsetzlich monotoner geisttötender Arbeit angespannt bleiben. Und dazu die oft endlose Arbeitszeit. Auf Grund einer amtlichen Statistik wurde festgestellt, daß z. B. in Chemnitz

435	Kinder	täglich	4	Stunden arbeiten,
1241	„	„	6	„ „
172	„	„	9	„ „
42	„	„	10—13	„ „

Für Charlottenburg wurde eine wöchentliche Arbeitsdauer von 30 bis 72 Stunden nachgewiesen. Und anderswo ist es nicht besser, mitunter noch schlimmer.

Das sind Arbeitszeiten, die den kindlichen Organismus zerstören müssen, ja die zum Teil für einen Erwachsenen viel zu lang sind. Es bedarf keines weiteren Beweises, daß unter solchen Verhältnissen die Gesundheit der Kleinen auf das schwerste geschädigt, ihre körperliche Entwicklung außerordentlich beeinträchtigt wird. Die bleichen Wangen, die glanzlosen Augen, der gekrümmte Rücken, die gekrümmten Beine der skrophulösen, rhachitischen, blutarmen Arbeiterkinder sind eine entsetzliche, lebendige Anklage gegen unsre heutige Gesellschaftsordnung. (Bewegung und lebhafte Zustimmung.) Zu der körperlichen Schädigung der Kinder kommt aber noch die geistige und intellektuelle.

Es ist das wahrlich kein Wunder. Statt frisch und aufnahmefähig in die Schule zu kommen, sind sie müde und unlustig, schlafen beim Unterricht ein oder halten sich nur mit vieler Mühe munter. Aber vom Kapieren und geistig Verarbeiten des im Unterricht ihnen dargebotenen Lehrstoffes kann keine Rede sein.

Tränen des Zornes und der Erbitterung erpreßt es uns, wenn wir lesen, daß z. B. in Berlin im Jahre 1902 764 Mädchen und 750 Knaben aus der 5. Schulklasse entlassen wurden, daß

1588 Knaben und 1713 Mädchen aus der 4.
183 „ „ 170 „ „ „ 6.
14 „ „ 7 „ „ „ 7.

Klasse ins Leben traten. (Hört! hört!) Und warum? Zum großen Teil waren es erwerbstätige Kinder! So ist es der Profitwut der Unternehmer geschuldet, daß selbst das wenige Wissen, das unsern Kindern in der Volksschule übermittelt wird, von diesen nicht aufgenommen werden kann, daß selbst diese einzige, ohnehin so spärlich fließende Bildungsquelle tausenden von Proletarierkindern so verstopft wird. Wie wäre es auch denkbar, daß im Jahre 1899 noch 399 Analphabeten unter den deutschen Rekruten gezählt wurden. Ich wiederhole: Tränen des Zornes und der Erbitterung erpreßt uns die Betrachtung solcher Zustände, (Lebhafte Zustimmung), zumal man selbst erfahren hat, wie unendlich schwer, ja geradezu unmöglich es ist, aus eigner Kraft im späteren Leben die Lücken des Wissens auszufüllen und wie der Mangel an Wissen uns überall und jederzeit hemmend in den Weg tritt. Dann ballt man im berechtigten Zorn die Faust und schwört Kampf, unerbittlichen Kampf einer Gesellschaft, die solche Zustände geschaffen hat und aufrecht erhält. (Lebhafter Beifall.) Doch kehren wir zu unsern Kleinen zurück. Wir dürfen nicht vergessen, daß die Erwerbsarbeit unendlich viele Gefahren sittlicher Natur für die Kinder mit sich bringt. Ich erinnere an den Kegeljungen, der von den Keglern mit Bier oder wohl gar mit Schnaps traktiert wird und so nur zu leicht zum Alkoholiker wird. Ich erinnere an die Kinder, die in Steinbrüchen und Ziegeleien arbeiten, allen Unbilden der Witterung ausgesetzt, ungenügend ernährt und bekleidet, die dem Beispiel der Erwachsenen folgen, zur Schnapsflasche greifen, um sich einen Augenblick das Gefühl der Sättigung, der Wärme, des Behagens zu verschaffen und so allmählich Trinker werden. Ich erinnere an den Bericht des Lehrers Agahd, wonach elf- bis zwölfjährige erwerbsthätige Mädchen unter den Prostituierten Berlins sind, wonach unter 100 jugendlichen Strafgefangenen 70 als Kinder erwerbstätig waren. So ist es der unersättliche Goldhunger der Herrschenden, der Hunderttausenden von Proletarierkindern die goldene Jugend raubt, die Jugend, von der Dichter und Denker singen und sagen: Diese Zeit des Frohsinns, des Spieles, der Sorglosigkeit wird für sie eine Zeit des Elends, der Entbehrung, der Not, der Ueberarbeitung. (Lebhafte Zustimmung.) Es ist der unersättliche Goldhunger, der Hunderttausende von Proletarierkindern körperlich, geistig und seelisch zu Grunde richtet, der gleich einem Reif fällt in der Frühlingsnacht und so manches vielverheißende Menschenknösplein vernichtet. Das mögen sich all jene Dämchen und Herren gesagt sein lassen, die auf den Höhen des Lebens in der Sonne wandeln und pharisäisch die Nase rümpfend an ihre Brust schlagen und ausrufen: Herr Gott, ich danke dir, daß meine Kinder edel und gut und nicht verkommen und verroht sind wie jene des Pöbels." (Bravo!) Danken sie doch nicht zum geringen Teil ihren Reichtum und ihre Bildung dem Umstand, daß die Ausbeutung schon Hirn und Knochen der Arbeiterkinder zermürbt. Und auch heute wollen sie keineswegs auf die Einnahmequelle verzichten.

Das beweist das Kinderschutzgesetz und dessen Anwendung und Handhabung. Bereits 1887 hatte die sozialdemokratische Fraktion einen Initiativantrag im Reichstag eingebracht, der das Verbot jeder Kindererwerbsarbeit forderte. Und seitdem ist im Parlament, in der Presse, in Volksversammlungen überall unsre Forderung: Fort mit der Kinderarbeit! auf das nachdrücklichste wiederholt und durch die Kritik der Kinderarbeit und deren Folgen begründet worden. Auch ein großer Teil der deutschen Lehrerschaft hat in der freimütigsten Weise diese Kritik geübt und Abhilfe verlangt. Danach wurde im Jahre

1898 vom Reichskanzler eine Enquete bezüglich der Kinderarbeit und deren Schäden angeordnet. Dieselbe ergab, daß 532 283 Kinder im schulpflichtigen Alter erwerbstätig seien. Doch heißt es selbst in der amtlichen Denkschrift der Enquete, daß diese Zahl bei weitem hinter der Wirklichkeit zurückbleibt. Es sind weder alle Teile des Reiches, noch alle Zweige der gewerblichen Tätigkeit erfaßt; vor allem nicht die Hunderttausende von Kindern in der Landwirtschaft, die vielen Kinder, die im vorschulpflichtigen Alter beschäftigt werden usw. Und trotzdem wurden über ½ Million kleiner Lohnsklaven gezählt, die zum Teil bei harter, immer aber bei anstrengender, geisttötender Arbeit unter den traurigsten Umständen ihr Leben fristen.

Dies Ergebnis hatte die Einbringung des Kinderschutz-Gesetzentwurfs zur Folge, der am 30. März 1903 Gesetz ward und am 1. Januar 1904 in Kraft trat. Rednerin führt die Hauptbestimmungen des Gesetzes an.

Dies Gesetz bleibt leider weit hinter unsren Forderungen zurück. Wenn unsre Fraktion trotzdem dafür gestimmt hat, so deswegen, weil es einen prinzipiellen Fortschritt bedeutet. Im Kinderschutzgesetz ist zum erstenmale mit dem bisherigen, von der kapitalistischen Gesellschaft zähe festgehaltenen Prinzip: „Vor der Familie muß der Gesetzgeber Halt machen", gebrochen worden. Das Kinderschutzgesetz ist auf die Heimarbeiter ausgedehnt, es enthält den ersten, *wenn auch winzigen Anfang eines Heimarbeiterschutzes*. Im übrigen fordert es in überaus reichem Maße unsre Kritik und unsern Protest heraus. Da sind zunächst wieder weite Kreise der erwerbstätigen Kinder von dem Schutze durch das Gesetz ausgeschlossen: die Hunderttausende in der Landwirtschaft und im Gesindedienst beschäftigten. Dabei liegen Berge von Material vor und die Kommissions- und Plenarberatungen über das Gesetz haben weiteres Material beigebracht, welches beweist, daß es in der Landwirtschaft dem kindlichen Arbeiter nicht um ein Jota besser geht wie seinem Leidensgenossen in der Industrie. Diese traurige Tatsache ward illustriert unter Hunderten von ähnlichen Fällen durch den Ausspruch des Sanitätsrats Heinacher aus Graudenz, daß ihm unter den vielen armen, elenden Kindern, die er untersuchte zum Zwecke der Wiederimpfung, die elende körperliche Entwicklung der Hütejungen aufgefallen ist.

Das ward des weiteren illustriert durch den Klageruf des hessischen Geistlichen: „Man möchte weinen, wenn man die müden, abgespannten Kindergesichter (der „Weidjungen") gleich in den ersten Morgenstunden erblicken muß. O, diese Fronfesseln um Kindesarme und Kindesbeine! Wann wird man auf ländlicher Flur dem Kinde die Kindheit wiedergeben!" Oder durch den Erlaß der anhaltischen Regierung: „Nur mindestens Achtjährige dürfen zu ganzen Tagesleistungen herangezogen werden von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends." Trotz alledem — die agrarische Mehrheit lehnte den Kinderschutz für die Landwirtschaft ab; alles was erreicht wurde, war die Annahme einer Resolution, die eine Enquete über die Kinderarbeit auf dem Lande forderte.

Das Schutzalter der gewerblich tätigen Kinder auf 14 Jahre festzusetzen, konnte sich die Majorität ebenfalls nicht entschließen. Es blieb bei 12 Jahren für fremde, bei 10 Jahren für eigne Kinder. In der Begründung der Regierungsvorlage heißt es in bezug hierauf, daß eine mäßige Beschäftigung von Kindern insofern ihre Berechtigung habe, als sie geeignet sei, die Kinder an körperliche und geistige (?) Tätigkeit zu gewöhnen, den Sinn für Fleiß und Sparsamkeit zu erwecken und sie vor Müßiggang und andern Abwegen zu bewahren.

Die Arbeit enthalte ein wesentliches, nicht zu unterschätzendes erzieherisches Moment.

Fast sämtliche Vertreter der bürgerlichen Parteien hielten sich verpflichtet, dies nachzubeten. Wir verkennen keineswegs den hohen pädagogischen Wert der Arbeit. Fordern wir doch deswegen seit langem die Einführung des Handfertigkeits-Unterrichts in den Schulen. Die Arbeit als Erziehungsmittel fördert

und bildet den Tätigkeitsdrang, der in jedem Kinde schlummert. Sie ist Mittel zum Zwecke, um anzuregen zum Beobachten, Denken, Urteilen, Handeln. Sie fördert damit die Geistesbildung, die Tat- und Willenskraft und wirkt so versittlichend, veredelnd, stärkt ferner Nerven- und Muskelkraft und fördert damit die Gesundheit, die körperliche Entwicklung.

Ganz anders die Erwerbsarbeit, bei der ein bestimmtes Quantum einer bestimmten Arbeit, die nach der Qualität dem Kinde nicht behagt, nach der Quantität seine Kräfte übersteigt, Tag für Tag geleistet werden muß. Die ermüdet, stumpft ab, weckt keine schlummernden Kräfte, sondern tötet sie. Die chronische Uebermüdung hemmt die körperliche und geistige Entwicklung, ganz zu schweigen von den sittlichen Gefahren, denen erwerbstätige Kinder nur zu oft ausgesetzt sind. Bei der Erwerbsarbeit wird das Kind die Arbeit nicht lieben, sondern hassen und fürchten lernen. Zudem bedürfen die Kinder gerade in dem Alter von 12, 13, 14 Jahren, wo bei ihnen die Pubertät eintritt, ganz besonders des Schutzes.

Aber nicht nur, daß sich Reichstag und Regierung nicht zu einem strikten Verbot jeglicher Kinderarbeit aufschwingen konnten, wurden die Schutzbestimmungen noch durchlöchert, indem Bundesrat und Verwaltungsbehörden Ausnahmen von den gesetzlichen Bestimmungen gewähren dürfen. Der Bundesrat ist befugt, für die ersten zwei Jahre — im Regierungsentwurf heißt es für die ersten fünf Jahre — nach Inkrafttreten des Gesetzes für einzelne Arten der im § 12 des Gesetzes bezeichneten Werkstätten, in denen durch elementare Kraft bewegte Triebkräfte nicht bloß vorübergehend zur Anwendung kommen, sowie für Werkstätten im Handels- und Verkehrsgewerbe (§ 13 Absatz 1 des Gesetzes) die Beschäftigung eigner Kinder zuzulassen unter teilweisem oder ganzem Dispens von den Schutzbestimmungen ausschließlich der Sonntagsruhe. Der Bundesrat hat von dieser Befugnis sehr ausgiebigen Gebrauch gemacht. Für Preußen im Regierungsbezirk Düsseldorf, für Baden im Kreise Waldshut ist in Werkstätten der Bandweberei, im letztgenannten Kreise auch der Stoffweberei, eignen Kindern das Spulen, insbesondere auch das Spulen mit den Spulmaschinen, die durch elementare Kraft betrieben sind, gestattet bis Ende 1905, wenn Wohnung und Werkstatt in einem Hause sich befinden und in der Werkstatt nicht mehr als drei Stühle betrieben werden. Die übrigen Schutzbestimmungen bezüglich des Alters, der Arbeitszeit, Pausen, Nachtarbeit sind aufrecht erhalten. Bedauerlicher noch als diese Ausnahmen sind jene, durch die der Bundesrat das Schutzalter von 10 auf 8 Jahre herabsetzte: sie gelten zwar nur für bestimmte Bezirke, aber gerade für diejenigen, in denen überhaupt diese Art hausindustrieller Beschäftigung in Betracht kommt.

Alle diese Ausnahmen sind zugelassen in Gegenden und Berufen, in denen die schlimmste Ausbeutung und damit die schlimmsten Uebelstände bei den Reichstagsdebatten nachgewiesen wurden. Aus denen folgt, daß alle Bande der Liebe und des Familienlebens zerstört werden, daß die Eltern schließlich in ihren Kindern nur das Arbeitsinstrument, die Kinder in ihren Eltern nur die Arbeitgeber und Antreiber sehen. Und nach Ablauf der zwei Jahre kann der Bundesrat weiter solche Ausnahmen zulassen! Dadurch ist der geringe Heimarbeiterschutz, den das Kinderschutzgesetz enthält, noch mehr eingeschränkt.

Für die Kinder, die als Botengänger beschäftigt werden, hat die Polizeibehörde an zahlreichen Orten gestattet, daß dieselben von $6^1/_2$—$7^1/_2$ Uhr morgens in der Uebergangszeit beschäftigt werden dürfen. Damit ist für diese Kleinen eine der wertvollsten Bestimmungen des Gesetzes, nämlich daß die Kleinen nicht vor dem Vormittagsunterricht beschäftigt werden dürfen, wodurch erreicht werden soll, daß sie frisch und aufnahmefähig in die Schule kommen, wieder illusorisch gemacht. Ja noch mehr. Sie werden jetzt in einer Stunde an Arbeit fertigstellen müssen, wozu sie sonst $1^1/_2$—2 Stunden brauchten. Die darauffolgende

Ermüdung wird daher um so größer sein. Und zu all diesen Ausnahmebestimmungen kommt noch hinzu, daß das Wenige an gesetzlichen Bestimmungen, das zum Schutze der Kinder übrig bleibt, unausgesetzt übertreten wird.

Ist doch fast nichts zur Kontrolle des Kinderschutzes geschehen. Nach dem Gesetze soll die Gewerbeinspektion und die Gewerbepolizei die Kontrolle ausüben. Bekanntlich ist aber schon heute die Gewerbeinspektion überlastet. Groß ist die Zahl der inspektionspflichtigen Betriebe, die nicht einmal im Jahre revidiert werden. Wie soll es da möglich sein, daß z. B. das weite Gebiet der Heimindustrie inspiziert wird und damit den Kindern der geringe ausgesprochene Schutz gesichert wird. In Hamburg und Württemberg sind die Lehrer mit zur Kontrolle herangezogen. Sie sollen, wenn ihnen in der Schule die Ermüdung eines Kindes beim Unterricht auffällt und sich herausstellt, daß dieselbe eine Folge der Erwerbsarbeit ist, der Gewerbeinspektion durch Vermittlung der Oberschulbehörde Mitteilung machen, die dann einzugreifen hat. So sehr wir auch die Mitarbeit der Lehrer begrüßen, kann doch unmöglich die ganze Kontrolle auf deren Angaben aufgebaut werden. Soll der gesetzliche Schutz zu einem faktischen werden, so muß unbedingt für eine wirksame Kontrolle gesorgt werden. Bei einer wirksamen Kontrolle würde erstens der geringe Schutz den Kindern gesichert werden, zweitens würde das Ergebnis der Kontrolle, das in den Berichten der Beamten in Erscheinung tritt, wo sie eine Schilderung der Tätigkeit der Kinder, der Umgebung, in der sie diese vollzogen, des ganzen Milieus in dem sie leben, geben würden, dazu beitragen, das soziale Gewissen zu wecken, zu schärfen und damit den geringen bestehenden Schutz einer Weiterbildung entgegentreiben.

Welches sind nun die Aufgaben, die uns angesichts dieser Verhältnisse erwachsen? Sie sind in einer Resolution zum Ausdruck gebracht. Wir vertreten die Forderungen: fort mit der Kinderarbeit im schul- und vorschulpflichtigen Alter. Nach unsrer Meinung gehört das Kind in die Schule und auf den Spielplatz und nicht in die Erwerbsarbeit.

Rednerin erläutert kurz die einzelnen Forderungen. Dann schließt sie:

Genossinnen, nehmen Sie unsre Resolution an. Wenn Sie dann in Ihre Heimat zurückgekehrt sind, wirken Sie mit ganzer Kraft für die Durchführung der darin niedergelegten Forderungen. Ich denke, ganz besonders die Genossinnen, die das Glück haben, Mutter zu sein, werden mit heißer Sehnsucht die Durchführung dieser Forderungen wünschen und dafür kämpfen wollen. Gilt es doch nichts Geringerem als unsren Kindern eine hellere Zukunft zu erkämpfen, für unsre Kinder die Möglichkeit zur harmonischen Ausbildung eines sittlich gefestigten, geistig frischen und starken, körperlich gesunden und schönen Menschen schaffen. Es gilt also um hohen Preis. Deshalb lassen Sie unsre Parole sein: Auf zum Kampf! Nieder mit der Ausbeuterfreiheit! Unsren Kindern zum Schutz, den Unternehmern zum Trutz! (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Die Diskussion wird eröffnet.

Frau Lungwitz-Dresden: Wir haben den Antrag eingebracht: „Kinder unter vierzehn Jahren dürfen als Austrägerinnen an Parteizeitungen nicht verwendet werden." Sie dürften sich vielleicht über diesen Antrag wundern. Es liegt uns auch fern zu behaupten, daß unsre „Sächsische Arbeiterzeitung" etwa Kinder zum Austragen verwendet. Aber trotzdem schicken die Kolporteure oft mit sechs- bis achtjährigen Kindern die Zeitung ins Haus oder lassen durch diese kassieren. Die Rednerin kritisiert dann eingehend die Kinderbeschäftigungs-Anstalten der Kommune Dresden. Von Schulschluß bis spät in den Abend werden die Kinder selbst mit Holzhacken und Schuhziehen beschäftigt, für die kleinsten Unarten gibt es Schläge oder Entziehung des Verdienstes für den nächsten Tag, ein Schutz gegen Unfall ist nicht immer vorhanden. Zur Förderung

der Frömmigkeit wird natürlich bei Beginn und Schluß der Arbeit ein Kirchenlied gesungen. Rednerin empfiehlt daher, die Konferenz möge folgenden von den Genossinnen Dresdens gestellten Antrag dem Parteivorstand zur Erwägung überweisen: Die städtischen Kinderbeschäftigungs-Anstalten, welche bisher dem Kinderschutzgesetz nicht unterstellt sind, sollen ihm unterstellt werden.

Frau Göckeritz-Reichenbach befürwortet den Antrag des fünften sächsischen Reichstags-Wahlkreises: Die Frauenkonferenz möge Vorschläge zur Verbesserung des jetzt in Kraft getretenen Kinderschutzgesetzes machen und zwar dahingehend, daß die Handhabung des Gesetzes zu einem wirklichen Schutze wird und daß man zweitens dieses Gesetz auch auf die heimarbeitenden Kinder ausdehnt. Diese Vorschläge sollen in einer Resolution festgelegt und diese unsrer Reichstagsfraktion übergeben werden. Sie zeigt die traurigen Verhältnisse der heimarbeitenden Kinder in der Textilindustrie von Reichenbach und Umgegend.

Es liegt ferner ein Antrag der Berliner Genossinnen vor: Die Vertrauenspersonen mögen in ihren Orten Ermittelungen darüber anstellen, wieviele Kinder und in welchem Alter tagsüber ohne Aufsicht sind, weil die Eltern der Erwerbsarbeit nachgehen müssen.

Frau Bauschke-Berlin begründet ihn mit dem Hinweis auf die zahlreichen Unfälle und schließt mit den Worten, daß wer wie sie in der Jugend selbst die Armut kennen gelernt habe, den Kampf gegen sie und die durch sie verursachten Qualen voll zu schätzen wissen werde.

Frau Lutz-Berlin teilt ihre eigenen Erfahrungen aus der Jugend mit. Sie habe am eignen Leibe erfahren, was es heiße, übermäßig arbeiten zu müssen. Der Berliner Waisenverwaltung werde mehr auf die Finger gesehen werden müssen. Sie gebe Waisenkinder, besonders Mädchen, aufs Land, die dort übermäßig ausgebeutet würden. Ein zehnjähriges Mädchen müsse fünf Kühe täglich melken, eine Arbeit, die gar nicht ordentlich geleistet werden könne. Es ist überall darauf zu achten, wohin die Waisenverwaltungen die Kinder in Pflege geben.

Frau Plum-Essen berichtet von der Ausbeutung der Arbeitskraft kleiner Kinder beim Austragen von Zeitungen und Weißbrot in ihrem Bezirke. Diesen Kindern ist es nicht möglich, ein ordentliches Frühstück zu sich zu nehmen, bevor sie in die Schule kommen. Durch die Anfrage eines Lehrers wurde festgestellt, daß 25 Kinder nüchtern auf der Schulbank saßen. Im Landkreise Aachen werden drei- bis vierjährige Kinder mit dem Aufnähen von Knöpfen, Haken und Oesen beschäftigt. Für das Aufnähen von drei Dutzend wird 1 Pfennig bezahlt; die Kinder verdienen 8 bis 10 Pf. täglich. (Hört! hört!) Der Zwirn muß von den Eltern geliefert werden. Von der Ausbeutung dieser Kinderarbeit kann sich nur der eine Vorstellung machen, der das schwarze Unternehmertum kennt. Für diese Leute existiert kein Kinderschutzgesetz. (Lebhafter Beifall.)

Frau Wartenberg-Ottensen schildert die Ausbeutung der Kinder in der Heimarbeit der Tabakindustrie; Schandlöhne werden auch für das Auspellen der Krabben bezahlt.

Frau Wichmann-Lichtenberg wünscht, daß den jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen die Akkordarbeit verboten wird, weil gerade die Akkordarbeit zu Lohndrückereien benutzt wird. Sie schlägt der Konferenz ein entsprechendes Amendement zur Resolution Zietz vor.

Frau Baumann-Altona: Während früher zum Austragen von Zeitungen nur Frauen verwandt wurden, die auf eignes Konto Kinder verwandten, werden jetzt direkt Kinder, die über 12 Jahre alt sind, angestellt für die Stunden, wo ihre Beschäftigung zulässig ist. Die Wirkung des Kinderschutzgesetzes auf die Kolportage ist gleich Null. Es wird nach Kräften umgangen und niemand kümmert sich darum. Bei der Parteikolportage des „Hamburger Echo" ist die Beschäftigung von Kindern streng verboten.

Damit schließt die Diskussion.

In ihrem Schlußwort hebt Frau Zietz hervor, daß die Resolution des 5. sächsischen Wahlkreises teils durch die Resolution der Referentin erledigt, teils bereits Gesetz ist. Die von Genossin Wichmann beantragte Veränderung der Resolution (Verbot der Akkordarbeit für jugendliche Arbeiter statt Herabsetzung der Arbeitszeit für diese Arbeiter auf sechs Stunden) empfiehlt sich nicht. Es muß vielmehr dafür gesorgt werden, daß die Gewerkschaften, die für die Beseitigung der Akkordarbeit agitieren, besonders und nachdrücklichst auch für die Beseitigung der Akkordarbeit der jugendlichen eintreten. Der Antrag 1 der Genossinnen des 4. und 6. sächsischen Wahlkreises (Dresden) und der Antrag Berlin sollten angenommen werden.

Bei der Abstimmung wird die Resolution Zietz unter Ablehnung des Amendements Wichmann einstimmig angenommen. Gleichfalls angenommen wird der Antrag Berlin und der Antrag 1 Dresden.

Um 1/2 8 Uhr werden die Verhandlungen auf Sonntag 9 Uhr vertagt.

An der Konferenz nehmen teil:

Ottilie Baader-Berlin. M. Karstens-Neumünster. Adolf Scherf-Langenchursdorf, für Glauchau-Meerane. Heinrich Schulz-Bremen, für Erfurt. Marie Wackwitz-Wittenberge. August Wicky-Mühlhausen. Pauline Göckeritz-Reichenbach i. V. Klara Pötzsch-Leipzig. Wilhelmine Kähler-Bromberg und Magdeburg. Linchen Baumann-Altona. Henriette Mirus-Frankfurt a. M. Bertha Lungwitz-Dresden. Agnes Plum-Essen. Margarete Zeise-Köln. Marie Thiel-Teltow-Beeskow. Minna Jung-Nieder-Barnim. Bertha Riemann-Chemnitz. Auguste Bosse-Bremen. H. Meyer-Bremen. Minna Schäfer-Bremen. Marie Rost-Hamburg. Luise Zietz-Hamburg. Agnes Fahrenwald-Hamburg. Anna Bauschke-Berlin. Bertha Lutz-Berlin. August Hering-Flensburg. Kenngott-Eßlingen, für Cannstatt. Josephsohn-Hamburg, Handlungsgehilfen. Marie Greifenberg-Augsburg. Genossin Wartenberg-Ottensen. Anna Niemann-Stralsund. Klara Zetkin-Stuttgart. Minna Vollmann-Halberstadt. Genossin Adelheid Popp-Wien, Vertretung der österreichischen Genossinnen. Genosse Molkenbuhr in Vertretung des Parteivorstandes. Als Gast Genossin Wichmann, Kreis Nieder-Barnim.

Zweiter Verhandlungstag.

Sonntag, den 18. September 1904. — Vormittags-Sitzung.

Die Vorsitzende Frau Zetkin eröffnet die Sonntagssitzung um 9 1/4 Uhr und gibt zunächst Frau Fahrenwald-Hamburg das Wort zum Bericht der Mandatsprüfungs-Kommission. Es sind 33 Mandate für 32 Delegierte ausgestellt worden, Frau Kähler vertritt Magdeburg und Bromberg. Unter den Delegierten sind sechs Genossen. Als Gäste sind anwesend für den Parteivorstand Genosse Molkenbuhr, für die österreichischen sozialistischen Frauen Genossin Popp, für den Wahlkreis Nieder-Barnim Genossin Wichmann. Hoffen wir, so schließt die Berichterstatterin, daß die Konferenz das nächste Mal doppelt so stark besucht ist. (Beifall.)

Dann wird in der Tagesordnung fortgefahren. Zum Referat über den Zehnstundentag erhält das Wort

Fräulein Baader: Mehr als 12 Jahre ist es her, seit wir den gesetzlichen Elfstundentag für die in Fabriken arbeitenden Frauen haben. Was hat man nicht alles seiner Einführung entgegengesetzt. Man hat behauptet, die Frauen würden dadurch völlig aus der gewerblichen Arbeit herausgedrängt werden. Aber die Unternehmer wissen, daß sie nach wie vor an den Frauen billige und willige Arbeitskräfte haben. Deshalb ist nicht nur die Frauenarbeit im selben Umfange erhalten geblieben, sondern zwischen den letzten beiden Gewerbe-

zählungen von 1882 bis 1895 hat die Zahl der erwerbstätigen Frauen noch um 23,60 Proz. zugenommen. Welche Fülle von Familienglück wird dadurch zerstört! Aber den Mißständen der Frauenarbeit kann nicht dadurch abgeholfen werden, daß man die Frauen aus der Fabrik herausdrängt. Im Gegenteil, nicht herausdrängen, aber schützen wollen wir die Frauenarbeit, die die Frau auf eine höhere soziale Stufe hinaufhebt und sie dem Manne gleichberechtigt macht. Die Nachteile der Frauenarbeit zeigen sich nur in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und doch würde gerade in ihr das Verbot der Frauenfabrikarbeit die Frauen nur größerer Ausbeutung in der Heimarbeit in die Arme treiben. Dann hätten sie noch weniger Zeit, Mütter und Hausfrauen zu sein. Nur die Verkürzung der Arbeitszeit kann der Familie die Frau, den Kindern die Mutter, dem Manne die Gattin wiedergeben. Wir verlangen die Verkürzung des Arbeitstags für alle Arbeiter, aber in erster Linie fordern wir sie für die Frauen, leiden doch diese am schwersten unter seiner Länge. Unsre Parteigenossin Frau Dr. Adams-Lehmann hat statistisch nachgewiesen, wie wenig Frauen gesunde Kinder zur Welt bringen. Eine sehr große Zahl von Frauen stirbt alljährlich im Kindbett, ein Zeichen für die Zerstörung des Organismus durch die lang ausgedehnte Arbeitszeit. In gleicher Weise leidet die Pflege der Kinder. In den Fabrikorten Sachsens sterben 38—45 Proz. der Kinder im ersten Lebensjahre. Welch eine Menschenverwüstung, welch ein Raubbau an der menschlichen Kraft. Wir verlangen Schutz nicht nur für die verheirateten Frauen, sondern auch für den weniger gefestigten Organismus der jungen Mädchen.

Weiterhin nimmt die Arbeit ständig an Intensität zu. Als die Crimmitschauer Textilarbeiter ihre minimale Forderung nach dem Zehnstundentag erhoben, wiesen sie nach, daß die Webstühle, die 45—55 Schuß in der Minute machten, jetzt deren 75—80 machen. Diesem Gang der Maschine muß sich die Arbeiterin anpassen. Und mit Recht hat mit Bezug auf diese Steigerung Karl Marx in seinem „Kapital" gesagt, daß wenn man den Arbeiter zwänge, um ein Viertel mehr Atemzüge zu machen, Schritte zu gehen und Arbeit zu leisten, er statt 50 nur 37 Jahre leben werde. (Sehr richtig!) Wir aber wollen das Mehr an Arbeitskraft, das wir in der Arbeitszeit ausgeben, durch eine Verkürzung der Arbeitszeit unserm Körper erhalten. Ein konservativer Parteiführer sagte einmal, daß man durch eine Verkürzung der Arbeitszeit geradezu das Kapital konfisziere. Wenn man dem Arbeiter die Arbeitskraft, sein Kapital, erhält, so konfisziert man es nicht. Aber wahrscheinlich hat der Herr an alles andre eher als an das Kapital des Arbeiters gedacht.

Seit die Arbeiterschaft Vertreter im Parlament hat, sind diese unablässig bemüht gewesen, Anträge im Sinne der Arbeitszeitverkürzung einzubringen. Ein Gesetz, das 1867 v. Schweitzer „zum Schutze der Arbeit gegen das Kapital" vorschlug, kam nicht zur Verhandlung. Der Präsident forderte entgegen der Gewohnheit die schriftliche Unterstützung, und alle Fraktionen lehnten es ab, ihre Unterschrift zu dem Antrag zu geben.

Bei der Schaffung der Gewerbeordnung 1869 traten wieder im Norddeutschen Reichstag Schweitzer, Fritzsche, Hasenclever, Bebel und Liebknecht für die Festsetzung einer Maximalarbeitszeit ein, insbesondere auch für Beschränkung der Frauenarbeitszeit und das Verbot der Kinderarbeit.

Am 11. April 1877, also ein Jahr vor dem Attentatsrummel, kam ein derartiger Antrag infolge der Unterstützung der Konservativen zum erstenmal im Reichstag zur Verhandlung. Es war ein ausgearbeitetes Gesetz, das alle unsre wichtigsten Forderungen enthielt. Es wurde von Fritzsche begründet und von Bebel verteidigt, blieb aber unerledigt. Immerhin veranlaßten die Arbeitervertreter als unbequeme Mahner die Regierung zu Erhebungen, die für das nächste Jahr wenigstens zu einigen bescheidenen gesetzlichen Maßnahmen führten. In der nächsten Zeit spielte sich das Zentrum wiederholt als Partei der Arbeiter-

freundlichkeit auf. Es wußte, daß der damals noch allmächtige Bismarck alle Beschlüsse des Reichstages im Bundesrat würde abweisen lassen. Seit das Zentrum mächtig, ja die ausschlaggebende Partei im Reichstage ist, ist es in dieser Beziehung viel zurückhaltender geworden.

Mitten in der Wahlbewegung der neunziger Jahre fielen die kaiserlichen Erlasse. Da glaubten manche noch nicht so im Klassenbewußtsein gefestigte Proletarier, jetzt werde das goldene Zeitalter für die Arbeit anbrechen. War doch versprochen, daß die Regierung die Gesundheit, die Gebote der Sittlichkeit und die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter schützen, ihnen Gleichberechtigung gewähren werde. Den Arbeiterinnen wurde der — elfstündige Arbeitstag gegeben, das war alles. Und durch die geringen Strafen für seine Uebertretung reizt man noch heute stillschweigend zu seiner Uebertretung an. Es folgten 1896 einige Schutzbestimmungen für die Konfektion, die in neuerer Zeit auf die Werkstätten der Putzindustrie und Wäschefabrikation ausgedehnt worden sind. Jetzt verlangen wir als Etappe auf dem Wege zum Achtstundentag für alle Arbeiter die Herabsetzung des Arbeitstages für alle weiblichen Arbeiter, nicht aber wie das Zentrum, das stets durch seine Anträge dem Fortschritt hemmend im Wege steht, nur für die verheirateten Frauen.

Am 4. Februar 1897 wurde bereits im Reichstag der sozialdemokratische Antrag auf Einführung des gesetzlichen Achtstundentages verhandelt und nach dreitägiger Debatte abgelehnt. Die Regierung schwieg, wohl um es weder mit den Arbeitern noch mit den Unternehmern zu verderben. Unter den wunderlichsten Gründen lehnten die Parteien unsern Antrag ab. So begründete die freisinnige Partei ihr Nein mit der Behauptung, daß die Folge des Achtstundentages Arbeitslosigkeit und Vermehrung der Frauenarbeit sein würde. Die Konservativen ließen durch den Junker v. Puttkamer erklären, solche Anträge bedeuteten eine Förderung der Revolution, und jeder gesetzliche Eingriff in die Freiheit des Arbeitsvertrages sei eine Konfiskation des Eigentumes. (Hört! hört!) Freiherr v. Heyl verwies für die Nationalliberalen auf die „kolossale" Belastung der Industrie durch die sozialpolitischen Gesetze und behauptete, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit nur eine Vermehrung der Völlerei in den Arbeiterkreisen bedeuten würde. Dumm und brutal wie immer meinte Freiherr v. Stumm, daß ein höherer Verdienst der Männer bloß die Arbeiterfrauen zu größerer Putzsucht verführen würde. (Heiterkeit.) Seinen Ausführungen nach sollte man weiter glauben, die Arbeiter äßen nur aus Bosheit kein Fleisch, damit ihre Lage recht traurig erschiene. (Heiterkeit.) Das zweideutige Verhalten des Zentrums mit Herrn Hitze an der Spitze brachte es schließlich dahin, daß die Achtstundentag-Frage auf dem Wege einer Enquete über den sanitären Maximalarbeitstag auf die lange Bank geschoben wurde. Auch in den folgenden Sessionen kam nichts heraus: Die Herren handelten nach dem Worte: Bereichert Euch! (Sehr richtig!) Schließlich, als durch die Tätigkeit der Gewerkschaften die Arbeitszeit in 90 Proz. der Betriebe auf 10 Stunden herabgebracht war, fühlte sich die Regierung doch veranlaßt, durch die Gewerbe-Inspektoren eine Enquete veranstalten zu lassen, ob die Durchführung der gesetzlichen zehnstündigen Arbeitszeit und der zeitigere Sonnabendschluß für die Arbeiterinnen sich ermöglichen lasse. Auch ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion lag vor, der die Einführung des Zehnstundentages und die in bestimmten Perioden vorgesehene weitere Verkürzung desselben bis zum Achtstundentage forderte. Nach meiner Auffassung sind die vorgesehenen Fristen für die allmähliche Verkürzung des Arbeitstags bis auf 8 Stunden zu lang. Wir brauchen nicht so maßvoll zu sein. So viel Rücksicht brauchte man auf das Unternehmertum nicht zu nehmen. Die Erörterung des Antrages wurde auf den Herbst verschoben.

Für uns ist die Forderung des Zehnstundentages ja nur eine Etappe. Die starke Vermehrung unsrer Fraktion bei den letzten Wahlen hat die andern

Fraktionen veranlaßt, ihrerseits in Arbeiterfreundlichkeit zu machen. Sie haben in Sachen des Arbeitstages und des Arbeiterschutzes Anträge bezw. Resolutionen eingebracht. Warten wir ab, ob es ihnen ernst damit ist, oder ob nur die Anträge unsrer Fraktion durchkreuzt werden sollen. So fordert das Zentrum den Neunstundentag für verheiratete Arbeiterinnen, die Nationalliberalen fordern das Verbot der Mitgabe von Arbeit nach Hause. Auch die Thronrede enthielt diesmal wieder sozialpolitische Versprechungen. Von der Sorge für die Bedürftigen ist die Rede darin. Da erinnern wir uns an das schöne Wort: Die Existenz des Arbeiters ist bis ins späte Alter gesichert und geschützt.

Wir wissen alle, daß wir uns nicht zu verlassen haben auf Versprechungen, mögen sie von der höchsten Stelle, mögen sie von den gegnerischen Parteien kommen. Verlassen kann die Arbeiterschaft sich nur auf sich selbst. Nur soweit sie Furcht einflößt, werden ihre Forderungen bewilligt. Es muß unsre Aufgabe sein, für die Verkürzung der Arbeitszeit eine öffentliche, intensive Agitation zu entfalten, viel kräftiger, als bisher. Die Parteizeitungen müssen noch ganz anders, als bisher, diese Forderung in den Vordergrund schieben. Jede Verkürzung der Arbeitszeit bringt uns unmittelbaren Nutzen. Die Verkürzung der Arbeitszeit muß auf alle Arbeiterkategorien ausgedehnt werden, seien sie in der Groß- oder in der Kleinindustrie tätig. Kann die Kleinindustrie dabei nicht bestehen, so mag sie zugrunde gehen. Am höchsten steht das Leben und die Gesundheit der Arbeiterklasse. (Lebhafter Beifall.)

Frau **Niemann**-Stralsund tritt für die Einführung des Zehnstundentages in der Hausindustrie ein und berichtet von den schlechten Löhnen, die die Arbeiterinnen der Stralsunder Spielkartenfabrik erhalten. 20jährige Arbeiterinnen erhalten einen Lohn von 4 Mark bis 4,50 Mark. Der Höchstlohn beträgt 10—12 Mark. Natürlich ist es sehr schwer, diese Arbeiterinnen für die Organisation zu gewinnen. Trotzdem werde ich, gestützt auf das, was ich auf dieser Konferenz gelernt habe, mit frischer Kraft an die Arbeit gehen. (Bravo!)

Auf Vorschlag von Frau **Kähler**-Dresden wird von einer weiteren Diskussion über das Referat mit Rücksicht auf die beschränkte Zeit Abstand genommen.

Der nächste Punkt der Tagesordnung ist: **Die Schulfrage.**

Referentin ist: Frau **Klara Zetkin.** Wenngleich die Genossinnen die Schulfrage auf die Tagesordnung stellten, so waren sie sich doch wohl bewußt, daß in der kurzen Zeit, welche der Konferenz zur Verfügung steht, es unmöglich ist, die Schulfrage ihrer Bedeutung gemäß eingehend nach allen Seiten hin zu behandeln. Wenn trotzdem ihre Behandlung beschlossen wurde, so war ein Grund dafür bestimmend. Wir sind der Ueberzeugung, daß die Schulfrage, die Bildungsfrage von höchster Bedeutung für die proletarische Frauenbewegung ist, weil die Schulfrage eine hervorragende Rolle im Leben der Millionen von Proletarierinnen spielt, an die unsere Agitation sich wendet. Das ist in ergreifender Weise auch hier zum Ausdruck gekommen in dem Schrei nach höherer Bildung, die aus dem Munde aller Rednerinnen erklungen ist. Sie alle empfinden es aufs schmerzlichste, daß die unvollkommene Volksschulbildung ihnen nicht erlaubt hat, reichere Schätze des Wissens, eine höhere und tiefere persönliche Entwicklung in den Dienst des proletarischen Befreiungskampfes stellen zu können. Es gibt andrerseits kaum eine proletarische Mutter, die nicht damit rechnet, daß sie ihre Kinder derselben mangelhaften und unvollkommenen Volksschule anvertrauen muß, unter deren Gebrechen sie selbst gelitten hat. (Lebhafte Zustimmung.)

Die Frage der Volksschule ist also ein wichtiger Punkt, an dem unsere Agitation unter dem weiblichen Proletariat einsetzen kann. Hier können wir, gestützt auf Tatsachen, dem weiblichen Proletariat die Verbrechen der kapitalistischen Ordnung vor Augen führen. Es handelt sich dabei nicht nur um Sünden, die im kapitalistischen System liegen, nein, auch um besondere Tat- und Unter-

lassungssünden, mit denen die bürgerliche Gesellschaft die Grundübel noch verschärft und verschlimmert. Gerade die Schulfrage eignet sich ausgezeichnet dazu, die ganze kulturelle Ueberlegenheit der sozialistischen Weltanschauung, der sozialistischen Aktion aufzuweisen, jedem klar zu machen, daß das sozialistische Weltproletariat die Weltbühne betreten hat, nicht nur um die Magenfrage, vielmehr um die Kulturfrage in ihrem tiefsten Kern zugunsten der Allgemeinheit zu lösen. (Lebhafter Beifall.)

Wir sind ferner der Ansicht, daß ein künftiger Parteitag, nicht dieser überlastete, nach eingehender Erörterung der Schulfrage in Presse und Versammlungen zu dieser Stellung nehmen muß. Dies aber nicht nur von den entsprechenden Forderungen unseres Minimalprogramms ausgehend, sondern auf Grund unserer gesamten Weltauffassung. Durch unsere heutige Erörterung wollen wir die Genossinnen anregen und ausrüsten, an den vorbereitenden Debatten teilzunehmen.

Die Volksschulfrage ist die nationale Erziehungsfrage. (Lebhafte Zustimmung.) Das ist einmal begründet in der Entwicklung der Pädagogik als Wissenschaft. Je mehr sie sich in den ganzen Komplex der Probleme der Schulfrage vertieft hat, um so mehr hat sie erkannt, daß es sich in der Schule nicht nur um Einpauken einer gewissen Summe von Kenntnissen, um Erzielung bestimmter Fertigkeiten, um bloßen Geistesdrill handelt, sondern um einen Erziehungsdrill, welcher den ganzen Menschen erfassen und alle Seiten seines Wesens zur Entfaltung, zur Blüte und Reife bringen soll. Andrerseits setzt die ganze wirtschaftliche und soziale Entwicklung die Eltern immer mehr außerstande, allein im Heim die Kinder zu erziehen, ja auch nur einen tiefgehenden Einfluß auf ihre Entwicklung auszuüben. Das gilt nicht nur für die ausgebeuteten Massen, sondern auch für die bürgerlichen Schichten der Bevölkerung. Im Proletariat erscheinen nur auch die betreffenden Verhältnisse auf die Spitze getrieben, weil hier das Notleiden der Erziehung die schärfsten, sichtbarsten Formen annimmt. Aber die geschichtliche Entwicklung hat die Tendenz, den Anteil der Eltern überhaupt an der Erziehung der Kinder einzuschränken und gesellschaftlichen Einrichtungen einen breiteren, steigenden Anteil an derselben zu überweisen. Gleichviel ob Eltern heut Amboß sein müssen oder Hammer sein können: ihr Anteil an der Erziehung ihrer Kinder geht zurück, weil auch in den besser situierten Klassen der Kampf ums Dasein, rücksichtslos, schonungslos entfesselt, den größten, den besten Teil der Kräfte des Einzelnen aufsaugt. Für die Erziehung der Kinder bleiben davon nur die Brosamen übrig, welche das kapitalistische Getriebe des Lebens mit seinem Um und Auf vom Tische fallen läßt. Damit ist die Schulfrage auch für die Praxis wie für die Wissenschaft immer mehr zur Erziehungsfrage geworden.

Die Volksschulfrage ist mithin die Erziehungsfrage der gesamten Nation, oder sollte es wenigstens sein. Wir Sozialdemokraten aber müssen erst recht diese Frage so auffassen, denn wir stehen auf dem Boden der gesellschaftlichen und naturwissenschaftlichen Entwicklungslehre, auf dem Boden der materialistischen Geschichtsauffassung und der darwinistischen Theorie. Wie wir den gesellschaftlichen Organismus nicht als das Produkt eines Schöpferwillens bewerten, wie wir die gesellschaftlichen Einrichtungen nicht als etwas Festes, Gegebenes, ewig Unwandelbares betrachten, wie wir sie begreifen in ihrem Keimen, Wachsen, Reifen, Wellen und Vergehen: also erfassen wir auch den menschlichen Organismus im Flusse der Entwicklung, unter dem Einflusse der Entwicklung. Nicht der vorbestimmende Wille eines Schöpfers, einer Vorsehung entscheidet darüber, was die einzelne Person werden, welches Ziel ihre Entwicklung erreichen soll. Vererbung und Milieu sind ausschlaggebend dafür. Jeder bringt eine Summe körperlicher, geistiger, sittlicher Anlagen mit zur Welt. Wie sich diese entwickeln, darauf ist das Milieu, die Umwelt von größtem Einfluß, in welcher der Mensch

aufwächst und sich betätigt. Das gesamte Milieu schafft für jeden Menschen bestimmte Entwicklungsmöglichkeiten.

Wir fassen das Kind als ein bildsames, entwicklungsfähiges Wesen auf, als einen weichen Thon, der sich kneten, bilden, gestalten läßt. Wir wissen, daß beim Gestalten, beim Erziehen die vererbten Anlagen und Eigenschaften ein entscheidungsschweres Wort mitsprechen, und daß die Erziehung nicht bloß beim Neugeborenen beginnen muß, vielmehr schon vor der Geburt des neuen Lebens. Im Rahmen dieses Referats ist es jedoch unmöglich, auf die in diesen Beziehungen vorliegenden Fragen und Verpflichtungen einzugehen. Es behandelt nur Entwicklungsbedingungen, welche die Schule allen Kindern der gesamten Nation bieten soll. Wir fassen dabei die Aufgabe der Schule im Sinne des großen Pädagogen Amos Comenius auf, der von ihr forderte: „Die allgemeine Bildung aller, die als Menschen geboren sind, zu allem, was menschlich ist." Die Schulfrage ist ein Teil des großen Erziehungsproblems, das gesamte materielle und geistig-sittliche Milieu bewußt und planmäßig unter Beobachtung der einschlägigen Entwicklungsgesetze derart zu gestalten, daß es die höchste und harmonische Entwicklung der körperlichen, geistigen und sittlichen Kräfte des Kindes ermöglicht. Zu welchem Ziel? Wir erwarten darauf mit Richard Wagner, daß ihr Ziel „der starke Mensch, der schöne Mensch" sein soll, der Mensch, wie ihn Schiller an der Weltwende der Emanzipation der kontinentalen Bourgeoisie in visionärer Begeisterung geschaut und in seinem unsterblichen Gedicht „Die Künstler" gefeiert hat.

„Wie schön, o Mensch, mit Deinem Palmenzweige
Stehst Du an des Jahrhunderts Neige
In edler, stolzer Männlichkeit,
Mit aufgeschlossnem Sinn, mit Geistesfülle,
Voll milden Ernsts, in tatenreicher Stille,
Der reifste Sohn der Zeit."

Wenn wir an unsrem Ideal messen, was die bürgerliche Gesellschaft für die Bildung der großen Masse des Volkes tat, dann muß unser Urteil lauten: Gewogen und zu leicht befunden! (Lebhafter Beifall.) Betrachten wir, was die bürgerliche Gesellschaft für die Volksschule bietet, die doch das wichtigste, das hauptsächlichste Bildungs- und Erziehungsmittel für die werktätigen Massen ist.

Wie liegen da die Verhältnisse? In unseren Tagen ist die Volksschule Arme-Leuteschule. Auch auf dem Gebiete des Volksbildungswesens klafft der tiefe Gegensatz der Auffassung, der uns von der bürgerlichen Welt trennt. Wir sind der Auffassung, daß die Bildung, von der niedrigsten bis zur höchsten, Allgemeingut, Kulturgut ist, daß jedes Glied der Gemeinschaft unbeschränkten Anteil an diesem Gute hat, daß daher der Gesellschaft die Pflicht obliegt, alle Bildungsmöglichkeiten, die in ihr vorhanden sind, und deren Grundlage die Arbeit der ausgebeuteten Millionen ist, unbeschränkt allen Mitgliedern der Gesellschaft zu gute kommen zu lassen. Aber die bürgerliche Gesellschaft würdigt die Bildungsmöglichkeit zu Waren herab, die verkauft werden und gekauft werden müssen, wie alle anderen Waren auch. Sie hat die Männer der Wissenschaft aus reinen Erforschern und Verkündern der Wahrheit, der Wirklichkeit und ihrer Gesetze in betriebsame Händler mit wissenschaftlichen Werten oder Talmiwerten herabgewürdigt; die Künstler aus frei Schaffenden zu Sklaven der Mode und der Launen der Reichen. Genau so hat sie die Kultur erniedrigt zur Ware, die nur kaufen kann, wer Geld hat. (Sehr gut!) Wie unter der Herrschaft der indischen und ägyptischen Kasten, so ist heut die Bildung ein Monopol, und nicht Begabung und Bildung verleiht es, sondern nur das Geld, der Besitz. Nicht durch göttliches Gebot hält man die aufstrebenden Massen heut von der höheren Bildung fern, sondern durch etwas Härteres, was schwerer noch zu zertrümmern ist wie ein göttliches Gebot: Durch die hohen Kosten. Den Kindern wird nicht

nach Talent und Neigung die höhere Bildung zu teil, sondern nach der Vorsicht in der Wahl der Eltern. Darum haben wir auch kein einheitliches, organisch zusammenhängendes und gegliedertes Volksbildungswesen im Deutschen Reich. Wir haben Bildungsanstalten der verschiedensten Art und sehen dieselben geteilt in billige und schlechte für die Kinder des werktätigen Volkes, und solche, die besser und teurer sind und deshalb den werktätigen Massen verschlossen bleiben.

Im Deutschen Reiche gab es 1899 nach der Schulstatistik 59 300 Volksschulen für 8 660 000 Schüler und Schülerinnen. Für diese werden im ganzen 341 700 000 Mark aufgewendet, davon 243 Millionen von den Gemeinden und Unterhaltungspflichtigen der Kinder. Die Bundesstaaten steuerten nicht ganz 99 Millionen bei. Vergleichen Sie das mit den 1018 Millionen, die wir im letzten Jahre für Heer und Marine ausgaben, so haben wir die Barbarei und Schmach unsres heutigen Volksschulwesens vor Augen. (Sehr richtig!) Ja, wir sind sehr arm, wenn es sich um Ausgaben für die Ausbildung der Fähigkeiten der Menschen handelt. Aber wir sind sehr reich, wir können jährlich über eine Milliarde verpulvern und ins Wasser werfen, wenn es sich darum handelt, die Kunst der Menschenvernichtung im großen zu lehren. Einige Vergleiche machen den Armeleutecharakter der Volksschule noch deutlicher. Für Bildungszwecke im allgemeinen wurden 1879 im Deutschen Reiche durchschnittlich aufgewendet pro Volksschüler knapp 40 Mark, dagegen pro Schüler höherer Schulen 243 Mark. Im letzten Jahr gab es 8 924 779 Volksschüler, die von einem Lehrkörper von 124 027 Lehrern und Lehrerinnen unterrichtet wurden. Auf eine Lehrkraft kamen durchschnittlich 61 Schüler. Vergleichen wir das mit den „Lehrern" in der Armee. Einem Offizierkorps von 24 374 und einem Unteroffizierspersonal von 81 958 Mann, insgesamt 106 332 Personen, stehen 495 500 Gemeine gegenüber. Schon auf 4,6 Gemeine kommt einer dieser militärischen „Lehrer". (Heiterkeit, Zuruf: Wenn es wenigstens Lehrer wären! — Erneute Heiterkeit.) Ja, es sind auch Leerer, mit ee, weil sie die Taschen der Steuerzahler leeren. Das hervorgehobene Verhältnis betreffs der Aufwendungen für die Armeleuteschule und die bessere Schule finden wir in den einzelnen Bundesstaaten, in den Gemeinden. In Baden z. B. beträgt die Leistung des Staats für Gymnasien, Mittelschulen und höhere Töchterschulen pro Kopf 7,27 Mark, für Volksschulen pro Kopf 1,60 Mark. (Hört! hört!). Dasselbe Bild zeigt das Verhältnis zwischen Lehrkräften und Schülerzahl. Ich gebe ebenfalls die Zahlen für Baden. An 16 Gymnasien mit 4959 Schülern unterrichteten 354 Lehrkräfte, auf 14 Schüler kam ein Lehrer. An 39 Mittelschulen mit 9765 Schülern unterrichten 652 Lehrkräfte, auf 17,32 Schüler kommt ein Lehrer. An 7 höheren Mädchenschulen mit 2693 Schülerinnen unterrichten 178 Lehrkräfte, 15 höhere Töchter haben also einen Lehrer. 30 Bürger- und Mittelmädchenschulen (höhere Volksschulen) 6462 Schüler, 206 Lehrer; also 31,36 Schüler pro Lehrer. 11 Volksschulen mit erweitertem Lehrplan in größeren Städten haben 35 113 Schüler, 696 Lehrer und 50,95 Schüler für jeden Lehrer. Und nun gar die 1570 Volksschulen der andren Gemeinden! Sie haben 238 845 Schüler und 3250 Lehrkräfte; es kommen hier 73,49 Schüler auf jede Lehrkraft.

Preußen ist dank der Junkerherrschaft, des Dreiklassenparlaments der reinste Typus bürgerlicher Unkultur, das zeigt sich auch in seinen Volksschulverhältnissen. 1901 wurden verausgabt für Volksschulunterhaltungskosten insgesamt 269 942 375 Mark. Die östlichen Provinzen trugen dazu bei pro Kopf der Bevölkerung 6 Mark durchschnittlich, die westlichen 9 Mark, Berlin mehr als 10 Mark, Koblenz über 12 Mark. Aber die Zuschüsse des Staats wandern nicht dorthin, wo die Aufwendungen am größten sind, sie gehen dorthin, wo die Großgrundbesitzer einen kleinen Teil der Schullasten tragen oder wenigstens tragen sollten. So entziehen sich die „Besten und Edelsten" ihrer Verpflichtung, zu den Schullasten beizutragen, so gut wie vollständig. Im Osten trägt der

Staat fast die Hälfte der Schullasten, 46,71 Prozent, im Westen viel weniger, 19,38 Prozent. Das Minimum des staatlichen Zuschusses im Westen entfällt auf Berlin mit 3 Prozent; das Minimum beträgt in den östlichen Provinzen über 29 Prozent, es steigt hier bis auf ein Maximum von über 58 Prozent. Das aber nicht zur Förderung des Volksschulwesens, sondern zur Entlastung der Grundbesitzer. Selbst ein harmloses bürgerliches Organ, die „Soziale Praxis" hat diese Zustände an den Pranger geschlagen. Es schrieb: „In den östlichen Provinzen sind auf dem platten Lande die staatlichen Zuschüsse schon heute viel größer als die Aufwendungen für die Lehrerbesoldungen, und die Patrone beziehen für die meist gar nicht zu leistenden subsidiarischen Verpflichtungen aus der Staatskasse Entschädigungen von beträchtlicher Höhe. Wenn der Staat in den eigentlichen Großgrundbesitzerdistrikten die Schule auf eigene Rechnung übernähme, so dürfte er noch Ersparnisse machen." (Vielfaches Hört! hört!) Aber nicht nur betreffs der Dotierung ist die Volksschule das Aschenbrödel unter den Schulen, die herrschenden und regierenden Klassen brauchen und mißbrauchen sie auch, um durch engherzigen religiösen Dogmenunterricht, durch gefälschten Unterricht in der Geschichte und den Naturwissenschaften den Geist der Kinder des Volks zu vergiften.

An die Spitze unsrer Reformforderungen zugunsten der Volksschule stellen wir die Forderung nach Einheitlichkeit und Unentgeltlichkeit des Schulwesens, vom Kindergarten bis zur Hochschule. Grundlage muß die obligatorische einheitliche Elementarschule sein, die alle Kinder ohne Unterschied der Klasse und des Geldbeutels der Eltern besuchen müssen. Dort sollen die Kinder eine so tüchtige geistige Entwicklung erhalten, so reich mit Wissen, mit allgemeiner Bildung ausgestattet werden, daß sie zur Zeit der Berufswahl wohl ausgerüstet ins Leben treten und zu ihrer Weiterbildung nur noch die allgemeine Fortbildungsschule zu besuchen brauchen, die obligatorisch für alle ist, welche nicht zu ihrer Ausbildung in die Mittelschulen übertreten. An die einheitliche Elementarschule gliedert sich die Mittelschule an, welche für den Besuch in die höheren und höchsten Schulanstalten vorbereitet, in welche die Schüler und Schülerinnen nach Begabung und Neigung eintreten können. In pädagogische Streitfragen über die Altersgrenze für Elementar- und Mittelschule usw. will ich nicht eintreten. Je nach der Natur der Berufsbildung, welche die Mittelschulen vorbereiten sollen, bestimmt mit die Art und Verteilung des Unterrichtsstoffes, liegt das Schwergewicht auf technischen, wissenschaftlichen oder künstlerischen Fächern. Natürlich müssen alle diese Bildungsanstalten unentgeltlich sein. Wenn jedes Kind sich nur in der Volksschule elementare Bildung holen kann, gewinnen auch die herrschenden Klassen Interesse an der allseitigen Hebung der Volksschule; sie gewinnen ein Interesse daran, einzutreten für höhere Aufwendungen zu ihrer Ausgestaltung, für Einführung besserer Unterrichtsmethoden, gegen die Verfälschung des Wissensstoffes usw. Erst wenn das Kind des arbeitenden Mannes neben dem des reichen Fabrikanten in der Einheitsschule sitzt, wenn die Bourgeoisie ihr Fleisch und Blut in diese schicken muß, wird sie für Reform der mangelhaften, lückenhaften Volksbildung zu haben sein. (Sehr richtig.) Allzuviel verspreche ich mir übrigens auch von der Einheitsschule nicht. Solange die jetzige Wirtschaftsordnung bestehen bleibt, können die Reichen für ihre Kinder den Elementarunterricht durch Privatunterricht ergänzen lassen. Damit will ich nur vor der Ueberschätzung der Einheitsschule warnen, wie sie bei bürgerlichen Sozialreformern und Pädagogen vielfach gang und gäbe ist.

Die Unentgeltlichkeit des Unterrichts soll, wie die Gegner sagen, ein Eingriff in die heiligsten Elternrechte sein, die sittlichen Grundlagen des Familienlebens zerstören. Nichts davon; sie ist eine materielle Notwendigkeit, sie ist eine kulturelle Notwendigkeit, sie ist eine primitive sittliche Pflicht der Gesellschaft, die auf dem robusten Unterbau der Leistungen der werktätigen Bevölkerung ruht.

Hier erst wird den Kindern des Volks die Möglichkeit zur Aneignung, zum Schauen, zur Vermehrung der höheren Kulturgüter gegeben. Der begabte Sohn des Volks, den glühender Bildungsdrang vorwärts treibt auf dem steilen Pfad zum Bildungsparadies, vor das die besitzenden Klassen den Cherubin mit flammendem Schwert gestellt haben, soll nicht auf dem so dornigen und steinigen Weg der Gnade, des Stipendienwesens aufsteigen müssen. Denn die Stipendien werden nur einer kleinen Zahl und nicht immer den Begabtesten und Würdigsten zu teil. Denn das Almosennehmen tötet Fähigkeiten, begünstigt äußern Drill, verdirbt den Charakter, schafft feile Knechte, Sklavengeister statt freie Denker. In letzter Stunde dient er dem Zweck, gehorsame, geistige Schildknappen der bürgerlichen Gesellschaft heranzubilden. (Sehr wahr!) In Frankreich, Nordamerika, der Schweiz, in Preußen und vielen süddeutschen Städten ist wenigstens der Volksschulunterricht bereits unentgeltlich.

Ebenso unentgeltlich wie der Unterricht müssen die Lehr- und Lernmittel sein. Nicht auf dem Gnadenwege, auf besonderes Nachsuchen, aus spärlichen Fonds sollen die Mittel gewährt werden, sondern jeder Schüler soll sie von Rechts wegen erhalten, wie der Soldat das Gewehr und die Uniform erhält. Zur Unentgeltlichkeit der Lehrmittel muß die Schulspeisung treten, die Pflicht der Gesellschaft, aus öffentlichen Mitteln für den Unterhalt der Zöglinge ihrer Schul- und Bildungsanstalten zu sorgen. Sonst ist es den Kindern des Volks unmöglich, die erschlossenen Bildungsmittel völlig auszunützen. Die proletarische Familie ist in der Mehrzahl der Fälle außerstande, die Kinder bis zum 20. oder 24. Lebensjahr zu unterhalten. Hinaus zur Erwerbsarbeit heißt es für viele kleine Proletarier noch vor dem Ende des heutigen Volksschulunterrichts. In Großstädten des Auslandes, wie London, Stockholm, Amsterdam und sodann noch in Frankreich und den Vereinigten Staaten, in vielen Gemeinden des Kantons Zürich, und selbst in Deutschland, in Braunschweig und Fürth erhalten die Volksschüler unentgeltlich die Lernmittel. Seltner gibt man den Kindern zum Brot des Geistes auch das Brot des Leibes. Ansätze dazu sind die Schulkantinen, die nicht mit den Mitteln des Klingelbeutels, nicht aus mildtätigen Stiftungen oder von Wohltätigkeitsvereinen erhalten werden, sondern aus öffentlichen Mitteln.

Eine andre grundlegende Forderung unsrerseits ist die der vollen Weltlichkeit der Schule. Hinaus mit der Religion aus der Schule. (Bravo!) Sie hat in der Schule nichts zu suchen, nichts aus ethischen, nichts aus pädagogischen Gründen. Der Religionsunterricht trägt vor allem das Brandmal der Aufgabe, welche die herrschenden Klassen ihm zuweisen. Er soll nicht das religiöse Empfinden fördern, er soll die wirtschaftliche und soziale Sklaverei der arbeitenden Klassen aufrecht erhalten. (Sehr richtig!) Er dient nicht der Pflege religiösen Empfindens, sondern dem mechanischen Einbläuen von Dogmenformeln, die im schreiendsten Widerspruch zu den Ergebnissen der Wissenschaft und zur Wirklichkeit stehen. Damit ist er unsittlich. Der Religionsunterricht in der Volksschule ist nicht in erster Linie ethisch, sondern dogmatisch, er vergiftet die Volksschule. (Sehr richtig!) Ein Unterricht, der statt den Kindern die Wahrheit zu zeigen und sie auf den Weg wissenschaftlicher Erkenntnis zu weisen, ihnen toten Formelkram einbläut, der in längst vergangenen Zeiten geschmiedet worden ist als Kette für den Geist, dieser Unterricht ist als unsittlich gebrandmarkt. Zudem steht der Religionsunterricht in der Volksschule im Banne der engherzigsten Konfessionalität und erzieht nicht zur Achtung, zur Duldsamkeit gegenüber anderen Ueberzeugungen, sondern reizt dazu an, in jedem Andersgläubigen den Ketzer, sei er einer der Gescheiterten oder Geschorenen, zu sehen und zu verachten. Auch vom pädagogischen Standpunkt aus verlangen wir Beseitigung des Religionsunterrichts aus der Volksschule. Kein andrer Gegenstand wird so sehr im Widerspruch mit den elementarsten Forderungen der Pädagogik unter-

richtet. Der Religionsunterricht fördert das Denken nicht und regt es nicht an, sondern ertötet es, weil an Stelle des Suchens und Forschens der Glaube an das Wort gesetzt wird, weil das Gedächtnis mit totem Ballast beschwert und die Lust am Lernen dadurch verkümmert, das Gedächtnis auf Kosten des Denkens entwickelt wird. Die Regulative für die preußische Volksschule verlangt 180 Bibelsprüche. Man hat sich jetzt dahin geeinigt, „nur" 110 Sprüche aus dem neuen, 20—40 Sprüche aus dem alten und 20 Gesangbuchslieder lernen zu lassen. In Sachsen ist man selbstverständlich frömmer. (Große Heiterkeit.) Da verlangt man das Auswendiglernen der 5 Hauptstücke nach Luthers kleinem Katechismus, ferner 168 Gesangbuchverse, 150 Bibelsprüche, 35 Choralmelodien und den wesentlichen Inhalt von 140 biblischen Geschichten. Schon vom pädagogischen Standpunkt aus rechtfertigt sich die Forderung: Heraus mit der Religion aus der Volksschule! Diese Forderung ist in Frankreich und den Niederlanden bereits verwirklicht, in den Vereinigten Staaten und der Schweiz, im bibelfesten England, dem frommen Italien und dem klerikalen Belgien dürfen die Kinder nicht zwangsweise in der Religion unterrichtet werden.

Ethischer Unterricht ist auch ohne Verquickung mit dem Religionsunterricht möglich. Geschichte und Erfahrung beweisen, daß Religion und Ethik verbunden sein könne, aber nicht untrennbar miteinander verbunden sind. Wir haben viel Religion zusammen mit wenig Ethik gehabt und haben das auch heute herzlich oft. Der Moralunterricht muß durch den Unterricht in Gesetzeskunde und Bürgerkunde ergänzt werden. Der Religionsunterricht soll Privatangelegenheit jedes Elternpaares bleiben. Die Gesellschaft ist nur verpflichtet, die Kinder tüchtig zu machen in dem, was sie für das diesseitige Leben gebrauchen. Für das Jenseits zu sorgen, soll Privatsache der Eltern sein. Charakteristisch ist die Haltung der bürgerlichen Liberalen gegenüber den reaktionären Vorstößen zur Verpfaffung der Volksschule. Die Tinte des Kompromisses ist kaum trocken, mit der sich die Liberalen mit Konservativen und Klerikalen über die weitere Verpfaffung der Volksschule geeinigt haben. Dazu eine Tatsache, die mir fast noch schimpflicher erscheint. Die Jung-Liberalen haben auf ihrer Tagung in Leipzig in den Richtungslinien zur Volksschulfrage beschlossen, daß dem Religionsunterricht im Lehrplan der gebührende Raum gewährt werden muß. (Heiterkeit.) Schon daraus sehen Sie, daß die Jung-Liberalen die geborenen Mummelgreise sind. (Große Heiterkeit und Beifall.) Die Liberalen erheben nicht mehr die Forderung, von deren Durchführung auch sie einst in Jugendfrische geträumt: Hinweg mit der Religion aus der Volksschule. Aus Furcht vor dem Sozialismus suchen sie das Proletariat mit Vertröstungen auf das Jenseits vom Befreiungskampfe im Diesseits abzuhalten. Dazu kommt noch ein andres. Die Bourgeoisie ist in Weltuntergangsstimmung, und aus ihrem Katzenjammer flüchtet sie in den religiösen Mystizismus. Daher der überragende Einfluß, den dieser in der modernen Literatur und Kunst gewinnt.

Ueber der Weltlichkeit der Schule fordern wir eine vollständige, gründliche Reform des Unterrichts in allen Fächern, vor allem in der Geschichte, im Deutschen, in der Naturwissenschaft. Diese Fächer müssen die gebührende Bedeutung im Unterrichtsplan gewinnen, sie müssen nach den besten Methoden unterrichtet werden, sie müssen in Uebereinstimmung mit der wissenschaftlichen Forschung Kenntnisse vermitteln, die geistige Entwicklung fördern. Der Geschichtsunterricht muß vom Bann des Mordspatriotismus erlöst werden, der naturwissenschaftliche Unterricht vom Banne der biblischen Legenden, des kirchlichen Dogmas. Der erstere soll in das soziale, der letztere in das natürliche Leben einführen, auch in das des Menschen.

Eine andre grundlegende Forderung ist die Einführung des Arbeitsunterrichts in den Schulplan. Das ist bedeutsam, weil wir uns mit äußerster Energie gegen die ausgebeutete Kinderarbeit auflehnen. Wir sind überzeugt,

daß die freie Arbeit von hohem sittlichen und pädagogischen Wert ist. Wir wollen die verhängnisvolle Spaltung zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten aufheben; wir wollen die Gesellschaft umwandeln in eine Ordnung von freien Arbeitern bei materiellem und geistigem Schaffen; wir wollen den Kindern alle Bildungsmöglichkeiten der Gesellschaft erschließen. Darum aber muß auch der Arbeitsunterricht im reformierten Schulplan den ihm zukommenden Platz erhalten. Er knüpft an an den Anschauungsunterricht, vollendet, verinnerlicht ihn, führt in die innere Natur der Gegenstände und Vorgänge ein, entwickelt und schärft die Sinne, erhöht die Handfertigkeit, stählt die Muskeln, macht körperlich gewandt, regt das selbständige Denken an, konzentriert den Willen auf eine Leistung und beflügelt den schöpferischen Trieb, der in jedem Kinde schlummert. Der Arbeitsunterricht wird dadurch spätere technische Erfindungen und Verbesserungen anregen und vorbereiten, die Arbeiter auf irgend einem Gebiet zu denkenden, schöpferisch tätigen Menschen heranziehen. Von großem Einfluß wird er auch darauf sein, das künstlerische Empfinden und Gestaltungsvermögen zu heben, so daß auch die fabrikmäßige Produktion in dieser Beziehung eine höhere Stufe erreicht. So gibt der Arbeitsunterricht Freude an schöpferischer Arbeit, lehrt Ehre und Würde der Arbeit. Durch ihn wird ferner verhindert, daß die Kinder in Stimmung von Staatspensionären hineinwachsen. Er erzieht sie zum Bewußtsein ihrer Verpflichtung gegenüber der Gesellschaft, das, was sie an Bildung und Kultur empfangen haben, als frei schaffende Menschen mit Zins und Zinseszins zurückzuerstatten.

Wir fordern ferner den gemeinsamen Unterricht und die gemeinsame Erziehung der Geschlechter. Am Unterricht selbst wie an der Schulverwaltung sollen Frauen und Männer gleichberechtigt beteiligt sein nach ihren persönlichen Fähigkeiten. Diesen entsprechend sollen auch Frauen mit den höchsten Lehrämtern und den höchsten Posten der Verwaltung betraut werden. Der gemeinsame Unterricht und die Gleichberechtigung von Frau und Mann auf dem Gebiete des Unterrichts, der Erziehung ist eine bedeutsame Notwendigkeit und trägt dazu bei, das Ungesunde, Gekünstelte, Ueberreizte in den Beziehungen der Geschlechter zu einander zu beseitigen, das sich besonders in der Zeit der Pubertät bemerkbar macht.

Die Absperrung der Geschlechter von einander, die lügenvolle Geheimnistuerei und Unwissenheit in sexuellen Fragen, in der sie aufwachsen, ist mit Schuld an dem ungesunden Stand der Dinge heute und ihren bösen Folgen. Die Verwirklichung unsrer Forderungen schafft vorzügliche Schutzwälle gegen leibliche und geistige Verirrungen und krankhafte Zustände der jungen Mädchen, gegen die mancherlei Gefahren und Verirrungen, die an den jungen Mann infolge der überlieferten zweifachen Moral herantreten. Es gibt keine besseren Schutzwehren gegen diese Gefahren, als wenn der Knabe am Mädchen sich an den guten Kamerad gewöhnt, als wenn der junge Mann in der heranwachsenden Jungfrau die Mitstrebende schätzt und achtet, und wenn er sich neben einer klugen, treuen Mutter einer verehrten Lehrerin erinnert, die ihm auf manchem Pfade des Wissens als Führerin vorangeschritten ist. Ein andrer Grundwert kommt für unsre Forderung in Betracht. Je mehr die Frau als gleichberechtigt hinaus ins Leben tritt und Gelegenheit hat, ihre Persönlichkeit zu entfalten, um so mehr wird sich ihre weibliche Eigenart entwickeln. Die Emanzipation der Frau führt nicht zu dem Resultat, das schreckhafte Philister vorausgesagt haben: zum Verwischen des psychischen weiblichen Wesens. Nicht zu einer grotesken Kopie, nicht zu einem Affen des Mannes wird sich die von sozialen Schranken befreite Frau entwickeln, sondern gerade ihre weibliche Eigenart wird frei erblühen. Je weiter aber die Entwicklungslinien der Geschlechter auseinanderlaufen, um so wichtiger wird der gemeinsame Unterricht für das Verständnis, das harmonische Zusammenwirken der Geschlechter.

Ich will nun noch kurz auf die Notwendigkeit einiger weiterer Reformen hinweisen. Wir bedürfen ganz andrer Schulgebäude als jetzt. Das Elend der einschlägigen Verhältnisse auf dem Lande wurde gekennzeichnet durch den Prozeß über Trakehnen, 120 000 Mark wurden für den Gestütstall ausgegeben, die edlen Pferde fraßen aus Marmorkrippen, die 62 Schulkinder fanden dagegen im Schulzimmer keinen Raum und mußten zur Hälfte mit ihren Büchern am Fenster stehen. Ueber eine Million Kinder wird in Preußen in überfüllten Klassen unterrichtet. (Hört! hört!) Auch in Sachsen, Württemberg und Baden sind die Volksschulklassen überfüllt. Diese Ueberfüllung aber steht im Gegensatz zu der Forderung, daß die körperliche Gesundheit der Kinder in der Schule geschützt sei und gefördert werden soll. Die Schulhäuser sollen schöne, gesunde Gebäude sein. In den großen Städten liegen die Verhältnisse ja besser als auf dem Lande, aber zu wünschen bleibt auch hier genug übrig. In den großen Klassenzimmern herrscht häufig infolge der Ueberfüllung eine verpestete Luft, und unter der zusammengepferchten Schülerzahl ist die Verbreitung ansteckender Krankheiten leicht möglich. Auch der Forderung wird nur äußerst selten entsprochen, daß die Schulen inmitten großer Gärten liegen sollen. Turnplatz, Schulspielplatz und Schulgarten sind nötig im Interesse der gesunden körperlichen Entwicklung der Kinder, sollen aber auch im Dienste des Anschauungs- und Arbeitsunterrichts, der künstlerischen Erziehung, der Pflege des Gemütslebens stehen. Der aufgestellten Forderung schließt sich die auf Errichtung von Brausebädern und auf Anstellung von Schulärzten an. Erst 239 deutsche Schulärzte, im ganzen noch nicht 700, angestellt. Im kleinen Norwegen hat jede Schule ihren Schularzt, jede Mädchenschule ihre Schulärztin. Wir verlangen weiter, daß Lehr- und Lernmittel den Anforderungen der Hygiene entsprechen. So müßten z. B. die schlechtgedruckten Schulbücher, eine Ursache der Kurzsichtigkeit, verboten werden. Warum geschieht das nicht? Weil kapitalistische Interessen daran hängen, die mehr Schutz erfahren als die Augen unsrer Kinder.

Eine Hauptforderung auch im Interesse einer gründlichen Schulreform ist, daß die Stellung der Lehrer in jeder Hinsicht eine durchgreifende Verbesserung erfährt. Die Schulfrage ist zum großen Teil eine Lehrerfrage. Für die Volksschullehrer muß an Stelle der vielfach unzulänglichen, wissenschaftlich und sozial verfälschter Bildung in den Seminarien, auf denen die knöcherne Hand der Orthodoxie lastet, die Möglichkeit geschaffen werden, sich zu harmonisch gereiften, starken Persönlichkeiten zu entwickeln, mild nach unten, steifnackig nach oben! (Lebhafter Beifall.)

Wir fordern weiter, daß eine größere Zahl von Lehrern angestellt wird. In Deutschland kommen im Durchschnitt 61 Schüler auf einen Lehrer. In Preußen beträgt die zulässige Maximalzahl der Schüler 70, in Sachsen 60. Diese Maximalzahl wird aber in einer sehr großen Zahl von Fällen ganz bedeutend überschritten. Das ist grober Unfug. In Schlesien waren 1899 für 14 507 katholische Klassen nur 10 828 Lehrer vorhanden; in 599 von 1116 katholischen Schulen Schlesiens kamen mehr als 80 Schüler auf einen Lehrer, in 252 mehr als 100, in 7 Klassen sogar 170 bis 200 Schüler. (Hört! hört!) In Sachsen unterrichtet ein Volksschullehrer im Durchschnitt 62,70 Schüler; im Bezirk Auerbach 80, im Bezirk Chemnitz Land 83,5. Diese große Ueberfüllung der Klassen aber bedeutet für den Lehrer die totale Unmöglichkeit, der körperlichen, geistigen und sittlichen Entwicklung des einzelnen Schülers die nötige Aufmerksamkeit zu schenken. Trotz des besten Willens kann er die individuelle Eigenart des Schülers nicht beachten. Für den Lehrer selbst bedeutet die Ueberfüllung der Klassen einen Raubbau an seiner Kraft, eine Ueberlastung — man bedenke, daß der Unterricht Vorbereitungs- und Nacharbeit nötig macht! —, der auf die Dauer kein Mensch gewachsen ist, am allerwenigsten der Volksschullehrer mit seinem kärglichen Gehalt. (Lebhafte Zustimmung.) 1894 teilte Minister Bosse im preußischen Ab-

geordnetenhaus mit, daß von 359 Lehrern in Westpreußen 200 nur 451—500 Mark Jahresgehalt bezögen (Pfui!), 1897 trat eine Gehaltsaufbesserung von 22 Prozent ein. Aber für die ständigen Lehrer Preußens beträgt das Grundgehalt trotzdem nur 900 Mark, für die nichtständigen Lehrer und Lehrerinnen sogar nur 720 Mark. In Ostpreußen aber beziehen 98 Prozent der Lehrer nur das Minimalgehalt. In Bayern, Württemberg, Sachsen und Braunschweig erhalten die Lehrer 1200 Mark Grundgehalt, immer noch wenig genug. Das niedrige Gehalt der Lehrer bedingt eine niedrige Lebenshaltung, die nicht im Entferntesten imstande ist, ein Äquivalent für verausgabte und zu verausgabende Kraft zu liefern. Die Folge ist für den Lehrer eine Minderung seiner geistigen und sittlichen Kraft, seiner Frische und Leistungsfähigkeit, eine Behinderung der Weiterbildung. Dieses niedrige Gehalt peitscht aber auch den Lehrer auf, sich Nebenverdienst zu suchen. (Lebhafte Zustimmung.) In den großen Städten übernehmen die Lehrer Kontor- und Schreibarbeiten, sie lesen Korrekturen oder sie quälen sich mit Privatunterricht die Seele aus dem Leibe heraus. (Lebhafte Zustimmung.) So haben wir sorgengepeinigte, abgehetzte Lehrer, die nicht die nötige Kraft und Freudigkeit für den hohen Beruf haben können, die Kinder des Volks zu harmonisch entwickelten Persönlichkeiten zu erziehen. (Bravo!) Wollen wir eine bessere Volksschule, so müssen wir also auch die Besserstellung der Lehrer fordern. Wie gering wertet doch die bürgerliche Gesellschaft die höchste, die wichtigste aller Tätigkeit, die Veredelung und Erziehung des Menschengeschlechts. Vergleichen Sie nur einmal den Kurswert eines Volksschullehrers und eines Hauptmanns auf der bürgerlichen Heiratsbörse. (Große Heiterkeit.)

Wegen der vorgeschrittenen Zeit kann ich leider auf die sehr wichtige Seite nicht eingehen, wie die Volksschule durch Gestaltung des Schulgebäudes, Ausschmückung der Klassenzimmer, Beschaffenheit der Lehr- und Lernmittel und anschauliche Einführung in die Schönheiten der Natur und Kunst die künstlerischen Anlagen und Kräfte des Kindes entwickeln muß.

Vorbereitet muß die Volksschule werden durch die Kindergärten, überhaupt wird sie durch Einrichtungen aller Art, welche den Kindern vor und nach dem Unterricht liebevolle und verständige Aufsicht, Pflege, Erziehung gewähren, durch Einrichtungen, welche in der schulfreien Zeit, die Ferien inbegriffen, in methodischer, anständiger Weise für die Erziehung im weitesten Sinne sorgen. Die Errichtung der einschlägigen Anstalten würde ein hervorragendes Gebiet der Betätigung bisher mißbrauchter oder gar zur Untätigkeit verurteilter weiblicher Arbeitskraft schaffen, ein Gebiet, das sich eng an den häuslichen, mütterlichen Pflichtkreis der Frau anschließt, eine Erweiterung und Vertiefung bedeutet. Alle die vielen Frauen, denen Ehe oder Kindersegen versagt ist, alle, die Begabung und Neigung auf mütterliches Walten verweist, können sich hier zum Nutzen der Allgemeinheit, zur eigenen Befriedigung betätigen. All ihre mütterliche Liebe, Wärme, Einsicht, könnten sie da an den Kindern Anderer ausleben. (Lebhafter Beifall.) Es ist eine sittliche Pflicht der Gesellschaft, für die Betätigung aller im Weibe ruhenden Kräfte Raum zu schaffen. (Sehr richtig!)

Ich will hier abbrechen. (Ruf vom Tische der bürgerlichen Presse: Sehr gut.) Wir brechen ab, wenn wir es für gut finden, nicht wenn die Vertreter der bürgerlichen Presse sich gelangweilt fühlen. (Lebhafter, wiederholter Beifall.)

Wir Frauen haben die Pflicht, im Kampfe um die Reform der Schule voranzugehen, durch welche die Erziehung in der Familie nicht überflüssig gemacht, sondern ergänzt werden soll. Wir brauchen für das heranwachsende Geschlecht die volle Wahrung, ja Vertiefung des elterlichen Einflusses. Elterliche Erziehung und öffentliche Erziehung lösen einander nicht ab, sondern vervollständigen sich. Wir können der elterlichen Erziehung im Heim nicht entraten, auf das die Kinder zu starken Persönlichkeiten von ungebrochener Eigenart erwachsen. Wir bedürfen der gemeinsamen Erziehung in öffentlichen Anstalten,

damit die Persönlichkeit nicht zum Individualitätsprotzen entarte, damit sie in brüderlicher Empfindung und Gesinnung mit allen, mit der Allgemeinheit verbunden bleibt und alles begreift, was sie ihr verdankt und was sie ihr schuldet. Wir Frauen sind vor allem berufen, im Kampfe für eine grundlegende Reform des Schul- und Erziehungswesens voranzugehen, weil wir Mütter sind und Mütter werden sollen. Wenn das Ziel der Erziehung sein soll, jeden Menschen zum Lebenskünstler im edelsten Sinne des Wortes zu bilden, zu einer Persönlichkeit, welche das Leben in seinem reichen Inhalt, seinem gewaltigen Umfange zu erfassen vermag, zu einer Persönlichkeit, durch welche, um mit Nietzsche zu reden, die Menschheit voraufgepflanzt wird, dann müssen wir unsre Kraft für diese hohe Aufgabe einsetzen. Wir, die wir das heranwachsende Geschlecht in unsrem Schoße tragen und es mit unsren Säften nähren; wir, die wir auf das heranwachsende Geschlecht die Entwicklung unsres Hirns, den stolzen, freien Schlag unsres Herzens übertragen; wir müssen in der ersten Reihe stehen, wenn es sich darum handelt, den Kindern die Möglichkeit zu erringen, zu Lebenskünstlern zu werden. (Stürmischer, lang anhaltender Beifall.)

Vorsitzende Frau **Zietz**: Es ist nicht unsre Absicht, mit der Behandlung der Schulfrage dem Parteitage vorzugreifen. Deshalb hat Frau Zetkin auch unterlassen, uns eine Resolution zu unterbreiten. Nur die Richtlinien unsrer Anschauungen sollten hier vorgetragen werden, um den Genossinnen die fruchtbare Teilnahme an der Parteidiskussion über die Schulfrage zu ermöglichen. Aus diesen Gründen schlägt das Bureau vor, daß die Konferenz von einer Diskussion Abstand nimmt.

So wird beschlossen.

Der nächste Punkt der Tagesordnung ist das **Vereins- und Versammlungsrecht**. Referentin ist

Frau **Zietz-Hamburg**: Zum drittenmal müssen wir uns mit dieser Frage auf unsern Konferenzen beschäftigen. Aber die reaktionäre Gestaltung und Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts macht die Frage immer aufs neue aktuell. Unsre Losung ist die alte: Hinweg mit allen Ausnahmebestimmungen gegen die Frau. Sie ist ein realer Faktor im Wirtschaftsleben geworden und hat Anspruch auf die gleichen Rechte wie der Mann. Bekanntlich dürfen die Frauen in der Mehrzahl der deutschen Staaten nicht an politischen Vereinen teilnehmen. Die Polizeibehörden entwickeln nun vielfach eine merkwürdige Auslegekunst des Begriffes „Politik". Das hat zur Auflösung von Zahlstellen der Gewerkschaften geführt, die Frauen als Mitglieder aufnehmen. So sind dem Fabrikarbeiterverband eine ganze Reihe von Zahlstellen aufgelöst worden mit der Begründung, es sei Politik getrieben worden, weil in Vereinsversammlungen darauf hingewiesen wurde, man müsse darauf dringen, daß der Wirt organisierte Kellner beschäftige. Eine Zahlstelle des Schuhmacher-Verbandes wurde mit der Begründung aufgelöst, es werde Politik getrieben, da das Statut einen Passus enthalte, wonach die Akkordarbeit abgeschafft werden solle. Der „polizeitechnische" Begriff „Politik" ist außerordentlich eng gespannt. Nicht nur die Mitgliedschaft an politischen Vereinen bleibt den Frauen versagt, nein dies Verbot wird auch ungesetzlich ausgedehnt auf die Teilnahme von Frauen an politischen Versammlungen. Wir sehen, wie die Damen der bürgerlichen Gesellschaft ungehindert an politischen Vereinsversammlungen teilnehmen dürfen und sich rednerisch betätigen, in Vereinen, in denen man Rats pflegt, wie man dem dummen Volke die Taschen plündert, was die Polizei ruhig geschehen läßt. Diese doppelte Handhabung des Gesetzes muß öffentlich gebrandmarkt werden. (Sehr richtig!) Die von Herrn v. Hammerstein bescherte Segmentfreiheit (Heiterkeit) hat in unterschiedlichen Polizeigehirnen so große Verwirrung angerichtet, daß in der Praxis unser Versammlungsrecht noch verschlechtert wird. Bei der letzten Reichstagswahl sprach ich in Annen im Kreise Dortmund. Die Frauen hatten sich zu-

sammen ruhig an einen Tisch rechts im Saale gesetzt. Der überwachende Beamte aber verlangte, daß sie sich links plazieren sollten. Dort, wo die Tische etwas abgesondert standen, sei das Segment, wie es Herr v. Hammerstein gemeint habe. (Heiterkeit.) Ich suchte dem Beamten klar zu machen, daß es sich hier um eine Volksversammlung, nicht um die Versammlung eines politischen Vereins handele, aber das nutzte nichts; der Beamte erklärte: Wenn Sie meinen Anordnungen nicht Folge leisten, mache ich von meinem Rechte Gebrauch und löse auf. Recht hatte er zwar nicht, aber Gewalt geht vor Recht, und so wurde der Anordnung Folge geleistet. Vor kurzem hielt ich Versammlungen im Wahlkreise Bochum ab. In Gelsenkirchen, Herne, Bismarck usw. konnte ich ungehindert sprechen. Wie ich aber nach dem kürzlich Großstadt gewordenen Bochum komme, heißt es: Es ist verboten, daß Frauen an der Versammlung teilnehmen, unter keinen Umständen darf aber eine Frau sprechen. Der Vertrauensmann nahm mit dem Bürgermeister Rücksprache und erreichte, daß die Versammlung stattfinden konnte.

Kaum aber hatte ich zwei Worte gesagt, so hieß es: Im Namen des Gesetzes ist die Versammlung aufgelöst! Im Namen welches Gesetzes weiß ich heute noch nicht, denn es besteht kein solches Gesetz. (Lebhafte Zustimmung.) Am nächsten Tage redete ich in Harpen. Das Wort wurde mir erteilt und nun erst kommt das Herabwürdigende, daß man einem Beamten, auch wenn er offenbar Unrecht hat, Folge leisten muß. Der Beamte sprach mit dem Vorsitzenden und dieser bat mich im Reden einzuhalten. Der Beamte stellte sich neben mich und sprach die Auflösung der Versammlung aus. Der Beamte hatte den Auftrag, wenn eine Frau rede, so solle er auflösen, und er nahm den Auftrag so wörtlich, daß er mich erst eine Weile reden ließ. (Heiterkeit.) Auf meine Frage nach dem Grund der Auflösung antwortete er nicht, sondern ersuchte mich, nicht auf ihn einzureden. Ich sagte ihm, wir würden es ihm schon beibringen, die Gesetze zu achten und er meinte, ich solle ihn nicht bedrohen. Es ist charakteristisch für den Beamten, daß er sich bedroht fühlt, wenn man ihn um Beachtung der gesetzlichen Vorschriften ersucht. (Sehr gut!) Die Versammlungsbesucher waren empört und diese Empörung war das beste Agitationsmittel für uns. Von diesem Standpunkte könnten wir dem Beamten dankbar sein, aber aus Rechtsgründen protestieren wir gegen die ungesetzliche Handhabung. In einer andren Versammlung passierte es mir, daß der Beamte sagte: „Weisen Sie die Frauensperson hinaus." Das ist keine Beleidigung, das ist der Amtsjargon. Im Gesetze ist von Kindern, Lehrlingen und Frauenspersonen die Rede. Sie sehen am Ausdruck und der Zusammenstellung, wie wir offiziell gewertet werden. (Heiterkeit.) Die Rednerin geht des weiteren auf die reaktionären Bestimmungen der Vereinsgesetze in Mecklenburg, Braunschweig, Reuß ältere Linie und Sachsen ein und sagt, die Folge der Beschränkung der Agitation, die Behinderung, in den Kreisen der Arbeiterinnen Aufklärung zu verbreiten, sei, daß die Arbeiterinnen in ihren Erwerbsverhältnissen gedrückt und der Prostitution in die Arme getrieben werden. In Hamburg haben die Frauen das Recht, an politischen Versammlungen teilzunehmen, aber dort existieren andre Fesseln. Da muß die Tagesordnung angemeldet werden, und wenn die der Behörde nicht paßt, verbietet sie die Abhaltung der Versammlung, weil die öffentliche Ruhe, Ordnung und — Sittlichkeit gefährdet ist. Das Letztere ist auch so ein „polizeitechnischer" Begriff, den ich nicht verstehe. So durfte Stadthagen nicht über den Bibelspruch reden: Wer dem Arbeiter seinen Lohn vorenthält, ist ein Bluthund. Den bürgerlichen Frauen wurde verboten, über die Prostitution zu reden. Die Angelegenheit ist ja aus den Erörterungen im Reichstag bekannt, wo der Syndikus, Herr Schäfer, das Verhalten der Behörde zu rechtfertigen suchte, indem er mitteilte, daß ein Theologe bei Erörterung des Themas bei Mädchen die sexuelle Note im Gesicht

aufsteigen sah. (Heiterkeit.) Der Mann muß ja viel davon verstehen. (Stürmische Heiterkeit.) Gegen die Aeußerungen des Herrn Schäfer ist nicht von bürgerlicher Seite, sondern von uns protestiert worden. In unsrer Versammlung hat keine bürgerliche Frau das Wort zu nehmen gewagt, um unsre Worte noch zu unterstreichen.

Die schlimmsten Vexationen aber bereitet uns die verschiedene Auslegung des Begriffes Politik, zu der sehr oft rein gewerkschaftliche Dinge gezählt werden. Rednerin wendet sich gegen die polizeiliche Ueberwachung der Versammlungen, die als Demütigung und Bevormundung empfunden werde und schlägt schließlich folgende

Resolution

zur Annahme vor:

Die Konferenz der sozialistischen Frauen erhebt nachdrücklichst Protest gegen die vereinsgesetzlichen Bestimmungen, welche in einer Reihe deutscher Bundesstaaten das Vereins- und Versammlungsrecht des weiblichen Geschlechts beschränken und ihm dadurch eine unwürdige, seine Interessen schädigende Ausnahmestellung anweisen. Sie brandmarkt insbesondere die Praxis dieser Bestimmungen, welche mittels kühner Interpretationskünste das kümmerliche gesetzliche Recht des weiblichen Geschlechts für die Proletarierinnen aufs äußerste einschränkt, ja aufhebt, für die Frauen des werktätigen Volkes und die Damen der besitzenden Klassen zweierlei Recht schafft, einen unglaublichen Wirrwarr der Begriffe über gesetzlich zulässiges und verbotenes und eine Rechtsunsicherheit ohnegleichen erzeugt.

Die Konferenz fordert für das Deutsche Reich ein einheitliches und freiheitliches Vereins- und Versammlungsrecht, das auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet Frauen wie Männern das gleiche Recht zuerkennt. So lange diese Forderung nicht erfüllt ist, macht sie es den Genossinnen zur Pflicht, in Gemeinschaft mit den Genossen dafür zu sorgen, daß die vielfach beliebte Praxis des zweierlei Rechts und der Textesdeutung energisch zurückgewiesen und bekämpft wird.

Desgleichen fordert sie Beseitigung des Instituts der politischen Polizei.

In der Diskussion nimmt das Wort

Frau Thiel-Teltow-Beeskow und berichtet über die Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechtes in ihrem Heimatkreise. So wurde den Frauen während der Zeit der Reichstagswahlen die Gründung eines Frauen-Wahlvereins verboten und alle Beschwerden haben nichts genutzt. Wegen einer Besprechung, die ich abhielt, wurde ich angezeigt. Es fanden fünf Termine statt, erst wurde ich zu 30 M. Geldstrafe verurteilt, in den höheren Instanzen aber freigesprochen. Gerade das Verbot des Vereins hat die Agitation gekräftigt, die beste Agitation hat aber für uns die Polizei geleistet. Mit der Resolution der Genossin Zietz bin ich voll und ganz einverstanden.

Frau Ruben wendet sich gegen die Behauptung der Frau Zietz, daß die bürgerlichen Frauen nicht gegen die Aeußerungen des Syndikus Schäfer im Reichstag protestiert haben. Wir haben versucht, eine Protestversammlung einzuberufen. Es ist uns aber mißlungen. Ich möchte auch Frau Zetkin berichtigen. Es ist keiner bürgerlichen Frau eingefallen, gegen Bebel aufzutreten. Er wird von uns Frauen in Hamburg ebenso geachtet und geliebt wie von Ihnen. (Beifall.)

Frau Zietz erwidert, die bürgerlichen Frauen in Hamburg sind offiziell für die Kandidaten des Mischmaschs eingetreten, also gegen die sozialdemokratischen Kandidaten. Es bleibt also bei dem, was ich gesagt habe. Was Frau Ruben über die Protestversammlung gegen den Syndikus Schäfer gesagt hat, war uns neu. Wenn ihnen eine Protestversammlung unmöglich gemacht worden ist, so hätten wir davon doch erfahren müssen. In den Hamburger Blättern haben wir davon nichts gefunden. Ist die Versammlung

illusorisch gemacht, so hätten sie doch erst recht gehörig protestieren müssen. Uebrigens wäre es ja das erstemal, daß wir eine Versammlung abhalten durften, die den Bürgerlichen verboten war. Bisher war es umgekehrt. Was den bürgerlichen Frauen recht war, war uns noch nicht einmal billig. In unsrer Versammlung waren bürgerliche Frauen anwesend und keine hat geredet und unsre Ausführungen unterstrichen. Auch hier bleibt es bei dem, was ich gesagt habe. Es ist kein bürgerlicher Protest zustande gekommen in Hamburg. (Allgemeine Zustimmung.)

Jasper-Braunschweig schildert das reaktionäre braunschweigische Vereinsgesetz, das schlechter sei als in Mecklenburg und bei den wilden Völkerschaften.

Frau Kähler-Dresden erzählt persönliche Erlebnisse auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungswesens und wendet sich dann gegen den Versuch der Frau Ruben, bürgerliche und proletarische Frauenbewegung als etwas ziemlich gleichartiges hinzustellen.

Frau Baumann-Altona teilt mit, daß in einer Versammlung in Altona versucht worden sei, gegen die Aeußerungen Schäfers zu protestieren, daß aber eine Protestresolution abgelehnt worden sei. (Hört! hört!) Man habe dann beim Nachhausegehen gesagt, an einer so hohen Persönlichkeit wie Herrn Schäfer dürfe man nicht Kritik üben. (Große Heiterkeit.)

Hierauf wird die Resolution Zietz einstimmig angenommen.

Der nächste Punkt ist über die Presse. Referentin ist

Frau Kähler-Dresden: Die Presse ist eines der Hauptmittel in unserm proletarischen Klassenkampfe, leider wird aber diese Waffe nicht gewürdigt. Wohl hat unsre Abonnentenzahl der „Gleichheit" einen erfreulichen Aufschwung genommen, eine Zahl, auf die wir stolz sein können. Aber die Gewinnung dieser 12 000 Abonnenten ist mit schwerer Mühe und Arbeit verbunden gewesen, die zum weitaus größten Teile von den Genossinnen geleistet worden ist. Neben der „Gleichheit" müssen wir den örtlichen Parteizeitungen unser Augenmerk schenken, wir müssen unsre Frauen für unsre Parteipresse interessieren, aber auch die Parteizeitungen müssen mehr auf Frauenfragen eingehen. Die Presse ist das beste Mittel, Aufklärung zu verbreiten, daneben müssen leicht faßliche Broschüren und Flugblätter für Aufklärung sorgen. Eine Unterhaltungsbeilage der „Gleichheit" wäre wünschenswert, aber wo eben das Defizit geschwunden ist, darf man wohl nicht gleich durch ein neues Experiment ein Defizit schaffen und eine Preiserhöhung würde den Abonnentenstand verringern. Flugblätter dürfen nicht zu häufig herausgegeben werden, sonst werden sie nicht gelesen. Doch ist es notwendig, wichtige Fragen in Flugblättern zu behandeln. Diese Blätter werden dann Interesse finden. Bei unsern Kindern müssen wir mit unsrer Literatur werben. Das wird das jugendliche Herz für unsere Ideen zugänglich machen. Ein weiteres gutes Mittel, die Frau zu gewinnen, ist Bebels Buch „Die Frau", das heute noch mehr in bürgerlichen als in unsern Kreisen gelesen wird. Auch die Gewerkschaftspresse muß den Frauen entgegenkommen. Man muß ihnen die Fragen, die sie als Mutter und Weib berühren, zuerst klar machen. Dann wird allmählich auch das politische Verständnis geweckt werden. (Beifall.)

Frau Zetkin geht auf die gestellten Anträge ein. Mehrere Anträge verlangen, daß die „Gleichheit" allwöchentlich erscheine. Zwei Anträge aus Bromberg und Elberfeld wünschen, daß die „Gleichheit" leichter verständlich und volkstümlicher geschrieben werde und mehr Unterhaltungsstoff biete. Rednerin betont, daß die Redaktion auch viele Zuschriften erhalten habe, die den Charakter und das Niveau der „Gleichheit" nicht verändert wissen wollen. Auch am Erscheinen der „Gleichheit" und ihrem Preise könne nichts geändert werden. Aber man wolle versuchen, vom 1. Januar ab der „Gleichheit" allmonatlich eine vierseitige Beilage beizulegen, deren Inhalt der Erziehung und den Interessen der Frau als Hausfrau und Mutter dienen soll. (Freudige Zustimmung.)

Nach kurzer Diskussion erklärt sich die Konferenz mit dem von Frau Zetkin gemachten Vorschlag über Erweiterung der „Gleichheit" einverstanden und die Anträge werden zurückgezogen bis auf den Antrag Elberfeld, „die „Gleichheit" möge leichter verständlich und volkstümlicher geschrieben werden und mehr Unterhaltungsstoff bringen". Dieser Antrag wird einmütig abgelehnt.

Die Konferenz schreitet darauf zur Wahl einer Vertrauensperson für die Genossinnen Deutschlands.

Frau Zetkin: Es hieße Gelder in den Kirchenbaufonds des Freiherrn v. Mirbach schütten, wenn ich ein Wort zum Lobe unsrer Genossin Baader sagen wollte. Ich schlage vor, Genossin Baader als Vertrauensperson zu wählen. (Heiterkeit und Beifall.)

Unter allseitiger Zustimmung wird hierauf Frl. Baader-Berlin als Zentralvertrauensperson wiedergewählt.

Frau Pötzsch-Leipzig ruft den Genossinnen in einem selbstverfaßten poetischen Abschiedsgruß, der mit großem Beifall aufgenommen wird, ein: „Auf Wiedersehen!" zu.

Frau Zetkin erklärt hierauf die Tagesordnung für erschöpft und hält die Schluß-Ansprache: Ehe wir auseinandergehen, will ich den Bremer Genossen und Genossinnen für das große Interesse, die Sympathie und die Hilfsbereitschaft danken, die sie uns entgegengebracht haben. Ich bin überzeugt davon, daß die vielfachen Anregungen, die hier von verschiedenen Seiten gekommen sind, ihre Früchte tragen werden.

Ein gewaltiger Geisteshauch hat aufgewühlt die Wellen des Meeres der Ausbeutung und Unterdrückung, aber auch des Meeres der Sehnsucht nach Freiheit und Kultur, da, wo es am tiefsten ist. Aus der Nacht und Not der Fabriken, aus der Enge und Beschränkung des proletarischen Haushaltes sehen wir die proletarischen Frauenmassen sich als Kämpferinnen zusammenscharen, als Kämpferinnen nicht nur um Brot, sondern für die höchsten Ziele. Das ist die festeste Bürgschaft dafür, daß der Sache des Proletariats, die die Sache der Menschheit ist, die Zukunft gehört. Im Hinblick auf die Feinde, die uns gegenüberstehen, im Hinblick auf den Unverstand der Massen, den Widerstand der reaktionären Mächte, die Unsumme von Ungerechtigkeit in der bürgerlichen Welt, im Hinblick auf all' die Gegner, mit denen wir den Kampf aufnehmen und siegreich bestehen werden, muß unser tägliches Morgen- und Abendgebet der Vers von Konrad Ferdinand Meyer sein:

Mich reut die Stunde, die nicht Harnisch trug,
Mich reut die Stunde, die nicht Wunden schlug,
Mich reut, ich sag' es mit zerknirschtem Sinn,
Daß ich nicht dreifach kühn gewesen bin.

(Stürmischer langanhaltender Beifall.)

Die Frauenkonferenz ist geschlossen.

Schluß 2¼ Uhr.

Präsenz-Liste

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises und der Parteistellung
Adelung, Bernhard	Mainz	Mainz-Oppenheim
Albrecht, Adolf	Halle	Anhalt II
Anders, Carl	Berlin	Berlin VI
Antrick, Otto	Berlin	Berlin II
Arons, Leo	Berlin	Berlin I
Baader, Ottilie	Berlin	Berlin (Frauen)
Bader, Paul	Magdeburg	Magdeburg
Baerer, Heinrich	Harburg	Harburg
Bartels, Albert	Wernigerode	Halberstadt-Oschersleben-Wernigerode
Bartels, Heinrich	Bochum	Dortmund-Hörde
Baudert, August	Apolda	M. d. R.
Baumann, Linchen	Altona	Altona (Frauen)
Baumgärtel, Hermann	Reichenbach i. V.	Reichenbach-Kirchberg
Bauschke, Anna	Berlin	Berlin (Frauen)
Bebel, August	Schöneberg-Berlin	Vorstand, M. d. R.
Becker, Heinrich	Dortmund	Hamm-Soest
Beckmann, Georg	Gießen	Gießen-Grünberg
Beckmann, Heinrich	Basbeck	Geestemünde-Neuhaus
Beeck, A.	Lauenburg	Altona-Stormarn und Lauenburg
Behle, Karl	Bremen	Nienburg
Bérard, R.	Hamburg	Hamburger Parteigeschäft
von den Berg, August	Krefeld	Krefeld
Bernstein, Eduard	Berlin	M. d. R.
Berten, Peter	Düsseldorf	Düsseldorf
Berthold, Heinrich	Darmstadt	Worms-Heppenheim-Darmstadt-Groß-
Bittorf, Adam	Berlin	Berlin VI [Gerau
Blos, Wilhelm	Bruchsal	M. d. R.
Bock, Wilhelm	Gotha	M. d. R.
Böhle, Bernhard	Straßburg	6. elsässischer
Böhme, Emil	Eisenberg	Sachsen-Altenburg
Bolljes, Johs.	Leisum	18. hannoverscher
Bömelburg, Theodor	Hamburg	M. d. R.
Borgmann, Hermann	Berlin	Königsberg-Neumark
Brey, August	Hannover	Hannover-Linden
Braun, Heinrich, Dr.	Berlin	Frankfurt-Lebus
Braun, Otto	Königsberg	Königsberg i. Pr.
Brühne, Friedr.	Frankfurt a. M.	Kontrolleur
Buder, Christian	Forst	Sorau-Forst
Budde, Ewald	Lüdenscheid	Altena-Iserlohn
Buddenberg, Georg	Bant	Oldenburg II und Hannover II
Buhl, Karl	Leipzig	Leipzig-Stadt
Bühler, Rudolf	Essen	Essen
Burgau, Ludwig	Aue	Zeitz-Weißenfels-Naumburg
Burgund, Karl	Breslau	Breslau Ost und West
Cohn, Louis	Breslau	Breslau Ost und West
Conrad, Wilhelm	Rixdorf	Teltow-Beeskow
Dies, Fritz	Heddernheim	Höchst-Usingen-Homburg-Idstein
Dietz, J. H. W.	Stuttgart	M. d. R.
Dittmann, Wilh.	Frankfurt a. M.	Frankfurt a. M.
Donath, Hans	Bremen	Bremen

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises und der Parteistellung
Dönnecke, Fritz	Mühlhausen i. Th.	Mühlhausen-Weißensee
Dörfel, Ernst	Haspe	Hagen-Schwelm
Dorn, Konrad	Nürnberg	Nürnberg-Altdorf
Dörnke, Ludwig	Hannover	Hannover-Linden
Dreesbach, Aug.	Mannheim	M. d. R.
Düwell, Wilh.	Dortmund	Dortmund-Hörde
Eberhardt, W.	Charlottenburg	Partei-Vorstand
Ebert, Fr.	Bremen	18. hannoverscher
Efflinge, J.	Wandsbek	8.—10. schleswig-holsteinischer
Ehrhardt, Fr. Jos.	Ludwigshafen	Kontrolleur
Eichhorn, Emil	Pforzheim	M. d. R.
Eilers, Carl	Bielefeld	Bielefeld
Eilken, E.	Ottensen	Ottensen
Eisner, Kurt	Berlin	Vorwärts
Elm, v. Adolf	Hamburg	M. d. R.
Ernst, Theodor	Pirna	Pirna
Esser, Math.	Aachen	Stadt- und Landkreis Aachen
Evers, Jos.	Hildesheim	10. hannoverscher
Ewald, Ferd.	Berlin	Luckenwalde
Faber, Emil	Frankfurt	Frankfurt-Lebus
Fallenbek, Fürchtegott	Dresden-Striesen	6. sächsischer
Fauth, Albrecht	Wetzlar	Wetzlar-Altenkirchen
Feldmann, Franz	Langenbielau	Reichenbach-Neurode, Schweidnitz-Frei-
Fendrich, Anton	Freiburg	9. badischer [burg-Striegau
Finsel, Conrad	Bromberg	Bromberg
Fischer, Edmund	Briesnitz	M. d. R.
Fischer, Heinrich	Weimar	Weimar I
Fischer, Richard	Berlin	M. d. R.
Fischer, Robert	Seifhennersdorf	1., 2. und 3. sächsischer
Fischer, Wilhelm	Berlin	Berlin I
Förster, H.	Hamburg	M. d. R.
Freiwaldt, Georg	Pankow	Nieder-Barnim, Ost- und West-Sternberg,
Freythaler, Wilhelm	Berlin	Berlin VI [Ober-Barnim
Fritzsch, Wilhelm	Berlin	Wittenberg-Schweinitz
Frohme, Karl	Hamburg	M. d. R.
Fuchs	Zehlendorf	Friedeberg-Arnswalde
Geck, Ad.	Offenburg	Kontrolleur
Genzen, Alb.	Stralsund	Stralsund-Rügen
Gehrt, Albin	Pohlitz	Reuß ä. L.
Gerisch, Albin	Berlin	Vorstand, M. d. R.
Geyer	Leipzig	M. d. R.
Goldstein	Zwickau	M. d. R.
Gomringer, Adolf	Ebingen	9. württembergischer
Gradnauer, Georg	Berlin	M. d. R.
Graeger, Friedr.	Lüneburg	Lüneburg-Winsen
Gramsdorf, Eugen	Görlitz	Görlitz-Lauban
Greifenberg, Marie	Augsburg	Frauen
Greiner, Robert	Aschersleben	Calbe-Aschersleben
Grenz, Ernst	Leipzig	M. d. R.
Grünberg, Karl	Hartha	M. d. R.
Grünhagen, Fr.	Danzig	Danzig-Stadt
Grünig, Rudolf	Kiel	7. schleswig-holsteinischer
Gruenwaldt, L.	Hamburg	Hamburg I
Habicht, Robert	Frankfurt a. M.	Limburg-Diez-Weilburg
Hahn, Paul	Berlin	Berlin III
Hänchen, Ernst	Guben	Guben-Lübben
Hanisch, Albert	Berlin	Berlin V
Haupt, Wilhelm	Magdeburg	Magdeburg
Haverkamp, A.	Bremerhaven	Geestemünde-Neuhaus und Otterndorf,
Heinze, Gustav	Großenhain	7. sächsischer [19. hannoverscher

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises und der Parteistellung
Heitmann, Karl	Oldenburg (Gr.)	Oldenburg I
Henke, A.	Bremen	Verden-Achim (6. hannoverscher)
Herbst, Julius	Spremberg	Kottbus-Spremberg, Rothenburg-Hoyerswerda
Hering, August	Flensburg	Flensburg-Apenrade
Hildenbrand, Karl	Stuttgart	1. württembergischer
Hinsche, J.	Lägerdorf	5. schleswig-holsteinischer
Hoch, Gustav	Hanau a. M.	Hanau-Gelnhausen
Hofmann	Saalfeld	M. d. R.
Hoffmann, Adolf	Berlin	M. d. R.
Hoffmann, Karl	Bielefeld	Herford-Halle
Hoffmann, Paul	Hamburg	Hamburg II
Hofrichter, Adolf	Köln	Köln-Stadt und Bonn-Rheinbach
Holzapfel, Franz	Dresden-A.	Dresden-Altstadt (5. sächsischer)
Horn, August	Stettin	Stettin
Horst, Christian	Durlach	Pforzheim-Durlach (9. badischer)
Hug, Paul	Bant	2. oldenburgischer und 2. hannoverscher
Jacob, Hermann	Bant	2. oldenburgischer und 2. hannoverscher
Jakobsen, E.	Hadersleben	1. schleswig-holsteinischer
Jakobsen, J. D.	Lockstedt	6. schleswig-holsteinischer
Jahn, Herm.	Luckenwalde	Zauch-Luckenwalde
Jansen, Jean	Berlin	Berlin IV
Jasper, Dr., Heinrich	Braunschweig	1. braunschweigischer
Jensch, Oskar	Berlin	Berlin IV
Inger, Peter	Solingen	Solingen
John, Bernhard	Mockritz	6. sächsischer (Dresden-Land)
Jung, Minna	Ober-Schöneweide	Nieder-Barnim
Junghans, Albin	Limbach	15. sächsischer
Jürs, Karl	Neumünster	7. schleswig-holsteinischer
Kaden, August	Dresden	Kontrolleur
Kähler, Wilhelmine	Dresden-Mickten	Magdeburg
Karl, Fritz	Rixdorf	Berlin II
Kasch, Aug.	Wandsbeck	Altona-Stormarn-Lauenburg
Katzenstein, Simon	Charlottenburg	Bingen-Alzey
Kaufmann, Oskar	Niederzwönitz	19. sächsischer
Kautsky, Karl	Berlin-Friedenau	Redakteur der „Neuen Zeit“
Keidel, Philipp	Pirmasens	Gau Pfalz
Kenngott, Gottlieb	Eßlingen	Cannstatt und Eßlingen
Kinkel, Gottfried	Göppingen	Göppingen
Klampfer, Georg	Zirndorf	Erlangen-Fürth
Klühs, Franz	Breslau	Breslau West und Ost
Knieriem, Konrad	München	Kempten, München I und II
Koch, Heinr.	Barmen	Elberfeld-Barmen
Koenen, Heinrich	Hamburg	Kontrolleur
König, Carl	Berlin	Berlin III
Köppen, Ernst	Celle	14. hannoverscher
Körsten, Alwin	Berlin	M. d. R.
Krajemann, L.	Neuruppin	Ruppin-Templin
Kratich, Hermann	Brandenburg	Brandenburg-Westhavelland
Kressin, Otto	L.-Connewitz	13. sächsischer
Kuiner, Johann	Oelsnitz	23 sächsischer
Kurth, Lorenz	Kalk	Köln-Land
Lange, Heinr.	Leipzig	Leipzig-Stadt
Langer, Albin	Chemnitz	Chemnitz
Leber, H.	Jena	Eisenach-Weimar II
Ledebour, Georg	Halensee bei Berlin	M. d. R.
Lehmann, Gustav	Mannheim	Mannheim
Leinert, Robert	Hannover	Hannover-Linden und 13. hannoverscher
Leister, Ernst	Johanngeorgenstadt	21. sächsischer
Lemenhow, Carl	Hamburg	2 Hamburger
Leopoldt, Adolf	Zeitz	Naumburg-Weißenfels-Zeitz
Leutert, Paul	Apolda	3. weimarischer (Jena-Neustadt-Weida)

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises und der Parteistellung
Liebknecht, Dr., Karl	Berlin	Potsdam-Spandau-Osthavelland
Lienau, Heinrich	Neumünster	Schleswig-Holstein
Lindemann, H.	Degerloch b. Stuttgart	M. d. R.
Lipinski, Richard	Leipzig	M. d. R., 11. sächsischer
Litzinger, Konrad	Minden	Minden-Lübbecken
Lohmann, Fritz	Einbeck	11. hannoverscher
Lorenz, Gust.	Niederplanitz	18. Zwickau
Löwenstein, Gabriel	Nürnberg	Nürnberg-Altdorf
Lungwitz, Bertha	Dresden-Neustadt	4. sächsischer
Lüttich, August	Leipzig	13. sächsischer
Frau Lutz	Berlin	Berlin (Frauen)
Mädger, R.	Lehe	Geestemünde-Neuhaus (19. hannoversch.)
Mahlke, Heinrich	Engelsby	Schleswig-Holstein, M. d. R.
Maier, Georg	Frankfurt a. M.	Frankfurt a. M.
Meis, Peter	Gelsenkirchen	Bochum-Gelsenkirchen
Meist, Carl	Köln	M. d. R.
Meister, H.	Hannover	Kontrolleur
Metzger, Wilh.	Hamburg	M. d. R.
Michels, Robert	Marburg	Alsfeld-Lauterbach-Schotten
Mirus, Henriette	Frankfurt a. M.	Frankfurt a. M.
Molkenbuhr, H.	Berlin	M. d. R.
Mothes, Albin	Chemnitz	Chemnitz
Müllenstädt, Albert	Nauen	Potsdam-Spandau-Ost-Havelland
Müller, Carl	Hameln	9. hannoverscher
Müller, Emil	Charlottenburg	Teltow-Beskow-Charlottenburg
Müller, Theodor	Schleswig	Schleswig-Eckernförde
Nietsch, Richard	Magdeburg	Wolmirstedt-Neuhaldensleben
Nietzel, Moritz	Zschopau	Zschopau-Marienberg
Oehlking, August	Rummelsburg	Nieder-Barnim
Olderdissen, Karl	Bielefeld	Bielefeld
Osterroth, Nikol.	St. Johann	Saargemünd und Saarbrücken
Paeplow, Fritz	Hamburg	Hamburg III
Paulus, Hermann	Radebeul	4. sächsischer
Pfannkuch, Wilh.	Berlin	Vorstand, M. d. R.
Pfarr, J.	Berlin	Kontrolleur
Pötzsch, Klara	Connewitz	12. und 13. sächsischer
Nackl, Anton	Nürnberg	Ansbach-Schwabach, Nürnberg-Altdorf, Hof i. B., Bayreuth, Berneck, Wunsiedel
Rhein, Hermann	Bremen	Bremen
Reißhaus, Paul	Erfurt	M. d. R.
Repp, Georg	Friedberg	Friedberg-Büdingen
Riem, Gustav	Dresden	Dresden-Altstadt
Rindfleisch, Daniel	Kiel	7. schleswig-holsteinischer
Rollwagen, Hans	Augsburg	Augsburg-Wertingen
Rosin, Emil	Berlin	Berlin III
Sachse, H.	Bochum	M. d. R.
Schaumburg, C.	Hamburg	Hamburg I
Scheidemann, Ph.	Offenbach	M. d. R.
Scherf, Adolf	Langenchursdorf	17. sächsischer
Schievink, Heinrich	Essen a. d. Ruhr	Essen a. d. Ruhr
Schippel, M.	Berlin	M. d. R.
Schlegel, L.	Eßlingen	M. d. R.
Schmalfeldt, J. H.	Bremerhaven	Bremen
Schmid, Eduard	München	München I und II
Schmidt, Gustav	Halle	Sangerhausen-Eckertsberga, Halle-Saal-
Schmidt, Heinrich	Grabow	Randow-Greifenhagen [kreis
Schmidt, Wilhelm	Frankfurt a. M.	M. d. R.
Schneider, E.	Berlin	Berlin II

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises und der Parteistellung
Schöpflin, Georg	Leipzig	M. d. R.
Schubert, Hermann	Berlin	Calau-Luckau
Schuhmacher, Karl	Mülheim	Mülheim a. Rh.
Schulz, Adolf	Delmenhorst	3. oldenburgischer
Schulz, Heinrich	Bremen	Erfurt-Schleusingen-Ziegenrück
Schulz, Wilhelm	Posen	Posen und Schönlanke
Schulze, Ernst	Cossebaude	M. d. R.
Schwartz, Th.	Lübeck	M. d. R.
Segitz, Martin	Fürth	Erlangen-Fürth
Seiser, W.	Velbert	Lennep-Mettmann
Silberschmidt, Herm.	Berlin	Züllichau-Schwiebus, Wanzleben
Sindermann, Karl	Dresden	M. d. R.
Soberski, Simon	Frohberg	14. sächsischer
Sonnenburg, Hermann	Friedrichshagen	Nieder-Barnim
Sperka, C.	Stuttgart	M. d. R.
Stadthagen, A.	Berlin	M. d. R.
Starosson, F.	Rostock	Rostock-Dobarun
Stelling, J.	Lübeck	Lübeck
Stille, Wilhelm	Bergedorf	Hamburg III
Stolpe, Hermann	Waldenburg	Waldenburg, Bunzlau-Lüben
Straßenmeyer, Chr.	Essen	Essen
Stubbe, Heinrich	Hamburg	Hamburg III
Stücklen, Daniel	Altenburg	M. d. R.
Südekum, Albert	Berlin	M. d. R.
Thiel, Maria	Tempelhof	Teltow-Beskow
Thiele, Adolf	Halle a. d. Saale	Mansfeld
Thöne, Georg	Cassel	Kassel-Melsungen
Trenkhorst, Siegmund	Dessau	Dessau-Zerbst
Tutzauer, Franz	Berlin	M. d. R.
Ullenbaum, Wilhelm	Elberfeld	Elberfeld-Barmen
Ulrich, C.	Offenbach	Offenbach-Dieburg und Erbach-Bensheim
Vater, Richard	Nossen	10. sächsischer
Vesper, Otto	Osnabrück	Osnabrück (4. hannoverscher)
Vetterlein, Oscar	Helmarshausen	1. hessischer (Rinteln)
Vetters, Friedrich	Gießen	3. nassauischer
Voigt, Hermann	Berlin	Berlin IV
v. Vollmar, Georg	Soiensaß	M. d. R.
Vortmann, Heinr.	Metz	Metz-Lothringen
Wartenberg, Alma	Ottensen	6. schleswig-holsteinischer
Wasner, Otto	Stuttgart	Stuttgart und 14. württembergischer
Weinheber, Paul	Hamburg	Hamburg II und 9. schleswig-holsteinisch.
Weißmann, Anton	Halle	Merseburg, Delitzsch-Bitterfeld
Wels, Otto	Berlin	Prenzlau-Angermünde
Wengels, Robert	Berlin	Partei-Vorstand
Weyers, Cäsar	Duisburg	Duisburg-Mülheim
Wicky, Aug.	Mülhausen i. E.	Mülhausen i. Els.
Wissell, R.	Lübeck	Lübeck
Wolf, Paul	Bochum	Bochum-Gelsenkirchen
Wollermann, Karl	Schöneberg	Teltow-Beskow
Wurm, Emanuel	Berlin	M. d. R.
Zeise, Frau	Köln	Für Stadt Köln
Zetkin, Clara	Stuttgart	Kontrollkommission
Ziety, Louise	Hamburg	Hamburg I und Essen
Zimmermann, Emil	Dresden-N.	Dresden (4. sächsischer)
Zink, Franz	Debschwitz	Reuß j. L.
Zubeil, Fritz	Berlin	M. d. R.
Zucht, Leo	Berlin	Berlin V

Sprech-Register

Die mit * versehenen Zahlen beziehen sich auf die Frauenkonferenz.

Antrick 248. 262. 263. 321.
Arons, Dr. 241. 317.
Askew 166.

Baader, Frl. 339*. 342*. 360*. 368*.
Bader 274. 314.
Bartels 251.
Baumann 367*. 384*.
Bauschke 367*.
Bebel 142. 147. 209. 217. 234. 253. 263. 304. 316.
Becker (Dortmund) 162.
Bérard 177.
Bernstein 193. 229. 267. 312. 322. 324.
Berten 170.
Bittorf 146. 321.
Burgund 278.
Böhle 169. 172.
Bömelburg 282. 315.
Bosse 340*. 352*.
Braun-Königsberg 145.
Buhl 288.
Bühler 149. 178. 183.

Cunow 262.

Dietz 145. 150. 172. 176. 181. 182. 198. 218. 267. 287. 288. 289. 296. 301. 304. 317. 318. 320. 321. 324. 325.
Dönnecke 169. 324.
Dreesbach 172. 267.
Düwell 208. 234.

Ebert 199. 206. 217. 218. 253. 262. 263. 304. 314. 321.
Eichhorn 167. 266. 302.
Eilers 172.
Eisner 288.
v. Elm 239. 263.

Fahrenwald 353*. 368*.
Fendrich 167. 178. 266.
Fischer, Richard 174. 179. 263. 275. 284. 288.
Freiwaldt 302.
Freythaler 148.
Frohme 189.

Geck 360*.
Gerisch 155. 161. 174. 267.
Geyer 147.
Göckeritz 367*.
Greifenberg 346*.
Grenz 195. 243.

Habicht 170. 278. 286. 314.
Hoch 207. 216. 242. 297.
Hoffmann, Adolf 183. 266.
Hoffmann, Karl 169. 172. 275.
Hoffmann, Paul 176. 273.
Horn 325.
Hug 273. 274. 287.

Jacob 183.
Jasper 384*.
Jentsch 176. 215. 234.
Josephsohn 358*.

Kähler 350*. 371*. 384*.
Katzenstein 184. 190. 198. 253. 318.
Kautsky 244.
Klühs 148. 176. 189. 198. 284.
Körsten 208.
Krasemann 213.

Langer 248.
Leber 170. 283. 324.
Ledebour 199. 214. 260. 263. 288. 289.
Lehmann 301. 325.
Leinert 192. 266.
Lementzow 189.
Lenge 296.
Leopold 267.
Liebknecht Dr. 178. 188. 190. 195. 322.
Lindemann 290. 303.
Lipinski 207. 213.
Löwenstein 325.
Lungwitz 352*. 366*.
Lutz 353*. 367*.

Maier 314.
Meist 319.
Meister 158. 174. 319. 320.
Michels 206. 321. 353*.
Molkenbuhr 185. 273. 341*.
Mothes 281.

Niemann 371*.

Päplow 230. 267.
Pfannkuch 149. 151. 157. 173. 176. 193. 274. 287. 319.
Plum 350*. 367*.
Popp 342*. 358*.
Pötzsch 342*. 357*.

Repp 302.
Riem 281. 286.
Rollwagen 207.
Ruben 357*. 358*. 383*.

Segitz 299.
Sindermann 164. 228.
Südekum, Dr. 175. 182. 251. 298.
Schippel 218. 254. 263.
Schmalfeldt 141.
Schmid 296.
Schöpflin 168. 184. 215. 252.
Schubert 299.
Schuhmeier 165.
Schulz, Adolf 320.
Schulz, Heinrich 150. 320.
Schulz, Wilhelm 162. 174.
Stadthagen 212, 273.
Stücklen 247.

Thiel 352*. 383*.
Thöne 169.

Ullenbaum 163. 217.
Ulrich 232. 275. 300.

Vetters 164.
Vollmar 176. 188. 273.
Vortmann 173.

Wackwitz 352*.
Wartenberg 358*. 367*.
Weinheber 278. 286.
Wichmann 367*.
Wicky 164. 170.
Wolf 165. 187. 281.

Zeise 352*.
Zetkin, Klara, 148. 171. 196. 340*. 351*. 353*. 358*. 359*. 368*. 371*.
Zietz 166. 168. 249. 262. 265. 267. 279. 319. 320. 355*. 357*. 361*. 368*. 381*. 384*.
Zubeil 177. 234. 280.

Sach-Register

Abendsitzung 289.
Abrechnung vom Vorwärts 26.
Abstimmung über das Budget 92.
Aerzte-Streik 77.
Afrikabahnen 99.
Agitation 151.
— Anträge 114.
— in Oberschlesien 15.
— in Posen 16, 162.
Agitations-Bibliothek 44.
Agitationsbezirke 30.
Alkoholfrage 190, 194, 197.
— Anträge 112.
Amiterdamer Kongreß 304.
Anträge an den Parteitag 112.
— vom Dresdener Parteitag der Fraktion überwiesene 102.
— nachträglich eingegangene 133.
— Schicksal derselben 384.
Ansiedelungs-Gesetz 81.
Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek 46.
Arbeiter, ländliche 77. 106. 116. 213.
— in Bergwerken 76.
Arbeiter-Versicherung 77, 78.
Arbeiterschutz 76.
Arbeiter-Sekretariate 78.
Arbeitsämter 75.
Arbeitsbedingungen in Parteigeschäften 25.
Arbeitskammern 105.
Arbeitsverhältnisse auf Werften 85.
— in Heer und Marine 85.
Arbeitszeit, gesetzliche Regelung 75.
— im Postbetriebe 79.
Arenberg, Prinz 84.
Auers Dankschreiben 218.
Aufstellung von Kandidaten in Sachsen 20.
Ausgaben der Genossinnen 59.
— der Parteikasse 49.
— für die Parteipresse 50.
— des Reiches 64.
— für Schutzgebiete 86.
Ausnahmegesetze 63.
Aussperrung Crimmitschau 17. 57. 72. 73.
Auswärtiges Amt 85.
Auswärtige Politik 72.
Automobilbesitzer 81.
Bauforderungen, Sicherung 81.
Baugenossenschaften 79.
Begrüßung an Auer und Singer 198.
Begrüßungsreden 141, 165.
Beratung des Etats 74.
Bergwerksarbeiter 76.
Bericht der Buchhandlung Vorwärts 44.
Bericht der Genossinnen 56.
— der Mandatsprüfungs-Kommission 166. 265.
— des Kassierers 47. 155.
— der Kontrollkommission 158.
— des Parteivorstandes 11. 150.
— über die parlamentarische Tätigkeit 60. 199.
Berufszählungen 75.
Beschwerden gegen den Vorstand 320.
Bielefelder Angelegenheit 135. 159. 169.
Branntweinsteuer 69.
Broschüren, Anträge 116.
Buchhandlung Vorwärts 44. 129. 163. 180.
Budde, Eisenbahnminister 73.
Budget Abstimmung 92.
Budgetrecht 69.
Bülow, Reichskanzler 72.

Crimmitschauer Aussperrung 17. 57. 72. 73.

Decharge für den Vorstand 161.
„Der wahre Jakob" 28.
Diätenantrag 74.
„Die Neue Zeit" 27. 43.
Dortmunder Arbeiterzeitung über Schippel 225. 226.
Düsseldorfer Streitigkeit 159. 161. 170.

Einem, Kriegsminister 73.
Einigungsämter 75.
Einnahme aus Zöllen 91.
Einnahmen der Genossinnen 59.
— der Parteikasse 48. 51.
— des Reiches 63.
Einigungsverhandlungen zwischen Gewerkschaften 16.
Eisenbahnarbeiter 73.
— und Konsumvereine 14.
Eisenbahnen in Afrika 99.
Eisenbahnminister 73.
Entschädigung für unschuldig erlittene Untersuchungshaft 95.
Ergänzungsetat für Südwest-Afrika 92.
Erklärung des Vorstandes wegen Mitarbeit an bürgerlicher Presse 35. 42.
— in Angelegenheit der „Leipziger Volkszeitung" 287.
— der Redaktion d. „Leipz. Volksztg." 318.
— Antrick 321.
Erklärungen zu Protokoll 265.
Eröffnung des Parteitages 141.
Etatsberatungen 70. 74.
Etat des Auswärtigen Amts 85.
— der Marine 84.
— des Reichs-Eisenbahnamts 81.
— des Reichsheeres 82.
— des Reichskanzlers 85.
— des Reichstags 63.
— der Schutzgebiete 86.
—, Ergänzungsetat für Südwest-Afrika 92.

Fabrik-Inspektoren 76.
Finanzreform 66.
Finanzwirtschaft im Reich 71.
Fleischeinfuhr 77.
Fliegender Gerichtsstand 81.
Flüsse, Reinhaltung 77.
Fraktionsbericht 60.
Fraktions-Erklärung über Schippel 235.
Fraktions-Sekretär 31.
Frankensteinsche Klausel 67.
Frauen als Fabrik-Inspektoren 76.
Frauenbewegung, sozialdemokratische 56.
Frauenbildungsvereine 58.
Frauenkonferenz 339.
Frauenkongreß, Internationaler 59.
Fremdenrecht 81. 127. 321.

„Gazetta Ludowa" 16.
Gefängnisarbeit 81.
Gehaltserhöhung der Sekretäre 319. 321.
Gemeindewahlen 20.
Generalstreik 190. 192. 195. 198.

Genossinnen Deutschlands 56.
Genossenschaften 79.
Geschäftsbericht (s. Bericht).
Geschäftsordnung, Festsetzung 145.
— des Reichstags 101.
Gesetzentwürfe 75. 93.
— sozialpolitische 101.
Gewerbegerichtswahlen 22.
Gewerbe-Inspektoren 76.
Gewerkschaftliche Organisation der Frauen 58.
Gladewitz 12.
Glashütten 75.
Gleichberechtigung der Arbeiter 72.
„Gleichheit", Die 27. 58.
Glückwunsch an italienische Genossen 139. 321.
Göhres Kandidatur 19.

Haftbarkeit der Automobilbesitzer 81.
Handelsbeziehungen zum britischen Reich 99.
Handelsgesetzbuch 98.
Handelsverträge 60. 71.
Handlungsgehilfen (siehe Kaufmann).
Handwerker-Invalidenversicherung 106.
Heer und Marine 71. 85.
Heimarbeiterschutz 17. 58. 210.
Heimarbeit für Militär 84.
Heimstättengesetz 80.
Hellmann-Angelegenheit 164. 174.
Herero-Aufstand 88.
Hererofrage 203. 206. 208. 211.
Holsteinsches Herzoghaus 99.
Hüssener-Prozeß 85.

Jakob, Der wahre 28.
Jesuitengesetz 86.
Immunität der Abgeordneten 102.
In Freien Stunden 45.
Initiativ-Anträge 101. 210.
Internationaler Kongreß 304.
Interpellationen 102.
— Russenkurs 102. Wurmkrankheit 103. Zechenlegen 104. Berufsvereine 105. Arbeitskammern 105. Invalidenversicherung der Handwerker 106. Zeugniszwang 106. Vertragsbruchgesetz 107. Russische Zustände 72.
Invalidenversicherung der Handwerker 106.
Jugend-Agitationen, Anträge 131. 133. 178. 179. 184. 188.
Jugendliteratur 154. 177. 180. 182.
Jugendschrift 134.
Justizverwaltung 80.

Kalender 115.
Kandidaturen in Sachsen 20.
Kassenbericht 47. 155.
Kaufmannsgerichte 58. 93. 207. 208.
Kerr-Angelegenheit 140. 320.
Kinderschutz 57.
Koalitionsrecht 75. 101.
— Anträge 112.
— der Eisenbahner 73.
— bei der Post 79.
Kolonialetat, Anträge 116.
— 66.
Kolonialforderungen 203.
Kommunalpolitik 290.
— Anträge 118.
Kommunalwahlen 164.
Konferenz der Geschäftsleiter 24.
Königsberger Prozeß 43. 58. 81. 102.
Konsumvereine und Staatsarbeiter 14.
Kontrollkommission, Bericht 158.
— Wahl 320.
Krämer-Prozeß 43.
Krankenkassen 131. 207. 212.
Kriegsminister 73. 83.
Kruppsche Werke 85.
Kulturbilder 46.
Kunstdebatte 79.

Landerwerb der Togo-Gesellschaft 100.
Ländliche Arbeiter 77. 106. 116. 213.
Landtagswahlen 20. 113. 133.
Lebensmittelzölle 61.
Ledebours Berichtigung gegen Eisner 288.
Leipziger Aerztestreik 207. 212.
— Volkszeitung 138. 287. 318.
— — Notiz gegen Südekum 287.
Löbtauer Verurteilte 13.

Maifeier 23. 154. 275.
— Anträge 117.
Majestätsbeleidigungs-Paragraph 81. 101.
Mandatsprüfungs-Kommission.
— Bericht 166. 265. 319.
— Wahl 145.
Marine 71. 84.
Matrikularbeiträge 67. 92.
Mehrings Mitarbeit an der „Neuen Zeit" 43.
— Tätigkeit a. d. Leipziger Volkszeitung 43.
Militarismus (siehe Soldaten) 182. 184. 188.
Militär-Strafgesetzbuch 85.
Mitarbeit an bürgerlicher Presse 35.
Mülhauser Angelegenheit 136. 158. 164. 169. 174. 175.
Münzgesetz 99.

Musterwerkstätten, preußische 73.

Nachruf für verstorbene Genossen 11.
Nachträglich eingegangene Anträge 133.
Nachtrags-Etat 66.
Nachwahlen zum Reichstag 18.
„Neue Welt" 176. 177. 179. 183. 187.
— Anträge 115.
„Neue Zeit", Die 27. 43.
Normalarbeitstag 72.
Notizkalender 116.

Oberschlesien, Agitation 16.
Organisation 28.
Organisationsfrage 112. 121. 133. 138. 148. 267.
Organisations-Vorschlag des Parteivorstandes 28.
Ostafrikanische Telegraphenlinie 80.
Ostasiatisches Expeditionskorps 82.
Ostasiatischer Konflikt 85.
Ostasiatische Politik 72.
Ostmarkenzulage 80.

Parlamentarische Tätigkeit 60. 116. 199.
Parteibeiträge (siehe Kassenbericht).
Parteitag 1905 132. 133. 324.
Parteipresse 23. 152. 156.
— Anträge 112. 115.
— Ausgaben für 50.
— Debatte 182.
Partei-Schiedsgerichte (siehe Schiedsgerichte).
Personal in Parteigeschäften 24.
Petitionen 108.
Polenpolitik 80.
Politik, Auswärtige 72.
Posen, Agitation 16.
Post (siehe Reichspost).
Preßgesetz 102.
Presse (siehe Parteipresse).

Reblausbekämpfung 97.
Rechtsverhältnis der Berufsvereine 105.
Referentengebühren 129.
Reichsamt des Innern 75.
Reichs-Eisenbahnamt 82.
Reichsfinanzreform 66.
Reichsgesundheitsamt 77.
Reichshaushalts-Etat 63.
Reichsheer 82.
Reichsjustiz-Verwaltung 80.
Reichskanzler 72.
Reichspost 79.
Reichstags-Angestellte 74.
Reichstagsfraktion, Bericht 60.
Reichskanzler-Verantwortlichkeit 101.

Reichstagskandidaturen in Sachsen 20.
Reichsschulden 68.
Reichsversicherungsamt 78.
Reinhaltung der Flüsse 77.
Resolution, betreffend Arbeit in Bergwerken 76.
— betreffend Landerwerb der Togogesellschaft 100.
— betreffend Soldaten-Mißhandlungen 83.
— zum Etat des Reichsamt des Innern 75.
„Rinnsteinkunst" 79.
Ruhstraat (Minister) 81.
Russenkurs 102. 112. 131. 321.
Rußlands Politik 72.
Russische Polizeiwirtschaft 102.

Saarrevier 43.
Schiedsgerichte 31.
— in Sachen Bernhard 35. 36.
— in Sachen Braun 35. 39.
— in Sachen Göhre 35. 38.
— in Sachen Heine 36. 38.
— in Mülhausen 31.
— in Charlottenburg 31.
— in Düsseldorf 32.
— in Mainz 35.
— in Bremerhaven 35.
— Erklärung des Parteivorstandes 35.
Schiffahrtsabgaben 71.
Schippel-Angelegenheit, Anträge 113. 137. 199. 215. 218.
— — Fraktions-Erklärung 235, — Abstimmung über Resolutionen 264.
Schippels Erklärung z. Protokoll 318.
Schulfrage 146. 320.
—, Anträge 112.
—, Resolution 139.
Schutzgebiete 86.
Seemannsordnung 98.
Servisgesetz 98.
Sicherung der Bauforderungen 81.
Singers Antwort auf Begrüßungstelegramm 218.
Soldatenmißhandlungen 82. 318.
—, Resolution 139. 140.
Sonstige Anträge 129. 317.
Sonntagsarbeit in Glashütten 75.
Sozialpolitik 71.
Sozialdemokratische Agitations-Bibliothek 44.
Sozialistengesetz 13.
Sozialpolitische Gesetzentwürfe 101.
Staatsarbeiter und Konsumvereine 14.
Stempelabgaben 91.
Stengelsche Finanzreform 66. 153. 205.
Steuerreform 205.
Stichwahlen 317, Anträge 113.
Strafrecht 189.
Strafregister 43.

Tagesordnung, Festsetzung 146.
— des Parteitages 149.
Taktik-Anträge 113.
Telegraphen-Verwaltung 79.
Thronrede 71.
Togo-Gesellschaft 100.

Ueberweisungen an die Einzelstaaten 67. 69.
Unfälle 77.
— in der Landwirtschaft 78.
Unfallverhütung 78.
Untersuchungshaft bei politischen Vergehen 81.
Untersuchungshaft, unschuldig erlittene 95.

Verantwortlichkeit d. Reichskanzlers 101.
Verbrauchssteuern 91.
Vereinsrecht der Frauen 135
— Handhabung geg. Frauen 56.
Vereins- u. Versammlungsrecht 101.
Vergiftungsgefahr 75.
Verstorbene Genossen 11.
Vertragsbruchgesetz 107.
— Anträge 116.
Vorlagen an den Parteitag 11—00.
Vorwärts Buchhandlung (s. Buchhandlung).
„Vorwärts"-Abrechnung 26.
Vorwärts-Druckerei 174.

Wahl des Parteivorstandes 319.
Wahl des Bureaus 155.
Wahlen 18.
— zum Reichstag 18.
— zu den Landtagen 20.
— zu Gemeindevertretungen 21.
— Gewerbegerichten 22.
— zum Reichstag — Wahlarbeit der Genossinnen 56.
Wahlprüfungen 108.
Wahlrecht der Eisenbahner 73.
Wahlrechtsraub 153.
Wasserverseuchung 78.
Werftarbeiter 85.
Werften 85.
„Wider die Pfaffenherrschaft" 46.
Wochenblatt, Illustriertes 134.
Wohnungswesen 75.
Wurmkrankheit 103.

Zechenlegen 104.
Zeugniszwang 106.
Zivil-Ehe, Antrag 117.
Zölle u. Verbrauchssteuern 91.
Zolltarif 60.
Zuchthausarbeit 81.
Zuschußanleihe 92.

Druckfehler-Berichtigung.

Seite 361 Zeile 21 von oben: **Erziehungswerk** statt: Erziehungsdrill.
Seite 363 Zeile 19 von oben: 1899 statt: 1879.
Seite 367 Zeile 11 von unten: **Gesichtspunkt** statt: Grundwert.
Seite 368 Zeile 22 von oben: **Erst 239 deutsche Schulverwaltungen haben Schulärzte, im ganzen noch nicht 700 angestellt.**

Ergebnis der Abstimmungen

über die

dem Parteitag vorgelegten Anträge.

(Wortlaut der Anträge Seite 112—140. Die in Klammern beigefügte Seitenzahl bezieht sich auf die Abstimmung.)

Nicht genügend unterstützte Anträge.

2. 4. 6. 7 (S. 146). **14. 15** (S. 198). **21. 23. 24. 26** (S. 150). **27** (S. 317). **30. 31. 34. 40. 41** (S. 150). **45. 46. 48** (S. 198). **55. 57. 58. 59** (S. 275). **91. 92. 93. 94. 96. 97. 98** (S. 317). **99** (S. 198). **100** (S. 317). **102. 103. 104** (S. 198). **111** (S. 150). **112. 114** (S. 324). **119** (S. 198). **120. 121** (S. 317). **124. 125** (S. 176). **137** (S. 247). **149** (S. 206). **150** (S. 275).

Durch Abstimmung oder Erklärung erledigte Anträge.

12. 13 (S. 264). **49. 50. 51. 52. 53. 54. 56** (S. 287). **61. 62** (S. 304). **107** (S. 324). **128. 129. 130** (S. 275). **131** (S. 175). **141** (S. 318).

Zurückgezogene Anträge.

1 (S. 146). **5** (S. 146). **22** (S. 176). **42** (S. 214). **140** (S. 318). **142** (S. 319).

Abgelehnte Anträge.

3 (S. 148). **44. 47** (S. 214). **95** (S. 318). **115. 116. 117** (S. 325). **135. 136** (S. 264).

Der Kommission zur Vorberatung der Organisationsfrage überwiesene Anträge.

10. 11. 20. 25. 63 bis **90** (S. 275).

Durch Uebergang zur Tagesordnung erledigte Anträge.

16. 17. 18. 19 (S. 318). **105** und Antrag Liebknecht Seite 182 (S. 189)

Dem Parteivorstand überwiesene Anträge.

28. 29. 32. 33. 35. 36. 37. 38. 39 (S. 189). **108. 109. 110** (S. 198). **126. 148** (S. 189).

Angenommene Anträge.

8: Organisation als 4. Punkt zu setzen (S. 149). **9:** Erweiterung des Vorstandsberichts (S. 175). **43:** Ausnahmegesetze gegen Landarbeiter (S. 214). **60:** Kommunalpolitik mit Zusatz 4c auf S. 290 (S. 304). **101:** Agitation gegen Alkohol (S. 198). **106** und **138:** Fremdenrecht (S. 324). **113:** Parteitag 1905 (S. 325). **127:** Sekretäre nach Bedarf anzustellen (S. 176). **132:** Mülhauser Angelegenheit (S. 175). **133** u. **134:** Schippel-Angelegenheit (S. 264). **138:** Fremdenrecht (S. 324). **139:** Kommission für Organisationsfrage (S. 275). **143** mit **146:** Soldatenmißhandlungen (S. 319). **144:** Schulantrag (S. 321). **145:** Glückwunsch an italienische Genossen (S. 321). **146:** Zusatz zu 143 (S. 319). **147:** Kerrl-Delmenhorst (S. 320). **151:** Resolution zur Maifeier (S. 287).

Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.

Protokoll

über die

Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

• Abgehalten zu Jena •
vom 17. bis 23. September 1905

Berlin 1905
Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 69
(Ernst Preczang, Berlin-Rahnsdorf)

Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

beschlossen auf dem Parteitage zu Erfurt 1891.

Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnotwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes, dessen Grundlage das Privateigentum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet. Sie trennt den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen besitzlosen Proletarier, indes die Produktionsmittel das Monopol einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden.

Hand in Hand mit dieser Monopolisierung der Produktionsmittel geht die Verdrängung der zersplitterten Kleinbetriebe durch kolossale Großbetriebe, geht die Entwicklung des Werkzeugs zur Maschine, geht ein riesenhaftes Wachstum der Produktivität der menschlichen Arbeit. Aber alle Vorteile dieser Umwandlung werden von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolisiert. Für das Proletariat und die versinkenden Mittelschichten — Kleinbürger, Bauern — bedeutet sie wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung.

Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer massenhafter die Armee der überschüssigen Arbeiter, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist.

Der Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen wird noch erweitert durch die im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründeten Krisen, die immer umfangreicher und verheerender werden, die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft erheben und den Beweis liefern, daß die Produktivkräfte der heutigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen sind, daß das Privateigentum an Produktionsmitteln unvereinbar geworden ist mit deren zweckentsprechender Anwendung und voller Entwicklung.

Das Privateigentum an Produktionsmitteln, welches ehedem das Mittel war, dem Produzenten das Eigentum an seinem Produkt zu sichern, ist heute zum Mittel geworden, Bauern, Handwerker und Kleinhändler zu expropriieren und die Nichtarbeiter — Kapitalisten, Großgrundbesitzer — in den Besitz des Produkts der Arbeiter zu setzen. Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigentum, und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Vervollkommnung werde.

Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht bloß des Proletariats, sondern des gesamten Menschengeschlechts, das unter den heutigen Zuständen leidet. Aber sie kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle anderen Klassen, trotz der Interessengegensätze unter sich, auf dem Boden des Privateigentums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben.

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist notwendigerweise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. Sie kann den Uebergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.

Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnotwendiges Ziel zu weisen — das ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei.

Die Interessen der Arbeiterklassen sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen. Mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den anderen Ländern. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist also ein Werk, an dem die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig beteiligt sind. In dieser Erkenntnis fühlt und erklärt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft also nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten Aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von diesen Anschauungen ausgehend bekämpft sie in der heutigen Gesellschaft nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung richte sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.

Ausgehend von diesen Grundsätzen fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Allgemeines gleiches direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Proportional-Wahlsystem; und bis zu dessen Einführung gesetzliche Neueinteilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung. Zweijährige Gesetzgebungsperioden. Vornahme der Wahlen und Abstimmungen an einem gesetzlichen Ruhetage. Entschädigung für die gewählten Vertreter. Aufhebung jeder Beschränkung politischer Rechte außer im Falle der Entmündigung.
2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittelst des Vorschlags- und Verwerfungsrechts. Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volks in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftbarkeit derselben. Jährliche Steuerbewilligung.
3. Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege.
4. Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken.
5. Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich- und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligen.
6. Erklärung der Religion zur Privatsache. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbständig ordnen.

7. Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Volksschulen, sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden.
8. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes. Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter. Berufung in Strafsachen. Entschädigung unschuldig Angeklagter, Verhafteter und Verurteilter. Abschaffung der Todesstrafe.
9. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel. Unentgeltlichkeit der Totenbestattung.
10. Stufenweis steigende Einkommen- und Vermögenssteuer zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind. Selbsteinschätzungspflicht. Erbschaftssteuer, stufenweise steigend nach Umfang des Erbguts und nach dem Grade der Verwandtschaft. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.

Zum Schutze der Arbeiterklasse fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutzgesetzgebung auf folgender Grundlage:
   a) Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normal-Arbeitstages.
   b) Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter vierzehn Jahren.
   c) Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach, aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit erheischen.
   d) Eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter.
   e) Verbot des Trucksystems.
2. Ueberwachung aller gewerblichen Betriebe, Erforschung und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichs-Arbeitsamt, Bezirks-Arbeitsämter und Arbeitskammern. Durchgreifende gewerbliche Hygiene.
3. Rechtliche Gleichstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter und Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern; Beseitigung der Gesindeordnungen.
4. Sicherstellung des Koalitionsrechts.
5. Uebernahme der gesamten Arbeiterversicherung durch das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung.

Organisation
der
Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.
Beschlossen auf dem Parteitage in Jena 1905.

Parteiangehörigkeit.

§ 1. Zur Partei gehörig wird jede Person betrachtet, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und die Partei dauernd durch Geldmittel unterstützt.

§ 2. Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder einer ehrlosen Handlung schuldig macht.

§ 3. Mit dem Tode, dem Austritt oder der Ausschließung aus der Partei verliert der frühere Parteigenosse jedes Recht, das er etwa gegen die Partei, gegen den Parteivorstand, gegen die Kontrollkommission oder gegen einzelne Parteigenossen aus seiner Parteimitgliedschaft erworben hat.

Gliederung.

§ 4. Die Grundlage der Organisation bildet für jeden Reichstagswahlkreis der Sozialdemokratische Verein, dem jeder im Wahlkreise wohnende Parteigenosse, sofern ihn nicht zwingende Gründe daran hindern, als Mitglied anzugehören hat. Erstreckt sich der Wahlkreis über eine Mehrzahl von Ortschaften, so können in allen Orten, in denen Parteigenossen vorhanden sind und die sonstigen Verhältnisse es zulassen, Ortsvereine des Sozialdemokratischen Vereins gebildet werden.

§ 5. Die Sozialdemokratischen Vereine schließen sich zu Bezirksverbänden, sowie zu Landesorganisationen zusammen, denen die selbständige Führung der Parteigeschäfte nach eigenen Statuten obliegt; diese dem Parteivorstand mitzuteilenden Statuten dürfen mit dem Organisationsstatut der Gesamtpartei nicht im Widerspruch stehen. Die Vorstände haben ihre erfolgte Wahl dem Parteivorstande mitzuteilen.

§ 6. Die Festsetzung der Mitgliederbeiträge ist den Bezirksverbänden und Landesorganisationen überlassen. Die Wahlkreise haben mindestens 20 Prozent ihrer aus den Beiträgen sich ergebenden Einnahmen an die Zentralkasse abzuführen. Der Parteivorstand ist berechtigt, einzelnen Wahlkreisen im Bedarfsfalle einen über 80 Prozent dieser Einnahmen hinausgehenden Betrag zur Eigenverwendung zu überlassen.

Vertrauenspersonen.

§ 7. Wo aus gesetzlichen Gründen die in den §§ 4 und 5 gegebenen Vorschriften nicht ausführbar sind, haben sich die Parteigenossen in anderer, dem Landesrecht entsprechender Weise zu organisieren.

§ 8. In allen Wahlkreisen, in denen keine Vereinsorganisation vorhanden ist, haben die Parteigenossen eine oder mehrere Vertrauenspersonen zu wählen, deren Adresse sofort dem Parteivorstande mitzuteilen ist. Die Art der Wahl bleibt den Parteigenossen überlassen.

Die Vertrauenspersonen sind berechtigt, freiwillige Beiträge entgegenzunehmen und durch besondere Marken zu quittieren.

Berichterstattung.

§ 9. Die Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Vereine, deren Wahl jedesmal im Anschluß an den vorangehenden Parteitag erfolgt, haben alljährlich bis zum 15. Juli dem Parteivorstand Bericht zu erstatten. Der Bericht muß enthalten Angaben über: Art und Umfang der entfalteten Agitation, die Zahl der im Wahlkreise organisierten Parteigenossen, die Höhe des von den Mitgliedern erhobenen Parteibeitrages, die Summe der gesamten Einnahmen, die Art der Verwendung der dem Wahlkreise verbliebenen Gelder.

Den gleichen alljährlichen Bericht in bezug auf ihre Tätigkeit und die Verwendung der ihnen etwa vom Parteivorstande überwiesenen Gelder haben die Vorstände der Bezirksverbände und Landesorganisationen zu erstatten.

Die gleiche Bestimmung findet dort, wo keine Vereinsorganisation vorhanden ist, auf die Wahlkreis-, Bezirks- und Landes-Vertrauensperson sinngemäße Anwendung.

Weibliche Vertrauenspersonen.

§ 10. Die planmäßige Agitation unter dem weiblichen Proletariat wird durch weibliche Vertrauenspersonen betrieben, die möglichst an allen Orten im Einvernehmen mit den Parteiinstanzen gewählt werden.

Parteitag

§ 11. Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei. Zur Teilnahme an ihm sind berechtigt:

1. Die Delegierten der Partei aus den einzelnen Reichstagswahlkreisen mit der Einschränkung, daß kein Wahlkreis durch mehr als drei Personen vertreten sein darf. Insoweit nicht unter den gewählten Vertretern des Wahlkreises Frauen sich befinden, können weibliche Vertreter in besonderen Frauenversammlungen gewählt werden.
2. Die Mitglieder der Reichstagsfraktion.
3. Die Mitglieder des Parteivorstandes und der Kontrollkommission.

Die Mitglieder der Reichstagsfraktion haben in allen die parlamentarische und die Mitglieder des Parteivorstandes in allen die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen nur beratende Stimme.

§ 12. Der Parteitag prüft die Legitimation seiner Teilnehmer, wählt seine Leitung und bestimmt seine Geschäftsordnung selbst.

Zur Gültigkeit der Beschlüsse des Parteitages ist die absolute Mehrheit der Anwesenden erforderlich.

§ 13. Alljährlich findet ein Parteitag statt, der von dem Parteivorstande einzuberufen ist.

Hat der vorhergehende Parteitag über den Ort, an welchem der nächste Parteitag stattfinden soll, keine Bestimmung getroffen, so hat der Parteivorstand mit der Kontrollkommission und der Reichstagsfraktion hierüber sich zu verständigen.

§ 14. Die Einberufung des Parteitages muß spätestens vier Wochen vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das Zentralorgan der Partei mit Angabe der provisorischen Tagesordnung erfolgen. Die Einladung zur Beschickung des Parteitages ist mindestens dreimal in angemessenen Zwischenräumen zu wiederholen.

Anträge der Parteigenossen für die Tagesordnung des Parteitages sind bei dem Parteivorstande einzureichen, der dieselben spätestens drei Wochen vor der Abhaltung des Parteitages durch das Zentralorgan der Partei bekannt zu geben hat.

§ 15. Zu den Aufgaben des Parteitages gehören:
1. Entgegennahme der Berichte über die Geschäftstätigkeit des Parteivorstandes und der Kontrollkommission sowie über die parlamentarische Tätigkeit der Reichstagsabgeordneten.
2. Die Bestimmung des Ortes, an welchem der Parteivorstand seinen Sitz zu nehmen hat.
3. Die Wahl des Parteivorstandes und der Kontrollkommission.
4. Die Beschlußfassung über die Parteiorganisation und alle das Parteileben berührenden Fragen.
5. Die Beschlußfassung über die eingegangenen Anträge.

§ 16. Ein außerordentlicher Parteitag kann einberufen werden:
1. auf einstimmigen Beschluß des Parteivorstandes;
2. auf Antrag der Mehrheit der Reichstagsfraktion;
3. auf Antrag von mindestens 15 Wahlkreisen;
4. auf einstimmigen Beschluß der Kontrollkommission.

Falls der Parteivorstand sich weigert, einem gestellten Antrage auf Einberufung eines außerordentlichen Parteitages stattzugeben, so ist derselbe durch die Reichstagsfraktion einzuberufen. Als Versammlungsort eines außerordentlichen Parteitages ist ein geographisch möglichst günstig gelegener Ort zu bestimmen.

§ 17. Die Einberufung des außerordentlichen Parteitages muß spätestens 14 Tage vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das Zentralorgan der Partei in wenigstens drei aufeinanderfolgenden Nummern mit Angabe der Tagesordnung erfolgen.

Anträge der Parteigenossen sind spätestens 5 Tage vor der Abhaltung des Parteitages im Zentralorgan zu veröffentlichen.

Im übrigen gelten für die außerordentlichen Parteitage dieselben Bestimmungen wie für die ordentlichen Parteitage (§§ 11 und 12).

Parteivorstand.

§ 18. Die Zahl der Mitglieder des Parteivorstandes wird vom Parteitag bestimmt. Der Parteivorstand besteht aus zwei Vorsitzenden, einem Kassierer, den Schriftführern und zwei Beisitzern, die sich gegenseitig zu vertreten berechtigt sind.

Die Wahl der Vorsitzenden, des Kassierers und der Schriftführer erfolgt durch den Parteitag mittels Stimmzettel in einem Wahlgange und nach absoluter Mehrheit. Hat ein Kandidat die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen nicht erhalten, so findet Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten statt, auf welche die meisten Stimmen gefallen sind. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

Die Wahl der zwei Beisitzer erfolgt durch die Kontrollkommission.

Nach erfolgter Wahl hat der Parteivorstand seine Konstituierung vorzunehmen und dieselbe im Zentralorgan der Partei bekannt zu machen.

§ 19. Scheidet ein Mitglied des Parteivorstandes aus, so ist die Vakanz durch eine von der Kontrollkommission vorzunehmende Neuwahl zu ergänzen.

§ 20. Die Mitglieder des Parteivorstandes können für ihre Tätigkeit eine Besoldung beziehen. Die Höhe derselben wird durch den Parteitag festgesetzt.

§ 21. Der Parteivorstand verfügt nach eigenem Ermessen über die vorhandenen Gelder.

Der Parteivorstand oder die Kontrollkommission können durch keinerlei Rechtsgeschäfte die einzelnen Parteigenossen oder die Partei verbindlich machen. Auch erwirbt kein Parteigenosse oder ein anderer durch Verträge mit dem Parteivorstande oder der Kontrollkommission ein klagbares Recht gegen diese oder ihre Mitglieder.

§ 22. Kein Parteigenosse hat ohne ausdrücklichen Beschluß des Parteitages ein klagbares Recht, die Geschäftsbücher oder Papiere des Parteivorstandes, der Kontrollkommission oder der Partei einzusehen oder sich aus ihnen Abschriften oder Auszüge anzufertigen oder eine Auskunft oder Uebersicht über den Stand des Parteivermögens zu verlangen.

Hierdurch wird das Recht der Delegierten, während der Tagung des Parteitages Einsicht in die Bücher zu nehmen, nicht berührt.

§ 23. Der Parteivorstand besorgt die Parteigeschäfte und kontrolliert die prinzipielle Haltung der Parteiorgane.

Der Parteivorstand entscheidet über Differenzen, die sich bei der Aufstellung von Reichstagskandidaturen zwischen der Organisation eines Wahlkreises und dem Bezirksverband bezw. der Landesorganisation ergeben.

Kontrollkommission.

§ 24. Zur Kontrollierung des Parteivorstandes sowie als Berufungsinstanz über Beschwerden gegen den Parteivorstand wählt der Parteitag eine Kontrollkommission von neun Mitgliedern.

Die Wahl der Kontrolleure erfolgt nach einfacher Mehrheit. Bei gleicher Stimmenzahl entscheidet das Los. Zur Leitung ihrer Geschäfte wählt sich die Kontrollkommission einen Vorsitzenden, der Ort und Zeit der Sitzungen bestimmt, soweit die Kontrollkommission nicht darüber beschließt.

Die Kontrolle muß mindestens vierteljährlich einmal stattfinden.

Alle Einsendungen für die Kontrollkommission sind an den Vorsitzenden derselben zu richten, der seine Adresse im Zentralorgan der Partei mitzuteilen hat.

Auf Antrag der Kontrollkommission oder des Parteivorstandes finden gemeinsame Sitzungen statt.

Zentralorgan der Partei.

§ 25. Zentralorgan der Partei ist der „Vorwärts, Berliner Volksblatt".

Die offiziellen Bekanntmachungen sind an hervorragender Stelle des redaktionellen Teiles zu veröffentlichen.

§ 26. Zur Kontrolle der prinzipiellen und taktischen Haltung des Zentralorgans sowie der Verwaltung desselben wählen die Parteigenossen Berlins und der Vororte eine Preßkommission, die aus höchstens zwei Mitgliedern für jeden beteiligten Reichstagswahlkreis bestehen darf.

Die Preßkommission entscheidet in Gemeinschaft mit dem Parteivorstande über alle Angelegenheiten des Zentralorgans, insbesondere über Anstellung und Entlassungen im Personal der Redaktion und Expedition. Bei etwaigen Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Parteivorstand und der Preßkommission entscheidet die Kontrollkommission, der Parteivorstand und die Preßkommission in der Art zu gleichen Rechten, daß jedes dieser drei Organe je eine Stimme hat.

Ausschluß.

§ 27. Im Falle des § 2 entscheidet über die fernere Zugehörigkeit zur Partei ein Schiedsgericht, das der Parteivorstand beruft. Der Antrag auf Einsetzung eines solchen Schiedsgerichts kann nur durch eine Parteiorganisation gestellt werden.

Das Schiedsgericht besteht aus sieben Personen. Die Hälfte der Beisitzer wählt der Angeschuldigte, die andere Hälfte die antragstellende Organisation, wobei die Auswahl auf die Parteigenossen des Bezirksverbandes zu beschränken ist, dem der Angeschuldigte angehört. Den Vorsitzenden bezeichnet der Parteivorstand.

In Wahlkreisen, in denen die Geschäfte der Partei durch eine Vereinsorganisation geführt werden, ist der Ausschluß eines Mitgliedes aus der betreffenden Organisation dem Ausschluß auf Grund des § 2 aus der Gesamtpartei gleichzuachten. Der Ausschluß darf daher nur im Wege des vorstehend festgesetzten schiedsgerichtlichen Verfahrens erfolgen.

§ 28. Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts steht den Beteiligten binnen vier Wochen nach Zustellung des schriftlichen Urteils die Berufung an die Kontrollkommission und gegen deren Entscheidung an den nächsten Parteitag zu.

Verzichtet ein Parteigenosse, gegen den ein Ausschlußantrag gestellt wird, auf die schiedsgerichtliche Verhandlung, oder unterläßt er es, innerhalb einer vom Parteivorstand zu bestimmenden Frist von mindestens vier Wochen Schiedsrichter zu ernennen, so gilt er ohne weiteres als ausgeschlossen.

Die Zustellung des schriftlichen Urteils sowie die Bekanntgabe des erfolgten Ausschlusses eines Genossen erfolgt durch den Parteivorstand.

Wiederaufnahme.

§ 29. Die Wiederaufnahme eines aus der Partei Ausgeschlossenen kann nur auf dem Parteitag erfolgen.

Der Antrag auf Wiederaufnahme ist so zeitig beim Parteivorstand anzumelden, daß er zugleich mit den übrigen an den Parteitag gestellten Anträgen veröffentlicht werden kann. Vor der Entscheidung ist die Organisation, die seinerzeit den Ausschluß beantragt hatte, sowie die Organisation des letzten Wohnortes zu hören.

Abänderung der Organisation.

§ 30. Aenderungen an der Organisation der Partei können nur durch einen Parteitag vorgenommen werden.

Anträge auf Abänderung der Organisation können nur beraten werden, wenn sie innerhalb der Fristen, welche die §§ 14 und 17 vorschreiben, zur öffentlichen Kenntnis der Parteigenossen gelangten.

Eine Abweichung von der letzten Bestimmung ist nur dann zulässig, wenn mindestens dreiviertel der anwesenden Vertreter auf einem Parteitag sich für die Abweichung entscheiden.

Tages-Ordnung des Parteitages

Sonntag, den 17. September, abends 7 Uhr:

Vorversammlung

Konstituierung des Parteitages. Festsetzung der Geschäfts- und Tages-Ordnung. Wahl der Mandatsprüfungs-Kommission.

Montag, den 18. September und die folgenden Tage:

1. Die Parteiorganisation. Berichterstatter G. v. Vollmar.
2. Geschäftsbericht des Vorstandes. Berichterstatter: H. Molkenbuhr und A. Gerisch.
3. Bericht der Kontrollkommission. Berichterstatter: H. Meister.
4. Bericht über die parlamentarische Tätigkeit. Berichterstatter: H. Förster.
5. Die Maifeier. Berichterstatter: R. Fischer.
6. Der politische Massenstreik und die Sozialdemokratie. Berichterstatter: A. Bebel.
7. Sonstige Anträge.
8. Wahl des Vorstandes, der Kontrollkommission und des Ortes des nächsten Parteitages.

Sitzungszeit des Parteitages:
Vormittags 9 bis 1 Uhr, nachmittags 3 bis 7 Uhr.

Bureau des Parteitages

Vorsitzende:

H. Leber-Jena — P. Singer-Berlin.

Schriftführer:

Braun-Königsberg
Fischer-Cannstatt
Freiwaldt-Pankow
Hengsbach-Köln
Schmitt-München
Staroſſon-Roſtock
Uhlig-Dresden
Voigt-Bremen
Frau Zietz-Hamburg

Mandatsprüfungs-Kommiſſion:

Frl. Baader-Berlin
Böhle-Straßburg
Buhl-Leipzig
Hüttmann-Frankfurt
Knieriem-München
Stubbe-Hamburg
Vetters-Gießen
Wasner-Stuttgart
Wels-Berlin

Vorlagen an den Parteitag

Bericht des Parteivorstandes

Allgemeines

Beim Rückblick auf das verflossene Jahr geziemt es sich, derer zu gedenken, die in treuer Pflichterfüllung im Kampfe für die Befreiung des Proletariats ausgehalten haben bis zum letzten Atemzuge. Zwar ist es nicht möglich, alle Namen der Parteigenossen, deren Tätigkeit durch den Tod stillgesetzt wurde, hier aufzuführen. Zehntausende wirken im engen Kreise. Ihre Tätigkeit wird nur denen bekannt, die das Glück haben, im täglichen Leben mit diesen Braven zusammenzukommen. Sie wirken im stillen und haben oft große Erfolge zu verzeichnen. Aber ungenannt und unbekannt sinken sie mit dem Bewußtsein ins Grab, mitgewirkt zu haben in der großen Kulturbewegung. Was sie geschaffen, bleibt bestehen. Was sie gesät, das wächst, blühet und trägt den spätesten Enkeln Früchte. Ueber das Grab hinaus setzen sie den Kampf fort, indem die Streiter, die sie der Bewegung zugeführt haben, in dem Geiste der Verstorbenen weiter wirken.

Wenn wir hier einige Namen verstorbener Genossen verzeichnen, so geschieht es deshalb, weil diese Genossen auch während ihrer Lebzeiten weiteren Kreisen bekannt waren.

Am 7. September verstarb in Frankfurt a. M. ein Veteran der Bewegung, der 1833 in Kassel geborene Genosse Wilhelm Welker. Welker war schon 1863 in Leipzig dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein beigetreten. Er siedelte Mitte der Sechziger nach Frankfurt über, wo er auch 1867 bei den Wahlen für den konstituierenden Norddeutschen Reichstag kandidierte. Der Verstorbene wirkte in altgewohnter Weise, bis die Natur ein Halt gebot. — Am 10. September starb in Bant der oldenburgische Landtagsabgeordnete Genosse Karl Duden. Duden war am 21. März 1865 geboren. Unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes hatte er sich der Partei angeschlossen, für die er bis zu seinem Lebensende erfolgreich wirkte. — Bald darauf starb in Leipzig die Genossin Flora Schulze, die hervorragend unter den Frauen Sachsens agitierte und viel dazu beitrug, daß der Sozialismus unter den Frauen in Sachsen Anhänger fand. — Am 12. Oktober starb in Newark in New Jersey im Alter von 70 Jahren Genosse Konstantin Scheer. Er gehörte zu den Opfern des Sozialistengesetzes. Im Jahre 1880 wurde er aus Berlin, wo er Bäckermeister war, herausgerissen aus seiner Familie und seinem Gewerbe und ausgewiesen. Er versuchte, sich in Hamburg einen neuen Erwerb zu gründen, aber am 28. Oktober 1850 wurde auch über

Hamburg der Belagerungszustand verhängt und Scheer gehörte hier zu den ersten Ausgewiesenen. Dann ging er nach Elberfeld, aber auch hier wurde er derart von der Polizei belästigt, daß er gezwungen war, jenseits des Ozeans sich eine neue Heimat zu suchen. Dort ist er dann bis an sein Lebensende für die Partei tätig gewesen. — Am 14. Oktober verstarb in Berlin Genosse Emil Schmidt, der in der Zeit des Sozialistengesetzes in Berlin auf den exponiertesten Posten wacker gestritten hat. — Einen Tag später, am 15. Oktober, raffte ein tragisches Geschick bei Brackwede unseren Genossen Reichstagsabgeordneten Albert Schmidt aus dem Leben. Er hat gestritten und gelitten bis er zusammenbrach. Ausweisung und Gefängnisstrafen hat er im Dienste der Partei mehr erduldet, als er zu ertragen vermochte; so kam er in jenen Zustand, in welchem er sich von einem Eisenbahnzug zermalmen ließ. — In Chemnitz verstarb am 27. Oktober Genosse Theodor Sust im Alter von fast 73 Jahren. Sust war längere Zeit Redakteur des „Beobachters" und besonders als Redner agitatorisch tätig. — Am selben Tage starb in Sonneberg Genosse Heinrich Greiner, der im Meininger Lande als der „Alte vom Berge" bekannt war. Er war einer der ersten, der in den Tälern Thüringens Anhänger für die Partei geworben hat. Er war auch der erste sozialdemokratische Stadtverordnete in Meiningen, da er schon Mitte der siebziger Jahre in die Stadtvertretung Sonnebergs gewählt wurde. — Am 17. November wurden die ostpreußischen Junker von einem vielgehaßten Gegner befreit, indem in Neuendorf im Kreise Königsberg der ehemalige Bauerngutsbesitzer Genosse Julius Alex aus dem Leben schied. — Am 1. Dezember starb in Zwickau die Genossin Ernestine Schlosser, die namentlich unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes auf gefahrvollem Posten treu ausgehalten hat. Sie hatte es übernommen, in Zwickau den Züricher „Sozialdemokrat" zu verbreiten. Mit vielem Geschick und großer Energie trotzte sie den Verfolgungen, welchen sie ausgesetzt war. Bis zu ihrem Lebensende war sie eine allzeit hülfsbereite und opferfreudige Genossin. — Zwei Veteranen der Bewegung starben am 6. Februar 1905. In Dortmund der fast 72 Jahre alte Genosse Heinrich Fickermann, der länger als vier Jahrzehnte im Dienste der Partei tätig war. Viele Jahre war er Vertrauensmann für Dortmund und auch Kreisvertrauensmann des Kreises. — An demselben Tage starb in Philadelphia F. W. Fritzsche im Alter von fast 80 Jahren. Schon im Alter von 23 Jahren hatte er 1848 aktiven Anteil an den Stürmen des „tollen Jahres" genommen. Im Exil lernte er die Theorien der Kommunisten kennen und suchte nach seiner Rückkehr nach Deutschland für diese Anhänger zu werben. 1863 gehörte er zu jener Deputation, die Lassalle veranlaßte, das „Offene Antwortschreiben" an die Arbeiter Deutschlands zu richten und damit die Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins herbeizuführen, dem Fritzsche seit seiner Gründung angehörte. Fritzsche gehörte auch zu den Gründern der Gewerkschaftsbewegung, er rief 1865 den „Allgemeinen Deutschen Tabakarbeiterverein" ins Leben. Ebenso Hervorragendes leistete er bei der Gründung der zentralisierten Krankenkassen. Vom 24. Juli 1868 bis 1871 vertrat er den Kreis Lennep-Mettmann im Norddeutschen Reichstage und vom 10. Januar 1877 bis zu seiner im Sommer 1881 erfolgten Abreise nach Amerika den vierten Berliner Wahlkreis im Deutschen Reichstage. Er suchte in Amerika im gleichen Sinne wie in Deutschland zu wirken, aber hier blieben ihm die Erfolge versagt. Ein zu weit fortgeschrittenes Alter hinderte ihn, sich in die amerikanischen Verhältnisse einzuleben. Dazu kam, daß er in den letzten Jahren fast völlig erblindet war. Will man Fritzsches Bedeutung für die deutsche Arbeiterbewegung ganz würdigen, dann wäre es nötig, eine Geschichte der Arbeiterbewegung der sechziger und siebziger Jahre zu schreiben. — Ebenfalls jener Periode gehörte die Tätigkeit des am 19. März zu Frankfurt a. M. ver-

storbenen Parteigenossen Karl Schramm an. Dieser wirkte hervorragend als Lehrer der Nationalökonomie für die deutschen Arbeiter, und er hat es verstanden, die Arbeiter mit diesem spröden Stoff bekannt zu machen und hat ihnen dadurch gute Waffen für den Kampf geliefert. — Am 1. März starb in Luxemburg im Alter von 81 Jahren der Fürsprech Wilhelm Leibfried. Man darf ihn als „Freund in der Not" bezeichnen. Als es unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes schwer war, die Mittel für die Bewegung und zur Unterstützung der Opfer des Schandgesetzes zu beschaffen, da kamen plötzlich reichliche Spenden aus Luxemburg. Der Absender war Wilhelm Leibfried. Er hat dann bis an sein Lebensende für die verschiedensten Parteizwecke größere Geldbeträge gespendet. — In Hamburg starb am 2. April J. B. Kohn, der dort länger als drei Jahrzehnte in der Bewegung tätig war. — Am 16. April starb in Nürnberg der Redakteur der „Fränkischen Tagespost" Heinrich Oehme, der Ende der siebenziger Jahre Expedient der „Fackel" in Leipzig war und in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre besonders in Bremen und Oldenburg wirkte. Seit 1889 war er an dem Parteiorgan in Nürnberg tätig. — In derselben Stadt verschied am 14. Juni der Organisator des Gaues Nordbayern Anton Rackl. Hervorragendes hat er als Organisator und Agitator früher in Südbayern und in den letzten Jahren in Nordbayern geschaffen. — Auch der Agitationsbezirk für den Oberrhein hatte einen schweren Verlust zu beklagen, indem in Mülheim a. Rh. der Kreisvertrauensmann für den Kreis Mülheim-Wipperfürth, Genosse Schumacher, am 17. Juni starb. — Am 19. Juli starb in Hanau der Etuiarbeiter Adam Schmidt. Seit 30 Jahren hat Schmidt trefflich für die Partei gewirkt, auch unter den Stürmen des Ausnahmegesetzes hat er keinen Augenblick geschwankt. Seit der Begründung des Arbeitervereins gehörte Schmidt als Kassierer dessen Vorstande an und er hat sein Amt stets gewissenhaft geführt.

* * *

Die Agitation und Organisation wird in der Hauptsache von den Landes-, Kreis- und Lokalorganisationen betrieben. Der Parteivorstand muß sich in der Hauptsache darauf beschränken, die materielle Unterstützung zu bewilligen, Flugschriften und andere Agitationsschriften herauszugeben und die Verbreitung derselben anzuregen. Inwieweit eine materielle Unterstützung der Agitation stattgefunden hat, ist aus dem Kassenbericht zu ersehen. Zur mündlichen Agitation werden oft Redner vom Parteivorstande verlangt. Hier ist der Vorstand häufig nicht in der Lage, den Wünschen entsprechen zu können, da ihm die geforderten Kräfte nicht immer zur Verfügung stehen. Es ist notwendig, daß die örtlichen Organisationen sich in der Hauptsache auf ihre eigenen Kräfte verlassen. Unter der großen Zahl der Genossen gibt es sehr viele tüchtige Talente, die verkümmern, wenn sie nie Gelegenheit haben, in großen Versammlungen unsere Grundsätze zu verteidigen. Uebung macht den Meister.

Um vorhandene Talente weiter zu bilden, sind schon in vielen Städten Bildungsinstitute geschaffen. Im Laufe dieses Jahres wurde in Düsseldorf eine Agitatorenschule gegründet, in der die Genossen Dr. Laufenberg, Schotte und Giebel in den Abendstunden unentgeltlich Unterricht erteilen. Zur Ausführung des Beschlusses des Bremer Parteitages (Antrag Nr. 127) sind in verschiedenen Agitationsbezirken Provinzialsekretäre angestellt. Vorläufig wurden in folgenden Agitationsbezirken Sekretäre angestellt: In Ostpreußen, Oberschlesien, Niederschlesien, Pommern, Mecklenburg, Hessen-Nassau, Oberrhein, Niederrhein und Baden. In einigen weiteren Bezirken werden demnächst solche Anstellungen erfolgen. Daneben haben verschiedene Agitationsbezirke aus eigenen Mitteln Agitationsleiter angestellt; z. B. Schleswig-Holstein, Halle, Frankfurt a. M., die bayerischen Agitationsbezirke usw. Wie

die vom Parteivorstand angestellten Agitationsleiter gewirkt haben, läßt sich noch nicht nachweisen, da die meisten Anstellungen erst nach dem 1. April d. J. erfolgten und daher noch keine Berichte vorliegen können, aus denen zutreffende Schlüsse zu ziehen sind.

Ziffernmäßige Nachweise über den Stand der Organisation lassen sich nicht geben, jedoch kann mit Sicherheit behauptet werden, daß mit wenigen Ausnahmen überall Fortschritte zu verzeichnen sind. Die alljährlich ausgegebenen Fragebogen gehen aus immer mehr Orten ausgefüllt ein. Die angegebenen Ziffern sind aber nicht für eine Statistik zu verwerten, weil oft Doppelzählungen vorliegen. Nicht selten gibt der Kreisvertrauensmann die Zahlen für den ganzen Kreis an, daneben liegen dann aber viele Fragebogen vor, die sich auf einzelne Orte desselben Kreises beziehen. Ein Vergleich der Ziffern aus den letzten drei Jahren ergibt aber ein Steigen der Zahl der Vereine wie auch ein Steigen der Zahl der Mitglieder in den Vereinen. Zu demselben Resultat kommen die verschiedenen Agitationskomitees in den Jahresberichten, die sie den Landes- und Provinzialparteitagen erstattet haben. Einige Ziffern mögen dieses beweisen. In Berlin, Teltow-Beeskow und Niederbarnim stieg die Zahl der Mitglieder von 37 905 am 1. Januar 1904 auf 47 420 am 1. Januar 1905. In dem Agitationsbezirk Schleswig-Holstein und Hamburg stieg die Zahl der Vereine von 63 am 1. Januar 1903 auf 65 am 1. Januar 1904. Die Zahl der Mitglieder von 31 209 auf 34 240. In Hamburg allein stieg die Zahl der Mitglieder im Jahre 1904 von 16 441 auf 18 186. Der Mitgliederbestand stieg im Niederrheinischen Agitationsbezirk von 7781 auf 8784, obgleich zur Zeit der Drucklegung des Berichts die Zahlen für das letzte Jahr aus elf Orten mit größeren Organisationen noch nicht vorlagen, von denen aber die Mitgliederzahl in der Ziffer für 1903 mit enthalten ist. Im westlichen Westfalen bestanden 1902 zwei politische Vereine mit 500 Mitgliedern, 1903 fünf Vereine mit 1200 Mitgliedern, 1904 hatten die fünf Vereine 4907 Mitglieder. In Schlesien stieg die Zahl der Mitglieder von 6000 auf 8350. In Sachsen übersteigt die Zahl der Mitglieder sozialdemokratischer Vereine 50 000. In Württemberg stieg die Zahl der Mitglieder von 7211 im Jahre 1902 auf 10 497 im Jahre 1903 und dann auf 11 839 im Jahre 1904. Im Agitationsbezirk Hessen-Nassau von 4520 am 1. Juli 1904 auf 6672 im Januar 1905. Einer musterhaften Beteiligung an der Organisation erfreut sich Fürth. Bei der Nachwahl im Juli d. J. wurden in Fürth rund 6500 Stimmen für unseren Kandidaten abgegeben, organisierte Genossen zählt aber Fürth rund 3200. „Gehet hin und tut desgleichen." In vielen Jahresberichten sind genaue Angaben über die Zahl der Mitglieder nicht gemacht. Die mitgeteilten Zahlen bieten ein erfreuliches Bild von dem Anwachsen der Mitgliederzahl. An sich entspricht die Zahl der organisierten Genossen keineswegs den Anforderungen, die eine Partei von der Stärke wie die unserige stellen muß. Schließlich sind es doch die Mitglieder der Organisationen, die die Kämpfe führen, sie haben die Agitation zu besorgen, die Flugblätter zu verbreiten usw. Es macht z. B. einen merkwürdigen Eindruck, wenn man auf Seite 3 des Berichtes der Landesorganisation der sozialdemokratischen Partei Badens liest: „Die sozialdemokratischen Gemeindevertreter in Baden dürften nach den Erfolgen im verflossenen Jahr die Zahl 1000 überschritten haben." Hinter so vielen sozialdemokratischen Gemeindevertretern vermutet man sehr starke Organisationen. Aber auf Seite 8 desselben Berichtes wird mitgeteilt, daß in den 114 sozialdemokratischen Vereinen des Großherzogtums nur 7332 Mitglieder vereinigt sind. Also fast jedes siebente Mitglied ist Gemeindevertreter.

Vergleicht man die Mitgliederzahlen der einzelnen Bezirke mit der Zahl der bei der letzten Wahl für die Kandidaten unserer Partei abgegebenen Stimmen, dann zeigt sich ein arges Mißverhältnis. Bei rühriger Agitation

und planmäßiger Organisation muß es gelingen, der Stärke der Partei entsprechendere Organisationen zu schaffen. Große Fragen für die Agitation werden uns durch die politischen Verhältnisse und durch die wirtschaftliche Entwickelung aufgedrängt. Das politische und wirtschaftliche Leben ist das Arsenal, aus welchen wir unsere Waffen zu entnehmen haben. Und hier wird in der nächsten Zeit manches auftauchen, was wir nicht unbeachtet an uns vorübergehen lassen dürfen, weil davon die Arbeiter aufs schwerste betroffen werden. Es wird sich zeigen, wie die wahrscheinlich am 1. Februar 1906 in Kraft tretenden Handelsverträge wirken. Der ausgesprochene Zweck der Handelsverträge ist, eine Verteuerung von Getreide und Vieh herbeizuführen und die Arbeitsgelegenheit für Industriearbeiter herabzumindern. Bei Einbringung der Handelsverträge im Reichstag beklagte der Reichskanzler, daß gegenwärtig nur noch 46 von Hundert der Bevölkerung in den ländlichen Gemeinden, d. h. solche Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern, wohnen, während dort 1871 noch 64 von Hundert gewohnt haben. Er wollte damit sagen, daß ein unnatürlicher Uebergang zum Industriestaat stattfinde, der gehindert werden muß. Dieser Uebergang entsteht aber durch die Vermehrung der Bevölkerung, für welche die Landwirtschaft keine Beschäftigung hat. In der Arbeiterzahl in der Landwirtschaft ist ein Stillstand eingetreten, in erster Linie, weil die Abwanderung nach den Städten und Industriebezirken zugenommen hat, als Folge der ungünstigen Arbeitsbedingungen und der schlechten Behandlung der Arbeiter auf dem Lande. Während 1882 an Erwerbstätige und Dienende in der Landwirtschaft 8 661 409 gezählt wurden, waren es 1895 8 667 989. Es war also ein Zuwachs von nur 6580 Köpfen eingetreten. In Handel und Industrie stieg die Zahl der Erwerbstätigen und Dienenden in den Jahren 1882 bis 1895 von 8 561 795 auf 11 223 851, also um 2 659 056 Köpfe. Dadurch verschoben sich die relativen Zahlen, an denen Fürst Bülow so großen Anstoß nimmt. Während 1882 43,38 Prozent der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft beschäftigt waren, waren es 1895 nur noch 36,19 Prozent. In derselben Zeit stieg der Prozentsatz der in Handel und Industrie Beschäftigten von 41,96 Prozent auf 46,35 Prozent. Das Bülowsche Ideal kann nur auf zwei Wegen erreicht werden, entweder man steigerte die Zahl der in der Landwirtschaft beschäftigten Personen mindestens so stark, wie die Bevölkerung wächst, oder man vermehrt die Arbeitslosigkeit in Handel und Industrie so, daß ein größerer Teil der Arbeiter arbeitslos wird und entweder auf das Land zurückgeht oder auswandert. Für die Vermehrung der landwirtschaftlichen Arbeiter fehlen die Vorbedingungen, die menschenwürdigen Arbeitsbedingungen und das zu ihrer Existenz nötige Land, also bleibt nur der zweite Ausweg, Verringerung der industriellen Arbeiter durch Auswanderung. Wird eine Million industrieller Arbeiter ins Ausland getrieben, dann ist eine Verbesserung im Bülowschen Sinne eingetreten. Wir haben also die Augen offen zu halten und die Ursachen der voraussichtlich schlimmen Wirkungen der Handelsverträge dem Volke zu denunzieren und ihm zu sagen, daß dieses kein zufälliges Unglück, sondern ein von der Regierung absichtlich herbeigeführter Notstand ist.

Die Wirkung dieser Handelsverträge muß von der Arbeiterklasse gerade so ausgenutzt werden, wie die Caprivischen Handelsverträge von den Junkern ausgenutzt worden sind. Obwohl die Caprivischen Handelsverträge einen Roggen- und Weizenzoll von 3,50 Mk. ließen, sagten die Junker, daß die Landwirtschaft den Interessen der Industrie geopfert sei. Was jetzt geschaffen wurde, ist eine künstliche Bereicherung reicher Leute auf Kosten der Arbeiter. Man glaubte dieses wagen zu können, weil man nicht annimmt, daß die Arbeiter so rücksichtslos für ihre Klasseninteressen kämpfen, wie die Junker für ihre Klasseninteressen gekämpft haben und stets zu kämpfen bereit sind.

Die durch die Handelsverträge für die Arbeiter geschaffene Hungerperiode soll bis zum 31. Dezember 1917 dauern. Als nach Inkrafttreten der Caprivischen Handelsverträge die Agrarier gegen die Regierung losstürmten, war diese sofort bereit, durch die sogenannten „kleinen Mittel" die Unzufriedenen zu beruhigen. Die Arbeiter dürfen nicht erwarten, daß man sich ihnen gegenüber ebenso entgegenkommend zeigen wird. Was sie wollen, müssen sie sich selbst erobern und so muß durch Ausbau der Organisation und planmäßige Agitation auch der letzte Arbeiter für unsere Partei gewonnen werden.

Nachdem die Handelsverträge im Reichstage angenommen waren, hat der Parteivorstand sofort ein Flugblatt herausgegeben, in welchem auf die drohenden Gefahren aufmerksam gemacht wurde. Das Flugblatt, das die Ueberschrift trägt: „An die Arbeiter und kleinen Leute!" ist bis jetzt in 500 000 Exemplaren verbreitet worden.

Die schriftliche Agitation wurde durch unsere Parteipresse und durch Herausgabe von Flugblättern und Broschüren sowie Kalendern betrieben. Die Broschüre „Grundsätze und Forderungen" von B. Schoenlank und K. Kautsky ist von K. Kautsky neu bearbeitet in neuer Auflage herausgegeben. Drei Broschüren, die in erster Auflage in je 120 000 bis 130 000 Exemplaren erschienen, richteten sich gegen das Zentrum. Es sind dieses die Schriften: „Für Wahrheit, Freiheit und Recht!", „Zentrum und Arbeiter", „Steuerzettel und Kanonen". Die jeweilige erste Auflage der Schriften wurde durch das Agitationskomitee des Oberrheins verbreitet. Die weiteren Auflagen wurden in anderen Bezirken untergebracht.

Unter den preußischen Landarbeitern wurde durch das Flugblatt: „Landarbeiter wache auf!", in welchem die Ausnahmegesetze für die Landarbeiter gegeißelt werden, Aufklärung verbreitet. Für Mecklenburg wurde eine Broschüre von unserem Genossen Herzfeld verfaßt, in welcher die Lage der Landarbeiter geschildert und die Forderungen der Sozialdemokratie klargelegt werden. Diese Broschüre wurde in 104 000 Exemplaren in Mecklenburg verbreitet. Von dem Flugblatt: „Landarbeiter wache auf!" wurden 137 800 Exemplare und von der zweiten Auflage der Broschüre: „Für Wahrheit, Freiheit und Recht!" wurden 232 850 Exemplare, also im ganzen 344 850 Exemplare verbreitet.

* * *

Die Provinzial- und Landesorganisationen sind im Berichtsjahre weiter ausgebaut. Die preußischen Genossen, die schon in Dresden 1903 im Anschluß an den Parteitag eine Konferenz abgehalten hatten, um über die bevorstehenden Landtagswahlen Beschlüsse zu fassen, haben im abgelaufenen Berichtsjahre, in den Tagen vom 28. bis 31. Dezember 1904, in Berlin einen besonderen Parteitag abgehalten, um über die Fragen zu beraten, mit welchen sich derzeit der preußische Landtag beschäftigte oder voraussichtlich in der nächsten Zeit beschäftigen wird. Der „Wohnungsgesetzentwurf", der „Schulgesetzentwurf" bezw. der „Schulkompromiß der maßgebenden Parteien im Landtage", der „Gesetzentwurf betreffend die Bestrafung wegen Annahme kontraktbrüchiger Arbeiter" und das „Landtagswahlrecht" bildeten die Gegenstände der Beratung. Der Kongreß war von 143 Delegierten besucht, die 145 Wahlkreise vertraten. Dieser Parteitag war ohne Zweifel ein großer Erfolg für unsere Partei.

Fast sämtliche Provinzial- und Landesorganisationen hielten im Berichtsjahre Parteitage ab, die zum weiteren Ausbau der Organisation beigetragen haben. Die hier erstatteten Jahresberichte erweitern das Bild, was an Agitation und Organisation geleistet ist. Es wurde z. B. in dem Jahresbericht für Schleswig-Holstein mitgeteilt, daß in dem Berichtsjahre 1903/04 in

der Provinz 985 Versammlungen abgehalten, 128 800 Kalender, 7180 Protokolle und Broschüren, 24 298 März- und Mai-Zeitungen und 484 100 Flugblätter verbreitet worden sind. Das Agitationskomitee für den niederrheinischen Bezirk teilte mit, daß in dem letzten Berichtsjahre im Agitationsbezirk 460 Versammlungen abgehalten, 124 000 Agitationskalender und 561 000 Flugblätter verbreitet sind. Das Agitationskomitee für das westliche Westfalen konnte mitteilen, daß in dem Berichtsjahre 119 Versammlungen abgehalten und 50 000 Agitationskalender im Bezirk verbreitet wurden. Der Landesvorstand für Sachsen meldete im Berichtsjahre die Verbreitung von 150 000 Agitationskalendern. Der Landesvorstand in Württemberg teilte mit, daß im letzten Jahre 684 Versammlungen abgehalten und 285 400 Flugblätter zur Verbreitung gelangten. Im Agitationsbezirk für die obere Rheinprovinz wurden 56 Versammlungen abgehalten, 50 000 Agitationskalender, 112 000 Exemplare der Broschüre „Für Wahrheit, Freiheit und Recht" und 11 000 andere Broschüren verbreitet. In Baden wurden 180 Versammlungen abgehalten und 279 500 Flugblätter, Broschüren und andere Drucksachen verteilt.

Diese Ziffern geben kein vollständiges Bild der Tätigkeit der Landes- und Provinzialorganisationen; wir führen sie nur an, um an einigen Beispielen zu beweisen, wie selbst in Jahren ohne Wahlen agitiert wird. Da die Landes- und Provinzialorganisationen ihre Berichte nicht nach einheitlichem Schema aufstellen, ist eine summarische Darstellung nicht möglich. Aber wenn auch die Landesorganisationen einheitliche Berichte liefern würden, so hätte man immer nur Bruchstücke der Gesamttätigkeit der Partei, da die meiste Tätigkeit durch die Ortsorganisationen getan wird.

Ein annähernd vollständiges Bild wird sich erst ergeben, wenn die Agitation durch die Kreisvereine betrieben wird und diese vollständige Berichte liefern. Ein übersichtliches Bild über die Tätigkeit der Vereine einzelner Wahlkreise haben die Hamburger Genossen geliefert, indem sie einen Jahresbericht der vereinigten Vorstände der drei sozialdemokratischen Vereine und Einzelberichte für das Geschäftsjahr 1904 an ihre Mitglieder gaben und an die Parteipresse versandten. Diese Broschüre ist ein wichtiges Dokument für die Parteigeschichte.

* * *

Vorberatung der Organisation. Die vom Bremer Parteitag gewählte Kommission zur Ausarbeitung des Entwurfes hat in zwei Sitzungen sich ihres Auftrages entledigt. Die erste Sitzung, welche am 5. Februar in Berlin stattfand, wurde ausgefüllt mit einer Generaldebatte. Es lagen zwar alle Anträge vor, die der Kommission vom Bremer Parteitag überwiesen waren, aber es mußte doch zunächst die Grundlage der Organisation festgelegt werden. Hier gingen die Ansichten recht weit auseinander. Während von einer Seite eine möglichst straffe Zentralisation nach Art der Breslauer Anträge gewünscht wurde, wurde andererseits die Ansicht vertreten, daß die Grundlage durch Landesorganisationen zu bilden sei und die Gesamtorganisation eigentlich nur in dem Bande zu bestehen habe, welches die einzelnen an sich selbständigen Landesorganisationen zusammenhält. Es war also, genau genommen, der Streit über die Frage: ob Bundesstaat oder Staatenbund? auf die Organisation der Partei übertragen.

Die Anhänger der straffen Zentralisation führten aus, daß die Partei eine Kampforganisation sei, die gestützt auf das gleiche Programm, in ganz Deutschland denselben Kampf zu führen habe. Durch die straffe Zentralisation werde die Partei innerlich einheitlicher und nach außen mächtiger. Die Entwickelung der zentralisierten Gewerkschaften beweise auch, daß die straffe Zentralisation die Form ist, die den Arbeitern am meisten zusagt.

Andererseits wurde geltend gemacht, daß die Landesorganisationen entstanden sind, weil für sie ein Bedürfnis vorlag. In jedem Lande gibt es besondere Aufgaben zu erfüllen, die nicht vernachlässigt werden dürfen, aber gar leicht vernachlässigt werden, wenn es an der nötigen Bewegungsfreiheit fehlt. Es sei ferner in Betracht zu ziehen, daß man sich bei Ausarbeitung von Satzungen für Vereine nach den Vereinsgesetzen zu richten habe. Wir haben aber in Deutschland kein einheitliches Vereinsrecht. Wolle man dennoch für Deutschland einen einheitlichen Verein, dann müsse man sich nach dem reaktionärsten Vereinsgesetz richten. Dadurch müßten die Genossen in einzelnen Bundesstaaten, wie z. B. Hessen, Württemberg usw. auf vieles verzichten, was die dortigen Gesetze zulassen.

Die Mehrheit entschied, daß der Verein für den Reichstagswahlkreis die Grundlage bilden solle. Ferner, daß die Kreisvereine sich zu Agitationsverbänden zusammenschließen sollen, die in Preußen als Provinzialverbände, in den Mittelstaaten als Organisation für den Staat, aber bei den Kleinstaaten mehrere Staaten umfassen könnten. Die Zentralisation müsse aber insofern eine straffere werden, als ein bestimmter Teil der Einnahmen an die Hauptkasse abzuführen sei, ferner, daß regelmäßig Berichte über die Zahl der Mitglieder, über Agitation usw. an den Parteivorstand erstattet werden.

Die in der ersten Sitzung angenommenen Grundzüge wurden nun zu Anträgen verdichtet, die in der zweiten Sitzung, die am 19. März stattfand, die Grundlage der Verhandlungen bildeten. Die in dieser Sitzung angenommenen Anträge wurden einer Redaktionskommission überwiesen, welche nur das Recht hatte, stilistische Unebenheiten zu beseitigen. So ist der Entwurf entstanden, der am 11. April veröffentlicht wurde und nun als Antrag dem Parteitag zur Entscheidung vorliegt.

■ ■ ■

Einigungsverhandlungen mit der polnisch-sozialistischen Partei (P. P. S.). Ende Februar traten die Genossen Berfus und Merkowski mit dem Wunsche an den Parteivorstand heran, die 1902/03 geführten Verhandlungen betreffs Einigung mit der P. P. S. wieder aufzunehmen. Sie glaubten, daß die früheren Gegensätze sich ausgeglichen hätten. Schon seit längerer Zeit wirkten die deutschen und die polnischen Genossen zusammen. Dieses zeigte sich namentlich, als Genosse Morawski nach Verbüßung einer mehrjährigen Freiheitsstrafe nach Kattowitz zurückkehrte. Da am 23. April der Parteitag der polnisch-sozialistischen Partei stattfinde, könne dann die Einigung endgültig beschlossen werden. Die Verhandlungen wurden am 3. März geführt und kamen schnell zu einem scheinbar befriedigenden Abschluß. Die Abmachungen sollten gleichzeitig im „Vorwärts" und in der „Gazeta Robotnicza" veröffentlicht werden, nachdem das Protokoll von sämtlichen Vorstandsmitgliedern beider Organisationen unterzeichnet war. Anfang März war das Protokoll mit allen Unterschriften versehen und wurde der 8. März als Tag der Veröffentlichung bestimmt. Es hatte folgenden Wortlaut:

Protokoll

über die zwischen dem Vorstande der sozialdemokratischen Partei Deutschlands und dem Vorstande der polnisch-sozialistischen Partei Deutschlands geführten Einigungsverhandlungen am 3. März 1905.

Die Verständigung erfolgte auf folgenden Grundsätzen:

a) Organisation.

Die polnischen Sozialdemokraten Deutschlands bilden eine selbständige Organisation, deren Aufgabe darin besteht, die Agitation und Organisation unter der polnisch sprechenden Bevölkerung Deutschlands zu betreiben.

Die polnische Organisation ist ein Bestandteil der Gesamtpartei Deutschlands. Die polnische Organisation erkennt ausdrücklich das Programm der sozialdemokratischen Partei Deutschlands an. Desgleichen die Parteiinstanzen der deutschen Partei, einschließlich des deutschen Parteitages als oberster Parteiinstanz.

Die Delegation zum deutschen Parteitage erfolgt nach den Vorschriften des deutschen Organisationsstatuts.

Die Sektionsbildung innerhalb der einzelnen Parteiorte ist zulässig.

b) Presse.

Die in polnischer Sprache erscheinenden Blätter unterstehen der Kontrolle des Vorstandes und des Parteitages der polnischen Organisation.

Das dem deutschen Parteivorstande zustehende Recht der Kontrolle über die prinzipielle Haltung der Parteipresse — § 15 des Organisationsstatuts — bleibt unberührt.

Die in Kattowitz erscheinende „Gazeta Robotnicza" ist offizielles Organ für alle im Deutschen Reich wohnhaften Genossen polnischer Zunge.

Die Redaktion der „G. R." besteht aus zwei Redakteuren, von denen einer durch den Vorstand der polnischen Organisation und der andere durch den Vorstand der deutschen Gesamtpartei bestimmt wird.

Zur Ausübung der ständigen Kontrolle sowohl der Redaktion wie der Geschäftsführung wird eine Preßkommission eingesetzt. Ein Mitglied der Preßkommission wird vom deutschen Parteivorstand ernannt.

c) Reichstagskandidaturen.

Die Aufstellung der Reichstagskandidaturen wird auf einer Konferenz des Wahlkreises vollzogen, die von den organisierten Genossen des Wahlkreises oder deren Delegierten gebildet wird.

Verständigen sich die Genossen eines Wahlkreises nicht über die Kandidatur, so haben der Vorstand der polnischen Parteiorganisation und der Vorstand der Gesamtpartei eine Verständigung herbeizuführen.

d) Allgemeines.

Der Vorstand der polnisch-sozialistischen Partei ist verpflichtet, sobald als möglich einen Kongreß der Sozialdemokraten polnischer Zunge Deutschlands nach Berlin einzuberufen.

Dem Kongreß werden die Einigungsgrundsätze von den beiden Kontrahenten zur Annahme empfohlen.

Nach Annahme der Grundsätze der Einigungsverhandlungen durch den Kongreß wählt dieser die für die polnisch-sozialistische Organisation vorgesehenen Parteiinstanzen sowie die einzusetzende Preßkommission.

Der Parteivorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

A. Bebel. P. Singer. J. Auer. W. Pfannkuch. A. Gerisch. H. Molkenbuhr. W. Eberhardt. R. Wengels.

Der Parteivorstand der polnisch-sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

August Berfus. Nikolaus Kraszewski. Stefan Thiel. A. Brzeskwiniewicz.

In Ausführung der im vorstehenden Protokoll getroffenen Vereinbarung veröffentlicht der Vorstand der polnisch-sozialistischen Partei Deutschlands folgende Einladung:

Am ersten und zweiten Ostertag, den 23. und 24. April 1905 findet ein Kongreß für sämtliche polnischen Sozialdemokraten Deutschlands in Berlin statt, für den die folgende vorläufige Tagesordnung vorgesehen ist:

1. Beschlußfassung über das Einigungsprotokoll.
2. Unsere künftige Taktik.
3. Presse.
4. Wahl des Vorstandes, der Kontrolleure und der Preßkommission.

Wir hoffen und wünschen, daß die getroffenen Vereinbarungen auf dem Kongreß Zustimmung und Annahme und damit die geführten Verhandlungen einen alle Teile befriedigenden Abschluß finden.

Am Abend des 7. März ging eine Rohrpostkarte mit folgendem Inhalt bei dem Parteivorstand ein:

Werte Genossen! Ich teile Ihnen mit, daß unser Protokoll vom 3. März in „Gazeta Robotnicza" nicht erscheinen wird. Ich bitte dies Protokoll bis Sonnabend im „Vorwärts" nicht zu drucken.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Berlin, 7. März 05. Stefan Thiel.

Die Veröffentlichung für den 8. März wurde nun sistiert. Am 11. März ging dann folgendes Schreiben ein:

Britz bei Berlin, den 10. März 05.

An den Vorstand der deutschen Partei!

Unvorhergesehene Umstände zwingen mich, die gegebene Unterschrift unter das Protokoll vom 3. März 05 zurückzuziehen.

Sozialistischen Gruß

Stefan Thiel.

Am 14. März ging folgendes Schreiben ein:

Berlin, den 14. März 05.

Werter Genosse!

Im Auftrage des P. P. S.-Vorstandes, der Mitglieder Berfus, Brzeskwiniewicz und Kraszewski ersuche ich Sie, das bewußte Protokoll in der Mittwochnummer des „Vorwärts" (morgen) zu veröffentlichen, die „Gazeta Robotnicza" bringt es morgen auch. Die Unterschrift des Stefan Thiel bitte aber zu streichen.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Fr. Merkowski.

Die „Gazeta Robotnicza" brachte das Protokoll nicht. Nun legte Genosse Berfus sein Amt als Vorstandsmitglied nieder und trat aus der polnisch-sozialistischen Partei aus. Er ermächtigte die Redaktion des „Vorwärts", diese seine Austrittserklärung zu veröffentlichen, was auch im „Vorwärts" vom 16. März geschah.

Am 19. März ging folgender Brief ein.

An den Parteivorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Werte Genossen!

Unterzeichnete bringen hierdurch zur Kenntnis des Parteivorstandes der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, daß sie die provisorische Leitung der polnisch-sozialistischen Partei P. P. S. bis zum nächsten Parteitag, der am 23. und 24. April in Kattowitz stattfindet, übernommen haben.

Der eigenmächtige, allen sozialdemokratischen Grundsätzen spottende Beschluß der Mitglieder der bisherigen Parteileitung, welche ihre Kompetenz überschritten und die Auflösung der Partei dekretiert hat, stieß bei allen Parteigenossen auf den entschiedensten Widerspruch und führte zu dem Resultat, daß die drei Vorstandsmitglieder wegen Mißbrauch ihrer Stellung von ihrem Amt suspendiert worden sind.

Die Einigungsfrage mit der sozialdemokratischen Partei Deutschlands bleibt durch diesen Vorgang unberührt und wird als dritter Punkt auf die Tagesordnung unseres Parteitages gestellt.

Mit sozialdemokratischem Gruß

für die Kontrollkommission:
J. Biniszkiewicz.

für den bisherigen Parteivorstand:
P. Biniszkiewicz.
P. Wlettiwski.
G. Waychta.
W. Galibrocki.

Berlin, den 18. März 1905.

Der Kongreß der P. P. S. fand am 23. und 24. April statt. Der Kongreß billigte das Vorgehen der Genossen, welche die Veröffentlichung des Protokolls in der „Gazeta Robotnicza" gehindert und dadurch verhindert hatten, daß die polnischen Genossen erfuhren, auf welcher Basis eine Einigung möglich war. Der Kongreß nahm folgende Resolution an:

„In Erwägung, daß die guten und anerkennenswerten Bestrebungen des bisherigen Vorstandes, die Mißverständnisse zwischen den polnischen und deutschen Genossen zu beseitigen, in ihrem letzten Stadium in taktischer Beziehung schädlich, in grundsätzlicher Beziehung unzulässig waren und mit dem Organisationsstatut in Widerspruch standen, erkennt der Parteitag alle Vorbeugungsschritte an, welche von der Redaktion der „Gazeta Robotnicza", der Preß- und Kontrollkommission getan worden sind. Der Parteitag erkennt ferner an, daß diese Mittel außerordentlicher Art waren, daß sie einem Anschlag gegen den Parteivorstand glichen, zieht aber in Erwägung, daß der Vorstand selbst durch die Vollziehung der Unterschrift unter dem Einigungsprotokoll die ganze Organisation mit einem Federstrich aufhob, ohne einen Vertrauensmann oder die Genossen, welche Parteiämter bekleideten, zu fragen und dadurch die Grenzen der ihm zustehenden Befugnisse überschritten hat. Der Parteitag zieht weiter in Erwägung, daß der Vorstand diese Schritte kurz vor dem schon einberufenen Parteitag getan hat, der als höchste Parteiinstanz das ausschließliche Recht hat, in einer so wichtigen Frage die Entscheidung zu fällen. Angesichts also dieser durch das Organisationsstatut nicht vorgesehenen Handlung des Vorstandes kann man nicht verlangen, daß die Vorbeugungsschritte legal und organisationsmäßig normiert sein sollten. Aus vorstehenden Gründen erkennt der Parteitag alle Schritte zur Sistierung der Aktion des Vorstandes durch Redaktion, Preß- und Kontrollkommission als unter den gegebenen Bedingungen notwendige und konsequente an."

Ueber die Einigungsfrage wurde debattiert und durch Annahme nachstehender Resolution der sozialdemokratischen Partei Deutschlands folgendes Ultimatum gestellt:

„Die Verständigung der polnisch-sozialistischen Partei mit der sozialdemokratischen Partei Deutschlands muß auf nachstehender Grundlage erfolgen:

A. Organisation.

Die polnische sozialdemokratische Partei in Deutschland bildet eine selbständige Organisation der polnischen Sozialdemokraten im Deutschen Reiche, deren Aufgabe darin besteht, die Agitation und Organisation unter der polnischen Bevölkerung zu betreiben.

Die polnische Organisation ist ein Bestandteil der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Die polnische Organisation erkennt ausdrücklich das Programm der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, einschließlich dessen Parteitag als oberste Parteiinstanz in allen gemeinsamen politischen Angelegenheiten an, wogegen in den Angelegenheiten, welche ausschließlich die

polnische Arbeiterbevölkerung betreffen, der Parteitag der P. P. S. die höchste Instanz bildet.

Die Delegierten zum Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands erfolgt nach den Vorschriften des Organisationsstatuts der Gesamtpartei. Insoweit in einem Wahlkreise polnische Parteiorganisationen bestehen, haben diese das Recht, mindestens einen Delegierten zum Gesamtparteitag zu entsenden. Die Sektionsbildung innerhalb der einzelnen Parteiorte ist zulässig.

B. Presse.

Die in polnischer Sprache erscheinenden Blätter unterstehen der Kontrolle des Vorstandes und des Parteitages der polnischen sozialistischen Partei. Das dem Parteivorstande der sozialdemokratischen Partei Deutschlands zustehende Recht der Kontrolle über die prinzipielle Haltung der Parteipresse — § 15 des Organisationsstatuts — bleibt durch vorstehende Bestimmung unberührt. Die in Kattowitz erscheinende „Gazeta Robotnicza" ist offizielles Organ für alle im Deutschen Reiche wohnenden polnischen Genossen. Zur ständigen Kontrolle sowohl der Redaktion wie der Geschäftsführung wird eine Preßkommission eingesetzt. Ein Mitglied der Preßkommission wird vom deutschen Parteivorstand ernannt.

C. Reichstagskandidaturen.

Die Aufstellung der Reichstagskandidaten wird auf einer Konferenz des Wahlkreises vollzogen, die von den organisierten Genossen des Wahlkreises oder deren Delegierten gebildet wird. In vorwiegend polnischen Wahlkreisen müssen die Kandidaten beide Sprachen beherrschen. Verständigen sich die Genossen eines Wahlkreises nicht über die Kandidatur, so haben der Vorstand der polnischen Organisation und der Vorstand der Gesamtpartei eine Verständigung herbeizuführen.

Das Ultimatum wurde dem Parteivorstande am 27. April mit folgendem Begleitschreiben übermittelt:

Kattowitz, O.-Schles., 26. April 1905.

An den Parteivorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu Berlin.

Werte Genossen! Das am 3. März 1895 zwischen Ihnen und dem bisherigen Vorstand unserer Organisation abgeschlossene Einigungsprotokoll bildete den Gegenstand der Verhandlungen unseres Parteitages, der am 23. und 24. April d. J. hier stattgefunden hat.

Auf dem Parteitage waren zwei Richtungen vertreten: der eine Teil der Delegierten vertrat ein neues Protokoll, das von dem Dokumente vom 3. März in folgenden Punkten abweicht: 1. beim Punkt A. wurde hinzugefügt: „bestehen in einem Wahlkreise polnische Organisationen, so haben diese das Recht, mindestens einen Delegierten zum Parteitag der Gesamtpartei aus je einem solchen Wahlkreise zu entsenden."

2. Beim Punkt B. war die Bestimmung des Protokolls vom 3. März gestrichen, wonach der deutsche Parteivorstand einen der zwei Redakteure der „Gazeta Robotnicza" ernennt.

3. Beim Punkt C. war hinzugefügt worden: „In vorwiegend polnischen Wahlkreisen müssen die Kandidaten beide Sprachen beherrschen."

4. Der Punkt D. war gestrichen worden.

Der andere Teil der Delegierten vertrat gleichfalls die vorstehenden Abweichungen und außerdem den Standpunkt, daß die Kontrolle des deutschen Vorstandes über die polnische Parteipresse und die Entsendung eines Vertrauensmannes des deutschen Vorstandes in die Preßkommission der „Gazeta Robotnicza" beseitigt werden müsse und daß für die Angelegenheiten, welche

ausschließlich die polnischen Arbeiter betreffen, der polnische Parteitag die höchste Instanz bilden müsse.

Der angenommene Beschluß bildet einen Kompromiß der vorstehend skizzierten beiden Richtungen. Der Parteitag hat den beigefügten Beschluß mit 48 gegen eine Stimme gefaßt. Zu diesem Punkt der Verhandlungen wurde noch die nachstehende Resolution angenommen:

„Unter Berücksichtigung der Resolution des Internationalen Kongresses in Amsterdam und des Wunsches der gesamten polnisch-sozialdemokratischen Partei, unsere Organisations- und Agitationsarbeit möge die allergrößten Vorteile für die polnische Arbeiterschaft in Deutschland bringen, spricht der Parteitag die Ueberzeugung aus, daß die polnisch-sozialistische Partei mit der sozialdemokratischen Partei Deutschlands Hand in Hand gehen muß, zum Zwecke der gemeinsamen Unterstützung beider Organisationen, sowohl des polnischen wie des deutschen Proletariats. Der Parteitag erkennt aber kein nationales Privileg an und stützt sich in dieser Beziehung auf die durch die Gesamtheit der internationalen Sozialdemokratie anerkannten Grundsätze, indem er für die polnischen Sozialdemokraten dasselbe Selbstbestimmungsrecht für ihr Volk fordert, wie es den anderen Völkern zuerkannt wird."

Gebunden an die Beschlüsse unseres Parteitages teilen wir Ihnen die Entschließungen des Kongresses mit und hoffen, daß auch Sie im Interesse des Fortschrittes der Sozialdemokratie geneigt sein werden, die Einigung abzuschließen.

In der Erwartung Ihrer Rückäußerung verbleiben wir mit sozialdemokratischem Gruß

Der Vorstand der Polnischen sozialistischen Partei:

Franz Morawski. Valentin Idzinski. Joseph Adamek. Haase. C. Golde.

Hierauf hat der Parteivorstand folgende Antwort gegeben:

Berlin SW., den 15. Mai 1905.

An den Parteivorstand der P. P. S. in Kattowitz.

Werte Genossen!

Von den uns unter dem 26. v. M. übermittelten Bedingungen, die auf dem zu Ostern d. J. in Kattowitz abgehaltenen Parteitag der P. P. S. angenommen worden sind, und unter denen die P. P. S. bereit ist, eine Einigung mit der sozialdemokratischen Partei Deutschlands einzugehen, hat der Parteivorstand Kenntnis genommen.

Die Bedingungen leiten Sie mit folgendem Satz ein: Die Verständigung der polnisch-sozialistischen Partei mit der sozialdemokratischen Partei Deutschlands m u ß auf nachstehender Grundlage erfolgen.

Das m u ß macht jede Verhandlung überflüssig.

Demgegenüber gibt Ihnen der Parteivorstand bekannt, es kann und konnte auf den zwischen dem Parteivorstand und dem bisherigen Vorstand der P. P. S. vereinbarten Grundzügen eine Einigung möglich sein und erzielt werden.

Diesen Weg haben Sie damit verlegt, daß Sie erklären, an die Beschlüsse des Parteitages — die Sie herbeigeführt haben — gebunden zu sein.

Mit Parteigruß

W. Pfannkuch.

Außer dem Genossen Berfus trat auch der Gründer der P. P. S. Genosse Merkowski-Berlin aus der polnisch-sozialdemokratischen Partei aus. Diesem Beispiele folgte weiter der polnisch-sozialdemokratische Verein zu Hamburg-Altona, wo die Mehrheit der Mitglieder das Verhalten der jetzigen Leitung

der P. P. S. nicht billigt. Sie wollen in enger Fühlung mit der sozialdemokratischen Partei Deutschlands bleiben und mit dieser Schulter an Schulter für die Befreiung des Proletariats kämpfen.

* * *

Wahlen.

A) Reichstagswahlen.

Kein günstiges Bild gibt die Uebersicht über die in den letzten Jahren vollzogenen Nachwahlen zum Reichstage. Wenn auch bei Nachwahlen nicht immer ein Stimmenzuwachs zu verzeichnen war, so bildeten doch die Wahlkreise, die einen Rückgang bei Nachwahlen brachten, die Minderheit. Bei den in der Legislaturperiode 1898/03 vollzogenen 26 Nachwahlen brachten 11 Kreise einen Rückgang an Stimmen gegenüber der Hauptwahl von 1898. Während in diesen 11 Kreisen bei der Hauptwahl 31 621 Stimmen erzielt worden waren, brachten die Nachwahlen nur 29 361 für unsere Partei. Demgegenüber standen 15 Kreise mit einem Stimmenzuwachs. In diesen waren in der Hauptwahl 1898 für unsere Partei 57 220 Stimmen abgegeben, während wir in den Nachwahlen 73 810 Stimmen erlangten, so daß in allen 26 Kreisen zusammen bei der Hauptwahl 1898 88 841 Stimmen und bei den Nachwahlen 103 171 Stimmen für unsere Kandidaten abgegeben wurden. Freilich ist zu bedenken, daß die Nachwahlen in jener Legislaturperiode, die den großen Stimmenzuwachs brachten, in die Zeit fielen, in der die Regierung die Massen durch die Zuchthausvorlage in Bewegung gebracht hatte.

Stellt man die Resultate der allgemeinen Wahlen vom 16. Juni 1903 neben die bei den Nachwahlen im letzten Jahre erzielten Resultate, dann ergibt sich folgendes Bild:

	Bei der Wahl am 16. Juni 1903			Bei Nachwahlen vom 1. August 1904 bis 31. Juli 1905		
	abgegebene Stimmen	für Sozialdemokrat.	Prozent	abgegebene Stimmen	für Sozialdemokrat.	Prozent
Schaumburg-Lippe	7 280	2 310	31,7	7 250	2 192	30,2
Stichwahl	7 793	3 241	41,6	7 072	2 656	37,5
Schwerin-Wismar	23 878	10 380	43,5	24 659	10 590	42,9
Stichwahl	23 337	11 607	49,7	24 558	11 213	45,7
Jerichow I und II	25 132	8 140	32,4	24 831	6 703	26,9
Stichwahl	24 407	9 742	39,9	23 408	7 105	30,3
Kalbe-Aschersleben	39 276	20 261	51,6	39 409	19 013	48,2
Stichwahl	—	—	—	41 473	21 722	51,2
Kroeben-Ratwitsch	13 556	419	3,1	13 402	—	—
Hof	22 663	10 678	47,1	23 879	10 334	43,2
Stichwahl	24 900	12 295	49,4	26 047	11 182	42,9
Hameln	26 562	10 198	38,4	25 448	8 662	34,0
Stichwahl	26 246	11 257	42,9	24 523	10 166	41,5
Kaufbeuren	16 706	846	5,1	14 192	620	4,3
Oberbarnim	16 947	7 202	42,5	16 126	6 319	39,2
Stichwahl	17 807	8 357	46,9	16 330	7 592	46,5
Donaueschingen	21 269	2 189	10,3	21 208	1 866	8,8
Fürth-Erlangen	26 346	12 031	45,7	28 059	13 624	48,6
Stichwahl	29 058	13 553	46,6	—	—	—

Für den Stillstand oder richtiger Rückgang an Stimmen hat man vielerlei Erklärungen gesucht. In dem Streite verschiedener Preßorgane

unserer Partei untereinander beschuldigte ein Parteiorgan das andere, daß dessen Stellungnahme oder Nichtstellungnahme zu bestimmten Fragen die Ursache des Rückganges sei. Ferner wurde der Gebrauch einiger Kraftausdrücke als Ursache des Rückganges angegeben. Auch wurde behauptet, daß die Regierung durch eine schlaue Politik dem aus den allgemeinen Wahlen hervorgegangenen Reichstage jede Bedeutung nimmt und dadurch eine wachsende Gleichgültigkeit der arbeitenden Massen für den Reichstag und die Reichstagswahlen hervorgerufen hat.

Alle diese Gründe werden nicht oder doch nur zum Teil zutreffen. Die Stimmen gingen auch in Kreisen zurück, in denen auch nicht ein einziges Exemplar der Zeitungen gelesen wird, welchen man den Vorwurf macht, daß sie den Rückgang verschuldet haben. Auch der Einwand von der „schlauen Politik" der Regierung wird nur soweit zutreffen, als es in der letzten Zeit an Vorlagen gefehlt hat, die die Massen so aufpeitschten, wie es die Zuchthausvorlage und der Wuchertarif getan haben. Wo die Massen in Bewegung sind, machen wir Fortschritte, das beweist die eine Ausnahme: das Wahlresultat in Fürth-Erlangen. Dort waren die Massen durch die wenige Tage voraufgegangene bayerische Landtagswahl in Bewegung gesetzt. Die zur Landtagswahl geschaffene Organisation war noch in Wirksamkeit und dadurch wurde der Fortschritt erzielt.

Eine Klage, die vielfach geführt wird, verdient Beachtung. Es wird darüber geklagt, daß die Gegner früher nie mit solcher Energie, solcher Rücksichtslosigkeit und solcher Skrupellosigkeit in der Wahl der Mittel, den Wahlkampf geführt haben, wie bei den jetzt stattgefundenen Nachwahlen. Das kann zutreffen, aber diese Erscheinung ist nicht neu. Diese Erfahrung haben die Genossen in allen Kreisen gemacht, wo durch ein ununterbrochenes Fortschreiten der Bewegung nach jahrelangem Ringen das Mandat erobert wurde. Je näher wir daran waren, einen Kreis zu erobern, um so rücksichtsloser gingen die Gegner vor. Was sonst von dem einzelnen Kreis gilt, mag nach unseren Erfolgen vom 16. Juni 1903 für ganz Deutschland zutreffen. Aber es wäre traurig, wenn unsere Erfolge von der Lässigkeit unserer Gegner abhängig sein sollten. Unsere Gegner lernen von uns. Was wir sonst im Ausbau unserer Organisation und in der Gewandtheit in der Führung eines Wahlkampfes voraus hatten, das wird, da es hierfür keinen Patentschutz gibt, uns nachgemacht. Dazu kommt, daß die Gegner noch durch ihre wirtschaftliche Macht über Mittel verfügen, die uns nicht zu Gebote stehen. Mit dieser Tatsache müssen wir rechnen.

Gewiß bringt ein allgemeiner Wahlkampf eine ganz andere Begeisterung in die Massen als es eine einzige Nachwahl vermag. Jeder Wähler weiß, daß die einzelne Nachwahl an dem allgemeinen Bild des Reichstages nichts ändert. Auch fanden die allgemeinen Wahlen im Jahre 1903 unter besonders günstigen Umständen statt. Die Gewaltmittel, mit denen der Wuchertarif durchgedrückt worden war, hatten alle Schichten der Bevölkerung in Aufregung versetzt und hunderttausende Wähler brachten ihre Empörung am 16. Juni 1903 durch Abgabe eines sozialistischen Stimmzettels zum Ausdruck. Was bei allgemeinen Wahlen durch die allgemeine Begeisterung an uns herangetragen wird, das sollten wir durch intensive Agitation und gute Organisation zu erhalten wissen. Hieran scheint es aber in vielen Bezirken zu fehlen. Als die Nachwahlen kamen, mußte in vielen Bezirken der Wahlkreise erst wieder die Organisation zum Wahlkampfe ausgebildet werden, und nun setzten die Gegner mit stärkeren Mitteln ein; auf solchen Widerstand hatten unsere Genossen nicht gerechnet und mußten dann die Folgen davon tragen. Die Genossen dürfen nicht erst dann mit dem Ausbau der Wahlorganisation beginnen, wenn eine Wahl in Aussicht steht, sondern sie müssen immer gerüstet sein. Sie müssen von jedem Winkel des

Wahlkreises wissen, welcher Genosse ihn zu bearbeiten hat, dann kommt ihnen nie eine Wahl als Ueberraschung.

Die Genossen sollten bedenken, daß die Eroberung von Reichstagssitzen nicht der alleinige und nicht einmal der Hauptzweck unserer Agitation und Organisation ist. Unser Hauptziel ist doch, die ganze Arbeiterklasse für den Sozialismus zu gewinnen. Das Streben nach diesem Ziele darf nie und in keinem Bezirke unterbrochen werden. Die Reichstagswahlen sind zuverlässige Grademesser für die agitatorische und organisatorische Tätigkeit der Genossen. Wenn durch die Wahlresultate bekannt wird, daß in einem längeren Zeitraume in einem Kreise keine Fortschritte, sondern in vielen Fällen gar Rückschritte zu verzeichnen sind, dann ist damit bewiesen, daß es an dem nötigen Eifer und Geschick in der Agitation und Organisation gefehlt hat, um dem verstärkten Ansturm der Gegner die Spitze zu bieten. Mit einem verstärkten Ansturm der Gegner müssen wir aber rechnen und zwar künftig mehr als je zuvor.

B) Landtagswahlen.

Ein erfreulicheres Bild boten die im Berichtsjahre stattgefundenen Landtagswahlen. Am 26. August 1904 wurde der oldenburgische Landtag neu gewählt. Zwar verloren unsere Genossen die früher durch einen Zufall erlangten drei Mandate für Delmenhorst. Jetzt hatten die Gegner, vom Freisinn bis zu den Agrariern, ein Bündnis geschlossen und teilten sich die Delmenhorster Mandate. Aber im ganzen Lande hatten unsere Genossen einen Stimmenzuwachs zu verzeichnen und eroberten ein neues Mandat im Fürstentum Lübeck, so daß vier Genossen im Landtag sitzen. Die Genossen in Dessau verloren in einer Nachwahl am 15. September das Mandat für Coswig-Roslau, welches früher der Genosse Günter hatte. In Lippe-Detmold, wo am 1. Dezember eine Neuwahl des Landtages stattfand, erlangten unsere Genossen von den in der dritten Klasse insgesamt abgegebenen 8500 Stimmen 2400 Stimmen und kamen dadurch in drei Kreisen in Stichwahl.

Am 29. September fanden Neuwahlen zum Landtage für Reuß j. L. statt, bei welchen unsere Genossen einen erheblichen Stimmenzuwachs zu verzeichnen hatten. Gewählt wurden die Genossen Böttger, Vetterlein und Leben, während die Genossen Kahnt und Werner in die Stichwahl kamen. Bei der am 16. Oktober stattgefundenen Stichwahl wurde Genosse Kahnt gewählt.

In den Gothaischen Landtag, wo man das Mandat des Genossen Bock für ungültig erklärt hatte, wurde Genosse Bock in der am 23. Februar 1905 stattgefundenen Nachwahl wiedergewählt. Einen glänzenden Sieg erstritten unsere Genossen in Eßlingen am 14. Juni. Hier hatten die Gegner vom bürgerlichen Demokraten bis zum äußersten Reaktionär ein Bündnis geschlossen, aber die große reaktionäre Masse brachte nur 2951 Stimmen auf, während unser Genosse Schlegel mit 4521 Stimmen gewählt wurde.

Ein Kampf gegen das indirekte Wahlrecht waren die am 10. Juli stattgefundenen bayerischen Landtagswahlen. Das indirekte Wahlsystem ist an sich schon ein Unrecht; kann es doch selbst bei ganz gerechter Bezirkseinteilung vorkommen, daß z. B. bei 1400 Wählern 404 die Mehrheit und 996 die Minderheit sind. Dieses tritt ein, wenn die 1400 Wähler in sieben Bezirke mit je 200 Wähler verteilt sind und nun in vier Bezirken je 101 Stimmen für die eine und 99 Stimmen für die andere Partei abgegeben werden. Wenn dann auch die übrigen drei Bezirke geschlossen für die Partei stimmen, die in den erstgenannten Bezirken in der Minderheit geblieben ist, so hat die Partei 996 Stimmen, aber nur die Wahlmänner von drei Bezirken, und die Partei mit 404 Stimmen hat die Wahlmänner von vier Bezirken, mithin die Mehrheit. In Nürnberg hatten zum Beispiel im 10. Bezirk 398 eingeschriebene Wähler

sieben Wahlmänner zu wählen und im 18. Bezirk wählten 4541 Wähler drei Wahlmänner. Also ein Wähler des 10. Bezirks hatte mehr Wahlrecht als 26 Wähler des 18. Bezirks. Bei der dortigen Wahlbezirksgeometrie war die Möglichkeit vorhanden, wenn sämtliche 68 190 eingeschriebene Wähler zur Wahl gegangen wären, daß 7231 Wähler in 28 Bezirken die Mehrheit gewesen wären, und 142 von den 268 zu wählenden Wahlmännern gewählt hätten. Die übrigen 60 959 Wähler hätten geschlossen für die Wahlmänner der anderen Partei stimmen können, aber sie hätten nur 126 Wahlmänner durchgebracht. Die Partei mit den 7231 Wählerstimmen hätte einen glänzenden Sieg über die Partei mit 60 959 Stimmen errungen.

Wenn die Ungerechtigkeit eines an sich schon ungerechten Wahlsystems noch durch solche Wahlkreisgeometrie verschärft werden kann, dann muß das Wahlgesetz, welches derartiges zuläßt, so bald wie möglich verschwinden. Eine Partei, die für die Erhaltung solcher Ungerechtigkeiten eintritt, hat damit jeden Anspruch auf die Unterstützung der Arbeiter verloren. Die sogenannte liberale Partei Bayerns hat aber bei den letzten Debatten und Abstimmungen über die Wahlreform die Erhaltung dieses Wahlgesetzes herbeigeführt und hat dafür bei den Wahlen büßen müssen. Daß wir bei solchem Wahlsystem Nürnberg verloren, war keine Niederlage, sondern ein Spiel des Zufalls. Unsere Partei brachte 22 093 Stimmen auf und unterlag, während die Liberalen mit 14 818 Stimmen einen sogenannten Sieg erstritten. An anderen Stellen, z. B. in Kempten, erlangten wir trotz der Schwäche unserer Partei in diesem Bezirk ein Mandat. Trotz des Verlustes der vier Nürnberger Mandate wird unsere Fraktion statt elf Mandate in der abgelaufenen Legislaturperiode zwölf Sitze in der kommenden Legislaturperiode haben.

Die Fortschritte, welche unsere Partei gemacht hat, würden sich erkennen lassen, wenn schon eine vollständige Statistik über die abgegebenen Stimmen vorliegen würde. Diese liegt aber noch nicht vor. Bezeichnend für den Fortschritt sind die Resultate der Pfalz. Dort wollte man unsere Genossen durch die Wahlkreisgeometrie ganz verdrängen, und die ganze Pfalz bis auf ein Mandat den Liberalen zuwenden. Dieser Plan schien auch gelingen zu können; hatten doch unsere Genossen vor 12 Jahren trotz großer Anstrengung in der ganzen Pfalz nur drei Wahlmänner gewählt. Am 10. Juli aber erlangten sie 250 Wahlmänner, darunter in Speier-Ludwigshafen 78, so daß sie diesen Kreis aus eigener Kraft eroberten.

C) Gemeindewahlen.

Ein überraschend günstiges Bild von dem Vordringen unserer Bewegung gaben die Erfolge bei den Gemeindewahlen. Es ist unmöglich, hier ein vollständiges Verzeichnis aller Wahlsiege unter Angabe der Stimmenzahl zu geben. Hierüber müßten die Landes- und Provinzialkomitees Zusammenstellungen anfertigen, wie dieses schon von einer Anzahl Agitationskomitees geschehen ist. In Württemberg saßen z. B. 284 unserer Genossen in den Stadt- und Gemeindevertretungen und zwar 108 Genossen als Gemeinderäte und 176 Genossen als Bürgerausschußmitglieder. In dem Agitationsbezirk für Hessen-Nassau stieg die Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter von 53 am 1. April 1904 auf 121 am 1. April 1905.

Eine Zusammenstellung liegt aus Sachsen vor. Nach der sächsischen Landgemeindeordnung scheidet in den meisten Gemeinden alle zwei Jahre ein Drittel der Gemeindevertreter aus, in anderen Gemeinden jedes Jahr. Es trifft nun, daß von den Gemeinden, in denen alle zwei Jahre ein Drittel ausscheidet, dieser Wechsel bei den meisten Gemeinden in den Jahren mit geraden Endziffern eintritt. Will man die Erfolge mit früheren Jahren vergleichen, so muß man die Jahre mit geraden Endziffern zum Vergleich mit den Resultaten

von 1904 heranziehen. Leider war uns eine Zusammenstellung von 1902 nicht zugängig, wir müssen also die Jahre 1898 und 1900 nehmen. 1898 hatten die sächsischen Genossen in 83 Orten Erfolge; gewählt wurden 130 Genossen als Vertreter, darunter 18 ansässige. 1900 errangen die sächsischen Genossen in 148 Gemeinden Siege und eroberten 279 Mandate, darunter 52 ansässige. Nach den für 1904 vorliegenden Berichten errangen unsere sächsischen Genossen in 207 Orten Siege und eroberten 364 Sitze, darunter 91 Sitze der ansässigen und 273 Sitze der unansässigen Klasse.

Aus der langen Liste der besonders bemerkenswerten Erfolge heben wir folgende hervor. Am 12. Oktober beteiligten sich unsere Genossen in Oberstein zum ersten Male an den Gemeindewahlen und eroberten 4 Sitze. Im Herzogtum Sachsen-Altenburg, wo im Oktober die Neuwahlen stattfanden, errangen unsere Genossen in Schmölln, Eisenberg und Ronneburg sämtliche Mandate der dritten Klasse. In Altenburg wurden zu den bis jetzt besessenen fünf Mandaten vier weitere erobert.

In Kiel, wo die freisinnige Mehrheit durch Hinaufschraubung des Zensus auf 1200 Mark unsere Genossen aus der Stadtvertretung hinausgedrängt hatten, wurde am 3. November Genosse Adler und am 4. November Genosse Weber gewählt. Am 4. November wurden in Leipzig, wo vier Genossen aus dem Stadtparlament ausscheiden mußten, sieben Genossen wiedergewählt. Am 9. November wurden in Frankfurt a. M., trotz des 1200 Mk.-Zensus, 4308 Stimmen gegen 2382 im Jahre 1902 für Sozialisten abgegeben. Genosse Zielowski wurde gewählt und 12 Genossen kamen in Stichwahl. In der Stichwahl wurde dann noch Genosse Hüttmann gewählt. In Offenbach steigerten unsere Genossen ihre Stimmenzahl von 2672 im Jahre 1901 auf 3992 bei der am 10. November stattgefundenen Wahl. Es wurden 13 Genossen gewählt, wodurch das Stadtparlament sich nun aus 25 Sozialdemokraten und 11 Gegnern zusammensetzt. In Breslau steigerten unsere Genossen ihre Stimmen auf 4540 gegen 2610 bei der letzten Wahl. Sie brachten zwei Kandidaten durch und drei Genossen in Stichwahl. An demselben Tage wurden zwei Sozialdemokraten in Gräfrath gewählt. Am 15. November wurden in Halberstadt die Genossen Dr. Crohn und Gerlach gewählt und zwei Genossen in die Stichwahl gebracht. Nach sehr heißem Kampfe siegten am 17. November in Crimmitschau unsere Genossen. Am 19. November wurden in Rixdorf sieben Genossen in das Stadtparlament gewählt. Am 22. November behaupteten unsere Genossen in Stettin drei bisher besessene Mandate und eroberten vier neue, wodurch die sozialistische Fraktion auf 17 Mitglieder stieg. An demselben Tage errangen unsere Genossen in Velbert und in Pingst bei Kalk Sitze für das Stadtparlament. Am 23. November wurde in Berlin Genosse Mengels mit 1448 Stimmen gegen 120 Stimmen, welche sein Gegner erhielt, gewählt. Am 24. November siegten unsere Genossen in Magdeburg in der Neustadt und Sudenburg, während sie in der Altstadt unterlagen, obwohl sie 300 Stimmen mehr aufbrachten als bei der Wahl im Jahre 1902. An demselben Tage wurden in Solingen die Genossen Kirschbaum, Metzger, Gittelbaum und May gewählt. Dort wurden 1812 Stimmen gegen 1455 im Jahre 1902 für unsere Genossen aufgebracht, während die Stimmenzahl der Gegner in demselben Zeitraum von 1238 auf 1064 sank. In Dresden brachten unsere Genossen 10 300 Stimmen für ihre Kandidaten bei der Wahl am 30. November auf. Sie hatten gegen die Wahl von 1903 einen Stimmenzuwachs von 4300, aber sie erhielten noch kein Mandat. Am 1. Dezember eroberten die Genossen von Pirmasens fünf neue Mandate und behaupteten eines, welches sie schon früher besessen hatten. In Speier wurden an demselben Tage sechs Mandate behauptet. In Aken wurden am 8. Dezember die Genossen Koch, Ulrich und Göring mit 214 bis 221 Stimmen

gewählt, während die Gegner 72 bis 78 Stimmen erhielten. Am 20. Dezember wurden in Rixdorf die Genossen Keil und Jden gewählt. Die Genossen in Schwartau eroberten am 31. Januar zwei Mandate für den Gemeinderat und damit die Mehrheit in dieser Körperschaft. Am 12. und 19. Februar fanden in Straßburg Gemeinderatswahlen statt, bei welchen unsere Genossen ihre fünf zur Wahl stehenden Mandate behaupteten und drei neue eroberten. Am 24. Februar wurde in Geestemünde Genosse Vieth gewählt. Am 25. März eroberten die Genossen in Kiel ein zweites Mandat. Genosse Seeger wurde mit 2015 gegen 1790 Stimmen, die der Gegner erhielt, gewählt. Am 26. April wurden in Itzehoe zwei Genossen in die Stadtvertretung gewählt. In Karlsruhe eroberten am 2. Mai unsere Genossen mit großer Mehrheit sämtliche 16 Mandate, um die gerungen wurde. Am 22. Mai wurden in Rostock die Genossen Henk und Schlottmann gewählt, wodurch die Vertretung der Arbeiter im Stadtparlament auf drei Sozialisten stieg. Am 13. Juni brachten unsere Genossen in Pforzheim 2097 Stimmen für ihre Kandidaten auf, während die Gegner es nur auf 916 Stimmen brachten.

Aber nicht allein in die Stadtparlamente, sondern auch zu Verwaltungsämtern wurden Parteigenossen gewählt. In Ziegenhain wurde Genosse Pretscher am 1. November 1904 zum Bürgermeister gewählt, aber er nahm die Wahl nicht an. In Bant wurde Genosse Hug zum Gemeindevorsteher gewählt. Er wurde aber nicht bestätigt. In Waltershausen im Herzogtum Gotha, wo unsere Genossen alle zehn Sitze des Gemeinderats inne haben, bekleiden zwei Genossen das Amt eines Stadtrats. In Penig wurde Genosse Lienemann als Stadtrat gewählt.

Sehr bedenklich ist es, wenn man statt durch ehrlichen Kampf durch Kompromisse mit den Gegnern in den Besitz von Mandaten zu gelangen sucht. Während in Offenbach die Genossen in heftigem Kampf gegen die Gegner standen, suchten in Darmstadt und Mainz die Genossen mit Hülfe von Nationalliberalen einige Mandate zu erlangen. In Mainz gelang es, sechs Genossen, die neben vier Nationalliberalen, drei Demokraten und einem Unparteiischen auf einer Liste standen, durchzubringen, aber in Darmstadt hatten die Genossen neben dem Spott noch den Schaden, indem für die Liste, auf welcher neben einigen Scharfmachern auch die Namen einiger Genossen standen, nur 2110 Stimmen abgegeben wurden, während die rein gegnerische Liste 3467 Stimmen erhielt. Auch in Dessau erhielten die Genossen durch Kompromiß mit den Hausbesitzern bei der Wahl am 14. November drei Mandate. In Ludwigshafen hatten Zentrum, Nationalliberale und Sozialdemokraten eine gemeinsame Liste aufgestellt, man nannte es einen „freiwilligen Proporz". Diese Liste erhielt denn auch so viel Stimmen, daß sämtliche darauf verzeichnete Personen gewählt wurden. Dort soll ein derartiges Vorgehen durch die Städteordnung und durch die Verhältnisse in der Partei geboten sein.

* * *

Wahlrechtserweiterung und Wahlrechtsraub. In Bayern, Württemberg, Baden und Hessen wurden in den letzten Jahren Gesetze, betreffend Erweiterung des Wahlrechts, beraten und in Baden dieses Gesetz zur Annahme gebracht, so daß in Baden in diesem Herbst zum ersten Male ein Landtag auf Grund des allgemeinen, gleichen Wahlrechts gewählt wird.

In den unter Einfluß der Scharfmacher stehenden Staaten ging Sachsen voran und raubte bereits 1897, indem es das von Bismarck als elendeste aller Wahlsysteme bezeichnete Dreiklassenwahlsystem einführte, den Arbeitern jeden Einfluß auf die Landesgesetzgebung. Dieser Wahlrechtsraub hatte eine Wirkung, die von den Großkapitalisten weder vorausgesehen noch gewollt ist. Man brachte den Industriestaat Sachsen unter eine agrarische Gesetzgebung.

Wohl wollten die Großkapitalisten die Arbeiter von der Gesetzgebung ausschließen. In dem blinden Haß gegen die Arbeiter übersahen sie die weitere Wirkung des Wahlrechtsraubes. Die Sozialdemokratie in Sachsen wurde aber nicht geschwächt, sondern gestärkt, weil vielen sonst indifferenten Leuten die Augen geöffnet wurden, die nun einsahen, daß die sogenannte Gerechtigkeitsliebe bei den Herrschenden im Klassenstaat völlig fehlt.

Man hätte erwarten können, daß das Beispiel Sachsens die Scharfmacher in anderen Staaten stutzig gemacht hätte, da sie meistens keine rein agrarische Herrschaft wollen. Dummheit und Brutalität gehen bei den Scharfmachern Hand in Hand und deshalb ließen sie nicht nach, auch in anderen Staaten ihre Zwecke zu verfolgen. Ein Hauptversuchsstaat für scharfmacherische Gewaltpolitik ist Lübeck. Dort brachte man es zuerst fertig, den Erpressungsparagraphen gegen streikende Arbeiter anzuwenden; dort wurde auch das vom Reichsgericht aufgehobene Streikpostenverbot erlassen, also dieser Boden eignete sich vorzüglich für die Saat der Scharfmacher. Zwar hat Lübeck für seine Landesgesetzgebung kein besonderes modernes Wahlrecht. Denn, obwohl bei der letzten Reichstagswahl 55,1 Prozent der Stimmen für den Kandidaten unserer Partei abgegeben wurden, ist es unseren Genossen bisher noch nicht gelungen, auch nur einen einzigen Vertreter in die Bürgerschaft zu bringen. Seit Anfang der siebziger Jahre konnte in Lübeck jeder großjährige Deutsche gegen Bezahlung von 28 Mark das Bürgerrecht und damit das Wahlrecht erwerben. Als nun die Arbeiter begannen, sich das Geld zu ersparen und 28 Mark opferten, um sich Rechte zu erwerben, da wurden die Arbeiter plötzlich um die ersparten Gelder betrogen, indem man den 1200 Mark-Zensus einführte. Aber es blieb doch die Bestimmung, daß jeder über 21 Jahre alte Bürger, der fünf Jahre vor der Wahl ein Einkommen von 1200 Mark versteuert hatte, wählen konnte. Als nun die 1200 Mark-Grenze von einer größeren Anzahl Arbeiter überschritten wurde, griff der Senat zu dem Mittel der weiteren Entrechtung. Am 30. Juni hätten 40 Mitglieder der Bürgerschaft ausscheiden müssen und wären Neuwahlen nötig gewesen. Obwohl das alte Wahlgesetz noch zu recht bestand und die Verfassung die Neuwahlen gebot, wurden die Wahlen nicht angesetzt. Der Senat befürchtete, es könnten Sozialdemokraten gewählt werden. Er brachte eine Vorlage in der Bürgerschaft ein, wodurch dreiviertel der Bürger ihres Rechtes so gut wie beraubt wurden. Diese Vorlage ging an eine Kommission. Da die Kommission nicht zum 30. Juni fertig wurde mit ihrer Arbeit, ließ man die Bürgerschaftsmitglieder, deren Mandat abgelaufen war, einfach weiter sitzen. Endlich, Mitte Juli, kam die Kommission mit ihrem Bericht, in welchem dann folgendes sogenannte Wahlrecht vorgeschlagen wurde: Alle Leute mit weniger als 1200 Mark Jahreseinnahme haben gar kein Wahlrecht. Die Bürger mit einem Einkommen von mindestens 1200 Mark wählen nach einem Verhältniswahlsystem 30 Vertreter und die Bürger mit einem Einkommen von mehr als 2500 Mark wählen zwar bei den Wahlen der 30 Vertreter mit, aber sie wählen extra noch 90 Vertreter, wovon die Besitzenden des Stadtgebietes 75 und die des Landgebietes 15 Vertreter zu wählen haben. Solch ein Gesetz noch Wahlrecht nennen, ist doch eine offene Verhöhnung der Staatsbürger, wie sie wohl noch nicht in einem Kulturstaat vorgekommen ist.

Die Bürgerschaft hat nun am 7. August den Wahlrechtsraub vollzogen, indem sie nicht die oben erwähnte Kommissionsvorlage, sondern die ursprüngliche Senatsvorlage annahm. Danach wählen zirka 20 000 Reichstagswähler, welche seit drei Jahren Steuern zahlen, 15 Mitglieder und die 2000 Bürger mit mehr als 2000 Mark Jahreseinnahme oder mit einem Grundbesitz von mehr als 3 Hektar wählen 105 Mitglieder in die Gesetzgebung der Geldsacks-Republik. Das Alter für das Wahlrecht wurde vom

21. Lebensjahre auf das 25. Lebensjahr erhöht. Zu bemerken ist, daß bei diesem Gewaltstreich 38 Bürgerschaftsmitglieder mitwirkten, deren Mandat schon am 30. Juni abgelaufen und entgegen den Bestimmungen der Verfassung verlängert worden war. Hier zeigte sich auch der Freisinn wieder als Wahlrechtsräuber. Die früheren freisinnigen Reichstagsabgeordneten Poertz und Stiller und die lange Reihe der Freisinnsgrößen Lübecks traten für den Wahlrechtsraub ein. Das Schamgefühl ist bei den Vertretern der Geldsackparteien völlig geschwunden. Sie hören selbst auf, noch Heuchelei mit den Worten Gerechtigkeit und Freiheit zu treiben und zeigen mit brutaler Offenheit den wahren Charakter der Bourgeoisie. Der Staat ist für sie eine Institution zur persönlichen Bereicherung und Förderung ihrer Klasseninteressen. Das wurde hier ziemlich unverblümt zugegeben, indem man durch diese Gewaltmittel diejenigen aus der Gesetzgebung fern zu halten sucht, von denen man annimmt, daß sie für das Gemeinwohl eintreten werden.

Aber auch in den anderen nordischen Republiken haben die Scharfmacher eine unumschränkte Gewalt. So fand denn Lübeck sehr bald in Hamburg einen Nachahmer. Das reine Patrizierregiment hat Hamburg schon furchtbaren Schaden zugefügt. Die unter Oberleitung der Hausagrarier stehende Mißwirtschaft hatte jene Zustände geschaffen, die im Jahre 1892 durch die Cholera ans Licht gezogen wurden und damals das Entsetzen der ganzen Welt erregten. In der Erregung hatte man damals etwas nachgegeben und eine geringe Verbesserung eintreten lassen. Man gab ein Gesetz, nach welchem die Hamburgischen Staatsangehörigen, welche fünf Jahre hintereinander ein Einkommen von mehr als 1200 Mk. versteuert hatten, unentgeltlich das Bürgerrecht erwerben konnten. Die Gesetzgebung (Bürgerschaft) besteht aus 160 Mitgliedern, wovon aber nur 80 aus den allgemeinen Wahlen der Bürger hervorgehen. 40 werden von den sogenannten Notabeln, Richter, hohe Beamte usw. gewählt und 40 Mitglieder wählen die Grundbesitzer. Von der Erwerbung des Bürgerrechts machten nun unsere Genossen reichlich Gebrauch. Schon bei den halbschichtigen Wahlen im Jahre 1901 gelang es durch einen Zufall, indem in einem Bezirk sich die Stimmen der Bürgerlichen spalteten, unseren Genossen Stolten in die Bürgerschaft zu bringen. Dann wurden aber solche Zufälle gehindert, indem man das Wahlgesetz änderte und nicht mehr die relative Mehrheit gelten ließ. Jetzt mußte ein Kandidat die absolute Mehrheit haben, oder sich einer Stichwahl unterwerfen. Trotz dieser Aenderung des Wahlrechts gelang es unseren Genossen bei der halbschichtigen Wahl am 14. Februar 1904 zwölf weitere Genossen in die Bürgerschaft hineinzubringen.

Gewiß würde es bei der nächsten halbschichtigen Wahl im Februar 1907, wenn Genosse Stolten ausscheidet, gelungen sein, eine weitere Vergrößerung der sozialdemokratischen Vertretung zu erzwingen und damit vielleicht die Höhe erlangt, daß man unsere Genossen in die Verwaltungsdeputationen zulassen müßte. Davor haben aber die Leute, denen man die Mißwirtschaft zu danken hat, die 1892 so gerechtes Aufsehen erregte, eine begreifliche Scheu. Bei dem jetzigen Wahlrecht ist es völlig ausgeschlossen, daß unsere Genossen je die Mehrheit in der Bürgerschaft erlangen. Sie können nur auf Mandate aus den allgemeinen Wahlen rechnen. Aber es gibt viele Stadtbezirke und viele Bezirke des Landgebietes, wo wir auch bei den Reichstagswahlen in der Minderheit bleiben. Bei den Bürgerschaftswahlen ist die Zahl dieser Bezirke noch erheblich größer, da hier nur Bürger wählen.

Nun kam am 15. Mai eine Vorlage, wodurch das an sich schon schlechte Wahlrecht noch weiter verschlechtert werden soll. Das Privilegium der Notabeln und der Hausagrarier soll bestehen bleiben. Diese sollen nach wie vor 80 Vertreter in gesonderter Wahl wählen. Für die allgemeinen Wahlen soll das Landgebiet acht Vertreter haben und dann für die übrigen 72 Vertreter das

Dreiklassenwahlrecht mit Verhältniswahl eingeführt werden. Man will also den Besitzenden 104 Sitze sichern. Wollte man in der Verfassung sagen was ist, dann müßte man dem betreffenden Artikel ungefähr folgenden Wortlaut geben: „Von den 160 Mitgliedern der Bürgerschaft werden 104 von den Bordellwirten, Hausagrariern, Richtern und Wucherern, Großkaufleuten, Senatoren und anderen Leuten, die nicht nötig haben, sich durch Arbeit zu ernähren, gewählt. 56 Vertreter werden von den gut bezahlten Arbeitern, Kleinbürgern, Landleuten und Gewerbetreibenden gewählt. Die Mehrheit der Bevölkerung wählt keine Vertreter."

Unsere Genossen in Hamburg haben einen schweren Kampf zu führen, diese Verschlechterung des an sich schon schlechten Wahlrechtes zu verhindern.

Dem Beispiele Lübecks folgte auch Dresden, wo man am 6. Juli eine Verschlechterung des Wahlrechts beschloß, also den Arbeitern das Wahlrecht raubte, bevor es unseren Genossen gelungen war, auch nur einen Vertreter in das Stadtparlament zu bringen.

Die Führung der Kämpfe zur Verteidigung der Rechte hat der Parteivorstand den Genossen an den betreffenden Orten überlassen, weil er sich sagte, daß die Genossen in Lübeck, Hamburg und Dresden am besten beurteilen können, was im Interesse der Sache zu geschehen hat. Jedoch ist den Genossen jede nur denkbare Unterstützung in Aussicht gestellt.

* * *

Die Maifeier wurde in diesem Jahre häufiger als sonst durch Arbeitsruhe gefeiert. In einzelnen Orten, wie z. B. in Stuttgart war die Beteiligung geringer, weil eine Anzahl Gewerkschaftsführer der Meinung war, daß Massenmaßregelungen erfolgen würden, und dann eine erhebliche Schädigung der Arbeiterinteressen eintreten könne, indem die Gewerkschaften in ihrer Finanzkraft geschädigt würden. Daß diese Befürchtungen unbegründet waren, bewies der Verlauf an den Orten, wo die Arbeitsruhe in größerem Umfang eintrat als in Vorjahren. In Berlin z. B. waren die Vormittagsversammlungen nie so überfüllt und doch hörte man nie so wenig von Maßregelungen infolge der Maifeier wie in diesem Jahre.

Die Neigung zu Massenaussperrungen wächst. Am 29. März war der „Vorwärts" in der Lage, den im Hamburg-Altonaer Arbeitgeberverband ausgeklügelten und den Scharfmachern in ganz Deutschland unterbreiteten Plan, nach welchem Maßregelungen nach dem Anfangsbuchstaben des Namens der Arbeiter vorgenommen werden sollen, der Oeffentlichkeit zu unterbreiten. Mit der steigenden Mitgliederzahl der Gewerkschaften wachsen auch die Unternehmerverbände und beschwören heftige Kämpfe herauf. Bei fast allen großen Kämpfen stehen die Arbeiter nicht mehr dem einzelnen Unternehmer, sondern immer großen Kapitalistenorganisationen gegenüber, die förmlich mit Massenaussperrungen spielen. Wie 1900 der kleine Nieterstreik in Hamburg zur Aussperrung der Werftarbeiter und 1903 der Streik in einer Fabrik in Crimmitschau zur großen Aussperrung führte, so scheint jetzt das Unternehmertum bald jeden Streik mit Aussperrungen zu beantworten. In kurzen Zeiträumen folgten die Aussperrung der Brauereiarbeiter in Rheinland-Westfalen und der dadurch hervorgerufene Bierboykott, die Aussperrung der Werftarbeiter an der Unterweser, die Aussperrung der Bauarbeiter in Rheinland-Westfalen, die Aussperrung der Metallarbeiter in Bayern, die Aussperrung der Textilarbeiter in Sachsen usw. Diese Kämpfe beweisen, daß die Scharfmacherorganisationen auch ohne Maifeier Vorwände zu Aussperrungen und Massenmaßregelungen finden. Es ist eben der unvermeidliche Kampf um das Koalitionsrecht der Arbeiter. Will man Massenmaßregelungen vermeiden, dann gibt es nur zwei Auswege; entweder die Arbeiter verzichten auf alle politischen und wirtschaftlichen Rechte, oder sie suchen ihre Organisationen so zu stärken,

daß jeder von den Unternehmern heraufbeschworene Kampf mit einer Niederlage der Unternehmer endet.

Immer größere Bedeutung erlangt die Maifeier als Demonstration der Arbeiterklasse gegen den Krieg und gegen die wahnsinnigen Rüstungen zu Wasser und zu Land. Je mehr und je demonstrativer die Arbeiterklasse aller Länder den Gedanken der Völkerverbrüderung zum Ausdruck bringt, um so schwieriger wird es, die bei Begründung von Heeres- und Flottenvorlagen nötigen Argumente zu finden. Scheinbar gespannte Situationen werden von dem Diplomaten geschaffen, wenn man große Summen für Rüstungen aus den Völkern herausschlagen will. Wenn aber der durch die Maifeier propagierte Gedanke der Völkerverbrüderung in den Augenblicken, wenn die Staatsmänner Kriegsfurcht oder Kriegsgeschrei gebrauchen, recht demonstrativ zum Ausdruck kommt, dann können die schönsten Pläne der Staatsmänner gestört werden.

Ein Tag der Friedensdemonstration und der Blamage für die Diplomatie wurde der zweite Sonntag im Juli. An diesem Tage wollten die Genossen aus Baden, Bayern, Württemberg, der Schweiz, Oesterreich und Italien ein Fest der Völkerverbrüderung in Konstanz feiern. Die Genossen Dr. Adler-Oesterreich, Bebel-Deutschland, Greulich-Schweiz und Todeschini-Italien sollten die Stimmung der Arbeiter durch Reden zum Ausdruck bringen. Obwohl das Fest seit längerer Zeit vorbereitet war, fiel es doch in eine Zeit, in der seine Bedeutung erheblich erhöht wurde. Ein im Frühjahr 1904 zwischen England und Frankreich abgeschlossener Vertrag, in welchem Frankreichs Stellung zu Marokko festgelegt worden war, gab jetzt den Anlaß, um eine sogenannte gespannte Situation zu schaffen. Wie die offiziöse Presse behauptete, hatten die französischen und deutschen Diplomaten es fertig gebracht, die beiden Kulturnationen an den Rand eines Krieges zu bringen. Dieses geschah, obwohl sich Deutschland und Frankreich am 29. Juli 1899 in der Friedenskonferenz im Haag verpflichtet haben: „zur friedlichen Erledigung internationaler Streitigkeiten ein Schiedsgericht anzurufen" und obgleich zweifellos ist, daß die ungeheure Mehrheit der beiden Nationen von einem Kriege wegen Marokkos nicht das geringste wissen will.

Gegen die Kriegstreiberei wollten die Berliner Arbeiter ihre Stimme erheben. Sie luden den Genossen Jean Jaurès ein, am 9. Juli in einer Versammlung in Berlin zu sprechen. Unsere französischen Genossen waren von den gleichen Gefühlen beseelt wie die Berliner Arbeiter. Aber diese Friedensdemonstration in der Hauptstadt des Deutschen Reiches unter Mitwirkung eines unserer ersten Genossen in Frankreich kam niemand ungelegener als dem deutschen Reichskanzler. Flugs setzte er sich hin und schrieb dem deutschen Botschafter, er möge unserem Genossen Jaurès klar machen, daß sein Auftreten als Redner in Berlin ihm im höchsten Grade unangenehm sei, und daß er seine Ausweisung zu befürchten habe, falls er nach Berlin als Redner komme.

Diese Handlungsweise des deutschen Reichskanzlers ist eine der ärgsten Blamagen, die ein Staatsmann sich jemals selbst zugefügt hat, und als eine solche Blamage wurde sein Verhalten im Inland und Ausland empfunden. Kann es denn etwas kläglicheres und beschämenderes geben, als daß das große, mächtige Deutsche Reich es als eine Erschütterung seiner Macht und Autorität ansieht, wenn einer der Führer der französischen Sozialdemokratie in einer von deutschen Sozialdemokraten einberufenen Versammlung zugunsten des Friedens und der Völkerverbrüderung spricht? Was ist da noch auf die ewigen Friedensversicherungen unserer Staatslenker zu geben, wenn sie eine Demonstration zugunsten eben dieses angeblich von ihnen gewünschten Friedens hintertreiben?

Dieser Schritt des Reichskanzlers gegen Jaurès, den er in der Absicht, der deutschen Sozialdemokratie damit zu schaden, unternahm, ist wider seinen

Willen zum Triumph der Partei und zu einer moralischen Niederlage ersten Ranges für ihren Urheber geworden. Mit dieser Art ihrer Bekämpfung kann die Partei sehr zufrieden sein.

Selbstverständlich ließen es sich die Berliner Genossen nicht nehmen, die Versammlung auch ohne Jaurès als Redner, an dessen Stelle jetzt Genosse Rich. Fischer trat, abzuhalten, die zu einer großartigen Demonstration gegen den Reichskanzler und für die Friedens- und Freundschaftsidee mit Frankreich wurde. Der „Vorwärts" konnte die ungehaltene Rede des Genossen Jaurès an seine 100 000 Abonnenten im Druck verbreiten und außerdem versammelten sich über 18 000 Arbeiter in der „Neuen Welt", die folgendes Telegramm des Genossen Jaurès mit Jubel begrüßten und zustimmten:

„Genossen! Ich bin mit ganzem Herzen mitten unter Euch in dieser Versammlung, um mit Euch die Einigkeit zwischen dem deutschen und französischen Proletariat zu bekräftigen. Die gemeinsame Arbeit beider wird den Weltfrieden durch die Eroberung der sozialen Gerechtigkeit und der politischen Freiheit sichern.

Nichts kann uns trennen: nicht chauvinistische Vorurteile, nicht Redeverbote der Regierungen, noch auch die plumpen Künste diplomatischer Lobhudeleien. Wir sind alle eins, sind alle ein- und dieselben. Wir haben den gleichen Willen, das gleiche Empfinden.

Wird einer von uns geschlagen, so wird der andere mitgetroffen, und wird einer von uns gelobt, so wird der andere mitgelobt.

Es ist eine abgebrauchte Taktik der herrschenden Klassen aller Länder, den Sozialisten daheim die Sozialisten draußen gegenüberzustellen. Tatsächlich aber ist dies eine Huldigung mehr vor der Kraft des internationalen Sozialismus, den die Regierungen nur noch durch den Versuch, ihn zu spalten, bekämpfen können, und ein Grund mehr für uns alle, uns zu dem Gedanken der einen und unteilbaren internationalen Sozialdemokratie zu bekennen. Jean Jaurès."

Nach der Rede des Genossen Fischer wurde dann folgende Resolution angenommen:

„Die heutige Versammlung protestiert entschieden gegen das Bülowsche Verbot des Auftretens von Jaurès in der heutigen Versammlung als gegen eine kleinliche Maßregel, die einerseits unwürdig ist eines Kulturstaates, andererseits eine brutale Vergewaltigung der Berliner Arbeiterschaft darstellt,

sie nimmt Akt davon, daß der Sozialismus und die von ihm propagierte Friedensidee gegen die Kriegstendenzen der kapitalistischen Gesellschaft bereits eine solche Macht gewonnen haben, daß sogar der deutsche Reichskanzler in der Form des Redeverbotes ihnen seine Anerkennung aussprechen muß, aber sie verwahrt sich auch gegen die Lobsprüche, die aus solchem Munde die internationale Sozialdemokratie, wenn auch auf dem Umwege über Paris, hören mußte.

Die Versammlung bekundet feierlich, daß sie nach wie vor bestrebt sein wird, das ganze Gewicht der sozialistischen Arbeiterbewegung Deutschlands in die Wagschale zu werfen zur Aufrechterhaltung des Völkerfriedens, als der notwendigen Voraussetzung zur Befreiung der Arbeiterklasse aus den politischen und wirtschaftlichen Fesseln des Klassenstaates zum Zwecke der Umwandlung der kapitalistischen Gesellschaft in die sozialistische.

Sie spricht dem Genossen Jaurès ausdrücklich ihren Dank aus für seine brüderliche Bereitwilligkeit und ihr volles Einverständnis mit seinen heute durch den „Vorwärts" aller Welt zur Kenntnis gebrachten Ausführungen

und bittet ihn, diese internationale Einheit der Auffassung unserer französischen, geeinten Bruderpartei zur Kenntnis zu bringen.

Die Versammlung bekundet bei diesem Anlaß noch ausdrücklich ihre innige Sympathie mit dem russischen Proletariat und den russischen Revolutionären insgesamt, die in so heldenhafter Weise gegen das verbrecherische Moskowitertum kämpfen, das nur noch durch das feige Hinschlachten wehrloser Weiber und Kinder sich am Ruder zu erhalten sucht, dessen Sturz aber eine Erlösung für Europa bedeutet, weil seine bloße Existenz eine ewige Bedrohung des Völkerfriedens, ein ewiger Hort aller reaktionären Anschläge in Preußen-Deutschland ist."

Hatte Fürst Bülow dem Genossen Jaurès das Reden in Berlin verboten, so mußte die Polizei in Konstanz beweisen, daß auch sie in der Lage sei, eben solche Produkte „staatsmännischer Weisheit" in die Welt zu setzen. Sie verbot den Genossen Adler, Greulich und Todeschini das Reden in Konstanz. Hier sprach dann nur Genosse Bebel, wobei er das Verhalten des Reichskanzlers gegen Jaurès und des badischen Ministeriums gegen die erwähnten ausländischen Genossen entsprechend brandmarkte. Dann aber zogen die versammelten 8000—10 000 Menschen über die benachbarte schweizer Grenze nach Kreuzlingen, woselbst nunmehr die Genossen Adler, Greulich und Todeschini die Reden in verschärfter Tonart hielten, die sie in den Grenzen des mächtigen Deutschen Reiches nicht halten durften. Der zweite Sonntag im Juli wurde so zu einem Tage von historischer Bedeutung für die Idee der Völkerverbrüderung. Es ist erklärlich, daß die Herrschenden eine so große Abneigung gegen den schon früher von Menschenfreunden vertretenen Gedanken haben. Für den Klassenstaat ist der Weltfriede ein Traum. Verwirklicht wird der schöne Gedanke nur mit dem Sturz der Klassenherrschaft und dem Sieg des Sozialismus. Das erkennen die Vertreter des gegenwärtig herrschenden Systems und sie glauben den Sieg des Sozialismus um eine Weile verschoben zu haben, wenn sie einigen ausländischen Genossen das Reden in Deutschland verbieten.

Von demselben Gedanken wie die deutschen und französischen Arbeiter sind die Sozialdemokraten aller Länder beseelt, das bekundeten auch die britischen Genossen.

Auf einer Londoner Konferenz der Vertreter jener britischen Organisationen, die auf dem internationalen sozialistischen Kongreß zu Amsterdam im Jahre 1904 vertreten waren: der sozialdemokratischen Förderation, der unabhängigen Arbeiterpartei, der Fabian-Gesellschaft, des Arbeiter-Repräsentativkomitees, der Gasarbeiter-Union wurde am 30. Juli einstimmig folgende Resolution angenommen:

„Diese Versammlung der Delegierten der britischen Organisationen, die auf dem Amsterdamer sozialistischen Kongreß vertreten waren, bemerkten mit tiefem Bedauern die wachsende Animosität zwischen den herrschenden Klassen Großbritanniens und Deutschlands und erklärten im Namen der von ihnen vertretenen Organisationen, indem sie an die ähnliche Verstimmung zwischen Großbritannien und Frankreich vor fünf Jahren erinnert, die nun durch ein kordiales Einverständnis ersetzt ist:

1. daß keine feindschaftlichen Gefühle irgend welcher Art auf der Seite der englischen Arbeiterklasse gegen die deutsche Nation noch gegen das deutsche Volk bestehen, sondern daß sie im Gegenteil wünschen, dieselben Beziehungen mit Deutschland zu erlangen, welche glücklich mit Frankreich hergestellt worden sind;

2. daß sie selbst ihr äußerstes dazu tun will, im Vereinigten Königreich, wie im ganzen britischen Reich jegliche existierende Feindschaft zwischen den

Regierungen und den kapitalistischen Klassen niederzuhalten und jede Konfliktsursache zu vermeiden;

3. daß sie sich bemühen werden, ihre Regierung zu veranlassen, die Zwistigkeiten zwischen den beiden Nationen auf geeigneter Basis zu regeln;

4. daß sie appellieren an ihre deutschen Kameraden, beständig und nachdrücklich mit ihnen daran zu arbeiten, die chauvinistischen und jingoistischen Gefühle auf beiden Seiten der Nordsee zu unterdrücken und ein allgemeines Zusammenwirken beider Völker zu gemeinsamem Nutzen herzustellen."

Der Parteivorstand wird anregen, daß der Parteitag in Jena den englischen Genossen eine entsprechende Antwort gibt.

* * *

Der Gewerkschaftskongreß, welcher alle drei Jahre von der Generalkommission einberufen wird, tagte in der Woche vom 22. bis 28. Mai in Köln. Mit Genugtuung konnte der Bericht der Generalkommission auf das starke Anwachsen der Zentralverbände hinweisen. Die Mitgliederzahl war im Durchschnitt des Jahres 1904 1 052 108, darunter 48 604 weibliche Mitglieder. Die Jahreseinnahme stieg auf 20 190 724 Mk. Während die Leiter fiskalischer Werke, wie die Post, Eisenbahnverwaltung, die Verwaltung der fiskalischen Bergwerke und der Salinen sich noch immer den Befehlen der Scharfmacher fügen und den Arbeitern verbieten, Mitglied ihrer Fachorganisation zu sein, gewinnen die Organisationen selbst an Ansehen. In dem vom Kaiserlich Statistischen Amt herausgegebenen „Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich" sind in diesem Jahre zum ersten Male die Gewerkschaften in einem besonderen Abschnitt behandelt und wird die von der Generalkommission ausgearbeitete Statistik abgedruckt. Damit wird anerkannt, daß die Gewerkschaften ein Faktor in unserem öffentlichen Leben geworden sind, mit dem man rechnen muß. Wie lange werden noch die Leiter der fiskalischen Werke sich den Befehlen der Scharfmacher fügen? Und wie lange werden noch viele Richter in der Ansicht verharren, daß der Streik ein Mittelding von erlaubter Handlung und Verbrechen ist? Wenn die Kapitalisten durch Organisation in Syndikaten die Preise der Waren erhöhen und sich günstige Verkaufsbedingungen erzwingen, dann wird darin eine lobenswerte Handlung erblickt, und der Staat beteiligt sich, soweit er Produzent syndizierter Artikel ist, selbst an der Preistreiberei der Syndikate. Ist aber die zum Verkauf angebotene Ware, die vom Arbeiter untrennbare Arbeitskraft, dann wird die Sache ganz anders angesehen. In Preußen gilt ja noch der Spottvers des römischen Lustspieldichters Terenz: „Wenn zwei dasselbe tun, ist es nicht dasselbe" als Rechtsgrundsatz. Aber durch die steigende Macht der Organisation werden die Arbeiter sich Anerkennung erzwingen. In dem kapitalistischen Staat wird nur das als existenzberechtigt anerkannt, was Macht genug besitzt, sich Anerkennung zu erzwingen.

* * *

Arbeitersekretariate. Am 1. November 1904 feierte das erste Arbeitersekretariat Deutschlands zu Nürnberg den Gedenktag, an welchem es vor zehn Jahren seine Tätigkeit begonnen hat. Zur Gründung dieses Instituts hatte eine Metallarbeiterversammlung im Jahre 1891 die Anregung gegeben. Am 28. April 1894 hatte eine unter Vorsitz des verstorbenen Genossen Grillenberger tagende Versammlung, in welcher der ebenfalls verstorbene Genosse Oertel das Referat hatte, die Gründung des Sekretariats beschlossen. Mit der Gründung dieses Instituts war einem allgemeinen Bedürfnis der Arbeiter Rechnung getragen. Jetzt hat das Institut vier Beamte, darunter eine Frau.

Die Arbeiter in 64 Städten sind dem Beispiel Nürnbergs gefolgt, so daß gegenwärtig in 65 Städten Arbeitersekretariate existieren. Daß solche Institute

nötig sind, hat selbst die Reichsregierung zugeben müssen. In der Begründung der Novelle zum Invalidenversicherungsgesetz vom 19. Januar 1899 wurde die Notwendigkeit solcher Auskunftsstellen anerkannt und sollten die in der Novelle vorgesehenen Rentenstellen auch staatliche Auskunftsbureaus werden. Das Reich hat diese Auskunftsstellen aber nicht geschaffen. Die Arbeiter suchen sich selbst zu helfen, indem sie ihre Arbeitersekretariate gründen. Die vom Grafen Posadowsky geplanten Auskunftsstellen hätten auch die Arbeitersekretariate nicht ersetzen können, da die Arbeiter an ihre Sekretariate viel weitergehende Anforderungen stellen, als ein staatlicher Beamter zu erfüllen vermag.

Was die Arbeitersekretariate im Interesse der Arbeiter geleistet haben, zeigt folgender Auszug aus der Statistik von 50 Sekretariaten über das Jahr 1904: Die Gesamtzahl der Auskunftsuchenden betrug 226 260 Personen. Von diesen wohnten 166 143 am Orte und 59 231 kamen aus anderen Orten. Von den Auskunftsuchenden waren 157 168 Arbeiter, 8635 selbständige Gewerbetreibende und 15 408 sonstige Personen, Behörden und Korporationen. Unter den auskunftsuchenden Arbeitern waren 130 332 gewerkschaftlich organisiert. Von 239 162 erteilten Auskünften betrafen allein 71 487 die Arbeiterversicherung. Schriftsätze wurden 64 332 angefertigt, wovon 18 826 die Arbeiterversicherung betrafen.

* * *

Bergarbeiterstreik. Abweichend von der Regel, hat die Partei in einen Kampf eingegriffen, der in seinem Aeußeren ein Lohnkampf war und nach Ansicht mancher von den Gewerkschaften hätte allein geführt werden müssen. Wenn aber der Parteivorstand und die Reichstagsfraktion eingriff, so geschah es nicht, um sich in die Angelegenheiten der Gewerkschaften einzumischen, sondern weil man zu der Ueberzeugung kam, daß es sich hier um einen Klassenkampf handele, der weit größere Bedeutung hatte als ein gewöhnlicher Lohnkampf. Schon die von den Bergarbeitern aufgestellten Forderungen bewiesen, daß die Unterlassungssünden der Gesetzgebung viel dazu beigetragen hatten, jene gewaltige Explosion herbeizuführen.

Der Kampf war in vielen Beziehungen eigenartig, und manches Moment, was sonst bei Lohnkämpfen eine große Rolle spielt, schied hier völlig aus. Bei der gewaltigen Ausdehnung des Kampfes war es völlig ausgeschlossen, daß die Unternehmer die Kämpfenden durch Anwerbung von Streikbrechern zum Erliegen bringen konnten. Denn so viel Arbeitswillige gibt es unter den Bergarbeitern auf der ganzen Welt nicht, als hier nötig gewesen wären, die Gruben mit Streikbrechern zu besetzen. Andererseits war es bei aller Opferfreudigkeit der Arbeiterklasse nicht möglich, die Mittel zu beschaffen, die nötig gewesen wären, die Streikenden einige Monate zu unterstützen.

Die gewaltige kapitalistische Entwickelung und der Zusammenschluß der Riesenbetriebe in Syndikate hat hier Verhältnisse geschaffen, bei denen viele Voraussetzungen, von denen man sonst beim Lohnkampf ausgeht, und die man mit in Rechnung setzen muß, nicht mehr zutreffen. Bei fast jedem Streik setzt man voraus, daß der Unternehmer, wenn er nicht sein Geschäft ruinieren will, gezwungen ist, nachzugeben. Bei lang andauerndem Streik muß sonst jeder Unternehmer damit rechnen, daß seine Konkurrenten ihm seine Kunden abtreiben, die er nach Beendigung des Streiks schwer wieder erobern kann. Anders steht es bei syndizierten Betrieben. Hier hat der einzelne Unternehmer keinen besonderen Kundenkreis. Sein alleiniger Abnehmer ist das Syndikat, welches das Manko, welches bei Streiks in einzelnen Betrieben entsteht, leicht dadurch decken kann, daß es die Arbeit auf andere, dem Syndikat angeschlossene Betriebe überträgt. Kommt es aber, wie es beim Bergarbeiterstreik der Fall war, zu einem Streik

in sämtlichen dem Syndikat angeschlossenen Betrieben, dann kommt das Syndikat auch noch nicht in Schwierigkeiten, da sämtliche Abnehmer der Waren einen Vertrag unterzeichnet haben, nach welchem sie auf jede Lieferpflicht des Syndikats verzichten sobald dasselbe durch Streiks an der Erfüllung der Pflicht gehindert ist. Keinerlei Konventionalstrafen drohen dem Syndikat. Es ist vielmehr in der günstigen Lage, daß bei länger dauerndem Streik eine Marktlage geschaffen wird, die es dem Syndikat möglich macht, für die nächste Lieferperiode, die beim Steinkohlensyndikat vom 1. April bis 31. März dauert, höhere Preise zu erzielen. Die Grubenbarone konnten hoffen, daß in der Periode vom 1. April 1905 bis letzten März 1906 so hohe Preise erlangt werden konnten, daß der Ausfall an Profit durch Stilliegen der Gruben und die Schäden, welche durch einbrechendes Wasser usw. entstehen, nicht nur reichlich gedeckt wurden, sondern über das hinaus noch höhere Profite erzielt werden konnten, als ohne Streik erlangt worden wären.

Den Bergleuten konnte nur durch den Druck der öffentlichen Meinung und durch die Gesetzgebung Hülfe gebracht werden. Wollte man aber die weitesten Kreise davon überzeugen, daß es sich hier um keinen gewöhnlichen Lohnkampf handelt, dann mußte hierzu in einer Form Stellung genommen werden, die auch die anderen Parteien zwang, aus der Reserve herauszutreten. Speziell das Zentrum wurde genötigt, den später im Abgeordnetenhause verübten Verrat an den Bergarbeitern im voraus zu verurteilen.

Das Aufpeitschen der öffentlichen Meinung und das Vorwärtsdrängen der Gesetzgebung ist eine der Aufgaben der Partei, und daher mußte unternommen werden, was diesen Zweck am besten erreicht. Durch einen die Zustände im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier brandmarkenden Aufruf zum Sammeln in allen Kreisen der Bevölkerung wurde die Aufmerksamkeit aller Geber auf die Zustände im Bergrevier hingelenkt. Nur so konnte es gelingen, eine Situation zu schaffen, in der es auch der Regierung, die sich sonst willig dem Machtgebot der Großkapitalisten unterordnet, schwer wurde, auszuweichen. Sie mußte sich schließlich zu dem einzig gangbaren Ausweg entschließen, indem sie in das Geldsacks- und Junkerparlament flüchtete und dort Aktionäre und Aufsichtsräte, sowie sonstige Ausbeuter darüber entscheiden ließ, was an Arbeiterschutz bewilligt werden sollte. Die Regierung ist sicher, daß sie im Landtage an Arbeiterschutz noch so wenig fordern kann, und doch wird es die große Mehrheit dieser Körperschaft als zuviel bezeichnen. Durch den Druck der öffentlichen Meinung war die Regierung gezwungen, sich den Schein der Arbeiterfreundlichkeit zu geben, selbst auf die Gefahr hin, daß ihr im Landtage entgegengehalten worden wäre, sie treibe auf den königlichen Gruben noch schlimmere Unterdrückung und Ausbeutung der Arbeiter als selbst die Gewaltigen des Ruhrreviers. Wenn in diesem Kampfe für die Bergarbeiter fast nichts erreicht wurde, so, weil bei der Regierung neben der Furcht vor den Großkapitalisten auch fiskalische Interessen in Betracht kommen, welche sie hindern, der Ausbeutungsfreiheit Grenzen zu setzen und weil die große Mehrheit des Geldsackparlaments, genannt preußisches Abgeordnetenhaus, für die Arbeiterinteressen kein Herz und kein Verständnis hat. Aber die Bewegung ist im Fluß. Der Druck der öffentlichen Meinung wird so stark werden, daß man in kurzer Zeit das durch die Reichsgesetzgebung bewilligt, was jetzt durch die Landesgesetzgebung versagt wurde.

* * *

Unterstützung der Opfer der russischen Revolution. Unter den internationalen Verpflichtungen nahm die Hülfe für die Opfer der Revolution in

Rußland den ersten Rang ein. Das Signal zur Revolution wurde gegeben, als an dem denkwürdigen 22. Januar die Arbeiter von St. Petersburg unter Führung des Popen Gapon nach dem Winterpalais pilgerten, um dem Zaren ihre Wünsche vorzutragen. Diese Wünsche gipfelten dank der mit zäher Ausdauer betriebenen sozialdemokratischen Agitation unter den Industriearbeitern in der Forderung politischer Freiheit. Die friedlichen Manifestanten wurden meuchlings überfallen und Tausende wehrloser Menschen ermordet. Dieses fast beispiellos dastehende Verbrechen mußte so aufreizend wirken, daß es zur Revolution kam, selbst wenn kein anderer Zündstoff vorhanden gewesen wäre. Aber in absolutistisch regierten Staaten ist dieser immer vorhanden. Die geborenen und berufsmäßigen Herrscher haben kein Verständnis für die Bedürfnisse der großen Masse. Sie stehen als Fremdlinge dem Volke gegenüber. Das traf in erhöhtem Maße in Rußland zu, wo eine ausgebildete Verbrecherbande im Namen des Zaren seit Jahrzehnten Schandtaten aller Art verübt.

Hatten schon am 16. Januar 12 000 Arbeiter der Putiloffschen Werke die Arbeit eingestellt, so wurde das Verbrechen vom 22. Januar mit Streiks in allen Gegenden beantwortet. Am 23. Januar stellten die Arbeiter in Moskau, Riga und Warschau die Arbeit ein. Am 25. Januar folgten die Arbeiter von Saratoff und Reval, am 26. die Arbeiter in Liebau und Kiew usw. Ueberall trat das junge Industrieproletariat als Vorkämpfer für eine Konstitution, deren Grundlage das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht bilden soll, unter Führung unserer Genossen auf die Schanzen. Es erwies sich als das Rückgrat, die stärkste treibende Kraft der gesamten revolutionären Bewegung. Jetzt galt es, für die Opfer Linderung zu schaffen. Tausende von Arbeiterfamilien in Petersburg waren ihres Ernährers beraubt. Der andauernde Kampf stürzte zahllose Arbeiter und Genossen in grenzenloses Elend. Millionen wären nötig gewesen, um das schlimmste Elend zu lindern. Konnten wir auch das Elend nicht bekämpfen, so konnten wir doch durch materielle Unterstützung der Opfer unsere Sympathie mit den Helden zum Ausdruck bringen. Zunächst bewilligte der Parteivorstand 10 000 Mk. zur Unterstützung der Opfer. Wiederholt wurden dann den russischen Genossen kleinere Beträge zur Verfügung gestellt. Als dann der Bergarbeiterstreik beendet war und noch ausstehende Beträge eingingen, wurden diese den Brüdern in Rußland zugewiesen. Im ganzen an 20 000 Mk. Gewaltige Kämpfe folgten. Am 17. Februar fiel Großfürst Sergius in Moskau durch eine von Kalajew geworfene Bombe. Kalajew war im Juli 1902 durch die preußische Polizei gewaltsam nach Rußland gebracht, ohne diese Auslieferung hätte er wahrscheinlich nie das Attentat verübt. Am 22. Mai ist Kalajew hingerichtet worden. Es folgte eine Anzahl Kämpfe in allen Gegenden. Hervorragend beteiligt waren die Industriezentren, vor allem in Russisch-Polen und Südrußland. Es kam zu gewaltsamen Zusammenstößen. In Warschau am 1. Mai, in Baku, in Lodz usw. Fast immer wurden einfache Demonstrationen zum Anlaß genommen, ein großes Blutbad anzurichten. Man ließ der Raub- und Mordlust roher Kosakenhorden die Zügel schießen, bis es in Lodz am 21. Juni zu offenen Barrikadenkämpfen kam. Auch hier fielen Tausende von Arbeitern den Kosaken zum Opfer.

In manchen Truppenteilen kam es zur offenen Meuterei. Offiziere mit Ehre und Gewissen weigerten sich, wehrlose Menschen hinzumorden. Ein Teil der Marine schloß sich der Revolution an. Namentlich die Vorgänge auf dem Panzerschiff „Knjäs Potemkin" brachten das ganze Gebiet am Schwarzen Meere in Bewegung. Die Opfer wurden täglich größer. Nach Zehntausenden zählten die notleidenden Familien. Angesichts dieser Not und der weltgeschichtlichen Trag-

weite, welche der Zerschmetterung des russischen Absolutismus zukommt, erließ der Parteivorstand am 5. Juli einen Aufruf zur Geldsammlung für die Opfer der russischen Revolution.

* * *

Die Parteipresse hat sich im abgelaufenen Berichtsjahr vorzüglich entwickelt. Am 1. Oktober feierte die „Leipziger Volkszeitung" ihr zehnjähriges Bestehen. In der Jubiläumsnummer wurde ein Rückblick auf die Entwickelung der Zeitung geworfen und nachgewiesen, wie durch unermüdliche Arbeit ein Blatt von großem Einfluß geschaffen werden kann. Als der verstorbene Genosse Schoenlank dem Parteiorgan seine jetzige Gestalt gab, wurde es vielfach für ein gewagtes Unternehmen gehalten. In den ersten neun Jahren erforderte das Blatt erhebliche Zuschüsse, die aber aus den Erträgen der Druckerei und des Buchhandels gedeckt wurden. Aber im Jubiläumsjahre brachte das Blatt selbst Ueberschüsse. Es hat jetzt eine Auflage von über 36 000 Exemplaren erreicht.

Im Ruhrrevier stehen die Dortmunder „Arbeiterzeitung" und das Bochumer „Volksblatt" auf einem exponierten Posten. Dort kommen die gewaltigen Kämpfe nicht mehr zum Stillstand. Noch war die Erregung, die der Bergarbeiterstreik brachte, groß, da kam die Aussperrung der Brauereiarbeiter und der Bierboykott. Kaum war diese vorbei, so folgte die Aussperrung der Bauarbeiter.

Wo so große Kämpfe die Bevölkerung in Erregung halten, werden hohe Anforderungen an unsere Parteiorgane gestellt. Sie sind der Anwalt der Arbeiter vor dem Richterstuhl der öffentlichen Meinung. In diesen Kämpfen haben unsere Parteiorgane voll ihre Pflicht erfüllt. Daß dieses von den Arbeitern anerkannt wird, zeigen die rapid steigenden Abonnentenziffern.

Was durch intensive Agitation erreicht werden kann, das haben auch unsere schlesischen Genossen bewiesen. Die Breslauer „Volkswacht", die früher lange Zeit große Zuschüsse bedurfte, hat sich in kurzer Zeit einen Abonnentenstand von 20 000 Exemplaren erobert. Die Kopfblätter, von denen am letzten Juli 1904 noch die „Posener Volkszeitung", „Schlesische Volkswacht" und „Wahrheit" bestanden, sind eingegangen und durch die sechsmal wöchentlich erscheinende „Volkswacht" ersetzt worden. Wenn hierdurch auch schon der Abonnentenstand wuchs, so reichte dieses nicht, um den jetzigen Abonnentenstand zu erreichen; denn das Hauptblatt und die Kopfblätter zusammengenommen hatten bei weitem nicht so viel Abonnenten, als jetzt die „Volkswacht" hat. Sonntag für Sonntag sind dort die Genossen losgezogen, um Abonnenten zu suchen, und fast jede Agitationstour brachte einen Gewinn von mehreren hundert neuen Abonnenten.

An neuen Tageszeitungen entstanden für das Saarrevier die „Saarwacht" und in Mülhausen i. E. erwachte die durch den Diktaturparagraphen totgeschlagene „Elsaß-Lothringische Volkszeitung" als „Mülhausener Volkszeitung" zu neuem Leben.

Am 1. Januar ging der Zeitschriftenverlag und die Buchdruckerei von J. H. W. Dietz Nachfolger in Stuttgart in den Besitz des Genossen Paul Singer über. Seit dem 1. Oktober wird das „Volksblatt" in Harburg in eigener Druckerei hergestellt, auch die „Pfälzische Post", die bisher in Mannheim gedruckt wurde, wird nun in eigener Druckerei in Ludwigshafen hergestellt. Die Genossenschaftsdruckerei in Halle bezog am 20. Februar ein eigenes Heim, in welchem neben der Druckerei, Redaktion und Expedition des „Volksblattes" auch das Arbeitersekretariat untergebracht ist. In einer größeren Anzahl von Orten ist man dabei, für die Parteiblätter eigene Druckereien zu beschaffen.

In neuem Gewande und größerem Format erscheinen das „Volksblatt für Saalfeld" und das „Volksblatt" für Kassel.

In demselben Verhältnis, wie die Gewerkschaftsbewegung sich entwickelt hat, entwickelte sich auch die Gewerkschaftspresse. Die „Metallarbeiter-Zeitung" erscheint in einer Auflage von nahezu einer viertel Million. Andere Gewerkschaftsblätter, wie der „Grundstein", die „Bergarbeiter-Zeitung", die „Holzarbeiter-Zeitung", der „Textilarbeiter" usw., haben die Auflage von 100 000 überschritten oder nahezu erreicht. Neben diesen Lichtseiten sind auch einige Schattenseiten zu erwähnen.

Sehr zu bedauern sind die Formen, in denen oft in der Parteipresse Meinungsverschiedenheiten zum Austrag gebracht wurden. Jede sachliche Diskussion trägt dazu bei, das Denken der Leser zu schärfen und unsere Grundsätze zu erweitern und zu vertiefen. Mehrfach haben Genossen die sachliche Diskussion verschmäht und sind zum persönlichen Streit übergegangen. Dieser schließt jede sachliche Diskussion aus. Es war manchmal aus den Artikeln nicht mehr zu ersehen, daß die Streitenden als treue Kameraden im Kampfe für die Befreiung des Proletariats kämpfen, sondern man konnte eher annehmen, daß sich die Genossen gegenseitig als lästige Konkurrenten betrachten, die glaubten, sich in der Achtung herabsetzen zu müssen. Bei einigen solchen Kämpfen wurde der Parteivorstand genötigt, einzugreifen. Der erste Fall war ein Nachspiel zum Bremer Parteitag. Während des Parteitages hatte die „Leipziger Volkszeitung" einen heftigen Angriff gegen Genossen Südekum gebracht. Gegen diese Schreibweise wendeten sich zwei Anträge des Bremer Parteitages. Bevor diese Anträge zur Verhandlung kamen, traf eine Erklärung der Redaktion der „Leipziger Volkszeitung" ein, in welcher die Gesamtredaktion erklärte, daß sie den Druck der Notiz verhindert hätte, wenn sie die Notiz vor dem Druck gesehen hätte, und der Verfasser nahm die Notiz unter Ausdruck des Bedauerns zurück. Dadurch schien die Angelegenheit erledigt. Aber in unmittelbarem Anschluß an den Parteitag griff die „Leipziger Volkszeitung" die 116 Genossen sehr heftig an, welche den Antrag Gruenwaldt unterzeichnet hatten. Daneben entwickelte sich ein besonders heftiger Streit der „Leipziger Volkszeitung" mit dem vom Genossen Bernstein herausgegebenen „Neuen Montagsblatt", in welchen eine Anzahl früherer Vorgänge hineingezogen wurden. Sowohl vom Genossen Mehring wie vom Genossen Bernstein wurde der Parteivorstand angerufen, einzelne in diesem Streit gefallene Behauptungen zu untersuchen. Der Parteivorstand lehnte beide Gesuche, soweit sie sich auf die Untersuchung und Beurteilung früherer Vorgänge bezogen, ab und veröffentlichte sein Urteil in der zuständigen Presse. Auch in späteren Konflikten zwischen einzelnen Preßorganen oder Preßorganen und der Fraktion wurde der Vorstand veranlaßt, einzugreifen. Die Vorgänge sind der Partei ebenfalls durch die Publikation des Vorstandes bekannt geworden.

* * *

Ueber den Stand des „Vorwärts", der „Neuen Zeit", der „Gleichheit" und des „Wahren Jakob" geben folgende von der Kontrollkommission geprüfte Jahresrechnungen Auskunft:

1904/1905.

	Juli-September 1904	Oktober-Dezember 1904	Januar-März 1905	April-Juni 1905	Summe
A. Eingänge:					
Abonnementsgelder durch die Expedition	173812 —	177207 45	184224 25	183236 90	718480 60
Abonnementsgelder durch die Post	15494 30	16509 40	16981 90	15619 25	64604 85
Inseraten-Einnahme	53011 80	82090 30	73770 70	87415 15	296287 95
Ueberschuß aus Broschürenverkauf durch die Expedition		3174 50			3174 50
Gesamt-Einnahme Mk.	242318 10	278981 65	274976 85	286271 30	1082547 90
B. Ausgänge:					
Diverse Unkosten: (Porto für Kreuzbänder, Gebühren für Ueberweisungen, Porto und Depeschen d. Redaktion, Telephon, Steuern, Beleuchtung, Redaktionsboten, Schreibutensilien, Formulare 2c.)	12408 15	11962 20	12073 55	15632 30	52076 20
Zeitungs-Abonnement	376 50	525 75	371 75	384 75	1658 75
Feuilleton	2142 75	3038 30	3415 35	3017 —	11613 40
Redakteure, Korrektoren, Juristische Sprechstunde	14115 25	15458 30	14506 75	15776 55	59856 85
Mitarbeiter: Politik, Gewerkschaftl., Versammlungen 2c.	11442 20	8021 40	8911 90	10013 25	38388 75
Lokales und Vororte	3308 15	3983 05	3497 65	4574 25	15363 10
Depeschen und Parlamentsberichte	1468 20	1656 20	2560 40	1678 50	7363 30
Neue Welt	10662 90	11073 10	11328 50	11575 65	44640 15
Gehälter der Expedition	4575 75	4615 55	4686 50	4947 50	18825 30
Mieten	4000 —	4000 —	4000 —	4000 —	16000 —
Gerichtskosten	1091 15	954 70	1084 05	14279 60	17409 50
Redaktionsbibliothek	236 10	256 15	278 05	302 45	1072 75
Druckrechnung	167397 95	191577 10	180349 90	174427 20	713752 15
Gesamt-Ausgabe Mk.	233225 05	257121 80	247064 35	260609 —	998020 20
Gewinn „	9093 05	21859 85	27912 50	25662 30	84527 70
wie oben unter A Mk.	242318 10	278981 65	274976 85	286271 30	1082547 90

Der Gesamt-Ueberschuß beträgt Mk. 84 527,70.

Bei den Abrechnungen für die drei in Stuttgart erscheinenden Zeitschriften wird nur eine Uebersicht von drei Quartalen gegeben, weil am 1. Januar 1905 der Verlag an Paul Singer überging. Mit diesem Uebergang wurde auch angeordnet, daß die Abrechnungen von nun an für das Kalenderjahr gegeben werden sollen. Das erste Vierteljahr ist bei allen drei Zeitschriften in Einnahme und Ausgabe ein normales gewesen, so daß Vergleiche mit den Vorjahren ein zuverlässiges Bild geben, wenn man bei jeder Position den aus der abgedruckten Abrechnung sich ergebenden Betrag für ein Vierteljahr hinzusetzt.

Die „Gleichheit" hat sich in erfreulicher Weise weiterentwickelt, so daß das Defizit verschwunden ist und trotz der Vergrößerung schon ein geringer Ueberschuß erzielt ist.

„Die Neue Zeit".

1. April — 31. Dezember 1904.

	Mk.	Pf.
A. Eingänge:		
Abonnements	26 183	20
Inserate	45	—
do. von J. H. W. Dietz	375	—
	26 603	20
	31 067	87
B. Ausgänge:		
Satz, Druck, Stereotypie	9 682	85
Papier	3 196	90
Buchbinder	1 092	65
Porto und Unkosten	1 650	—
Redaktionshonorar	8 250	—
Mitarbeiter	5 396	—
Remittenden	1 799	15
Gesamt-Ausgabe	31 067	87
Gesamt-Einnahme	26 603	20
Defizit	4 464	67

„Die Gleichheit".

1. April — 31. Dezember 1904.

	Mk.	Pf.
A. Eingänge:		
Abonnements	8080	06
B. Ausgänge:		
Satz, Druck, Falzen	2608	25
Papier	1430	70
Redaktion	2250	—
Mitarbeiter	801	—
Porto und Unkosten	700	—
Remittenden	125	41
Gesamt-Ausgabe	8005	36
Gesamt-Einnahme	8080	06
Gewinn	74	70

„Der Wahre Jakob".

1. April — 31. Dezember 1904.

	Mk.	Pf.
A. Eingänge:		
Abonnements	128 627	90
Inserate	9 180	01
	137 807	91
B. Ausgänge:		
Satz, Druck, Stereotypie, Falzen	44 185	40
Papier	39 451	50
Aetzungen und Galvanos	12 047	12
Beiträge und Zeichnungen	10 107	31
Redaktionshonorare	8 300	—
Porto und Unkosten	625	—
Remittenden	3 584	39
Gesamt-Ausgabe	118 300	72
Gesamt-Einnahme	137 807	91
Gewinn	19 507	19

Zusammenstellung.

	Mk.	Pf.
„Gleichheit", Gewinn	74	70
„Wahrer Jakob", Gewinn	19 507	19
	19 581	89
Defizit der „Neuen Zeit"	4 464	67
Bleibt Gewinn	15 117	22

* * *

Die **Buchhandlung Vorwärts** kann seit einigen Jahren über einen ständigen Aufschwung des Geschäfts berichten. Diese erfreuliche Tatsache ist auch für das Berichtsjahr zu verzeichnen. Der Warenumsatz stieg von 316 968 Mk. des vergangenen Jahres auf 466 835 Mk. — Die Buchhandlung konnte deshalb auch einen diesem erhöhten Umsatze der letzten Jahre entsprechenden Ueberschuß von 95 000 Mk. der Parteikasse überweisen.

Im Vorjahre zeigten wir die Herausgabe der Sozialistischen Agitations-Bibliothek an, die dazu dienen soll, die tagespolitische Agitation durch die Broschürenliteratur möglichst nachhaltig zu fördern. Von dieser Bibliothek waren im Vorjahre 2 Hefte erschienen: „Prinz Arenberg und die Arenberge" und „Der Zukunftsstaat der Junker". Als 3. Heft konnte in diesem Jahre erscheinen: „Der Klassenkampf im Ruhrrevier", das in 15 000 Exemplaren gedruckt wurde. Bei Niederschrift dieses Berichts ist unter dem Titel: „Ein neues Ausnahmegesetz" ein weiteres Heft herausgegeben, das sich gleichfalls mit den Verhältnissen der Bergarbeiter beschäftigt. Von den bereits erschienenen Heften konnten im Berichtsjahre nachgedruckt werden und zwar von Heft 1: 2000 Exemplare, von Heft 2: 5000 Exemplare.

Sonstige Agitationsschriften allgemeinen Charakters sind neu erschienen: Zetkin: „Die Schulfrage", ein Sonderabdruck der Rede der Genossin Zetkin auf dem Bremer Parteitage (23 400 Exemplare). Bebels Rede zum Reichsetat (20 000). „Saarabien", die Prozeßverhandlungen in Saarbrücken (32 000). Kampffmeyer: „Die Sozialdemokratie im Lichte der Kulturgeschichte" (5000). Braun: „Die Warenhäuser" (12 000 Exemplare). Stampfer: „Religion ist Privatsache" (10 000 Exemplare). Von einer vom Genossen Dr. J. Herzfeld verfaßten, für die Agitation in Mecklenburg in 100 000 Exemplaren verbreiteten Broschüre: Die Landarbeiter in Mecklenburg wurde eine für den Buchhandel bestimmte Ausgabe in 1000 Exemplaren hergestellt.

Der vierzigjährige Todestag Lassalles gab Veranlassung zur Herausgabe einer Broschüre, in der E. Bernstein die Bedeutung Lassalles für die Arbeiterbewegung würdigte. Sie wurde in 8500 Exemplaren verbreitet. Endlich wurde im Anschluß an den Königsberger Prozeß auf Veranlassung des Parteivorstandes eine eingehende Darstellung der Vorgeschichte und der Verhandlungen dieses denkwürdigen Prozesses herausgegeben; eine Heftausgabe, die den Parteigenossen die Anschaffung des Werkes erleichtern sollte, erreichte 5000 Auflage.

Von früher erschienenen Agitations-Broschüren wurden nachgedruckt: Die neu durchgesehene Programmbroschüre „Grundsätze und Forderungen" von Kautsky und Schoenlank (105 000 Exemplare). „Parteiprogramm" (20 000). Bracke: „Nieder mit den Sozialdemokraten" (76 000). Göhre: „Wie ein Pfarrer Sozialdemokrat wurde" (10 000). „Christliche Arbeiterpflichten" (75 000). Liebknecht: „Wissen ist Macht" (3000). Bernstein: „Verschiedene Formen des Wirtschaftslebens" (2000). Plechanow: „Anarchismus" (3000). Kautsky: „Soziale Revolution" (Heft I 20 500 und Heft II 1400 Exemplare). Ferner wurde eine Neubearbeitung des „Vereins- und Versammlungsrechts in Deutschland" nötig, die in einer Auflage von 3000 Exemplaren erschien.

Illustrierte Zeitungen sind im Berichtsjahre erschienen: „Hau mich aus!" (Silvesterzeitung; 117 000 Exemplare). „Schiller-Zeitung" (119 000 Exemplare). „Mai-Zeitung" (343 000 Exemplare).

Das „Protokoll des Bremer Parteitages" erreichte eine Auflage von 40 000, das „Protokoll des preußischen Parteitages" von 20 000 und das „Protokoll des Internationalen Kongresses von Amsterdam" 7000 Exemplare. — Der Arbeiter-Notiz-Kalender hat wiederum einen erheblich größeren Absatz (40 700 Exemplare) erreicht, der Notizkalender für Schuhmacher erschien in 3000 Auflage.

Die „Sammlung sozialistischer Theaterstücke" wurde um ein neues Stück vermehrt: „Die Bombe" von Ludwig Lessen (2000 Exemplare), während eines der älteren Hefte Preczangs: „Der verlorene Sohn" in 1000 Exemplaren nachgedruckt wurde.

Die billigen Gesetzesführer wurden um drei neue vermehrt: „Führer für den Militärpflichtigen" (5000 Exemplare), „Führer durch die Landgemeindeordnung für die östlichen Provinzen Preußens" (3000 Exemplare) und „Führer durch das Krankenversicherungsgesetz" (5000 Exemplare).

Die im Vorjahre begonnene „Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek" wurde ebenfalls um drei weitere Hefte vermehrt: „Alkoholfrage und Arbeiterklasse" von Dr. R. Fröhlich (5000), „Das Schulkind" von Dr. R. Silberstein (5000), „Geschlechtsverkehr

und Geschlechtskrankheiten" von Dr. E. Gebert (5000 Exemplare).

Außer den bisher genannten Neuerscheinungen wurden noch herausgegeben: „Fackeln der Zeit", Gedichte von Ludwig Lessen, und unter dem Titel „Leuchtkugeln" eine Sammlung deklamatorischer Vorträge (in je 5000 Exemplare).

Die illustrierte Wochenschrift „In freien Stunden", die nunmehr im neunten Jahrgange erscheint, hält dank der Unterstützung der Parteipresse ihren erhöhten Abonnentenstand aufrecht.

Von den unter dem Gesamttitel „Kulturbilder" erscheinenden Einzeldarstellungen aus der Kulturgeschichte ist der erste Band: „Wider die Pfaffenherrschaft" abgeschlossen. Durch den frühzeitigen Tod des Verfassers, des Genossen Emil Rosenow, war der Verlag gezwungen, mit der Fertigstellung des Werkes einen anderen Genossen zu beauftragen. Genosse H. Stroebel hatte die Freundlichkeit, die Arbeit zu beenden. Inzwischen ist auch der zweite Band: „Die Hohenzollern-Legende", im Erscheinen begriffen. Der Verfasser, Genosse Dr. Max Maurenbrecher, behandelt darin die Entstehung und Entwickelung des preußischen Staates und wendet sich in seiner Darstellung gegen die Geschichtslügen, die unsere servile Schulweisheit um die Hohenzollerschen Fürsten gewoben hat. Als nächster Band ist eine „Geschichte der Revolutionen" in Aussicht genommen.

Der Verlag, der sich bisher der regsten Unterstützung der Parteipresse erfreute, rechnet auch in Zukunft auf die dankenswerte Mitwirkung aller Parteigenossen bei der Verbreitung seiner Erscheinungen, die ja nur den Zweck haben, unsere Grundsätze und Auffassung der politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Vorgänge in immer weitere Kreise zu bringen und die dabei erzielten Gewinne wieder der Partei zu neuer Agitation zur Verfügung zu stellen.

* * *

Das Strafkonto der Arbeiterbewegung belief sich im abgelaufenen Jahr auf 2 Jahr 3 Monate Zuchthaus, 65 Jahr 7 Monat 2 Wochen Gefängnis und Haft, sowie 15 400 Mk. Geldstrafe. Zwei Prozesse, die wir im vorigen Jahr erwähnten, erlebten in dem abgelaufenen Geschäftsjahr eine Neuauflage und brachten für ihre Urheber eine neue Niederlage. Der Königsberger Prozeß wurde am 7. Mai vor dem Reichsgericht verhandelt und brachte für den preußischen Justizminister Herrn Schönstedt eine noch größere Niederlage, wie es der Ausgang des ersten Prozesses gewesen war. Zwar bestätigte das Reichsgericht das erste Erkenntnis, die erkannten Strafen blieben bestehen, aber die Begründung der Abweisung der Revision des Staatsanwalts war eine Verurteilung Schönstedts, weil der Staatsanwalt alle Argumente geltend gemacht hatte, die Schönstedt im Landtage vortrug, um diesem begreiflich zu machen, daß die Justiz im Dienste des Zaren nicht so große Niederlage erlitten, wie es nach dem ersten Erkenntnis den Anschein hatte. Das Reichsgericht sprach aus, daß die im § 102 verlangte Gegenseitigkeit mit Rußland fehlt und sagte damit indirekt, daß alle wegen Hochverrat verbüßte Untersuchungshaft unschuldig verbüßt war.

Noch schlimmer erging es dem preußischen Staat mit dem anderen Prozeß. Am 12. Juli 1904 hatte man in Saarbrücken den Bergmann Krämer wegen Beleidigung des Leiters der fiskalischen Bergwerke, Geheimrat Hilger, zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, obwohl nachgewiesen war, daß die unter Anklage gestellten Flugblätter nur eine Schilderung der tatsächlichen Verhältnisse enthielten. Dieses Urteil war vom Reichsgericht aufgehoben und zur nochmaligen Verhandlung an das Landgericht in Trier verwiesen. Die Verhand-

lung begann hier am 15. Mai. In Trier war die Verteidigung in der Lage, neues Beweismaterial vorzubringen, was die Richter in Saarbrücken nicht zugelassen hatten. Nun gestaltete sich die Sache für die Regierung noch blamabler als in dem ersten Prozeß. Es wurde nachgewiesen, daß in dem „Musterinstitut" die Arbeiter schlimmer wie Leibeigene behandelt werden. Musterinstitute sind die Bergwerke nur für Ausbeuter schlimmster Sorte. So kam es denn, daß der Staatsanwalt selbst zugab, daß Krämer mit den beiden Flugblättern, die mächtige Anklageschriften gegen die Bergwerksverwaltung waren, nur berechtigte Interessen vertreten habe. Das Gericht erkannte denn auch nur wegen formeller Beleidigung auf eine Geldstrafe von 200 Mk.

Viele Gerichte geben sich alle erdenkliche Mühe, als Kampforgane gegen die Sozialdemokratie zu wirken und bei Lohnkämpfen die Interessen der Unternehmer zu vertreten. Was viele Richter nur denken und als unausgesprochene Gründe gelten lassen, sprach ein Richter in Hirschberg in Schl. offen aus. Dort hatte ein Sozialdemokrat, der auch Radfahrer ist, eine Radfahrerversammlung nicht angemeldet, weil er glaubte, daß Radeln keine öffentliche Angelegenheit ist. Er wurde zu einer Geldstrafe von 100 Mk. verurteilt. Bei der Begründung des Urteils führte der Richter nach dem Bericht des „Boten aus dem Riesengebirge" aus:

„Was die Höhe der Strafe betrifft, so ist der Gerichtshof deshalb bedeutend über den Antrag des Staatsanwalts hinausgegangen, weil die Sozialdemokraten es mit großem Geschick verstünden, die Gesetze zu umgehen. Könne aber einmal ein Sozialdemokrat gefaßt werden, dann müßte er auch streng bestraft werden."

Sehr hohe Strafen werden dadurch erreicht, daß man einfache strafbare Handlungen als schwere Verbrechen bezeichnet. Eine Handlung, welche man, wenn sie von Studenten verübt wird, als groben Unfug mit einer kleinen Geldstrafe bestraft, nennt man Aufruhr oder Landfriedensbruch, wenn die Beteiligten streikende Arbeiter sind, und man bestraft dann die für schuldig befundenen mit Zuchthaus oder doch jahrelangem Gefängnis. Solche Aufruhr- und Landfriedensbruchprozesse brachten die Lohnkämpfe in Königsberg, Mecklenburg in den Orten an der Unterweser und im Ruhrrevier. So kommt man auch ohne Zuchthausgesetz dazu, streikende Arbeiter ins Zuchthaus zu bringen, wie es in Güstrow mit dem Genossen Evert geschah.

Der Vertrauensmann der Maurer in Oberschlesien, Genosse Benedik, der Zeugen für einen Streikprozeß gesucht hatte, wurde wegen Verleitung zum Meineid angeklagt und vom Schwurgericht in Beuthen zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt, obwohl Benedik versicherte und alle beteiligten Arbeiter die Ansicht vertraten, daß es Benedik völlig fern gelegen habe, irgend einen Menschen zum Meineid verleiten zu wollen.

Ein oft angewandtes Mittel, Arbeiter zu Gefängnisstrafen zu verurteilen, ist der Erpressungsparagraph. Wollen Arbeiter ihre Arbeits- und Lohnbedingungen verbessern und stellen die Arbeit ein, und überreichen dann ihre Forderungen, dann sind sie vor Strafe gesichert, weil diese Handlung durch § 152 der Gewerbeordnung erlaubt ist. Wollen aber die Arbeiter den Streik vermeiden und stellen ohne Streik ihre Forderungen mit der Bemerkung, daß sie die Arbeit einstellen werden, wenn ihre Forderungen nicht bewilligt werden, dann ist das nach Ansicht der Richter Erpressung und wird nach § 253 des Strafgesetzbuchs mit Gefängnis bis zu 5 Jahren bestraft. Ein recht drastisches Erkenntnis dieser Art fällte das Reichsgericht am 6. Januar d. J. Aus der Begründung heben wir folgendes hervor:

„Daß der erste Richter den Rechtsbegriff der zum Tatbestande der Erpressung erforderlichen Drohung verkannt habe, läßt sich nicht anerkennen. Die Revision muß selbst zugeben, daß die Ausübung

eines Rechts zum Nachteile eines anderen die Zufügung eines Uebels für diesen erhalten kann.

Dann ist aber nicht einzusehen, warum in der Ankündigung der Ausübung eines Rechts und des damit für den Betroffenen verknüpften Uebels nicht eine Drohung im Sinne des § 253 des Strafgesetzbuches gefunden werden können.

Allerdings reicht nicht jede Ankündigung der Zufügung eines Uebels und damit auch nicht jede Ankündigung der Ausübung eines Rechts zur Annahme einer Drohung im gesetzlichen Sinne aus.

Die mit dem Eintritt des angekündigten Uebels für den Bedrohten verbundenen Nachteile müssen vielmehr im einzelnen Falle derart beschaffen sein, daß sie geeignet erscheinen, in dem Bedrohten Furcht vor deren Verwirklichung hervorzurufen und dessen freie Willensentschließung zu beeinflussen.

Ob diese Voraussetzung in einem bestimmten zur richterlichen Entscheidung gestellten konkreten Falle zutrifft, ist nach der jeweiligen Sachgestaltung im Wege der mit dem Rechtsmittel der Revision nicht angreifbaren Beweiswürdigung durch den Instanzrichter zu ermitteln und festzustellen.

Dies hat auch im gegebenen Falle der erste Richter keineswegs verkannt. Denn er hat auf Grund der Beweisergebnisse ausdrücklich festgestellt, daß die von dem Beschwerdeführer angedrohte Sperre für den bedrohten Maurermeister Jacob im Falle der Ausführung mit unübersehbaren vermögensrechtlichen Nachteilen verbunden war, deren Eintritt Jacob derartig zu fürchten hatte, daß dadurch seine freie Willensbetätigung beeinflußt werden konnte und mußte, daß der Beschwerdeführer, welcher vermöge seiner einflußreichen Stellung innerhalb des Maurerverbandes für Neuschberg auch tatsächlich in der Lage war, zur angedrohten Sperre wesentlich mitzuwirken und diese durchzuführen, sich der Wirkung seiner Drohung in der angedeuteten Richtung auch bewußt war, und überdies den Willen hatte, diesen Erfolg hervorzurufen.

Daß in der Androhung der Sperre eine Drohung im Sinne des § 253 des Strafgesetzbuches gefunden werden kann, ist übrigens auch bereits durch die Rechtsprechung des Reichsgerichts anerkannt. (Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen, Band XXI, Seite 114, Band XXXII, Seite 335.)

Ob die Arbeiter des Jacob nach Maßgabe der bestehenden Arbeitsverträge zur jederzeitigen beliebigen Arbeitseinstellung ohne vorausgegangene Kündigung berechtigt waren oder nicht, ist unter diesen Umständen rechtlich bedeutungslos und bedurfte deshalb keiner näheren Darlegung in der vorderrichterlichen Urteilsbegründung.

Hiernach erschien die Verwerfung des Rechtsmittels geboten."

Wie leicht es bei solcher Rechtsprechung möglich ist, als „Erpresser" bestraft zu werden, zeigt folgender Vorfall:

Am 25. März d. J. war einem organisierten Steinarbeiter in dem Betriebe des Steinbruchsbesitzers G. in Leipzig wegen Arbeitsmangel gekündigt worden. Die Kollegen waren der Ueberzeugung, daß eine Maßregelung vorliege. Sie teilten dies in einem Schreiben dem Redakteur Staudinger mit, der damals auch die Geschäfte eines Verbandsbevollmächtigten in Stellvertretung verwaltete, und ersuchten ihn, den Vorgang im Fachorgan zu veröffentlichen. Sie seien bereit, sich mit dem Gekündigten solidarisch zu erklären. Aus dem Betriebe war auch noch ein Steinmetz entlassen worden. Um nun die Differenzen zu regeln, begab sich Genosse Staudinger zu dem Sozius G.s. Im Drange der Geschäfte vergaß er in dieser Unterredung die Kündigung des erstenerwähnten Kollegen zu berühren. Er schrieb deshalb, wieder in Leipzig angekommen, an den Steinbruchsbesitzer G. folgenden Brief:

„Als ich heute mit Ihrem Sozius . . . über die Entlassung des Steinmetz St. in B. sprach, vergaß ich hinzuzufügen, daß am Sonnabend, den 25. d. M., dem Pflasterer K. gekündigt wurde, angeblich wegen Arbeitsmangels. Wir vermuten, daß lediglich seine Verbandszugehörigkeit schuld an dieser Entlassung resp. Kündigung war. Es berührt doch eigentümlich, nur einen Mann wegen Arbeitsmangels in einem Betriebe zu entlassen, wo vielleicht zirka 200 Mann in Frage kommen. Wir würden Ihnen deshalb empfehlen, die Kündigung bei K. als nicht gegeben zu betrachten und ihn davon in Kenntnis zu setzen. Gleichzeitig erbitte ich mir von Ihnen Bescheid über diese Angelegenheit, und im Falle K. weiter beschäftigt werden sollte, würde ich selbstredend Abstand nehmen, den mir vorliegenden Artikel über diese Sache zu veröffentlichen. Auch würden dann die Steinmetzen, Pflasterer und Bossierer in Ihrem Betriebe sich mit dieser Kündigung nicht mehr beschäftigen und ich glaube, es wird Ihnen nicht schwer sein, dem von mir geäußerten Wunsche nachzukommen. Bemerken will ich nur, daß wir selbstverständlich in Ihre geschäftlichen Dispositionen mit diesem Schreiben nicht eingreifen wollen. Weil aber diese Kündigung von unserer Seite als Maßregelung aufgefaßt wird, sind wir veranlaßt, dazu Stellung zu nehmen. Antwort erbitte ich bis Mittwoch früh 8 Uhr mittels Briefes oder mittels Telephon um 9 Uhr, weil sonst mit dem Druck unserer Zeitung begonnen wird."

In diesem Briefe sah der Staatsanwalt eine Erpressung und Genosse Staudinger wurde auch vom Landgericht in Leipzig wegen versuchter Erpressung zu drei Wochen Gefängnis verurteilt. Würden Staatsanwälte und Gerichte in ähnlicher Weise gegen die Syndikate vorgehen, dann könnte man bald besondere Gefängnisse für Kommerzienräte bauen, denn so bescheiden und vorsichtig in der Wahl der Ausdrücke, wie Genosse Staudinger es war, sind die Leiter der Syndikate und der Arbeitgeberverbände in der Regel nicht.

Dasselbe Privilegium wie Kartelle und Unternehmerverbände haben die Streikbrecher. Jeder in Arbeiterkreisen übliche derbe Ausdruck wird als Beleidigung oder Drohung mit Gefängnis bestraft, wenn der Angeredete ein Streikbrecher ist.

Anders ist es, wenn Arbeitswillige ihren Gefühlen freien Lauf lassen. Das zeigt folgender Bescheid:

Dortmund, den 11. Juli 1905.

Der Erste Staatsanwalt.
Gesch.-Nr. 4 J. 927. 2. 05.

Auf die Strafanzeige vom 22. Juni 1905 gegen den Handlanger Winarski wegen Bedrohung.

Ich habe das Verfahren gegen Winarski eingestellt, weil in der von Ihnen bezeugten Aeußerung des Winarski: „ich steche Euch das Messer in den Balg," eine strafrechtlich verfolgbare Bedrohung mit einem Verbrechen nicht zu finden ist. Es handelt sich vielmehr nur um eine Bedrohung mit dem Vergehen der gefährlichen Körperverletzung.

Soweit Beleidigung in Frage kommt, lehne ich mangels eines öffentlichen Interesses die Erhebung der öffentlichen Klage ab. Es bleibt Ihnen überlassen, im Wege der Zivilklage gegen Winarski vorzugehen.

An den Maurer
Herrn Berthold Dresel.
Hörde.

J. V.
(Name unleserlich.)

Während des Bergarbeiterstreiks erhob der Staatsanwalt von Dortmund im öffentlichen Interesse Anklage gegen einen Bergmann, der sich mit einer Schülerin unterhalten hatte und dabei folgende Aeußerung getan haben sollte:

„Arbeitet Dein Bruder noch?" Als diese Frage bejaht wurde, soll er hinzugefügt haben: „Dann wird Dein Bruder in die Streikbrecherliste eingetragen. Nach dem Streik wird Dein Bruder belästigt und verfolgt werden, und dann darf er auf keine Festlichkeit mehr kommen." Das war eine Drohung, die eine Anklage im öffentlichen Interesse gebot und die auch mit 14 Tagen Gefängnis geahndet wurde.

* * *

Das Ende des Löbtauer Dramas. Wie im Juli vorigen Jahres der Arbeiter Schmieder aus Anlaß des Geburtstages des Königs begnadigt wurde, so ist auch in diesem Jahre dem letzten des Löbtauer Schreckensurteils, dem Arbeiter Zwahr, am Königsgeburtstage, am 25. Mai, die Freiheit wiedergegeben worden, nachdem er von der gegen ihn erkannten zehnjährigen Zuchthausstrafe mehr als sechs Jahre in der Kerkernacht verbracht hatte.

Nachdem so das Drama von Löbtau seinen Abschluß gefunden hat, mag noch einmal an seine Entstehung erinnert werden. Auf einem Bau in Löbtau waren die Arbeiter mit dem Unternehmer, einem blutigen Spekulanten, in Streit geraten. Im Verlauf des Streites schoß der Unternehmer mit einem Revolver. Die Arbeiter nahmen dem Rowdy den Revolver ab und prügelten ihn durch. Die bürgerliche Presse sprach von Mord und Totschlag, obwohl dem Revolverhelden nichts geschehen war. Die Staatsanwaltschaft konstruierte einen Landfriedensbruchprozeß und das Schwurgericht erkannte am 3. Februar 1899 gegen 9 Angeklagte auf insgesamt 53 Jahre Zuchthaus, 8 Jahre Gefängnis und 70 Jahre Ehrverlust. Ein Schrei der Entrüstung ging durch die Arbeiterschaft der ganzen Welt und selbst in bürgerlichen Kreisen erregte das Urteil Entsetzen. Der Prozeß hatte Ende Februar ein Nachspiel in der Löbtauer Woche des Reichstags. Der Bundesratsbevollmächtigte, Generalstaatsanwalt Dr. Rüger, der spätere Justiz- und jetzige Finanzminister, verteidigte das Urteil und rief unseren Genossen im Brusttone der tiefsten Entrüstung zu, der Einfluß der Verhetzer der verurteilten Arbeiter habe sie zwar ins Zuchthaus gebracht, ihr Einfluß reiche jedoch nicht so weit, ihnen die Tore des Zuchthauses auch nur eine Viertelstunde eher zu öffnen, als es von Rechts wegen zu geschehen habe. Doch bald darauf wurde bekannt, daß die Geschworenen selbst ein Gnadengesuch an das Ministerium gerichtet hatten — auch ihnen war die Höhe des Strafmaßes, das das Gericht unter dem Vorsitze des Landgerichtsdirektors Dr. Frommhold ausgeworfen hatte, auf die Nerven gefallen. Nach und nach sind dann die Verurteilten begnadigt worden. — Dr. Rüger hat also nicht recht behalten. Trotzdem haben die Löbtauer Opfer lange genug für eine unüberlegte Tat, zu der sie durch einen brutalen Unternehmer gereizt worden waren, im Kerker schmachten müssen. Das Löbtauer Drama ist zu Ende, seine Geschichte wird aber für alle Zeiten aufgezeichnet sein als ein entsetzliches Beispiel für das Walten der Klassenjustiz in der kapitalistischen Gesellschaft.

* * *

Schiedsgerichte. Eine Anzahl Schiedsgerichte fanden im Laufe des Jahres statt. Jedoch hatten sie sich fast alle mit Fragen zu beschäftigen, die nur wenig Interesse für die außerhalb des Ortes wohnenden Genossen haben, an welchem die Gerichte stattfanden.

In Danzig hatte der Genosse Rechtsanwalt P. Westphal beantragt, die Genossen A. Bartel und E. Hahn aus der Partei auszuschließen, und den Genossen Schikorr und Völkner eine Rüge zu erteilen. Diese Klageschrift wurde von den Genossen Bartel, Hahn, Schikorr und Völkner damit beantwortet, daß sie den Ausschluß des Genossen Westphal beantragten. Das Schiedsgericht, welches am 6. November in Danzig tagte, hatte sich nun noch

mit weiterem Material zu befassen, indem Genosse Westphal seine Anklage auf die Genossen Ewert und Voß ausdehnte, und auch für diese Genossen eine Rüge beantragte.

Das Schiedsgericht lehnte alle Ausschlußanträge ab. Es kam aber zu der Ueberzeugung, daß Genosse Westphal durch die Art seines Auftretens und seiner Polemik dazu beigetragen habe, den Zwist in Danzig zu verschärfen. Er wurde aufgefordert, im Interesse der friedlichen Entwickelung der Danziger Bewegung, sich für die nächsten beiden Jahre von der Parteiarbeit in Danzig zurückzuziehen.

Parteigenossen in Lörrach hatten beantragt, die Genossen Marquardt und Bauer aus der Partei auszuschließen. Das Schiedsgericht tagte am 20. Februar und kam zu der Entscheidung, daß Marquardt und Bauer zwar Verfehlungen disziplinarischer Natur begangen haben, daß aber der Ausschluß aus der Partei zu hart sei. Mit 4 gegen 3 Stimmen wurde beschlossen, Marquardt und Bauer entsprechend einem abgegebenen Ehrenwort als zur Partei gehörig zu betrachten und diesen Beschluß der Lörracher Organisation zu überweisen.

Die Genossen in Dortmund hatten den Ausschluß von Schillings in Schüren bei Aplerbeck beantragt. Das Schiedsgericht, welches am 17. April in Dortmund tagte, beschloß einstimmig den Ausschluß Schillings.

Der sozialdemokratische Verein in Mannheim hatte den Ausschluß des Genossen Seitz beantragt. Ein Schiedsgericht, welches am 9. April über diesen Antrag zu entscheiden hatte, lehnte den Antrag ab.

Ferner hatte der sozialdemokratische Verein und in Verbindung damit die Zahlstelle des Schneiderverbandes den Ausschluß des Schneiders Johann Gindorff beantragt. Das Schiedsgericht nahm diesen Antrag an und erklärte den Schneider Johann Gindorff für aus der Partei ausgeschlossen.

Die Genossen in Meiderich beantragten, Ferdinand Hannöscheck aus der Partei auszuschließen. Ein Schiedsgericht, welches am 1. Juni tagte, beschloß den Ausschluß des Ferdinand Hannöscheck.

Genosse Robert Albert in Breslau beantragte den Ausschluß des Genossen Paul Bader, Redakteur der „Volksstimme" in Magdeburg. Genosse Bader und der Vorstand des sozialdemokratischen Vereins in Magdeburg beantragten den Ausschluß von R. Albert. Nach eingehender Verhandlung wurde folgender Vergleich geschlossen:

1. Albert erklärt: Meine im Laufe der Magdeburger Parteistreitigkeiten gegen Genossen Bader erhobenen Anklagen kann ich nicht aufrecht erhalten, weil ich mich überzeugt habe, daß dieselben unwahr und ohne jeden tatsächlichen Anhalt konstruiert sind. Ich habe diese Anklagen erheben zu können geglaubt, weil ich auf Grund mir gemachter Mitteilungen durch die Annahme so erregt war, Bader wolle mich aus meiner Magdeburger Stellung verdrängen, eine Annahme, die ich nunmehr auch als irrtümlich zugebe und bedaure.

2. Die Magdeburger Parteigenossen nehmen darauf ihre Anträge gegen Albert in der Erwartung zurück, daß Albert in Zukunft im Sinne seiner obigen Erklärung im Verkehr mit Parteigenossen und parteigenössischen Organisationen handelt.

Magdeburg, 24. Juni 1905.

* * *

Austritt aus der Partei. Unser Münchener Parteiorgan brachte im Oktober folgende Erklärung:

„Ich erkläre meinen Austritt aus der sozialdemokratischen Partei, weil ich in wichtigen politischen Fragen eine andere Ueberzeugung habe als die Partei. Dr. Georg Hohmann. München, 15. Oktober 1904."

Dazu bemerkte die „Münchener Post“:

„Herr Dr. Hohmann hat sich vor ungefähr einem Jahre in den sozialdemokratischen Verein aufnehmen lassen. Er kam, wie er uns in einem Begleitschreiben zu seiner Erklärung jetzt mitteilt, mit der Illusion des früheren nationalsozialen Parteigängers zu uns, daß es ihm gelingen könne, in Münchener Parteikreisen Anhänger für eine Revision der sozialdemokratischen Stellung gegenüber dem Militarismus und Marinismus zu werben. Natürlich wurde er enttäuscht.“

* * *

Das **Parteiarchiv** ist nunmehr im Berichtsjahre in seine neuen Räume (Berlin SW. 68, Lindenstraße 69) übergesiedelt und dort in bequemerer Weise allgemeinerer Benutzung unter der neuen Verwaltung zugänglich gemacht worden. Die erneute Revision und Ordnung des Archivs hat nun aber auch in besonderem Maße gezeigt, welche Lücken in der älteren Literatur der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung in den Archivbeständen vorhanden sind, und der Vorstand hat sich zunächst mit folgendem Aufrufe an die Parteigenossen gewandt:

„Die Komplettierung des Parteiarchivs macht es notwendig, die auf die Arbeiterbewegung bezüglichen Preßerzeugnisse aus den sechziger und siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts in mehrfachen Exemplaren zu besitzen.

Wir rechnen hierbei in erster Linie auf folgende Preßerzeugnisse:

„Allgemeine deutsche Arbeiter-Zeitung“ (Koburg), „Sozialdemokrat“ und „Neuer Sozialdemokrat“ (Berlin), „Demokratisches Wochenblatt“ (Leipzig), „Flugblätter des Vereinstages deutscher Arbeitervereine“ (Frankfurt a. M.), „Arbeiterhalle“ (Mannheim), „Nordstern“ (Hamburg), „Der Sozialdemokrat“ (Hamburg), „Freie Zeitung“ (Chemnitz), „Volksstaat“ und „Vorwärts“ (Leipzig), die Protokolle der Generalversammlungen des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, die Protokolle der Vereinstage deutscher Arbeitervereine usw.

Parteigenossen, die im Besitz dieser oder ähnlicher Schriften sind, bitten wir, uns dieselben für das Parteiarchiv, eventuell gegen zu vereinbarende Bezahlung, zu überlassen.

Auch wenn es sich um unvollständige Exemplare der genannten Zeitungen handelt, sind wir bereit, dieselben zu erwerben.

Anerbietungen bitten wir an den Verwalter des Archivs, Genossen Max Grunwald, Berlin SW. 68, Lindenstraße 69, zu richten.

Die Parteipresse wird um Abdruck dieser Aufforderung gebeten.

Berlin, den 17. Juni 1905.

Der Parteivorstand.“

Die Ergebnisse des Aufrufes sind nur bezüglich einiger der gesuchten Literaturerzeugnisse als befriedigend zu bezeichnen. Es soll deshalb auch an dieser Stelle erneut auf diese Aufforderung verwiesen werden. Die ältere Literatur unserer Bewegung wird von Jahr zu Jahr seltener, und es ist die Pflicht der lebenden Parteigenossen gegenüber den folgenden Generationen, dafür zu sorgen, daß wenigstens an einer Stelle eine möglichst komplette Sammlung aller auf die politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung bezüglichen Literatur vorzufinden ist und der Benutzung zugänglich bleibt.

Um diesen Zweck zu erreichen, erinnern wir erneut daran, daß die Verleger sozialistischer Schriften, die Vorstände der Landes- und Provinzialorganisationen, die Gewerkschaften, die Partei- und Arbeitersekretariate, kurz alle Stellen, die sich mit Veröffentlichungen im Interesse der Arbeiterbewegung befassen, diese Publikationen an das Archiv gelangen lassen. Für die ältere

Literatur appellieren wir besonders an die alten Parteigenossen, ihre etwa noch bewahrten Schätze der Allgemeinheit durch Ueberweisung an das Archiv zu erhalten und nutzbar zu machen. Das Archiv ist auch bestrebt, eine umfassende Sammlung aller Flugblätter zu schaffen, die für oder gegen die Partei und die Gewerkschaften herauskommen; eine regelmäßige Uebersendung gleich nach Erscheinen ist auch hier notwendig.

Das Archiv ist in seinen neuen Räumen den Verhältnissen nach fleißig benutzt worden; die Verwaltung ist auch neben Auskünften und Unterweisungen an Ort und Stelle brieflich um literarische Quellennachweise und Materialzusammenstellungen vielfach ersucht worden, auch von ausländischen Parteigenossen. Sie soll auch an ihrem Teile und in ihren Grenzen dazu beitragen, das Interesse für historische und theoretische Arbeiten in der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung zu erhalten und zu vertiefen.

Alle Zuschriften und Sendungen für das Archiv sind an den Verwalter desselben, Genossen Max Grunwald, Berlin SW. 68, Lindenstraße 69, zu richten.

* * *

Kassenbericht. Die Gesamteinnahmen sind gegen das Vorjahr in runder Summe um 102 000 Mk. gestiegen, die allgemeinen Einnahmen sind zurückgegangen. Bei Vergleichung der beiden Rubriken im vorjährigen und im diesjährigen Jahresabschlusse muß jedoch berücksichtigt werden, daß im Vorjahre die Ueberschüsse der „Vorwärts"-Buchhandlung und des „Wahren Jakob", wie auch die Beiträge der Nordischen Wasserkante, welche im diesjährigen Abschlusse getrennt in gesonderten Rubriken aufgeführt werden, unter den allgemeinen Einnahmen enthalten waren. Nach Ausscheidung dieser Posten verbleibt gegenüber dem Vorjahre ein Minus von rund 4800 Mk. Auch der Ueberschuß des „Vorwärts" ist gegen das Vorjahr um rund 6000 Mk. geringer geworden. Dagegen hat die „Vorwärts"-Buchhandlung mit ihrem gegen das Vorjahr um 60000 Mk. höheren Ueberschuß ganz wesentlich zu dem günstigen Kassenabschluß des abgelaufenen Rechnungsjahres beigetragen. Der „Wahre Jakob", von dem im Vorjahre nur drei Quartale zur Verrechnung gekommen waren, ist im vorliegenden Abschlusse mit einem entsprechend höheren Ueberschusse vertreten.

Die Gesamtausgaben sind gegen das Vorjahr in runder Summe um 136000 Mk. gewachsen. Die erhöhte agitatorische und organisatorische Tätigkeit, die der vorjährige Vorstandsbericht bei weiteren guten Einnahmen in Aussicht stellte, ist nach Möglichkeit entfaltet worden. Die Kosten für allgemeine Agitation haben mit 111284,98 Mk. eine Höhe erreicht wie nie zuvor. Weiter sind auch die in der Entwickelung etwas zurückgebliebenen Parteiblätter, wie die gegen das Vorjahr um dreifach höhere Preßunterstützung beweist, kräftig gefördert worden. Auch die mit 152144 Mk. zur Ausgabe gelangten Darlehen dienten in erster Linie zur Förderung unserer Presse, indem sie, mit Ausnahme einiger zu anderen Zwecken gegebenen Summen, denjenigen parteigenössischen Unternehmungen zur Verfügung gestellt wurden, die zwar in erfreulichstem Aufschwung begriffen sind, aber doch nicht in der Lage waren, die Kosten notwendig gewordener Vergrößerungen sofort aus eigenen Mitteln bestreiten zu können.

Ist auch der Rückgang der eigentlichen Parteibeiträge, wenn auch nur um eine verhältnismäßig geringe Summe, nicht gerade erfreulich, so muß doch bei Beurteilung dieser Erscheinung berücksichtigt werden, daß unsere Parteigenossen im verflossenen Berichtsjahre für andere Zwecke gewaltige Opfer gebracht haben. Konnten doch allein durch die vom Parteivorstand eingeleitete Sammlung den streikenden Bergarbeitern des Ruhrreviers 277874,71 Mk. zugeführt werden.

Im einzelnen verteilen sich Einnahmen und Ausgaben wie folgt:

Bericht über die Einnahmen und Ausgaben der Parteikasse

vom 1. August 1904 bis 31. Juli 1905.

A. Einnahmen.

Im Monat	Insgesamt		Von den gesamten Einnahmen entfielen auf: Allgemeine Einnahmen		Darlehns-Konto		Zinsen		Ueberschuß des „Vorwärts"		Ueberschuß der Vorw.-Buchhandlung		Ueberschuß des Wahren Jakob		Nordische Wasserkante		Vermischte Einnahmen	
	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.
1904																		
August . .	27048	63	21948	63	—	—	100	—	—	—	—	—	5000	—	—	—	—	—
September .	57414	39	29203	64	75	—	3135	75	—	—	25000	—	—	—	—	—	—	—
Oktober . .	98821	01	23527	96	—	—	—	—	9093	05	—	—	6000	—	60000	—	200	—
November .	22113	06	19225	92	1500	—	350	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1037	14
Dezember .	79478	99	15871	59	30000	—	8596	50	—	—	25000	—	—	—	—	—	10	90
1905																		
Januar . .	51516	01	18844	91	4137	50	1673	75	21859	85	—	—	5000	—	—	—	—	—
Februar . .	84437	—	13457	50	17000	—	3932	—	—	—	—	—	—	—	50000	—	47	50
März . . .	42930	22	29694	15	550	—	265	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12421	07
April . . .	84194	13	27605	38	—	—	4247	70	27912	50	10000	—	5000	—	—	—	9428	55
Mai . . .	24515	50	24230	50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	285	—
Juni . . .	43446	07	28379	07	2000	—	8022	—	—	—	—	—	5000	—	—	—	45	—
Juli . . .	107154	13	43036	93	—	—	2924	90	25662	30	35000	—	—	—	—	—	530	—
	723069	14	295026	18	55262	50	33247	60	84527	70	95000	—	26000	—	110000	—	24005	16

	723069,14 Mk.
Hierzu Bestand vom 31. Juli 1904	23528,67 „
	746597,81 Mk.

B. Ausgaben.

Im Monat	Insgesamt		Von den gesamten Ausgaben entfielen auf: Allgemeine Agitation		Wahl-Agitation		Unterstützungen		Prozeß- und Gefängniskosten		Reichstagskosten		Gehälter und Verwalt.-Ausgaben		Darlehns-Konto		Preß-Unterstützungen		Vermischte Ausgaben	
	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.
1904																				
August . . .	12799	33	4879	20	1000	—	1695	—	2308	—	3	—	1743	83	—	—	850	—	320	30
September . .	15728	55	10653	95	—	—	1515	50	1177	70	—	—	1633	10	—	—	250	—	498	30
Oktober . . .	26459	57	9022	25	2000	—	671	—	470	20	—	—	5899	02	6000	—	2250	—	147	10
November . .	34700	20	5385	80	5036	—	1435	50	42	50	—	—	1810	55	18950	—	1450	—	589	85
Dezember . .	38519	50	7156	95	5697	35	1071	50	1600	—	6230	—	1936	35	13900	—	850	—	77	35
1905																				
Januar . . .	72614	—	11012	35	7036	60	36541	—	311	05	5300	—	3718	40	7000	—	1470	—	224	60
Februar . . .	22121	—	6217	70	2300	—	1675	50	360	—	7951	—	2266	15	—	—	970	—	380	65
März	52255	10	7163	90	2000	—	1755	—	880	75	11500	—	2141	20	22000	—	4470	—	44	25
April	38771	76	13628	60	—	—	1424	50	159	50	1600	—	4109	80	10480	—	6270	—	1099	36
Mai	51263	10	6431	90	1500	—	13915	—	947	60	7200	—	2176	—	15450	—	3600	—	42	60
Juni	55126	60	6040	90	8395	15	1730	—	2234	45	43	—	2963	60	30000	—	3270	—	449	50
Juli	78759	83	23391	48	8067	60	1776	70	298	—	—	—	3326	05	28364	—	10970	—	2566	—
	499118	54	111284	98	43032	70	65206[1])	20	10789	75	39827	—	33724[2])	05	152144	—	36670	—	6439	86

	499 118,54	Mk.
Ausgabe für Kapitalanlage	224 587,29	„
Kassenbestand am 31. Juli 1905	22 891,98	„
	746 597,81	Mk.

Berlin, den 17. August 1905.

Revidiert und für richtig befunden:

H. Meister. H. Koenen. Fr. Brühne. W. Bock. Fr. Ehrhart. Clara Zetkin.
Aug. Kaden. Ad. Geck.

C. Ausgaben für die Parteipresse

im einzelnen nachgewiesen.

Aachener Ausgabe der „Rh. Ztg."	Mk. 2750,—
„Bochumer Volksblatt"	„ 5500,—
„Cassseler Volksblatt"	„ 3300,—
„Königsberger Volkszeitung" und „Landbote"	„ 3300,—
„Lüneburger Volksblatt"	„ 1000,—
Saalfelder Blätter	„ 1320,—
„Saarbote"	„ 5500,—
„Stettiner Volksbote"	„ 6000,—
„Straßburger Freie Presse"	„ 3000,—
	Mk. 36670,—

Bemerkungen zu B. Ausgaben.

[1]) In dieser Summe sind auch die 25000 Mk. enthalten, die den streikenden Bergleuten des Ruhrreviers aus Parteimitteln bewilligt wurden.

[2]) In dieser Rubrik befinden sich außer den üblichen Ausgaben für Gehälter und Hülfskräfte, Porto und Telegrammgebühren, Kosten der Kassenrevision usw., die Miete für die Räume des Parteibureaus und des Archivs, die sachlichen und persönlichen Ausgaben für das Fraktionssekretariat, Kosten für Neuerwerbungen für das Archiv usw.

Tabellarische Uebersicht

r seit dem Parteitag in Bremen eingegangenen Partei-Beiträge.

1. August 1904 bis 31. Juli 1905.

Ort ezw. Wahlkreis oder Landesteil	August	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli
chen	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	—	—
enburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	300,00	—
ona	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
ona (Wahlkreis)	—	3000,00	—	—	—	—	1000,00	—	—	2000,00	1000,00	—
-Warthau	—	—	—	—	—	30,00	—	—	—	—	—	—
nweiler	3,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
e	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
gsburg	—	—	—	—	—	—	10,00	—	—	10,00	—	—
nt-Wilhelmshav.	—	—	168,00	—	202,00	—	—	—	138,30	—	203,00	—
yreuth	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00	—	—
elitz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12,00	—	—
rlin II.	1000,00	2500,00	3000,00	—	—	1300,00	—	1300,00	1700,00	1600,00	1200,00	1100,00
„ III.	1000,00	—	2000,00	—	1000,00	—	1000,00	1300,00	1500,00	—	1500,00	1000,00
„ IV.	3500,00	6000,00	3000,00	2000,00	1000,00	1000,00	2500,00	5500,00	5500,00	5000,00	4000,00	6000,00
„ V.	—	—	—	—	—	—	—	—	1000,00	—	500,00	500,00
„ VI.	5300,00	11000,00	6900,00	2000,00	4300,00	5000,00	—	15000,00	8300,00	8000,00	5000,00	5700,00
rlin, diverse	776,65	822,62	713,80	576,75	777,85	443,00	321,40	985,65	2479,45	739,95	409,35	377,40
rn	100,00	—	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	—	100,00	50,00	50,00
rnburg (Wahlkr.)	—	—	—	25,00	25,00	25,00	—	—	—	—	—	—
uthen (Oberschl.)	10,00	5,00	3,00	4,00	5,00	2,50	3,00	4,00	3,50	5,00	5,00	5,00
elefeld	500,00	—	—	5,20	—	—	—	—	—	—	—	—
chum (Wahlkreis)	—	—	—	—	—	—	—	—	200,00	—	—	258,00
rna (14. sächs. Wahlkreis)	250,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
andenburg a. H. (Wahlkreis)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	200,00	100,00	—
emen	20,80	500,00	—	18,70	500,00	10,00	27,30	500,00	—	20,00	524,10	—
emerhaven	—	—	—	—	200,00	—	—	—	—	—	—	200,00
eslau	150,00	150,00	200,00	150,00	150,00	200,00	150,00	150,00	200,00	150,00	150,00	240,00
ieg-Ramslau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,00	—
üssel	—	—	—	—	16,91	—	—	—	—	—	12,10	—
nzlau-Lüben	—	—	—	—	—	—	—	45,00	—	—	—	—
tzbach	—	—	—	—	—	—	—	5,00	—	5,00	—	—
rtehude	—	—	—	—	3,00	—	—	3,00	—	—	3,00	—
ssel-Melsungen (Wahlkreis)	—	—	—	—	—	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00
lle	2,05	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
arlottenburg	2,00	—	502,00	—	35,05	2,00	—	31,00	3,00	—	—	—
emnitz (16. sächs. Wahlkreis)	—	—	—	—	1500,00	—	1000,00	—	1000,00	—	—	—
emnitz (Verbreitungsgeb. d. Volksst.)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2000,00
emnitz, diverse	5,00	6,50	1,00	—	1,00	—	—	4,50	—	1,50	—	—
lmar i. Els.	40,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
burg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	30,00
ln a. Rh. (Stadt und Land)	—	80,00	—	—	—	150,00	—	—	—	240,60	—	—
slin	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,00
then	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7,00	—	—
ttbus (Wahlkreis)	—	—	250,00	—	—	—	—	—	—	250,00	—	—
ttbus, diverse	—	—	2,50	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Ort bezw. Wahlkreis oder Landesteil	August	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli
Crefeld	—	—	—	100,00	—	100,00	—	—	—	—	100,00	—
Crimmitschau (18. sächs. Wahlkr.)	—	—	—	—	—	—	—	200,00	—	200,00	—	20
Delmenhorst (3. oldenb. Wahlkr.)	—	—	—	—	—	—	—	24,00	—	—	—	2
Dittersdorf	—	—	—	2,40	—	—	—	—	—	—	—	—
Donaueschingen	5,00	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Dortmund	—	—	—	—	—	—	—	—	6,20	—	—	—
Dresden-Altstadt (Sozialdem. Verein)	—	—	1200,00	—	—	—	—	—	—	1200,00	—	—
Dresden (4. sächs. Wahlkreis)	1000,00	—	—	—	1000,00	—	—	500,00	—	500,00	—	—
Dresden (4., 5. u. 6. sächs. Wahlkr.)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5000,00	—
Dresden (Diverse)	—	—	—	—	—	—	—	182,00	—	—	—	—
Durlach (9. bad. Wahlkreis)	50,00	—	—	—	—	—	—	100,00	—	—	—	—
Düsseldorf	—	2,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Ebersbach (2. sächsischer Wahlkreis)	—	—	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—	—
Eberswalde	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,75	—
Eilenburg	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Elberfeld-Barmen (Wahlkreis)	—	—	—	—	—	1000,00	—	—	—	—	—	—
Elbing	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Elsterberg	—	—	—	—	—	—	—	—	2,50	—	—	—
Erfurt (Wahlkreis)	—	—	—	25,00	—	25,00	—	25,00	50,00	25,00	50,00	2
Erlangen	—	—	—	—	—	10,00	—	—	10,00	—	—	—
Essen	—	—	250,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Eßlingen	100,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Euba	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,10	—	—
Falkenberg (Oberschlesien)	16,00	2,00	3,00	3,00	2,00	4,00	3,00	3,00	17,50	2,00	2,00	—
Flensburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	40,00	—
Forst i. L. (Wahlkr.)	—	—	200,00	—	—	—	300,00	—	300,00	—	300,00	—
Forst i. L. (Diverse)	—	3,00	—	—	—	—	—	—	—	—	1,67	—
Franz.-Buchholz	—	—	—	1,20	—	—	—	—	—	—	—	—
Freiburg i. Schl.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	13,50	—	—
Freienwalde	—	—	—	—	—	—	—	—	—	19,80	—	—
Friedrichskoog	—	—	—	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—
Fürth i. B.	20,00	20,00	20,00	20,00	20,00	20,00	20,00	20,00	20,00	20,00	20,00	—
Gelsenkirchen	4,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gera, Reuß (Wahlkreis)	150,00	—	—	—	150,00	—	—	150,00	—	150,00	—	—
Gießen	—	—	36,00	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Gleiwitz	—	—	6,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Glogau (Wahlkreis)	—	—	—	20,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Goldbek	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gorczizen	—	—	—	—	—	20,00	—	—	—	—	—	—
Gotha	—	60,00	30,00	30,00	30,00	30,00	30,00	30,00	30,00	30,00	30,00	3
Gräfrath	50,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Grabowsee	—	—	—	—	—	—	16,40	13,20	—	6,05	—	—
Greiz (Wahlkreis)	—	—	—	—	—	—	200,00	—	—	—	—	—
Guben-Lübben (Wahlkreis)	—	—	50,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Ort bezw. Wahlkreis oder Landesteil	August	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli
ugeltwitz	—	—	15,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
utschdorf	—	—	5,00	—	—	—	—	5,00	—	—	—	5,00
agen i. W.	—	—	—	—	4,00	—	—	—	—	—	—	—
alberstadt-Wernigerode (Wahlkr.)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	100,00	—
alle a. S. (Wahlkr.)	—	300,00	—	—	—	—	—	—	—	600,00	—	—
amburg III	—	—	—	6000,00	—	—	—	—	—	—	—	—
amburg, diverse	232,38	160,00	251,50	250,17	140,65	207,75	—	547,42	97,00	97,60	149,00	61,50
amm i. W.	—	10,00	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—
anau (Wahlkreis)	100,00	—	—	—	—	100,00	—	—	—	—	—	—
annover	1000,00	—	—	—	—	—	1000,00	—	—	—	—	—
eidelberg	—	10,11	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
essen, Großh. (Landesorganis.)	—	—	—	—	—	500,00	500,00	500,00	—	500,00	—	—
irschberg-Schönau (Wahlkreis)	10,00	—	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—
of	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	25,00
öchst-Ulfingen (Wahlkreis)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	200,00	200,00
öchst a. M.	1,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
ohenstein-Ernstthal	—	—	—	5,00	—	—	—	—	—	—	—	—
orkenstein	—	—	—	—	—	—	—	—	4,40	—	—	—
ar	—	4,50	—	—	—	—	—	—	—	8,00	4,60	—
arlsruhe i. B.	—	—	—	2,00	200,00	—	—	—	—	—	—	100,00
attowitz (Oberschl.)	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00	—
ellinghusen	50,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
iel (7. schl.-holst. Wahlkreis)	—	—	500,00	—	—	—	—	—	300,00	—	—	—
iel, diverse	—	4,00	—	—	3,00	—	—	3,00	—	—	—	—
önigsberg i. Pr.	—	—	100,00	—	—	100,00	—	—	100,00	—	100,00	—
önigshütte	10,00	—	—	—	5,00	—	—	—	—	—	—	—
andeshut-Jauer	—	—	—	—	—	20,00	—	—	—	—	—	—
andsberg a. W.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	13,25	—	—
angenbielau	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—	—	—	—
eipzig (12. u. 13. sächs. Wahlkreis)	4000,00	3000,00	—	2000,00	3000,00	—	3000,00	—	—	—	3000,00	20000,00
eisnig	15,00	—	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—
engenfeld i. W.	—	—	—	—	1,00	—	—	—	—	—	—	—
ennep-Remscheid-Mettmann	—	—	—	—	—	—	—	—	—	224,65	—	166,13
imbach (15. sächs. Wahlkreis)	—	—	—	—	—	—	—	—	500,00	—	—	—
immer (9. hannov. Wahlkreis)	—	100,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
inden i. W.	—	—	—	—	1,50	—	—	—	—	—	—	—
ipine (Oberschl.)	5,00	—	—	—	—	—	—	—	4,00	—	—	—
ondon	—	—	—	—	—	26,00	—	—	—	2,00	—	—
übeck	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
übzin i. Pommern	—	1,50	2,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
ückenwalde	55,00	5,00	5,00	105,00	5,00	55,00	5,00	5,00	105,00	5,00	5,00	5,00
udwigshafen a. Rh.	—	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—	—	—
udwigshafen a. Rh. (Gau Pfalz)	—	—	—	—	—	—	—	—	500,00	—	—	—

Ort bezw. Wahlkreis oder Landesteil	August	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli
Magdeburg	—	1000,00	—	—	—	300,00	—	—	200,00	—	200,00	—
Mannheim	—	—	—	—	—	200,00	—	200,00	—	—	200,00	—
Mariendorf	—	—	—	—	—	—	—	15,65	—	—	5,00	—
Meerane (17. sächs. Wahlkreis)	—	—	—	—	—	—	—	—	100,00	—	—	—
Meißen (7. sächs. Wahlkreis)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	500,00	—	—
Memel	—	—	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—
Minden i. W. (Wahlkreis)	—	—	—	—	20,00	—	—	—	—	—	20,00	—
Mörs (Wahlkreis)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	13,00	—	—
Mülhausen i. E.	20,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
München, diverse	5,00	5,00	5,00	5,00	25,00	5,00	5,00	5,00	20,50	15,00	5,00	—
München (Gau Südbayern)	—	—	139,84	—	—	143,12	—	—	162,53	—	—	148,
Neisse	2,00	—	—	—	—	—	—	—	1,65	—	—	—
Neuenhagen	—	—	1,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Neustadt (Coburg)	—	—	—	—	5,00	—	—	—	—	—	—	—
Neustadt (Oberschl.)	—	—	20,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Netwarwich	—	—	—	—	—	—	—	4,18	—	—	—	—
Niederbarnimer Wahlkreis	1000,00	—	1000,00	—	1000,00	—	—	—	1000,00	—	1000,00	—
Niefern	—	—	—	—	—	5,00	—	—	—	—	—	—
Niederzwönitz (19. sächs. Wahlkr.)	50,00	—	—	—	—	—	50,00	—	—	50,00	—	—
Nürnberg	4,00	4,00	—	—	—	522,00	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00	5,
Nürnberg (Gau Nordbayern)	—	—	—	—	—	898,27	—	—	—	—	—	—
Oberlangenbielau	—	—	100,00	—	—	—	100,00	—	100,00	—	—	64,
Oberpeilau	—	—	—	—	—	10,00	—	—	—	—	15,00	—
Oberschöneweide	—	—	4,70	—	—	—	—	11,55	—	—	—	—
Oberstein a. N.	—	—	10,17	—	—	10,57	—	—	10,40	—	—	14,
Paris	—	—	—	—	—	—	—	2,00	—	—	—	—
Peterswaldau	—	—	16,00	15,50	—	16,00	—	—	—	—	—	15,
Pforzheim	—	—	50,00	—	—	—	20,00	—	—	—	—	30,
Pilgramsheim	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00	—	—
Pirna	—	—	5,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Plau i. Mecklb.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6,00	—
Plauen i. V.	100,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Potsdam-Spandau-Osthavelland	—	—	—	—	100,00	—	—	—	100,00	—	—	—
Potschappel (6. sächs. Wahlkreis)	—	—	1500,00	—	—	1500,00	1200,00	—	1000,00	—	—	—
Nandow-Greifenhagen	100,00	—	—	—	—	—	—	—	100,00	—	—	100,
Rawitsch	—	—	—	—	—	12,05	—	—	24,90	—	—	3,
Regensburg	—	10,00	—	11,00	—	—	—	—	—	20,00	—	—
Reichenbach i. Schl.	—	—	10,00	11,00	—	20,00	—	—	—	—	—	20,
Reichenbach i. V. (Wahlkreis)	—	—	—	—	—	—	100,00	—	—	—	—	—
Remscheid	—	153,00	3,00	—	—	—	—	—	—	—	7,20	—
Rinteln	—	—	—	—	—	—	—	—	1,30	—	—	—
Rixdorf	—	—	—	—	—	25,00	20,00	—	—	—	—	—
Ronsdorf	—	5,00	25,00	—	5,00	25,00	—	—	—	—	—	—

Ort bezw. Wahlkreis oder Landesteil	August	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli
othenburg-Hoyerswerda . .	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—	—	—	—
yhnick	—	—	5,00	—	5,00	—	5,00	5,00	5,00	—	—	—
achs.-Weimarische Landesorganisation	—	50,00	—	—	100,00	—	—	—	100,00	—	100,00	—
agan	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00	—	—	—
t. Ilgen	—	—	—	5,00	—	—	—	—	—	—	—	—
cherpenberg	—	—	—	—	—	—	15,50	—	—	—	—	—
chiffbeck i. H. . . .	100,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
chkeuditz (Wahlkreis Merseburg-Querfurt)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50,00	—	—
chmiedeberg i. R.	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
chönlanke	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00	—
chwabach	—	—	—	10,00	—	—	—	—	10,00	—	—	—
chwarzh.-Rudolst.	—	—	—	—	—	—	—	—	50,00	—	—	—
chweidnitz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	21,50	—	—
chweinfurt	—	10,00	—	—	—	10,00	—	—	10,00	—	10,00	—
chwelm	—	—	—	—	—	70,00	—	—	—	—	—	—
eligenstadt	—	—	—	—	—	—	—	5,00	—	—	—	—
olingen (Wahlkr.)	100,00	50,00	50,00	50,00	60,00	60,00	—	—	100,00	—	—	120,00
onneberg	—	—	20,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
premberg	—	8,80	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
taßfurt (Wahlkreis Calbe-Aschersleben)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	150,00
tettin (Wahlkreis)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	500,00
traßburg i. E. . .	5,00	5,00	5,00	5,00	—	5,00	5,00	5,00	—	—	—	—
triegau (Wahlkreis)	55,00	—	57,25	—	—	97,75	—	—	—	27,00	—	—
tuttgart	—	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	13,00	10,00
angermünde . . .	—	—	—	—	—	4,90	—	—	—	—	—	—
eltow-Beeskow-Charlottenburg (Wahlkreis)	100,00	—	300,00	5000,00	—	450,00	862,90	250,00	250,00	250,00	250,00	250,00
orgau (Wahlkreis)	—	—	—	—	30,00	—	—	25,00	—	—	—	—
riberg	—	—	—	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—
erden (6. hannoversch. Wahlkreis)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	100,00	—	—
ierfen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4,00
aldenburg i. Schl. (Wahlkreis) . . .	—	—	100,00	—	—	100,00	—	—	—	—	—	—
andsbek	500,00	—	—	500,00	—	—	—	—	—	—	—	650,00
arnemünde	—	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—	—	—
erdau	—	11,20	—	—	—	—	—	—	0,50	—	—	—
iesbaden	—	—	—	—	—	—	3,00	—	—	—	—	—
ürttemberg	100,00	100,00	100,00	—	—	300,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00
ürzburg	5,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
abrze (Oberschles.)	5,00	—	—	—	—	10,00	—	—	5,00	—	5,00	—
eitz (Wahlkreis) . .	—	—	—	—	—	200,00	—	300,00	—	—	300,00	—
wickau	—	—	—	—	—	—	—	1000,00	—	—	—	—
iverse	—	0,50	2,10	—	9,00	—	5,00	—	—	—	—	—

Bericht

der

Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands

von Anfang August 1904 bis Ende Juli 1905

Das Berichtsjahr ist für die proletarische Frauenbewegung ein Jahr befriedigender innerer und äußerer Entwickelung gewesen. Es begann damit, daß die Unterzeichnete an die Vertrauenspersonen ein Zirkular sendete, in welchem allgemeine Anleitungen gegeben wurden über die Stellung der Vertrauenspersonen zu den leitenden Genossen, wie über das zu entfaltende Wirken, um die von der Frauenkonferenz zugewiesenen Aufgaben zu erfüllen.

Wie belebend und anregend die Frauenkonferenz zu Bremen gewirkt hat, wurde bald ersichtlich, und zwar nicht nur an dem Eifer der Frauen, sich im Dienste der Arbeiterbewegung zu betätigen, sondern auch durch die Geneigtheit vieler Genossen, die Frauenbewegung fördern zu helfen. Die Agitation konnte an vielen Orten einsetzen, die bis dahin brach gelegen hatten.

Nach den vollzogenen Neuwahlen der Vertrauenspersonen war deren Zahl sofort erheblich höher als am Schlusse des Vorjahres; jetzt beträgt sie 190.

Die Unterzeichnete hat in etwa 30 Orten eine proletarische Frauenbewegung in die Wege geleitet. Sie hielt zu diesem Zwecke Versammlungen ab, in denen Vertrauenspersonen gewählt wurden. An manchen Orten stand sie den Genossinnen bei, Organisationen zu schaffen, die inzwischen ins Leben getreten sind und eine gute Entwickelung zeigen. So sind die Anfänge der Einbeziehung der Frauen in das Leben der Partei u. a. in Posen, Oldenburg und Schleswig gemacht worden.

Dort wo es das Vereinsgesetz ermöglicht, sind die Genossinnen mit den Genossen gemeinsam politisch organisiert. Nach einer veranstalteten Umfrage haben wir in Deutschland ungefähr 4000 Genossinnen, die in dieser Weise organisiert sind.

Die unpolitischen Bildungsvereine dagegen umschließen etwa 3000 Frauen und Mädchen. Diese Ziffern mögen im Verhältnisse zum Umfang der gesamten deutschen Sozialdemokratie nicht groß erscheinen. Sie geben aber auch bei weitem nicht die ganze Zahl der Frauen wieder, die zur Partei gehören und für sie tätig sind, die aber infolge des vereinsgesetzlichen Unrechts oder anderer Sonderverhältnisse, welche die politische Betätigung des weiblichen Geschlechts hindern, den Organisationen fernbleiben. Es sind nicht allein die Bestimmungen der verschiedenen einzelstaatlichen Vereinsgesetze, welche einer einheitlichen und festen Organisation der Genossinnen entgegenwirken, sondern auch die Handhabung der Gesetze tut dies. Nach den Erfahrungen, welche die Genossinnen in dieser Hinsicht im Ruhrgebiet, wie noch in anderen Gegenden Deutschlands

bis vor die Tore Berlins und in Berlin selbst gemacht haben, würden die Behörden rasch das Lebenslicht jedem Verein von Frauen ausblasen, der nur entfernt sozialdemokratischer Tendenzen angeklagt werden könnte. Unter diesen Umständen haben die Genossinnen sich darein schicken müssen, nur lose organisiert zu sein. Ihr Streben, sich als vollgültige Parteigenossinnen zu erweisen, kommt mehr und mehr darin zum Ausdruck, daß viele Frauen in Preußen regelmäßig freiwillige Parteibeiträge leisten. Im 6. schleswig-holsteinischen Wahlkreise z. B. haben wir bereits 450 Frauen, die sich durch Quittungskarten als organisierte Genossinnen zu legitimieren imstande sind.

Der feste innere Zusammenhang, der zwischen dem Leben der sozialdemokratischen Partei und unserer Frauenbewegung besteht, gelangte zum Ausdruck durch den regen und verständnisvollen Anteil, den die Genossinnen an den Parteiaktionen nehmen. Bei keiner derselben hat ihr Interesse und ihre Mitarbeit versagt; wir greifen jedoch von ihnen nur eine als Beweis heraus: der preußische Parteitag. Sobald derselbe einberufen worden war, forderte die Unterzeichnete durch einen Aufruf in der „Gleichheit" zur Stellungnahme und Beschickung die Genossinnen der Orte auf, in denen die Frauenbewegung kräftig entwickelt war. Der Wichtigkeit der Sache entsprechend, wurden außerdem den betreffenden Vertrauenspersonen noch schriftlich ausführlich die Gründe dargelegt, welche die Beteiligung der Genossinnen an diesem Parteitage notwendig machten. Der Erfolg war, daß von 7 Orten 10 Genossinnen delegiert worden sind, die bei den verschiedenen Punkten der Tagesordnung sich an den Debatten in sachkundiger Weise beteiligten.

Die Einrichtung von Lese- und Diskussionsabenden zur Schulung der Genossinnen hat sich vortrefflich bewährt. In großer Anzahl werden solche Abende abgehalten. Als Grundlage der Erläuterungen und Diskussionen dienen Artikel aus der „Gleichheit", ferner das Kommunistische Manifest, Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie von Kautsky und Schoenlank und andere Schriften unserer theoretisch schulenden Parteiliteratur. Wir erzielen dadurch in vielen Orten einen Stamm tüchtig durchgebildeter, mit dem sozialdemokratischen Programm wohl vertrauter Genossinnen, die bewußt unseren Zielen anhängen, dieselben erfolgreich vertreten und anderen verständlich machen können.

Auch die Bildungsvereine leisten ihr gut Teil Aufklärungsarbeit. Von Aerzten, Hygienikern, Künstlern, Schriftstellern usw. werden hier in großer Zahl anregende und belehrende Vorträge gehalten über Erziehungsfragen, das Volksschulwesen, naturwissenschaftliche und geschichtliche Themata, die Wohnungsfrage, Waisen- und Armenpflege usw.

Künstlerische Veranstaltungen, Vorführungen der Werke von Meunier, Holbein, Rembrandt u. a., Rezitationen aus den Werken der Klassiker und der neueren Dichter, wie Ibsen, Gorki und anderer haben dazu beigetragen, unter den Frauen und Mädchen des arbeitenden Volkes Allgemeinbildung zu verbreiten und den Geist empfänglich zu machen für die sozialistische Ideensaat.

Die politische Aufklärung ist in ausgiebiger Weise gefördert worden in den oben angeführten Diskussionsabenden, sowie in öffentlichen Versammlungen durch Vorträge über alle das öffentliche Leben berührende Fragen und Vorgänge. Unsere Rednerinnen sind rastlos für unsere heilige Sache tätig, sie kennen keine Ermüdung, kein Ausruhen.

Besonders planmäßig und eingehend haben sich die Genossinnen im ganzen Reich mit der Schulfrage beschäftigt. Ihre aufklärende Agitation hat in sehr großen proletarischen Kreisen das Verständnis für dieselbe geweckt und eine gute Zahl von Frauen mit der Sachkenntnis ausgerüstet, die sozialistischen Forderungen auf dem Gebiete des Bildungswesens überzeugend vertreten zu können.

Als der große Kampf der Bergleute im Ruhrgebiet ausbrach, rief die Unterzeichnete die Genossinnen zu tatkräftiger Unterstützung auf, und sie haben wahrlich tüchtige Arbeit geleistet, nicht nur als Rednerinnen in den Versammlungen, sondern auch bei der notwendigen unscheinbaren Kleinarbeit, dem Stärken des Solidaritätsgefühls usw., wie dem Sammeln von Geldern haben sie das ihrige ausdauernd, tapfer und opfermutig getan. Die rühmenswerte Haltung, welche die Frauen der Streikenden während des Kampfes betätigt haben, ist zum großen Teil das Verdienst der proletarischen Frauenbewegung, die seit Jahren an der Aufklärung der westfälischen Proletarierinnen mit zäher Ausdauer gearbeitet hat.

Der Abschluß der Handelsverträge und die fortwährende Steigerung der Lebensmittelpreise gaben Anlaß zu vielen Versammlungen und Protestaktionen seitens der Genossinnen.

Wie die Genossinnen im vorigen Jahre die ersten waren, die ihre Stimmen zum Protest gegen die Liebedienerei des offiziellen Deutschlands vor dem Zarismus erhoben, so standen sie auch dieses Jahr in den ersten Reihen, als es sich darum handelte, in Massenversammlungen gegen die Greueltaten des russischen Absolutismus zu protestieren und den glorreichen Freiheitskämpfern im Moskowiterreich, vor allem aber den russischen und polnischen Sozialdemokraten die Sympathie und Bewunderung des deutschen Proletariats zu versichern. — Auch die Schandtaten des Militarismus, die grausamen Soldatenmißhandlungen und die unmenschlichen Bluturteile der Militärgerichte boten den Genossinnen Anlaß zu einer Agitation, welche schärfste Kritik am ganzen System übte und es als Todfeind des Proletariats zu brandmarken. Kurz, nach jeder Richtung hin, unter Ausnutzung aller Gelegenheiten und aller zu Gebote stehenden Mittel, sind die Genossinnen bemüht gewesen, im weiblichen Proletariat Kenntnis der Zustände zu verbreiten, die Köpfe zu revolutionieren und dadurch Kämpferinnen für den Sozialismus zu gewinnen, sowie vor allem auch Mütter, welche künftige Kämpfer erziehen.

Als bekannt wurde, daß der Beirat für Arbeiterstatistik beabsichtige, Erhebungen über die Arbeitsbedingungen in den Plättereien und Wäschereien, sowie in der Fischindustrie zu veranstalten, richtete die Unterzeichnete an die genannte Körperschaft eine Eingabe betreffend die Mitwirkung der geschulten Genossinnen bei dieser Enquete. Es galt bei derselben die Interessen großer proletarischer Frauenkreise zu vertreten, denn in den Plättanstalten wie in der Fischindustrie sind fast nur und in sehr großer Anzahl weibliche Arbeitskräfte beschäftigt. Der Beirat wurde deshalb ersucht, sowohl bei einer mündlichen Befragung von Auskunftspersonen, wie einer schriftlichen Enquete sich an die Männer und Frauen zu wenden, welche auf Grund ihrer Lebenserfahrungen und ihrer Tätigkeit in der Arbeiterbewegung mit den einschlägigen Arbeitsbedingungen besonders vertraut sind, und nicht durch die Furcht vor Maßregelung zum Schweigen veranlaßt werden. Es wurden eine Reihe von Adressen solcher Personen angegeben. Die baldigst eingetroffene Antwort lautete dahingehend, daß die Auskunftspersonen bereits bestimmt seien, gegebenenfalls würde man sich an die vorgeschlagenen Personen und Vertreter der Organisationen wenden. Der Beirat äußerte weiter, daß bei den Erhebungen von keiner Seite her eine Beeinflussung stattfinden dürfe, doch unterliege es keinem Bedenken, es sei vielmehr erwünscht, wenn sachverständige Frauen bei Beantwortung der gestellten Fragen den Arbeiterinnen behülflich seien.

Durch ein Rundschreiben wurden die Genossinnen von dieser Antwort in Kenntnis gesetzt und aufgefordert, sich bereit zu halten und den Gewerkschaften geeignete Frauen zur event. Verfügung zu stellen. In Hamburg, Altona, Ottensen und anderen Orten nutzte man sofort die Gelegenheit aus, um in Versamm-

lungen unter den Arbeiterinnen der Fischindustrie Propaganda für die Verkürzung der Arbeitszeit, insbesondere den Achtstundentag, sowie für die gewerkschaftliche Organisation zu machen. Soviel mir bekannt wurde, mit dem Erfolge, daß eine größere Anzahl in der Fischindustrie tätiger Frauen sich der gewerkschaftlichen Organisation anschlossen. Die in dieser Industrie üblichen niedrigen Löhne und anderen Uebelstände sind geradezu empörend. Damit das bei den amtlichen Erhebungen gewonnene Material Verwendung finden kann, wurde der stenographische Bericht des Beirats aus der Zentralkasse für unsere Agitatorinnen gekauft. Die Erhebungen in den Plättereien und Wäschereien haben bis jetzt noch nicht stattgefunden. Unsere Genossinnen warteten indes nicht; in den Wasch- und Plättanstalten Hamburgs-Altona's und anderen Orten stellten sie selbst Erhebungen an. Schlimme Zustände kamen dabei ans Tageslicht, deren Kenntnis für die Agitation von großem Vorteil ist. Die Mühe der Genossinnen wird durch den Wert der geleisteten Arbeit und ihrer Früchte belohnt.

Wie gelegentlich der amtlichen Enquete so hat die proletarische Frauenbewegung auch sonst in jeder Hinsicht die gewerkschaftliche Organisation gemeinsam mit den Gewerkschaften zu fördern gestrebt. Die rednerisch gewandten, organisatorisch geschulten Genossinnen sind unablässig tätig gewesen, um indifferente Arbeiterinnenmassen wachzurütteln und der Organisation ihres Berufes zuzuführen. In den Industriezentren läßt es sich der Stamm aktiver Genossinnen angelegen sein in enger Fühlung mit den Gewerkschaften die agitatorische und organisatorische Kleinarbeit zu leisten, welche die Arbeiterinnen der Gewerkschaft zuführen und sie ihr als treue Mitglieder erhalten soll. Insbesondere pflegen sie, durch Rundschreiben dazu ermuntert die Werkstubensitzungen und stehen zu diesen zur Verfügung. In manchen Orten bestehen Kommissionen, welche die Agitation für die Gewerkschaften unter den Frauen betreiben. Häufig sind die weiblichen Vertrauenspersonen die Beschwerdestelle für die Arbeiterinnen, die Mittelsperson zwischen ihnen und der Gewerbeinspektion. Zur Förderung der gewerkschaftlichen Arbeit der Genossinnen wurde u. a. ein Zirkular verschickt, welches den Genossinnen Ratschläge gibt über die Aneignung der notwendigen Gesetzeskenntnis, um mit Vorteil Werkstuben- und Fabrikversitzungen leiten zu helfen, wie die Frauenkonferenzen in Mainz, München und Bremen anempfahlen. Die Genossinnen erhielten dazu noch den „Führer" durch das Krankenversicherungs- und Gewerbeunfallversicherungsgesetz. Bei der Wichtigkeit der Gewerkschaftsbewegung hatten es die Genossinnen für angebracht gehalten, sich auf dem letzten Gewerkschaftskongreß zu Köln durch die Unterzeichnete vertreten zu lassen. Als Gast nahm sie zur Frage der gewerkschaftlichen Agitation unter den Arbeiterinnen das Wort.

Erwähnt sei zum Schlusse noch, daß die jahrelang geführte Agitation der Genossinnen für Mutter- und Säuglingsschutz als Aufgabe der Kommune, wie er auf unseren Frauenkonferenzen gefordert worden ist, endlich das Resultat eines Anfanges in Berlin gezeitigt hat. Es sind im Mai dieses Jahres zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit vier städtische Fürsorgestellen errichtet worden, in denen unentgeltlich spezialärztlicher Rat über die Pflege und Wartung der Säuglinge erteilt wird, wie auch auf 8 Tage zubereitete Milch für diese unentgeltlich verabfolgt werden kann. Auch stillende Mütter können Unterstützung erhalten. Da die gewährten Vorteile durchaus keine Armenunterstützung sind, sondern ein Recht, welches, um noch viel mehr zu erreichen, ausgenutzt werden muß, so haben die Berliner Genossinnen auf ihre Kosten ein Flugblatt verbreitet, durch welches die Proletarierinnen zu starker Inanspruchnahme der Fürsorgeeinrichtungen veranlaßt werden sollen.

Neben dem gesprochenen Worte ist es das gedruckte, welches bei der Aufklärungsarbeit unter dem weiblichen Proletariat eine große Rolle spielt. Unser Frauenblatt, die Gleichheit, ist in der Ausgestaltung, die sie seit

Beginn dieses Jahres erfahren hat, für die Proletarierin geradezu unentbehrlich geworden. Sie ist ihr nicht bloß treue Beraterin für ihre Beteiligung am Klassenkampf, sondern auch für ihre allseitige Selbstbildung, für die bessere Erfüllung ihrer Pflichten als Hausfrau und Mutter. Die Genossinnen haben keine Mühe gescheut, um Abonnenten für ihre Zeitschrift zu werben. In einigen Orten ist zu diesem Zwecke Hausagitation betrieben worden, die sehr mühevoll war, meist jedoch recht lohnend ausfiel. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß oftmals auch die Genossen halfen, der „Gleichheit" Eingang bei den Frauen zu verschaffen. So ist es im Kreise Wanzleben, wo eine Frauenbewegung bisher nicht bestand, den Genossen gelungen, 200 Abonnentinnen für die „Gleichheit" zu gewinnen.

Hoffentlich wird die Lektüre derselben in den Frauen nach und nach Interesse am Parteileben und am Klassenkampf erwecken, so daß sie sich in nicht zu ferner Zeit als Genossinnen der Sozialdemokratie einreihen. Der vortreffliche Inhalt der „Gleichheit", die unausgesetzte Agitation für das Blatt, haben bewirkt, daß die Abonnentenzahl im letzten Jahre sich mehr als verdoppelt hat. Sie ist auf über 23 000 gestiegen.

Um den Genossinnen Gelegenheit zu geben, sich über die Schul- und Erziehungsfrage zu unterrichten und mit Verständnis eine intensive Agitation gegen die geplanten Verschlechterungen der Volksschule, für eine Verbesserung derselben zu entfalten, wurde das Referat, welches Genossin Zetkin zur Frage auf der Frauenkonferenz zu Bremen gehalten hat, in einer Auflage von 20 000 Exemplaren als Broschüre gedruckt. Der billige Preis gestattete den Genossinnen auch recht armer Orte, sie umzusetzen.

Für die Proletarierin ist die Gesunderhaltung des Leibes von hoher Wichtigkeit. In dieser Beziehung hat das in der „Gleichheit" Nr. 26 von 1904 veröffentlichte Merkblatt zur Bekämpfung des Gebärmutterkrebses von unserem Genossen Dr. Curt Freudenberg und Dr. Zadek sehr nützlich gewirkt. Viele Krankenkassen, wie Vertrauenspersonen haben eine größere Anzahl des Merkblattes angekauft und zur Verteilung gelangen lassen; es ist fast in der gesamten Parteipresse zum Abdruck gelangt, wir rechnen nicht zu hoch, wenn wir sagen, daß mindestens eine halbe Million Proletarierinnen dadurch belehrt worden sind.

Um den Vertrauenspersonen die für die eigene Belehrung wie der Genossinnen notwendigen Schriften zukommen zu lassen, wurden für diesen Zweck im Berichtsjahre auf Kosten der Zentralkasse gekauft: 250 Exemplare Protokoll des Bremer Parteitages und der Frauenkonfernz, 25 Exemplare Internationaler Kongreß zu Amsterdam, 170 Protokolle des Preußischen Parteitages, 170 Exemplare der Grundsätze und Erläuterungen zum sozialdemokratischen Programm, 170 Exemplare Das Kommunistische Manifest, 63 Exemplare Preußisches Vereinsgesetz, 7 Preußische Gesindeordnung, 20 Protokolle vom Heimarbeiterschutzkongreß, 12 Stück Die Arbeiterin im Klassenstaat, 20 Fabrikarbeit verheirateter Frauen, 200 Führer durch das Krankenversicherungsgesetz, 200 Führer durch das Gewerbeunfallversicherungsgesetz, 5 Führer durch das Landwirtschaftliche Unfallversicherungsgesetz, 280 Broschüren der Gesundheitsbibliothek.

Die in diesem Jahre ein- und ausgegangenen Postsendungen sind registriert worden, ihre Zahl gibt einen gewissen äußeren Anhalt für den Umfang der Arbeit. An Briefen sind eingegangen 670, ausgegangen 1546; die Zahl der eingelaufenen Postkarten betrug 328, die der ausgegangenen 504. An Drucksachen wurden 985 Pakete versandt.

Entsprechend der Ausbreitung der Frauenbewegung war auch die Einnahme und die Ausgabe eine höhere, als in den Vorjahren.

Sie betrug:

Einnahme . . .	3602 Mk.	50 Pf.
Ausgabe	3213 „	73 „
Bestand	388 Mk.	77 Pf.

Unter den Einnahmen befinden sich 870 Mk. 50 Pf., die für verkaufte Broschüren, „Schulfrage", eingegangen sind. Die übrigen Eingänge sind in der „Gleichheit" periodisch quittiert worden.

Es wurden aufgewendet:

Für Schreibmaterial und kleine Ausgaben 45 Mk. 50 Pf.; für Drucksachen, darunter für 20 000 Broschüren, „Schulfrage", 1424 Mk. 97 Pf.; für mündliche Agitation, Agitationstouren usw. 1417 Mk. 31 Pf.; für Porti 325 Mk. 95 Pf.; also insgesamt 3213 Mk. 73 Pf. — Kasse und Bücher sind vierteljährlich geprüft und in voller Ordnung befunden worden.

Die Fortschritte der proletarischen Frauenbewegung äußern sich nicht nur in dem Steigen der Einnahmen, sondern auch in der größeren Beteiligung von Orten an ihr. Im vergangenen Jahre hatten sich nur 26 Orte an der Aufbringung von Geldern für den Agitationsfonds der Genossinnen beteiligt, in diesem Jahre dagegen waren es 54. Bemerkt muß werden, daß in den einzelnen Zentren unserer Bewegung die Genossinnen verhältnismäßig recht erhebliche Beträge für die Kosten der Agitation unter den Frauen der arbeitenden Massen aufbringen. 1904 z. B. brachten die Genossinnen in Berlin über 1600 Mk. zusammen, in Hamburg über 3000 Mk., in Frankfurt a. M. über 700 Mk. Im laufenden Jahre stellten sich die lokalen Einnahmen und Ausgaben noch höher. Unerwähnt soll nicht bleiben, daß die Genossinnen den Anregungen der Frauenkonferenz entsprechend, sich mit Erfolg mühten, in ihren Bezirken oft unter halb ländlicher Bevölkerung Vertrauenspersonen ausfindig zu machen, und sie anzuleiten, wie die Aufklärung der Frauen ihrer Heimat zu pflegen sei. Die allseitigen Fortschritte unserer Bewegung sollen uns ein Ansporn zu weiterer intensivster Tätigkeit im Dienste des proletarischen Befreiungskampfes sein. Jeder Schritt vorwärts zeigt, welch eine Fülle von Arbeit noch zu leisten ist, aber er läßt uns auch neue Kräfte finden, welche diese Arbeit mit uns leisten wollen. Darum frohen Mutes und voll Zuversicht „vorwärts". Wir Frauen vor allem haben Ketten zu verlieren und eine Welt zu gewinnen.

Ottilie Baader.

Bericht

über die

parlamentarische Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

29. November 1904 bis 30. Mai 1905.

Nachdem der Reichstag am 16. Juni 1904 vertagt worden war, nahm er seine Arbeiten am 29. November wieder auf. Es konnte für niemand zweifelhaft sein, daß der Termin für die Fortsetzung der vertagten Session ein viel zu später war. Ein umfangreiches Material war schon bei der Vertagung unerledigt geblieben, und nun kamen noch umfangreiche neue Beratungsgegenstände hinzu. Das Verzeichnis über die nicht erledigten Materialien, das den Mitgliedern des Reichstages beim Wiederzusammentritt, wie üblich, zuging, ließ keinen Zweifel darüber, daß, wenn nicht recht viele Arbeiten nutzlos unter den Tisch fallen sollten, eine abermalige Vertagung der Session notwendig sein würde. Bei der Vertagung des Reichstages, am 16. Juni 1904, erklärte der Präsident, daß, wenn der Abschluß von Handelsverträgen früher zustande käme, es dann ja immer noch möglich sei, den Reichstag früher als am 29. November einzuberufen. Daraus folgt, daß man sich in Regierungskreisen der Hoffnung hingegeben hatte, sofort mit der Beratung der Handelsverträge beginnen zu können. Während der Vertagung konnte man es auch so in der Tagespresse lesen. Allein der Verlauf der Dinge war ein ganz anderer, und es unterliegt auch keinem Zweifel, daß es den Unterhändlern der Reichsregierung sehr schwer geworden ist, auf der Grundlage des Wuchertarifs selbst diese schlechten Handelsverträge zum Abschluß zu bringen.

Ganz besonders schwierig gestalteten sich die Verhandlungen zum Abschluß eines Handelsvertrags mit Oesterreich-Ungarn. Wiederholt berichtete die Tagespresse, daß die Verhandlungen ins Stocken geraten seien, und man sprach davon, daß sie überhaupt scheitern würden. Daß diese Mitteilungen nicht grundlos waren, wurde in der Folge dadurch bestätigt, daß der Staatssekretär Graf Posadowsky nach Wien reiste und persönlich sein Können einsetzte. Aber auch der Beredsamkeit und Gewandheit Posadowskys wollte

es nicht recht gelingen, und so zogen sich die Verhandlungen lange hinaus. Endlich wurde dann das heiße Bemühen gelohnt, allein damit hatten wir den Februar d. J. erreicht, wo der Reichstag dann in die Verhandlungen der Handelsverträge eintreten konnte.

Ueber die Verhandlungen selbst wird später noch zu reden sein, doch sei hier schon bezüglich des Handelsvertrags mit Oesterreich-Ungarn folgendes erwähnt: Ungarischerseits wurden die Verhandlungen vom Ministerium Tisza geführt, das sich mit dem dortigen Parlament in einem Kampf befand. Es kam zur Auflösung des Parlaments und zu Neuwahlen, und bei dieser Gelegenheit unterlag das Ministerium Tisza. In Ungarn ist aber bis heute, wo wir dies schreiben, noch kein Ministerium zustande gekommen, und der Vertrag noch gar nicht ratifiziert. In Ungarn bestreitet man überhaupt, daß Tisza legitimiert gewesen sei, Unterhandlungen zu führen. Somit besteht zurzeit also die Gefahr, daß die Verhandlungen pro nihilo gewesen sind.

Reichshaushalts-Etat für das Rechnungsjahr 1905/6.

Der diesjährige Reichshaushalt-Etat ist in

Einnahme und Ausgabe

auf 2 180 167 169 Mark festgestellt, und zwar:

im ordentlichen Etat

auf 1 762 209 932 Mark an fortdauernden und auf 223 730 491 Mark an einmaligen Ausgaben, sowie auf 1 985 940 423 Mark an Einnahmen,

im außerordentlichen Etat

auf 194 226 746 Mark an Ausgaben und auf 194 226 746 Mark an Einnahmen.

Der von der Regierung dem Reichstage vorgelegte Etat stellte sich ursprünglich wie folgt: in Ausgabe und Einnahme auf 2 241 560 900 Mark, und zwar: im ordentlichen Etat auf 1 762 658 556 Mark an fortdauernden und auf 182 589 239 Mark an einmaligen Ausgaben, sowie auf 1 945 247 795 Mark an Einnahmen, im außerordentlichen Etat auf 296 313 105 Mark an Ausgaben und auf 296 313 105 Mark an Einnahmen.

Die Differenz zwischen dem Voranschlag der Regierung und den Beschlüssen, nach denen der Reichstag den Etat gestaltet hat, beträgt 61 393 731 Mark.

Im Etat des Jahres 1904/5 betrug die Differenz 400 Millionen Mark. Wie ersichtlich, ist der Reichstag im laufenden Etatsjahr sehr viel freigebiger gewesen wie im verflossenen Etatsjahr; doch wäre es ein Irrtum, daraus schließen zu wollen, daß die Finanzlage in diesem Jahre eine bessere gewesen sei. Im Gegenteil!

Hat nun der Reichstag den Etat der Regierung zum Teil durch Abstriche und durch Erhöhung der Etatsansätze in der Einnahme um obige Summe wirklich reduziert, so muß man sich gleichwohl hüten, diese Maßregel allzu hoch zu bewerten. Die Regierung hat den Ausweg der Nachtragsetats, und daß sie nicht zögert, davon Gebrauch zu machen, lehrt die Erfahrung.

Auf die einzelnen Ressorts verteilen sich die Ausgaben und Einnahmen des Etats für 1905 in folgender Weise:

Fortdauernde Ausgaben.

		Mk.
Bundesrat	— —	„
Reichstag	760 420	„
Reichskanzler und Reichskanzlei	264 070	„
Auswärtiges Amt	16 162 166	„
Reichsamt des Innern	73 406 637	„
Verwaltung des Reichsheeres	595 943 395	„
Reichsmilitärgericht	553 983	„
Transport	687 090 671	Mk.

Transport . .	687 090 671	Mk.
Verwaltung der kaiserlichen Marine	105 046 491	„
Reichs-Justizverwaltung	2 238 225	„
Reichsschatzamt	210 893 905	„
Reichs-Eisenbahnamt	410 560	„
Reichsschuld	113 609 950	„
Rechnungshof	983 840	„
Allgemeiner Pensionsfonds . . .	81 394 557	„
Reichs-Invalidenfonds	43 863 262	„
Reichs-Post- und Telegraphen-Verwaltung	434 355 785	„
Reichsdruckerei	5 582 331	„
Reichs-Eisenbahnverwaltung . . .	76 746 315	„
Summe der fortdauernd. Ausgaben	1 762 215 892	Mk.

Einmalige Ausgaben.

a) Ordentlicher Etat.

Reichstag	— —	Mk.
Auswärtiges Amt	19 774 796	„
Reichsamt des Innern	6 712 800	„
Reichs-Post- und Telegraphen-Verwaltung	13 194 767	„
Reichsdruckerei	79 224	„
Verwaltung des Reichsheeres . .	76 260 694	„
Reichsmilitärgericht	7 800	„
Verwaltung der kaiserlichen Marine	96 208 450	„
Reichs-Justizverwaltung	— —	„
Reichsschatzamt	65 700	„
Reichsschuld	— —	„
Rechnungshof	500 000	„
Reichs-Eisenbahnverwaltung . . .	7 423 000	„
Zur Deckung des Fehlbetrages . .	4 304 992	„
Summe der einmaligen Ausgaben	224 532 223	Mk.

b) Außerordentlicher Etat:

Auswärtiges Amt, Kolonialverwaltung	3 600 000	Mk.
Reichsamt des Innern	5 000 000	„
Verwaltung des Reichsheeres . .	32 987 597	„
Verwaltung der kaiserlichen Marine	46 929 000	„
Reichsschatzamt	— —	„
Reichs-Post- und Telegraphen-Verwaltung	27 475 000	„
Reichs-Eisenbahnverwaltung . . .	16 452 600	„
Aus Anlaß der Expedition nach Ostasien	12 659 605	„
Aus Anlaß der Expedition in das Südwestafrikanische Schutzgebiet	81 340 610	„
Zur Deckung des Fehlbetrages im außerordentlich. Haushalte 1903	2 039 834	„
Summe der Ausgabe des außerordentlichen Etats	228 484 246	Mk.

Summe der einmaligen Ausgaben:		
a)	224 532 223	Mk.
b)	228 484 246	„
	453 016 469	Mk.
Fortdauernde Ausgaben	1 762 245 892	„
Summe . .	2 215 262 361	Mk.

Einnahme.

Zölle und Verbrauchssteuern . . .	881 284 350	Mk.
Reichsstempelabgaben	86 424 000	„
Reichs-Post- und Telegraphen-Verwaltung	517 077 525	„
Reichsdruckerei	8 520 000	„
Reichs-Eisenbahnverwaltung . . .	104 314 700	„
Bankwesen	15 767 500	„
Verschied. Verwaltungseinnahmen	36 939 905	„
Aus dem Reichs-Invalinenfonds	47 927 364	„
Ueberschüsse aus früheren Jahren	240 900	„
Ausgleichungsbeträge	20 876 298	„
Matrikularbeiträge	267 375 573	„
	1 986 738 115	Mk.
Außerordentliche Deckungsmittel .	228 484 246	„
Summe . .	2 215 222 361	Mk.

Die Etatsdebatten.

Der Reichsschatzsekretär Frh. v. Stengel leitete die Generaldebatte mit einer sehr eingehenden und, wie man anerkennen muß, auch sehr instruktiven Rede ein. Herr v. Stengel erklärte ganz offen, daß seine kleine Finanzreform, die sogenannte lex Stengel, den gewünschten Erfolg nicht gehabt hat. Wir unsererseits waren, wie im vorjährigen Bericht eingehend nachgewiesen ist, von vornherein überzeugt, daß diese Maßregel aus der Finanzklemme nicht führen kann. Mit schematischen Gesetzesmaßregeln schafft man kein Geld. Der Schatzsekretär mußte daher die Tatsache bekunden, daß auch im laufenden Etatsjahr die regelmäßigen Einnahmen um fast 75 Millionen Mark hinter den Ausgaben zurückblieben. Also auch in diesem Jahre, und somit zum dritten Male, eine Zuschußanleihe. Aber damit ist das Defizit noch keineswegs im laufenden Etatsjahr erschöpft, und da der Reichsschatzsekretär erklärte: „daß er in vollster Offenheit die Finanzlage darlegen werde", was er auch tat, wie ihm bereitwilligst bezeugt werde, so mag er auch an dieser Stelle selbst das Wort führen. Er führte u. a. aus:

„Nichts würde hier verderblicher sein, als Selbsttäuschung und Schönfärberei. Die verbündeten Regierungen haben sich nämlich, wenn auch in Hinblick auf die vor einigen Jahren aufgestellten Grundsätze nur mit Widerstreben, entschlossen, gewisse einmalige Ausgaben der Verwaltung des Reichsheeres, die nach jenen Grundsätzen das Ordinarium zu tragen gehabt hätte, in Anknüpfung an die Gepflogenheiten weiter zurückliegender Zeiten, ausnahmsweise für 1905 auf den außerordentlichen Etat zu verweisen. Es sind das die Ansätze für die Ergänzung der Bewaffnung des Heeres mit einem Gesamtbetrage von 46¼ Millionen Mark, einschließlich der bayerischen Quote. Wäre das nicht geschehen, so würde sich der ungedeckte Bedarf des vorliegenden Etats auf rund 121 Millionen Mark belaufen haben."

Also auch hier handelt es sich in der Etatsdarstellung lediglich um eine bewußte finanztechnische Verschiebung, die die wahre Finanzlage verdecken soll.

Wenn man sich nun das wahre Gesamtbild der Finanzlage klar vor Augen führt, so sollte man meinen, daß die Regierungen und die bürgerlichen Parteien des Reichstags zu der Einsicht gelangen müßten, daß es so nicht weiter gehen kann, und daß endlich Umkehr von einer Politik gemacht werden muß, die trotz der ungeheuerlichen Belastung des Volkes durch indirekte Steuern und Zölle, zur dauernden Finanzklemme und zum steigenden Schuldenmachen führt.

Der Reichsschatzsekretär stellte sich dann die Frage: wie ist da herauszukommen? Und die Antwort, die er sich gab, lautete: „Eins der vornehmsten Mittel, seine Finanzen zu bessern, ist ganz zweifellos — das ist eine alte Erfahrung — die Sparsamkeit in den Ausgaben."

Es unterliegt also keinem Zweifel, Herr v. Stengel kennt das Mittel, um aus der Misere herauszukommen. Hat er nun das Mittel angewandt oder wollte er es anwenden? Hören wir, was er uns weiter über diesen wichtigen Punkt erzählt:

„Ich kann dem Hohen Hause versichern, daß ich von dem ersten Tage an, an dem ich in dieses mein Amt eingetreten war, es für meine erste Pflicht erachtet habe, hinzuwirken auf Sparsamkeit in allen Zweigen der Reichsverwaltung. Aber in den Haushalten der Staaten und insbesondere in dem Haushalt des Reichs mit seinen großen verfassungsmäßigen und sonstigen gesetzlichen Aufgaben, sind der Sparsamkeit auch Grenzen gezogen, unter die nicht heruntergegangen werden kann, wenn nicht das Ganze Schaden leiden soll. Das gilt nicht zum mindesten von den sogenannten Machtausgaben des Reichs, d. h. von dem Aufwande für die Erhaltung und für die notwendige Fortentwicklung unserer Wehrkraft zu Wasser und zu Lande."

Wir hören hier aus dem Munde des Herrn v. Stengel das jetzt nachgerade sattsam bekannte Sprüchlein. Hören wir den Herrn Kriegsminister, so versichert auch er, weise Sparsamkeit zu üben. Ja, die gesamten Ressortchefs der Reichsverwaltung sind in der Abgabe dieser Versicherung durchaus solidarisch, nur der Reichskanzler hat darüber nichts verlauten lassen. Auch die Redner der bürgerlichen Parteien sagen das Sprüchlein von der Sparsamkeit her. Wer soll es ihnen noch glauben? Es ist doch eine sehr sonderbare Sparsamkeit, bei der die indirekten Steuern und Zölle fortgesetzt sich sehr vermehren und auch noch die Schulden ins ungemessene wachsen.

Es gibt drei Etats, wo wirklich gespart werden könnte; das ist beim Militäretat, beim Marineetat und dem Kolonialetat. Der Militäretat zu Wasser und zu Lande, er ist der Nimmersatt, das gefräßige Ungeheuer, dem alles geopfert werden muß. Daran kann aber nicht gespart werden, sagt Herr v. Stengel; gleicher Meinung sind die verbündeten Regierungen und die herrschenden Klassen. Aufgabe unserer Partei ist es, diesen unzweideutigen Widersinn immer weiteren Kreisen des arbeitenden Volkes, das letztlich alle Lasten zu tragen hat, zum Bewußtsein zu bringen.

Sehr beachtenswert führte der Reichsschatzsekretär auch noch aus:

„Eine verhältnismäßig sehr bedeutende Steigerung haben im Etat der Reichsschuld die Zinsen erfahren, die bei einem bisherigen Jahresbetrag von 104 180 000 Mark um 8¾ Millionen höher angesetzt sind."

Unser Fraktionsredner zum Etat sprach dann noch offener wie der Schatzsekretär. Er wies nach, daß Regierung und Mehrheitsparteien sich nicht damit entschuldigen könnten, daß sie nicht gewußt hätten, daß ihre verderbliche Politik mit Notwendigkeit dahin führen müßte, wo wir jetzt angelangt sind. Gerade von seiten der Sozialdemokraten im Reichstage ist fast unablässig bei Beratung des Etats mit aller Schärfe und Deutlichkeit diese ganze Wirtschaft charakterisiert worden. Festnagelte auch unser Fraktionsgenosse die Aeußerung des Abgeord-

neten Spahn vom Zentrum, der in seiner wehmutsvollen Stimmung erklärte: es scheine ihm doch sehr bedenklich, jetzt, wo die Handelsverträge kommen, die eine Verteuerung der Lebensmittelpreise bringen, nun auch noch mit neuen Steuerprojekten hervorzutreten.

Also jetzt wird von seiten des Zentrums offen zugestanden, was bei Beratung des Zolltarifs geleugnet wurde.

Es muß unsere Aufgabe sein, den Wählern dieser Partei zu zeigen, wie zweideutig und unwahr das Zentrum ist.

Die Militärvorlage.

Schon im vorigen Jahre wurde eine neue Militärvorlage angekündigt; man erklärte jedoch, da die Finanzlage des Reiches nicht günstig sei, dieselbe zurückstellen zu wollen. Es wurde nur die Friedenspräsenz auf ein Jahr verlängert. Nun ist aber die Finanzlage im laufenden Etatsjahr um kein Jota besser; allein weiter wie ein Jahr reichte die Geduld der Kriegsverwaltung nicht. Die Militärvorlage forderte die Erhöhung der Friedenspräsenz um 10339 Mann. Die Durchführung dieser gesetzlichen Maßregel soll bis zum Jahre 1910 vollendet sein. Sie wird an einmaligen Ausgaben 100½ Millionen Mark kosten, und an fortdauernden Ausgaben jährlich 16 Millionen Mark. Die Regierungsvorlage sagt zu ihrer Begründung dasselbe, was wir bei jeder neuen Militärvorlage zu hören bereits gewohnt sind. Man kommt unwillkürlich zu der Anschauung, als habe man in der Reichsdruckerei die Stereotypieplatten für die Begründung aufbewahrt. Nun sind freilich seit der Militärvorlage von 1893 und heute doch Ereignisse in der Weltgeschichte eingetreten, von denen man glauben sollte, sie wären auch für die Militärverwaltung nicht ungeschehen. Allein für die Militärverwaltung sind diese Ereignisse in Ostasien nicht von der Bedeutung, daß sie ihre Pläne und Absichten beeinflussen könnten. Auch was die Forderung der Kavallerie betrifft, läßt sie sich nicht irre machen. Auch der Redner vom Zentrum konnte diesmal nicht umhin, darauf hinzuweisen, daß der Wert der Kavallerie im heutigen Kriege sehr problematisch sei. Gleichwohl hat das Zentrum die geforderten Schwadronen bewilligt. Sie sieht doch prächtig aus, solche Reiterattacke, sie ist zwar sehr kostspielig, allein man weiß, an welcher Stelle man diese Truppe so gern hat.

Die Vorlage wurde, in Verbindung mit einer weiteren, die auch wohl noch als Pflaster auf die Wunde dienen sollte, nämlich mit der Vorlage über die gesetzliche Festlegung der zweijährigen Dienstzeit, zusammen mit dem Etat beraten. Unser Fraktionsredner kritisierte scharf die Vorlage und zeigte, wie unbegründet die Motive der Vorlage seien. Er zeigte, wie durch die Ereignisse in Ostasien die französisch-russische Allianz vollständig ihre Bedeutung verloren habe. Er zitierte eine Anzahl militärischer Fachleute, die die Bedeutungslosigkeit der Kavallerie im modernen Krieg an der Hand von Tatsachen nachweisen. Dann ging er auf die ungeheure weitere finanzielle Belastung ein, die doch wieder auf die Schultern der Unbemittelten gelegt werden. Es ist wohl kaum nötig zu erklären, daß wir die Vorlage rundweg ablehnten. Was die Deckungsfrage angeht, tröstete sich der Zentrumsredner damit, daß nun die tragfähigen Schultern drankommen würden und man sprach von Reichserbschaftssteuern. Sofort kam das Echo aus dem preußischen Landtage: Reichserbschaftssteuer gibts nicht! Und wie äußerte sich der Reichskanzler zur Deckungsfrage? Das deutsche Volk könne sehr wohl die Lasten tragen, denn es gäbe jährlich 8 Milliarden für geistige Getränke aus. Jawohl! Die Arbeiter sind so unglaublich leichtfertig und trinken auch noch Bier. Wie wird

die Arbeiterklasse und wie werden die kleinen Leute sich freuen über das „gute Herz" des deutschen Reichskanzlers. Bei dem maßgebenden Einflusse des Reichskanzlers im Bundesrate und bei der volksfeindlichen Haltung dieser Körperschaft selbst, weiß man schon, wer zahlen muß. Die Herren vom Zentrum aber spielen sich dann noch vor ihren Wählern als die Gutgläubigen auf, darauf allein kommt es ihnen an. Denn wäre es den Herren vom Zentrum ernst, daß wirklich die Arbeiter und die kleinen Leute verschont bleiben sollen von den Lasten, dann hätten sie erst verlangen müssen, daß die Deckungsfrage zur Entscheidung kommt. Jetzt haben sie die Ausgaben bewilligt, und müssen folglich auch das Geld herbeischaffen. Die Herren vom Zentrum wissen so gut wie wir, daß zur Deckung des Defizits eine so große Summe erforderlich ist, daß, wenn es wirklich zu einer Reichserbschaftssteuer kommt, sie bei weitem nicht ausreicht.

Militäretat und Militärgericht.

Die furchtbaren Soldatenmißhandlungen sind bei diesem Etat noch immer Gegenstand scharfer und schärfster Kritik von seiten unserer Fraktionsredner. Seit der Zeit, wo das sogenannte „öffentliche" Militärgerichtsverfahren eingeführt ist, ist für uns wenigstens soviel erreicht, daß unsere Gegner uns keine Uebertreibung mehr vorwerfen können, wozu sie früher bekanntlich sofort bei der Hand waren. Das aufsehenerregende Dessauer Kriegsgerichtsurteil fand, die Konservativen ausgenommen, allgemeine Verurteilung. Bei der Beratung des Militäretats war auch beachtenswert, wie von seiten der Agrarier die Kriegsverwaltung angefleht und gedrängt wird, auch ja ihren Bedarf von den deutschen Landwirten zu kaufen. Die Herren wissen wohl, weshalb ihr patriotisches Herz so warm für den Militarismus schlägt. Dabei muß natürlich die Kriegsverwaltung sehr hohe Preise zahlen, und ob sie auch dementsprechend bedient wird, darüber wissen wir nichts, das bleibt in der Familie.

Eine höchst beachtenswerte Auseinandersetzung gab es besonders über jenen Erlaß des Kaisers vom 1. Dezember 1903, den der „Vorwärts" in die Oeffentlichkeit gebracht hatte, und der nichts weniger bedeutet als eine Order, die schon sowieso durch Gesetz und dann durch eine Verordnung des Kaisers von 1899 eingeschränkte Oeffentlichkeit bei Militärgerichtsverhandlungen gänzlich illusorisch zu machen. In dieser kaiserlichen Verordnung vom 1. Dezember 1903 hieß es wörtlich:

„daß . . . von dem Ausschluß der Oeffentlichkeit in einem Umfange Abstand genommen sei, der nicht verfehlen konnte, die allgemeine Aufmerksamkeit in noch erhöhtem Maße auf die ohnehin schon bedauerlichen Vorkommnisse zu lenken und das Ansehen der Armee und insbesondere des Offizierkorps in weiten Kreisen des In- und Auslandes zu beeinträchtigen. . . .

Ich spreche den Mitgliedern des Kriegsgerichts Mein ernstes Mißfallen aus, daß sie Meiner in der Verordnung vom 8. Dezember 1899 zum Ausdruck gebrachten Willensmeinung direkt zuwidergehandelt und es nicht verstanden haben, die Interessen ihres Standes besser zu wahren. Ich beauftrage Sie, den Mitgliedern des Spruchgerichtes dies unter entsprechender Erläuterung persönlich zu eröffnen.

Den übrigen Offizieren, Sanitätsoffizieren, Kriegsgerichtsräten, ist diese Order in vertraulicher Weise zur Kenntnis zu bringen und für die Folge alle Jahre einmal ins Gedächtnis zu rufen."

Der Kriegsminister, weit entfernt, diese Verordnung als mit dem bestehenden Gesetz und seinen Motiven unvereinbar zu erklären, übertrumpfte sie noch förmlich, indem er — zur Nachachtung für die ihm untergeordneten Offiziere als Militärrichter — wörtlich ausführte:

„— — ich glaube, wenn ich Richter wäre, und ich hätte irgend einen Fall, von dem ich sagen könnte, es ist nicht gerade angenehm, daß er die Oeffentlichkeit beschäftigt, so würde ich wohl aus der Erwägung heraus, daß die Presse in nach meiner Meinung viel zu weitgehendem Maße in dieser Weise Offizierkorps, Armee usw. angreift, dafür sein, die Oeffentlichkeit auszuschließen."

Die von dem Kriegsminister abhängigen Militärrichter haben sich denn auch diesen deutlichen Wink mit dem Zaunpfahl noch besonders gemerkt und noch mehr wie sonst schon und wie nach der Verordnung des Kaisers werden, wie die Presse täglich zeigt, seit jenen Worten des Kriegsministers vom 21. März dieses Jahres die Militärgerichtsverhandlungen hinter hermetisch verschlossenen Türen geführt. Aber man weiß jetzt wenigstens im Volke, welcher Person man es zu danken hat, daß die Söhne des Volkes nicht einmal jene Wohltat der öffentlichen Verhandlung vor Gericht genießen können, die jedem Raubmörder zugebilligt wird, sofern er — Zivilist ist.

Marineetat.

Hier setzt sich, was wir beim Militäretat bereits erfahren, konsequent die Mehrausgabe fort. Die fortdauernden Ausgaben betragen mehr — 6 Millionen Mark, und die einmaligen fast 13 Millionen. Ist der Militarismus zu Lande schon ein ebenso kostspieliges wie gefährliches Ding, so ist es der Marinismus in noch weit höherem Maße. Die herrschende Klasse ist aber an der Erhaltung und der Fortentwicklung dieser Institutionen derart interessiert, daß, so lange sie die Herrschaft hat, an eine Besserung nicht zu denken ist.

Bei der Beratung des Marineetats nahm die Besprechung über das Treiben des Flottenvereins einen breiten Raum ein. Dieser angeblich „unpolitische" Verein ist das treibende Element in der Flottenpolitik. Es gehören ihm alle regierenden Fürsten Deutschlands an, und wie der Kaiser dazu steht, weiß alle Welt. Trotzdem ist der Flottenverein „unpolitisch", ein Privatverein wie jeder andere auch, so meinte der Herr v. Tirpitz, und er sei außerstande, in das Treiben dieses Vereins einzugreifen. Es ist schon begreiflich, wenn der Herr Staatssekretär der Marine in dieses Wespennest nicht stechen will. Nach Ansicht der Herren vom Flottenverein haben wir nun überhaupt keine Flotte, sondern nur ein Flottchen. Der festgelegte Flottenplan ist den Herren nicht genügend, und seine Durchführung dauert ihnen auch zu lange. Der Herr Staatssekretär der Marine gab denn auch zu, daß der Reichstag zum Herbst d. J. sich mit einer neuen Vorlage wird zu beschäftigen haben. Der Flottenverein entwirft das Programm, und man läßt der Regierung und der Volksvertretung bestenfalls die Wahl, wie sie dieses Programm aus den Taschen des Volkes zur Durchführung bringen wollen. Dieses ganze gemeingefährliche Treiben, wie es selbst von einem Vertreter des Zentrums genannt werden mußte, wurde denn auch besonders gebührend von unserem Fraktionsredner im Plenum gekennzeichnet.

Kolonialetat.

Dies dritte Glied in der Kette reiht sich würdig den beiden vorhergehenden Etats an. Fortgesetzte Vermehrung der Ausgaben, aber die Aussichten auf Besserung rücken immer weiter in die Ferne. Aber wir haben nun einmal die Kolonien, sagen die bürgerlichen Parteien, und nun müssen wir das Kreuz tragen. Ja, wenn nur diese die Lasten auch auf sich nehmen wollten! Der Ausgabeetat der Schutzgebiete stellt sich auf 61½ Millionen Mark, und nach Abrechnung der davon auf die militärischen Maßnahmen in Südwest-

afrika entfallenden Beträge auf noch 45 Millionen. Der Aufstand in Südwestafrika kostet bis heute dem Lande schon eine gewaltige Summe, und noch ist das Ende nicht abzusehen. Der Reichsschatzsekretär stellte in seinem Exposé fest, daß sich bis jetzt die Bewilligungen und gestellten Forderungen auf 135 Millionen Mark belaufen. Nun sind aber dem Reichstage noch vor Schluß der Session zwei Nachtragsetats zugegangen, die sich auf 76½ Millionen Mark belaufen. Da nun aber die Truppennachsendungen nicht abgeschlossen sind, so werden weitere Nachtragsetats folgen. Wenn man diese Summen verwenden würde für Kolonisation im Reiche, da hätte man Provinzen mit sterilem Boden in blühende Gefilde verwandeln können. In Südwestafrika sind es hinausgeworfene Gelder! Dazu noch der Tod und Krankheit blühender Menschenleben, Vernichtung der Eingeborenen, die einzigen, die in jener Gegend Arbeit verrichten können. Ueber die Ursachen des Aufstandes brauchen wir uns wohl heute nicht mehr zu äußern, da der Bericht im Vorjahre sich eingehend damit beschäftigt hat.

In dem Spezialetat für Kiautschau erscheint diesmal eine Forderung von über 14 Millionen Mark zum Ausbau der Befestigung. Diese famose Pachtung, für die man Pacht nicht zahlt, wurde uns immer lediglich als Handelshafen hingestellt, jetzt soll er befestigt werden. Sollten die Ereignisse in Ostasien und das Schicksal Port Arthurs wohl bei der Reichsregierung trübe Aussichten für die Zukunft ihrer Pachtung wachgerufen haben? Es ist nicht unmöglich, daß die Asiaten sich auch insofern als gelehrige Schüler der europäischen Großmächte erweisen, und auch sie den Grundsatz proklamieren: „Asien für die Asiaten!" Dann würde es wohl mit der Länderräuberei, auch wenn man sie Pachtung nennt, vorbei sein. Wer wollte es den Völkern auch wohl verdenken? Wir wollten einmal sehen, wenn diese Völker hier bei uns diese Länderräuberei versuchen wollten, wie man mit ihnen abfahren würde. Treibe man friedlichen Handel und Verkehr miteinander, dann fördert man wahrhaft Kultur und Zivilisation. Kann das freilich ein Postulat an Staaten sein, die selbst auf Raub, Ausbeutung und Unterdrückung begründet sind? Dieses Kiautschau ist der berühmte „Platz an der Sonne", der in Wirklichkeit sich so darstellt, daß das Geld der deutschen Steuerzahler dort schmilzt, — um sich in den Sand zu verlieren. Unser Fraktionsredner traf gewiß das Richtige, wenn er sagte: „Wenn man die Millionen, die man für Kiautschau bereits hinausgeworfen hat, verwendet für die Provinz Brandenburg — dann hätte man die vorhandenen öden Sandflächen in blühende Gärten verwandeln können." Immer sonderbarer, ja geradezu empörend ist das Gebahren der Kolonialverwaltung, und schon vor längerer Zeit hieß es, der Kolonialdirektor müsse gehen.

Herr Stübel ist in dieser Tagung dann ja auch mit dem Geständnis herausgerückt, daß man schon lange gewußt habe, daß es in Südwestafrika zum Aufstand kommen würde. Während man in Südwestafrika noch nicht fertig ist, kommen auch schon Hiobsposten aus Kamerun. Daß diese ganze Politik mit Notwendigkeit solche Früchte zeitigen mußte, ist von unserer Seite fort und fort erklärt worden. Wir sehen, daß überall, wo die herrschenden Klassen Kolonialpolitik treiben, sich dieselben Folgen zeigen. Es ist das System dieser Kolonialpolitik, das auf Raub und Unterdrückung beruht.

Reichsamt des Innern.

Bei der Beratung dieses Etats kamen nun ein Teil, aber ein sehr bescheidener Teil, der Resolutionen zur Beratung, die in der vorjährigen Tagung zwar gestellt, aber nicht zur Beratung gelangt waren. Es waren nicht weniger wie 35 Resolutionen, die zum Reichsamt des Innern gestellt waren.

Wir haben es hier mit einer Taktik des Zentrums zu tun, die auch den anderen Parteien aufgenötigt wurde.

Zur Annahme gelangte von unseren Resolutionen zunächst die folgende:

a) Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstag noch in der gegenwärtigen Tagung eine Novelle zur Gewerbeordnung vorzulegen, welche für den Kohlenbergbau Bestimmungen trifft über

1. Festsetzung der Schichtdauer, einschließlich Ein- und Ausfahrt, mit besonderer Berücksichtigung der Schichtdauer vor nassen sowie heißen Orten mit über 28 Grad Celsius; Verbot der Sonntag- und Ueberschichten, mit Ausnahme der Arbeiten zur Rettung von Menschenleben, für außerordentliche Betriebsstörungen und Schachtreparaturen, Lohnzahlung für Schachtreparaturen an Sonn- und Feiertagen.

2. Beseitigung des Wagennullens. Bezahlung der wirklich gelieferten Kohle. Eichung der Wagen nach Raum- oder Gewichtsinhalt.

3. Wahl und Besoldung von Wagenkontrolleuren bezw. Wiegemeistern durch die Belegschaft.

4. Regelung der Lohnzahlung; kostenlose Lieferung des Schießmaterials und des Geleuchtes durch die Zechenbesitzer.

5. Errichtung von Arbeiterausschüssen zur Erörterung von Beschwerden und Mißständen, Regelung des Strafgelderwesens und zur Mitverwaltung der Unterstützungskassen.

6. Wahl von Grubenkontrolleuren durch die Belegschaft.

7. Regelung des Mietrechts für die den Zechenbesitzern gehörenden Arbeiterwohnungen.

Diese Resolution fand im Reichstage Annahme durch eine Interpellation von unserer Seite aus Veranlassung des gewaltigen Bergarbeiterstreiks im Ruhrgebiet. Das Zentrum befand sich hier in einer Zwangslage, wollte es nicht bei künftigen Wahlen im Ruhrgebiet die größte Gefahr laufen. Aber auch andere bürgerliche Parteien — mit Ausnahme der Konservativen, stimmten nicht nur für unsere Resolution, sondern fanden auch wirklich manch kräftiges Wörtlein in der Diskussion. Das Uebermaß des protzigen, frechen Uebermuts der Kohlenmagnaten zwang eben dazu. Von unseren Rednern wurde rückhaltlos die Sache der Bergarbeiter und ihre ebenso bescheidenen wie notwendigen Forderungen verteidigt. Die Haltung am Regierungstisch war zuerst eher eine Ermutigung für die protzigen Zechenbesitzer und nicht irgendwie ein Entgegenkommen an die gerechte Sache der Bergarbeiter. Die Regierung hat sich denn auch gehütet, dem Reichstag auf Grund unserer Resolution eine Vorlage zu machen. Dazu war ihr der preußische Landtag der geeignete Platz, und das Zentrum wurde dadurch aus einer fatalen Situation befreit. Der Verlauf dieser Gesetzgebungsaktion im preußischen Landtag hat wieder mit großer Deutlichkeit gezeigt, — was hinter der Arbeiterfreundlichkeit des Zentrums steckt. Im Reichstag nehmen die Herren unsere Resolution mit an, — und im preußischen Landtag helfen sie ein Gesetz mit zustande, das geradezu als ein Hohn für die Bergarbeiter bezeichnet werden muß. Diese Heuchelei, diese Doppelzüngigkeit müssen wir den katholischen Arbeitern immer mehr zum Bewußtsein bringen.

Eine weitere Resolution von der Freisinnigen Vereinigung, die einen Zusatz zu § 115 der Gewerbeordnung vorschlägt, der auch einige Verbesserungen für die Bergarbeiter enthält wurde angenommen und erhielt auch unsere Zustimmung.

Eine weitere Resolution betraf:

„Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, noch im Laufe dieses Jahres eine Verordnung zu erlassen, durch welche die Arbeit in Glashütten an Sonn- und Festtagen, mit Ausnahme der Hilfsarbeiten, die zur Unter-

haltung der Glasöfen notwendig sind, verboten und die Dauer der Arbeit in der gesamten Glasindustrie gemäß § 120c der Reichsgewerbeordnung beschränkt wird."

Zu dieser Resolution lag auch eine gleiche vom Zentrum vor, sie wurden daher gemeinsam beraten und angenommen.

Es gelangten dann noch weitere, im ganzen 8 von den ausstehenden Resolutionen zur Beratung und Annahme. Insoweit es sich dabei um Fragen handelte, die die Arbeiterschaft berühren und Vorteile für dieselben boten, gelangten sie mit unserer Zustimmung zur Annahme. Die größere Anzahl der Resolutionen, vom Zentrum gestellt, hatten die Mittelstandsretterei zum Inhalt. Da wir diesen Schwindel der bürgerlichen Parteien nicht mitmachen, so beschränkten wir uns darauf, durch die Kritik diese Politik ins rechte Licht zu stellen.

Das also ist nun die ganze Ausbeute, die der Reichstag von der großen Anzahl von Resolutionen, die er zum Reichsamt des Innern gestellt hatte, zur Beratung und zur Beschlußfassung gebracht hat. Es kann also gewiß nicht behauptet werden, daß die Taktik des Zentrums sich bewährt hat.

Unsere Fraktionsredner hatten bei den verschiedenen Titeln zum Etat recht viele Beschwerden und Klagen vorzubringen. Es sind meistens alte Klagen und Beschwerden, die daher stammen, daß der lahme Karren sozialpolitischer Gesetzgebung vollständig zusammengebrochen ist. Wir hörten aus den Tageszeitungen von einem Mißbrauch, der mit der Erwerbung der Invaliden- und Altersrente sollte getrieben werden; man sprach von einer Sucht und förmlichen Jagd danach, sich in den Genuß dieser Renten zu setzen. Ach ja! sie sind auch so fett und auskömmlich, diese Renten. Die Sache solle so schlimm sein, daß die Versicherungsanstalten an den Ruin gebracht seien. Den untersuchenden Aerzten wurde ganz offen der Vorwurf gemacht, daß sie leichtfertig Berechtigungsatteste ausstellen. Wir hörten dann, daß die Regierung tatsächlich Nachprüfungen vornehmen lasse. Von seiten unserer Fraktion wurde die Regierung über diese Angelegenheit interpelliert, und unser Redner zeigte an der Hand der Rechnungsabschlüsse der Versicherungsanstalten, daß diese im Gegenteil recht erhebliche Ueberschüsse nachwiesen. Der biedere Innungs- und Handwerksmeister Pauli (Potsdam) war nicht wenig erfreut darüber, dem Grafen Posadowsky nachweisen zu können, daß er schon in der Reichstagssitzung vom 13. Dezember v. J. ausgeführt habe, die sozialpolitische Gesetzgebung bewirkt, daß die Arbeiter bewußt und absichtlich darnach streben, eine Rente zu erhalten, und infolgedessen in ihrer Arbeitstätigkeit erschlafft sind. Wenn selbst vom Regierungstische und zumal von dem ersten Beamten, dem die sozialpolitische Gesetzgebung anvertraut ist, solche Ansichten geäußert werden, dann braucht man sich wahrhaftig nicht zu wundern, wenn es nicht allein nicht vorwärts — sondern rückwärts geht.

Die Gewerbeaufsicht, deren Mangelhaftigkeit von unseren Fraktionsrednern immer und immer wieder nachgewiesen wird, sie rückt, namentlich in Preußen, nicht vom Fleck.

Unsere Fraktion brachte auch wieder den Antrag ein:

„Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die tägliche regelmäßige Arbeitszeit für alle im Lohn-, Arbeits- und Dienstverhältnis im Industrie-, Handel- und Verkehrswesen beschäftigten Personen unter Festsetzung angemessener Uebergangsvorschriften auf längstens 8 Stunden festgesetzt und der Sonnabendnachmittag freigegeben wird. In Betrieben mit ununterbrochener Arbeitszeit, sowie in unterirdischen Betrieben soll eine tägliche regelmäßige Arbeitszeit von längstens 8 Stunden, und in unterirdischen

Betrieben, in welchen die Temperatur 28 Grad Celsius übersteigt, von längstens 6 Stunden zugelassen werden."

Die Resolution wurde ausführlich von unserem Fraktionsredner begründet, vom Reichstag aber abgelehnt.

Weiter wurde von unserem Fraktionsredner die Lage der Bureauangestellten in Privatbetrieben zur Sprache gebracht. Hier handelt es sich um qualifizierte Arbeiter, von denen man gemeinhin immer noch annimmt, sie würden besser bezahlt. Fast unglaublich erschien die Angabe der Saläre, und dabei kommen Leute in Betracht, die keineswegs sogenannte Schreiberburschen sind, sondern verheiratete Männer in sehr verantwortungsvollen Stellungen. Die Klarlegung der wirtschaftlichen Lage dieser Bureauangestellten von seiten unseres Redners fand ihre volle Bestätigung durch eine Petition seitens der Bureaugehülfen mit einer sehr umfangreichen und gewissenhaft aufgenommenen Statistik. Die Leute haben sich vergeblich um Verbesserung ihrer Lage bei ihren Arbeitgebern bemüht (es kommen namentlich Rechtsanwälte und Notare in Betracht), allein diese Herren lassen sich auf nichts ein.

Dann wurde auch wieder die so dringende und zwingende Frage des Bauarbeiterschutzes von unserer Fraktion zur Sprache gebracht. Unser Redner führte den Nachweis, wie die Unfälle sich mehren und forderte die Teilnahme von Bauarbeitern an der Kontrolle. Auch wurde zur „Freude" der Agrarier die Kinderausbeutung auf dem Lande einer scharfen Kritik unterzogen. Eine sehr scharfe und langausgedehnte Diskussion wurde durch den der Freisinnigen Volkspartei angehörenden Abgeordneten Mugdan provoziert. Dieser beschuldigte unsere Parteigenossen in den Krankenkassen-Verwaltungen, daß sie ihre Stellungen für die Parteiinteressen mißbrauchten, und gegen Nichtsozialdemokraten einen unerhörten Terrorismus ausübten. Durch den Herrn wurde der Liberalismus wieder in seiner ganzen Glorie illustriert. Herr Mugdan weiß ganz genau, welche Feindseligkeit in Unternehmerkreisen sowohl als bis zur Regierung hinauf gegen die Selbstverwaltung der Kassen vorhanden ist. Die ganzen Ausführungen des Herrn Mugdan waren aber selbst nur ein Angriff gegen die Selbstverwaltung. Unsere Fraktionsredner brachten den Nachweis, daß er seine schweren Anschuldigungen gegen unsere Genossen nicht hat beweisen können. Wer die Diskussion aufmerksam verfolgt hat, wird mit uns der Ansicht sein, daß Herr Mugdan nicht als Sieger aus der Redeschlacht hervorgegangen ist. Dafür aber ist er nach Schluß des Reichstages zum Sanitätsrat ernannt worden.

Etat des Reichsjustizamts.

Der für die deutsche Justiz so blamable und schimpfliche Königsberger Prozeß im Dienste Rußlands wurde noch einmal besprochen. Es wurde der Nachweis geführt, daß der Prozeß auch in formal-juristischer Beziehung in einer Weise geführt worden ist, die wohl einen Vergleich mit russischen Verhältnissen möglich macht, aber nicht in einem Lande vorkommen sollte, das Anspruch erhebt auf eine geordnete Rechtspflege. Am Regierungstisch schwieg man sich gegenüber den Vorwürfen aus. Es war auch wohl das einzige Mögliche, was der Staatssekretär von Nieberding tun konnte. Und wenn heute eine amtliche Verfügung ergangen ist, die dahin geht, daß man bei solchen Anlässen keine Uebersetzungen von auswärtigen Konsulaten einholen soll, so gibt man den schmählichen Reinfall amtlich zu. Es wurde weiter der Nachweis geführt, daß nur zwischen Ländern ein Gegenseitigkeitsverhältnis bestehen kann, wo die rechtlichen Zustände gleich sind. Die Regierungen müssen in der Lage sein, die gesetzlichen Verhältnisse des anderen Landes kontrollieren zu können. Diese Voraussetzungen treffen auf Rußland nicht zu. Selbst wenn dort ein Gesetz erlassen ist, so kann es jederzeit durch Geheimerlaß wieder aufgehoben werden. Aus

dieser Tatsache ergibt sich, daß es in Rußland an jeder geordneten und gesicherten Rechtspflege fehlt.

Wie es bei uns mit der Rechtspflege und der Justiz aussieht, das wurde von unserem Redner in seinen Ausführungen vortrefflich dargelegt. Klassenjustiz! Diese Beweisführung, daß wir eine solche haben, und daß sie immer stärker in die Erscheinung tritt und treten muß, lieferte unser Redner dadurch, daß er eine nicht geringe Anzahl von Gerichtsurteilen, doch bei weitem nicht alle derartigen, einfach zur Verlesung brachte. Diese einfache Gegenüberstellung zeigte zur Evidenz, wie es mit dem Recht und der Rechtsprechung bei uns bestellt ist. Auch die Redner der bürgerlichen Parteien konnten gegenüber dem Tatsachenmaterial nicht streiten. Freilich hüten sie sich, offen von Klassenjustiz zu sprechen, allein sie selbst meinen, es könnte dazu kommen, wenn es so weiter ginge. Es wird aber so weiter gehen und wird schlimmer werden! Der Klassenkampf wird immer schärfer, die Richter sind aber auch nur Menschen und werden in Mitleidenschaft gezogen. Das arbeitende Volk kann nur durch ein Mittel wieder zum Vertrauen zur Rechtspflege gebracht werden, wenn die sozialdemokratische Programmforderung erfüllt wird: Rechtsprechung durch vom Volke erwählte Richter.

Im Reichstag wird seit Jahr und Tag, nicht nur von uns, eine Reform des Strafvollzugs gefordert, doch die Regierung rührt sich nicht. Und bei der bekannten Energielosigkeit der bürgerlichen Parteien läßt sie diese ruhig schwatzen.

Interessant war auch der Nachweis unseres Redners, wie die Polizei der Gesetzgebung ins Handwerk pfuscht. Es ist dahin gekommen, daß in den Jahren 1901 und 1902 das Kammergericht von preußischen Polizeiverordnungen in 54 Entscheidungen 60 für ungültig hat erklären müssen. Bei diesen Polizeiverordnungen spielt das Streikpostenstehen eine bedeutende Rolle. Das Streikpostenstehen ist gesetzlich zulässig, das ist durch alle Instanzen festgestellt. Die Polizei aber, die es für ihre Aufgabe hält, bei den wirtschaftlichen Kämpfen zwischen Arbeitern und Unternehmern immer mitzukämpfen — für die Unternehmer, sucht nun durch Polizeiverordnungen den Arbeitern dies gesetzliche Recht streitig zu machen. Freilich, es gehört ja auch zum Kapitel der berühmten — Gleichberechtigung.

Die preußische Polenpolitik wurde auch mit vollem Recht wieder scharf verurteilt. Wie kleinlich und schikanös treibt man es hierbei! Gerade so ist es aber auch an der Nordgrenze. Diese kleinliche, bis zur Niederträchtigkeit ausartende Politik ist bei der preußischen Regierung und Bureaukratie aber Tradition.

Etat der Reichspost- und Telegraphenverwaltung.

In der Diskussion wurde zunächst wieder festgestellt, daß die Reichspost- und Telegraphenverwaltung noch immer weit davon entfernt ist, als ein Musterinstitut bezeichnet werden zu können. Unser Fraktionsredner hatte auch dieses Jahr keinen Mangel an Wünschen und Beschwerden. Er mußte auch den wiederholten Wunsch äußern, dessen Erfüllung für die Postverwaltung selbstverständlich sein sollte, ihre Erlasse und Verordnungen allgemein und besonders dem Reichstage zugänglich zu machen. Alle anderen Ressorts teilen dem Reichstage ihre Erlasse mit, wenn es keine Geheimerlasse sind. Die Postverwaltung unterläßt es, und so sind die Abgeordneten auf gut Glück angewiesen. — Wo die Verwaltung statistisches Material gibt, aus dem man erkennen soll, wie lang die Dienstzeit, der gewährte Sommerurlaub usw., bedient sie sich eines Modus der Durchschnittsberechnung, der nicht dazu angetan ist, zu informieren. Eine solche Durchschnittsberechnung kann nur Sinn und Wert haben,

wenn es sich um gleiche oder wenigstens annähernd gleiche Kategorien handelt. Bei der Post aber, wie bekannt, handelt es sich um sehr verschiedene Beamtenklassen.

Die Dienstzeit für die unteren wie auch für die mittleren Beamtenklassen ist noch immer eine sehr lange. Es wurde sehr richtig ausgeführt, daß dadurch nicht nur die Beamten der Post leiden, sondern auch das kaufmännische und Geschäftspersonal.

Unglaublich erscheint es fast, wenn die Postbeamten petitionieren, man möge ihnen ein Sturmband für ihre Mütze liefern. Auch mußten wieder unsere Genossen die Wünsche vortragen, die dahin gingen, den Leuten doch der Witterung angemessene Kleider zu liefern. Durch das fortgesetzte Drängen im Reichstage nach Besserstellung der unteren Beamten hat die Postverwaltung ein System der „gehobenen Stellungen" eingeführt. Dieses System läßt der Willkür so viel Spielraum, daß es unmöglich auf die moralische Qualität der Beamten einen guten Einfluß ausüben kann. Diese Tatsache wird denn auch aus Beamtenkreisen bestätigt. Auch Fälle von Verletzung des Briefgeheimnisses wurden zur Sprache gebracht.

Im vorjährigen Etat wurden für die Ostmarken Gelder verlangt, jedoch vom Reichstage nicht bewilligt, da man nicht geneigt war, durch Bewilligung von Geld die preußische Polenpolitik aus Reichsmitteln zu unterstützen. In dem diesjährigen Etat der Reichspost erschien nun wieder eine Forderung, allerdings in anderer Form, aber offenbar zu gleichem Zweck. Unser Redner gab daher dem Mißtrauen offenen Ausdruck, und auch die Redner anderer Parteien schlossen sich dem an. Der Staatssekretär des Reichspostamtes fühlte sich nun verletzt über das ihm entgegengebrachte Mißtrauen; allein er war nicht in der Lage, durch seine Darlegungen das Mißtrauen zu beseitigen. Von konservativer Seite suchte man nun die Sache so darzustellen, als wenn die ablehnende Haltung der Parteien zur Folge haben müßte, daß für die Aufbesserung der Notlage der Beamten nichts geschehen könnte. Unser Redner machte jedoch den Herren den Standpunkt klar, indem er nachwies, daß diese Schuld zunächst die Reichspostverwaltung treffe, die die notwendigen Forderungen nicht so etatisiere, wie es sich gehöre. Die Position wurde auch in dieser Form vom Reichstag abgelehnt.

Zu den Einnahmen der Reichspost- und Telegraphenverwaltung im allgemeinen läßt sich sagen, daß es durchaus nicht an den Mitteln fehlt, um die Lage der unteren und mittleren Beamten besser zu gestalten. Die Einnahmen haben den Etatsansatz um mehrere Millionen überschritten. Der Reichstag hat denn auch, dem Beschlusse seiner Budget-Kommission folgend, den Etatansatz im laufenden Jahr abermals um 10 Millionen Mark erhöht.

Reichseisenbahnamt.

Seit Jahren hat man sich im Reichstage darüber beschwert, wie die freundnachbarlichen Bundesregierungen sich auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens gegenseitig schikanieren. Der Zustand hat nun einen Grad erreicht, daß es so doch nicht mehr weiter gehen kann. Der preußische Staat, als größter Besitzer von Eisenbahnen, gab das schlimme Beispiel. In solchen Dingen ist Preußen allerdings — voran! Man wollte die kleineren Staaten mürbe machen, und bei Hessen ist es ja auch gelungen. Die anderen Staaten wehrten sich so gut sie konnten, schließlich wurde die Sache aber doch zum Skandal, und sie schädigten sich auch alle selbst. Die preußische Eisenbahnverwaltung hat sich dann auch wohl nicht verhehlen können, daß dieses Schikanierungssystem der Idee der Durchführung der Reichseisenbahnen förderlich sein muß. Man glaubt nun offenbar, dieser Agitation für Reichseisenbahnen etwas Wind aus den Segeln

nehmen zu können durch Schaffung einer Betriebsmittelgemeinschaft.

Nun leidet aber unser Eisenbahnwesen nicht nur an einer Krankheit. Der fiskalische Charakter wird auch hier allzustark in den Vordergrund gedrängt. Und auch da ist Preußen wieder — voran! Im Reichstage wird daher seit langer Zeit auf eine Reform der Personen- und Frachttarife gedrängt. Unter dieser Reform wird natürlich eine Verbilligung der Tarife verstanden.

Unser Fraktionsredner forderte auch strikte die Reichseisenbahngemeinschaft. Das ist der Standpunkt der Partei zur Reichseisenbahnfrage, und solange wir das nicht erreicht haben, wird ein nennenswerter Fortschritt auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens auch nicht gemacht werden.

Reichskanzler und Reichskanzlei.

Zu diesem Kapitel lag eine Resolution des Zentrums vor, die darauf hinauslief, Elsaß-Lothringen endlich die Stellung unter den deutschen Bundesstaaten einzuräumen, die es zu fordern berechtigt ist. Der gegenwärtige Zustand ist der, daß Elsaß-Lothringen der Form nach ein deutscher Bundesstaat ist, im Bundesrate selbst aber nicht die Vertretung hat wie die übrigen deutschen Bundesstaaten. Daß das eine Zwittergestalt ist, ist nicht zu bestreiten. Deshalb stimmten auch wir der Beseitigung dieses Zustandes zu.

Unser Fraktionsredner forderte vom Reichskanzler Antwort und Aufklärung über die Haltung der Neutralität der Reichsregierung im Kriege zwischen Japan und Rußland. Ferner kam er auf das Abhängigkeitsverhältnis Deutschlands von Rußland zu sprechen; im besonderen auf die Auslieferungsverträge, welche im Jahre 1885 zwischen Preußen und Bayern einerseits und Rußland andererseits abgeschlossen worden sind und sich noch in Kraft befinden. Diese Verträge, so führte er aus, hätten sowohl ihres materiellen Inhalts wegen, als wegen der Gründe, aus denen sie abgeschlossen worden sind, die schärfste Kritik herausgefordert. Gegenüber dieser Kritik hat sich weder in der Wissenschaft noch in der Politik irgend eine Verteidigung gefunden. Eine Tatsache, die sich einfach daraus erklärt, daß diese Verträge allen bisherigen Grundsätzen des Völkerrechts ins Gesicht schlagen. Unser Redner forderte, daß die Verträge mit Rußland baldigst gekündigt werden, um das Deutsche Reich nicht weiter in den Augen der gesitteten Welt bloßzustellen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Liebedienerei und die Schleppenträgerei bei der preußischen Regierung und Bureaukratie auf Tradition beruht. Es ist ihnen so zur Gewohnheit geworden, daß sie gar nicht mehr anders können. Wie anders kann man denn auch sonst die ganze Handlungsweise verstehen? Bismarck sprach das geflügelte Wort aus: „Wir Deutsche fürchten Gott, sonst nichts auf dieser Welt". Der Zar ist doch aber auch auf der Welt und ihm gegenüber ist man ängstlich bemüht, jeden Wunsch zu erfüllen, so daß selbst die nationalliberale „Kölnische Zeitung" das Verhalten der Regierung als ein Wettkriechen vor Rußland bezeichnete.

Was hatte denn nun der Reichskanzler auf all die schweren Vorwürfe und Anklagen zu erwidern? Zu unserem Antrage hatte er nichts zu sagen und zu den weiteren Anklagen meinte er: unser Redner „habe offenbar den Zweck verfolgt, der auswärtigen Politik Bismarcks Mängel und Fehler vorzuwerfen." Aber gewiß hat unser Genosse das getan, und zwar unter Beibringung von geschichtlichen Beweisen und Tatsachenmaterial. Der Reichskanzler aber hat ja selbst Material geliefert, durch Verlesung von Aktenstücken in der Sitzung vom 29. Februar 1904.

Wir hatten zum vorliegenden Etat eine weitere Resolution gestellt, worin die verbündeten Regierungen ersucht werden, dem Reichstag einen Gesetz-

entwurf vorzulegen, durch welchen eine wirksame politische und budgetrechtliche Verantwortlichkeit des Reichskanzlers festgestellt wird. Wir haben eingangs unseres Berichtes schon angedeutet, wie die Regierung es macht, wenn der Reichstag sich erlaubt, von ihren Forderungen zu streichen. Durch Nachtragsetats, also von hinten herum, sucht sie zum Ziele zu gelangen. Der Reichstag kann und darf sich doch unmöglich gefallen lassen, daß sie Etatsüberschreitungen in der Höhe von 76 Millionen Mark macht, ohne den Reichstag zu befragen. Die Regierung hatte es auch nicht einmal für nötig gehalten, wie der Reichstag zusammen war, Indemnität für ihr Verfahren nachzusuchen. Das war ja nun freilich auch den bürgerlichen Parteien zuviel der Geringschätzung und sie zeigten ihrer Regierung die „Zähne". Die Regierung wurde höflichst ersucht, sie möchte den Ausdruck — Indemnität gebrauchen. Das ist nun in ein paar Jahren bereits das zweite Mal, daß die Reichsregierung so mit dem Budgetrecht des Reichstags umspringt. Wir lehnten daher strikte die Forderung der Regierung ab und, für die Folge solche budgetrechtliche Verachtung des Reichstags seitens der Regierung zu verhindern, sollte der Zweck unserer Resolution sein. Wie heute die Dinge bei uns stehen, ist die Ministerverantwortlichkeit weiter nichts — wie eine Phrase. Unser Redner, der die Resolution begründete, hat das nach allen Seiten hin bewiesen. Der Reichstag lehnte unsere Resolution ab und bewies damit, daß es ihm gar nicht Ernst ist, seine traurige Rolle, die er spielt, zu ändern.

Es war weiter eine Resolution von uns eingebracht, die die Reichsregierung auffordert, baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, der das Aufenthaltsrecht der Ausländer im Deutschen Reiche regelt. Unsere Redner, die die Resolution begründeten, haben eine Fülle von Material vorgebracht. Aus der Diskussion geht denn auch wieder mit aller Deutlichkeit hervor, wie es bei uns in Preußen-Deutschland mit der Kultur und Zivilisation bestellt ist. Es ist weiter nichts wie eine dünn aufliegende Schminke, und wenn man nur ein wenig kratzt, tritt die ganze Barbarei hervor! Von den vielen Fällen, die zum Vortrag gebracht wurden, sei einer hier wörtlich wiedergegeben. Der Fall betrifft den Schneider Jallinitz. „Dieser Mann hatte 15 Jahre und noch länger in Deutschland gewohnt, hat fleißig gearbeitet, hat dann 15 Jahre bei einem Schneidermeister in Halle gearbeitet und ist dort auch bis 1893 unbehelligt geblieben. In diesem Jahre hatte sich seine Ehefrau von ihm getrennt und ihn denunziert, er sei Anarchist. Was auf solche Denunziationen zu geben ist, wissen wir ja. Im übrigen stehe ich nicht an, für meine Person zu erklären: ob Anarchist oder ein anderer ist absolut gleichgültig. Die Bürger sind gleichberechtigt, es kann für eine Gesetzgebung nur lediglich darauf ankommen, ob Handlungen vorliegen, die ein Eingreifen rechtfertigen. Obwohl die Ehefrau den Jallinitz als Anarchisten denunziert hatte, ist er trotzdem in Halle völlig unbehelligt geblieben. Man ersieht daraus, wie grundlos die Denunziation war. Zehn Jahre später kam der deutsche Kaiser nach Halle. Aus diesem Anlaß ging von Berlin die Weisung, alle von der Polizei als Anarchisten bezeichneten Leute aus Halle auszuweisen. Unter diesen wurde auch Jallinitz ausgewiesen, und zwar ohne Angabe von Gründen. Er wurde dann nach Österreich abgeschoben und dort, weil er ja durch die Ausweisung denunziert war als einer, der einer strafbaren Handlung verdächtig sei, in Untersuchungshaft genommen und, weil er absolut jeder Schuld frei war — preußische Spitzel können doch Glauben bei einem befreundeten Staat nicht beanspruchen — nach sechs Wochen aus der Untersuchungshaft entlassen. Er ging darauf nach Württemberg, fand dort lohnende Arbeit und sorgte auch für den Unterhalt seiner Kinder. Seitens des Waisengerichts wurde mit ihm eine Verhandlung aufgenommen, in der er sich für den weiteren Unterhalt der Kinder verpflichtete. Als Jallinitz nach Hause kam,

wurde ihm ein polizeilicher Ausweisungsbefehl zugestellt, der ihn aus Württemberg auswies. Alle Bemühungen, die Ausweisung rückgängig zu machen, scheiterten daran, daß die Polizei in Württemberg sich hierzu außerstande erklärte, falls nicht die preußische Regierung ihre alte Verfügung zurücknähme oder sich einverstanden erkläre, daß der Mann nicht aus Württemberg auszuweisen ist." Das ist die Sicherheit und so sieht das Gastrecht aus, die in Preußen-Deutschland Ausländern gewährt werden. Der vorgetragene Fall zeigt uns auch wieder — was für uns allerdings längst kein Geheimnis mehr ist —, daß die Direktive für die Ausweisungen in Deutschland in Berlin liegt."

Und nun wurde von unseren Rednern der Nachweis geführt, daß diese ganze Ausweisungswillkür gegen das Reichsrecht und gegen die Reichsverfassung ist. In Preußen wird also eine Politik getrieben — und das böse Beispiel übt auch seine vergiftenden Wirkungen auf die anderen Bundesregierungen aus —, die gegen die abgeschlossenen Verträge des Reichs wie auch gegen die Reichsgesetze selbst verstößt.

So verstößt auch das preußische Ansiedelungsgesetz in den Ostmarken gegen die Reichsverfassung. Der Reichskanzler, als erster Wächter der Reichsverfassung, ist nun zugleich auch preußischer Ministerpräsident — und das versteht der Mann alles zu reimen! Er kennt eben die Pappenheimer in seinen Parlamenten und weiß, welche Tänze er mit ihnen aufführen kann. So haben denn die Herren im Reichstage auch diese Resolution abgelehnt.

Auch die Behandlung der Auswanderer aus Rußland und Polen seitens der Ballin und Konsorten wurde von der Fraktion zur Sprache gebracht. Die Regierungsvertreter machten sich auch hier die Sache sehr einfach, indem sie erklärten: „Die Kontrollstationen sind lediglich in sanitärem Interesse errichtet." Um das zu glauben muß man freilich noch mehr wie gutgläubig sein. Ballin, Wiegand und ihre Helfershelfer werden sich freuen, über sanitäre Maßregeln, die ihnen so schön — die Kassen füllen helfen.

Auswärtiges Amt.

Darüber läßt sich sehr kurz sagen, daß es dem Lande sehr viel Geld kostet und daß sein Wert im umgekehrten Verhältnis steht.

Die Diskussion über die amtlichen Beziehungen dieses Amtes sind schon in den letzten Jahren und dieses Jahr im besonderen beim Etat des Reichskanzlers erledigt worden, da Herr von Richthofen in der Tat nur ein sehr simpler „Handlanger" des Kanzlers und vor allem des Kaisers ist, der, wie man weiß, seinen höchsten Absolutismus grade in der auswärtigen Politik feiern kann, dank der Rückständigkeit der Reichsverfassung und der Majoritätsparteien.

Zu einer umfangreicheren Diskussion kam es bei diesem Etat nur über die bekannte Monopolherrschaft Krupps in der Geschützfabrikation; man weiß, wie viel Millionen die deutschen Steuerzahler dem Kruppunternehmen an den Hals werfen müssen, nur weil die deutsche Regierung nicht das Monopol brechen läßt, noch viel weniger zur Eigenfabrikation übergeht.

Gesetzesvorlagen.

In der Sitzung vom 9. Dezember 1904 nahm der Reichskanzler vor Eintritt in die Tagesordnung das Wort zur Frage der Handelsverträge, offenbar um die Ungeduld der Agrarier zu stillen. Der Reichskanzler teilte dem Hause mit, daß die verbündeten Regierungen die Absicht gehabt hätten, dem Reichstage die vereinbarten Handelsverträge mit Rußland, Rumänien, Belgien, Italien, der Schweiz und Serbien nach Schluß der ersten Lesung des Etats vorzulegen. Die Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn, so erklärte der Reichskanzler damals weiter, wären auf einen toten Punkt gelangt und mußten wegen

erheblicher Meinungsverschiedenheiten abgebrochen werden. Infolge von Mitteilungen, die ihm jetzt aber von österreich-ungarischer Seite gemacht wären, sei Aussicht vorhanden, auch mit diesen unseren Nachbarn zu dem gewünschten Einverständnis zu kommen.

Die Handelsverträge.

Das vom Reichskanzler gewünschte Einverständnis mit Oesterreich-Ungarn ließ aber doch noch länger auf sich warten, wie er wohl selbst glaubte und hoffte. Es war in der Reichstagssitzung am 1. Februar d. Js., als der Reichskanzler zu Beginn der Sitzung das Wort ergriff und dem Reichstag verkündete, daß die Verträge fertiggestellt seien und den Mitgliedern sofort zugehen würden. Der Reichskanzler hat denn auch offen zugestanden, was freilich auch schon alle Welt wußte, daß das Zustandekommen des Vertrages mit Oesterreich-Ungarn sehr schwierig gewesen sei. Man konnte es ihm fast anmerken, wie er erleichtert aufatmete. Ja, aber — daß, wie schon eingangs unseres Berichts angedeutet, dieser Handelsvertrag auch die vermaledeite Firma: Oesterreich-Ungarn haben muß! Wie dieser Tage sich in Ungarn das Geschäftsministerium dem Parlamente vorstellen wollte und den zu erwartenden wie wohlverdienten Empfang bekam, da sagte man den Herren: „Ihr müßt Euch bloß unterstehen, Steuern zu erheben, Rekruten auszuheben oder Handelsverträge abzuschließen.“ Armer deutscher Reichskanzler! welche trübe Aussichten für den Handelsvertrag mit Oesterreich-Ungarn — und man legte doch gerade solchen Wert auf das Zustandekommen dieses Vertrages.

Bei dieser Ankündigung der Verträge hielt der Reichskanzler zugleich eine größere einleitende Rede, mit der wir uns doch ein wenig beschäftigen müssen. Der Reichskanzler gab zunächst einen geschichtlichen Rückblick über die Entwickelung von Industrie und Handel und bestätigte, daß seit dem Jahre 1892 die stärkste Aufwärtsbewegung stattgefunden habe. Das ist, wie bekannt, jene Periode, die unter dem Ministerium Caprivi die Handelsverträge abschloß. Aber der heimischen Landwirtschaft, so sagte der Kanzler, habe man durch diese Verträge ihren Schutz genommen. Er führte dann weiter aus, daß das Verhältnis zwischen städtischer und ländlicher Bevölkerung sich sehr verschoben habe. Im Jahre 1871 wohnten 64 Prozent der Bevölkerung in ländlichen Gemeinden, d. h. in Gemeinden bis zu 2000 Einwohnern; heute wohnen nur noch 46 Prozent auf dem platten Lande. Und daraus folgert er dann, daß Deutschland nicht allein ein Industriestaat ist, sondern ein Agrar- und Industriestaat. Wer in aller Welt hat denn nun jemals behauptet, daß es in Deutschland nicht auch noch ländliche Bevölkerung gibt, Leute, die von der Landwirtschaft leben? Unseres Wissens bezeichnet der Sprachgebrauch mit dem Ausdruck Industrie- und Handelsstaat einen solchen Staat, in dem die Mehrheit der Bevölkerung von Industrie und Handel lebt. Ein solcher Staat aber ist Deutschland. Nun folgte beim Reichskanzler ein Lob auf Industrie und Handel, wie dadurch das Nationalvermögen vermehrt werde, wie unsere Machtstellung in der Welt davon abhängt usw. Der Schluß des schönen Liedes war dann der: — deshalb treiben wir eine Zoll- und Handelspolitik, bei der Industrie und Handel die Zeche bezahlen. Wenn bei uns in Deutschland die Arbeiter irgendwo Klagen erheben über ihre wirtschaftliche Lage, Regierung und Gesetzgebung anrufen zur Linderung und Abhülfe der Mißstände, da fällt es der Regierung lange nicht ein, das so ohne weiteres zu glauben. Da werden Enqueten, hochnotpeinliche Untersuchungen angestellt, ob diese Klagen auch begründet sind.

Sogenannte Enqueten über die Lage der Landwirtschaft wurden durch den aus Hochschutzzöllnern bestehenden wirtschaftlichen Ausschuß in einer Form und in der bestimmten Absicht gemacht, um deren Resultate für die Forderungen der wütendsten Agrarier zu benutzen. Es wurde z. B. nicht gefragt, ob und

wie viel Getreide die Kleinbauern produzieren. Die Antwort auf diese Frage hätte die Pläne der von Großgrundbesitzern beeinflußten Reichsregierung stören können. Jede wirklich Klarheit schaffende Umfrage wurde vermieden.

Wir haben aber nie gehört, daß auch die Reichsregierung Untersuchungen angestellt hätte, ob die Klagen auch in der Landwirtschaft begründet sind. Wir wissen sehr wohl, daß es sehr viel Leute in der Landwirtschaft gibt — denen es bei schwerer Arbeit sehr schlecht geht. Das sind aber nicht die Leute, denen man helfen kann durch künstliche Verteuerung der notwendigen Lebensmittel, sondern diese gehören zu jener großen Volksschicht, denen man ihre Lebensbedingungen erschwert und verschlechtert. Das ist der wahre Grund, weshalb die Regierung hier keine Enquete macht, denn sie würde dadurch selbst den Beweis erbringen, daß diese Wucherpolitik im Interesse einer kleinen Minderheit, der Großgrundbesitzer gemacht ist, die wahrhaftig nicht notleidend sind! Da, wo man in Bundesstaaten (Baden, Koburg-Gotha) Enqueten gemacht hat, ist unsere Behauptung jedesmal erhärtet worden. Der Reichskanzler bestätigte das gewissermaßen selbst, als er seine Freude den Agrariern gegenüber ausdrückte, daß er die Zollsätze des Wuchertarifs für die vier Hauptgetreidearten durchgesetzt habe. Der Körnerbau, sagte er, ist bei uns noch immer das Hauptprodukt der Landwirtschaft. Hier hätte er nur die Tatsache richtiger und näher bezeichnen sollen, indem er sagen mußte — der Großgrundbesitzer! Der Reichskanzler gestand offen zu, daß es den deutschen Unterhändlern sehr schwer geworden sei, auf Grund der Minimaltarife Handelsverträge abzuschließen. Er freute sich aber darüber, daß doch nicht das eingetroffen sei, was von den Gegnern des Zolltarifs prophezeit worden wäre, daß es überhaupt nicht möglich sein würde, mit diesem Tarif zum Abschluß von Handelsverträgen zu gelangen. Schließlich mußte er dann aber selbst zugeben, daß es nur dadurch möglich geworden war, daß die Industrie habe Opfer bringen müssen.

So also sieht die diagonale Politik des Reichskanzlers in der Praxis aus! Für den Schaden, der der Industrie durch diese Handelsverträge zugefügt worden ist, suchte er dann dieselbe zu trösten. Unsere Industrie, so führte der Reichskanzler weiter aus, habe eine solche Leistungsfähigkeit und Anpassungsfähigkeit bewiesen, daß er hoffe, sie werde den Schaden ohne Schwierigkeiten überwinden. Die Industriellen werden allerdings die geschaffenen Schwierigkeiten zu überwinden trachten, die Frage wird nur sein, auf wessen Kosten das wird erreicht werden. Die Rohprodukte und Halbfabrikate hat man durch erhöhte Zollsätze ebenfalls verteuert. Die technischen Fortschritte können aber nicht auf Kommando herbeigeführt werden. Es wird also darauf hinauslaufen, daß eine verschärfte Ausbeutung der Arbeitskraft der Arbeiter sowie Lohnreduktionen eintreten. Hierzu kommen die erhöhten Lebensmittelpreise. Das können und werden sich die Arbeiter nicht ruhig gefallen lassen, und so wird dann die „ausgleichende Politik des Fürsten Bülow verschärfte wirtschaftliche Kämpfe hervorrufen. Daß die Lebensmittel im Preise steigen werden, darüber ist auch der Reichskanzler nicht im Zweifel; aber trostreich wie er ist, weiß er sich auch darüber hinwegzutrösten. Die Lage der Lohnarbeiterklassen hat sich in den letzten Jahrzehnten bedeutend gehoben, meint der Reichskanzler, also können wir auch den Arbeitern das wieder wegräubern, was sie sich in schweren Kämpfen errungen haben. So sieht der Klassenstaat aus! Haben die Arbeiter sich wirklich in schweren Kämpfen ihre Lebenshaltung ein wenig verbessert, dann liegen die Schnapphähne wie gierige Geier auf der Lauer, um es ihnen wieder zu entreißen. Wie man angesichts solcher Tatsachen von Milderung des Klassenkampfes und der Klassengegensätze reden kann, bleibt uns ein Rätsel! Eine leistungsfähige Industrie braucht intelligente und gutgenährte Arbeiter. Eine

Politik aber, die der großen Masse der Bevölkerung das Brot und die Ernährung möglichst verteuert, ist eine massenmörderische.

Die Redner unserer Fraktion legten in eingehenden und scharfen kritischen Darstellungen diese ganze Politik bloß. Die Handelsverträge wurden als das gekennzeichnet, was sie wirklich sind: nicht Verträge für Handel und fortschreitende Entwickelung, sondern *gegen* Handel und Entwickelung. Und diese Politik wird von seiten der Regierung wie der Mehrheitsparteien des Reichstags mit voller Absicht und Ueberzeugung getrieben. Es ist die Feindschaft und der Haß gegen die moderne Entwickelung. Man täuscht sich darüber nicht, daß Fortschritt und Entwickelung zugleich Zersetzung und Auflösung alter Herrschaftsverhältnisse bedeutet. Die Junker und Junkergenossen kämpfen um die Aufrechterhaltung ihrer politischen Vorherrschaft, dazu gehört aber auch die wirtschaftliche Position. Junker und Pfaffe, fürwahr zwei schöne Seelen, sie haben zurzeit bei uns das Heft in der Hand. Sie würden allerdings, wenn es möglich wäre, den wirtschaftlichen Fortschritt überhaupt zertrümmern. Sprach es doch der Zentrumsredner bei Beratung des Tarifs offen aus: „es müsse der Entwickelung von Industrie und Handel ein Paroli geboten werden.“ Wir haben uns über die Situation keinen Augenblick getäuscht. Und man wird zugeben müssen, daß wir im Reichstage soviel in unseren Kräften stand, diese reaktionäre und wucherische Politik bekämpft haben. Daß wir das Zustandekommen der Handelsverträge nicht verhindern konnten, darüber werden unsere Parteigenossen draußen im Lande sich ebenso klar gewesen sein, wie die Fraktion es auch war. Unsere Genossen, die zu den Verträgen sprachen, haben der Regierung und den Mehrheitsparteien des Reichstags die ungeschminkte Wahrheit gesagt. Es ist ganz selbstverständlich, daß wir diese Handelsverträge ablehnten. Wir müssen daher die Verantwortung für die Folgen dieser Politik jenen überlassen, die sie inauguriert und zum Abschluß gebracht haben. Wenn die Verträge an eine Kommission verwiesen wurden, so hatte das nur den Zweck, daß die Regierung die Bedenken, die die Agrarier über diesen und jenen Punkt noch hatten, aufklären und zerstreuen sollte. Es erscheint fast überflüssig zu erwähnen, daß die Agrarier auch noch mancherlei an den Verträgen auszusetzen hatten; allein als Abschlagszahlung wollen sie sie immerhin annehmen. Und der auf Kosten der armen Bevölkerung so freigebige Reichskanzler stimmte den Beutegeiern auch noch bei. Die Agrarier hatten nämlich schwere Bedenken bezüglich der Veterinärkonvention mit Oesterreich-Ungarn. Der preußische Landwirtschaftsminister erklärte ihnen aber: „Meine Herren, dafür lassen Sie mich man sorgen.“ Und in der Tat! in dem Mann haben sie einen guten Sachwalter.

Als besondere Zugabe müssen wir gleichzeitig noch eine *Resolution Kanitz und Genossen* erwähnen. Die Schnapphähne, die natürlich immer auf der Lauer liegen, damit ihnen ja kein Bissen entgeht, dachten an die Voreinfuhr, die bis zu dem Termin, an dem die Verträge in Kraft treten, stattfindet; diese Voreinfuhr wollten sie nun möglichst verhindern. Die Resolution enthielt deshalb folgende Forderungen:

„In der Zeit vom 1. Juli 1905 bis zum 28. Februar 1906 findet eine Stundung der Zölle für Getreide, Hülsenfrüchte, Raps und Rübsen, sowie für die daraus hergestellten Müllerei- und Mälzereierzeugnisse nicht statt.“

Die Annahme dieser Resolution haben wir dadurch verhindert, daß wir namentliche Abstimmung beantragten. Obgleich es sich nun wieder um die Ergatterung von Vorteilen handelte, so waren die Herren doch nicht nach Berlin zu bewegen, und sei es auch nur auf einen Tag. Diese „Edelsten der Nation“ sind eben einen — durchaus müheloser Erwerb gewohnt.

Die Abstimmung über die Handelsverträge war selbstverständlich eine namentliche, wenigstens bei den Hauptverträgen mit Oester-

Ungarn und Rußland. Das Resultat der Abstimmung war folgendes: es waren anwesend 312 Abgeordnete; davon stimmten für Annahme 228, gegen 81, der Abstimmung enthielten sich 3. Vergleichen wir nun einmal diese Abstimmung mit jener beim Kardorf-Tarif. Es waren damals anwesend 303 Abgeordnete; davon stimmten für den Tarif 202, gegen 100 und 1 Mitglied enthielt sich der Abstimmung. Es waren also am 22. Februar d. J. bei der Abstimmung über die Handelsverträge 9 Abgeordnete mehr anwesend wie am 14. Dezember 1902. Das Mehr für die Handelsverträge ist aber 26 Stimmen. Es entsteht die Frage, von welcher Seite sind diese Mehrstimmen für die Handelsverträge hergekommen? Sieht man sich nun die Abstimmungslisten durch, so erhält man die Antwort: Diese Stimmen haben die linksliberalen Parteien geliefert. Die Herren haben gegen die Verträge gesprochen, dann aber in echt liberaler Konsequenz — dafür gestimmt. Soll das eine Manifestation des wiedererwachenden Liberalismus sein? Wir danken schön!

Die Entscheidung ist nun gefallen, und die Geschichte tritt in ihre Rechte. Was im Jahre 1902 in der denkwürdigen Dezembernacht so schändlich begonnen, hat der 22. Februar 1905 durch die Annahme der Handelsverträge geendet. Wir werden jetzt die Wirkungen dieser schändlichen Zoll- und Handelspolitik zu verfolgen und genau zu beobachten haben. Und wenn dann unserer Ueberzeugung gemäß die Wirkungen sich geltend machen, dann müssen wir dem Volke sagen, wer die Leute sind, die so die vitalsten Interessen des Volkes mit Füßen getreten haben.

Gesetz, betr. die Errichtung eines Reichsarbeitsamts, Arbeitsämter, Arbeitskammer und Einigungsämter.

Dieser Gesetzentwurf ist von unserer Fraktion eingebracht, und es lagen zwei Anträge vor, die sich in gleicher Richtung bewegten, daher gleichzeitig zur Beratung gestellt wurden.

Unsere Fraktionsredner gaben eine geschichtliche Darstellung unseres Entwurfs, woraus ersichtlich wurde, daß diese Forderung seit 20 Jahren von uns erhoben wird. Daraus ist wiederum das Tempo ersichtlich, wie die sozialpolitische Gesetzgebung bei uns marschiert. Im Jahre 1890 erschienen die bekannten Februarerlasse Wilhelms II., worin die Gleichberechtigung der Arbeiter mit den anderen Ständen ausgesprochen war, und so gut wie diese ihre Vertretung schon seit langem haben, müsse auch für die Arbeiter eine solche anerkannt werden. Das, was wir also lange vor 1890 im Interesse der Arbeiter forderten, fand auch in den Erlassen Ausdruck. Nun wird es ja als die Pflicht und Aufgabe einer Regierung betrachtet, daß sie zunächst die Verpflichtung hat, solche Versprechungen zur Ausführung zu bringen. Die Regierung Wilhelms II. aber rührte sich nicht! Erschien dann unser Entwurf aber immer als lästiger Mahner, dann stritten sich Regierung und bürgerliche Parteien darüber, ob denn etwas Derartiges mit den Erlassen — gemeint sein könne. Für uns stand aber schon ohne jene Erlasse lange fest, daß es ein Gebot der Gerechtigkeit und der Notwendigkeit sei, für die größte, zahlreichste und wichtigste Klasse der Gesellschaft ein Organ zu schaffen, das erst die Grundlage und Vorbedingung für eine wirkliche sozialpolitische Gesetzgebung darstellt. Die Entwickelung unserer gesamten Verhältnisse, wie auch das stete Anwachsen unserer Partei und namentlich das sehr starke Anschwellen bei der letzten Reichstagswahl hatten denn nun doch bewirkt, daß auch die bürgerlichen Parteien den Standpunkt des völligen Negierens haben verlassen müssen. In der Diskussion wurde nun zwar unser Gesetzentwurf von gegnerischer Seite bemängelt, allein wir selbst sind auch nicht der Meinung, daß wir etwas durchaus vollkommenes als Entwurf geschaffen haben. Bei der ganzen Geschäftslage des Hauses, und

wie auch sonst die Situation in der Angelegenheit lag, war nicht daran zu denken, daß unser Entwurf auf eine gründliche Durchberatung rechnen konnte. Die Regierung hatte in der vorjährigen Tagung die Erklärung abgegeben, daß sie in der nächsten Session dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorlegen werde, der diese Materie regelt. Es wurde daher unser Entwurf, wie auch die erwähnten Anträge der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen. Wir müssen also nun abwarten, wie der Entwurf der Regierung in der nächsten Session aussehen wird.

Gesetz, betr. die Wetten bei öffentlich veranstalteten Pferderennen.

Das Gesetz sollte nach den Motiven vor allem zwei Wirkungen erzielen: einmal auch an seinem Teile durch höhere Einnahmen aus der Totalisatorsteuer die Reichsfinanzen stärken, und dann der Förderung der Landespferdezucht dienen. Demgegenüber vertraten wir die Meinung, daß das Reich seine Steuern nur ziehen darf aus Quellen, die vor der öffentlichen Moral bestehen können, also nicht aus direkter Verleitung zu Spiel und Wette. Andererseits erklärte unser Fraktionsredner, daß wir an sich durchaus für Mittel zur Hebung der Landespferdezucht zu haben sein würden, aber nicht in Gestalt einer neuen Liebesgabe für die Agrarier. Aus diesen Gründen haben wir die Vorlage abgelehnt.

Gesetz, betr. Aufhebung des § 42 Nr. 6 des Reichsbeamtengesetzes.

Diese Gesetzesänderung ist die Folge einer gesetzlichen Maßnahme, die man in Preußen vorgenommen hat. Dort hat man, nicht etwa die Gehälter der armen Volksschullehrer aufgebessert, nein! den armen Ministern mit ihrem „kargen" Einkommen beträchtliche Zulagen gemacht. Da man nun der Ansicht war, daß das Reich folgen müsse, wurde der einschränkende § 42 Nr. 6 des Reichsbeamtengesetzes aufgehoben.

Gesetz, betr. Aenderungen der Zivilprozeßordnung und der Strafprozeßordnung.

Die Regierungsvorlage begründete die Notwendigkeit dieser Aenderungen damit, daß das Reichsgericht in einer Weise mit Arbeiten überlastet sei, daß es so nicht weitergehen könne. Das rechtsuchende Publikum habe darunter sehr schwer zu leiden. Liegen die Dinge nun so, so sollte man meinen, daß der Uebelstand einfach dadurch abzuändern sei, daß man einfach untersucht: 1. ob es die Herren am Reichsgericht auch an dem erforderlichen Fleiß nicht fehlen lassen; 2. ob es nicht möglich ist, durch Vermehrung der Zahl der Richter abzuhelfen." Es wird regierungsseitig erklärt, daß die Richter es an dem erforderlichen Fleiß nicht fehlen lassen. Also bleibt nach unserer Ansicht nur übrig eine Vermehrung der Richter. Das ist aber nun nicht das Mittel, das die Regierung zur Abhülfe des Uebelstandes ergreift. Sie forderte vielmehr in ihrem Entwurf zur Zivilprozeßordnung die Heraufsetzung der Revisionssumme von 1500 Mark auf 2500 Mark. Das bedeutet also die Ausschaltung der Revisionsberechtigung gerade für die kleineren Sachen, also eine Verschlechterung der Justiz für die kleinen Leute. Das Mittel der Abhülfe stellt sich also als ein rückschrittliches, reaktionäres dar. Uebrigens hat dieser Gegenstand auch schon früher den Reichstag beschäftigt, er hat es aber bisher abgelehnt seine Hand zu einer solchen Verschlechterung des Reichstages zu bieten.

Es war jetzt sehr interessant, aus den Reihen des Zentrums einen Redner zu hören, der eifriger Bekämpfer dieser Vorlage war, und auch noch heute ist, der erklärte, daß leider in seiner Fraktion die Zahl der Anhänger dieser Vorlage immer mehr gewachsen sei.

Bei der Diskussion wurde von einem unserer Fraktionsredner auch wieder ein sehr interessanter Fall zur Sprache gebracht, der so recht bezeichnend für unsere Rechtsprechung und im besonderen für den preußischen Justizminister ist. Der Fall betrifft die Berliner Milchzentrale. Diese Milchzentrale, die eine Genossenschaft m. b. H. ist, ging stark bergab. Die konservativen Leiter dieser Milchzentrale führten gegen 8 kleine Bauern einen Majoritätsbeschluß herbei, wodurch man die Leute zwingen wollte, 900 Mark über ihre Haftsumme hinaus zu zahlen. Die Leute taten das nicht, und jetzt war man auch noch so unverschämt, die Leute gerichtlich dazu zu zwingen. Jetzt kommt nun, was den Fall für uns so interessant macht. Der Herr Ring und ein gewisser Krause, zwei agrarische Leuchten an der Spitze der Milchzentrale, wurden mit ihrer Klage gegen die Bauern schließlich auch vom Kammergericht abgewiesen. Die beiden Herren wandten sich nun an den preußischen Justizminister, er möge in der Sache einschreiten. Und in der Tat hatten die Herren Erfolg damit. Der Justizminister ließ die Akten einfordern und den Senatspräsidenten wissen, daß hier das Genossenschaftsgesetz und das Gesellschaftsgesetz verwechselt sei und auch noch sonst andere Irrtümer vorgekommen seien. Der Senatspräsident Rathmann, hat darauf seinen Abschied genommen. Aber nicht nur der Rücktritt des Präsidenten hat stattgefunden, sondern auch der des Referenten in dieser Sache, des Kammergerichtsrats Stadie, der dieses Urteil in Sachen der Milchzentrale angefertigt hat. Beim Königsberger Prozeß sehen wir den preußischen Justizminister tätig für Rußland und hier finden wir ihn in gleicher Würde für die Agrarier. Nun wird auch begreiflich, weshalb man den Uebelstand beim Reichsgericht durch Vermehrung der Richter nicht abhelfen will. Je größer die Zahl der Leute wird, die man braucht, um so schwieriger wird die Auslese. Gegenüber diesem vom unserem Redner zur Sprache gebrachten Fall, gab es denn auch keinen Redner im Hause, der dieses „Aufsichtsrecht" des preußischen Justizministers nicht auf das entschiedenste verurteilte.

Auch gegen die Abänderung des § 80 der Strafprozeßordnung mußten wir uns wenden, da wir die Befürchtung hatten, daß es sich hier um einen versteckten Angriff auf die Schwurgerichte handelt. Diese unsere Ansicht wurde nun zwar allseitig bestritten und hervorgehoben, daß es sich ja überhaupt hier nur um ein Provisorium handelt, da ja eine generelle Revision des Strafgesetzbuches in Aussicht stände. Die Vorlagen an sich erschienen uns wichtig genug, eine namentliche Abstimmung zu verlangen. Das Resultat der Abstimmung war leider die Annahme der Vorlage.

Resolutionen.

Dr. Becker (Hessen) und Genossen beantragten:

„Die Einführung obligatorischer Alters- und Invalidenversicherung für Handwerker."

Diese Forderung ist von uns gleich zu Beginn der fraglichen Gesetzgebung erhoben worden. Aber weder bei der Regierung noch bei den bürgerlichen Parteien fanden wir das erforderliche Verständnis. Wir trieben freilich damit keine Mittelstandsretterei. Wir gingen von der einfachen Ueberzeugung aus, daß bei der unsicheren wirtschaftlichen Lage für diese Bevölkerungsschicht eine Versicherung gegen Invalidität und Alter ebenso notwendig sei, wie für die Arbeiter. Der Redner unserer Fraktion hat nun bei dieser Gelegenheit den bürgerlichen Parteien ins Gedächtnis gerufen, was sie alles für Gründe in

Bereitschaft hatten, um unsere Forderung damals zu bekämpfen. Da hieß es: ja, wenn wir auch auf diese Kreise das Gesetz ausdehnen, dann marschieren wir direkten Weges in den Zukunftsstaat. Unser Redner fragte nun jetzt: „Ob die bürgerlichen Parteien die Scheu vor dem Zukunftsstaat überwunden hätten." Die Regierung erklärte damals immer, eine solche Ausdehnung des Gesetzes überschreite überhaupt den Rahmen desselben. Bei der Abstimmung wurden die Resolutionen angenommen, und wir sind begierig zu hören, was die Regierung machen wird.

Dr. Salbern und Genossen:

Die Resolution dieser Abgeordneten bezweckt eine Aenderung des § 48, Ziffer 4 des Invalidenversicherungsgesetzes. (Auslandaufenthalt zur Wiederherstellung der Gesundheit.) Dieser Paragraph enthält in der Tat eine Härte gegenüber Versicherten, denen der Arzt verordnet zur Wiederherstellung ihrer Gesundheit einen längeren Aufenthalt in einem Kurort zu nehmen, der sich im Auslande befindet. Wie gegenwärtig die Rechtslage durch den Paragraphen bestimmt wird, gehen die Leute ihres Rentenanspruches verlustig. Unser Redner war in der Lage, an der Hand des Aktenmaterials zu beweisen, daß wir bei Beratung des Paragraphen schon diesen in der gegenwärtigen Fassung bekämpften. Die Resolution wurde mit unserer Zustimmung angenommen.

Resolution, betr. Unlauteren Wettbewerb.

Wie seinerzeit dieses Gesetz zur Beratung stand, wurde es von unserer Seite bekämpft mit dem Hinweis, daß es eine Vorspiegelung falscher Tatsachen sei, wenn man den Mittelstandsleuten glauben machen wolle, ihnen damit helfen zu können. Und heute gestehen die Väter selbst zu, daß das Gesetz die erhoffte Wirkung nicht gehabt habe. Die Richter wüßten nicht recht, was sie mit dem Gesetz anfangen sollten, so wurde konstatiert. Unser Fraktionsredner hat dann bei dieser Gelegenheit wieder den ganzen Schwindel der Mittelstandsretterei aufgedeckt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß, wenn es sich hier nicht um eine politisch so sehr rückständige Schicht handelte, man längst mit dieser Art von Politik hätte einpacken müssen. Unser Redner meinte denn auch sehr zutreffend: „Am allernotwendigsten würde es sein, hier im Hause den unlauteren Wettbewerb um die Gunst des Mittelstandes abzuschaffen." Der Reichstag nahm die Resolution gegen unsere Stimmen an. Also der Mittelstand wird weiter gegen den — unlauteren Wettbewerb „geschützt".

Zum Reichsamt des Innern lagen von unserer Fraktion nachstehende Resolutionen vor:

Als Nr. 593 der Drucksachen:

„Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen ein Reichsarbeitsamt, Arbeitsämter, Arbeitskammern und Einigungsämter gemäß dem Entwurf eines Gesetzes betr. die Errichtung eines Reichsarbeitsamtes, von Arbeitsämtern, Arbeitskammern und Einigungsämtern errichtet werden."

Diese Angelegenheit fand, wie bereits schon erwähnt, dadurch ihren Abschluß, daß unser bezüglicher Gesetzentwurf nach der 2. Lesung der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen wurde.

Eine weitere Resolution als Nr. 595 der Drucksachen von uns wollte beschlossen wissen: „Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, den Bundesrat zu veranlassen, bis zur nächsten Session für alle Betriebe mit hoher Vergiftungsgefahr, in denen giftige oder infizierende Stoffe hergestellt oder verwendet werden, Vorschriften

auf Grund der §§ 120e und 139a der Gewerbeordnung zu erlassen." Diese Resolution wurde zugunsten einer anderen von uns zurückgezogen.

Des ferneren beantragten wir folgende Resolutionen:

„Der Reichstag wolle beschließen: Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die tägliche regelmäßige Arbeitszeit für alle im Lohn-, Arbeits- und Dienstverhältnis im Industrie-, Handels- und Verkehrswesen beschäftigten Personen unter Festsetzung angemessener Uebergangsvorschriften auf längstens 8 Stunden festgesetzt und der Sonnabend nachmittag freigegeben wird. In Betrieben mit ununterbrochener Arbeitszeit, sowie in unterirdischen Betrieben soll eine tägliche regelmäßige Arbeitszeit längstens 8 Stunden und in unterirdischen Betrieben, in welchen die Temperatur 28 Grad Celsius übersteigt, von längstens 6 Stunden zugelassen werden."

*

„Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen der Schutz der Arbeiter des Baugewerbes bezüglich Einrichtung der Baubetriebe, Unterkunftsräume, Bedürfnisanstalten, Unfallverhütungsvorschriften und Baukontrolle gemäß dem Entwurf eines Gesetzes, betreffend den Schutz der Arbeiter des Baugewerbes geregelt wird."

*

„Der Reichstag wolle beschließen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen: dem Reichstage baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den ein Arbeitgeber oder Stellvertreter eines solchen, der sich mit einem anderen Arbeitgeber oder dessen Stellvertreter verabredet oder vereinigt, um Arbeitern deshalb, weil sie an den im § 152 der Gewerbeordnung gedachten Vereinigungen teilgenommen haben oder an denselben ferner teilnehmen wollen, ihr ferneres Fortkommen oder die Arbeitsgelegenheit zu erschweren, sie nicht in Arbeit zu nehmen oder sie aus der Arbeit zu entlassen, mit Gefängnis bis zu drei Monaten bedroht wird, sofern nicht nach dem allgemeinen Strafgesetz eine höhere Strafe eintritt, und der Versuch solcher Straftat für strafbar erklärt wird."

*

„Der Reichstag wolle beschließen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage bald einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den bestimmt wird, daß

1. die gewerbliche Arbeit an Sonn- und Festtagen verboten wird; zwischen der Beendigung und dem Wiederbeginn der Arbeit eine Ruhepause von 36 Stunden, und wenn zwei Feiertage einander folgen, eine solche von 60 Stunden liegen muß;
2. Ausnahmen hiervon nur für die Beschäftigung bei Verkehrs- und Transportanstalten, soweit die Beförderung von Personen in Betracht kommt, bei Gastwirtschaften, öffentlichen Erholungs- und Vergnügungsanstalten und bei Betrieben, die ihrer Natur nach einen ununterbrochenen Betrieb erfordern, zugelassen werden dürfen;
3. Verkaufsstellen, in denen Nahrungs- und Genußmittel feilgeboten werden, höchstens drei Stunden geöffnet sein dürfen und spätestens um 12 Uhr mittags geschlossen sein müssen."

*

Diese Resolutionen, ausgenommen die Nr. 593 und die Nr. 595, die wir zugunsten einer anderen zurückzogen, wurden vom Reichstage abgelehnt. Dieses Verhalten des Reichstages charakterisiert unsere sozialpolitische Gesetz-

gebung. Außerdem hatten wir noch eine ganze Anzahl von Anträgen gestellt, die einzeln und wörtlich hier anzuführen, das Maß des Zulässigen überschreiten würde. Nur eines Antrags, der ein vollständiger Gesetzentwurf war, möchten wir seiner besonderen Bedeutung wegen erwähnen. Die Verhandlungen der Berggesetznovelle im preußischen Landtag, über deren Resultat wir uns von vornherein durchaus nicht täuschten, legten uns die Verpflichtung auf, noch einmal den Versuch zu machen, die Angelegenheit vor den Reichstag zu bringen. Diese unsere Absicht machten die Konservativen durch ihren Einspruch dagegen, daß ein bezüglicher Antrag auf die Tagesordnung gesetzt werde, unmöglich. Der Präsident mußte eine Abstimmung vornehmen, die Konservativen verließen den Sitzungssaal, und das Haus war, wie gewöhnlich, beschlußunfähig. So hatte denn dieser unser Antrag das gleiche Schicksal, wie die Resolutionen.

Es bleiben noch zu erwähnen, einige Resolutionen von anderen Parteien. Von seiten des Zentrums lag eine Resolution vor betr.: „Die Einführung eines gesetzlichen Maximalarbeitstages von 10 Stunden für die Frauen." Hierbei kam es zu einer scharfen Auseinandersetzung zwischen Zentrum und unserem Fraktionsredner. Das Zentrum mußte es sich gefallen lassen, daß unser Redner den Nachweis lieferte, daß bei der Art und Weise, wie das Zentrum Sozialpolitik treibe, es kein Wunder nehme, wenn wir damit nicht vorwärts kämen. Er führte aus, daß das Zentrum sich nicht wundern dürfe, wenn man überhaupt zweifle, daß es ihm in der Sache ernst sei. Die Herren meldeten sich sehr entrüstet, woraus zu schließen ist, daß der Hieb gesessen hatte. Unser Redner erklärte, daß wir nur für die Resolution in dem Sinne stimmen könnten, daß wir die darin enthaltene Forderung als einen Durchgangspunkt betrachten.

Ferner eine Resolution von der „Freisinnigen Volkspartei", betr.: „Die Einführung von Gebühren auf den natürlichen Binnenschiffahrtsstraßen in Preußen." Diese Angelegenheit ist im Reichstage und auch in früheren Berichten bereits erörtert worden. Unser Redner vertrat unseren Standpunkt, der den Genossen bekannt ist, und der sich auf das entschiedenste gegen jede Erschwerung und Verteuerung des Wasserverkehrs ausspricht. Die Regierung nahm auch diesmal wieder keine klare Stellung zu der Frage.

Des weiteren von seiten der Nationalliberalen eine Resolution, und zwar vom Abgeordneten Büsing (Mecklenburg) betr.: „Die Mecklenburgischen Verfassungsverhältnisse." Als die Nationalliberalen die größte Partei im Reichstage waren und als sie durch ihre Entscheidung, wenn es nicht eben Nationalliberale gewesen wären, etwas nach dieser Seite hin hätten tun können, da waren sie nicht zu Hause. Unser Redner hat auch nicht unterlassen, den Herren das zu sagen. Unser Standpunkt zu der Angelegenheit ist den Genossen auch bekannt, denn die Angelegenheit ist wiederholt im Reichstage besprochen worden.

Noch eine Resolution, und zwar die letzte, von der „Freisinnigen Volkspartei" lag vor, betr.: „Vorlegung eines Gesetzentwurfs über die Abgrenzung der Wahlkreise." Auch hier handelt es sich um eine Forderung, die verschiedene Male im Reichstage erhoben worden ist. Die Regierung rückt und rührt sich nicht: Wie könnte man es auch von einer Regierung anders erwarten, die am liebsten den Reichstag dahin wünscht, wo der Pfeffer wächst! Man ist nicht bemüht, ein Gebäude auszubauen, von dem man wünscht, daß es einstürzen möge. Unser Redner vertrat den unseren Genossen bekannten Standpunkt zur Sache.

Wahlprüfungen.

Folgende Wahlprüfungen lagen dem Plenum zur Entscheidung vor:

Barbeck, 2. mittelfränkischer Wahlkreis: Die Wahlprüfungskommission hatte die Gültigkeit der Wahl beantragt, von unserer Seite dagegen war im Plenum Ungültigkeit und namentliche Abstimmung beantragt. Eine solche Abstimmung fand zweimal statt — doch war das Haus bei der ersten Abstimmung beschlußunfähig. Bei der zweiten Abstimmung wurde der Antrag auf Ungültigkeit angenommen.

Brejski (Pole), 4. Marienwerder: Die Kommission hatte Ungültigkeit beantragt, und es wurde demgemäß beschlossen.

Korfanty (Pole), 6. Oppeln: Die Kommission beantragte Ungültigkeit und das Haus beschloß demgemäß.

Lehmann (Nationallib.), 3. Sachsen-Weimar: Antrag: Gültigkeit und so beschlossen.

v. Dirckfen (Reichsp.), 9. Frankfurt: Antrag: Gültigkeit und so beschlossen.

Schlüter (Reichsp.), 6. Frankfurt: Erhebungen beantragt und so beschlossen.

Pauli (Reichsp.), 5. Potsdam: Die Kommission hatte Beweiserhebungen beantragt. Unsere Vertreter in der Kommission beantragten im Plenum die Ungültigkeit der Wahl und das Haus beschloß demgemäß.

v. Oertzen (Hosp. der Reichsp.), 9. Potsdam: Gültig.

Dr. Brunstermann (bei keiner Fraktion). Schaumburg-Lippe: Gültig.

Merten (Freis. Volksp.), 3. Magdeburg: Gültig.

Gamp (Reichp.), 8. Marienwerder: Gültig.

Nauck (Hosp. der Reichsp.), Mecklenburg-Strelitz: Gültig.

Für die fünf letzten Wahlen wurde die Gültigkeit beschlossen, wie die Kommission beantragt hatte.

Schluß.

Die verflossene Tagung des Reichstages währte vom 29. November v. J. bis zum 30. Mai d. J. Also 183 Tage. Während dieser Zeit haben 93 Plenarsitzungen stattgefunden. Wenn man eine Durchschnittberechnung anstellt, so ergibt sich, daß der Reichstag so ziemlich einen um den anderen Tag Ferien gehabt hat. So freilich hat sich nun in Wirklichkeit die Sache nicht abgespielt. Aber oft genug ist es vorgekommen, daß, wenn am Beginn der Woche das Haus versammelt war, die Verhandlungen plötzlich auf einige Tage unterbrochen wurden und dann am Schluß der Woche wieder ihren Fortgang nahmen. Daß diese Art die Geschäfte zu erledigen gerade nicht als gut bezeichnet werden kann, wird niemand bestreiten. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß doch ein Teil der Abgeordneten eine weite Reise zu machen hat, so werden diese, ganz besonders wenn der Reichstag so wie angegeben seine Geschäfte zu erledigen beliebt, in Mitleidenschaft gezogen. Sollen sie nun diese Tage, wo der Reichstag Pause macht, untätig in Berlin sich aufhalten, so kostet das Geld; reisen die Abgeordneten aber nach Hause, wer will es ihnen verdenken, daß sie nicht, wenn sie eben die Stiefel ausgezogen haben, gleich wieder kehrt nach Berlin machen. Denkt man nun noch an die Diätenlosigkeit, so tritt der erwähnte Zustand in seiner ganzen Jämmerlichkeit in die Erscheinung.

In der ersten Sitzung dieser Tagung wandte sich der Präsident mit ermahnenden und bittenden Worten an das Haus, und ermahnte die Abgeordneten an ihre Pflichterfüllung. Er wies hin auf die Summe von Arbeit, die zu erledigen sei und auf die wichtigen Vorlagen. Er sprach von dem schrecklichen

Absentismus, der den Reichstag in den letzten Jahren verfolgt hat. Daß diese Ermahnungen irgend einen Erfolg gehabt haben, und besonders bei seinen Parteifreunden, wird er selbst nicht glauben.

Wenn wir zu Eingang unseres Berichtes darauf hinwiesen, daß das große Arbeitsquantum, das dem Reichstag vorlag, eine abermalige Vertagung der Session notwendig mache, wenn nicht eine Unmasse geleisteter Arbeit unter den Tisch fallen solle, so ist richtig das letzte Faktum eingetreten. Und wie ist die Session geschlossen worden! Der Präsident selbst hat offenbar in letzter Stunde erst Kenntnis davon erhalten, daß der Reichstag geschlossen wird. Es ist den Abgeordneten noch ein Schreiben des Präsidenten zugegangen, woraus ersichtlich war, daß er sich an das Polizeipräsidium gewandt hat, um Fürsorge zu treffen, daß die Abgeordneten während der Festlichkeiten anläßlich der Kronprinzenhochzeit in den ersten Junitagen ungehindert zum Reichstag gelangen konnten. Das ist also der offenbare Beweis für unsere Behauptung. Nun sind, während der Reichstag geschlossen ist, durch die Presse Mitteilungen gegangen über den plötzlichen Schluß des Reichstages, die, wenn sie sich bewahrheiten sollten, das Regierungssystem in seiner ganzen Gefährlichkeit zeigen. Aber diese ganze Art, wie die Regierung mit dem Reichstag umspringt, läßt denn doch das ganze Gerede von gleichberechtigten Faktoren geradezu als eine Farce erscheinen. Ebenso gut wie für uns von vornherein feststand, welche Summe von Arbeit nutzlos wurde, wenn die Session geschlossen würde, ebenso klar mußte sich darüber die Regierung gewesen sein. Doch was hat die Regierung nötig, Rücksichten dem Reichstag gegenüber zu nehmen! Hinterdrein räsonnieren dann die bürgerlichen Parteien in ihren Zeitungen, das ist der rechte Mannesmut! Uns befremden diese Dinge ja durchaus nicht, denn wir haben den deutschen Parlamentarismus von jeher richtig bewertet, doch nein! in Rußland gibt es auch Leute, die ihn richtig erkannt haben. Wurde doch vor nicht allzulanger Zeit mitgeteilt, daß in Rußland Leute zusammengesessen hätten, die die Frage ventilierten, wenn es nun in Rußland zum Parlamentarismus kommen sollte, welcher dann wohl der bessere sei? und sie waren einstimig der Meinung — der deutsche!

Wenn wir uns nun die Frage vorlegen, was hat denn nun der Reichstag auf sozialpolitischem Gebiete für die Arbeiter geschaffen? so lautet die Antwort — nichts! Und dasselbe Resultat hatte der erste Abschnitt der Tagung. Einige Resolutionen sind angenommen und wie der Hohe Bundesrat damit verfährt, können wir uns heute schon sagen, im Bericht des nächsten Jahres wird dann die Bestätigung erfolgen.

Nein, die einzigen, die Leben in die Bude bringen könnten, das wären wir. Sobald aber Reichstagswahl ist und unsere Stimmen und Mandate sind angewachsen, dann geht der Lärm los: beseitigt das Wahlrecht! Und das ist nicht nur Drohung. Schaut nach Sachsen, nach Hamburg, nach Lübeck!

Wir haben die herrschende Klasse von jeher richtig eingeschätzt, deshalb lag und liegt der Schwerpunkt unserer Tätigkeit nicht in den Parlamenten, sondern draußen beim Volk! Unsere Haupttätigkeit besteht in der Agitation, in der Aufklärung der Massen, dann die Gleichgesinnten, die Gleichdenkenden organisieren und disziplinieren. In dieser Arbeit wollen und dürfen wir nicht erlahmen. Wenn wir unablässig bestrebt sind diese Vorbedingungen zu schaffen, — dann sind wir gewappnet für alle Eventualitäten!

Anträge.

Geschäftsordnung.

1. Parteigenossen in Frankfurt a. M.: „In seiner Eröffnungssitzung wählt der Parteitag eine Kommission zur Umarbeitung des Organisationsentwurfes, bei welcher die zur Organisationsfrage gestellten Anträge als Material zu benutzen sind."

Tagesordnung.

2. Parteigenossen in Ilversgehofen, Oberlangenbielau und Stettin: „Die Alkoholfrage".

3. Parteigenossen in München: „Der gegenwärtige Stand der Sozialgesetzgebung in Deutschland".

4. Parteigenossen in Mannheim: „a) „Jugendorganisation", b) „Partei und Genossenschaft". Referent: Sekretär Kaufmann-Hamburg.

5. Parteigenossen des 22. sächsischen Reichstags-Wahlkreises: „Die Krankenkassenfrage".

6. Parteigenossen des Wahlkreises Offenbach-Dieburg: „Weltpolitische Zustände und Proletariat".

7. Parteigenossen in Düsseldorf: „Die reaktionären Anschläge gegen die Arbeiterschaft in der Krankenversicherung".

8. Parteigenossen des 1., 3. und 6. Berliner und des Wittenberg-Schweinitzer Wahlkreises: „Die Wandlungen der Weltpolitik und die Stellung der Sozialdemokratie".

9. Parteigenossen in Frankfurt a. M.: „Die auswärtige Politik der deutschen Reichsregierung unter spezieller Berücksichtigung der Rechte des Volkes."

10. Parteigenossen des 3. Berliner Wahlkreises: „Die Arbeiterversicherung in Deutschland".

Parteitag 1906.

11. Parteigenossen in Mannheim und Heidelberg: „Den Parteitag 1906 in Mannheim abzuhalten".

12. Parteigenossen in Apenrade, Berlin III, Berlin V, Breslau, Chemnitz, Erfurt, Flensburg, Frankfurt a. M., Forst, Geesthacht, Königsberg, Kiel, Mannheim, München, Pfungstadt, Schleswig, Stuttgart und Genosse Berg-Berlin: Auf die Tagesordnung des Parteitages 1906 zu setzen: „Die Alkoholfrage".

13. Parteigenossen in Breslau: Auf die Tagesordnung des Parteitages 1906 zu setzen: „Die Reform des Strafrechtes und die Sozialdemokratie"

14. Genossin Zetkin und Genosse Schulz-Bremen: Auf die Tagesordnung des Parteitages 1906 zu setzen: „Erziehung und Sozialismus".

15. Parteigenossen des 3. Berliner Wahlkreises: „Die Erziehung der Jugend".

Agitation.

16. Parteigenossen der Wahlkreise Hanau-Gelnhausen-Orb und Teltow-Beeskow-Storkow: „Den Parteivorstand zu beauftragen, sobald der Entwurf zur Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes erscheint, eine planmäßige, allgemeine Agitation in dieser Sache zu veranlassen".

17. Parteigenossen des 4. sächsischen Wahlkreises: „In Zukunft ist von seiten der Partei eine ausgedehnte Agitation in Wort und Schrift unter der proletarischen Jugend in die Wege zu leiten und überall da, wo angängig, eine Jugendorganisation zu gründen".

18. Parteigenossen in Pforzheim, Heidelberg, Mannheim und Offenbach: „Der Parteitag möge beschließen, daß der Parteivorstand beauftragt wird, die Organisationen der jugendlichen Arbeiter nach besten Kräften zu unterstützen, zur Aufklärung der jugendlichen Arbeiter eine mindestens monatlich einmal erscheinende Zeitung herauszugeben und des weiteren eine Zentralisation der Jugendorganisation herbeizuführen".

19. Parteigenossen des Wahlkreises Teltow-Beeskow-Storkow: „In der Erkenntnis, daß der Militarismus und Marinismus der festeste Stützpfeiler der heute herrschenden Klassen ist, daß er ferner durch seine kulturfeindlichen Tendenzen und Bestrebungen jedes freie und rege Leben erstickt, ja die zu seinen Diensten eingezogenen Söhne des Volkes zu willenlosen Werkzeugen macht, ist es dringend erforderlich, daß hiergegen eine regelmäßige, planmäßig betriebene Agitation einsetzt. Als erste Aufgabe wird betrachtet, in jedem Jahre vor der Aushebung zum Militär oder zur See öffentliche Versammlungen abzuhalten, wo die jungen Leute, die eventuell Soldat werden müssen, speziell über ihre sogenannten „Rechte" als Soldat aufgeklärt werden, ferner, daß zu dieser Zeit Flugblätter desselben Inhalts verbreitet werden und darauf hingewiesen wird, daß sie von dem sogenannten „Beschwerderecht" den ausgiebigsten Gebrauch machen sollen. Durch die Aufklärung in dieser Weise würden die jungen Leute erst sehen, wie die Dienstvorschriften von den Vorgesetzten gehandhabt werden und einen Abscheu vor dem Militarismus bekommen."

Organisation.

Organisations-Entwurf

nach den Beschlüssen der Organisationskommission.

Die fettgedruckten Stellen sind Neueinfügungen gegenüber dem bisher geltenden Organisationsstatut.

Parteiangehörigkeit.

§ 1. Zur Partei gehörig wird jede Person betrachtet, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und die Partei dauernd durch Geldmittel unterstützt.

§ 2. Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder unehrenhaften Handlung schuldig macht.

§ 3. Ueber die fernere Zugehörigkeit zur Partei entscheidet ein Schiedsgericht, das der Parteivorstand beruft. **Der Antrag auf Einsetzung eines solchen Schiedsgerichts kann nur durch eine Parteiorganisation gestellt werden.**

Die Hälfte der Beisitzer wird **von den Angeschuldigten, die andere Hälfte von der antragstellenden Organisation bezeichnet, wobei die Auswahl auf die Parteigenossen des Bezirksverbandes zu beschränken ist, dem der Wohnort des Angeschuldigten angehört.**

Den Vorsitzenden bezeichnet der Parteivorstand.

In Wahlkreisen, in denen die Geschäfte der Partei durch eine Vereinsorganisation geführt werden, ist der Ausschluß eines Mitgliedes aus der betreffenden Organisation dem Ausschluß auf Grund des § 2 des Organisationsstatuts Absatz 1 aus der Gesamtpartei gleichzuachten. Der Ausschluß darf daher nur im Wege des vorstehend festgesetzten schiedsgerichtlichen Verfahrens erfolgen.

§ 4. Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichtes steht den Beteiligten **binnen vier Wochen nach Zustellung des schriftlichen Urteils** die Berufung an die Kontrollkommission und gegen deren Entscheidung an den nächsten Parteitag zu.

Verzichtet ein Parteigenosse, gegen den ein Ausschlußantrag gestellt wird, auf die schiedsgerichtliche Verhandlung, oder unterläßt er es, innerhalb einer vom Parteivorstand zu bestimmenden Frist von mindestens vier Wochen Schiedsrichter zu ernennen, so gilt er ohne weiteres als ausgeschlossen.

Die Zustellung des schriftlichen Urteils sowie die Bekanntgabe des erfolgten Ausschlusses eines Genossen erfolgt durch den Parteivorstand.

§ 5. **Die Wiederaufnahme eines aus der Partei Ausgeschlossenen kann nur durch den Parteitag erfolgen.**

§ 6. Mit dem Tode, dem Austritt oder der Ausschließung aus der Partei verliert der frühere Parteigenosse jedes Recht, das er etwa gegen die Partei, gegen den Parteivorstand, gegen die Kontrollkommission oder gegen einzelne Parteigenossen aus seiner Parteimitgliedschaft erworben hat.

Gliederung.

§ 7. Die Grundlage der Organisation bildet für jeden Reichstagswahlkreis der Sozialdemokratische Verein, dem jeder im Wahlkreise wohnende Parteigenosse, sofern ihn nicht zwingende Gründe daran hindern, als Mitglied anzugehören hat. Erstreckt sich der Wahlkreis über eine Mehrzahl von Ortschaften, so können in allen Orten, in denen Parteigenossen vorhanden sind und die sonstigen Verhältnisse es zulassen, Ortsvereine des Sozialdemokratischen Vereins gebildet werden.

§ 8. Die Sozialdemokratischen Vereine schließen sich zu Bezirksverbänden sowie zu Landesorganisationen zusammen, denen die selbständige Führung der Parteigeschäfte nach eigenen Satuten obliegt; diese dem Parteivorstand mitzuteilenden Statuten dürfen mit dem Organisationsstatut der Gesamtpartei nicht im Widerspruch stehen. Die Vorstände haben ihre erfolgte Wahl dem Parteivorstand mitzuteilen.

§ 9. Wo aus gesetzlichen Gründen die in den §§ 7 und 8 gegebenen Vorschriften nicht ausführbar sind, haben sich die Parteigenossen in anderer, dem Landesrecht entsprechender Weise zu organisieren.

§ 10. Die Festsetzung der Mitgliederbeiträge ist den Bezirksverbänden überlassen. Die Wahlkreise haben mindestens 25 Proz. ihrer aus den Beiträgen und Eintrittsgeldern sich ergebenden Einnahmen an die Zentralkasse abzuführen. Der Parteivorstand ist berechtigt, einzelnen Wahlkreisen im Bedarfsfalle einen über 75 Proz. dieser Einnahmen hinausgehenden Betrag zur Eigenverwendung zu überlassen.

Die Vertrauenspersonen sind berechtigt, freiwillige Beiträge entgegenzunehmen und durch besondere Marken zu quittieren.

Vertrauenspersonen.

§ 11. In allen Wahlkreisen, in denen eine Parteiorganisation vorhanden ist, haben die Parteigenossen eine oder mehrere Vertrauenspersonen zu wählen, deren Adresse sofort dem Parteivorstande mitzuteilen ist. Die Art der Wahl bleibt den Parteigenossen überlassen. Wählbar sind auch die Vorstandsmitglieder des Sozialdemokratischen Vereins.

§ 12. Die Wahl der Vertrauenspersonen erfolgt alljährlich, und zwar im Anschluß an den vorausgegangenen Parteitag. Die Vertrauenspersonen haben ihre Wahl mit Angabe ihrer genauen Adresse sofort dem Parteivorstande mitzuteilen.

Legt eine Vertrauensperson ihr Amt nieder oder tritt sonst eine Vakanz ein, so haben die Parteigenossen eine Neuwahl vorzunehmen und das Resultat derselben dem Parteivorstande bekanntzugeben.

§ 13. Die Vertrauenspersonen der Wahlkreise haben alljährlich bis zum 15. Juli dem Parteivorstande Bericht zu erstatten. Der Bericht muß enthalten Angaben über: Art und Umfang der entfalteten Agitation, die Zahl der im Wahlkreise organisierten Parteigenossen, die Höhe des von den Mitgliedern erhobenen Parteibeitrages, die Summe der gesamten Einnahmen, die Art der Verwendung der dem Wahlkreise verbliebenen Gelder.

Den gleichen alljährlichen Bericht in bezug auf ihre Tätigkeit und die Verwendung der ihnen vom Parteivorstande überwiesenen Gelder haben die Vorstände der Bezirksverbände und Landesorganisationen bezw. die Bezirks- und Landesvertrauenspersonen zu erstatten.

§ 14. Die planmäßige Agitation unter dem weiblichen Proletariat wird durch weibliche Vertrauenspersonen betrieben, die möglichst an allen Orten im Einvernehmen mit den Parteiinstanzen gewählt werden.

Parteitag.

§ 15. Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei. Zur Teilnahme an ihm sind berechtigt:

1. Die Delegierten der Partei aus den einzelnen Reichstagswahlkreisen mit der Einschränkung, daß kein Wahlkreis durch mehr als drei Personen vertreten sein darf. Insoweit nicht unter den gewählten Vertretern des Wahlkreises Frauen sich befinden, können weibliche Vertreter in besonderen Frauenversammlungen gewählt werden.
2. Die Mitglieder der Reichstagsfraktion.
3. Die Mitglieder des Parteivorstandes und der Kontrollkommission.

Die Mitglieder der Reichstagsfraktion haben in allen die parlamentarische und die Mitglieder des Parteivorstandes in allen die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen nur beratende Stimme.

§ 16. Der Parteitag prüft die Legitimation seiner Teilnehmer, wählt seine Leitung und bestimmt seine Geschäftsordnung selbst.

Zur Gültigkeit der Beschlüsse des Parteitages ist die absolute Mehrheit der Anwesenden erforderlich.

§ 17. Alljährlich findet ein Parteitag statt, der von dem Parteivorstande einzuberufen ist.

Hat der vorhergehende Parteitag über den Ort, an welchem der nächste Parteitag stattfinden soll, keine Bestimmung getroffen, so hat der Parteivorstand mit der Kontrollkommission und der Reichstagsfraktion hierüber sich zu verständigen.

§ 18. Die Einberufung des Parteitages muß spätestens vier Wochen vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das Zentralorgan der Partei

mit Angabe der provisorischen Tagesordnung erfolgen. Die Einladung zur Beschickung des Parteitages ist mindestens dreimal in angemessenen Zwischenräumen zu wiederholen.

Anträge der Parteigenossen für die Tagesordnung des Parteitages sind bei dem Parteivorstand einzureichen, der dieselben spätestens drei Wochen vor der Abhaltung des Parteitages durch das Zentralorgan der Partei bekanntzugeben hat.

§ 19. Zu den Aufgaben des Parteitages gehören:

1. Entgegennahme der Berichte über die Geschäftstätigkeit des Parteivorstandes und der Kontrollkommission sowie über die parlamentarische Tätigkeit der Reichstagsabgeordneten.
2. Die Bestimmung des Ortes, an welchem der Parteivorstand seinen Sitz zu nehmen hat.
3. Die Wahl des Parteivorstandes und der Kontrollkommission.
4. Die Beschlußfassung über die Parteiorganisation und alle das Parteileben berührenden Fragen.
5. Die Beschlußfassung über die eingegangenen Anträge.

§ 20. Ein außerordentlicher Parteitag kann einberufen werden:

1. auf einstimmigen Beschluß des Parteivorstandes;
2. auf Antrag der Mehrheit der Reichstagsfraktion;
3. auf Antrag von mindestens 15 Wahlkreisen;
4. auf einstimmigen Beschluß der Kontrollkommission.

Falls der Parteivorstand sich weigert, einem gestellten Antrage auf Einberufung eines außerordentlichen Parteitages stattzugeben, so ist derselbe durch die Reichstagsfraktion einzuberufen. Als Versammlungsort eines außerordentlichen Parteitages ist ein geographisch möglichst günstig gelegener Ort zu bestimmen.

§ 21. Die Einberufung des außerordentlichen Parteitages muß spätestens 14 Tage vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das Zentralorgan der Partei in wenigstens drei aufeinanderfolgenden Nummern mit Angabe der Tagesordnung erfolgen.

Anträge der Parteigenossen sind spätestens 5 Tage vor der Abhaltung des Parteitages im Zentralorgan zu veröffentlichen.

Im übrigen gelten für die außerordentlichen Parteitage dieselben Bestimmungen wie für die ordentlichen Parteitage (§§ 15 und 16).

Parteivorstand.

§ 22. Der Parteivorstand besteht aus acht Personen, und zwar aus zwei Vorsitzenden, drei Schriftführern, einem Kassierer, die berechtigt sind, sich gegenseitig zu vertreten, sowie zwei Beisitzern.

Die Wahl der Vorsitzenden, Schriftführer und des Kassierers erfolgt durch den Parteitag mittels Stimmzettel in einem Wahlgange und nach absoluter Mehrheit. Hat ein Kandidat die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen nicht erhalten, so findet Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten statt, auf welche die meisten Stimmen gefallen sind. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

Die Wahl der zwei Beisitzer erfolgt durch die Kontrollkommission.

Nach erfolgter Wahl hat der Parteivorstand seine Konstituierung vorzunehmen und dieselbe im Zentralorgan der Partei bekanntzumachen.

§ 23. Der Parteivorstand verfügt nach eigenem Ermessen über die vorhandenen Gelder.

Der Parteivorstand oder die Kontrollkommission können durch keinerlei Rechtsgeschäfte die einzelnen Parteigenossen oder die Partei verbindlich machen. Auch erwirbt kein Parteigenosse oder ein anderer durch Verträge mit dem Partei-

vorstande oder der Kontrollkommission ein klagbares Recht gegen diese oder ihre Mitglieder.

Kein Parteigenosse hat ohne ausdrücklichen Beschluß des Parteitages ein klagbares Recht, die Geschäftsbücher oder Papiere des Parteivorstandes, der Kontrollkommission oder der Partei einzusehen oder sich aus ihnen Abschriften oder Auszüge anzufertigen oder eine Auskunft oder Uebersicht über den Stand des Parteivermögens zu verlangen.

Hierdurch wird das Recht der Delegierten, während der Tagung des Parteitages Einsicht in die Bücher zu nehmen, nicht berührt.

§ 24. Die Mitglieder des Parteivorstandes können für ihre Tätigkeit eine Besoldung beziehen. Die Höhe derselben wird durch den Parteitag festgesetzt.

§ 25. Der Parteivorstand besorgt die Parteigeschäfte und kontrolliert die prinzipielle Haltung der Parteiorgane.

Der Parteivorstand entscheidet über Differenzen, die sich bei der Aufstellung von Reichstagskandidaturen zwischen den Genossen eines Wahlkreises und den Bezirks- oder den Vorständen der Landesorganisationen ergeben.

§ 26. Scheidet ein Mitglied des Parteivorstandes aus, so ist die Vakanz durch eine von der Kontrollkommission vorzunehmende Neuwahl zu ergänzen.

Kontrollkommission.

§ 27. Zur Kontrollierung des Parteivorstandes sowie als Berufungsinstanz über Beschwerden gegen den Parteivorstand wählt der Parteitag eine Kontrollkommission von neun Mitgliedern.

Die Wahl der Kontrolleure erfolgt nach einfacher Mehrheit. Bei gleicher Stimmenzahl entscheidet das Los. Zur Leitung ihrer Geschäfte wählt sich die Kontrollkommission einen Vorsitzenden, der Ort und Zeit der Sitzungen bestimmt, soweit die Kontrollkommission nicht darüber beschließt.

Die Kontrolle muß mindestens vierteljährlich einmal stattfinden.

Alle Einsendungen für die Kontrollkommission sind an den Vorsitzenden derselben zu richten, der seine Adresse im Zentralorgan der Partei mitzuteilen hat.

Auf Antrag der Kontrollkommission oder des Parteivorstandes finden gemeinsame Sitzungen statt.

Zentralorgan der Partei.

§ 28. Zentralorgan der Partei ist der „Vorwärts, Berliner Volksblatt".

Die offiziellen Bekanntmachungen sind an hervorragender Stelle des redaktionellen Teiles zu veröffentlichen.

§ 29. Zur Kontrolle der prinzipiellen und taktischen Haltung des Zentralorgans sowie der Verwaltung desselben wählen die Parteigenossen Berlins und der Vororte eine Preßkommission, der aus höchstens zwei Mitgliedern für jeden beteiligten Reichstagswahlkreis bestehen darf.

Die Preßkommission entscheidet in Gemeinschaft mit dem Parteivorstande über alle Angelegenheiten des Zentralorgans, insbesondere über Anstellung und Entlassungen im Personal der Redaktion und Expedition. Bei etwaigen Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Parteivorstand und der Preßkommission entscheidet die Kontrollkommission, der Parteivorstand und die Preßkommission in der Art zu gleichen Rechten, daß jedes dieser drei Organe je eine Stimme hat.

Abänderung der Organisation.

§ 30. Aenderungen an der Organisation der Partei können nur durch einen Parteitag vorgenommen werden.

Anträge auf Abänderung der Organisation können nur beraten werden, wenn sie innerhalb der Fristen, welche die §§ 8 und 12 vorschreiben, zur öffentlichen Kenntnis der Parteigenossen gelangten.

Eine Abweichung von der letzteren Bestimmung ist nur dann zulässig, wenn mindestens drei Viertel der anwesenden Vertreter auf einem Parteitage sich für die Abweichung entscheiden.

---

20. Parteigenossen des 1. **Berliner Wahlkreises:**

§ 3 Absatz 4 zu streichen.

§ 15 Absatz 1. Die Delegierten der Partei aus den einzelnen Reichstags-Wahlkreisen mit der Einschränkung, daß bis auf 1000 organisierte Mitglieder zwei Delegierte und auf fernere je 3000 Mitglieder je ein weiterer Delegierter zu entsenden ist.

§ 15 Absatz 2 zu streichen.

§ 18 Absatz 2 ist zuzufügen: Kurze Zeit vor Stattfinden des Parteitages hat der Parteivorstand gemeinsam mit der Kontrollkommission sich endgültig über die Festsetzung der provisorischen Tagesordnung schlüssig zu werden.

§§ 28 und 29 sind zu streichen und an deren Stelle zu setzen:

Publikationen des Parteivorstandes: Die Bekanntmachungen des Parteivorstandes sind den offiziellen Parteiorganen zuzustellen und sind diese verpflichtet, sie wortgetreu an hervorragender Stelle des redaktionellen Teiles zu veröffentlichen.

Die §§ 3—5 sind an den Schluß des Organisationsstatuts zu setzen.

21. Parteigenossen des 2. **Berliner Wahlkreises:**

§ 5. Die Wiederaufnahme eines aus der Partei Ausgeschlossenen kann nur durch den Parteivorstand erfolgen. Berufung an den Parteitag ist zulässig.

§ 7. Interpretation dahin, daß als zwingender Grund anzusehen ist die Schwäche eines benachbarten Kreises, dem sich ein Genosse aus einem anderen Kreise zur Verfügung stellt.

§ 15, Abs. 1. Die Delegierten der Partei aus den einzelnen Reichstagswahlkreisen mit der Einschränkung, „daß bis 1000 organisierte Mitglieder je zwei Delegierte und auf je weitere 3000 ein weiterer Delegierter zu entsenden sind".

§ 15, Abs. 2. Die Mitglieder der Reichstagsfraktion soweit sie nicht Delegierte sind, nur mit beratender Stimme.

§ 18, Abs. 2. „Zirka 14 Tage vor dem Stattfinden des Parteitages hat sich der Parteivorstand gemeinsam mit der Kontrollkommission endgültig über die Festsetzung der provisorischen Tagesordnung schlüssig zu werden."

§§ 28 und 29 sind zu streichen und durch den Antrag von Berlin I zu ersetzen.

22. Parteigenossen des 3. **Berliner Wahlkreises:**

§ 2. „Die Paragraphen, welche den Ausschluß aus der Partei betreffen, sind an den Schluß des Organisationsstatuts zu setzen".

§ 3. Dem Absatz 3 ist anzufügen: „Jedem Antrag auf Einsetzung eines Schiedsgerichts muß ein Vorverfahren vorangehen, das seitens derjenigen Parteiorganisation geführt werden muß, der der Beschuldigte angehört".

§ 3. Absatz 4 „ist zu streichen".

§ 7. Absatz 1: „Der Ausdruck „zwingende Gründe" ist näher zu interpretieren".

§ 8. Absatz 1: „Die Delegierten der Partei aus den einzelnen Reichstags-Wahlkreisen mit der Einschränkung, daß auf 1000 organisierte Genossen je zwei Delegierte und auf je weitere 3000 ein weiterer Delegierter zu entsenden ist. Insoweit usw."

§ 15 Absatz 2: „Eine Vertretung der Reichstagsfraktion in Höhe von 25 Proz. der Mitglieder."

§ 18 Absatz 2: „Zirka acht Tage vor Stattfinden des Parteitages hat sich der Parteivorstand gemeinsam mit der Kontrollkommission endgültig über die Festsetzung der provisorischen Tagesordnung schlüssig zu werden."

§§ 28 und 29: Beide Paragraphen sind zu streichen und durch den Antrag von Berlin I zu ersetzen.

§ 5. Als Absatz 2 anzufügen: „Die Wiederaufnahme eines aus der Partei Ausgeschlossenen kann nur durch den Parteitag auf Antrag einer Organisation erfolgen; jedoch muß die Organisation, auf deren Antrag der Betreffende ausgeschlossen wurde, vorher gehört werden."

23. Parteigenossen des 5. Berliner Wahlkreises:

§ 3 Absatz 4 zu streichen.

§ 7. Interpretation dahin, daß als zwingender Grund anzusehen ist die Schwäche eines benachbarten Kreises, dem sich ein Genosse aus einem anderen Kreise zur Verfügung stellt.

§ 15 Abs. 1. Die Delegierten der Partei aus den einzelnen Reichstags-Wahlkreisen mit der Einschränkung, „daß bis 1000 organisierte Mitglieder zwei Delegierte und auf je weitere 3000 ein weiterer Delegierter zu entsenden sind".

§ 18 Abs. 2. Zirka acht Tage vor dem Stattfinden des Parteitages hat sich der Parteivorstand gemeinsam mit der Kontrollkommission endgültig über die Festsetzung der provisorischen Tagesordnung schlüssig zu werden.

§§ 28 und 29 zu streichen und durch den Antrag von Berlin I zu ersetzen.

24. Parteigenossen des 6. Berliner Wahlkreises:

§ 15 Absatz 1 erster Satz folgende Fassung: „Die Delegierten der Partei aus den einzelnen Wahlkreisen mit der Maßgabe, daß bis zu 1000 Mitgliedern der Kreis durch zwei, auf je weitere 3000 Mitglieder einen Delegierten mehr vertreten sein darf."

Absatz 2. Die Reichstags-Fraktion durch eine Delegation von 25 Proz. ihrer Gesamtstärke.

§ 18. Die Einberufung des Parteitages hat mit Angabe einer provisorischen Tagesordnung so zeitig zu erfolgen, daß den Kreisen eine Stellungnahme zu diesem Vorschlage ermöglicht ist. Spätestens zehn Tage vor dem Parteitage haben Parteivorstand und Kontrollkommission gemeinsam unter Prüfung der eingegangenen Anträge den endgültigen Vorschlag der Tagesordnung zum Parteitag festzusetzen und zur Publikation zu bringen.

§ 25 Absatz 2. Anstatt „Aufstellung von Reichstags-Kandidaturen" zu setzen: „Bei Aufstellung von Kandidaturen zu öffentlichen Parteiämtern".

§§ 28 und 29 zu streichen und durch Antrag von Berlin I zu ersetzen.

25. Genosse Halfter-Berlin: Im § 15 hinter Absatz 3 folgende Worte einzuschalten: „Andere besoldete Parteibeamte sind als Delegierte zum Parteitag nicht wählbar".

26. Parteigenossen in Bochum:

§ 5 soll die Fassung erhalten: „Die Wiederaufnahme kann durch diejenige Korporation erfolgen, welche den Ausschluß beschlossen resp. endgültig bestätigt hat".

Im § 10 soll es in der 2. Zeile statt Bezirksverbände „Kreisvereine" heißen.

„An die Parteikasse statt 25 Proz., wie der Entwurf im § 10 vorschlägt, nur 20 Proz. abzuliefern."

Im § 13 ist in der 2. Zeile statt Parteivorstand „Bezirksverband" zu setzen.

„Letzterer soll dann für seinen Bezirk einen entsprechenden Bericht an den Parteivorstand abgeben."

Im § 15 ist dem Absatz 2 hinzuzufügen: „welche beratende Stimme haben".

27. Parteigenossen in Braunschweig:

„Der Sozialdemokratische Arbeiterverein Braunschweig erklärt sich mit dem Entwurf des Organisationsstatuts, wie er von der Kommission vorgelegt ist, im allgemeinen einverstanden, wünscht jedoch folgende Aenderungen:

§ 5. Die Wiederaufnahme eines aus der Partei Ausgeschlossenen erfolgt durch den Parteivorstand unter Zuziehung der Organisation am Orte. In letzter Instanz entscheidet der Parteitag.

§ 7 (Satz 1). Die Grundlage der Organisation bildet für jeden Reichstags-Wahlkreis der Sozialdemokratische Verein, dem jeder im Wahlkreise wohnende Parteigenosse anzugehören hat. Falls jemanden zwingende Gründe hindern, sich formell der Organisation anzuschließen, kann er vom Vorstande des Vereins von dieser Verpflichtung entbunden werden.

§ 8. Die Sozialdemokratischen Vereine schließen sich zu Bezirksverbänden und Landesorganisationen zusammen, denen die Vermittelung zwischen den sie bildenden Vereinen und dem Parteivorstand obliegt, und denen der Parteivorstand einen Teil seiner Geschäfte mit deren Zustimmung übertragen kann. Auch kann den Bezirksverbänden das Recht eingeräumt werden, die Aufstellung der Reichstagskandidaten in ihren Kreisen zu bestätigen. Die Satzungen der Bezirksverbände dürfen mit dem Organisationsstatut der Gesamtpartei nicht in Widerspruch stehen. Die Vorstände der Bezirksverbände haben ihre Wahl, die Satzungen und deren Aenderungen dem Parteivorstande unverzüglich mitzuteilen, ihm auch alljährlich bis zum 15. Juli gemäß § 13 Absatz 1 Bericht zu erstatten.

§ 10 Absatz 2. Ueber die Art der Sammlung und Quittierung von freiwilligen Beiträgen bestimmen die Parteigenossen der einzelnen Orte.

§ 13. Die Vorstände der sozialdemokratischen Vereine bezw. die Vertrauenspersonen haben dem Vorstande ihres Bezirksverbandes alljährlich bis zum 1. Juni Bericht zu erstatten. Der Bericht muß enthalten: Angaben über Art und Umfang der entfalteten Agitation, die Zahl der im Wahlkreise organisierten Parteigenossen, die Summe der gesamten Einnahmen, die Art der Verwendung der dem Wahlkreise verbliebenen Gelder. Soweit kein Bezirksverband vorhanden ist, ist der Bericht unmittelbar an den Parteivorstand zu richten.

§ 15. Zusatz zu Ziffer 1. Alle Wahlkreise, welche mindestens 300 Mitglieder besitzen und welche ihren Pflichten gegenüber der Hauptparteikasse nachkommen, müssen auf dem Parteitage durch einen Delegierten vertreten sein. Sind Mittel nicht vorhanden, so trägt die Hauptkasse die Delegationskosten.

§ 15 Ziffer 2. Vertreter der Reichstagsfraktion.

28. Parteigenossen in Breslau: „In dem Organisationsstatut ist genau auszusprechen, daß das Vertrauensmänner-System nur dort weiter bestehen soll, wo gesetzliche Hindernisse der Einführung der Vereinsorganisation im Wege stehen."

29. Parteigenossen in Bremen und in Erfurt: „Die in den §§ 3—5 enthaltenen Bestimmungen sind unter der Ueberschrift: „Ausschluß aus der Partei" hinter dem § 29 der Vorlage einzuordnen."

„Auf § 8 folgt § 10, Abs. 1, hierauf § 13 mit der Aenderung zu Anfang: „Die Vorstände der Wahlkreisorganisationen haben . . ." (statt: Die Vertrauenspersonen der Wahlkreise haben . . .) und nach Streichung der Worte am Schluß: „bezw. die Bezirks- und Landesvertrauenspersonen". Ferner ist im zweiten Absatz

des § 13 zu sagen: „der ihnen zur Verfügung stehenden Mittel" (statt: „der ihnen vom Parteivorstande überwiesenen Gelder").

Sodann folgt § 14 der Vorlage und hierauf § 9, dem als 2. und 3. Absatz folgendes anzufügen ist: „In solchen Landesteilen und Wahlkreisen haben die Parteigenossen alljährlich im Anschluß an den Parteitag eine oder mehrere Vertrauenspersonen zu wählen, deren Adressen sofort dem Parteivorstande mitzuteilen sind. Die Art der Wahl bleibt den Parteigenossen überlassen. Für diese Vertrauenspersonen gelten die Bestimmungen des (jetzigen) § 13 in sinngemäßer Anwendung.

Die Vertrauenspersonen sind berechtigt, freiwillige Beiträge entgegenzunehmen und durch besondere Marken zu quittieren.

Die §§ 11 und 12 der Vorlage werden gestrichen."

Die §§ 7—14 erhalten demnach folgende Form:

Gliederung.

§ 7. Die Grundlage der Organisation bildet für jeden Reichstags-Wahlkreis der Sozialdemokratische Verein, dem jeder im Wahlkreise wohnende Parteigenosse, sofern ihn nicht zwingende Gründe daran hindern, als Mitglied anzugehören hat. Erstreckt sich der Wahlkreis über eine Mehrzahl von Ortschaften, so können in allen Orten, in denen Parteigenossen vorhanden sind und die sonstigen Verhältnisse es zulassen, Ortsvereine des Sozialdemokratischen Vereins gebildet werden.

§ 8. Die sozialdemokratischen Vereine schließen sich zu Bezirksverbänden sowie zu Landesorganisationen zusammen, denen die selbständige Führung der Parteigeschäfte nach eigenen Statuten obliegt; diese dem Parteivorstand mitzuteilenden Statuten dürfen mit dem Organisationsstatut der Gesamtpartei nicht im Widerspruch stehen. Die Vorstände haben ihre erfolgte Wahl dem Parteivorstand mitzuteilen.

§ 10. Die Festsetzung der Mitgliederbeiträge ist den Bezirksverbänden überlassen. Die Wahlkreise haben mindestens 25 Proz. ihrer aus den Beiträgen und Eintrittsgeldern sich ergebenden Einnahmen an die Zentralkasse abzuführen. Der Parteivorstand ist berechtigt, einzelnen Wahlkreisen im Bedarfsfalle einen über 75 Proz. dieser Einnahmen hinausgehenden Betrag zur Eigenverwendung zu überlassen.

§ 13. Die Vorstände der Wahlkreisorganisationen haben alljährlich bis 15. Juli dem Parteivorstande Bericht zu erstatten. Der Bericht muß enthalten Angaben über: Art und Umfang der entfalteten Agitation, die Zahl der im Wahlkreise organisierten Parteigenossen, die Höhe des von den Mitgliedern erhobenen Parteibeitrages, die Summen der gesamten Einnahmen, die Art der Verwendung der dem Wahlkreise verbliebenen Gelder. Den gleichen alljährlichen Bericht in bezug auf ihre Tätigkeit und die Verwendung der ihnen zur Verfügung stehenden Gelder haben die Vorstände der Bezirksverbände und Landesorganisationen zu erstatten.

§ 14. Die planmäßige Agitation unter dem weiblichen Proletariat wird durch weibliche Vertrauenspersonen betrieben, die möglichst an allen Orten im Einvernehmen mit den Parteiinstanzen gewählt werden.

§ 9. Wo aus gesetzlichen Gründen die in den §§ 7 und 8 gegebenen Vorschriften nicht ausführbar sind, haben sich die Parteigenossen in anderer, dem Landesrecht entsprechender Weise zu organisieren. In solchen Landesteilen und Wahlkreisen haben die Parteigenossen alljährlich im Anschluß an den Parteitag eine oder mehrere Vertrauenspersonen zu wählen, deren Adressen sofort dem Parteivorstande mitzuteilen sind. Die Art der Wahl bleibt den Parteigenossen überlassen. Für diese Vertrauenspersonen gelten die Bestimmungen des (jetzigen) § 13 in sinngemäßer Anwendung.

Die Vertrauenspersonen sind berechtigt, freiwillige Beiträge entgegenzunehmen und durch besondere Marken zu quittieren.

§ 15, Absatz 1 und 2 (Teilnahme am Parteitag) erhalten folgende Fassung: 1. Die Delegierten der Partei aus den einzelnen Reichstags-Wahlkreisen, deren Wahl nach einem vom Parteitag festzusetzenden Proportionalwahlverfahren erfolgt. Die Kosten für die Delegation trägt die Parteikasse. 2. Der Vorstand der Reichstagsfraktion oder eine seiner Mitgliederzahl entsprechende Delegation der Fraktion.

„Im § 18, Absatz 1 ist statt „spätestens 4 Wochen" zu setzen „spätestens 6 Wochen".

§ 25. Der Parteivorstand besorgt die Parteigeschäfte; insbesondere hat er durch geeignete Maßnahmen die prinzipielle Aufklärung und Schulung der Parteigenossen zu fördern sowie die prinzipielle Haltung der Parteiorgane zu kontrollieren. Der Parteivorstand entscheidet über Differenzen, die sich bei der Aufstellung von Reichstagskandidaturen zwischen den Genossen eines Wahlkreises und den Bezirks- oder den Vorständen der Landesorganisationen ergeben.

§ 22. Die Zahl der Mitglieder des Parteivorstandes bestimmt der Parteitag. Die Wahl der Vorstandsmitglieder erfolgt auf dem Parteitag mittels Stimmzettels in einem Wahlgange und nach absoluter Mehrheit. Hat ein Kandidat die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen nicht erhalten, so findet eine Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten statt, auf welche die meisten Stimmen gefallen sind. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los. Die beiden Vorsitzenden sowie den ersten Sekretär und den Kassierer ernennt der Parteitag. Die weitere Verteilung seiner Geschäfte nimmt der Parteivorstand selbst vor.

§ 23. Der Parteivorstand verfügt nach eigenem Ermessen über die vorhandenen Gelder. Der Parteivorstand oder die Kontrollkommission können durch keinerlei Rechtsgeschäfte die einzelnen Parteigenossen oder die Partei verbindlich machen. Auch erwirbt kein Parteigenosse oder ein anderer durch Verträge mit dem Parteivorstande oder der Kontrollkommission ein klagbares Recht gegen diese oder ihre Mitglieder. Kein Parteigenosse hat ohne ausdrücklichen Beschluß des Parteitages ein klagbares Recht, die Geschäftsbücher oder Papiere des Parteivorstandes, der Kontrollkommission oder der Partei einzusehen oder sich aus ihnen Abschriften oder Auszüge anzufertigen oder eine Auskunft oder Uebersicht über den Stand des Parteivermögens zu verlangen. Hierdurch wird das Recht der Delegierten, während der Tagung des Parteitages Einsicht in die Bücher zu nehmen, nicht berührt.

§ 24. Die Mitglieder des Parteivorstandes können für ihre Tätigkeit eine Besoldung beziehen. Die Höhe derselben wird durch den Parteitag festgesetzt.

§ 26. Scheidet ein Mitglied des Parteivorstandes aus, so ist die Vakanz durch eine von der Kontrollkommission vorzunehmende Neuwahl zu ergänzen.

30. Parteigenosse Donath-Bremen: § 10. Der Mitgliedsbeitrag beträgt 20 Pf. monatlich. An die Zentralkasse sind 25 Proz. der Einnahmen aus diesem Grundbeitrag abzuführen. Dem Parteivorstand steht es frei, einzelnen Wahlkreisen im Bedarfsfalle einen Teil der ihm zustehenden Einnahmen zur Eigenverwendung zu überlassen. Ortsvereine oder Bezirksverbände haben das Recht, einen obligatorischen monatlichen Zuschlagsbeitrag zu erheben. Die Vertrauenspersonen sind befugt, freiwillige Beiträge entgegenzunehmen und durch besondere Marken zu quittieren.

31. Parteigenossen des Wahlkreises Kotbus-Spremberg:

§ 5. Die Wiederaufnahme eines aus der Partei Ausgeschlossenen kann nur durch die Ortsparteiorganisation erfolgen.

§ 11. In allen Wahlkreisen, in denen eine Parteiorganisation vorhanden ist, haben die Parteigenossen ein oder mehrere Vertrauenspersonen zu wählen, deren Adresse sofort dem Parteivorstand mitzuteilen ist. In Wahlkreisen, wo

landesrechtliche Bestimmungen nicht entgegenstehen, gelten ohne weiteres die Vorsitzenden der sozialdemokratischen Vereine als Vertrauenspersonen.

§ 12. Das Vereinsjahr der sozialdemokratischen Vereine läuft vom 1. Juli bis zum 30. Juni und erfolgt die Wahl der Vorstände sowie auch der Vertrauenspersonen im Monat Juli usw.

32. Parteigenossen in Krefeld:

§ 3. In Wahlkreisen, in welchen keine feste Parteiorganisation besteht, kann der Antrag auf Einsetzung eines Schiedsgerichts durch die Kreiskonferenz erfolgen.

§ 5. Die Wiederaufnahme eines aus der Partei Ausgeschlossenen kann nur durch die Organisation am Orte bezw. durch die Kreiskonferenz erfolgen.

§ 10. Die Wahlkreise haben mindestens 15 Proz. usw.

33. Parteigenossen in Döbeln: „Die Abgeordneten haben nur als Delegierte an den Verhandlungen des Parteitages teilzunehmen, ausgenommen davon sind die Referenten."

34. Parteigenossen in Frankfurt a. M.:

Parteizugehörigkeit und Parteigliederung.

§ 1. Zur Partei gehörig wird jede Person betrachtet, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und die Partei mindestens durch die festgesetzten Beiträge dauernd unterstützt. Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder einer ehrlosen Handlung schuldig gemacht hat.

§ 2 (§ 7). Die Grundlage der Partei-Organisation bilden die sozialdemokratischen Vereine. In der Regel soll sich jeder Verein über mindestens einen Reichstags-Wahlkreis erstrecken; Ausnahmen sind bei räumlich nicht einheitlichen Wahlkreisen und zur Anpassung an einheitliche Wirtschaftsgebiete zulässig. Erstreckt sich der Wahlkreis über eine Mehrzahl von Ortschaften, so können in denselben Mitgliedschaften des Vereins gebildet werden. Jeder Parteigenosse hat, sofern ihn nicht zwingende Gründe daran hindern, dem Verein resp. der Mitgliedschaft seines Wohnortes anzugehören.

§ 3 (§ 8). Die sozialdemokratischen Vereine schließen sich zu Bezirksverbänden zusammen, denen die selbständige Führung der Parteigeschäfte nach eigenen Statuten obliegt; diese dem Parteivorstande mitzuteilenden Statuten dürfen mit dem Organisationsstatut der Gesamtpartei nicht in Widerspruch stehen.

§ 4 (§ 10). Der Eintritt in die sozialdemokratischen Vereine ist kostenfrei. Der Mitgliederbeitrag beträgt 30 Pf. pro Monat. Den einzelnen Vereinen, sowie den Bezirksverbänden steht es frei, besondere Zuschläge zu erheben und bei schlechten Einkommensverhältnissen eine Verminderung der Beiträge vorzunehmen. Die Vereinsvorstände sind ferner berechtigt, freiwillige Beiträge entgegenzunehmen und durch besondere Marken zu quittieren.

§ 5 (§ 10). Die sozialdemokratischen Vereine haben mindestens 25 Proz. ihrer Einnahmen aus den Mitgliederbeiträgen (nicht auch der aus den Zuschlägen) an die Zentralkasse abzuführen.

§ 6 (§ 13). Die Vereinsvorstände haben vierteljährlich in einer vom Parteivorstande festzusetzenden Weise über alle Parteiangelegenheiten an den Bezirksvorstand und an den Parteivorstand einen gleichlautenden Bericht zu erstatten. Dieselbe Pflicht der Berichterstattung haben die Bezirksvorstände gegenüber dem Parteivorstande. Die Adressen der Vereinsvorsitzenden und der Bezirksvorsitzenden sowie alle Aenderungen dieser Adressen sind dem Parteivorstande unverzüglich mitzuteilen.

§ 7 (§ 14). Die planmäßige Agitation unter dem weiblichen Proletariat wird durch weibliche Vertrauenspersonen betrieben, die möglichst an allen Orten im Einvernehmen mit den Parteiinstanzen gewählt werden.

§ 8 (§ 9). Wo aus gesetzlichen Gründen die vorstehend gegebenen Vorschriften nicht ausführbar sind, haben sich die Parteigenossen in anderer, dem Landesrechte entsprechender Weise zu organisieren und die Parteigeschäfte durch besondere Vertrauenspersonen erledigen zu lassen.

Parteitag.

§ 9 (§ 15). Der Parteitag bildet die oberste Instanz der Partei. Zur Teilnahme an ihm sind berechtigt: 1. Die Delegierten der Partei, die von den sozialdemokratischen Vereinen nach Maßgabe ihrer Mitgliederzahlen zu wählen sind. Auf Mitgliederzahlen bis 1000 entfällt ein Delegierter, auf Mitgliederzahlen bis 3000 entfallen zwei und auf Mitgliederzahlen von mehr als 3000 entfallen drei Delegierte. 2. Die Mitglieder der Reichstagsfraktion, die aber, sofern sie nicht Delegierte sind, nur beratende Stimme haben. 3. Die Mitglieder des Parteivorstandes und der Kontrollkommission. Die Mitglieder des Parteivorstandes haben in allen die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen nur beratende Stimme.

§§ 10—15. (Gleich den §§ 16—21 des Kommissionsentwurfs.)

Parteivorstand.

§ 16 (§ 22). Die Zahl der Mitglieder des Parteivorstandes bestimmt der Parteitag. (Der weitere Wortlaut nach dem Kommissionsvorschlag.)

§§ 17—20. (Gleichlautend mit den §§ 23—26 der Kommissionsvorlage.)

Kontrollkommission.

§ 21. (Gleichlautend mit § 27 der Kommissionsvorlage.)

Zentralorgan der Partei.

§§ 22 und 23. (Gleichlautend mit den §§ 28 und 29 der Kommissionsvorlage.)

Ausschluß aus der Partei.

§§ 24 und 25. (Gleichlautend mit den §§ 3 und 4 der Kommissionsvorlage).

§ 26 (§ 5). Die Wiederaufnahme eines aus der Partei Ausgeschlossenen kann, wenn gegen dieselbe Widerspruch erhoben wird, nur durch den Parteitag erfolgen.

§ 27. (Gleich § 6 des Kommissionsentwurfs.)

Abänderung der Organisation.

§ 28. (Gleich § 30 des Kommissionsvorschlags.)

35. Parteigenossen des Wahlkreises Forst-Sorau:

Im § 10 Absatz 2 sind die beiden Worte „die Vertrauensperson" durch die Worte zu ersetzen: „die Vorstände der Sozialdemokratischen Vereine und, wo solche nicht vorhanden sind, die Vertrauenspersonen".

Die §§ 11—14 sind folgendermaßen zu fassen:

§ 11. Die Adressen der ersten Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Vereine eines jeden Reichstags-Wahlkreises sind sofort nach ihrer Wahl dem Parteivorstande mitzuteilen. In Bundesstaaten, in denen Sozialdemokratische Vereine gesetzlich verboten sind, haben die Parteimitglieder alljährlich, und zwar im Anschluß an den voraufgegangenen Parteitag für jeden Wahlkreis eine Vertrauensperson zu wählen und deren Adresse dem Parteivorstande mitzuteilen. Legt die Vertrauensperson ihr Amt nieder oder tritt sonst eine Vakanz ein, so ist die Neuwahl baldmöglichst vorzunehmen. Nach jeder Wahl hat die gewählte Vertrauensperson ihre Adresse sofort dem Parteivorstande mitzuteilen.

§ 13. Die ersten Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Vereine und die Vertrauenspersonen der Reichstags-Wahlkreise haben alljährlich bis zum 15. Juli dem Parteivorstande Bericht zu erstatten. Der Bericht muß enthalten: Angaben über Art und Umfang der entfalteten Agitation, die Zahl der im Wahlkreise organisierten Parteigenossen, die Höhe des von den Mitgliedern erhobenen Parteibeitrages, die Summe der genannten Einnahmen, die Art der Verwendung der dem Wahlkreise verbliebenen Gelder. Den gleichen alljährlichen Bericht in

bezug auf ihre Tätigkeit und die Verwendung der ihnen vom Parteivorstande überwiesenen Gelder haben die Vorstände der Bezirksverbände und Landesorganisationen bezw. die Bezirks- und Landesvertrauenspersonen zu erstatten.

§ 14. In denjenigen Bundesstaaten, in denen weibliche Personen politischen Vereinen nicht angehören dürfen, ist für den Reichstags-Wahlkreis entweder in einer öffentlichen Versammlung oder in einer Konferenz, die aus weiblichen Delegierten öffentlicher Versammlungen der einzelnen Orte besteht, eine weibliche Vertrauensperson zu wählen. Für jeden Reichstags-Wahlkreis solcher Bundesstaaten, in denen weibliche Personen auch an öffentlichen politischen Versammlungen nicht teilnehmen dürfen, ist von der Zentral-Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands eine weibliche Kreis-Vertrauensperson zu bestimmen. Neben den Kreis-Vertrauenspersonen, deren Aufgabe darin besteht, die Agitation unter dem weiblichen Proletariat planmäßig zu betreiben, können für einzelne Orte in öffentlichen Versammlungen weitere weibliche Vertrauenspersonen gewählt werden. In denjenigen Bundesstaaten, in denen weibliche Personen Mitglieder politischer Vereine sein dürfen, haben die Sozialdemokratischen Vereine, in den im § 11 Absatz 2 erwähnten Bundesstaaten die Vertrauenspersonen der Reichstags-Wahlkreise die planmäßige Agitation unter dem weiblichen Proletariat zu übernehmen.

Im § 25 ist der Absatz 2 folgendermaßen zu fassen: Die Aufstellung der Reichstagskandidaten erfolgt durch den Sozialdemokratischen Verein für jeden Reichstags-Wahlkreis. In Bundesstaaten, in denen Sozialdemokratische Vereine verboten sind, erfolgt die Aufstellung der Reichstagskandidaten in derselben Weise, wie die Wahl der Vertrauenspersonen. Wenn bis vier Wochen vor der Reichstagswahl in einem Wahlkreis kein Kandidat aufgestellt ist, hat der Parteivorstand einen solchen zu bestimmen.

36. Parteigenossen des Wahlkreises Görlitz-Lauban: „§ 10. Die Wahlkreise haben mindestens 20 Proz. ihrer aus den Beiträgen und Eintrittsgeldern sich ergebenden Einnahmen an die Zentralkasse abzuführen. Die an die Provinzial- und Bezirksverbände abzuliefernden Beiträge können hierauf angerechnet werden. Der Parteivorstand ist berechtigt, im Bedarfsfalle einzelnen Wahlkreisen einen über 80 Proz. dieser Einnahmen hinausgehenden Betrag zur Eigenverwendung zu überlassen."

37. Parteigenossen des Wahlkreises Guben-Lübben:

§ 10 Abs. 1. Die Festsetzung der Mitgliederbeiträge ist den Kreisvereinen überlassen. Die Kreisvereine haben mindestens 50 Pf. pro Mitglied und Jahr an die Zentralkasse abzuführen. Der Parteivorstand ist verpflichtet, einzelne Wahlkreise im Notfalle finanziell zu unterstützen.

Im § 10 Abs. 2 sind die beiden Worte „die Vertrauensperson" durch die Worte zu ersetzen: „die Vorstände der Sozialdemokratischen Vereine und, wo solche nicht vorhanden sind, durch die Vertrauenspersonen".

Im § 25 ist der Absatz 2 folgendermaßen zu fassen: „Die Aufstellung der Reichstagskandidaten erfolgt durch den sozialdemokratischen Verein für jeden Reichstags-Wahlkreis. In Bundesstaaten, in denen sozialdemokratische Vereine verboten sind, erfolgt die Aufstellung der Reichstagskandidaten in derselben Weise wie die Wahl der Vertrauenspersonen. Wenn bis vier Wochen vor der Reichstagswahl in einem Wahlkreis kein Kandidat aufgestellt ist, hat der Parteivorstand einen solchen zu bestimmen."

38. Parteigenossen in Gumbinnen:

§ 15. „Hinter Absatz 1 einzufügen: Jeder Wahlkreis, in dem bei der letzten Reichstags-Hauptwahl 5000 - 15 000 sozialdemokratische Stimmen abgegeben wurden, wählt einen Delegierten, von 15 000 bis 25 000 Stimmen zwei Delegierte und von 25 000 aufwärts drei Delegierte. Bedingung ist, daß nur die

Wahlkreise Delegierte entsenden dürfen, in denen eine Parteiorganisation von mindestens 100 Mitgliedern besteht. Wählbar sind nur organisierte Parteigenossen. Die Kosten für die Parteitagsdelegation trägt die Hauptkasse."

39. Parteigenossen in **Hannover**:

§ 3. „Ueber die fernere Zugehörigkeit zur Partei entscheidet in erster Linie die Vereinsorganisation des Kreises, in Ermangelung einer solchen die Bezirks- bezw. Landesorganisation. Der auf Grund des § 2 des Organisationsstatuts erfolgte Ausschluß eines Genossen aus einer der obengenannten Organisationen ist dem Ausschluß aus der Gesamtpartei gleichzuachten. In Wahlkreisen, in denen eine Parteiorganisation nicht besteht, geschieht der Ausschluß erster Instanz auf Antrag des Vertrauensmannnes durch den Vorstand der Bezirksorganisation. Dem Ausgeschlossenen steht das Recht zu, innerhalb eines Monats nach Zustellung des Ausschlußbeschlusses beim Parteivorstand die Einsetzung eines Schiedsgerichts zu beantragen. Das Schiedsgericht hat über die Berechtigung des Ausschlußbeschlusses zu befinden; es wird vom Parteivorstand, der auch den Vorsitzenden zu bezeichnen hat, berufen. Das Schiedsgericht besteht einschließlich des Vorsitzenden aus höchstens sieben organisierten Parteigenossen. Die Hälfte der Beisitzer wird von dem Ausgeschlossenen, die andere Hälfte von der Organisation bezeichnet, die den Ausschluß bewirkt hat, wobei die Auswahl auf die Parteigenossen des Bezirksverbandes zu beschränken ist, dem der Wohnort des Ausgeschlossenen angehört."

§ 4 Absatz 2. „Verzichtet ein Ausgeschlossener auf die schiedsgerichtliche Verhandlung, oder unterläßt er es, nach Stellung des Antrages auf Einsetzung eines Schiedsgerichts innerhalb einer vom Parteivorstand zu bestimmenden Frist von mindestens vier Wochen Schiedsrichter zu ernennen, so gilt er ohne weiteres als ausgeschlossen."

§ 5. „Die Wiederaufnahme eines auf Grund des § 2 aus der Partei Ausgeschlossenen kann nur durch den Parteitag erfolgen."

§ 10. „Die Erledigung der Parteiangelegenheiten erfolgt in den einzelnen Wahlkreisen in erster Linie durch die Kreisvereine, bezw. deren Organe. Die Art der Erledigung sowie die Bestimmung der Organe bleibt den Kreis- bezw. Wahlvereinen überlassen."

§ 13 Absatz 1. „Halbjährlich, und zwar bis zum 15. Januar und 15. Juli, haben die Bezirks- und Landesorganisationen, und wo solche nicht vorhanden, die Vertrauenspersonen beim Parteivorstand Bericht zu erstatten und Rechnung zu legen. Für die Berichterstattung und Rechnungslegung werden einheitliche Formulare herausgegeben."

Im § 15 Ziffer 2 soll es lauten: „Die Delegierten der Reichstagsfraktion, deren Zahl den vierten Teil der Fraktionsstärke nicht übersteigen darf. Ferner ist folgendes einzufügen: Die Wahl der Delegierten zum Parteitage erfolgt nach den Bestimmungen einer vom Parteivorstande zu erlassenden Wahlordnung. Mit der Bekanntmachung des Termins der Abhaltung des Parteitages ist die Einteilung der Wahlbezirke für die Wahl der Delegierten zum Parteitage und die Zahl der in jedem Wahlbezirk zu wählenden Delegierten unter Angabe der Mitgliederzahlen zu veröffentlichen. Die Kosten des Parteitages trägt die Hauptkasse."

Im § 19 ist zu den Aufgaben des Parteitages hinzuzufügen: „Festsetzung der Gehälter für die Parteibeamten und der Diäten für die Delegierten zum Parteitag."

§ 20. „Für die Wahl der Delegierten ist die Wahlbezirkseinteilung für den vorhergehenden ordentlichen Parteitag maßgebend."

§ 25. „Die Aufstellung der Reichstagskandidaturen ist Aufgabe des Sozialdemokratischen Vereins. Der Parteivorstand entscheidet über Differenzen,

die sich bei der Aufstellung von Reichstagskandidaturen zwischen den Genossen eines Wahlkreises und den Bezirks- oder den Vorständen der Landesorganisationen ergeben."

40. Parteigenossen des Wahlkreises Hanau-Gelnhausen-Orb: „Der Parteitag möge sich in bezug auf den Entwurf des neuen Organisationsstatuts der Partei dafür erklären, daß die Beiträge von jedem Wahlkreise selbständig festgesetzt werden, daß von der Einnahme 15 (nicht 25) Prozent an die Zentrale abgeführt werden, und daß ferner die Reichstagsfraktion vollzählig auf dem Parteitag vertreten sein soll, aber — soweit die Genossen nicht als Delegierte gewählt sind — nur mit beratender, nicht mit beschließender Stimme."

41. Parteigenossen in Harburg: „Die Einberufung der Parteitage soll mindestens zwei Monate vor der Abhaltung erfolgen und die gestellten Anträge vier Wochen vor Beginn der Tagung bekannt gegeben werden."

42. Parteigenossen des 2. Hamburger Wahlkreises: § 15 Abs. 1 Ziffer 2 des Organisationsentwurfes zu streichen und dafür zu setzen: „Die Mitglieder des Vorstandes der Reichstagsfraktion." — In Ziffer 3 des § 15 sind die Worte: „und der Kontrollkommission" zu streichen und dafür zu setzen: „und eines Mitgliedes der Kontrollkommission." — § 15 Abs. 2 zu formulieren: „Die Mitglieder des Vorstandes der Reichstagsfraktion haben usw."

43. Parteigenossen des 1., 2. und 3. Hamburger Wahlkreises:

§ 3 erhält folgende Fassung: Ueber die fernere Zugehörigkeit zur Partei entscheiden die Parteiorganisationen der einzelnen Orte; bei Einzelmitgliedern der Parteivorstand. Gegen die Entscheidung steht den Betroffenen innerhalb vier Wochen die Berufung an die Kontrolleure und in letzter Instanz an den nächsten Parteitag zu."

§ 4 fällt fort.

§ 5 erhält folgende Fassung: „Die Wiederaufnahme eines Ausgeschlossenen kann nur durch die Instanz erfolgen, die ihn rechtsgültig ausgeschlossen hat."

§ 14 erhält folgende Fassung: „Die planmäßige Agitation unter dem weiblichen Proletariat kann durch weibliche Vertrauenspersonen betrieben werden, die möglichst an allen Orten im Einverständnis mit den Parteiinstanzen gewählt werden."

§ 15 Ziffer 1 erhält folgende Fassung: „Die Delegierten der Partei, welche, der Stärke der Organisation entsprechend, nach (etwa) folgender Skala zu wählen sind: Organisationen der Wahlkreise, deren Zahl 300 Genossen erreicht, wählen einen, bis 1500 zwei, bis 4000 drei, bis 8000 vier, und über 8000 fünf Delegierte. Insoweit Frauen keine Mitglieder der Organisation sein können, ist es zulässig, daß weibliche Delegierte in besonderen Frauenversammlungen gewählt werden."

§ 22 Abs. 2. Statt: die Wahl der Vorsitzenden, Schriftführer und des Kassierers ist zu setzen: „Die Wahl des Vorstandes." Der Absatz 3 im § 22 fällt fort.

§ 26a. Das Geschäftsjahr beginnt vom 1. Januar an.

44. Parteigenossen in Jena:

§ 3 Abs. 1. Zusatzantrag: Die Verpflichtung der Einsetzung eines Schiedsgerichts seitens der Parteiorganisation muß erfolgen, wenn der Ausgeschlossene dieses beantragt.

§ 5. Die Wiederaufnahme eines aus der Partei Ausgeschlossenen kann, wenn gegen dieselbe Protest erhoben wird, nur durch den Parteitag erfolgen.

§ 22 Abs. 1. Der Parteivorstand besteht aus zehn Personen, und zwar aus zwei Vorsitzenden, vier Schriftführern, einem Kassierer und drei Beisitzern.

45. Parteigenossen in Kiel:

Zu § 2. Statt „Zur Partei kann nicht gehören, wer" zu setzen: „Der Ausschluß eines Mitgliedes aus der Partei erfolgt, wenn es".

Zu § 3. Statt „Ueber die fernere Zugehörigkeit zur Partei" zu setzen: „Ueber den Ausschluß".

Die §§ 2—6 sind dann als neuer Abschnitt mit der Ueberschrift „Ausschluß aus der Partei" als §§ 25—29 hinter den Abschnitt „Zentralorgan der Partei" zu setzen und die vorhergehenden Paragraphen dementsprechend umzunumerieren.

Zu § 15 Ziffer 2 des Entwurfs. Statt „die Mitglieder der Reichstagsfraktion" zu setzen: „Der Vorstand der Reichstagsfraktion".

Zu § 20, letzter Absatz. Statt „durch die Mitglieder der Reichstagsfraktion" zu setzen: „Durch die Kontrollkommission".

Zu § 22 Abs. 2 des Entwurfs. Statt „Die Wahl der Vorsitzenden, Schriftführer und des Kassierers" zu setzen: „Die Wahl des Vorstandes" und den Abs. 3: „Die Wahl der Beisitzer erfolgt durch die Kontrollkommission" fortfallen zu lassen.

46. Parteigenossen in Königsberg i. Pr.: § 15 Abs. 1 Ziffer 1 soll lauten: Die Delegierten der Partei aus den einzelnen Reichstags-Wahlkreisen mit der Maßgabe, daß diejenigen Kreise, die über 300 bis 1000 politisch organisierte Genossen haben, einen Delegierten, über 1000 bis 2500 zwei Delegierte, über 2500 bis 5000 drei Delegierte, über 5000 bis 10 000 vier Delegierte, über 10 000 fünf Delegierte entsenden dürfen. Insoweit nicht unter den gewählten Vertretern des Wahlkreises Frauen sich befinden, können weibliche Vertreter in besonderen Frauenversammlungen gewählt werden.

47. Genosse Crispien in Königsberg i. Pr. Zu § 15, hinter Absatz 1: Jeder Wahlkreis, in dem bei der letzten Reichstagswahl (Hauptwahl) 5000 bis 15 000 sozialdemokratische Stimmen abgegeben wurden, wählt einen Delegierten, von 15 000 bis 25 000 Stimmen zwei Delegierte und von 25 000 aufwärts drei Delegierte. Bedingung ist, daß nur die Wahlkreise Delegierte entsenden dürfen, in denen eine Parteiorganisation von mindestens 100 Mitgliedern besteht. Wählbar sind nur organisierte Parteigenossen. Die Kosten für Parteitagsdelegationen trägt die Hauptkasse.

48. Parteigenossen in Magdeburg:

1. Dem § 3 des Organisationsstatuts folgende Fassung zu geben: Ueber die fernere Zugehörigkeit zur Partei entscheidet ein Schiedsgericht, das der Parteivorstand beruft. Der Antrag auf Einsetzung eines solchen Schiedsgerichts kann nur durch eine Parteiorganisation gestellt werden. Das Schiedsgericht besteht aus sieben Mitgliedern, von denen der Parteivorstand den Vorsitzenden und zwei Beisitzer und je zwei weitere Beisitzer der Angeschuldigte und die antragstellende Organisation zu bezeichnen haben. Wird von mehr als einer Organisation in derselben Sache die Einsetzung eines Schiedsgerichts beantragt, so hat die Organisation die von der Organisation zu ernennenden Beisitzer zu bezeichnen, die den Antrag zeitlich zuerst stellte. Die Beisitzer des Schiedsgerichts sind möglichst unter den Parteigenossen des Bezirksverbandes zu wählen, dem der Wohnort des Angeschuldigten angehört. Der Ausschluß aus einer Parteiorganisation kommt dem Ausschluß aus der Gesamtpartei gleich und kann daher auch nur im Wege des vorstehend festgesetzten schiedsgerichtlichen Verfahrens erfolgen.

2. Dem § 11 des Organisationsstatuts folgende Fassung zu geben: In allen Wahlkreisen, in denen keine Parteiorganisation vorhanden ist, haben die Parteigenossen eine oder mehrere Vertrauenspersonen zu wählen, deren Adresse sofort dem Parteivorstand mitzuteilen ist. Die Art der Wahl bleibt den Parteigenossen überlassen.

49. Parteigenossen in Mülheim a. Rh.: „Eine einheitliche Regelung der Beiträge zu der Parteiorganisation in Höhe von 10 Pf. Wochenbeiträge für ganz Deutschland zur Durchführung zu bringen."

50. Parteigenossen des Wahlkreises Münster-Coesfeld: „Den § 10 des veröffentlichten Organisationsentwurfs als § 9 zu setzen in folgender Fassung: Die Festsetzung der Mitgliederbeiträge ist den Bezirksverbänden überlassen. Das Quittieren der Beiträge erfolgt durch eine Reichsparteimarke, die vom Parteivorstand in verschiedenen Werten herausgegeben wird. Die Wahlkreise . . . usw. — Den § 9 des Organisationsentwurfs als § 10 in folgender Fassung zu setzen: Wo aus gesetzlichen oder aus Gründen lokaler Art die in den §§ 7—9 gegebenen Vorschriften nicht ausführbar sind, haben sich die Genossen auf Grund des Vertrauensmännersystems zu organisieren, und zwar in möglichster Anlehnung an die in den §§ 7—9 gegebenen Vorschriften. Die in solchen Kreisen erhobenen Parteibeiträge sind gleichfalls mittels der Reichsparteimarke zu quittieren.

51. Genossinnen in Mannheim:

Zu § 14 Absatz 2: In Bundesstaaten, in denen der Bildung politischer Frauenvereine gesetzliche Hindernisse nicht im Wege stehen, sind besondere Frauenorganisationen zulässig, welche aber möglichst eng an die Organisation der Männer als besondere weibliche Abteilung anzuschließen sind.

Die in § 10 vorgesehenen Bestimmungen über die Leistungen an die Zentralkasse finden auf diese Abteilungen keine Anwendung, insofern die eingehenden Gelder zur Förderung der Agitation aufgebraucht sind.

52. Parteigenossen des Wahlkreises Nürnberg-Altdorf:

§ 5 soll lauten: „Die Wiederaufnahme eines aus der Partei Ausgeschlossenen kann nur durch den Parteitag, auf Antrag oder mit Zustimmung derjenigen Parteiorganisation erfolgen, von welcher der Ausschluß vollzogen wurde".

§ 10. Die Worte „und Eintrittsgeldern" sind zu streichen.

53. Parteigenossen (Agitationskommission) in Neumünster:

§ 10. Die Festsetzung der Mitgliedsbeiträge ist den Bezirksverbänden überlassen. Die Wahlkreisorganisationen haben von den sich aus den laufenden Monatsbeiträgen ergebenden Einnahmen mindestens 30 Proz. an den Bezirksverband abzuführen. Von diesen Einnahmen sind von den Bezirks- resp. Landesorganisationen $33^1/_3$ Proz. an die Zentralkasse zu überweisen. Die Vertrauenspersonen können freiwillige Beiträge entgegennehmen und durch besondere Marken quittieren. Soweit es sich dabei um freiwillige Beiträge an die auf Grund des § 9 des Organisationsstatuts gebildeten Organisationen handelt, müssen die Vertrauenspersonen eine den Verhältnissen entsprechende Summe regelmäßig an den Bezirksverband resp. die Zentralkasse abführen.

§ 11. In allen Wahlkreisen, in denen keine Parteiorganisation vorhanden ist, haben die Parteigenossen eine oder mehrere Vertrauenspersonen zu wählen, deren Adresse sofort dem Parteivorstande mitzuteilen ist. Die Art der Wahl bleibt den Parteigenossen überlassen.

§ 13. Die Vorsitzenden der Kreisvereine, und wo solche nicht vorhanden sind, die Vertrauenspersonen, geben alljährlich bis zum 15. Juli einen Bericht, der vom Bezirksverband revidiert und von diesem dem Parteivorstand eingereicht wird.

Innerhalb der §§ 7—14 a) eine Umstellung vornehmen, so daß sich in einer Reihenfolge befinden die §§ 7, 8, 9, 11, 12, 14, 10, 13. b) Die Ueberschrift „Vertrauenspersonen" über § 11 streichen.

54. Parteigenossen des Wahlkreises Nieder-Barnim:

§ 3. Im ersten Absatz wird eingeschoben: „das der Parteivorstand innerhalb sechs Wochen beruft".

§ 5. Der Urschrift des § 5 die Einschränkung hinzufügen: „falls gegen die Wiederaufnahme seitens der Organisation die den Ausschluß beantragt hat, Einspruch erhoben wird."

§ 15. Den ersten Satz der Ziffer 1 dahin zu ändern: „Die Delegierten der Partei aus den einzelnen Reichstagswahlkreisen mit der Maßgabe, daß die Höchstzahl der Delegierten der einzelnen Wahlkreise sich nach dem Verhältnis der Zahl der im Wahlkreise organisierten Genossen richtet. Jeder Wahlkreis hat das Recht, falls die Zahl der in einem Verein organisierten Genossen weniger als 500 Mitglieder beträgt einen, von 500—2000 zwei, von 2000 bis 4000 drei, von 4000—6000 vier, von 6000—8000 fünf, von 8000 bis 10 000 sechs, von 10 000—13 000 sieben, und so fort für jede 3000 Mitglieder mehr je einen Delegierten mehr zum Parteitage zu entsenden. Der Parteivorstand hat die Grundsätze festzulegen, nach denen die Zahl der organisierten Genossen zu berechnen ist. Ist ein Wahlkreis durch gesetzliche Vorschriften an einer Wahlvereinsorganisation gehindert, so treten an Stelle der Zahl der organisierten Genossen 15 Proz. der bei den letzten Reichstagswahlen für die Sozialdemokratie im Kreise abgegebenen Stimmen.

Absatz 2 des § 15 die Fassung zu geben: Die Mitglieder der Reichstagsfraktion, „jedoch, falls sie nicht Delegierte sind, nur mit beratender Stimme".

§§ 28 und 29 sind zu streichen und durch die von Berlin I usw. beantragte Fassung zu ersetzen.

55. Parteigenossen des 2. oldenburgischen und des 2. hannoverschen Wahlkreises: „Als grober Verstoß gegen die Grundsätze des Parteiprogramms ist auch zu betrachten, wenn ein Parteigenosse als Mitglied einer Unternehmer-Organisation die Bestrebungen der Arbeiter für günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen grundsätzlich bekämpft und sich an Unternehmungen beteiligt, welche auf eine Verschlechterung des Reichstagswahlrechts und Koalitionsrechts hinzielen oder in dem Kampf zwischen Kapital und Arbeit Mittel anwendet, die gegen die gute Sitte verstoßen oder durch welche die Arbeiter in der Anwendung des Koalitionsrechts behindert werden."

§ 5. Die Wiederaufnahme eines aus der Partei (durch Schiedsgericht) Ausgeschlossenen kann nur durch den Parteitag erfolgen.

§ 8. Die Sozialdemokratischen Vereine schließen sich zu Bezirksverbänden sowie zu Landesorganisationen (nach Bedarf) zusammen usw.

§ 10. Der Mitgliedsbeitrag beträgt pro Monat 20 Pf., wovon mindestens 25 Prozent an die Zentralkasse abzuliefern sind. Den Wahlkreisverbänden bleibt es jedoch überlassen, für Agitation usw. einen Zusatzbeitrag den örtlichen Verhältnissen entsprechend festzusetzen. Mitgliedsbücher, die An-, Ab- und Beitragsrubriken, ferner das Organisationsstatut und das Programm der Partei enthalten, werden für ganz Deutschland vom Zentralvorstand ausgegeben, ebenfalls eine einheitliche Beitragsmarke à 20 Pf. Die Statuten der Kreisvereine werden besonders verabfolgt.

§ 11. In allen Wahlkreisen, in denen eine Parteiorganisation vorhanden ist, sind die Funktionen eines Vertrauensmannes den Wahlkreis-Vereinsvorständen zu übertragen, wenn dem keine landesgesetzlichen Bedenken entgegenstehen.

56. Parteigenossen in Offenbach:

Absatz 3 des § 4 des Organisationsstatuts erhält folgende Fassung: „Verzichtet ein Parteigenosse, gegen den ein Ausschlußantrag gestellt wird, auf die schiedsgerichtliche Verhandlung, oder unterläßt er es, innerhalb einer vom Parteivorstand zu bestimmenden Frist von mindestens vier Wochen Schiedsrichter zu ernennen, so gilt er ohne weiteres als ausgeschlossen, wenn die Parteiversammlung den Ausschluß beschlossen hat.

§ 5. Die Wiederaufnahme eines aus der Partei Ausgeschlossenen kann nur durch den Parteitag erfolgen, wenn gegen die Wiederaufnahme Protest erhoben wird.

Der 2. Satz des § 10 erhält folgenden Wortlaut: „Die Wahlkreise haben mindestens 20 Prozent ihrer aus den Beiträgen und Eintrittsgeldern sich ergebenden Einnahmen an die Zentralkasse abzuführen.

Resolution. Nächst den Kreisorganisationen sind die Landes- bezw. Provinzialorganisationen strikte durchzuführen, welche mit dem Parteivorstande die Beiträge verrechnen. Die Kreisvorstände haben die Berichte über die Parteitätigkeit den Landes- resp. Provinzialvorständen einzusenden. Nach Bearbeitung der Berichte haben erst die Landes- resp. Provinzialvorstände die Verpflichtung, zur bestimmten Zeit die Berichte dem Hauptvorstand zuzusenden.

57. Genossen Stelzner, Graf und Herfurt in Plauen-Dresden: § 10 des Entwurfs folgende Fassung zu geben: Es haben die Genossen an Wochenbeiträgen mindestens zu entrichten bei einem Einkommen bis 800 Mk. in Kl. I 5 Pf., von 800—2000 Mk. in Kl. II 10 Pf., von 2000—3000 Mk. in Kl. III 20 Pf., über 3000 Mk. in Kl. IV 30 Pf. Die Wahlkreise haben sämtliche Einnahmen, welche nicht zur Agitation 2c. verwendet werden, an die Zentralkasse abzuführen. Es muß aber jeder Kreis mindestens 10 Prozent seiner Einnahmen an die Hauptkasse einsenden. Der Parteivorstand ist berechtigt, einzelnen Wahlkreisen im Bedarfsfalle die nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen. Die Vertrauenspersonen sind berechtigt, freiwillige Beiträge entgegenzunehmen und durch besondere Marken zu quittieren.

58. Parteigenossen des Wahlkreises Randow-Greifenhagen: Zu § 3 wurde folgender Antrag angenommen: (hinter Absatz 3 einzuschalten) Ausgenommen ist der Ausschluß auf bestimmte Zeit, sofern er ein Jahr nicht übersteigt.

59. Parteigenossen des 2. sächsischen Wahlkreises:

§ 15 Abs. 1 des Organisationsstatuts erhält folgende Fassung: Die Delegierten der Partei aus den einzelnen Reichstags-Wahlkreisen mit der Maßgabe, daß diejenigen Kreise, die über 300 bis 1000 politisch organisierte Genossen haben, einen Delegierten, über 1000 bis 2500 2 Delegierte, über 2500 bis 5000 3 Delegierte, über 5000 bis 10 000 4 Delegierte, über 10 000 5 Delegierte entsenden dürfen.

§ 15 Abs. 2 erhält folgende Fassung: Der vierte Teil der Mitglieder der Reichstagsfraktion.

60. Parteigenossen des 4. sächsischen Wahlkreises: Dem § 1 des Organisationsstatuts sind die Worte einzufügen: Und sich an der praktischen Arbeit betätigt.

61. Parteigenossen des 11. sächsischen Wahlkreises: a) Es sind nicht 25 Proz. an die Hauptparteikasse, sondern 10 Proz. an die Bezirksverbandskasse abzuführen. b) Die Reichstagsabgeordneten sollen auf den Parteitagen nur durch eine Deputation vertreten sein.

62. Parteigenossen des 12. und 13. sächsischen Wahlkreises: Im § 8 an Stelle: „Diese dem Parteivorstande mitzuteilenden Statuten dürfen mit dem Organisationsstatut der Gesamtpartei nicht im Widerspruch stehen," zu setzen: Die Kreisvereins-Statuten müssen mit dem Organisationsstatut übereinstimmen und die Bestimmung enthalten, daß die erste Aufgabe der Organisation die Propagierung der Parteigrundsätze und Erledigung der Parteiarbeiten ist.

Im § 10 soll ein fester Wochenbeitrag vorgesehen werden.

63. Parteigenossen des 13. sächsischen Wahlkreises: § 5 so zu fassen: „Die Wiederaufnahme eines Ausgeschlossenen kann nur durch die Instanz erfolgen, die ihn rechtskräftig ausgeschlossen hat."

§ 15: „Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei. Zur Teilnahme an ihm sind berechtigt: 1. Die Delegierten aus den einzelnen Reichstags-Wahlkreisen. Jeder Wahlkreis, wo eine Partei-Organisation besteht, hat die Pflicht, einen Delegierten zu entsenden. Für finanziell schwache Partei-Organisationen deckt die Delegationskosten die Parteikasse. Reichstags-Wahlkreise mit über 3000 organisierten Parteigenossen können zwei, mit über 5000 Parteigenossen drei Delegierte entsenden. 2. Die Mitglieder des Parteivorstandes und der Kontrollkommission.

64. Parteigenossen des 15. sächsischen Wahlkreises:

§ 5 erhält folgende Fassung: „Die Wiederaufnahme eines aus der Partei Ausgeschlossenen erfolgt durch die Kreisparteiversammlung". — Der § 7 erhält folgenden Wortlaut: „Die Grundlage der Organisation bildet für jeden Reichstags-Wahlkreis der Sozialdemokratische Verein, dem jeder im Wahlkreise wohnende Genosse, sofern ihn nicht zwingende Gründe daran hindern, als Mitglied anzugehören hat. Erstreckt sich der Wahlkreis über eine Mehrzahl von Ortschaften, so können in allen Orten, in denen Parteigenossen vorhanden sind und die sonstigen Verhältnisse es zulassen, Vereine gebildet werden".

65. Parteigenossen des 22. sächsischen Wahlkreises: Bei § 10 die Worte zu streichen: „aus den Beiträgen und Eintrittsgeldern sich ergebenden". — § 15 Punkt 3 dahin abzuändern: „Die Mitglieder der Reichstagsfraktion haben in allen Fragen nur beratende Stimme, wenn sie kein Mandat zum Parteitage besitzen."

66. Parteigenossen des 6. schleswig-holsteinischen Wahlkreises:

§ 3 erhält folgende Fassung: „Ueber die fernere Zugehörigkeit zur Partei entscheiden die Parteiorganisationen der einzelnen Orte; bei Einzelmitgliedern der Parteivorstand. Gegen die Entscheidung steht den Betroffenen innerhalb vier Wochen die Berufung an die Kontrolleure, welche ein Schiedsgericht einzuberufen haben und in letzter Instanz an den nächsten Parteitag zu."

§ 4 fällt fort.

§ 5 erhält folgende Fassung: „Die Wiederaufnahme eines Ausgeschlossenen kann nur durch die Instanz erfolgen, die ihn rechtsgültig ausgeschlossen hat."

§ 14 erhält folgende Fassung: „Die planmäßige Agitation unter dem weiblichen Proletariat kann durch weibliche Vertrauenspersonen betrieben werden, die möglichst an allen Orten im Einverständnis mit den Parteiinstanzen gewählt werden."

§ 15 Ziffer 1 erhält folgende Fassung: „Die Delegierten der Partei, welche, der Stärke der Organisation entsprechend, nach (etwa) folgender Skala zu wählen sind: Organisationen der Wahlkreise, deren Zahl 300 Genossen erreicht, wählen einen, bis 1500 zwei, bis 4000 drei, bis 8000 vier und über 8000 fünf Delegierte. Insoweit Frauen keine Mitglieder der Organisation sein können, ist es zulässig, daß weibliche Delegierte in besonderen Frauenversammlungen gewählt werden."

§ 22 Absatz 2. Statt: die Wahl der Vorsitzenden, Schriftführer und des Kassierers ist zu setzen: „Die Wahl des Vorstandes." Der Absatz 3 im § 22 fällt fort.

67. Parteigenossen in Ottensen:

Den von der Generalversammlung des Sozialdemokratischen Zentralvereins für den 6. schleswig-holsteinischen Wahlkreis beantragten Satz: „die Kontrolleure haben ein Schiedsgericht einzuberufen" zu streichen.

68. Parteigenossen in Stuttgart:

§ 1. Zur Partei gehörig wird jede Person betrachtet, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und die Partei dauernd durch Geldmittel unterstützt.

§ 2. Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder einer ehrlosen Handlung schuldig macht.

§ 3. Jeder Parteigenosse ist verpflichtet, dem an seinem Wohnorte bestehenden sozialdemokratischen Verein als Mitglied beizutreten, sofern ihn nicht zwingende Gründe daran hindern.

§ 4. Die sozialdemokratischen Ortsvereine können sich zu Wahlkreisorganisationen vereinigen; da, wo es möglich ist, sind die Organisationen in Bezirks- oder Landesverbände zusammenzufassen, denen die selbständige Führung der Parteigeschäfte nach eigenen Statuten obliegt.

§ 5. Die Statuten der örtlichen Vereine wie aller anderen Organisationen dürfen mit den Bestimmungen des Parteistatuts nicht im Widerspruch stehen. Die Statuten der Bezirks- und Landesorganisationen sind dem Parteivorstand mitzuteilen, ebenso haben die Vorstände derselben ihre Wahl dem Parteivorstand anzuzeigen.

§ 6. Die Festsetzung der Mitgliederbeiträge ist den Vereinen zu überlassen; da, wo Bezirks- oder Landesorganisationen bestehen, den letzteren.

§ 7. Von den vereinnahmten Beiträgen ist mindestens der Betrag von 15 Proz. jährlich an die Parteikasse abzugeben. Wo Bezirks- und Landesorganisationen bestehen, haben letztere diesen Parteibeitrag von den Mitgliedschaften einzuziehen und an die Parteikasse abzuführen.

§ 8. Wo aus gesetzlichen Gründen die in §§ 3 bis 7 gegebenen Vorschriften nicht ausführbar sind, haben sich die Parteigenossen in anderen, dem Landesrecht entsprechender Weise zu organisieren.

In solchen Landesteilen oder Wahlkreisen, wo keine sonstige Parteiorganisation besteht, haben die Parteigenossen eine oder mehrere Vertrauenspersonen zu wählen, und zwar alljährlich im Anschluß an den Parteitag. Die Vertrauenspersonen haben ihre Wahl mit Angabe ihrer genauen Adresse sofort dem Parteivorstand anzuzeigen.

Legt eine Vertrauensperson ihr Amt nieder oder tritt sonst eine Vakanz ein, so haben die Parteigenossen eine Neuwahl vorzunehmen und das Resultat derselben dem Parteivorstande bekannt zu geben.

§ 9. Die Vorstände der Bezirks- oder Landesorganisationen, bezw. da, wo solche nicht bestehen, die Vertrauenspersonen haben dem Parteivorstande alljährlich bis zum 15. Juli Bericht zu erstatten. Der Bericht muß enthalten: Angaben über Art und Umfang der entfalteten Agitation, die Zahl der organisierten Parteigenossen, die Höhe des von den Mitgliedern erhobenen Parteibeitrags, die Summe der gesamten Einnahmen, die Art der Verwendung der Gelder.

§ 10. Für die planmäßige Agitation unter dem weiblichen Proletariat können da, wo es die Parteigenossen für nötig finden, im Einvernehmen mit den Parteiinstanzen weibliche Vertrauenspersonen gewählt werden.

§ 11. Die Aufnahme in die Partei sowie der Ausschluß aus derselben hat da, wo sozialdemokratische Vereine, die eine Bezirks- und Landesorganisation bilden, bestehen, durch die örtliche Mitgliedschaft zu erfolgen. Gegen Nichtaufnahme oder Ausschluß steht den Betroffenen die Berufung an den Vorstand der Bezirks- oder Landesorganisation zu. Gegen dessen Entscheidung ist binnen vier Wochen nach Zustellung des schriftlichen Urteils die Berufung an die Kontrollkommission zulässig. Wird gegen den Beschluß der Kontrollkommission seitens der Beteiligten Einspruch erhoben, dann trifft der nächste Parteitag endgültige Entscheidung.

§ 12. Da, wo die in § 11 erwähnten örtlichen Bezirks- und Landesorganisationen nicht bestehen, entscheidet der Parteivorstand über Aufnahme und Ausschluß, sofern er hierzu durch die Vertrauenspersonen aufgefordert wird.

Gegen die Entscheidung des Parteivorstandes steht den Beteiligten binnen vier Wochen nach Zustellung des schriftlichen Urteils die Berufung an die Kontrollkommission und gegen deren Entscheidung an den nächsten Parteitag zu.

§ 13. Sobald eine Mitgliedschaft oder der Parteivorstand über Aufnahme oder Ausschluß einer Person entschieden hat, gilt diese Entscheidung für die gesamte Organisation in Deutschland, so lange sie nicht durch das Urteil einer der angerufenen höheren Instanzen aufgehoben wird.

§ 14. Die Wiederaufnahme oder nachträgliche Aufnahme in die Partei kann nur durch Beschluß derjenigen Stelle erfolgen, welche über die Nichtaufnahme oder den Ausschluß beschlossen hatte.

§ 15. Mit dem Tode, dem Austritt oder der Ausschließung aus der Partei verliert der frühere Parteigenosse jedes Recht, das er etwa gegen die Partei, gegen den Parteivorstand, gegen die Kontrollkommission oder gegen einzelne Parteigenossen aus seiner Parteimitgliedschaft erworben hat.

§ 16. Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei. Zur Teilnahme an ihm sind berechtigt: 1. Die Delegierten der Parteigenossen aus den einzelnen Reichstagswahlkreisen mit der Einschränkung, daß kein Wahlkreis durch mehr als drei Personen vertreten sein darf. 2. Der Vorstand der Reichstagsfraktion. 3. Die Mitglieder des Parteivorstandes und der Kontrollkommission.

Der Vorstand der Reichstagsfraktion hat in allen die parlamentarische und die Mitglieder des Parteivorstandes in allen die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen nur beratende Stimme.

Die folgenden Paragraphen, die im Entwurf der 23er Kommission die Ziffern 16 bis 27 tragen, bleiben im wesentlichen unverändert und sollen nach den Anträgen des Genossen Behr die Ziffern 17 bis 28 erhalten. Nur folgende Aenderungen werden zu diesen Bestimmungen noch beantragt: Die Einberufung des Parteitages soll nicht spätestens vier Wochen, sondern spätestens sechs Wochen vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das Zentralorgan der Partei mit Angabe der provisorischen Tagesordnung erfolgen. Ein außerordentlicher Parteitag muß (statt „kann") einberufen werden: (1. und 2. wie im Entwurf) 3. auf Antrag von mindestens 15 Wahlkreis-Organisationen (statt „Wahlkreisen"); 4. wie im Entwurf. Alle weiteren Bestimmungen bleiben unverändert.

39. Parteigenossin des Wahlkreises Teltow-Beeskow-Storkow: § 3 ist folgendermaßen zu fassen: Ueber die fernere Zugehörigkeit zur Partei entscheidet ein Schiedsgericht, das der Parteivorstand beruft. Der Antrag auf Einsetzung eines solchen Schiedsgerichts kann nur durch die Parteiorganisation gestellt werden, der der Auszuschließende angehört, oder durch einen sich durch die Verhältnisse beschuldigt fühlenden Parteigenossen. Das Schiedsgericht besteht aus sieben Personen. Drei der Beisitzer werden von dem Angeschuldigten, drei von seiner Organisation bezeichnet, wobei die Auswahl auf die Parteigenossen des Bezirksverbandes zu beschränken ist, dem der Wohnort des Angeschuldigten angehört. Den Vorsitzenden bezeichnet der Parteivorstand. Das Schiedsgericht muß innerhalb sechs Wochen einberufen werden. Die Einberufung des Schiedsgerichts, die Zustellung des schriftlichen Urteils sowie die Bekanntgabe des erfolgten Ausschlusses eines Genossen erfolgt durch den Parteivorstand. In Wahlkreisen, in denen die Geschäfte der Partei durch eine Vereinsorganisation geführt werden, ist der Ausschluß eines Mitgliedes aus der betreffenden Organisation dem Ausschluß auf Grund des § 2 des Organisationsstatuts Absatz 1 aus der Gesamtpartei gleichzuachten. Der Ausschluß darf daher nur im Wege des vorstehend festgesetzten schiedsgerichtlichen Verfahrens erfolgen.

Dem § 4 ist hinzuzufügen: Bei Personen, die einer Parteiorganisation nicht angehören können, z. B. Frauen in Preußen, entscheidet über die fernere Parteizugehörigkeit ein nach den Grundsätzen des § 3 berufenes Schiedsgericht.

§ 5 erhält folgende Fassung: Die Wiederaufnahme eines aus der Partei Ausgeschlossenen kann nur durch den Parteitag mit Zustimmung der Organisation erfolgen, die den Betreffenden ausgeschlossen hat. Ein diesbezüglicher Antrag ist jedoch seitens des Ausgeschlossenen der Parteiorganisation seines Wohnortes zeitig vor Einberufung des nächsten Parteitages zu unterbreiten.

§ 7 erhält folgenden Zusatz: Jeder Parteigenosse ist verpflichtet, wenn sich an seinem Wohnort ein Ortsverein des Sozialdemokratischen Vereins befindet, diesem anzugehören.

In § 11 ist statt: Wählbar sind auch usw. zu setzen: Wählbar sind nur Vorstandsmitglieder der Sozialdemokratischen Wahlvereine, soweit dem nicht landesgesetzliche Bestimmungen entgegenstehen.

In § 15 ist in Ziffer 1 Zeile 2 zwischen „daß" und „kein" einzufügen „in der Regel".

§ 18 Absatz 2 ist hinzuzufügen: Mindestens 14 Tage vor dem Stattfinden des Parteitages hat sich der Parteivorstand gemeinsam mit der Kontrollkommission endgültig über die Festsetzung der provisorischen Tagesordnung schlüssig zu werden.

In § 20 ist in der ersten Zeile statt „kann" „muß" zu sagen und der letzte Absatz zu streichen.

§ 25 Absatz 2 erhält folgenden Wortlaut: Der Parteivorstand entscheidet über Differenzen, die sich bei der Aufstellung von Reichstagskandidaten zwischen den Genossen dieses Wahlkreises erheben, falls mindestens ein Viertel der organisierten Genossen des Kreises seine Entscheidung anrufen.

70. Parteigenossen des 3., 7. und 9. württembergischen Wahlkreises:

Die §§ 3 bis 5 des Entwurfes sind zu streichen. Dafür ist hinter § 10 folgendes einzuschalten: Wird gegen ein Parteimitglied der Vorwurf erhoben, sich gegen den § 2 des Statuts vergangen zu haben, dann entscheidet über die fernere Parteizugehörigkeit der Vorstand der betreffenden Bezirks- bezw. Landesorganisation auf Antrag des sozialdemokratischen Vereins, dem der Angeschuldigte angehört. Gegen diese Entscheidung ist binnen 4 Wochen nach Zustellung des schriftlichen Urteils die Berufung an die Kontrollkommission zulässig. Wird gegen den Beschluß der Kontrollkommission seitens der Beteiligten Einspruch erhoben, dann trifft der nächste Parteitag eine endgültige Entscheidung. Der Einspruch gegen den Beschluß der Kontrollkommission hat keine aufschiebende Wirkung. Die Wiederaufnahme eines aus der Partei Ausgeschlossenen kann nur durch den Vorstand derselben Bezirks- bezw. Landesorganisation erfolgen, die den Ausschluß vollzogen hat. War gegen dessen Urteil Berufung erhoben worden, dann entscheidet über die Wiederaufnahme die Kontrollkommission resp. der Parteitag, also die Instanz, die seinerzeit den Ausschluß vollzogen hatte. Ueber die im Laufe des Jahres erfolgten Ausschlüsse und Wiederaufnahmen hat die Kontrollkommission an den Parteitag zu berichten. — Nach diesem soll § 11 des Entwurfes folgen.

Bei § 8 des Entwurfes ist an Stelle des Wortes „sowie" das Wort „oder" zu setzen.

§ 10. Der Anfang soll lauten: Die Festsetzung der Mitgliederbeiträge ist den Bezirksverbänden und Landesorganisationen zu überlassen. Diese haben mindestens 25 Proz. usw. wie im Entwurf. Im Schlußsatz ist an Stelle des Wortes „Vertrauensperson" zu setzen: „Vorstände".

In § 11 ist an Stelle des ersten Wortes „eine" das Wort „keine" zu setzen. Der Schlußsatz ist zu streichen und dafür zu setzen: „Für diese Vertrauenspersonen gelten allgemein die gleichen Bestimmungen wie für die sonstigen Vorstände".

§ 13. Der Eingangssatz soll lauten: Die Vorstände der Bezirks- und Landesorganisationen (und wo solche nicht bestehen, der einzelnen Wahlkreise), sowie die Vertrauenspersonen (§ 11) haben alljährlich usw. Der Schlußsatz soll lauten: Ueber die Verwendung der vom Parteivorstand überwiesenen Gelder ist an diesen genaueste Rechnungslegung zu erstatten.

§ 14. Hinter dem Worte „wird" ist einzufügen: „Dort wo ein Anschluß des weiblichen Proletariats an die bestehende Organisation nicht möglich ist."

§ 15, Ziff. 2 sind zu setzen an Stelle „die Mitglieder" usw. die Worte „der Vorstand der Reichstagsfraktion".

Resolution zur Organisation.

71. Die am 20. August d. J. in Kochendorf tagende Wahlkreiskonferenz des 3. württembergischen Wahlkreises (Heilbronn, Besigheim, Brackenheim, Neckarsulm) ist der festen Ueberzeugung, daß durch die unveränderte Annahme des im Entwurf vorliegenden Organisationsstatuts unsere Parteiorganisationen in ihrer Entwickelung gehemmt würden; sie verlangt deshalb, daß der Parteitag den Ausbau der Gau- resp. Bezirks- und Landesorganisationen gemäß dem süddeutschen Vorbilde fördert und nicht unterbindet. Im Hinblick darauf stellt die Wahlkreiskonferenz zu dem Organisationsstatut vorstehende Anträge.

72. Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Zentralvereins für den 7. schleswig-holsteinischen Reichstags-Wahlkreis erblickt in dem vorliegenden Organisationsentwurf einen Schritt vorwärts auf dem Wege des festeren Zusammenschlusses und der engeren Verbindung innerhalb der Partei. Sie anerkennt das darin ausgesprochene Prinzip der Beitragspflicht der einzelnen Wahlkreise zu den Kosten der Gesamtpartei, wodurch eine bessere Finanzierung der Zentralkasse erreicht und das Band der Zusammengehörigkeit aller deutschen Reichstags-Wahlkreise gestärkt wird. Die Generalversammlung erklärt sich besonders einverstanden mit den „Sozialdemokratischen Wahlkreisvereinen" als Grundlage der Parteiorganisation (§ 7—10 des Entwurfes), womit die allmähliche Beseitigung des alten Vertrauensmännersystems angebahnt wird, und hält schon heute in Kreisen, die sich auf der Grundlage des § 7 organisiert haben, die Wahl von Vertrauenspersonen, wie sie im § 11 des Entwurfes allgemein verlangt werden, für überflüssig und schädlich, da zwei Organisationsformen nebeneinander ein Unding sind. Als berufenste Organe, die das Bindeglied zwischen den einzelnen Wahlkreisen und dem Parteivorstande zu bilden haben, betrachtet die Generalversammlung die Vorstände der Bezirks- und Landesverbände (§ 8 des Entwurfes). Diese haben die Beiträge (für die Zentralkasse) von ihren Kreisen entgegenzunehmen und an die Zentralkasse abzuführen. Ferner haben dieselben die Berichte der Wahlkreise ihres Bezirkes zu sammeln, zu prüfen und dem Parteivorstand zu übermitteln. Mit dieser Vereinfachung wird der Zentralisation kein Abbruch getan, aber dem Parteivorstande eine Summe von Arbeit erspart werden.

73. Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Merseburg-Querfurt erklärt sich ausdrücklich mit der zentralistischen Tendenz des Organisationsentwurfes der sozialdemokratischen Partei Deutschlands einverstanden, er erachtet jedoch eine Abführung von 25 Proz. der Kreiseinnahmen an den Zentralvorstand für die ländlichen Kreise als zu hoch in Anbetracht dessen, daß schon mindestens 25 Proz. an die Bezirks- bezw. Landesorganisationen abgegeben werden müssen. Die Frage der Vertretung der Reichstagsfraktion erachtet der Kreistag mit einem Viertel der jeweiligen Stärke als entsprechend und zweckmäßig. Desgleichen die Vertretung der Kreise durch Delegierte bei 300 bis 1000 organisierten Genossen mit 1, bei 1000 bis 3000

mit 2, bei 3000 bis 6000 mit 3, bei 6000 bis 10 000 mit 4 und über 10 000 mit 5 Delegierten als gerecht und durchführbar. In der Frage des Ausschlusses und der Schiedsgerichte stellt sich der Kreistag auf den Boden des Entwurfes.

Maifeier.

74. Parteigenossen in Trier: Die Bedeutung des 1. Mai erheischt die völlige Arbeitsruhe.

75. Parteigenossen in Düsseldorf und Randow-Greifenhagen: Der Parteitag empfiehlt den Genossen, an der alten Form der Maifeier festzuhalten.

76. Parteigenossen in Königsberg i. Pr. und Teltow-Beeskow-Storkow: Die würdigste Feier des 1. Mai ist allgemeine Arbeitsruhe. Es wird sämtlichen Parteigenossen und der gesamten Parteipresse zur Pflicht gemacht, mehr als bisher und energischer für allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai Propaganda zu machen.

77. Parteigenossen in Bochum: Sämtliche Parteiangestellte sowie die Angestellten der Gewerkschaften und Genossenschaften, die sich zur sozialdemokratischen Partei bekennen, sind verpflichtet, ihr Einkommen an Gehalt oder Lohn am 1. Mai der Parteikasse zu überweisen. Referate am 1. Mai dürfen nicht vergütet werden, dahingegen sind aber die Barauslagen an Bahngeld zu erstatten. Weiter sollen auch diejenigen Parteigenossen, die am 1. Mai nicht die Arbeit ruhen lassen können, einen Teil ihres Verdienstes an die Parteikasse abführen. Die so aufgebrachten Gelder sind zur Unterstützung infolge Beteiligung an der Maifeier geschädigter Parteigenossen zu verwenden.

78. Die Parteigenossen in Neumünster erklären, daß sie an der Arbeitsruhe am 1. Mai festhalten und wünschen, daß auf dem Parteitag in Jena den Parteigenossen es zur Pflicht gemacht wird, für weitere Ausbreitung der Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten.

79. Parteigenossen des 5. schleswig-holsteinischen Wahlkreises: In Erwägung, daß in der Arbeitsruhe die wirksamste Form der Demonstration des Proletariats am 1. Mai für seine höchsten Kulturforderungen zu erblicken ist, fordert der Parteitag die sozialdemokratischen Organisationen in allen Landesteilen dringend auf, mit allem Nachdruck für die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten. Da die Maifeier und die Arbeitsruhe am 1. Mai als eine politische Demonstration zu betrachten ist, erachtet es die Partei als ihre zwingende Pflicht, sowohl alle Vorbereitungen für eine würdige Feier des 1. Mai zu treffen, als auch für etwaige Folgen, die sich aus der Arbeitsruhe für die Parteigenossen ergeben, mit ihren Mitteln einzutreten.

80. Die Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins des Wahlkreises Merseburg-Querfurt erklärt in bezug auf die Maifeier die absolute Arbeitsruhe nach wie vor als die beste Form der Demonstration für die Kulturforderungen des Proletariats. Um dieselbe wirksamer als bisher zu gestalten, erachtet es die Generalversammlung für zweckmäßig und wünschenswert, daß sich die Gewerkschaftsorganisationen intensiver damit befassen und daß der Parteivorstand mit den Zentralvorständen der Gewerkschaften bezw. der Generalkommission zur gemeinsamen Beratung und Verständigung über Inszenierung und event. Unterstützungsfrage der Gemaßregelten in Verbindung treten würde.

Parlamentarische Tätigkeit.

81. Parteigenossen des 3. Hamburger Wahlkreises: Die Reichstags-Fraktion hat in einer geschlossenen Sitzung Auskunft zu geben über die Beteiligung an den parlamentarischen Arbeiten und Abstimmungen im Reichstage seitens unserer Abgeordneten.

82. Parteigenossen in Heidelberg: Die Reichstags-Fraktion möge dahin wirken, daß in absehbarer Zeit im Reichstage der Punkt 6 unseres Programms (Trennung des Staates von der Kirche) zur Verhandlung kommt.

83. Parteigenossen des 4. sächsischen Wahlkreises: Der Parteitag beauftragt die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, im Reichstag den Antrag auf Trennung der Kirche vom Staate einzubringen.

84. Parteigenossen in Günsbach: Die Reichstagsfraktion aufzufordern, im Reichstag energisch die Herabsetzung der Altersgrenze vom 70. auf das 65. Lebensjahr im Altersversicherungs-Gesetz zu verlangen.

85. Parteigenossen des 5. sächsischen Wahlkreises: In voller Würdigung der bisher von der Reichstagsfraktion für eine Reform des Militärstrafwesens entwickelten Tätigkeit ersucht der Parteitag die Fraktion, der Frage auch künftig besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden und für eine Reform des militärischen Strafwesens wie für eine Reform des militärischen Strafvollzugs zu wirken.

86. Parteigenossen in Frankfurt a. M.: „In Anbetracht der überaus langen, jeder Kontrolle entbehrenden Arbeitszeit der ungelernten Arbeiter, besonders der Handelshülfsarbeiter, sowie überhaupt aller Transport- und Verkehrsarbeiter, wolle der Parteitag die Reichstagsfraktion ersuchen, bei Zusammentritt des Reichstages einen Gesetzentwurf einzubringen, durch welchen die tägliche Arbeitszeit der obengenannten Berufe auf höchstens zehn Stunden festgesetzt und die Sonntagsarbeit so weit als möglich eingeschränkt wird."

Presse.

87. Parteigenossen des 5. Berliner Wahlkreises: „Der Parteitag ersucht den Parteivorstand Schritte zu tun zur Gründung eines „Zentralorgans der internationalen Sozialdemokratie". Dasselbe soll zunächst in englischer, französischer und deutscher Sprache abgefaßt sein und mindestens einmal jeden Monat erscheinen."

88. Parteigenossen des Wahlkreises Teltow-Beeskow-Storkow: Dem „Vorwärts" ist jeden Sonnabend eine für die Aufbewahrung eingerichtete Beilage von einem halben Bogen beizugeben, die allgemein theoretische, populär aufklärende Artikel über sozialdemokratische Grundfragen enthält. Die Platten dieser Beilage sollen auch der Parteipresse, soweit es technisch möglich ist, zur Verfügung gestellt werden.

89. Parteigenossen in Lüneburg: Den Parteivorstand zu beauftragen, eine Zeitung herauszugeben, die so gestaltet ist, daß durch die Ergänzung der Rubriken „Lokales, Bekanntmachungen, Inserate usw." die Parteiorte sich ihrer bedienen können, in die die Parteipresse Verbreitung noch nicht gefunden hat und denen die Gelegenheit zur Herausgabe eines Kopfblattes fehlt.

90. Parteigenossen des Wahlkreises Teltow-Beeskow-Storkow: Im Interesse einer lebendigen und systematischen Agitation, insbesondere für diejenigen Landesteile, die für unsere Parteipresse gar nicht oder nur in geringem Maße zugänglich sind und als Kampfmittel gegen die Uebermacht der kleinen amtlichen Kreisblätter, der konservativen, liberalen und farb-

losen Provinzpresse, soll unter einem und demselben Titel eine ständige Wahlzeitung in zwangloser Folge als Flugblatt im Umfang eines halben Bogens im ganzen Reiche verbreitet werden. Die auch äußerlich als eine einheitliche Veröffentlichung zu kennzeichnende Wahlzeitung soll bei jeder bedeutenden politischen Aktion mit möglichster Beschleunigung herausgegeben werden und die Tatsachen der einzelnen Aktion im Zusammenhang packend und aufklärend schildern; dabei ist die Haltung der Sozialdemokratie zu der besonderen Angelegenheit scharf hervorzuheben und die von den Gegnern und ihrer Presse darüber verbreiteten Lügen zu widerlegen. Ein Teil der jeweiligen Nummer dieser Wahlzeitung kann für die speziellen Angelegenheiten einzelner Wahlkreise reserviert werden. Der Parteivorstand wird beauftragt, zur Herausgabe dieser Wahlzeitung eine besondere Redaktionskommission einzusetzen.

Broschüren.

91. Genosse Richtsteig-Berlin: Zur Förderung und Vertiefung der theoretischen Grundlagen unserer Bewegung unter den Parteigenossen wird der Parteivorstand mit der Herausgabe von Broschüren beauftragt, welche in regelmäßiger Folge erscheinend, in klarer, leicht faßlicher Darstellung die wissenschaftlichen Grundsätze der Sozialdemokratie behandeln.

„Neue Welt."

92. Parteigenossen des Wahlkreises Nürnberg-Altdorf: Der Nr. 52 der Beilage „Neue Welt" ist ein Titelblatt nebst Inhaltsverzeichnis beizufügen. Sollte das wegen der Kosten nicht angängig sein, so wolle der Parteitag beschließen: Die Nr. 52 der Beilage „Neue Welt" erscheint nur vier Seiten stark, die übrigen vier Seiten sind dem Titelblatt und Inhaltsverzeichnis zu widmen.

93. Parteigenossen des 6. schleswig-holsteinischen Wahlkreises: Jeder Schlußnummer der „Neuen Welt" ist ein Inhaltsverzeichnis beizulegen.

Mai-Zeitung:

94. Parteigenossen des 6. schleswig-holsteinischen Wahlkreises: Die Ausstattung der illustrierten Drucksachen, Maizeitungen ꝛc., möge künftig eine mehr künstlerische und sorgfältigere sein.

Parteigenossen in Chemnitz: Die Mai-Zeitung ist auf ein der Feier des 1. Mai entsprechend würdiges Niveau zu erheben, sowohl in textlicher wie illustrativer und künstlerischer Beziehung.

95. Parteigenossen in Freiburg i. Schl.: Den Parteivorstand zu beauftragen, bei Herausgabe von Mai-Zeitungen und ähnlichen Schriften mehr als bisher auf wirklich künstlerische Ausführung der Illustrationen Wert zu legen, denn die der letzten Mai-Zeitung war alles, nur nicht Kunst. Dasselbe gilt auch für den „Wahren Jacob", der sich in den letzten Jahren gegen früher bedeutend verschlechtert hat, obwohl die Technik gerade auf dem Gebiet des Illustrationsdrucks in den letzten Jahren einen bedeutenden Aufschwung genommen hat.

Allgemeines.

96. Parteigenossen in Frankfurt a. M.: Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, Maßregeln zu treffen, durch welche die Herausgabe und der Vertrieb der Parteischriften einheitlich geregelt wird.

Flugblätter.

97. Parteigenossen in Königsberg i. Pr.: Alljährlich sind im Frühjahr Flugblätter aufklärenden Inhalts an diejenigen jungen Leute zu verteilen, deren Einziehung zum Militär in demselben Jahre stattfinden soll. Be-

sonders die Militärgerichts-Urteile und Soldatenmißhandlungen sind in diesen Flugblättern zu berücksichtigen.

98. Genosse Kling und 11 Genossen Erfurts: Mindestens ein Vierteljahr vor Einziehung der Militärpflichtigen ist ein Flugblatt an dieselben herauszugeben.

99. Parteigenossen des 4. sächsischen Wahlkreises: Den Parteivorstand zu beauftragen, alljährlich ein Flugblatt oder eine kleine Broschüre in Massenauflage herstellen zu lassen und an die Wahlkreise zum Selbstkostenpreise abzugeben, die sich an die männliche und weibliche Jugend von 14—18 Jahren wendet und an der Hand aktueller Zeitereignisse in gemeinverständlicher Weise die Ideen des Sozialismus darlegt.

100. Parteigenossen des Wahlkreises Memel-Heydekrug: Den Parteivorstand zu beauftragen, litauische Schriften herauszugeben, damit die Genossen des Kreises die Agitation unter der litauischen Bevölkerung besser betreiben können.

101. Parteigenossen der Wahlkreise Offenbach-Dieburg und Hanau-Gelnhausen-Orb und Teltow-Beeskow-Storkow: Den Parteivorstand zu beauftragen, baldmöglichst ein Flugblatt für die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Deutschlands herauszugeben, in welchem auf die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion für die Forderungen der Gewerkschaften hingewiesen wird. Dieses Flugblatt ist den in Betracht kommenden Gewerkschaftsblättern als einmalige Beilage zur Verfügung zu stellen.

102. Parteigenossen des 15. sächsischen Wahlkreises: Es ist jedes Jahr vor Eintreten der Rekruten an diese eine Flugschrift zu verbreiten, in der über die Frage — Wie kann sich ein Soldat vor Strafe und Mißhandlungen schützen — Aufschluß gegeben wird und Militärgerichtsurteile enthalten sind.

Sonstige Anträge.

103. Parteigenossen in Düsseldorf: „Bei der Abfassung von Broschüren und Agitationsschriften ist darauf zu sehen, daß Fremdwörter möglichst vermieden werden."

104. Parteigenossen in Guben: „Die Parteitagskommissionen haben bei den Vorarbeiten für den Parteitag darauf zu achten, daß es den bürgerlichen Berichterstattern durch Beschränkung des ihnen zustehenden Raumes in Zukunft unmöglich gemacht wird, die Partei-Berichterstatter in ihrer Arbeit zu behindern."

105. Parteigenossen in Mannheim: „Der Parteitag anerkennt ausdrücklich das Recht der Gewerkschaften, durch von ihnen dazu bestimmte Vertreter gemeinsam mit den Vertretern der Partei resp. der Fraktion in allen die Interessen der Gewerkschaften wie der Partei in gleichem Maße berührenden Fragen zusammenzuwirken und diesbezügliche Resolutionen für den Parteitag und den Gewerkschaftskongreß sowie Gesetzesvorschläge usw. für den Reichstag vorzubereiten und zu beschließen. Die praktische Durchführung dieses Beschlusses wird dem Parteivorstande und der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands überwiesen."

106. Parteigenossen in Varel und Umgegend: „Der Parteitag wolle beschließen, daß in allen denjenigen Reichstags-Wahlkreisen, in denen eine Stichwahl zwischen einem Kandidaten der Freisinnigen Volkspartei resp. Zentrum und einem Kandidaten der rechtsstehenden Parteien stattfindet, sich die Parteigenossen der Stimme zu enthalten haben."

107. Genosse Bär-Brandenburg a. H.: „In Rücksicht auf die kulturfördernden Aufgaben der Sozialdemokratie wird den Partei-Buchhandlungen und -Kolporteuren zur Pflicht gemacht, literarisch, künstlerisch oder wissenschaftlich minderwertige und oft direkt schädliche Bücher und Schriften, namentlich Jugendschriften und Bilderbücher, die nicht den neueren anerkannten Forderungen an eine gute Jugendliteratur entsprechen, nicht mehr zu führen. Der Gefahr, daß die Arbeiter dann den Bücherschund, wie die wertlosen Bearbeitungen und Uebertragungen bekannter, sonst guter Literatur, die Indianer- und „Herzblättchen"-Geschichten oder die nichtssagenden, geschmackverderbenden Bilderbücher aus solchen Geschäften beziehen, denen die Ausbeutung der Unerfahrenheit weiter Volkskreise in dieser Hinsicht oberster Grundsatz ist, wäre durch weitmöglichste, von berufener Seite geführte Aufklärung in der Parteipresse zu begegnen."

108. Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand (oder die Leitung der Buchhandlung Vorwärts), geeignete pädagogisch, künstlerisch und allgemein wissenschaftlich vorgebildete Parteigenossen für die Zusammenstellung und fortlaufende Erweiterung eines Jugendschriften-Verzeichnisses zu gewinnen. Das Verzeichnis muß im allgemeinen den Grundsätzen der Jugendschriften-Prüfung des bekannten Prüfungsausschusses der Hamburger Lehrerschaft entsprechen; es soll nicht zu umfangreich werden und deshalb vor allem die billigeren, literarisch und künstlerisch möglichst einwandsfreien Jugendschriften und Bilderbücher berücksichtigen, belehrende Schriften allerdings nur insoweit, als sie dem heutigen Stande der Wissenschaft und der sozialistischen Weltanschauung nicht entgegenzuwirken geeignet sind. Das Verzeichnis ist, mit einer entsprechenden kurzen Einleitung versehen, im Parteiverlag herauszugeben. Den Parteiblättern wird zur Pflicht gemacht, dieses Verzeichnis, das zum Selbstkostenpreis abgegeben wird, ihren Abonnenten alljährlich im Oktober als Beilage zu liefern.

109. Parteigenossen in Spandau und Staaken: „Die Sozialdemokratie aller Länder möge in den gesetzgebenden Körperschaften darauf hinwirken, daß eine vom Kongreß noch näher zu bestimmende Sprache (in Betracht käme wohl Französisch, Englisch oder Deutsch) zur internationalen Umgangssprache erhoben und in den Lehrplan der öffentlichen Schulen neben dem Studium der eigenen Landessprache aufgenommen wird. Wo Arbeiter-Bildungsschulen schon vorhanden, möge das Studium dieser Weltsprache mit Eifer betrieben werden. Es dürfte sich auch empfehlen, daß sich alle Arbeiterkorporationen der Sache intensiv widmen, um bei internationalen Zusammenkünften die Verhandlungen in dieser Weltsprache führen zu können."

110. Parteigenosse Halfter-Berlin: „Bei motivierten Anträgen an die Parteitage müssen die Motive in kürzester Form mitbekannt gegeben werden."

111. Genosse Wolf in Hamburg, 3. Wahlkreis: Vereine, welche sich politisch, wirtschaftlich oder genossenschaftlich betätigen, aber die Grundsätze, sowie Punkte 1—10 des Programms der sozialdemokratischen Partei nicht anerkannt haben, sind als bürgerliche, den Klassenstaat und Nationalitätenhaß ꝛc. unterstützende Vereine zu betrachten und folgedessen zu bekämpfen. Mitgliedern solcher Vereine ist die Aufnahme in der sozialdemokratischen Partei zu verweigern. Mitglieder der sozialdemokratischen Partei, welche solchen Vereinen angehören, haben die Ehrenpflicht, aus den betreffenden Vereinen auszutreten. Kommt ein Mitglied der sozialdemokratischen Partei dieser Pflicht nicht nach, so ist dasselbe wegen Unterstützung des Klassenstaates und Nationalitätenhasses ꝛc. aus der sozialdemokratischen Partei auszuschließen.

Resolutionen.

112. Die Parteigenossen des 5. Berliner Wahlkreises erwarten vom Parteitage, daß er aufs energischste dagegen einschreitet, daß Diskussionen innerhalb unserer Reihen in der Art und Weise, wie sie die „Leipziger Volkszeitung" seit einigen Jahren in beschimpfender und entstellender Manier gegen den „Vorwärts" und eine Reihe von Parteigenossen beliebt, geführt werden. Der Parteitag möge einen Riegel vorschieben, daß derartige die Partei schwer schädigende Treibereien fortan unterbleiben und der Kampf gegen den gemeinsamen Feind das Ziel eines jeden Parteigenossen sein soll.

113. Die Parteigenossen des Wahlkreises Nürnberg-Altdorf verurteilen auf das entschiedenste das sich nunmehr schon seit mehreren Jahren hinziehende Literatengezänke, wie es insbesondere in der „Leipziger Volkszeitung" zum Ausdruck kommt. Die Versammlung erwartet, daß der Parteitag gegen ein solches parteischädigendes Treiben eine entschiedene Stellung einnimmt und diesen Genossen zum Bewußtsein bringt, daß sie ihre Aufgabe nicht in der Bekämpfung und persönlich gehässigen Beschimpfung der eigenen Parteigenossen, sondern in dem parteigenössischen Zusammenarbeiten und der gemeinsamen Bekämpfung unserer Gegner zu suchen haben.

114. Die Parteigenossen des Wahlkreises Bochum-Gelsenkirchen-Witten und des Wahlkreises Teltow-Beeskow-Storkow, versammelt auf der Kreiskonferenz, ersuchen den Parteitag in Jena, sich energisch gegen die unaufhörlichen Zänkereien einer Gruppe schriftstellerisch tätiger Parteigenossen auszusprechen und den Parteitag nicht zum Tummelplatz persönlichen Literatenstreites werden zu lassen. Je länger der Zank andauert, um so deutlicher stellt sich heraus, daß nicht um prinzipielle Fragen gestritten wird, deren sachliche Diskutierung sehr förderlich sein würde, sondern daß eine kleine Gruppe Parteiliteraten „prinzipielle Gegensätze" vorschützt, um ihrer persönlichen Rechthaberschaft frönen zu können. Dieser unleidliche Zustand schädigt ungemein die Interessen der Partei und lähmt die Arbeitsfreudigkeit der Genossen im Lande. Wenn die in dem persönlichen Streit an führender Stelle stehenden Genossen wüßten, wie sehr sie den Agitatoren für unsere Bewegung, insbesondere den unter ihren Klassengenossen agitierenden sozialdemokratischen Arbeitern die Aufklärung der Massen erschweren, sie würden gewiß ihre ganze Kraft gegen die immer brutaler auftretenden Gegner der Arbeiterbewegung verwenden, statt so viel im Kampfe gegen Genossen zu verschwenden. Die Kreiskonferenz erwartet darum von dem Parteitag, daß er dem parteischädigenden Treiben gegenüber mit aller Entschiedenheit erklärt: Bis hierher, und nicht weiter!

115. Die in Donaueschingen tagende Konferenz des zweiten badischen Reichstags-Wahlkreises beauftragt den Parteitag in Jena, dafür Sorge zu tragen, daß die theoretischen Streitigkeiten in einer persönlich nicht verletzenden Weise zum Austrag gebracht werden und möglichst etwas in den Hintergrund treten, da in den letzten Jahren auf diesem Gebiete genügend geleistet wurde. Dagegen hat die praktische Parteitätigkeit mehr in den Vordergrund zu treten.

116. Parteigenossen in Düsseldorf: „Der Parteitag lenkt die Aufmerksamkeit des Proletariats auf die sich in bedenklicher Weise mehrenden Attentate auf die an und für sich durchaus unzulänglichen Rechte des werktätigen Volkes. Angesichts dieser Entrechtung weist der Parteitag die Erörterung des politischen Massenstreiks unter den Genossen nicht von der Hand. Er erklärt es für die selbstverständliche Pflicht des Proletariats, im entscheidenden Augenblic

117. Parteigenossen in Kattowitz O.-Schl.: „Die Kattowitzer Parteigenossen bedauern das Scheitern der angestrebten Wiedervereinigung der polnisch-sozialdemokratischen Partei (P. P. S.) mit der sozialdemokratischen Partei Deutschlands deshalb, weil nur eine solche Vereinigung der beiden Organisationen die Mittel schaffen kann, welche zu einer starken, planvollen Agitation im oberschlesischen Industriebezirk und zur sicheren Gewinnung des polnischen Proletariats für die Sozialdemokratie erforderlich sind. Die Kattowitzer Genossen können aber dem deutschen Parteivorstande eine Schuld an dem Scheitern der Verhandlungen nicht beimessen."

118. Die Parteigenossen Stuttgarts erklären: in der Maifeierfrage auf dem Boden des Beschlusses des Bremer Parteitages und des Amsterdamer Internationalen Kongresses zu stehen. Sie bedauern die von Gewerkschaftsführern auf dem Kölner Gewerkschaftskongreß entfaltete Agitation gegen die Anstrebung der Arbeitsruhe am 1. Mai. Sie erklären ferner, daß sie den anarchistischen Generalstreik entschieden ablehnen; hingegen halten sie die Diskussion des politischen Massenstreiks, der nicht berufen ist, die gewerkschaftliche, politische Organisationsarbeit zu ersetzen, sondern deren eifrigste Betätigung zur Voraussetzung hat, für durchaus geboten".

119. Die am 20. August tagende Generalversammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins der Wahlkreise Merseburg-Querfurt erachtet die Frage des politischen Massenstreiks als ein hochwichtiges parteitaktisches Problem, und begrüßt deshalb die Verhandlung dieses Punktes auf dem Parteitag in Jena mit besonderer Freude.

120. Parteigenossen in Braunschweig: Der Arbeiterverein Braunschweig empfiehlt eine veränderte redaktionelle Fassung des Statuts, durch die einerseits eine bessere Uebersicht ermöglicht, anderseits vermieden wird, daß der Ausschluß aus der Partei in unschöner Weise gleich am Eingang des Statuts steht, und erwartet, daß der Parteitag die endgültige Fassung des Statuts einer Redaktionskommission überträgt.

Nachträglich eingegangene und während der Verhandlungen gestellte Anträge.

121. Parteigenossen des 4. Berliner Wahlkreises:

Als Absatz 3 dem § 4 hinzuzufügen: „Wer wissentlich falsche Beschuldigungen gegen die Parteigenossen erhebt und sich dem Schiedsgericht nicht stellt, gilt als aus der Partei ausgeschlossen."

Zu § 7 soll den Delegierten mit auf den Weg gegeben werden, daß die Definition der „zwingenden Gründe" gemäß § 7 dahin zu gehen habe, daß sich ein Genosse aus einem stärkeren Wahlkreis in dem benachbarten schwächeren Kreis organisieren könne.

Im § 15 Absatz 2 Nummer 1 zu bestimmen, daß der Wahlkreis bei 1000 Organisierten 2 Delegierte und für jede weitere 3000 Organisierte einen Delegierten mehr zum Parteitag entsenden könne. Wo eine Organisation nicht möglich ist, sollen als Maßstab 15 Proz. der abgegebenen Stimmen dienen. Zu § 15 Nummer 2, daß nur Delegierte mit Mandaten zugelassen seien. (Ausgenommen natürlich Parteivorstand und Kontrollkommission.)

Die Kosten der Delegation zum Parteitag sind von den Genossen des Kreises zu tragen. Alle Mandate, deren Kosten nachweislich aus persönlichen Mitteln bestritten werden, sind für ungültig zu erklären.

In den § 18 aufzunehmen, daß acht Tage vor dem Stattfinden des Parteitages der Parteivorstand gemeinsam mit der Kontrollkommission sich endgültig über die Festsetzung der provisorischen Tagesordnung schlüssig zu werden hat. Im § 20 sollen die Worte: „auf Antrag der Reichstagsfraktion" gestrichen werden.

§ 29a. Die Bekanntmachungen des Parteivorstandes sind neben dem Zentralorgan allen offiziellen Parteiorganen zuzustellen und sind diese verpflichtet, die Bekanntmachungen wortgetreu an hervorragender Stelle des redaktionellen Teiles zu veröffentlichen.

122. Die Weltpolitik als besonderen Punkt der Tagesordnung des Parteitages einzuverleiben.

123. „Durch die sich immer mehr und mehr verschärfenden Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit — insbesondere durch die brutale Wahlentrechtung auf die arbeitende Klasse in den einzelnen Bundesstaaten, wird das Proletariat seines Einflusses in den maßgebenden Körperschaften enthoben und durch die verkehrte Reichspolitik der Regierung und der herrschenden Klassen in eine bittere Notlage gedrängt. Diese Pressionen müssen auf die Dauer zu einer unausbleiblichen Katastrophe führen. Deshalb ist es doppelt notwendig, daß sich das Proletariat über die Form und Waffe des politischen Massenstreiks klar wird. Daher empfiehlt der vierte Berliner Reichstagswahlkreis, der Parteitag in Jena möge beschließen: den politischen Massenstreik in allen Wahlvereins- und Parteiversammlungen zu diskutieren — um ihn im gegebenen Falle als Abwehr- oder Angriffswaffe desto erfolgreicher in Anwendung bringen zu können."

124. Parteigenossen des 18. sächsischen Wahlkreises:

1. § 15 Abs. 2 soll lauten: Die Delegation der Reichstagsfraktion, die ein Viertel derselben nicht übersteigen darf;

2. § 11. In allen Wahlkreisen, in denen eine Parteiorganisation vorhanden, gilt der jeweilige Vorsitzende der Organisation als Kreisvertrauensmann.

125. „Die Kreis-Parteiversammlung des 18. sächsischen Kreises ersucht die Fraktion im Reichstage für Arbeiterkammern einzutreten."

126. Parteigenossen in Halberstadt:

Der Parteitag zu Jena wolle beschließen: für die politische Organisation einheitliche Mitgliedsbücher und Marken herauszugeben. Der Wert der Marken soll jedoch jedem Bezirk überlassen bleiben.

127. Parteigenossen des 3. württembergischen Wahlkreises:

Die am 20. August zu Kochendorf tagende Konferenz des 3. württembergischen Reichstagswahlkreises protestiert gegen die Auffassung der Generalkommission, die die Feier des 1. Mai auf den Abend verlegen will, was nur zur Verflachung und Versumpfung des idealen Gedankens der Völkerverbrüderung führen würde. Sie ersucht den Parteitag, einen Beschluß dahingehend zu fassen, daß mehr wie bisher die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai zur Durchführung gelangt.

128. Parteigenossen in Bremen:

Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand von neuem, Versuche zu machen, eine Einigung mit der Polnischen Sozialistischen Partei herbeizuführen.

129. Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins in Bremen erblickt in der Ausführung des in Berlin angenommenen Antrages, der dahin zielt, dem „Vorwärts" den Charakter des Zentralorgans zu nehmen und ihn zum speziellen Organ der Berliner Parteigenossen zu machen, eine für die Partei ersprießliche Reform.

Die Versammlung ist insbesondere der Ueberzeugung, daß dadurch die Reibungsflächen, welche zu unleidigen Polemiken zwischen dem „Vorwärts" und einem Teil der Parteipresse führten, beseitigt werden. Die Versammlung ersucht den Parteitag, im Sinne des obigen Antrages zu wirken.

130. Der in Jena tagende Parteitag verpflichtet die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages, bei entscheidenden Abstimmungen im Reichstage vollzählig zu erscheinen.

131. Die heutige Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins möge beschließen: „Den Parteitag zu ersuchen, eine Kommission zu wählen, welche die Aufgabe hat, die Frage zu untersuchen, wie die prinzipielle Schulung und Aufklärung unter den Parteigenossen besser und planmäßiger betrieben werden kann wie bisher. Diese Kommission hat dem nächsten Parteitag Bericht zu erstatten und Vorschläge zu machen.

132. Alljährlich sind Flugblätter aufklärenden Inhalts an diejenigen jungen Leute zu verteilen, deren Einziehung zum Militär stattfinden soll. Besonders die Militärgerichtsurteile und die Soldatenmißhandlungen sind in diesen Flugblättern zu berücksichtigen.

133. Parteigenossen des 626. Bezirks des 6. Berliner Wahlkreises: Jeder Parteigenosse, welcher innerhalb eines deutschen Bundesstaates ansäßig ist und die dortige Staatsangehörigkeit nicht besitzt, hat dieselbe zu erwerben.

134. Provinzial-Parteitag des östlichen Westfalen und der Lippeschen Fürstentümer:

Es ist ganz selbstverständlich, daß nach dem gewaltigen Wachstum der Partei, wie es die Reichstagswahlen des Jahres 1903 zur Erscheinung gebracht haben, das alte auf weit geringere Größen- und Machtverhältnisse zugeschnittene Organisationsstatut nicht mehr allen Bedürfnissen der Agitation genügte; ferner, daß die Veränderungen, welche das neue Statut bringt, sich in der Richtung halten müssen, in welcher auch bisher schon die praktische Entwickelung des alten Statuts vor sich gegangen ist, also in der der Kreisorganisation. Es liegt auch im Interesse aller Kreise, in denen die Partei stark genug ist, der Schaffung einer strafferen Form der Organisation beizustimmen.

Andererseits muß aber die Gefahr vermieden werden, daß die Partei durch die straffere Organisation wieder den Vereinscharakter erhält, was einen Rückschritt bedeuten würde. Diese Gefahr wird nahegelegt durch die verschiedenen Forderungen der organisationsstarken Kreise, den Parteitag nach der Zahl der organisierten Genossen zu beschicken, d. h. den Parteitag zu einer Generalversammlung, die Partei zu einem Zentralverband zu machen. Wohl ist die Wahlkreiseinteilung im höchsten Grade ungerecht. Aber die Beschickung der Parteitage hat nichtsdestoweniger zu keinen Ungerechtigkeiten in der Vertretung geführt, welche eine Aenderung notwendig machte, vielmehr hat sich bisher der Einfluß der organisationsstarken Kreise immer als genügend stark erwiesen. Deshalb sind alle die Anträge, welche auf Aenderung der bisherigen Vertretung abzielen, abzulehnen.

Desgleichen alle jene Anträge, welche das im Entwurf zugelassene Vertrauensmännersystem, das in den ländlichen Bezirken im Interesse der Parteibewegung noch erforderlich ist, vollständig beseitigen wollen.

Der Festsetzung der Mitgliederbeiträge durch die Bezirksverbände kann der Provinzial-Parteitag nicht zustimmen, da eine derartige Bestimmung erfordert, daß wirtschaftlich gleichgeartete Wahlkreise zu einem Bezirksverbande zusammengefügt werden müßten, was aber als undurchführbar zu betrachten ist, anderer-

seits ist diese Bestimmung geeignet, die Genossen eines Wahlkreises, in dem der Verdienst für Arbeiter ein geringerer ist als in anderen Wahlkreisen des Bezirks (z. B. Textil- und Tabakindustrie gegenüber Metallindustrie), zu höhern Leistungen zu verpflichten, als im Interesse der Entwickelung des Kreisvereins tunlich ist.

Im übrigen erklärt sich der Parteitag mit dem Organisationsstatutenentwurf einverstanden.

135. Parteigenossen in Elbing-Marienburg:

1. Der Parteitag wolle die Wahl der Delegierten nicht von der Zahl der organisierten Genossen, sondern von den im Wahlkreise abgegebenen Stimmen abhängig machen.

2. Der Sozialdemokratische Verein stellt ferner den Antrag, die Erziehung der Jugend im sozialistischen Geiste in energischer Weise in die Hand zu nehmen.

3. Den „Wahren Jakob" zeichnerisch und textlich mehr auszugestalten.

136. Parteigenossen in München. Entwurf einer Organisation der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. (Die fettgedruckten Stellen sind Neueinfügungen gegenüber dem geltenden Organisationsstatut.)

Parteiangehörigkeit.

§ 1. Zur Partei gehörig wird jede Person betrachtet, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und die Partei dauernd durch Geldmittel unterstützt.

Gliederung.

§ 2. **Die Grundlage der Organisation bilden die Sozialdemokratischen Vereine. Jeder Parteigenosse hat, sofern nicht zwingende Gründe ihn daran hindern, dem Verein anzugehören, in dessen Bezirk er wohnt. In jedem Orte, in dem Parteigenossen vorhanden sind und wo die sonstigen Verhältnisse es zulassen, soll ein Sozialdemokratischer Verein gegründet werden. In Orten, die in mehrere Reichstagswahlkreise geteilt sind, kann, wenn die Verhältnisse es erfordern, für jeden Wahlkreis ein eigener Sozialdemokratischer Verein gebildet werden.**

§ 3. **Die Sozialdemokratischen Vereine schließen sich zu Bezirks- (Gau- oder Provinzial-) und Landes-Organisationen zusammen, denen letzteren die selbständige Führung der Parteigeschäfte nach eigenen Statuten obliegt. Diese dem Parteivorstand mitzuteilenden Statuten dürfen mit dem Organisationsstatut der Gesamtpartei nicht im Widerspruch stehen. Die Vorstände haben ihre erfolgte Wahl dem Parteivorstand mitzuteilen.**

Beiträge.

§ 4. **Die Festsetzung der Mitgliedsbeiträge erfolgt durch den allgemeinen Parteitag. 10 Prozent dieser Beiträge sind an die Zentralkasse abzuführen. Der Parteivorstand ist berechtigt, einzelnen Wahlkreisen im Bedarfsfalle einen über 90 Prozent dieser Einnahmen hinausgehenden Betrag zur Eigenverwendung zu überlassen.**

Den einzelnen Bezirksvereinen wird das Recht eingeräumt, Lokalzuschläge einzuführen, die für die Bezirksvereinsmitglieder bindend sind, der Zuschlag kommt bei der 10 Prozent-Ablieferung nicht in Anrechnung.

Die Landesorganisationen sind berechtigt, durch ihre Parteitage die Sätze zu bestimmen, die von den, den Vereinen verbleibenden ordentlichen Einnahmen an die Gau- und Landesverbände abzuführen sind. Sie haben das Recht, durch ihre Parteitage erforderlichen Falles entsprechende Zuschläge zu den Vereins-Einheitssätzen beschließen und erheben zu lassen.

Die Anteile an der Zentralkasse sind an diese durch die Bezirks- oder Landes-Organisationen, wo solche fehlen, durch die Sozialdemokratischen Vereine abzuführen.

Vertrauenspersonen.

§ 5. Die Wahl der Vorstände der Sozialdemokratischen Vereine erfolgt alljährlich im Anschluß an den vorausgegangenen Parteitag. Das Wahlergebnis ist mit genauer Angabe der Adressen des Vorsitzenden und seines Stellvertreters dem Parteivorstand mitzuteilen.

Die Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Vereine haben alljährlich bis spätestens 1. Juli einen Bericht über Art und Umfang der entfalteten Agitation, die Zahl der im Verein organisierten Genossen, die Summe der Einnahmen und die Art ihrer Verwendung zu erstatten.

Diese Berichte sind systematisch zusammengestellt von den Landesvorständen bis spätestens 15. Juli an den Parteivorstand einzusenden.

§ 6. Wo aus gesetzlichen Gründen die vorstehenden Bestimmungen nicht durchführbar sind, haben sich die Parteigenossen in anderer dem Landesrecht entsprechender Art zu organisieren.

In solchen Landesteilen haben die Parteigenossen alljährlich im Anschluß an den Parteitag eine oder mehrere Vertrauenspersonen zu wählen, auf die § 4 und § 5 sachgemäße Anwendung findet.

Die Vertrauenspersonen sind berechtigt, Beiträge entgegenzunehmen und durch Marken zu quittieren.

§ 7. Die planmäßige Agitation unter dem weiblichen Proletariat wird durch weibliche Vertrauenspersonen betrieben, die möglichst an vielen Orten im Einvernehmen der Parteiinstanzen gewählt werden.

Parteitag.

§ 8. Alljährlich findet ein Parteitag statt, der von dem Parteivorstande einzuberufen ist.

Hat der vorhergehende Parteitag über den Ort, an welchem der nächste Parteitag stattfinden soll, keine Bestimmung getroffen, so hat der Parteivorstand mit der Kontroll-Kommission und der Reichstagsfraktion hierüber sich zu verständigen.

§ 9. Die Einberufung des Parteitages muß spätestens vier Wochen vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das Zentralorgan der Partei mit Angabe der provisorischen Tagesordnung erfolgen. Die Einladung zur Beschickung des Parteitages ist mindestens dreimal in angemessenen Zwischenräumen zu wiederholen.

Die Ziffer 2 des § 9 im alten Statut:

„Die Mitglieder der Reichstagsfraktion" wird gestrichen.

Anträge der Parteigenossen für die Tagesordnung des Parteitages sind bei dem Parteivorstand einzureichen, der sie spätestens drei Wochen vor der Abhaltung des Parteitages durch das Zentralorgan der Partei bekannt zu geben hat.

§ 10. Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei.

Zur Teilnahme an demselben sind berechtigt:

1. die Delegierten der Partei aus den einzelnen Wahlkreisen, mit der Einschränkung, daß in der Regel kein Wahlkreis durch mehr als drei Personen vertreten sein darf.

   Insoweit nicht unter den gewählten Vertretern des Wahlkreises Frauen sich befinden, können weibliche Vertreter in besonderen Frauenversammlungen gewählt werden.

2. die Mitglieder des Parteivorstandes und der Kontrollkommission.

Die **Delegierten, die zugleich** Mitglieder der Reichstagsfraktion sind, haben in allen die parlamentarische und die Mitglieder des Parteivorstandes in allen die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen nur beratende Stimme.

Der Parteitag prüft die Legitimation seiner Teilnehmer, wählt seine Leitung und bestimmt seine Geschäftsordnung selbst.

Zur Gültigkeit der Beschlüsse des Parteitages ist eine Beschlußfassung durch die Mehrheit der Anwesenden ausreichend.

§ 11. Zu den Aufgaben des Parteitages gehören:

1. Entgegennahme der Berichte über die Geschäftstätigkeit des Parteivorstandes und der Kontrollkommission, sowie über die parlamentarische Tätigkeit der Reichstagsabgeordneten.
2. Die Bestimmung des Ortes, an welchem der Parteivorstand seinen Sitz zu nehmen hat.
3. Die Wahl des Parteivorstandes und der Kontrollkommission.
4. Die Beschlußfassung über die Parteiorganisation und alle das Parteileben berührenden Fragen.
5. Die Beschlußfassung über die eingegangenen Anträge.

§ 12. Ein außerordentlicher Parteitag kann einberufen werden:

1. auf einstimmigen Beschluß des Parteivorstandes;
2. auf Antrag der Mehrheit der Reichstagsfraktion;
3. auf Antrag von mindestens 15 Wahlkreisen;
4. auf einstimmigen Beschluß der Kontrollkommission.

Falls der Parteivorstand sich weigert, einem gestellten Antrag auf Einberufung eines außerordentlichen Parteitages stattzugeben, so ist derselbe durch die Reichstagsfraktion einzuberufen. Als Versammlungsort eines außerordentlichen Parteitages ist ein geographisch möglichst günstig gelegener Ort zu bestimmen.

§ 13. Die Einberufung des außerordentlichen Parteitages muß spätestens 14 Tage vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das Zentralorgan der Partei in wenigstens drei aufeinanderfolgenden Nummern mit Angabe der Tagesordnung erfolgen.

Anträge der Parteigenossen sind spätestens 5 Tage vor der Abhaltung des Parteitages im Zentralorgan zu veröffentlichen.

Im übrigen gelten für die außerordentlichen Parteitage dieselben Bestimmungen wie für die ordentlichen Parteitage (§§ 9—11).

Parteivorstand.

§ 14. Der Parteivorstand besteht aus zwei Vorsitzenden, einem Kassierer, zwei Beisitzern und den **Sekretären, deren Zahl durch den Parteitag bestimmt wird.** Die Sekretäre und der Kassierer sind berechtigt, sich gegenseitig zu vertreten.

Die Wahl der Vorsitzenden, Sekretäre und des Kassierers erfolgt durch den Parteitag mittels Stimmzettel in einem Wahlgange und nach absoluter Mehrheit. Hat ein Kandidat die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen nicht erhalten, so findet Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten statt, auf welche die meisten Stimmen gefallen sind. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

Die Wahl der zwei Beisitzer erfolgt durch die Kontrollkommission.

Nach erfolgter Wahl hat der Parteivorstand seine Konstituierung vorzunehmen und dieselbe im Zentralorgan der Partei bekannt zu geben.

Der Parteivorstand verfügt nach eigenem Ermessen über vorhandene Gelder.

Der Parteivorstand oder die Kontrollkommission können durch keinerlei Rechtsgeschäfte die einzelnen Parteigenossen oder die Partei verbindlich machen. Auch erwirbt kein Parteigenosse oder ein anderer durch Verträge mit dem

Parteivorstand oder der Kontrollkommission ein klagbares Recht gegen diese oder ihre Mitglieder.

Kein Parteigenosse hat ohne ausdrücklichen Beschluß des Parteitages ein klagbares Recht, die Geschäftsbücher oder Papiere des Parteivorstandes, der Kontrollkommission oder der Partei einzusehen oder sich aus ihnen Abschriften oder Auszüge anzufertigen oder eine Auskunft oder Uebersicht über den Stand des Parteivermögens zu verlangen.

Hierdurch wird das Recht der Delegierten, während der Tagung des Parteitages Einsicht in die Bücher zu nehmen, nicht berührt.

§ 15. Die Mitglieder des Parteivorstandes können für ihre Tätigkeit eine Besoldung beziehen. Die Höhe derselben wird durch den Parteitag festgesetzt.

§ 16. Der Parteitag besorgt die Parteigeschäfte und kontrolliert die prinzipielle Haltung der Parteiorgane.

Der Parteivorstand entscheidet über Differenzen, die sich bei der Aufstellung von Reichstagskandidaturen zwischen den Genossen eines Wahlkreises und den Bezirks- oder den Vorständen der Landesorganisationen ergeben.

§ 17. Scheidet ein Mitglied des Parteivorstandes aus, so ist die Vakanz durch eine von der Kontrollkommission vorzunehmende Neuwahl zu ergänzen.

Kontrollkommission.

§ 18. Zur Kontrollierung des Parteivorstandes, sowie als Berufungsinstanz über Beschwerden gegen den Parteivorstand wählt der Parteitag eine Kontrollkommission von neun Mitgliedern.

Die Wahl der Kontrolleure erfolgt nach einfacher Mehrheit. Bei gleicher Stimmenzahl entscheidet das Los. Zur Leitung ihrer Geschäfte wählt sich die Kontrollkommission einen Vorsitzenden, der Ort und Zeit der Sitzungen bestimmt, soweit die Kontrollkommission nicht darüber beschließt.

Die Kontrolle muß mindestens vierteljährlich einmal stattfinden.

Alle Einsendungen für die Kontrollkommission sind an den Vorsitzenden derselben zu richten, der seine Adresse im Zentralorgan der Partei mitzuteilen hat.

Auf Antrag der Kontrollkommission oder des Parteivorstandes finden gemeinsame Sitzungen statt.

Zentralorgan der Partei.

§ 19. Zentralorgan der Partei ist der „Vorwärts", Berliner Volksblatt".

Die offiziellen Bekanntmachungen sind an hervorragender Stelle des redaktionellen Teiles zu veröffentlichen.

Zur Kontrolle der prinzipiellen und taktischen Haltung des Zentralorgans, sowie der Verwaltung desselben wählen die Parteigenossen Berlins und der Vororte eine Preßkommission, die aus höchstens zwei Mitgliedern für jeden beteiligten Reichstagswahlkreis bestehen darf.

Die Preßkommission entscheidet in Gemeinschaft mit dem Parteivorstande über alle Angelegenheiten des Zentralorgans, insbesondere über Anstellungen und Entlassungen im Personal der Redaktion und Expedition. Bei einzelnen Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Parteivorstand und der Preßkommission entscheidet die Kontrollkommission, der Parteivorstand und die Preßkommission in der Art zu gleichen Rechten, daß jedes dieser drei Organe je eine Stimme hat.

Ausschluß aus der Partei.

§ 20. Wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder einer ehrlosen Handlung schuldig macht, wird aus der Partei ausgeschlossen. Ueber den Ausschluß entscheidet ein Schiedsgericht.

Zur Einberufung dieses Schiedsgerichts ist ein Beschluß der Organisation erforderlich, der der Antragsteller angehört. Die Hälfte der Beisitzer wird von dem Angeschuldigten, die andere Hälfte von dem Antragsteller bezeichnet, wobei die Auswahl auf die Parteigenossen des Landesverbandes zu beschränken ist, dem der Wohnort des Angeschuldigten angehört. Den Vorsitzenden bezeichnet der Landesvorstand.

In Orten, in denen die Geschäfte der Partei durch eine Vereinsorganisation geführt werden, ist der Ausschluß eines Mitgliedes aus der betreffenden Organisation dem Ausschluß auf Grund des § 20 des Organisationsstatuts aus der Gesamtpartei gleich zu achten. Der Ausschluß darf daher nur im Wege des vorstehend festgesetzten schiedsgerichtlichen Verfahrens erfolgen.

§ 21. Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichtes steht den Beteiligten binnen vier Wochen nach Zustellung des schriftlichen Urteils die Berufung an die Kontrollkommission und gegen deren Entscheidung an den nächsten Parteitag zu.

Verzichtet ein Parteigenosse, gegen den ein Ausschlußantrag gestellt ist, auf die schiedsgerichtliche Verhandlung oder unterläßt er es, innerhalb einer Frist von 4 Wochen, gerechnet von der an ihn gelangten Mitteilung oder Bekanntgabe des Ausschlußantrages, Schiedsrichter zu ernennen, so gilt er ohne weiteres als ausgeschlossen.

Die Zustellung des schriftlichen Urteils erfolgt durch den zuständigen Landesvorstand, der auch für die Bekanntgabe des Ausschlusses im Zentralorgan und in dem Parteiorgan der einschlägigen Vereinsorganisationen zu sorgen hat.

§ 22. Die Wiederaufnahme eines aus der Partei Ausgeschlossenen kann nur durch den Parteitag erfolgen. Der Antrag ist spätestens drei Wochen vor dem Parteitag zu stellen.

§ 23. Mit dem Tode, dem Austritt oder der Ausschließung aus der Partei verliert der frühere Parteigenosse jedes Recht, das er etwa gegen die Partei, den Parteivorstand, gegen die Kontrollkommission oder gegen einzelne Parteigenossen aus seiner Parteimitgliedschaft erworben hat.

Abänderung der Organisation.

§ 24. Aenderungen an der Organisation der Partei können nur durch einen Parteitag vorgenommen werden, doch muß die absolute Mehrheit der anwesenden Vertreter sich dafür erklären.

Anträge auf Abänderung der Organisation können nur beraten werden, wenn sie innerhalb der Fristen, welche die §§ 9 und 13 vorschreiben, zur öffentlichen Kenntnis der Parteigenossen gelangten.

Eine Abweichung von der letzten Bestimmung ist nur dann zulässig, wenn mindestens dreiviertel der anwesenden Vertreter auf einem Parteitag sich für die Abweichung entscheiden.

137. Elberfelder Parteigenossen.

1. Zur Organisation:

§ 11 des Organisationsstatuts. Der Schlußsatz soll lauten: Wo sozialdemokratische Vereine bestehen, hat der Vorstand die Geschäfte der Vertrauensperson zu erledigen.

§ 15 des Organisationsstatuts. 2. Der Vorstand der Reichstagsfraktion. Angegriffenen Fraktionsmitgliedern steht das Recht der Verteidigung zu.

Parteivorstand.

§ 22. Die Zahl der Mitglieder des Parteivorstandes bestimmt der Parteitag. Die Wahl der Vorstandsmitglieder erfolgt auf dem Parteitag mittels Stimmzettels in einem Wahlgange und nach absoluter Mehrheit. Hat ein

Kandidat die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen nicht erhalten, so findet Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten statt, auf welche die meisten Stimmen gefallen sind. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

Die beiden Vorsitzenden sowie den ersten Sekretär und den Kassierer ernennt der Parteitag. Die weitere Verteilung seiner Geschäfte nimmt der Parteivorstand selbst vor.

§ 23. Der Parteivorstand verfügt nach eigenem Ermessen über die vorhandenen Gelder.

Der Parteivorstand oder die Kontrollkommission können durch keinerlei Rechtsgeschäfte die einzelnen Parteigenossen oder die Partei verbindlich machen. Auch erwirbt kein Parteigenosse oder ein anderer durch Verträge mit dem Parteivorstande oder der Kontrollkommission ein klagbares Recht gegen diese oder ihre Mitglieder.

Kein Parteigenosse hat ohne ausdrücklichen Beschluß des Parteitages ein klagbares Recht, die Geschäftsbücher oder Papiere des Parteivorstandes, der Kontrollkommission oder der Partei einzusehen oder sich aus ihnen Abschriften oder Auszüge anzufertigen oder eine Auskunft oder Uebersicht über den Stand des Parteivermögens zu verlangen.

Hierdurch wird das Recht der Delegierten, während der Tagung des Parteitages Einsicht in die Bücher zu nehmen, nicht berührt.

§ 24. Die Mitglieder des Parteivorstandes können für ihre Tätigkeit eine Besoldung beziehen. Die Besoldung setzt der Parteitag fest, soweit eine solche Besoldung erfolgt.

§ 25. Der Parteivorstand besorgt die Parteigeschäfte; insbesondere hat er durch geeignete Maßnahmen die prinzipielle Aufklärung und Schulung der Parteigenossen zu fördern, sowie die prinzipielle Haltung der Partei-Organe zu kontrollieren.

Der Parteivorstand entscheidet über Differenzen, die sich bei der Aufstellung von Reichstagskandidaturen zwischen den Genossen eines Wahlkreises und den Bezirks- oder den Vorständen der Landesorganisationen ergeben.

§ 26. Scheidet ein Mitglied des Parteivorstandes aus, so ist die Vakanz durch eine von der Kontrollkommission vorzunehmende Neuwahl zu ergänzen.

2. Zur Taktik:

Der Parteitag möge den Parteivorstand beauftragen, in Fragen, die in politischen und gewerkschaftlichen Verhältnissen beruhen, mit der Generalkommission der Gewerkschaften zusammen zu arbeiten.

3. Resolution zu Punkt 6 der Tagesordnung: Der politische Massenstreik:

„Der Parteitag erkennt an, daß der politische Massenstreik in Ländern mit derart hochentwickelter Industrie, wo die Produktion vornehmlich in der Großindustrie beruht, in gemeinschaftlicher Aktion der Partei und Gewerkschaften unter bestimmten Verhältnissen als Angriff- oder Abwehr-Kampfmittel mit Erfolg angewendet werden kann.

In Anbetracht des Umstandes, daß erst bei bestimmt eintretenden Maßnahmen die Möglichkeit vorliegt, zu beurteilen, ob diese geeignet sind, derartige Anregung auf die Massen auszuüben, daß ein Erfolg angenommen werden muß, wird die Festlegung für bestimmte Fälle dieses Kampfmittel abgelehnt.

Die Diskussion über die Massenstreiks erachtet der Parteitag für geboten und zwar schon deshalb, weil durch dieselbe die Massen mit der eventuellen Anwendung dieses Kampfmittels vertraut werden und im gegebenen Augenblick der Erfolg um so sicherer erscheint.

138. Die Wahlkreis-Konferenz Bunzlau-Lüben:

Der § 8 des neuen Organisationsstatuts soll folgende Fassung erhalten: „Die sozialdemokratischen Vereine schließen sich zu Landesorganisationen zusammen, denen die Führung der Parteigeschäfte nach eigenen Statuten obliegt. Diese letzteren dürfen nicht im Widerspruch mit dem Organisationsstatut der Gesamtpartei stehen."

Vom § 10 ist zu streichen: „Die Festsetzung der Mitgliederbeiträge ist den Bezirksverbänden überlassen."

139. Parteigenossen in Straßburg-Land.

„In Anbetracht der zurückgebliebenen politischen und staatsrechtlichen Zustände Elsaß-Lothringens, sowie der ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse der Bevölkerung, in Erwägung der Tatsache, daß von den bürgerlichen Parteien für den politischen Fortschritt des Landes, sowie auch für die wirtschaftliche Besserstellung der Bevölkerung nichts nennenswertes zu erwarten ist, fordert die am 3. September 1905 in Brumath tagende Kreiskonferenz der Vertreter des Kreises Straßburg-Land die Reichstagsfraktion auf, mehr wie bisher den speziell Elsaß-Lothringen betreffenden Fragen ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden, durch direkte Anträge für das freie, gleiche und direkte Wahlrecht zum Landesausschuß einzutreten, sowie energisch eine Besserstellung der in Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und kleinen Beamten zu fordern."

140. Resolution des Parteivorstandes, die Verteuerung der Fleischnahrung betreffend:

Die Tatsache, daß große Schichten der Bevölkerung Deutschlands mehr als jemals zuvor unter einer furchtbaren Verteuerung der Fleischnahrung zu leiden haben, wodurch die betreffenden Schichten auf das schwerste bedrückt und zu einer chronischen Unterernährung verurteilt werden, welche die verhängnisvollsten Folgen für die körperliche und geistige Entwickelung und für das Gemeinwohl zeitigt, ist die Wirkung einer agrarischen Raubpolitik, die seit Jahren die herrschenden Klassen und, von diesen gedrängt, in deren Interesse die Regierungen allen Mahnungen und Warnungen zum Trotz betreiben.

Der Parteitag spricht über diese Elend und Verderben bringende Politik seine Empörung aus. Er verlangt, daß sofort sämtliche Grenzen unter loyaler Anwendung sanitärer Vorsichtsmaßregeln gegen die Einschleppung von Tierseuchen der Einfuhr von Vieh geöffnet und das durch das Fleischbeschaugesetz erfolgte absolute Verbot der Einfuhr von ausländischem Fleisch, Zungen, Würsten, Corned-beef usw., sowie die Zölle auf Futtermittel aufgehoben werden.

Der Parteitag betrachtet speziell die erwähnten Verbote, die unter der Vorgabe eingeführt wurden, daß die betreffenden Nahrungsmittel gesundheitsschädlich seien, eine Behauptung, die niemals durch Tatsachen ausreichend bewiesen werden konnte und durch den ungehinderten massenhaften Genuß dieser Nahrungsmittel von der Bevölkerung der Nachbarstaaten Deutschlands Lügen gestraft wird, als ganz besonders gehässig und verhängnisvoll und nur der agrarischen Beutegier zu Liebe erlassen.

Daß ferner Minister im größten Staate Deutschlands, in Preußen, die Forderungen zum Erlaß von Maßregeln zur Verbilligung der Fleischnahrung mit einer an Frivolität grenzenden Leichtherzigkeit zu beantworten für gut fanden, hat in besonderem Maße den tiefsten Unwillen der weitesten Kreise der Bevölkerung erregt und wieder einmal den Charakter der preußischen Regierung als Regierung eines Klassenstaates aufs eklatanteste bestätigt.

Der Parteitag richtet an die Parteigenossen die Aufforderung, soweit es noch nicht geschehen sein sollte, sofort in eine Agitation für den Erlaß von Maßregeln, wie sie vorstehende Resolution enthält, einzutreten. (Siehe Resolution 146 Seite 140.)

141. Resolution des Parteivorstandes, die Friedens- und Freundschaftserklärung der englischen Parteigenossen und Gewerkschaften betreffend:

Die auf dem Parteitag in Jena versammelten Vertreter der deutschen Sozialdemokratie begrüßen mit aufrichtiger Genugtuung die Friedens- und Freundschaftserklärungen, die letzthin die Vertreter der englischen Sozialisten und Gewerkschaften abgegeben haben, veranlaßt durch die chauvinistischen Hetzereien eines Teils der herrschenden Klassen diesseits und jenseits der Nordsee.

Die Vertreter der deutschen Sozialdemokratie erklären, daß sie die Versuche, zwischen dem englischen und dem deutschen Volke Unfrieden zu stiften und die beiden Völker, die mit in der vordersten Reihe der Kulturnationen stehen, zu einem Krieg zu verhetzen, auf das entschiedenste als gewissenlos und verbrecherisch verurteilen; sie erklären weiter, daß die deutsche Sozialdemokratie entschlossen ist, vorkommenden Falles mit allen ihr zu Gebote stehenden Kräften den Ausbruch eines Krieges zwischen den beiden Völkern zu verhindern.

Schließlich sprechen die versammelten Vertreter der deutschen Sozialdemokratie die Hoffnung aus, daß es endlich der englischen Arbeiterklasse gelingen möge, bei den nächsten Parlamentswahlen durch eine ihrer sozialen Bedeutung entsprechenden Vertretung im Parlament ihren auf den Weltfrieden und die Völkerversöhnung gerichteten Bestrebungen Einfluß zu verschaffen. (Siehe Antrag 148 Seite 141.)

142. Resolution des Parteivorstandes, die Redeverbote gegen die Parteigenossen Adler-Wien, Greulich-Zürich, Jaurès-Paris und Todeschini-Rom in Deutschland betreffend:

Der Parteitag erklärt:

Das Redeverbot, das durch den Brief des deutschen Reichskanzlers an den deutschen Botschafter in Paris dem Parteigenossen Jaurès in Aussicht gestellt wurde, falls er am 9. Juli d. J. in einer von den Berliner Parteigenossen einberufenen Versammlung zugunsten des Friedens und der Versöhnung zwischen Frankreich und Deutschland sprechen würde,

sowie das Redeverbot, das die badische Regierung für den gleichen Tag gegen die Parteigenossen Dr. Adler-Wien, Greulich aus Zürich und Todeschini aus Rom für die internationale Arbeiterzusammenkunft in Konstanz aussprach,

sind als Zeichen der politischen Rückständigkeit Deutschlands zu einer Bloßstellung schlimmster Art für die betreffenden Regierungsorgane geworden.

Dieses Vorgehen hat das Ansehen Deutschlands in der ganzen Kulturwelt auf das tiefste herabgedrückt und Deutschland in den Augen der Welt der Lächerlichkeit preisgegeben.

Der Parteitag verurteilt dieses Vorgehen deshalb besonders scharf, weil die beiden Versammlungen dazu bestimmt waren, das Mißtrauen der Völker und speziell des französischen Volkes in die Friedensliebe des deutschen Volkes nach Möglichkeit zu beseitigen und die Versicherung abzugeben, daß es die deutsche Arbeiterklasse, und ganz besonders die deutsche Sozialdemokratie, alle Zeit mit als ihre vornehmste Aufgabe ansieht, dem Krieg, gegen welches Volk immer er provoziert werden sollte, **unter vollster Ausnutzung aller ihr zu Gebote stehender Kräfte** den Krieg zu erklären und der Verständigung und Versöhnung der Völker, namentlich des deutschen und des französischen Volkes, und der Schlichtung ihrer Streitigkeiten auf dem Wege internationaler Vereinbarungen die Wege zu ebnen. (Die fettgedruckte Stelle ist vom Parteitag auf Beschluß eingefügt.)

143. Liebknecht und Genossen.

In Rücksicht auf die Mißhelligkeiten zwischen Partei und Gewerkschaftsbewegung, die nicht notwendig aus der unumgänglichen Arbeitsteilung zwischen

Partei und Gewerkschaftsbewegung folgen und sich zum Nachteil beider proletarischer Organisationen steigend bemerkbar machen, beschließt der Parteitag:

Es ist in erster Linie eine organisatorische und organische Verbindung zwischen Partei- und Gewerkschaftsbewegung anzustreben;

in zweiter Linie und sofort bis zur Erzielung jener organisatorischen Verbindung ein Organ zu dem Zweck zu schaffen oder ein bestehendes Parteiorgan mit der besonderen Aufgabe zu betrauen, eine dauernde Fühlung und in allen Fragen gemeinschaftlichen Interesses eine Verständigung zwischen Partei und Gewerkschaftsbewegung und eine gemeinschaftliche Aktion beider herbeizuführen.

144. Resolution Bernstein und 22 Genossen:

Der Parteitag lenkt die Aufmerksamkeit des deutschen Volkes auf die nichtachtende Behandlung des deutschen Reichstages durch die Reichsregierung, wie sie sich in neuerer Zeit immer deutlicher zeigt und insbesondere bei Fragen der auswärtigen Politik, wie der Marokko-Handel und die Stellungnahme zum russisch-japanischen Konflikt, jetzt wieder mit all ihren Schäden und Gefahren zutage getreten ist. Der Parteitag verurteilt diese nichtachtende Behandlung der gewählten Vertreter des deutschen Reiches auf das schärfste, indem er zugleich betont, daß sie nur die naturgemäße Folge der schwächlichen Haltung fast aller nichtsozialistischen Parteien im Reichstag ist, die damit die Hauptverantwortung für die Rückkehr zum persönlichen Regiment im deutschen Reiche tragen.

145. Zorn-Fürth:

Mitglieder, welche bereits in einem Ort bei Aufnahme in den sozialdemokratischen Verein Eintrittsgebühr bezahlt haben, müssen bei Domizilwechsel in dem, am neuen Wohnort sich befindlichen sozialdemokratischen Verein — ohne Bezahlung einer nochmaligen Eintrittsgebühr — als Mitglieder weitergeführt werden.

146. Resolution des Parteivorstandes und einer Anzahl Genossen, betr. die Fleischnahrung. Unter Zurückziehung der Resolution 140.

Große Schichten der Bevölkerung Deutschlands leiden mehr als jemals zuvor unter einer furchtbaren Verteuerung der Fleischnahrung, die sie auf das schwerste bedrückt und zu dauernder Unterernährung verurteilt. Dieser Zustand, der die verhängnisvollsten Folgen für die körperliche und geistige Entwickelung des Volkes zeitigt, ist die Wirkung der agrarischen Politik, die seit Jahren die herrschenden Klassen und, von ihnen gedrängt, die Regierungen allen Mahnungen und Warnungen zum Trotz betreiben.

Der Parteitag verurteilt diese Elend und Verderben bringende Politik; er brandmarkt besonders die Einfuhrverbote, die gegen ausländisches Fleisch unter dem Vorwande seiner Gesundheitsschädlichkeit erlassen wurden, — einem Vorwande, der um so haltloser ist, als der ungehinderte und massenhafte Genuß desselben Fleisches in anderen Ländern bisher niemals zu Gesundheitsschädigungen geführt hat. Daß ferner preußische Minister die Forderung, schleunige Maßnahmen zur Verbilligung der Fleischnahrung zu treffen, mit einer an Frivolität grenzenden Leichtherzigkeit zu beantworten für gut befanden, hat den tiefsten Unwillen des Volkes erregt und wieder einmal den Charakter der preußischen Regierung als geschäftsführenden Ausschusses des Großgrundbesitzes bestätigt.

Der Parteitag verlangt, daß sofort die Grenzen des Reiches unter Anwendung berechtigter*) Vorsichtsmaßregeln gegen die Einschleppung von Tier-

*) Anstatt „berechtigter" wurde vom Parteitage gesagt: „notwendiger, aber loyal zu handhabender".

seuchen der Einfuhr von Vieh geöffnet und die als Einfuhrverbot für ausländisches Fleisch wirkenden Bestimmungen des Fleischbeschaugesetzes sowie die Zölle auf Vieh, Fleisch und Futtermittel aufgehoben werden.

Der Parteitag verlangt ferner, daß in den Gemeinden die noch bestehenden Lebensmittelaufschläge aufgehoben werden, und daß der Bundesrat und der Reichstag jedenfalls das Verlangen einiger Städte, die Einführung des § 13 des Zolltarifgesetzes bis zum Jahre 1917 zu verschieben, entschieden ablehnen.

Der Parteitag fordert endlich die in der Gemeindeverwaltung tätigen Genossen auf, die Gemeinden zu veranlassen, daß sie die Fleischversorgung in eigener Regie organisieren.

147. Resolution Fischer zur Maifeier:

Die Maifeier ist eine zur Unterstützung der Klassenforderungen und des Klassenkampfes des Proletariats, sowie zur Förderung des Weltfriedens von den internationalen Arbeiterkongressen beschlossene Demonstration, deren wirksame und würdige Gestaltung gemeinsame Aufgabe aller politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ist. Als solche Klassendemonstration wird sie vom Unternehmertum und den bürgerlichen Regierungen bekämpft, aber dieser Widerstand kann für die Arbeiterklasse kein Anlaß sein, von der Durchführung der Maifeier abzusehen. In Uebereinstimmung mit den internationalen Arbeiterkongressen von Paris 1889, Brüssel 1891, Zürich 1893, London 1896, Paris 1900 und Amsterdam 1904 betrachtet die deutsche Sozialdemokratie die allgemeine Arbeitsruhe als die würdigste Form der Feier. Der Parteitag macht es daher den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht, neben den anderen Kundgebungen für die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten und überall da, wo die Möglichkeit der Arbeitsruhe vorhanden ist, die Arbeit ruhen zu lassen.

148. Bernstein und 22 Genossen. Abänderungsantrag zur Resolution 141:

Die Worte von „die Hoffnung aus" wie folgt zu fassen:

Die Hoffnung aus, daß es den sich in so erfreulicher Weise mehrenden Bemühungen der englischen Arbeiter gelingen möge, bei den nächsten Parlamentswahlen ꝛc.... (wie im Text) ... gebührenden Einfluß zu verschaffen.

149. Resolution des Parteivorstandes und einer Anzahl Genossinnen und Genossen betr. die Revolution in Rußland:

Der Parteitag begrüßt mit freudiger Genugtuung das größte welthistorische Ereignis der Gegenwart, die russische Revolution, als die Macht, die endlich den mit Korruption und Verbrechen beladenen Absolutismus stürzen wird und damit nicht nur den unter seiner Knute schmachtenden Völkern die Bahnen freiheitlicher, kultureller Entwickelung öffnet, sondern auch die für ihre Befreiung kämpfenden Volksmassen aller Länder von einem ihrer bösartigsten Feinde erlöst. Mit Stolz gedenkt er dabei der Tatsache, daß — wie mannigfaltig auch die geschichtlichen, die sozialen Kräfte sind, die zu diesem Ziele zusammenwirken — es doch heute das junge Industrieproletariat Rußlands ist, das unter sozialdemokratischer Führung die wichtigste treibende Kraft des gewaltigen Ringens mit dem Absolutismus bildet und immer wieder und wieder die heldenhaften Massen stellt, die ihren Hunger und ihre Leiber den Schergen und Henkern des Despotismus kämpfend entgegenstellen.

Der Parteitag entbietet allen Kämpfern für politische Freiheit in Rußland die Versicherung seiner tiefsten Sympathie und Bewunderung, ganz besonders aber jenen Männern und Frauen, ohne Unterschied der Nationalität und Rasse, die, auf dem Boden der sozialdemokratischen Auffassung stehend, mit und in dem Proletariat wirken und kämpfen; ihnen, deren zähe und opferwillige und gefahrenreiche Arbeit seit langen Jahren die Erweckung des Proletariats vorbereitet und seine Schulung und Organisation bis heute treu

gefördert hat, wodurch das Proletariat befähigt wurde, die revolutionäre Aufgabe der Stunde in der Ueberzeugung zu erfüllen, daß der Kampf zur Niederzwingung des Absolutismus eine notwendige Etappe im Kampfe gegen den Kapitalismus ist.

Der Parteitag fühlt sich aber auch verpflichtet, seiner tiefsten Empörung Ausdruck zu geben, über die barbarischen Untaten, durch welche die Schergen des Despotismus ihr fluchwürdiges Regiment aufrecht zu halten suchen, namentlich durch die grausame Hinschlachtung nicht bloß von Männern und Frauen der Revolution, sondern auch von zahllosen unbeteiligten Personen, besonders Frauen und Kindern.

Der russische Despotismus hat sich durch dieses barbarische Wüten vor der ganzen Kulturwelt gerichtet und er rechtfertigt damit jedes gegen ihn angewandte Mittel, das zu seiner Vernichtung führt.

150. Krasemann und 20 Genossen:

Der Parteitag wolle beschließen, daß in Zukunft bei Reichstags-, Landtags-, Stadtverordneten- oder Gemeindewahlen Kompromisse mit anderen Parteien zur Erhaltung von Mandaten in den oben genannten Körperschaften nicht mehr abgeschlossen werden dürfen, da die Erfahrung gezeitigt hat, daß trotz aller Kompromisse die bürgerlichen Parteien im entscheidenden Moment sich immer für die reaktionären Anschläge und Feinde gegen die Sozialdemokratie entschieden haben.

151. Resolution Bebel zu: „Der politische Massenstreik und die Sozialdemokratie".

I. Bei dem Bestreben der herrschenden Klassen und Gewalten, der Arbeiterklasse einen legitimen Einfluß auf die öffentliche Ordnung der Dinge in den Gemeinwesen vorzuenthalten oder, soweit sie durch ihre Vertreter in den parlamentarischen Vertretungskörpern einen solchen bereits erlangten, diesen zu rauben und so die Arbeiterklasse politisch und wirtschaftlich rechtlos und ohnmächtig zu machen,

erachtet es der Parteitag für geboten auszusprechen, daß es die gebieterische Pflicht der gesamten Arbeiterklasse ist, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln jedem Anschlag auf ihre Menschen- und Staatsbürgerrechte entgegenzutreten und immer wieder die volle Gleichberechtigung zu fordern.

Insbesondere hat die Erfahrung gelehrt, daß die herrschenden Parteien bis tief in die bürgerliche Linke hinein Gegner des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts sind, daß sie dasselbe nur dulden, aber sofort abzuschaffen oder zu verschlechtern trachten, sobald sie glauben, daß durch dasselbe ihre Herrschaft in Gefahr komme. Daher ihr Widerstand gegen eine Ausdehnung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts auf die Einzelstaaten (Preußen 2c.) und selbst die Verschlechterung bestehender rückständiger Wahlgesetze aus Angst vor einem noch so geringen Einfluß der Arbeiterklasse in den parlamentarischen Vertretungskörpern.

Beispiele hierfür sind die Wahlrechtsräubereien durch eine herrschgierige und maßlos feige Bourgeoisie und ein borniertes Kleinbürgertum in Sachsen und in den sogenannten Republiken Hamburg und Lübeck und die Gemeindewahl-Verschlechterungen in den verschiedenen deutschen Staaten (Sachsen, Sachsen-Meiningen) und Orten (Kiel, Dresden, Chemnitz usw.) durch die Vertreter der verschiedenen bürgerlichen Parteien.

In Erwägung aber, daß namentlich das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht die Voraussetzung für eine normale politische Fortentwickelung der Gemeinwesen ist, wie es die volle Koalitionsfreiheit für die wirtschaftliche Hebung der Arbeiterklasse ist,

in weiterer Erwägung, daß die Arbeiterklasse durch ihre stetig wachsende Zahl, ihre Intelligenz und ihre Arbeit für das wirtschaftliche und soziale Leben des ganzen Volkes, sowie durch die materiellen und physischen Opfer, die sie für die militärische Verteidigung des Landes zu tragen hat, den Hauptfaktor in der modernen Gesellschaft bildet, muß sie nicht nur die Erhaltung, sondern auch die Erweiterung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle Vertretungskörper im Sinne des sozialdemokratischen Programms und die Sicherung der vollen Koalitionsfreiheit fordern.

Demgemäß erklärt der Parteitag, daß es namentlich im Falle eines Anschlages auf das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht oder das Koalitionsrecht die Pflicht der gesamten Arbeiterklasse ist, jedes geeignet erscheinende Mittel zur Abwehr nachdrücklich anzuwenden.

Als eines der wirksamsten Kampfmittel, um ein solches politisches Verbrechen an der Arbeiterklasse abzuwehren oder um sich ein wichtiges Grundrecht für ihre Befreiung zu erobern, betrachtet gegebenen Falles der Parteitag

„die umfassendste Anwendung der Massenarbeitseinstellung".

Damit aber die Anwendung dieses Kampfmittels ermöglicht und möglichst wirksam wird, ist die größte Ausdehnung der politischen und gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterklasse und die unausgesetzte Belehrung und Aufklärung der Massen durch die Arbeiterpresse und die mündliche und schriftliche Agitation unumgänglich notwendig.

Diese Agitation muß die Wichtigkeit und Notwendigkeit der politischen Rechte der Arbeiterklasse, insbesondere des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts und der vollen Koalitionsfreiheit darlegen, mit Hinweis auf den Klassencharakter des Staates und der Gesellschaft und den täglichen Mißbrauch, welchen die herrschenden Klassen und Gewalten durch den ausschließlichen Besitz der politischen Macht an der Arbeiterklasse verüben.

Jeder Parteigenosse ist verpflichtet, wenn für seinen Beruf eine gewerkschaftliche Organisation vorhanden ist oder gegründet werden kann, einer solchen beizutreten und die Ziele und Zwecke der Gewerkschaften zu unterstützen. Aber jedes klassenbewußte Mitglied einer Gewerkschaft hat auch die Pflicht, sich der politischen Organisation seiner Klasse — der Sozialdemokratie — anzuschließen und für die Verbreitung der sozialdemokratischen Presse zu wirken.

II. Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, eine Broschüre herstellen zu lassen, in der die in der vorstehenden Resolution gestellten Forderungen begründet werden. Für diese Broschüre ist die Massenverbreitung in der gesamten deutschen Arbeiterklasse zu organisieren.

152. Resolution W. Schmidt-Frankfurt und 21 Genossen:

Der Parteitag protestiert auf das entschiedenste gegen die Anwendung des Zeugniszwanges für Redakteure und alle anderen bei der Presse beschäftigten Personen, wie sie neuerdings wieder von seiten des Hanauer Schöffengerichts gegen den Redakteur der Frankfurter „Volksstimme" und Stadtverordneten Otto Zielowski beliebt wurde.

Der Parteitag erblickt in dieser Maßregel, die Preisgebung des Redaktionsgeheimnisses erzwingen zu wollen, die Zumutung einer unwürdigen Handlung, die durch keine gesetzliche Bestimmung gestützt sein dürfte.

Der Parteitag ersucht daher unsere Reichstagsfraktion, im deutschen Parlament erneut eine schleunige, zeitgemäße Reform der Justizgesetze, des Strafrechts und des Preßgesetzes zu fordern.

153. Rieger und 20 Genossen:

Der Parteitag verweist die Parteigenossen erneut auf die „Neue Zeit" hin und verpflichtet sie zur energischen Agitation für dieselbe. Im Interesse einer gründlichen theoretischen Durchbildung der Parteigenossen wird den Partei-

organisationen empfohlen, für die in der Partei tätigen Genossen und Genossinnen nötigenfalls eine Anzahl Exemplare der „Neuen Zeit" aus Parteimitteln zu beschaffen.

154. Höfs und 20 Genossen:

Die Parteigenossen Stettins beantragen den nächsten Parteitag in Stettin abzuhalten.

155. Resolution der Fünfzehner-Kommission, betreffend die Preßfehde:

Der Parteitag erkennt an, daß die Preßfehden der jüngsten Zeit nicht als „Literatengezänk" anzusehen sind, daß ihnen vielmehr ernste sachliche, insbesondere auch prinzipielle Meinungsdifferenzen zu Grunde liegen. Dementsprechend ist es auch anzuerkennen, daß die den Inhalt der Preßfehden bildenden Streitfragen an sich einer öffentlichen Diskussion bedürfen.

Der Parteitag erkennt ferner an, daß die streitenden Teile von dem Bestreben erfüllt gewesen sind, der Partei nach bestem Wissen zu dienen.

Was dagegen die Form betrifft, in der die Diskussionen zum Teil geführt wurden, so ist sie auf das schärfste zu mißbilligen. Mit aller Entschiedenheit erhebt der Parteitag Einspruch gegen eine gehässige, die persönliche und die Parteiehre von Genossen verletzende Art der Diskussion, durch welche auch der Agitation im Lande die größten Schwierigkeiten bereitet werden.

Der Parteitag erklärt deshalb mit allem Nachdruck, daß dieser Art der Diskussion ein Ziel zu setzen ist, daß aber selbstverständlich der sachlichen Kritik der freieste Spielraum gelassen werden muß.

Zur Erreichung dieses Zweckes fordert der Parteitag:

I. Die Parteischriftsteller und Redakteure unserer der Parteikontrolle unterstellten Parteiorgane haben in erster Linie ihre Aufgaben in der prinzipiellen Aufklärung der Arbeitermassen sowie in der Bekämpfung der politischen Gegner zu sehen.

II. Die prinzipielle Aufklärung hat entsprechend den Grundsätzen des Parteiprogramms im Sinne der Dresdener Resolution zu erfolgen.

III. Kritische Untersuchungen des Parteiprogramms sind tunlichst in der „Neuen Zeit" zu veröffentlichen, die zu diesem Zweck erforderlichenfalls zu erweitern ist.

IV. Die Preßkommissionen haben dafür zu sorgen, daß in den ihrer Aufsicht unterstellten Parteiblättern nicht von neuem die oben verurteilte Art der Polemik Platz greift.

V. Unbeschadet der Rechte der Preßkommissionen hat der Parteivorstand unter voller Wahrung der freien Meinungsäußerungen die Verpflichtung, auf die Beobachtung vorstehender Beschlüsse rechtzeitig vermittelnd hinzuwirken.

Die Fünfzehner-Kommission:

Baader-Berlin, Dietz-Stuttgart, Ebert-Bremen, Ernst-Berlin, Frank-Mannheim, Haase-Königsberg, Hengsbach-Köln, Kleemann-Leipzig, Rother-Breslau, Schmitt-München, Schwarz-Lübeck, Seger-Leipzig, Sperka-Stuttgart, Stolten-Hamburg, Wolderski-Berlin.

Protokoll.

Vorversammlung

am Sonntag, den 17. September 1905, abends 7 Uhr.

In der herrlichen Versammlungshalle des Volkshauses, das Ernst Abbe seinen Mitbürgern geschaffen hat, ist dem deutschen Parteitag diesmal die Stätte für seine Beratungen bereitet. An der Straße vor dem Gartenhofe, an dem die Gebäude des Volkshauses liegen, ist ein festliches Portal errichtet: zwei rot umwundene Obelisken, zwischen denen eine breite rote Fahne herabhängt. Sie ruft den Delegierten ein Willkommen zu. Der rote Schmuck hat den Zorn einiger Buben erregt: in der letzten Nacht ist Salzsäure auf die Dekoration gegossen worden, so daß am Morgen der Stoff in Fetzen herabhing. Aber der Schaden ist längst beseitigt. Innen prangt der Saal in seiner eigenen Schönheit. Ein Band, das den reinen Linien der Architektur folgt, schlingt sich um den Bogen, in dem die Bühne liegt; es nennt die Namen der vorangegangenen Parteitage. Auf der Wand gegenüber umgeben rote Fahnen den Wahlspruch: Freiheit! Gleichheit! Brüderlichkeit! Vor dem Rednerpult steht unter immergrünen Gewächsen die Büste von Karl Marx; links und rechts auf der Bühne sehen die Köpfe von Lassalle und Liebknecht hervor, während das Bildnis Abbés an der einen Bühnenwand nach dem Saale zu hängt.

Schon um 6 Uhr füllt eine frohbewegte Menge den Saal und die Galerien. Die Delegierten schieben sich zu ihren Plätzen vor; für sie sind sechs lange Tischreihen bestimmt, die in dem vorderen Saalabschnitt aufgestellt sind. Die Jenaer Genossen haben alles auf das beste vorbereitet; ihre Fürsorge für den Parteitag ist mustergültig.

Um 7 Uhr gibt der Vorsitzende des Ortskomitees, Leber, ein Glockenzeichen. Die Bühne füllt sich mit den Mitgliedern der vereinigten Arbeiter-Gesangvereine Jenas, „Glashütte" und „Sängerchor". Sie bringen das von Fr. Thieme zu Ehren des Parteitages gedichtete und von H. de Groote komponierte Begrüßungslied zum Vortrage. Reicher Beifall dankt den Sängern.

Dann ergreift das Wort

Leber-Jena: Werte Parteigenossen und Genossinnen! Der Beschluß des Bremer Parteitages, im Jahre 1905 in Jena zusammenzukommen, fand bei der Jenaer Arbeiterschaft freudigen Widerhall. War doch damit ihr Wunsch, den sie mit allen erlaubten Mitteln propagiert hatten, in Erfüllung gegangen! Die Jenaer Genossen heißen Sie heute herzlich willkommen. Willkommen in Jena, am Fuße der Berge, am rauschenden Fluß! Als ich im vorigen Jahre sagte, wir haben in Jena für den Kongreß ein Lokal, welches die Lokale der früheren Parteitage übertrifft, da wird mancher geglaubt haben, daß ich im Namen der Jenaer Genossen Reklame rede. Sie können sich heute selbst davon überzeugen, ob ich die Wahrheit gesagt habe. (Zurufe: Die reine Wahrheit!) Ich hoffe, daß es in diesem Lokal allen gefallen wird. Jeder, der das Lokal kennt, blickt

mit Neid auf uns (sehr wahr!), und es hat fast den Anschein, als ob hier in Jena der Klassenkampf sich anders abspielte als im übrigen Deutschland. Selbst unsere Genossen in der nächsten Umgegend sind dieser Ansicht. Aber dem ist nicht so. Genau so wie die Genossen anderer Orte waren auch die Jenaer gezwungen, den Klassenkampf zu führen; die Gewerkschaften haben um die Verbesserung ihrer Lebenslage Kämpfe ausgefochten, die sich denen an anderen Orten würdig anreihen. Zehn Jahre lang haben wir den Lokalkampf geführt. Oft standen der Partei keine größeren Lokale zu ihren Versammlungen zur Verfügung, oft waren wir obdachlos, wie in anderen deutschen Städten auch. Wenn trotz alledem die Bewegung in Jena fortgeschritten ist, so ist das zum Teil darauf zurückzuführen, daß zwischen den beiden großen Heeren der Arbeiterbewegung, dem gewerkschaftlichen und politischen, in Jena niemals Zerwürfnisse Platz gegriffen haben. (Lebhafter Beifall.) Partei und Gewerkschaften waren beide stets von dem Gedanken beseelt, daß nur Einigkeit das Proletariat aus wirtschaftlicher und politischer Knechtschaft befreien kann.

So sind wir vorwärts gekommen, aber dennoch hätten wir Ihnen vielleicht nicht das Lokal zur Verfügung stellen können, wenn wir nicht von anderer Seite Hülfe erhalten hätten. Bei der Reichstagswahl 1898, die im dritten weimarischen Kreise so außerordentlich heiß war, weil die damals auftauchende nationalsoziale Partei von Jena aus eine Aenderung der Parteipolitik herbeiführen und Naumann in den Reichstag entsenden wollte, stand uns kein Lokal zur Verfügung und wir hätten vielleicht überhaupt keins bekommen, wenn nicht der verstorbene Abbé dafür gesorgt hätte, daß uns ein Lokal für ein Jahr geöffnet wurde. Der Vertrag wurde aber gebrochen, und zwar von einem Teil der Angestellten von Abbé. Infolgedessen tauchte schon damals der Plan der Gründung des Volkshauses auf. Am 1. November 1903 konnte das Haus der Oeffentlichkeit übergeben werden. In seiner Eröffnungsrede sagte Dr. Czapski, der Vertreter von Abbé, daß diese Lokalitäten allen Parteien, gleichviel welcher politischen Richtung, zur Verfügung stehen. Ich glaube ganz bestimmt, daß es auch für die Zukunft so bleiben wird.

Sie werden es verstehen, wenn ich bei dieser Gelegenheit mit einigen Worten auf die Person von Abbé eingehe. Abbé war kein eingeschriebenes Mitglied der sozialdemokratischen Partei, aber wo die Partei im Kampf mit ihren Gegnern stand, wo sie kämpfte gegen die Unterdrückung, da war er einer der Ersten, der freudig für unsere Sache eintrat. Und wenn wir hier und da schon erlahmten, wenn wir nicht stark genug waren, die Kämpfe siegreich beenden zu können, so war er einer derjenigen, die uns immer wieder zu neuer Tätigkeit anspornten. Und nun, nachdem Abbé dahingegangen ist, kommen diejenigen, die die heutige Ordnung der Dinge für die beste halten, die da wollen, daß auf der einen Seite der Reichtum und auf der anderen Seite die Massenarmut sich immer mehr anhäuft, und möchten am liebsten Abbé für sich reklamieren. Ich erkläre, mit diesen Leuten hatte Abbé nichts gemein.

Aber nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch hat Abbé für uns gekämpft. Als im Jahre 1900 v. Wurmb zum weimarischen Staatsminister ernannt wurde, griff ein neuer Kurs Platz. Nach allen Regeln der Kunst hat der Minister v. Wurmb versucht, die Sozialdemokratie totzumachen. Selbst unsere Mitgliederversammlungen wurden verboten. Und als man uns in einer Woche nicht weniger als fünf Versammlungen verbot — mehr konnten wir nicht anmelden (Heiterkeit) — als man uns selbst eine Versammlung unmöglich machte, für die wir, um nur reden zu können, das Thema wählten: „Als der Großvater die Großmutter nahm“ (Große Heiterkeit) — da sagte Abbé, so geht es nicht mehr weiter, jetzt wollen wir mal der Regierung zeigen, welche Rechtsbeugungen sie sich zuschulden kommen läßt. Sie sehen, er hat in jeder Weise seinen Mann gestanden!

Die bisherigen Parteitage haben stets an Orten stattgefunden, die im Reichstage sozialdemokratisch vertreten waren, oder die doch auf eine jahrzehntelange Arbeiterbewegung zurückblicken konnten. In Jena ist dem nicht so. Noch im Jahre 1887 wurden in Jena und Wenigenjena nur 15 sozialdemokratische Stimmen abgegeben. Das hat sich geändert; es sind Industriearbeiter hergekommen, die dafür gesorgt haben, daß die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften emporgeblüht sind, und bei der letzten Wahl hatten sich unsere Stimmen in Jena und Wenigenjena auf 2297 vermehrt. Das ist ein Beweis, daß wir auch hier Fortschritte gemacht haben. Und wenn wir bei der Stichwahl mit einigen hundert Stimmen unterlegen sind, so ist das auf diejenigen zurückzuführen, die jetzt nicht genug über die Fleischnot und die hohen Lebensmittelpreise überhaupt schreien können. Die Nationalsozialen haben dem Agrarier Lehmann in den Reichstag verholfen, der immer noch weiter für die Verteuerung der Lebensmittel eingetreten ist. Diejenigen, die sich heute über die hohen Fleischpreise beschweren, haben sie selbst verschuldet. Ich glaube bestimmt, daß es uns das nächste Mal gelingen wird, endgültig die Palme des Sieges an uns zu reißen.

Soweit also die Arbeiterbewegung in Frage kommt, stehen wir in Jena nicht auf parteihistorischem Boden. Aber allerdings ist Jena ein historischer Boden für die preußisch-deutsche Geschichte. Vor ungefähr 100 Jahren, im Jahre 1806, ist hier der Feudalstaat, der preußische Junkerstaat, in der Schlacht bei Jena zusammengebrochen. Unsere Gegner haben das zum Anlaß genommen, um in den letzten Wochen und Monaten auch unserem Parteitage ein Jena zu prophezeien, wie es 1806 das preußische Junkertum ereilt hat. Sie wissen, was davon zu halten ist. Sie wissen ganz genau, daß die Beratungen, die Sie pflegen, und die Beschlüsse, die Sie fassen werden, zum Nutzen des gesamten deutschen und internationalen Proletariats führen werden. Sie wissen, daß es in einer großen Partei wie der unsrigen Differenzen geben muß, daß aber diese Differenzen beseitigt werden zur Zufriedenheit der gesamten Partei. Und so glaube ich denn, daß dieser Parteitag genau so verlaufen wird wie seine Vorgänger. Wenn auch mitunter heftige Debatten geführt werden, so werden wir doch einig auseinandergehen. Wir werden unsere Waffen prüfen und sie, soweit sie stumpf geworden sind, schärfen, wir werden Lücken, die entstanden sind, ausfüllen, und wir werden dann zum Schluß sagen können: Vorwärts zu neuen Kämpfen und zu neuen Siegen! Nochmals herzlich willkommen! (Stürmischer Beifall.)

Das Wort ergreift nunmehr

Bebel (von anhaltendem stürmischen Beifall begrüßt): Parteigenossen! Ich spreche, wie ich überzeugt bin, in Ihrer aller Namen, wenn ich dem Vorredner und mit ihm den gesamten Jenaer Genossen unseren wärmsten und herzlichsten Dank ausspreche für den freundlichen Empfang, den sie uns bereitet haben. Der Vorredner hat ganz recht: als wir im vorigen Jahre über den nächsten Versammlungsort für den Parteitag verhandelten, waren die Meinungen verschieden. Der Parteitag entschied sich mit großer Mehrheit für Jena, und ich, der ich Jena seit langem kenne, sagte mir: Laßt die Genossen nur hierher kommen, sie werden sich wundern und über das, was sie hier sehen, erfreut sein. Wir sind hier nicht nur in einer Stadt, die eine Perle des schönen Thüringens ist, sondern auch in einer Stadt, in der unsere Partei, allerdings erst in den letzten Jahren, ganz bedeutende Fortschritte gemacht hat. Es sind zirka 36 Jahre her, daß ich im Auftrage unserer Partei in Thüringen eine Agitationsreise machte und auf Einladung meines leider verstorbenen Freundes Sy und einiger anderen Bekannten hier in Jena eine Versammlung abhielt. Es war eine sehr erlauchte Versammlung, lauter Professoren, Doktoren und Studenten und fast gar keine Arbeiter; ich habe mich soviel wie möglich bemüht, eine schöne Rede zu halten

(Heiterkeit), die Rede ist auch vielleicht nicht ganz schlecht ausgefallen (Heiterkeit), aber ich müßte lügen, wenn ich sagen wollte, daß sie irgend welchen praktischen Erfolg gehabt hätte. Die paar Freunde, die mich eingeladen hatten, sind wohl die einzigen geblieben, die sich zu unserer Fahne bekannt haben. Ich bin dann wiederholt in Jena gewesen, teilweise für mein Geschäft, und hatte stets das Vergnügen, mit Professor Abbé, Dr. Sy und einer Reihe anderer Personen zu verkehren, in deren Kreise ich mich immer sehr wohl gefühlt habe. Ich habe also den Professor Abbé, dem der Vorredner die wärmste Anerkennung gezollt hat, persönlich gekannt und in reichstem Maße die ausgezeichneten Eigenschaften kennen gelernt, die denselben als Menschen, als Parteimann und nicht zuletzt als Mann der Wissenschaft, in der er als Stern ersten Ranges in seinem Fache glänzte, erfüllten. Ihm ist es in erster Linie mitzuverdanken, daß wir in diesem wunderbaren Lokal tagen können, um das die meisten deutschen Städte unsere Jenaer Freunde beneiden werden.

Der Vorredner äußerte, die Partei stehe in Jena noch nicht auf historischem Boden. Das ist richtig. Er hat aber auch von der historischen Bedeutung gesprochen, die Jena in anderer Beziehung hat. Es werden im nächsten Jahre gerade 100 Jahre, daß die Schlacht bei Jena geschlagen wurde, jene Schlacht, in der der Staat Friedrichs des Großen, in dem das preußische Junkertum die herrschende Klasse war, zertrümmert und zerschlagen wurde. Diese Schlacht führte später zu dem schmachvollen Tilsiter Frieden, in dem mehr als die Hälfte Preußens an Napoleon abgetreten wurde. In jener Schlacht und dem, was folgte, hat sich das preußische Junkertum in seiner ganzen Feigheit und Erbärmlichkeit gezeigt. Die Schlacht bei Jena und die an demselben Tage stattgehabte Schlacht bei Auerstädt hätten Preußen nicht ruiniert, wenn nicht das Junkertum als Führer der Armee in allen Festungen des Staates in der elendesten Weise zu Kreuze gekrochen wäre, sobald sich überhaupt nur Truppen von Napoleon zeigten. Das erkannte selbst ein Friedrich Wilhelm III., daß mit diesem Junkertum das neue Preußen nicht zu machen sei; er berief die Stein, Schön, Hardenberg für die Verwaltung, die Scharnhorst, Gneisenau, Boyen für die Armee, die dann in den Jahren 1808/13 die Grundlage schufen, die Preußen befähigte, 1813/15 die gewaltigen Kämpfe gegen Napoleon, den Eroberer, zu führen, die mit der Niederwerfung Napoleons endeten. Man hätte meinen sollen, daß die preußische Monarchie niemals die schweren Stunden vergessen hätte, die sie den Junkern zu verdanken hatte. Aber was ist eine Monarchie ohne Adel? Eine Monarchie ohne Adel ist ein Unding. Es geht nicht, daß die Masse des Volkes und die Monarchie ohne Zwischenstufe sich gegenüberstehen. Die Monarchie muß eine Zwischenschicht haben, die im gegebenen Moment das für sie tut, was sie selbst nicht tun mag und darf. All die schönen Versprechungen, die man in der Zeit der Not dem Volke für eine Verfassung gegeben hatte, wurden vergessen; das Junkertum kam nach 1815 wieder in den vollen Besitz seiner Macht und hat sie nach Junkerart auf Kosten des Volkes mißbraucht. Erst die Jahre 1848/49 brachten eine Wandlung; aber das Bürgertum war damals schon unfähig, eine Revolution zu machen, und eine Situation, so günstig sie war, auszunützen. Wohl bekam Preußen eine Verfassung, aber dann kam das Junkertum, besonders im Herrenhause, wieder zur Macht. Als es nach 1866 eine absolute Notwendigkeit war, im Interesse der kapitalistischen Entwickelung Deutschlands gewisse liberalisierende Reformen einzuführen, die Gewerbefreiheit, die Freizügigkeit, die Niederlassungsfreiheit zu bewilligen, war es bald wieder das Junkertum, das von dem neuen Zustand der Dinge in erster Linie Nutzen zu ziehen verstand. Wohl hatten wir zehn Jahre lang eine Art liberalisierender Politik, in der die Interessen des Großbürgertums ausschlaggebend waren, aber seit der großen Krise sehen wir, von 1878/79 ab, wie das Junkertum an der Spitze der Bewegung für Verteuerung aller Lebensmittel und für alle

reaktionären Maßregeln steht. Und heute steht sogar das preußische Bürgertum auf das Junkertum als seine letzte Stütze und letzten Hort. (Sehr richtig!) Das bei Jena vernichtete Junkertum bildet heute in der Agrarbewegung das eigentliche Rückgrat. Ohne die Junker wären die reaktionären Maßregeln wenigstens in der Gestalt, in der sie vorliegen, unmöglich. Aber nicht nur in dieser Beziehung haben die letzten Jahre Entwickelungen gezeitigt, die die weitesten Kreise in Mitleidenschaft ziehen, wir müssen uns mit einigen Worten auch anderen Ereignissen zuwenden, die namentlich das letzte Jahr uns gebracht hat.

Als wir in Bremen zusammen waren, tobte bereits dort im fernen Ostasien der gewaltige Kampf zwischen dem kleinen Japan und dem ungeheuren Rußland. Ich glaube, alle unsere Sympathien standen damals und wohl auch heute noch auf Seiten Japans. Wir freuten uns seiner Siege, weil sie Niederlagen nicht für das russische Volk, sondern in erster Linie für den russischen Despotismus, für das russische Knutenregiment, für eine Gewaltherrschaft waren, wie sie schmachvoller und schandbarer noch niemals in einem modernen Staate vorhanden war. Mittlerweile ist dieser Krieg zu Ende gegangen. Schlag auf Schlag hat das große mächtige Kaiserreich, vor dem selbst das Deutsche Reich seit Jahrzehnten wie ein Schuhputzer auf den Knien gerutscht ist (lebhafte Pfui-Rufe), von dem kleinen Japanervolke seine Hiebe bekommen und es ist genötigt worden, einen Frieden zu schließen, der nach meiner Meinung offensichtlich einen vollen Sieg der Japaner bedeutet. Japan hat in dem Frieden von Portsmouth mehr erhalten als es zu Anfang des Krieges jemals erhofft hatte. Das Ende dieses Krieges wird aber für die ganze Entwickelung der Dinge in der Welt und speziell für Europa und Deutschland schwere Folgen zeitigen. Das Ende dieses Krieges bedeutet, daß dort im fernen Osten jetzt eine neue gewaltige Macht emporwächst, die im Laufe der Zeit mehr oder weniger die Sympathien der gesamten ostasiatischen Völker erlangen wird. Diese Macht wird selbstverständlich als ein moderner kapitalistischer Staat mit allen Tugenden und Untugenden eines solchen Staates sich behaupten und ausdehnen. Die Ausdehnung seiner Herrschaft bedeutet die Beseitigung der Herrschaft Rußlands im Osten Asiens, sie bedeutet die Freigabe der offenen Tür, sie bedeutet, daß endlich auch der Osten der Welt der modernen Kultur erschlossen wird, daß in der zukünftigen Entwickelung der Völker der Osten der Welt eine gewaltige entscheidende Rolle spielen wird. Dazu kommt, daß der Friedensschluß noch dadurch in bedeutendem Maße zugunsten Japans gestaltet ist, daß an demselben Tage, an dem der Telegraph den Friedensschluß zwischen Rußland und Japan der Welt verkündete, ein Bündnisvertrag bekannt gemacht wurde, der zwischen Japan und England geschlossen worden war. Dadurch ist Rußland gezeigt worden, daß für eine absehbare Reihe von Jahren für es keine Möglichkeit mehr besteht, im fernen Osten am Meere irgendwie Fuß zu fassen. Mit einem Worte, die russische Politik, die zum Nutzen Europas und speziell zum Heile Deutschlands seit dem russisch-türkischen Kriege 1877/78 sich mehr und mehr nach dem fernen Osten wandte, die ihre ganze Expansionskraft nach dem Osten Asiens hin gewandt hatte, ist jetzt mit ihrem Schwergewicht wieder nach Europa zurückgeworfen. Ob es in der nächsten Zeit unseren Parteigenossen in Rußland, im Verein mit der russischen Intelligenz und allen revolutionären Elementen gelingen wird, ihr Ziel zu erreichen, das ungeheure russische Reich in einen halbwegs modernen Kulturstaat umzuwandeln, lasse ich dahingestellt sein, wir hoffen und wünschen es. Jedenfalls ist das alte Rußland unmöglich. Genau so wie nach dem Schlage von Jena und Auerstädt Preußen gezwungen war, die Leibeigenschaft aufzuheben, wird auch Rußland, wie es bereits vor mehr als 40 Jahren genötigt war, einen ähnlichen Schritt zu tun, heute ebenfalls gezwungen sein, wenn es überhaupt noch als Großmacht eine Rolle spielen will,

neue Bahnen zu wandeln, neue politische Einrichtungen zu schaffen, die in mehr oder weniger starker Weise weitere Schichten des Volkes über seine Geschicke mitbestimmen lassen. Auf der anderen Seite haben die Ereignisse zur Folge gehabt, daß in Europa selbst zunächst eine Verschiebung der Machtverhältnisse eingetreten ist. Liebknecht und ich haben 1870/71 und nachher wiederholt erklärt, daß die damaligen Ereignisse die Wirkung haben würden, Rußland zum Schiedsrichter von Europa zu machen. Das ist Rußland mehr als 30 Jahre tatsächlich gewesen. Dieses Schiedsrichteramt ist ihm für absehbare Zeit genommen. Seine militärische Macht ist gebrochen, seine Flotte vernichtet, es wird lange Zeit hindurch ungeheurer Opfer bedürfen, um eine entsprechende Armee und Flotte wieder auf der Weltbühne erscheinen lassen zu können. Insofern ist der Zweibund, der dem Dreibunde gegenüberstand, bis zu einem gewissen Grade in die Brüche gegangen, was wir im Deutschen Reiche und auch wir Sozialdemokraten nicht zu bedauern haben. Aber, werte Parteigenossen, man sollte es nicht für möglich halten, daß eine so wunderbar günstige politische Situation durch das unglaubliche Ungeschick unserer deutschen Staatsmänner zugrunde gerichtet, ja in das Gegenteil verkehrt worden ist. Sie hat es fertig bekommen, daß zu derselben Zeit, wo der alte Zweibund seine Aktionsfähigkeit für Europa verlor, ein neuer Zweibund gegen Deutschland in dem Bündnis zwischen Frankreich und England geschaffen wurde. Graf Bülow hat durch seine nach der Schlacht bei Mugden völlig veränderte Haltung in der Marokkofrage das in den letzten Jahren vergleichsweise gute Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland völlig vernichtet, so daß Frankreich wohl oder übel sich genötigt sah, sich England zum Bundesgenossen zu machen. Deutschland hat mit seiner Politik Frankreich und England aneinandergeschmiedet. Das sind die Folgen unserer famosen Marokkopolitik, der Reise nach Tanger, der bekannten Drohungen, wie der Anfrage an den Generalstab, ob man für den Krieg gerüstet sei, obwohl nach meiner festen Ueberzeugung im Ministerium des Auswärtigen und im Reichskanzlerpalais kein Mensch eine Sekunde lang ernsthaft geglaubt hat, daß es zum Kriege kommen werde und kein Mensch den Krieg gewollt hat. Aber das genügte, um drüben die größte Bestürzung und den Glauben hervorzurufen, Deutschland wolle über Frankreich herfallen. Ich habe bei den verschiedensten Gelegenheiten in Unterredungen mit den französischen Genossen und noch 1896 auf dem Londoner internationalen Kongreß, wo Jaurès und Millerand Tischgenossen von mir waren, mit diesen und anderen französischen Genossen über die Pläne Deutschlands mit Frankreich gesprochen. Sie erklärten, im französischen Volke sei die Meinung festgewurzelt, daß Deutschland nur auf den günstigen Moment warte, um über Frankreich herzufallen und es durch Wegnahme von Land von neuem zu demütigen. Ich habe diese Auffassung als grundfalsch zurückgewiesen und gesagt, daß in Deutschland auch bei unseren Gegnern es sicher niemand gebe, der einen solchen Gedanken hege. Es könnte sich bei einer weiteren Annektion doch nur um rein französische Provinzen handeln und an dem, was Deutschland schon an fremdsprachigen Gebieten besitze, habe es übergenug. (Sehr richtig.) Das im übrigen so kraftvolle Auftreten des Genossen Jaurès in der Marokko-Angelegenheit war wesentlich von dem Gedanken mitdiktiert, daß in der Tat Deutschland es auf einen Krieg ankommen lasse, wenn Frankreich nicht im weitesten Maße entgegenkomme. Nun, wir werden ja im Reichstage Gelegenheit haben, uns mit dem nunmehrigen Fürsten Bülow über diese Dinge zu unterhalten. Jedenfalls haben all diese Vorgänge bewiesen, wie die Geschicke Europas an einem Zwirnsfaden hängen und daß trotz aller Demokratisierung der Sitten und Gewohnheiten heute immer noch despotisch regiert wird, daß heute immer noch eine Handvoll Leute über Leben und Wohlsein von Millionen glauben entscheiden zu können. Das ist allerdings in Wirklichkeit nicht ganz mehr der Fall, darüber werden wir uns in den

nächsten Tagen weiter unterhalten. Eine weitere Wirkung dieser Politik ist die, daß Deutschland zurzeit völlig isoliert in Europa dasteht, daß wir keinen Freund haben. Oesterreich ist in sich zerspalten, unfähig, in eine große auswärtige politische Aktion einzutreten; Italien sympathisiert sehr mit Frankreich und England, und ist mehr als mit uns im Bunde mit Frankreich und England; Rußland, vor dem man bis in die letzten Tage in der unerhörtesten Weise wettkriecht, läßt sich alle unsere Gefälligkeiten gefallen, aber bedankt sich nicht. Es wartet auf die Stunde, wo es auch mit uns gelegentlich abrechnen kann. Nachdem ihm die Tore zum Osten verschlossen sind — ich spreche das Wort ruhig aus —, taucht aufs neue wieder die Frage der Herrschaft am Bosporus und des Besitzes der Mündungen der Weichsel und Memel auf. Was das für uns bedeutet, brauche ich nicht zu sagen. Jedenfalls stehen wir in einer äußerst gefährlichen Situation, wie sie seit 1870 nicht vorhanden gewesen ist. Während so die Situation nach außen völlig verfahren und die denkbar unbehaglichste ist, sehen wir im Innern die Reaktion immer mächtiger ihr Haupt erheben. Ich brauche nur darauf hinzuweisen, wie Minister gegenüber dem Entrüstungssturm über die herrschende Fleischnot die Petenten in der schnoddrigsten Weise abgekanzelt haben, als seien sie Schulbuben, gehöhnt und gespottet haben, als würden nicht Millionen des deutschen Volkes durch diese agrarische Wirtschaft aufs allerschwerste in ihrer Lebenshaltung getroffen. Ich erinnere an die fortwährende Bedrohung des Wahlrechts, an den Wahlrechtsraub in Hamburg und Lübeck, ich erinnere daran, wie die Unternehmer immer brutaler auftreten, wie sie die Arbeiter durch Massenaussperrungen provozieren in einer Weise, wie es nie zuvor der Fall war; kurz und gut, unsere Feinde glauben Oberwasser zu haben und meinen, sie könnten uns den Fuß auf den Nacken setzen. Wir gehen auch nach innen schweren Kämpfen entgegen; ich habe es bereits wiederholt betont, wenn andere Stimmen laut wurden, wir sind noch nicht über den Berg, wir stehen erst vor dem Berg. (Sehr richtig!) Das werden mir jetzt selbst diejenigen zugeben, die seinerzeit meinten, ich sähe zu schwarz. Demgegenüber haben wir alle unsere geistigen, materiellen und moralischen Kräfte, alles, was wir sind und was wir können, zusammenzufassen; wir haben nicht nur unsere Reihen fester zu schließen, sondern wir haben auch die Pflicht, neue Anhänger zu gewinnen, die Agitation weiter zu fördern, koste es, was es wolle. Wir müssen dafür sorgen, daß immer neue Massen von Proletariern in unsere Reihen treten, damit wir zu dem schweren Kampfe im vollsten Maße gerüstet sind. Das sind die leitenden Gedanken, die auch den Parteitag beherrschen müssen. (Sehr gut!) Wer auf ein Jena hofft, der hofft als ein Narr. (Lebhafter Beifall.) Gewiß sind unter uns Meinungsverschiedenheiten in wichtigen Fragen vorhanden, aber ich meine, wir könnten die Auseinandersetzungen über diese Gegensätze in würdigen Formen führen, (lebhaftes sehr richtig! Bravo!) damit nicht immer größere Verwirrung, immer größeres Unheil zum Gaudium unserer Gegner angerichtet wird. (Sehr richtig!) Wir werden diese Gegensätze selbstverständlich erörtern, sie können nicht totgeschwiegen werden, nicht unbeachtet bleiben, aber ich erwarte mit größter Bestimmtheit und mit mir meine Freunde im Parteivorstande, daß die Verhandlungen dieses Parteitages der Welt zeigen werden, daß die deutsche Sozialdemokratie, die so oft in den Jahren ihres Bestehens sich ihrer historischen Mission voll bewußt gewesen ist, auch jetzt die Zeit begreifen und danach ihre Maßnahmen und ihre Haltung treffen wird. (Lebhaftes Bravo!)

In dieser Ueberzeugung erkläre ich im Namen des Parteivorstandes den 16. Parteitag seit dem Falle des Sozialistengesetzes für eröffnet. (Stürmischer Beifall.)

Auf Vorschlag von **Freiwaldt**-Pankow werden hierauf Singer-Berlin und **Leber**-Jena zu Vorsitzenden mit gleichen Rechten gewählt. Die Wahl erfolgt einstimmig.

Singer übernimmt, von stürmischem Beifall begrüßt, den Vorsitz. Er spricht zugleich im Namen Lebers seinen wärmsten Dank für die Wahl aus. Wir übernehmen, fährt er fort, die Leitung der Verhandlungen in dem Sinne, daß sie nach außen und nach innen hin beweisen werden, daß wir trotz aller Meinungsverschiedenheiten den Gegnern gegenüber einig und geschlossen dastehen. (Lebhafte Zustimmung.) Sie werden den Wahn beseitigen, als ob diese Meinungsverschiedenheiten den granitnen Felsen irgendwie erschüttern könnten, den die Sozialdemokratie im Kampfe gegen Unrecht, Unterdrückung in jeder Form darstellt. (Bravo!) Auf unseren Parteitag sind die Augen der Welt gerichtet: die Augen des Proletariats in der festen Ueberzeugung, daß die deutsche Sozialdemokratie ihre revolutionären Grundsätze hoch hält und ihnen alles andere unterordnet; die Augen der bürgerlichen Welt in dem Glauben, daß wir hier unser „Jena" finden würden. Der Parteitag wird die Erwartung der Arbeiterklasse erfüllen und die Hoffnungen der Gegner enttäuschen, ihre Wünsche zu schanden machen. Wohlan! beweisen wir, daß die Sozialdemokratie stark und gefestigt genug ist, um ihre Prinzipien unverfälscht und ungeschwächt zum Ausdruck zu bringen, daß sie aber auch alle ihre Kräfte zusammen zu fassen weiß, und daß sie unsere Verhandlungen so führt, wie es der stärksten politischen Partei Deutschlands angemessen und würdig ist. (Lebhafter Beifall.) Dazu zu helfen, betrachten wir als unsere Aufgabe, dazu übernehmen wir unsere Aemter.

Auf Vorschlag von Krasemann-Neu-Ruppin werden hierauf zu Schriftführern gewählt: Freiwaldt-Pankow, Schmitt-München, Starossom-Rostock, Voigt-Bremen, Frau Zietz-Hamburg, Braun-Königsberg, Uhlig-Dresden, Hengsbach-Köln, Fischer-Cannstatt.

In die Mandatsprüfungs-Kommission werden auf Vorschlag von Leopold-Zeitz entsandt: Wels-Berlin, Buhl-Leipzig, Vetters-Gießen, Böhle-Straßburg, Knieriem-München, Frl. Baader-Berlin, Hüttmann-Frankfurt a. M., Wasner-Stuttgart, Stubbe-Hamburg.

Die übliche Geschäftsordnung wird bestätigt und die Dauer der täglichen Sitzungen auf 9 bis 1 und 3 bis 7 Uhr festgesetzt.

Der Parteitag schreitet sodann zur **Festsetzung der Tagesordnung.**

Die von der Parteileitung vorgeschlagene provisorische Tagesordnung lautet: 1. Geschäftsbericht des Vorstandes. 2. Bericht der Kontrollkommission. 3. Bericht über die parlamentarische Tätigkeit. 4. Die Partei-Organisation. 5. Die Maifeier. 6. Der politische Massenstreik und die Sozialdemokratie. 7. Sonstige Anträge. 8. Wahl des Vorstandes, der Kontrollkommission und des Ortes des nächsten Parteitages.

Singer: Antrag 1 verlangt, daß eine Kommission zur Umarbeitung des Organisationsentwurfs bereits in der Eröffnungssitzung gewählt wird. Im Einverständnis mit dem Berichterstatter und anderen Genossen bitte ich Sie, diesem Antrage keine Folge zu geben. Es wäre eine merkwürdige Behandlung der auf dem vorigen Parteitage gewählten Kommission, wenn wir ihr verwehren wollten, ihre Gründe darzulegen. Andererseits kann die neue Kommission ja auch gar nicht erfolgreich arbeiten, wenn sie nicht weiß, was der neue Parteitag will. (Sehr richtig!) Wir können also gar nicht anders verfahren, als daß wir zuerst eine Generaldiskussion eröffnen und wenn sie beendet ist, die Vorlage mit allen Anträgen an eine Kommission gehen lassen, die dann zu berichten hat, worauf der Parteitag definitiven Beschluß faßt. Andererseits ist das Material außerordentlich umfangreich. Eine Kommission, die es bewältigen soll, muß Zeit haben, wenn sie Ersprießliches leisten soll. Um der Beratung über das Organisationsstatut die notwendige Ruhe und Gründlichkeit zu sichern, schlage ich vor, die Organisationsfrage als ersten Punkt vor dem Geschäftsbericht des Vorstandes zu verhandeln, damit ist die Möglichkeit geordneter Diskussion gegeben; die Kommission, die frühzeitig eingesetzt wird, hat Zeit zu

arbeiten, und der Parteitag kann schließlich ihre Vorlage eingehend beraten. (Zustimmung.)

Der Vorschlag Singers wird mit großer Mehrheit angenommen.

Es folgt die Beratung der Anträge, die eine Aenderung der vorgeschlagenen Tagesordnung wünschen. (Anträge 2—10 und 122.)

Hiervon finden nur die Anträge 6, 8 und 122 die genügende Unterstützung.

Freythaler-Berlin: Als die provisorische Tagesordnung bekannt gegeben wurde, glaubte ein Teil der Berliner Parteigenossen, daß die Weltpolitik und die Stellung der Sozialdemokratie hierzu als besonderer Punkt behandelt werden müßte. Es war geplant, das Referat einem unserer hervorragendsten Parteiführer zu übertragen, aber leider ist der in Aussicht genommene Genosse nicht der Meinung, daß dieser Punkt extra auf die Tagesordnung zu kommen braucht. Auch andere Umstände haben uns gezeigt, daß unser Antrag keine Aussicht auf Annahme hat. Mit Rücksicht darauf nun, daß die Frage der Weltpolitik schon in der Eröffnungsrede von Bebel behandelt ist und auch bei anderen Punkten der Tagesordnung gestreift werden wird, haben mich die Berliner Delegierten beauftragt, unseren Antrag zurückzuziehen. (Beifall.)

Ulrich-Offenbach: Nachdem die Berliner Genossen die Gründe angegeben haben, aus denen sie sich veranlaßt sehen, ihren Antrag zurückzuziehen, glaube ich zugleich im Namen meiner Mitdelegierten erklären zu können, daß auch wir von der Aufrechterhaltung unseres Antrages Abstand nehmen. (Beifall.)

Durch diese Erklärungen sind die Abänderungsanträge zur Tagesordnung erledigt.

Die definitive Tagesordnung lautet also:

1. **Die Parteiorganisation.**
2. **Geschäftsbericht des Vorstandes.**
3. **Bericht der Kontrollkommission.**
4. **Bericht über die parlamentarische Tätigkeit.**
5. **Die Maifeier.**
6. **Der politische Massenstreik und die Sozialdemokratie.**
7. **Sonstige Anträge.**
8. **Wahl des Vorstandes, der Kontrollkommission und des Ortes des nächsten Parteitages.**

Leber: Wie Ihnen bereits bekannt ist, hatten die Jenaer Genossen für Mittwochnachmittag einen Ausflug nach der Leuchtenburg geplant. Die Altenburger Regierung hat den Wirt der Leuchtenburg dahin instruiert, daß er die Delegierten weder bewirten, noch ihnen etwas zeigen dürfe. (Große Heiterkeit.) Jedenfalls glaubt die Altenburger Regierung, daß sie dadurch am allerbesten die Auserwählten des Proletariats aus der Welt schaffen kann. (Erneute Heiterkeit.) Es wäre ja vielleicht möglich gewesen, trotz alledem den Ausflug nach der Leuchtenburg zu machen, aber das Komitee hat sich gesagt, wenn wir schon mal einen Ausflug machen, dann soll es etwas Ganzes sein. Wir schlagen also heute vor, am Mittwochnachmittag einen Ausflug nach Dornburg und Umgebung zu unternehmen. Es wird jedenfalls notwendig sein, einen halben Tag zu pausieren, damit die Delegierten sich von den Anstrengungen erholen können.

Singer: Die altenburgische Regierung hat wahrscheinlich das dringende Bedürfnis gefühlt, sich einen Lacherfolg zu sichern. (Sehr richtig!) Das ist ihr auf das glänzendste gelungen (lebhafte Zustimmung) und ich glaube, es wird wohl jeder in diesem Saale und in der Partei den Vorfall mit Heiterkeit entgegennehmen. Wie unbequem wir der Regierung sind — und das kann uns nur freuen — beweist, daß sie uns am liebsten dem Hungertode überliefern möchte. (Heiterkeit.) Nun, dieser heitere Zwischenfall wird uns unsere Laune

nicht stören. Ich glaube im Gegenteil dem altenburgischen Ministerium für die frohen Minuten, die es durch seinen Erlaß Tausenden und Hunderttausenden von deutschen Arbeitern bereitet hat, unseren Dank aussprechen zu müssen. (Beifall). Die freundliche Einladung der Jenaer Genossen ist gewiß mit Dank zu akzeptieren, ich glaube aber, wir tun gut, uns die definitive Entscheidung noch vorzubehalten, bis wir sehen, wie die Geschäfte laufen. Ich habe mit den Jenaer Freunden die Hoffnung, daß wir einen halben Tag werden opfern können, aber wir können doch nicht gut, noch bevor wir zu arbeiten angefangen haben, schon beschließen, daß wir zu der oder der Zeit nicht arbeiten. (Zustimmung.)

Die Entscheidung darüber, ob am Mittwochnachmittag ein Ausflug stattfinden soll, wird entsprechend dem Vorschlage von Singer ausgesetzt.

Schluß $8^3/_4$ Uhr.

An die Eröffnungssitzung schließt sich der Empfangskommers.

Erster Verhandlungstag.

Montag, den 18. September 1905 — Vormittags-Sitzung.

Um 9 Uhr eröffnet

Singer die Sitzung mit der Mitteilung, daß die Mandatsprüfungskommission sich konstituiert und Böhle-Straßburg zum Vorsitzenden gewählt hat.

Singer: Wir haben auch diesmal die Freude, Delegationen ausländischer Bruderparteien in unserer Mitte zu sehen. Es ist der Genosse Ellenbogen von der österreichischen Parteivertretung und Fraktion delegiert, der Genosse Emmerling von der österreichischen Parteivertretung, der Genosse Raimund Körbler von der Landesparteivertretung Oesterreichs. Wir haben ferner die Freude, die Genossen Johann und Moth aus Lodz unter uns zu sehen, die von der deutschen Organisation der Sozialdemokratie Russisch-Polens und Livlands entsandt sind. Wir heißen willkommen einen Besucher, der uns auf unseren Parteitagen schon oft die Freude seiner Gegenwart gemacht hat, den Genossen Askew als Vertreter der sozialdemokratischen Föderation Englands. Es sind ferner die Genossen Ankersmit und Mendels aus Amsterdam als Vertreter der holländischen Partei anwesend. Ich heiße alle diese Genossen im Namen des Parteitages herzlich und brüderlich willkommen. So wie in jedem Jahre die Vertreter der ausländischen Bruderparteien durchdrungen von dem Gefühle nach Hause gehen, daß die deutsche Sozialdemokratie als eine ihrer ersten Pflichten die Pflege der internationalen Solidarität empfindet und sich eins weiß mit dem Proletariat aller Länder, so werden die Genossen auch aus den diesjährigen Verhandlungen die Ueberzeugung mit nach Hause nehmen, daß das, was wir hier beschließen, hinauswirkt über die deutschen Landesgrenzen. Denn je mehr wir unsere Organisation befestigen, je kampfbereiter und schlagfertiger wir uns machen, desto mehr nutzen wir damit nicht nur der deutschen Sozialdemokratie, sondern auch der Sozialdemokratie aller Länder. Wir nehmen für uns in Anspruch, alle Zeit nach dem Wort unseres großen Führers Karl Marx gehandelt zu haben: Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Ich hoffe, daß die Genossen auch aus unseren diesjährigen Verhandlungen diese Ueberzeugung mit sich nehmen, und indem ich für die Grüße und Wünsche der ausländischen Bruderparteien danke, bitte ich Sie, Ihren Genossen auch die Grüße der deutschen Sozialdemokratie auszurichten und hinzuzufügen, daß wir von dem lebhaften Wunsche beseelt sind, daß auch bei Ihnen unsere gemeinsame Sache von Sieg zu Sieg vorwärts schreitet. (Lebhafter Beifall.)

Ellenbogen-Wien: Im Auftrage der österreichischen Vertreter, die hier erschienen sind, überbringe ich Ihnen die Grüße der Sozialdemokratie in

Oesterreich. Es ist nicht notwendig, Ihnen erst die Versicherung unserer brüderlichen Empfindungen auszusprechen; aber ich weiß nicht, ob Sie eine richtige Vorstellung davon haben, mit welchem Grade von Anteilnahme und welcher fieberhaften Spannung wir alle, auch die kleinsten Ereignisse in Deutschland verfolgen, jede Wahl, jeden politischen Prozeß, ja jede halbwegs wichtige Reichstagssitzung; wenn Bebel oder Vollmar im deutschen Reichstage sprechen, haben wir immer die Empfindung, daß unser Abgeordneter spricht, daß hier unsere Sache verhandelt wird. Das ist nicht zu verwechseln mit der großdeutschen Sehnsucht unserer Alldeutschen, sondern es handelt sich da um ganz andere Stimmungen. Wir verdenken es unseren ausländischen Parteigenossen nicht, wenn ihre Teilnahme für unsere Verhältnisse nicht die gleich glühende ist. Denn schließlich ein so vollkommener Widerspruch wie Oesterreich es ist, bleibt nicht nur für Kluge wie für Toren geheimnisvoll, sondern verliert mit der Zeit auch jedes Interesse. Sie werden es z. B. kaum verstehen, daß die Großmachts-Stellung Oesterreich-Ungarns und seiner Dynastie davon abhängen soll, ob irgend ein Reservist bei Kontrollversammlungen sich mit Hier oder Jelen meldet und ob die Kommandos in deutscher oder magyarischer Sprache erteilt werden. Vielleicht begreifen Sie die ganze Kläglichkeit unserer Lage, wenn ich Ihnen sage, daß wir gezwungen sind, diese kindischen Fragen ernst zu nehmen. Trotz alledem haben wir es verstanden, auch aus diesem öden und sterilen Boden soviel herauszuschlagen, daß wir uns oft beinahe selbst gewundert haben. (Heiterkeit.) Wenn überhaupt in Oesterreich etwas Ernstes geschaffen wird, dann geschieht es unter dem Druck der Sozialdemokratie. Mitten unter dem unernsten, kindischen Wesen der bürgerlichen Parteien ragt die Sozialdemokratie in Oesterreich als einzig gesundes und lebensfähiges Element hervor. Darauf ist es zurückzuführen, daß wir in Oesterreich größeren Respekt genießen, als eigentlich unserer Anzahl im Parlament entsprechen würde. Wir werden äußerst zart und vorsichtig behandelt; man wagt nicht, uns unhöflich zu kommen, man konsigniert uns nicht (Heiterkeit), sondern läßt uns reden. Wir genießen augenblicklich eine Preß- und Redefreiheit, wie sie vielleicht kaum in Amerika besteht. Auf unsere Ausführungen im Parlament hören unsere Minister, wenn sie ein schlechtes Gewissen haben, mit großer Aengstlichkeit. Auf dies unser Ansehen ist es zurückzuführen, wenn es selbst österreichischen Richtern erlaubt wurde, sich bei uns einen Tropfen sozialen Oeles auszuleihen. Bei der Unverläßlichkeit unserer öffentlichen Zustände ist es aber nicht zu verwundern, daß manchmal ein kleiner Rückschlag erfolgt, wie z. B. in der letzten Zeit anläßlich der Wahlrechtsfrage in Ungarn. Da hat sich mal wieder jenes vorsündflutliche Amphibium, das man längst gestorben wähnte, gezeigt, die Hofkamarilla und irgend eine hochgeborene Verschwester hat es zustande gebracht, daß das Ministerium, welches das allgemeine Wahlrecht in Ungarn einführen wollte, gestürzt wurde. Soweit die Zurückweisung dieses Planes mit dem Hinweis auf Oesterreich motiviert wurde, wie Herr v. Gautsch es getan hat, wird diese Angelegenheit noch zur Sprache kommen und ich rufe Herrn v. Gautsch über die Grenze zu: Bei Philippi sehen wir uns wieder! Am 26. tritt der Reichsrat zusammen und dort wird unserem Ministerpräsidenten nichts geschenkt werden. Wie wir mit unsern Ministern reden, davon werden Sie ja einige Proben kennen. (Heiterkeit.) Sowohl er wie seine Hintermänner und -Damen werden eine tüchtige Lektion erhalten und österreichische Minister pflegen nicht so fest zu stehen, daß sie sich den Luxus einer solchen unerhörten Provokation der Sozialdemokratie ungestraft leisten können. Nun, so trostlos unsere Verhältnisse sind, eine so große Freude ist es uns immer, Ihre Entwicklung zu beobachten. Daß Sie sich ungestört und ununterbrochen weiter entwickeln mögen, daß Ihre Entwicklung durch kein Vorkommnis weder von außen noch von innen gestört werde, ist unser herzlicher Wunsch. (Lebhafter Beifall.)

Askew-London überbringt die Grüße der Socialdemocratic Föderation. Infolge der Haltung der englischen Bourgeoisie gegenüber den Gewerkschaften kommt das englische Proletariat nach und nach zum Bewußtsein, daß seine bisherige Taktik eine verfehlte war und sein Klassenbewußtsein wird immer stärker. In einer Beziehung habe ich mich über die Haltung des englischen Proletariats sehr gefreut; die Hetzereien zwischen den Kapitalisten Englands und Deutschlands sind von dem englischen Proletariat ausdrücklich verleugnet. Die englischen sozialistischen Parteien fast aller Richtungen haben in der letzten Zeit ausdrücklich betont, daß es zwischen den Proletariaten Englands und Deutschlands nur Solidarität geben kann, daß sie keinen Teil haben an den verbrecherischen Hetzereien, an der leichtsinnigen Politik der Regierungen dieser beiden Länder. In diesem Sinne überbringe ich Ihnen die Grüße des englischen Proletariats. (Bravo!)

Mendels-Holland: Im Namen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Hollands bringe ich der großen Schwesterpartei Deutschlands herzliche Grüße zum heutigen Kongreß. Als unsere Partei nach längeren Krämpfen eines in Ohnmacht versinkenden Anarchismus endlich ihre peinliche Geburt vollbrachte, hat die deutsche Partei gewissermaßen dabei die Rolle einer Hebamme gespielt, wenigstens hat sie doch unsere junge Organisation zur Taufe gehalten. Jetzt hat das Kind, dem damals Pessimisten langjährige Blutarmut in Aussicht stellten, sich zum kräftigen jungen Mann entwickelt, der zum Schaden der Bourgeoisie schon wiederholt gezeigt hat, daß er frisches Blut und etwas Muskeln besitzt, um mit fröhlicher Energie den großen Klassenkampf gegen den Kapitalismus zu führen. In diesem Sommer bei den Wahlen haben wir Rache nehmen können für die niederträchtige, grausame Unterdrückung des Eisenbahnerstreiks, wir haben das Ministerium Kuyper auf den Kehrichthaufen geworfen, wo es hingehört. Gestern, eine Stunde bevor ich abreiste, stand ich als Redner auf der Tribüne in einem glänzend gelungenen Meeting, wo Tausende und Abertausende von Arbeitern demonstrierten für die Eroberung des allgemeinen Wahlrechts. Die deutschen Genossen haben ja dies Wahlrecht schon lange. Es wird sich zeigen, ob Ihre Bourgeoisie bei der zunehmenden Erbitterung des Klassenkampfes es Ihnen immer so ruhig lassen wird, Sie werden diese Woche zu beraten haben, welche Mittel es gibt gegen eventuelle Attentate der Bourgeoisie auf Ihre politischen Rechte. Wir sind der festen Ueberzeugung, daß Sie Mittel finden werden, um die deutsche Arbeiterschaft zu hüten einerseits vor einem vertrauensseligen Optimismus, daß alles sich schon finden werde und andererseits vor einer hohlen und verderblichen Phraseologie, daß Sie bleiben werden, was Sie waren: ein glänzendes Beispiel für uns in Holland, eine revolutionäre Macht zur Bekämpfung des menschenunwürdigen Kapitalismus. In diesem Zeichen der revolutionären Sozialdemokratie werden wir, wird das gesamte internationale Proletariat Sieger bleiben. (Lebhafter Beifall.)

Johann-Lodz: Die sozialdemokratische Partei von Polen-Litauen, in deren Namen ich spreche, hat internationale Ziele und kämpft um die Beseitigung des Despotismus und die Herbeiführung des Sozialismus. Ich überbringe Ihnen die Grüße sowohl der polnischen sozialdemokratischen Partei, wie auch von der deutschen sozialdemokratischen Organisation in Lodz. Wir haben in Rußland noch um Freiheiten und Rechte zu kämpfen, die Sie längst besitzen. Unser Kampf gegen die kosakische Regierung, gegen den Despotismus ist nach wie vor ein blutiger, aber unsere Lage ist eine so elende, daß wir kämpfen müssen um Leben und Tod. Trotzdem wir kein Versammlungsrecht haben, führen wir allgemeine Streiks durch, führen unsere Propaganda auf der Straße, in den Höfen, in Wäldern. Ich hoffe aber, daß doch die Zeit kommen wird, wo wir den Sieg davontragen werden, den Sieg der internationalen Sozialdemokratie. (Lebhaftes Bravo!)

Singer: Ich habe noch mitzuteilen, daß als Gast des Parteitages anwesend ist der Genosse Rappaport, Mitglied des Generalrats der l'arti socialiste in Frankreich. Ich heiße auch diesen Genossen herzlich willkommen.

Es sind eine Reihe von Glückwunschschreiben eingegangen. Wir haben zunächst dankbar zu begrüßen, daß, wie alle Jahre so auch diesmal unser alter Veteran Friedrich Leßner in London es sich nicht hat nehmen lassen, den Parteitag mit einem Anschreiben zu erfreuen (Beifall); er ist zu unser aller Freude noch so regsam und frisch, daß er seine Wünsche und Hoffnungen für die Partei darlegen kann. Die sozialdemokratische Partei Luxemburgs, das internationale sozialistische Bureau in Brüssel, die sozialdemokratischen Mitglieder des Großen Rats in Basel, der Parteivorstand der dänischen Sozialdemokratie, der Vorstand der italienischen Partei, das ausländische Komitee des allgemeinen jüdischen Arbeiterbundes in Litauen, Polen und Rußland, der Arbeiterverein Vorwärts aus Johannesburg in Transvaal senden dem Parteitag ihre Wünsche. Aus deutschen Genossenkreisen empfangen wir Grüße von den nach erfolgreicher Preßagitation versammelten Genossen von Chemnitz-Gablonz, von einer Anzahl von Genossen, die sich auf einer Agitationstour in Thüringen befinden, von einer Mitgliederversammlung der Hafenarbeiter Schönebecks, von einer Versammlung des sozialdemokratischen Vereins Hamm in Westfalen, von den Eilenburger Genossen, von den Kattowitzer Genossen, von den Genossen des 20. Distrikts Fürth in Bayern, vom Wahlverein Ohlau-Strehlen-Nimptsch, vom Wahlverein Wetzlar. Alle diese Genossen entbieten, wie es in einem Telegramm heißt, den in der roten Woche in Jena versammelten Genossen ihre Grüße. (Beifall.)

Der Parteitag tritt nunmehr in die Tagesordnung. Erster Punkt derselben ist:

Die Parteiorganisation.

Hierzu liegen außer dem Entwurf der Kommission die Anträge 20 bis 73, 111, 120, 121, 124, 126, 129, 134, 135, 136, 137, 138 und 145 vor.

Singer: Ich glaube in Ihrem Sinne zu handeln, wenn ich von der Stellung der Unterstützungsfrage bei den einzelnen Anträgen absehe. Das würde einmal sehr viel Zeit kosten, andererseits ist es ja klar, daß eine große Anzahl dieser Anträge unterstützt werden, denn sie sind ja von Organisationen gestellt, und man würde selbstredend schon aus Achtung die Anträge unterstützen. Dazu kommt, daß mit hoher Wahrscheinlichkeit nach der Generaldiskussion eine Kommission eingesetzt wird, die den Entwurf bearbeitet und eventuell die Anträge berücksichtigen kann.

Der Parteitag ist mit diesem Vorschlage einverstanden, es stehen also alle genannten Anträge mit zur Debatte.

Referent Vollmar: Die vom vorigen Parteitag eingesetzte Kommission, die ihre Arbeit in zwei Tagessitzungen, am 5. Februar und 19. März d. J. erledigte, hat mich beauftragt, Ihnen ihren Entwurf zu unterbreiten und der schriftlichen Vorlage die nötigen Erklärungen hinzuzufügen. Ich habe diesen Auftrag in dem Sinne übernommen, daß ich die Gründe und Gegengründe, die für die Kommission geltend gemacht wurden, anführe. Im übrigen bin ich natürlich an die Entschlüsse der Kommission gebunden, deren Berichterstatter ich bin.

Dann werde ich auch die wichtigsten der seit der Veröffentlichung des Entwurfes erschienenen Kritiken, Vorschläge und Anträge zu berühren haben. Ich darf wohl auch im Namen der Organisationskommission meine Freude darüber aussprechen, daß die ganze Partei in so vorzüglicher Weise mitgearbeitet hat, Mittel zur erhöhten Geschlossenheit der Partei zu finden.

Bei meinen Bemerkungen über diese nachträglichen Anträge werde ich mich im wesentlichen auf die Stellungnahme in der Kommission beziehen, wo ich aber mangels solcher ein eigenes Urteil gebe, werde ich es als solches kenntlich machen.

Schließlich noch eine Vorbemerkung. Da mich der Umfang der Materie naturgemäß zu längeren Darlegungen nötigt, werde ich suchen, mich auf wesentliches zu beschränken, namentlich aber auf alle Bemerkungen allgemeiner Art zu verzichten. Indem ich bitte, dies berücksichtigen und solche Mängel selbst ergänzen zu wollen, gehe ich sofort zu den einzelnen Paragraphen beziehungsweise Paragraphengruppen des Statuts über, soweit in ihnen Aenderungen vorgeschlagen sind.

Sehen Sie sich den § 1 an. Schon in der Kommission lag der Antrag vor, den allgemeinen Ausdruck „dauernde Unterstützung der Partei durch Geldmittel" schärfer zu fassen. Die Kommission hat diesen Antrag abgelehnt, weil dies mehr Sache der Ausführung ist, die in den verschiedenen Gegenden verschieden sein kann.

Nun beantragen die Parteigenossen des vierten sächsischen Wahlkreises (Antrag 60), dem § 1 die Worte einzufügen: „Und sich an der praktischen Arbeit betätigt." Hier trifft zu, was Auer 1900 als damaliger Referent zur Organisation über die Zugehörigkeit zur Parteiorganisation sagte. Es gibt Verhältnisse, wo es bestimmten Genossen wegen ihrer sozialen Stellung unmöglich ist, sich an der praktischen Arbeit zu beteiligen. Denken Sie an die Zehntausende von Staatsarbeitern, Beamten, Bediensteten, Angestellten in Privatbetrieben, die zu uns gehören, und denen wir die Möglichkeit der Parteizugehörigkeit nicht durch das Statut abschneiden dürfen. Daß die Beteiligung an den praktischen Parteiarbeiten die Norm, die Regel bildet, unterliegt natürlich keinem Zweifel.

Dann liegen verschiedene Anträge vor, die den Begriff „ehrlos" näher definiert wünschen. Die Antragsteller haben das ganz richtige Gefühl, daß das allgemeine Wort „ehrlos" bei entfachter Leidenschaft, der alles so erscheint, leicht gemißbraucht werden kann. Es ist auch nicht wahr, daß „jeder anständige Mensch ohne weiteres wisse" was ehrlos sei und daß jede beliebige Versammlung darüber entscheiden könne. Es ist immer nur von Fall zu Fall unter möglichsten Garantien für die Ruhe und Unparteilichkeit der Verhandlung über die Frage, ob eine Handlung ehrlos sei, zu entscheiden. Nun sind noch verschiedene Erweiterungen der Ausschlußgründe beantragt worden. So beantragt Berlin IV, daß auszuschließen ist, „wer wissentlich falsche Beschuldigungen gegen Genossen erhebt". Diese Fassung wäre der reine Kautschuk: in erregten Zeiten würde diese Fassung auf jede Kleinigkeit angewendet werden, während doch das Schiedsgericht nur auf große Gesichtspunkte zu beschränken ist.

Ein ernsterer Antrag scheint der Antrag Oldenburg 2 und Hannover 2 zu sein: „Als grober Verstoß gegen die Grundsätze des Parteiprogramms ist auch zu betrachten, wenn ein Parteigenosse als Mitglied einer Unternehmerorganisation die Bestrebungen der Arbeiter für günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen grundsätzlich bekämpft und sich an Unternehmungen beteiligt, welche auf eine Verschlechterung des Reichstagswahlrechts und Koalitionsrechts hinzielen oder in dem Kampf zwischen Kapital und Arbeit Mittel anwendet, die gegen die gute Sitte verstoßen oder durch welche die Arbeiter in der Anwendung des Koalitionsrechts behindert werden." Ich kann ihn aber nicht empfehlen. Sie sehen, daß die Antragsteller die einzelne Handlung selbst ja als „groben Verstoß gegen die Grundsätze des Programms" ansehen, die sie in der Tat auch ist, so daß sie durch die allgemeine Fassung schon getroffen ist. Die Anwendung des allgemeinen Satzes auf den Einzelfall muß aber Sache des Schiedsgerichts sein.

In der Kommission hatte zuerst der Antrag vorgelegen, daß auszuschließen sei, „wer gegen die Beschlüsse des Parteitages handelt". Sofort ist

dann die logische Konsequenz aus dem Antrag gezogen und beantragt worden, daß auch „wer gegen die Beschlüsse der Organisation handelt" auszuschließen ist und noch weiter, „oder seinen Verpflichtungen als organisierter Genosse nicht nachkommt". Die Kommission überzeugte sich schnell, daß wir damit ins uferlose kämen und Bahnen eröffneten, die zur Splitterrichterei und Verketzerungssucht notwendig führen müssen. Dann könnte jeder einzelne von uns in Gefahr kommen, ans Messer geliefert zu werden, der gegen eine augenblickliche Meinung in der Partei auftritt, die die Mehrheit für sich hat. Gegen große ausgezeichnete Organisationen könnten solche Bestimmungen angewendet werden, die wie Berlin in der Frage der Beteiligung an den preußischen Landtagswahlen eine abweichende Stellung eingenommen haben. Wir dürfen nicht vergessen, daß stramme Disziplin gewiß notwendig ist, daß wir aber andererseits auch die Partei der Freiheit sein wollen!

Daher hat die Kommission beschlossen, es bei dem jetzigen Wortlaut zu belassen, wonach ein Antrag auf Einsetzung eines Schiedsgerichts ausschließlich nur wegen *solcher* Dinge zulässig ist, die, wenn sie erwiesen würden, einen groben Verstoß gegen die Grundsätze des Parteiprogramms — nicht gegen jedes Detail — oder eine ehrlose Handlung darstellen, daß ein solcher Antrag aber nicht erhoben werden darf wegen beliebiger anderer Dinge, die an sich noch so tadelnswert sein mögen, aber nicht zur Kapitalstrafe des Ausschlusses berechtigen.

Ich komme zu § 3. Zunächst ist eine Berichtigung vorzunehmen. In Absatz 4, Zeile 4 sind die Worte „des Organisationsstatuts Absatz 1" zu streichen. Sie sind stehen geblieben, weil ursprünglich im § 2 ein zweiter Absatz vorhanden war, der schließlich gestrichen worden ist. Dieser Paragraph bringt eine wesentliche Aenderung gegen die bisherige Bestimmung: Der Antrag auf Einsetzung eines Schiedsgerichts soll künftig nur noch durch eine Organisation gestellt werden dürfen. Bisher stand theoretisch dieses Recht jedem einzelnen Parteigenossen als Person zu, und es ist von ihm bisweilen ein so ungerechtfertigter Gebrauch gemacht worden, daß es aus verschiedenen Gesichtspunkten nicht länger haltbar war. Folgerichtig soll auch das Recht, die Hälfte der Schiedsrichter zu ernennen, auf die Organisation, die den Ausschlußantrag stellt, übergehen. In Wahlkreisen mit Vereinsorganisation soll der Ausschluß aus dieser gleich dem Ausschluß aus der Partei sein und darum auch nur durch Schiedsgerichtsverfahren erfolgen. Gegen die Sicherung, daß nur ernste Anträge künftig gestellt werden durch Ersetzung der Person durch die Organisation, ist kein Widerspruch laut geworden. Dagegen wollen Anträge aus München und Teltow-Beeskow nicht jeder beliebigen Organisation das Recht, Ausschlußanträge zu stellen, zubilligen, sondern nur derjenigen Organisation, der der Auszuschließende angehört, oder dem Parteigenossen, „der sich durch die Verhältnisse beschuldigt fühlt" und deshalb selbst ein Schiedsgericht gegen sich beantragt. Eine Reihe von Anträgen aus verschiedenen Wahlkreisen will Instanzen schaffen und teils auch sonst die Art des Verfahrens ändern. Von Berlin VI und anderen Kreisen wird angeregt, den vierten Absatz in § 3 zu streichen, so daß durch den Verein ein Mitglied ausgeschlossen werden kann, ohne daß es damit aus der Partei ausgeschlossen wäre. Damit würde ein Zustand aufrecht erhalten bleiben, wie er tatsächlich an einzelnen Orten besteht. Der Antrag wird besonders damit begründet, daß Strafen gegen Disziplinbruch durch Ausschluß aus dem Verein für eine gewisse Zeit notwendig sind, ohne daß damit zugleich die Kapitalstrafe des Ausschlusses aus der Partei einzutreten braucht. Ebenso will Randow-Greifenhagen diese örtliche Strafbefugnis (höchstens auf ein Jahr) gewahrt wissen. Andere Anträge wollen, daß wenn derartige Anklagen erhoben werden, nicht sofort an die oberste Instanz gegangen wird, sondern erst ein Vorverfahren eintritt. Bereits in der Kommission lag der An-

trag vor, zunächst die Wahlkreise, Bezirke und Landesorganisationen entscheiden zu lassen und ein weiteres Verfahren erst dann, wenn dort keine Erledigung gefunden worden sei. Jetzt beantragen Hamburg I—III, Holstein VI, Hannover und Stuttgart, daß in erster Linie die örtlichen Organisationen über den Ausschluß entscheiden und daß dann erst die Kontrolleure oder der Parteivorstand und schließlich der Parteitag an die Reihe kommen. Drei Anträge aus Württemberg wünschen, daß die erste Entscheidung auf Anrufung des Vereins, dem der Angeschuldigte angehört, der Bezirks- bezw. der Landesorganisation überlassen bleibt, also Organen, die der örtlichen Organisation übergeordnet sind. Hannover will gleiches, wo die Vereinsorganisation fehlt. Gegen das Urteil soll Berufung an die Kontrolleure zulässig sein. Merkwürdigerweise wird verlangt, daß der Einspruch gegen die Entscheidung der Kontrolleure keine aufschiebende Wirkung haben soll — wie beim Militär, wo man seine Strafe erst absitzen muß und sich hinterher beschwert. (Heiterkeit.) Für diejenigen Bezirke, wo eine Vereinsorganisation wegen gesetzlicher Schwierigkeiten nicht vorhanden ist, besteht in der Tat eine Lücke. Hier beantragt Hannover, daß der Vorstand der Bezirksorganisation die erste Entscheidung hat, worauf der Ausgeschlossene beim Vorstand binnen eines Monats ein Schiedsgericht verlangen kann. Crefeld will den Antrag auf Schiedsgericht der Kreiskonferenz überlassen.

Die Wahl der Schiedsrichter stand bisher wenigstens theoretisch vollkommen frei. Es ist wiederholt vorgekommen, daß die Schiedsrichter aus allen Richtungen der Windrose zusammengeholt wurden, was ja aus finanziellen Gründen auf die Dauer unmöglich sein wird. Man hat daher in der Kommission erwogen, wie man den Umkreis, aus dem die Schiedsrichter zu nehmen sind, beschränken könne. Es wurde z. B. vorgeschlagen, den Umkreis auf den Wahlkreis zu beschränken. Schließlich einigte man sich auf den Umkreis des Bezirksverbandes, wobei ich allerdings persönlich sagen muß, daß das ein sehr dehnbarer Begriff ist, denn die Organisation der Bezirke ist durchaus dem freien Ermessen der Genossen überlassen. Aus München ist beantragt worden, die Auswahl auf die Genossen der Landesorganisation zu beschränken, der zugleich die Ernennung des Vorsitzenden überlassen werden soll. In der Kommission wurde dann beantragt, daß der Sitz des Schiedsgerichts am Organisationsorte sein müsse. Das wurde abgelehnt, weil es als ohnehin selbstverständlich galt und auch bisher so gehalten ist. Niederbarnim hat beantragt, den Vorstand zu verpflichten, das Schiedsgericht innerhalb sechs Wochen zu berufen. Eine solche Bestimmung ist weder notwendig, noch in allen Fällen möglich. Der Vorstand wird in manchen Fällen gar nicht in der Lage sein, sich an eine solche Frist zu binden. Im übrigen muß ich die zum Teil beachtenswerten Gesichtspunkte, die nach dem Abschluß der Kommissionsberatungen geltend gemacht worden sind, der Debatte überlassen. Ich rechne dazu besonders den Gedanken eines Vorverfahrens, der besonders in aufgeregten Zeiten Bedeutung haben würde, wo die Anträge auf Ausschluß sich häufen.

Im § 4 ist Vorsorge dafür getroffen, daß der Angeklagte die Benennung der Beisitzer nicht verzögert. Wir haben dabei statt der Frist von zwei Wochen eine solche von vier Wochen gesetzt, um die Interessen des Angeschuldigten nach Möglichkeit zu schützen.

§ 15, der bestimmt, daß die Wiederaufnahme eines Ausgeschlossenen nur durch den Parteitag erfolgen kann, entspricht der bisherigen Uebung der Partei. Es liegen hierzu eine Reihe von Anträgen vor, die offenbar alle davon ausgehen, daß der Parteitag ein viel zu schwerfälliger und unsicherer Apparat sei, um eine derartige Aufgabe in allen Fällen zu übernehmen. Der Parteitag kann kein vorbereitendes Verfahren und keine mündliche Verhandlung stattfinden lassen nnd es ist keine Gewähr gegeben, daß dem Urteil die erforderliche genaue Kenntnis der Sache zugrunde liegt. Berlin II hat deswegen beantragt,

daß der Parteivorstand in erster Instanz und der Parteitag in zweiter Instanz die Entscheidung haben solle. Eine Reihe anderer Anträge (Frankfurt, Niederbarnim, Jena, Offenbach) wollen nur dann den Parteitag entscheiden lassen, wenn gegen die Wiederaufnahme Widerspruch erhoben wird. Niederbarnim weist dabei ausdrücklich auf die Organisation hin, die den Ausschluß beantragt hat. Andere Anträge, zum Beispiel von München, fordern, daß der Wiederaufnahme-Antrag drei Wochen vor dem Parteitage angemeldet und, wie ich annehme, auch bekannt gegeben werden muß, damit Gelegenheit zum Protest gegeben ist. Nach anderen Anträgen soll das erste Wort bei der Wiederaufnahme die Lokal- oder Bezirks- oder Landesorganisation haben, wieder andere Anträge wünschen, daß jedesmal diejenige Instanz, die das endgültige Ausschlußurteil gefällt hat, das erste Wort haben soll. Ein Antrag regt an, daß die Wiederaufnahme nur durch die Ortsparteiorganisation erfolgen soll. Wie sich die Kommission zu all diesen Anträgen verhalten haben würde, weiß ich nicht; ich habe nur einen Anhaltspunkt. Ein Antrag, daß die Wiederaufnahme durch die Organisation des Wohnorts zu begutachten und von der Landesorganisation zu betätigen sei, wurde abgelehnt. Mir persönlich scheint die Schaffung irgend einer Art von Vorverfahren wohl diskutierbar zu sein. An die Wiederaufnahme nur durch die Ortsorganisation ist wohl nicht zu denken, weil sonst fortwährend Differenzen und Weiterungen aller Art entstehen würden. Schließlich will ich noch erwähnen, daß verschiedene Anträge die Bestimmungen über den Ausschluß unter einer besonderen Ueberschrift an den Schluß des Statuts setzen wollen. Die Frage ist schon in der Kommission erörtert worden, und man hatte dort wohl allgemein die Empfindung, daß dieser Abschnitt zu Beginn des Statuts unangenehm aussieht; man meinte aber, daß die Sache zur Frage der Zugehörigkeit zur Partei gehöre. Wenn jedoch die Stimmung weit verbreitet sein sollte, die Bestimmungen an das Ende des Statuts zu setzen, und man eine gute Form dafür findet, würde, glaube ich, aus der Kommission kein Widerspruch dagegen erhoben werden.

Von ganz hervorragender Bedeutung sind die §§ 7 und 8. § 7 setzt fest, daß die bisherige ganz lose Organisationsform verlassen werden soll und daß die nach Wahlkreisen gebildeten sozialdemokratischen Wahlvereine in Zukunft die Grundlage der Organisation bilden sollen. Gegen diese Festsetzung ist nur ein einziger Widerspruch erfolgt, nämlich aus Schaumburg-Lippe, wo man gemeint hat, daß die Sache in schwachen Gegenden undurchführbar sei. Demgegenüber muß ich sagen, daß es unmöglich angeht, daß wir uns derart nach einzelnen Gegenden mit zurückgebliebener Gesetzgebung richten. Solche Umstände können uns bei aller Rücksicht gegenüber den besonderen Bedürfnissen der einzelnen Gegenden nicht hindern, unsere Organisation in der notwendig erscheinenden Weise zu entwickeln. Den sozialdemokratischen Vereinen soll nach unserem Beschlusse jeder im Wahlkreise wohnende Parteigenosse angehören, soweit ihn nicht genügende Gründe daran hindern. Man hat gesagt, der Ausdruck „zwingende Gründe" sei nicht bestimmt genug. Darauf kann ich nur nochmals erwidern, daß trotz des Wunsches, die Parteizugehörigkeit mit der Organisationszugehörigkeit gleichbedeutend zu machen, unter den heutigen Zuständen die Durchführung dieses Wunsches nicht überall möglich ist, weil noch eine solche Summe von Abhängigkeit besteht, daß eine ganze Menge von Parteigenossen zwingend verhindert sind, sich zu organisieren. Deswegen ist der Antrag auf Streichung dieser Bestimmung zwar gut gemeint, aber nicht annehmbar. Berlin II beantragt, den Genossen auch die Organisierung in einem anderen Verein an Stelle des Wohnortes zu gestatten. Es könne vorkommen, daß die Organisation des eigenen Wahlkreises sehr stark sei und es deshalb besser sei, einer schwächeren Organisation Kräfte zuzuführen. Die Kommission war der Meinung, daß für jeden Parteigenossen eine bestimmte organi-

satorische Zugehörigkeit festgesetzt werden müsse. Das würde durch den Antrag aufgehoben und die Wahl des Vereins, dem sich der einzelne anschließt, vollkommen der Willkür der Genossen überlassen werden. — In Wahlkreisen mit mehreren Orten sollen Ortsvereine gebildet werden können. Daraus geht hervor, welches Verhältnis zwischen Ortsverein und Wahlkreisverein bestehen soll. Die Ortsvereine sollen den Wahlkreisvereinen nicht gleichgeordnet, sondern sie sollen Unterabteilungen sein, die zu administrativen Zwecken gebildet werden, aber kein selbständiges Leben führen sollen. In Süddeutschland, besonders Bayern, hat sich die gleiche Einrichtung bereits bewährt. Die Kommission hält also die Organisationseinheit des Wahlkreises für notwendig. Verschiedene Anträge wünschen demgegenüber, daß die Ortsvereine das primäre sein sollen, die dann, wenn sie wollen, Gesamtvereine bilden können. Das steht mit der Kommission in schroffem Widerspruch. Dagegen nehme ich an, daß die Sektionen in großen Städten so wenig unzulässig sein sollen, wie die Bildung von Gesamtorganisationen in Städten mit mehreren Wahlkreisen. Das muß aus Zweckmäßigkeitsgründen statthaft sein. Erwägenswert erscheint mir persönlich der Antrag Frankfurt, wonach sich „in der Regel" jeder Verein über mindestens einen Reichstagswahlkreis erstrecken soll. Das ist damit begründet worden, daß es verschiedene Wahlkreise gibt, die nicht zusammenhängend sind, die vielmehr mit dem benachbarten Kreise politische oder wirtschaftliche Interessen gemein haben. Ich setze allerdings voraus, daß, wo es irgend möglich ist, der Vorschlag der Kommission die Regel, der Antrag Frankfurt dagegen nur die Ausnahme bilden soll.

Am meisten hat sich in der Kommission die Debatte um die §§ 8, 10 und 13 gedreht, hier sind die Meinungen am weitesten auseinandergegangen. Gleichwohl war die gegenseitige Stellungnahme weit weniger schroff, als man annehmen könnte, es hat sich zweifellos zu unserer großen Freude im allgemeinen das Streben gezeigt, sich zu verstehen und sich entgegenzukommen.

Gewiß hat es auch in der Kommission nicht an theoretischen Befürwortern einer straffen Organisation gefehlt, die am liebsten die Form des geschlossenen Vereins gehabt hätten, dessen sämtliche Organe auf den Zentralvorstand zurückzuführen sind. Es wurde gesagt, daß auf diese Weise alle Kräfte der Partei unmittelbar wie das Blut zum Herzen zur Zentrale strömen würden, um von da wieder nach außen verteilt zu werden, ohne daß diese Aktion der Zentrale durch irgend ein lokales oder territoriales Zwischenglied beeinträchtigt und beeinflußt würde. Es ist dabei namentlich hingewiesen auf das Beispiel der zentralisierten Gewerkschaften, die den Beweis lieferten, daß auf diese Weise der größte Erfolg zu erzielen und daß dies die angemessenste Organisationsform für die Arbeiterbewegung sei. Aber die Vertreter dieser Meinung haben doch von vornherein zugeben müssen, daß solche Organisationsform gegenwärtig schon allein durch gesetzliche Hindernisse unmöglich gemacht würde. Denn indem die Partei zu einem geschlossenen Verein mit verfügender Gewalt des Vorstandes gemacht würde, würden wir eine Organisation schaffen, die ein preußischer Minister nach Belieben maßregeln könnte, so daß das ganze kunstvolle Werk jeden Augenblick durch einen Federstrich über den Haufen geworfen werden könnte. (Sehr richtig!) Aber auch im übrigen wurde anerkannt, daß an historisch Gewordenes angeknüpft und der einer straffen Zentralisation widerstrebenden Strömung in der Partei und den von ihr geltend gemachten Bedürfnissen Rechnung getragen werden müsse. Von der anderen Seite ist ohne weiteres zugegeben worden — ich bitte das zu bemerken, weil irrtümlich andere Meinungen hier und da in Versammlungen aufgetaucht sind — daß die Entwickelung der Partei und die politischen Umstände eine engere Zusammenfassung und engere Fügung der Parteikräfte, die Aufstellung gewisser fester Regeln zur finanziellen und organisatorischen Verknüpfung der lokalen und territorialen Organisationen mit dem

Zentralvorstand notwendig machten, um die Geschlossenheit gegen unsere Feinde zu steigern. Aber es wurde bestritten, daß die mechanische Zentralisation das richtige Mittel hierzu sei. Es ist ausgeführt, daß die Parallele mit den Gewerkschaften, so viel man auch von den Gewerkschaften lernen könne, nicht zutreffe, und zwar deshalb, weil der wirtschaftliche Kampf naturgemäß ein viel einheitlicherer sei und weil die lokalen Verschiedenheiten dabei weniger in Betracht kommen. Ganz anders sei es in der politischen Bewegung. Von den allgemeinen Einwendungen gegen die übertriebene Zentralisation mit ihrer Lähmung der örtlichen Initiative und des demokratischen Selbstständigkeitsgefühls abgesehen, bedinge die politische Bewegung in Deutschland mit dessen föderativem Aufbau und der verschiedenartigen Landesgesetzgebung und Landespolitik in den Einzelstaaten erhebliche Verschiedenheiten, die den Genossen in den einzelnen Ländern besondere Aufgaben zuweisen. Für diese bedürften sie aber besonderer Organe mit der nötigen Bewegungsfreiheit. Es ist ausgeführt worden, daß die Bewegungsfreiheit dieser Organisationen durch die ganze politische Entwickelung viel eher eine größere Differenzierung erfordern. Die Kommission hat nun versucht, diese zwei einander widersprechenden Gesichtspunkte mit einander zu vereinigen oder, wie man auch sagen kann, ein Kompromiß zu schließen. Das Ergebnis dieses Versuches ist in der Partei verschieden aufgefaßt worden. Auf der einen Seite hat man gemeint, die Zentralisten hätten einen glänzenden Sieg davongetragen, die Föderalisten seien ganz klein geworden, auf der anderen Seite hat man im Gegenteil wieder gefunden, es gehe ein föderalistischer Zug durch das Ganze. Ich brauche als Berichterstatter nicht darauf einzugehen, wohl aber werde ich verschiedene irrige Auffassungen zu berichtigen und mich kurz mit einigen Einwänden, Vorschlägen und Anträgen zu beschäftigen haben. Ueber den Zusammenschluß der sozialdemokratischen Vereine zu Bezirksorganisationen ist meines Wissens keine abweichende Meinung laut geworden; es ist das ja auch nur eine Bestätigung des bestehenden Zustandes. Ich bemerke aber dabei, daß der Begriff „Bezirk" in keiner Weise etwas Schablonenhaftes haben, sondern ganz und gar den praktischen Bedürfnissen angepaßt werden soll. Diese Bezirke können ja nach den Verhältnissen aus zwei oder drei sozialdemokratischen Vereinen oder auch aus ganzen Provinzen gebildet werden. Das ist ganz in die Hände der betreffenden Genossen gelegt, und ich darf hier persönlich einschalten, daß wir in Bayern dies System schon haben. Bei uns heißen solche Bezirke Gaue, und wir haben Gaue von der denkbar größten Verschiedenheit. Die Pfalz bildet einen Gau für sich, in Südbayern bilden drei, und in Nordbayern vier Kreise solchen Gau. Ich gehe wohl nicht fehl, wenn ich sage, daß in verschiedenen Ländern sehr wohl die Bezirks- und Landesorganisation in eins zusammengefaßt werden kann, denn es kann sich um ein Land handeln, das eine Landesorganisation für notwendig hält, das aber nicht groß genug ist, um innerhalb derselben noch verschiedene Bezirksverbände zu unterhalten. Also, es besteht vollständige Freiheit, und jedes Bedürfnis der Genossen kann erfüllt werden. Ganz dasselbe gilt übrigens für die Landesorganisation, die Fassung des Statuts ist auch hier nur eine Bestätigung des Bestehenden.

Es ist irrig, wenn man hier und da gemeint hat, diese Landesorganisationen ließen sich nicht überall durchführen und infolgedessen dürfte das Statut kein Obligatorium, keinen Zwang aus der Bildung solcher Landesorganisationen machen. Daher wünschen auch Anträge wie die von Oldenburg 2, Hannover 2 und Stuttgart, daß die Landesorganisationen „nur nach Bedarf" resp. „wo es möglich ist" eingerichtet werden sollen. Ich habe bereits vorher gesagt, daß auch hier so wenig Zwang ausgeübt werden soll wie bei den Bezirksverbänden, sondern daß die Absicht dieser Formulierung lediglich die ist, den Parteigenossen den Weg anzugeben, auf dem der Zusammenschluß der Vereine zu größeren Verbänden sich vollziehen soll, wenn die gesetzlichen und sonstigen Voraus-

11*

setzungen dazu gegeben sind. Wenn daher z. B. die Genossen in Preußen die Schaffung einer Landesorganisation zurzeit noch nicht für notwendig finden, und meinen, daß sie sich mit Provinzialorganisationen begnügen können, so steht dem nichts im Wege, ebensowenig wie wenn sie eines Tages zu einer anderen Ansicht kommen sollten. Und ebenso braucht ein solcher Landesverband, wenn er auch dem Namen und dem Zwecke entsprechend in der Regel mit der Ausdehnung eines Bundesstaates zusammenfallen wird, unter allen Umständen an der Grenze eines Landes Halt zu machen. Wenn z. B. mehrere nebeneinander gelegene kleine Staaten, die ganz ähnliche Verhältnisse haben, sich aus einer organisatorischen Zusammenfassung zu einem Landesverbande besondere Vorteile für die Agitation versprechen, so steht dem durchaus nichts entgegen — wobei allerdings vorausgesetzt ist, daß alle Beteiligten in vollkommener Freiheit handeln. Dadurch erledigt sich der Antrag Frankfurt, der wünscht, daß die Landesorganisationen aus dem Rahmen der Organisation überhaupt gestrichen werden. Aus dem Bericht über die Versammlung, in der dieser Antrag gefaßt ist, ergibt sich, daß man dabei von einer irrigen Auffassung ausgegangen ist. Wenn aber eine vereinzelte Stimme noch gemeint hat, die Landesorganisationen seien schon deshalb nicht notwendig, weil sie nur für einige Mittelstaaten Bedeutung hätten, so ist das erstlich nicht ganz zutreffend, weil, wenn diese Organisationen auch in erster Linie der Landespolitik dienen, sie doch zu gleicher Zeit auch Verwaltungsorgane im Gruppenaufbau der Gesamtorganisation sein sollen. Demnach kämen außer den Ländern, in welchen diese Organisationen schon bestehen, auch eine ganze Reihe anderer in Betracht. Aber selbst wenn das Gesagte richtig wäre, so muß doch in Betracht gezogen werden, daß in gewissen Bundesstaaten die einheitliche Betreibung der Landespolitik eine absolute Notwendigkeit ist, daß in diesen Ländern die Landesorganisation der Partei vorangegangen ist und sich trefflich bewährt hat, und daß wir nicht dazu da sind, um uns über tatsächliche Bedürfnisse hinwegzusetzen, sondern vielmehr die Möglichkeit zur Erfüllung aller lebendigen Bedürfnisse zu schaffen und auf dieselben hinzuweisen.

Wenn so die Bezirks- und Landesorganisationen von der Kommission anerkannt worden sind — soviel ich mich erinnere einstimmig — so ist ganz selbstverständlich, daß man sie nicht nur der Form nach in die Organisation aufnehmen konnte, um sie in Wirklichkeit der Mittel zu einer wirksamen Tätigkeit zu berauben. Denn wenn diese Organisationen nicht als ernstgemeinte lebenskräftige Glieder gedacht wären, die das Recht und die Mittel zur selbständigen politischen Tätigkeit haben, dann wären sie nur Scheingebilde und es wäre am besten, sie gleich zu streichen. Zweifellos sind eine Reihe von Rednern und Schriftstellern der Partei von der Meinung ausgegangen, als ob man so etwas im Sinne habe. Ich habe vor mir eine große Liste von Anträgen, die verlangen, es solle eine bessere Ausgestaltung der Zwischen-Organisationen, eine Erweiterung ihrer Aufgaben, eine Sicherung ihrer Grundlagen und ihrer organischen Verbindung mit der Gesamtheit hergestellt werden. Aber mir scheint, daß die Antragsteller zum größten Teil von irrigen Auffassungen ausgegangen sind. Sie haben nicht genügend beachtet, daß der Paragraph die ausdrückliche Bestimmung enthält, daß den Bezirks- und Landesorganisationen die selbständige Führung der Parteigeschäfte nach eigenen Statuten zukommt — die selbstverständlich den Statuten der Gesamtpartei nicht widersprechen dürfen. Demnach können also die sich zu Bezirks- und Landesorganisationen vereinigenden Vereine diesen Organisationen soviel Kompetenz zuweisen, als ihnen passend scheint und als nicht durch Herkommen der Partei oder durch dieses Statut ausdrücklich den Lokalvereinen, dem Parteivorstande oder dem Parteitage zugewiesen ist. Und somit liegt es vor allem ganz in der Hand der Bezirks- und Landesorganisation selbst, sich eine angemessene Stellung

zu verschaffen und den notwendigen Einfluß auf Agitation, Landes-, Gemeindepolitik usw. zu sichern.

Um das tun zu können, dazu gehört natürlich vor allem eine gewisse finanzielle Fundierung. Und damit komme ich auf

§ 10. Hier habe ich noch eine Berichtigung des Textes anzubringen. Es heißt in § 10: „Die Festsetzung der Mitgliederbeiträge ist den Bezirksverbänden überlassen." Wie es gekommen ist, daß hier zwei Worte ausgeblieben sind, weiß ich nicht. Der Originalantrag lautet jedenfalls: „Die Festsetzung der Mitgliederbeiträge ist den Bezirksverbänden und Landesorganisationen überlassen." Das geht ja aus dem Wortlaut ohnehin schon hervor; denn so oft sich Bezirksverbände und Landesorganisationen im Statut finden, sind sie immer verkuppelt, d. h. man hat überall für sie dieselben Regeln aufgestellt. Das versteht sich ja auch ganz von selbst; denn die Landesorganisation, die in bezug auf die finanzielle Gestaltung nichts festsetzen könnte, würde ganz in der Luft schweben. Ich will gleich bemerken, daß drei württembergische Anträge, die diese Einfügung beabsichtigen, durch diese Berichtigung hinfällig werden. Die Sache gestaltet sich also derart: Die Bezirks- und Landesorganisationen setzen die Beiträge der zu ihnen gehörenden Genossen so fest, daß sie ihre Aufgabe von dem Ueberschuß über den in die Kasse der Vereine fallenden Beiträge erfüllen können. Verschiedene Anträge wollen nun, daß für diesen Zweck ein anderer Modus eingeführt werde, daß die Bedürfnisse der Bezirks- und Landesorganisationen durch Zuschläge zu den Vereinsbeiträgen befriedigt werden. Mir scheint, daß dies hauptsächlich mit der Vorstellung zusammenhängt von der Schaffung eines einheitlichen Beitrages für die ganze Partei. Manche wollen für diesen Zweck sogar eine besondere Reichsparteimarke eingeführt haben. Die Kommission hat sich gegen ihre Einführung entschieden, weil man sich einig darüber war, daß die Verhältnisse in den verschiedenen Landesgegenden, und wiederum in Stadt und Land viel zu verschieden seien, daß die in den Städten organisierten Genossen sehr gern Beiträge bezahlen, die weitaus zu groß für das Land sind und den Beitritt zur Organisation dort bei weitem erschweren würden.

Die sozialdemokratischen Vereine sollen nun als Regel 25 Proz. ihrer Mitgliedsbeiträge und Eintrittsgelder an die Zentralkasse abliefern. In bezug auf die sehr wichtige und grundlegende Neuerung sagt der Vorstandsbericht, daß ein wesentlicher Punkt die straffere Zentralisierung sei, die in der Abgabe eines bestimmten Prozentsatzes und in den regelmäßigen Berichten der Vereine an den Vorstand liege. Parteigenossen! Mit der finanziellen und organisatorischen Verknüpfung der verschiedenen Organisationsgruppen mit der Gesamtpartei ist die Kommission einstimmig einverstanden gewesen. Soweit ich habe sehen können, ist auch in den Versammlungen und aus der Partei heraus ein Widerspruch hiergegen nicht laut geworden. Dagegen gehen die Meinungen heute außerordentlich weit auseinander in bezug auf die Höhe des abzuliefernden Teiles und zum Teil auch über die Art, wie dieser Teil verrechnet und wie seine Ablieferung stattfinden soll. Darüber sind Meinungsverschiedenheiten sehr tiefgehender Art schon in der Kommission vorhanden gewesen und auch nachher in der Partei hervorgetreten. Ich will mich nicht lange aufhalten mit einem Antrage aus Sachsen, wonach alle am Ort nicht verbrauchten Gelder an den Parteivorstand geschickt werden sollen. Unser Freund Auer hatte bereits 1900 einen gleichen Antrag vor sich und äußerte damals ihm gegenüber: „Alles, was übertrieben wird, schlägt in das Gegenteil um. Und wenn alles Geld an den Vorstand geschickt und von dem dann wiederum an die Vereine zurückfließen sollte, so würde der schlimmste Wirrwarr und Kosten ohne Ende daraus entstehen." Außerdem muß ich persönlich sagen: man würde sich wundern, wie viel von den erhofften Schätzen praktisch nach Berlin kommen würde, denn ich

glaube, daß die Genossen an den betreffenden Orten schon Mittel und Wege finden würden, um die Gelder bei sich aufzubrauchen. (Widerspruch aus der sächsischen Delegation.) Im übrigen schwanken die Sätze, die nach den verschiedenen Anträgen bezahlt werden sollen, zwischen 25 und 10 Proz., es ist mir gesagt worden, daß einer sogar von 33⅓ Proz. spricht, bei der Masse der Anträge kann ich es augenblicklich nicht genau sagen. Der 15. sächsische Kreis will, daß sämtliche Einkünfte berechnet werden sollen, also Beiträge, dauernde Einnahmen und auch vorübergehende Einnahmen aus Festen und dergleichen. Nürnberg umgekehrt will, daß die Eintrittsgelder ausgenommen werden sollen, während Frankfurt wieder will, daß die Eintrittsgelder überhaupt aufgehoben werden. Der 11. sächsische Wahlkreis will, daß statt 25. Proz. an den Parteivorstand 10 Proz. an den Bezirksvorstand geliefert werden sollen, Görlitz, daß die Beiträge, die an die Bezirks- und Provinzialverbände geliefert werden, anrechnungsfähig sein sollen auf den Beitrag an den Zentralvorstand. Der Agitationsbezirk Schleswig-Holstein, Hamburg, Lauenburg, Lübeck wünscht, daß 30 Proz. an die Bezirks- und Landesorganisationen bezahlt werden und daß diese hiervon wiederum den dritten Teil an den Zentralvorstand liefern sollen. Ich werde mich über diese Einzelheiten nicht äußern, schon deswegen, weil es sich hier um Punkte handelt, wo Organisationspraktiker zu sprechen haben, deren ja eine große Zahl auf diesem Parteitage anwesend ist. Ich will jetzt nur eins betonen: Einmal ist es ganz zweifellos, daß unsere allgemeinen Parteifinanzen in anderer Weise fundiert werden müssen als bisher, daß ihnen regelmäßige Einkünfte beschafft werden müssen, damit sie imstande sind, den fortgesetzt wachsenden Ansprüchen an die zentrale Parteikasse zu entsprechen. Darüber hat auch in der Kommission gar kein Zweifel bestanden. Aber ebenso müssen die Maßnahmen derart getroffen werden, daß auch die übrigen Partei-Instanzen, aus denen sich die Partei von unten heraus aufbaut, in den Stand gesetzt werden, ihre Aufgaben zu erfüllen. Die einzelnen Vereine müssen die Mittel haben, nach Möglichkeit aus *eigener* Kraft zu handeln. Sie dürfen sich nicht daran gewöhnen, unverantwortlich aus dem großen Topf der Zentralkasse zu wirtschaften, wodurch sowohl das rechte Sparen, als auch das rechte Geldausgeben, auf alle Fälle aber die Selbständigkeit leiden würde. Auch die Bezirks- und Landesorganisationen müssen eine feste finanzielle Grundlage haben und dürfen darum nicht in die Lage gebracht werden, keine zureichende oder keine selbständigen Mittel zu haben. Die Regel muß auch hier sein, daß sie ihre laufenden Bedürfnisse selbst befriedigen und so finanziell unabhängig sind. Kurz und gut, die Beiträge, die an den Parteivorstand abgeliefert werden, sollen nur für die allgemeinen Parteibedürfnisse, ferner für außerordentliche Zwecke und schließlich für bedürftige Organisationen sein. Ich schließe diesen Punkt damit ab, daß ich sage: Der Parteitag wird gerade diese Frage mit ganz besonderer Sorgfalt und Vorsicht zu erwägen und an dem Grundsatz festzuhalten haben, den der Parteivorstand selbst proklamiert hat: Die Hauptsache ist, das Prinzip festzustellen, daß ein fester Beitrag an den Vorstand abgeliefert wird, während die Festsetzung der Höhe etwas durchaus Diskutierbares ist.

Nun noch ein Wort über die Ablieferung der Beiträge. Nach den Beschlüssen der Kommission soll sie geschehen durch die Wahlkreise selbst, indem jeder Vereinskassierer das Geld an den Parteivorstand schickt. Dieser Modus ist bereits in der Kommission durch zwei Anträge bekämpft worden und seitdem sind noch eine Reihe von Anträgen formuliert worden, die nicht nur aus Süddeutschland, sondern zum Teil auch aus dem Norden kommen. Auch verschiedene Einzelkritiker haben sich dagegen geäußert; ich nenne z. B. Bruhns und Leipart, die gewiß nicht zu den Gegnern der Zentralisierung gehören. Diese abweichenden Stimmen gehen davon aus, daß durch die doppelte Verrechnung und Versendung durch den Lokalkassierer an Parteivorstand einerseits und an Bezirks- und Landesorganisation

andererseits eine ganze Menge zweckloser Kosten und Arbeit entsteht. Es wird deswegen vorgeschlagen aus diesen Zweckmäßigkeitsgründen, daß die Verrechnung und Versendung dieser dem Parteivorstand zukommenden Beitragsprozente durch die Bezirks- und Landesorganisationen erfolgen soll, so daß das gleiche Ergebnis mit sehr erheblich vermindertem Kraftaufwand erzielt wird.

Die gleichen Vorschläge lagen in der Kommission und liegen seitdem auch in der Partei vor in bezug auf § 13. Im § 13 wird den Vertrauensmännern die Pflicht auferlegt, alljährlich Bericht über ihre Tätigkeit und die ganzen Verhältnisse an den Parteivorstand zu erstatten. Ueber die Berechtigung der Verpflichtung zur Berichterstattung ist in der Kommission von keiner Seite ein Wort verloren worden. Wohl aber bestanden und bestehen heute noch Meinungsverschiedenheiten darüber, ob diese Berichterstattung für jeden Wahlkreis gesondert stattfinden soll, oder ob das nicht besser geradeso wie bei der Beitragszahlung durch die organisatorischen Zwischeninstanzen geschehen solle. Von der einen Seite ist in der Kommission die direkte Berichterstattung für absolut notwendig erklärt worden, wenn der Vorstand genaue Kenntnis über die Verhältnisse in der Partei erhalten solle; ja einmal ist sie sogar als das einzige Mittel bezeichnet worden, um das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit mit der Gesamtpartei hervorzubringen. Ich glaube, daß diese letztere Aeußerung nicht allzu schwer zu nehmen ist, denn Sie wissen alle, daß die Zustände bei uns wahrlich nicht derartige sind, daß dies Gefühl der Zusammengehörigkeit erst belebt werden muß; wenn das Gefühl aber in der Tat nicht vorhanden wäre, so wäre die Sendung von Beiträgen oder die einmalige Berichterstattung im Jahr wohl kaum ein besonders geeignetes Mittel, um sie hervorzurufen. Von der anderen Seite, und zwar nicht nur vom Süden, sondern auch von Bochum, Hannover, 7. Schleswig-Holstein und Neumünster ist darauf hingewiesen worden, daß die Bezirke und Landesorganisationen gerade auch hier berufene Bindeglieder zwischen den Vereinen und der Zentrale wären, die naturgemäß über mehr Kräfte und Ueberblick verfügten, um die einzelnen Berichte zu sammeln, zu sichten, und nach einheitlichen Gesichtspunkten zu bearbeiten, so daß der Vorstand bereits etwas Fertiges erhält, was sonst aus hunderten von Einzelberichten erst mühsam und unvollständig zusammengetragen werden müßte. Wir in Bayern verfahren in der Landesorganisation zu unserer Zufriedenheit nach diesem System und würden die Umgehung unserer Zwischenglieder, der Gauverbände, als ein ungerechtes Mißtrauen und zugleich als verkehrt ansehen, weil jedes Nebeneinander-Eingreifen verschiedener Instanzen nur Reibungen verursachen kann.

Die Kommission hat anders beschlossen, sie wünscht direkte Berichterstattung und direkte Beitragssendung durch die Vereine bezw. durch die Bezirks- und Landesorganisationen. Diese sollen auch über die Verwendung der ihnen vom Parteivorstand überwiesenen Gelder Rechnung ablegen. Das ist vielfach so gedeutet worden, als ob diese Vorstände dauernd vom Zentralvorstand alimentiert und finanziell unselbständig gemacht werden sollen. Ich betonte bereits, daß das Gegenteil der Fall ist. Der Sinn dieser Bestimmung ist nur, daß diese Vorstände Rechenschaft abzulegen haben, wenn sie für außerordentliche Zwecke derartige Mittel vom Vorstand in Anspruch nehmen. Von Frankfurt ist beantragt, daß diese Berichte nicht alljährlich, sondern vierteljährlich geliefert werden. Wenn die Gewerkschaften so handeln, so liegt das daran, daß sie die jedesmalige wirtschaftliche Lage ihren Beschlüssen zu Grunde legen und daher fortgesetzt über die Tatsachen orientiert sein müssen. Auch könnten solche vierteljährlichen Berichte nur durch selbständige Beamte gemacht werden; von einem großen Teil unserer Vertrauensmänner wären sie kaum zu leisten. Die Folge würde sein, daß die Entwickelung, die ohnehin mehr auf die vermehrte Anstellung von Beamten drängt, geradezu gewaltsam beschleunigt würde, und wir haben sicher keinen Anlaß, die Vergrößerung unseres Beamtenkörpers förmlich zu züchten.

Ich komme nun zu § 11, dessen Fassung mit am meisten Widerspruch gefunden hat. Nach dem Entwurf soll auch für die Zukunft das Institut der Vertrauenspersonen erhalten werden; es ist nur hinzugefügt worden, daß wählbar auch die Vorstandsmitglieder der sozialdemokratischen Vereine sein sollen. Wenn es von uns abhinge, so würden wir ohne weiteres zweifellos ein einheitliches Recht geschaffen und gesagt haben: über ganz Deutschland sind sozialdemokratische Vereine zu bilden und die Vorsitzenden dieser Vereine haben die Funktionen der bisherigen Vertrauensleute. Wir mußten aber auf die teilweise noch bestehenden rückständigen Vereinsgesetze Rücksicht nehmen. Darin war die Kommission einig, daß das lose, also das Vertrauensmännersystem, nur als ein Aushilfsmittel für den Notfall beibehalten werden solle. Schon in der Kommission kamen Anträge, wonach „in der Regel" den Vereinsvorsitzenden die Funktion der Vertrauenspersonen übertragen werden solle. Die Kommission hat diese Formulierung abgelehnt, weil sie alles dem Bedürfnis freistellen wollte. Ich gebe zu, daß durch dieses Bestreben eine gewisse Unklarheit in die Fassung gekommen ist. Aber es war niemand in der Kommission, der nicht die Ueberzeugung des 7. schleswig-holsteinischen Wahlkreises geteilt hätte, daß ernstlich an ein Nebeneinanderbestehen der beiden Organisationsformen an einem und demselben Orte nicht die Rede sein könne, weil dies zwecklos und nur eine Quelle für fortgesetzte Reibereien sein würde. Am wenigsten hat aber mein Landsmann Ehrhart recht gehabt, wenn er meinte, die Vertrauenspersonen seien neu aufgeputzt worden, um dem Parteivorstande als Prokuratoren gegen die Bezirks- und Landesorganisationen zu dienen. Daran hat niemand im entferntesten gedacht. Es entspricht nur vollständig der einheitlichen Auffassung der Kommission, wenn Pfannkuch in einer Versammlung in Berlin gesagt hat: der Sinn dieser Bestimmung sei der, daß die Vertrauensleute in der Regel zugleich Vereinsvorsitzende sein sollten, — wobei ich meinerseits freilich die Sache umkehre und sage, daß in der Regel die Vereinsvorsitzenden zugleich Vertrauensleute sein, respektive an deren Stelle treten sollen. Nun liegen reichlich ein Dutzend Anträge vor, die alle dahin gehen, den Vereinsvorsitzenden ohne weiteres die Funktion der Vertrauensleute zu übertragen bezw. das ganze Vertrauensmännersystem nur für die Länder aufrechtzuerhalten, in denen eine Vereinsorganisation nach der Gesetzgebung nicht möglich ist. Ich gebe zu, daß einige von den vorliegenden Fassungen sehr erheblich klarer sein würden als diejenige, die wir Ihnen vorgelegt haben. Als Referent der Kommission muß ich es Ihnen überlassen, eventuell eine geeignetere Fassung zu finden. Im § 14 ist etwas, was bisher zum Teil praktisch vorhanden war, aufgenommen worden. Es wird nämlich bestimmt, daß eigene weibliche Vertrauenspersonen an den einzelnen Orten eingesetzt werden sollen. Zweifellos bildet diese Bestimmung eine Ausnahme von dem allgemeinen Prinzip des § 7, wo die Einheitlichkeit der Organisation am Ort festgehalten ist.

Der Antrag ist begründet mit der vereinsgesetzlichen Rechtlosigkeit der Frauen in den meisten Staaten, vor allem Preußen und Bayern. Dieser Grund ist von der Kommission allgemein als erheblich erklärt worden. Sie war darin einig, daß wir unsererseits alles zu tun haben, um die Wirksamkeit der Gesetze, die die Frauen politisch entrechten, innerhalb unserer Partei möglichst zu beseitigen und zwar nicht nur auf dem Papier, sondern in Wirklichkeit. Nun würde also diese Ausnahme von § 7 mit der Ausnahme im § 9 zusammenzutreffen haben, wo ja auch Ausnahmebestimmungen für die Männer für solche Gegenden getroffen sind, wo sie sich auf Grund der Gesetze nicht politisch organisieren können, aber eine Minderheit in der Kommission hat es als Widerspruch empfunden, daß diese Ausnahme nicht nur da eintreten sollte, wo eine vereinsrechtliche Ungleichheit besteht, sondern auch dort, wo die Frauen vereinsgesetzlich voll berechtigt sind, so daß sie zunächst, wie gesagt wurde, innerhalb des Vereins

wirken und dann noch einmal außerhalb eine gesonderte Wirksamkeit entfalten können. Die Anträge wurden von der Kommission verworfen, sind aber wiederum aufgenommen worden. Drei württembergische Kreise, Charlottenburg und Forst beantragen, daß diese Ausnahme nur zulässig sein soll da, wo die Frauen sich nicht gesetzlich organisieren können. Eine Frauenversammlung in Mannheim will umgekehrt auch dort, wo die Frauen gesetzlich gleichberechtigt sind, das Recht für sie, besondere Frauenabteilungen neben der allgemeinen Organisation zu bilden, wobei noch die Gelder, die sie aufbringen, von dem Tribut an den Parteivorstand ausgenommen werden sollen. Andere Anträge wollen das Wort „wird" durch „kann" ersetzt wissen, weil sie in der jetzigen Fassung ein Obligatorium, einen Zwang sehen. In der Kommission ist ein gleicher Antrag abgelehnt worden mit einer Motivierung, die am besten zusammengefaßt ist in der „Gleichheit" Nr. 16: „Nicht nach Laune und Willkür der Genossinnen sollen weibliche Vertrauenspersonen aufgestellt werden, sondern nur nach geschehener Verständigung mit den Partei-Instanzen. Das setzt eine ernste Prüfung der Vorbedingungen für eine gedeihliche Tätigkeit der weiblichen Beauftragten voraus, das bedingt aber auch ein Wirken, welches sich in steter Fühlung mit der Organisation der Genossen hält, ihre Aktionen nicht durchkreuzt und schwächt, vielmehr ergänzt und stärkt." Wir alle können mit dieser Motivierung wohl nur einverstanden sein und deshalb ist es auch nicht richtig, wenn in einer Berliner Versammlung die Sache so hingestellt wurde, als ob die vorliegende Bestimmung einen Zwang enthielte zur mechanischen Aufstellung von weiblichen Vertrauenspersonen um jeden Preis und an allen Orten. Vielmehr würde die Aufstellung der weiblichen Vertrauenspersonen nur nach Verständigung mit den Parteiinstanzen (nach §§ 7 bis 9) erfolgen, also, wo über die Nützlichkeit und Notwendigkeit der Aufstellung mit diesen Instanzen ein Einvernehmen erzielt ist. Und das muß so sein. Denn die Frauenbewegung darf die Einheitlichkeit der Parteiaktion nicht stören, sondern soll sie umgekehrt stärken und muß sich darum ihr unterordnen.

Ich komme zu § 15, der das allgemeine Delegationsrecht betrifft und muß auch hier ziemlich eingehend referieren, ich hoffe aber, daß dadurch eine Reihe von Einwänden, die sonst entstehen würden, abgeschnitten wird. Die älteren Parteigenossen werden wissen, daß vor dem Sozialistengesetz eine Einschränkung für die Delegation zum Parteitage nicht bestand, sondern daß es den einzelnen Orten überlassen war, wie viel Delegierte sie schicken wollten. 1890 trat unter anderen auch Auer dafür ein, daß man es dabei belassen solle; er legte dar, die Partei sei keine Aktiengesellschaft, in der man sich gegenseitig die Rechte vorrechne, aber die Mehrheit beschloß eine Beschränkung dahin, daß jeder Wahlkreis höchstens drei Delegierte entsenden könne. Zweifellos liegt darin etwas Willkürliches. Wir haben viel zu oft in und außerhalb des Reichstages die Unsinnigkeit der Wahlkreiseinteilung bekämpft, und es ist ganz natürlich, daß diese auch auf die Zusammensetzung des Parteitages einwirkt, aber, Parteigenossen, nachdem man einmal die völlige Beschickungsfreiheit aufgehoben hat, mußte irgend eine Grundlage für die Delegation geschaffen werden, und zwar eine, die möglichst einfach und leicht zu handhaben war. Bei der überwiegenden Bedeutung der Wahlorganisation für den Reichstag, wenn auch natürlich die Tätigkeit der Partei sich darin nicht erschöpft, lag es nahe, trotz aller Bedenken an der Wahlkreiseinteilung festzuhalten.

Ich glaube kaum, daß die ein oder zwei Anträge auf Schaffung einer eigenen Wahlbezirkseinteilung vor dem Parteitag viel Freunde finden werden. Dagegen hat man versucht, Abhülfe der Beschwerden dadurch zu schaffen, daß man vorschlägt, die Zahl der Delegierten je nach der Parteistärke in den einzelnen Wahlkreisen abzustufen. Dahingehende Anträge, die, glaube ich, zuerst 1891 auftauchten, sind bisher immer wieder abgelehnt worden, weil dadurch,

namentlich, wenn man die Zahl der Organisierten zu Grunde legen würde, eine Reihe von anderen Mißständen entstehen würden. In den großen Städten und Industriezentren ist natürlich die Organisation viel leichter als auf dem Lande oder in kleinen Städten. Dazu kommt, daß überall da, wo eine Vereinsorganisation überhaupt nicht möglich ist, diese Bestimmung von vornherein nicht annehmbar wäre. Die Zahl der Organisierten ist eben durchaus nicht der richtige Ausdruck für die Zahl unserer Anhänger an einem Orte. Die großen Städte würden, wenn eine solche Bestimmung Gesetz würde, von vornherein auf den Parteitagen stets im Uebergewicht sein, während es doch wünschenswert ist, daß alle Gegenden hier vertreten sind, damit Einseitigkeiten vermieden werden. Dieses Vorrecht würde ganz besonders fühlbar und geradezu unerträglich werden, wenn der Antrag Schleswig-Holstein 6 und Braunschweig durchginge, wonach zur Wahl eines Delegierten mindestens 300 Mitglieder vorhanden sein müßten. Wir haben ganze Wahlkreise, in Bayern ganze Provinzen, die danach völlig von der Vertretung auf dem Parteitag ausgeschlossen wären. Es liegen nun noch eine Reihe von Anträgen vor, die die Delegation in verschiedener Weise abstufen wollen teils auf Grund der Wählerzahl teils nach der Zahl der Organisierten. Ein Antrag Berlin will überhaupt keine Grenze für die Zahl der Delegierten festlegen, da er sagt, bis 1000 Mitglieder zwei Delegierte, für jede weitere 3000 je einen Delegierten mehr. In allerletzter Zeit hat Kautsky noch einen anderen Vorschlag gemacht. Er schlägt vor, daß man wahlweise bei wichtigen Angelegenheiten auf dem Parteitage nicht mehr nach Köpfen, sondern nach der Zahl der Wahlstimmen abstimmen solle. Danach würde — ich nehme sein Beispiel — nach 1000 Wahlstimmen gerechnet — Lippe-Schaumburg eine Stimme, Berlin VI 79 Stimmen haben, oder bei Zugrundelegung von 5000 Wahlstimmen für eine Stimme auf dem Parteitag Schaumburg 2 Stimmen, Berlin VI allein 16 Stimmen erhalten. Kautsky denkt sich die Ausführung seines Vorschlages so, daß die Delegierten so viel Stimmzettel abgeben, als sie Stimmrecht haben. Das erinnert mich daran, daß ich vor Jahren in einem skandinavischen Blatte den Vorschlag eines politisierenden Mathematikers gelesen habe, der allen Ernstes vorschlug, daß jedes Mitglied eines Parlamentes zum Abstimmen eine Platinkugel bekommen solle, welche die Zahl der Stimmen zum Ausdruck bringen solle, mit der er gewählt sei. Das wäre immer noch einfacher. Ich will noch betonen, wenn eine solche Einrichtung getroffen wäre, würde das Uebergewicht der großen Wahlkreise ein für allemal feststehen. Man könnte schon, sobald die Versammlungen in diesen großen Wahlkreisen stattgefunden hätten, ziemlich genau beurteilen, wie die Zusammensetzung bei den Abstimmungen auf dem Parteitage sein würde. Dazu kommt, daß dadurch an Stelle der Gleichheit der Delegierten Klassenunterschiede unter den Delegierten geschaffen würden. Daß das besonders gut auf unsere Parteitage einwirken würde, glaube ich nicht. Und wie soll es nach Kautsky mit den Reichstagsabgeordneten gehalten werden? Sollen die so viel Stimmen haben, als sie Reichstagswahlstimmen hinter sich haben? Dadurch würden sie ein Uebergewicht bekommen, was ich und wohl alle meine Kollegen auf das allerentschiedenste ablehnen würden. Ich kann deswegen als Berichterstatter für alle diese Anträge nicht eintreten. In bezug auf die Kosten der Parteitagsbeschickung liegen Anträge vor, diese Kosten für die ärmeren Bezirke oder auch allgemein von der Parteikasse bezahlen zu lassen; im letzteren Falle durch Extrabeiträge.

Solch Antrag ist schon in der Kommission abgelehnt worden. Die Kommission ist weit entfernt gewesen, die bisherige Vertretungsart als fehlerfrei oder gar als ideal anzusehen, aber sie hat gefunden, daß die Gegenvorschläge bei allen guten Absichten die Fehler nicht vermindern würden, sondern daß sie noch größere Mängel haben und daß sie entmutigend auf kleinere Bezirke wirken würden, weil diese die Delegation der kompakten Industrie und den

großstädtischen Zentren vor sich sehen und ihnen hoffnungslos gegenüberstehen würden. Da sich nun wirklich sachliche Nachteile bei dem jetzigen System nicht herausgestellt haben, ja nicht einmal behauptet sind, deshalb schlägt Ihnen die Kommission vor, es bei dem bisherigen System zu belassen.

Ein weiterer Punkt in § 15 betrifft die Stellung der Frauen. Sie wissen, daß, soweit nicht eine Frau unter den drei Parteitagsdelegierten eines Kreises sich befindet, die Frauen das Recht haben, sich eine eigene Vertretung zu wählen. Dies Recht ist damit begründet, daß in einer Reihe von Staaten die Frauen an der Organisation nicht teilnehmen können. Nun hat der Parteivorstand in seiner Vorlage an die Kommission eine Aenderung des bisherigen Wortlautes dahin beantragt, daß dies Recht der Frauen auf eine besondere Vertretung nur dort Platz greifen soll, wo sie an der Teilnahme an einer Organisation gesetzlich gehindert sind. Dieser Vorschlag hat in der Kommission von mehreren Seiten Unterstützung gefunden, wobei namentlich darauf hingewiesen wurde, daß ja die Frauen selbst diese Ausnahmemaßregel mit der Behinderung der Teilnahme an der Organisation begründen. Man sagte, dort, wo sie an der Organisation nicht verhindert seien, sei kein Grund für die Aufrechterhaltung des Ausnahmerechtes einzusehen. Von anderer Seite, namentlich von dem weiblichen Mitglied, wurde erwidert, man dürfe nicht mit dem mechanischen Gleichberechtigungsprinzip operieren, die Frau habe eine Scheu vor dem öffentlichen Leben, halte sich mehr zurück und habe daher eine geringere Konkurrenzmöglichkeit; man solle keine Angst vor dem Ueberwuchern des weiblichen Elements auf dem Parteitag haben. Die Mehrheit der Kommission hat sich diesem letzteren Standpunkt angeschlossen und schlägt Ihnen vor, es so wie bisher zu lassen.

Ein sehr viel debattierter Punkt ist das Recht der Reichstagsabgeordneten auf selbständige Teilnahme an den Parteitagen. Dies Recht datiert aus dem Jahre 1890. Auer hat damals ausgeführt: „Die Abgeordneten müßten jämmerliche Kerle sein, wenn sie sich kein Mandat zu verschaffen wüßten. Aber da wegen ihrer Verantwortung gegen die Partei ihre Anwesenheit unter Umständen notwendig sein könnte, solle man sie nicht in die Lage bringen, um Mandate zu betteln." Im Jahre 1903, als die Partei ihre Mandate stark vermehrte, ist nun der Gedanke einer Einschränkung der Zahl der Abgeordneten aufgetaucht. Sachlich ist diese Einschränkung mit der Gefahr eines überwiegenden Einflusses der Fraktion auf dem Parteitag und mit den Kosten motiviert worden, aber die Sache ist von einigen Seiten zugleich dazu benutzt worden, um Stimmung gegen die parlamentarische Vertretung der Partei überhaupt zu machen, die gar keine organisatorische Instanz, sondern nichts als Vertretern einer formlosen Masse, eine buntscheckige Gesellschaft sei, deren illegitimer Einfluß sich in parteischädigender Weise geltend mache. Ich spreche von der Sache nicht etwa, weil ich ihr an sich irgend nur Bedeutung beilegte oder mich gar über derlei entrüstete — der Parteitag wird sich ja selbst über eine solche Schilderung der parlamentarischen Vertretung ein Urteil bilden. Ich erwähne es nur, um zu zeigen, wie die Urheber derartiger Anwürfe selbst mit offenbarsten Tatsachen umspringen. Denn jeder, der sich um die Partei gekümmert hat, weiß genau, daß die Kandidaturen zu dem höchsten Vertrauensamt von den zuständigen Organisationen aufgestellt werden (sehr richtig!), d. h. von den zuständigen Instanzen selbst, und jeder weiß, daß die Reichstagsfraktion allerdings eine organisatorische Instanz ist. Sie brauchen bloß den § 20 Abs. 2 anzusehen, der ihr unter Umständen das bedeutende Recht überträgt, wenn außerordentliche Parteitage sich notwendig machen und weder Vorstand noch Kontrolleure sie einberufen wollen, dies zu tun. Ich darf in diesem Zusammenhange auch nicht verschweigen, daß die vorgeschlagene Beschränkung der Zahl der Reichstagsabgeordneten von gewisser Seite unzweideutig als Mittel

mittel gegen bestimmte Elemente in der Fraktion bezeichnet ist, die, wenn man sie auch aus der Fraktion nicht los werden könnte, dadurch wenigstens von den Parteitagen ferngehalten werden könnten. Ich glaube, daß bei der Beurteilung der Frage auch dies nicht außer acht zu lassen ist. Nun hatte der Parteivorstand infolge eines Wunsches namentlich der Berliner Organisationen in seiner Vorlage die Beschränkung der Abgeordnetenzahl auf 25 Proz. aufgenommen. Die Kommission hat diese Beschränkung mit erdrückender Mehrheit gestrichen. (Ruf: Einstimmig!) Nein, Meister war dagegen. Der Vorstand hatte uns erklärt, daß er der Sache keine Bedeutung beilege, nachdem die Berliner Organisation gleichfalls kein Gewicht darauf lege. Mir scheint, daß der wichtigste Einwand, der gegen die unbeschränkte Anwesenheit der Reichstagsabgeordneten auf den Parteitagen erhoben werden kann, der finanzielle ist. Zweifellos kostet das ein großes Stück Geld, und ich bin der letzte, der darauf etwa kein Gewicht legen wollte, aber wenn andere sachliche Erwägungen dagegen sprechen, dann kann dieser finanzielle Grund nicht ausschlaggebend sein. Die Behauptung von der gefahrdrohenden Beteiligung der Reichstagsabgeordneten an den Parteitagen ist ja ganz außerordentlich übertrieben, und die Behauptung, die Fraktion könnte ein Viertel oder gar ein Drittel des Parteitages ausmachen und ihn terrorisieren, ist Phantasie. Bruhns hat nachgewiesen, daß bisher von den Reichstagsabgeordneten niemals mehr als die Hälfte, größtenteils ein geringerer Prozentsatz, von ihrem Rechte Gebrauch gemacht haben, und wir alle können bestätigen, daß viel öfter darüber Beschwerde erhoben ist, daß gewisse Reichstagsabgeordnete nicht anwesend sind. Es ist nicht einzusehen, warum eine Gefahr, die bis jetzt so gering ist, bei steigender Entwickelung der Partei wachsen, und warum zu befürchten sein sollte, daß die parlamentarischen Vertreter der Partei mit Erfolg einen anderen als einen geistigen Einfluß auf die Beratungen ausüben könnten.

Aber es gibt doch drei positive Gründe, die in der Kommission gegen eine Aenderung des bisherigen Zustandes hervorgehoben wurden; ganz besonders gegen den Vorschlag einer bloßen Delegation der Fraktion. Der erste Grund ist, daß es eine Pflicht des Abgeordneten ist, dem Parteitag Rede und Antwort zu stehen; hieraus ergibt sich naturgemäß die Notwendigkeit für jeden einzelnen, ohne weiteres erscheinen zu können und nicht der Gefahr ausgesetzt zu sein, daß seinem Erscheinen Hindernisse in den Weg gelegt werden. In Berlin V hat man allerdings gemeint, wenn die Anwesenheit bestimmter Abgeordneter notwendig sei, dann würden sie schon von der Fraktion delegiert werden. Das ist durchaus nicht sicher. Dazu kommt, daß zwischen Schluß des Reichstags und Beginn des Parteitags mehrere Monate liegen, und daß eine Reihe von Fällen, wegen derer ein Abgeordneter hier angeschuldigt werden kann, erst entstehen können, nachdem die Delegation stattgefunden hat. Sodann ist es bekannt, daß mit der Berichterstattung zu einem nicht geringen Teil gerade Abgeordnete betraut werden. Wie soll die Sache dann gehandhabt werden, wenn die Berichterstatter, die man haben will, sich nicht unter der Delegation befinden? In Krefeld hat man sich die Sache sehr leicht gemacht und gesagt: dann läßt man eben die Referenten zu, auch wenn sie kein Mandat haben. Aber dann müßte doch die gleiche Ausnahme für jeden Abgeordneten gemacht werden, der möglicherweise hier angeschuldigt wird, und da man das niemals im voraus genau wissen kann, so müßte dem Parteivorstand das Recht gegeben werden, für alle Abgeordnete, von denen er derartiges annimmt, eine Ausnahme zu machen, so daß also der ganze schöne Grundsatz von vornherein durchbrochen wäre und wir alle Nachteile des bisherigen Zustandes ohne seine Vorzüge hätten.

Der zweite Grund ist, daß durch eine Beschränkung der Fraktion auf eine Delegation ihr eine geradezu odiöse Pflicht auferlegt wird, weil die Möglichkeit geschaffen würde, daß bei der Auswahl der Mitglieder dieser Delegation eine

augenblickliche Minderheit — die unter Umständen die Mehrzahl der Partei sein könnte — unterdrückt und damit der Keim zu Streitigkeiten in die Fraktion hineingetragen und das einheitliche, kollegiale Zusammenwirken gestört würde.

Die Kommission ist in ihrer erdrückenden Mehrheit in diesem Gefühl so einig gewesen und hat diesen Punkt für so ausschlaggebend angesehen, daß sie ganz gegen den sonstigen parlamentarischen Gebrauch für den Fall der Ablehnung ihres Vorschlages noch einen Eventualvorschlag angenommen hat.

Wie ich glaube, liegt bei vielen Anhängern des Gedankens einer Beschränkung die richtige Erwägung vor, daß der Parteitag möglichst aus nicht mit Aemtern betrauten Personen zusammengesetzt sein soll. Ich für meine Person stimme diesem Grundsatz vollkommen bei, aber diese Genossen haben nicht bedacht, daß das hierzu vorgeschlagene Mittel gerade das Gegenteil bewirken würde. (Sehr richtig!) Es würden sich dann naturgemäß eine Reihe von Abgeordneten um Mandate bewerben, die jetzt andere in Händen haben. Ein sächsisches Blatt hat gemeint, jetzt könne ein Abgeordneter selbst dann auf dem Parteitag Einfluß ausüben, wenn seine Meinungen denen der Genossen seines Wahlkreises direkt widersprächen. Wenn ihm aber diese Möglichkeit genommen wird, so wird er bei Streitfragen und Angriffen gegen bestimmte Abgeordnete ja förmlich genötigt, durch Erlangung der Vertretung seines Kreises zu beweisen, daß er in Uebereinstimmung mit seinen Wählern ist. Das Ergebnis wäre also, daß das Verhältnis zwischen der parlamentarischen Vertretung und den anderen Delegierten zu ungunsten der letzteren verschoben würde, und damit würde auch der Partei ein schlechter Dienst erwiesen.

Aus allen diesen Gründen empfiehlt Ihnen die Kommission, es in erster Linie bei dem bisherigen Zustande zu belassen. Sollte aber der Parteitag unsere Gründe nicht als durchschlagend anerkennen, so würde die Kommission es immer noch für vorzuziehen halten, wenn einfach die ganze Bestimmung über die Abgeordneten gestrichen würde, weil dann doch keine Zwietracht in die Fraktion hineingetragen und die Gleichheit des jetzt bestehenden Rechtes, wenn auch negativ, aufrechterhalten würde.

Die Genossen von Hamburg II beantragen, daß in Zukunft nur ein Mitglied der Kontrollkommission auf dem Parteitag erscheinen sollte. In der Kommission ist darüber nicht gesprochen worden. Nach meiner Auffassung hängt dieser Antrag zusammen mit den Anträgen auf Beschränkung der Zahl der Abgeordneten, und ich vermute deshalb, daß die Kommission auch für das alte Recht der Kontrollkommission gewesen wäre.

Der Antrag eines Berliner Genossen, daß alle besoldeten Parteibeamten nicht für den Parteitag wählbar sein sollen, entspricht einer Bestimmung des Statuts von 1874. Der Gedanke hat namentlich für den etwas Bestechendes, der annimmt, daß es unter den Sozialdemokraten Leute gibt, deren Verhalten auf dem Parteitag durch Rücksichten auf ihre materielle Stellung in der Partei beeinflußt werden könnte.

Aber wohin sollte ein solcher Antrag führen, da ja teils die Notwendigkeit, teils das ausgesprochene Streben auf fortwährende Vermehrung der Parteibeamten geht? Oder sollten neben den Abgeordneten auch noch Redakteure, Expedienten, Parteisekretäre, also eine große Menge der tüchtigsten Genossen, künstlich von den Parteitagen ferngehalten werden?

Gegen den Antrag zu § 18, daß die Berufung des Parteitages sechs Wochen vorher erfolgen soll, dürfte wohl kein Bedenken bestehen, dagegen ist der Antrag, daß 14 Tage vor dem Parteitag Vorstand und Kontrollkommission sich gemeinsam endgültig über die Festsetzung der provisorischen Tagesordnung schlüssig werden sollen, in dieser Form nicht annehmbar. Die provisorische Tagesordnung wird ja schon vier Wochen vorher bekannt gemacht, und im

übrigen handeln ja dabei meines Wissens Vorstand und Kontrollkommission stets gemeinsam, so daß der Wunsch der Antragsteller schon erfüllt ist.

Zu § 19 liegt ein Antrag Hannover vor, daß der Parteitag die Gehälter der Parteibeamten und die Diäten für die Delegierten festsetzen soll. Letzteres hängt mit dem Antrag zusammen, die ganzen Delegationskosten auf die Parteikasse zu übernehmen. Was aber die Gehälter der Parteibeamten betrifft, so sind im gewöhnlichen Parteisinne außer den Mitgliedern des Parteivorstandes, über deren Gehälter ja ohnehin schon der Parteitag entscheidet, auch die lokalen Angestellten aller Abstufungen als Parteibeamte anzusehen. Ueber deren Gehälter muß naturgemäß diejenige Organisation beschließen, die sie anstellt. Wenn aber die Antragsteller etwa an die Parteisekretäre gedacht haben sollten, so haben sie vergessen, daß es neben den Parteisekretären, die von der Zentralkasse subventioniert werden, auch solche gibt, die von Vereinen, Gauen und Landesorganisationen angestellt werden, und deren Gehalt wird natürlich von diesen festgesetzt werden müssen.

Zu § 20 sind von vier Seiten Aenderungen der Bestimmungen über die außerordentlichen Parteitage beantragt. Das Wort „kann" soll durch „muß" ersetzt, d. h. ein außerordentlicher Parteitag *muß* unter bestimmten Voraussetzungen einberufen werden. Offenbar beruhen diese Anträge auf einem Mißverständnis, denn der Sinn jener Bestimmungen ist eben, daß, wenn die Voraussetzungen zutreffen, der Parteitag einberufen werden *muß*, daß es dann nicht mehr in der Hand des Parteivorstandes liegt, ob er ihn einberufen will oder nicht. Weitere Anträge gehen dahin, daß statt der Mehrheit der Fraktion oder 15 Wahlkreise gesagt wird, drei Viertel der Fraktion oder 25 Wahlkreise. Man könnte ja dafür sein, wenn damit Mißbrauch getrieben würde, aber so lange die Partei besteht, ist von dieser Befugnis noch kein Gebrauch gemacht und man kann es daher beim alten lassen. Ich kann auch keinen Grund einsehen, warum man der Fraktion das Recht der Einberufung eines außerordentlichen Parteitages nehmen will. Dieses Recht besteht seit 15 Jahren und es ist überhaupt noch nicht ausgeübt worden. Dagegen hat früher, als ihr dies Recht nicht zugebilligt war, und sich infolge Zerstörung der Organisation die Notwendigkeit herausstellte, die Fraktion ohne weiteres Parteitage einberufen. Mir scheint, daß die Fraktion nach wie vor die berufenste Körperschaft für eine derartige Handlung ist.

Zu § 22 liegen Anträge auf Vermehrung der Zahl der Mitglieder des Vorstandes vor. Darüber, daß die jetzige Zahl nicht mehr ausreicht, herrscht wohl Einigkeit; so viel aber ist sicher, daß der Antrag Jena, 10 statt 8 zu setzen, aufs Geratewohl gestellt ist. Am richtigsten wäre es, über die Zahl überhaupt keine Bestimmungen ins Statut aufzunehmen, sondern die Entscheidung darüber jedem Parteitage zu überlassen.

Von zwei Seiten ist beantragt, daß in Zukunft der Parteitag alle Vorstandsmitglieder wählen soll. Als in Mainz die Zahl der Beisitzer um zwei vermehrt wurde, wurde deren Wahl der Kontrollkommission aus dem Grunde überlassen, weil diese Genossen aus den Reihen der Berliner genommen werden mußten, denn es handelte sich nicht um vollbeschäftigte und bezahlte Mitglieder des Vorstandes, die man von einem beliebigen Ort herkommen lassen kann. Da der Parteitag ganz unmöglich in der Lage ist, zu entscheiden, welche Berliner Genossen sich eignen oder verfügbar sind, hat man zu jenem Auskunftsmittel gegriffen. Die Gründe von Mainz treffen auch noch heut zu. Ob freilich die ganze Einrichtung der Beisitzer eine besonders glückliche war, und ob es nicht besser wäre, den Vorstand völlig homogen zusammenzusetzen, das ist eine Frage, über die ich mich nicht zu äußern habe.

Eine wichtige Bestimmung enthält noch der § 25. Dem Vorstand wird das Recht gegeben, bei Differenzen aus Anlaß der Aufstellung von Reichstagskandidaturen zwischen den Wahlkreisen des Bezirks oder den Landesorganisationen

seinerseits zu entscheiden. Nach meiner Kenntnis der Parteiverhältnisse sind wirkliche Streitfälle, in denen es den Beteiligten nicht gelungen wäre, einen Ausweg zu finden, ziemlich selten gewesen. Nachdem aber die Frage einmal aufgetaucht war, hat die Kommission ohne weitere Debatte jene Bestimmung aufgenommen, weil eine Stelle vorhanden sein muß, die in Streitfällen eine Schlußentscheidung zu treffen hat.

Ueber den einleitenden Satz des Antrages Hannover bestehen wohl keine Meinungsverschiedenheiten. Es ist noch niemand eingefallen, daß der notwendige Zusammenhang zwischen Abgeordneten und der die Wähler repräsentierenden Organisation zerrissen werden soll. Selbstverständliches brauchen wir nicht ins Statut zu schreiben. Forst-Sorau und Guben-Lübben wollen dem Vorstande die Entscheidung in Differenzen *nicht* geben, dagegen ihm das Recht und die Pflicht übertragen, wenn ein Wahlkreis keinen Kandidaten aufstellt, von sich aus einen Kandidaten zu bestimmen. Das wäre aber noch viel schlimmer. Wenn die Parteigenossen eines Wahlkreises, ob mit Recht oder Unrecht, glauben, daß bei ihnen nichts zu machen sei, was soll es dann für einen Sinn haben, wenn der Parteivorstand einen beliebigen Genossen aufstellt, der dann natürlich keine Stimmen erhält! (Sehr richtig!) Ein anderer Antrag will die Entscheidung des Parteivorstandes nur dann eintreten lassen, wenn mindestens ein Viertel der organisierten Genossen sein Eingreifen anruft. Dieser Antrag geht offenbar davon aus, daß eine derartige Anfechtung von Kandidatur-Aufstellungen nicht in der Hand von ein paar Rechthaben und Streitlustigen liegen darf. Sonst würden wir zu Zuständen kommen, die von der Partei auf die Dauer nicht ertragen werden können. Das ist ein durchaus richtiger Gedanke, aber ich glaube doch, daß die Antragsteller die neue Bestimmung mißverstanden haben, was bei ihrer etwas unbestimmten Form allerdings möglich ist. Es erscheint mir selbstverständlich, daß unter „*den* Genossen" nicht eine beliebige Zahl von *Einzel*genossen, sondern nur die durch die Organisation zu einem Ganzen vereinigten Genossen verstanden sein können. Und da in allen Organisationen nach dem Recht der *Mehrheit* gehandelt wird, so muß natürlich auch hier die Mehrheit der betreffenden Organisation entscheiden. Wird also von einer Lokalorganisation ein Kandidat aufgestellt, gegen den begründete Bedenken vorzuliegen scheinen, so hat die Landes- oder Bezirksorganisation nach ihren selbstgeschaffenen Statuten das Recht, der Lokalorganisation zu sagen: das geht aus den und den Gründen nicht. Fügt sich die Lokalorganisation, so ist die Sache erledigt, ebenso, wenn umgekehrt die lokale die Bezirksorganisation überzeugt, daß sie im Unrecht ist. Läßt sich aber eine gütliche Einigung nicht erzielen, so muß eine entscheidende Instanz vorhanden sein und als solche ist der Parteivorstand gedacht, der also nur im äußersten Falle in Tätigkeit treten soll. Demnach ist es keineswegs die Meinung der Kommission, das Eingreifen der Zentralinstanz zu erleichtern, vielmehr ist sich wohl die ganze Partei darin einig, daß es sich nur um ein Mittel für den alleräußersten Fall handeln soll und es liegt im Interesse *aller* Beteiligten, bei der Aufstellung von Kandidaten so zu verfahren, daß möglichst wenig Gebrauch von der Bestimmung gemacht wird! Denn jedes Eingreifen von außen her in solchen Fragen hat mißliche Wirkungen, es kann leicht die Gefühle der Genossen verletzen, die Begeisterung für die Wahl lähmen und auf lange Unmut und Uneinigkeit in die Organisation werfen. Ich fürchte aber nicht im mindesten, daß aus der neuen Bestimmung derartige Folgen erwachsen werden.

Nun nur noch eine Bemerkung zu § 28. Von Berlin ist der Antrag gestellt, den „Vorwärts" zu depossedieren, ihn zu einem Lokalorgan zu machen und dafür die Parteiblätter zu verpflichten, die Erlasse der hohen Parteiregierung jederzeit an hervorragender Stelle zu veröffentlichen. Die Kommission hat sich mit dieser Frage nicht befaßt, obwohl Vertreter Berlins in ihr vorhanden waren (sehr

gut!), die aber keinen derartigen Antrag gestellt haben. Die Antragsteller werden uns die Gründe für eine derartige einschneidende Aenderung darzulegen haben; ich meinerseits möchte nur noch eine bescheidene Bemerkung hierzu machen. Wenn nämlich die Bremer Parteigenossen dem Antrage deshalb zustimmen, weil dadurch die Reibungsflächen beseitigt und die unleidliche Zeitungspolemik aufhören würde, so bewundere ich den Fonds von Vertrauensseligkeit, der in Bremen vorhanden zu sein scheint und den ich zwar ehre, aber in keiner Weise zu teilen imstande bin. Bei der ersten Gelegenheit würde diese Vertrauensseligkeit sicher ganz schmählich Schiffbruch erleiden. (Sehr gut!)

Damit bin ich am Schluß. Ich hoffe, daß die Kommission im allgemeinen das Richtige getroffen und eine gute Grundlage für die Beschlußfassung geschaffen hat. Unebenheiten und Mängel in der Ausführung der angenommenen Grundsätze wird dann schon die vereinte Arbeit des Parteitags und vor allem die mächtige Praxis zu glätten verstehen. Indem ich Ihnen somit den Entwurf der Kommission auftragsgemäß empfehle, bitte ich Sie, an die Prüfung bei aller Schärfe ohne Voreingenommenheit für ein bestimmtes System heranzutreten und ihn nur nach den Gesichtspunkten des praktischen Bedürfnisses und der praktischen Ausführbarkeit zu beurteilen. (Sehr richtig!) Wenn irgendwo, so ist in dieser Frage die bloße Theorie grau, und mit bloß papiernen Mitteln ist am allerwenigsten einer lebenstrotzenden Bewegung wie der unseren zu helfen. Ich kann nur wiederholen, was Auer als Referent über die letzte Organisationsänderung 1900 gesagt hat, daß man nämlich bei allen Versuchen, bestimmte Regeln für das Parteileben aufzustellen, den geschriebenen Formeln keinen übertriebenen Wert beimessen möge. (Sehr gut!) Es kommt nicht so sehr auf den Buchstaben der einzelnen Paragraphen an, sondern auf den Geist, der die Gesamtheit durchweht, der die Bewegung durchflutet. Hier muß alles zusammenhelfen und vor allem die Masse der Genossen selbst mitwirken. Wenns da fehlt, nützen die schönsten Paragraphen nichts. Nun, daß es nicht dahin komme, das wird unsere hauptsächlichste Aufgabe sein! Ich für meine Person glaube nicht, daß es dahin kommen wird. Ich habe das Vertrauen, daß der feste Wille der Partei, die notwendigen Formen eines erhöhten Zusammenschlusses gegen den Feind zu schaffen und dabei den gegenseitigen Auffassungen in der Partei entgegenzukommen, den Parteitag dasjenige finden lassen wird, was der großen Sache unserer Partei zu nützen geeignet ist. (Lebhafter Beifall.)

Auf Vorschlag Singers wird die Debatte bis zur Nachmittags-Sitzung vertagt.

Nach Verlesung zweier Begrüßungstelegramme schließt die Vormittags-Sitzung um $12^3/_4$ Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

Singer eröffnet die Sitzung um 3 Uhr mit der Verlesung von Glückwunschtelegrammen.

Hierauf wird die Debatte über Punkt 1 der Tagesordnung:

Die Partei-Organisation

eröffnet.

Adler-Kiel: Der Grundgedanke der neuen Organisation ist, daß wir eine straffe Zentralisation brauchen. Diesen Gedanken erkennen die Genossen in Schleswig-Holstein durchaus an. Trotz der Zentralisation müssen wir aber auch eine Gliederung haben. Ein so großer Körper, wie der unserer Partei, darf keine unorganische Masse, die fest zusammenhält, sein. Er bedarf der Nervenzentren in seinen Gliedern und der Fettlager an gewissen Stellen. Darum sind lebensfähige Zwischenglieder nötig, die als Verbindungsstationen, Bank-

filialen und statistische Büreaus, zwischen Zentrale und Kreis eingeschaltet sind. Das sieht der Kommissionsentwurf auch vor, indem er die Bildung von Bezirksorganisationen vorschlägt. Diese Bezirke müssen ein möglichst intensives Leben führen, aber sie kommen nicht dazu, wenn es bei den Vorschlägen der Vorlage bleibt. Sie brauchen gesunde Finanzen und müssen selbständig die Berichte der Kreise an den Hauptvorstand kommentieren, damit dieser wirklich erfährt, was in den Kreisen los ist. Ihre Aufgabe ist mannigfaltig; alle unnützen Reibungen müssen vermieden werden. Neben der hier vorgesehenen Organisation ist das Vertrauensmännersystem unangebracht; es stellt einen unnützen Reibungswiderstand dar. Das Vertrauensmännersystem muß nur ein Notbehelf sein für Gegenden, in denen eine andere Organisation noch nicht möglich ist. Im übrigen soll das Vertrauenspersonensystem auf die Frauenbewegung beschränkt sein. Von diesem Standpunkt gehen unsere Anträge aus, wir schlagen vor, daß jeder Bezirk bestimmt, welche Minimalbeiträge in seinem Bezirk erhoben werden sollen. Davon soll die Bezirkskasse einen bestimmten Teil erhalten, wir schlagen 30 Proz. vor, sind aber bereit zu handeln (Heiterkeit). Von den Summen, die so beim Bezirk aus Beiträgen eingehen, soll dann ein Drittel an die Hauptkasse gehen. Die Bestimmungen über die Vertrauensmänner müssen an eine andere Stelle des Statuts kommen, um so logisch zum Ausdruck zu bringen, daß nicht mehr die Vertrauenspersonen, sondern die Kreisvereine die Grundsäulen der Partei bilden. Deshalb schlagen wir die im Antrag 53 vorgesehene Reihenfolge vor. Ich bitte Sie, unseren Antrag zu berücksichtigen, denn er verbürgt der Partei die feste und doch bewegliche Gliederung, deren die Partei ebenso wie ein Heer des Militarismus bedarf.

Ulrich-Offenbach: Die Kommissionsbeschlüsse sind in der Kommission selbst stark angefochten worden. Die Form der Organisation muß meines Erachtens aus der gesamten Situation herauswachsen. Die Beschlüsse, die wir hier fassen, haben lediglich die Aufgabe, den Stempel auf die bereits vollzogene Entwickelung zu drücken. Bisher haben wir stets die Erfahrung gemacht, daß, je schwächer die Organisation war, um so lebhafter der Ruf nach Zentralisation erscholl. Ich meine, die Zeiten einer straffen Zentralisation sind jetzt vorüber. Die Produkte der neuen Zeit sind die Landesorganisationen. Immer mehr Länder fangen an, sich spezielle Organisationen zu schaffen. Das kommt daher, daß der Partei, je stärker sie wird, immer neue Aufgaben zufallen. Der Partei sind jetzt in den einzelnen Ländern und den Kommunen Aufgaben gestellt, an die früher niemand gedacht hat. Die Erfüllung dieser Aufgaben sollen die Landesorganisationen ermöglichen. Die Landesorganisationen sind also aus der Situation hervorgegangen und lebensfähig. Preußen kommt in dieser Frage den anderen Staaten nachgehinkt. Das liegt an den besonderen Verhältnissen Preußens. Man hat sich alle Mühe gegeben, die Landesorganisationen zu hemmen. Das geht immer mit neuen Organisationen so, weil man fürchtet, die Gesamtorganisation könne darunter leiden. Das ist eine grundlose Befürchtung. Die Landesorganisationen haben die Gesamtorganisation nicht gehemmt, sondern sind vielfach geradezu ihr Rückgrat geworden. Die Gesamtorganisation kann sich nicht um die Fragen der einzelnen Ländern kümmern, daher sind für diese besondere Organisationen nötig. Unsere Aufgabe ist es jetzt, auf den Organisationen, die sich bis jetzt bewährt haben, aufzubauen. Diesen Gedanken muß sich die Kommission zur Richtschnur nehmen und die §§ 10 und 13 entsprechend ändern. Hinter „Wahlkreisorganisation" sollte man einfügen „bezw. Bezirks- oder Landesorganisation". Auf die Höhe der Beiträge lege ich keinen entscheidenden Wert, meine aber, daß ein Minimalbeitrag festgesetzt werden müßte. Wir müssen Mittel haben, denn ohne Geld können wir nichts ausrichten. (Zustimmung.)

Zubeil-Berlin: Den Vorwurf, daß Preußen-Deutschland nachhinkt, nehmen wir gern hin, denn wir wissen, daß wir Preußen uns eine Organisation ge-

schaffen haben, die der Partei gegenüber ihre Pflicht voll erfüllt hat. (Sehr wahr!) Was die Frage der Prozente betrifft, so kommt es weniger darauf an, wie viel Prozente abgeführt werden, sondern daß jede Organisation verpflichtet wird, Gelder an die Parteikasse abzuführen. In bezug auf die Vertretung der Fraktion stimme ich mit Vollmar überein; ehe Sie die Zahl der Reichstags-Abgeordneten beschränken, bestimmen Sie lieber, daß jeder Abgeordnete, der auf den Parteitag kommen will, sich zur Wahl zu stellen hat. Tragen Sie in die Fraktion nicht den Keim des Zwiespaltes. Bis jetzt ist die Fraktion in allen Fragen einig gewesen, wenn Sie nun einmal eine Aenderung vornehmen wollen, dann beschließen Sie, daß nur der Fraktionsvorstand auf dem Parteitag als offizieller Vertreter der Fraktion zu erscheinen hat. Leider können wir infolge unserer Gesetzgebung auch diesmal etwas Ganzes nicht schaffen. Die Garantien, die der § 3 für den Ausschluß aus der Partei schafft, begrüßen wir. Es ist erfreulich, daß der Zustand ein Ende hat, daß jede Organisation einen Genossen durch Ausschluß aus der Partei ächten kann, denn der Ausschluß aus der Partei ist heute oft gleichbedeutend mit der wirtschaftlichen Aechtung. Daher ist hier die größte Vorsicht am Platze. In § 11 wünschen wir die Bestimmung aufgenommen, daß zu Vertrauensleuten nur Vorstandsmitglieder der sozialdemokratischen Vereine gewählt werden können. Auch im § 13 ist ein Fortschritt zu verzeichnen darin, daß in Zukunft die Kreise sowie Bezirks- und Landesorganisation verpflichtet werden, schriftliche Berichte über den Stand der Bewegung an den Parteivorstand einzureichen. Wir beantragen ferner zu § 18, daß mindestens 14 Tage vor dem Parteitage sich der Parteivorstand gemeinsam mit der Kontrollkommission endgültig über die Festsetzung der provisorischen Tagesordnung schlüssig zu machen hat.

Den Antrag, daß der „Vorwärts" Berliner Lokalorgan werden soll, hat mein Kreis abgelehnt, ich persönlich stehe auf dem Standpunkt, daß die Berliner endlich die Rechte erhalten müssen, die Genossen an anderen Orten haben. Seine Bekanntmachungen kann der Parteivorstand auch auf anderem Wege den Parteigenossen übermitteln. Ich weiß ja nicht, ob der Antrag angenommen wird, aber verlassen Sie sich darauf, wenn er abgelehnt wird, wird er wiederkommen. Das liegt nicht nur im Interesse Berlins und seiner Vororte, sondern in dem der Gesamtpartei. Ich bitte Sie, den Berliner Genossen das Recht zuzugestehen, das Sie an anderen Orten schon längst für sich in Anspruch nehmen. (Beifall.)

Schmitt-München: Die Organisationsform muß so beschaffen sein, daß die einzelnen Länder den richtigen Ellenbogenraum haben, um die Agitation nach ihren Bedürfnissen betreiben zu können. Wer darin mit uns einer Meinung ist, muß unseren Anträgen zustimmen. Der Vorschlag, 25 Proz. an die Hauptkasse abzuführen, ist unseres Erachtens nicht durchführbar; es kommt nicht auf die Höhe der Beiträge, sondern darauf an, daß überhaupt Beiträge abgeliefert werden. Zehn Prozent sind nach unserer Meinung genügend. Man kann auch sehr leicht einen Einheitsbeitrag festsetzen, von dem dann ein bestimmter Prozentsatz abzuliefern ist. In den einzelnen Kreisen sind Anträge auf Beitragserhöhung schwer durchzubringen. Setzt aber der Parteitag die Höhe des Einheitsbeitrages fest, so müssen sich die Genossen fügen. Dann wird auch die Rechnung viel einfacher. Die leistungsfähigeren Orte können dann ja Zuschläge zu den Einheitssätzen beschließen. Das System der Vertrauensmänner spielt bei uns heute schon keine Rolle mehr. Was die Vertretung der Fraktion anlangt, so sind wir für die Aufhebung des Privilegs der Reichstagsfraktion, nicht aus persönlichen Gründen, sondern weil das Vorrecht der Reichstagsfraktion konsequent auch dazu führen müßte, den Vertretern in den Landtagen und Gemeindeverwaltungen die gleichen Rechte einzuräumen. Da dies nicht angängig ist und eine prozentuale Vertretung der Fraktion erst recht zu Unan-

nehmlichkeiten führen könnte, sind wir für völlige Beseitigung dieser Ausnahmestellung. Bei Anträgen auf Ausschluß würde man besser die Landesorganisationen statt der Gesamtorganisation in Tätigkeit treten lassen, weil sie die Verhältnisse besser kennen.

Wels-Berlin V empfiehlt den Antrag der Berliner, den „Vorwärts" zum Lokalorgan Berlins zu machen. Genosse Vollmar fand es auffällig, daß der Berliner Delegierte in der Organisationskommission nicht dort schon diesen Antrag gestellt habe. Die Berliner Parteigenossen hatten aber, als im März die letzte Sitzung der Kommission stattfand, noch nicht einheitlich Beschluß gefaßt. Das geschah erst im Mai und Juni. Trotzdem ist der Antrag nichts neues, er entspringt dem alten Unwillen der Berliner Genossen über den geringen Einfluß, den sie auf das Berliner Blatt ausüben. Als 1890 das Berliner Lokalorgan, das „Berliner Volksblatt", zum Zentralorgan gemacht wurde, trat gerade Vollmar mit großer Wärme dafür ein, die Lokalpresse unabhängig vom Parteivorstande zu machen. An die Rechte der Berliner Genossen hat niemand gedacht; sie wurden stiefmütterlich behandelt und ihnen nicht einmal eine Preßkommission zugestanden. Die Folge war, daß in Volksversammlungen Beschwerden darüber laut wurden. Schon ein Jahr darauf wurde eine Preßkommission bewilligt. Aber den Berlinern wurde nur Einfluß auf den lokalen Teil eingeräumt. Vielleicht vermutete man damals in den Tagen der „Unabhängigen", daß die Berliner den Ueberschuß des „Vorwärts" zu Dingen verwenden könnten, die nicht im Parteiinteresse lägen. Ich will nicht untersuchen, ob diese Vermutung jemals einen Schein von Berechtigung gehabt hat. Jedenfalls haben die Berliner Genossen bewiesen, wie loyal sie sind. (Zustimmung.) Wir setzen unsere größte Ehre darein, im Abliefern der Ueberschüsse das möglichste zu leisten und gedenken auch in Zukunft genau so wie bisher mit den Ueberschüssen zu verfahren. Nun sind uns auf unser Drängen hin ja Erweiterungen unserer Rechte zugestanden worden. Seit 1897 hat die Preßkommission auch über den prinzipiellen und taktischen Teil des „Vorwärts" zu wachen, und während sie ursprünglich nicht das Recht auf Anstellung der Redakteure hatte, dürfen wir heute mitsprechen. Aber auch diese Rechte genügen uns nicht. Wir wollen ein eigenes Organ haben, in welchem die Meinung der Berliner Genossen ihren unverfälschten Ausdruck findet. (Sehr richtig!) In den jüngsten Preßdebatten ist von verschiedenen Seiten betont worden, daß ein Zentralorgan überhaupt nicht notwendig sei. Es kann auch nicht abgestritten werden, daß ein Zentralorgan nicht mehr denselben Einfluß wie vor dreißig Jahren haben kann und seine Existenzmöglichkeit nicht mehr, nur deshalb weil es Zentralorgan ist, findet. Der Leipziger „Vorw." ging zurück, sobald die Berliner und Hamburger Lokalorgane gegründet wurden, und gerade deshalb hat man ja dem jetzigen „Vorwärts" seinen Doppelcharakter als Zentral- und Lokalorgan gegeben. Aber diese Doppelnatur führt eben zu unleidlichen Zuständen. Ich erinnere an die preußische Landtagswahlfrage. Der Vorstand war in seiner Mehrheit dafür, daß sich die Genossen an den Landtagswahlen beteiligen sollten, die Berliner Genossen waren dagegen. Kein geringerer als Wilhelm Liebknecht war es, der 1898 in Stuttgart sagte, daß die Unzuträglichkeiten, die aus der „unglücklichen Doppelnatur" des „Vorwärts" hervorgingen, geradezu enorm wären: „Die Berliner Genossen sind in ihrer ungeheuren Mehrheit gegen die Beteiligung. Das ist im „Vorwärts" nicht genügend zum Ausdruck gekommen. Darüber ist eine bedeutende Unzufriedenheit entstanden, und der Gedanke, die Funktionen des Zentralorgans von denen des Lokalorgans zu trennen, ist dadurch gestärkt worden"; und er schließt: „Es wird Sache späterer Parteitage sein in bezug auf den „Vorwärts" gründlich zu ändern." In diesen Worten ist die Hauptsache unseres Antrages bereits angegeben. Als Zentralorgan hat der „Vorwärts" bestimmte Verpflichtungen; er muß die Meinungen zusammenfassen, er muß Rücksichten nehmen, und dadurch wird seine Aktualität beschränkt. Die Streitigkeiten

sind ja mit darauf zurückzuführen, daß er nicht schnell genug Stellung nimmt. Auch die Berliner vermissen das. Genossin Zetkin, von der ich vermute, daß sie eine Gegnerin unseres Antrages ist, sagte in Stuttgart: „Als Zentralorgan hat er die Pflicht, unparteiisch zu sein und zu allen Aeußerungen des Parteilebens ohne Voreingenommenheit Stellung zu nehmen." Das wollen wir gerade nicht. Wir selber ergreifen Partei und wollen, daß der „Vorwärts" zu allen Parteifragen klar und unzweideutig Stellung nimmt. (Sehr richtig!) Das scheint auch die Meinung des Vorstandes zu sein. Es ist in verschiedenen Sitzungen dem „Vorwärts" aufgegeben worden, mehr Salz zu verwenden. In Dresden hat Bebel grundlegende Aenderungen in der Redaktion angekündigt, und die Frucht dieser Ankündigung war: wir haben Sitzungen gehabt, wir haben uns die Wahrheit gesagt und dabei ist es geblieben. Vielleicht liegt es daran, daß ein Teil der leitenden Personen allzu häufig von Berlin entfernt ist. Jede Illoyalität gegen den Parteivorstand liegt uns Berlinern durchaus fern. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß aus bloßem Gerechtigkeitsgefühl schon die Berliner Genossen nicht minderen Rechtes länger bleiben dürfen als die Genossen des kleinsten Ortes, wo ein Blatt erscheint. Der „Vorwärts" wird durch den Ort des Erscheinens ja immer großen Einfluß behalten. Ist er Lokalorgan, dann werden wir in ganz anderer Weise gegen die Anrempelungen des „Vorwärts" Stellung zu nehmen wissen. Sollte der „Vorwärts" aber Zentralorgan bleiben, so wird nichts anderes übrig bleiben, als daß ein Sekretär des Parteivorstandes ständig in der Redaktion sitzt und sofort im Sinne des Parteivorstandes Stellung zu jeder neu auftauchenden Frage nimmt oder daß der „Vorwärts" wieder einen Chefredakteur bekommt, der, wie Liebknecht, die Pflicht hat, an den Sitzungen des Parteivorstandes teilzunehmen. Ich glaube aber nicht, daß das richtig ist. Ich bitte Sie, unseren Antrag anzunehmen. Wir Berliner sind der Ueberzeugung, daß der „Vorwärts" uns gehört. Auer hat in Mainz gesagt: „Ich habe von jeher den Standpunkt vertreten: Der „Vorwärts" ist Zentralorgan, solange die Berliner damit einverstanden sind. Aber in dem Moment, wo die Berliner dies Opfer der Gesamtpartei nicht mehr bringen, haben sie das Recht, das Blatt als ihr Lokalblatt zu betrachten. Die politische Bedeutung des „Vorwärts" liegt darin, daß er am Ort des politischen Lebens erscheint, und er wird unter allen Umständen das politisch einflußreichste Blatt der Partei bleiben, gleichviel, ob er Zentralorgan ist oder nicht. Das Recht der Berliner, über ihr Blatt selbständig zu verfügen, habe ich nicht bestritten." Ich bitte Sie, sich diese Ausführungen Auers zu eigen zu machen und unseren Antrag anzunehmen. Wir haben bis jetzt Opfer gebracht — wir haben es jetzt aber endlich satt, minderen Rechtes zu sein. Gebt uns, was unser ist! (Beifall.)

Schulz-Bremen: Vollmar hat die Ausführlichkeit seines Referats mit dem Hinweis entschuldigt, daß er auf diese Weise die aufgetauchten Mißverständnisse am besten beseitigen könne. Besser wäre es gewesen, die Kommission hätte schon früher einen Bericht über ihre Beratungen erscheinen lassen oder eine Begründung ihrer Abänderungsvorschläge veröffentlicht. Die Bremer und Erfurter Genossen legen großen Wert auf die konsequente Durchführung der Vereinsorganisation. Die gesetzlichen Hindernisse in einzelnen Bundesstaaten sind nicht zwingender Natur. Wir können nicht warten, bis sie beseitigt sind. Auch haben sich die Mecklenburger Genossen trotz der gesetzlichen Hindernisse in ihrem Lande für eine straffere Zentralisation ausgesprochen. Auf rückständige Organisationsverhältnisse in anderen Bundesstaaten kann die Partei bei Schaffung ihrer Organisation so wenig Rücksicht nehmen, wie ein Redner bei seinem Vortrage auf den rückständigsten Zuhörer. Das jetzige Delegationssystem für die Parteitagsbeschickung ist undemokratisch und ungerecht, es bevorzugt die reicheren Wahlkreise. Wir empfehlen ein Proportionalwahlverfahren nach Maßgabe der organisierten Genossen. Für den nächsten Parteitag könnte zunächst der Parteivorstand nach

Einholung des statistischen Materials aus den einzelnen Wahlkreisen eine Wahlordnung aufstellen. Es empfiehlt sich, den Wahlmodus im Statut nicht im einzelnen festzulegen, sondern di s den jeweiligen Parteitagen zu überlassen. Wir sind für Aufhebung des bisherigen Vorrechts der Fraktion. Wenn nach Vollmar der von ihm zitierte Artikel Stimmung gegen die parlamentarische Vertretung gemacht hat, so hat Vollmar durch die Auslegung des Artikels seinerseits Stimmung zu machen versucht. Es genügt, wenn die Fraktion durch ihren Vorstand oder eine entsprechende Anzahl von Abgeordneten vertreten ist. Wer Abgeordneter unserer Partei wird und wer nicht, ist doch mehr Zufall. Warum sollen die, die zufällig ein paar Stimmen mehr erhalten haben — mit Hülfe bürgerlicher Parteien vielleicht — nun auch noch ein Vorrecht für den Parteitag erhalten? Großen Wert legen wir auf die Reform des Parteivorstandes. Wir schlagen vor, im Statut nicht festzulegen, wie viel Mitglieder der Vorstand zählt; das kann von den einzelnen Parteitagen je nach den wachsenden Aufgaben des Parteivorstandes bestimmt werden. Mehr als bisher müßte der Vorstand für die prinzipielle Durchbildung der Genossen sorgen. In dieser Beziehung könnten wir uns die Riesenarbeit des Katholischen Volksvereins zum Vorbild nehmen. Vollmar hat den Bremer Beschluß zur „Vorwärts"-Frage kritisiert. Aber wenn die Polemiken durch den von uns unterstützten Berliner Antrag auch nicht beseitigt werden, so werden sie doch vermindert. Ueber den „Vorwärts" ist wegen seiner Zwitterstellung auf allen möglichen Parteitagen schon geklagt worden. Wenn der „Vorwärts" ein Organ der Berliner Genossen ist, werden in der Tat die Polemiken an Schärfe verlieren, denn dann richten sich die Angriffe nur gegen das Berliner Organ, nicht mehr gegen das Zentralorgan der Gesamtpartei.

Löbe-Breslau: Es ist gewiß richtig, daß es auf den Geist der Organisation ankommt, aber dieser Geist darf nicht in einer veralteten Form stecken. Mit der bisherigen Organisation sind oft Kräfte verschwendet worden, andererseits konnten nicht alle die für uns in Betracht kommenden Kräfte geweckt werden. Das wird, wie das Beispiel der Gewerkschaften zeigt, durch eine straffe Zentralisation viel eher möglich sein. Leider führt der Entwurf die Zentralisation nur in zwei Punkten durch: in der Beseitigung des Vertrauensmännersystems und in der Festsetzung der Beitragspflicht und der Pflicht der Berichterstattung. Trotz dieses geringen Fortschritts will man von anderer Seite wieder das Vertrauensmännersystem auch da einführen, wo der festen Vereinsform keine gesetzlichen Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden. Wenn der Parteitag dem nachgibt, ist überhaupt kein Fortschritt erzielt. Vielleicht kommen wir eher zu festen Formen, wenn wir die Festsetzung der Beitragshöhe den einzelnen Vereins- statt den Bezirksorganisationen überlassen. Der Beitrag an die Hauptkasse muß hoch genug sein, daß wir in der Lage sind, viel mehr Kräfte sowohl im Zentralbureau als auch in den zurückgebliebenen Kreisen anzustellen. In dieser Beziehung können wir uns an dem Volksverein für das katholische Deutschland und an den Gewerkschaften ein Beispiel nehmen. Stehen uns genügende besoldete Kräfte zur Verfügung, dann wird die Entwickelung der Parteiorganisation Schritt halten mit der gewerkschaftlichen Organisation. Die Vertretung auf den Parteitagen sollte sich nach der Zahl der organisierten Genossen richten, aber zunächst muß eine Grundlage dafür geschaffen werden. Wir werden auch bei den einzelnen Bestimmungen des Entwurfs die zentralistische Tendenz zur Geltung zu bringen haben, denn in unserer Zeit der Konzentration ist nur eine zentralistische Organisation entwickelungsfähig. Wenn solche neue Vorschläge auftauchen, gibt es ja immer Genossen, die sagen, das können wir nicht. So heißt es auch jetzt wieder, die Landes- oder Bezirksorganisationen werden durch die Zentralisation zerstört, aber das ist nicht der Fall, diese Organisationen werden nicht zerstört, im Gegenteil, sie sollen durch die Zentralisation noch gestützt werden.

Braun-Königsberg: Genosse Ulrich hat darauf hingewiesen, daß die Genossen in den süd- und mitteldeutschen Staaten die feste Organisationsform, die nunmehr geschaffen werden sollte, bereits hätten. Da ist es aber doch merkwürdig, daß jetzt, wo wir die Organisationsform, die sich dort so gut bewährt hat, für das ganze Reich einführen wollen, es gerade die Süddeutschen sind, die bremsen. Der Entwurf bietet in bezug auf Festigung und Organisation das mindeste, was verlangt werden muß. Weitergehende Anträge sind zurückgestellt worden. Was die Beiträge der Wahlkreise an den Hauptvorstand anlangt, so ist mit Recht gesagt worden, daß es nicht auf die Höhe, sondern auf das Prinzip ankommt. Es darf aber von dem Kommissionsvorschlage nicht so viel abgedungen werden, daß gar nichts mehr übrig bleibt. Ich möchte davor warnen, den Satz der Kommission zu ermäßigen, sonst haben wir schließlich eine Form ohne Inhalt. Die direkte Berichterstattung halte ich für notwendig und möglich. Auch die rückständigeren Kreise werden dieser Pflicht genügen können. Wozu haben wir denn die Bezirks- bezw. Landesvorstände und die Parteisekretäre, die leicht, wo notwendig, helfend eingreifen und dadurch gleichzeitig in verwaltungstechnischer Beziehung auf die Genossen erzieherisch einwirken können. Wir dürfen diese Kreise auch nicht unterschätzen. Bei uns in den vorwiegend ländlichen Kreisen hätte es niemand für möglich gehalten, zu organisieren, und doch ist es gelungen. Gerade für diese Kreise ist die direkte Berichterstattung nötig, damit der Vorstand über ihre Lage unterrichtet wird und gegebenenfalls helfend eingreifen kann. Die Berichte müssen von den Kreisen direkt ausgehen, nicht von den Bezirken, sonst bekommt der Vorstand doch nur einen Extrakt. Schaffen wir jetzt eine straffe Organisation, so ist es ganz inkonsequent, die bisherige Zusammensetzung des Parteitags beizubehalten. Der Parteitag ist eine Vertretung der Wahlkreise, die die Grundlage der Organisation bilden. Wenn alle Kreise Beiträge zahlen, müssen sie auch möglichst alle das Recht haben, hier zu erscheinen. Bisher steht dies Recht nur auf dem Papier, weil viele Kreise nicht die Mittel haben, Delegierte zu entsenden. Das hat auch dazu geführt, daß die geographische Lage des Parteitagsorts die Zusammensetzung des Parteitags stark beeinflußt. Hier muß eine Aenderung geschaffen werden. Es steht gar nichts im Wege, schon jetzt diese Aenderung vorzunehmen und eine Vertretung nach der Zahl der organisierten Genossen der einzelnen Kreise einzuführen. Nehmen Sie unsere diesbezüglichen Anträge an, dann werden sich die Genossen auch eher mit der Beitragszahlung an die Hauptkasse befreunden.

Frau **Zietz-Hamburg:** Ich möchte einen Augenblick Ihre Aufmerksamkeit auf den § 14 lenken und bitte Sie, im Interesse unserer proletarischen Frauenbewegung und damit im Interesse unserer allgemeinen Bewegung alle eingereichten Anträge abzulehnen und den § 14 in der Kommissionsfassung anzunehmen. Ich hoffe um so mehr, daß Sie diesen Wunsch, den ich im Namen unserer Hamburger Genossinnen, unserer badischen und sächsischen Genossinnen ausspreche, Folge leisten, weil wir lediglich etwas beantragen, was bereits geschichtlich geworden ist und sich vor allem in der Praxis bewährt hat. Bereits in Gotha wurde durch eine Resolution den Genossen aller Orte empfohlen, dafür einzutreten, daß weibliche Vertrauenspersonen zum Zwecke der Agitation unter den Frauen gewählt werden. Auf den späteren Parteitagen ist dieser Beschluß erneuert worden, und der Erfolg hat seine Richtigkeit bewiesen. Ich erinnere an den Bericht der Genossin Baader, der beweist, daß es infolge der planmäßigen Agitation unter den Frauen durch die Vertrauenspersonen mit unserer Frauenbewegung in den letzten Jahren außerordentlich vor sich gegangen ist. Seit dem letzten Parteitag ist die Zahl der Abonnenten auf die „Gleichheit" von 10 000 auf 23 000 gestiegen, und das ist vor allem auf das Konto unserer Vertrauenspersonen an den einzelnen Orten zu schreiben. In Mannheim,

wo wir seit April d. J. eine weibliche Vertrauensperson haben, ist die Zahl der politisch organisierten Frauen auf 340 gestiegen, oder richtiger gesagt, es haben sich dort seit April 340 Frauen politisch organisiert. Ehe wir eine planmäßige Agitation durch die Frauen unter den Frauen entfaltet haben, hatten wir in Hamburg kein Dutzend Abonnenten auf die „Gleichheit", heute haben wir zirka 1000 Abonnenten, und außerdem werden noch ein paar hundert Exemplare durch die Parteispediteure vertrieben. Aehnliche Erfolge haben wir durch die Agitation der weiblichen Vertrauenspersonen in Leipzig und Dresden und anderswo zu verzeichnen. Vollmar hat erklärt, es sei in der Kommission die Ansicht vertreten gewesen, daß dort, wo die Gesetze uns hindern, Mitglieder der politischen Vereine zu werden, die Wahl von weiblichen Vertrauenspersonen berechtigt sei, in anderen Bundesstaaten aber nicht, und eine ähnliche Anschauung tritt in dem Antrage Sorau-Forst zutage. Diese Anschauung ist absolut nicht richtig. Selbst wenn wir ein freies Vereins- und Versammlungsrecht für ganz Deutschland hätten, hätten wir die weiblichen Vertrauenspersonen noch genau so nötig zum Zweck der Agitation wie heute. Daß die Agitation notwendig ist, darüber brauchen wir kein Wort zu verlieren, nur die Frage, in welcher Art und Weise sie betrieben werden soll, ist strittig. Die Wahlvereinsvorstände haben so unendlich viel Arbeit zu leisten, daß es ihnen an Zeit zu einer besonderen Agitation unter den proletarischen Frauen fehlt, und da wir wissen, daß infolge der politischen Rückständigkeit weiter proletarischer Kreise, infolge der schwierigen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse, unter denen die Frauen ganz besonders leiden, die Frauenagitation mit ganz besonderen Schwierigkeiten verknüpft ist, deshalb muß bei der Agitation unter den Frauen angeknüpft werden an ganz bestimmte Fragen, und das können am besten die zu diesem Zweck gewählten weiblichen Vertrauenspersonen besorgen. Da, wo die Frauen nicht Mitglieder der Wahlvereine werden können, sollen die weiblichen Vertrauenspersonen unter dem weiblichen Proletariat die gleichen Funktionen ausüben, wie die Vertrauenspersonen unter dem männlichen Proletariat. Aber an den Orten, wo wir Mitglieder werden können, da sollen die weiblichen Vertrauenspersonen sich lediglich der Agitation widmen, da sollen sie keine besondere Organisation unter den Frauen bilden, da sollen sie die Frauen unter allen Umständen den sozialdemokratischen Vereinen zuführen. Aber agitiert muß dort werden. Unser Antrag bezweckt, daß überall möglichst weibliche Vertrauenspersonen gewählt werden, die die Agitation unter dem weiblichen Proletariat zu betreiben haben. Vollmar meinte, es sei unter den Genossen verschiedentlich die Ansicht vertreten, das Wort „wird" in § 14 enthalte die Verpflichtung, daß überall weibliche Vertrauenspersonen gewählt werden müssen. Nein, so ist das nicht. Obgleich ein moralischer Druck ausgeübt werden soll durch die Einfügung des § 14 in das Organisationsstatut, so soll doch kein Zwang dadurch ausgesprochen werden. Der Satz, daß die weiblichen Vertrauenspersonen möglichst im Einverständnis mit der Parteiinstanz gewählt werden, bedeutet, daß die Wahl nicht kopflos und überstürzt erfolgen soll, sondern daß man sich über die geeignete Person möglichst vorher mit den Genossen verständigt. Da wir uns also darüber einig sind, daß die Agitation von den weiblichen Vertrauenspersonen auszugehen hat, bitte ich Sie, den § 14 unverändert anzunehmen und dafür zu sorgen, daß er auch in die Wirklichkeit übersetzt wird. (Lebhafter Beifall.)

Lippold-Eisenach: Ich bin der Ansicht, daß die Kommissionsbeschlüsse das Richtige treffen. Besonders stimme ich § 10 zu, weil er der wirtschaftlichen Lage der verschiedenen Kreise Rechnung trägt. Die Beiträge müssen so bemessen sein, daß wir auch in den armen Gegenden Mitglieder finden. An eine bestimmte Mitgliederzahl darf das Recht der Beschickung des Parteitages nicht gebunden werden, denn ein Wahlkreis mit wenig Wählern, der prozentual so gut organisiert

wäre, wie ein Kreis, der vielleicht zwei oder dreimal so viel Wähler hat, dürfte den Parteitag mit einem Delegierten beschicken, während der Wahlkreis mit vielen Wählern mehrere Delegierte schicken dürfte, dadurch würden die ländlichen Kreise doppelt gestraft. Den Antrag, den „Vorwärts" zum Lokalorgan zu machen, bekämpfe ich. Ich glaube, wenn Sie den Antrag jetzt annehmen, werden wir übers Jahr ein neues Zentralorgan schaffen.

Jentsch-Berlin IV: Im großen und ganzen stimmen wir dem Entwurf zu, da er eine straffere Organisationsform vorsieht. Wir in Berlin haben heute noch das Vertrauensmännersystem, sehen aber ein, daß das nicht mehr zeitgemäß ist. In einer Reihe von Punkten schlagen wir Aenderungen vor. Es muß die Möglichkeit gegeben sein, einen anderen Wahlkreis als den des Wohnortes zur Organisation zu wählen. Ohne eine solche Bestimmung können der 1. und 3. Berliner Wahlkreis nicht auskommen, weil in ihnen eine Menge von Mitgliedern tätig und unentbehrlich sind, die nicht im Wahlkreise wohnen. Weiter verlangen wir, daß die Wahlkreise die Delegationskosten tragen müssen und daß es nicht gestattet ist, daß einzelne Delegierte selbst die Kosten tragen. Die Vorkommnisse der letzten Jahre — ich erinnere an den Fall Bernhard —, die in dies Gebiet fallen, waren der Partei unwürdig. Zu § 18 beantragen wir, daß die Tagesordnungen acht Tage vor dem Parteitage vom Vorstande festgesetzt werden. Weiter beantragt mein Wahlkreis, die Parteiblätter zu verpflichten, die Bekanntmachungen des Vorstandes an hervorragender Stelle zu veröffentlichen. Der Mißstand, daß diese Veröffentlichungen bei manchen Blättern im hinteren Teile erscheinen, muß beseitigt werden. Ferner hätten wir erwartet, daß die Kommission auch in der Frage der Vertretung auf dem Parteitage den Entwurf mit einem Tropfen demokratischen Oels gesalbt hätte. Davon findet man aber leider nichts. So wie er jetzt ist, ist der § 15 für uns einfach unannehmbar. Unser Antrag würde durchaus nicht die Majorisierung der kleinen Orte ermöglichen. Alle Kreise sollen ja das Recht der Delegation haben. Wir beantragen ferner das Vorrecht der Fraktion zu streichen. Wir haben jetzt annähernd 100 privilegierte Vertreter auf unserem Parteitage. Das ist ganz undemokratisch. Nach den demokratischen Grundsätzen dürften nur solche Vertreter auf unseren Parteitagen, die gesetzgebende Versammlungen für die Sozialdemokratie sind, stimmberechtigt sein, die auf Grund des allgemeinen Wahlrechts gewählt sind. Dieser Grundsatz muß für die Zusammensetzung des Parteitags maßgebend sein.

Michels-Marburg: Was bisher vorgeschlagen ist, scheint mir nicht geeignet, die Frage der Fraktionsvertretung zu lösen. Eine nur partielle Zulassung der Fraktion zum Parteitag würde den Ambitionismus züchten. Die Einführung eines nach alphabetischen Rücksichten geordneten Turnus — Zulassung zuerst der mit A, dann der mit C und D beginnenden Deputierten — aber liefe auf eine A-B-C-Schützerei heraus. Die einzige logische Lösung wäre, die Fraktionsmitglieder als solche nicht zum Parteitage zuzulassen. Wo ein Parlament ist, ist auch Parlamentarismus, und wenn Eisner gegenüber Friedeberg sagte, wir hätten kein Parlament, also auch keinen Parlamentarismus, so ist das unrichtig. Wir haben zwar kein Parlament, wohl aber bereits Ansätze zum Parlamentarismus. Ich erinnere nur an die Erklärung der Fraktion gegen einen Artikel der „Leipziger Volkszeitung". So lange wir die Fraktion zum Parteitage zulassen, besteht die Gefahr, daß einmal durch die Stimmen der Abgeordneten ein Beschluß zustande kommt, der eigentlich nicht dem Willen der Partei entspricht. Es gibt zwar Genossen unter uns, die behaupten, eine Gefahr der Parlamentarisierung der Parteitage sei allein aus dem Grunde von vornherein ausgeschlossen, weil die Mitglieder des Reichstages auf Kongressen statutengemäß in allen das Parlament betreffenden Dingen kein Stimmrecht besäßen. Dieses Argument ist hinfällig. Wir sind eine parlamentarische Partei und als solche erscheinen uns alle Fragen des politischen Lebens in mehr oder weniger enger Weise mit parlamentarischen

Fragen verquickt. Wir sind von Parlamentarismus durchtränkt. Dürften unsere Parlamentarier folglich wirklich über alle das Parlament betreffenden Dinge nicht mitsprechen, so müßte man sie überhaupt von den Parteitagen ausschließen. Aber man sagt ja auch, die Abgeordneten könnten uns wertvolle Aufklärung geben und müßten deshalb vertreten sein. Wäre diese auf Grund eines besseren Ueberblicks gewonnene Aufklärung schon bei einem Scheinparlament, wie wir es besitzen, wirklich von so ungemeiner Wichtigkeit, von wie viel größerer müßte sie nicht in Ländern mit einem entwickelteren Parlamentarismus, mit Ministerverantwortlichkeit und Möglichkeit zu schärferer Kontrolle der Regierung sein. In Wirklichkeit aber sehen wir, daß unsere Bruderparteien in diesen Ländern, wie Frankreich, Italien und Holland den Inspirationen ihrer Parlamentarier auf Parteitagen absolut nicht die ungeheure Bedeutung beimessen, die sie anscheinend logischerweise dort haben müßten. In den ebengenannten Ländern gewähren unsere Parteigenossen den Parlamentariern als solchen gar keinen Sitz und Stimme auf ihren Parteitagen. Ja, die Genossen dort gehen sogar noch weiter und haben sogar die Zahl der zulässigen Parlamentarier im Parteivorstand beschränkt, so in Holland auf 2, in Italien auf 1, während in Frankreich überhaupt kein Deputierter im Parteivorstand sitzen darf. Wenn in diesen Ländern jemand solche Vorrechte für die Parlamentarier beanspruchen wollte, wie sie in Deutschland tatsächlich bestehen, sie würden einfach ausgelacht werden. Hier können wir auch einmal vom Auslande lernen. Uebrigens sind ja unsere Abgeordneten selber zum Teil meiner Ansicht. Um so besser wird die Frage nach lediglich prinzipiellen Gesichtspunkten beurteilt werden können.

Silberschmidt-Wanzleben: Meine Mandatgeber beauftragten mich, für Annahme des Entwurfs einzutreten, der das mindeste von dem ist, was notwendig ist. Wir halten die Organisation nicht nur für eine Formfrage. Die bisherige Organisation war so mangelhaft, daß es nicht gelang, die einmal gewonnenen Mitglieder festzuhalten und immer fester an uns zu ketten. Da muß die neue Organisation einsetzen. Die Kleinarbeit muß besser betrieben werden. Unser Ziel muß sein, alle Arbeiter, die organisationsfähig sind, zu gewinnen und dauernd zu halten. Die Beitragsfrage und die Frage der Berichterstattung muß so geregelt werden, daß neue Mittel zur Erziehung gefunden werden. Bis jetzt ist die Verbindung zwischen Vorstand und Wahlvereinen viel zu lose. Zwischen diesen beiden Instanzen muß eine ständige direkte Fühlung bestehen, sonst ist es dem Vorstande unmöglich, seine Aufgabe zu erfüllen. Der Blutzufluß, der dem Vorstande aus den Wahlkreisen zuteil werden muß, wird dann künstlich unterbunden. Es heißt, der Einfluß der Landesorganisationen würde durch die Kommissionsbeschlüsse zu sehr geschwächt. Das ist nicht der Fall. Den Landesorganisationen ist es ja unbenommen, eine ebenso enge Fühlung oder eine noch engere mit den Kreisen zu unterhalten wie der Parteivorstand. Unsere Frauenorganisation bedarf besonderer Berücksichtigung, deshalb sollte man mit allen Bestimmungen vorsichtig sein, die den Frauen ihre Arbeit erschweren und die Einheitlichkeit der Organisation stören können. Ich bitte daher, auch in bezug auf § 14 dem Entwurf zuzustimmen, den wir überhaupt im großen und ganzen akzeptieren.

Bebel: Im Auftrage des Parteivorstandes und der Kontrollkommission, und zwar auf einstimmigen Beschluß dieser beiden Instanzen, habe ich Sie zu bitten, den Antrag der Mehrheit der Berliner Parteigenossen, wonach der „Vorwärts" seines Charakters als Zentralorgan entkleidet werden soll, abzulehnen.

Sechs von den acht Berliner Wahlkreisen haben dem Antrage zugestimmt, zwei ihn abgelehnt, der 4. Berliner und der Teltower Kreis. Ich konstatiere, daß diese beiden Kreise ein volles Drittel der Abonnenten des „Vorwärts" stellen. Ich konstatiere ferner, daß dem Parteivorstand von den Vorverhandlungen über den Antrag, die nach dem Genossen Wels mehrere

Monate gewährt haben, nicht das geringste bekannt gewesen ist. (Hört! hört!) Erst zwei Tage vor der endgültigen Entscheidung in der Vertrauensmänner-Versammlung wurde der Vorstand unterrichtet, so daß wir nicht in der Lage waren, öffentlich vor den Berliner Genossen unseren Standpunkt klarzulegen. (Hört! hört!) Genosse Wels sagte, 1890 sei den Berliner Genossen ihr Organ genommen worden. Wie lag die Sache? Als im Frühjahr 1890 sicher war, daß das Sozialistengesetz am 1. Oktober 1890 außer Kraft treten würde, hat die damalige Parteileitung, der Fraktionsvorstand, bestehend aus Liebknecht, Meister, Grillenberger, Singer und mir, sich die Frage vorlegen müssen, was soll dann werden? Wir haben dazu auch Auer eingeladen, der damals zeitweise dem Reichstage nicht angehörte. Bei diesen Verhandlungen wurde nun geltend gemacht, daß die alte Organisationsform unmöglich geworden sei. Liebknecht vertrat damals noch den Standpunkt, daß man wieder ein dreimal wöchentlich erscheinendes Zentralorgan in Leipzig schaffen solle. Alle anderen waren dagegen und Liebknecht ließ sich überzeugen. Wir waren der Meinung, daß das Zentralorgan nach Berlin kommen und täglich erscheinen müsse. Es ist aber ganz selbstverständlich, daß wir den Berlinern ihr Blatt nicht „nehmen" konnten, sondern sie um ihre Einwilligung fragen mußten. Da konstatiere ich nun, daß die Berliner Vertrauensmänner, die damals die Frage zu entscheiden hatten, mit der größten Bereitwilligkeit uns entgegengekommen sind (Zuruf bei den Berliner Delegierten: die Vertrauensmänner, nicht die Oeffentlichkeit!); ja natürlich, die Oeffentlichkeit konnten wir nicht fragen, weil wir noch unter dem Sozialistengesetz standen. Genosse Wels führte ferner, um zu beweisen, in welcher fatalen Situation sich die Berliner Genossen befunden hätten, an, daß seinerzeit in der Frage der Beteiligung an den Landtagswahlen die Mehrheit der Berliner Genossen einen ablehnenden Standpunkt einnahmen, während der „Vorwärts" die Beteiligung befürwortete. Allerdings war auch die Mehrheit des Parteivorstandes für die Beteiligung, der Parteivorstand hat aber niemals den geringsten Versuch gemacht, die Stellungnahme des „Vorwärts" in dieser Frage zu beeinflussen. Ebensowenig wie in der Agrarfrage. Wenn also damals der „Vorwärts" für die Beteiligung eintrat, so lag das nicht am Parteivorstande, sondern an der Mehrheit der Redaktion. Nun ist im Laufe der Jahre auf das Drängen der Berliner Genossen die Sache so geregelt worden, daß zur Kontrolle der prinzipiellen und taktischen Haltung des Zentralorgans sowie seiner Verwaltung von den Parteigenossen Berlins und der Vororte eine Preßkommission gewählt wird, die in Gemeinschaft mit dem Parteivorstand über alle Angelegenheiten des Organs entscheidet, insbesondere über Anstellung und Entlassung der Angestellten. Bei Meinungsverschiedenheiten entscheiden Kontrollkommission, Parteivorstand und Preßkommission in der Art zu gleichen Rechten, daß jede der drei Organisationen je eine Stimme hat.

Diese Regelung hat sich nach Ansicht des Parteivorstandes und der Kontrollkommission ausgezeichnet bewährt. Die Berliner Genossen haben danach volle Anteilnahme an der Verwaltung des Blattes, an der Zusammensetzung der Redaktion und der Haltung des Blattes. In 8 Jahren ist es zweimal zu Differenzen gekommen, die der Kontrollkommission unterbreitet wurden. Das eine Mal handelte es sich um die Anstellung eines Expeditionsbeamten. Der Parteivorstand meinte, daß der betreffende sich besser für eine andere Stellung eigne, die Preßkommission war anderer Ansicht. Wir verständigten uns nicht und die Kontrollkommission entschied dann gegen den Vorstand. Das andere Mal handelte es sich um die Erhöhung eines Redaktionsgehalts. Der Parteivorstand war für die Erhöhung, die Preßkommission verweigerte die Zustimmung! Die Kontrollkommission entschied wiederum für die Preßkommission. Auch hier war also der Parteivorstand abgeblitzt. Nun will ich eins bemerken: es kann von vornherein keine Rede davon sein, daß etwa die

Berliner Genossen mit ihrem Antrage finanzielle Vorteile bezweckten. (Zustimmung.) Die Berliner Genossen haben sich in dieser Beziehung bisher stets so opferwillig und tadellos gezeigt, daß dieser Gedanke nicht aufkommen kann. (Sehr richtig!) Was die technische Verwaltung des „Vorwärts" anlangt, so ist es mit Ausnahme des Falles, den ich eben angeführt habe, niemals zu Differenzen gekommen. Wir haben hier regelmäßig den Berlinern das Recht des Vorschlags überlassen und diese Vorschläge einfach akzeptiert, weil wir sagten, daß die Berliner die Verhältnisse in dieser Beziehung am besten kennen. In bezug auf die Haltung des „Vorwärts" in taktischer und prinzipieller Hinsicht kann ich ebenfalls eine volle Harmonie zwischen den Berliner Parteigenossen und dem Parteivorstand konstatieren. Als am 17. Juni dieses Jahres, nicht auf unsere Einladung, sondern auf Einladung der Berliner Parteigenossen, die Vertrauensleute Berlins, die Preßkommission, die Lokalkommission, die Agitationskommission für die Provinz Brandenburg, die Vertreter Berlins im Reichstag und der Parteivorstand zu einer gemeinsamen Sitzung zusammentraten, ergaben die Verhandlungen folgendes Bild: Nach längeren Auseinandersetzungen nahm ein Mitglied des Parteivorstandes das Wort, polemisierte in scharfen Ausführungen gegen die Haltung des „Vorwärts" und hatte programmmäßig nachzuweisen versucht, was nach seiner Meinung notwendig sei in bezug auf das Blatt und seine redaktionelle Führung. Diese Ausführungen fanden in dem Maße den Beifall der gesamten Berliner Parteivertreter, daß aus der Mitte der Parteigenossen Berlins der Antrag gestellt wurde, die Ausführungen des betreffenden Vorstandsmitgliedes gewissermaßen als Programm des „Vorwärts" der Redaktion zu empfehlen. Und als die betreffende Person den Versuch machte, es abzulehnen, daß seine Person quasi als Fahnenhalter in den Vordergrund geschoben wurde und bat, man möge eine Resolution annehmen, die etwa dasselbe besagte, wurde das abgelehnt und einstimmig wurde beschlossen, daß diese Ausführungen der Redaktion zur Beachtung empfohlen werden. (Zuruf der Berliner: Es wurde aber nicht danach gehandelt.) Gewiß, das steht auf einem anderen Blatt. Es waren aber Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Redaktion vorhanden, das ist ja in der letzten Zeit erst wieder hervorgetreten. Es ist unter anderem die Bemerkung gefallen, so etwas wäre in einem bürgerlichen Blatt unmöglich. Darauf habe ich den Genossen gesagt: da habt Ihr ganz recht, ein bürgerlicher Verleger würde einfach sagen: die und die Leute vertreten die Meinung, die ich habe, ich schmeiße die anderen hinaus. Ja können wir denn als Partei so handeln, geht das zu machen?! Noch eins, die Berliner Genossen haben im Laufe der Jahre vier Redakteure aus ihrer Mitte in die Redaktion des „Vorwärts" gebracht. Diese Parteigenossen waren nach ihrer Meinung Männer, die die Ueberzeugung der Berliner Parteigenossen vertraten. Im Laufe der Tätigkeit dieser Männer ist es nun so gekommen, daß zwei derselben sich nicht etwa von der Linken, wo sie waren, sondern von der Rechten umgarnen ließen und nun ist durch diese zwei, die anderer Meinung geworden sind, die Mehrheit in der Redaktion eine andere geworden. (Hört, hört!) Das ist nicht unsere Schuld. Wir sind der Meinung, daß es gerade im Augenblick angesichts der Situation, wie ich sie gestern schilderte, ganz unmöglich ist, dem Blatte, das an dem Orte erscheint, wo der Zentralvorstand seinen Sitz hat, und das doch unter allen Umständen das Hauptblatt sein wird, auch wenn man es nicht so nennt — (sehr richtig!) — eine Stellung zuzuweisen, die unter Umständen zur Folge hat, daß der Parteivorstand sich in bittender Form an die Berliner Parteigenossen wendet und ihn der Gefahr aussetzt, daß die Berliner Parteigenossen erklären, was Ihr wollt, damit sind wir nicht einverstanden. Wir sind der Ueberzeugung, daß gerade in der gegenwärtigen Situation weniger denn je an den gegenwärtigen Verhältnissen gerüttelt werden darf. Wir sind auf der anderen Seite, falls wir wiedergewählt werden, entschlossen, alles aufzubieten, um die berechtigten Klagen,

die wir vollständig mit den Berliner Genossen teilen, zu beseitigen und Mittel und Wege zu beraten, wie dem gegenwärtigen unhaltbaren Zustand — das betone ich (lebhaftes sehr richtig! bei den Berlinern) — abgeholfen werden kann. Liebe Genossen, die Dinge müssen allemal erst ihren Höhepunkt erreichen, ehe man zu entscheidenden Maßnahmen greifen kann, es muß erst das allgemeine Bewußtsein vorhanden sein, daß es so nicht weitergeht. Und nun noch eins: Die Berliner Genossen haben noch ein besonderes Privilegium: der Parteivorstand ist um zwei Beisitzer verstärkt worden. Die Kontrollkommission wählt dieselben und sie fragt stets bei den Berliner Genossen an, welche Männer schlagt ihr uns vor. Es sind also zwei Vertrauensmänner der Berliner Genossen, die als Vorstandsmitglieder gewählt werden, sie sind Jahr für Jahr bestätigt worden und wie ich gehört habe, werden sie auch diesmal wieder in Vorschlag gebracht werden. Damit haben die Berliner Parteigenossen ein Privilegium, wie es keine andere Mitgliedschaft der Partei besitzt. Also ich glaube, nach allen Richtungen hin ist den Berliner Genossen der volle Einfluß gewährleistet. Endlich bitte ich Sie, den Antrag abzulehnen, wonach Vorstand und Kontrollkommission verpflichtet sein sollen, acht bis vierzehn Tage vor dem Parteitage auf Grund der eingegangenen Anträge eine neue provisorische Tagesordnung festzusetzen. Wir müssen die Referenten, die wir bestimmen, mindestens ein Vierteljahr vorher bitten, ihr Referat auszuarbeiten. Wir können aber offiziös die Tagesordnung früher verkünden, dann können die Parteigenossen sich darüber entscheiden, ob sie weitere Vorschläge machen wollen.

Rink-Offenbach: Obwohl wir im ganzen mit dem Entwurf einverstanden sind, haben wir doch einiges einzuwenden. Zunächst gegen § 4 Absatz 3. Wir meinen, daß der betreffende Parteigenosse, welcher es versäumt, Schiedsrichter in bestimmter Frist zu ernennen, nur dann als ausgeschlossen gelten darf, wenn die betreffende Partei-Organisation den Ausschluß positiv beschlossen hat. Wir sind auch dagegen, daß der Parteitag beschließen soll, ob ein früher Ausgeschlossener wieder aufgenommen werden darf. Dazu sind die Lokalorganisationen viel besser geeignet. Wir freuen uns, daß man die Landesorganisationen hat bestehen lassen und daß die Annexionsgelüste, wie sie der Frankfurter Parteisekretär Dittmann im „Hamburger Echo" entfaltet hat, keinen Boden gefunden haben. Die hessische Landesorganisation hat 2000 Mark an den Parteivorstand geschickt. Das bedeutet viel mehr als die Leistungen der Großstädte. Wir wünschen, daß die Fraktion das Recht behält, auf dem Parteitag wie bisher zu erscheinen; wir halten es für die Pflicht jedes Abgeordneten, auf dem Parteitag zu kommen und hier Rechenschaft abzulegen. Damit wird dem Parlamentarismus kein besonderer Vorschub geleistet, wenn wir Abgeordnete, die in Schwankungen geraten, wie z. B. bei Bewilligung der Hererokredite, hier beim Schopf packen. Lassen Sie es bei der bisherigen Bestimmung.

Zorn-Fürth: Der Organisationsentwurf enthält verschiedene Bestimmungen, die in der Provinz große Aufregung hervorgerufen haben. Unter allen Umständen muß eine bessere Verbindung zwischen den lokalen Organisationen und der Zentralinstanz geschaffen werden. Die Vereine fürchten aber ihre Selbständigkeit zu verlieren, es muß daher Aufgabe der Zentralleitung des Wahlkreises sein, den Ortsvereinen in dem Rahmen des Organisationsstatuts, eine gewisse Selbständigkeit zu gewähren, damit die Schaffensfreudigkeit nicht leidet. Den Grundgedanken, daß die Vereine sich in finanzieller Hinsicht mehr der Partei erinnern, heiße ich gut. Ob 10 oder 25 Proz. an den Parteivorstand, dagegen nur 10 Proz. an den Gau abgeführt werden müssen, ist ziemlich gleichgültig. Sollen 25 Proz. an den Parteivorstand abgeliefert werden, dann muß eben der Parteivorstand, wo es nötig ist, einspringen. Die Festsetzung der Beitragshöhe darf nicht dem Parteitag überlassen bleiben; hierfür sind die Bezirksverbände die geeignete Instanz, sonst könnte es dahin kommen, daß alles vom

Standpunkte der Großstadt aus beurteilt wird. Daß Genossen, die infolge Domizilwechsels einem anderen Wahlverein beitreten, nochmals Eintrittsgeld bezahlen sollen, halte ich nicht für berechtigt. Auch die Bestimmung, daß Ausgeschlossene nur durch den Parteitag wieder aufgenommen werden dürfen, ist nicht begründet. Ich nähere mich in dieser Hinsicht dem Antrag, der die Entscheidung darüber der örtlichen Organisation mit dem Parteivorstande überlassen will.

Hüttmann-Frankfurt a. M.: Uns geht der Entwurf nicht weit genug, wir hätten eine straffere Organisation gewünscht. So große Angst vor der Polizei brauchen wir nicht mehr zu haben, wir sind bei der heutigen Entwickelung der Partei sehr wohl in der Lage, eine straffere Organisation zu schaffen. Selbst in zurückgebliebenen Gegenden werden wir heute zentralistischer vorgehen können. Wir in Frankfurt halten den Zustand, wie er jetzt in Mitteldeutschland und überhaupt in Süddeutschland herrscht, für einen unhaltbaren, die strenge Abgrenzung in Landesorganisationen, wie wir sie in Hessen haben, ist schädlich, und aus diesem Grunde wollen wir diese Zwischenglieder beseitigen. Die hessischen Genossen werden mit einer strafferen Organisation in dem neuen Statut sehr gut fahren, es bedeutet einen Fortschrit. Ebenso gut wie in Hessen und anderen süddeutschen Staaten müßten wir ja auch in Preußen zu einer Landesorganisation kommen. Zu schablonisieren liegt uns fern. Unter allen Umständen müssen wir einen Minimalbeitrag festsetzen, die einzelnen Wahlvereine könnten ja örtliche Zuschläge erheben. Wir beharren nicht auf den von uns vorgeschlagenen 30 Pfennig, wir sind Erwägungen zugänglich. Vertrauensleute brauchen wir in Zukunft nur noch da, wo wir keine Zentralisationen haben, aber im übrigen können wir mit dem Vertrauensmännersystem brechen.

Wagner-Stuttgart: Wir wollen uns durchaus nicht gegen eine Zentralisation sträuben, die wir ja auch im kleinen in unserer Organisation haben. Nur sollte nicht ganz überflüssig zerstört werden, was mühselig aufgebaut ist. Wir wollen die Landesorganisationen bestehen lassen, und ich wundere mich, daß mein Vorredner sie ein Uebel nennen konnte. In Norddeutschland macht man uns das Uebel jetzt ja nach. Wir wollen aus dem Entwurf jede Unklarheit beseitigen, die die selbständige Tätigkeit unserer Organisationsform beschränken könnte. Das sehen wir in der Beitragsleistung direkt an die Zentralstelle und in der Berichterstattung durch die Wahlkreise selbst, beides sollte durch die Landes- oder Bezirksorganisationen vermittelt werden. Wir fürchten, daß, wenn die Kreise direkt nach Berlin steuern, ihre Opferwilligkeit erlahmt. (Widerspruch Pfannkuchs.) Wir in Süddeutschland denken nicht daran, uns gegen die Zentralisation im allgemeinen zu erklären. Ich würde es für segensreich halten, wenn der Parteitag einen Minimalbeitrag festsetzen würde. Ich bin immer für eine bessere Gegenleistung von uns an die Parteikasse eingetreten, und das ist nicht immer genügend begriffen worden. Wenn daher die Beitragsleistung durch das allgemeine Statut festgelegt werden könnte, würde ich es mit Freuden begrüßen. Wir Süddeutschen wollen das beste für das Wohl der Partei.

Pfannkuch: Eine Meinungsverschiedenheit über die Notwendigkeit in der Schaffung einer besseren Organisation, die die Aktionsfähigkeit der Partei erhöht, ist im großen ganzen nicht zutage getreten, nur darüber, wie die Organisation auszubauen ist, gehen die Ansichten auseinander. Es wird von der einen Seite eine straffere Organisation gewünscht. Schulz meinte, es dürfe nur die Vereinsorganisation gelten und er exemplifizierte dabei auf Mecklenburg. Selbst Mecklenburg würde sich damit abfinden. Sie müssen dem Parteivorstande doch zutrauen, daß er wenigstens einigermaßen die Verhältnisse im Lande kennt. Wenn wir auch bei der bisher geübten ungenügenden Berichterstattung aus dem Lande nicht über alle Vorgänge unterrichtet sind, so suchen wir uns doch im allgemeinen zu orientieren, wir würden ja sonst unsere

Pflicht vernachlässigen. Und da kann ich nur sagen, daß bei aller Hochachtung vor der Tätigkeit unserer Mecklenburger Genossen besonders in Rostock und Strelitz doch sonst die Organisation in Mecklenburg sehr viel zu wünschen übrig läßt und daß wir mit Freuden den Antrag der Mecklenburger auf Einsetzung eines besoldeten Parteisekretärs zugestimmt haben, hauptsächlich, damit endlich eine wirklich fest gegliederte Organisation in ganz Mecklenburg geschaffen wird. Wir sind also einig darüber, daß die Organisation besser ausgebaut werden soll. Die einzelnen Redner haben sich bei ihrer Kritik der einzelnen Bestimmungen von ihren örtlichen Verhältnissen leiten lassen. Die Kommission aber konnte von einem so engen Gesichtskreis nicht ausgehen, sie mußte das große Ganze im Auge haben. Die Kommission hat zunächst in einer Generaldiskussion alle Gesichtspunkte erörtert, die auch heute hier erörtert sind, denn sie haben die Mitglieder der Kommission doch in dem Bewußtsein gewählt, daß sie von der Organisation auch ein klein wenig verstehen. Es ist in der Kommission nicht verkannt worden, daß man sich mit dem Gegebenen abfinden müsse. Ich bin zentralistisch von dem Augenblicke an, wo ich in die Partei eingetreten bin. Bebel meint immer spottend: Na, du hast dir ja noch vom Allgemeinen Arbeiterverein her dein zentralistisches Herz bewahrt. Gewiß, ich bin für die zentralistische Organisation, aber ich verkenne keinen Augenblick all das, was notwendig ist, um im gegebenen Falle mit den gewordenen Zuständen fertig zu werden, und da bin ich auch der Meinung, es muß den Genossen, soweit es möglich ist, Bewegungsfreiheit gelassen werden; und das tut der Entwurf. Er läßt Spielraum, ob Bezirksorganisationen, ob Landesorganisationen, ob Bezirks- und Landesorganisation. Ueber allem aber steht die Geschlossenheit der Partei. Was verlangt nun der Entwurf in dieser Beziehung? Nichts anderes als eine einheitliche Abführung der Geldmittel und eine Berichterstattung an den Parteivorstand. Soweit der Parteivorstand in Betracht kommt, ist es ganz irrelevant, wie hoch und von wem die Beiträge normiert werden. Wir wollen nur, daß das Zusammengehörigkeitsgefühl der einzelnen Orte mit dem Parteivorstand herbeigeführt wird. Es ist gesagt, die Berichterstattung mache dem Parteivorstand zu viel Arbeit, sie werde auch nicht in dem Maße erfolgen, wie es notwendig sei. Das letztere würde ich aber bedauern, denn der Parteivorstand hat ja kein Exekutivmittel, die Parteitagsbeschlüsse durchzuführen, er kann höchstens die säumigen Wahlkreise bekannt geben. Wir haben bisher schon von Vorstandswegen die Berichterstattung aus den einzelnen Kreisen möglichst zu erleichtern gesucht; wir haben Formulare, es brauchen nur die Rubriken ausgefüllt zu werden. Bei der neuen Aufstellung der diesjährigen Formulare sind wir bereits von der Voraussetzung ausgegangen, daß der Kommissionsentwurf angenommen wird. Auch die Bearbeitung wird dem Parteivorstand durchaus nicht zu viel Mühe verursachen. Ich habe die Bearbeitung der Formulare der letzten drei Jahre bei mir, die Genossen können sie einsehen. Wir haben die Zusammenstellungen nicht veröffentlicht, um nicht den traurigen Zustand der gegenwärtigen Berichterstattung zutage treten zu lassen. Ich spreche das aus, damit die Genossen sich einer besseren Berichterstattung befleißigen mögen. (Die Redezeit ist abgelaufen.) Die Kommission wird ja wohl zusammentreten und die Arbeit, die sie an zwei Sonntagen in Berlin gemacht hat, nochmals machen. Ich glaube aber, daß abgesehen von redaktionellen Aenderungen, nichts anderes herauskommen wird, als der vorliegende Entwurf. (Zustimmung.)

Friedrich-Darmstadt: Da die Kommission ihren Entwurf ohne Begründung veröffentlicht hat, sind Mißverständnisse entstanden, die wieder zu Anträgen geführt haben. Die Mehrzahl wird durch die Ausführungen Vollmars wohl erledigt sein. Ich wollte nur einige Worte zur Organisierung und Finanzierung der Partei sagen. Es ist nicht notwendig, mit der Einführung einer strafferen Organisation zu warten, bis alle die entgegenstehenden Hindernisse beseitigt sind.

In der Großstadt urteilt man anders über die Organisationsform als auf dem Lande. In Berlin stellt jede Lokalorganisation gewissermaßen schon eine Kreisorganisation dar, und wenn die 6 Kreise zusammentreten, sind sie beinahe eine Landesorganisation. Es ist ja viel leichter, in einer großen Stadt zu organisieren, als in einem Landkreise, zu dem 60, 70 Orte gehören. Nachdem die Landesorganisationen nicht, wie fälschlich angenommen wurde, durch den Entwurf ausgeschaltet werden sollen, finde ich mich auch mit dem entsprechenden Passus ab. Die Vorbedingungen für eine straffe Organisation sind für ganz Deutschland bereits gegeben. In Hessen hatten wir ursprünglich nur Lokalorganisationen, die nach Bedürfnis, wenn Wahlen vor der Tür standen, zusammentraten. Wir sahen dann ein, daß dieser Zustand nicht haltbar sei, und es entstanden Kreisorganisationen. Aber auch die Kreisorganisationen litten unter Geldmangel und konnten aus diesem Grunde nicht wirksam arbeiten. Erst nachdem ein einheitlicher Beitrag für den ganzen Kreis eingeführt und durch Marken quittiert wurde, hat die Kreisorganisation sich ausbauen können.

Nachdem dies geschehen, machte sich das Bedürfnis nach einer Landesorganisation geltend; dieselbe wurde errichtet, aber auch hier erwies sich dieselbe finanzielle Schwierigkeit, wie ehedem. Bei der Kreisorganisation und nur durch Einführung einer einheitlichen Landesbeitragsmarke kam die Landesorganisation zu Gelde, konnte arbeiten und erwies sich als außerordentlich nutzbringend. Diesen Entwickelungsgang muß man sich vor Augen halten, wenn man für die Parteiorganisation für ganz Deutschland eine Grundlage schaffen will. Sind wir für eine einheitliche Organisation entschlossen, so müssen wir auch einen einheitlichen Minimalbeitrag für ganz Deutschland einführen. Es muß das Markensystem, das einige Gegenden schon haben, auf ganz Deutschland übertragen werden. Der Hauptvorstand gibt die Marken aus und behält einen bestimmten Prozentsatz. Die Landes- und Bezirksorganisationen geben sie weiter, behalten gleichfalls etwas zurück und so gelangen die Marken an die Lokalorganisationen. Auf diese Weise erhält die Hauptkasse ihren Tribut und auch die Zwischenstationen finden ihre Rechnung.

Ein *Schlußantrag*, den **Meist**-Köln begründet und **Ehrhart**-Ludwigshafen bekämpft, wird *angenommen*. In einer persönlichen Bemerkung spricht Wels-Berlin seine Verwunderung aus, weil Bebel konstatiert habe, daß der Beschluß der Berliner Vertrauensleute über den „Vorwärts" ohne Mitwirkung des Parteivorstandes zustande gekommen sei. Das hat bei den Berliner Delegierten lebhaftes Erstaunen hervorgerufen. Ich habe die Erklärung abzugeben, daß in der ersten Sitzung Molkenbuhr als Vertreter des Parteivorstandes anwesend war. Die Berliner Genossen haben geraume Zeit über den Plan diskutiert; sie mußten also annehmen, daß der Parteivorstand unterrichtet würde. Dieser Sachverhalt ist mir von Vertrauensmännern mitgeteilt worden.

Bebel: Genosse Wels hat mich mißverstanden. Ich habe nicht gesagt, daß der Vorstand nicht unterrichtet worden sei, sondern daß er erst unterrichtet wurde, nachdem die Genossen monatelang, wie Wels selbst mitgeteilt hat, unter sich den Plan erörtert hatten. Erst in der zweiten Woche des August ist der Vorstand unterrichtet worden, zwei Tage vor der entscheidenden Sitzung der Vertrauensleute.

Molkenbuhr: Die Berliner Vertrauensleute haben den Parteivorstand nicht vorher benachrichtigt, was in der betreffenden Sitzung verhandelt werden sollte. Es kam die übliche Einladung an den Vorstand, daß eine Sitzung der Berliner zur Abänderung des Organisationsstatuts stattfinden solle. Von dem „Vorwärts"-Antrag ist den ganzen Abend nichts erwähnt worden. Erst als dann acht Tage später die Beratung fortgesetzt wurde, und § 28 herankam, kam mit einem Male der Antrag wie aus der Pistole geschossen in die Sitzung hinein,

so daß wir also vorher von der Absicht der Berliner keinerlei Kenntnis gehabt haben. Das ist der Sachverhalt.

Singer: Der Berichterstatter der Kommission teilt mir mit, daß er in diesem Stadium der Beratung unter dem Vorbehalt, in der Spezialberatung noch zum Worte zu kommen, auf das Schlußwort verzichte. Ich darf wohl, ohne Widerspruch zu finden, annehmen, daß der Parteitag den Wunsch hat, diese wichtige Frage erst noch durch eine Kommission weiter vorberaten zu lassen. Es erfolgt kein Widerspruch. Ich stelle das fest. Was die Zusammensetzung der Kommission betrifft, so schlage ich vor, dieselbe Kommission, die in Bremen gewählt war, wieder zu wählen und Sie zu bitten, nunmehr auf Grund der heute in der Generaldiskussion zu tage getretenen Gesichtspunkte nochmals die Sache durchzuberaten. Diejenigen Mitglieder der früheren Kommission, die hier nicht anwesend sind, müßten natürlich durch andere ersetzt werden. Ich glaube, die Sache hat den Vorteil, daß wir auf diese Weise wenigstens eine Anzahl von Genossen in der Kommission haben, die schon mit der Materie vertraut sind. Auf diese Weise wird die Kommission leichter in die Lage kommen, ihre Verhandlungen zwar genügend gründlich, aber doch nicht unnütz lang zu gestalten. Wünscht jemand hierzu das Wort? Das ist nicht der Fall, dann nehme ich an, daß der Parteitag damit einverstanden ist. Ich werde die Liste verlesen und gleichzeitig die Vorschläge, die zum Ersatz der hier fehlenden Mitglieder der Bremer Kommission auf das Bureau gekommen sind: Freythaler-Berlin, Silberschmidt-Berlin, Braun-Königsberg, Löbe-Breslau; an Stelle von Gewehr-Elberfeld wird Faure-Elberfeld vorgeschlagen; Meister-Hannover; an Stelle von Vater-Magdeburg Haupt-Magdeburg, Frohme-Hamburg; an Stelle von Schmitt-Stettin Höß-Randow-Greifenhagen, Vollmar-München; an Stelle von Segitz-Nürnberg: Ehrhart-Ludwigshafen, Sindermann-Dresden, Ulrich-Offenbach, Böhle-Straßburg, Wagner-Stuttgart, Dreesbach-Mannheim, an Stelle von Dietrich-Rostock: Thomas-Altona, Baudert-Apolda, Hoffmann-Hamburg, Zetkin-Stuttgart, Zietz-Hamburg.

Der Parteitag stimmt diesen Vorschlägen mit großer Mehrheit zu.

Singer: Ich bitte die Kommission, möglichst heute noch zusammenzutreten, um sich zu konstituieren. Wir überweisen ihr zur weiteren Vorberatung und Berichterstattung die Vorlage, die Anträge 20 bis 73, sowie die übrigen zur Organisation gestellten Anträge. Es wird mir mitgeteilt, daß der früheren Kommission auch zwei Vorstandsmitglieder angehört haben. Der Parteitag ist wohl damit einverstanden, diese beiden Mitglieder ebenfalls in die Kommission zu senden. (Zustimmung.)

Es sind weitere Begrüßungstelegramme eingegangen.

Schluß 7¼ Uhr.

Zweiter Verhandlungstag.

Dienstag, den 19. September 1905. — Vormittags-Sitzung.

9¼ Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Es sind einige neue Begrüßungstelegramme eingegangen.

Singer: Ich habe zunächst eine geschäftliche Mitteilung zu machen. Es ist ein Antrag eingegangen, die Resolutionen, welche sich mit dem Streit zwischen einigen Parteiblättern, der in den letzten Monaten die Presse beschäftigt hat, befassen, einer Kommission von 15 Mitgliedern zu überweisen zur Prüfung und Berichterstattung an den Parteitag. Der Antrag ist bereits genügend unterstützt. Ich schlage dem Parteitag vor, jetzt über diesen Antrag zu beschließen,

weil, wenn derselbe angenommen werden sollte, auch der bevorstehende Verhandlungspunkt Veranlassung geben könnte, diesen Antrag zur Geltung zu bringen. In dem Bericht des Parteivorstandes, den wir jetzt diskutieren werden, sind Mitteilungen enthalten, die sich mit einem der fraglichen Blätter, mit der „Leipziger Volkszeitung", gegen die ja diese Resolutionen gerichtet sind, beschäftigen, und es wäre daher möglich, daß man auch die Gelegenheit des Vorstandsberichts benutzt, um in die Materie einzutreten. Wenn der Parteitag diesen Antrag annimmt, so würde ich schon bei der Diskussion des Berichts des Parteivorstandes Redner, die etwa auf diesen Punkt eingehen sollten, bitten, ihre Ausführungen zu lassen, bis der Bericht der Kommission vorliegt, über den ja dann eine Diskussion stattfinden wird. Deshalb bitte ich jetzt diesen Antrag geschäftsordnungsmäßig zu behandeln. Ein Widerspruch erfolgt nicht, der Parteitag ist also mit meinem Vorschlage einverstanden.

Stolten-Hamburg begründet den Antrag. Die Antragsteller glaubten mit diesem Antrag einem praktischen Bedürfnis des Parteitages entgegenzukommen. Ich glaube konstatieren zu können, daß wohl ganz allgemein das Empfinden vorhanden ist, daß der Streit, der in jüngster Zeit in der Parteipresse entstanden ist, der Entscheidung des Parteitages unterstellt werden muß (sehr richtig!) und daß es im Interesse der Partei gelegen ist, diesen Streit nicht ganz ohne Grenzen weitergehen zu lassen. Ich glaube, diese Empfindung ist auf beiden Seiten vorhanden, sowohl bei denen, die mehr ethisch-ästhetisch als auch bei denen, die mehr historisch-ökonomisch veranlagt sind. (Heiterkeit.) Wenn aber der Parteitag über diese Sache ein Urteil fällen soll, so müssen selbstverständlich erst die richtigen Grundlagen dafür geschaffen werden, denn ohne solche würde die Debatte sich zweifellos ins Uferlose verlieren. Es würde die Gefahr entstehen, daß die Debatte sich hauptsächlich zu der Frage zuspitzen würde, auf welcher Seite liegt die Schuld, und das würde ich für sehr bedenklich halten. Ich glaube, es wird sich schließlich vielmehr darum handeln müssen, die Frage zu entscheiden, auf welche Art und Weise machen wir diesen unerquicklichen Dingen für die Zukunft ein Ende. Das Vergangene werden wir, glaube ich, vergangen sein lassen können. Um das Material genau beurteilen zu können, wird es Stück für Stück durchgegangen und erwogen werden müssen, und das ist nur denkbar in einem engeren Kreise, wo man sich Auge in Auge gegenübersteht und Antwort gestanden werden muß auf unmittelbare Fragen, während in einer großen Diskussion ja sehr leicht ausgewichen werden kann. Erst wenn der Bericht der Kommission vorliegt, kann auf dieser Grundlage ein Urteil des Parteitages herauskommen, das für die Zukunft Besserung verspricht. — Wir haben auch die Frage erwogen, ob es nicht das richtigste wäre, diese Angelegenheit auch der Organisationskommission zu überweisen, weil in manchen Punkten die beiden Sachen sich berühren, so speziell in der Frage der zukünftigen Gestaltung des „Vorwärts" als Zentral- oder spezielles Berliner Organ. Wir haben uns aber gesagt, daß vermutlich bei der ungeheuren Menge von Anträgen die Organisationskommission schon reichlich genug zu tun hat und daß die Erörterung dieser Streitfrage der Kommission zu viel Zeit nehmen würde. Daher hielten wir es für besser, eine besondere Kommission für diese Angelegenheit vorzuschlagen und bitten Sie, dem zustimmen zu wollen.

Wolderski-Berlin: Ich möchte Ihnen nur mitteilen, daß nach einer Rücksprache, die wir als leidtragende Objekte, sowohl die Leipziger wie wir Berliner, veranstaltet haben, uns mit diesem Antrage einverstanden erklärt haben. Ich kann Sie nur dringend bitten, dem Antrage zuzustimmen.

Hierauf wird der Antrag, die Resolutionen 112, 113, 114 und 115 einer Kommission von 15 Mitgliedern zu überweisen zur Prüfung und Berichterstattung an den Parteitag, mit großer Majorität angenommen.

Singer: Es liegen bereits 2 Vorschlagslisten für die Kommission vor. Die Vorschläge lauten:

1. Dietz-Stuttgart, Haase-Königsberg, Stolten-Hamburg, Ernst-Berlin, Wolderski-Berlin, Kleemann-Leipzig, Seger-Leipzig, Schwartz-Lübeck, Schmitt-München, Frank-Mannheim, Sperka-Stuttgart, Ebert-Bremen, Frl. Baader-Berlin, Hengsbach-Köln, Rother-Breslau.

2. Meister-Hannover (Meister: Ich lehne ab!), Haase-Königsberg, Hoffmann-Berlin, Stolten-Hamburg, Sindermann-Dresden, Rosa Luxemburg-Friedenau, Schulz-Bremen, Loebe-Breslau, Stadthagen-Berlin, Schmitt-München, Zietz-Hamburg, Bohl-Leipzig, Wolderski-Berlin, Frank-Mannheim, Dietz-Stuttgart.

Ich schlage vor, diese beiden Vorschlagslisten im Laufe der Vormittagssitzung vervielfältigen zu lassen, sie zu verteilen und bitte dann während der Mittagspause die Wahlen vorzunehmen.

Bebel: Wir haben wohl alle Ursache, dafür zu sorgen, daß es möglichst bald zur Konstituierung der Kommission kommt, denn sie wird keine leichte Aufgabe haben. Ich schlage vor, daß wir über beide Listen durch Akklamation abstimmen, zuerst über die erste, dann über die nachher eingegangene.

Dr. Südekum-Dresden: Abgesehen von einem engeren Kreise von Parteigenossen, die sich mit der Frage wahrscheinlich gestern abend beschäftigt haben, ist den Mitgliedern des Parteitages von diesem Antrage nichts bekannt gewesen und sie sind infolgedessen auch nicht in der Lage gewesen, ihrerseits eine Vorschlagsliste, wie sie sie vielleicht für geeignet halten, aufzustellen. Ich bitte deshalb doch erst abzuwarten, ob nicht noch andere Parteigenossen für die Kommission vorgeschlagen werden und dazu erscheint mir das Verfahren geeigneter, das Singer vorgeschlagen hat.

Richard Fischer-Berlin: Ich glaube, wir können unsere Zustimmung zu der ersten Liste gleich hier geben. Sie ist nach zwei Grundsätzen aufgestellt. Erstens nach dem alten Grundsatz der Partei, möglichst viele Landesteile vertreten zu sehen, und zweitens älteren bekannten Parteigenossen, die in dem ganzen Streite persönlich nicht engagiert sind, die Sache zu übertragen. Wenn wir das tun, handeln wir sicher am besten im Interesse der Partei.

Wolderski-Berlin: Wir haben uns gestern abend schon mit der ersten Liste einverstanden erklärt und ich kann mich nur dem Vorredner anschließen.

Bebel: Ich wollte nur konstatieren, daß meinem Vorschlage alles ferner gelegen hat als den Parteitag zu überrumpeln. (Sehr richtig!) Ich habe auch aus der ersten Vorschlagsliste, an deren Aufstellung ich übrigens nicht beteiligt bin, ersehen, daß in der Tat die Grundsätze, die Fischer vorgetragen hat, im vollsten Maße berücksichtigt sind. Es handelt sich da um Personen, die nach meiner Ueberzeugung vollständig imstande sein werden, in der Sache selbst zu einem objektiven Urteil zu gelangen. Deshalb möchte ich bitten, meinem Vorschlage zu folgen, über die Listen der Reihe nach abzustimmen. Ich bin fest überzeugt, ein anderes Resultat wird auch sonst nicht herauskommen. Ich bin etwas überrascht, wenn Südekum von den hier umgehenden Anschauungen bis jetzt noch nichts vernommen hat. Ich habe zu meiner großen Freude konstatieren können, daß, nachdem Parteivorstand und Kontrollkommission bereits am Sonntag einmütig zu diesem Entschluß gekommen waren, von allen Seiten der gleiche Gedanke aufgegriffen wurde, ohne daß ein Teil von dem anderen gewußt hat, so daß eine Einmütigkeit des ganzen Parteitags erzielt wurde.

Dr. Südekum zieht hierauf seinen Antrag zurück.

Singer: Ich werde meinerseits auch nicht auf dem Vorschlage bestehen, die Listen erst drucken zu lassen, sondern sie jetzt direkt zur Abstimmung bringen.

Die Liste 1 wird hierauf mit großer Majorität angenommen.

Der Parteitag tritt in die Tagesordnung ein.

Zur Verhandlung gelangt Punkt 2 der Tagesordnung:

Geschäftsbericht des Vorstandes.

Damit verbunden wird Punkt 3 der Tagesordnung:

Bericht der Kontrollkommission.

Auf Vorschlag Singers werden die Anträge 117 und 128, die sich mit dem Verhältnis der deutschen Partei zur P. P. S. befassen, soweit sie in Deutschland organisiert ist, sowie die Resolutionen des Vorstandes über die Fleischteuerung, die Redeverbote gegen Jaurès, Dr. Adler, Greulich und Todeschini und über den internationalen Frieden beim Bericht des Vorstandes mit erörtert. Alle diese Anträge und Resolutionen finden die notwendige Unterstützung.

Das Wort erhält zunächst

Molkenbuhr-Berlin: Es ist bei dem Parteitag eine Beschwerde des Genossen Erb in Hamburg eingelaufen, weil einige von ihm eingereichte Anträge nicht gedruckt worden sind. Das geht bei ihm häufig so: die Hamburger lehnen seine Anträge ab, er bringt sie dann persönlich ein, sie werden aber vom Parteitage überhaupt nicht unterstützt. Diesmal würde es wohl ebenso gegangen sein. Zur Charakterisierung seiner diesmaligen Anträge will ich nur den Inhalt des ersten mitteilen. Die Fraktion wird darin aufgefordert, auf eine schleunige Aenderung der Reichsverfassung dahin zu drängen, daß jeder Deutsche, der in einen anderen Bundesstaat übersiedelt, im ersten Jahr steuerfrei bleibt. (Heiterkeit.) Damit würde es gerade den steuerkräftigsten Personen ermöglicht werden, sich von allen Steuern zu befreien; sie brauchten nur in jedem Jahre nach einem anderen Bundesstaat zu ziehen. Ich glaube, der Parteitag wird es billigen, daß wir diese Anträge zurückgewiesen haben. Formell hat ja Erb gewiß das Recht, den Druck der Anträge zu verlangen; ich glaube aber, er täte gut, nicht allzusehr auf diesem formellen Recht zu bestehen. (Sehr richtig!)

Die Darmstädter Genossen beschweren sich über den Vorwurf, den wir ihnen wegen ihres Kompromisses mit den Nationalliberalen machen. Das Kompromiß hat sich gegen die Nationalliberalen gerichtet. Insofern haben wir uns allerdings geirrt, aber an unserem Grundgedanken, daß wir es bedenklich finden, wenn man anstatt auf dem Wege des ehrlichen Kampfes durch Kompromisse zu Mandaten zu kommen sucht — daran wird wohl kaum etwas zu ändern sein. Der „Stettiner Volksbote" kritisiert unsere Bemerkung im Bericht, die einzelnen Orte sollten sich möglichst selbst helfen, um jungen Rednertalenten Gelegenheit zur Ausbildung zu geben. Es ist ja bekannt, daß der Parteivorstand nicht überall hin ausreichende Rednerkräfte entsenden kann, man sollte sich also daran gewöhnen, am eigenen Ort die das öffentliche Leben beschäftigenden Fragen zu behandeln. Statt dessen hält man vielfach überhaupt keine Versammlung ab, wenn kein auswärtiger Redner zur Verfügung steht. Man sollte deshalb darauf bedacht sein, immer mehr jüngere Kräfte auszubilden. Wie sind denn die alten, jetzt so beliebten Redner das geworden, was sie sind? Aus Begeisterung für die Sache haben sie so gesprochen, wie ihnen der Schnabel gewachsen war, und so ist es gekommen, daß Leute, die früher vielleicht keine Redner waren, im Laufe der Zeit sich zu guten Rednern entwickelt haben. Diese alte Taktik sollte man auch jetzt beobachten. Die meisten der viel verlangten Redner sind stark in Anspruch genommen, als Redakteure, Abgeordnete usw. Und wenn einmal im Reichstage eine Anzahl Abgeordnete fehlen, erhebt sich ein großes Geschrei, wie im letzten Jahre, weil zehn Abgeordnete an der Abstimmung über die Handelsverträge nicht teilnahmen. Wenn man sich darüber

so aufregt, sollte man auch die Abgeordneten als Redner nicht so sehr in Anspruch nehmen. Allerdings muß die Agitation ausgebreitet werden und wir müssen auch auf die Kreise Einfluß zu gewinnen suchen, die uns noch fernstehen und unsere Presse nicht lesen. Die jetzige Zeit ist dazu besonders geeignet. Wir stehen jetzt am Anfange einer Periode, in der die weitesten Schichten der Bevölkerung dadurch sehr stark in Mitleidenschaft gezogen werden, daß die Ausbeutungspolitik der Agrarier in die Praxis übersetzt werden soll. Dagegen müssen wir nicht nur innerhalb unserer Partei Front machen, sondern wir müssen weit über unsere Partei hinaus die Bevölkerung in Bewegung setzen. Das kann gerade in zollpolitischen Fragen von Nutzen sein. Als die Caprivischen Handelsverträge angenommen waren, haben die Junker es vorzüglich verstanden, eine Rebellion der Bauern ins Leben zu rufen; sie sind von Dorf zu Dorf gezogen und schüchterten durch ihre Agitation die Regierung so ein, daß sie sich beeilte, zu versichern, nach Ablauf der Verträge sollten die Wünsche der Bauernbündler erfüllt werden. Gerade so wie damals die Junker gegen die Verträge Sturm liefen, weil sie angeblich auf Kosten der Landwirtschaft geschlossen seien, müssen wir gegen die neuen Verträge vorgehen, weil sie auf Kosten der Arbeiter geschlossen sind. Entwickeln die Arbeiter dieselbe Energie wie die Junker, dann wird es einfach ein Ding der Unmöglichkeit sein, jene Politik zwölf Jahre lang zu treiben; nein, der Wuchertarif wird dann schon eher vom Sturm der Bevölkerung hinweggefegt werden. (Lebhafte Zustimmung.) Schon ist die Einleitung zu jener Politik vorhanden. Die gegenwärtige Fleischnot ist die Ouverture zu dieser Regierungspolitik, die auf die Dezimierung der industriellen Bevölkerung hinausläuft. Man will die Verhältnisse umkrempeln, die natürliche Entwickelung fälschen. Der Reichskanzler hat es als einen ungesunden Zustand bezeichnet, daß die Landbevölkerung von 64 Proz. im Jahre 1871 auf 46 Proz. der Gesamtbevölkerung gesunken ist. Tatsächlich wohnen aber jetzt mehr Leute auf dem Lande als damals. Freilich ist der Boden Deutschlands beschränkt und die überschüssige Bevölkerung muß in die Industrie. Will man aber das alte Relativverhältnis aufrechterhalten, so muß man die Industriearbeiter dezimieren oder wenigstens einen Stillstand in ihrer Zunahme herbeiführen. Darauf läuft die Politik der Regierung hinaus, unter der die arbeitende Bevölkerung am meisten leidet. Die Kapitalisten werden nicht von ihr betroffen; sie errichten Fabriken in Galizien oder Polen und beziehen von dort ihren Profit. Die Arbeiterklasse muß deshalb mit aller Macht zum Widerstand rüsten und alle rednerischen Talente ausbilden, damit auf dem letzten Dorfe die Wahrheit verkündet wird. Die Preisschrauberei auf dem Viehmarkt hat man schon vor Inkrafttreten des neuen Zolltarifs eintreten lassen, damit man gedankenlosen Menschen sagen kann, schon vorher waren die Preise hoch. Dieser Absicht dient die Grenzsperre. Da in Deutschland weniger Fleisch produziert als gebraucht wird, kann man durch Grenzsperren die Preise für Fleisch und Vieh auf jede beliebige Höhe bringen.

Das Viehseuchen-Gesetz vom 23. Juni 1880 ermöglichte die Grenzsperre, um die Einschleppung von Seuchen zu hindern. Von diesem Recht wurde im Interesse der Agrarier der weitgehendste Gebrauch gemacht. 1885 wurde die Einfuhr von Schafen, frischem Schaffleisch und von Ziegen aus Rußland verboten, 1889 kam das Verbot der Einfuhr von Schweinen aus Rußland. Zugelassen wurden 70 000 Stück zur Abschlachtung in bestimmten Schlachthäusern. 1893 kam das Verbot der Einfuhr von Schafen und Beschränkung der Einfuhr von Rindern aus Oesterreich, dann das Verbot der Einfuhr von Rindern, Schafen, Ziegen und Schweinen aus Italien, 1894 das Verbot der Einfuhr von Rindvieh, Ziegen, Schafen und Schweinen aus Holland und Belgien, von Wiederkäuern und Schweinen aus Frankreich, von Rindern und frischem Rindfleisch aus Amerika, von Wiederkäuern und Schweinen aus England, 1895 die Verbote der Einfuhr

von Schweinen aus Oesterreich und von Schweinen und frischem Schweinefleisch aus Dänemark und Schweden sowie die Beschränkung der Einfuhr von Rindvieh aus Dänemark und Schweden und 1896 das Verbot der Einfuhr von Schweinefleisch aus Rußland. Mit diesen Einfuhrverboten erreichte man aber keineswegs eine Abnahme der Seuchen. Obwohl 1896 fast alle Grenzen gesperrt waren, griffen die Viehseuchen immer mehr um sich und war Deutschland 1899 wohl das Land, welches in Europa die meisten Viehseuchen hatte. Verseucht waren in diesem Jahre in Deutschland 170 306 Gehöfte. Den Vorwand zu den meisten Verboten gab die Maul- und Klauenseuche, diese war aber 1899 in Deutschland auf 162 657 Gehöften und fielen 1 885 774 Rinder, 1 505 830 Schafe, 59 535 Ziegen und 814 862 Schweine dieser Seuche zum Opfer. Neben dieser Seuche war auf 3589 Gehöften Milzbrand, auf 1048 Gehöften Rauschbrand, auf 59 Gehöften Lungenseuche, auf 247 Gehöften Räude der Pferde und auf 2706 Gehöften Räude der Schafe. Seitdem sind einige Seuchen zurückgegangen, aber die neueste Statistik für das Jahr 1903 teilt mit, daß auf 80 272 Gehöften ansteckende Viehseuchen waren, darunter auf 52 724 Gehöften Rotlauf der Schweine und auf 11 049 Gehöften Schweinepest. Diese Tatsache beweist, daß man mit den Einfuhrverboten nicht die Seuchen ausrottet, an denen Tiere fallen, wohl aber die „Seuche" der niedrigen Preise mit Erfolg bekämpfte.

Der Wuchertarif muß die Fleischpreise mit Notwendigkeit in die Höhe treiben. Es sind ja nicht nur die menschlichen Nahrungsmittel mit hohen Zöllen belegt, sondern auch die wesentlichsten Futtermittel, die wir in bedeutenden Mengen aus dem Auslande einzuführen gezwungen sind. Unsere durchschnittliche Maiseinfuhr z. B. beträgt 9—10 Millionen Doppelzentner. Auf den Doppelzentner Mais legt der neue Tarif 3 M. Zoll. Man nimmt an, daß zirka 8 Doppelzentner Mais als Schweinefutter verwandt das Gewicht des Schweinefleisches um 1 Doppelzentner erhöht. Durch den Maiszoll wird also der Doppelzentner Schweinefleisch um 24 M. verteuert. Es ist ganz natürlich, daß die Regierungen bemüht sind, durch strenge Handhabung der Einfuhrverbote die Preissteigerungen, die notwendig kommen müssen, möglichst schon vor Inkrafttreten der Verträge eintreten zu lassen, damit man nachher den Dummen sagen kann: Die Preiserhöhungen haben mit den Verträgen nichts zu tun! Nehmen Sie, bitte, unsere Resolution an und zeigen Sie dadurch, daß wir bei jeder Gelegenheit die Forderung erheben: Weg mit diesen Wucherzöllen! Wenn wir in der Resolution nicht auch ausdrücklich die Aufhebung aller Nahrungsmittelzölle verlangt haben, so ist das deshalb unterblieben, weil diese Forderung selbstverständlich ist und bereits in unserem Parteiprogramm steht. Die Maßnahmen der Regierung haben die Agrarier in die allerfröhlichste Stimmung versetzt. Die Späße des preußischen Landwirtschaftsministers waren doch nichts anderes als der Ausdruck der Freude, die in agrarischen Kreisen darüber herrscht, daß ein großer Teil des Volkes auf Fleischnahrung verzichten oder alle seine Einnahmen für Nahrungsmittel ausgeben muß, daß die breiten Schichten der Bevölkerung den wenigen Großgrundbesitzern tributpflichtig gemacht sind. Diese Maßregeln der Regierung werden nicht eher beseitigt werden als bis der Sturm der Arbeiterklasse sie hinwegfegt. Wir haben keine Zeit zu verlieren, wir müssen sofort mit der Agitation einsetzen. Die Handelsverträge sollen allerdings bis 1917 gelten, aber trotzdem sind wir bei unserem Sturm gegen sie in einer glücklicheren Lage, als es die Agrarier mit ihrem Sturm gegen die Caprivischen Verträge waren. Die Agrarier verlangten einfach den Bruch der Verträge, die Arbeiterklasse braucht das nicht zu fordern, denn auch unter den jetzigen Verträgen kann man die Zölle herabsetzen oder ganz beseitigen. Deshalb brauchen wir nicht zu verlangen, daß die Regierung sich in der Welt unmöglich macht, indem sie ihre Verträge bricht, sondern wir können Forderungen stellen, die mit den Handelsverträgen in Einklang gebracht werden können. Aber es wird bei der Regierung keine Neigung bestehen, darauf einzu-

gehen, denn sie rechnet ja mit den Einnahmen aus den Zöllen, sie hat für alle diese Einnahmen schon Ausgaben geschaffen. Darum muß unsere Agitation sobald wie möglich mit solcher Kraft einsetzen, daß auch die Regierung nicht mehr im Zweifel darüber ist, daß es unmöglich ist, diese Zollsätze auf die Dauer aufrecht zu erhalten; sie muß einsehen, daß sie mit den erhöhten Zöllen nicht als dauernde Einnahmen rechnen kann.

Diese Mehreinnahmen sind für kriegerische Zwecke bestimmt. Die herrschenden Klassen haben ja ein Interesse an fortwährenden Rüstungen. Der Bau von Kriegsschiffen ist bei den Kapitalisten jetzt so beliebt, weil daran ungeheuer viel verdient wird. Natürlich ist man immer mit sogenannten Gründen bei der Hand, bald wird auf der einen, bald auf der anderen Seite ein Kriegsgeschrei angestimmt und dem deutschen Volke begreiflich gemacht, daß Deutschland von äußeren Feinden bedroht ist. So war es 1887 mit dem Boulanger-Rummel, so war es mit der Zwei-Fronten-Theorie, die lange Zeit vertreten wurde und jetzt zum Bedauern der Staatsmänner ziemlich in die Brüche gegangen ist. Jetzt ist das morsche russische Reich in sich selbst zusammengebrochen, das russisch-französische Bündnis war ja bisher eins von den Argumenten, die in Deutschland immer angeführt wurden, wenn es galt, neue Schiffe zu bauen, neue Rüstungen zu schaffen. Man wird ja sagen können, daß Rußland jetzt, wo es so schmählich zusammengebrochen ist, nicht mehr als ernste Gefahr für Deutschland in Betracht kommen kann, daß Rußland jetzt Frieden halten muß, nicht etwa weil es nicht mehr die nötige Anzahl von Soldaten aufbringen kann, sondern weil seine Finanzen so zerrüttet sind, daß es vor dem Staatsbankrott steht. Aber diesem Rußland leistet unsere Regierung hülfreiche Hand, den deutschen Kapitalisten wird von Regierungswegen vorgeplaudert, daß Rußland ein sehr zahlungsfähiges Reich ist. In den achtziger Jahren, als Rußland ohne Zweifel finanziell viel besser gestellt war als gegenwärtig, da war es die deutsche Regierung, die der Reichsbank untersagte, russische Papiere zu lombardieren. Inzwischen ist Rußland viel zahlungsunfähiger geworden, seine Finanzen sind ruiniert. Da findet sich ein deutscher Regierungsrat Martin, der darauf aufmerksam macht, daß es doch ein sehr gewagtes Spiel wäre, wenn heute Deutsche ihr Geld in russische Anleihen anlegen würden. Und sofort kommt ein Mann, der kein Statistiker und kein Nationalökonom ist, Fürst Bülow, und macht in der „Nordd. Allg. Ztg." bekannt, daß das ganze Martinsche Buch auf falschen Voraussetzungen beruht und daß gegen den Verfasser ein Disziplinarverfahren eingeleitet ist. In wessen Interesse geschieht das? Man kann ja annehmen, daß es im Interesse der Banken geschieht, man kann sagen, es mag vielleicht im Interesse der Großindustriellen geschehen, da Rußland, wenn es kein Geld hat, keine Schiffe bauen und keine Kanonen anfertigen lassen kann. Die Kriegsschiffe und Kanonen, die Rußland für das Geld anschafft, welches deutsche Kapitalisten auf Anraten der deutschen Regierung an Rußland verleihen, werden demnächst mit dazu herhalten müssen, Flotten- und Militärvorlagen im Deutschen Reichstage zu begründen. Erst schafft man mit deutschem Geld eine Gefahr und dann müssen die deutschen Steuerzahler Riesensummen hergeben, um diese Gefahr zu paralisieren.

Fort und fort schafft die Diplomatie gespannte Situationen, und man kann immer darauf rechnen, daß solche Situationen dann geschaffen werden, wenn man ungeheure Summen für Kriegszwecke vom Volke haben will. Das hat bereits die Marokkofrage bewiesen. Im Frühjahr gerieten wir plötzlich in eine gespannte Situation mit Frankreich. Ein Jahr vorher noch hatte Bülow gegen den Antisemiten Grafen Reventlow polemisierend sich dagegen verwahrt, „das Land ohne Not in Abenteuer zu stürzen". Bebel hatte damals im Reichstage das englisch-französische Abkommen einen Beweis dafür genannt, wie große Nationen es verständen, schwierige Situationen auf freundschaftlichem

Wege zu lösen. Aber im Hintergrunde lauert beständig die „gespannte Situation". So lange noch die nationalen Gegensätze existieren, wird auch die Kriegsgefahr bestehen. Wenn Schelling gesagt hat: Durch eine neue Philosophie kann eine Nation entstehen, so läßt sich mit größerem Rechte sagen: Durch den neuen Gedanken der Internationalität der Arbeiterklasse wird der Weltfriede geschaffen werden. Dadurch, daß die Arbeiter aller Länder um die Befreiung von jeglichem Drucke kämpfen, hört die Arbeiterklasse auf, sich in Engländer, Franzosen, Deutsche usw. zu spalten und nur eine Arbeiterklasse tritt der Kapitalistenklasse gegenüber. (Sehr richtig!) Daß die Arbeiter aller Länder Gegner des Krieges sind, müssen sie immer energischer zum Ausdruck bringen. Nur so kann es gelingen, den Wahn zu beseitigen, als drängten die Nationen zum Kriege. Wenn die Fürsten zusammenkommen, so scheinen sie kein größeres Interesse zu haben, als den Frieden aufrecht zu erhalten. So ist es auch der Grundton aller Thronreden, daß die Regierung bestrebt sei, den Frieden zu wahren. Fast gewinnt es so den Anschein, als sei in den Völkern das Bedürfnis vorhanden, über einander herzufallen und sich die Hälse abzuschneiden. Daß solche Stimmung nicht vorhanden ist, weiß man, aber notwendig ist es doch, wenn die Diplomaten sich so anstellen, als würden sie zum Kriege gedrängt, daß die breiten Schichten zum Ausdruck bringen, daß sie diesem Treiben fernstehen, daß sie in den arbeitenden Massen des Auslandes Brüder sehen, denen sie die Hand reichen. (Bravo!) So sind unsere englischen Genossen zusammengekommen, als man in Deutschland eine Situation schuf, die zu einem Kriege mit Frankreich und England führen konnte, haben den Treibereien der Chauvinisten eine entschiedene Absage erteilt und haben versichert, daß sie mit den deutschen Arbeitern ein Herz und eine Seele seien. Hierauf sofort zu antworten, war Pflicht der deutschen Arbeiter. Es geschieht auf diesem Parteitag, wenn Sie unsere Resolution, wie ich annehme einstimmig, annehmen. Gleichzeitig aber müssen wir auch gegen die Ausweisungen unserer ausländischen Freunde protestieren, womit die deutsche Regierung gerade in den Tagen der gespannten Situation vorgegangen ist. Als Jaurès eingeladen wurde, in Berlin vor den deutschen Arbeitern aufzutreten, verbot ihm der Reichskanzler das Wort. Daß in einem solchen Augenblick die Regierung eine Friedenskundgebung verhinderte, gebietet dem Proletariat, immer wieder seine Friedensliebe zu bekunden und Redefreiheit auch für die internationale Politik zu fordern. Der Zweck des Verbots ist nicht erreicht worden, die Folge war lediglich eine Bloßstellung Deutschlands. Es zeigte sich hier wieder, daß nicht wir, sondern unsere Gegner es sind, die das deutsche Volk herabsetzen. Wir bitten Sie, unsere Resolution anzunehmen. Die Regierungen müssen dazu gedrängt werden, solche Fragen auf friedlichem Wege zu lösen.

Wir leben in einer Zeit fortwährender Gärung. Scheinbar feststehende Formen der reaktionären Politik sind zusammengebrochen. Man sollte glauben, daß in einem solchen Augenblick die Partei nur die eine Aufgabe kennen würde, die Arbeiter über die Bedeutung dieser Situation aufzuklären. Statt dessen sehen wir, daß vielfach eine gewisse Mißstimmung vorhanden ist. Jüngere Parteigenossen glauben, daß in der Partei ein innerer Riß bestehe, der erst in der letzten Zeit entstanden sei. Diejenigen Genossen aber, die bereits seit Jahrzehnten im Kampfe stehen, wissen, daß es ohne gewisse Gegensätze in der Partei niemals abgegangen ist. Die Partei hat es aber immer vertragen können, daß hier und da gegen ein Prinzip oder eine Theorie verstoßen wurde. Sie hat sich trotzdem immer weiter entwickelt und die Genossen, die von solchen Entgleisungen gleich die Spaltung der Partei erwarten, scheinen die Parteigeschichte wenig zu kennen. Wir haben lange Zeit hindurch ein Programm gehabt, von dem nach Ansicht von Marx eigentlich kein Satz zu rechtfertigen war. Damals war also die ganze Partei entgleist; wir haben aber trotzdem —

es war unter dem Sozialistengesetz — mutig unseren Mann gestanden und die Interessen der Arbeiter vertreten. Die Gegensätze waren damals dieselben wie heute, nur die Namen haben gewechselt; früher sagten große Theoretiker, es würde den Untergang des Sozialismus bedeuten, wenn die Eisenacher sich mit den Lassalleanern verbänden. Dieser Meinung war auch Marx. Als aber die Verbindung doch zustande kam, zeigte sich, daß die Lassalleaner ganz gute Parteigenossen waren. (Sehr richtig!) Marx hat die Unterschiede überschätzt. Wenn er 1000 Arbeiter von der einen und 1000 von der anderen Richtung genommen hätte, ich glaube, er hätte keinen großen Unterschied entdeckt. (Sehr richtig!) Später führte man andere Namen für die Gegensätze an. Man sprach von Possibilisten, Opportunisten, später von Revisionisten und jetzt spricht man sogar von ethischen Aesthetikern! (Heiterkeit!) Nun ist ja gewiß nichts dagegen einzuwenden, daß man, wenn eine Entgleisung vorkommt, den Versuch macht, sie ins Lot zu bringen. Man geht dabei nur leider oft mit untauglichen Mitteln vor. Ich erinnere mich z. B., als wir früher noch nicht solche Redner waren, daß einer von uns eine ganze Versammlung ausfüllen konnte, gingen wir häufig zu zwei, dreien in die Versammlung und jeder sprach 20 Minuten oder ½ Stunde. Bei solchen Kollektivreden kam es nicht selten vor, daß jüngere Genossen gründlich entgleisten und Theorien entwickelten, daß einem die Haare zu Berge standen. Wir hüteten uns aber sehr, dann zu den Versammlungsbesuchern zu sagen: Seht mal, was das für ein Rindvieh oder Schaf oder Esel ist! (Große Heiterkeit.) Vielmehr versuchten wir, ihn so gut es ging herauszureißen. Nachher auf dem Nachhausewege wurde dann allerdings oft stark gestritten. Da hat man denn auch manchmal harte Ausdrücke gebraucht und den Betreffenden auch mal Schafskopf oder so ähnlich genannt. Aber so weit ist man nie gegangen, daß man ihn gar einen ethischen Aesthetiker genannt hätte. Man sah in solchen Entgleisungen nur eine Dummheit eines Genossen und nicht eine neue Richtung. (Große Heiterkeit.) Die Prinzipienreiterei wird merkwürdigerweise jetzt immer an den Orten betrieben, wo die Entgleisung gar nicht stattgefunden hat. Wenn heute z. B. irgendwo in einer Stadt Süddeutschlands eine prinzipielle Entgleisung vorkommt, so haben die Genossen Mitteldeutschlands zu hören, daß eine schlimme Prinzipienverletzung vorgekommen sei. Ich würde es ja noch gelten lassen, wenn die Prinzipienreiterei auf demselben Boden betrieben würde, auf dem die Entgleisung passiert ist, also in derselben Versammlung oder derselben Zeitung. In Wirklichkeit aber kriegen die Genossen, die den verderbenbringenden Artikel gelesen haben, in der Regel die Antwort nicht zu lesen und umgekehrt. Daher kommt es auch, daß dieser Zank den Genossen so sehr zuwider geworden ist. (Lebhafte Zustimmung.) Daher kommt es, daß die Genossen sich sagen, daß es sich ja nur um persönlichen Zank handle. (Sehr richtig!) (Vorsitzender Singer fordert den Redner auf, nicht auf die spezielle, der Kommission überwiesene Streitfrage einzugehen.) Das war durchaus nicht meine Absicht. Ich wollte nur allgemein die Ursache der jetzigen Mißstimmung klarlegen. Ich glaube, es ist Pflicht der Genossen, immer im Auge zu behalten, daß der Partei die Einigkeit erhalten werden muß, durch die wir unsere großen Erfolge erzielt haben und daß es das schwerste Verbrechen ist, Handlungen zu begehen, die die tatsächlich vorhandene Einigkeit gefährden können.

Eine andere Angelegenheit, die jetzt vielfach erörtert wird, ist der angebliche Zwiespalt zwischen den Gewerkschaften und der Partei. Es heißt, auf dem Kölner Gewerkschaftskongreß sei zutage getreten, daß die deutschen Gewerkschaften immer mehr in das Fahrwasser der englischen Trades-Unions kommen. Diese Entwickelung hat viele Genossen sehr erschreckt; sie sind der Ansicht, daß ähnlich wie in England es infolge der Entwickelung der Trades-Unions der Chartismus zugrunde gegangen sei, bei uns durch die Entwickelung

der Gewerkschaften die Sozialdemokratie beiseite geschoben werden könne. Ich will nicht darauf eingehen, ob in der Tat der Chartismus lediglich an den Trades-Unions zugrunde gegangen ist. Ich glaube vielmehr, daß die Ursache in der Schwäche des Chartismus selbst lag. Daß nun unsere Gewerkschaften sich immer mehr im Sinne der Trades-Unions entwickeln, liegt nicht an der Bosheit einiger Gewerkschaftsführer, sondern es ist in der Natur der Sache begründet. Früher mögen unsere Gewerkschaften mehr politische Diskutierklubs gewesen sein. Je mehr aber die wirklichen Zwecke der Gewerkschaften erreicht werden, um so mehr werden die Gewerkschaften durch die Tätigkeit, die ihre eigentliche Aufgabe ist, vollständig in Anspruch genommen. Die Gewerkschaften sind die Streitkörper, die innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft Verbesserungen der Lage der Arbeiter erkämpfen sollen; sie stehen mit ihrem ganzen Wesen auf dem Boden der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung. Die Gefahr, die sich für die englischen Trades-Unions ergeben hat, besteht aber für die deutschen Gewerkschaften nicht. Als die Trades-Unions entstanden, befand sich die großkapitalistische Produktion noch in der Entwickelung; man wußte noch nicht, wie weit die Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften geht. Die deutschen Arbeiter aber sind sich darüber klar, daß, so lange der Kapitalismus besteht, die Ausbeutung der Arbeiter nicht aufhören wird, daß also die Arbeiter auf die Beseitigung dieser Wirtschaftsordnung arbeiten, d. h. Sozialdemokraten sein müssen.

Daß die Entwickelung der Gewerkschaftsbewegung nicht von einzelnen Führern, sondern von der allgemeinen Entwickelung abhängt, beweist auch die Geschichte der christlichen Gewerkschaften. Als diese gegründet wurden, erklärte der Weihbischof Schmitz in Krefeld, ihr einziger Zweck sei die Bekämpfung des Umsturzes. Die Entwickelung hat diese Worte Lügen gestraft; auch hier waren die Verhältnisse stärker als die Führer. Tatsache ist, daß die deutschen Gewerkschaften bei uns gar nicht in der Lage sind, sich so wie die englischen auf das rein wirtschaftliche Gebiet zurückzuziehen. Sie kommen auf allen Gebieten mit der Gesetzgebung in Berührung. Dazu führt schon die große Zahl unserer in Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter. Auch die Entwickelung der Syndikate muß die Arbeiter auf die politische Betätigung hinweisen. Die Syndikate können ja durch Streiks sehr wenig getroffen werden, da jeder Streik ihre Lieferungsfrist einfach aufhebt und eine günstige Marktlage für sie schafft. Der Ausfall des ersten Quartals, der durch den Bergarbeiterstreik den Zechenbesitzern verursacht wurde, ist nach den Geschäftsberichten des Syndikats bereits längst eingeholt. Da drängt sich die Frage auf, inwieweit wird der freie Arbeitsvertrag durch die Gesetzgebung gesichert werden müssen, damit sich auch die Arbeiter, die mit Syndikaten zu tun haben, gegen die Uebergriffe ihrer Arbeitgeber schützen können, wie es die übrigen Arbeiter mit Hülfe ihrer Gewerkschaften können. (Sehr richtig!) Hier eröffnet sich für unsere Theoretiker ein fruchtbares Arbeitsfeld. Auch die Gewerkschaften werden einsehen, daß hier die Gesetzgebung eingreifen muß, daß es unmöglich ist, die Millionen in Betracht kommenden Arbeiter zu unterstützen, wenn sich auch Streikbrecher nicht genug finden, denn soviel Lumpen gibt es in der ganzen Welt nicht, um diese Riesenbetriebe bei Streiks in Betrieb zu erhalten. Unsere alten Professoren bringt die ungeheure Entwickelung der Syndikatsbewegung ganz zur Verzweiflung. Schmoller und Wagner sprechen bereits von einer Revision der Begriffe, sie stehen Erscheinungen gegenüber, als wären sie in eine fremde Welt, in ein Märchenland gekommen. Unter diesen Umständen werden auch die Mitglieder der Gewerkschaften zu der Ueberzeugung kommen, daß es nicht genügt, wenn die Arbeiter Mitglieder der Gewerkschaften sind, daß sie sich politisch betätigen müssen, um ihre Rechte zu wahren. Es muß ihnen klar werden, daß es auch für die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter notwendig wird, sich der sozialdemokratischen Partei anzuschließen. (Sehr richtig!)

In Deutschland herrscht noch zum großen Teil das Junkertum, aber trotzdem hat unser Kapitalismus in mancher Beziehung schon den Englands überflügelt. Die Vorgänge auf wirtschaftlichem Gebiete beweisen uns, daß unsere sozialistische Gesellschaft ganz leicht zu leiten sein wird. Der Direktor des Stahlwerksverbandes erzählt, daß es in einer Nacht gelungen ist, die Organisation herzustellen, und nicht einmal mit Fachleuten, sondern mit Schustern und Schneidern. Wenn das möglich war, dann dürfen wir wohl hoffen, daß es mit unserer sozialistischen Gesellschaft noch besser gehen wird. Wir müssen Auge und Ohr offen halten, wir sehen die rapide wirtschaftliche Entwickelung, wir sehen, wie alles durcheinander gewürfelt wird, was früher fest war. Da heißt es, die Kräfte zusammenfassen, um den Wuchertarif zu bekämpfen, um die Angriffe auf die Rechte der Arbeiterklasse abzuschlagen. Wir müssen darauf hinweisen, daß die wirtschaftliche Entwickelung darauf hinausläuft, auch die letzten Machtmittel des Kapitalismus zu erschöpfen, daß der Kapitalismus mit Riesenschritten dahin gelangt, daß lediglich noch eine Expropriation der Expropriateure nötig ist. Da heißt es, die Arbeiterklasse aufzuklären, daß sie einig in der Agitations- und Organisationsarbeit sein muß. Ist das ernste Bestreben vorhanden und herrscht Einigkeit, dann werden wir gerade in der gegenwärtigen Zeit Fortschritte machen können wie zu keiner anderen Zeit; denn die politische und wirtschaftliche Situation ist uns so günstig wie nie zuvor. In wenigen Jahren muß sich die Mitgliederzahl der Partei verdoppeln lassen. Wenn der ernste Wille vorhanden ist, dann muß auch das Ziel erreicht werden. (Lebhafter Beifall.)

Bevor der Parteitag die weiteren Berichte entgegennimmt, begrüßt

Singer den als Gast anwesenden Genossen Nemecz-Prag. Nemecz ist unseren Parteitagen kein Fremder, wir haben schon wiederholt die Freude gehabt, ihn unter uns weilen zu sehen und heißen ihn auch heute herzlich willkommen. (Beifall).

Singer teilt weiter mit, daß an Stelle der zurückgezogenen Resolution betr. die Fleischnot eine andere vom Parteivorstand und einigen Genossen beantragte Resolution Nummer 146 vorliegt und daß ein Amendement Bernstein und Genossen zur Friedensresolution des Parteivorstandes sich im Druck befindet.

Hierauf erstattet den

Kassenbericht

Gerisch-Berlin. Als wir im vorigen Jahre unter ganz besonders günstigen Bedingungen bei einer Einnahme von über 600 000 M. den günstigsten Kassenabschluß erzielt hatten, den wir bisher zu erreichen vermochten, lag die Befürchtung nahe, wir könnten vielleicht die Parteifinanzen nicht auf dieser Höhe halten, es könnte ein Rückschritt eintreten. Aber trotzdem unsere Genossen im vorigen Jahre auch sonst in gewaltiger Weise in Anspruch genommen wurden durch Sammlungen, die die Partei selbst einleitete, oder durch Sammlungen der Gewerkschaften, die sich aber immer an dieselbe Arbeiterklasse wandten, weisen unsere Einnahmen bei über 700 000 M. gegen das Vorjahr wiederum eine Steigerung von über 100 000 M. auf. (Beifall.) Das ist ein Beweis der äußeren Ausdehnung und der inneren Festigung unserer Partei. Dieser so überaus günstige Kassenabschluß hat denn auch den hellen Neid unserer Gegner erregt. Die „Freie Deutsche Presse" hat einen Leitartikel über die sozialdemokratischen Finanzen gebracht, und man spürt es beim Lesen, wie den freisinnigen Herren das Wasser im Munde zusammenläuft vor Appetit nach ebensolchen Finanzen. (Heiterkeit.) Es heißt darin, der sozialdemokratische Finanzminister habe mehrfach dekretiert, es geht nicht an, daß wir in Friedensjahren mit Reserven arbeiten, und von Stunde an sei es anders geworden. Der Artikel klingt aus in die Mahnung an die freisinnige Partei: Gehet hin und tut desgleichen! Ja, damit wird es gewiß gute Wege haben, ehe eine

absterbende Partei mit solchen Resultaten aufwarten kann, wie wir es zu unserer Freude können. Aber so hohes Lob uns auch von den Gegnern zuteil wird, so ist doch unsere Finanzgebarung nicht von Fehlern frei. Neben Parteiorganisationen, die geradezu Großartiges geleistet haben, wie Berlin und Leipzig, gibt es Kreise, die nicht entfernt ihre Schuldigkeit tun. Ja, selbst große Wahlkreise mit reichen Mitteln und großen Reserven liefern auch nicht einen Pfennig an die Gesamtpartei ab, während unsere ärmsten Genossen aus den Weberdörfern des Eulengebirges sich durch eine geradezu rührende Opferwilligkeit auszeichnen. Wir haben uns darüber oft unterhalten, und es lohnt sich nicht, noch ein Wort darüber zu verlieren, denn wir sind ja eben dabei, durch Aenderung der Organisation Wandel zu schaffen. Hoffentlich wird der Erfolg der neuen Organisation der sein, daß unser Kassenabschluß im nächsten Jahre ein nach allen Richtungen hin zufriedenstellendes Bild gibt und die „Freie Deutsche Presse" in die Lage kommt, noch schönere Leitartikel über unsere Finanzen zu bringen. (Beifall.)

Neben den Finanzen haben wir in der Verbreitung und den Einnahmen unserer Parteipresse den sichersten und besten Gradmesser für den Stand unserer Bewegung, und da freut es mich, daß ich gerade in bezug auf diese sehr wichtige Frage ebenso günstiges mitzuteilen in der Lage bin. Im vorigen Jahre in Bremen mußte ich erklären, daß 15 Organe zusammen über 8000 Abonnenten verloren hatten. Diesmal ist die Zahl der Organe, die Verluste zu verzeichnen haben, auf 5 zurückgegangen, und die Zahl der verloren gegangenen Abonnenten auf 2100. Unter diesen Orten befindet sich auch einer unserer ältesten Parteiorte, von dem man solche Verluste nicht erwarten sollte. Da dieser Parteiort, obwohl er schon seit langen Jahren im Reichstage sozialdemokratisch vertreten ist, auch in der diesjährigen tabellarischen Uebersicht durch Nichtanwesenheit glänzt, so wird vielleicht dem neuen Parteivorstand die Verpflichtung erwachsen, einmal nach dem Rechten zu sehen und der dortigen Parteigenossenschaft gehörig auf das Dach zu steigen. (Sehr wahr!) Die übrigen Verluste bedeuten nichts, sie sind als Augenblickserscheinungen zu bewerten. Sämtliche anderen Parteiblätter haben an Abonnenten gewonnen, gegenwärtig beläuft sich der Abonnentenstand auf 679 152; gegenüber dem im vorigen Jahre ermittelten Stande von 620 282 bedeutet das einen Gewinn von 58 870, während im Vorjahre der Gewinn nur 47 380 betrug. Dabei will ich ausdrücklich betonen, daß in der angeführten Abonnentenziffer die Abonnenten und Leser derjenigen Blätter, die in längeren Zwischenräumen erscheinen, wie die „Fackel", die „Morgenröte", der „Wegweiser", der „Landbote", der „Bauernfreund" usw. nicht mit einbegriffen sind; die laufen also noch nebenher. Die Einnahmen sind entsprechend gewachsen. Die Eingänge aus Abonnements haben im letzten Jahre die vierte Million stark überschritten, sie betrugen rund 4 151 000 M. Ebenso sind die Inseratenseinnahmen gestiegen auf 2 537 000 M.

So ist durchweg eine günstige Entwicklung zu konstatieren. Mögen Sie sich das als Ansporn dienen lassen, auch im neuen Jahre ununterbrochen bei jeder Gelegenheit und auch unter ungünstigen Umständen für unsere Parteipresse tätig zu sein. Vielleicht wird es auf dem nächsten Parteitage möglich sein, zu konstatieren: keinerlei Verlust, sondern Gewinn auf der ganzen Linie. (Bravo!)

Den

Bericht der Kontrollkommission

erstattet

Meister-Hannover: Mein Bericht wird erfreulicherweise ebenso kurz sein können, wie der meines Vorredners. Die Kontrollkommission hat zunächst über einige besondere Fälle zu entscheiden gehabt. Gleich nach Schluß des Bremer Parteitages erhoben die Genossen Jacobsen und Wolff in Berlin Beschwerde gegen den Vorstand dahin, daß er versäumt habe, ihm eingereichte Anträge zum Bremer Parteitage zur Verhandlung gelangen zu lassen. Nach Kenntnisnahme

von dem Inhalt der Anträge haben wir uns überzeugt, daß der Vorstand korrekt gehandelt und daß eine Beeinträchtigung der Genossen nicht stattgefunden hat. Wir haben daher die Beschwerde zurückgewiesen. — Weiter erhob der Genosse Schilling in Dortmund Beschwerde gegen die Leitung des dortigen Wahlvereins, die ihn nach seiner Meinung unberechtigterweise ausgeschlossen habe. Die uns eingereichten Akten ergaben aber, daß dieser Ausschluß voll berechtigt war, weil Schilling als Parteifunktionär bei der Wahl zum Schaden der Partei sich Uebervorteilungen zu seinen Gunsten erlaubt hatte. Der Genosse Westphal in Danzig führte gleichfalls gegen ein in Danzig unter dem Vorsitz Molkenbuhrs stattgehabtes Schiedsgericht Beschwerde, das ihn zwar nicht wie es beantragt war, ausgeschlossen hatte, das es aber im Interesse der Partei und im Interesse Westphals für wünschenswert erklärt hatte, daß Westphal sich im Bezirk Danzig zwei Jahre lang jedweder öffentlichen Parteitätigkeit enthalte. Die Kontrollkommission gelangte zu demselben Resultat wie das Schiedsgericht, und zwar nach Prüfung der uns vorgelegten Akten und nach mündlicher Vernehmung Molkenbuhrs. Westphal stellte uns in Aussicht, daß, wenn seine Appellation an die Kontrollkommission für ihn nicht das wünschenswerte Resultat zeitigen würde, er die ordentlichen Gerichte in Anspruch nehmen werde. Wir mußten es darauf ankommen lassen, Westphal diesen Weg offen zu lassen. Die Parteiverhältnisse in Danzig, die ohnehin recht viel zu wünschen übrig lassen — was freilich nicht an den Parteigenossen am Orte liegt — machten diese Entscheidung notwendig. Eine Beschwerde des Genossen Albert gegen den Vorstand wegen Verweigerung eines Schiedsgerichts wurde ohne Eingreifen der Kontrollkommission dadurch erledigt, daß der Vorstand sich mit Albert verständigte und das Schiedsgericht stattfand. — Der Genosse Siebel in Dortmund legte Protest gegen seinen Ausschluß aus dem dortigen Wahlverein bei der Kontrollkommission ein. Er legte dar, daß der einzige Grund, der nach seiner Meinung für den Beschluß der dortigen Genossen maßgebend gewesen sei, darin lag, daß er unliebsame Vorkommnisse in der Tätigkeit einzelner Parteigenossen wiederholt öffentlich erörtert habe. Die Genossen am Orte aber machten ihm vor allem zum Vorwurf, daß er zur Veröffentlichung seiner Ansichten über die früheren Zustände in der Partei die gegnerische Presse benutzt habe. Der Genosse hatte ein Schiedsgericht bei der dortigen Parteileitung beantragt, das ihm verweigert wurde. Wir verwiesen ihn auf den durch das Organisationsstatut vorgeschriebenen Weg, zunächst ein Schiedsgericht beim Parteivorstande zu beantragen.

Ebenso beschwerte sich der Genosse Gindorf in Mannheim gegen den über ihn verfügten Ausschluß aus der Partei. Der Fall lag ähnlich wie der Bielefelder in Bremen verhandelte Fall. Der Genosse sollte bei einem Streik nicht die Haltung eingenommen haben, wie man sie von einem Parteigenossen erwarten konnte. Die Kontrollkommission kam einstimmig zu der Ueberzeugung, daß dem Genossen Gindorf Unrecht geschehen sei. Er hat bewiesen, daß es durchaus nicht in seiner Absicht lag, das Odium des Streikbrechers auf sich zu laden; er hat vielmehr wochenlang arbeitslos in bitterster Not ohne einen Pfennig Unterstützung ausgehalten. Dann ist durch Schicksalsschläge in seiner Familie seine Lage in finanzieller Beziehung noch verschlimmert worden und er hat sich dann an den Schneiderverband gewandt mit der Bitte, bei etwa vorkommender Arbeitsgelegenheit ihn zunächst zu berücksichtigen. Als diese Gelegenheit gegeben war, ging er hin, um sie für sich in Anspruch zu nehmen, fand aber, daß entgegen dem Versprechen, das ihm vom Vorstand der dortigen Filiale des Schneiderverbandes gegeben war, ein anderer, der sich in einer weniger mißlichen Lage befunden hatte, ihm vorgezogen war. Die Kommission gelangte wie gesagt, einstimmig zu der Ansicht, daß diesem Genossen Unrecht geschehen sei. Er legte auch besonderen Wert darauf — was z. B. bei Schilling nicht der Fall war, daß seine Parteiehre wieder hergestellt werde und wir konnten einstimmig diesem Wunsche willfahren. Leider ist durch die Krankheit

Gecks, der Schriftführer dabei war, die Ausfertigung der Begründung dieses Beschlusses der Kontrollkommission bis jetzt unterblieben. Der Bescheid aber ist sowohl ihm wie dem Vorstand des Wahlvereins zugegangen. Im übrigen haben wir uns mit einem Schmerzenskinde zu befassen gehabt, mit der Angelegenheit Mülhausen, die zu unserem Leidwesen sich so lange hingeschleppt hat. Wir stellten uns von vornherein auf den Standpunkt, daß der Oeffentlichkeit Rechnung getragen werden müsse. Genosse Emmel wurde veranlaßt, die Klage gegen seine Beleidiger anzustrengen. Es geschah, aber die Beleidiger wurden freigesprochen und Emmel war verurteilt. Wir veranlaßten Emmel zu einer Selbstdenunziation. Sie wurde zuerst abgewiesen, auf eine Beschwerde hin kam es aber doch zu einem Strafverfahren gegen Emmel. Im Urteil ist Emmel von der Beschuldigung des Betruges glänzend freigesprochen worden. Nun war die Kontrollkommission endlich in der Lage, eine Entscheidung zu fällen Ich habe den Auftrag, sie Ihnen im folgenden zu unterbreiten, da wir nicht sicher sind, daß die Sache damit ihren Abschluß gefunden hat. Die Entscheidung lautet:

„Die leidige Mülhauser Angelegenheit, die uns bereits in Dresden, ganz besonders aber voriges Jahr in Bremen beschäftigte, ist endlich zum Abschlusse gelangt. Vom Arbeiterwahlverein in Mülhausen i. Els. war seinerzeit der Antrag gestellt worden, die bereits aus dem Wahlverein ausgeschlossenen Parteigenossen Hermann Weißbecher, Josef Nußbaumer, Jakob Haug, Josef Lichtenauer und Alphons Wianni aus der sozialdemokratischen Partei Deutschlands auszuschließen.

Das in dieser Sache vom Parteivorstande eingesetzte Schiedsgericht entsprach in seinem am 18. Oktober 1903 in Mülhausen i. E. gefällten Urteile dem Ausschlußantrage nur bezüglich Weißbechers und Nußbaumers, lehnte ihn aber bezüglich der drei anderen Angeklagten ab, diesen nur eine ernste Rüge wegen ihres das Interesse der Partei schädigenden Verhaltens erteilend. Gleichzeitig legte das Schiedsgericht dem Parteigenossen Emmel die Verpflichtung auf, im Interesse der Partei gegen Weißbecher und die „Landeszeitung" Beleidigungsklage zu erheben.

Der Parteigenosse Emmel, der von Weißbecher in der „Oberelsässischen Landeszeitung" des Betruges bezichtigt worden war, kam, als dieser Vorwurf erneut gegen ihn erhoben wurde, der ihn auferlegten Verpflichtung nach, indem er die Beleidigungsklage anstrengte. Er verlor diesen Prozeß, weil die Richter für die Behauptung, daß Emmel einen Betrug verübt habe, den Beweis der Wahrheit als erbracht ansahen.

In diesem Verfahren befand sich aber der Parteigenosse insofern in einem schweren Nachteile, als die beiden gegen ihn auftretenden Belastungszeugen an dem Ausgange des Prozesses im höchsten Maße materiell interessirt waren.

Nachdem das Verfahren vor den Zivilgerichten zu seinen Ungunsten ausgegangen war, reichte Genosse Emmel bei der Staatsanwaltschaft eine Selbstdenunziation wegen Betruges ein. Die Staatsanwaltschaft lehnte zunächst ein Einschreiten ab, leitete jedoch auf erhobene Beschwerde Emmels gegen diesen das Strafverfahren wegen Betruges ein. Im Strafprozeß gelang es nun Emmel, das Zeugnis der beiden Belastungszeugen so vollständig zu erschüttern, daß die Strafkammer des Landgerichts zu Saargemünd ihn am 5. Juli dieses Jahres von der Anklage des Betruges völlig freisprach. Damit mußte Genosse Emmel von dem Verdachte, den Betrug verübt zu haben, als gereinigt angesehen werden.

Gegen das Urteil des Schiedsgerichts hatten seinerzeit sowohl die beiden Ausgeschlossenen wie auch der Arbeiterwahlverein Berufung bei der Kontrollkommission eingelegt, die ihre Entscheidung jedoch bis zum völligen Austrag des Zivil- und später bis zum Ausgang des Strafprozesses aussetzte. Nach

Beendigung des Strafprozesses hat die Kontrollkommission in ihrer Sitzung vom 16. September dieses Jahres beide Berufungen verworfen und das Urteil des Schiedsgerichts vom 18. Oktober 1903 mit Ausschluß des gegen Emmel gerichteten und inzwischen erledigten Teiles bestätigt.

Im Parteiinteresse wäre zu wünschen, daß damit in die Mülhauser Parteigenossen wieder Ordnung und Ruhe einkehrte; nicht minder wünschenswert ist es, daß der Parteigenosse Emmel sich für die Folge keiner so groben Verstöße mehr gegen die Parteidisziplin schuldig macht, die mit verhältnismäßig großen Opfern für die Partei verbunden waren und fernerhin Handlungen unterläßt, die in der Kontrollkommission bereits zur Erörterung der Frage führten, ob sie nicht mit dem Ausschluß aus der Partei zu bestrafen wären. Gaben diese Vorkommnisse doch schon dem Parteitag in Bremen Anlaß, dem Genossen Emmel sowohl wie den im Mülhausener Wahlverein organisierten Genossen einen scharfen Tadel auszusprechen."

Hoffentlich ist die unleidliche Sache damit aus der Welt geschafft. Aber wie mir bereits mitgeteilt ist, beabsichtigt Emmel, ein Schiedsgericht gegen sich zu beantragen. Sollte es geschehen, so ist die Kontrollkommission bereit, ihre Entscheidung vor dem Schiedsgericht zu vertreten. Wir glauben aber, es wäre im allgemeinen Parteiinteresse wie auch im persönlichen Interesse des Parteigenossen Emmel wünschenswert, wenn die Sache mit unserer Entscheidung erledigt sein möchte.

Im übrigen haben wir die uns überwiesenen Revisionen vorgenommen und keine Monita zu ziehen gehabt. Diesmal haben wir die Revision auch auf das in Parteiverwaltung übergegangene Geschäft von Dietz ausgedehnt und wir können von diesem so gut wie von dem Berliner Parteigeschäft feststellen, daß wir alles korrekt und in bester Ordnung gefunden haben. Wir haben außer dem regelmäßigen Kassengeschäft auch eine Revision der für den Bergarbeiterstreik eingegangenen Gelder und der Sammlungen für die Opfer des Zarismus vorgenommen und auch dort war nichts zu monieren. Nur konstatieren muß ich, daß dem Kassierer eine ganz ungeheuere Arbeit erwachsen ist und daß es der ganzen Kraft Gerischs bedurfte, um das ungeheuere Material zu bewältigen. Aus den Erfahrungen, die wir dabei gemacht haben, ist ein Antrag der Kontrollkommission an Sie erwachsen: Aus dem ganzen Geschäftsgang haben wir festgestellt, daß der Vorstand in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung nicht alles leisten kann, weil es über seine Kräfte hinausgeht. Aus dem erfreulichen Kassenbericht, den unser Finanzminister Exzellenz (Heiterkeit) Ihnen vorgelegt hat, können Sie das außerordentliche Anwachsen der Arbeit am besten beurteilen, zumal Gerisch auch noch eine außerordentlich große Arbeit außerhalb Berlins entfalten muß. Wir bitten Sie deshalb, zu genehmigen, nicht daß der Parteivorstand, wie Kautsky will, zu einem Sammelsurium gemacht wird, wohl aber, daß er um eine Person vermehrt wird, die voll und ganz als besoldeter Beamter tätig zu sein hätte. Der Reorganisationsvorschlag Kautskys wird nach unserer Auffassung wenig Anklang finden; wir halten ihn auch nicht für wünschenswert, wohl aber, daß ein weiterer Sekretär dem Vorstande angegliedert wird. Vielleicht macht auch die Organisationskommission einen dahingehenden Vorschlag. Wir glaubten aber, unbekümmert darum Ihnen unsere Intentionen bekannt geben zu müssen.

Ich habe den Auftrag, zu beantragen, daß dem Gesamtvorstande beziehentlich seiner Tätigkeit nach allen Richtungen hin **Decharge erteilt wird.**

Vor drei Jahren hatten wir leider den Verlust eines unserer besten Genossen und eines der tätigsten Mitglieder der Kontrollkommission, den Tod des Genossen Metzner zu beklagen. Leider haben wir auch in diesem Jahre den Verlust des Berliner Genossen Pfarr zu bedauern. Pfarr war der Ersatz-

mann Metzners, er war in die Kontrollkommission durch Ihr Vertrauen berufen worden; leider ist auch er ihr durch plötzlichen Tod entrissen worden. Die Berliner Genossen haben Pfarr jederzeit als einen ihrer ältesten und besten Genossen betrachtet. Jedem Parteigenossen ist er mit Rat und Tat jederzeit zur Seite gestanden. Sein Tod war ein harter Verlust für Berlin. Seine Tätigkeit, die er für die Partei und besonders für Berlin entfaltet hat, wird dafür sorgen, daß ihm ein Andenken und ewige Dankbarkeit in der Partei gewahrt bleibt. (Lebhafte Zustimmung.)

Singer: Ich darf wohl feststellen, daß der Parteitag das schmerzliche Bedauern über den Verlust des Genossen Pfarr teilt, dem Genosse Meister, wofür wir ihm dankbar sein müssen, soeben Ausdruck gegeben hat. Ich bitte den Parteitag, zum Zeichen der Zustimmung zu Meisters Worten sich von seinen Sitzen zu erheben. (Das geschieht.)

Die Debatte über die vorliegenden Anträge und den Antrag auf Dechargeerteilung wird eröffnet.

Graß-Hanau: Im Bericht ist auf eine Beschwerde aus Hanau Bezug genommen, wo nach einem Referat Hochs es verurteilt wurde, daß die sozialdemokratische Fraktion bei der entscheidenden Abstimmung über die Handelsverträge so mangelhaft vertreten war. Wir halten es für die Pflicht unserer Abgeordneten, bei so wichtigen Momenten auf dem Platze zu sein. Nach dem stenographischen Bericht über die Verhandlungen des Reichstages fehlten aber 39 unserer Abgeordneten; davon war einer krank und drei beurlaubt. Unter den Fehlenden befanden sich auch sieben in Berlin wohnende Abgeordnete. Monatelang haben die Arbeiter den Kampf gegen die Handelsverträge geführt und eine außerordentliche Tätigkeit entfaltet und da versagen unsere Abgeordneten. (Glocke des Vorsitzenden.)

Singer: Sie können diese Ausführungen besser an den Bericht über die parlamentarische Tätigkeit anschließen.

Graß: Ich habe bereits gesagt, was ich zu sagen hatte.

Friedrich-Darmstadt: Ich möchte nur einige Worte zur Darmstädter Gemeinderatswahl sagen. Es darf auch nicht der Schein entstehen, als hätten wir bei den Darmstädter Gemeindewahlen einen taktischen oder gar prinzipiellen Fehler begangen. Molkenbuhr hat sich zwar bis zu einem gewissen Grade rektifiziert, es ist aber doch noch einiges übrig geblieben. Auch wir stehen auf dem Standpunkt, daß durch Kompromisse Mandate nicht erobert werden dürfen. Wir haben auch niemals ein Kompromiß geschlossen. Ein Kompromiß liegt nach meiner Auffassung vor, wenn die vertragschließenden Parteien sich so verschmelzen, daß bei der Abstimmung die einzelnen Parteien ihre Stimmen nicht zählen können. Bei uns ist das nie der Fall gewesen. Aber es gibt taktische Erscheinungen, die nicht von Berlin aus beurteilt werden können. In Darmstadt sind all unsere politischen Maßnahmen darauf gerichtet, die nationalliberale Partei möglichst zu schwächen. Bei den vorigen Gemeinderatswahlen sind wir mit der freisinnigen Partei und den Bezirksvereinen, die lediglich auf wirtschaftlichem Boden stehen, gemeinsam in die Wahl eingetreten, das heißt, wir nahmen die Kandidaten von den Bezirksvereinen und den Freisinnigen auf unsere Liste, und diese wieder auf ihre Zettel Leute von uns. Jede Partei hatte ihren eigenen Zettel. Damals gelang es uns, zwei Genossen hereinzubekommen. Diesmal aber hat die nationalliberale Partei gesagt, es sei genug mit den zwei Genossen, ja selbst diese sollten aus der Gemeindevertretung hinaus. Die nationalliberale Partei hat mit den Freisinnigen, den Bezirksvereinen, den Ultramontanen und den Antisemiten frühzeitig sich in Verbindung gesetzt und sie in ihre Netze gezogen, so daß es voraussichtlich nicht möglich gewesen wäre, noch einen Sozialdemokraten in den Gemeinderat zu bringen. Von den Bezirksvereinen splitterte aber eine Anzahl Mitglieder ab, sie empfanden das Vorgehen

der Nationalliberalen als Ungerechtigkeit. Auch die christlich-soziale Partei stellte sich auf denselben Standpunkt. Diese Gruppen erließen einen energischen Protest gegen die nationalliberalen Maßnahmen und wandten sich an uns mit dem Vorschlage, daß sie Kandidaten von uns und wir Kandidaten von ihnen auf die Zettel bringen sollten. Sollten wir nun so grausam sein, diese Gruppen von uns zu stoßen? Wir glaubten es um so weniger tun zu sollen, indem das kein Kompromiß ist, das uns kompromittieren könnte. Es handelt sich hier um eine taktische Maßnahme, wie sie auch an anderen Orten von Parteigenossen angewendet werden würde. Und nun Parteigenossen, urteilen Sie selbst, ob die Darmstädter Genossen einen Fehler begangen haben.

Profit-Ludwigshafen: Wir in der Pfalz meinen, daß der Wert auswärtiger Redner viel zu sehr überschätzt wird. Wir sind ohne sie mit unseren bescheidenen Kräften in der Pfalz weiter gekommen. Unsere Bewegung blüht ja wie ein bescheidenes Veilchen im Verborgenen. (Heiterkeit.) Sie kennen vielleicht höchstens unseren Pfalzgrafen, den Ehrhart. (Heiterkeit.) Was wir aber in Agitation und Organisation leisten, wissen Sie nicht. In der Pfalz haben wir 71 Organisationen. Ueber 68 haben wir eine Statistik aufgenommen, um zu zeigen, in welchem Verhältnis der Mitgliederstand zur Zahl unserer Stimmen bei den letzten Reichstagswahlen steht. Denn es kommt nicht so allein auf hohe Wählerziffern an, als vielmehr auf ein gesundes Verhältnis zwischen ihnen und der Zahl der politisch Organisierten. Nur darin liegt die Kraft der Bewegung. (Sehr richtig!) Es sind in diesen 68 Orten 27 630 Stimmen für uns abgegeben worden, organisiert sind 5969, das sind 21,6 Proz. Wir geben die Prozentsätze zwischen den einzelnen Orten an, um eine ehrliche Rivalität zwischen ihnen hervorzurufen. Wir haben Orte, wo nur 4 Proz. organisiert sind, aber auch solche mit 30, 40 oder 50 Proz. 1904 waren nur 18,8 Proz. organisiert. Wir haben mit unserer eigenen Agitation sehr schöne Erfolge erzielt. Jetzt sind 100 Vertreter von uns in den Gemeinderäten und eine große Anzahl von Ersatzmännern. 1893 hatten wir bei den Landtagswahlen nur 3 Wahlmänner, 1899 140 und diesmal 220, sodaß wir am 17. Juli 6 Abgeordnete in den Landtag entsandten. Wir haben alle diese Kämpfe ohne finanzielle Hülfe von der Hauptkasse geführt. Die Hochburg der Nationalliberalen in der Pfalz ist jetzt nur noch eine Ruine. Wir sorgen auch dafür, daß diese geschleift wird. Wir haben das fertig gebracht ohne Theoretiker und Akademiker (Heiterkeit) und unsere Erfolge lediglich einer ruhigen, zähen Agitation zu verdanken. Auswärtige Redner haben nur dann Wert, wenn eine Grundlage vorhanden ist. Sonst kann zwar eine vorübergehende Begeisterung entfacht werden, aber der dauernde Wert ist gleich Null. Was bei uns möglich war, muß auch anderswo gelingen; ich bitte Sie, unserem Beispiel zu folgen. (Beifall.)

Adelung-Mainz: Der Bericht enthält eine tadelnde Note über die Mainzer Gemeinderatswahlen. Es ist nicht richtig, daß wir in Mainz statt des ehrlichen Kampfes das Kompromiß gewählt hätten. Wir haben in Mainz die Listenwahl, auf jeder Liste hatten 17 Namen zu stehen und es wäre uns schwer gewesen, 17 Genossen zu finden, die sich für das Amt geeignet hätten. Es lag also nahe, ein Abkommen zu treffen. Deshalb haben wir aber durchaus nicht auf einen prinzipiellen Kampf verzichtet. Wir haben in Wort und Schrift nur für unsere Parteikandidaten gewirkt und durchaus nicht nur den Kampf um die Mandate geführt, sondern den Kampf auch zur Vertiefung dieser Ideen benutzt. Die uns gemachten Vorwürfe sind also selbst in der vorgebrachten Form nicht am Platze.

Müller-Köln: Wir haben bei allen kommunalen und Landtagswahlen eine große Schwierigkeit dadurch, daß eine große Zahl von Genossen nicht das Staatsbürgerrecht und also auch nicht das Wahlrecht haben. In Köln beträgt

die Zahl dieser Genossen zirka 10 Proz. Der Vorstand müßte Mittel und Wege überlegen, um die Genossen zu verpflichten, das Bürgerrecht ihres Aufenthaltsstaates zu erwerben. Denn die Sorge für die Erwerbung des Staatsbürgerrechtes ist eine Konsequenz der Beschlüsse betr. die Beteiligung an den Landtags- und Kommunalwahlen. Weiter wäre ein Vorgehen gegen die Polemik der kleinen Zentrumspresse notwendig. Wir müssen versuchen, der Zentrumsagitation in ihre Schlupfwinkel zu folgen und sie dort durch Verbreitung der Wahrheit auszuräuchern. Ein literarisches Bureau am Rhein könnte da viel wirken. Die bisherigen Kräfte, die wir am Rhein haben, können das nicht übernehmen, da sie schon so überlastet sind; es müssen vielmehr neue Einrichtungen getroffen werden.

Vors. **Singer** teilt mit, daß zu der Resolution betr. die Redeverbote von **Bernstein** beantragt ist, hinter die Worte „provoziert werden sollte" einzufügen: „unter vollster Ausnutzung aller ihr zu Gebote stehenden Kräfte".

Südekum-Berlin äußert sich zu der Resolution über die Fleischnot. Ueber die Ursachen und Folgen der Fleischnot gibt es keine Meinungsverschiedenheiten bei uns und die Empörung des Volkes über diese Zustände hat sich in vielen Versammlungen und Resolutionen Luft gemacht. Man kann aber nicht sagen, daß dabei immer das richtige getroffen worden wäre, sondern es ist zu beobachten, daß vielfach sich die Ausführungen unserer Redner und unsere Beschlüsse in lediglich liberalem Fahrwasser bewegt haben. Was wir fordern müssen, ist nicht nur — wie ganz selbstverständlich — die Oeffnung der Grenzen, die Aufhebung der Zölle auf Vieh, Fleisch und Futtermittel, vielleicht Reformen der Eisenbahntarife und dergleichen, sondern zweifellos mit in erster Linie auch die Kommunalisierung der Fleischversorgung. Die ausgezeichneten Ausführungen unserer Vertreter in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung zu dieser Frage zeigen den Genossen, wie sie auf diesem Gebiete vorgehen sollen. Erst dadurch, daß wir diese Forderung aufstellen, unterscheiden wir uns von den Liberalen und fördern außerdem eine außerordentlich wichtige Angelegenheit. Es ist deshalb sehr gut, daß in der neu gestalteten Resolution auf diesen Punkt erhebliches Gewicht gelegt worden ist. Die in den Gemeindevertretungen tätigen Genossen werden gut tun, sich diese Resolution zu Herzen zu nehmen. Die Resolution verlangt weiter, daß in den Gemeinden die Lebensmittel-Aufschläge aufgehoben werden und daß Bundesrat und Reichstag jedenfalls das Verlangen einiger Städte, die Einführung des § 13 des Zolltarifgesetzes bis zum Jahre 1917 zu verschieben, entschieden ablehnen. Damit hat es folgendes Bewandtnis. Zu den Schönheitspflästerchen, mit denen man das schreiende Unrecht des Wuchertarifs beklebt hat, gehört auch der § 13, der verlangt, daß bis zum Jahre 1910 die städtischen Aufschläge auf Lebensmittel aufgehoben werden. Gegen diese Bestimmung hat sich vor einigen Tagen eine Versammlung von Bürgermeistern der in Betracht kommenden Städte, die in Mannheim tagte, gewandt und beschlossen, den Gemeinden vorzuschlagen, von einem Antrage auf völlige Beseitigung des § 13 abzusehen, dagegen Bundesrat und Reichstag zu ersuchen, daß der Termin des Inkrafttretens des Verbots der städtischen Aufschläge auf Nahrungsmittel vom Jahre 1910 auf das Jahr 1917 verschoben werde, in dem die neuen Handelsverträge ablaufen werden. Es ist notwendig, daß der Parteitag gegen dies Verlangen energischen Widerspruch erhebt. Der Führer dieser Bürgermeister, der geniale Wahlrechtsverschlechterer Beutler aus Dresden, hat dabei als Geheimer Finanzrat die hervorragende Entdeckung gemacht, daß durch die städtischen Aufschläge weder Konsumenten noch Produzenten irgendwie belastet würden. (Lachen.) Diesem Manne der Steuern aus der vierten Dimension muß der Parteitag eine Lektion erteilen.

Ed. Bernstein: Einige Genossen erblicken in dem Wortlaut des Schlußsatzes der Friedensresolution des Parteivorstandes einen indirekten Vorwurf

gegen die englischen Arbeiter. Da man bei solchen internationalen Resolutionen möglichst jedes Mißverständnis ausschließen soll, habe ich zusammen mit Lindemann eine andere Fassung des Schlußsatzes beantragt. Das Wort „endlich" kann so aufgefaßt werden, als soll damit irgend jemand ein Hieb gegeben werden, obwohl das sicher nicht die Absicht des Vorstandes ist. In der Tat ist in England augenblicklich eine außerordentlich starke Bewegung für Vermehrung der Arbeitervertreter vorhanden; in einer Reihe der bedeutendsten Industrieorte sind Arbeiterkandidaten aufgestellt, teils rein gewerkschaftliche Kandidaten, teils Kandidaten, die zugleich einer der beiden sozialistischen Fraktionen angehören, und es ist für mich ganz außer Zweifel, daß in das nächste Parlament 30 bis 40, wenn nicht 50 Arbeitervertreter einziehen werden. Unter welcher Firma auch immer sie einziehen mögen, ich habe so viel Vertrauen in die Logik der Tatsachen, daß, wenn einmal eine so große Arbeiterfraktion im englischen Parlament vorhanden ist, sie, wie sie sich auch nennen möge, naturnotwendig eine sozialistische Fraktion sein wird. Deshalb bitte ich Sie, meinen Antrag anzunehmen und der Resolution eine Fassung zu geben, die in England überall nur ein freudiges Echo finden wird.

Busold-Friedberg: Bei Agitationsreisen werden die kleinen Orte in der Regel wenig oder gar nicht berücksichtigt. Wir haben das, was der Genosse Molkenbuhr empfohlen, nämlich Redner aus den eigenen Reihen zu bilden, gemacht und eine lebhafte Agitation entfaltet, aber dennoch ist es nötig, die kleinen Landstädte mehr zu berücksichtigen. Wie oft führt nicht unsere Parteipresse Klage über die Ueberlastung der Landlehrer! Aber das gleiche trifft auf die Landagitatoren zu, auch sie sind überlastet, auch sie haben zu viel Schüler, sie können sich nicht weiter bilden, sie können nicht einmal die „Neue Zeit" lesen, weil ihnen die Mittel fehlen, und da ihnen auch sonst jede geistige Anregung fehlt, müssen sie versumpfen. Es muß ihnen Gelegenheit gegeben werden, auch mal einen auswärtigen Genossen zu hören, um neue Anregungen zu gewinnen.

Fröhder-Mainz: Das Kompromiß in Mainz richtete sich gegen das Zentrum, in einem Vorort dagegen wurde mit den Schwarzen kompromisselt. Man geniert sich, das auf der Landeskonferenz vorzubringen. Schuld daran trägt freilich auch die Parteileitung. Der „Vorwärts" hat die Genossen bei den Landtagswahlen immer aufgefordert, die Reaktion zu bekämpfen, daraus haben die Genossen die Folgerung gezogen, daß sie verpflichtet wären, den bürgerlichen Parteien zu helfen. Schlechte Beispiele verderben gute Sitten. Das Zentralorgan muß so erzieherisch wirken, daß solche Auswüchse beseitigt werden.

Gsell-Mülhausen i. Els.: Mit der Resolution der Kontrollkommission in der Mülhausener Angelegenheit kann ich mich nicht vollständig einverstanden erklären. Der Mülhausener Wahlverein hat verlangt, daß ihm die Anschuldigungen mitgeteilt werden, aber das ist nicht geschehen, mit Ausnahme der Behauptungen des Genossen Bebel, doch diese wurden später von dem angegebenen Fräulein Heyl weggeleugnet. Das ist für uns bezeichnend genug. Im Interesse der Partei ist es nötig, den letzten Satz der Resolution zu streichen, die alten Sachen von früher kümmern uns heute nicht mehr.

Bruhns-Kattowitz: Die Kattowitzer polnischen und deutschen Genossen arbeiten seit den letzten allgemeinen Wahlen einig zusammen, soweit das bei zwei besonderen Organisationen möglich ist. Nur dadurch werden wir die 200 000 Arbeiter des oberschlesischen Industriebezirkes, von welchen 150 000 polnischer Nationalität sind, gewinnen können. Dazu sind aber besonders auch erhebliche materielle Mittel nötig. Es gilt, die polnischen Arbeiter aus den Klauen des radikalpolnischen Demagogentums zu befreien. Dazu reichen die Fähigkeiten und Mittel der polnisch-sozialistischen Organisation, die bekanntlich nach eigenem Willen ganz unabhängig von der Sozialdemokratie Deutschlands dasteht, nicht aus. Die Kattowitzer Genossen begrüßten daher die Versuche zur Wieder-

vereinigung der beiden Gruppen mit Freuden. Leider führten die Verhandlungen zu keinem guten Resultat. Die Schuld an dem Scheitern können wir nicht unserem Vorstand beimessen. Man hat den zum Frieden geneigten bisherigen Vorstand der P. P. S. beseitigt und auf dem Kattowitzer Parteitag der P. P. S. Bedingungen für die Vereinigung aufgestellt, die einmal sachlich unannehmbar waren, soweit sie für polnische Angelegenheiten den polnischen Parteitag als höchste Instanz gelten lassen wollen. Das geht unseres Erachtens nicht an. Wir dürfen niemals unserem Gesamtparteitag das Recht nehmen, in allen die Partei betreffenden Fragen endgültig zu entscheiden. Aber auch in formeller Beziehung machte der Parteitag der P. P. S. in Kattowitz weitere Verhandlungen unmöglich, dadurch, daß er beschloß, die Einigung müsse unter den angegebenen Bedingungen erfolgen. Wenn die Genossen der P. P. S. als Grund ihres Verhaltens angeben, daß sie in Rücksicht auf die Nationalpolen vor der Welt möglichste Unabhängigkeit von der deutschen Sozialdemokratie zeigen müssen, so können wir das nicht gelten lassen. Behaupten diese Nationalpolen doch auch jetzt noch, wie sie immer behauptet haben, daß die polnischen Sozialdemokraten nur ein Anhängsel der deutschen Sozialdemokratie seien. Mir ist diese Rücksichtnahme auf Gegner auch viel zu opportunistisch. Uebrigens hat die P. P. S. bei früheren Einigungsverhandlungen die Forderung des selbstständigen polnischen Parteitages ohne weiteres aufgegeben, also nicht für unbedingt notwendig gehalten. Wir bedauern im Interesse unserer Sache, daß die Einigung nicht zustande kommen kann. Wie mir von einem als Gast auf dem Parteitage anwesenden Vorstandsmitgliede der P. P. S. mitgeteilt wird, will der Vorstand der P. P. S. das ominöse Wörtchen „muß" in seiner Zuschrift an unseren Parteivorstand nicht aufrecht erhalten. Erklärt er das offiziell unserem Vorstande, so wäre der Weg zu neuen Verhandlungen gegeben. Ich bitte Sie daher, zugleich im Namen der Bremer Antragsteller, unserem Vorstande die Möglichkeit zu diesen neuen Verhandlungen zu geben, indem Sie den Antrag 128 annehmen. Für die Entwickelung der Sozialdemokratie im dunklen Oberschlesien wäre das von großer Bedeutung.

Die Debatte wird hierauf vertagt.

Der Parteitag beschließt, die Einladung der Jenaer Genossen zu dem Ausfluge am Mittwochnachmittag anzunehmen.

Schluß 1 Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

3 Uhr. Eine Reihe von Begrüßungstelegrammen werden verlesen.

Zunächst nimmt der Parteitag den Bericht der

Mandatsprüfungs-Kommission

entgegen, der erstattet wird von

Böhle-Straßburg: Der Parteitag hat 308 Teilnehmer. Darunter sind 251 Delegierte mit 258 Mandaten, 40 Reichstagsabgeordnete ohne Mandate, der Parteivorstand, die Kontrollkommission, Genosse Eisner als Vertreter des „Vorwärts" und Genosse Bérard als Vertreter des Hamburger Geschäfts. Genosse Geck, der der Kontrollkommission angehört, ist durch Krankheit verhindert, anwesend zu sein. Ferner sind 11 Gäste aus dem Auslande erschienen, deren Namen durch den Vorsitzenden, Genossen Singer, dem Parteitag schon bekannt gegeben wurden. Gegen das Mandat der Genossin Wagner-Chemnitz ist ein Protest eingereicht worden, weil die Wahl ohne Verständigung mit der Parteiorganisation vorgenommen worden ist. Nach dem sächsischen Statut hätten die Chemnitzer Frauen die Wahl in der Parteiversammlung vornehmen müssen. Außerdem seien in der Frauenversammlung viele Nichtorganisierte gewesen und hätten sich an der Wahl be-

teiligt. Die Kommission war der Ansicht, daß das Vorgehen der Chemnitzer Frauen allerdings nicht korrekt war, daß sie ihre Delegierte in der Parteiversammlung hätten wählen müssen, daß aber unser allgemeines Statut ihnen in der Tat das Recht gibt, eine Delegierte in einer besonderen Versammlung zu wählen. Wir beantragen daher, alle Mandate für gültig zu erklären, aber den Chemnitzer Genossinnen aufzugeben, in Zukunft die Delegierten in Parteiversammlungen zu wählen.

Weber-Chemnitz: Ich bin beauftragt, für die Ungültigkeit des Mandats der Genossin Wagner einzutreten. Nach dem neuen Organisationsstatut wird ja solchen Vorkommnissen ein Riegel vorgeschoben. Mit der notwendigen Disziplin vertragen sich solche Vorgänge nicht. Die Frauen haben uns gesagt: Wir kümmern uns nicht um die Parteiversammlung, sondern wählen in einer besonderen Versammlung eine Delegierte. Das geht auf die Dauer nicht!

Nach dem Vorschlage der Kommission werden alle Mandate für gültig erklärt und wird das Verhalten der Chemnitzer Genossinnen als inkorrekt bezeichnet.

Darauf wird die

Diskussion über die Tätigkeit des Parteivorstandes

mit den dazu gehörigen Anträgen fortgesetzt.

Trautwein-Mannheim: Der Genosse Meister hat über den Fall Gindorf nur unvollkommen berichtet. Gindorf war wohl arbeitslos, aber er hatte seine Arbeitslosigkeit selbst verschuldet; weiter ist ihm seitens des Arbeiter-Sängerbundes eine Unterstützung in Höhe der von den Schneidern gezahlten Streikunterstützung wiederholt angeboten worden, aber er lehnte sie ab und wurde Streikbrecher. Infolgedessen wurde der Antrag auf Ausschluß aus der Partei gestellt. Das Schiedsgericht hat dem Antrage auf Ausschluß mit fünf gegen zwei Stimmen zugestimmt. Was die Kontrollkommission zu dem entgegengesetzten Urteil veranlaßt hat, weiß ich noch nicht, da uns die Begründung des Urteils noch nicht zugegangen ist. Wir behalten uns weitere Schritte in dieser Angelegenheit vor, wir sind noch nicht davon überzeugt, daß die Kontrollkommission das Richtige getroffen hat.

Eckermanns-Rathenow: Der Parteivorstand müßte den Fragebogen eine andere Fassung geben, oder noch besser zwei Fragebogen herausgeben, einen für den Kreisvertrauensmann, der über die Verhältnisse des ganzen Kreises zu berichten hat, und einen für die einzelnen Orte. Dann würde wenigstens kein falsches Bild aus der Statistik herauskommen. Das Referat von Molkenbuhr hat den Eindruck erweckt, als wären wir viel zu bescheiden in der Agitation. Die Agrarier konnten infolge ihrer rücksichtslosen Agitation einen riesigen Beutezug auf Kosten des Volkes machen. Auch wir müssen eine regere Agitation entfalten. Der Kampf gegen die Lebensmittelverteuerung muß ebenso unaufhörlich und intensiv betrieben werden und dazu hat uns das treffliche Referat des Genossen Molkenbuhr reiches sachliches Material geliefert. Nur hätte ich gewünscht, daß derartiges Material den agitatorisch tätigen Genossen besser zugänglich gemacht würde. In dieser Beziehung läßt der Parteivorstand leider sehr viel zu wünschen übrig.

Scheidemann-Kassel: Es ist begreiflich, daß der Tadel des Parteivorstandes die Genossen in Darmstadt und Mainz verschnupft hat. Aber sie hätten besser getan sich zu entschuldigen, anstatt den Versuch zu machen, sich rechtfertigen zu wollen. Auf der Landeskonferenz in Hessen hat man sonderbarerweise über diesen Fall kein Wort gesprochen. Niemand außerhalb Mainz und Darmstadt hat das Vorgehen der dortigen Genossen verstanden, aber auch in den Orten selbst haben sie vielfach Widerspruch gefunden. Genosse Friedrich sagte, es sei ihnen vor allem darauf angekommen, unter allen Umständen in Darmstadt die Nationalliberalen zu schwächen. Er hat verschwiegen, daß außer den drei

bürgerlichen Kompromißkandidaten bedingungslos auch noch ein paar ausgesprochene Scharfmacher in die Liste aufgenommen wurden. In einem Bericht aus Darmstadt an die „Mainzer Volkszeitung" wird das folgendermaßen verteidigt: „Die Politik der offenen Tür hatte den Erfolg, daß sich nur zwei bürgerliche Gruppen zum Kompromiß anboten, wobei je drei Kandidaten ausgetauscht wurden und außerdem noch drei ausscheidende Stadtverordnete mit auf unseren Zettel genommen werden sollten. Während man im allgemeinen gegen das Kompromiß nichts einzuwenden hatte, entstand eine heftige Debatte darüber, daß man außer den sechs Kandidaten der verbündeten Gruppen noch drei Gegner auf unseren Zettel übernommen hatte, worunter sich sogar einige Personen befanden, die den Bauarbeitern in den letzten wirtschaftlichen Kämpfen entgegengetreten sind. Nachdem man diese Bedenken als außerhalb der jetzigen Sache liegend bekämpft und damit motiviert hatte, daß die Leute als Mitglieder der Arbeitgeberorganisationen nicht anders handeln konnten, wurde der Vorschlag der Kommission zur Stadtverordnetenwahl mit 43 gegen 31 Stimmen angenommen." Ich glaube, es ist nicht notwendig, auf einem Parteitag darüber zu reden, wie unsinnig ein solcher Standpunkt ist. Nach dieser Logik müßten wir jede Handlung der Konservativen und Nationalliberalen billigen. Nun kam nach diesen Abmachungen in Darmstadt ein Schreiben von Genossen aus Darmstadt an mich nach Offenbach, in dem Protest erhoben wurde gegen dies Verhalten. Es heißt da: „Jedoch kann vom Abschließen eines Kompromisses keine Rede mehr sein, sondern man hat sich die Scharfmacher im Baugewerbe einfach aufoktroyieren lassen. Eine solche Zumutung kann sich die Arbeiterschaft Darmstadts nicht gefallen lassen; für einen Herrn Schaub oder Sames einzutreten, die in der unverfrorensten Weise Tausende von Arbeitern auf das Pflaster werfen, um sie durch Hunger zu zwingen, der Organisation den Rücken zu kehren. Zu solchem Kuhhandel können die Arbeiter Darmstadts niemals ihre Zustimmung geben." Ich wurde ersucht, den Protest im Offenbacher Abendblatt abzudrucken, der Bericht sei von Darmstadt aus an das offizielle Organ für Darmstadt, an die „Mainzer Volkszeitung" geschickt, aber nicht aufgenommen worden. Das begreife ich allerdings, weil es ein haarsträubender Zustand geworden wäre, wenn die „Mainzer Volkszeitung" in Mainz mit den Nationalliberalen zusammen in den Kampf zog und gleichzeitig die Nationalliberalen in Darmstadt hätte vermöbeln wollen. — Nun haben die Genossen gesagt, sie hätten den Kampf prinzipiell geführt. Das soll geschehen sein in einer großen Versammlung und durch Flugblätter. Da, wo es am selbstverständlichsten gewesen wäre, in der „M. V.-Ztg.", war von einem prinzipiellen Kampfe nichts zu verspüren. In dem Wahlaufruf im Mainzer Parteiorgan hieß es: „Zum zweitenmal treten die vier liberalen Parteien gemeinsam vor die Wählerschaft unserer Vaterstadt, es gilt die Ausübung des Wahlrechts am 1. Dezember". Die vier „liberalen" Parteien, das sind ein Häuflein Demokraten sehr zweifelhafter Art, eine Handvoll Freisinnigen und — — Arm in Arm mit den Nationalliberalen — die Sozialdemokraten. (Hört! hört!) Unter diesen Umständen war ein prinzipieller Kampf ausgeschlossen. Man braucht ja aus dieser Geschichte keine Staatsaktion zu machen, aber nachdem die Genossen Adelung und Friedrich es heute so hinstellen, als ob ihr Vorgehen ganz natürlich war und sie es jeden Tag von neuem so machen würden, war es doch notwendig, die Sache vorzubringen, damit der Wiederholung solcher Vorkommnisse ein Riegel vorgeschoben wird. Wir haben in Offenbach in einem sehr hartnäckigen Kampfe gestanden gegen Nationalliberale, Zentrum usw. und machten dieser Koalition mit Recht den Vorwurf politischer Charakterlosigkeit. Dann mußte ich aber sehr bittere Pillen herunterwürgen, als in gegnerischen Blättern geschrieben wurde: Tut doch nicht so, die Mainzer kuhhandeln ja mit den Nationalliberalen und in Darmstadt kuhhandelt Ihr mit den anderen gegen

die Nationalliberalen. Ich meine, wir halten es mit unserer alten Devise: Durch Kampf zum Sieg, nicht etwa mit einer neuen: durch Kuhhandel zu Mandaten. (Lebhafter Beifall.)

Merkowski-Berlin: Vor allem muß ich bemerken, daß ich einer der Gründer der P. P. S. bin und bis zuletzt ein Mitglied ihres Parteivorstandes war. Jetzt sah ich mich aber gezwungen, aus dieser Partei auszutreten, weil eben alle Bemühungen, eine Einigung mit der deutschen Partei herbeizuführen, hartnäckig von der polnischen Sonderorganisation vereitelt wurde. Als wir die polnische Arbeiterpartei gründeten, wollten wir die Behauptungen unserer Gegner, daß wir im deutschen Solde ständen, unmöglich machen und die polnischen Arbeiter zu Sozialdemokraten erziehen. Aber wir dachten dabei durchaus nicht daran, die nationale Frage in den Vordergrund zu schieben und den Klassenstandpunkt zu verlassen. Als dies aber mehr und mehr in der P. P. S. geschehen ist, ist von uns alten Führern der Partei alles Mögliche versucht worden, um die Einigkeit mit der großen deutschen Bruderpartei herbeizuführen. Leider aber ist die P. P. S. dazu gekommen, die Betonung der nationalen Politik so zu ihrer Hauptaufgabe zu machen, daß sie fast gar nicht mehr von den Korfanty-Leuten zu unterscheiden ist. Daher muß ich mich gegen sie wenden. Wir wollen als polnische Sozialdemokraten ungeachtet der P. P. S. die Agitation betreiben und mit den deutschen Arbeitern als Klassengenossen Hand in Hand gehen.

Brecour-Kiel berichtigt eine Stelle aus dem gedruckten Vorstandsbericht, die von den Kieler Gemeinderatswahlen handelt (ist im Protokoll berichtigt). Die Kieler Freisinnigen haben den Zensus nicht auf die höchste, sondern die zweithöchste zulässige Stufe hinaufgeschraubt. Außerdem ist außer Adler noch der Genosse Weber gewählt worden.

Schulz-Bremen: Den Ausführungen Molkenbuhrs zu den Klagen über den Mangel an geschulten Rednern muß ich in einigen Punkten widersprechen. Molkenbuhr sagt, man solle bei dem altbewährten Mittel bleiben, junge Kräfte dadurch heranzubilden, daß man sie zunächst über Tagesfragen reden läßt. Das genügt aber für die heutige Zeit nicht mehr. Schon vor 11 Jahren hat Kautsky auf den bedauerlichen Mangel an theoretischer Durchbildung bei der großen Masse der Genossen hingewiesen. Heute ist das in noch weit höherem Maße zutreffend. Mit dem Wachstum der Partei in die Breite hat das Wachstum in die Tiefe nicht gleichen Schritt gehalten. Außerdem nimmt die Gewerkschaftsbewegung immer mehr Kräfte in Anspruch; auch die Zahl der Parteibeamten wird immer größer, um so größer wird der Mangel an Kräften, die in der Lage sind, an der theoretischen Durchbildung der Genossen zu arbeiten. Gewiß müssen wir den Rat Molkenbuhrs befolgen, an die praktischen Tagesfragen anzuknüpfen; außerdem aber muß als Gegengewicht auch mehr für die prinzipielle Durchbildung geschehen; wenn die nötige theoretische Klarheit vorhanden ist, ergibt sich die Stellung zu den praktischen Tagesfragen von selbst. Vorgänge wie die in Mainz würden dann wohl unterbleiben. Es fehlt besonders auch an Mitteln zur Heranbildung der Jugend. In der „Gleichheit" ist über die Notwendigkeit der Heranbildung der Jugend eine Debatte entstanden. Ich halte diese Notwendigkeit für in noch höherem Maße gegeben, als aus diesen Artikeln hervorgeht. Die Partei hat diese Aufgabe bisher vollständig vernachlässigt, es ist unbedingt notwendig, daß ihr mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird. Es ist durchaus nicht nötig, dazu Reichstags-Abgeordnete heranzuziehen — diese sind schon ohnehin genug beschäftigt —, aber unsere Mittel reichen aus, um andere, und zwar geschulte theoretische Kräfte mit dieser Aufgabe zu betrauen. Es wäre auch wünschenswert, mehr positiv aufklärende Schriften herauszugeben und nicht immer nur solche, die sich an praktische Vorfälle der Tagespolitik anlehnen. Die Praxis sorgt schon für sich selbst. Ueber die Praxis ist in den letzten Jahren die Theorie zu kurz gekommen. Dadurch, daß wir in dieser

Beziehung Belehrung schaffen, entziehen wir am besten den unerquicklichen Debatten der letzten Jahre den Boden.

Adler-Kiel: Ich wollte mich nur mit dem Absatz 3 der Resolution 146 beschäftigen, in dem es heißt: „Der Parteitag verlangt, daß sofort die Grenzen des Reiches unter Anwendung berechtigter Vorsichtsmaßregeln gegen die Einschleppung von Tierseuchen der Einfuhr von Vieh geöffnet und die als Einfuhrverbot für ausländisches Fleisch wirkenden Bestimmungen des Fleischbeschaugesetzes sowie die Zölle auf Vieh, Fleisch und Futtermittel aufgehoben werden." Selbstverständlich sind wir alle einig, daß wir die Resolution zu unterstützen und anzunehmen haben. Aber einige Genossen und auch ich haben einige Bedenken gegen den Absatz 3. Erinnern Sie sich, daß unsere ganze Fleischeinfuhrschikane auf gesetzlichem und sanitätspolizeilichem Gebiete begründet wird mit der Anwendung „sanitärer Vorsichtsmaßregeln". Solche Vorsichtsmaßregeln sind an sich ja auch berechtigt. Auch wir wollen nur gesundes Vieh. Aber in dem Augenblick, wo wir gegen den Fleischwucher protestieren, sollten wir den Hinweis auf die sanitären Vorsichtsmaßregeln der Regierung überlassen und uns darauf beschränken, den Protest gegen den Fleischwucher auszusprechen. Andererseits würde es uns als Zeichen der Schwäche ausgelegt werden, wenn wir die Resolution jetzt ändern wollten. Ich verzichte deshalb darauf, einen besonderen Antrag einzubringen, den ich, genügend unterstützt, hier in der Hand habe, bitte aber den Referenten, daß er in seinem Schlußworte deutlich ausspricht, daß die sanitären Vorsichtsmaßregeln, wie wir sie verstehen, ganz etwas anderes sind, als das, was die Agrarier damit meinen. Mit dieser Sicherung wird die Wirkung der Resolution nicht ganz ausbleiben.

Dr. **David**-Mainz: Scheidemann hat mit den Worten geschlossen: Durch Kampf zum Sieg und nicht durch Kuhhandel zu Mandaten! Er hat damit Effekt erzielt, aber in dem Satz steckt auch schon das Bösartige, das in der Diskussion über die Mainzer und andere Stadtverordnetenwahlen zutage getreten ist, nämlich daß man einem Teil der Genossen unterstellt, sie machten ihre Haltung abhängig von Gesichtspunkten, die nicht im Interesse der Partei liegen, sie ließen sich vielmehr leiten von dem Wunsche, Mandate zu ergattern. Es ist in einzelnen Fällen sogar direkt den beteiligten Personen der Vorwurf persönlicher Streberei gemacht worden. Ich muß diese Unterstellung mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Für die Mainzer Genossen war nur das Streben geltend, das Interesse der Partei so gut zu wahren, wie die Situation es ihnen ermöglichte. Wir führen unter ganz anderen Bedingungen den Kampf als die Genossen in Norddeutschland. Sie haben meist eine Klasseneinteilung. Sie können auf die dritte Klasse rechnen; Sie haben die Bezirkseinteilung. Hätten wir in Mainz Ihr Wahlrecht, so würden wir genau so gekämpft haben wie Sie; wir würden ganz allein aus unserer Partei heraus die dritte Klasse mit unseren Leuten ohne irgendwelche Vereinbarungen zu erobern gesucht haben. (Ruf: Offenbach!) Ich komme noch auf Offenbach. Wir haben die sogenannte Listenwahl, wir haben keine Klasseneinteilung, die ganze Stadt bildet einen Bezirk und auf einem Zettel werden alle Namen verzeichnet. Das ist kurz ausgedrückt, ein wildes Proportionalsystem. So ist es denn auch immer gehandhabt worden, keine Partei hat jemals daran gedacht, die sämtlichen Mandate der Stadt für sich zu beanspruchen. Wir fordern ja auch das Proportionalsystem, freilich nicht das wilde, sondern das geordnete. Es kann sich nur darum handeln, eine richtige Parteigruppierung herbeizuführen. In der Regel sind wir nun gar nicht in der Lage, soviel Kandidaten aufzustellen, um die ganze Liste zu besetzen. Besetzen wir nur einen Teil, so geben wir damit den Gegnern freie Hand, auch bei unseren Wählern mit schönen und unschönen Mitteln zu arbeiten, um sie zu veranlassen, die nicht ausgefüllten Kandidatenstellen durch diese oder jene bürgerliche Gruppe zu besetzen. Dieser Zustand ist viel schlimmer, denn er trägt

die Korruption in die Reihen unserer Wähler hinein. Nehmen wir aber ein halbes Dutzend gegnerische Kandidaten mit auf, die uns am besten gefallen, und kümmern uns nicht um das, was die Gegner machen, so verschaffen wir ihnen von vornherein den Sieg, denn sie haben unsere Stimmen und die unserer Gegner. Nehmen wir keine Leute aus anderen Parteien, dann werden mit unserer Hülfe Kandidaten irgendwelcher kleiner Oppositionsvereine usw. gewählt, die eigentlich keinen Anspruch haben, auf dem Rathause zu sein, weil sie keine entsprechende Bevölkerungsgruppe hinter sich haben. Die einzige Möglichkeit, aus diesem Wirrwarr herauszukommen, ist, daß man, wenn man keine Aussicht hat, mit dem ganzen Zettel durchzukommen, sich mit den gegnerischen Parteien verständigt und eine Anzahl ihrer Kandidaten auf den Zettel nimmt, wogegen die Gegner sich verpflichten, auch unsere Kandidaten auf ihren Zettel zu nehmen. Die Ludwigshafener sind darüber hinausgegangen, und es hat mich gewundert, daß Scheidemann nicht darauf hingewiesen hat. Die Ludwigshafener haben aus dem wilden Proporz einen wirklichen Proporz gemacht und den Wahlkampf ausgeschaltet. Wenn Sie diese allgemeinen Gesichtspunkte ins Auge fassen, werden Sie die Haltung der Mainzer Genossen viel besser verstehen. Scheidemann wundert sich darüber, daß die Sache nicht auf der hessischen Landeskonferenz debattiert wurde. Er sagt: wir hätten da die Abrechnung angekündigt. Das stimmt nicht, die Abrechnung ist uns von Scheidemann angekündigt worden, und deshalb haben wir — speziell auch Adelung — erklärt, wir sind bereit, uns mit den Genossen darüber zu unterhalten. Die Genossen auf der Landeskonferenz waren aber einmütig der Meinung, daß wir mit Rücksicht auf den Landtagswahlkampf die Erörterung bis zum nächsten Jahre vertagen, dann aber eine ausgiebige Debatte herbeiführen, nicht, indem wir uns gegenseitig schlecht machen, sondern indem wir beraten, wie wir am besten einheitliche Verhältnisse herstellen. Sie können sich darauf verlassen, daß das geschehen wird. Jedenfalls haben wir uns von sachlichen Momenten leiten lassen. Die Mainzer Genossen stehen hinter den Genossen des übrigen Deutschland in keiner Weise zurück. Wenn Sie das anerkennen, dann wird so mancher, der glaubt, er müsse, sowie einmal bei uns etwas passiert, uns kritisieren, die Feder niederlegen und sich erst besser unterrichten, bevor er uns etwas am Zeuge flickt.

Dr. Michels-Marburg: Während der Marokko-Konflikt akut war, sind in der bürgerlichen Presse Aeußerungen von Genossen verbreitet worden, die, wenn sie wirklich gefallen wären, eher von dem Präsidenten eines Kriegervereines als von einem deutschen Sozialdemokraten stammen und die, obgleich leider nicht widerrufen, eben deshalb nicht wahr sein konnten. Nichtsdestoweniger ist es notwendig, hier vor aller Welt zu erklären, wie die deutsche Sozialdemokratie zu den internen Plänen unserer Diplomatie steht. Es ist deshalb erfreulich, daß wir zwei Resolutionen der obersten Parteibehörde vor uns haben, die mit aller Deutlichkeit sagen, daß das deutsche Volk den Frieden will, auch gegen die Regierung. Nur scheinen mir beide Resolutionen in ihrer Begründung auseinanderzugehen. In der Resolution, die an die Adresse der englischen Genossen gehen soll, heißt es, daß die deutsche Sozialdemokratie entschlossen ist, vorkommendenfalls mit allen zu Gebote stehenden Mitteln den Ausbruch eines Krieges zwischen beiden Ländern zu verhindern. Dagegen heißt es in der Resolution, die die Redeverbote gegen Adler, Jaurès usw. tadelt, daß die deutsche Sozialdemokratie es als ihre vornehmste Aufgabe ansieht, dem Kriege, gegen welches Volk auch immer er provoziert werden sollte, den Krieg zu erklären. Was heißt es, dem Kriege den Krieg erklären? Darunter kann man sich alles mögliche denken. Es ist ein Ausdruck, der alle möglichen Interpretationen zuläßt, zumal wenn man weiß, wie in unserer Partei in solchen Dingen gedacht wird. Wer weiß, ob man da nicht die Kriegserklärung an den Krieg im Inseratenteil erlassen würde. Ich möchte deshalb, daß Sie die

Resolution gegen die Redeverbote so ändern, daß sie in diesem Punkte mit der anderen Resolution übereinstimmt. Man könnte diese Aenderung für unwesentlich halten, aber wir sind durch unsere laue Haltung während des Marokkokonflikts in den Verdacht gekommen, der Regierung in ihren abenteuerlichen kolonialen Plänen zu folgen, und nur die äußerste Deutlichkeit und Schärfe kann diesen Verdacht zerstören. Wir müssen bei einem internationalen Konflikt mit der allergrößten Schärfe betonen, daß für die deutsche Arbeiterklasse nationale Fragen heute nicht existieren, sondern daß sie noch immer auf den alten Standpunkt von Karl Marx steht, daß die nationalen Fragen durch die Geschichte selbst, durch die Entwickelung der wirtschaftlichen Verhältnisse für unser Volk veraltet sind und daß die nationale Frage, die wir heute haben, die soziale Frage ist, und daß nicht fremde Nationen, sondern die herrschenden Klassen im eigenen Lande unserer Gegner sind. Je deutlicher wir unseren Willen zeigen, den Frieden zu erzwingen und je deutlicher wir zeigen, daß hinter diesen Willen eine feste Macht steht, bereit, jeden Augenblick in Kraft zu treten, desto mehr werden sich die regierenden Klassen hüten, das Volk in einen Krieg hineinzustürzen. Wenn wir der Regierung zeigen, daß wir nicht gewillt sind, einen Krieg mitzumachen, dann wird sie es sich nicht zweimal, sondern dreimal überlegen, ob sie einen Krieg beginnen soll. Wir zwingen die regierenden Klassen, den Weg nach Haag zu gehen, den sämtliche Fürsten mit dem Väterchen Nikolaus ohne Hülfe des Proletariats nicht gehen würden.

Rink-Offenbach: Wir alle hofften, daß unser Kreis uns bei der letzten Reichstagswahl nicht verloren gehen würde. Unsere Parteileitung hielt den Kreis für sicher, weil bisher immer eine schwache Wahlbeteiligung der Landorte des vorderen Odenwaldes zu konstatieren war. Die Wahlbeteiligung stieg aber von 40 auf 89 Prozent; der Zuwachs kam unseren Gegnern zugute. Nun haben wir eine Agitationskommission eingesetzt, die mit gutem Erfolg das Land bearbeitet. Wir haben festen Fuß in den Landorten gefaßt und verteilen ein Gratisblatt. So hoffen wir, den Sprendlinger Dorfpolitiker bei der nächsten Wahl obdachlos zu machen, denn wir betrachten es als eine Schmach, daß unser Kreis, der seit 1884 sozialdemokratisch vertreten war, von einem derartigen Politiker im Reichstag vertreten wird. Das Kompromiß in Mainz und Darmstadt hat uns sehr verschnupft. Wenn man nicht aus eigener Kraft Mandate erringen kann, dann führen derartige Mittel zur Korrumpierung der Partei. Warum haben wir in Offenbach reine Hände behalten? Es ist sehr charakteristisch, daß nicht nur in Mainz, sondern in einer Anzahl Landorte um Mainz solche Kompromisse gang und gäbe sind. Das liegt wohl daran, daß die Parteileitung in Mainz darauf hinarbeitet, daß der Vorfall nicht auf der Landeskonferenz debattiert worden ist, daß der Bericht des Landeskomitees ihn mit keiner Silbe erwähnt hat.

Zubeil-Berlin: Genosse Adler hatte nicht ganz unrecht, als er den Satz in der Fleischnot-Resolution tadelte. Im Kampfe gegen die Fleischnot stützen sich uns gegenüber die Agrarier mit Podbielski an der Spitze darauf, daß eine Oeffnung der Grenzen wegen der Gefahr der Verseuchung des deutschen Viehbestandes durch die Einfuhr fremden Viehes unmöglich sei. Die Agrarier werden sich jetzt auf diese Stelle unserer Resolution berufen und uns den Kampf bedeutend erschweren.

Ob es David gelungen ist, das Kompromiß in Mainz zu rechtfertigen, werden die Delegierten zu beurteilen wissen. Auf allen Parteitagen und in allen Rechenschaftsberichten des Vorstandes finden wir die Klage, daß in einzelnen Kreisen, besonders im Süden die elende Kompromißlerei nicht aus der Welt zu schaffen ist. Die Kompromißlerei wird getrieben, nur um einige Mandate in der Kommune oder im Landtage zu gewinnen ohne Rücksicht darauf, in welcher Weise sie bei anderen Kämpfen von den Gegnern, die sie unterstützen, behandelt werden. Auch ist David die Antwort darauf schuldig geblieben, warum in Offenbach

möglich war, was in Mainz unmöglich ist. Er wollte doch Scheidemann antworten. Ich habe aber vergebens auf diese Antwort gewartet. Sie wird ihm wohl auch schwer fallen.

Dem Genossen in Hessen gebe ich nicht Unrecht, wenn er die Vorgänge in Mainz zurückführt auf Vorgänge bei der preußischen Landtagswahl. Auch hier ist in verschiedenen Kreisen der Versuch gemacht worden, durch Abschluß von Kompromissen mit gegnerischen Parteien das eine oder andere Mandat zu gewinnen. Diese Versuche sind an den Gegnern selbst gescheitert und haben uns dieselben vor einer Blamage bewahrt, hoffen wir, daß solche Vorkommnisse in Zukunft unterbleiben.

Mit der Resolution für den Frieden können wir einverstanden sein und brauchen nicht die Abänderung Michels anzunehmen. Es ist eine Sucht bei uns, sobald eine Resolution vorliegt, zu zeigen, daß man sie noch verbessern kann. Michels hat besseres nicht geboten, sondern die Resolution nur verschwommener gemacht. Ob der Satz in der Fleischnotresolution nicht eine andere Fassung erhalten soll, muß ich den Verfassern überlassen. Was Molkenbuhr nachträglich sagt, wird nicht viel helfen. Die Gegner werden die Stelle in der Resolution nach ihrem Wortlaut zu benutzen wissen.

Seit Jahren erhebt Bebel im Reichstag seine Stimme gegen den Schandfleck der deutschen Armee, die Soldatenmißhandlungen und die Militärjustiz. Er hat alle bürgerlichen Parteien gezwungen, sich gleichfalls damit zu befassen. Aber die Genossen im Lande vernachlässigen diese Frage. Wir haben aber die Pflicht, die Genossen im Lande aufzuklären, daß sie als Soldaten nicht bloß Pflichten zu erfüllen, sondern auch Rechte zu verlangen haben, so wie es Genosse Gradnauer im Reichstage jüngst so richtig ausgeführt hat. Ich richte deshalb an Sie, Parteigenossen, die Bitte, auch diese Frage in der Agitation nicht zu vernachlässigen, es handelt sich um die Behandlung unserer Söhne und Brüder, die Kinder des Volkes.

Kolb-Karlsruhe: Was die Fleischnot-Resolution anlangt, so können wir nicht damit rechnen, daß die Kommunen die Fleischversorgung in die Hand nehmen werden, wenigstens nicht die Kommunen mit dem Dreiklassenwahlrecht. Auch darauf können wir uns nicht ohne weiteres verlassen, daß die Beseitigung der Aufschläge auf Lebensmittel den Konsumenten zugute kommt. Es ist vielmehr zu fürchten, daß die Bäcker und Fleischer mit Hülfe ihrer Organisationen den Profit an sich zu reißen suchen. Wenn wir das verhindern wollen, so müssen wir Organe schaffen, die auf die Preise regulierend einwirken, und das kann durch die Konsumvereine geschehen, denen man in Zukunft noch mehr als bisher die größte Aufmerksamkeit zuwenden muß. Das badische Redeverbot gegen die Genossen Adler, Greulich und Todeschini ist weder mit der badischen Verfassung noch den badischen Gesetzen zu vereinbaren. Wir kennen in Baden den Begriff des lästigen Ausländers nicht; Ausweisungen sind nur statthaft, wenn ein Ausländer gegen die Gesetze verstößt, keine Existenzmittel besitzt oder die öffentliche Sicherheit oder die Sicherheit des Staates gefährdet, keine dieser Voraussetzungen lag hier vor. Auch die bürgerliche Presse und der Demokrat Venedey haben zugegeben, daß die Constanzer Veranstaltung in der musterhaftesten Ordnung verlief. Ich glaube auch nicht, daß die badische Regierung von sich aus das Verbot erlassen hätte, aber sie fügte sich einem Befehl von Berlin. (Sehr richtig!) Daran sind wir ja gewöhnt. Wir wissen es, daß in der Frage der Ausspitzelung der zum Militär Einberufenen der badische Minister des Innern dem preußischen Kriegsminister begreiflich zu machen versucht hat, daß diese Ausspitzelung keine moralisch sehr schöne Handlung sei. Das machte aber keinen Eindruck, und der badische Minister fügte sich. Ich versichere Ihnen, daß wir im badischen Landtage mit unserer Regierung gründlich abrechnen werden.

Thiele-Halle: Es ist richtig, daß unsere Presse einen erfreulichen Aufschwung zu verzeichnen hat, aber die Zahl der Abonnenten unserer Blätter steht noch in keinem Verhältnis zur Zahl der für uns abgegebenen Stimmen. Es muß noch bedeutend mehr für die Presse geschehen. Die Mittel unserer Parteiblätter sind zu beschränkt. Wir haben Blätter, die täglich erscheinen, mit 1, 2 Redakteuren und fast ohne Korrespondenten. Mit so beschränkten Mitteln kann unmöglich viel geleistet und der bürgerlichen Konkurrenz die Spitze geboten werden. Aus alten Stiefelsohlen kann auch der beste Koch kein Beefsteak machen. Wenn die Redaktionen nicht die genügenden Kräfte anstellen können, können sie die Presse nicht so gestalten, wie es nötig ist. Ein täglich sechsseitig erscheinendes Blatt muß wenigstens drei Redakteure, ein achtseitiges mindestens vier Redakteure haben. Es ist der Gedanke aufgetaucht, ein literarisches Parteibureau zu schaffen, welches die Presse mit sachlichen Nachrichten versorgt. Dadurch würde den Redakteuren ihre Aufgabe sehr erleichtert werden. An die Preßkommissionen richte ich die dringende Bitte, mit der Bewilligung der nötigen Mittel nicht zu knausern.

David-Mainz: Genosse Zubeil hat gefragt, warum denn in Offenbach, wo doch ganz das gleiche Wahlrecht gelte, die Kampfeskonstellation ganz anders gewesen sei als in Mainz und Darmstadt. Das liegt daran, daß die Parteiverhältnisse in Offenbach sich in der schärfsten Weise zugespitzt haben. In Offenbach haben die Gegner eine geschlossene Koalition gegen unsere Parteigenossen geschaffen, so daß unsere Genossen gar nicht anders konnten als für sich allein zu kämpfen. Ich kann Ihnen versichern: in dem Moment, wo das in Mainz geschieht, werden wir genau so wie in Offenbach kämpfen müssen. Wir machen uns auch in Mainz durchaus keine Illusionen darüber, daß auch wir vielleicht einmal einer solchen Konstellation entgegen gehen. Gewiß, das kann kommen, aber noch ist es doch nicht so weit, und wir haben doch nicht geradezu die Aufgabe, die Dinge absichtlich schneller zuzuspitzen, als das ohnehin geschieht. Die Scharfmacherhetze gegen die Sozialdemokratie wird von unseren Gegnern in Mainz nicht mitgemacht. Den Vorwurf der Scharfmacher darüber, daß man den Nachruf für den Oberbürgermeister Gaßner auch dem „Vorwärts" zugesandt habe, hat man in Mainz auch von liberaler Seite damit zurückgewiesen, es sei einfach selbstverständlich, daß, wenn man der „Kölnischen Volkszeitung" usw. den Nachruf sende, er auch an den „Vorwärts" geschickt werde, denn auch die Sozialdemokraten seien im Stadtparlament vertreten. Man betrachtet uns eben als gleichberechtigte Partei. Sie wissen auch z. B., daß wir in Mainz in der Stadthalle, also auf städtischem Grund und Boden einen Parteitag haben abhalten können. Wir haben in Mainz einen Gegner als Hauptgegner vor uns, von dem auch von unserer Seite erklärt worden ist, daß zwischen uns und ihm die letzte Schlacht geschlagen werde. Mainz ist eine Bastion des Zentrums, und unsere Hauptaufgabe muß es sein, in den Zentrumsturm einen Riß zu sprengen. Danach muß sich die Taktik der Mainzer Genossen richten. Es ist dem Parteitag eine Zusammenstellung zugegangen, aus der hervorgeht, was das Zentrum in bezug auf Agitation gegen uns leistet. Wir erfahren daraus, daß der Volksverein für das katholische Deutschland 475 000 Mitglieder hat, was für einen Stab von Beamten er besoldet, wie viel Millionen Flugblätter er hinauswirft. Jeder, der im Zentrumsgebiet kämpft, weiß, was dieser Gegner bedeutet, weiß auch, daß, wenn man ihn gründlich treffen will, man ihn überall anpacken muß. Nach diesen Gesichtspunkten haben wir in Mainz gehandelt. Darum sage ich zum Schluß: Man urteile immer je nach den lokalen Verhältnissen. Wir sind uns bewußt, der Partei nicht geschadet zu haben. Dadurch, daß wir unsere Vertreterzahl von 5 auf 10 vermehrt haben und so das Zentrum weiter geschwächt haben, glauben wir in dem großen Kampfe der Partei auch eine kleine Arbeit geleistet zu haben. (Bravo.)

Rieger-Spandau: Genosse Thiele hat durchaus recht damit, daß es einer

besseren Ausgestaltung unserer Presse in der Provinz bedarf. Die oft sehr großen Verbreitungsbezirke müssen verkleinert werden, damit es den Redaktionen besser möglich wird, den Wünschen und Bedürfnissen der Arbeiter Rechnung zu tragen. In Brandenburg existieren für 20 Wahlkreise der Regierungsbezirke Frankfurt und Potsdam nur zwei Blätter. Hier sollte mehr geschehen. Für die Presse ist nur die verhältnismäßig geringe Summe von 36000 M. vom Parteivorstand ausgegeben. Auch die Agitation für die Parteipresse liegt noch vielfach sehr im argen. In einem Bezirk mit 18000 gewerkschaftlich organisierten Arbeitern lesen nach einer Umfrage nur 6000 das Parteiblatt, 4000 bürgerliche Blätter und die übrigen lesen gar nichts. Es ist von der schädigenden Wirkung der Kompromißlerei gesprochen worden. Ich meine, wir sollten die Wahlen dazu benutzen, eine grundsätzliche Propaganda für unsere Ideen zu treiben. Man darf nicht zu sehr auf die lokalen Verhältnisse Rücksicht nehmen. Unsere Erfolge haben nur eine Bedeutung, wenn sie aus eigener Kraft errungen werden unter voller Betonung unserer Programmforderungen. — Noch ein Wort zu den Resolutionen. Sie werden ja angenommen werden, die Hauptsache ist aber, daß die Genossen dahinter stehen. Sie müssen zeigen, daß es ihnen ernst damit ist, alles daran zu setzen, um den Willen des Volkes gegenüber dem Willen der Reaktion zur Durchführung zu bringen. (Bravo!)

Frau Frenzel-Leipzig: Die Aufklärungsarbeit unter dem weiblichen Proletariat hat erfreuliche Fortschritte gemacht. Aber es ist noch viel zu tun. Wir müssen um so mehr unsere Agitation unter den Frauen betreiben, da das Zentrum neuerdings eine Frauenagitation entfaltet hat. Dem muß entgegengewirkt werden. Die Abonnentenziffer der „Gleichheit" ist erheblich gestiegen, aber die Agitation unter den Frauen muß noch verschärft werden, die „Gleichheit" muß noch mehr verbreitet werden. Das kann für die Frauenbewegung und für die Arbeiterbewegung überhaupt nur von Vorteil sein. (Bravo!)

Scheidemann-Kassel: Es hat mich in Erstaunen gesetzt, mit welcher außerordentlichen Milde David unsere Gegner behandelt. Er hat davon gesprochen, daß wir in Offenbach mit einer Koalition aller Gegner zu tun hätten. Das sei in Mainz doch nicht der Fall gewesen. Ich meine, es muß ganz gleich sein, ob die Gegner koaliert sind oder nicht, es sind unter allen Umständen unsere Gegner. David hat die Mainzer Verhältnisse geradezu als ideale geschildert. Die Gegner behandelten uns dort so anständig, daß sie uns sogar die Stadthalle zur Verfügung stellten. Das ist doch ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit. (David: Gewiß!) Wenn das anderswo nicht geschieht, so haben wir es auf das schärfste zu verurteilen. In seiner ersten Rede meinte David: ja, wenn wir in Mainz das Dreiklassenwahlsystem hätten wie in Preußen, würden wir ganz anders vorgehen. Das klang beinahe so, als wenn er es bedauerte, daß dies noch nicht der Fall sei. Nein, in Preußen würde man sich glücklich fühlen, wenn man unter einem Wahlsystem kämpfen könnte wie in Mainz. Dann würde man sicher in Preußen nicht so handeln wie in Hessen. Gerade ein Wahlrecht, wie es in Mainz besteht, gibt vorzügliche Gelegenheit, den Klassenkampf zu führen, und das ist doch die Hauptsache. Wir können mit sechs Vertretern in einer vielköpfigen Stadtverordneten-Versammlung ebensowenig unser Programm verwirklichen wie mit neun Vertretern. Das schlimmste ist, daß bei solchem Kuhhandel auf den prinzipiellen Kampf verzichtet werden muß. Von einem „freiwilligen Proporz", sprach Genosse David. Davon kann in Mainz keine Rede sein, da das Zentrum ausgeschlossen wurde. Selbstverständlich hat es mir vollständig fern gelegen, den Parteigenossen, die in Mainz kandidiert haben, persönliche Streberei vorzuwerfen. Ich kenne sie alle persönlich und weiß, daß sie mit der Kandidatur resp. mit der Ausübung des Mandats große Opfer bringen. Ich wies in meiner Schlußwendung auf diejenigen Genossen hin, die diese Kuhhändel entriert haben oder zu rechtfertigen suchen.

Damit schließt die Debatte.

Im Schlußwort erklärt

Molkenbuhr-Berlin: Bei der Abstimmung über die Handelsverträge fehlte deshalb eine solche Anzahl von unseren Kollegen, weil die Abstimmung erst für einen späteren Tag erwartet wurde, und weil die fehlenden Genossen doch nichts am Resultat der Abstimmung ändern konnten. Im übrigen waren fast alle Fehlenden zwingend verhindert. Mit der von Bernstein vorgeschlagenen Aenderung an der Friedensresolution sind die Antragsteller einverstanden. Daß das uns vorliegende Material über die Mitgliederzahlen unzuverlässig ist, liegt besonders daran, daß die einzelnen Bezirke nicht genau abgegrenzt sind. Das neue Statut wird hier ja Besserung schaffen. Das von mir vorgetragene Material zur Fleischnot war nicht unbekannt. Es wird sich aber vielleicht empfehlen, von Zeit zu Zeit das Material in solchen Fragen zusammenzustellen. Die Hauptsache ist aber, daß die Presse agitatorisch wirkt und sich die bündlerische Presse dabei zum Vorbild nimmt. Daß unsere Blätter mehr verbreitet und zahlreicher sein müßten, ist richtig. Es müßten eben alle Arbeiter nur unsere Presse lesen. So lange das nicht der Fall ist, müssen wir natürlich fleißig mit Flugblättern vorgehen. Was in dieser Beziehung geleistet werden kann, haben ja die oberrheinischen Genossen in ihrem Kampfe gegen das Zentrum bewiesen. Der Antrag Bremen betreffend die P. P. S. kann in dieser Form nicht angenommen werden. Wir haben uns alle Mühe gegeben, uns mit der P. P. S. zu einigen. Der Friedensvertrag, den wir entworfen, war gewiß durchaus loyal. Wie aber hat die P. P. S. diesen Vertrag behandelt? Man hat ihn nicht einmal zur Kenntnis der Mitglieder der P. P. S. gebracht und damit zu erkennen gegeben, daß der Wille der Mitglieder für die Leiter der P. P. S. Nebensache ist. Sie verlangten, daß die deutsche Partei sich einfach ihnen füge. Würde der Antrag Bremen angenommen, so würde das die Bedeutung haben, daß wir uns der P. P. S. in der Tat unterwerfen. Nachdem man uns aber schroff abgewiesen hat, können wir nicht um Vereinigung betteln. Wir müssen also jetzt abwarten, was die P. P. S. tut. Unserer internationalen Pflichten bleiben wir uns ja stets bewußt.

Gegen die Fleischnot-Resolution sind verschiedene Einwendungen erhoben worden. Fest steht aber doch, daß irgend welche Sicherheitsmaßregeln zum Schutze unseres Viehes notwendig sind. Die Fassung der Resolution ist vielleicht etwas dehnbar; statt „berechtigter" könnte man sagen „notwendiger aber loyal zu handhabender". Wir würden darunter etwa verstehen, daß das Vieh an der Grenze untersucht wird. Bei den Menschenseuchen hat man das frühere Quarantänesystem aufgegeben. Wenn das beim Menschen möglich war, muß es auch beim Vieh möglich sein. Das aber ist klar, daß die schlimmste Krankheit des ausländischen Viehes in den Augen der Agrarier seine Billigkeit ist. In den achtziger Jahren ging man gegen Trichinen, die für Menschen schädlich sein sollten, vor, jetzt nimmt man Viehseuchen zum Vorwand. Das dänische Vieh z. B. soll tuberkulös sein; zufällig ist aber Dänemark das Land, in dem es am wenigsten tuberkulöse Menschen gibt.

Genosse Michels hat die Friedensresolution als unklar bemängelt. Er meint, im Auslande glaube man nicht an den Ernst unserer Friedensliebe. Gerade in Deutschland aber sind wir von jeher jeder Art Kriegstreiberei entgegengetreten. Alle Militärvorlagen haben wir aufs entschiedenste bekämpft, haben jederzeit den Gedanken der Völkerverbrüderung propagiert, und nur ein Ignorant oder ein Böswilliger kann das übersehen und behaupten, daß wir in dieser Beziehung hinter irgend einem Lande auch nur um Haaresbreite zurückstehen. Daß wir Mangel an Rednern haben, beklage ich auch. Was ich als falsch bezeichnet habe, ist, daß man so oft Redner mit bekannten Namen verlangt. Genosse Schulz klagte über Verflachung, die in der letzten Zeit ein-

getreten sein soll. Er weiß wohl nicht, wie es früher zuging? Da wurde einfach bestimmt, daß jeder mal reden muß. Konnte jemand 20 Minuten reden, so wurden drei solcher Redner ausgeschickt, um zusammen eine Versammlung abzuhalten. Wenn diese dann gelernt hatten, 30 Minuten zu sprechen, brauchte man nur zwei solcher Redner für eine Versammlung und so bildete man sie allmählich zu Freischwimmern aus. (Heiterkeit.) Was früher vielleicht gründlicher betrieben wurde, war das Studium der Broschüren und darin sollte man unsere angehenden Agitatoren unterstützen, indem man ihnen von Parteiwegen Material gibt. (Zuruf: Geschieht schon!) Ja es geschieht schon, aber noch nicht überall. Hätten wir früher geahnt, daß wir einmal so viel Redner haben würden, wie wir jetzt tatsächlich haben, so hätten wir geglaubt, damit eine Welt erobern zu können. Es hat sich aber gezeigt, daß mit der Zahl der Kräfte auch das Bedürfnis steigt. Die Hauptsache ist und bleibt, daß wir uns immer bewußt sind, daß wir uns nicht in innere Kämpfe verlieren dürfen. Unsere Gegner stehen außerhalb unserer Reihen. Erst wenn wir diese niedergeworfen haben, können wir es uns leisten, untereinander zu raufen. So lange wir noch Gegner des Sozialismus haben, müssen wir nach außen kämpfen. Dann wird es uns möglich sein, in wenigen Jahren unsere Anhängerzahl von neuem zu verdoppeln. (Lebhafter Beifall.)

Meister (Schlußwort): Nach Rücksprache mit den übrigen Mitgliedern der Kontrollkommission bitte ich Sie, den Wunsch des Genossen aus Mülhausen auf Streichung des letzten Satzes unserer Erklärung nicht zu erfüllen. Der Parteitag würde sich dadurch zu dem in Bremen gefaßten Beschluß in Widerspruch setzen. Der Genosse aus Mannheim hat gemeint, der Fall Gindorf liegt anders als ich ihn geschildert. Es ist richtig, daß der Gesangverein — Gindorf scheint ein bedeutender Sänger vor dem Herrn zu sein — ihm etwas Geld angeboten hat. Aber dabei ist es auch geblieben; und vom Angebot allein kann der Mensch nicht leben. Gindorf befand sich in der dringendsten Not. Er hat kein Geld erhalten. Vielleicht wäre es anders gekommen, wenn der Gesangverein dem Angebot die Tat hätte folgen lassen. Die Begründung unseres Urteils habe ich inzwischen erhalten. Ich bemerke noch, daß das Urteil ein einstimmiges war und daß wir sehr bald zu dem Resultat gelangten, daß, wenn irgend einem Genossen, so in diesem Falle dem Genossen Gindorf Unrecht geschehen ist. Ich bitte Sie, sich vorläufig dabei zu beruhigen. Die Mannheimer Genossen können ja weitere Schritte unternehmen.

Es wird zur Abstimmung geschritten. Entsprechend dem Antrag der Kontrollkommission wird dem Parteivorstand einstimmig Decharge erteilt. Vor der Abstimmung über die Erklärung der Kontrollkommission zur Mülhauser Angelegenheit bemerkt

Singer: Wenn die Erklärung angenommen wird, so wird dadurch das Recht der Mülhauser Genossen, bei dem nächsten Parteitag eventuell Berufung gegen das Urteil einzulegen, durchaus nicht beeinträchtigt. (Zuruf Meister: Selbstverständlich!) Die Mülhauser Genossen haben erst vor einigen Tagen die Begründung bekommen und es ist ihr Recht, Berufung einzulegen.

Hierauf wird die Erklärung der Kontrollkommission angenommen.

Antrag 117 gelangt mit der Aenderung zur Annahme, daß die Worte „Parteigenossen in Kattowitz" durch die Worte „der Parteitag" ersetzt werden.

Antrag 128 wird abgelehnt.

Antrag 146 wird einstimmig mit der Aenderung angenommen, daß im dritten Absatz statt „berechtigter Vorsichtsmaßregeln" gesagt wird: „notwendiger, aber loyal zu handhabender Vorsichtsmaßregeln".

Antrag 141 gelangt mit dem Amendement Bernstein (Nr. 148) zur Annahme.

Antrag 142 wird mit einem Amendement Michels, wonach hinter „provoziert" gesagt wird „unter vollster Ausnutzung aller ihr zu Gebote stehenden Kräfte", angenommen.

Damit sind die Punkte 2 und 3 der Tagesordnung erledigt. Es folgt Punkt 4:

Bericht über die parlamentarische Tätigkeit.

Hierzu liegen die Anträge 81, 82, 83, 84, 85, 86, 125, 130, 139 und 144 vor, die mit Ausnahme des Antrags 81 sämtlich unterstützt werden.

Außerdem wird ein Antrag der Genossen des vierten und sechsten sächsischen Reichstagswahlkreises eingereicht, den Antrag 83 der Fraktion zur Erwägung zu überweisen.

Referent Förster: Der neugewählte Reichstag hat jetzt seine erste Session hinter sich und wir können überschauen, was er für die Arbeiter geleistet hat. Mit diesen Leistungen sind wir natürlich ebensowenig zufrieden, wie unsere Presse. Es ist aber auch nicht richtig, daß die Verstärkung unserer Fraktion ganz ohne Einfluß geblieben sei. Verschiedene bürgerliche Parteien haben eine förmliche Jagd mit arbeiterfreundlichen Resolutionen begonnen, man hatte mit den Initiativanträgen die Erfahrung gemacht, daß sie meist nicht zur Verhandlung gelangten. Um das zu vermeiden, brachte man statt der Anträge Resolutionen ein. Man hatte es also eilig, den schlechten Eindruck, den die Annahme des Wuchertarifs im Volke gemacht hat, etwas zu verwischen. Von diesen zahlreichen Resolutionen ist nun aber nur ein kleiner Teil angenommen worden. Man sollte meinen, Konservative und Agrarier müßten mit diesem Reichstage sehr zufrieden sein. Das ist durchaus nicht der Fall. Unsere Unzufriedenheit mit dem Reichstage beruht auf anderen Gründen. Die Interessen des kleinen Mannes finden in ihm zu wenig Beachtung und wenn ein Teil unserer Genossen erwartet hat, daß das nach unserm großen Wahlsieg gleich wesentlich anders werden würde, so hat man unsre Gegner unterschätzt. So leicht lassen sich unsere Gegner nicht über den Haufen rennen. Dazu bedarf es ganz anderer Kämpfe, die sich wahrscheinlich gar nicht im Parlament, sondern außerhalb desselben abspielen werden. Es ist übel vermerkt worden, daß bei wichtigen Abstimmungen eine nicht unbeträchtliche Anzahl unserer Genossen fehlte. Ich brauche in dieser Beziehung aber den Bemerkungen Molkenbuhrs nichts hinzuzufügen. — Auch über die Fragen der Handels- und Zollpolitik brauche ich nach der Rede Molkenbuhrs nichts mehr zu sagen. — Nun zu den Anträgen. Zum Antrag 82 bemerke ich, daß für die Trennung von Staat und Kirche unsere Fraktion bei der Beratung des Toleranzantrages entschieden eingetreten ist, wie wir das natürlich bei jeder sich bietenden Gelegenheit wieder tun werden. Der Antrag 84 bleibt hinter christlich sozialen Forderungen zurück, in denen wiederholt die Herabsetzung der Altersgrenze auf 60 Jahre verlangt worden ist. Wir haben diese Forderung auch gestellt, man hat uns aber nachgewiesen, daß diese Herabsetzung eine erhebliche Steigerung der Kosten zur Folge haben würde. Das kann natürlich kein Grund sein, von der Forderung abzustehen. Es gibt noch eine große Anzahl von Leuten, die man zu den Beiträgen heranziehen könnte; ich denke dabei an die Rentner, die keine Arbeitgeber mehr sind, aber ihr Einkommen aus der Arbeit der Arbeiter ziehen. Wenn statt des 65. das 60. Lebensjahr in den Antrag aufgenommen würde, so wäre er, glaube ich, wohl annehmbar.

Die Antragsteller, welche den Antrag 85 gestellt haben, scheinen sich recht wenig um die Reichstagsverhandlungen gekümmert zu haben, denn für die Reform des Militärstrafwesens sind wir fortgesetzt eingetreten, ebenso für die Forderungen des Antrages 86. Ebenso wenig neues verlangen die folgenden Anträge. Es handelt sich überall da um Dinge, die stets und mit Nachdruck

von der Fraktion vertreten worden sind. Alle diese Anträge beweisen also, daß die Fraktion sich völlig im Einklang befindet mit den Forderungen und Wünschen der Parteigenossen. Wir sind ja auch stets für die Interessen der Arbeiter und der kleinen Leute eingetreten.

Nun noch einiges Allgemeine. Die Verschwendungssucht unserer Politik, die unter dem jetzigen Regierungssystem immer mehr zugenommen hat, hat eine finanzielle Misere zur Folge gehabt, der man jetzt durch die sogenannte Finanzreform abhelfen will. Dadurch werden auch die bürgerlichen Klassen berührt, denn es geht ja an ihren Geldbeutel mit, und in dieser Situation werden wir vor allem mit unserer Agitation einsetzen können und müssen. So leicht wird die Regierung aus der Finanzklemme nicht herauskommen. Nur um das vorhandene Loch zu stopfen, werden 100 Millionen gebraucht und dabei werden immer neue Millionen dem Moloch Militarismus und Marinismus geopfert. Die Regierung wird gezwungen sein, zu neuen Steuerquellen zu greifen, und dabei werden wir mit einer intensiven Agitation einsetzen können.

Ich bin am Schlusse meines Berichts und kann mich darauf beschränken, abzuwarten, ob irgend welche Monita gezogen werden. (Bravo!)

Auf Vorschlag des Vorsitzenden **Leber** wird in eine Diskussion des Berichts heute nicht mehr eingetreten. Die Verhandlungen werden vertagt, da in demselben Saale heute noch eine Versammlung stattfindet.

Schluß $6^3/_4$ Uhr.

Dritter Verhandlungstag.

Mittwoch, den 20. September. — Vormittags-Sitzung.

Leber-Jena eröffnet um $9^1/_4$ Uhr die Sitzung mit der Mitteilung, daß die Leitung der Karl Zeiß-Stiftung sich bereit erklärt hat, 60 Mitgliedern des Parteitages die Besichtigung der Werke zu gestatten.

Singer: Ich bin in der Lage, Ihnen über den Ausgang der Essener Wahl Mitteilung zu machen. Nach einem mir zugegangenen Telegramm sind abgegeben bei der gestrigen Hauptwahl für den sozialdemokratischen Kandidaten Gewehr 28 500 Stimmen (Bravo!), für den Freisinnig-Nationalliberalen 17 800 Stimmen, für das Zentrum 35 500, für den Christlichsozialen 2200, für den Polen 1700. Es wird also eine Stichwahl zwischen dem Zentrum und dem Sozialdemokraten stattfinden. Es werden Sie die Zahlen von der letzten Wahl ebenfalls interessieren. Bei der vorigen Wahl hat der sozialdemokratische Kandidat erhalten 22 773, die Nationalliberalen und Christlichsozialen, die damals zusammengingen, 20 890, der Zentrumskandidat damals 35 157 und der polnische Kandidat 1589. Während also die bürgerlichen Parteien sich auf der Stimmenzahl, die sie das vorige Mal bekommen haben, gehalten haben, haben wir eine Zunahme von 6000 Stimmen zu verzeichnen. (Bravo!) Wir sind also die einzige Partei in diesem Wahlkreise, die an Stimmen gewonnen hat; unsere Stimmen sind um 30 Proz. gegen die vorige Wahl gestiegen. — Ich weiß mich einig mit dem gesamten Parteitag und der gesamten Partei Deutschlands, wenn ich unseren braven Genossen in Essen für die mühevolle, opfervolle und rastlose Arbeit, die zu einem so glänzenden Erfolge der Partei geführt hat, unseren wärmsten Dank und unsere herzliche Anerkennung ausspreche. (Lebhafte Zustimmung.) Unsere Genossen in Essen haben gezeigt, was von dem Gerede zu halten ist, daß die sozialdemokratische Partei im Rückgange befindlich ist. Die 6000 Stimmen Zunahme im Essener Wahlkreise, in einem Wahlkreise, der umstritten war wie kein anderer

in einem Wahlkreise, wo noch am letzten Sonntag 200 Kapläne vom Zentrum hingeschickt worden sind (hört! hört!), um die Massen zu bearbeiten — bedeutet einen glänzenden Sieg, wie wir ihn uns schöner nicht wünschen können. Und diesen Sieg der tapferen Arbeit unserer dortigen Genossen verdanken zu können, das muß nicht nur unseren Dank hervorrufen, sondern das muß auch die anderen Wahlkreise anspornen, das gleiche zu tun, dem Beispiele zu folgen, welches die Essener Genossen uns gegeben haben. Parteigenossen! Dieser Sieg in einer Zeit wie der jetzigen, wo man auf allen Seiten der bürgerlichen Parteien sich der Hoffnung hingibt, daß die Sozialdemokratie ins Wanken kommt, dieser Sieg ist mehr wie eine gewonnene Schlacht. Die Sozialdemokratie hat bewiesen, daß sie fest entschlossen ist, nicht nur an dem Errungenen festzuhalten, sondern weiter zu schreiten von Sieg zu Sieg unter der alten Proletarierfahne in dem alten revolutionären Kampf, der darin gipfelt: die bürgerliche Gesellschaft wird zerstört. . . Wir danken unseren Essener Genossen, daß sie in einer Zeit, wo von allen Seiten sehnsüchtig gewartet wird auf die kleinste Abnahme unserer Stimmen in irgend einem Wahlkreis — wir danken unseren Genossen, daß sie so die Fahne hochgehalten haben und die Ehre der Partei gewahrt haben. Parteigenossen! Dieser Sieg bedeutet mehr wie andere Erfolge. In einem Wahlkreise wie dem Essener, wo das Zentrum mit seiner kompakten Masse alles aufbietet, um die vorwärtsstrebende Arbeiterklasse niederzuhalten, in einem Wahlkreise, wo das großindustrielle Kapital derartig erstarkt ist wie in keinem anderen — in einem solchen Wahlkreise eine sozialdemokratische Stimmenzunahme in dieser Höhe, das meine ich, soll auch für die bürgerlichen Parteien ein Zeichen sein, daß niemand, sei es auch wer es sei, mit uns fertig wird. Unsere Genossen im Essener Wahlkreis gehen jetzt in den Stichwahlkampf: an Hülfe dazu soll es ihnen seitens der Partei nicht fehlen. (Stürmischer Beifall.)

Krüger-Dresden: Der Bericht von Förster hat die Tätigkeit der Fraktion in recht günstigem Licht erscheinen lassen, wir zweifeln ja auch nicht daran, daß unsere Genossen alles getan haben, was in ihren Kräften steht, aber es bedarf doch immer wieder neuer Anregungen. Gewiß, der Antrag Dresden-Altstadt ist nichts Neues, aber bei aller Anerkennung der Arbeit unserer Genossen, besonders des Genossen Grabnauer, sind doch noch immer Fälle einer scheußlichen Militärjustiz zu verzeichnen. Ich erinnere nur an die horrenden Strafen, die über Landwehrleute verhängt wurden. Noch schlimmer steht es um den Vollzug der Strafen. Wir wenden uns entschieden gegen die Verhängung des Dunkelarrestes, der die Gesundheit der Bestraften auf jeden Fall schädigt, besonders das Augenlicht. Wir erziehen unsere Kinder doch nicht zu dem Zwecke, daß sie rohen Leuten zum Opfer fallen, welche dieselben bis aufs Blut peinigen. Ich bitte Sie deshalb, unseren Antrag anzunehmen, er entspringt unserer gemeinsamen Ueberzeugung.

Graf-Hanau kommt auf die Abwesenheit eines Teiles der Fraktion bei wichtigen Abstimmungen zurück. Molkenbuhr hat die Sache zu leicht genommen. Wenn bei wichtigen Abstimmungen 28 Abgeordnete unserer Fraktion fehlen, so ist das ein Skandal, der zur Sprache gebracht werden muß. Wenn die Abgeordneten sich verspätet haben, so ist das keine Entschuldigung. Wir halten unseren Tadel aufrecht.

Adler-Kiel: Auch ich muß der Fraktion einen kleinen Vorwurf machen, weil ich ein schärferes Frontmachen gegen die Zwangspolitik gegen die Dänen vermißt habe. Das Vorgehen der dänischen Abgeordneten ist ja von unserer Seite unterstützt worden, die Fraktion hätte aber auch selbständig sich der Dänen annehmen müssen. Der König von Preußen hat bei seinem vorletzten Besuche ein paar Worte aus einem dänischen Liede zitiert: in Schleswig ist es verboten, das Lied zu singen! Personen, die jahrzehntelang in Schleswig gewohnt und nichts begangen haben, werden plötzlich ohne Grund ausgewiesen und andere

werden um ihrer dänisch gesinnten verstorbenen Väter willen nicht zum Referendareramen zugelassen. Die Fälle Scherrebeck und Winter werden Ihnen im Gedächtnis sein, desgleichen der Fall Finnemanns, der wiederholt ausgewiesen wurde, bis schließlich das Oberlandesgericht ihn für einen Deutschen erklärte. Dann nahm man sich den Sohn vor, der in allen Instanzen als Däne erklärt wurde, weil der Vater Däne sei! Auch das Oberlandesgericht hat das Urteil bestätigt, woraus man ihm keinen Vorwurf machen kann, weil es an die tatsächlichen Feststellungen der Vorinstanz gebunden und dadurch gezwungen war, sich selbst zu widersprechen. Als zu einem Prozeß der „Schlesw.-Holst. Volks-Ztg." der in Dänemark weilende Finnemann vom Verteidiger als Zeuge geladen worden war, wurden vorher alle Züge aus Dänemark auf allen Stationen von der Polizei abgesucht, um Finnemann zu fangen und sofort wieder abzuschicken und in Kiel stand die Polizei zu dem Zweck vor den Toren des Gerichts und den Türen des Gerichtssaals. Als der geladene Zeuge dann doch durch die für Gefangene reservierte Tür eintrat, rief der Staatsanwalt: Mann, wo kommen Sie her? Es handelt sich bei der Dänensache um eine preußische Angelegenheit, aber es müssen Handhaben gefunden werden, um sie auch im Reichstage zur Sprache zu bringen. Damit, daß es sich um nationalistische Tendenzen handele, kann man meiner Forderung nicht entgegentreten. Es handelt sich vielmehr um einen Kampf gegen unerhörte nationale Unterdrückung, denen Unterstützung die Sozialdemokratie stets auf ihre Fahne geschrieben hat. Die Sozialdemokratie predigt doch den Schutz aller Unterdrückten und das Selbstbestimmungsrecht aller Völker!

Bernstein-Berlin: Das Fehlen unserer Abgeordneten bei Abstimmungen ist gewiß ein Uebelstand, der bekämpft werden muß. Es ist aber ein Irrtum, anzunehmen, daß ein Abgeordneter, der nicht auf der Abstimmungsliste steht, nicht im Reichstage gewesen ist. Er kann durch eine Konferenz, eine Raterteilung zurückgehalten sein und die Abstimmung versäumen. Vielleicht empfiehlt es sich, in unserer Fraktion die englische Institution des Einpeitschers einzuführen. Adlers Ausführungen kann ich nicht beantworten. Ich glaube nicht, daß die Fraktion eine passende Gelegenheit versäumt hat, um die Beschwerden der Dänen zur Sprache zu bringen. Darin sind wir alle einig, daß es notwendig ist, mit äußerster Energie das Selbstbestimmungsrecht jeder Völkerschaft, und sei sie noch so klein, zu verteidigen. Hindernd tritt uns aber hier die steigende Ohnmacht des Reichstages in den Weg. Ueber den Mangel an Kompetenz des Reichstages herrscht ziemliche Unkenntnis in den Kreisen der Parteigenossen, besonders aber in der auswärtigen Sozialdemokratie. Die Folge ist große Enttäuschung und Mißstimmung im Auslande. Zwar bewundert man die Organisation, die Opferwilligkeit und die Größe der deutschen Sozialdemokratie, aber man ist sehr enttäuscht über das, was bei unserer Fraktion im Reichstage geschieht. Wie anders ist es in Frankreich! Da folgte bei der Marokkofrage Interpellation auf Interpellation, bis Delcassé über die Klinge mußte. Was geschieht aber im Reichstage? Fast gar nichts! Wen trifft die Schuld? Im Reichstage ist das Interpellationsrecht, ein wichtiges Recht des Volkes, außerordentlich jämmerlich beschaffen. Während im englischen Parlament die Minister im Jahre 1903 4563 Fragen beantwortet haben, davon 2554 mündlich, brauchen die Minister im Reichstage überhaupt nicht zu antworten, oder wenn sie antworten, dann kommt heraus, was Herr v. Richthofen sagte: „Wer uns nicht paßt, den weisen wir aus." Diese Ohnmacht des Reichstages nimmt zu, teilweise unter dem Einfluß des derzeitigen Reichstagspräsidenten. Ich unterschreibe nicht alles, was über den Grafen Balleſtrem geschrieben wird, aber er ist der gefährlichste Präsident für die Rechte des Reichstages, den wir je gehabt haben. In jovialer Weise, die schon bestechend wirkt, versteht er es, den Reichstag herabzudrücken. Es handelt sich scheinbar um Kleinigkeiten. Das Recht der Unterbrechung ist außerordentlich verkürzt, wenn

nicht aufgehoben. Aehnlich steht es mit den Korrekturen im Stenogramm. (Die Redezeit ist abgelaufen.)

Bender-Magdeburg befürwortet den Antrag 86. Die Erhebungen der Kommission für Arbeiterstatistik haben ergeben, daß bei den Handels- und Transportarbeitern eine überaus lange Arbeitszeit besteht. 70 Prozent der Transportarbeiter haben eine Arbeitszeit von über 14 Stunden täglich. Es wäre wünschenswert, wenn unsere Fraktion mal im Reichstage die traurigen Verhältnisse dieser Arbeiter, die infolge ihrer kolossal langen Arbeitszeit zu förmlichen Arbeitstieren herabgedrückt sind, zur Sprache bringen würde. Eine Verkürzung der Arbeitszeit würde dazu beitragen, diese Arbeitergruppen, die in ihrer Mehrheit den Bestrebungen der modernen Arbeiterbewegung heute noch ablehnend gegenüberstehen, für die Organisation zu gewinnen.

Wir erwarten deshalb, daß unsere Vertreter im Reichstage auf eine Verkürzung der Arbeitszeit für die Handels- und Transportarbeiter hinwirken.

Molkenbuhr: Der Antrag 84 enthält eine alte, sehr populäre und in der Agitation leicht anwendbare Forderung, die bei vielen Leuten großen Anklang findet. Aber sieht man die Forderung näher an, dann wird man zu der Ueberzeugung kommen, daß es keine unglücklichere Forderung beim Alters- und Invalidenversicherungsgesetz geben kann als gerade diese. Mit ihrer Verwirklichung würde den Industriearbeitern der denkbar schlechteste Dienst erwiesen werden. Ist ein Arbeiter arbeitsunfähig, dann kann er Invalidenrente erhalten, und diese Rente wird er auch persönlich verbrauchen können. Ist er aber noch arbeitsfähig und verdient gerade so viel wie jeder Arbeiter auf derselben Stelle, so wird ihm, falls er dann Rente erhält, diese Rente durch Kürzung des Arbeitslohns vielfach wieder abgejagt. Darin gehen Reich und Bundesstaaten voran. Die in den königlichen Eisenbahnwerkstätten beschäftigten Leute, welche Altersrente erhalten, kommen gewöhnlich mit demselben Tage, wo ihnen die Altersrente zugesprochen wird, in eine niedrigere Lohnklasse, und es ist nicht selten, daß ihnen ein Mehr an Lohn abgezogen wird, als sie in Form von Renten erhalten. Die Forderung würde zur Folge haben, daß ungefähr drei Landarbeiter Rente erhalten und ein Industriearbeiter. Die Landarbeiter haben nun aber bekanntlich kein Koalitionsrecht, die Bauern werden dem alten Mann leicht seinen Lohn kürzen, und würde die Erfüllung der Forderung auf eine Unterstützung der Grundbesitzer hinauslaufen. Sobald die Altersgrenze herabgesetzt wird, wird der Zuwachs an Altersrentnern so groß sein, daß die Beiträge erheblich erhöht werden müssen; die Durchführung dieser Forderung wäre also nichts anderes als eine Belastung der Industriearbeiter zugunsten der Grundbesitzer. Das ist auch der Grund, weshalb die Sozialdemokraten diese Forderung nicht mehr erheben, sie ist zuletzt im Reichstage von dem bekannten Führer des Bundes der Landwirte v. Ploetz erhoben worden, der sich sagte, daß dadurch die Grundbesitzer eine erhebliche Ersparnis an Lohn haben würden. Ich sehe also nicht ein, weshalb wir mit einer solchen Forderung kommen sollen. Wollen wir an dem Gesetz etwas ändern, so haben wir dafür zu sorgen, daß die Leute leichter in den Bezug der Invalidenrente kommen können; nicht die Alters-, sondern die Invaliditätsgrenze muß verschoben werden, es muß Rente gewährt werden, wenn die Arbeitsfähigkeit auf die Hälfte oder zwei Drittel herabgemindert ist. Davon hätten Landarbeiter und Industriearbeiter gleichmäßig Vorteil.

Was den Antrag 86 betrifft, so fordern wir ja einen allgemeinen Maximalarbeitstag, und wir gehen dabei weiter als die Transportarbeiter. Es haben zwei Erhebungen für die Transportarbeiter stattgefunden, einmal über die Arbeitszeit im gewerblichen Fuhrwerksgewerbe und zweitens über die Arbeitszeit der im Handelsgewerbe beschäftigten Personen. Aber leider sind bei den mündlichen Erhebungen über die Arbeitszeit im Fuhrwerksbetriebe gerade von den Arbeitern so bescheidene Forderungen gestellt, daß selbst, wenn diese Forderungen

in der Bundesratsverordnung, die ja wahrscheinlich kommen wird, Anerkennung finden, doch noch eine überaus lange Arbeitszeit für diese Kategorie übrig bleiben wird. Wenn wir einen allgemeinen Maximalarbeitstag durchsetzen, dann sind wir erheblich weiter. Die Transportarbeiter haben vereinzelt geradezu übertrieben bescheidene Forderungen erhoben, einzelne waren schon mit acht bis neun Stunden Ruhezeit zufrieden. Das Transportgewerbe weist die allerhöchste Unfallziffer auf, denn merkwürdigerweise ist das Fahren auf dem Lande weit gefährlicher als das Fahren auf See. Diese hohe Unfallziffer ist wesentlich auf die übermäßig lange Arbeitszeit zurückzuführen. Es ist ja eine bekannte Tatsache, daß die Unfälle meist eintreten, wenn die Leute übermüdet und infolgedessen weniger vorsichtig geworden sind. Aber trotzdem können wir nicht im Interesse der Transportarbeiter Forderungen stellen, die hinter unseren allgemeinen Forderungen zurückbleiben. Die Bundesratsverordnung wird, sobald sie kommt, dem Reichstage zur Kenntnisnahme mitgeteilt werden, und dann kann ja die ganze Frage einer gründlichen Kritik unterzogen werden. Vorläufig schwebt die Sache noch, aber da die Verhandlungen bis auf den Bericht an den Bundesrat abgeschlossen sind, wird ja in allernächster Zeit auf diesem Gebiet etwas geschehen.

Lipinski-Leipzig: Was die Abstimmung über die Handelsverträge anlangt, so ist es doch bekannt, daß die Tagesordnung jeder Sitzung erst am Abend vorher festgesetzt wird. So erklärt es sich, daß manche Abgeordnete erst mit den Frühzügen nach Berlin fuhren und zu spät ankamen. Zu den Ausführungen Adlers möchte ich den Wunsch aussprechen, daß den Abgeordneten etwas mehr das Einzelmaterial über solche Fragen zugestellt wird. Selbst können sie unmöglich all dieses Material sammeln. Die Verhältnisse der Handelshülfsarbeiter sind im Reichstage wiederholt zur Sprache gebracht worden. Den Antrag 86 halte ich für überflüssig, weil er eigentlich nur etwas Selbstverständliches enthält.

Bernstein-Berlin setzt seine Ausführungen von vorhin fort. Das Recht der Unterbrechung, das in anderen Parlamenten sehr entwickelt ist, wird bei uns, namentlich seit Ballestrem Präsident ist, immer mehr beschränkt. Zwischenrufe, die oft sehr wichtig sind, werden einfach nicht stenographiert. Durch alles das werden die Rechte der Minderheit verkürzt. Wie ungeheuer sind die Rechte des Reichstags durch die Lex Gröber verkürzt, wonach der Präsident jedem das Wort zur Geschäftsordnung verweigern kann. Eine solche Geschäftsordnung ist eine Geschäftsordnung für den Staatsstreich. Dafür haben aber die wenigsten im Volke, ja nur erst ein Teil der Parteigenossen, Verständnis. Wie gering ist die Zahl derer, die da wissen, daß die Geschäftsordnung der Volksvertretung einer der wichtigsten Teile der Verfassung eines Landes ist. Das Parlament muß die Möglichkeit haben, bei jeder Gelegenheit die Regierung zu stellen. Zu Beginn des ostasiatischen Krieges wurde das Wort gesprochen, daß russische Trauer deutsche Trauer sei. Das widersprach ebenso wie spätere ähnliche Aussprüche der Gesinnung des Volkes. Der Reichstag aber hat sich in allen Fragen der äußeren Politik seiner Rechte begeben. Wenn nicht das Gefühl allgemein verbreitet wäre, daß wir hier vollkommen rechtlos sind — „Hunde sind wir ja doch!“ wie Bamberger einmal gesagt hat —, so würde auch das Interesse an diesen Fragen größer sein. So aber müssen wir mit aller Entschiedenheit gegen den jetzigen Zustand der Dinge Protest einlegen. Ich bitte Sie, unsere Resolution anzunehmen, namentlich auch mit Rücksicht auf unsere ausländischen Genossen, damit diese sehen, daß wir, soviel an uns liegt, alles tun, um diesen unwürdigen Zuständen ein Ende zu machen.

Ledebour-Berlin: Mit den allgemeinen Beschwerden über den Mangel an Rechten des Reichstages sind wir ja alle einverstanden. Nur hat Bernstein bei der Erörterung des Interpellationsrechts im Deutschen Reichstage einen Punkt übersehen, durch den in der perfidesten Weise das Interpellationsrecht

zunichte gemacht werden kann. Wenn nämlich eine Interpellation eingebracht ist, so hat die Regierung das Recht, zu erklären: Wir antworten nicht. Das ist noch nicht das schlimmste, denn wenn sie nicht antwortet, dann kann wenigstens durch Mehrheitsbeschluß eine Besprechung der Interpellation erzwungen werden, und bei solchen Gelegenheiten kann die moralische Wirkung der Besprechung unter Umständen durch das Stillschweigen der Minister noch verstärkt werden. Wir können darauf hinweisen: Die Regierung schweigt, weil sie nichts antworten kann, weil sie nicht zu antworten wagt. Aber die Regierung hat noch ein ganz anderes Mittel, das Interpellationsrecht zunichte zu machen: sie erklärt einfach, sie wolle die Interpellation beantworten zu gelegener Zeit, wenn die Umstände es ermöglichen, und dann wird die Interpellation nicht eher auf die Tagesordnung gesetzt, bis die Regierung den Zeitpunkt für gekommen erachtet, und da ist es immer eine wunderbare Fügung des Schicksals, daß dieser Zeitpunkt nie eintritt. Richtig ist, daß die Rechte des englischen Parlaments viel weiter gehen als die des Deutschen Reichstages. Nur wird bei uns jede Interpellation als Haupt- und Staatsaktion betrachtet, während in England etwa die 2000 Interpellationen jährlich nicht eigentlich Interpellationen in unserm technischen Sinne sind, sondern jeder Abgeordnete kann in England dem Minister mitteilen: morgen oder übermorgen werde ich an Dich die und die Frage richten; bei Beginn jeder Sitzung ist eine gewisse Zeit für derartige Fragen und Antworten reserviert. Das ist ein außerordentlich wichtiges und nützliches Recht, weil es Gelegenheit gibt, jede akute Frage ohne weiteres zur Erörterung zu bringen. — Bernstein meinte dann, wenn in uns allen ein stärkeres Bewußtsein der Macht und des Einflusses lebte, würden wir auch anders agieren und gebrauchte da in Anlehnung an ein Wort des verstorbenen nationalliberalen Abg. Bamberger: Hunde sind wir ja doch. Ein so deplaziertes Zitat ist wohl noch nie auf einem Parteitage gebraucht worden. Dieses Wort stammt doch nicht aus dem Gefühl des Mangels an Macht, sondern aus dem Gefühl des Mangels an Mut und ich glaube in Ihrer aller Namen es zurückweisen zu können, daß ein solches Gefühl des Mangels an Mut in uns lebt. Zu dem Bambergerschen Empfinden gelangt man nur, wenn man nicht wagt, gegen die Rechtlosigkeit vorzugehen. Der Entschluß, gegen die Rechtlosigkeit anzukämpfen, ist lebendig nicht nur bei uns, sondern auch bei den Sozialdemokraten aller Länder, zum Beispiel Rußlands, die noch viel weniger Rechte haben. Hunde sind vielmehr nur die Schergen des Absolutismus. (Sehr richtig!) Gegen die Resolution Bernsteins, was ihren Inhalt anlangt, habe ich nichts einzuwenden. Ich bedauere nur, daß Bernstein unter den Hinweisen auf die Fragen der Weltpolitik, die uns hier angehen, neben Marokko und dem russisch-japanischen Konflikt nicht auch die Besetzung von Kiautschou mit erwähnt hat. Das ist durch den russisch-japanischen Krieg für uns eine sehr akute Frage geworden. Gegenüber der aufstrebenden japanischen Macht können wir durch diese Besetzung von Kiautschou in Zukunft in eine ähnliche Situation kommen wie Rußland durch die Besetzung von Port Arthur. Trotz der Weltmachtstellung Deutschlands in Europa kann für uns diese Besetzung noch recht unliebsame Folgen haben, wenn wir nicht klug genug sind, vorher diese Erwerbung aufzugeben. Allerdings begreife ich die Unterlassung Bernsteins, denn unter den deutschen Parteigenossen war Bernstein der einzige, der die Besetzung Kiautschous gefeiert hat. Er schrieb damals: Das war nicht der schlechteste Streich der deutschen Politik. Der Reichskanzler Bülow hat das mit einem gewissen Geschick gelegentlich im Reichstage benutzt und gesagt: Ihr bekämpft die Besetzung, aber der hervorragende Theoretiker Bernstein hat ja diese Besetzung gebilligt. Wie manche andere Behauptungen Bernsteins, ist durch die geschichtliche Entwicklung auch seine Lobpreisung der Besetzung von Kiautschou gründlich widerlegt worden. Wir müssen dagegen protestieren, daß sich infolge des Hervor-

tretens von Bernstein in dieser Frage die Auffassung festsetzt, die deutsche Sozialdemokratie sei mit den Ansichten Bernsteins in Fragen der Weltpolitik einverstanden. Denn im Gegensatz zu seiner Auffassung halten wir die Besetzung Kiautschous für den törichtsten Streich, den die deutsche Politik in der sogenannten Weltpolitik sich überhaupt geleistet hat. (Bravo!)

Keimling-Dresden: Daß die Fraktion immer für die Trennung von Staat und Kirche eingetreten ist, ist richtig. Damit darf es aber nicht sein Bewenden haben; wir müssen auch Anträge in dieser Richtung stellen, wozu der jetzige Augenblick besonders günstig ist, nachdem es eben der Energie unserer französischen Genossen gelungen ist, in Frankreich die Trennung durchzusetzen. Nun hat das Zentrum im Jahre 1900 im Reichstage den sogen. Toleranzantrag eingebracht, der vom Reichstag angenommen wurde, da auch unsere Fraktion ihm zustimmte. Die verbündeten Regierungen gaben ihm keine Folge und er kehrte in der verflossenen Reichstagssession wieder. Die Mehrheit verwies ihn an eine Kommission; durch den frühzeitigen Schluß des Reichstags fiel er aber, wie auch verschiedene andere Anträge und halbfertige Gesetzesvorlagen, unter den Tisch. Diese Situation sollten unsere Genossen ausnützen und versuchen, durch selbständiges Vorgehen ganze Arbeit auf diesem Gebiete zu leisten, da der Toleranzantrag ja nur eine Halbheit darstellt. Verlangt er doch z. B. die Unabhängigkeit der anerkannten Religionsgemeinschaften, das Zentrum denkt aber gar nicht daran, die Mitglieder der nicht anerkannten Religionsgemeinschaften oder Dissidenten vor polizeilichen Schikanen zu schützen. Es ist eben nur dann tolerant, wenn die Intoleranz sich gegen seine eigenen Anhänger richtet. Dieser Halbheit müssen wir unsere eigenen Anträge entgegensetzen.

Hartmann-Höchst: Der Zweck des Antrags der Hanauer Genossen ist, den Abgeordneten aufzugeben, in Zukunft dafür sorgen, daß sie bei wichtigen Abstimmungen anwesend sind. Die Entschuldigung Bernsteins, daß die Abgeordneten manchmal, selbst wenn sie im Hause des Reichstages anwesend waren, durch Besuche verhindert wurden, an den Abstimmungen teilzunehmen, ist eine Ausrede und genügt mir nicht, denn vor jeder Abstimmung wird ein Zeichen gegeben, worauf die Abgeordneten zu ihren Plätzen gehen und so ein rechtzeitiges Erscheinen ermöglichen können. Der in Dresden angenommene Antrag 119, in jedem Jahre ein Flugblatt über die Tätigkeit der Fraktion herauszugeben, ist leider in diesem Jahre noch nicht ausgeführt worden. Ich möchte die Fraktion bitten, das im nächsten Jahre nachzuholen.

Pinseler-Niederbarnim: Die Grenze für die Invalidität ist unseres Erachtens viel zu hoch. Wer nur zu einem Drittel erwerbsfähig ist, findet überhaupt keine Arbeit mehr. Im Interesse der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter lenkt Redner die Aufmerksamkeit des Parteitages auf die ungerechte Festsetzung des Durchschnittsjahresverdienstes für landwirtschaftliche Arbeiter durch die ganz unter dem Einfluß der Gutsbesitzer stehenden unteren Verwaltungsbehörden. Eine Aenderung der Feststellung des durchschnittlichen Arbeitsverdienstes der Landarbeiter ist dringend geboten; der Fraktion möchte ich ein Vorgehen in dieser Richtung empfehlen. In nächster Nähe von Berlin ist z. B. vorgekommen, daß das durchschnittliche Arbeitseinkommen von Landarbeiterinnen auf 360 M. festgesetzt wurde! Eine Frau, deren Erwerbsfähigkeit auf 40 Proz. herabgesetzt war, erhielt eine Rente von 8 M.!

Freiwaldt-Pankow: Der Beschwerde der Hanauer Genossen stimme ich durchaus zu. Die Entschuldigung, die Bernstein anführte, war so hinfällig, daß er selbst daran nicht glaubt. Auch Genosse Molkenbuhr wollte die Sache mit einer Handbewegung abtun. Ich möchte ihn aber daran erinnern, daß in der letzten Session bei einer sehr wichtigen Frage von den Konservativen künstlich die Beschlußunfähigkeit herbeigeführt wurde, und daß ihnen das damals nicht gelungen wäre, wenn nur 18 Genossen mehr anwesend gewesen wären. Es fehlten

aber zirka 40 von unseren Abgeordneten! Gerade die Gewerkschaftsführer müßten bei so wichtigen Angelegenheiten vollzählig anwesend sein. Bernstein hat dann eine Schilderung von der Ohnmacht des Reichstages gegeben, wie sie schlimmer kein Anarchosozialist geben kann. Trotzdem stimme ich ihm zu, finde aber, daß der Reichstag selbst schuld an den Zuständen ist, weil sich die bürgerlichen Parteien darin fügen, daß man sie lediglich zu Handlangerdiensten benutzt. Auf dem Parteitag in St. Gallen wurde von einem Anwesenden, der jetzt Abgeordneter ist, gesagt, unsere Abgeordneten müssen ruppiger auftreten. Ich möchte diese Aufforderung jetzt wiederholen. Unsere Abgeordneten müssen bedenken, daß auf einen groben Klotz ein grober Keil gehört. Wenn man sich unsere heutigen Minister ansieht, so muß man wirklich sagen, daß sie nicht auf ihren Platz gehören und am besten zu ihren Regimentern zurückversetzt würden. Da würden sie weniger schaden als wie Minister.

Stadthagen-Berlin: Was die inneren Angelegenheiten des Reichstags betrifft, so wäre es mir lieb gewesen, wenn seitens der dem Reichstage nicht angehörenden Genossen etwas schärfer die Notwendigkeit der Erweiterung des Arbeiterschutzes betont worden wäre, damit klar wird, daß wir bei unseren Bemühungen in dieser Richtung die Partei hinter uns haben. Wenn Freiwaldt meint, wir sollten ruppiger auftreten, so würde ich mich gern bemühen, das zu versuchen. (Heiterkeit.) Aber damit allein ist es doch nicht getan. Der Genosse verwechselt dabei die Stellung der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie zum Reichstage. Dieselbe Verwechselung liegt meines Erachtens der Resolution Bernstein zugrunde. So gut die Resolution gemeint ist, so verstehe ich in der Tat nicht, wie ein Sozialdemokrat eine solche Resolution begründen kann. Die Resolution will „die Aufmerksamkeit des deutschen Volkes auf die nichtachtende Behandlung des Reichstages durch die Regierung lenken". Zunächst kann man nicht die Aufmerksamkeit auf etwas lenken, was bereits bekannt ist. Außerdem liegt gar nicht eine nichtachtende Behandlung des Reichstages durch die Regierung, sondern lediglich diejenige Behandlung vor, die die bürgerliche Klasse dem Reichstage angedeihen lassen will. Ich halte es für ganz selbstverständlich, daß die bürgerliche Klasse den Reichstag, den sie als Instrument für ihre Interessen zu benutzen beabsichtigt, in dem Moment ad acta legt, wo das Proletariat sich seiner bedient. Auf die persönliche Stellung eines Herrn Bülow oder der anderen Minister kommt es dabei gar nicht an. Wichtiger als die in der Resolution angeführten Fragen der auswärtigen Politik scheint mir ferner die Trockenlegung des Reichstags durch Verhinderung der Verhandlungen über Landarbeiter-, Bergarbeiter- und Polen-Fragen, die in immer größerem Umfange der Zuständigkeit des Reichstages entzogen werden. Ganz und gar muß ich aber dem zweiten Teil der Resolution widersprechen. Die „nichtachtende Behandlung der gewählten Vertreter des Deutschen Reiches" ist uns gleichgültig; denn es kommt uns nicht auf die Personen, sondern darauf an, daß die Rechte des Volkes mißachtet werden, und zwar durch die bürgerlichen Parteien, nicht durch die Regierung. Diese Nichtachtung ist ferner nicht „nur die naturgemäße Folge der schwächlichen Haltung fast aller nichtsozialistischen Parteien", sondern die natürliche Folge der kapitalistischen Entwickelung und Interessen. Und welches sind denn die Parteien, die Bernstein von seinem Vorwurf ausnehmen will? Die Konservativen oder die Nationalliberalen oder das Zentrum? (Ledebour: Die Nationalsozialen meint er!) Er kann doch nicht von Parteien sprechen, wenn er hier und da eine Person ausnehmen möchte. Man sieht hier wieder, wie wenig es nützt, wenn man allein die idealen Faktoren anruft. In einer seiner ersten Reichstagsreden wies Bernstein auf die armenischen Greuel hin, schlug mit großer Erregung auf den Tisch und rief die Hülfe Europas an! Trotzdem hat Europa bislang noch nicht geholfen. Es kommt für uns darauf an, die Ursachen der jetzigen Zustände zu ergründen; mit solchen

schwächlichen Resolutionen wird aber nichts erreicht. Wir wenden uns nicht gegen die Regierung, sondern gegen die kapitalistische Klasse, deren Werkzeug die Regierung ist. Ich bin auch ganz und gar nicht damit einverstanden, daß die bürgerlichen Parteien die Rückkehr zum persönlichen Regiment herbeiführen. Ich bitte Sie, die Resolution abzulehnen, weil sie schwächlich und überflüssig ist. (Beifall.)

Damit schließt die Debatte.

Zu einer persönlichen Bemerkung erhält das Wort

Bernstein: Dem Genossen Stadthagen erwidere ich, daß ich den Reichstag nicht für eine akademische Versammlung, sondern für eine politische Vertretung halte, die politische Fragen zu erörtern hat. Freiwaldt sagte, daß meine Ausführungen an Anarchosozialismus erinnern, aber ich gehe doch von einer ganz anderen Auffassung aus, ich wende mich gerade gegen eine Schwächung des Parlaments. Ledebour hat mir einen Vorwurf gemacht, daß ich an das Wort Bambergers erinnert habe; selbstverständlich bezog sich das Wort nicht auf unsere Partei. Ich habe nur gesagt, daß sich auch bei uns ein Gefühl einnistet, das an diesen Ausspruch erinnert, der der Machtlosigkeit der nationalliberalen Partei entsprungen war. Was die Kiautschoufrage betrifft, so bemerke ich, daß dasselbe, was ich darüber geschrieben habe, mit den gleichen Argumenten, nur noch positiver, seinerzeit gesagt ist in einem angesehenen österreichischen Partei-Organ, der „Wiener Arbeiterzeitung". Meine Anerkennung galt dem Gegenzug gegen die Intriguen Rußlands in Ostasien.

Das Schlußwort erhält

Förster: Den Genossen Adler möchte ich bitten, wenn er der Meinung ist, daß unsere Fraktion nichts Genügendes leistet in der Bekämpfung der Unterdrückungspolitik in Nordschleswig, uns in der Folge sein Material zuzuschicken. Es ist falsch, daß wir auf Anregungen der Gegner warten, um im Reichstage vorzugehen. Unsere Anträge, Interpellationen und Resolutionen beweisen das Gegenteil. Ich glaube, die Fraktion befindet sich in voller Uebereinstimmung mit der Partei. Ein grundsätzlicher Gegensatz ist nirgends zutage getreten. Wenn der eine oder andere wünscht, daß wir agressiver vorgehen sollen, nun so ist das Meinungssache. Jedenfalls steht die Fraktion innerhalb der Partei, ist ein Glied von ihr. Die Ansicht, daß unsere Abgeordneten nur eine molluskenartige Masse hinter sich haben, ist vollkommen unrichtig. Ich hoffe, daß wir weiter gemeinsam im Interesse der Arbeiterklasse und ihres Emanzipationskampfes unsere Tätigkeit nach allen Seiten hin entwickeln werden. (Bravo!)

Es folgt die Abstimmung über die vorliegenden Anträge.

Antrag 81 wird nicht genügend unterstützt.

Die Anträge 82, 83, 85, 86, 125, 130 und 139 werden angenommen.

Die Anträge 84 und 144 werden abgelehnt.

Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Es folgt Punkt 5 der Tagesordnung:

Die Maifeier.

Hierzu liegen die Anträge 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 118 Abs. 1, 127, 37 II, 143 und 147 vor.

Das Wort erhält der Referent

Richard Fischer-Berlin: Parteigenossinnen und Genossen! Unsere diesjährige Maifeier-Debatte hängt naturgemäß zusammen mit der Debatte auf dem Kölner Gewerkschaftskongreß. Ohne die Diskussion in Köln würden wir wahrscheinlich ein ganz kurzes Referat und vielleicht gar keine Diskussion haben und uns damit begnügen, die vorjährige Resolution von neuem anzunehmen. In Köln ist — darüber brauchen wir uns nicht zu streiten — ein gewisser Gegensatz zwischen Partei und Gewerkschaften zutage getreten, ein Gegensatz, den man

nicht so formulieren darf: die Gewerkschaftsbewegung, die Beschlüsse des Kölner Kongresses stehen im Gegensatz zu der Partei und ihren Beschlüssen, sondern den man höchstens dahin präzisieren darf, daß man sagt: von seiten einzelner Gewerkschaftsführer und Gewerkschaftsmitglieder sind in Köln Auffassungen und Meinungen vorgebracht worden, die in einem gewissen Widerspruch zu den Auffassungen der Parteigenossen und zu der Art und Weise stehen, wie die Partei die Sache geregelt hat. Auch auf dem Gewerkschaftskongreß, genau so wie auf unseren Parteitagen, traten verschiedene Meinungen zutage. Die Filiale Luckenwalde des Holzarbeiterverbandes hatte beantragt, auf den Züricher Beschluß zurückzugehen und den Gewerkschaften die Pflicht aufzuerlegen, jeden Versuch zu unterstützen, der an einzelnen Orten von zentralorganisierten Arbeitern zur Durchführung der Arbeitsruhe gemacht wird. Ein anderer Antrag der sächsischen Agitationskommission der Steinsetzer, ging dahin, soviel als möglich die Maifeier durch Arbeitsruhe zu begehen. Die Vorstände der Wiesbadener Gewerkschaften haben die Forderung aufgestellt, daß die Zentralverbände in ihren Grundforderungen auch die der Freigabe des ersten Mai aufnehmen sollten. Die Tabakarbeiter von Berlin und Erfurt wollten ausdrücklich, daß gegen jede Abschwächung der Maifeier eingeschritten wird, ebenso das Gewerkschaftskartell in Stralsund. Dann kam die die ganze Debatte beherrschende Resolution Schmidt, die den Standpunkt der Generalkommission vertrat und darin gipfelte, daß der Gedanke an Arbeitsruhe seitens der Gewerkschaften überhaupt aufgegeben werde, daß die Maifeier stattfinden solle als eine Demonstration der Arbeiterklasse in Form einer Abendfeier, weil nach seiner Auffassung der Wert dieser Demonstration in dem einheitlichen Charakter der Feier liege. Demgegenüber erklärt die Resolution Glocke den Standpunkt der Partei, wie er in Bremen und Amsterdam zum Ausdruck gekommen ist, auch für die Gewerkschaften als maßgebend mit dem ausdrücklichen Wegweiser, mehr als bisher für die strikte Durchführung der Arbeitsruhe Sorge zu tragen. Die Resolution Bock-Gotha endlich verlangte, daß eine Konferenz mit der Parteileitung einberufen werden solle, um auf dem Boden der Parteitagsbeschlüsse eine einheitliche Aenderung der Maifeier gemeinsam zu bewerkstelligen.

Eine Beschlußfassung ist nicht erfolgt, alle Resolutionen wurden zurückgezogen, und zwar zurückgezogen, wie Glocke ausdrücklich erklärte, weil nach seiner Auffassung einerseits schon die Aussprache genügte, um den einzelnen Verbänden die Richtschnur zu geben für ihre Stellungnahme zur Maifeier, und andererseits zurückgezogen in der ausdrücklichen Absicht, daß die gegnerische Presse und die gegnerischen Parteien keinen Anlaß haben sollten, aus dem Abstimmungsverhältnis die eventuelle Schlußfolgerung zu ziehen, als ob ein Gegensatz gegen die Partei beabsichtigt sei, wie er auch tatsächlich nicht beabsichtigt war. Und der Vorsitzende Bömelburg hat ausdrücklich als Schlußfolgerung aus der Debatte als Auffassung des Kongresses konstatiert, daß die Gewerkschaften die Verpflichtung anerkennen, die Maifeier auf Grund der von den Parteitagen festgesetzten Form zu begehen, und zwar auch in der Weise, daß das Eintreten der Gewerkschaften für die Arbeitsruhe größer sein soll als bisher; zugleich müsse aber als Meinung des Kongresses die Auffassung betont werden, daß vor dem nächsten internationalen Kongreß Partei und Gewerkschaften sich über eine bestimmte gemeinsame Stellung zur Maifeier einigen sollten, so daß man auf dem nächsten internationalen Kongreß die Meinung der deutschen Delegation als die Meinung der deutschen Arbeiterklasse auffassen könne.

Anscheinend war also das Ergebnis der Kölner Debatten eine völlige Uebereinstimmung zwischen Partei und Gewerkschaften, und auch in bezug auf eine Reihe anderer Punkte hat der Gewerkschaftskongreß wiederholt Gelegenheit genommen, das gemeinsame Fühlen und Denken mit der politischen Partei zu betonen.

Aber dennoch wäre es ein Fehler, wenn wir uns verhehlen wollten, daß das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften nicht überall so ist, wie es im Interesse beider Bewegungen sein sollte (sehr richtig!), und es ist eine Hauptaufgabe dieses Parteitages, sich zu fragen, was müssen wir tun, um in Partei und Gewerkschaften sowohl in der speziellen Frage der Maifeier, wie in der allgemeinen Auffassung der Grundfragen, welche Partei und Gewerkschaften bewegen, von denen sie auszugehen haben, eine völlige Einheitlichkeit herbeizuführen. Es wäre ein großer Fehler, wenn wir uns darüber täuschen wollten, daß in Köln seitens einiger Gewerkschaftsführer Ausführungen gemacht sind, die mit einer gewissen erschreckenden Klarheit uns vor Augen führen, daß in den Gewerkschaften da und dort — ich möchte sagen — der sozialistische Geist etwas verloren gegangen ist. (Sehr richtig!) Ich sehe dabei selbstverständlich von allen rhetorischen Entgleisungen und gewissen geschmacklosen Uebertreibungen ab, wie sie z. B. die von den eigenen Berufsgenossen bereits zurückgewiesenen bekannten Aeußerungen Leimpeters darstellen, der, nebenbei bemerkt, sie ja auch selber schon auf dem Bergarbeiterkongreß zurückgenommen hat. Auch die viel zitierte Aeußerung Bömelburgs, „um die Gewerkschaften auszubauen, dazu bedürfen wir der Ruhe", ist sehr mißverstanden worden. Aus der Persönlichkeit von Bömelburg, aus der Stellung seiner Gewerkschaft in all den Jahren kann man nicht den Schluß ziehen, daß er damit hat sagen wollen: wir haben jetzt auf gewerkschaftlichem Gebiete soviel erreicht, daß wir große Kämpfe nicht mehr führen, sondern uns mit der Festhaltung des Erreichten begnügen müssen. Diese Folgerung kann man nicht ziehen, wenn man nicht ein Unrecht begehen will. Man braucht bloß die Kampftätigkeit seiner Gewerkschaft ins Auge zu fassen. In demselben Maße wie der Maurerverband gewachsen ist, mit dem allgemeinen Aufsteigen der Arbeiterklasse, ist auch seine Kampftätigkeit gewachsen, denn schließlich hängt ja die Kampftätigkeit nicht ab von dem Willen der Mitglieder, sondern der Kampf wird ihnen von den Gegnern aufgezwungen. Vergleicht man das Jahrzehnt 1893/1903, so zeigt das Jahr 1893 nur 1 Streik, 1903 deren 268, an denen 18 238 Mitglieder beteiligt waren. Genau dasselbe wie für die Maurer, trifft zu für die Holzarbeiter, Metallarbeiter und andere Verbände, wie Deinhardt in der „Neuen Gesellschaft" ziffernmäßig nachgewiesen hat. Also, solche Aussprüche können nicht die Grundlage der Diskussion bilden, wenn wir uns darüber unterhalten, ob und welche Gegensätze zwischen Partei und Gewerkschaften bestehen.

Aber wir haben doch die Verpflichtung, uns gewisse andere Aeußerungen vor Augen zu halten und uns zu fragen, wie es möglich ist, daß von Gewerkschaftsführern, die aus der Partei herausgewachsen sind und in der Partei ihre volle Pflicht getan haben, solche Aeußerungen fallen können. So sagt z. B. der Vertreter des Zimmererverbandes, Genosse Bringmann, mit bezug auf die Maifeier:

„Als Selbstzweck mag die Maifeier der Teufel holen .... Wir als Gewerkschaftler haben alle Ursache, vom rein gewerkschaftlichen Standpunkte die Frage aufzuwerfen, was hat die Maifeier den Gewerkschaften bisher genutzt? Man hat behauptet, die Maifeier sei ein wirksames Agitationsmittel für die Gewerkschaften. ... Alle, die das behaupten, möchte ich ersuchen, einen einzigen Gewerkschaftler auf den Tisch des Hauses niederzulegen, der durch die Maifeier für die Gewerkschaften gewonnen worden ist. Nach meinen Erfahrungen hat die Arbeitsruhe am 1. Mai in den Gewerkschaften gewirkt wie ein Fremdkörper im menschlichen Organismus". Weiter sagt er: „Wir müssen gegen die Beschlüsse der internationalen Kongresse und der sozialdemokratischen Parteitage (die uns auffordern, die Arbeitsruhe am 1. Mai anzustreben) Stellung nehmen und unumwunden und konsequent erklären, die Maifeier, *in welcher Form sie auch gefeiert werden möge*, ist kein gewerkschaftliches Aktionsmittel, die Arbeitsruhe

am 1. Mai als Programmpunkt der Gewerkschaften ist aber ein Mittel, die Gewerkschaften ganz außerordentlich zu schädigen."

Und in einer Berliner Rede, die er geradezu als Rechtfertigung seines Verhaltens auf dem Gewerkschaftskongreß gehalten hat und die als Broschüre unter dem Titel „Der Fünfte Gewerkschaftskongreß und der Klassenkampf in Deutschland" erschienen ist, hat er dieselben Gedanken weiter ausgeführt und sie wiederholt, und u. a. auch Stellung genommen gegen die Partei, wie man es von einem Parteigenossen nicht erwarten dürfte. Er spricht die Meinung aus, daß die Partei selber der Maifeier gegenüber einen Standpunkt einnehme, der nicht von dem Gedanken diktiert sei, als ob es uns ernst wäre mit dem Bestreben. Er geht dabei völlig irre in der Begründung, er führt erstens an, daß ich auf dem Parteitag 1902 gesagt habe: „Zu einer Kraftprobe zwischen wirtschaftlicher Macht der Unternehmer und der Arbeiterklasse wollen wir die Maifeier nicht werden lassen." Daraus schlußfolgert er, vom Parteistandpunkt aus solle demnach die Arbeitsruhe nicht den Zweck haben, die Klassenforderungen des Proletariats und den Weltfrieden durchzuführen. Tatsächlich habe ich doch nur den allgemein in der Partei gültigen Standpunkt vertreten: in der Zeit der wirtschaftlichen Depression wäre es ein Wahnsinn von uns als Partei, das zu tun, was die Gegner von uns verlangen, nämlich die Arbeitsruhe zu proklamieren. Weiter sagt er, Gerisch habe 1892 denselben Gedanken ausgesprochen in den Worten: „Wir sind in der Lage, unsere Wünsche, Anschauungen und Grundsätze in ganz anderer Weise zum Ausdruck zu bringen als durch die Maifeier." Diese Tatsachen, meint Bringmann, beweisen unumstößlich, daß unsere Partei der Maifeier keine große Bedeutung beimißt, weder als Propagandamittel, noch als Aktionsmittel. Gerisch hat einfach gegenüber den damaligen Einwendungen aus Oesterreich — die Oesterreicher haben von Anfang an den 1. Mai durch Arbeitsruhe gefeiert und das gleiche von uns verlangt, wir aber haben gesagt, in Oesterreich gelten andere historische und politische Momente, andere historische, weil da von alters her der 1. Mai ein Volkstag war, andere politische, weil da das allgemeine Wahlrecht nicht vorhanden ist und die Arbeiter daher auf andere Weise ihre Meinung zum Ausdruck zu bringen haben — Gerisch hat also diesen Einwendungen gegenüber erklärt, daß wir die Maifeier nicht als einziges Mittel brauchen, sondern daß wir in Deutschland mit unserer Vertretung im Reichstage auch andere Mittel haben und in Zeiten wirtschaftlicher Depression auf dieses Mittel verzichten können. Bringmann geht aber noch weiter; er sagt auf Seite 12 der Broschüre — und da stoßen wir auf eine Auffassung, die mit der allgemeinen Parteiauffassung in Widerspruch steht:

„Die Gewerkschaft ist unter den gegebenen Verhältnissen das einzige Mittel (hört! hört!), um die Lage der Arbeiterklasse zu verbessern."

Diese Aeußerung gründet sich darauf, daß er vorher ausgeführt hat, auf dem Wege der Gesetzgebung sei in absehbarer Zeit für die Verbesserung der Lage der Arbeiter nichts zu erreichen; die Maschinerie der Arbeiterschutz-Gesetzgebung sei in Deutschland seit Jahren eingerostet, das Interesse der Arbeiter an der Gesetzgebung sei im Abnehmen begriffen und daher fürchte man in Parteikreisen, daß damit auch das Interesse an der politischen Bewegung unter den Arbeitern schwinde. Daraus zieht dann Bringmann den Schluß, daß heute nur noch durch die gewerkschaftliche Organisation und Aktion Erfolge für die Arbeiterklasse erzielt werden können. Das ist eine Schlußfolgerung, gegen die sich mit aller Macht zu wenden die Partei allen Anlaß hat, und von der ich überhaupt nicht verstehe, daß sie gerade heute gezogen werden kann, wo die Zollgesetzgebung gezeigt hat, wie durch einen einzigen gesetzgeberischen Akt jahrzehntelange Kämpfe, jahrzehntelange Opfer, jahrzehntelange Erfolge der Gewerkschaftsbewegung mit einem Schlage hinwegrasiert werden können. (Sehr richtig!)

Gegen eine solche Auffassung der Gewerkschaftsbewegung Stellung zu nehmen, haben wir allen Anlaß.

Nun gebe ich zu, man braucht solche Uebertreibungen nicht tragisch zu nehmen. Gewiß, aber es wäre auch fehlerhaft, achtlos an ihnen vorüberzugehen, denn sie sind Symptome einer Krankheit, die vorläufig im Körper der deutschen Arbeiterbewegung erst latent vorhanden ist. Es ist deshalb unsere Aufgabe, Heilung für diese Krankheit zu suchen, um sie zu kurieren, ehe alle übrigen Erscheinungen auf der Oberfläche des Körpers aufgetreten sind.

Meiner Meinung nach brauchen wir in dieser Beziehung keine besondere Sorge zu haben, wenn wir uns den Verlauf der Gewerkschaftsversammlungen vor Augen führen, die unmittelbar nach Schluß des Gewerkschafts-Kongresses stattgefunden haben. Wenn wir den Verlauf des Bergarbeiter-Kongresses, der Generalversammlung der Metallarbeiter in Leipzig uns vor Augen führen, haben wir allen Anlaß, anzunehmen, daß Gefahren schwerwiegender Natur nicht vorhanden sind; aber Aufgabe der Partei muß es sein, die Gewerkschaftsgenossen, die bereits gegen diese Auffassung in den eigenen Reihen Protest erhoben haben, von unserer Seite zu unterstützen. (Sehr richtig!) Man tut am besten, glaube ich, man spricht hier seine Sorgen ganz offen aus und da habe ich — ich weiß nicht, ob es absolut richtig ist, aber in weiten Kreisen wird diese Meinung geteilt — die Auffassung, daß namentlich von einzelnen Verbänden — ich will mal den Metallarbeiterverband als Beispiel nehmen — darin sehr gesündigt wird, daß die bisherigen Bestrebungen, die Gewerkschaften im sozialistischen Geiste zu lenken und zu leiten, sehr stark in den Hintergrund getreten sind. (Sehr richtig!) Es ist gewiß kein feindlicher Gegensatz gegen die Partei in dieser Gewerkschaft zu konstatieren, aber immerhin soll den Gewerkschaftsbeamten die Pflicht auferlegt sein, ihre gesamte Arbeitskraft nur in den Dienst der Gewerkschaft zu stellen, und soweit sie Zeit haben zur Agitation, diese Agitation nur für die Gewerkschaften zu treiben und nicht für die Partei. Wir haben auf dem Gewerkschaftskongreß auch aus den Reihen der Metallarbeiter heraus die Klagen gehört, daß es die Verbandsfunktionäre wären, die namentlich in bezug auf die Arbeitsruhe immer abgewiegelt hätten. Unser Vorsitzender Genosse Leber war es ja, der in Leipzig gegen seinen Verband diesen Vorwurf erhoben hat. — Ehrler und Bringmann wenden sich gegen die Maifeier, weil sie kein brauchbares Kampfmittel sei zur Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen. Als ob das ganze Streben der Gewerkschaften damit erschöpft wäre! Gewiß, es ist heute die erste Aufgabe der Gewerkschaften, für die Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter zu wirken, gewiß, es ist die beste Agitationsmethode für die Gewerkschaften, die indifferenten Arbeiter darauf hinzuweisen, wie durch diese gewerkschaftliche Agitation augenblickliche Vorteile erreicht werden, wie es gilt den Kampf zu führen für höhere Löhne, für kürzere Arbeitszeit, für bessere Arbeitsbedingungen, weil es das erste und beste Mittel ist, die Widerstandskraft der Arbeiter zu stärken. Aber dadurch unterscheiden wir uns von den englischen und amerikanischen Gewerkschaften, daß für uns dieser Kampf nur Mittel zum Zweck, daß er nicht Selbstzweck sein darf. (Sehr richtig!) Die Hebung der Widerstandskraft der Arbeiter, die Brechung des brutalen „Herren"-Willens, die Herbeiführung eines sozusagen konstitutionellen Verhältnisses auf dem Gebiete des Produktionsprozesses, das sind gewiß die ersten Aufgaben der Arbeiterbewegung, aber wenn die Gewerkschaften in dem Geiste weiter geleitet werden sollen, wie sie bisher geleitet worden sind und geleitet werden müssen, dann darf darüber niemals ein Zweifel gelassen werden unter den Mitgliedern der Gewerkschaften, daß es noch weit höhere Aufgaben für die Arbeiter gibt und daß all diese Verbesserungen der augenblicklichen Lebenslage der Arbeiter sofort wieder weggewischt werden können, wenn die Arbeiter es unterlassen, auf politischem Gebiete genau so ihren Mann zu stellen,

wie auf gewerkschaftlichem Gebiete. (Sehr richtig!) Von diesem Gedanken ging die Generalversammlung der Metallarbeiter in Leipzig aus, als sie es ausdrücklich aussprach, daß sie mit der Haltung der Vertreter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes auf dem Fünften deutschen Gewerkschaftskongreß sowohl in der Frage der Maifeier wie der des Massenstreiks — über den wir später reden werden — nicht einverstanden sei.

Nun hat Genosse Robert Schmidt in Köln als Grund, warum die Generalkommission die Maifeier auf die Tagesordnung des Gewerkschaftskongresses gesetzt hatte, hauptsächlich angegeben: Die Maifeier habe allmählich einen Charakter angenommen, daß den Gewerkschaften große finanzielle Opfer auferlegt seien und sie deshalb gezwungen seien, nun einmal selbständig ihren Standpunkt in dieser Frage zu präzisieren. Ich glaube, diese Auffassung ist nicht richtig. Wenn wir die amtliche Statistik sowie die Statistik der Generalkommission, wie sie sich auf Seite 89 ihres letzten Protokolls findet, in Betracht ziehen, so meine ich, muß man daraus, wenn man objektiv urteilt, die Schlußfolgerung ziehen, daß — man mag sonst zur Maifeier stehen wie man will — doch auf alle Fälle die Opfer, die durch die Maifeier der Gewerkschaftsbewegung auferlegt sind, nicht der Anlaß sein können, irgendwie in Gegensatz zur Partei zu treten. (Sehr richtig!) Nach der Aufstellung der Generalkommission sind im Jahre 1901 zwei Aussperrungen mit 11 Beteiligten vorgekommen, 1902: 12 Aussperrungen mit 1027 Beteiligten und 1903: 4 Aussperrungen mit 626 Beteiligten. Die offizielle Statistik des Reichsamts des Innern hat viel größere Ziffern und ich glaube, wir tun gut, diese größeren Ziffern zugrunde zu legen. Nach dieser Statistik sind 1901 26 Aussperrungen vorgekommen mit 1593 Beteiligten und 6752 Aussperrungstagen; 1902 29 Aussperrungen mit 4378 Ausgesperrten und 1903 25 Aussperrungen mit 3710 Beteiligten. Die Gesamtziffer der Aussperrungstage in diesem Jahre beträgt 16 600, gewiß eine ganz erhebliche Ziffer, und ein Opfer, das man vermeidet, wenn es sein kann. Aber dennoch wird mir wohl kein Gewerkschaftler widersprechen, wenn ich sage, daß im Verhältnis zur gesamten Gewerkschaftsbewegung das keine Ziffern sind, die irgendwie es rechtfertigten, aus diesem Gesichtspunkt heraus die Stellung der Gewerkschaften zur Maifeier zu ändern. (Sehr richtig!) Ich bin gewiß der letzte, der es unterschätzt, welche verantwortungsvolle Aufgabe gerade inbezug auf das Kassenwesen und die finanzielle Sicherheit die Gewerkschaftsbeamten haben, erkenne vielmehr durchaus an, daß die Gewerkschaften bei allen ihren Aktionen auch den finanziellen Gesichtspunkt ins Auge zu fassen haben. Aber die letzte, entscheidende Rolle darf er nicht spielen (sehr richtig!), darf der Geldbeutel weder für die Gewerkschaften noch für die Partei spielen. (Erneute Zustimmung.) Es kann unter Umständen die Ehre und die Selbsterhaltung gebieten, ohne Rücksicht auf die finanziellen Folgen einen Kampf aufzunehmen. (Sehr richtig!) Und das gilt auch für die Maifeier.

Genosse Schmidt hat sich auf dem Gewerkschaftskongreß mit vollem Recht darauf berufen, daß seine Stellung wiederholt auch von der Partei eingenommen worden sei. Ich habe mir eine Zusammenstellung der gesamten Parteitags-Maibeschlüsse seit 1890 gemacht, und wie sie zuweilen von der politisch-ökonomischen Situation diktiert worden sind; mangels Zeit will ich jetzt davon absehen, sie Ihnen im einzelnen vorzuführen. Gewiß hat auch die Partei die Forderung schon aufgestellt, die Maifeier auf den ersten Sonntag im Mai zu verlegen oder nur am Abend des ersten Mai Demonstrationen stattfinden zu lassen. Alles das zugegeben, so unterscheiden sich die Beschlüsse der Parteitage von der Auffassung des Genossen Robert Schmidt doch dadurch, daß jene sich, ich möchte sagen, immer in aufsteigender Linie bewegt haben. Sowie die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse es einigermaßen gestatteten, haben die Parteitage den Standpunkt eingenommen, daß es Pflicht der deutschen

Arbeiterklasse sei, im Sinne der internationalen Beschlüsse ihre Maifeier zu gestalten. Es haben daher die Parteitage — ich möchte sagen wenn der Ausdruck nicht so oft gemißbraucht würde — eine immer radikalere Stellung hierin eingenommen.

Was aber R. Schmidt vorschlägt, ist geradezu ein Abspringen von der bisher erreichten Kampfeslinie, ein Zurückgehen weit hinter den Ausgangspunkt. (Sehr richtig!) — Und ich fürchte, diese freiwillige Aufgabe einer gewonnenen Position, zu der gar kein äußerer Anlaß vorliegt (sehr richtig!), da die Maifeier immer demonstrativer wird, da die Arbeitsruhe an Umfang zugenommen hat, da der Widerstand der Gegner gegen die Arbeitsruhe geringer geworden ist von Jahr zu Jahr — selbstverständlich immer je nach der wirtschaftlichen Konjunktur, ob wir uns in aufsteigender oder absteigender Geschäftskonjunktur befanden — angesichts aller dieser Umstände bedeutet ein Zurückweichen heute geradezu eine Aufforderung an die Gegner, die da glauben müssen, daß die Energie und Kampfeslust des Proletariats gesunken ist, ihre gesamten Kräfte zusammenzuschließen, um der Arbeiterklasse eine Niederlage zu bereiten. Die Unternehmer müssen sich sagen: stellen wir uns zusammen gegen die Arbeiterklasse, sie begnügt sich bereits damit, nur das Erreichte zu verteidigen, ihre Angriffslust, ihre Angriffsmacht ist gesunken — ergo: wenn wir Unternehmer gemeinsam eine Attacke gegen die Arbeiter unternehmen, werden wir auf der ganzen Linie erfolgreich sein. Die Folge einer solchen Stellungnahme wäre also geradezu eine Aufforderung an unsere Gegner, die Arbeiterbewegung zurückzudämmen. (Lebhafte Zustimmung.) Und es ist nicht bloß ein Gebot der politischen Ehre, es ist auch ein Gebot politischer Klugheit, die die eigene Kraft genau kennt und sie abwägt gegen die Kraft der Gegner, die auch genau weiß, was die Gegner wollen, nicht bloß bei den bisherigen Parteitagsbeschlüssen über die Maifeier stehen zu bleiben, sondern unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse und der eigenen Kraft die Parole auszugeben, vorwärts zu gehen, bis wir die Masse erobert und die Gegner bezwungen haben. (Lebhafte Zustimmung.) Ich meine, auch die Gewerkschaften müssen sich in dieser Frage vollständig der Partei anschließen. (Sehr richtig!) Schließlich ist doch die Maifeier auch ein Stück sozialdemokratischen Glaubensbekenntnisses, das die Gewerkschaften ablegen (lebhafte Zustimmung), womit sie ihre Solidarität mit dem internationalen Sozialismus bekunden (sehr richtig!), daß sie mit uns, so verschieden auch die Aufgaben und der Weg sein mögen, als letztes Ziel nur das eine kennen: die Beseitigung der bürgerlichen Gesellschaft, der Zusammenbruch des Lohnsystems, die Uebernahme der Produktionsmittel in den Besitz der Gesellschaft. (Bravo!) Wenn sich nun solche Differenzen zwischen Partei und Gewerkschaften gleichwohl ergeben, müssen wir bei der Frage, wie Abhülfe zu schaffen ist, untersuchen, wie es kommt, daß gerade jetzt die Gewerkschaften eine solche Stellung einnehmen.

Man mag über die Entstehungsgeschichte des Maifeierbeschlusses denken, wie man will, das eine, daß der Gedanke der Maifeier 1890 wie ein elektrischer Funke in Deutschland gezündet hat, beweist, welch gewaltige Bedeutung, welch eminente Werbekraft der Gedanke in den Massen hat. Fünfzehn Jahre sind darüber vergangen, auf- und niedersteigende Geschäftskonjunkturen sind gekommen und gegangen, politisch bedrängte und kritische Momente haben uns vor schwere Aufgaben gestellt: nie aber ist der kleinmütige Gedanke aufgetaucht, das Ziel aufzugeben, weil der Widerstand der Gegner zu groß sei. Im Gegenteil, in dem Maße, wie sich die Gegner zur Wehr setzen, ist auch bei uns der Gedanke des Widerstandes lebendig geblieben. Ohne Uebertreibung kann ich sagen: niemals seit 1890 ist in Deutschland die Maifeier in solchem Umfange und so rein im Parteicharakter begangen worden, als gerade in diesem Jahre. (Lebhafte Zu-

stimmung.) Da wäre es ein Akt des politischen Selbstmordes (erneute Zustimmung), gerade jetzt die Maifeier abzuschwächen.

Ich muß offen bekennen, ich verstehe es nicht, wie ein Parteigenosse gerade jetzt, wo die Gegner jeden zufälligen Stimmenrückgang bei einer Nachwahl als Beweis dafür ausgeben, daß die sozialdemokratische Bewegung verflaut, auf dem Gebiet der Maifeier zurückgehen will.

Wie immer man sich diese Erscheinung erklären mag, jedenfalls darf sie nicht zurückgeführt werden auf den guten oder bösen Willen, auf Mangel an Intelligenz oder Mangel an Ergebenheit des Einzelnen an die Partei. Die gute Absicht, der Partei zu nützen, ist ohne weiteres dabei vorauszusetzen. Unsere Aufgabe ist nicht zu tadeln, sondern zu überzeugen, daß ein anderer Weg beschritten werden muß im Interesse der Partei und der Gewerkschaften.

Ich sehe den Hauptgrund für die Differenzen in folgendem: Unsere Parteibewegung ist allmählich so gewachsen, daß jeder, der als Parteigenosse seine Pflichten erfüllt, seine ganze geistige und körperliche Energie aufbraucht im Kampfe für die Aufgaben der Partei. So entsteht für die Partei die Gefahr, daß über dem großen Ringen um das Endziel die Mühseligkeiten des täglichen Kleinkrieges um die Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter unterschätzt werden. Auf der anderen Seite aber, in der Gewerkschaft, ist eine fortwährende Beschäftigung mit kleinen Kämpfen erforderlich, mit Werkstubenbewegungen, Branchenstreiks usw, und das erfordert eine solche Hingabe, daß der Gewerkschaftsbeamte für den politischen Kampf nur allzuoft fast gar keine Zeit hat. Aber diese beständige Beschäftigung mit Gewerkschaftsfragen, das löbliche Bestreben, die Berufsinteressen der Arbeiter mit aller Energie zu vertreten, verleitet auch dazu, den großen Kampf um politische Ziele zu unterschätzen. Ja, sogar die Schlußfolgerung wird gezogen: der ganze politische Kampf, alles was ihr erreicht, ist so geringfügig, so kleinlich gegenüber den Errungenschaften der Gewerkschaftsbewegung, daß eigentlich sie nur noch als wichtig für die Arbeiterklasse erscheint. Dann aber weiter: Im Wesen jeder Gewerkschaft liegt ein Stück Berufs-Egoismus, liegt das Bestreben, in erster Linie die eigenen Berufsinteressen in den Vordergrund zu schieben. (Sehr richtig!) Es liegt auch im Wesen der Gewerkschaften begründet, daß sie ihre Interessen unter Umständen auf Kosten anderer Berufe zu wahren suchen, ja daß sich hier und da ein gewisser Hang zu einer Art Zünftlertum geltend macht. Es liegt für sie die Versuchung vor, sich abzuschließen, wie sich im Mittelalter die Zünfte abgeschlossen haben. Ich mache den Gewerkschaften deswegen keinen Vorwurf; es fällt mir gar nicht ein zu behaupten, diese Gewerkschaftler seien Reaktionäre oder Egoisten. Nein, die Gewerkschaftsidee hat als natürliche Konsequenz diesen Gewerkschaftsegoismus; aber auf der anderen Seite muß neben diesen kleinen Auswüchsen als Korrektiv die große Aufgabe der allgemeinen Arbeiterbewegung lebendig gemacht werden. Ich will mit diesen Ausführungen durchaus nicht behaupten, daß die Gewerkschaftsmitglieder persönlich Zünftler seien, aber die sozialistischen Theoretiker haben in dieser Beziehung einen weiteren Gesichtskreis als diejenigen, die mitten im Tageskampf stehen. Nehmen wir z. B. die Buchdrucker! Gewiß, die geschlossenste, leistungsfähigste Organisation, die wir haben, eine Organisation, die Großartiges erreicht hat. Diese Gewerkschaft hat in der Tariffrage gewiß bahnbrechend gewirkt. Die große Mehrheit der Partei wird mit mir der Ansicht sein, daß jede Gewerkschaft das Bestreben haben muß, zu Tarifen zu gelangen. Es handelt sich nur darum, wie weit der Einfluß der Gewerkschaften bei diesen Verträgen zum Ausdruck gebracht werden kann. Die Tariffrage ist also keine Prinzipien-, sondern eine Machtfrage. Also auch die Buchdrucker haben großes geleistet. Aber man kann, wie in anderen Berufen, bereits eine ganze Reihe von zünftlerischen Anwandlungen auch in dieser Organisation

beobachten. Das Arbeitsgebiet wird nach Möglichkeit eingeengt und jeder Fremde ferngehalten. Zur Bedienung unserer modernen großen Rotationsmaschinen z. B. würden eigentlich in erster Linie die Maschinenbauer berufen sein, aber dagegen kämpfen die Buchdrucker. Gewiß haben die Buchdrucker von ihrem Interessestandpunkt das Recht, dafür zu kämpfen, daß ihnen dies Arbeitsgebiet vorbehalten bleibt. Faßt man aber die allgemeine Entwicklung ins Auge, so muß man sagen, daß diese Forderungen den Gesetzen der modernen technischen Entwicklung widersprechen. Ebenso liegt es mit der Lehrlingsfrage. Vom individuellen Standpunkt der Buchdrucker aus ist es ganz richtig, daß sie gegen die Lehrlingszüchterei auftreten, weil dadurch schlechte Gehülfen herangebildet werden, die zum Beruf untauglich sind und wegen ihrer großen Zahl lohndrückend wirken. Und doch macht sich auch hier derselbe Gedanke geltend, der im Mittelalter der Abschließungspolitik der Zünfte zugrunde lag. Was würden wir als Sozialdemokraten sagen, wenn sämtliche Berufe solche Grundsätze praktizieren würden?

Mit alledem will ich nur zeigen, wie notwendig es ist, daß die Gewerkschaften im sozialistischen Sinne geleitet werden und daß bei allen Aktionen der sozialistische Gedanke im Auge behalten wird. Ganz ähnlich verhält es sich auch mit dem Kampf gegen die Maschine, die in einzelnen Berufen geführt wird. Die Buchdrucker haben vollständig recht, wenn sie verlangen, daß die Einführung der Maschinen nicht auf ihre Kosten erfolgt. Unrecht aber ist es, wenn sie Forderungen aufstellen, die geradezu auf eine Verhinderung der Einführung der Maschinen hinauslaufen, wie es seitens einzelner Gewerkschaften in Amerika und England an der Tagesordnung ist. Die moderne Entwickelung kann durch die Gewerkschaften nun einmal nicht aufgehalten, sondern nur in gewissen Grenzen korrigiert und für die Arbeiter nutzbar gemacht werden. Daß diese Gefahr auch von gewerkschaftlicher Seite anerkannt wird, beweist ein Artikel Elms, der gewiß einer unserer überzeugtesten, opferwilligsten und befähigtesten Gewerkschaftler ist, in den „Sozialistischen Monatsheften". Es heißt da: „Nach Köln kann ich nur sagen: Die deutsche Gewerkschaftsbewegung steht vor der Gefahr, in die Bahnen der englischen Gewerkschaftsbewegung hineinzukommen. Die Führer der großen Gewerkschaften fangen an, wie in England, die Stellungnahme zu allgemeinen Fragen rein rechnerisch zu erwägen; mehr und mehr tritt das ideale Moment in den Hintergrund." Wenn die Gewerkschaftler ihr Gewissen erforschen, so werden sie diese Gefahr nicht mehr ableugnen können, und alle, die sozialistisch denken und fühlen, werden sich darin einig sein, daß der Entwickelung in dieser Richtung ein Riegel vorgeschoben werden muß. Deshalb meine ich, ist es die dringende Pflicht der in den Gewerkschaften tätigen Parteigenossen, ihr Augenmerk darauf zu lenken, daß sie neben der strengen Erfüllung ihrer Pflichten gegen die Gewerkschaften auch für die Verbreitung der sozialistischen Gedankenwelt in den Gewerkschaften tätig sind. Sie müssen sich immer bewußt bleiben, daß ihre ganze Tätigkeit, so notwendig sie ist — niemand erkennt diese Notwendigkeit bereitwilliger an als ich — doch nur den Wert eines Palliativmittels hat. Genosse Leipart freilich sagte in Stuttgart, man könne von den Gewerkschaftsführern nicht verlangen, daß sie sozialdemokratische Agitation treiben. Das sei Aufgabe der Parteigenossen in den Gewerkschaften und Aufgabe der Parteipresse. Bis zu einem gewissen Grade ist das richtig, aber es wäre doch ein gefährlicher Irrtum, wenn die Auffassung Platz griffe, daß zwischen Gewerkschaftsführern und politischen Führern ein gewisser Gegensatz bestehen kann. Ich meine, nur in bezug auf das Arbeitsfeld darf eine Differenzierung der Aufgaben stattfinden; in der Erziehung der Arbeiter zu Klassenkämpfern darf aber zwischen politischen und gewerkschaftlichen Führern kein Gegensatz bestehen.

Eins steht natürlich fest, von heute auf morgen kann dieser Anschluß der Gewerkschaften an die Partei, wenn ich so sagen soll, nicht erfolgen. Wir müssen

berücksichtigen, daß die Dinge mit historischer Notwendigkeit so geworden sind, wie sie jetzt sind. Unsere reaktionäre Gesetzgebung und Verwaltung hat die Gewerkschaften fortwährend zu einer gezwungenen Neutralität veranlaßt und bis zu einem gewissen Grade zu einer Verleugnung ihres sozialistischen Charakters geführt. Hätten wir diese Hemmnisse nicht gehabt, so wäre zweifellos wie in Dänemark und Oesterreich auch bei uns gewerkschaftliche und Partei-Bewegung ein und dasselbe geworden. Partei und Gewerkschaften müssen es darum als ihre gemeinsame Aufgabe betrachten, in der Richtung der geistigen Vereinigung tätig zu sein. Das Wachstum der Partei und der Gewerkschaften ist dabei kein Hindernis, aber man kann allerdings nicht verlangen, daß ein Zustand, der sich in einer 30jährigen Entwickelung herausgebildet hat, von heute auf morgen durch einen Kongreßbeschluß beseitigt wird. Die Gemeinschaftlichkeit der gewerkschaftlichen und politischen Bewegung würde jedenfalls ungemein gefördert werden, wenn alle Beteiligten ihre Pflicht ganz erfüllen und wenn auch die Gewerkschaftsführer ihre Aufgabe darin erblicken, den Geist der Zusammengehörigkeit mit der Partei mehr als bisher zu pflegen. (Lebhafte Zustimmung.)

Ich habe nicht mehr die Zeit, an dem Beispiel der Maifeier nachzuweisen, wie notwendig es gerade auf diesem Gebiet ist, die von mir entwickelten Grundsätze zu betätigen. Wenn die Maifeier nach den auf den internationalen Kongressen gefaßten Grundsätzen gefeiert wird, so ist gerade das ein Mittel, um diese beiden Ströme in das gemeinsame Bett des Klassenkampfes überzuführen. Ich bitte Sie deshalb, unsere Resolution anzunehmen, der die Generalkommission ihre volle Zustimmung gegeben hat. Sie hat nur eine einzige formale Aenderung gewünscht, weil sie in einer bestimmten Wendung — allerdings irrtümlich — einen Stich gegen sich sah. Die Resolution entspricht meines Erachtens dem Interesse beider Teile; wenn Sie sie einstimmig annehmen, so werden Sie, glaube ich, im Sinne der Einigkeit von Partei und Gewerkschaft wirken und eine neue Garantie für die Unbesieglichkeit der deutschen Arbeiterklasse schaffen. (Stürmischer Beifall.)

Nach Verlesung einiger Begrüßungstelegramme und einer Nachricht aus Frankfurt, in der mitgeteilt ist, daß Genosse Zielowski wegen Zeugnisverweigerung in Zwangshaft genommen ist, schließt die Sitzung.

Die Nachmittagssitzung fällt wegen des Ausfluges aus.

Schluß 12¼ Uhr.

Vierter Verhandlungstag.

Donnerstag, den 21. September. — Vormittags-Sitzung.

Um 9 Uhr 5 Minuten eröffnet Leber-Jena die Verhandlungen.

Eine Anzahl Begrüßungstelegramme sind eingegangen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verliest

Bernstein-Berlin ein längeres Zitat aus seiner gestern erwähnten Schrift, um zu beweisen, daß er die Besetzung von Kiautschou nur gutgeheißen habe als Gegensatz zur Politik Rußlands. Es heißt da u. a.: „Nicht minder richtig war es, auf das entschiedenste der Einleitung oder Förderung einer Politik der Aufteilung Chinas zu opponieren, weil diese Aufteilung ganz und gar nicht im Interesse Deutschlands liegt. Das deutsche Volk hat kein Interesse daran, daß China aufgeteilt und Deutschland mit einem Stück Reich der Mitte abgefunden wird. Aber das deutsche Volk hat ein großes Interesse daran, daß China kein Raub anderer Nationen wird." Es könne sich bei der Unverantwortlichkeit der Leitung der auswärtigen Politik Deutschlands gar nicht um deren Unterstützung, sondern nur um die richtige Begründung des negativen Verhaltens der

Sozialdemokratie handeln. Ohne Garantie dafür, daß solche Unternehmungen nicht etwa als Mittel ausgenutzt werden, um einen kleinen Tageserfolg zu erzielen, der die größten Interessen der Zukunft preisgibt, könne die Sozialdemokratie keinen Anteil an der Verantwortung für Maßregeln der auswärtigen Politik auf sich nehmen."

Es wird in die Tagesordnung eingetreten.

Die

Debatte über die Maifeier

wird eröffnet.

Krohn-Berlin VI: Der prinzipielle Gegensatz, der sich auf dem Kölner Gewerkschaftskongreß in der Maifeierfrage zwischen Partei nnd Gewerkschaften aufgetan hat, hat die meisten Genossen stutzig gemacht. Besonders auffällig war es uns, daß gerade Reichstags-Abgeordnete es waren, die eine abweichende Haltung zu den bisherigen Beschlüssen in der Maifeierfrage eingenommen haben. Wir fragen uns verwundert: was ist denn eigentlich vorgefallen, daß die Maifeier plötzlich abgehalftert werden soll? (Sehr richtig!) Wir haben nicht gehört, daß von irgend einer Organisation Anträge an die Generalkommission gekommen wären, die eine Abänderung vorgeschlagen hätten. Doppelt merkwürdig erschien uns die Stellung Robert Schmidts, der Vertreter eines Berliner Wahlkreises ist. Gerade in Berlin aber hat die Beteiligung an der Maifeier beständig Fortschritte gemacht. Und trotzdem wird in großen gewerkschaftlichen Verbänden systematisch gegen die Maifeier Stimmung gemacht. (Sehr richtig!) Schade, daß es in Köln zu keiner Abstimmung gekommen ist, da hätten wir doch wenigstens gewußt, woran wir sind. (Zustimmung.) Dadurch, daß bestimmte Entscheidungen vermieden werden, kommt Schwanken und Unsicherheit in die Bewegung. Merkwürdig ist die Entwickelung, die gerade Robert Schmidt genommen hat. In den neunziger Jahren war er der eifrigste Propagandist für die Arbeitsruhe, 15 Jahre später ist er ihr Gegner. Zur Erklärung habe ich nur das Wort Bebels von den gehobenen Existenzen. Mit diesem Wort hat er sehr recht gehabt. (Zustimmung.) Der Krämerstandpunkt, der in Köln eingenommen wurde, muß zu einem Zwiespalt zwischen Partei und Gewerkschaften führen. Denken Sie an Leimpeters Wort von den Chinesen und Botokuden. Die Arbeiterschaft macht keinen Unterschied zwischen gewerkschaftlicher und politischer Bewegung. Das zeigt sich bei den Geldsammlungen am besten. Redner bittet um Annahme der Resolution Fischer.

Krüger-Dresden: Auch ich bedauere den Kölner Beschluß und freue mich, daß die eingebrachte Resolution und die Anträge klarstellen werden, daß in der Partei andere Meinungen verbreitet sind. Auf die Gewerkschaften wird das hoffentlich seinen Eindruck nicht verfehlen. Auch in meinem Wahlkreis macht sich eine Strömung, zum Glück keine starke, gegen die Arbeitsruhe geltend, obgleich gerade dieser Kreis zu denen gehört, die die größten Opfer für die Maifeier gebracht und damit große Erfolge erzielt haben. In diesem Jahre war es uns das erste Mal gestattet, uns als Feiernde auf der Straße sehen zu lassen, war es eine Lust zu sehen, wie Tausende von Arbeitern mit ihren Frauen hinauszogen. In manchen Berufen wird es ja nicht möglich sein, die Arbeitsruhe durchzusetzen, andererseits aber wäre es unrecht, die Berufe zurückhalten zu wollen, denen im Laufe von 16 Jahren die Arbeitsruhe in Fleisch und Blut übergegangen ist und daran nicht gehindert werden, den 1. Mai durch Arbeitsruhe feiern zu können. Die Maifeier ist in ihrer bisherigen Form eine Notwendigkeit und darum müssen wir an ihr festhalten.

Dem nächsten Redner Robert Schmidt wird eine Redezeit von einer Stunde gewährt.

Robert Schmidt: Parteigenossen! Nachdem der Parteitag gestern ohne Diskussion die Fraktion beauftragt hat, für Arbeiterkammern einzutreten, also

ohne weiteres einen Programmpunkt aufgegeben und damit einen der Differenzpunkte mit den Gewerkschaften in loyalster Weise beseitigt hat, so fasse ich das als gutes Omen auch für die Behandlung des zweiten Differenzpunktes, der Maifeierfrage, auf. Unsere Stellung zur Maifeier ist gegeben durch die Erklärung Bömelburgs in seinem Schlußreferat zu Köln. Es besteht für uns nicht die Absicht, in illoyaler Weise eine Aenderung in der Maifeier vorzunehmen. Wir sagen uns, eine solche Aenderung kann nur geschehen durch eine andere Entscheidung eines internationalen Kongresses und schließlich auch in Uebereinstimmung mit der Partei. Zu einer Machtprobe können derartige Differenzen nicht gemacht werden. Ich hoffe, daß wir bis zum nächsten internationalen Kongreß noch zu einer anderen Regelung der Maifeier kommen werden, in einer Weise, wie es den Wünschen eines großen Teiles der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter entspricht. Bis dahin wollen wir die Sache ruhen lassen. — Damit könnte ich mich eigentlich bescheiden und der ganze Streit wäre überflüssig. Indessen sind doch vom Referenten einige Gesichtspunkte erörtert, auf die ich eingehen muß. Die Generalkommission und auch ich persönlich haben stets den Standpunkt vertreten, daß die Bedeutung der Maifeier von uns nicht angetastet werden könne. Wir sehen diese Bedeutung in großen Massendemonstrationen, an denen gewaltige Arbeitermassen teilzunehmen die Möglichkeit haben. Die bisherigen Erfahrungen haben aber gezeigt, daß immer nur ein kleiner Teil eine Demonstration abhält, die meiner Ueberzeugung nach nicht die Wirkung auf die herrschende Klasse hat, die sie haben sollte. Deshalb der Vorschlag, am Abend die Demonstration zu veranstalten, wo der großen Masse die Möglichkeit gegeben ist, an solchen Kundgebungen teilzunehmen. Ist aber die Partei der Meinung, daß nur die Arbeitsruhe die würdigste Form der Feier ist, so würde es sich empfehlen, die Feier am Abend fallen zu lassen und in dieser einzig richtigen Art der Maifeier am Tage zu demonstrieren. Die Form, wie in der Partei zum guten Teil die Maifeier begangen wird, entspricht nicht der Würde, die die Maifeier beanspruchen darf, sie hat völlig ihren demonstrativen Charakter verloren. Fischer meint, die Gewerkschaften haben die materiellen Gesichtspunkte entscheidend sein und die ideellen in den Hintergrund treten lassen. Ich gebe zu, daß in den Gewerkschaften materielle Fragen eine größere Rolle spielen als in der Partei, und daß schließlich auch hier und da Erscheinungen auftreten können, die vielleicht zu der Annahme verleiten, es wäre der materielle Gesichtspunkt entscheidend. Wenn z. B. die Berliner Maurer darüber streiten, ob der Stundenlohn im Tarifvertrag auf 72 oder 75 Pf. festgesetzt werden soll, so ist es sehr leicht, zu sagen, wir wollen die Frage durch einen Streik entscheiden. Aber man hat sich dann die Frage vorzulegen, ob der Einsatz in diesem Falle gewagt werden muß, und ob es rein vom materiellen Standpunkt für die Arbeiter empfehlenswert ist, diesen Einsatz zu wagen. Von einem Zurücktreten vom Boden des Klassenkampfes kann dann keine Rede sein. In der Partei habe ich mehr als in der Gewerkschaft die ideellen Gesichtspunkte zu betonen, komme ich nie in die Lage, sie hinter anderen Erwägungen zurücktreten zu lassen, und es sind nicht die schlechtesten Gewerkschaftler, die den Mut haben, vor ihre Organisation zu treten und zu sagen: nach meinem Standpunkte ist es nicht angebracht, in diesem Falle den Einsatz zu wagen. Was aber in den Gewerkschaften an Idealismus vorhanden ist, hat sich doch gerade in den großen Kämpfen der letzten Zeit gezeigt: da ist eine Begeisterung und ein Korpsgeist zutage getreten, die keineswegs aus materiellen Erwägungen erwachsen waren. So peinlich es mir war, daß die Berliner Holzarbeiter mich wegen der Maifeierfrage in einer, wie es bei solchen Versammlungen üblich ist, ziemlich verletzenden Weise angriffen, so habe ich mich doch immer wieder ausgesöhnt, wenn ich vor der Tatsache stand, daß es möglich war, 20 000 Holzarbeiter in so kurzer Zeit zu organisieren und dahin

zu bringen, daß sie 80 Pf. Beitrag pro Woche zahlen. Das hätte ich vor 10 Jahren nicht für möglich gehalten. Deswegen behaupte ich auch, daß sich unsere Gewerkschaften ausgezeichnet bewährt und viel geleistet haben. Fischer hat uns ferner einen Vorwurf gemacht, daß wir die Maifeier jetzt, wo eine aufsteigende Konjunktur vorhanden ist und die Maifeier an Umfang zugenommen habe, die Aenderung eintreten lassen wollen. Es ist aber doch ganz zweifellos, daß bei aufsteigender Konjunktur manches durchgesetzt werden kann, was nachher bei abflauender Konjunktur einfach nicht aufrechterhalten werden kann, und es fragt sich eben, ob man dem Rechnung tragen und lieber die Bewegung auf einer bestimmten Höhe halten will, auf der man sich behaupten kann. Die sachlichen Differenzen sind gar nicht so groß und ich bitte Sie, nicht immer den Anschein zu erwecken, als ob wir die Bedeutung der Maifeier nicht voll anerkennten. (Lachen.) Unsere Reden und Anträge geben keinen Anlaß, daran zu zweifeln. Es hat mich deshalb gefreut, daß Fischer unsere Argumente loyal gewürdigt hat. Nun hat er aber weiter Ausführungen über einen gewissen Gewerkschafts-Egoismus gemacht und namentlich den Buchdruckern einen engherzigen Standpunkt vorgeworfen. Wenn die Parteigenossen versuchen wollen, Aenderungen im Buchdruckerverband herbeizuführen, ich habe nichts dagegen. Aber seien Sie überzeugt, in diesen Fragen stehen auch die Parteigenossen im Buchdruckerverband durchaus hinter dessen Taktik. Das Buchdruckgewerbe steht in einer Periode großer technischer Umwälzungen. Der Verband will, daß den durch die Einführung der Setzmaschine freigesetzten Kräften ihre Plätze gesichert werden. Man kann der Meinung sein, daß dies die Wahrung engherziger Berufsinteressen sei. Aber psychologisch ist es doch sehr erklärlich. (R. Fischer: Sehr richtig!) Gerade die Parteigenossen drängen darauf, sich die Position zu wahren, die sie erobert haben. Wenn die Setzmaschine für nicht gelernte Arbeiter freigegeben wird, dann besteht die Gefahr, daß der Lohn in seiner bisherigen Höhe nicht zu halten ist. Die freie Konkurrenz würde die Löhne sofort werfen. Wenn die Buchdrucker den Tarifvertrag aufgäben, würden sie in kurzer Zeit ihre Errungenschaften verlieren.

Nun zu der Lehrlingsfrage. Ich bin erstaunt, wie hierin den Gewerkschaften ein zünftlerischer Standpunkt nachgesagt werden konnte. Bei der Beratung der Gewerbegesetznovelle hat die Fraktion ausdrücklich erklärt, daß wir der Absicht, das Lehrlingsverhältnis zu regeln, durchaus sympathisch gegenüberständen. Vor allem die Lehrlingszahl zur Zahl der Gehülfen muß in einem Verhältnis stehen, daß die Ausbildung des Lehrlings möglich ist. Die Lehrlingsausbeutung ist eben ein Krebsschaden jedes Berufes.

Nun hat Genosse Fischer hier auch Beschwerden vorgebracht über den zünftlerischen Geist, mit dem er als Geschäftsführer zu kämpfen hat. Gewiß spielen kleinliche Berufsinteressen manchmal eine große Rolle, aber Genosse Fischer hätte sagen sollen, ob denn die betreffende Gewerkschaft mit einer solchen zünftlerischen Haltung einverstanden ist. (Richard Fischer: Ja, mein lieber Robert! Heiterkeit.) Nein, das glaube ich nicht, das wird ja noch besprochen werden müssen in der betreffenden Organisation. Von solch kleinlichen Gesichtspunkten kann und darf sich natürlich eine Gewerkschaft nicht leiten lassen. Ich glaube, wenn Genosse Fischer ein etwas ruhigeres Temperament hätte, würde er sicher als Geschäftsführer weiter kommen. (Heiterkeit.) — Auch hat Fischer gesagt, es gibt Gewerkschaften, die ihren Beamten verbieten, für die Partei tätig zu sein. Genosse Schlicke, der Vorsitzende des Metallarbeiter-Verbandes, hat mir seinerzeit ausdrücklich bestätigt, daß der Metallarbeiterverband nicht im geringsten daran denkt, eine solche Beschränkung in der politischen Tätigkeit seinen Beamten aufzuerlegen. Ich halte es auch für durchaus richtig, wenn Gewerkschaftsbeamte nebenbei auch politisch sich betätigen. Ich erinnere nur an die umfangreiche politische Betätigung, die der Redakteur des

„Metallarbeiter", der Genosse Scherm als Landtagsabgeordneter ausgeübt hat. Ich erinnere weiter an die politische Tätigkeit des Vorsitzenden des Holzarbeiterverbandes Kloß. Als einmal in meiner Gewerkschaft der Gedanke auftauchte, dem Genossen Kloß diese Tätigkeit zu untersagen, bin gerade ich aufs entschiedenste dagegen eingetreten.

Wo kommen wir denn hin, wenn wir nicht Leute aus den Gewerkschaften in unabhängiger Stellung hätten, die zugleich für die Partei tätig sein können! Das sind doch unsere besten Kräfte, und wenn auf diesem Gebiet etwas mehr geschehen, wenn dahin gewirkt würde, daß unsere Gewerkschaftsbeamten mehr freie Zeit hätten, um für die Partei tätig sein zu können, so würde ich das freudig begrüßen. Aber die Dinge liegen so, daß die Tätigkeit in der Gewerkschaft die Beamten vollständig in Anspruch nimmt und daß auf der anderen Seite eine Anzahl politisch tätiger Genossen auch nicht eine Stunde für die Gewerkschaften übrig haben.

Fischer hat Auffassungen bekundet, die darauf hinausliefen, daß die Gewerkschaften auch ein Teil politischer Diskutierklubs sind. Dazu möchte ich allerdings die Gewerkschaften nicht machen, ich stehe vollständig auf dem Standpunkt, den Molkenbuhr hier entwickelt hat, daß die Gewerkschaften innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft um bessere Arbeitsverhältnisse zu kämpfen haben, und daß die Gefahren, die sich aus dem englischen Trade Unionismus ergeben haben, für die deutschen Gewerkschaften nicht bestehen. Das ist, soviel ich weiß, auch die Auffassung des Parteivorstandes, und diese Auffassung stimmt überein mit der der Generalkommission. Die Neutralitätsfrage zu erörtern, wäre müßig, denn diese Frage haben die Gewerkschaften längst entschieden, und zu einer anderen Taktik werden wir da nicht kommen. Bebel hat in seiner bekannten Rede über Neutralität der Gewerkschaften zutreffend betont, daß die Gewerkschaften ihre Aufgaben nur erfüllen können, wenn sie sich von eigentlicher Parteitätigkeit fern halten und sich nicht als Anhängsel irgend einer politischen Partei betrachten, daß aber auch der Gewerkschaftler Parteimann sein müsse, nicht als Gewerkschaftler, sondern als klassenbewußter Arbeiter. Gegen diese Auffassung läßt sich nichts sagen. An einer anderen Stelle sagt Bebel: „Wenn ich dafür plaidiere, daß parteipolitische Polemiken aus den Gewerkschaften fern gehalten werden, so ist das eine Forderung, die von einsichtigen Gewerkschaftlern, von Freunden der Gewerkschaft, schon seit Jahren vertreten wird. Wer so wie ich von der siegenden Macht der Sozialdemokratie und ihrer werbenden Kraft überzeugt ist, der weiß, daß diese allmählich die ganze Arbeiterklasse erobert, auch wenn sie nicht in den Gewerkschaften propagiert wird." Ja, wo sind wir denn nun abgewichen von diesen Grundsätzen? Ich glaube sogar, daß mancher Gewerkschaftler gar nicht soweit in der Neutralität geht. Sie müssen einen Unterschied machen zwischen Partei und Gewerkschaften, in die Partei können nur die eintreten, die Parteigenossen sind und das Programm anerkennen, die Gewerkschaften aber haben nicht zu fragen, wo kommst du her, welche politische, welche religiöse Anschauung hast Du? Nein, die Gewerkschaften müssen die Massen zusammenfassen und da haben sie nicht lauter zielbewußte Klassenkämpfer, sondern eine große Anzahl von Mitläufern, die schließlich in der Gewerkschaft erst das werden, was wir von ihnen verlangen und wünschen. Daß diese Mitläufer in der Ueberzahl wären, daß sie die Leitung hätten, das bestreite ich. An der Spitze unserer deutschen Gewerkschaften stehen immer noch Männer, die die Gewähr dafür bieten, daß sozialdemokratische Anschauungen auf wirtschaftlichem Gebiet die Oberhand haben. Nun hat es mich allerdings sehr peinlich berührt, daß ein Teil der Parteipresse weit über das hinausgeschossen ist, was noch als sachliche Polemik bezeichnet werden kann. Das „Hamburger Echo" sprach von der dünkelhaften Lobpreisung der allein seligmachenden praktischen Arbeit, die Genossin Luxemburg in der „Sächsischen Arbeiterzeitung" von der Borniertheit und Aufgeblasenheit der

Delegierten des Gewerkschaftskongresses, das „Offenbacher Abendblatt" von der theoretischen Verlotterung. Allem aber bot schließlich die „Reußische Tribüne" die Spitze. Sie schrieb, noch nie habe die krasseste Verständnislosigkeit in so gespreizter Weise ihre Triumphe gefeiert wie in Köln. Welcher Mangel von Denkfähigkeit, welches Maß von Arroganz habe dazu gehört, um ein in seinem geistigen Gehalt so erbarmungsloses, in seiner Tendenz so rückständiges Referat zu halten, wie das des Genossen Bömelburg usw. (Heiterkeit.) Glücklicherweise ist ein solcher Abgrund theoretischer Vertiefung, wie sie aus diesen Artikeln spricht, in den Gewerkschaften nicht zu finden. Ich gehe über diese Aeußerungen ebenso kurz hinweg, wie gestern Fischer über einige in Köln gefallene Worte, die man nicht verantworten kann, möchte aber wünschen, daß diese Kampfesweise nicht fortgesetzt wird und daß nicht auf diese Kämpfe jene Art der Polemik übertragen wird, die innerhalb der Parteipresse leider Sitte geworden ist. Es wird gesagt, die Gewerkschaften gingen ernsten Konflikten aus dem Wege. Ich antworte mit folgenden Zahlen: Im Jahre 1900 wurden für Streiks ausgegeben 2 900 000 M., im Jahre 1904 nach den bisherigen Berechnungen 5 500 000 M. Während also die Mitglieder in diesem Zeitraum um 50 Proz. zugenommen haben, haben die Ausgaben für Streiks sich um 100 Proz. erhöht. Wie kann man da reden von einem Nachlassen, einem Ausweichen bei den Kämpfen der Gewerkschaften? Ich finde es nur sehr bedauerlich, daß diese wichtigen statistischen Mitteilungen der Generalkommission in dem theoretisch-wissenschaftlichen Organ der Partei, der „Neuen Zeit", nicht ausführlich behandelt werden. In der „Neuen Zeit" werden leider die gewerkschaftlichen Fragen von Mitarbeitern behandelt, die nicht die geringste praktische Kenntnis haben. Genosse Kautsky hat in der „Neuen Zeit" behauptet, daß die gewerkschaftliche Aktion im alten Sinne immer ergebnisloser würde. Nun: nur 16,1 Proz. der Angriffsstreiks sind im letzten Jahre ohne Erfolg geblieben (hört! hört!), freilich in einer Periode des wirtschaftlichen Aufschwungs. Die Dinge liegen umgekehrt, wie Kautsky meint: Wir gewinnen fortgesetzt an Macht, so daß wir selbst Konflikte mit der Großindustrie nicht mehr zu scheuen haben. Der Kampf der Bergarbeiter ist ein Vorspiel dafür. Daß wir nicht immer Erfolge in diesen Kämpfen erzielen, ist selbstverständlich. Wir würden sonst die wirtschaftliche Macht des Kapitalismus unterschätzen. Solche Kämpfe werden auch in Zukunft gekämpft werden. Kautsky sagt, die gewerkschaftlichen Kämpfe zeigten sich verquickt mit politischen Forderungen. Das ist keine neue Theorie, sie ist so alt wie die Gewerkschaftsbewegung. Die Schneider, die Konfektionsarbeiter, die Bäcker haben immer sozialpolitische Forderungen bei ihren Streiks erhoben. Es wird weiter behauptet, wir glitten hinab zu dem Standpunkt der englischen Gewerkschaften, wir überschätzten die Selbsthülfe. Das ist nicht der Fall. Ich erinnere mich der Zeit, wo ich zuerst die Grundsätze der Partei in Versammlungen aufnahm, wo unser alter Liebknecht sprach. In jeder Rede hat Liebknecht damals auf die glänzenden Erfolge der englischen Gewerkschaften hingewiesen. Mit Recht: wir sollten das Gute an der englischen Gewerkschaftsbewegung nicht verkennen. Was die englischen Gewerkschaften von den deutschen unterscheidet, ist, daß sie ein Anhängsel der liberalen bürgerlichen Partei sind, daß sie die sozialpolitischen Aufgaben verkennen. Ich frage Sie, sind solche Ansätze etwa bei den deutschen Gewerkschaften vorhanden? Das werden Sie nicht behaupten. Das Unterstützungswesen, das wir von den englischen Gewerkschaften übernommen haben, das wird aus der deutschen Gewerkschaftsbewegung nicht mehr verschwinden, so viele Theoretiker auch in die Gewerkschaftsbewegung hineinkommen. Wir können im übrigen nur begrüßen, wenn recht viele Theoretiker in die Gewerkschaften kommen und dann auch ein Quentchen Erfahrung daraus mitnehmen. (Sehr richtig!) Weiter hat Kautsky in der „Neuen Zeit" geschrieben, die Gewerkschaften schafften eine Arbeiteraristokratie, die das Interesse am

Klassenkampf verliert. Wenn das richtig, müssen wir schon bei einer gewissen Grenze der Lohnhöhe aufhören, wir müßten den Arbeitern sagen, die Hauptsache ist, daß Euch der Hunger zwingt, Klassenkämpfer zu bleiben. Was ist das für eine theoretische Auffassung?! Dafür sorgt die bürgerliche Gesellschaft schon selbst, daß es den Arbeitern nicht zu gut geht. Die besten, intelligentesten Kämpfer haben wir gerade unter den gutbezahlten Arbeitern. Arbeiter auf niederer Lohnstufe wird es ungeheuer schwer, zu tätigen Kämpfern für die Arbeiterbewegung zu gewinnen. Aber nun schreibt sogar Genosse H. Fischer in der „Neuen Zeit" vom Jahre 1899/1900 Seite 537, „das Streben für Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter trage dazu bei, die Existenz des bürgerlichen Staates zu verlängern, denn je besser es ihnen gehe, desto weniger würden sie dafür zu haben sein, eine andere Staatsform herbeizuführen". Da sehen Sie, was für Unheil diese Theorien anrichten können, wenn das wissenschaftliche Organ, das zur Vertiefung der Genossen beitragen soll, dazu kommt, eine Einbuße an Klassenkampf darin zu finden, wenn es den Arbeitern zu wohl geht. Noch weiter geht ein anderer Theoretiker der „Neuen Zeit" in der Besprechung des Gewerkschaftskongresses — es ist der Genosse Fleißner — indem er sagt: Die Gewerkschaftsführer kommen in eine fatale Situation. Sie werden von der Masse gedrängt wider ihren Willen zu streiken, dann wird der Streik verloren und dann werden die Gewerkschaftsführer naturgemäß mißmutig und stutzig und nun streiken sie gar nicht mehr oder mahnen zu übermäßiger Vorsicht. Das ist eine Gewerkschaftstheorie in der „Neuen Zeit", daß ich zu meinem Bedauern sagen muß, es ist eigentlich ein Glück, daß die „Neue Zeit" so wenig gelesen wird, so daß sie keinen zu großen Wirrwarr anrichten kann. (Unruhe.) Ich würde der „Neuen Zeit" doch raten, daß sie sich mehr Mitarbeiter aus der gewerkschaftlichen Praxis heranzieht. (Lebhafte Zurufe: Tut sie ja!) — Die „Neue Zeit" hat weiter auch gegen die Tarifverträge Stellung genommen. Nun, die Abschließung von Tarifverträgen werden Sie nicht mehr unterbinden können, auf diesem Gebiet kann der weiteren Entwickelung kein Halt mehr geboten werden. Und wenn Sie wollen, sind ja auch die Tarifverträge ein Stück Klassenkampf, denn sie sind nur aufrecht zu erhalten, wenn eine große imponierende Zahl von aufgeklärten Arbeitern hinter ihnen steht. Gewiß mag sich mal hier und da in die Tarifverträge eine Bestimmung verirren, die man bei genauer Untersuchung nicht halten kann, aber im allgemeinen wird der grundsätzliche Standpunkt beim Abschluß von Tarifverträgen innegehalten. — Kautsky sieht dann weiter schon in der großen Ansammlung von Mitteln eine Gefahr für die Gewerkschaftsbewegung. Er sagt in Nr. 36 der „Neuen Zeit" dieses Jahres: Wer glaubt, daß die Ansammlung von Mitteln in den Gewerkschaften dem Kapital auch nur unbequem wird, huldigt dem schlimmsten Köhlerglauben. Wenn das wirklich so wäre, wozu denn die vierzig Jahre gewerkschaftlicher Tätigkeit, wenn wir dem Kapital nicht einmal unbequem geworden sind! Allerdings sagen unsere Parteifreunde, die Anarcho-Sozialisten, wir sollten mehr ideelle Gesichtspunkte in den Vordergrund stellen. (Sehr richtig!) Die Arbeiter müßten eben streiken ohne Unterstützung. Ja, da frage ich jeden Führer in der Gewerkschaftsbewegung, ob das möglich ist. Die Aufforderung, daß die Lokalorganisierten und auch die Anarcho-Sozialisten in unsere Zentralverbände eintreten möchten, um uns das Fell mal gehörig zu gerben, halte ich allerdings für recht bedenklich. Wir werden mit ihnen fertig werden, aber zum Nutzen für die Gewerkschaftsbewegung halte ich das nicht. Täuschen wir uns nicht; wir werden diese Gruppe der Anarcho-Sozialisten nicht mehr los werden, es ist das die antiparlamentarische Gruppe, die sich jetzt auch in der deutschen Gewerkschaftsbewegung bemerkbar macht, die den Gewerkschaftsstandpunkt ablehnt und schließlich in dem anarchistelnden Generalstreik das einzige Heilmittel sehen. Das ist dieselbe Strömung, wie sie sich in Holland, in Belgien, in Frankreich zum Schaden der Partei entwickelt hat.

Auf diesem Wege einer Unterschätzung des Parlamentarismus sind wir auch, und ich halte es für eine große Gefahr, daß diese Unterschätzung in der „Neuen Zeit" zutage tritt. (Widerspruch und Zustimmung.) Wir wissen seit langem, daß hinter dieser Gruppe der gewerkschaftlichen Bewegung, die die Unterschätzung des parlamentarischen Kampfes verbreitet, anarchistische Führer stehen. Eine Anzahl von Parteigenossen sind von diesen verleitet worden und die anarchistischen Drahtzieher haben sich dann einen als Mensch durchaus achtungswerten Parteigenossen erwählt, um ihn nach außen vorzuschieben. Da haben wir denn jetzt dieselbe Situation, wie damals bei den Unabhängigen. (Bebel: Sehr richtig! Und so wirds auch ablaufen!) Das ist eine andere Frage. Damals sind Bebel dieselben Vorwürfe gemacht worden wie heute. Man warf ihm vor, daß er den Soldaten dunkle Knöpfe geben wolle, damit die blanken Knöpfe nicht mehr die Zielscheibe des Feindes seien. Heute will er ihnen ja sogar dunkle Uniformen anziehen; weiter ist die Frage aufgeworfen, ob im Falle eines Krieges nicht auch von uns die Mittel ergriffen werden müssen, die schließlich zum Schutze des Heimatsherdes nötig sind. Ich möchte an dieser Stelle die ernste Ermahnung an die Genossen richten, sich von der Kritik jener Gruppe nicht irre machen zu lassen an der Bedeutung des parlamentarischen Kampfes. Unsere Ansicht geht dahin, im Einverständnis mit der Parteileitung nebeneinander friedlich die Aufgaben der Arbeiterbewegung zu erfüllen. Unsere gemeinsamen Wege sind gegeben; wir haben das gemeinsame Ziel, die Aufhebung der geistigen und physischen Knechtschaft für die Arbeiterschaft zu erwirken. (Beifall.)

Frau **Zietz**: Ich bin auf das tiefste empört über die verächtlichen und herabwürdigenden Aeußerungen, die Genosse Schmidt über unser offizielles wissenschaftliches Organ, die „Neue Zeit", gemacht hat. (Beifall und Widerspruch.) Aus diesen verächtlichen Worten spricht die Verachtung heraus, die in einem bestimmten Personenkreise herrscht gegenüber unserer theoretischen und wissenschaftlichen Erkenntnis überhaupt. Ich bin immer der Meinung gewesen, daß diese Erkenntnis unsere praktische Arbeit befruchten und die Richtlinien für sie abgeben soll. Wenn statt dessen hier erklärt wird, die kapitalistische Ausbeutung werde die Leute schon lehren, was sie zu tun haben, so antworte ich: die kapitalistische Entwickelung wird den Leuten die Empfindung geben, daß sie zu uns kommen müssen; unsere Aufgabe ist es dann aber, aus diesen Gefühlsanhängern durchgebildete, überzeugungstreue Arbeiter zu machen. (Sehr richtig!) Diese Aufgabe können Sie aber nicht lösen, wenn Sie so verächtlich von der theoretischen Erkenntnis sprechen. Genosse Schmidt hat hier eine Sammlung von Zitaten aus der „Neuen Zeit" vorgebracht, und nachdem einmal in dieser Weise die Diskussion eröffnet worden ist, ist es notwendig, darauf zu antworten. Es hat mich gefreut, daß Genosse Fischer es gestern vermieden hat, auf diese Dinge einzugehen. Gegenüber Schmidt möchte ich aber auf zwei Aeußerungen hinweisen, die uns gerade in den letzten Wochen im Essener Wahlkampfe die größten Schwierigkeiten gemacht haben. Das Organ der Zimmerer hat ein Zitat gebracht und die Redaktion sich damit identifiziert, in dem es heißt, die wissenschaftlichen Grundlagen des Sozialismus seien erschüttert; mit der Verelendungstheorie, der Krisentheorie, der Katastrophentheorie sei es nichts, und so befinde sich die Sozialdemokratie auf einem schwankenden Schiffe. Diese Aeußerung ist im Essener Wahlkampf überall gegen uns ausgeschlachtet worden. In den Flugblättern, in denen diese Aeußerung in Fettdruck erschienen, fragte man höhnend, ob die Arbeiter sich diesem schwankenden Schiffe anvertrauen wollten? (Sehr richtig!) und die Essener Zentrumsleute hätten ja Esel sein müssen, wenn sie das Zitat nicht verwendet hätten. (Sehr richtig!) Wenn man hier so auf unsere „Neue Zeit" loschlägt, so können wir genau dasselbe gegenüber den „Sozialistischen Monatsheften" tun, ja noch weit mehr. (Sehr wahr!) Ich erinnere daran, daß vor kurzem Genosse Kolb einen Artikel in den „So-

zialistischen Monatsheften" veröffentlicht hat, worin er das Kompromiß bei den bayerischen Landtagswahlen behandelt und schreibt, das Zentrum würde uns überall dazu treiben, daß wir praktische Arbeit leisten. Ist das nicht unerhört? (Lebhafte Zustimmung.) Das Zentrum ist nur überall dort für Arbeiterschutz oder für sonstige Forderungen im Interesse der Arbeiter eingetreten, wo ihm das Feuer auf den Nägeln brannte, wo es von uns dazu getrieben ward, wo es fürchtete, daß ihm die Wähler verloren gehen. Und da kommt Kolb und sagt, das Zentrum treibe uns zur praktischen Politik! Umgekehrt ist es richtig. Dafür können wir selbst die verflossenen Reichskanzler zum Zeugen aufrufen. Hätten wir uns darauf vorbereitet, in derselben Weise zu operieren wie Robert Schmidt, so könnten wir noch eine ganze Reihe ähnlicher Zitate anführen. Wenn Schmidt der Meinung ist, daß unsere „Neue Zeit" nicht genug Artikel über gewerkschaftliche Fragen bringt, so frage ich, warum gehen denn alle diese Leute nach den „Soz. Monatsheften" (lebhafte Zustimmung), warum wenden sie sich nicht an die „Neue Zeit"? Der Redakteur der „Neuen Zeit" würde diese Artikel sehr gern aufnehmen. (Sehr richtig!) Bezeichnend ist es, daß Schmidt auf einen Artikel aus der „Neuen Zeit" zurückgreift, der sechs Jahre zurück liegt (sehr gut!); ich kenne den Zusammenhang nicht, aber wenn der Gedankengang des zitierten Satzes durch den ganzen Artikel gehen sollte, so ist es selbstverständlich, daß sich niemand damit identifiziert. (Sehr richtig!)

Ich werde eben von Bebel auf den „Freiburger Boten" aufmerksam gemacht, der die Aeußerung von Kolb gegen uns ausnutzt. Es heißt da: „Kolb begründet die Notwendigkeit praktischer Politik seitens der Sozialdemokratie mit dem Hinweis auf das Zentrum, das sie dazu zwinge. Deutlicher als wie hier von sozialdemokratischer Seite kann kaum dargetan werden, in welchem Maße bisher das Zentrum praktische Politik zugunsten des Arbeiterstandes getrieben hat, während die „einzig wahre Arbeiterpartei" für die Arbeiter nur Theorie und Phrasen hatte und noch hat." (Lebhaftes Hört! Hört!) So liefern also unsere eigenen Genossen den Gegnern Waffen, die sie gegen uns gebrauchen können. (Sehr wahr!)

Noch ein paar Worte zur Frage der Maifeier selbst. Diejenigen, die die heutige Form der Maifeier beseitigen wollen, sagen, daß nicht rein rechnerische Erwägungen sie zu ihrer Stellungnahme veranlassen, sondern daß ihnen der Umfang der heutigen Maifeier nicht gefalle. Aber abgesehen von der Tatsache, daß in den letzten Jahren überall die Maifeier an Umfang zugenommen hat, nicht nur an großen Orten, sondern auch in den entlegensten Gegenden, und zwar die Maifeier durch Arbeitsruhe (sehr richtig!) — abgesehen davon bin ich der Meinung, daß, wenn die Maifeier nicht den gewünschten Umfang erreicht hat, dies nicht in letzter Linie auf das Bremsen einer Reihe von Gewerkschaftsführern zurückzuführen ist. (Sehr wahr!) Ich will nicht so illoyal sprechen wie Schmidt, ich gebe zu, daß das ausgeprägteste Verantwortlichkeitsgefühl die Gewerkschaftsführer zu ihrer Haltung veranlaßt hat, aber sie sind doch zu weit gegangen. Man durchkreuzt die Beschlüsse, und wenn man sie durchkreuzt hat, dann sagt man: da seht, die Maifeier hat nicht solchen Umfang erreicht, ergo muß sie beseitigt werden. Wir müssen gerade, das erkläre ich im Gegensatz zu den Ausführungen von Schmidt, den Idealismus zu erwecken suchen, um so mehr, da man uns und nicht mit unrecht, in Deutschland „Organisationsfanatiker" nennt. Wir müssen auf der einen Seite bestrebt sein, große starke Organisationen zu schaffen, auf der anderen Seite aber haben wir dafür zu sorgen, daß in diesen Organisationen der richtige Geist herrscht. (Lebhafter Beifall.)

Hacnisch-Dortmund: Der außerordentliche Beifall, den die Rede der Genossin Zietz und der noch größere Beifall, den das Referat von Fischer gefunden haben, beweist deutlich, daß beide der Meinung des Parteitages Ausdruck

gegeben haben; der Parteitag hat sich in seiner übergroßen Mehrheit zweifellos mit diesen beiden Rednern einverstanden erklärt, und die Meinung des Parteitages ist der Ausdruck der Meinung des größten Teils der klassenbewußten Arbeiter Deutschlands. (Sehr richtig.) Die klassenbewußten Arbeiter, und ganz besonders auch die Masse der Gewerkschaftsmitglieder, sympathisieren weit mehr mit Fischer und Zietz als mit Schmidt. Es war ja äußerst erfreulich, daß auf dem Bergarbeiterkongreß in Berlin, auf der Generalversammlung der Metallarbeiter in Leipzig und in einer ganzen Reihe von Gewerkschaftsversammlungen in allen Teilen Deutschlands aus der Masse der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter heraus ein scharfer Protest gegen die Stellungnahme des Kölner Kongresses erfolgt ist. (Sehr wahr!) Das war vielleicht die erfreulichste Erscheinung der letzten Monate, das ist ein neuer Beweis dafür, daß unsere großen Gewerkschaftsführer die notwendige Fühlung mit der Volksseele nicht mehr in dem genügenden Maße haben. (Sehr richtig!)

Die Vorgänge in den Gewerkschaften beweisen, daß die große Mehrzahl der Arbeiter mit ihrem Herzen an der Maifeier hängt und nicht daran denkt, sie sich rauben zu lassen. Nun erklärt R. Schmidt ja allerdings, es liege ihm nichts ferner, als die Maifeier zu beseitigen: er wolle durch die Verlegung der Feier auf den Abend die Demonstration einheitlicher, gewaltiger und imposanter machen. Dabei wird nur vergessen, daß durch die Beseitigung der Arbeitsruhe der Feier der Charakter der Demonstration eben genommen wird. Ja, selbst Elm, der wahrhaftig kein radikaler Himmelsstürmer, kein Draufgänger, sondern ein ruhiger, überlegter Mann ist, sagt, daß durch die Verlegung der Feier auf den Abend ihr das Todesurteil gesprochen wäre. Dasselbe hat sogar Bömelburg auf einer Kreiskonferenz in Dortmund mir zugegeben. Beseitigt man die Arbeitsruhe, nimmt man der Maifeier ihren großen revolutionären Trutzcharakter, dann sollte man sie lieber überhaupt aufgeben. Man möge sich hüten, gerade in Deutschland, wo wir leider im allgemeinen allzu ruhige und nüchterne Menschen haben, wo es so schwer ist, Begeisterung und revolutionäres Feuer in den Massen zu erwecken, das, was wir in fünfzehnjähriger Arbeit eingepflanzt haben, mit eigener Hand wieder herauszureißen. Es wäre unverzeihlich im Interesse der ganzen Bewegung. Man muß die Maifeier betrachten vom Standpunkt des Verhältnisses der Partei zu den Gewerkschaften. Es ist sehr mit Recht viel darüber geklagt worden, auch von Fischer, daß es nicht so ist, wie es sein sollte, daß der sozialistische Gedanke in den Gewerkschaften nicht gepflegt werde, ja daß eine innere Entfremdung zwischen Partei und Gewerkschaften und Partei teilweise eingetreten sei. (Sehr richtig!) Mir selbst ist in einer Versammlung eines Ortsvereins der Metallarbeiter vorgekommen, daß ich in der Diskussion auf das schwerste getadelt wurde, weil ich die Anwesenden als Genossen angeredet hatte (hört! hört!), damit hätte ich mich an der Neutralität versündigt. Als ich erwiderte, ich betrachte den Ausdruck Genossen als Ehrentitel, wurde mir auch das verübelt und gesagt, ich hätte keine Ahnung von gewerkschaftlicher Taktik. Es gibt Gewerkschaftsblätter, ich will sie nicht nennen, die auf das ängstlichste das Wort Genossen aus ihren Spalten fern halten. Eines der bekanntesten Gewerkschaftsblätter verwahrte sich erst in den letzten Wochen in einer Polemik mit einem Zentrumsorgan entrüstet dagegen, eine sozialistische Zeitschrift empfohlen zu haben. Es verwies darauf, daß an dieser Zeitschrift auch Bürgerliche mitarbeiteten. Kann man sich etwas Schmählicheres denken? Ich bin mit den Ideen Friedebergs in den meisten Punkten nicht einverstanden und halte die Feenpalast-Resolution für konfus und verkehrt. Aber ein wahrer Satz ist darin: das größte Unglück, das die deutsche Arbeiterbewegung getroffen, sei die Neutralitätserklärung. Ja, sie war ein überaus schweres Unglück, besonders deshalb, weil sich die Gewerkschaften dabei leider auf Bebel berufen können. (Erneute Zustimmung.) Mit allen Mitteln muß

sozialistischer Geist in den Gewerkschaften verbreitet werden. Das beste Mittel hierzu ist die Maifeier. Da können die Redner herausgehen aus der Enge und der Kleinheit der Tagesarbeit, da können sie Verständnis herstellen für die große Kulturbewegung des Sozialismus. (Glocke des Vorsitzenden.) Ich muß schließen; ich bedauere, daß wir nicht unbeschränkte Redefreiheit in dieser Frage haben. Ich hoffe, daß der Parteitag mehr Feuer hinter der Maifeier machen wird, die nicht nur deshalb begangen werden muß, weil sie einmal da ist, die niemals zu einer konventionellen Feier herabsinken darf. Nicht zurück muß es heißen, sondern vorwärts, dreimal vorwärts. (Lebhafter Beifall.)

Liebknecht-Berlin: Daß die Gewerkschaften die besondere Aufgabe haben, die konkreten wirtschaftlichen Kämpfe zu führen, daß das die Legitimation der gewerkschaftlichen Bewegung ist, darüber besteht nirgends ein Zweifel. Von keiner Seite ist denn auch die Notwendigkeit der Arbeitsteilung in der Arbeiterbewegung angezweifelt worden. Von keiner Seite ist vorgeschlagen worden, daß das, was jetzt der politischen Bewegung obliegt, künftig die gewerkschaftliche oder auch umgekehrt übernehmen solle. Es handelt sich um eine andere Frage. Es ist nicht zutreffend, daß, wie Schmidt behauptet, keine Differenzen zwischen den beiden Bewegungen beständen, daß keine Versuche gemacht würden, den politischen Geist in den Gewerkschaften zu unterdrücken. Das von Fischer Vorgebrachte hat er nicht widerlegt. Seine Behauptungen könnten durch ein erdrückendes Material entkräftet werden. In den Gewerkschaften wird nicht bloß vielfach Neutralität verkündet, sondern zuweilen sogar gegen die politische Betätigung Stellung genommen. Daß eine wachsende Entfremdung zwischen Gewerkschaften und politischer Partei sich bemerkbar macht, ist eine Auffassung, die keineswegs aus dem Blauen gegriffen ist. Sie wird vertreten auch von Gewerkschaftsführern. Zwei Antipoden in der Partei: Kautsky und Elm sind sich darin einig. Wenn Schmidt meinte, die politische Bewegung sei schuld an dem bedauerlichen Verhältnis der beiden proletarischen Organisationen zu einander, so ist das einseitig.

Mit seinem Zitat gegen Kautsky hat er sich selbst in die Nesseln gesetzt. Kautsky soll es angeblich als bedenklich bezeichnet haben, wenn die Gewerkschaften zu günstige Lohnverhältnisse für ihre Mitglieder erreichen würden, weil sonst der klassenkämpferische Geist verloren ginge. Das ist nicht richtig. Wahr aber ist etwas anderes. Calwer hat den Gewerkschaften geraten: stellt nur nicht so hohe Forderungen, sonst untergrabt ihr euch euren Arbeitsmarkt, seid fein bescheiden. So sagt ein Revisionist. So werden im Widerspruch mit dem Klassenkampfe die Gewerkschaften zur Bescheidenheit, statt zur Unzufriedenheit gemahnt; schlimmer kann nicht gesündigt werden. Das Zerwürfnis zwischen Partei und Gewerkschaften ist schon soweit gediehen, daß der „Tabakarbeiter" von der unmittelbar bevorstehenden Gefahr einer ernsten Zersplitterung sprechen konnte. Unzweifelhaft besteht diese Gefahr. Es ist richtig, was Molkenbuhr gesagt hat und auch ich halte nicht dafür, daß die Gewerkschaften dauernd einer anglisierenden Tendenz verfallen. Eine Tatsache verhindert das: die deutsche Kultur, die bekanntlich Freiheit ist, die deutsche Judikatur und die deutsche Polizeipraxis. Die paukt den Arbeitern den Klassenkampf schon ein und ist weit entfernt von den relativ demokratischen Zuständen Englands, die sich übrigens auch verschlimmern. Es ist sehr bezeichnend, daß die jetzt auftretenden politischen Neigungen der englischen und holländischen Gewerkschaften anknüpfen an gesetzgeberischen Aktionen und Polizeipraktiken. Was dort erst gelegentlich auftritt, haben wir in Deutschland ständig. Deshalb habe ich keine zu große Besorgnis in dieser Beziehung. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung wird von selbst korrigiert. Aber ich sehe nicht ein, weshalb wir die Dinge so laufen lassen sollen. Die innere Zusammengehörigkeit der beiden Organisationsformen des Proletariats muß äußerlich mehr zum Ausdruck kommen. In den „Monatsheften"

und in der „Neuen Zeit", überall und immer, stoßen wir auf die Wendung: es ist engere Fühlung zwischen Partei und Gewerkschaften notwendig. Ich beziehe mich auch auf die „Gleichheit" vom 20. September; auch dort wird die Notwendigkeit eines geregelten Verhältnisses betont. — Bedenken wir: weder die Frage der Maifeier noch die des Generalstreiks können ohne die Gewerkschaften gelöst werden; die Regelung des Verhältnisses zwischen Partei und Gewerkschaften ist die Voraussetzung für die Lösung dieser beiden Fragen. Deshalb müssen wir der Frage die größte Aufmerksamkeit schenken: wie stellen wir uns künftig zu den Gewerkschaften, was soll geschehen, um unliebsame Vorkommnisse in Zukunft zu vermeiden? Es sind doch beides proletarische Organisationen. Auf dem Kölner Parteitag vom Jahre 1893 ist die Entwickelung, wie wir sie vor Augen haben, schon vorausgeahnt. Arons hat dort gefordert, daß zur Vermeidung einer Verflachung der Gewerkschaftsbewegung die politisch tätigen Genossen auch in den Gewerkschaften wirken sollten — was sich natürlich bei den hohen Anforderungen, die beide Bewegungen mehr und mehr stellen, nur in mäßigem Umfange durchführen läßt. Legien hat damals angeregt, daß auf jedem Parteitag ein besonderer Bericht über die Gewerkschaftsbewegung erstattet werde, und jetzt schlägt v. Elm einen ständigen gewerkschaftlichen parlamentarischen Beirat vor; auch Hué tritt in seinem Artikel in der „Neuen Gesellschaft" für ein kollegiales Zusammenarbeiten, für eine Verbindung von Partei und Gewerkschaften ein. Nur will er nicht die organisatorischen Grenzen verwischt sehen. Auf der anderen Seite wünscht auch Kautsky eine Verbindung herzustellen; freilich nur in der Form, daß die Partei einseitig in ihren Vorstand einen Gewerkschaftsführer hineinwählen soll. Niemand denkt daran, wie Schmidt meint, aus den Gewerkschaften einen politischen Diskutierklub zu machen; die Gewerkschaften haben eben ihre bestimmten Aufgaben. Nur müssen sie Fühlung mit der großen Arbeiterbewegung behalten, die sie im Begriff sind, zu verlieren. Man wirft die Neutralität ein. Es ist aber nicht richtig, wenn Schmidt behauptet, die Frage der Neutralität sei endgültig entschieden. In gewerkschaftlichen Kreisen besteht durchaus nicht die Auffassung, daß die Neutralität ein Gottesgebot sei, von dem man nicht abgehen dürfe. Bebel ist zwar auch für die Neutralität eingetreten, aber ich glaube, daß es einer der wenigen Punkte ist, wo Bebel nicht die Mehrheit der Partei hinter sich hat. (Sehr richtig!) Und die Bebel'sche Neutralität ist etwas ganz anderes, als die von Schmidt vertretene. Man soll auch nicht mit rechtlichen Bedenken kommen. Gibt es denn noch irgend jemand, der die Gewerkschaften für friedliche Vergnügungsvereine ansieht? Die Judikatur, die Rechtspraxis, hat ganz andere Auffassungen. Es heißt Farbe bekennen! Wozu das Versteckspielen? Mir widerstrebt es, wenn ich als Verteidiger sagen muß: „das ist ja gar kein sozialdemokratischer Verein" — es ist doch ein sozialdemokratischer Verein; aber er verfolgt seine Tendenzen auf gewerkschaftlichem Gebiete. Auch Hué sagt, daß die Gewerkschaftler es jeden Augenblick hören müßten: „Was wollt Ihr denn? Sozialdemokraten seid Ihr ja doch!" Wenn uns die Gegner das nun einmal doch anhängen, weshalb sollen wir uns durch diese Zwirnsfäden die Hände binden lassen? Weshalb sollen wir es nicht ebenso machen, wie der polnische Sokol, den die Polizei trotz allen Widerstrebens zum politischen Verein gestempelt hat. Jetzt hat er den Satz, der die politische Beteiligung ausschloß, aus dem Statut gestrichen. Das Praktisch-Wesentliche ist, wir dürfen hier nicht auseinandergehen, ohne in dieser wichtigen Frage den Boden der Verständigung zu suchen. Ich habe die Resolution 143 eingebracht; ich weiß ja, sie ist nicht schön geraten, meinethalben: sie ist unklar (Heiterkeit!), aber ich wollte auch nur einen energischen Anstoß geben; wir brauchen ja nicht darüber zu votieren, aber wir könnten eine Kommission wählen, die sich mit dieser Frage, die wichtiger als die der Organisationsform ist, auf das eingehendste beschäftigt. Das Beispiel Dänemarks gibt uns ein vortreffliches Muster, wie

Partei und Gewerkschaften Hand in Hand zusammenzuarbeiten haben. Wir haben nur einen Emanzipationskampf, aber er wird von zwei Armeen auf zwei verschiedenen Terrains und hoffentlich in Zukunft immer mehr unter einer taktischen Leitung geführt und der Gedanke der Maifeier ist das Banner, unter dem die Armeen marschieren und kämpfen. (Bravo!)

Knierim-München: Wir Sozialdemokraten haben eigentlich alle Ursache, den Gewerkschaftlern für ihre Aeußerungen auf dem Kölner Tage dankbar zu sein. Denn gerade infolge der Vorgänge in Köln ist der Gedanke an die Maifeier wieder lebendig geworden. (Sehr richtig!) Waren wir doch allmählich etwas lax geworden in der Behandlung der Maifeierfrage auf unseren Parteitagen. Etwas kühn fand ich besonders die Aeußerung Bringmanns, man solle ihm doch erst den Sozialdemokraten oder Gewerkschaftler auf den Tisch des Hauses legen, der durch die Maifeier gewonnen worden sei. Tausende, Zehntausende sind gerade durch die Maifeier gewonnen worden. (Sehr richtig!) Nicht die Unterstützungssätze machen es, sondern die Begeisterung. Und diese Mitglieder, die hier gewonnen werden, sind bessere Kämpfer als die, welche aus egoistischen Motiven zur Gewerkschaft gehen. Einen Gegensatz zwischen Partei und Gewerkschaften soll und kann es nicht geben. In München hat der Gedanke der Maifeier immer mehr Boden gefaßt. Zuerst hatten wir kaum einen Saal voll, jetzt sind drei, vier Lokale überfüllt. In die kleinsten Städte Bayerns ist der Gedanke der Arbeitsruhe siegreich eingedrungen. So war in Kempten im Allgäu die Maifeierversammlung, in der ich referierte, trotz der Krisis von über 180 Mann besucht. Es wäre ein Akt der Feigheit, wenn wir in der Maifeierfrage zurückhufen wollten. (Bravo!) Sollen wir etwa den Genossen sagen: „Es war alles unwahr, was wir Euch fünfzehn Jahre lang gepredigt haben?" Auf den Zitatenschatz, den Genosse Schmidt aus dem früheren Jahrhundert gesammelt hat (Heiterkeit), will ich nicht eingehen. In München arbeiten Partei und Gewerkschaften Hand in Hand; es schadet nicht, daß die Gewerkschaften als sozialdemokratisch verschrien werden, „Sozialdemokrat" ist ein Ehrenname, er beweist, daß klassenbewußte Arbeiter zusammenstehen und nicht Neutralitätsdusler, die bald hierhin, bald dorthin marschieren. Einheit in der Auffassung und Einheitlichkeit im Kampfe führt die klassenbewußte Arbeiterschaft zum Ziel. (Bravo!)

Castrup-Bielefeld: Die Idee der Maifeier ist durchaus nicht im Abflauen begriffen, sondern greift immer mehr um sich. Das kann ich gerade für Bielefeld versichern. Wir erwägen jetzt, ob wir nicht in Bielefeld in Zukunft am bürgerlichen Schützenfest, wo wir zwangsweise feiern müssen, arbeiten, und dafür am 1. Mai feiern wollen. Eine spezifisch sozialistische Forderung ist der 1. Mai nicht, aber eine ideale Forderung, an der wir festhalten müssen.

Brecour-Kiel: Mit dem Wegfall der Arbeitsruhe würde die Maifeier begraben sein. (Sehr richtig!) Ich würde lieber die Abendversammlungen, an deren Verlauf manches auszusetzen ist, ausfallen lassen, als die Arbeitsruhe. Schmidt sprach von der Konjunktur. Ich war bisher der Meinung, daß die Gewerkschaften in der guten Konjunktur Forderungen erstreiten und in der schlechten Konjunktur versuchen, das Erreichte zu behaupten. Es liegt gar kein Grund vor, in der Maifeierfrage eine andere Taktik zu verfolgen. Der Antrag 79, der vom 5. schleswigschen Kreise ausgeht, fordert zur Arbeitsruhe am 1. Mai auf und verpflichtet die Partei, für die Folgen mit ihren Mitteln einzutreten. Dieser Antrag ist von einem energischen Gegner der Arbeitsruhe eingebracht worden, der damit die Partei auf die Probe stellen will. Ich meine, daß die Parteitagsbeschlüsse doch zugleich gewissermaßen mit durch die Gewerkschaften gefaßt sind, weil doch in weitem Umfange eine Personalunion existiert. Es ist also falsch, zu erklären, die Partei dürfe die Gewerkschaften nicht binden. Bei den großen Streiks der letzten Jahre war die Partei doch auch durch die Gewerk-

schaften vor vollendete Tatsachen gestellt und mußte, ohne daß sie an dem Streikbeschluß mitgewirkt hatte, mit ihren Mitteln eintreten. Das war die verdammte Pflicht und Schuldigkeit der Partei. (Sehr richtig!) Dann sollten aber auch die Gewerkschaften anerkennen, daß sie mit der Partei solidarisch handeln müssen. Genosse von Elm erklärt in den „Sozialistischen Monatsheften", der sozialistische Gedanke müsse in den Gewerkschaften gepflegt werden. Wie ist das aber möglich bei der Ueberneutralität, wie sie jetzt vielfach propagiert wird? Treten Sie für die Arbeitsruhe am 1. Mai ein! Ueberall kann sie noch nicht durchgesetzt werden, aber es fehlt leider in manchen Kreisen auch am guten Willen. (Zustimmung.)

Schumacher-Stuttgart: Die Strömung gegen die Maifeier hat bis zum gewissen Grade ihren Ursprung in Stuttgart. (Hört! hört!) Das ging hervor aus den Berichten in der Presse über die Maifeier, und aus dem passiven Verhalten zur Durchführung der Arbeitsruhe am 1. Mai und den Verzicht auf die früher stattgefundenen Umzüge. Das ist höchst bedauerlich. Aber es ist erklärlich, wenn berufene Vertreter der Gewerkschaften in Stuttgart öffentlich erklären, daß man mit der Maifeier keinen Hund vom Ofen locken könne. (Hört! hört!) Dann muß die Begeisterung natürlich abflauen. Ich bestreite es, daß, wie Bringmann behauptet, die Maifeier kein gewerkschaftliches Agitationsmittel sei, und ich glaube, darin werden mit mir viele Gewerkschaftler einig sein. Die organisierte Arbeiterschaft Stuttgarts hat sich in einer Versammlung nach dem Kölner Kongreß auf den Boden der Beschlüsse des Amsterdamer Kongresses gestellt und das Vorgehen der Führer auf dem Gewerkschaftskongreß verurteilt. Denselben Beschluß hat bekanntlich die Leipziger Generalversammlung der Metallarbeiter gefaßt. — Es wird von einem Gegensatz zwischen Partei und Gewerkschaft gesprochen. Ich gebe zu, konkrete Fälle, an denen bewiesen werden könnte, daß Gewerkschaften ihren Beamten verboten haben, für die Partei einzutreten, liegen nicht vor. Mit einem direkten Verbot vorzugehen, hütet man sich wohl, aber in Stuttgart z. B. ist es eine bekannte Tatsache, daß die Gewerkschaftsführer die politische Tätigkeit von Gewerkschaftsbeamten nur mit einem ironischen Lächeln begleiten. (Hört! hört!) Bekanntlich hat auch der Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes Schlicke in Leipzig eine politische Betätigung mit den Worten verweigert, er lehne es ab, den Hans Dampf in allen Gassen zu spielen. (Hört! hört!)

Wuschick-Berlin: Man hat die Behauptung aufgestellt, daß der Vorstand des Metallarbeiterverbandes seinen Beamten verboten habe, sich politisch zu betätigen, aber einen Beweis hat man dafür nicht führen können. (Zuruf: So was macht man, aber man sagt es nicht! Fall Leber!) Im Falle Leber hat der Vorstand seine Meinung durchaus korrekt begründet. Er hat ausgeführt: wenn ich die Wahl habe zwischen zwei Kollegen, die gleich tüchtig sind, von denen aber der eine infolge seiner Tätigkeit fortwährend gemaßregelt wird, der andere aber sich in gesicherter Stellung befindet, dann nehme ich den Mann, der fortwährend hin- und hergehetzt wird. (Widerspruch Lebers.) Ich richte mich nach dem offiziellen Protokoll. Ich muß auch sagen, der Gewerkschaftsbeamte, der sich seine politische Tätigkeit untersagen läßt, muß ein erbärmlicher Kerl sein. (Sehr richtig!) Weiter hat man gesagt, unser Hauptvorstand in Stuttgart wünsche nicht, mit der Partei identifiziert zu werden. Die Stellung des Genossen Schlicke ist festgelegt auf dem Verbandstage in Nürnberg. Dort heißt es: Der Vorstand steht auf dem Standpunkt, daß die moderne Gewerkschaft ihre politische Vertretung in der sozialdemokratischen Partei findet. Wir verlangen von niemand die Ablegung eines politischen oder religiösen Glaubensbekenntnisses. — Ich glaube, das ist ein Standpunkt, den man nach jeder Richtung hin teilen muß. Woran liegt es denn, daß sich die Gewerkschaftsbeamten so wenig politisch betätigen? Wir wissen alle, wie schwierig es ist, die Mitglieder für die Anstellung neuer Beamten zu gewinnen. Infolgedessen sind

unsere Beamten derartig überanstrengt, daß ihnen zu ihrem großen Bedauern eine politische Betätigung zum größten Teile nicht möglich ist. Tatsache aber ist es, daß ein großer Teil der Gewerkschaftsbeamten eine größere politische Tätigkeit entfalten, als man ahnt. (Zurufe: Wo denn?) Nicht in großen Versammlungen, aber in den kleinen Gewerkschaftsversammlungen, wo wir es mit den noch am wenigsten aufgeklärten Arbeitern zu tun haben, nehmen wir jede Gelegenheit wahr, um die Arbeiter auch politisch aufzuklären, denn mit solchen Arbeitern ist auch der gewerkschaftliche Kampf leichter und energischer zu führen als mit Arbeitern, die noch im alten Schlummer befangen sind. — Uebrigens habe ich aus der Kritik der Gewerkschaftskongresse doch die Einsicht gewonnen, daß es weit schwerer ist, eine Lohnbewegung von 10 bis 20 Personen zu leiten, als derartige Kritiken zu schreiben. (Sehr richtig!)

Zubeil-Berlin: Es war sehr interessant, von Robert Schmidt zu hören, daß bei niemand die Absicht vorliege, die Maifeier zu ändern, er sprach aber sofort die Hoffnung aus, der nächste internationale Kongreß werde hoffentlich die Meinung der organisierten Arbeiterschaft zu der seinigen machen. Er meinte wohl: die Ansicht der Gewerkschaftsführer (sehr richtig!); denn unter der Arbeiterschaft sind solche Ansichten nicht vorhanden. Schmidt hat in seiner Rede in erster Linie nebensächliche Punkte aus Fischers Rede behandelt, auf den eigentlichen Kernpunkt ist er nur wenig eingegangen. Wenn nach dem Kölner Kongreß Erbitterung unter den Arbeitern zutage getreten ist, so ist die Ursache der Hohn und Spott, mit dem die Maifeierfrage von Bringmann und anderen behandelt worden ist. (Sehr richtig!) Schmidt sprach von Massendemonstrationen. Abendversammlungen können aber meines Erachtens in dieser Frage nicht als Demonstration gelten. Wohl selten hat ein Referent so aus der Seele der Delegierten gesprochen wie gestern Fischer. Es kann so nicht weitergehen, daß die einen die Bremse anlegen, während die anderen den Karren vorwärts bringen wollen. (Sehr richtig!) Ich gebe zu, daß die Gewerkschaften andere Aufgaben zu erledigen haben, als die Partei. Aber eins steht doch auch fest, daß es Fragen gibt, die nicht getrennt behandelt werden können, an denen beide Teile ein und dasselbe Interesse haben, und zu diesen Fragen gehört die Maifeier. Man mag die Frage beurteilen wie man will, jedenfalls hat die Maifeier in dem Augenblick, wo die Arbeitsruhe aufgehoben wird, ihre Schneide verloren und wir können sie zum alten Eisen werfen. Man sagt, in großen Industrien und in vielen Gegenden sei die Arbeitsruhe undurchführbar. Das ist richtig, aber haben wir jemals uns an unserer Agitation dadurch hindern lassen, daß viele Gegenden rückständig sind? Im Gegenteil, wir haben uns dann erst recht Mühe gegeben, auch in diesen Gegenden Erfolge zu erzielen. Industriebezirke, denen es heute noch unmöglich ist, die Arbeitsruhe am 1. Mai begehen zu können, müssen sich dann damit begnügen, die Feier im Geiste mitzufeiern. Ich gebe zu, daß die Geldfrage in den Gewerkschaften keine untergeordnete Rolle spielt. Die Gewerkschaftsführer sollten aber auch wissen, daß in allen großen wirtschaftlichen Kämpfen die Partei keinen Augenblick gezögert hat, voll und ganz für die Gewerkschaften einzutreten. Ich erinnere an den Hafenarbeiter-, den Bergarbeiter- und den Crimmitschauer Streik; in allen diesen Streiks ohne Ausnahme hat die Partei hervorragend eingegriffen. Der Kölner Kongreß hat also durchaus keine Ursache, die Frage in dieser Art zu behandeln. Wie steht es denn bei den Gewerkschaften selbst? In einem und demselben Beruf und Verband ist an einem Ort die neunstündige Arbeitszeit und 60—70 Pf. Stundenlohn erkämpft; an einem anderen Ort und Gegend müssen sie noch um die elfstündige Arbeitszeit und um 25—30 Pf. Stundenlohn kämpfen. Es fällt niemand ein, die fortgeschrittenen Arbeiter zu hindern, sich noch bessere Verhältnisse zu erkämpfen. Man hat sogar die Toten nicht ruhen lassen; selbst von Schoenlank wurde behauptet, daß er ein Feind der

Arbeitsruhe gewesen sei, während das gerade Gegenteil richtig ist. Nehmen Sie die Resolution an und zeigen Sie damit nach außen und nach innen, daß es endlich einmal an der Zeit ist, andere Wege einzuschlagen. (Beifall.)

Rosa Luxemburg: Robert Schmidt hat mehrmals betont, daß es zwischen Partei und Gewerkschaften in Deutschland keinen Gegensatz geben könne. Tatsächlich darf es einen solchen Gegensatz nicht geben, aber wenn Erscheinungen in der Arbeiterbewegung dazu angetan sind, einen solchen Gegensatz zu schaffen und zu schüren, so hat uns gerade die Rede von Schmidt bewiesen, daß es wohl Elemente gibt, die dahin arbeiten. (Sehr richtig!) Denn was war anders die Zentralaxe der Rede von Schmidt, der sich eine Stunde erbeten hat, um seine Haltung in der Maifeierfrage zu rechtfertigen, die Redezeit aber dazu benutzt hat, eine unerhörte Hetze gegen die „Neue Zeit" und die Theorie zu halten. (Sehr richtig!) Und zwar war diese Hetze mit so unschönen Mitteln geführt, wie wir sie nur bei den ärgsten Gegnern aus dem bürgerlichen Lager kennen. (Sehr richtig!) Kautsky, der eigentlich berufen ist, für die „Neue Zeit" zu reden, ist gegenwärtig in der Fünfzehnerkommission beschäftigt, ich fühle mich verpflichtet, an seiner Stelle einige Tatsachen vorzuführen, die die Methode von Schmidt in seinem Kampf gegen die „Neue Zeit" beleuchten. Auch die Vorwürfe des „Vorwärts" sind ja ausgeklungen in den wehmütigen Klagelaut: Ach, wie schade, daß die „Neue Zeit" nicht genügend für die theoretische Durchbildung der Massen arbeitet! Der „Vorwärts" ist so beschäftigt, daß er das nicht tun kann. Zu denjenigen, die bereit sind, alle Augenblicke zu bedauern, daß die „Neue Zeit" so wenig verbreitet ist, gehört wahrscheinlich auch Robert Schmidt, aber dieselben Leute ergreifen mit dem größten Eifer jede Gelegenheit, gegen die „Neue Zeit" zu arbeiten und sie herunterzureißen. So sagte Schmidt wörtlich, es sei ein Glück, daß nicht mehr Arbeiter die „Neue Zeit" lesen. Ich frage, wie kann ein Parteigenosse, ein Reichstagsabgeordneter der Sozialdemokratie sich hinstellen und solche Aeußerungen wagen gegen die „Neue Zeit", das einzige wissenschaftliche Organ, um die deutschen Arbeiter zum Sozialismus zu erziehen! (Sehr gut!) Die „Neue Zeit" soll zu wenig Artikel über gewerkschaftliche Fragen bringen. Ich habe hier das Verzeichnis der gewerkschaftlichen Artikel, die die „Neue Zeit" im letzten Jahre, abgesehen von den Artikeln über den Massenstreik, gebracht hat, ich werde mit Beweisen in der Hand vorgehen, denn in bezug auf Wahrheitsliebe und Zitierkunst Robert Schmidts ist das sehr angebracht. Im letzten Jahre also schrieb in der „Neuen Zeit" in Nr. 2 Legien über ein Jahrzehnt gewerkschaftlicher Bewegung, in Nr. 9 Umbreit über Arbeiterkammern, in Nr. 20 Schnatter über den Zunftgedanken in den Tarifverträgen, in Nr. 27 Umrath über die Generalstreikdebatte, in Nr. 28 Umbreit über gewerbliche Friedensschwärmerei, in Nr. 33 Kloth über Generalstreik und Maifeier auf dem Gewerkschaftskongreß in Köln, in Nr. 33 Herman Müller über eine Fusion auf gewerkschaftlichem Gebiet, in Nr. 34 Heinrich Baer über Gewerkschaft und Partei, in Nr. 34 Kautsky über eine Revision der gewerkschaftlichen Taktik, in Nr. 36 Kautsky über den Kongreß in Köln, in Nr. 41 Hoch über die christliche Gewerkschaftsbewegung in Deutschland, in Nr. 47 Ströbel über Gewerkschaften und sozialistischen Geist, in Nr. 48 Fleißner über Partei und Gewerkschaft. (Hört! hört!) Allerdings, in dieser ziemlich langen Liste finden Sie weder den Namen Robert Schmidt, noch Hue, noch den des zur besseren Erkenntnis bekehrten v. Elm. (Sehr gut!) Wenn Sie diese Namen finden wollen, dann suchen Sie nicht in der „Neuen Zeit", dann suchen Sie in den „Soz. Monatsheften", oder noch einen Schritt weiter in der „Neuen Gesellschaft", oder noch weiter in dem nunmehr entschlafenen „Europa" von Herrn Michalski und Ed. Bernstein. (Heiterkeit und sehr richtig!) Dafür schreiben sie, aber nicht für die „Neue Zeit", und

dann kommen sie, die ihr Geisteslicht in andere Blätter hintragen, stellen sich hin und sagen, die „Neue Zeit" bringt nichts über Gewerkschaften, es sei ein Glück, daß sie nicht mehr gelesen wird.

Schmidt hat unter anderem behauptet, wenn schon jemand über Gewerkschaften in der „Neuen Zeit" schreibt, so ist das gewiß ein so gottverdammter Theoretiker, der nichts von der gewerkschaftlichen Praxis versteht, und als Beweis zitiert er einen Artikel des bekannten Theoretikers Fleißner aus Dresden (Heiterkeit) und einen zweiten des noch bekannteren Theoretikers, des Bäckergesellen Fischer aus Weimar. (Erneute Heiterkeit.) Und wie versteht Schmidt zu zitieren? Er verliest den Satz: „Nun muß ganz naturgemäß das Streben für die Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter im heutigen Staat dazu beitragen, die Existenz dieses Staates zu verlängern, denn je wohler es den einzelnen Gliedern eines Staatswesens geht, desto weniger werden diese Glieder dafür zu haben sein, eine Aenderung des Staatswesens herbeizuführen." Hier klappt er schnell das Buch zusammen und sagt: Ja, sehen Sie, solche Ansichten werden in der „Neuen Zeit" verbreitet. Hier hat aber der Artikel nicht angefangen und hier war er nicht zu Ende. Der Verfasser ging zunächst auf die damals aktuelle Frage ein, ob die Neutralität der Gewerkschaften überhaupt eine neue Erfindung, ein Rezept wäre, das erst den Gewerkschaften zu empfehlen sei, oder ob das nicht eine alte Praxis der Gewerkschaften sei. „Die Gewerkschaften", sagte zunächst der Verfasser, „haben sich stets dagegen verwahrt, wenn irgend jemand sie als Organisation der sozialdemokratischen Partei, als sozialdemokratische Gewerkschaften schlechtweg bezeichnete. Der Grund für diese Abwehr ist klar: Die Aufgaben der Gewerkschaft liegen auf anderem Gebiete wie die Aufgaben der Sozialdemokratie." Dann befürwortet der Verfasser eine Arbeitsteilung zwischen Partei und Gewerkschaften, und an dem von Schmidt verlesenen Satz knüpft er den Satz an: „Will nun trotzdem die Sozialdemokratie diese Aenderung durchsetzen, so muß sie in der Lage sein, überzeugend nachzuweisen, daß das von ihr erstrebte Ziel den Gewerkschaftsmitgliedern weitere Verbesserungen bringe, als sie in der heutigen Gesellschaft durch die Gewerkschaftsorganisation möglich sind." Schmidt hat also ein Zitat zur Hälfte einfach durchgeschnitten. Ich weiß nicht, ob Schmidt schon, bevor er jenen Artikel in die Hand nahm, der Ueberzeugung war, daß es ein Glück wäre, die „Neue Zeit" nicht zu lesen, und daß er nur zufällig jenen aus dem ganzen Zusammenhang gerissenen Satz gelesen hat. (Heiterkeit.) Genau so steht es mit der Wahrheitsliebe des Genossen Schmidt, wenn er behauptet, die „Neue Zeit" sei ein spezielles Organ zum Herunterreißen des Parlamentarismus; er führt uns sogar schon das schreckliche Gespenst der zerfahrenen Zustände in Frankreich vor, auf die die „Neue Zeit" hinarbeite. Ich möchte ihn bitten, mir einen einzigen Artikel der „Neuen Zeit" zu zeigen, wo der Parlamentarismus heruntergerissen wäre. Allerdings, vielleicht versteht Schmidt unter Herunterreißen eine Kritik des bürgerlichen Parlamentarismus, wie sie uns durch unser Programm, durch unseren Klassenstandpunkt zur Pflicht gemacht wird. Wenn er das darunter versteht, wenn er glaubt, es sei unsere Pflicht, den bürgerlichen Parlamentarismus in den Himmel zu heben, so muß ich allerdings sagen, die „Neue Zeit" kann das Lob Robert Schmidts nicht verdienen, und ich hoffe, sie wird auch fernerhin, solange Kautsky sie redigiert, Robert Schmidts Lob nicht verdienen. (Beifall.) Die Redezeit ist abgelaufen, Rednerin meldet sich nochmals zum Wort.

Rieger-Spandau: Die Gewerkschaftler betonen ihr Verantwortlichkeitsgefühl, und ich meine, diese Parteigenossen müßten wegen ihrer Stellung zur Maifeier von den Gewerkschaftsmitgliedern ernstlich zur Verantwortung gezogen werden. Nicht eine einzige Gewerkschaftsversammlung hat sich meines Wissens mit den Kölner Verhandlungen über die Maifeier einverstanden erklärt,

dagegen haben fast alle schärfsten Protest beschlossen. Jene Stellung schlägt jedem idealen Empfinden ins Gesicht; die Gewerkschaftsführer haben es aber nicht einmal für nötig gehalten, vorher die Meinung der Arbeiter zu hören. Wenn im jetzigen Augenblick, wo die russische Revolution auch in Deutschland einige Wellen schlägt, solche Ansichten auftreten, so muß man sich bei so schwächlichem Verhalten sehr kleinlich vorkommen. Ein bürgerliches Blatt hat geschrieben, die Aufgabe der Maifeier würde eine schwere Niederlage der Arbeiter bedeuten. Das Urteil der Genossen ist noch weit schärfer. Schmidt beklagte sich über Aeußerungen der Parteipresse, die in der Tat nicht immer passend gewesen sein mögen. Aber man kann den Spieß umdrehen. Man denke nur an die Verhöhnung der Maifeier durch Bringmann, der z. B. sagte, die Arbeitsruhe am 1. Mai durchkreuze systematisch eine vernünftige Gewerkschaftspolitik. Die Arbeiter sind für die Maifeier, es wird aber versucht, die Begeisterung für sie zu ertöten. Manche Verbandsorgane nehmen überhaupt keine Maiartikel auf; mir selbst ist vom Organ meines Berufes ein Artikel, der die Nichtaufnahme von Maifestartikeln kritisierte, abgelehnt worden. Bringmann hat es für passend gehalten, als Antwort auf eine meiner scharfen, aber sachlichen Kritiken von mir Ausführungen zu schreiben, die von Injurien strotzten. Als die Spandauer dagegen protestierten, hat Bringmann einen eingeschriebenen Brief nicht angenommen! (Hört, hört!) Der Anarchosozialismus ist nur die Reaktion gegen den Geist, der in vielen Gewerkschaften überhand nimmt. Es ist durchaus unangebracht, alle unbequemen Aeußerungen als anarchosozialistisch abzutun.

Taubmann-Weißensee: Ich stimme der Resolution Fischer zu, muß aber seinen Bemerkungen über die Buchdrucker entgegentreten. Wenn die Buchdrucker das Recht beanspruchen, die Maschinen, die für sie gebaut werden, zu bedienen, so ist das keine zünftlerische Anwandlung, sondern berechtigte Wahrung der Interessen der Buchdrucker. Fischer hätte sich ja längst dem Buchdrucker-Verbande anschließen können. Soweit ich unterrichtet worden bin, hat er auch früher, als er als Buchdrucker tätig war, zeitweilig dem Verbande nicht angehört. (Fischer: Unglaublich!) Fischer hat als Geschäftsführer des „Vorwärts" doch schon Gelegenheit gehabt, mit dem Vorstand des Vereins Berliner Buchdrucker in gewerblicher Beziehung zu verhandeln und sind von ihm wohl zünftlerische Anwandlungen zur Geltung gekommen, jedoch nicht von ersterem. Die Buchdrucker werden durch die Entwickelung der Maschinen immer mehr zum Klassenkampf gedrängt. Die Genossen aus der Provinz sollen dieses nicht unbeachtet lassen und den Buchdruckern nicht aus dem Wege gehen, sondern sie auf die Gefahr, welche die fortschreitende Technik im Gefolge hat, aufmerksam machen. Es ist durchaus nicht wahr, daß die Buchdrucker einer Agitation für die Partei fernstehen.

Simon-Nürnberg: Ich freue mich, daß in bezug auf die vorgelegte Resolution eine Verständigung mit der Generalkommission erzielt worden ist. Diese Verständigung hätte nur schon früher erzielt werden sollen. Sie ist jedenfalls darauf zurückzuführen, daß von den Arbeiterversammlungen nach dem Kölner Kongreß die Haltung der Führer nicht gebilligt worden ist. Der große Teil gewerkschaftlich organisierter Arbeiter, die Genosse Schmidt für seine Anschauungen reklamierte, ist eben gar nicht vorhanden. (Sehr richtig!) Robert Schmidt meinte, es denke niemand daran, die Maifeier zu beseitigen. Man will die Feier auf den Abend verlegen, angeblich, um eine größere Demonstration zu erreichen. Aber es ist eine Tatsache, daß man in Stuttgart auf eines unserer besten Demonstrationsmittel, den Umzug, freiwillig verzichtet hat, obgleich er in Stuttgart gestattet war. Daraus geht hervor, daß es sich nicht darum handelt, größere Demonstrationen zu erreichen, sondern man will die Maifeier überhaupt beseitigen. — Unsere Aufgabe in den Gewerkschaften muß

es sein, die Arbeiter, die zu uns kommen, zu klassenbewußten Arbeitern zu erziehen. (Sehr richtig!) Das wird heute vielfach versäumt. Man steht heute vielfach nicht mehr auf dem Standpunkt, daß es Aufgabe der Gewerkschaften sei, die Massen für die Partei zu erziehen. Daher ist eine teilweise Entfremdung zwischen Partei und Gewerkschaften eingetreten. Gerade die Maifeier ist eine geeignete Gelegenheit, um die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter für die Ziele der Partei zu begeistern, nirgends kann man wirksamer die heutige Staats- und Gesellschaftsordnung geißeln, als gerade am 1. Mai. (Sehr richtig!) Daher soll man auch die Bedeutung der Abendversammlungen nicht unterschätzen. Sorgen Sie dafür, daß die Arbeiter für die Ziele der Partei begeistert werden. (Bravo!)

Fritzsch-Berlin: Ich begrüße es, daß die Frage der Maifeier hier ausführlich erörtert wird. Zweifellos hat die Beteiligung an der Maifeier in den letzten Jahren nicht zu-, sondern abgenommen. (Lebhafter Widerspruch.) Die größere Zahl der Beteiligung in diesem Jahre ist nach meiner Meinung darauf mit zurückzuführen, daß der 1. Mai auf einen Montag fiel. (Große Unruhe.) Genossen. Das ist so mein Gefühl, und ich werde es mir nicht nehmen lassen, das hier zum Ausdruck zu bringen. Es kann doch nicht unsere Aufgabe sein, Worte so zuzuspitzen, daß sie den Beifall der Parteigenossen finden; das ist furchtbar leicht, das kann man in jeder Partei-, jeder Gewerkschaftsversammlung leicht erreichen. Ich halte es aber für meine Pflicht, das auszusprechen, was ich denke. Fragen Sie Bruhns, der seit Jahren in Oberschlesien im Dienste der Partei und Gewerkschaft tätig ist, wie viele von den 500 000 dort auf ein Territorium so groß wie Berlin zusammengedrängten Arbeitern sich an der Arbeitsruhe beteiligen. Fragen Sie Haenisch — wenn er auch eine andere Auffassung hat —, wie viele von den Arbeitern im Ruhrgebiet den 1. Mai durch Arbeitsruhe feiern. Wer die Verhältnisse in diesen Gegenden kennt, wird wissen, wie wenig der Gedanke der Maifeier durch Arbeitsruhe noch in den breitesten Schichten eingedrungen ist — Unter diesen Umständen war es Pflicht des Gewerkschaftskongresses, sich mit dieser Frage zu beschäftigen. Ich will auf die Verhandlungen dort nicht näher eingehen, ich will nur eins betonen. Alle Diskussionen in den Partei- und Gewerkschaftsversammlungen nach dem Kölner Kongreß können nicht dazu führen, das zu erreichen, was die Volksseele herbeisehnt, die friedliche Verständigung zwischen Partei und Gewerkschaften. Dieser Wunsch der Arbeiter nach einem friedlichen Zusammengehen von Partei und Gewerkschaften muß hier zum Ausdruck kommen. (Bravo!) Ich bin seit vielen Jahren angestellter Beamter der Maurerorganisation in Berlin. Ich glaube, darüber, welche Stellung die Maurer in den großen Städten zur Maifeier eingenommen haben, ist kein Zweifel, sie haben die volle Arbeitsruhe durchgesetzt. Aber meine Kollegen in den übrigen Gegenden Deutschlands, die ebenso gute Verbandsmitglieder sind wie die Berliner, konnten eben eine derartige Stellung zur Maifeier nicht einnehmen, weil, wenn sie den 1. Mai durch Arbeitsruhe gefeiert hätten, sie den Arbeitgebern die Gelegenheit gegeben hätten, sie zu einer für den Verband ungünstigen Gelegenheit in den Streik zu treiben. Ist es vielleicht vergessen, daß gerade die Former-Organisation vor der Feier des 1. Mai im Jahre 1890 eine von den Arbeitgebern anerkannte Organisation war, mit der die Arbeitgeber selbst in Berlin einen Tarif abgeschlossen hatten, und daß dann diese Organisation zum Teil, jedenfalls aber der Tarifvertrag zum Teufel gegangen ist durch die Aussperrungen nach dem 1. Mai?! Ist es vergessen, daß die Hamburger Maurer im Anschluß an die Maifeier 1890 Aussperrungen über sich ergehen lassen mußten, die zum Teil 13 Wochen lang dauerten und daß im Anschluß daran die Organisation der Maurer dezimiert wurde, weil dann noch außerdem die wirtschaftschaftliche Konjunktur abflaute?! Wenn Genosse Schmidt hier zum Ausdruck

gebracht hat, daß, wenn wir Streiks unternehmen, wir uns dazu die beste Konjunktur aussuchen müssen, so unterschreibe ich das in vollem Umfange. — Ein Redner führte aus, die Gewerkschaften müßten auch imstande sein, bei niedergehender Konjunktur die Arbeitsruhe am 1. Mai durchzuführen. Ja, wenn das erreicht wäre, dann brauchten wir nicht mehr darüber zu diskutieren, ob wir den 1. Mai feiern; dann wäre die Maifeier zur Tatsache geworden. Wenn den Arbeitern keine schweren wirtschaftlichen Nachteile mehr daraus entständen, würden sie selbstverständlich den 1. Mai durch Arbeitsruhe feiern. (Lachen. Die Redezeit ist abgelaufen.) Dann will ich nur noch kurz erklären, daß, nachdem sich die Generalkommission mit der vorgelegten Resolution einverstanden erklärt hat, wir ihr selbstverständlich zustimmen können.

Darauf wird die weitere Debatte auf die Nachmittagssitzung vertagt.

Persönlich erklärt

Kolb-Karlsruhe: Die Genossin Zietz hat mir vorgeworfen, daß mein Artikel in den „Soz. Monatsheften" den Gegnern Material geliefert habe. (Sehr wahr!) Das ist sehr unwahr. Wenn dieser Vorwurf berechtigt wäre, dann würden sehr wenig literarisch und agitatorisch tätige Genossen in diesem Saale sein, die nicht auch schon „den Gegnern Material geliefert" hätten. Ich protestiere dagegen, etwas derartiges geschrieben zu haben. Ich habe in meinem Artikel auf die Gefahr des Zentrums hingewiesen, die meines Erachtens in der Hauptsache nicht da liegt, wo sie der Liberalismus sieht, in seiner Weltanschauung, sondern in seiner Sozial- und Wirtschaftspolitik, die es in Deutschland, so lange das Zentrum seine jetzige Stärke hat, unmöglich macht, irgend eine große wirtschaftliche Frage einer klaren prinzipiellen Lösung entgegenzuführen. Die Politik des Zentrums werde uns zwingen, so zu handeln, wie die Verhältnisse es gebieten, d. h. einstweilen weniger um die große letzte Entscheidung uns zu kümmern, als um Fragen, die bis auf weiteres wichtiger sind. Wie man daraus folgern kann, ich hätte geschrieben, die Sozialdemokratie treibe aus eigenem Antriebe keine praktische Politik, verstehe ich nicht. Für das, was die gegnerische Presse in meine Ausführungen hineininterpretiert, kann man mich doch nicht verantwortlich machen.

Frau **Zietz**-Hamburg: Ich halte meine Aeußerungen vollinhaltlich aufrecht und erkläre Ihnen, daß das, was ich aus dem Artikel angeführt habe, nicht das einzige ist. Kolb sagt in dem Artikel weiter: „Etwas weniger Ereiferung über den Generalstreik als letztes Mittel (sehr richtig! bei einem Teile der Versammlung) im Kampfe gegen die Klassenherrschaft, und etwas mehr Beschäftigung mit den Fragen, die zurzeit als die dringenderen zu betrachten sind! (Sehr richtig! bei einem Teile der Versammlung.) Schließlich kommt die Versammlung um die Behandlung der Fragen der praktischen Politik doch nicht herum. Die Verhältnisse sind stärker, als gewisse Theorien, die uns heute daran hindern, unseren Einfluß in der Weise geltend zu machen, wie dies tatsächlich möglich wäre. (Hört, hört!) Die Politik des Zentrums wird uns zwingen, so zu handeln, wie die Verhältnisse es gebieten . ." Damit sind die Dinge auf den Kopf gestellt. Nicht die Politik des Zentrums wird uns zwingen, sondern wir müssen durch unsere Politik das Zentrum zwingen. (Bravo!)

Fischer-Weimar: Genosse Robert Schmidt hat durch seine Ausführungen über meinen Artikel in der „Neuen Zeit" den Anschein erweckt, als wenn gewissermaßen in meinem Kopfe eine derartige Konfusion vorhanden wäre, daß ich nicht wüßte, was ich selbst denke. Hätte er eine etwas genauere Inhaltsangabe von dem Artikel gegeben, so hätte dieser Eindruck niemals entstehen können. Ich habe mich redlich bemüht, als Arbeiter den Sozialismus zu erfassen und glaube, daß es nicht richtig von Schmidt war, den Versuch zu machen, mich dem Gespött des Parteitages preiszugeben.

Robert Schmidt-Berlin: Die Genossin Luxemburg hat in der bei ihr bekannten liebenswürdigen Art auch über meine Person ein Urteil gefällt. Ich war gar nicht enttäuscht darüber, sondern hatte eigentlich erwartet, daß das Urteil noch schlimmer ausgefallen wäre. (Adolf Hoffmann-Berlin: Selbsterkenntnis! Heiterkeit.) Die Art der Polemik der Genossin Luxemburg ist so allbekannt und allbeliebt, daß darüber weiter gar kein Wort zu verlieren ist. Ich habe nicht gesagt, daß Gewerkschaftsfragen in der „Neuen Zeit" von Praktikern nicht erörtert würden, sondern den Wunsch ausgesprochen, daß die Statistik der Generalkommission in der „Neuen Zeit" bearbeitet werden möge. (Haenisch: Tun Sie es doch!) Nein, Sie sind der Berufenere dazu. (Heiterkeit!) Es hat mir durchaus ferngelegen, den Genossen Fischer zu verletzen. Ich habe nur eine Stelle aus seinem Artikel angeführt, der meines Erachtens in striktem Gegensatz zur gewerkschaftlichen Auffassung steht. Dann ist der Genosse Fleißner als praktischer Gewerkschaftler angeführt worden. Dieser Genosse ist, wie mir gesagt wird, seit längerer Zeit nicht mehr Mitglied des Holzarbeiter-Verbandes und überhaupt nicht gewerkschaftlich tätig. Aber das sind ja alles Streitereien um untergeordnete Dinge. Daß die „Neue Zeit" keine gewerkschaftlichen Artikel bringe, habe ich gar nicht behauptet.

Singer bittet um die Erledigung einer geschäftlichen Frage. Verschiedene Gäste des Parteitages haben sich mit der Bitte, das Wort zu erhalten, an mich gewendet, weil Zitate aus Artikeln von ihnen oder Aeußerungen von ihnen hier erwähnt worden sind. Ich habe es abgelehnt, weil ich es für unzulässig halte, wenn außerhalb des Parteitages stehende Personen hier das Wort erhalten. Um aber jede Möglichkeit für die Behauptung zu nehmen, diese Entscheidung sei aus unsachlichen Motiven erfolgt, möchte ich, daß der Parteitag entscheidet. Lassen Sie mich nur kurz auf die Konsequenzen hinweisen, die es hat, wenn Außenstehende hier das Wort erhalten. Es ist ganz selbstverständlich, daß in den Debatten hier auf Artikel und Preßäußerungen Dritter Bezug genommen wird. Es würde aber zu unabsehbaren Konsequenzen führen, wenn diejenigen Nichtdelegierten, die sich als Gäste hier zufällig befinden, das Wort erhalten sollen, weil sie erwähnt worden sind. Das würde die Debatten nicht nur verlängern, sondern eine ordnungsmäßige Erledigung der Geschäfte des Parteitages fast unmöglich machen. Der Parteitag muß sich hier von einer gewissen Sentimentalität freimachen, die dazu verführt, sich zu sagen: Hier ist jemand angegriffen worden, er muß auch antworten können. Eine solche Kritik Dritter kann beim nächsten Punkt der Tagesordnung, dem Generalstreik, noch häufiger werden. Wird Dritten das Wort gegeben, so halte ich die Erledigung unserer Aufgaben für ausgeschlossen. (Lebhafte Zustimmung.)

Heine-Berlin wendet sich gegen diesen Antrag. Ich vermute, daß es sich vor allem um den Genossen Friedeberg handelt. Er will zum Generalstreik reden. In seinem Interesse, da er im dritten Berliner Wahlkreis organisiert ist, bitte ich, nicht generell zu beschließen, sondern von Fall zu Fall zu entscheiden. Wir haben ja auch schon Präzedenzfälle auf früheren Parteitagen gehabt. So ist in Stuttgart dem Genossen Parvus, der nicht Delegierter war, das Wort erteilt worden, nicht, weil er angegriffen war, sondern weil er andere Leute angreifen wollte.

Bebel-Berlin bittet um Zustimmung zum Vorschlage Singers. Sie haben gehört, daß für Friedeberg eine besondere Wurst gebraten werden soll. Das geht nicht an. (Zustimmung.) Es handelt sich hier um drei Genossen, die aus Interesse für den Gegenstand anwesend sind und deren Namen hier genannt wurden. Es ist ja gewiß unangenehm, nicht antworten zu können. Ich habe einem davon, der sich an mich gewendet hat, gesagt, wenden Sie sich, bitte, an den Referenten, oder sehen Sie die Rednerliste nach, ob jemand eingezeichnet ist, der Ihrer Auffassung besonders nahe steht, und lassen Sie durch ihn eine

Erklärung in Ihrem Sinne abgeben. Es ist auf Friedeberg hingewiesen. Sein Wahlkreis konnte und mußte wissen, daß Friedeberg hier in den Kreis der Erörterung gezogen wird, er konnte also aus der Loyalität heraus, die man jetzt dem Parteitag zumutet, Friedeberg delegieren. (Sehr richtig!) Das hat er nicht getan, ich weiß nicht, warum, es ist auch gleichgültig. Ich bitte Sie, dem Vorschlag von Singer zuzustimmen.

Legien: Ich erkenne die Gründe von Bebel und Singer vollkommen an und würde es auch für verkehrt halten, Nichtdelegierte ohne weiteres zur Diskussion zuzulassen. Ich bitte Sie aber doch, entsprechend dem Vorschlag von Heine von Fall zu Fall zu beschließen. Es kann doch vorkommen, daß durch Aeußerungen, die hier fallen, die Parteizugehörigkeit eines Genossen in Frage gestellt wird. Eine solche Aeußerung kommt ins Protokoll und bleibt unwidersprochen. So sind z. B. die Ausführungen von Rieger geeignet, die Parteizugehörigkeit von Bringmann in Frage zu stellen. Ich würde in diesem speziellen Fall vorschlagen, Bringmann am Schluß der Debatte zu einer persönlichen Erklärung das Wort zu erteilen.

Bebel: Würden wir von Fall zu Fall entscheiden, so könnte ein Gefühl der Ungerechtigkeit erzeugt werden. (Sehr richtig!) Die in Betracht kommenden Genossen können ja durch eine schriftliche Erklärung beim Bureau oder durch Vermittelung des Referenten bezw. eines Redners Behauptungen richtig stellen.

Singer: Da einmal Namen genannt sind, brauche ich sie auch nicht zu verschweigen. Es sind Reichel vom Metallarbeiter-Verband und Bringmann von den Zimmerern, die mich gefragt haben. Ich habe gesagt: es tut mir leid, das Wort kann euch nicht gegeben werden, aber bitte, teilt das, was ihr zu sagen habt, dem Bureau mit, ich werde dafür sorgen, daß das Bureau das als Mitteilung an den Parteitag bekannt gibt. Es ist also niemandem verwehrt, eine Behauptung richtig zu stellen. Wir bekommen ja auch von außerhalb Mitteilungen, die jedesmal bekannt gemacht werden.

Legien: Dann möchte ich zum mindesten doch bitten, daß etwaige Erklärungen wörtlich ins Protokoll kommen.

Singer: Diesem Wunsche wird nichts entgegenstehen. Alle Mitteilungen an den Parteitag werden, wenn sie wichtig sind, wörtlich ins Protokoll aufgenommen.

Damit schließt die Geschäftsordnungs-Debatte

Der Parteitag beschließt, daß nur auf Grund des Organisationsstatuts berechtigte Teilnehmer das Wort erhalten.

Nach Verlesung einiger Begrüßungstelegramme tritt die Mittagspause ein.

Schluß nach 1 Uhr

Nachmittags-Sitzung.

3 Uhr. **Leber** führt den Vorsitz.

Einige Begrüßungstelegramme werden verlesen. Der Vorsitzende teilt mit, daß beantragt ist, den Antrag 143 dem Parteivorstande als Material zu überweisen.

Die Debatte über die **Maifeier** wird fortgesetzt.

Silberschmidt-Berlin: Aus der Maifeierdebatte ist eine solche über Partei und Gewerkschaften geworden. Ueber die Grundsätze und Aufgaben der heutigen Gewerkschaften herrscht volle Einigkeit zwischen Partei- und Gewerkschaftsbewegung. Es herrscht volle Einigkeit zwischen Partei und Gewerkschaften darüber, daß bei der Prüfung über die Voraussetzungen eines jeden Streiks und seine Durchführbarkeit die größte Vorsicht obwalten muß. Es gibt keine

Meinungsverschiedenheit darüber, daß das Unterstützungswesen ein durchaus zweckmäßiges Mittel zum Festhalten und zur Erziehung der Gewerkschaftsmitglieder ist, daß der Abschluß von Tarifen durchaus vernünftig und sachgemäß ist. Ueber die Neutralität der Gewerkschaften bestehen ja sehr verschiedene Auffassungen, aber über die Sache selbst herrscht auch hier Einigkeit, und die Gegensätze, die dabei in den Gewerkschaften bestehen, sind auch innerhalb der Partei vorhanden. Die Zahl der Parteigenossen, die es mit Simon bedauern, daß die Gewerkschaften sich nicht mehr als Rekrutenschulen für die Partei betrachten, ist sehr klein geworden. Heute ist die Anschauung maßgebend, daß es zunächst die Aufgabe der Gewerkschaften ist, die Lage der Arbeiter zu verbessern. Nun wird über das Schwinden des sozialistischen Geistes in den Gewerkschaften geklagt. Nehmen Sie doch die Dinge wie sie sind! Haben nicht die Gewerkschaften täglich und stündlich den reinen, puren Klassenkampf gekämpft, haben sie nicht bis ins letzte Dorf den Samen des Sozialismus getragen? (Zustimmung.) Welcher Geist herrscht in der Presse namentlich der großen Verbände? Unausgesetzt wird auch die sozialistische Gedankenwelt propagiert. (Zuruf: Bergarbeiter-Zeitung!) Einzelne Gewerkschaftsblätter mögen hier oder dort mal fehlen oder wegen unzulänglicher Mittel nicht immer gute Artikel bringen, aber das sind Ausnahmen. Und schlagen Sie doch mal an Ihre Brust und prüfen, ob Sie in bezug auf den Ausbau der Organisation nicht auch hier und da gesündigt haben! Die Parteiorganisation hätte viel mehr für die Verbreitung des sozialistischen Gedankens tun müssen Es hat nicht nur die Gewerkschaft diese Pflicht, sondern beide haben sich zu ergänzen. Wir haben es bisher immer für die Aufgabe der Gewerkschaften gehalten, für die Partei zu agitieren, aber ich habe in manchen Orten schwer vermißt, daß dieselbe intensive Agitation von der Partei für die Gewerkschaften betrieben wird.

Den hohen ideellen Wert der Maifeier verkennen die Gewerkschaften durchaus nicht, leider aber haben wir es trotz aller Agitation nicht dahin gebracht, daß in absehbarer Zeit die Arbeitsruhe allgemein durchgeführt werden kann. Der Streit geht nicht um die Maifeier selbst, sondern um die Form der Feier. Daß nur Gewerkschaftsführer Zweifel an der Durchführbarkeit der Arbeitsruhe hätten, ist falsch. Ein großer Teil der Gewerkschaftsmitglieder teilt diese Zweifel. Ich bin ferner ermächtigt, zu erklären, daß die ganze schlesische Parteiorganisation die Beseitigung der Arbeitsruhe wünscht. Die Geldfrage ist für uns in zweiter oder letzter Linie maßgebend. Es steht aber fest, daß durch die Arbeitsruhe die Entwickelung der Organisationen unter Umständen schwer geschädigt wird. Da werden häufig große industrielle Betriebe wieder auf Jahre hinaus von Organisierten entblößt und es vergehen wieder Jahre, bevor die Organisation wieder den früheren Einfluß gewinnt. Die Arbeitsruhe verhindert uns, die Lohnbewegungen so zu führen, wie es die Taktik fordert. In diesem Sinne ist gesagt worden, daß die Maifeier die Taktik der Gewerkschaften durchkreuzt. Die Maifeier zwingt uns, zu ganz bestimmtem Zeitpunkte uns auf Lohnbewegungen einzulassen, die Unternehmer können sich darauf vorbereiten und unsere Aufgabe ist uns erschwert. Wir wünschen den Frieden und in der Voraussetzung, daß vor dem nächsten internationalen Kongreß zwischen den in Frage kommenden Instanzen Beratung und womöglich eine Verständigung über die Form der Maifeier stattfindet stimmt die Generalkommission der Resolution Fischer zu. Sorgen Sie nun aber auch dafür daß wir nicht durch Angriffe — wie es bisher schon geschah — zur Abwehr gezwungen werden. (Oho!-Rufe. Zustimmung.)

Legien-Berlin: Die Diskussion der Maifeierfrage ist auf Gebiete gedrängt worden, die eigentlich nichts damit zu tun haben, es sind hineingezogen worden die Neutralitätsfrage der Gewerkschaften, das Verhältnis der Gewerkschaften zur Partei, das Verhältnis der Parteipresse, insbesondere der „Neuen Zeit" zu den

Gewerkschaften und schließlich auch die revolutionäre Flutwelle, die vom Osten kommt. Ein Ding der Unmöglichkeit, etwa in zehn Minuten auf all die angeschnittenen Fragen, soweit sie die Gewerkschaften betreffen, zu antworten. Ich muß mich also ausschließlich auf die Frage der Maifeier beschränken. Ich setze dabei voraus, daß bei dem nächsten Punkt der Tagesordnung diese Fragen gleichfalls eine Rolle spielen und man dann Gelegenheit finden wird, sie eingehender zu erörtern. — Ich will gleich an die Ausführungen Silberschmidts anknüpfen. Er sagte, es sind nicht prinzipielle Gegensätze, die einen Teil der Gewerkschaftsvertreter nötigen, sich gegen die Maifeier durch Arbeitsruhe zu wenden, sondern Fragen der Taktik. Er wollte ausführen und wurde dabei unterbrochen, daß die Gewerkschaften die größte Dummheit begehen würden, wenn sie den Unternehmern den Zeitpunkt zu bestimmen überließen, wann sie angreifen wollen. Das ist das, was wir durch die Maifeier, wenn wir sie durch Arbeitsruhe begehen und einen energischen Druck dahinter setzen wollen, daß die Arbeitsruhe um sich greift — das ist es, was die Gewerkschaften damit tun würden. Wir würden tatsächlich Jahr für Jahr den Unternehmern den Zeitpunkt von vornherein bestimmen, wo sie in der Lage sind, unsere Organisationen anzugreifen. — Nun vergessen Sie eins nicht. Ich rechne bestimmt darauf, daß wir einmal dazu kommen werden, die Maifeier durch Arbeitsruhe zu begehen. Es ist ja schon ein ganz falsch gewähltes Wort, wenn man immer von einer Mai„feier" spricht. Zum Feiern haben wir heute noch gar keine Ursache, so stehen die Dinge noch lange nicht. Es handelt sich vielmehr um eine Demonstration. Demonstrieren wollen wir für Forderungen, die wir an die herrschende Klasse stellen. Also um Maidemonstration, nicht um Maifeier handelt es sich. Dieses falsch gewählte Wort zeigt schon, daß die ganze Auffassung über die Maidemonstration sich in falschen Bahnen befindet. Ich bin fest überzeugt, wir kommen in Deutschland dazu, auch international dazu, die Maidemonstration durch Arbeitsruhe zu begehen. Wenn sie aber durch Arbeitsruhe begangen werden soll, so sind es einzig und allein die Gewerkschaftsorganisationen, die die Träger dieser Bewegung sein können. Ohne die gewerkschaftlichen Organisationen — ich glaube, ich brauche vor Ihnen das nicht näher darzulegen — wird es nicht möglich sein, die Arbeitsruhe einmal durchzuführen und wenn Sie nun durch dieses fortgesetzte Drängen gegenüber den Gewerkschaften darauf hinwirken, daß die Gewerkschaften von Jahr zu Jahr zu einem ihnen ungelegenen Zeitpunkt in den Kampf gedrängt werden, so bedeutet das eine Schwächung dieser Organisationen, eine Verstärkung der Kraft des Unternehmertums. (Widerspruch.) Ja, Genosse Borgmann, daran ist nicht zu drehen und zu deuteln. Die Dinge liegen einmal so, sobald wir ernstlich den Versuch machen, die Arbeitsruhe durchzuführen. Es ist eben eine Halbheit, die sich hier zeigt, wenn eine Reihe von Genossen ausgeführt hat: Wenn die Demonstration am 1. Mai nicht durch Arbeitsruhe begangen, sondern auf den Abend verlegt werden soll, dann solle sie überhaupt fallen gelassen werden. Ja, wenn Sie auf diesem Standpunkte stehen, dann bitte, beschließen Sie hier strikte Arbeitsruhe, erklären Sie es als Pflicht jedes Parteigenossen, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern. Ein Drittes gibt es nicht, entweder die Verpflichtung wird allen auferlegt oder Sie müssen die Art der Demonstration so gestalten, daß die Masse der Arbeiterschaft an ihr teilnehmen kann. Nun werden Sie selbstverständlich erklären, das ist unmöglich, wir können unmöglich die Parteigenossen verpflichten, am 1. Mai unter allen Umständen durch Arbeitsruhe zu demonstrieren. Das weiß ich genau wie Sie. Und weil wir das nicht können, so soll man von der Halbheit lassen und soll die Demonstration so gestalten, wie sie heute durchführbar ist. Es ist aber das Gefühl, daß man etwas, was man gern durchführen möchte, in der gegebenen Situation nicht durchführen kann, was diesen ganzen so leidenschaftlich geführten Streit herbeiführt. Man will

eben die Maidemonstration zu einer Prinzipienfrage machen. Das ist sie aber nicht, sie ist vielmehr ebenso eine Frage der Taktik wie zum Beispiel die Frage der Teilnahme an den Wahlen, die Stellung zum Parlamentarismus. Wenn man sie von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, wird man zu dem Ergebnis kommen müssen, daß die Demonstration so gehandhabt werden muß, wie sie durchgeführt werden kann. Es handelt sich, wie gesagt, bei der Stellungnahme der Gewerkschaftsvertreter keineswegs um eine Beseitigung der Maidemonstration. Das Gegenteil ist der Fall. Diejenigen, die die Demonstration in die Abendversammlungen verlegen wollen, wollen nicht eine Herabminderung dieser Demonstration, sondern eine Verstärkung derselben. Wenn hier von Genossin Zietz und anderen behauptet worden ist, die Demonstration durch Arbeitsruhe hätte an Umfang gewonnen, so ist das nur bedingungsweise wahr. Gewiß ist die Zahl der durch Arbeitsruhe Demonstrierenden im letzten Jahre noch gewachsen, aber steht denn dieses Wachstum im Verhältnis zum Anwachsen der sozialdemokratischen Partei und insbesondere zum Anwachsen der Gewerkschaftsorganisationen? Stehen die einige tausend Feiernden mehr im Verhältnis zu den drei Millionen Stimmen der Partei und zu den $1^1/_4$ Millionen gewerkschaftlich organisierten Arbeitern? (Zuruf: Weil dagegen gearbeitet wird!) O nein, Genosse Sindermann, wenn das Gefühl vorhanden wäre bei der Arbeiterschaft, dann wäre jedes Gegenarbeiten vergeblich. Genau so verhält es sich mit der Aeußerung, die Masse der Gewerkschafter stände nicht hinter ihren Vertretern auf dem Kölner Kongreß. Wenn das wirklich der Fall wäre, so wären sie nicht mehr in ihrer Stellung. (Die Redezeit ist abgelaufen.) Es ist bedauerlich, daß diese wichtige Frage in so kurzer Zeit erledigt werden muß. Auf die anderen Fragen hoffe ich bei anderer Gelegenheit eingehen zu können.

Hering-Flensburg: Wenn der Vorredner sagt, die Frage der Maifeier sei für ihn keine Prinzipienfrage, so hat er damit gerade dem Gegensatz zu der großen Masse Ausdruck gegeben, denn diejenigen, die die Maifeier mit ihrem revolutionären Gefühl und nicht mit dem Geldbeutel begehen, betrachten sie als ein Stück Selbstzweck, für sie ist die Maifeier gewissermaßen ein Symbol der Zukunft großer Tage. Man spricht von einem Verantwortlichkeitsgefühl der Gewerkschaftsführer; gewiß, wehe dem Gewerkschaftsführer, der kein Verantwortlichkeitsgefühl hat, aber haben sie nicht auch nach der anderen Seite hin ein Verantwortlichkeitsgefühl, sind sie nicht auch verpflichtet, ihre Mitglieder mit revolutionärem Geist zu erfüllen? Wenn man die Maifeier nur vom Standpunkte des Geldsackes aus betrachtet, dann brauchten wir nicht solche Gewerkschaftsführer, dann könnten wir den ersten besten preußischen Militäranwärter dazu nehmen, der Rechnen gelernt hat. — Es ist ein Trauerspiel, daß es angesichts der heutigen ernsten Verhältnisse fortwährend Genossen gibt, die es geschickt und überlegt verstehen, für eine schlechte Sache einzutreten. Der Antrag 79 ist in der Form am radikalsten, aber die Urheber des Antrages hatten nur das Bestreben, der Maifeier den Garaus zu machen. Man muß sich wundern, daß so etwas passieren kann. Genosse Schmidt berief sich heute früh auf Liebknechts Aeußerungen über die englischen Gewerkschaften. In Wirklichkeit hat Liebknecht gesagt, die deutschen Arbeiter müßten dafür sorgen, daß ihre Gewerkschaften so ausgebaut werden wie die englischen, aber andererseits müßte auch dafür gesorgt werden, daß die englischen Organisationen von demselben revolutionären Geist erfüllt werden wie die deutschen Sozialdemokraten. (Sehr richtig!) Man vertröstet uns auf den nächsten internationalen Kongreß. Aber glauben Sie denn, daß die deutschen Arbeiter noch zur Maifeier gehen können in dem Gefühl, daß unter Umständen auf dem nächsten internationalen Kongreß der Maifeier der Todesstoß versetzt werden soll? Da ist doch begreiflich, daß selbst der begeistertste Anhänger der Maifeier die Lust verlieren kann. Man verweist uns auf die Abendveranstaltungen. Nun, die Märzfeier die Lassalle-Feier waren Abendveranstaltungen, aber wo sind

sie geblieben? In den Neutralitätsbegriff legt man heute einen ganz falschen Sinn, mir ist jeder Kollege willkommen, der bestrebt ist, mit uns zu kämpfen, aber andererseits ist es selbstverständlich, daß die Gewerkschaften nur dann ihr Ziel erreichen können, wenn sie in dem alten Geiste erzogen werden, nicht aber, wenn man Stegmüllerei in sie hineinträgt. (Beifall.)

Hüttmann-Frankfurt a. M.: Mit der Resolution sind wir wohl alle einverstanden, und trotzdem werden die Debatten so leidenschaftlich geführt, daß man sich wundern muß. Zugegeben muß werden, daß auf dem Kölner Kongreß einige Aeußerungen gefallen sind, die Zurückweisung verdienen. Das ist aber bereits auf dem Gewerkschaftskongreß selber geschehen, z. B. Bringmann gegenüber. Wohin geraten wir dann, wenn hier immer Aeußerungen gegen Aeußerungen ausgespielt werden! Vergessen wir doch nicht, daß sich die Verhältnisse seit 1890 verschoben haben. 1890 waren die Gewerkschaften außerordentlich schwach und auf die Durchführung der Maifeier hatten sie sehr geringen Einfluß. Im Laufe der Jahre sind die Gewerkschaften sehr erstarkt und damit auch ihr Verantwortlichkeitsgefühl. Da liegt der Schwerpunkt. Wären die Gewerkschaften heute noch so schwach wie 1890, so würden wir uns gar nicht über die Maifeier streiten, da die einzelnen Personen dann keine Verantwortung träfe. Es läßt sich auch nicht bestreiten, daß die Teilnahme an der Maidemonstration durchaus nicht in dem Maße zugenommen hat, wie die Gewerkschaften gewachsen sind. Wir dürfen nicht immer bloß auf die Lichtseiten, wir müssen auch auf die Schattenseiten dieser Demonstration hinweisen. Wenn es infolge der Maifeier zu einer größeren Aussperrung kommt, dann würde es auch in Parteikreisen heißen, die Leute hätten vorsichtiger sein müssen.

Glauben wir doch nicht an böse Motive bei den Gewerkschaftlern und konstruieren wir nicht künstlich Gegensätze. Es gibt auch nicht einen einzigen in der Gewerkschaft tätigen Genossen, der dort nicht sozialistischen Geist verbreitete. Ich kann mir einen solchen Gewerkschaftsführer nicht denken (Zuruf: Es gibt schon solche!); es wird Ihnen schwer fallen, einen Beweis dafür zu liefern. (Sehr richtig! Zuruf: Rexhäuser!) Ich kann mir einen solchen Gewerkschaftsführer nicht denken, wenn er seine Aufgabe nicht vernachlässigen will. Man kann ja gar nicht besser für den Klassenkampf erziehen, als wenn man sozialistischen Geist in die Gewerkschaften bringt, und vergessen wir nicht, die Gewerkschaften sind es, die in die entlegensten Dorfwinkel den Klassenkampf hineintragen. Da sollte man auch solche verletzenden Redensarten von den Leuten mit gehobener Lebensstellung unterlassen. Dem ersprießlichen Zusammenarbeiten von Partei und Gewerkschaft dienen wir mit solchen Kraftausdrücken nicht. (Sehr richtig!) Wenn wir sie unterlassen, können wir uns sehr gut über die Maifeier einigen.

Stubbe-Hamburg: Nicht mit Unrecht hat Legien gesagt, daß wir nicht eine Maifeier-, sondern eine allgemeine Gewerkschaftsdebatte führen; daran trägt aber ausschließlich Robert Schmidt die Schuld, der die Diskussion ganz verschoben hat. Welchen Zweck verfolgt er denn mit seinen Zitaten als den, einigen Genossen eins auszuwischen. Dabei hat er Behauptungen aufgestellt, die unrichtig sind, obwohl er es besser wissen müßte. Es muß ihm doch bekannt sein, daß der Vorstand des Holzarbeiterverbandes es dem Genossen Kloß außerordentlich schwer gemacht hat, seine sämtlichen Parteiämter beizubehalten. Schmidt als Vorsitzender des Ausschusses muß das wissen. Er hat zwar persönlich dagegen gewirkt, aber einzelne Vorstandsmitglieder verlangten von Kloß die Niederlegung seines Mandats. Es dürfte auch Schmidt nicht unbekannt sein, daß das Regulativ des Holzarbeiter-Verbandes bestimmt, die Gauvorsteher hätten ihre volle Arbeitskraft dem Verbande zu widmen. (Hört! hört!) Das bedeutet eben, daß sie sich an anderen Dingen nicht beteiligen dürfen. Schwarz auf weiß steht es freilich nicht so, aber es ist so. Von den einzelnen Gewerkschaftsführern ist systematisch gegen die Maifeier Stimmung gemacht worden, zunächst

auf dem Wege der Kleinarbeit, im kleinen Kreise. Es ist ganz unverständlich, daß einzelne Gewerkschaftsblätter vor dem ersten Mai für die Arbeitsruhe eintreten und nachher höhnisch darüber herfallen. So schreibt der „Zimmerer", ähnlich andere Gewerkschaftsblätter: „Zu ihren Verteidigern haben wir uns zwar noch nie gezählt und zählen wir uns auch in Zukunft nicht. Aber wir haben ihr, wie unsere alljährliche Mainummer zeigt, das Honneur nicht verweigert, wie es auch die Parteipresse immer nur gemacht hat, und wir gedenken das auch in Zukunft zu tun." Ich möchte fragen, wo denn die Parteipresse der Maifeier nur Honneurs erwiesen hat? Seit Jahren will ein Teil der Gewerkschaftsführer von der Maifeier nichts mehr wissen. Vor Amsterdam und Köln fand die Generalversammlung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes statt; warum hat Schmidt dort nicht seine Ansichten über die Maifeier entwickelt, dann hätten die deutschen Holzarbeiter dazu Stellung nehmen können. Soweit ich unterrichtet bin, hat auch nicht eine Holzarbeiter-Versammlung erklärt, daß sie mit dieser Haltung einverstanden sei (Zuruf: Zwei Drittel). Ja, in Amsterdam hatte der Holzarbeiter-Verband drei Vertreter. Zwei, Schmidt und Leipart, waren für das Aufgeben der Maifeier, nur Röske war dagegen. Da stimmt es mit den zwei Dritteln. Aber die Stimmung in den Kreisen der Holzarbeiter ist anders. Das beweist die Depesche der Berliner Kollegen nach Amsterdam und die Beschlüsse mehrerer Holzarbeiterversammlungen. Wenn man sagt, daß die Gewerkschaften schon große finanzielle Opfer für die Maifeier gebracht haben, so ist die Summe nicht so groß als die Summen, die anfangs der 90er Jahre von den Genossen, die am ersten Mai arbeiteten, mit dem Klingelbeutel für die Gewerkschaften und für die Opfer der Maibewegung aufgebracht worden sind. Persönliche Opfer sind natürlich auch gebracht worden, aber einen Kampf ohne Opfer können wir nicht führen. Man hat gegen einzelne Parteiblätter den Vorwurf nicht mit Unrecht erhoben, daß sie in ungehöriger Weise gegen den Kölner Kongreß polemisiert hätten. Aber hören Sie einmal, wie sich der „Zimmerer" äußert. Ich wundere mich nur, daß unserer Presse die Stelle entgangen ist: „Heute den Gewerkschaften politische Aufgaben zuweisen, ihnen eine, vom politischen Parteistandpunkt diktierte Taktik aufzunötigen, hieße nicht etwa die Partei aus dem politischen Sumpfe heraus, sondern die Gewerkschaften mit in den politischen Sumpf hineinziehen. Wenn das ein Teil unserer schreibenden Parteigenossen nicht begreifen kann oder will, so tut uns das natürlich sehr leid." Leuten, die so etwas schreiben, sollte gehörig auf die Finger geklopft werden. (Bravo!)

v. Elm: Meine Erklärung in den „Soz. Monatsheften", daß die Gefahr bestehe, die deutsche Gewerkschaftsbewegung könne in die Bahnen der englischen einlenken, ist hier heute morgen so viel und so lobend erwähnt worden von einer Seite, von der ich sonst nur Scheltworte gewohnt bin, daß mir bei dem vielen Lob ganz unheimlich zumute geworden ist. (Heiterkeit.) Ich habe mich keineswegs gemausert, ich habe schon seit Jahren, wo sich irgendwelche Schäden in der Gewerkschaftsbewegung zeigten, wo Unsolidarität zutage trat, dies aufs schärfste gegeißelt. Ich sehe noch heute in der Gewerkschaftsbewegung etwas mehr als die, die mich heute gelobt haben, ich sehe darin noch heute einen Teil der großen Klassenbewegung des Proletariats, und zwar einen vollberechtigten Teil, nicht nur ein Palliativmittel. Ebenso gut wie die Gewerkschaftsbewegung könnte man unsere parlamentarische Tätigkeit als Palliativmittel bezeichnen. (Sehr richtig!) Ich stehe auch nach wie vor noch auf dem Standpunkt der Neutralität der Gewerkschaften, allerdings nicht der Neutralität, die man mir stets und ständig fälschlich unterschoben hat, daß ich die Gewerkschaften gegen die Partei neutralisieren will, ich will nur die direkte Parteipolitik aus den Gewerkschaften ausschalten, habe aber immer, und zwar zu allererst den Standpunkt vertreten, daß die Gewerkschaften Politik, daß sie Sozialpolitik treiben müßten. Wenn Brecour meint, mein

Standpunkt lasse sich nicht vereinbaren mit dem, was ich bezüglich des sozialistischen Geistes gesagt habe, so erwidere ich, daß wir, wenn wir Sozialpolitik in den Gewerkschaften treiben und das Verhalten der Gegner Revue passieren lassen, wir unseren Gewerkschaftsmitgliedern getrost selbst die Schlußfolgerungen überlassen können; und wenn wir zeigen, wie bei Streiks nur die sozialdemokratische Presse für die Arbeiter Partei nimmt, so ist auch das genügend, um die Arbeiter zu belehren, daß sie der sozialdemokratischen Presse den Vorzug geben müssen. (Sehr richtig!)

Es hat mich ganz besonders gefreut, daß Fischer in so sachlicher Weise die Maifeierfrage hier erörtert hat, daß er nicht in denselben Ton verfallen ist, der nach dem Gewerkschaftskongreß gegenüber den Gewerkschaftsführern angeschlagen worden ist. Es hat mich gefreut, daß er nach den sachlichen Ursachen geforscht und nicht die Personen verantwortlich gemacht hat. Ich bin mit ihm einverstanden darin, daß ein gewisser Hang zur Zünftlerei in den Gewerkschaften vorhanden ist, aber nicht nur das. Es macht sich vor allem — was ich beklage — von Zeit zu Zeit auch ein gewisser Gewerkschaftsegoismus breit, ein Mangel an solidarischem Empfinden. (Sehr richtig!) Man steht auf dem Standpunkte: warum soll ich meines Bruders Hüter sein, was gehen mich die anderen an? Das habe ich stets bekämpft, weil es sich mit dem sozialistischen Geiste nicht vereinbaren läßt. Nun ist gesagt, es gibt nur ein Entweder Oder, alles andere sei Halbheit, entweder vollständige Arbeitsruhe oder Abendfeier. Legien sagt, die Maifeier sei allerdings gewachsen, aber sie sei nicht gewachsen im Verhältnis zum Anwachsen der sozialdemokratischen und der Gewerkschaftsbewegung. Das bestreite ich. Ich habe gerade in den letzten Jahren in einer ganzen Reihe kleinerer Orte in Schleswig-Holstein geredet und überall gefunden, daß, wo früher die Maifeier nie durch Arbeitsruhe begangen ist, die Genossen jetzt mit großer Begeisterung an der Arbeitsruhe hängen und durchaus nicht gewillt sind, sie fallen zu lassen. (Hört! hört!) Heben wir die Arbeitsruhe auf, so nehmen wir der Maifeier ihren Charakter. (Lebhafte Zustimmung.) Deshalb müssen wir die Maifeier beibehalten, wir müssen aber auch die Abendfeier beibehalten, denn wir sind heute noch nicht so weit, daß sämtliche Arbeiter feiern können, und wir müssen auch denen, die arbeiten, den Gedanken der Maifeier klar machen. Fischer hat auch von einer Unterschätzung der politischen Tätigkeit geredet, die in neuerer Zeit in der Gewerkschaftsbewegung zutage getreten sei. Das ist ja nicht nur in der Gewerkschaftsbewegung der Fall, sondern auch in den Kreisen der aktiven Genossen, und wenn da gefehlt ist, so müssen wir uns einmal fragen, ob da nicht auch auf unserer Seite ein Teil Schuld vorhanden ist. Wir haben bei der letzten Wahl 3 Millionen Stimmen bekommen, wir sind kolossal stolz darauf gewesen, es sind überschwängliche Artikel darüber geschrieben worden. Dann kam Dresden. Statt dort in ruhiger sachlicher Weise unsere Taktik zu bestimmen, boten wir der Welt ein Bild der Selbstzerfleischung. Da ist so viel über die Bedeutung der parlamentarischen Tätigkeit geredet, und so geringschätzig von der radikalsten Seite darüber gesprochen worden, daß man sich gar nicht zu wundern braucht, wenn in weiten Arbeiterkreisen das Verständnis für diese Tätigkeit allmählich im Sinken begriffen ist. Ich habe vorgeschlagen, man solle dahin wirken, daß Partei und Gewerkschaften zusammen tätig sind auf dem Gebiete der Sozialpolitik. Liebknecht hat heute diesen Vorschlag aufgenommen, und auch Kautsky sympatisiert damit. Ob Sie demselben Ihre Zustimmung geben werden, fragt sich ja. In irgend einer Form ist das möglich. Die Form soll uns wenig kümmern. Wenn wir nur diese Mitwirkung der Gewerkschaften in sozialpolitischen Fragen wollen, so wird sich über die Form sehr leicht reden lassen. Das würde die volle Anerkennung der Gleichberechtigung der Gewerkschaftsbewegung bedeuten. Andernfalls werden wir immer wieder in Differenzen geraten. Einmal wird es

sich noch zeigen, daß der Geist, der in der Maifeier steckt, daß der sozialistische Geist mächtiger ist wie alle Tendenzen, die darauf hinwirken, einen Gegensatz zwischen Partei und Gewerkschaften zu schaffen. Aber heute ist unsere Entwickelung noch nicht abgeschlossen, die Weltgeschichte geht weiter, und wenn wir nicht einen Weg finden, der für die Dauer solche Gegensätze verhindert, so werden wir dieselben in der schärfsten Form haben, und das würde ein Unglück für die gesamte deutsche Arbeiterbewegung sein. (Sehr wahr!) Deshalb lassen Sie uns einen Weg finden, wodurch wir es ermöglichen, daß Partei und Gewerkschaften in Zukunft auf sozialpolitischem Gebiet gemeinsam Hand in Hand arbeiten. (Lebhafter Beifall.)

Uhlig-Dresden: Es ist nicht wahr, daß Schmidt schuld daran sei, daß die Debatte einen allgemeinen Charakter angenommen hat, das liegt in der Natur der Sache. Ich bezweifle allerdings, daß es eine Bereicherung der Debatte war, daß Fischer in seinem Referat die Mätzchen von den zünftlerischen Anwandlungen der Buchdrucker aufgenommen hat. Daß die Buchdrucker das Eindringen der Maschinen bekämpften, ist eine grundfalsche Auffassung und Fischer hat damit den Unternehmern Waffen geliefert. Die Buchdrucker wehren sich lediglich gegen die verheerenden Wirkungen einer überschnellen Aufnahme der Maschinen. Das ist notwendig und berechtigt. Wenn der Organisation der Buchdrucker nicht schwere Wunden geschlagen werden sollen, dürfen diese Maschinen nicht zu plötzlich eingeführt werden. Die Versuche zur Regelung von Angebot und Nachfrage entspringen auch nicht zünftlerischen Gedanken, sondern stehen mit dem Gedanken des Sozialismus durchaus im Einklange. Das steht für mich fest, daß die Konsequenz der Gewerkschaftsbewegung der Sozialismus sein muß. Die Durchtränkung der Arbeiter mit diesem Gedanken ist aber Sache der Partei. Die wirtschaftliche Organisation der Arbeiter kommt im übrigen ganz von selbst der politischen Bewegung zu gute. Der Resolution stimme ich zu, besonders deswegen, weil sie keinen absoluten Zwang zur Arbeitsruhe enthält.

Rosa Luxemburg: Genosse Schmidt hat mir in seiner persönlichen Bemerkung zunächst den Vorwurf mangelnder Liebenswürdigkeit gemacht. Ich fühle mich sehr getroffen und zerknirscht; zum Glück weiß ich ein Mittel, um dem abzuhelfen und mich zur echten rechten Liebenswürdigkeit zu erziehen. (Heiterkeit.) Schmidt hat nämlich den Theoretikern den Rat gegeben, in die Gewerkschaften einzutreten. Ich glaube, daß das für mich in bezug auf meine Liebenswürdigkeit in der Tat gesund wäre. Davon hat mich ein Artikel des Genossen Huc, den er in der jüngsten Zeit in der „Bergarbeiter-Zeitung" hat erscheinen lassen, überzeugt. Es heißt am Schluß dieses Artikels, der als Muster liebenswürdigen Verkehrs mit Parteigenossen gelten kann:

„In Rußland tobt seit Jahr und Tag der Kampf um die Volksfreiheit. Wir wunderten uns schon immer, warum unsere theoretischen Generalstreikler nicht schleunigst nach Rußland gehen, um dort praktische Kampferfahrungen zu sammeln und mitzukämpfen. In Rußland blutet die Arbeiterschaft, weshalb eilen insbesondere die aus Rußland oder Polen stammenden, jetzt in Deutschland, Frankreich und der Schweiz „revolutionäre" Artikel schreibenden Theoretiker nicht auf den Kampfplatz? Wer ein solches Uebermaß von „revolutionärer" Energie bietet, wie unsere systematischen Generalstreikpropagandisten, für den ist es Zeit, sich im russischen Freiheitskampfe praktisch zu beteiligen, statt aus der Sommerfrische Generalstreikdiskussion zu betreiben. Probieren geht übers Studieren, darum auf in den russischen Freiheitskampf, ihr „Theoretiker des Klassenkampfes".

Und dann sagt der Pastor Naumann in der „Hilfe", die den Artikel mit Wonne zitiert: „Diese Worte sind gut! Die internationalen Revolutionäre sollen sagen, weshalb sie jetzt nicht international genug sind, sich nach Warschau zu begeben."

Also dorthin, wo der Staatsanwalt neulich meinem engeren Parteigenossen Kasprzak zu der höchsten Ehre verholfen hat, die einem Sozialdemokraten erwiesen werden kann, dorthin ladet uns Genosse Hue in liebenswürdiger Weise ein. Ich glaube also, ich habe ein Recht zu hoffen, daß ich in den Gewerkschaften nicht nur zur Einsicht über die wahren Grundsätze und die praktische Taktik der Arbeiterbewegung kommen, sondern auch Belehrung über die echte Liebenswürdigkeit des parteigenössischen Tons erhalten werde.

In bezug auf die „Neue Zeit" habe ich noch hinzuzufügen, daß Schmidt einer großen Enttäuschung entgegengeht, wenn er hofft, daß die „Neue Zeit" so wenig wie möglich von den Arbeitern gelesen werde. Wie Sie wissen, hat schon einmal die schönste Hetze gegen die „Neue Zeit" stattgefunden und zwar 1902 in München. Welchen Einfluß hat das auf das Gedeihen der „Neuen Zeit" gehabt? 1902 betrug die Zahl der Abonnenten im ersten Halbjahr 3700, im zweiten 3600, im Jahre 1905 im ersten Halbjahr 4800, im zweiten 5100. (Hört! hört!) Wir sehen also, daß die Attacken der Parteigenossen gegen die „Neue Zeit" dieselbe Wirkung gehabt haben wie die Attacken der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie überhaupt: wir werden gesund dabei und kriegen rote Backen. (Sehr gut!) Für diejenigen, die die gewöhnliche Verbreitung der wissenschaftlichen Revuen nicht kennen, füge ich hinzu, daß die „Neue Zeit" mit dieser Abonnentenziffer nicht nur nicht hinter den besten bürgerlichen Revuen zurücksteht, sondern ihnen sogar voranschreitet, daß dieser Abonnentenstand für eine wissenschaftliche Revue, die nicht für die Massen bestimmt ist, ausgezeichnet genannt werden muß.

Nun noch ein paar Worte zu der Hauptfrage, dem Gegensatz zwischen Gewerkschaften und Partei. Genosse Hüttmann meinte, er begreife gar nicht, woher die Angriffe auf die Gewerkschaftsführer kämen, er könne sich gar nicht denken, daß es Gewerkschaftler gäbe, die nicht mit beiden Füßen auf dem Boden des Klassenkampfes stehen. Facta loquuntur. Ich will Ihnen von einigen Flugblättern Kenntnis geben, die in der jüngsten Zeit, nämlich im Essener Wahlkampf, gegen die Sozialdemokratie vom Zentrum verbreitet worden sind, in denen eine ganze Reihe von Aeußerungen der Gewerkschaftspresse gegen uns ausgeschlachtet werden. Diese Aeußerungen beweisen, daß in der Tat manche Gewerkschafter nicht mehr auf dem Boden des Klassenkampfes stehen und daß diese Gewerkschaftler, die die Gegensätze zur Partei schüren, nicht in der Phantasie, sondern in der traurigen Wirklichkeit leben. Das erste Flugblatt geht vom Zentrum aus und ist betitelt „Nieder mit der Maske!" Da heißt es:

„Der „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker" richtet gegen die Sozialdemokratie den Vorwurf der politischen Ohnmacht anläßlich der Frage des politischen Massenstreiks. Er schreibt in Nr. 65 d. J.: „Mit dem Mystizismus des politischen Massenstreiks verhüllt man doch nur eine unfähige Politik des jacobinischen Systems, das einst die agitatorische Kraft der Sozialdemokratie entwickeln half, aber untauglich ist zu politischem Schaffen, zu wirklich politischer Macht im Sinne positiver und dauernder Erfolge. Die Gewerkschaftsbewegung bedarf nicht des geschichtlichen Hinweises Bernsteins, seine Auslassungen sind nur ein Beweis für die politische Hülflosigkeit der Partei, die nicht vorwärts und nicht rückwärts kann, weil sie durch ein veraltetes Programm an Händen und Füßen gebunden ist an ihre daraus resultierende verkehrte Politik."

In einem zweiten Flugblatt des Zentrums heißt es: In dem „Fachgenossen" Nr. 23 schreibt der Sozialdemokrat Edmund Fischer:

„Man mag die Arbeiterversicherung noch so gering einschätzen, eins wird ein jeder zugeben: Daß der heutige Alters- und Invalidenrentner eine ganz andere soziale Stellung einnimmt, als der arbeitsunfähige Großvater vor

25 Jahren, der seinen Kindern zur Last fiel oder es als eine Schande empfand, von der Gemeinde-Unterstützung zu leben.

Die sozialen Gesetze sind zwar immer erst Fundamentmauern. Aber sie sind immerhin Fundamente und dadurch wird der Anfang zu einem großen Gebäude menschlicher Solidarität gelegt. Und der Wettstreit um den Ausbau dieses Gebäudes hat den Gedanken der Gemeinsamkeit, der Gleichheit, der Solidarität auch in Kreisen geweckt und gestärkt, die sich nicht zu den Arbeitern zählen und er hat damit zur Veredelung des geistigen Lebens beigetragen."

Und zu dieser wunderbaren Auslassung eines Gewerkschaftsblattes brauchte das Zentrum natürlich nur den Satz hinzuzufügen: „Ist das nicht ein vernichtendes Urteil für die Verneinungspolitik der Sozialdemokratie??"

So wird von diesen Gewerkschaftlern die Arbeiterversicherung eingeschätzt, die unsere Abgeordneten nicht müde werden zu kritisieren. Diese Aeußerungen beweisen, daß es in der Tat Gewerkschaftsführer gibt, die einen Zwiespalt zwischen sozialdemokratischer Politik und gewerkschaftlicher Praxis schaffen. Tatsächlich besteht dieser Zwiespalt nicht zwischen Partei und Gewerkschaften, sondern innerhalb der Gewerkschaften, wie, bis zu einem gewissen Grade, innerhalb der Partei. Es ist dies der Zwiespalt zwischen der „revidierten" Auffassung einer Minderheit von Führern und der gesunden revolutionären Auffassung der Arbeitermasse. Die Masse der Gewerkschaftsmitglieder ist auf unserer Seite und fühlt wohl, daß es im Interesse sowohl der Partei wie der Gewerkschaften liegt, daß die gesamte Arbeiterbewegung von dem gleichen Geiste durchhaucht ist, daß sie in allen ihren Teilen vom Geiste des Sozialismus getragen sein muß. (Lebhafte Zustimmung.) Sie alle fühlen, daß sich die Gewerkschaften und Sozialdemokratie sagen müssen, wie Bertha im Wilhelm Tell: Es ist ein Feind, vor dem wir alle zittern und eine Freiheit macht uns alle frei. (Lebhafter Beifall.)

Hierauf wird ein Schlußantrag angenommen.

Persönlich bemerkt

Robert Schmidt-Berlin: Genosse Stubbe hat behauptet, daß der Vorstand des Holzarbeiterverbandes Kloß nahe gelegt habe, seine politischen Aemter niederzulegen. So lange der Holzarbeiterverband existiert, bin ich Mitglied und seit Jahren Vorsitzender des Ausschusses des Verbandes.

Während dieser ganzen Zeit ist die von Stubbe behauptete Tatsache niemals zur Kenntnis des Ausschusses gekommen und ich erkläre, wenn sich Kloß wegen eines derartigen Vorkommnisses an uns gewandt hätte, so hätten wir das aufs entschiedenste zurückgewiesen. Tatsache ist, daß Kloß seine Kandidatur lediglich aus Gesundheitsrücksichten niedergelegt hat. Daß den Angestellten des Holzarbeiterverbandes zur Pflicht gemacht ist, voll und ganz für den Verband tätig zu sein, ist richtig, aber ich fordere Stubbe auf, zu erklären, ob ihm jemals vom Verbande verboten worden ist, politisch tätig zu sein.

Stubbe-Hamburg: Ich kann nur erwidern, daß Genosse Schmidt selbst in Mainz den Versuchen von Vorstandsmitgliedern entgegengetreten ist, weil sie Kloß seine politische Tätigkeit erschwert hatten. Daß die Angestellten ihre volle Arbeitskraft dem Verbande widmen müssen, steht gedruckt und kann nicht abgeleugnet werden. Daß mir persönlich keine Schwierigkeiten bereitet worden sind, liegt daran, daß ich nicht dem Vorstand, sondern der Hamburger Kommission und nur der Generalversammlung unterstand, die allerdings stets alle derartigen Versuche des Vorstandes desavouiert hat.

Robert Schmidt: Ich weise gegenüber Stubbe nur darauf hin, daß acht Vorstandsmitglieder des Holzarbeiterverbandes Parteiämter bekleiden.

Damit sind die persönlichen Bemerkungen erledigt.

Das Schlußwort erhält

Richard Fischer-Berlin: Im Anschluß an die letzten persönlichen Bemerkungen möchte ich bemerken, daß ich von Reichel im Namen des Metall-

arbeiterverbandes ersucht worden bin, eine Erklärung abzugeben, daß der Vorstand des Metallarbeiterverbandes niemals an seine Beamten das Ansinnen gestellt habe, für die Partei nicht tätig zu sein; ebenso habe ich auch von den Beamten des Metallarbeiterverbandes in Berlin eine Depesche bekommen, worin sie die positive Erklärung abgeben, daß ihnen nicht die Pflicht auferlegt sei, nur im Dienste der Agitation für den Verband tätig zu sein. „Wir würden," heißt es in der Depesche weiter, „uns derartiges als Parteigenossen auch nicht gefallen lassen, es denkt auch niemand daran, uns derartiges anzubieten. Ich bitte Sie, das zur Kenntnis zu nehmen. Gruß an Sie und den Parteitag." Nun, meine ich, ist es unsere Pflicht, diese Erklärungen so loyal entgegenzunehmen, wie sie abgegeben worden sind. Ich glaube, wir haben kein Recht, irgendwie daran zu zweifeln und wenn in einzelnen Fällen von einzelnen dagegen gesündigt worden wäre, so wird hoffentlich gerade die Diskussion auf diesem Parteitag, die Ausführungen Schumachers, Simons und Stubbes dazu beitragen, daß wir über diesen Uebelstand künftig nicht mehr zu klagen haben.

In meinem Schlußworte kann ich selbstverständlich nicht auf alle die Dinge eingehen, die gegen einzelne meiner Ausführungen vorgebracht sind. Ich kann mich hier um so mehr kurz fassen, als es mir ja gar nicht darauf ankommt, in allen diesen Dingen recht zu behalten. Unsere Beschlüsse und Diskussionen können den Sinn nicht haben, daß wir der großen Gewerkschaftsbewegung gegenüber erklären: Ihr müßt das tun, was die politische Partei Euch vorschreibt. Nicht um Unterwerfung der Gewerkschaften kann es sich handeln, sondern um gegenseitige Verständigung im gegenseitigen Interesse. Ich meine, wenn wir als Parteigenossen über Parteifragen polemisieren, so sollen wir wohl diskutieren, aber nicht immer gleich anklagen und verurteilen, und wenn die Genossin Zietz und dann auch Genossin Luxemburg darauf hingewiesen haben, daß beim Essener Wahlkampf Stimmen aus Gewerkschaftskreisen von den bürgerlichen Parteien gegen unsere Kandidaten ausgenutzt worden sind, so glaube ich nicht fehlzugehen, wenn ich annehme, daß in diesem Wahlkampf auch Stimmen von der Gegenseite verwendet worden sind. (Sehr richtig!) Ich will darüber nicht weiter reden, ich will nur die Mahnung an Sie richten, wenn wir uns auch streiten, so soll doch die gegenseitige Behandlung immer so sein, daß man die Kritik nicht gegen die Partei ausnutzen kann. (Sehr richtig!)

Nun zu etwas Persönlichem. Mir ist gesagt worden, meine Aeußerung, der Vorschlag Robert Schmidts bedeute in seiner Konsequenz eine Aufforderung an die Unternehmer, nun gegen die Gewerkschaften loszugehen, sei so aufgefaßt worden, als hätte ich gesagt, Robert Schmidt habe eine solche Aufforderung ausgesprochen. Es ist selbstverständlich, daß ich einen solchen Vorwurf nicht habe erheben können. Es war vielmehr der Gedankengang der Resolution Robert Schmidt in Köln, von dem ich behauptete, er sei geeignet, bei den Gegnern den Eindruck hervorzurufen, als ob die Kampfeslust und die Kampfkraft der Arbeiter abgenommen habe.

Schmidt hat weiter gemeint, und schließlich lag ja diese freundschaftliche Bosheit sehr nahe, meine Ausführungen über den Zunftcharakter der Buchdrucker entsprängen vielleicht aus meinem Verhältnis als Geschäftsführer einer Buchdruckerei, und vielleicht seien die Unannehmlichkeiten, die ich in dieser Stellung hätte, zum Teil auch meinem Temperament zuzuschreiben. Nun, mein Temperament in allen Ehren, ich wäre gewiß manchmal froh, wenn ich das Temperament Robert Schmidts hätte, aber das hat doch mit der vorliegenden Frage nichts zu tun. Wie komme ich denn dazu, Zunftbestrebungen in den Gewerkschaften zu finden und auf die Buchdrucker gerade zu exemplifizieren? Ich habe es als ein immanentes Gesetz der Gewerkschaften bezeichnet, daß sie in ihrer Konsequenz zu Zunftbestrebungen kommen müssen, und ich habe auf die Buchdrucker deswegen exemplifiziert, weil sie die stärkste und älteste Organisation haben und weil

unter allen deutschen Gewerkschaften der eigentliche Charakter der Gewerkschaften in der Buchdruckerorganisation am deutlichsten und klarsten in die Erscheinung tritt. Ich habe übrigens, um spätere Mißdeutungen in der Presse zu vermeiden, nicht allein die Buchdrucker angeführt, sondern auch z. B. die Steinsetzer. — Man hat aber nun heute polemisiert gegen Ausführungen, die ich gar nicht gemacht habe. Es ist mir nicht eingefallen, gegen die Forderung der Buchdrucker Front zu machen, daß an der Setzmaschine nur gelernte Setzer beschäftigt werden sollen. Ich habe im Gegenteil erklärt, es sei ein selbstverständliches Gebot der Selbsterhaltung für die Buchdrucker, eine solche Forderung zu erheben. Ich habe mich nur dagegen gewandt, daß gewerkschaftlicherseits Forderungen aufgestellt werden, die geradezu auf eine Verhinderung der Einführung von Maschinen hinauslaufen, wie es in Amerika und England nur allzu häufig der Fall ist. Die moderne technische Entwickelung können die Gewerkschaften nun einmal nicht aufheben. Sie können sie nur in gewissen Grenzen korrigieren und den Arbeitern nutzbar machen. Das ist ganz etwas anderes, als wogegen Uhlig-Dresden und Taubmann-Weißensee polemisierten. Man braucht auch nur das Buch der beiden Webbs über die Trades-Unions gelesen zu haben, um zu begreifen, daß meine Ausführungen über das Drängen der Gewerkschaften zum Zünftlerischen völlig berechtigt sind. Wieweit der Zunftgedanke in Gewerkschaften herrschend ist, dafür nur ein Beispiel: In Berlin ist ein Hülfsarbeiter gewesen, der die Funktionen eines Maschinenmeisters ausfüllte und auch den Lohn eines Maschinenmeisters erhielt, weil seine Fähigkeiten dementsprechende waren. Er hat dann die Aufnahme in den Buchdruckerverband nachgesucht und wiewohl Vorstandsmitglieder seine Aufnahme befürwortet haben, wurde sein Gesuch zurückgewiesen, weil er keine vierjährige Lehrzeit in seiner Jugend absolviert hatte. (Hört! hört!) Ich glaube, daß niemand hier im Saale ist, der ein solches Vorgehen mit den Begriffen der modernen Arbeiterbewegung vereinen kann. Nun hat Taubmann angedeutet, daß ich nicht einmal zu der Zeit, als ich als Buchdrucker tätig war, im Buchdruckerverband organisiert gewesen sei. Nun erkenne ich zunächst es grundsätzlich nicht an, daß jeder Genosse ohne Ausnahme unbedingt einer Gewerkschaft angehören muß, speziell erkenne ich für mich in meiner jetzigen Stellung nicht die Verpflichtung an, der Buchdrucker-Gewerkschaft beizutreten. Wollten die Genossen übrigens konsequent sein, so müßten sie auch von Bebel verlangen, daß er der Gewerkschaft der Drechsler und von Paul Singer, daß er dem Verein jugendlicher Kaufleute beitritt. (Große Heiterkeit.) Aber soweit geht der „Ehrgeiz" der Herren nicht, der reicht bloß bis zu mir heran. So lange ich im Berufe tätig war, bin ich übrigens selbstverständlich Mitglied der Buchdruckerorganisation gewesen und habe auch Ehrenstellen in derselben eingenommen. Ich habe dem Verbande angehört bis zu meiner Uebersiedelung nach London. Dort konnte ich dem Verbande nicht beitreten, da nach dem englischen Statut nur im Beruf Tätige aufgenommen werden und auch die schweizerische Organisation, der „Typographenbund", an den ich mich wandte, um dessen Mitglied bleiben zu können, erklärte, mich nicht weiter als Mitglied führen zu dürfen, weil er nur Mitglieder innerhalb des schweizerischen Gebietes haben könne. Mein Versuch, nach der Rückkehr nach Berlin wieder der Buchdrucker-Gewerkschaft beizutreten, scheiterte an dem — wie ich offen gestehe — rein materiellen Grunde, daß man von mir die Nachzahlung von Beiträgen für die Jahre meines Londoner Aufenthalts verlangte, wozu ich eine Verpflichtung nicht anerkennen konnte. Uebrigens halte ich es überhaupt für einen Mißstand, daß die Buchdruckerorganisation Prinzipale und Faktoren, deren Interessen von denen der Gehülfenschaft verschieden sind, als Mitglieder aufnimmt. (Sehr richtig!)

Weiter hat Genosse Elm es moniert, daß ich von den Gewerkschaften als Palliativmitteln gesprochen habe. Ich glaube mit Unrecht, denn aus meiner

ganzen Ausführungen über das Verhältnis der Partei zu den Gewerkschaften konnte man unmöglich die Schlußfolgerung ziehen, daß ich der Meinung wäre, die Gewerkschaften seien im Verhältnis zur politischen Partei bedeutungslos. Ich habe den Gewerkschaften vielmehr die gleiche Wichtigkeit beigelegt, ihnen volle Gleichberechtigung neben der politischen Partei zugesprochen im Emanzipationskampfe des Proletariats. Wenn ich die Gewerkschaften als Palliativmittel bezeichnet habe, so nur von dem — wie ich glaube von der ganzen Partei geteilten — Gesichtspunkt aus, daß ich sage: Im Vergleich mit den Endzielen der Sozialdemokratie sind die Gewerkschaften wie die Genossenschaften nur ein Palliativmittel, allerdings eins von der größten Bedeutung, heute das wirksamste Mittel unter Umständen, nämlich für die soziale Besserstellung der Arbeiter in bezug auf höhere Löhne, verkürzte Arbeitszeit, bessere Arbeitsbedingungen im allgemeinen. Aber eins ist zweifellos — und in diesem Punkte unterscheiden wir uns eben von den Nurgewerkschaftlern, die sich mit den englischen und amerikanischen Trades-Unionisten auf eine Stufe stellen! Alle gewerkschaftlichen Erfolge sind nur relativ. So habe ich darauf hingewiesen, wie ein einziges Gesetz, das Zollgesetz, jahrzehntelange Erfolge der Gewerkschaften annullieren kann. Daher unterstützt auch die deutsche Gewerkschaftsbewegung im Gegensatz zur englischen den politischen Kampf in der Ueberzeugung, daß es Aufgabe der politischen Partei sei, durch die Gesetzgebung die Erfolge, die die Gewerkschaften erzielt haben, auf die Dauer festzulegen. (Sehr richtig.) Ohne diese gesetzliche Festlegung zwingt jede industrielle Krisis die Arbeiter zu unaufhörlichen Kämpfen, das in günstigen Zeiten Erreichte festzuhalten oder gar, wenn verloren, neu zu erobern. Endlich gibt es weite Kategorien von Arbeitern, die durch das Kapital bereits soweit niedergedrückt sind, daß sie gar nicht mehr zum gewerkschaftlichen Kampfe zu organisieren sind, deren soziale und kulturelle Hebung nur durch die Staatsgewalt auf dem Wege der Gesetzgebung erfolgen kann.

Nun sagt Schmidt, Fischer hat die Gewerkschaften herabgedrückt zu sozialdemokratischen Diskutierklubs. Das mag ja ein wohlfeiles Schlagwort sein, aber aus meinen Ausführungen konnte er auf einen solchen Gedanken nicht kommen. Auch sein Hinweis, daß Molkenbuhr einen entgegengesetzten Standpunkt einnehme, indem er leugne, daß die deutsche Gewerkschaftsbewegung jemals Gefahr laufe, auf den Standpunkt der englischen zu kommen, auch diese Meinung Molkenbuhrs kann Schmidt gegen mich nicht anführen. Ich bin mit Molkenbuhr vollständig darin einig, daß heute von einer solchen Gefahr keine Rede sein kann. Ich sprach nur von den Tendenzen, von den Ansätzen, die da und dort in der Gewerkschaftsbewegung nach dieser Richtung hin gebildet werden, Tendenzen, die in dem Charakter der Gewerkschaften selbst begründet seien. Wir haben eine solche Gefahr deshalb heute in Deutschland nicht zu fürchten, weil wir in Deutschland eine kräftige Sozialdemokratie haben, die die Gewerkschaften beeinflußt und weil die Gewerkschaften heute von Leuten geführt werden, die aus der politischen Bewegung hervorgegangen und mit ihr identisch sind. Ebensowenig hat Robert Schmidt ein Recht zu sagen, ich befände mich im Widerspruch mit Bebel, der gesagt habe, die siegende Kraft des Sozialismus biete die Garantie dafür, daß solche Tendenzen sich nicht breit machen. Robert Schmidt hat Bebel einseitig zitiert. Bebel hat ausdrücklich in der Einleitung zu jener Broschüre gesagt:

„Ich muß mich aber von vornherein gegen ein Mißverständnis verwahren, das besonders in einem Teile der bürgerlichen Presse auftauchte, als hätte ich — unpolitischen Gewerkschaften das Wort geredet, oder eine Neutralität befürwortet, die dasselbe besagt; das ist mir nicht eingefallen und konnte mir nicht einfallen. Eine unpolitische Gewerkschaft wäre gegenüber dem, was die Arbeiter durch eine solche Organisation erreichen sollen, ein Messer ohne Heft und Klinge, keine Waffe im Klassenkampf, die dem Unternehmertum imponiert, sondern ein Spielzeug, über das es lächelt,

Was ich in meinem Vortrag zu besprechen hatte, war zweierlei: Einmal wollte ich mich gegen den neuerdings unter manchen Gewerkschaftsmitgliedern eingerissenen Glauben wenden, daß die reine Gewerkschaftsbewegung Hauptsache sei und die politische Bewegung Nebensache. Dieser Umstand war die Hauptveranlassung zu meinem Vortrag in Weiß. Dann wollte ich zeigen, welche Aufgaben der Gewerkschaft zufallen, was sie erfüllen könnte, was nicht, und daß sie, um ihre Aufgaben erfüllen zu können, die möglichst größte Zahl der Gewerksgenossen, am besten alle, in sich aufnehmen müsse, was ihr nur möglich sei, wenn sie von eigentlicher Parteipolitik sich fern halte, sich nicht als Anhängsel irgend einer politischen Partei betrachte, aber Parteimann solle auch der Gewerkschafter sein, nicht als Gewerkschafter, sondern als klassenbewußter Arbeiter, der Glied eines Staats- und Gesellschaftswesens ist, das ihn als Arbeiter behandelt und mißhandelt!"

Nun hat Genosse Schmidt weiter gesagt, nachdem die Generalkommission sich mit der Resolution einverstanden erklärt habe in dem Sinne, daß sie gegen die jetzige Form der Maifeier nichts einzuwenden habe, könnte man bis zum nächsten internationalen Kongreß die Sache ruhen lassen, um dann auf eine Aenderung in dieser Frage hinzuwirken. Legien hat diese Auffassung bestätigt. Ich meine nun allerdings, daß damit die Frage nicht erledigt sein kann. Wenn unsere Debatte einen Sinn haben soll, so doch den, daß wir von Parteiwegen den Standpunkt gar nicht teilen, den Schmidt in seiner Resolution an den Gewerkschaftskongreß zum Ausdruck gebracht hat. Es kann sich nicht darum handeln, jetzt eine Art Gottesfrieden zwischen Partei und Gewerkschaftsbewegung bis zum nächsten internationalen Kongreß walten zu lassen, um dann mit oder ohne Zustimmung der Partei diesen Standpunkt Schmidts zum Standpunkt der deutschen Gewerkschaften sanktionieren zu lassen, sondern es handelt sich für alle Freunde der deutschen Arbeiterbewegung darum, zwischen Gewerkschaftsauffassung und Parteiauffassung in der Maifeierfrage eine Uebereinstimmung zu erzielen. (Sehr richtig!) Wir wollen die Gewerkschaften doch nicht majorisieren, sondern sie überzeugen. Nur wenn Schmidt und Legien den Standpunkt vertreten, mit der Arbeitsruhe am 1. Mai müßten wir ein für allemal aufräumen, so müssen wir betonen, daß dagegen das politische Interesse der deutschen Arbeiterklasse spricht. Gewiß, wenn man die Maifeier heute neu beschließen würde, dann gebe ich zu, könnte man ihr vielleicht eine andere Form geben als 1889 in Paris. Sie haben auch darin weiter recht: der Pariser Kongreß hat sich nicht für die Arbeitsruhe, sondern für eine Demonstration erklärt. Aber betrachten Sie doch das in Deutschland historisch Gewordene. Der Pariser Beschluß hat — so sagte ich schon — wie ein elektrischer Funke gezündet, er hat eine Begeisterung geweckt, wie selten ein Beschluß. Aber wir kamen damit in eine kritische Situation hinein. Das Sozialistengesetz näherte sich seinem Ende. Der Widerstand der Arbeiter gegen dasselbe war so groß geworden, unsere Erfolge wogen so schwer, daß die herrschenden Klassen sich fragten, können wir in unserem eigenen Interesse noch so weiter regieren; schädigen wir damit nicht uns selber? Aber es gab auch eine mächtige Gegenströmung, mit Bismarck voran. Er wollte die Maifeier benutzen, um einen Konflikt mit der Arbeiterschaft herbeizuführen. Dann sollte an die Spitze der General, der Handegen treten, um die Gesellschaft zu retten. Und dann war von Aufhebung des Sozialistengesetzes, von Eröffnung einigermaßen freierer Bahnen für die Gewerkschafts-, für die Arbeiterbewegung keine Rede mehr. Angesichts dieser Situation lastete die schwerste Verantwortlichkeit auf der Fraktion. Was sie tat, fand in Halle dann die Billigung der Partei. Sie sagte: Auf diesen Trick fallen wir nicht herein. Wir wollen der Reaktion nicht den Vorwand zu einer Straßenschlacht liefern. Und es war keine Uebertreibung. Es ist ja später bekannt geworden, daß in Berlin, in Dresden ꝛc. das Militär

in den Kasernen konsigniert war, daß die Regimentskommandeure mit geheimen Befehlen für den Fall einer Straßenschlacht versehen waren. Wenn also die Gewerkschaften sagen, sie wollten nicht zu einer Kraftprobe am 1. Mai gezwungen werden, nun so hat die Partei es von jeher grundsätzlich abgelehnt, eine solche Kraftprobe zu veranstalten. Im letzten Grunde aber haben alle die Einwendungen von Schmidt und Genossen gegen die Maifeier nur einen Sinn, wenn man die völlige Arbeitsruhe unter allen Umständen als die von der Partei beschlossene Form der Maifeier unterstellt.

Was uns aber unterscheidet von der Auffassung Schmidts und Legiens ist: Wir können nicht von heut auf morgen ein Kampfziel fallen lassen, um dessen Fahne sich in wachsendem Maße Tausende von Arbeitern geschart haben. Das sind politische Imponderabilien, die wir beachten müssen. Die Maifeier hat ja nicht so sehr eine ökonomische Bedeutung. Ein religiöses, ein ethisches Moment kommt in ihr zum Ausdruck. Sie stellt eine Kulturfrage in den Vordergrund und vielleicht gerade deshalb hat sie so lebhaften Widerhall in den Herzen der deutschen Arbeiter gefunden. Nun sagt Schmidt: Ja, diese finanziellen Opfer! Darüber nur ein Wort: Wenn wir wirklich die Agitation für die Maifeier in dem Sinne betreiben, um schließlich die gesamte Arbeitsruhe zu ermöglichen, dann wird uns das wahrscheinlich schwere Opfer kosten. Daß diese Opfer den Gewerkschaften allein nicht aufgebürdet werden können, darüber sind wir uns klar; aber bietet denn die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie nicht einen Beweis dafür, daß das kein Hinderungsgrund sein kann? Als die Bergarbeiter in einen großen Klassenkampf hineingetrieben wurden, als die Textilarbeiter in den Klassenkampf getrieben wurden, da hatte die Partei immer Mittel zu ihrer Unterstützung. Die Partei ist nicht so kleinlich, sie würde auch, wenn die Maifeier große Opfer erforderte, keinen Augenblick zögern, mit vollen Händen zu geben, genau so wie die Gewerkschaften. (Sehr richtig!) Also mit diesem Argument darf man uns nicht kommen. Ich bin überzeugt, weder Legien noch Robert Schmidt, noch die Generalkommission hat die Absicht, auf diesem Wege hinten herum die ganze Maidemonstration abzumurksen. Wogegen ich kämpfe, ist, daß sie nicht einsehen, welches die Wirkung eines solchen Beschlusses sein würde. Die Wirkung würde darauf hinauslaufen, daß die Maidemonstration ihre ganze Bedeutung verlieren würde. Nun meint Fritzsche, wenn wir sagen, daß in diesem Jahre die Arbeitsruhe wesentlich größer gewesen sei, als in den vergangenen Jahren, so übersähen wir, daß in diesem Jahre der 1. Mai auf einen Montag gefallen ist. Ich gebe ohne weiteres zu, daß darin eine gewisse Berechtigung liegt. Es ist einer ganzen Reihe von Arbeiterkategorien leichter möglich zu feiern, wenn der 1. Mai auf einen Montag fällt, als wenn er auf einen Freitag fällt. Aber ausschlaggebend ist dieses Moment nicht gewesen. Nein, gerade die Diskussion zwischen Partei und Gewerkschaften hat dazu geführt, daß sowohl in den Reihen der Gewerkschaften als auch in politischen Kreisen der Gedanke der Maifeier weit mehr als in früheren Jahren zum Ausdruck kam. (Zustimmung.) Fritzsche sagt, wir können schon deshalb nicht an die Arbeitsruhe denken, weil in ganzen großen Industriegebieten die Arbeiter den Gedanken der Maifeier überhaupt nicht fassen können. Er wies auf das schlesische, das polnische, das rheinisch-westfälische Industriegebiet hin. Ganz gewiß können wir heute hier die Arbeitsruhe nicht durchsetzen. Aber kann das ein Grund sein, nicht dafür zu wirken? Denken Sie doch an unsere politische Machtstellung in Rheinland und Westfalen! Denken Sie an die Bergarbeiterkreise! Wie haben wir jahrzehntelang gekämpft! Und mit welchen mangelnden Erfolgen? Glauben Sie etwa, die Erfolge der letzten Wahlen, der Erfolg in Essen ist uns über Nacht gewissermaßen ins Haus hineingeschneit gekommen? Glauben Sie nicht, daß wir jetzt erst die Früchte der jahrelangen Arbeit in jenen Gegenden ernten? (Sehr richtig!) All das ist die Folge der Kleinarbeit der Tausende von Genossen, von

denen heute niemand mehr spricht, die heute niemand mehr kennt. All das ist die Ernte früherer Saaten und genau so ist es auch mit der Maifeier. Die Maifeier ist heute die wirksamste Demonstration, sie ist wie kein anderes Mittel geeignet, die Gemeinsamkeit der Klasseninteressen aller Arbeiter und den Gegensatz zur Bourgeoisie, zum Unternehmertum, zur Regierung zu betonen. Es wäre eine Versündigung an unserer Vergangenheit, an unseren Aufgaben für die Zukunft, wenn wir uns durch die Gefahren und die bisherigen mageren Erfolge in jenen Gegenden abschrecken lassen sollten, mehr noch als bisher gerade in diesen zurückgebliebenen Gebieten für die Arbeitsruhe zu agitieren. (Lebhafte Zustimmung.) Das beherzigenswerte Wort von Silberschmidt, daß in bezug auf die grundlegenden Fragen zwischen Gewerkschaften und Partei keine Differenz besteht, trifft auch hier zu. Mit vollem Recht ist gesagt, daß in all den Gegenden, wo die Sozialdemokratie nicht hinkommt, wo sie nicht Wurzel fassen kann, die Gründung einer Zahlstelle der Maurer, der Holzarbeiter oder einer anderen Gewerkschaft auch der politischen Betätigung die Bahn ebnet. Wohlan, wenn das möglich ist, in allen diesen abgelegenen Gegenden, was spricht dann dagegen, daß auch der Gedanke der Maifeier hier propagiert wird, und daß dann die Früchte für die Partei genau dieselben sein werden wie jetzt? Und was für die Partei zutrifft, daß nämlich jede Agitation der Gewerkschaft zugleich auf die Partei zurückwirkt, das trifft auch für die Parteiagitation und ihre Rückwirkung auf die Gewerkschaften, ganz besonders aber für die Maifeier zu. Habt Ihr den Gedanken der Maifeier in die Massen hineingetragen, dann habt Ihr damit zugleich ein Stück gewerkschaftlicher Arbeit geleistet, das Euch große und weittragende Erfolge garantiert. Es ist einfach nicht richtig, was Legien in der Beziehung gesagt hat, und wie er die Frage gestellt hat; es ist nicht richtig, daß die Gewerkschaften Jahr für Jahr von der Partei zu einer bestimmten Zeit zu Kämpfen gedrängt werden, die nach ihrer Auffassung nicht mit Aussicht auf Erfolg durchgeführt werden können. Niemals sind den Gewerkschaften Vorwürfe seitens der Partei gemacht, wenn sie von sich aus gewisse Einschränkungen in bezug auf die Arbeitsruhe getroffen haben. Wogegen die Partei Stellung nimmt, das ist das Eintreten gegen den Gedanken der Maifeier. Die Entscheidung darüber, wie weit der Parteitagsbeschluß von den einzelnen Gewerkschaften durchgeführt werden kann, müssen wir loyalerweise den Gewerkschaften überlassen, weil wir der Meinung sind, daß sie den Willen haben, zu tun, was im Interesse der Sache, im Interesse der Arbeiterbewegung, im Interesse der politischen Partei wie der gewerkschaftlichen Organisation notwendig ist. Erst dann hätten die Gewerkschaften ein Recht, einen solchen Standpunkt einzunehmen, wenn wir forderten, daß sie bedingungslos und widerspruchslos das tun, was die Partei beschließt.

Damit glaube ich im großen ganzen mit den Einwänden fertig zu sein, auf die zurückzukommen ich für notwendig hielt. Nur eins möchte ich noch nachholen, was ich vorhin vergessen habe. Man hat dem Genossen Schmidt große Vorwürfe wegen seiner Aeußerung gemacht, daß es vielleicht ein Glück sei, wenn die „Neue Zeit" nicht mehr gelesen wird, als bisher der Fall war. Ich glaube, ich erfülle eine Pflicht von meinem Standpunkte aus, wenn ich sage, daß Schmidt diese Aeußerung zweifellos ironisch gemeint hat, daß er nicht den Gedanken aussprechen wollte, es sei ein Glück, wenn die „Neue Zeit" nicht gelesen wird, sondern er hat sagen wollen, bei einer solchen Auffassung ist die „Neue Zeit" nicht geeignet zur Propaganda in Gewerkschaftskreisen. Ich will darauf nicht eingehen, um so weniger, da ich mein Schlußwort nicht mißbrauchen will. Aber wenn auch das Wort nur ironisch gemeint war, so müssen wir uns doch fragen, ob wir mit solchen Aeußerungen nicht vorsichtig sein sollten. (Bravo! Sehr gut!) So, wie ich die Aeußerung von Schmidt verstanden habe, bedauere ich sie, aber ich habe keinen Anlaß, mich darüber zu entrüsten. Aber wie lautet

die Aeußerung, wenn sie uns nach einem oder zwei Jahren in der gegnerischen Presse bei irgend einem politischen Anlasse vorgehalten wird, namentlich in Versammlungen und Gegenden, wo wir keine Redner haben, oder nicht solche Redner, die mit allen politischen Vorgängen vertraut sind, oder wo uns keine Parteipresse zur Verfügung steht? (Sehr gut!) Wir sollten also allesamt vorsichtig sein: Das Wort, wie ich es ausgesprochen habe, kann ich den Parteigenossen gegenüber verteidigen; aber wie es von Gegnern ausgenutzt wird, dagegen bin ich machtlos. So sehr ich auch den Standpunkt von Schmidt begreife, so muß ich ihm doch auch noch in anderer Beziehung widersprechen. Ich selbst bin kein unbedingter Anhänger der „Neuen Zeit" und der Schreibweise einiger Mitarbeiter. Ich habe auch schon meine Stimme dagegen erhoben. Es hat nicht viel genutzt, aber hoffentlich wird's besser werden. (Heiterkeit.) Eines aber glaube ich aussprechen zu müssen: Die „Neue Zeit" ist einmal das wissenschaftliche Zentralorgan der Partei, und wenn Schmidt der Meinung ist, daß die „Neue Zeit" zu wenig Notiz nimmt von der Tätigkeit der Gewerkschaften, und von gewerkschaftlichen Fragen überhaupt, so ist es, so lange man im Rahmen der Partei steht und wirkt, die erste Pflicht, an diesem Organ mitzuarbeiten. (Sehr richtig!) Wenn die Parteigenossen sich diese Verpflichtung auferlegen und wenn wir zu friedlichen Zuständen auf diesem Gebiete in der Partei wieder kommen wollen, dann muß jeder dazu beitragen. Dann hat man ein Mittel, sobald das wissenschaftliche Organ nicht so geführt wird, wie es dem Interesse der Partei entspricht, mit weit mehr Aussicht auf Erfolg auf Abhülfe zu drängen, als wenn alle diejenigen, die nicht einverstanden sind, bei Seite stehen. Auch hier gilt das Wort: Der Abwesende hat unrecht. Ebenso wenig wie im politischen Leben darf man sich auf diesem Gebiete in den Schmollwinkel zurückziehen. Wenn wir aus der Debatte heraus den Gedanken in uns lebendig werden lassen, den Genosse Knieriem in die Worte gekleidet hat: Einheit in der Auffassung, Gemeinsamkeit im Kampf, dann haben wir ein Maifeierdiskussionsresultat, wie wir es uns besser nicht wünschen können. Ich wünsche, daß Sie nicht nur für meine Resolution stimmen, sondern daß Sie auch, wenn Sie nach Hause zurückkehren, in dem Sinne wirken, wie es hier als Meinung der Partei zum Ausdruck kommt. (Lebhafter Beifall!)

Die Anträge zur Maifeier zerfallen in drei Gruppen. Ueber die Anträge, die eine völlige Arbeitsruhe verlangen, nämlich Anträge 74, 79, 80, ist kein Wort zu verlieren. Dafür können wir nicht stimmen. Dann sind Anträge da, die sich in dem Gedankengang bewegen, daß es Aufgabe der Partei ist, mehr als bisher für die Arbeitsruhe einzutreten. Daß diese Anträge unsere Zustimmung finden müssen, das ist das Resultat unserer ganzen Diskussion, aber die Anträge 77, 118 und 123 können wir trotzdem nicht annehmen. Der Antrag 77 verlangt, daß Parteiangestellte sowie Angestellte der Gewerkschaften und Genossenschaften verpflichtet sind, ihr Einkommen an Gehalt oder Lohn am 1. Mai der Parteikasse zu überweisen. Soweit Parteiangestellte in Frage kommen, hätten wir ein Recht, dies zu beschließen, und ich würde mich auch nicht dagegen aussprechen. Aber über Verhältnisse der Angestellten von Gewerkschaften und Genossenschaften zu beschließen, dazu haben wir kein Recht. Der Antrag 118 enthält einen Tadel gegen den Kölner Kongreß, gegen die Stellung der Gewerkschaften zum Massenstreik und Antrag 123 einen Protest gegen die Generalkommission. Es würde unserer Auffassung widersprechen, wollten wir diesen Anlaß benutzen, um denen, mit denen wir uns verständigen wollten, ein Tadelsvotum auszusprechen. Dem Gedanken des Antrags 143 steht wohl die Mehrzahl der Genossen sympathisch gegenüber, aber in der vorliegenden Form kann er nicht angenommen werden. Er hätte zunächst Verhandlungen mit der Vertretung der Gewerkschaften zur Voraussetzung. Vielleicht sind die Antragsteller damit einverstanden, daß der Antrag dem Parteivorstande überwiesen wird. So würde

als Resultat unserer Diskussion nichts übrig bleiben, als die von mir vorgeschlagene Resolution, und ich glaube, der Parteitag wird ihr zustimmen mit der von mir gegebenen Begründung, die keinen anderen Zweck hatte, als eine Stärkung der Arbeiterklasse, damit das erreicht werde, dem unser ganzer Kampf gilt. (Lebhafter Beifall.)

Es wird zur Abstimmung geschritten.

Die Resolution 147 wird einstimmig angenommen. Das Resultat wird mit lebhaftem Beifall begrüßt.

Die Anträge 77 und 118 Abs. 1 werden abgelehnt. Die Anträge 137 Teil II und 143 werden dem Vorstand als Material überwiesen. Die Anträge 74, 75, 76, 78, 79, 80, 127, die sich auf die Maifeier beziehen, sind durch die Abstimmung erledigt.

Der Punkt Maifeier ist erledigt.

Bevor in den Verhandlungen fortgefahren wird, bemerkt

Singer: Sie wissen, daß seit acht oder zehn Tagen durch die Presse bekannt ist, daß unser ehemaliger Parteigenosse Domela Nieuwenhuis aus Holland in Köln plötzlich verhaftet ist. Eine Sicherheit über sein Schicksal haben wir nicht. Ich habe deshalb im Einverständnis mit einigen Genossen und wie ich hoffe unter voller Billigung des Parteitages, die ich hiermit nachsuche, es für richtig gehalten, unser Parteiorgan in Köln zu ersuchen, Erkundigungen einzuziehen, dem Verhafteten Rechtshülfe auf Parteikosten zu gewähren, und uns Nachricht zu senden. Ich habe das Telegramm im Namen des Parteitages abgeschickt und darf wohl, ohne Widerspruch zu finden, annehmen, daß ich im Sinne des Parteitages gehandelt habe. (Allseitige Zustimmung.)

Auf Vorschlag von Singer wird der vorgerückten Zeit wegen mit dem nächsten Punkt der Tagesordnung: „Der politische Massenstreik und die Sozialdemokratie" nicht mehr begonnen, sondern zunächst einige Anträge beraten, die sich auf Agitation beziehen.

Gruhl-Nowawes spricht zum Antrag 16. Der Antrag bedarf keiner Begründung; es versteht sich von selbst, ich bitte, ihn anzunehmen.

Der Antrag 16 wird ohne weitere Debatte angenommen.

Die Anträge 17 und 18 beantragt

Liebknecht-Berlin dem Parteivorstand zu überweisen. Wir haben doch auf der Tagesordnung des nächsten Parteitages voraussichtlich die Erziehungsfrage. Ich bitte Sie, meinem Vorschlage nachzukommen und dadurch Ihre Sympathie mit dem Antrag zu bekunden.

Frau **Baumann-Altona**: Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf die Diskussion über die Erziehungsfrage in der „Gleichheit" lenken und Sie bitten, unser Frauenorgan nach Kräften zu unterstützen. Wenn wir die Frauen gewonnen haben und sie mit sozialistischem Geist durchdringen, so wird das von großem Vorteil für die heranwachsende Jugend sein. Wirken Sie überall dahin, daß die „Gleichheit" neue Abonnenten gewinnt! (Beifall.)

Pfannkuch: Den Anregungen der Vorrednerin werden Sie wohl alle zustimmen. Wir können uns mit der Ueberweisung des Antrags 17 an den Parteivorstand einverstanden erklären, dagegen möchte ich mich gegen den Antrag 18 erklären. Die Frage der Organisation der jugendlichen Arbeiter ist noch nicht spruchreif: wie können wir da schon eine Zeitung herausgeben? Warten wir, bis der nächste Parteitag in der Frage der Jugenderziehung Beschluß gefaßt hat!

Löbe-Breslau: Den besten Anfang mit einer Jugendpropaganda könnten wir machen, wenn die vorzügliche Beilage der „Gleichheit" von der gesamten Presse abgedruckt werden dürfte. Es würde sich wohl empfehlen, daß die Parteileitung zu diesem Zweck mit dem Verlage der „Gleichheit" verhandelt.

Klara Zetkin: Es ist gewiß sehr erfreulich, daß Löbe den Wunsch geäußert hat, die schwachen Ansätze zu einer Beeinflussung der Jugend in unserem Sinne, welche in der Kinderbeilage der „Gleichheit" gemacht worden sind, auf die weitesten Kreise einwirken zu lassen. Trotz alledem muß ich im Namen des Verlages erklären, daß die Erfüllung seines Wunsches unmöglich ist, und zwar deswegen, weil wir dadurch der Verbreitung der „Gleichheit" selbst entgegenwirken würden. Es gibt aber ein sehr einfaches Mittel, um dem Wunsche Löbes im weitesten Umfange Rechnung zu tragen, und das besteht darin, in recht reger Weise für die Verbreitung der „Gleichheit" zu agitieren und dafür zu sorgen, daß sie möglichst in ebenso großem Umfange verbreitet wird, wie unsere Parteipresse insgesamt. (Große Heiterkeit.) Wenn wir davon auch noch weit entfernt sind, so beweist doch die steigende Auflage der „Gleichheit", daß wir in der Richtung des Zieles gute Fortschritte machen.

Was die anderen Anträge zur Jugendfrage anlangt, so zeigen sie auf ein stark empfundenes Bedürfnis hin, die Jugend für den Sozialismus zu gewinnen. Ich bin fest überzeugt, daß die Partei aus den verschiedensten Gründen um eine eingehende Erörterung der Jugend- und Erziehungsfrage nicht herumkommen wird. Dazu werden wir, wenn wir es nicht selbst tun wollten, durch die konzentrierte Energie gezwungen, mit welcher in den letzten Jahren unsere Gegner, insbesondere die Klerikalen, auf dem Gebiet der reaktionären Beeinflussung der Jugend gegen uns arbeiten. Wir würden gewissermaßen Selbstmord begehen, wollten wir nicht auch auf diesem Gebiete in vollstem Maße unsere Pflicht und Schuldigkeit tun. Wir haben aber noch andere Gründe. Je mehr die Arbeit in der Partei und den Gewerkschaften wächst, je intensiver sie unsere erwachsenen Männer und Frauen ergreift, desto schwieriger wird dem mitten in dem Tageskampf stehenden Genossen die theoretische Weiterbildung, die Beherrschung der ganzen Fülle des Tatsachenmaterials und der sich aus ihm ergebenden theoretischen Erkenntnis.

Wir müssen deshalb dafür sorgen, daß bereits in der Jugend die zwei Wurzeln der Kraft unserer politischen und gewerkschaftlichen Bewegung genährt und gepflegt werden. Diese beiden Wurzeln heißen: theoretische Kenntnis und Schulung und persönlicher Idealismus, der vor keinem Opfer zurückscheut. Wollen wir, daß aus diesen Wurzeln Zweige, Blätter, Blüten und Früchte emporsprießen, so dürfen wir nicht warten, bis das Leben den erwachsenen Menschen zurechtgehämmert hat. Nein, wir müssen ihn mit unserer Auffassung durchtränken, nicht in aufdringlicher Weise, indem wir dem Dreikäschoch politische Formeln eintrichtern, sondern indem wir Charakter und Geist des Kindes mit unserer Anschauung erfüllen. Was tun, um unsere Jugend zum Sozialismus zu erziehen, das ist eine außerordentlich schwierige Frage, und ich möchte deshalb aussprechen, daß es die Pflicht aller Genossen und Genossinnen und aller Mütter insbesondere ist, an der Lösung dieser Frage mitzuarbeiten, dieser hochwichtigen Materie ihre volle Aufmerksamkeit zuzuwenden und sich so vorzubereiten für die gründliche Erörterung der Frage. Wenn dann der Boden durch die Behandlung der vorliegenden Probleme in unserer Presse und in unseren Versammlungen geistig aufgewühlt worden ist und die Geister reif geworden sind, dann wollen wir die Jugendfrage auf einem Parteitage in aller Gründlichkeit behandeln und die praktischen Schlußfolgerungen ziehen. Ich möchte Sie ersuchen, in diesem Sinne die Anträge dem Vorstande als Material zur Berücksichtigung zu überweisen. Wie tief das Bedürfnis nach einer Auseinandersetzung über diese Frage empfunden wird, dafür ist ein lebendiges Zeugnis die Diskussion, die in der „Gleichheit" über das Thema „Jugend und Sozialismus" stattfindet. Schon zehn Veröffentlichungen sind erfolgt und noch mehr als zehn weitere liegen vor. Es hat mich besonders gefreut, daß ein ganzes Komitee gewerkschaftlich organisierter Textilarbeiterinnen in ihrer Eigenschaft als Mütter

der künftigen Generation zu dieser Frage Stellung genommen hat. Wenn nicht besondere unerwartete Ereignisse eintreten sollten, so wird sich, glaube ich, schon der nächste Parteitag mit der gründlichen Erörterung dieser Materie befassen. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Singer teilt mit, daß Löbe formell beantragt hat, der Parteivorstand möge den Verlag der „Gleichheit" ersuchen, „der Parteipresse den Abdruck der Frauen- und Kinder-Beilage der „Gleichheit" zu gestatten."

Adolf Hoffmann-Berlin: Ich halte den Antrag Löbe für unannehmbar, aber nicht aus dem von der Genossin Zetkin angeführten Grunde. Der Abdruck einzelner Teile der Jugendbeilage würde der „Gleichheit" nicht schaden, sondern sie im Gegenteil empfehlen. Aber die „Gleichheit" würde, wenn sie allgemein den Abdruck dieser Artikel gestattete, ungeheuer ihren Mitarbeiterkreis beschränken. Bei solchen Fragen kommt doch auch der Schriftsteller als Lohnarbeiter, der Mensch in Betracht, der für sein tägliches Brot arbeiten muß. Wir können auch nicht verlangen, daß alle Arbeiter neben der politischen und gewerkschaftlichen Zeitung nun auch noch die „Gleichheit" halten; das würde vielen Arbeitern besonders in der Provinz tatsächlich zu viel sein. Es gibt aber ein anderes Mittel: die „Gleichheit" könnte mit ihrer Jugendbeilage zur Beilage unserer gesamten Parteipresse gemacht werden. Ich möchte dem Parteivorstande empfehlen, das für den nächsten Parteitag zu erwägen. Wir haben ja leider noch immer Blätter, die bürgerliche Unterhaltungsbeilagen haben. Das ist ein Unfug, der aufhören muß. Die Kosten der Durchführung meines Vorschlages würden sehr gering sein, der Nutzen ein unberechenbar großer.

Löbe-Breslau: Ich habe den Antrag gestellt, weil es in der Tat die finanziellen Kräfte vieler Arbeiter übersteigt, neben den anderen Blättern auch noch eine besondere Jugendzeitschrift zu halten. Den Einwand Hoffmanns halte ich nicht für maßgebend, nötigenfalls könnten die Honorare der Mitarbeiter entsprechend erhöht werden. Der von der Genossin Zetkin geltend gemachte Gesichtspunkt der Konkurrenz kann nicht entscheidend sein. Ich hoffe, daß Verhandlungen mit dem Verlage von Erfolg begleitet sein werden.

Frau Pfluni-Essen: Unbedingt muß für die Jugend mehr getan werden als bisher. Das zeigt schon ein Blick auf die klerikale Arbeit an der Jugend, wie sie namentlich im Westen betrieben wird. Schon fangen die Behörden an, Angst vor der Jugend zu haben. Als wir z. B. in der Nähe von Essen ein Konzert abhalten wollten, verlangten sie, daß die Kinder nicht daran teilnehmen dürften. (Hört! hört!) Auf der Jugend beruht unsere Zukunft; deshalb müssen wir möglichst früh anfangen, auf sie einzuwirken, damit sie nicht in der nämlichen Verdummung aufwächst wie wir. Wenn sie dann das 17. oder 18. Lebensjahr erreicht hat, wird es uns leichter fallen, sie für uns zu gewinnen. (Beifall.)

Klara Zetkin: Gegenüber dem Genossen Hoffmann erkläre ich ausdrücklich, daß die „Gleichheit" auch für ihre Beilage wie für ihren übrigen Inhalt nur Parteigenossen und Genossinnen als Mitarbeiter hat. Bürgerliche Kreise versichern uns zwar gelegentlich, daß sie uns sehr wohlmeinend gegenüberstehen und auf dem Gebiete allgemeiner Kulturarbeit sehr gern bereit sind, im Interesse der Arbeiterklasse tätig zu sein. Ich habe aber aus diesen Kreisen bis jetzt auch nicht eine Zeile erhalten. (Hört! hört!) Ich muß wirklich sagen, eine so eingefleischte alte Marxistin ich bin, es ist das eine Enttäuschung für mich gewesen. Ich hatte erwartet, daß jene Kreise den versicherten guten Willen in die Tat umsetzen würden, daß sie für die Hebung der Arbeiterklasse auf einem Boden mitarbeiten würden, wo für die Idee des kulturellen Fortschritts außerhalb des eigentlichen Klassenkampfes gekämpft wird. Das ist nicht der Fall gewesen. Ich bin überzeugt, daß alle die Leute, die uns ihr Interesse für unsere kulturelle Arbeit bekunden, die aber nicht den Mut haben, in der großen Oeffentlichkeit die Schlachten der Arbeiterklasse schlagen zu helfen, daß die auch nicht die nötige

Festigkeit besitzen, um vielleicht im Verborgenen und ungenannt mit uns zu arbeiten. Im übrigen muß ich erklären, daß der ganze Mitarbeiterstab der „Gleichheit" mit der größten Uneigennützigkeit arbeitet. Es gibt vielleicht kein Partei-Organ, dessen Mitarbeiter sich mit so geringem Honorar begnügen, wie es bei der „Gleichheit" der Fall ist. Unsere Genossinnen und Genossen betrachten ihre Mitarbeit nicht vom Standpunkte des Erwerbs, sondern von dem des Nutzens für unsere Bewegung. Hoffmann hat mich ferner mißverstanden, wenn er meint, ich hätte etwas dagegen einzuwenden, daß Artikel der „Gleichheit" abgedruckt werden. Ganz im Gegenteil begrüßen wir das, weil wir wissen, daß das der Verbreitung des Blattes nur dienen kann. Wogegen wir uns wenden, ist, daß die Beilagen der „Gleichheit", die ihrem Wesen nach ein Bindeglied sein sollen, das an das Blatt die Kreise fesselt, die noch nicht sozialistisch geschult sind, von der „Gleichheit" losgelöst werden. Vergessen Sie nicht, welche vielseitigen Aufgaben der „Gleichheit" gestellt sind. Sie soll zu gleicher Zeit ein Mittel der Agitation unter den noch rückständigen Frauen und das führende und geistig schulende unserer Genossinnen sein. Soll sie diesen Aufgaben genügen können, so muß dahin gewirkt werden, daß nicht nur die Beilagen der „Gleichheit", sondern die ganze „Gleichheit" in möglichst weite Kreise der Frauen hineingetragen wird. Wenn Sie in dieser Beziehung Ihre Schuldigkeit tun, dann werden Sie nützlich für die sozialistische Erziehung unserer Jugend wirken, denn Sie werden dann dazu beitragen, daß unsere sozialistisch geschulten Mütter ihre Kinder zu Kämpfern erziehen, die ganz genau wissen, wo ihr innerer Feind steht. Sie werden sie dann zu Soldaten erziehen, die nicht Soldaten der Reaktion, sondern der Revolution, der Freiheit und des Kulturfortschritts sind. (Lebhafter Beifall.)

Kolb-Karlsruhe: Ich spreche nur, um meine vollste Zustimmung zu den Worten der Frau Zetkin auszudrücken. Das tue ich schon deshalb gern, weil Frau Zetkin ziemlich wörtlich dasselbe gesagt hat, wie das, weshalb mir heut morgen der Kopf gewaschen worden ist. Sie hat gesagt, wir müssen auf den nächsten Parteitag die Frage der Jugenderziehung setzen, weil uns das Zentrum dazu zwingt. (Widerspruch. Zurufe: Die Kirche, die Klerikalen.) Derartige Aeußerungen können eben mißverstanden werden, jedenfalls habe ich in den Monatsheften dasselbe sagen wollen, was Frau Zetkin eben gesagt hat. Man wolle aber nicht mit zweierlei Maß messen, den einen herunterreißen und dem anderen zujubeln.

Frau Jäger-Rixdorf: Auch wir wünschen, daß mehr für die Jugend geschieht. In meinem Orte wird die „Gleichheit" sehr viel abbestellt, die noch nicht aufgeklärten Frauen finden sie nicht verständlich und die Genossen, welche die „Gleichheit" nicht lesen, meinen, es werde dort dasselbe drinstehen, wie im „Vorwärts". (Frau Zetkin: Ist ja nicht richtig!) Es sollten die Genossen des Kreises Teltow-Beeskow mehr dahin wirken, daß ihre Frauen die „Gleichheit" lesen.

Singer: Zur Abkürzung der Verhandlungen möchte ich bemerken, daß wir nicht über den Inhalt der „Gleichheit" verhandeln, sondern über Jugendorganisation. (Heiterkeit.)

Frau Wagner-Chemnitz: Als wir in der „Gleichheit" lasen, daß das Thema: „Jugenderziehung" behandelt werden solle, waren wir sehr erfreut. Aber daß wir der Jugend durch die Literatur eine andere Auffassung beibringen, halte ich noch für verfrüht. Zu allererst muß die Mutter geschult werden. In der Schule wird den Kindern möglichst viel Religion eingepaukt und so uns entgegen gearbeitet. Schule und Haus geraten so in Gegensatz.

Adolf Hoffmann-Berlin: Frau Zetkin meint, ich hätte sie mißverstanden. Die Redaktion der „Gleichheit" habe nichts dagegen, daß einzelne Artikel nachgedruckt werden. Darauf kommt es aber nicht an. Löbe wollte daß der gesamte Inhalt der Kinderbeilage als solche den Parteiblättern zum Nachdruck freigegeben

werde. Beim Nachdruck einzelner Artikel verschwinden sie und werden von der Jugend nicht gelesen, in Form einer Beilage aber könnten sie zusammengefalzt den Kindern in die Hand gegeben werden. Dadurch, daß das Kind sie den Geschwistern vorliest, profitiert auch die Mutter, die durch das Kind Dinge hört, die sie sonst nicht liest. So kommen unsere Ideen in die Frauenkreise, die sonst für uns unzugänglich sind, und das Kind erzieht indirekt die Mutter. Dafür sollten uns die verhältnismäßig geringen Opfer nicht zu hoch sein.

Schulz-Bremen: Aus der überflüssig ausgedehnten Diskussion habe ich nur das eine entnommen, daß es unbedingt notwendig ist, die Frage der Jugenderziehung auf dem nächsten Parteitag zu debattieren. Bevor aber über die literarische und agitatorische Seite der Aufgabe beschlossen werden kann, muß der Parteitag prinzipiell zur Frage der Jugenderziehung Stellung nehmen. Das beste ist, alle Anträge dem Parteivorstand als Material zu überweisen. Wir können die Anträge nicht annehmen, weil wir noch gar nicht wissen, ob die Vorschläge, die sie enthalten, brauchbar sind.

Die Anträge 17 und 18 werden dem Vorstand als Material überwiesen, der Antrag Löbe (Seite 281) abgelehnt.

Es folgt Antrag 19.

Böske-Rixdorf begründet ihn: Ein ähnlicher Antrag ist in Bremen abgelehnt worden, weil die Agitation unter den jungen Leuten leicht Verwirrung stiften kann. Es muß aber auch auf diesem Gebiete etwas geschehen. Kanonen und Gewehre sind die Stützen der herrschenden Klasse. Angesichts der Militärmißhandlungen müssen wir alle jungen Leute über ihre Pflichten und Rechte aufklären und sie ermutigen nicht so feige zu sein, sondern von ihrem Beschwerderecht Gebrauch zu machen. Die jungen Leute sind aber nicht leicht in Versammlungen zu bekommen. Am besten wirken noch Flugblätter. Dabei könnte uns die Gewerkschaftsbewegung ein gut Teil der Arbeit abnehmen. Besonders sollten die Rekruten-Abschiedsfeste benutzt werden. Die wirksamste Agitation ist die Aufklärungsarbeit in der Familie, aber da fehlt es noch an dem notwendigen Material. Das muß geschaffen werden. Wenn die jungen Leute erst ein paar Wochen in der Kaserne sind, dann sind sie abgeschlossen von der Welt und einer straffen Erziehung unterworfen, so daß sie auf Befehl auf Vater und Mutter schießen. Haben die Leute ausgedient, so müssen sie wohl noch nicht genug geschuriegelt sein, denn sie schließen sich den Kriegervereinen an. (Sehr richtig.) Wer die Agitation auf dem platten Lande betreibt, der weiß, welche Rolle diese Vereine dort noch spielen. Die Kommisbrot-Verdauungsmaschinen haben, wenn sie los kommen, noch so viel Kommisbrot in den Knochen, daß sie in die Kriegervereine eintreten. (Heiterkeit.)

Liebknecht-Berlin: „Wie schien es schwarz, man schwärzt's noch gar, es immer doch nicht schwarz genug war" — so stand's in Bremen um den Antrag 105. Und jetzt? Wie hat sich die politische Situation seit Bremen verändert und damit auch die Stellung der Partei zu diesem Antrage. In diesem Antrage, der jetzt wahrscheinlich angenommen werden wird, gelangen wir nur zu der Ausführung des internationalen Kongreßbeschlusses von 1900 (Paris), der die antimilitaristische Propaganda unter der Jugend zur Pflicht macht. Die antimilitaristische Propaganda ist eine Frage, die das internationale Proletariat immer mehr beschäftigt. (Sehr richtig!) So muß es auch sein. Natürlich ist der Militarismus nicht vom Kapitalismus losgelöst. Aber so wie die Macht des Staates sich in gewissem Sinne verselbständigt gegenüber den wirtschaftlichen Kräften, so verselbständigt sich auch der Militarismus und wird zur besonderen Stütze des Kapitalismus. Der Militarismus wirkte international — als Gefährdung des Völkerfriedens — und national, als Bollwerk und Sturmbock gegen den „inneren Feind", das kämpfende Proletariat. Unsere Weltpolitik und unsere Klassenpolitik zwingen uns, gerade ihm zu Leibe zu gehen. Nun ist in

Bremen allerdings ein ähnlicher Antrag, der nicht ohne Bedenken war, unter einem gewissen Hohngelächter abgelehnt worden. Aber die Verhältnisse haben sich gewandelt und die Stunde ist gekommen, wo es uns zur besonderen Pflicht wird, gegen den Militarismus in spezielle Agitation einzutreten. Die erste Seite des Militarismus wird bereits behandelt in der vom Parteitag beschlossenen Resolution zur Wahrung des internationalen Friedens. Die neuerlichen internationalen Verwickelungen, die im wesentlichen zurückzuführen sind auf die Vorgänge in Ostasien, machten diese Stellungnahme zur Pflicht. Andererseits ist der nächste Punkt der Tagesordnung, der Generalstreik, ein lebendiges Beispiel dafür, daß auch im Innern Gefahren und Konflikte zwischen der organisierten Staatsgewalt und dem Proletariat drohen. Ich meine, wir sind es unseren Freunden in Rußland, Frankreich und England schuldig, unter Zurückstellung von allerhand opportunistischen Erwägungen die antimilitaristische Propaganda energisch zu betreiben. Die besondere antimilitaristische Agitation kann von der Partei ohne weiteres in Angriff genommen werden. Des weiteren ist es auch notwendig, daß die ausgehobene Mannschaft über ihre Rechte und Pflichten belehrt wird. Kein Mensch kann uns die Veranstaltung von Versammlungen hierzu verwehren. Es wird Sache des Taktes der einzelnen Redner sein, etwaige Gefahren zu vermeiden. Aber ich habe das Vertrauen zu den von der deutschen Polizei genugsam geschulten Genossen, daß sie sich die nötigen Schranken auferlegen werden. Wenn sich der Parteitag auf der Höhe der politischen Situation befindet, die die Weltlage und die innere politische Lage Deutschlands im Gegensatz zum Vorjahre geschaffen hat, wird er den Antrag annehmen und damit ausdrücken, daß die Sozialdemokratie mit allen Mitteln, die ihr zu Gebote stehen und die deutschen Verhältnisse irgendwie erlauben, den Militarismus, die größte, die brutalste Gefahr, die sie bedroht, bekämpfen will und nicht eher rasten wird, bis es ihr gelungen ist, diesen rocher de bronce zu untergraben, diese feste Eiche in der Wurzel zu zerstören und damit einer friedlichen, kulturellen proletarisch-sozialistischen Entwicklung die Wege zu ebnen. (Bravo.)

Bebel-Berlin: Wenn jemals einem Antrag von einem Befürworter ein schlechter Dienst erwiesen worden ist, so ist es eben von dem Genossen Liebknecht geschehen. (Lebhafte Zustimmung.) Ich gestehe ihm offen, wenn er zu dem Antrage nicht geredet hätte, so wäre ich und meine näheren Freunde vom Parteivorstande geneigt gewesen, den Antrag 19 mit Haut und Haaren zu verschlucken. Nachdem aber Liebknecht eine große prinzipielle, weltpolitische Rede gehalten und klar gelegt hat, was man mit dem Antrag bezwecke und wohinaus er abziele, was man aus dem Wortlaut desselben nicht ersehen kann (Zustimmung), habe ich mir den Antrag genauer angesehen und bin jetzt anderer Meinung geworden. Der erste Teil des Antrages kann allerdings in dem Sinne, wie Liebknecht ihn begründet hat, ausgelegt werden, aber der zweite Teil steht hierzu in unlösbarem Widerspruch. (Zustimmung.) Da ich nun den zweiten Absatz, der eine rein sachliche Aufklärung der jungen Leute, die ins Militär eintreten, wünscht, für beachtenswert und nützlich halte, so stimme ich diesem Teil zu und bitte, ihn anzunehmen. Um so dringender muß ich Sie aber ersuchen, den ersten Teil des Antrages nach der Begründung, die ihm Liebknecht soeben gegeben hat und durch die er einen ganz anderen und viel gefährlicheren Charakter erhalten hat, abzulehnen. Um es gerade herauszusagen, Genosse Liebknecht hat dem Antrage eine so gefährliche Auslegung gegeben, daß ich mich gefragt habe, ob er sich denn nicht bewußt ist, daß er als Jurist vielleicht in der Lage ist, wenn er ein solches Thema behandelt, den Schlingen des § 112 des Strafgesetzbuchs zu entgehen, daß aber die meisten Genossen, die dem Antrage gemäß handeln, nicht imstande sein werden, sich so klar und unzweideutig auszudrücken, daß sie einer Anklage wegen Verletzung des § 112 entgehen. Darum halte ich es im Interesse unserer Partei für dringend geboten, eine

derartige Gefahr durch Streichung des ersten Teiles des Antrages zu beseitigen. Außerdem erkläre ich rund heraus auf die Gefahr hin, daß man so absurd sein sollte, mich deshalb auf meine alten Tage der Feigheit zu bezichtigen, daß ich nicht die Verantwortung übernehmen kann, für einen Antrag zu stimmen, dessen Konsequenz ganz sicher bei der nächsten Reform des Strafgesetzbuches die Schaffung einer neuen und verschärften Bestimmung gegen solche Versuche sein würde. (Sehr richtig!)

Ich bitte Sie also dringend, den ersten Satz abzulehnen und den Antrag so zu fassen: Der Parteitag beschließt, der Parteivorstand möge dahin wirken, daß in jedem Jahre vor der Aushebung zum Militär usw. Das können wir akzeptieren, das ist eine durchaus nützliche Sache, die keine Gefahren in sich birgt und die vielleicht schon hätte durchgeführt werden können. Wenn der Antrag in dieser Form schon in Bremen vorgelegen hätte, wäre er schon damals angenommen worden. Diesmal versucht man, mit dem praktischen den gefährlicheren Teil des Antrages durchzuschmuggeln. Darauf fallen wir nicht hinein. Ich glaube, ich habe genug gesagt; lehnen Sie bitte den ersten Teil ab. (Beifall.)

Der erste Teil des Antrages wird **zurückgezogen**, der zweite **angenommen**.

Hierauf vertagt sich der Parteitag.

Vorsitzender Singer verliest einige Beglückwünschungsschreiben, darunter ein Antworttelegramm des Genossen Löwenstein-Nürnberg auf ein Telegramm Simons. Singer fügt hinzu: Ich bin überzeugt, Sie alle stimmen mir zu, wenn ich dem Genossen Löwenstein unseren Dank und unsere besten Wünsche für seine baldige Genesung zum Ausdruck bringe. Ich möchte wünschen, daß jeder Parteigenosse mit solcher Liebe und Hingebung für die Partei tätig sein möge, wie der jetzt 80jährige Genosse Löwenstein seit über 50 Jahren. (Beifall.)

Schluß $7^1/_4$ Uhr.

Fünfter Verhandlungstag.

Freitag, den 22. September 1905. — Vormittags-Sitzung.

9 Uhr. Den Vorsitz führt Singer. Eine Anzahl Begrüßungsschreiben sind eingelaufen.

Es wird in die Tagesordnung eingetreten. Zur Verhandlung gelangt Punkt 6 der Tagesordnung:

Der politische Massenstreik und die Sozialdemokratie.

Hierzu liegen vor die Resolution des Referenten Nr. 151, ferner die Anträge 116, 118, zweiter Absatz, 119, 123, 137, dritter Absatz. **Sämtliche Anträge finden mit Ausnahme von 119 die nötige Unterstützung.**

Referent ist

Bebel: Parteigenossen! Es dürfte wohl unter uns einstimmig die Meinung obwalten, daß die vorliegende Frage nicht nur eine der wichtigsten auf diesem Parteitag, sondern eine der wichtigsten für die Partei überhaupt ist. Die Frage ist seit geraumer Zeit in Versammlungen, in der Presse, in der wissenschaftlichen und in der Broschürenliteratur behandelt worden. Zweifellos hat ein großer Teil der Parteigenossen bereits für oder gegen die Frage Stellung genommen. Gleichwohl ist es dringend notwendig, nicht nur von allen Seiten dieselbe noch einmal gründlich an sich zu untersuchen, sondern auch in besonderem Maße zu prüfen — und das ist bisher ziemlich unzulänglich ge-

schehen —, wie es gekommen ist, daß wir überhaupt gezwungen sind, zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Was ist geschehen, was uns dazu nötigt, Stellung zu nehmen? Welcher Art ist die politische Lage, speziell gegenüber der Arbeiterklasse und der Sozialdemokratie? Und erst nachdem wir uns in dieser Beziehung nach allen Richtungen Klarheit verschafft haben, werden wir weiter zu untersuchen haben, was wir einer solchen Situation gegenüber gegebenenfalls zu tun haben, ob unsere bisherigen Kampfesmittel ausreichend sind oder ob wir uns nach neuen Kampfesmitteln umsehen müssen, und welcher Art diese Mittel sein sollen. Die Reichstagswahlen des Jahres 1903 haben zweifellos eine gewisse Wandlung in unseren politischen Verhältnissen herbeigeführt. Der große Stimmenerfolg unserer Partei bei diesen Wahlen hat selbstverständlich bei unseren Genossen großen Jubel, bei unseren Gegnern die entgegengesetzten Gefühle hervorgerufen. Der Ausgang der Wahl von 1903 hat in weiten Kreisen unserer Gegner aufs neue die Frage nach der Möglichkeit der Aufrechterhaltung des bestehenden Reichstagswahlrechts aufgeworfen. Diese Tatsache an und für sich hätte schon allein denen, die in der letzten Zeit in der Partei allerlei Treibereien hervorgerufen haben, wobei sie auf die Wertlosigkeit des allgemeinen Stimmrechts hinwiesen, sagen sollen, auf welchem Holzweg sie sich befinden. Ich habe es schon oft gesagt und kann es nur immer wiederholen: Bin ich im unklaren, wie ich mich einer konkreten Tatsache gegenüber zu verhalten habe, so ist das Verhalten meiner Feinde derselben Frage gegenüber für mich der Wink für mein eigenes Verhalten. Fürchten, verurteilen, bekämpfen meine Feinde, was ich tue, so bin ich immer auf dem rechten Wege. Wie unsere Feinde den Ausgang der Wahl beurteilten, ist am charakteristischsten in einer Aeußerung zutage getreten, die einer der Führer des Zentrums, der Abgeordnete Trimborn, in einer großen Kölner Versammlung tat. Dort sagte Trimborn: Bedenken Sie, drei Millionen Stimmen hat die Sozialdemokratie; welch' ungeheure Zahl! Wo soll das hinaus, wenn das so weiter geht? Die Gegner haben seitdem gezeigt, daß der Schreck, der nach dem Ausgang jener Wahl dem Abg. Trimborn in die Glieder gefahren ist, ihnen bis heute noch schwer in den Gliedern und im Magen liegt. In unseren eigenen Reihen hat dieser Erfolg selbstverständlich auch seine Wirkung geäußert. Nicht nur, daß man allgemein Freude empfand, sondern es ist charakteristisch, aber auch natürlich — man müßte sich wundern, wenn es anders gewesen wäre, — daß bei den verschiedensten Richtungen in der Partei, deren Existenz ich nicht wegzuleugnen Ursache habe, um so weniger, da verschiedene Strömungen innerhalb der Sozialdemokratie seit dem ersten Tage bestanden, wo sie anfing Bedeutung zu erlangen —, daß innerhalb dieser Strömungen die Frage auftauchte, was wird nun die Partei tun? In der „Neuen Zeit" warf Kautsky — und das gleiche geschah in anderen Blättern, in Versammlungen, in der bekannten Broschüre Vollmars — die Frage auf, werden wir bei diesen gewaltigen Stimmenzahlen nicht eine andere Taktik einschlagen müssen? Sie wissen, daß diese Frage auch den Dresdener Parteitag beschäftigt hat. Es ist dabei zu heftigen Erörterungen gekommen und noch heute gibt es nicht kleine Kreise in der Partei, die meinen, daß diese Erörterungen der Partei in hohem Grade nach außen geschadet hätten, vielleicht auch nach innen. Es wird mir zugerufen: Sehr richtig! Ja, wir haben selbst in den Spalten unseres Zentralorgans wiederholt bis in die letzten Monate hinein derartige Aeußerungen laut werden sehen — ich bemerke, ich will hier nicht polemisieren, ich konstatiere nur —. Und gar in der gegnerischen Presse hörte das Gezeter und Geschrei über den Dresdener Parteitag gar nicht auf, als wenn die Herren bedauerten, daß es so gekommen ist, während sie doch in Wahrheit sich freuten. (Sehr richtig!) Nun, was hat der Dresdener Parteitag getan? Es waren in diesen Erörterungen über das, was kommen und geschehen sollte, eine Reihe Differenzpunkte aufgetreten. Der Parteitag hat schließlich gegenüber diesen

Fragen sehr klare Stellung genommen und hat mit einer enormen Mehrheit die Taktik der Partei aufs neue festgelegt, und zwar mit einer Klarheit, die bei Freund und Feind keinen Zweifel über die Stellung der Partei ließ. Das ist die große historische Tat des Dresdener Parteitages trotz allerlei Schlacken, die ihm anhafteten, das ist seine historische Bedeutung. (Sehr richtig!) Kein Geschichtsschreiber der Partei wird später umhin können, gerade die Verhandlungen dieses Parteitages in vollstem Maße zu würdigen. Mit einem Schlage war den vielerlei Zweifeln über die künftige Stellung und Taktik innerhalb und außerhalb der Partei der Boden entzogen. Ich erinnere auch daran, mit welchen Worten der Kritik in der gegnerischen Presse die Abstimmung derjenigen unserer Freunde aufgenommen wurde, die für die Dresdener Resolution stimmten, obwohl man in bürgerlichen Kreisen geglaubt hatte, daß sie dagegen stimmen würden. Es hat sich gezeigt, daß jene Kreise sich gründlich verrechnet hatten, wenn sie glaubten, daß Parteigenossen daran denken könnten, aus solchen Meinungsdifferenzen eine Kardinalfrage zu machen und es auf eine Spaltung der Partei ankommen zu lassen.

Nach allen Richtungen ist Klarheit geschaffen worden. Man hat auch in denjenigen bürgerlichen Kreisen, die sich in auffälliger Weise an einige unserer Freunde mit Ratschlägen herandrängten, seinem Unmut über ihr Verhalten lebhaft zum Ausdruck gebracht. Ja sogar Fürst Bülow hat von diesem Augenblick an seine Taktik uns gegenüber geändert. Seitdem legt er es gewissermaßen auf das Totreden der Sozialdemokratie an. (Heiterkeit.) Es scheint, daß Fürst Bülow, der mit gewissen liberalisierenden Neigungen, die auf seinen langen Aufenthalt im Auslande zurückzuführen sind, sein Amt angetreten hat, des Glaubens gewesen sei, mit der Sozialdemokratie läßt sich etwas machen, behandele sie mit Sammetpfötchen, vielleicht gelingt es, einen Teil von ihr zu dir herüberzuziehen, und dann ist die Partei gebrochen. Dieses Fazit habe ich aus der merkwürdig veränderten Taktik Bülows uns gegenüber gezogen. Als dann seine Hoffnungen, seine Wünsche durch den Dresdener Parteitag in der erörterten Art durchkreuzt waren, macht er seitdem seinem Unmut in der bekannten Weise Luft. Er kann nicht heftig genug gegen uns reden. (Sehr richtig!)

Auch bei unseren Radikalen in der eigenen Partei tauchte in Dresden auf einmal der Vorschlag auf, eine Kommission einzusetzen, die dem Reichstage Arbeiterschutzgesetze präsentieren sollte in der Hoffnung, daß dieser sie sofort apportieren würde. Ich habe schon in Dresden vor solchen Aktionen gewarnt, und was seitdem im Reichstag geschehen, hat mir recht gegeben! Wie hat sich denn aber in Wirklichkeit in der Stellung der Partei zu den bürgerlichen Parteien durch den Ausfall der Wahlen von 1903 verändert? Unsere Stimmen wuchsen von 2 100 000 auf rund 3 Millionen; unsere Mandate von 57 auf 80 bezw. 81, eine sehr erhebliche Steigerung. Aber unsere Stimmen stellen doch nur $^1/_3$ der überhaupt abgegebenen Stimmen; unsere Mandate nur $^1/_5$ aller Mandate dar. Wir sind nach beiden Richtungen noch weit von der Mehrheit entfernt. Die Machtverhältnisse im Reichstage sind die alten geblieben. Nach wie vor ist das Zentrum die ausschlaggebende Partei, noch immer hat es die Möglichkeit, zwei Mehrheiten zu bilden, mit der Rechten eine agrarisch-reaktionäre, mit der Linken und uns eine liberale. Nun ist gestern von Bernstein geklagt worden über die steigende Ohnmacht des Reichstags. Das ist grundfalsch, das Gegenteil ist wahr. Ich habe die Dinge von Anfang im Reichstag sich entwickeln sehen und da erkläre ich, daß die Macht des Reichstags in seiner Gesamtheit, wenn er einmal seine Stimme erhebt, heute viel mehr Beachtung, viel mehr Entscheidung hat wie jemals in einer früheren Periode. Wenn man unter der Herrschaft des Fürsten Bismarck von einer vollständigen Ohnmacht des Reichstags gesprochen hat, so hatte man vollkommen recht. Ja selbst noch unter dem Grafen Caprivi

und noch unter Fürst Hohenlohe könnte man das mit einer gewissen Einschränkung sagen, aber seitdem hat der Reichstag allmählich der Regierung gegenüber sich eine Position erobert. Er hat in einer Reihe von Fragen tatsächlich die Leitung an sich gerissen, er entscheidet, und nach seiner Entscheidung richtet sich öfter die Regierung. Bedauerlich ist nur, daß diejenigen, die das Regiment haben, nicht unsere Freunde, sondern unsere Gegner sind. Ich erinnere nur an die Fragen der Steuerpolitik, der Marinepolitik, der Flottenpolitik — was das Reich vom bürgerlichen Standpunkt, vom Standpunkt der kapitalistischen Wirtschaftsordnung aus betrachtet haben muß, das bekommt es, er vertritt hier seine eigenen Klasseninteressen. Wer jedoch glaubt, daß wir, die stärkste Partei im Lande, die zweitstärkste im Reichstage einen entsprechenden Einfluß auf die Regierung ausübten, der urteilt vollkommen falsch. Eine Oppositionspartei kann, solange sie nicht die Regierung in die Hand bekommt, überhaupt keinen maßgebenden Einfluß ausüben. Wollt Ihr einen derartigen Einfluß haben, dann steckt Euer Programm in die Tasche, verlaßt Euren prinzipiellen Standpunkt, bekümmert Euch nur um rein praktische Dinge, und wir werden als Bundesgenossen hochwillkommen sein. (Lebhafte Zustimmung.) Und ich sage Euch, die besten unter uns würden dann sogar Geheime Oberregierungsräte (große Heiterkeit), wenn nicht noch mehr werden. (Heiterkeit.) Paris ist eine Messe wert und das Ziel die Sozialdemokratie zu gewinnen ist ein paar Ministersitze und Geheime Oberregierungsratssitze wert. (Heiterkeit und Beifall.) Darüber täuschen Sie sich nicht. Ich habe das so drastisch ausgesprochen, um einmal mit den falschen Auffassungen aufzuräumen, werde aber nachher zeigen, daß ich die Lage durchaus nicht rosig ansehe. Weiter ist seit dem Dresdener Parteitage die Hoffnung auf eine große liberale Partei zerstört, die vom rechten Flügel der Sozialdemokratie bis etwa zu den Nationalliberalen reichen sollte. Fragen Sie doch einmal die Naumann, Gerlach, Barth, wie sie eigentlich in ihres innersten Herzens Schrein über das deutsche Bürgertum und den deutschen Liberalismus denken. Wenn sie aufrichtig sein wollen, so müssen sie sagen: Hoffnungslos bis zur Verzweiflung! (Lebhafte Zustimmung.) Die liberale Partei, ob groß oder klein, ist heute nur noch ein Phantasiegebilde. Die Klassengegensätze haben sich seit 1903 in einer Weise verschärft — verschärft, betone ich, nicht gemildert (lebhafte Zustimmung) — daß der Kapitalismus und sein politischer Repräsentant, der Liberalismus, allezeit, wenn er vor der Frage steht, ob er, wenn auch in ganz unwichtigen Dingen mit oder gegen die Sozialdemokratie gehen soll, immer gegen sie geht, und zwar aus Angst vor der Sozialdemokratie. (Lebhafte Zustimmung.) Charakteristisch hierfür ist die Aeußerung eines sächsischen Industriellen aus dem letzten Wahlkampf, die man als typisch bezeichnen kann. Dieser erklärte in einer Versammlung: „Ich bin nationalliberal, aber ich stimme konservativ." (Heiterkeit.) Man fragt sich: Wie ist das möglich. Der Mann sagte sich aber: Wenn ich liberal stimme, kann es passieren, daß die Sozialdemokratie im Wahlkreis ausschlaggebend wird oder gar einen Sitz erobert, und das betrachtet er als eine ungeheuerliche Tatsache, daß er lieber für den Konservativen stimmte. — So stehen die Dinge bei zehntausenden sogenannter liberaler Bourgeois. (Sehr richtig.) Andererseits ist es Tatsache, und das bewies den großen moralischen Eindruck, den die Wahlen von 1903 auf die bürgerlichen Parteien gemacht, daß sofort zu Beginn der ersten Session des neuen Reichstages ein förmliches Wettrennen um die Gunst der Arbeiter begann; eine ungeheuere Fülle sozialreformerischer Anträge wurden auf einmal eingebracht, so viel, wie früher kaum in mehreren Legislaturperioden zusammen. In erster Linie beteiligte sich das Zentrum an diesem Wettrennen, weil es einsah, daß es alles tun müsse, um die in steigendem Maße abfallenden Arbeiter an seiner Fahne zu halten. Deshalb stellte es Anträge, die einem großen Teile seiner Fraktionsmitglieder in innerster Seele zuwider sind. Wenn nicht taktische Gründe für diese Anträge sprächen, dann würde im Zentrum sogar eine Mehrheit

gegen diese sozialreformerischen Anträge vorhanden sein. (Lebhafte Zustimmung.) Durch diese Anträge, wenn sie Gesetz würden, würde die Anziehungskraft der Städte für die Landarbeiter noch erhöht, und die agrarischen Teile des Zentrums laufen dann Gefahr, daß sie immer mehr ihre Landarbeiter verlieren. Ich richte hier ein Wort an die Anarchosozialisten. Man muß eben auf dem Standpunkt des von jener Seite so verlästerten historischen Materialismus stehen, um diese Entwickelung beurteilen zu können. Dieser Standpunkt lehrt uns erst begreifen, was sonst unbegreiflich wäre. Das Zentrum ist gezwungen gewesen, ähnlich in einer ganzen Reihe anderer Fragen nachzugeben. Auf dem Straßburger Katholikentag hat ein Redner eine so radikale Rede über die Frauenfrage gehalten, daß sie mit Ausnahme weniger Sätze von jedem von uns hätte gehalten werden können. Noch mehr, das Zentrum ist seit jeher ein Feind der Wissenschaft, in der deutschen Intelligenz sind die Katholiken in geradezu skandalös schwacher Weise vertreten. Das Zentrum empfindet auch längst, daß hier Reformen an Haupt und Gliedern in seinen Reihen notwendig sind, um die moderne Wissenschaft — nicht zu bekämpfen — das tut das Zentrum nicht, denn es weiß, daß ein Sieg aussichtslos ist — sondern um sich mit ihr zu verständigen, zu versöhnen. Und so trat ein anderer Redner auf dem Katholikentage auf und sagt: bemächtigt Euch der Wissenschaft, erobert sie, macht Euch ihre Früchte zu Diensten. Selbst Haeckel hätte kaum einen schöneren Vortrag über die Bedeutung der Wissenschaft gehalten als der betreffende Professor der Theologie. Also auch nach dieser Richtung Konzessionen. Und wenn nun gestern Kolb in unbegreiflicher Verkennung der wirklichen Verhältnisse ausführte, es sei zugestanden worden, daß wir mit unseren Anträgen zur Gewinnung der Jugend dem Zentrum folgten, so hat er übersehen, daß die katholische Kirche seit Jahrhunderten durch die Schule, durch die Kirche, durch die Stellung der katholischen Geistlichen zur katholischen Familie die Jugenderziehung in der Hand hat. (Sehr richtig!) Diese privilegierte Stellung hat es ihm ermöglicht, sich eine so bedeutende Macht in der Familie und im Staate zu erobern. Diese Stellung ist es auch, die das Zentrum unseren orthodoxen evangelischen Kreisen so sympathisch macht, sie erblicken in ihm eben die Macht, die, wenn selbst die Bajonette versagen, noch den herrschenden Klassen hilft. Daher ist auch der Kaiser so katholikenfreundlich. (Heiterkeit.) Von diesem Gesichtspunkt aus sind wir genötigt, die Jugend dem Einfluß des Zentrums und der Kirche zu entreißen und sie für unsere menschheitsbefreienden Ideale zu gewinnen. (Lebhaftes: Sehr richtig!)

Andererseits ist aber kein Zweifel, daß namentlich seit den Zollkämpfen im Reichstag sich auch dort die Gegensätze bedeutend verschärft haben. Die Kollegen, die bereits in früheren Sessionen im Parlament waren, werden wissen, daß — wie das bei dem fortwährenden Zusammenarbeiten ja natürlich ist — sich allmählich ein — ich will nicht gerade sagen freundschaftliches, aber doch eine Art erträgliches Verhältnis zwischen den verschiedenen Parteien herausgebildet hatte, daß die Gegensätze innerhalb gewisser Grenzen öfter verschwanden. Das hat sich mit den großen Kämpfen um den Zolltarif vollständig verändert. Der Präsident des Reichstags stand bis zum Herbst 1902 mit einer Unparteilichkeit, die über jeden Zweifel erhaben war, uns gegenüber. Diese Unparteilichkeit und Liebenswürdigkeit ist seitdem nicht nur in die Brüche gegangen, sondern man hat auch, um den Raub so rasch wie möglich in Sicherheit zu bringen, unter Leitung desselben Präsidenten, der bis dahin das Muster der Unparteilichkeit war, zum Verfassungsbruch und zum Bruch der Geschäftsordnung gegriffen. (Sehr wahr!) Seitdem hat der steigende Gegensatz sich in sehr akuter Weise auch im Reichstage herausgearbeitet. Ich bedauere das durchaus nicht, sondern halte es im Gegenteil für sehr nützlich. (Sehr richtig!) Oft genug habe ich mit Liebknecht gesagt, das Parlament kann man mit einem Hofparkett vergleichen; wie dort so sind auch auf dem parlamentarischen Parkett schon viele ausgeglitten

Wenn man also käme und sagte, es gibt doch ein Teil sozialdemokratischer Abgeordneter, von denen man manchmal bei ihren Reden nicht unterscheiden kann, ob sie Sozialdemokraten oder Liberale sind, wenn nicht hinter ihrem Namen das Wort Sozialdemokrat stände, die Reden halten, die man von denen der bürgerlichen Opposition nicht unterscheiden kann, es scheint bei manchem unserer Abgeordneten der Glaube vorhanden zu sein, als sei er einer der Herren der Welt, als sei ein Abgeordneter eine Art höheres Wesen — wenn in diesem Stil mit uns geredet worden wäre, ich glaube, ich müßte mich sehr in mir selbst irren, wenn ich nicht erwidert hätte, es ist sehr schön, sehr notwendig, daß Ihr das mal sagt. Also, wenn Ihr da als die Wächter der Prinzipien, als die Wächter der alten revolutionären Taktik der Partei auftretet gegen Eure Vertreter, wie Ihr es eigentlich immer tun solltet (sehr richtig!), dann habt Ihr der Partei einen guten Dienst geleistet. Es ist nun unbestreitbar, daß trotz allem scheinbaren Eifer für Arbeiterschutzgesetze, von den kaufmännischen Schiedsgerichten abgesehen, in den Sessionen seit 1903 so gut wie nichts geschehen ist. Aber meine verdammte Gerechtigkeitsmeierei veranlaßt mich hier, selbst für die Regierung — hören Sie gut zu, Genosse Friedeberg (Heiterkeit) — sogar eine Lanze zu brechen. Sie mußte angesichts des Wustes sozialpolitischer Anträge, womit sie aus dem Reichstage heraus überschüttet wurde, abwarten, für welche Anträge sich der Reichstag entscheiden würde, bevor sie selber Stellung nehmen konnte. Die parlamentarische Situation machte es aber unmöglich, diese Körbe sozialpolitischer Anträge rasch auszuräumen. Das Zentrum sah nach kurzer Zeit ein, daß es unmöglich für den Reichstag sei, damit fertig zu werden, und verwandelte seine Anträge in Resolutionen. So sehr wir uns dagegen sträubten, waren wir gezwungen, seinem Beispiel zu folgen, um zu verhüten, daß nur die Zentrumsresolutionen zur Verhandlung gelangten, während unsere Anträge auf die lange Bank geschoben wurden. Diese Resolutionen sind nun erledigt, und der Bundesrat hat die ganze Bescherung vor sich: er muß nun sagen, was er darüber denkt.

Deswegen bleibt es aber doch wahr, daß die Abneigung gegen die Sozialreform zugenommen hat, und zwar deshalb, weil man sich sagt: was hilft es uns! Bringen wir gute Gesetze ein, so stimmt die Sozialdemokratie zwar dafür, aber gewinnen werden wir sie nicht. Darauf aber kommt es ihnen selbstverständlich allein an. Seit 1903 aber hat sich nicht nur der Widerstand der Unternehmerklasse gegen die Sozialreform verschärft, auch die ökonomischen Gegensätze haben sich verschärft. So ist es gekommen, daß die reaktionärste parlamentarische Körperschaft der Welt, das preußische Herrenhaus, das seiner Zeit ein so gemäßigt liberaler Mann wie Herr v. Treitschke als eine überflüssige, unnütze, dem Gemeinwohl schädliche Institution verurteilte, jetzt zum Hort der Bourgeoisie und des Kapitalismus geworden ist. Das hat besonders die letzte Session gezeigt. Schon im vorigen Jahre hat das Herrenhaus eine Resolution gegen das allgemeine Wahlrecht zum Reichstage gefaßt. Dann kam eine Resolution gegen die Reichserbschaftssteuer, weiter seine Stellung zur Berggesetznovelle, bei der es das Abgeordnetenhaus an Arbeiterfeindlichkeit zu übertrumpfen suchte, und wo Fürst Bülow die größte Mühe hatte, es zum Nachgeben zu bewegen. Und schließlich seine Resolution, in der eine neue Zuchthausvorlage verlangt wird und wofür Graf Ballestrem und die katholischen Herrenhausmitglieder stimmten. Das Herrenhaus hat auch seine Macht gezeigt, indem es den Fürsten Bülow zwang, ihm zur Beruhigung eine Aenderung des Krankenkassengesetzes zu versprechen, die den Einfluß der Arbeiter in diesen Kassen brechen soll. Das sind die Momente, die einem liberalen Fabrikbesitzer veranlaßten, jenen Brief zu schreiben, den das konservative Blatt, das „Reich" veröffentlichte und in dem es unter anderem heißt: „Tausende von Besitzenden danken der konservativen Partei in beiden Häusern für ihre stramme Haltung.

„Es war die höchste Zeit, daß der Regierung und ihren Freunden, den Sozialdemokraten, ein Quos ego! zugerufen wurde. (Heiterkeit.) Wohin soll es schließlich kommen? Will man uns völlig ausziehen? (Heiterkeit.) usw." So malt sich im Kopfe unserer großen Unternehmer die Welt. Und er fährt fort: „Man (die Regierung) will ein gutes Gewissen haben, nachdem man die Besitzer zu Heloten des Proletariats gemacht (Heiterkeit) und diesen Menschen zwecklos Millionen an den Hals geworfen."

Es ist auch unbestreitbar, daß die Unternehmerverbände namentlich seit 1903 an Bedeutung und Macht beständig zugenommen haben. Es gibt viele Industrieverbände, in denen nicht ein einziger Unternehmer mehr außerhalb steht, während wir leider noch Hunderttausende von Arbeitern haben, die weder den freien Gewerkschaften noch den christlichen Verbänden angehören. (Sehr richtig!) Der Klassencharakter, das Klassenbewußtsein der deutschen Bourgeoisie ist dem der deutschen Arbeiterklasse bedeutend überlegen! (Lebhafte Zustimmung.) Das muß auch sehr nachdrücklich ausgesprochen werden, wenn wir wissen wollen, was wir tun müssen. Dort haben wir die vollste Geschlossenheit, hier bei den Arbeitern die Spaltung in verschiedene Organisationen. Sind doch die christlichen Gewerkschaften nur gegründet, um die Macht der Arbeiterklasse zu brechen. (Sehr richtig!) Wenn man einem christlichen Unternehmer sagen würde, er müsse sich einer christlichen Unternehmerorganisation anschließen, er würde lachen und sagen: Ach was fällt Ihnen ein! Es ist mir doch gleich, ob der Mann Jude, Christ, Heide oder Mohammedaner ist, er ist doch Fleisch von meinem Fleisch, er ist Kapitalist. Wir Unternehmer wären doch Toren, wenn wir uns solchem Unterschiede zu Liebe selber schwächen wollten! (Sehr richtig!) Nur die Arbeiter lassen sich infolge ihrer Dummheit, ihrer Unwissenheit, in der sie künstlich erhalten werden, spalten, obwohl doch gerade sie es am meisten nötig hätten, einig und geschlossen zusammenzustehen. (Lebhaftes Bravo!)

Aus dieser ganzen Situation heraus ist auch die Angriffslust des Unternehmertums gewachsen. Deshalb die Massenaussperrungen in Berlin, Rheinland, Westfalen, den Unterweserorten, Bayern, Sachsen, Thüringen usw. in einem Umfang, wie man ihn früher nie gekannt. Die Massenaussperrung in Bayern hat mich besonders gefreut, so sehr ich das Schicksal der davon betroffenen Arbeiter bedauere. Aber in dem noch überwiegend bäuerlich-kleinbürgerlichen Bayern haben nunmehr die Unternehmer den schärfsten Klassengegensatz, den schärfsten Klassenkampf mit Sturmglocken eingeläutet. (Sehr richtig!) Es ist nur von Vorteil, wenn die Gegensätze auf die Spitze getrieben werden, weil dadurch eine klare Situation geschaffen wird, bei der es kein Ausweichen, kein Vertuschen, keine Kompromißlei mehr gibt. (Lebhafte Zustimmung.) Auch dem dümmsten Arbeiter wird durch solche Aussperrungen der Klassengegensatz begreiflich gemacht, und wer das einmal erlebt, der ist für immer für die Liberalen oder das Zentrum verloren. Die Angriffslust macht sich bei der Unternehmerklasse in steigendem Maße überall bemerkbar. Ein Ende dieser Kämpfe ist gar nicht abzusehen, ja sie müssen naturnotwendig immer stärker und stärker werden, weil die kapitalistische Entwickelung in Deutschland in rapider Weise ihrem Höhepunkt entgegengeht. Seit 1895 haben wir eine kolossale industrielle Entwickelung erlebt. Auch die Arbeiterklasse hat dadurch an Macht gewonnen, eine Macht, die auf ihrer Zahl beruht. Die Macht der Bourgeoisie beruht auf ihrem Gelde, auf ihren Millionen und Milliarden, aber die gewaltige Zahl der Köpfe gibt der Arbeiterklasse, sobald sie sich dieses Umstandes erst bewußt wird, eine so ungeheure Macht, daß sie die Macht der Bourgeoisie, und habe sie Zehntausende von Millionen im Tresor, schließlich überwindet. (Lebhaftes Bravo!)

Das muß man der Arbeiterklasse erst bemerkbar machen. Es darf nicht mehr vorkommen, daß in ihren eigenen Reihen ihre Macht und Bedeutung nicht

gebührend gewürdigt wird. Auch die Agitations- und Aufklärungsarbeit in der Presse ist zu einem großen Teil durchaus falsch, ungenügend. (Sehr richtig!) Hier muß von Grund aus aufgeräumt, hier muß endlich auf diesem Parteitag Klarheit geschaffen werden, damit wir endlich alle wissen, was wir zu tun haben. Wir müssen wissen, daß wir einer Situation gegenüberstehen, aus der mit Notwendigkeit Katastrophen resultieren, wenn nicht die Macht der Arbeiterklasse kraft ihrer Zahl, ihrer Bildung und Macht so stark wird, daß sie den Gegnern das Gelüste, Katastrophen hervorzurufen, ein für allemal verleidet. (Lebhafter Beifall.) Es ist bekanntlich ein Irrtum, wenn man sagt, die Sozialdemokratie arbeite auf Revolutionen hin. Das fällt uns gar nicht ein, was haben wir denn für ein Interesse daran, Katastrophen zu erzeugen, unter denen die Arbeiter in erster Linie schwer zu leiden haben? (Sehr richtig.) Sehen Sie doch nach Rußland, wo Katastrophen notwendig sind. Es ist kein anderer als der große Friedrich von Preußen, der in einem seiner Werke auseinandersetzt, wie die Katastrophen, d. h. die Revolutionen, entstehen, daß nicht die Massen, sondern die Regierenden sie machen. Das ist auch derselbe Standpunkt, den v. Bluntschli in seinen guten Jahren als Staatsrechtslehrer eingenommen hat. Selbst ein Blatt, wie das katholische „Echo" für das Rheinland schrieb im Mai dieses Jahres, daß es eine völlig unhistorische Auffassung sei, daß Revolutionen von wenigen Bösewichtern und Volksverführern gemacht würden; Revolutionen könnten in geschichtlich gewordenen Staatswesen nur entstehen und Erfolg haben, wenn Mißstände vorhanden seien, durch die die Masse des Volkes sich beschwert fühlt. Solche Revolutionen würden auch immer Erfolg haben. „Es mag noch so viel geeifert werden gegen die Sozialdemokratie, wir werden sie nicht anders überwinden als durch Reformen, und wenn wir die gerechten Forderungen der Arbeiter nicht erfüllen, werden sie schließlich Sozialdemokraten." (Sehr richtig.) Sehr vernünftige Anschauungen! Durchaus korrekt! Das ist, was auch wir sagen. Aber es ist der Fluch einer herrschenden Klasse, daß sie im entscheidenden Moment ihrer eigenen Geschichte niemals zur Einsicht kommt und das niemals tut, was sie tun sollte. Doch handle die Bourgeoisie wie sie will. Ich halte es mit Rodbertus, der schon 1849 schrieb: die heutigen Einrichtungen können aber weder die Steuern noch die Kriegsdienste der letzten Klasse entbehren; diese lasten vielmehr hauptsächlich auf ihr. Mit doppelter Berechtigung verlangen daher auch die Proletarier bei uns die Gleichheit der Stimmen. . . . Wenn der geschichtliche Zug einmal gegeben ist, so dient ihm alles, Wahrheit und Torheit, Recht, Unrecht, Segen und Fluch. (Sehr gut.)

Wir Sozialdemokraten befinden uns also in der günstigen Position, daß wir, was immer unsere Gegner gegen uns machen, weiter wachsen. Wir müssen wachsen, weil die kapitalistische Gesellschaft wächst und in immer höherem Grade die Bedingungen schafft, die neue Sozialisten erzeugen. So wenig man unter dem Sozialistengesetz unser Herr geworden ist, so wenig wird man unser Herr werden, wenn man eines Tages zu neuen Gewaltmaßregeln greift. Ich weiß viele in unseren Reihen, die sogar den Tag herbeisehnen, wo dieses geschähe. (Sehr richtig!) Da würden wir wieder mal zeigen, was wir für verfluchte Kerle sind. (Lebhafte Zustimmung.) Was haben wir in den zwölf Jahren nicht alles der Polizeigewalt gezeigt, wie haben wir sie genarrt und verhöhnt! (Lebhaftes sehr richtig!) Aber nicht nur die wirtschaftlichen Klassengegensätze wachsen, sondern auch die politischen. Die herrschende Klasse, die Bourgeoisie, sieht es kraft ihrer Machtmittel, ihrer sozialen Stellung als selbstverständlich an, als eine — sie sagt das, obgleich sie nicht an Gott glaubt — gottgewollte Einrichtung an, daß sie den Staat repräsentiert und die Staatsmacht hat, daß sie, um mit Bismarck zu reden, die Klinke der Gesetzgebung in der Hand hat, um nach ihrem Willen, d. h. nach ihren Interessen, die Gesetzgebung zu gestalten. Sie sagt sich:

Wir repräsentieren die kolossalen Vermögen und zahlen die Steuern, also müssen wir auch den Staat repräsentieren. Ja, wenn sie diese Vermögen im Schweiße ihres Angesichts erarbeitet hätten, ließe sich darüber reden. Aber diese Vermögen sind mit Eurem Schweiße erarbeitet; von dem ungeheueren Ueberfluß, den Ihr ihnen schafft, zahlen sie ihre Steuern. (Sehr wahr.) Dieser Humbug, dieser Hokuspokus ist immer gemacht worden und die großen Massen sind bis heute darauf hineingefallen, denn sonst wären sie alle Sozialdemokraten. Die wirtschaftliche Macht der Bourgeoisie ist in den letzten fünfzehn Jahren, und speziell in den letzten zehn Jahren, riesenhaft gewachsen. Von der kolossalen Höhe der Vermögen, die die letzten zehn Jahre die Syndikate, Ringe, Trusts der Unternehmer- und Kapitalistenklasse gebracht haben, haben Sie keine Ahnung. Man muß nur wissen, was heute diese Bourgeoisie verjubelt, verlottert und vergeudet, weil sie nicht mehr weiß, wohin sie mit ihrem Geld soll. Was heute — man kann das am besten in Berlin sehen — in der Bourgeoisie verschwendet wird, bleibt weit hinter dem zurück, was in den verdorbensten Zeiten des römischen Kaiserreichs vergeudet wurde, wo man die Gäste mit Pfauenzungen und Muränen, die man mit Sklavenfleisch mästete, traktierte. Mir ist wiederholt versichert worden, von Leuten, die es genau wissen, daß es bei großen Essen in Berlin keine Seltenheit ist, daß für ein einziges Essen 20, 30, 40, ja 50 000 M. ausgegeben werden! (Große Bewegung. Hört! hört!) Das sind Summen, gegen die die Gehälter unserer Minister verschwinden. Daher kommt es auch, daß die Bourgeoisie sich tüchtige Beamte aus dem Reichs- und Staatsdienst einfach auskauft, indem sie ihnen drei- und vierfache Gehälter zahlt und als Ersatz für die Pensionsberechtigung mit Kapitalien abfindet, deren Zinsen weit über das hinausgeht, was sie als Beamte jemals an Pension bezogen hätten. Durch diese Beamten hat man dann zugleich den größten Einfluß auf deren frühere Kollegen in den Reihen der Regierung und der Ministerien. (Sehr richtig!) So bekommt man die Gesetzgebung und die Regierung an erster Stelle in die Hand. Das ist ein Einfluß der Junker und Industriellen, von dem die großen Massen sich nichts träumen lassen, von dem sie keine Ahnung haben. Es sind Zustände, die wir ins Land hinausschreien, deren Schilderung wir an alle Türen anschlagen müssen, damit das Volk weiß, wie es betrogen und ausgebeutet wird. — Ich sage also, die Bourgeoisie begreift es nicht, wie man bei solchen Klassengegensätzen das allgemeine gleiche direkte und geheime Wahlrecht geben kann. Das heißt nach ihr: Der rohen, plumpen, unwissenden Masse, der Zahl der Köpfe das Schicksal der Besten der Nation überantworten! Denn zu den Besten der Nation zählt sich nicht nur der Adel, sondern erst recht unsere Plutokratie, die Aristokratie des Geldes. Nicht umsonst hat ein Ballin, hatte ein Krupp, haben eine ganze Reihe ähnlicher Größen mehr und bereitwilligen Eingang bei Hofe gefunden als so mancher altadlige Herr, der auf einen Stammbaum von 600, 700 Jahren, älter als die Hohenzollern, zurückblicken kann. Es ist die Macht der Bourgeoisie, die Macht des Geldes, die alles in der Hand hat. Hier wird das Wort unserer großen Führer Marx und Engels im Kommunistischen Manifest vom Jahre 1848 zur vollsten Wahrheit: Die Regierungen sind nichts als der Verwaltungsausschuß für die Interessen der herrschenden Klassen. (Sehr richtig!) Daß dies der Fall, hat mir sogar vor jetzt 16 Jahren, als ich ähnliche Ausführungen im Reichstage machte, der damalige Staatssekretär des Reichsamts des Innern Herr v. Boetticher durch ein leise zugerufenes „Sehr richtig!" bestätigt. Ich habe natürlich nicht verfehlt, diesen Beweis der Zustimmung des Herrn v. Boetticher sofort recht laut dem Reichstage zu denunzieren. (Große Heiterkeit.) — Eine agrarische Politik ist bei uns notwendig — vielleicht nicht so dumm, so leblos wie jetzt angesichts der Fleischteuerung — aber agrarisch muß die Regierung sein im Interesse der einen der herrschenden Klassen, dem Junkertum. — Wo soll denn sonst das herrschende Junkertum seine standesgemäße Existenz her-

nehmen, wenn nicht aus den kolossalen Agrarzöllen und den sonstigen ihm zu Liebe getroffenen Einrichtungen des Staates. Mit der Bourgeoisie kann es an Reichtum und Einkommen nicht mehr konkurrieren, so muß es sich die Goldfischlein aus der Bourgeoisie — zumal aus dem sonst verfluchten Judentum, wo es die größten Goldfischlein gibt (Heiterkeit) — holen, um seine alten Wappen zu vergolden. Um die Landwirtschaft kümmert sich das Junkertum verflucht wenig, damit gibt es sich wenig Mühe und außerdem beschäftigen sich seine Söhne als Garde- und Kavallerieoffiziere so viel mit Pferden, schönen Frauen, Sport und ähnlichen netten Dingen, daß dazu ungeheuer viel Geld nötig ist, das die Landwirtschaft nicht abwerfen kann. Da muß der Vater Staat — der fein, des Junkers, Staat ist — ihm unter die Arme greifen. Dazu hilft aber der Staat des allgemeinen Stimmrechts zu wenig. Daher der Haß gegen das allgemeine Wahlrecht, daher Erklärungen wie vor einigen Wochen in der „Kreuz-Zeitung": „Da kommt dieser unglückselige Reichstag wieder zusammen, er ist wieder beschlußunfähig und dann haben wir die langen Reden der Sozialdemokraten anzuhören. Dieser Reichstag ist nur noch ein notwendiges Uebel." Es ist unwahr, daß der Reichstag erst seit den letzten Jahren beschlußunfähig ist, er leidet bereits seit 1872 an chronischer Beschlußunfähigkeit. Die „Kreuz-Zeitung" verschweigt auch, daß das preußische Dreiklassenparlament mit seinen 15 M. Diäten fast ständig beschlußunfähig ist, daß es preußische Abgeordnete gibt, die schamlos genug sind, nachdem sie Wochen und Monate unentschuldigt gefehlt haben, nachher die gesamten Diäten einzuziehen. Es ist selbst ihrem früheren Chefredakteur Geheimrat H. Wagner nachgewiesen worden, daß er eine ganze Session keinen Schritt in den Landtag gesetzt und am letzten Tage bei der Kasse die Diäten für die ganze Session eingezogen hat. (Lebhaftes Hört! hört!) Ein nationalliberaler Abgeordneter hat sich selbst mir gegenüber über dieses empörende Vorgehen so vieler seiner Kollegen beklagt. — Aus allen diesen Gründen sagt man: Fort mit dem allgemeinen Wahlrecht. Gewiß es gab eine Zeit, da betrachtete es auch der Liberalismus als selbstverständlich, daß das allgemeine Wahlrecht gewährt werde. Der Nationalverein hat diese Forderung als Hauptprogrammpunkt gehabt und als Bismarck durch die politische Konstellation gezwungen war, seinem Norddeutschen Bunde das allgemeine gleiche und geheime Wahlrecht zugrunde zu legen, erließ im Jahre 1868 der Ausschuß der nationalliberalen Partei einen Aufruf in dem es hieß: „Im Parlament erblicken wir die Vereinigung der lebendig wirkenden Kräfte der Nation, das allgemeine gleiche direkte und geheime Wahlrecht muß zur Grundlage des öffentlichen Lebens gemacht werden. Wir verhehlen uns nicht die Gefahren, die es mit sich bringt, solange Preßfreiheit, Versammlungsfreiheit, Vereinsrecht verkümmert werden". Das also war die Gefahr des allgemeinen Wahlrechts, daß nicht genügend andere Freiheiten existierten. Auch auf die Diätenlosigkeit wiesen die Nationalliberalen damals hin, während sie noch ein Jahr vorher Bismarck den Gefallen getan hatten, auf die Diäten zu verzichten. Weiter hieß es in jenem Aufruf: „Das beschränkte Klassenwahlsystem hat sich überlebt. Der nächste Landtag wird zu prüfen haben, in welcher Weise und unter welchen Voraussetzungen der Uebergang zum allgemeinen Stimmrecht durchzuführen ist." So erklärte die nationalliberale Partei offiziell und feierlich im Jahre 1868 und bis heute hat diese Partei entsprechend ihrem bekannten Mameluckencharakter ihr Programm mit Füßen getreten, ja im Gegensatz dazu nicht nur überall gegen eine Ausdehnung des allgemeinen Wahlrechts gewirkt, sondern auch alle Wahlrechtsverschlechterungen im Reichstag und in den Landtagen gutgeheißen. So hat sie im Jahre 1887 im damaligen Faschingsreichstag ihre Mehrheit mit den Konservativen benutzt, um die Legislaturperiode von drei auf fünf Jahre zu verlängern. Und in den letzten Jahren sind Zettelungen auf Zettelungen gegen das allgemeine Wahlrecht gefolgt. Ich

erinnere auch daran, daß neulich Freiherr v. Zedlitz von dem Bundesrat verlangte, er solle dagegen wirken, daß immer mehr süddeutsche Staaten zum allgemeinen Wahlrecht übergingen, da man doch im Norden daran ginge, das elendeste aller Wahlsysteme, das Dreiklassenwahlsystem einzuführen und noch zu verschlechtern. Ich erinnere an die Wahlverschlechterungen in Sachsen, in Hamburg, Lübeck — beiläufig: unter den Parteigenossen sind Meinungsverschiedenheiten über die Gemeinde-Wahlrechtsveränderungen in Baden und Fürth, ich bitte Sie daher, diese beiden Namen aus der Resolution zu streichen — an die zahllosen Gemeinde-Wahlrechtsverschlechterungen speziell in Sachsen. Dabei mache ich Sie darauf aufmerksam, daß solche Verschlechterungen gerade in Gegenden durchgesetzt sind, die als Hochburgen der Sozialdemokratie bezeichnet werden, wie Hamburg, Lübeck und Sachsen. Warum dort die Partei nicht getan hat, was manche von ihr erwarteten, darauf komme ich später. Und weiter konstatiere ich, daß es gerade der Liberalismus aller Schattierungen gewesen ist, der überall für die Verschlechterung des Wahlrechts gewirkt hat. Im innersten Herzen sind fast alle Liberalen Gegner des allgemeinen Wahlrechts, die Zahl der bürgerlichen Vertreter, die wahre Anhänger des Wahlrechts sind, ist an den Fingern zu zählen. (Sehr richtig!) Was hat denn der Liberalismus in Preußen getan, um das Wahlrecht zu verbessern?! Rickert hat ein paar Mal Anträge in dieser Richtung gestellt und ist deshalb sogar von seinen Freunden angegriffen worden. In Nürnberg besteht der Magistrat in seiner Mehrheit aus Vertretern der Freisinnigen Volkspartei und dieser freisinnige Magistrat hat seine Macht dazu gemißbraucht, um die Wahlbezirke derartig zusammenzulegen, daß 15 000 bürgerliche über 22 000 sozialdemokratische Stimmen siegen konnten. (Hört! hört!) Auch haben in Hamburg grade die Vertreter der freisinnigen Volkspartei sich am eifrigsten für die Wahlrechtsverschlechterung ins Zeug gelegt. (Sehr richtig!) Nach all diesen Vorgängen wäre es eine Lüge zu behaupten, daß der Liberalismus ein Anhänger dieses wichtigsten aller Volksrechte sei. — Und wie steht es mit dem Zentrum? Das Zentrum, mit dem im Augenblick unsere Genossen in Bayern für das allgemeine Stimmrecht eintreten? Und doch widerspricht auch diese Tatsache keineswegs dem, was ich ausgeführt habe. Wenn Sie glauben, daß das Zentrum politische Prinzipien habe, dann täuschen Sie sich. Es hat keine festen Grundsätze als den einen, um jeden Preis die Macht der Kirche und damit sich zu stärken. (Sehr richtig!) Das Zentrum tritt nur für die gottgewollte Ordnung ein. Diese gottgewollte Ordnung ist aber immer nur die dem Zentrum nützliche Ordnung. Es ist die Ordnung, die die Macht der Kirche und des Zentrums stützt. (Sehr richtig!) Die Kirche hat sich im Laufe der Jahrtausende, wie ich in Straßburg unwiderleglich nachgewiesen habe, mit allen Staatssystemen und allen Wirtschaftsordnungen abgefunden, und ich sage Euch, Parteigenossen: wenn es einmal zur letzten Entscheidung kommt und das Zentrum sich sagt: jetzt können wir des Sozialismus nicht mehr Herr werden — dann setze ich tausend gegen eins, werden die Prediger der christlichen Liebe, die jetzt für die bürgerliche Ordnung eintreten, wie sie früher für die feudale und antike Ordnung eingetreten sind, auch für den Sozialismus eintreten. (Zustimmung und große Heiterkeit.) Und sie werden Euch dann mit einer Schärfe und Klarheit, gegen die Ihr alle Stümper seid (Heiterkeit), beweisen, daß das Neue Testament an den und den Stellen ganz zweifellos und klärlich für den Kommunismus sich ausspreche, also zwischen katholischer Kirche und Sozialismus gar kein Unterschied bestehe. (Lebhaftes sehr richtig und Heiterkeit.) So wird das Zentrum eines Tages handeln, wenn es nicht mehr anders kann; es wird freilich bei uns dann seine Rechnung nicht finden. Nun hat das Zentrum allerdings in Baden und Bayern für das allgemeine Wahlrecht gewirkt. Weshalb? In Bayern ist das Zentrum auf Grund des bestehenden Wahlrechts nicht in der Lage, die Macht zu erlangen, die es haben will, eine

Macht, die ihm in der Staatsverwaltung und Staatsvertretung die absolute Herrschaft verschafft, und da unsere Genossen in Bayern das Interesse hatten, um jeden Preis — so will ich einmal sagen — dem jetzigen Wahlsystem den Hals zu brechen, da ferner der Liberalismus, getreu seiner Stellung als Repräsentant des Kapitalismus, sich zu keiner Konzession herbeilassen wollte und jede Reform hintertrieb, war ein Zusammengehen von Sozialdemokratie und Zentrum eine Notwendigkeit. In dem Augenblick jedoch, wo das Ziel dieses Zusammengehens erreicht ist, wird naturgemäß der Kampf zwischen Sozialdemokratie und Zentrum in einer Schärfe entbrennen, wie er niemals zwischen Liberalismus und Zentrum entbrennen konnte. (Sehr richtig!) So lagen die Dinge bis jetzt in Bayern. Das Zentrum ist in Bayern deshalb für das allgemeine Wahlrecht, weil nur so die Stimmen seiner bäuerlichen und kleinbürgerlichen Anhänger voll zur Geltung kommen können. Aehnlich lagen die Dinge in Baden, wo die Macht des Nationalliberalismus nur durch das allgemeine Wahlrecht gebrochen werden konnte. Deshalb, nicht aus prinziellen Gründen, trat es in Baden und Bayern für das allgemeine Wahlrecht ein, während es in Preußen seit 1875, als noch Windthorst lebte, keinen Finger gerührt hat, um das allgemeine Wahlrecht in Preußen einzuführen. Ja, das Zentrum hat das Gegenteil getan, es hat bei der sogenannten Wahlreform 1892/93 so reformiert, daß es auf die eigenen Kosten kam, und hat sich unter faulen Redensarten von der Forderung des allgemeinen Stimmrechts gedrückt. Wie ist es aber in Württemberg? Dort steht bekanntlich eine Verfassungsänderung bevor; dort besteht das allgemeine direkte Wahlrecht seit Jahrzehnten, allerdings bei sehr ungleichen Wahlkreisen. Jetzt soll die Reform einsetzen mit dem Hinauswerfen der 24 Privilegierten aus der zweiten Kammer, die Kraft ihrer amtlichen oder kirchlichen Stellung als Landtagsabgeordnete in der Kammer sitzen. Es sollen nunmehr auch diese 24 Mandate mit Hülfe des allgemeinen Stimmrechts besetzt werden. Hier tritt nun der Führer des Zentrums in Württemberg, der Reichstags-Abgeordnete Gröber, auf und erklärt, das gehe nicht, denn das hieße, der Sozialdemokratie eine gewaltige Macht zuwenden. So pfeift das Zentrum in Württemberg. Da malt Gröber, der ein riesig geschickter Herr ist, der Kammer ein Gemälde an die Wand, daß den Herren eine Gänsehaut überläuft über die Gefahr, welche die Einführung des allgemeinen Stimmrechts für Württemberg bringe, wenn auch jene 24 Sitze nach dem bestehenden allgemeinen Wahlrecht besetzt würden. Ach, wenn es nur wahr wäre! Aber Herr Gröber weiß genau so gut wie ich, daß das nicht wahr ist, daß es nicht wahr sein kann, weil die ökonomischen Vorbedingungen hierfür in Württemberg noch nicht gegeben sind. Gröber schlägt also vor, man solle die 24 Abgeordneten zwar durch das allgemeine gleiche Wahlrecht wählen lassen, aber nach Ständen, um sich so die Herrschaft in der Kammer zu sichern. Sie sehen, wie recht ich habe, wenn ich sage, das Zentrum handelt stets nur so, wie es seinem Vorteil entspricht. (Lebhafte Zustimmung.) Zum Ueberfluß erinnere ich daran, was die „Kölnische Volkszeitung" im April d. J. über die Wahlrechtsverschlechterung in Hamburg schrieb. „Es ist ja richtig," schrieb sie, „daß jeder Staat, sobald eine sozialdemokratische Volksvertretungsmehrheit die ganze Maschine zum Stillstand zu bringen droht, rechtzeitig Gegenmaßregeln treffen muß." (Hört! hört!) Da sehen Sie das Programm des Zentrums. Es ist für das allgemeine Wahlrecht, so lange es die gegenwärtige Mehrheit sichert, aber wenn das allgemeine Wahlrecht eine sozialdemokratische Mehrheit schafft, dann ist es etwas anderes. Wir sollen die Staatsmaschine zum Stillstand bringen wollen, heißt es in dem Artikel, wenn wir ans Ruder kämen. Nein, wir wollen sie erst recht benutzen mit einem bisher noch nicht erhörtem Tempo, um den alten Schutt wegzuräumen und neue gesündere Grundlagen zu schaffen. (Sehr gut!) Weiter schreibt die „Kölnische Volkszeitung": „Kein Staat kann sich selbst verneinen und umstürzen lassen, ohne sich zu wehren. Darüber sollen die Sozialdemokraten

sich nur gar keinen Täuschungen hingeben." Merkt Euch das alle recht sehr für künftige Wahlagitationen und für Euer politisches Verhalten dem Zentrum gegenüber!

Es herrscht gar kein Zweifel, daß eines Tages die Dinge sich so entwickeln, wie ich es geschildert habe. Darüber sind sich Marxisten und Revisionisten einig, daß das Proletariat sich mehr und mehr vermehrt und schließlich die ungeheure Mehrheit der Nation bildet. Das Proletariat bildet schon heute nach seiner Zahl und seiner sozialen Bedeutung die Grundlage der Nation, es ist der Erzeuger des Reichtums, es ist die Grundlage unserer Wohlhabenheit, die Grundlage unserer Steuerfähigkeit, die Grundlage unserer Verteidigungsfähigkeit, die Grundlage von all und jedem. Diese Masse bildet das Fundament der Gesellschaft, auf ihrem Rücken ist die gesellschaftliche Pyramide aufgebaut, und wenn einmal das Fundament dieser Pyramide zu wanken beginnt, dann stürzt sie zusammen. (Sehr wahr!) Ich mache nicht graulich. Die Möglichkeit ist da, die Entwickelung in friedlichen Bahnen zu erhalten. Das hängt mit von uns ab. Es hängt aber in allererster Linie ab von der Macht, die wir unseren Organisationen geben, von der politischen Bildung und Einsicht, die wir in die deutsche Arbeiterklasse hineintragen, die in jeder Stunde der historischen Entwickelung des Landes genau wissen muß, wo sie zu stehen, was sie zu tun und zu lassen hat. (Lebhafter Beifall.) Nach dieser Richtung hin Klarheit! Aber auch nach der Gegenseite Klarheit. Weit mehr als von uns hängt der Gang der Entwickelung von dem Verhalten unserer Feinde ab. Deren Tun und Lassen schreibt uns unsere Taktik vor; diese allein haben es in der Hand, ob die Dinge sich friedlich, sozusagen naturgemäß entwickeln, oder ob Katastrophen eintreten. Wer glaubt, den Massen ihre Staatsbürger- und Menschenrechte verweigern oder gar sie ihnen rauben zu können, der irrt sich gewaltig. (Sehr richtig.) Hier hilft kein Bremsen. Ach, bremst soviel Ihr wollt, die Bremse geht über Euch weg. Wir sehen ferner, daß die bürgerlichen Parteien sich mehr und mehr zusammenschließen, daß die Gegensätze unter ihnen sich mehr und mehr verringern. Die bürgerlichen Parteien sagen sich, können wir das Ungeheuer nicht aus unseren Augen hinwegschaffen, das uns Tag und Nacht so viel Sorgen macht, das uns in unseren Träumen erscheint, dann wollen wir wenigstens zusammenstehen um es abzuwehren. Daher der enge Zusammenschluß unserer Feinde seit den Wahlen seit 1903! Ein klassisches Schulbeispiel sind die Landtagswahlen in Eßlingen, wo von der süddeutschen Volkspartei, dem radikalsten Flügel der Bourgeoisie, bis zu den Konservativen alles ein Herz gegen die Sozialdemokratie war, und wo unsere Genossen durch ihre Energie den gemeinsamen bürgerlichen Kandidaten über den Haufen rannten! Wenn ich je mit unseren württembergischen Genossen zufrieden war, so bei der Wahl in Eßlingen. (Sehr wahr!) Ein Hüben, ein Drüben nur gibt's, es ist nicht mehr möglich zu paktieren, und aus dieser Situation heraus haben auch die verschiedenen bürgerlichen Parteien den Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie gegründet, geben sie ihr Geld dafür aus, daß sie eine politische Prätorianerbande als Redner herumschicken, die ohne Rücksicht auf die politische Stellung der einzelnen bürgerlichen Parteien nur die Aufgabe haben, die Sozialdemokratie zu bekämpfen, d. h. sie zu beschimpfen.

Wie falsch diejenigen urteilen, welche die parlamentarische Tätigkeit gar zu sehr unterschätzen, zeigt auch der große Bergarbeiterstreik. Das moralische Ergebnis war ein Sieg der Bergarbeiter, keine Niederlage (sehr wahr!), ein Sieg, der die stärkste Gewalt in Deutschland, die preußische Regierung, zwang, den Bergarbeitern Rechnung zu tragen und eine Reform der Berggesetzgebung einzuleiten. Aber die Regierung wagte nicht, an den Reichstag des allgemeinen Stimmrechts zu gehen, sondern sie ging an das Dreiklassenparlament, weil sie wußte, daß dort eine Reform zustande kam, die keine wirkliche Reform, sondern ein taubes Ei war. (Sehr richtig!) Und da machte das Zentrum mit, weil

um jeden Preis verhüten wollte, daß die Vorlage an den Reichstag kam. Da haben wir den schlagendsten Beweis, welche moralische Macht das allgemeine Stimmrecht und speziell die Anwesenheit von Sozialdemokraten auf Grund dieses allgemeinen Stimmrechts auszuüben vermag! So betrog man die Bergarbeiter um ihr Erstgeburtsrecht, so schuf man eine Vorlage, die nicht entfernt das war, was die Arbeiter zu beanspruchen berechtigt waren. (Sehr wahr!) Und da faßte das Herrenhaus auch noch die Resolution, die eine neue Zuchthausvorlage fordert, da kam Bülows Versprechen, die Selbstverwaltung der Krankenkassen einzuschränken. Alles Beweise dafür, was erst geschähe, wenn keine Sozialdemokraten im Reichstage säßen! (Sehr richtig!) Und angesichts einer solchen Mißhandlung der Bergarbeiter, da wagt man, uns zu empfehlen, wir sollten auf die parlamentarische Tätigkeit verzichten. Dort in Rußland tobt ein ungeheurer Kampf, in erster Linie um die Erlangung politischer Rechte, um ein modernes Staatssystem zu erhalten! Dort steigen unsere Genossen mit freudigem Kampfesmut auf die Barrikaden, dort opfern Männer und Frauen ihr Alles, setzen sie ihr Höchstes, ihr Leben ein, um endlich einen modernen Staat zu bekommen. (Lebhafter Beifall.)

Selbst der konservative General Liebert, ein Mann, dem nichts ferner liegt, als der Sozialdemokratie Konzessionen zu machen, spricht die Ueberzeugung aus, ein Krieg wider den ausgesprochenen Willen der Massen sei künftig bedenklich. Die Massen forderten ihr Recht mitzusprechen, wenn sie ihre Haut zu Markte tragen sollten. Und da sagt man, das Proletariat habe keine Macht und keine Bedeutung! Ferner sagt man von einer Seite, von der ich das nicht für möglich gehalten hätte, die Macht der Partei sei eine minimale. Und das, obwohl bereits vor Jahren Caprivi unserem verstorbenen Genossen Grillenberger gegenüber erklärte, die Regierung besehe sich jede Vorlage darauf hin, welchen Einfluß sie auf die Sozialdemokratie übe. Aber wir haben keinen Einfluß, wir spielen keine Rolle! Es wird ferner gesagt, wir hätten nichts zu sagen, obwohl zweifellos auch die auswärtige Politik mit Rücksicht auf die Sozialdemokratie zum Teil gemacht werden muß. Man versucht neuerdings freilich, den Reichskanzler zu einer Art politischen Papst zu machen, dadurch, daß man jeden, der versucht, die Maßnahmen der Regierung auf dem Gebiete der auswärtigen Politik zu kritisieren, mundtot macht. Das geschah Jaurès, das geschah unseren Freunden in Konstanz, das passierte mir sogar neulich selbst in Straßburg. Der Ueberwachende hatte allerdings schon viel Unangenehmes zu hören bekommen; er war schon lange nervös (Heiterkeit), es paßte ihm gar nicht, was ich sagte, aber als ich dann auf die Marokkofrage zu sprechen kam, da war es zu Ende. Er erlaubte nicht, darüber zu reden. (Hört! hört!) Ich wollte die Versammlung nicht zur Auflösung bringen, und da außerdem die Unterbrechung das schönste war, was ich mir wünschen konnte, weil sie mir Gelegenheit zu neuen Angriffen gab, so habe ich mich gefügt. Sehen wir doch die auswärtige Situation an! Der Kampf in Rußland sitzt unseren Regierenden viel mehr in den Knochen, als Sie glauben. (Sehr richtig!) Sie haben eine Heidenangst, daß das Feuer überspringen könnte, sie sagen sich, wenn das in Rußland möglich ist, wo gar keine Organisation besteht, wo das Proletariat im Verhältnis gering an Zahl ist, was kann dann in Deutschland geschehen, wo wir politisch aufgeklärte Massen, ein organisiertes Proletariat haben, wo es bereits nicht nur Bataillone, sondern ganze Regimenter in der Armee gibt, die aus Sozialdemokraten zusammengesetzt sind, und wenn man die Reserve und Landwehr einberuft, ganze Brigaden Sozialdemokraten einziehen. (Stürmischer Beifall.) Da fragt man sich, was soll da aus uns werden? Na, sie wären beschränkt, wenn sie sich das nicht sagten. Das gehört auch zum Kapitel von der Macht der Sozialdemokratie. Ferner die beständigen Fehlschläge der Kolonialpolitik, die verfehlte auswärtige Politik, die neue Flotten- und Steuer-

politik, all das, darüber täuscht man sich oben nicht, ist Stoff für die Sozialdemokratie, Material, das wir bloß zu verwenden brauchen. Es läßt sich aber nicht bestreiten, daß wir, da wir die Minorität sind, in der Politik vorzugsweise auf die Defensive, die Kritik angewiesen sind, die wir übrigens so energisch üben, daß Herr v. Einem z. B. heilfroh wäre, wenn durch Gesetz verhindert würde, daß Sozialdemokraten in den Reichstag kommen. (Heiterkeit.)

So ist die Situation, in der jeder aufmerksame Genosse sich fragen muß, nachdem die bisherigen Mittel nicht ausgereicht haben, gewisse Attentate auf die Rechte der Arbeiterklasse unmöglich zu machen: Sind die taktischen und agitatorischen Mittel, die wir bisher angewandt haben, genügend, oder müssen wir neue hinzufügen?

Hier ist nun der Vorschlag des politischen Massenstreiks gemacht worden. Da sagt man uns: den politischen Massenstreik macht man, aber man spricht nicht davon. Es ist eine Torheit, eine solche Diskussion dadurch beseitigen zu können, daß man so tut, als höre man sie nicht. Das ist Vogelstraußpolitik. (Sehr richtig!) Wenn diese Frage an allen Ecken und Enden angeschnitten wird, gleichviel ob es nun in richtiger oder verkehrter Weise geschieht, muß jeder aufmerksame Mann, besonders aber jeder Führer einer Partei, der diesen Namen verdient, sich fragen, ob es nicht an der Zeit sei, daß die Partei den Vorschlag einmal diskutiert. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn große Massen in Frage kommen, kann man nicht Maßregeln, bei denen die Massen eine Rolle zu spielen haben, vor den Massen unbesprochen lassen. Soll die Masse mit Begeisterung für eine bestimmte Handlung eintreten, dann verlangt sie auch die Wirkung und den Zweck der Maßregel zu kennen. Das ist ihr gutes Recht. (Lebhafte Zustimmung.) Außerdem folgen aufgeklärte Massen nicht blind gegebenen Befehlen. Nun hat der Gewerkschaftskongreß in Köln geglaubt, den Massenstreik durch die Annahme der Resolution Bömelburg abzutun. Man lehnte den Generalstreik, wie ihn die Anarchisten und die Anarchosozialisten wollen, ab und erklärte, wir wollen weiter keine Diskussion. Was ist damit erreicht worden? Das gerade Gegenteil. Nach der Annahme der Resolution Bömelburg, die in Form und Inhalt an einer großen Unklarheit leidet, ist die Diskussion erst recht in Fluß gekommen. Wie groß die Unklarheit ist, beweist, daß man selbst v. Elm verwirft, er habe die Resolution mißverstanden, v. Elm, mit dem ich zwar oft in Meinungsdifferenzen geraten bin und mit dem ich schon häufig die Klinge gekreuzt habe, in dem ich aber einen sehr berufenen Vertreter sehe, über die Verhandlungen des Gewerkschaftskongresses und über die Bedeutung der Generalstreik-Resolution ein Urteil abzugeben. Man muß in der Tat die Resolution mit der Lupe studieren, um herauszufinden, daß man nicht so weit gegangen ist, die Diskussion des Generalstreiks zu verbieten. Aber man kann beim Lesen der Resolution und auch in ihrer Begründung allerdings den Eindruck gewinnen, daß die Diskussion des Generalstreiks unterbleiben soll. Da sie jedoch auch anders gedeutet werden kann und wir alle Veranlassung haben, gerade in dieser Frage mit den Gewerkschaften zusammenzugehen, so müssen wir ganz objektiv an die Prüfung der Sache herangehen. Auch eine andere Stelle in dem Elmschen Artikel ist mir aus der Seele gesprochen. Es heißt da, es wäre weit besser gewesen, statt eine so unklare und widerspruchsvolle Resolution zu fassen, eine energische Resolution zu beschließen, in der den Machthabern unzweideutig erklärt wird: Wagt Ihr es, an dem allgemeinen Wahlrecht zu rütteln, so werden die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ihre wirtschaftliche Macht voll einsetzen, um ein solches Verbrechen zu verhindern. (Sehr richtig!) Diesen Standpunkt Elms halte ich für ganz richtig. Es heißt in dem Artikel weiter: weit mehr als die politische Partei seien die Gewerkschaften am allgemeinen Wahlrecht interessiert. (Sehr richtig!) Denn mit dem Wahlrecht seien zugleich Vereins- und Versammlungsrecht und das Koalitionsrecht bedroht. (Sehr richtig!) Elm sagt ferner, die

politischen Führer würden gar nicht in Verlegenheit kommen, wenn Ausnahmegesetze erlassen würden, denn die würden dann zur Taktik von 1878 zurückkehren. (Sehr gut!) Das ist vollkommen richtig. In dieser Zeit sind die geheimen Organisationen wie Pilze aus dem Boden geschossen. Wir spielten mit der Polizei wie die Katze mit der Maus. (Heiterkeit.) Es war ein Gaudium, ein Privatvergnügen für unzählige Genossen. (Lebhafte Zustimmung und Heiterkeit.) Und wenn wir unter uns sind, ist es unsere schönste Unterhaltung, wenn wir uns unsere Erlebnisse aus dieser Zeit erzählen, wie wir damals die Polizei an der Nase herumgeführt haben (Heiterkeit), wie wir mit ihr gespielt haben. Und wenn auch einmal eine Anzahl Genossen ins Gefängnis wandern mußten — nun, wir haben bald alle schon drin gesessen, und es kommt vielleicht einmal dahin, daß der nicht für voll gilt, der nicht wenigstens einmal im Gefängnis gesessen hat. (Große Heiterkeit.) Das wäre eine erbärmliche Partei, die sich durch den Staatsanwalt und durch die Strafgesetze einschüchtern ließe, ihr Menschen- und Bürgerrecht zu verteidigen. (Lebhafter Beifall.) Eben erleben wir bei den russischen Vorgängen, wie Tausende von Genossen und Genossinnen ihr Leben, ihr alles in die Schanzen schlagen, und da sollten wir nicht den Mut haben, einige Monate Gefängnis und Schlimmeres zu ertragen, um die Rechte zu behalten, die wir besitzen? (Lebhafter Beifall.) Also der Kölner Beschluß hat nur Unklarheit und Verwirrung erzeugt und der Streit ist seitdem ins Unendliche gegangen. Interessant ist aus dem Referat, das Genosse Bömelburg damals erstattete, die Begründung, warum man die Frage auf die Tagesordnung gesetzt habe. Er sagte, das sei geschehen, um die Gefahr zu beseitigen, daß die Gewerkschaften sich später Beschlüssen fügen müßten, die einseitig von anderer Stelle gefaßt sind. Diese „andere Stelle" ist der Parteitag. Man wollte uns also contrecarriren und unsere Entschlüsse beeinflussen.

Es ist nun kein Zweifel, daß, wenn eine Frage Partei und Gewerkschaften gleichermaßen interessiert, es die Frage des politischen Massenstreiks ist. Denn die Gewerkschaftler sind nicht nur Gewerkschaftler sondern auch Staatsbürger und als solche haben sie das lebhafteste Interesse an den politischen Zuständen des Staates und nicht nur an den wirtschaftlichen Zuständen der Gesellschaft. Was ist denn der Staat? Wer sich darüber gründlich informieren will, dem empfehle ich die Schrift von Engels über die Entstehung der Familie, des Privateigentums und des Staats zu lesen, und wenn er sie beim ersten Lesen nicht versteht, so lese er sie zwei- oder dreimal. Dann erfährt er, was der Staat ist, daß der Staat erst notwendig wird, wenn an Stelle der auf Kommunismus bestehenden Familien- und Stammesgemeinschaft das Privateigentum tritt. Sobald diese Entwickelung eintritt, entstehen die Klassengegensätze, jetzt werden die Eigentümer die Feinde der Nichteigentümer und umgekehrt. Die besitzende Klasse macht sich zur herrschenden Macht, die die Massen unterdrückt und den Staat gründet, um durch die Staatsgewalt ihre Interessen zu schützen und zu fördern gegen die Interessen der Nichtsbesitzer. In dem Maße, wie dann die Produktionsformen sich entwickeln und nach der Art, wie das Produzierte verteilt wird, ändert sich notwendigerweise auch der Staat. So sehen wir den auf Sklaverei beruhenden antiken Staat durch den auf Leibeigenschaft und Hörigkeit beruhenden Feudalstaat verdrängt werden. Im Feudalstaat entsteht das Bürgertum der Städte, dessen Interessen wieder mit der feudalen Ordnung der Dinge in schärfstem Gegensatz treten. Aus diesem Gegensatz schöpft als lachender Dritter das absolute Fürstentum seine Macht und es entsteht der absolutistische Staat. Nun entsteht aber das modernere Bürgertum, das sowohl mit der feudalen, wie mit der absolutistischen Ordnung der Dinge in Kampf gerät und schließlich den seinen Interessen entsprechenden konstitutionellen Staat begründet, und zwar durch die großen Revolutionen, die ganz Europa erschüttert haben. Es ist lachhaft, wenn wenn man uns vorwirft, wir wollten die Revolution, wo doch alle bisherigen

Revolutionen vom Bürgertum gemacht wurden. Das Bürgertum räumte zwar den Arbeitern eine Reihe Rechte ein, aber das entscheidende Recht, das Wahlrecht, verweigert es ihm so lange es geht. Darum muß nach derselben Logik, nach der bisher alle unterdrückten Klassen im Laufe der Geschichte nach der Staatsgewalt gegriffen haben, um dann im Interesse ihrer Klassenstellung Staat und Gesellschaft umzumodeln, auch das Proletariat als die letzte unterdrückte Klasse die politische Gewalt erobern, um mit Hülfe dieser Gewalt auf sozialem Gebiet die Einrichtungen zu schaffen, die seine Macht unerschütterbar machen. Schließlich hat allerdings die letzte Stunde des Staats geschlagen, weil es in der neuen Gesellschaft keine Klassengegensätze mehr gibt und der Staat als eine herrschende und beherrschende Gewalt seine Existenzberechtigung verloren hat. Aber bis die Dinge so kommen — wann, weiß ich nicht, es kann lange dauern — müssen wir, koste es, was es wolle, nach der Staatsgewalt trachten. Genossen, es wäre wider alle Logik, es wäre ein Schauspiel der unerhörtesten Art, wenn eine so gewaltige Klasse, wie es die moderne Arbeiterklasse materiell, physisch und geistig geworden ist, sich das nehmen ließe, was alle unterdrückten Klassen vor ihr als selbstverständlich beansprucht haben. (Lebhafte Zustimmung.) Das muß auch uns gelingen; wie, das ist Sache der politischen Situation, die nicht wir, sondern unsere Gegner schaffen. Wir können den Gegnern nur sagen: nehmt euch in acht; ihr im 20. Jahrhundert solltet doch endlich aus der Geschichte gelernt haben, wohin es führt, wenn ihr glaubt, gegen den Willen der großen Mehrheit der Nation herrschen zu können. Das gibts nicht.

Nun hat man vorgeschlagen, man müsse als letztes Mittel zum Generalstreik schreiten, der von den Anarchisten propagiert wird. Der Anarchismus ist im Grunde genommen ein konsequenter Ausläufer des bürgerlichen Liberalismus und Individualismus. (Sehr richtig!) Das kann man am klassischsten aus dem Werke von Stirner „Der Einzige und sein Eigentum" sehen, das im Jahre 1845 erschienen ist und nicht nur den Anarchismus, sondern auch den Anarchosozialismus (Heiterkeit!) bereits enthält. Daher denn auch überall im Anarchismus diese ideologischen Anschauungen, wie sie der Liberalismus zutage fördert. Dieser Anarchismus sagt: Wir haben nicht mit dem Staat zu tun: ich bin ich selbst und alles andere ficht mich nichts an. Der Staat ist ein Ungeheuer, ist die konzentrierte Macht, die mich unterdrückt, mir meine individuelle Freiheit raubt, ich kümmere mich nicht um ihn; entwickelt eure Individualität als Proletarier und ihr werdet sehen, wie weit ihr kommt. Aber darum handelt es sich ja gerade, daß die kostbarsten individuellen Eigenschaften, die zahlreichsten und schönsten Keime menschlicher Vervollkommnung, die in diesen unzähligen Köpfen vorhanden sind, sich in der bestehenden sozialen Ordnung nicht entwickeln können, daß es ein Zufall ist, wenn sie einmal bei einem einzelnen in Not und Elend groß geworden zur Entfaltung kommen. Die heutige Gesellschaft beruht auf der Verkrüppelung der Individualität der großen Massen und es ist geradezu die Aufgabe des Staates, für die Unterdrückung der Massenindividualitäten zu sorgen. Diesen Staat nun, sagt Friedeberg, sollen wir in Frieden lassen, um den sollen wir uns nicht kümmern. (Friedeberg: Habe ich nicht gesagt!) Das werde ich Ihnen nachweisen, wenn ich in Berlin mit Ihnen abrechne. Dort hat er dann die größte Redefreiheit, und ich hoffe, er wird dann verholzt werden, wie er noch nie verholzt worden ist. (Große Heiterkeit.) Also der Generalstreik soll das Allheilmittel sein; mit ihm stürzt man die ganze bürgerliche Gesellschaft — wie der Staat gestürzt werden soll, darüber zerbreche man sich nicht den Kopf. Wenn der Generalstreik gemacht wird, so schwebt der Staat in der Luft — als wenn er sich das gefallen ließe, in der Luft zu schweben! (Heiterkeit und Zustimmung.) Der Generalstreik verhindert die Kriege, er entwaffnet das Militär, er erobert im Handumdrehen den Achtstundentag; Generalstreik hinten und Generalstreik vorn. Von alledem wird einem so dumm, als ginge einem ein Mühlrad im Kopfe

herum! (Sehr gut!) Das Ende vom Liede ist eigentlich die Nurgewerkschaftlerei. (Sehr richtig!) Das will man nicht, aber es ist die logische Konsequenz. Denn man nimmt den Anhängern dieser Idee des allmächtigen Generalstreiks allmählich so völlig allen Glauben an die politischen Machtmittel und die Notwendigkeit des politischen Kampfes, daß sie ganz selbstverständlich darauf verzichten werden, in die politischen Organisationen einzutreten. (Sehr richtig!)

Die Generalstreikfrage hat uns bereits auf einer ganzen Reihe von internationalen Kongressen beschäftigt. Das erste Mal 1889 in Paris. Da meinte Tressaud-Marseille, die Manifestation am 1. Mai werde wirkungslos bleiben, sie müsse durch einen Generalstreik unterstützt werden; der Kongreß sollte als Anfang der sozialen Revolution den Generalstreik beschließen. Sein dahingehender Antrag wurde aber bei der Abstimmung mit sehr großer Mehrheit verworfen. Auf dem internationalen Kongreß zu Brüssel beantragte dann Domela Nieuwenhuis, daß die Sozialisten aller Länder eine etwaige Kriegserklärung beantworten sollten mit einem Aufruf an das Volk zur allgemeinen Arbeitseinstellung. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt. Der internationale Kongreß in Zürich 1893 beauftragte eine Kommission mit der Erörterung des General- bezw. Weltstreiks. Diese Kommission schlug folgende Resolution vor, die aber nicht mehr zur Erörterung gelangte:

„In Erwägung, daß Streiks nur unter bestimmten Verhältnissen und zu bestimmten Zwecken mit Erfolg unternommen werden können, diese jedoch nicht von vornherein festzustellen sind, in Erwägung, daß ein Weltstreik schon wegen der so ungleichen ökonomischen Entwicklung in verschiedenen Ländern unausführbar ist, von dem Moment aber, wo er ausführbar, nicht mehr nötig ist, in weiterer Erwägung, daß selbst ein auf ein Land sich beschränkender allgemeiner Streik, wenn friedlich durchgeführt, aussichtslos, weil der Hunger die Streikenden in erster Linie treffen und zur Kapitulation zwingen würde, ein gewaltsamer Streik aber von den herrschenden Klassen unbarmherzig niedergeschlagen würde,

erklärt der Kongreß, daß unter den gegenwärtigen sozialpolitischen Verhältnissen im besten Falle ein Generalstreik einzelner Industrien mit Erfolg durchgeführt werden kann; ferner, daß Massenstreiks unter Umständen eine höchst wirksame Waffe nicht bloß im ökonomischen, sondern auch im politischen Kampfe sein können, eine Waffe jedoch, deren wirksame Anwendung eine tüchtige gewerkschaftliche und politische Organisation der Arbeiterklasse voraussetzt. Der Kongreß empfiehlt daher den sozialistischen Parteien aller Länder diese Organisation mit aller Energie zu fördern, und geht über die Frage des Weltstreiks zur Tagesordnung über."

Diese Resolution ist insofern sehr interessant — und ich selbst war, als ich die Akten studierte, durch ihren Inhalt überrascht — als sie zwar den Weltstreik ablehnt, aber den politischen Massenstreik immerhin für diskutierbar hält und zwar unter der Bedingung, daß die Organisationen entsprechend weit gediehen sind. Ich finde, daß dieser Teil der Resolution eigentlich klarer ist als die Amsterdamer Resolution. (Sehr richtig!)

Auch in London wurde 1896 auf dem internationalen Kongreß über den Generalstreik verhandelt. In der Resolution über die Wirtschaftspolitik der Arbeiterklasse — Berichterstatter war Molkenbuhr — heißt es: „Der Kongreß hält den Streik und Boykott für ein notwendiges Mittel zur Erreichung der Aufgaben der Gewerkschaften, sieht aber die Möglichkeit für einen internationalen Generalstreik nicht gegeben. Das nächste Erfordernis ist die gewerkschaftliche Organisierung der Arbeitermassen, weil von dem Umfang der Organisation die Frage der Ausdehnung des Streiks auf ganze Industrien o d e r Länder abhängt."

Der internationale Kongreß zu Paris 1900 hatte den Generalstreik als letzten Punkt auf der Tagesordnung. Der Berichterstatter Legien erklärte: „Wir haben den nicht gerade formvollendeten Londoner Beschluß wiederholt, um zu

dokumentieren, daß wir unsere Anschauung über den Generalstreik nicht geändert haben ... Solange keine starken Organisationen vorhanden sind, ist der Generalstreik für uns nicht diskutierbar. Für die Bourgeoisie wäre ein Generalstreik unorganisierter Massen ein Vergnügen; in ein paar Tagen hätte sie ihn niedergeworfen eventuell mit Waffengewalt und damit wäre die Arbeit von Jahrzehnten vernichtet." Der Kongreß nahm schließlich mit 27 gegen 7 Stimmen die Resolution der Mehrheitskommission an, die den Londoner Beschluß wiederholt.

Sie sehen, daß diese Frage durchaus nicht ablehnend behandelt worden ist. Endlich haben wir den Beschluß des Amsterdamer Kongresses. Derselbe lautet: „In Erwägung, daß die notwendige Voraussetzung für den Erfolg eines Massenstreiks eine starke Organisation und die freiwillige Disziplin der Arbeiterschaft ist, hält der Kongreß den absoluten Generalstreik in dem Sinne, daß alle Arbeit niedergelegt wird, für unausführbar, weil derselbe jede Existenz, also auch die des Proletariats unmöglich macht. In weiterer Erwägung, daß die Emanzipation der Arbeiterklasse nicht das Resultat einer derartigen plötzlichen Kraftanstrengung sein kann, daß es aber möglich ist, daß ein Streik, der sich über einzelne, für das Wirtschaftsleben wichtige Betriebszweige oder über eine große Anzahl Betriebe ausdehnt, ein äußerstes Mittel sein kann, um bedeutende gesellschaftliche Veränderungen durchzuführen oder sich reaktionären Anschlägen auf die Rechte der Arbeiter zu widersetzen, warnt der Kongreß die Arbeiter davor, sich durch die von anarchistischer Seite betriebene Propaganda für den Generalstreik, in der Absicht, sie davon abzuhalten, den bedeutungsvollen täglichen Kleinkampf durch die gewerkschaftliche, politische und genossenschaftliche Aktion zu führen, nicht ins Schlepptau nehmen zu lassen, und fordert sie auf, ihre Einheit und Machtstellung im Klassenkampf durch die Entwickelung ihrer Organisation zu stärken, weil, sollte der Streik mit einem politischen Ziel sich einst als nötig und nützlich herausstellen, sein Gelingen davon abhängen wird." Zwischen den Ausführungen, die Robert Schmidt als Vertreter der Gewerkschaften in Amsterdam gemacht hat und denen Legiens 1900 in Paris besteht ein erheblicher Unterschied. Legien sagte, wenn Ihr Italiener und Franzosen den Generalstreik wollt, so sorgt für eine entsprechende Organisation, dann wollen wir darüber diskutieren. Robert Schmidt erklärte dagegen in Amsterdam: die großen deutschen Gewerkschaften halten den Generalstreik für nicht diskutierbar. Allerdings erwähnt Schmidt bei dieser Gelegenheit den Massenstreik nicht. Interessant ist auch der Ausspruch Brians in Amsterdam, der den Massenstreik für notwendig erachtet, um die Wahlrechtsverschlechterung in Deutschland abzuwehren. Die Resolution wurde in Amsterdam schließlich mit 36 gegen 4 Stimmen angenommen. Auch der Bremer Parteitag hat über die Frage verhandelt. Mehrere Redner, wie Zetkin, Liebknecht, Kautsky, Bernstein sprachen sich zugunsten der Erörterung dieser Frage auf einem Parteitage aus. Schließlich kamen die Verhandlungen in Köln, dort nahm Bömelburg dieselbe Stellung wie Schmidt ein und eiferte gegen die Theoretiker, die mangels praktischen Verständnisses derartige Fragen aufwerfen. Robert Schmidt verglich in Köln den Massenstreik mit einem Strick, den man der Arbeiterklasse um den Hals lege, während man der Bourgeoisie zurufe: Ziehe zu! (Rufe: Sehr richtig!) Bömelburg wies darauf hin, daß die Arbeiterbewegung der Ruhe bedürfe, um ihre Organisationen auszubauen, während die Frage des Massenstreiks Unruhe in die Massen hineintrage und Spaltungen verursache.

Die Frage ist dann weiter erörtert worden, speziell vom Genossen Heine im September-Heft der „Monatshefte." Er wendet sich darin in scharfer Weise gegen die Schrift der Genossin Roland-Holst über den Generalstreik. Mir wäre es lieber gewesen, wenn ihm dabei die Feder nicht so oft ausgeglitten wäre,

Er hat gegen die Genossin Roland-Holst in einer Weise polemisiert, die ich lebhaft bedauere (sehr richtig); er spricht von der hochnäsigen Art, mit der sie Männer wie Jaurès, Bömelburg, David usw. abkanzle. Er schreibt, solches (abstrakte) Gerede über den Massenstreik sei im günstigsten Falle wertlose Kannegießerei! (Hört! hört!) Man kann solche Ansichten ja haben und sie Freunden gegenüber aussprechen. Aber angesichts der Tatsache, daß wir so viel über den guten Ton debattiert haben, hätte ich gewünscht, daß Heine bei seiner sozialen Stellung mit gutem Beispiele vorangegangen wäre. Ich selbst stehe nicht ganz auf dem Boden der Genossin Holst. Ich habe ihr Buch aber mit großem Interesse gelesen und kann die Lektüre jedem Genossen empfehlen. Die Schrift ist mit dem Herzblut der Genossin Holst geschrieben. Sie ist eine der ausgezeichnetsten Frauen, die ich kennen gelernt habe. Als der Generalstreik in Holland ausgebrochen war, mit dem sie nicht einverstanden war, haben sie und ihr Mann weit über ihre Vermögensverhältnisse in die Tasche gegriffen und haben so gewaltige Opfer gebracht, daß sie dadurch ihre soziale Lage sehr schwächten. Sie ist eine vorzügliche Agitatorin und entfaltet unermüdlichen Eifer, Hingebung und Opfermut. Deshalb tat es mir doppelt leid, daß sie so behandelt worden ist. (Sehr richtig!) Heine wendet sich also in schärfster Weise gegen den Massenstreik. Eine ähnlich scharfe Kritik und auch eine ähnlich scharfe Bekämpfung eines Gedankens, wie er sie anwendet, ist mir noch nicht vorgekommen. Denn die Taktik Heines läuft darauf hinaus, aus seiner Kenntnis als Jurist heraus Paragraphen um Paragraphen des Strafgesetzes anzuführen, die sich steigern bis zum Hoch- und Landesverratsparagraphen, bis zur Verhängung des großen Belagerungszustandes, so daß jedem Genossen, der nicht ganz fest ist, ein über das andere Mal eine Gänsehaut über den Rücken laufen muß wegen der großen Gefahren, die die Anwendung des Massenstreiks in Deutschland mit sich bringen soll. Er weist dann darauf hin, welch ungeheuerlichen Urteile die Gerichte, namentlich die Militärgerichte, fällen würden, weil es nach seiner Meinung gar nicht möglich ist, eine so große und gewaltige Bewegung in ruhiger Weise durchzuführen, schon angesichts der Provokation der Gegner. Als ich mit einem Parteigenossen über den Artikel sprach, sagte dieser: Heine hat, natürlich ohne es zu wollen, einem Staatsanwalt ausgezeichnetes Material zu einer Rede geboten. Ich antwortete, so dumm ist kein Staatsanwalt; es sind ja nicht gerade die dümmsten, die Staatsanwälte werden. (Heine: wenigstens so dumm sind sie nicht! — Stadthagen: Doch, die dümmsten sind es. Heiterkeit.) Ich bin ja überzeugt, Genosse Stadthagen, daß Sie viel klüger sind, als alle Staatsanwälte zusammen. (Große Heiterkeit.) Nein, so dumm ist selbst der dümmste Staatsanwalt nicht; mit derartigen Anklagen, wie sie uns Heine ausmalt, würde er selbst vor einem Klassengericht abblitzen.

Aber die ganze Grundlage der Heineschen Deduktion ist falsch. Ich bestreite entschieden, daß die Folgen eintreten müssen, die Heine bei einem Massenstreik voraussieht. Was er hier als möglich und wahrscheinlich bei einem Massenstreik in Aussicht stellt, kann man im Grunde genommen von jedem großen Streik sagen. (Sehr richtig!) Hätte man Heine bei Ausbruch des großen Bergarbeiterstreiks um einen Rat gefragt, dann hätte er auf Grund derselben Erwägungen zum Abraten kommen müssen. Nun, in Wirklichkeit hat der Bergarbeiterstreik nicht die geringste Handhabe zum Einschreiten geboten. Die Bergarbeiter haben einen großartigen Streik geführt, der bedeutender war, als die sogenannten Massenstreiks in allen anderen Ländern je gewesen sind, und zwar in bewunderungswürdiger Ruhe. Ich fuhr damals aus Brüssel von einer internationalen Konferenz zurück und erstaunte über die feierliche Ruhe im Ruhrrevier. Keine Esse dampfte, während man sonst die Fenster des Waggons wegen Rauches schließen muß. Das Land war eine grüne von der Sonne freundlich

beschienene Ebene. Die Dörfer lagen so friedlich da, als wohnte kein Mensch darin. Wenn das möglich ist bei einer Arbeiterschicht, die zum Teil politisch und kulturell weit rückständiger ist als manche andere, da muß man doch fragen, was müssen wir da nicht leisten können bei weit größeren Mitteln und einer weit mehr entwickelteren Organisation und Disziplin, ohne daß die Folgen eintreten, die Heine voraussieht. (Lebhafte Zustimmung.)

Und schließlich gibt es auch einen Punkt, wo man nicht mehr nach dem Schaden fragen darf. Schiller sagt, „nichtswürdig ist die Nation, die nicht ihr alles freudig setzt an ihre Ehre". Ja, nichtswürdig, erbärmlich ist aber auch die Arbeiterklasse, die sich wie Hundsfötter behandeln ließe, die ihren Bedrängern nicht die Spitze zu bieten wagte. (Stürmischer Beifall.) Da ist Rußland, da ist die Junischlacht, da ist die Kommune! Bei den Manen dieser Märtyrer solltet Ihr nicht einmal ein paar Wochen hungern, um Eure höchsten Menschenrechte zu verteidigen! (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.) Da kennt Ihr die deutschen Arbeiter schlecht, wenn man ihnen das nicht zutraut! (Erneuter Beifall.) Was hätte denn Heine 1880 in Wyden gesagt, als ich den Antrag stellte, das Wort „gesetzlich" aus unserem Programm zu streichen? Das ist damals einstimmig und ohne Debatte beschlossen worden. (Heine: Mit Recht!) Dann handeln auch wir mit Recht, wenn wir es das nächste Mal ähnlich machen. (Sehr gut! und Heiterkeit.) Wir provozieren nicht, wir verteidigen uns. Der politische Massenstreik ist nicht bloß eine theoretische, sondern auch eine eminent praktische Frage nach einem Kampfmittel, das gegebenenfalls angewendet werden soll und muß. Heine hat gewiß nicht die Absicht, der Schrittmacher der Anarchosozialisten zu sein. (Heine: Nein!) Aber die Wirkung ist unausbleiblich, daß Friedeberg und seine Anhänger aus solchem Vorgehen Material schöpfen und rufen: Da seht ihr, wohin es mit der deutschen Sozialdemokratie gekommen ist. Da habt ihr die Angstmacherei en gros! (Friedeberg: Wir haben noch besseres Material!) Mit keinem Worte sagt Heine, wie wir uns denn eigentlich verteidigen sollen, wenn man uns angreift. Er sagt nur, dies Mittel taugt nichts, aber er bringt kein anderes in Vorschlag. Sollen wir uns etwa ruhigen Blutes die Haut über die Ohren ziehen lassen? (Lebhafter Beifall.)

Man sagt, der Massenstreik sei eine unbrauchbare Waffe. Aber 1891 hat der Massenstreik, den die Belgier anwandten, um das allgemeine Wahlrecht zu erkämpfen, Erfolg gehabt, relativ mehr Erfolg, als der Bergarbeiterstreik, der eine verpfuschte Berggesetznovelle brachte und auch ein politischer Streik war. In der Kammer haben unsere belgischen Genossen von 140 Mandaten 33 erobert. 1903 griffen sie noch einmal zum Massenstreik, um das allgemeine Wahlrecht ganz durchzusetzen. Da hatten sie allerdings keinen Erfolg. Ich will hier keine Diskussion über die Taktik der Belgier hervorrufen, aber bedeutende Bedenken sind auch mir darüber gekommen. 1902 haben die österreichischen Bergarbeiter einen Massenstreik in Mähren und Oesterreich-Schlesien durchgeführt. Sie hatten Erfolg und eroberten den gesetzlichen Neunstundentag, den wir noch nicht haben. Dann kam der sogenannte Sympathiestreik in Barcelona, ein rein anarchistischer Streik. Ja, bei uns in Deutschland denken weder die Gewerkschaften noch die Partei daran, einen sogenannten Sympathiestreik zu machen. Diese Art Streiks, daß, um Forderungen einer bestimmten Arbeiterschicht durchzusetzen, die gesamte Arbeiterschaft eines großen Industriebezirkes in den Streik tritt, die müssen zugrunde gehen. Es kam weiter der schwedische Demonstrationsstreik — auch den werden wir in Deutschland nicht machen, einen solchen Streik, bei dem man gleich sagt: wir machen einen Massenstreik auf drei Tage! Und gleichwohl war auch dieser Streik nicht resultatlos. Haben die Schweden es doch erreicht, daß die Kammer einen Beschluß faßte, wonach die Regierung beauftragt wurde, in zwei Jahren einen neuen Wahlgesetzentwurf auszuarbeiten. Der alte, gegen den sich der Streik gewendet

hatte, war eben unmöglich geworden. Also selbst dort, wo der Massenstreik unter Bedingungen stattgefunden hat, wie ich ihn in Deutschland wahrscheinlich niemals gutheißen würde, hat er Erfolg gehabt. — Dann kam der Massenstreik der italienischen Arbeiter wegen der Erschießung von Arbeitsgenossen. Das war ein Massenstreik, der spontan aus den Massen herauskam, wo zirka 200 000 Arbeiter die Arbeit einstellten, zum großen Teil sogar unorganisierte, und die Regierung zwangen, zu erklären, sie werde künftig derartige Schießereien auf die Arbeiter zu vermeiden suchen. Freilich hat das nicht verhindert, daß in diesem Jahre abermals eine derartige Metzelei stattgefunden hat. Im übrigen aber hat dieser Streik ein Steigen unserer Stimmen bei den kurz darauf folgenden Wahlen von 165 000 auf 316 000 Stimmen zur Folge gehabt, hat also auch nach dieser Richtung keinen ungünstigen Eindruck bei den Massen hinterlassen, obgleich die ganzen bürgerlichen Parteien infolge dieses Massenstreiks im höchsten Maße aufgeregt waren und geschlossen gegen uns stimmten. — Endlich dann der italienische Eisenbahnerstreik in diesem Frühjahr. Ich bin selbst Zeuge desselben in Norditalien gewesen. Er ist mißglückt, die Schuld mißt man hauptsächlich unserer italienischen Fraktion zu, ich weiß nicht mit welchem Recht. — Aber an einen Massenstreik hat noch niemand gedacht. Vor etwa 7 Jahren haben die Arbeiter und Beamten der schweizerischen Nord-Ostbahn in einer Nacht um 12 Uhr die gesamte Arbeit eingestellt in dem Maße, daß, als in einer Station der vorgesetzte Beamte nach der nächsten Station rief: „Wo bleibt denn Zug 12?" geantwortet wurde: „Der bleibt hier!" (Heiterkeit.) Damit war die Sache entschieden; sie haben drei Tage gestreikt, die Direktion ist zu Kreuze gekrochen und sie haben erreicht, was sie wollten, unterstützt allerdings durch die Oeffentlichkeit. Schließlich gedenke ich noch der Massenstreiks in Rußland. Dort, wo unsere Parteigenossen gar keine politischen Rechte und Machtmittel haben, werden Massenstreiks auf Massenstreiks drei- und viermal in demselben Ort mit einer Energie durchgesetzt, die nur die höchste Bewunderung aller hervorrufen muß. Indessen sind die Zustände in Rußland so abnorm, daß diese Streiks nicht für uns als Beispiel herangezogen werden können. — Es ist doch wahrhaftig kein Zufall, daß seit dem Jahre 1893 diese politischen Streiks, diese Massenstreiks erst in Anwendung kommen, zuerst in Belgien. Dann ruht die Frage bis 1902 und von da ab bis 1905 sind eine ganze Anzahl solcher Massenstreiks vorgekommen. Es ist also nicht wahr, wenn gesagt wird, die Massenstreiks sind alle verunglückt. Ich frage Euch, Gewerkschaftler: wie viel Streiks sind Euch verunglückt, als Ihr noch keine großen Organisationen hattet? Unzählige, und heute noch gehen viele verloren. Hier aber sind mit ganz unzulänglichen Mitteln zum Teil von unorganisierten Arbeitern Massenstreiks inszeniert worden. Ja, Parteigenossen, das empfehle ich Euch nicht, das empfiehlt niemand, das wäre ja Wahnsinn. Wenn man uns Deutschen nachrühmt, wir seien philosophisch angelegte Köpfe, wir liebten, wie Heine sagt, das Theoretisieren — ja, dann haben wir aber auch die Tugend zu organisieren, wie kaum eine andere Nation. (Sehr richtig!) Daß die deutsche Militärmacht, so sehr wir sie bekämpfen, organisatorisch ein Meisterwerk ist, das ist dieser deutsch-preußischen Eigentümlichkeit zu verdanken. Auch unsere Versicherungsgesetzgebung ist, so viel wir an ihr zu tadeln haben, als Organisation eine Meisterleistung. Wir Deutschen tun nicht so leicht einen Schritt, den wir uns nicht genau überlegt haben, was uns ja den Vorwurf zugezogen hat, wir wären wie der österreichische Landsturm, der immer hinten nachhinkt. Wir sind der Meinung: ehe wir uns in so große Kämpfe einlassen, müssen wir erst gründlich organisieren, agitieren, politische und wirtschaftliche Aufklärung schaffen, die Massen selbstbewußt und widerstandsfähig machen, sie begeistern für den Moment, wo wir ihr sagen müssen: Du hast ein Alles einzusetzen, weil eine Lebensfrage für

dich als Mensch, als Familienvater, als Staatsbürger auf dem Spiele steht. (Lebhafter Beifall.) Wir wollen nicht — das sagt auch meine Resolution nicht — die Massen blindlings in den Streik treiben; es versteht sich doch von selbst, daß wir die unorganisierte Masse nicht blind in den Streik gehen lassen werden. (Zuruf.) Heine fragt: Werdet Ihr sie im Zügel haben? Das beweist nur, daß Sie (zu Heine) von den Gefühlen und Instinkten der Masse der Arbeiter in diesen Dingen — und das nehme ich Ihnen nicht übel, das bringt Ihre Lebensstellung mit sich — keine genaue Kenntnis haben. (Sehr richtig!) Ich sage, was noch fehlt, sollen wir schaffen. (Heine: Sehr richtig!) Dahin geht meine Resolution. Was vorhanden ist, ist noch nicht genügend, aber das kann geschafft werden. Wenn Sie alle im Sinne meiner Resolution entschlossen zu handeln von diesem Parteitage weggehen und wenn draußen im Lande die Parteigenossen geschlossen im Sinne der Resolution handeln, wenn die Parteipresse in weit größerem Maße als bisher ihre Schuldigkeit tut und wenn nicht bloß die Parteipresse, sondern auch die Gewerkschaftspresse die Massen aufklärt, ihnen nachweist, daß sie politisch sich betätigen müssen, was für sie als Staatsbürger, als Gewerkschaftler auf dem Spiele steht, welch ungeheure Wichtigkeit das Wahlrecht z. B. hat, dann werden die Vorbedingungen für den Massenstreik, falls er nötig werden sollte, geschaffen werden. (Sehr richtig!) Aber wenn man, wie Robert Schmidt, kalten Blutes sagt, den Anarchosozialismus werden die Gewerkschaften wohl nicht mehr los werden, wenn man in dieser Weise fatalistisch sich in die Dinge ergibt, was ist dann das Ende vom Liede? Daß allerdings dann die Gewerkschaften Nur-Gewerkschaften werden. (Sehr richtig!) So sagt z. B. der Genosse Bringmann mit dem Hinweis auf eine Aeußerung Kautskys in der „Neuen Zeit" — von der ich mir allerdings auch sagte, als ich sie las: das ist eine gefährliche Aeußerung, sie kann falsch ausgenutzt werden — also Bringmann sagt in seiner Broschüre „Der Fünfte Gewerkschaftskongreß und der Klassenkampf in Deutschland", indem er Kautsky zitiert: „Weniger als anderswo ist in Deutschland von der Reichsregierung etwas für das Proletariat zu erwarten. Dem Reichstage nimmt man alle Bedeutung, alles Leben" und zieht dann folgende Schlußfolgerungen daraus: „Genug, der Parlamentarismus in Deutschland versumpft einfach. Der Dreimillionensieg unserer Partei von 1903 hat daran nicht nur nichts geändert, sondern er hat diesen Versumpfungsprozeß des Parlamentarismus nur noch beschleunigt. Ich halte es darum auch für richtig, daß der fünfte Gewerkschaftskongreß sich mit sozialpolitischen Angelegenheiten nicht weiter beschäftigt hat. Die Tatsache steht fest: Eine Verbesserung unserer wirtschaftlichen Lage haben wir in absehbarer Zeit von der Gesetzgebung nicht zu erwarten. Wir sind, wenigstens für die nächste Zukunft, einzig und allein auf unsere Gewerkschaften angewiesen. Verbessern können wir unsere wirtschaftliche Lage nur durch unsere Organisation und vermittels harter wirtschaftlicher Kämpfe." (Zustimmung und hört! hört!). Und auf Seite 12 der Broschüre heißt es: „Die ganze politische und ökonomische Situation weist die deutsche Arbeiterklasse auf die Gewerkschaftsbewegung hin. Sie ist unter den gegebenen Verhältnissen das einzige Mittel, die Lage der Arbeiter zu verbessern. Der Klassenkampf der Gegenwart spielt auf wirtschaftlichem Gebiet; die Gewerkschaften sind die Träger dieses Klassenkampfes." Wenn er so die politische Tätigkeit als wertlos hinstellt, nützt es nichts, wenn er am Schluß seiner Rede den gewiß sehr schönen Satz ausspricht: wenn aber einmal es sich darum handeln wird, politische Rechte zu verteidigen, „dann darf man sicher sein, daß solche Arbeiter auch dann feststehen werden, wenn es gilt, einen politischen Kampf zu wagen. Wenn die Situation danach angetan ist, werden die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ritterlich zu kämpfen wissen, menschlich zu siegen und eventuell auch wie Helden zu sterben verstehen." Sehr schön, gewiß, aber wenn in der an-

geführten Weise von einem Manne, der in seiner Gewerkschaft eine autoritäre Stellung einnimmt, gesagt wird: wir sind in absehbarer Zeit nicht mehr in der Lage, politisch etwas zu erreichen, dann bitte ich Euch — es soll nicht die Absicht Bringmanns sein — aber dann sagt sich doch der Gewerkschaftler: Ja, was soll ich denn da fernerhin noch meine Groschen für die politische Partei geben (sehr wahr!) und da sagen sich die jüngeren Gewerkschaftsmitglieder: da gehe ich doch erst gar nicht in die Parteiorganisation hinein! Dieser Quietismus greift notwendigerweise durch die völlige einseitige Tätigkeit unserer Gewerkschaftsführer immer mehr um sich und sie kommen ganz unfreiwillig zum Anarchosozialismus. Weiter mache ich Sie darauf aufmerksam, daß, während der Kongreß in Köln die Frage des Massenstreiks behandelte, in einer Konferenz, die wir mit den Vorständen der sozialdemokratischen Vereine und der Gewerkschaftskommission in Hamburg hatten, wo beraten werden sollte, was eventuell gegen die Wahlrechtsverschlechterungspläne des Hamburger Senats zu tun sei, — von alten Parteigenossen und Gewerkschaftlern gesagt wurde: Ihr wißt gar nicht, wie böse es bei einem Teil unserer jüngeren Gewerkschaftsführer aussieht, die höhnen ja über die Partei, (hört! hört!) über den Sozialismus, (hört! hört!) über den Zukunftsstaat. Die bestreiten sogar, daß wir einen Klassenkampf führen. (Hört! hört! Unruhe.) Werte Genossen, ich referiere nur, daß das gesagt wird und es waren alte, brave Genossen von der Gewerkschaftskommission, die das gesagt haben. Ich bin einfach starr gewesen, als ich das hörte. Und es wurde dann von Redakteuren des „Echo" und anderen anwesenden Parteigenossen bestätigt. Nachdem nun die Anschauungen Bringmanns an dieser Stelle sogar bei Legien Anklang gefunden haben, da muß ich denn doch sagen: seid auf dem Posten, überlegt Euch, was Ihr tut, Ihr wandelt einen sehr verhängnisvollen Weg, an dessen Ende Ihr Euren eigenen Niedergang herbeiführt, ohne es zu wollen! (Sehr richtig!)

Selbstverständlich kann davon nicht die Rede sein, daß, wie man auch häufig hört, der Generalstreik urplötzlich über Nacht kommen müsse, daß man nicht über ihn reden dürfe. Eine große demokratische Partei wie wir kann keine Geheimpolitik treiben. (Lebhafte Zustimmung.) Die muß am offenen Tage kämpfen. (Erneute Zustimmung.) Wie wollen wir dann die Massen eines Tages in der Hand haben, wenn wir sie nicht moralisch, geistig in unsere Gewalt gebracht, ihre Begeisterung, ihr Vertrauen erweckt haben, damit wir ihnen sagen können: Jetzt gibt es keinen anderen Weg mehr, jetzt in den Klassenkampf hinein, und wenn Ihr Eure Schuldigkeit tut, so siegen wir! (Lebhaftes Bravo!)

Und dann ein anderes: Wir kämpfen doch nicht um Utopistereien, auch nicht um Forderungen des Zukunftsstaates. Wir glauben nicht, daß wir die bürgerliche Gesellschaft mit dem Generalstreik aus den Angeln heben können, sondern wir kämpfen um ganz reale Rechte, die Lebensnotwendigkeit für die Arbeiterklasse sind, wenn sie noch politisch leben und atmen will. Wenn die Frage der Beseitigung des allgemeinen Wahlrechts auf die Tagesordnung kommt, dann ist es ganz sicher, daß es auch in den bürgerlichen Kreisen, so korrupt sie sein mögen, ein ganzes Teil Leute gibt, die sagen, so geht es nicht, den Arbeitern darf nicht ein Recht genommen werden, das sie nie gemißbraucht haben, und wir werden zweifellos auch in diesen Kreisen eine gewisse Sympathie haben. Außerdem habe ich eine gewaltigere Macht, wenn ich ein Recht, das ich jahrzehntelang besitze, verteidige, als wenn ich ein neues Recht erobern will. (Sehr richtig!) Wenn ich sagen kann: bei euch ist nichts weiter als brutale Gewalt, ihr wollt uns das Recht nehmen, ihr seid Gewaltmenschen, ihr seid Tyrannen, — wenn ich all das sagen kann, was die Massen empören und aufpeitschen muß, dann müßte es doch mit zehntausend Teufeln zugehen, wenn wir da nicht die Massen in hellen Haufen gewinnen würden (lebhafte Zustimmung).

auch die christlichen Arbeiter. Ihr habt ganz recht, Ihr Gewerkschaftler, daß ihr gegen die christlichen Organisationen kämpft, aber als im Jahre 1899 im Reichstage die Zuchthausvorlage zur Beratung stand, als die christlichen Arbeiter sahen, wie auch ihnen die Schlinge durch Verbunzung des bißchen vorhandenen Koalitionsrechtes um den Hals gelegt werden sollte, da haben sie genau so wie wir gegen die Vorlage Stellung genommen, und das Zentrum wurde gezwungen, in der Weise zu entscheiden, wie es durch den Mund von Bachem geschah. Was aber sagte Bachem? Er sagte nicht, das Zentrum ist die entschiedenste Vertreterin des freien Koalitionsrechtes aus Prinzip, nein, er sagte — und das war sein Hauptgrund —, die katholischen Arbeiter sind empört über das Attentat auf das Koalitionsrecht; wenn dies Attentat durchgeführt würde, verlören wir die katholischen Arbeiter bis auf den letzten Mann, sie laufen uns davon, und das können und dürfen wir nicht dulden. (Hört! hört!) Man sollte uns mal das allgemeine Stimmrecht nehmen oder wieder einen Versuch zur Beseitigung des Koalitionsrechtes wagen! Wie die katholischen Arbeiter beim Bergarbeiterstreik an der Seite der freien Gewerkschaften mutig gekämpft haben, so würden sie auch, wenn ihr Lebensinteresse für sie als Arbeiterklasse in Frage kommt, ihren Mann stellen. Schließlich ist der Zwang der Umstände und der Zwang der Verhältnisse stärker als der feste Wille, etwas nicht zu tun. (Sehr richtig!)

Ist es weiter nicht der größte, unerhörteste Skandal, daß diejenige Partei, die auch bei den Landtagswahlen in Preußen fast die meisten Stimmen hatte, bei den Reichstagswahlen aber sich auch in Preußen als die weitaus stärkste aller Parteien erwiesen hat, die sozialdemokratische Partei, unter den 432 Mandaten infolge des elenden, erbärmlichen Dreiklassenwahlsystems nicht ein einziges inne hat? (Lebhafte Zustimmung.) Hier stimme ich mit Bernstein überein, wir haben uns doch mal eines Tages zu fragen: Soll das so bleiben, wollen wir es uns dauernd gefallen lassen, daß Junker, Pfaffen und Bourgeoisie uns den Fuß auf den Nacken setzen, daß sie ihre Stellung mißbrauchen, um die Gemeindewahlrechte zu verschlechtern, um das Vereins- und Versammlungsrecht zu verschlechtern? (Lebhafte Zustimmung.) Denkt an die Novelle zum Vereinsgesetz aus dem Jahre 1896! Denkt an die Bergarbeiternovelle, denkt an die Resolution für ein Zuchthausgesetz! Ich sage nicht, daß die Frage morgen aktuell wird, denn dazu muß Stimmung vorhanden sein, und die Stimmung muß erst geschaffen werden. Es werden aber wahrscheinlich Gewaltstreiche von jener Seite kommen, die alles in Empörung setzen. Aber die Frage muß auf die Tagesordnung kommen. Wir stehen ja in der Beziehung weit hinter dem Bürgertum der früheren Jahrhunderte zurück; das Bürgertum hat, als es entrechtet war, fortwährend gekämpft, wir aber stehen da — nun, ich will das Wort, das mir auf den Lippen sitzt, nicht gebrauchen — wie Leute, denen alles gleichgültig ist. (Sehr gut!) Und dabei bekommen wir einen Hieb nach dem anderen über den Rücken. Das geht auf die Dauer nicht so weiter. (Lebhafter Beifall.)

Während auf der einen Seite Heine sich als Gegner des Massenstreiks bekennt, gehen auf der anderen Seite die Anarchosozialisten über den jetzt von uns vertretenen Standpunkt hinaus und meinen, daß wir auf dem verkehrten Wege sind. Friedeberg, der über diese Frage wiederholt ausführlich in Berlin gesprochen hat, hat die erste seiner Reden in Druck erscheinen lassen und auch mir ein Exemplar mit einer sehr schmeichelhaften Widmung verehrt. Man kann also wohl sagen, daß das, was darin steht, die Ansicht von Friedeberg ist. Dort heißt es auf Seite 3: „Die ökonomischen Vorteile, die durch den Parlamentarismus dem Klassenstaat heute abgerungen werden, können durch Eigentätigkeit des Proletariats in seiner Gewerkschaftsbewegung, durch Ausbau seiner Konsum- und Produktionsassoziationen reichlich ersetzt werden. Die ideellen

Momente beim Parlamentarismus, die Ausbreitung des sozialistischen Denkens, die Förderung des Klassenbewußtseins können viel kraftvoller durch die Generalstreiksidee, viel schneller, viel wuchtiger durch Verwendung der heute im Parlamentarismus festgelegten Kraft zur direkten und unmittelbaren Erziehung und Beeinflussung der Volksmassen in Wort und Schrift durchgesetzt werden. Wir führen keinen politischen Kampf und brauchen deshalb auch keine politischen Kampfformen. Unser Kampf ist ein ökonomischer und ein psychologischer. Deshalb müssen auch unsere Waffen ökonomischer und psychologischer Natur sein." (Hört! hört!) Auf Seite 15, wo er die Partei und ihre Tätigkeit kritisiert, heißt es: „Man vergaß dabei ganz und gar, daß der Staat ja eigentlich nichts ist, ein abstraktes Wort, weiter nichts, daß ein Staat nur Sinn hat, so lange Unterdrückte bestehen, daß er in dem Moment aber, wo die proletarische Weltordnung Platz greift, es keine Unterdrückten mehr gibt, aufhört zu existieren. Der Begriff Staat und Staatsgewalt setzt notwendigerweise ein weiteres Beherrschen und Unterdrückung voraus. Wir haben deshalb nicht die Staatsgewalt zu erobern, sondern die wirtschaftliche Ordnung und das Innenleben des Proletariats so zu gestalten, daß jede Ausbeutung und Unfreiheit aufhört." Genau mit denselben Worten könnte auch ein bürgerlicher Ideologe fordern, daß das Innenleben des Proletariats gehoben wird, daß wir freireligiös werden und damit hätten wir wer weiß was erreicht. (Sehr richtig!) Dann meint Friedeberg weiter, daß die Partei nicht imstande gewesen wäre, Attentate zu verhindern und fährt fort: „Und ich kann Ihnen sagen, wenn die Zettelungen, die heute gegen das Reichstagswahlrecht im Gange sind, durchgeführt werden, das deutsche Proletariat ist vollständig ohnmächtig dagegen." So macht man dem Proletarier Mut zu kämpfen. (Sehr gut! und Heiterkeit.) „Wir werden dem allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrecht keine Tränen nachweinen." (Lebhaftes Hört! hört!) „Im Gegenteil, wir werden wieder einmal bewundern müssen die Dummheit, den Mangel an Taktik bei unseren Gegnern, die der deutschen Arbeiterklasse endlich einmal die Augen öffnen werden über den Weg, den das deutsche Proletariat zu gehen hat." Und auf Seite 19: „99 Hundertstel aller Dinge, die im Parlament verhandelt werden, sind Dinge, die uns gar nichts angehen, die mit dem Moment verschwinden, wo das Proletariat die Klassenherrschaft stürzt." Ganz im Widerspruch zu dieser Auffassung beklagt er auf Seite 10 die Klassenjustiz. Ja, die Klassenjustiz existiert, sie brandmarken aber, das können wir nur im Reichstag; in Versammlungen, da packt uns der Staatsanwalt. (Sehr richtig!)

Wenn das allgemeine Wahlrecht flöten ist, dann ist auch das Vereins- und Versammlungsrecht flöten, dann ist das Koalitionsrecht flöten, dann sind alle die Rechte flöten, die wir brauchen. (Sehr richtig!) Denn wenn unsere Feinde uns einmal das allgemeine Wahlrecht nehmen, dann wären sie geradezu Toren, wenn sie uns die übrigen politischen Rechte, mögen sie noch so gering sein, ließen. (Sehr wahr!) Gesetzt einmal, es sei ein Kampf beim Raub des allgemeinen Stimmrechts geführt, bei dem wir schließlich unterliegen! Da versteht es sich doch ganz von selbst, daß wir unausgesetzt in unseren Vereinen, in Versammlungen, in der Presse kämpfen, daß wir die Massen aufrütteln und dadurch den Gegnern unbequem werden. Haben sie uns das Hauptrecht genommen, dann müssen sie notwendig auch die anderen Rechte beseitigen. (Sehr richtig!) Es hängt eins am anderen. Würden sich die herrschenden Klassen, die der Arbeiterklasse alle Rechte nehmen, etwa einen Generalstreik zwecks Sturzes der Herrschaft der Bourgeoisie gefallen lassen? Wie solche Gedanken, solcher Wirrwarr, solcher Widerspruch sich vereinigen können in dem Kopf eines intelligenten Menschen und eines braven ausgezeichneten Menschen, wie ich kaum einen zweiten kenne, das habe ich mir die ganzen Tage überlegt. Im Feenpalast

spricht Friedeberg — man muß es lesen, um es zu glauben — von einem fünften Stand. (Zuruf: Hat er nicht gesagt!) Das ist allerdings so kolossal dumm, daß ich es auch nicht glauben kann. Er sagt, man müsse sich fragen, ob die Partei noch auf dem Boden des Klassenkampfes steht. Marx und Engels hätten durch ihre dogmatischen Lehren die ganze Bewegung versumpfen lassen. Als ich das las, habe ich mich gefragt, hat denn Friedeberg die ganze Literatur der Partei vergessen, hat er nicht das Kommunistische Manifest gelesen? An der Spitze des Kommunistischen Manifestes steht der lapidare Satz: „Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen." Das ist die Entdeckung von Marx und Engels, eine Entdeckung, die eine vollständige Umwälzung der ganzen Weltanschauung bedeutet. An einer anderen Stelle des Kommunistischen Manifestes heißt es: „Unsere Epoche, die Epoche der Bourgeoisie, zeichnet sich jedoch dadurch aus, daß sie die Klassengegensätze vereinfacht hat und die ganze Gesellschaft scheidet sich mehr und mehr in zwei feindliche Lager, in zwei große, direkt einander gegenüberstehende Klassen, Bourgeoisie und Proletariat." Es wird nachgewiesen, wie der Klassenstaat entstanden ist. „Die moderne Staatsgewalt ist nur ein Ausschuß, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisklasse verwaltet." Hieran schließt sich der Nachweis, wie die Bourgeoisie den modernen Proletarier in immer größeren Massen schafft und diese zwingt zur Organisation als besondere Klasse. „Aber: „diese Organisation der Proletarier als Klasse und damit zur politischen Partei wird jeden Augenblick wieder gesprengt durch die Konkurrenz unter den Arbeitern selbst."

Kurz, man braucht nur das Kommunistische Manifest zu lesen, um zu wissen, daß der angebliche Marxsche Dogmatismus die lebendige Grundlage unserer Weltanschauung bildet und bilden muß. Es steht einem einfach der Verstand still, wenn man hört, daß wir nicht auf dem Boden des Klassenkampfes stehen. (Sehr wahr!) Unser Programm, das doch bis heute noch gilt, und das in diesen Sätzen von keiner Seite angezweifelt ist, betont ausdrücklich unseren Charakter als Klassenpartei. Redner verliest die entsprechenden Stellen des Erfurter Programms, die mit den Worten schließen: „Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist notwendigerweise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. Sie kann den Uebergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein. Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnotwendiges Ziel zu weisen — das ist die Aufgabe der sozialdemokratischen Partei." Wie man angesichts dieser Aeußerungen in den grundlegenden Schriften unserer Meister, angesichts unseres Programms und angesichts einer ganzen Reihe von Aufsätzen, Schriften und Zeitungsartikeln den Massen vorreden kann: Die Partei hat den Boden des Klassenkampfes verlassen — das ist mir unmöglich zu fassen. Friedeberg bezieht sich auf Liebknecht, aber er muß wissen, daß Liebknecht in den späteren Auflagen seiner Schrift über die politische Stellung der Sozialdemokratie mit diesen Worten erklärt, die darin vertretene Anschauung über den Parlamentarismus sei nur auf den norddeutschen Bund anwendbar gewesen. Er habe seit Gründung des Deutschen Reiches seine Stellung geändert. Man mag ja darüber streiten, ob das richtig ist, aber nachdem Liebknecht in dieser klaren Weise seine alte Anschauung dementiert und die Schrift nur noch als Aktenstück einer früheren Periode herausgegeben hat, ist es im höchsten Grade unrecht, um nicht zu sagen: illoyal, gestützt auf die Autorität unseres Alten vor die Arbeiter zu treten und zu sagen: Seht, Liebknecht ist ja mit mir einverstanden! (Lebhafter Beifall.) Diese ganze Kampfmethode ist geradezu ungeheuerlich. Noch unbegreiflicher aber ist es mir,

daß in der Hauptstadt des Deutschen Reichs, in der Stadt der Intelligenz, 3000 Arbeiter, darunter alte Parteigenossen, ein solches Ragout von Widersprüchen der stärksten Art mit Jubel und Beifall aufnahmen. (Sehr wahr!) Wenn ich je gesagt habe, Donnerwetter, sind wir geistig heruntergekommen, ist unsere politische Bildung zurückgegangen, dann an dem Tage, als ich das las. (Sehr richtig!) Nun, alles hat ja seine Erklärung. Ich bin ein alter Knabe, der mehr als 40 Jahre Parteileben durchgemacht hat, ich kenne die Sache. Aehnlich wie jetzt mit den Anarchosozialisten ging es unter dem Sozialistengesetz. Wenn an einem Ort ein Krakeel ausbrach und der eine oder andere mit den maßgebenden Genossen am Orte nicht einverstanden war, so wurde er Mostianer, d. h. Anarchist, obgleich er nicht wußte was das war. (Heiterkeit.) In Berlin sind es die Lokalisten, die darüber verärgert sind, daß sie keine Fortschritte machen. Fortschritte können sie aber nicht machen, weil man der Arbeiterschaft rät, sich lokal zu organisieren, wo ein Blick auf die Unternehmerklasse zeigt, wie diese sich immer mehr national, ja sogar international organisiert. (Sehr richtig!) Da fühlt der Arbeiter instinktiv, daß auch er sich so organisieren muß. Gegenüber den Zentralisten können sie also naturgemäß nichts erreichen, sie sind verärgert von den Gewerkschaften, verärgert über die Parteileitung, die sie vermeintlich nicht in Schutz nimmt und ihnen Knüppel zwischen die Beine werfe. So lange der alte Keßler lebte, der doch bei allen seinen Fehlern strenger Sozialdemokrat war, hielt er sie in den Grenzen, aber der alte Keßler ist gestorben, die Führung hat aufgehört und nun kommt Friedeberg und macht Opposition gegen Partei und Gewerkschaften, und gleich heißt es, der Friedeberg ist unser Mann. (Große Heiterkeit.) So ist die Psychologie. Nun haben sich freilich die betreffenden Berliner Genossen hinterher gesagt: Halt, das riecht doch zu sehr nach Anarchismus, sie setzten sich zusammen, pflegten weisen Rats und gaben ihrer Resolution eine Interpretation, die selbstverständlich die Resolution nicht aus der Welt schaffen kann, sondern die Sache nur noch verwickelter macht. Ich gestehe offen, ich lege der Sache keine große Bedeutung bei, wir haben ja schon viel derlei gehabt. In St. Gallen begann es bereits mit der Anarchistelei. Dann kam die „Volkstribüne" mit ihrem Kampf speziell gegen die Fraktion. Dann wurden die Jungen geboren (Heiterkeit) und daß Robert Schmidt so famos über sie zu reden wußte, kommt daher, daß er selbst zu ihnen gehörte. (Große Heiterkeit.) Er ist aber wieder in den Schafstall zurückgekehrt. (Stürmische Heiterkeit.) Ich meine das nur im biblischen Sinne, und im Himmel herrscht ja mehr Freude über einen reuigen Sünder als über 99 Gerechte. (Andauerde Heiterkeit.) Die Bewegung der Jungen ist in kurzer Zeit zusammengebrochen und ich glaube, mit dem Anarchosozialismus wirds ebenso gehen. (Der Redner erklärt auf die Frage des Vorsitzenden Singer, daß er sein Referat in der Morgensitzung beenden und deshalb seine weiteren Ausführungen kurz fassen wolle.)

Meine weitere Polemik gegen Friedeberg will ich vertagen und nur noch eine Bemerkung gegen ihn machen. 99 Hundertstel von den im Reichstag behandelten Fragen sollen die Proletarier nichts angehen! Also die Vereins- und Versammlungsfreiheit, Koalitionsgesetzgebung, die Klassenjustiz, die Erziehungsfrage, der Strafprozeß, das Gefängniswesen, die Frage der direkten und indirekten Besteuerung, die Flotten- und Militärfragen, die Kolonialpolitik, die Zoll- und Handelspolitik, die Militärmißhandlungen, die Weltpolitik, die Arbeiterschutzgesetzgebung, die Arbeiterversicherung, die Gewerbefreiheit, die Freizügigkeit, die Genossenschaftsfreiheit, die Volkshygiene, die Armengesetzgebung, die Waisengesetzgebung, die Gemeindegesetzgebung, die Wohnungsgesetzgebung — angesichts aller dieser Fragen und vieler anderer kommt Friedeberg und sagt: Hüh, 99 Hundertstel aller im Reichstag behandelten Fragen haben für das Proletariat kein Interesse!

Ja, wenn solches gesagt werden kann und auch noch Beifall bei Genossen findet, dann haben wir allerdings alle Ursache, auf dem Posten zu sein und uns zu fragen, ob wir nicht selbst einen großen Teil der Schuld daran tragen. (Sehr richtig!) Wir haben in den letzten Jahren über alle möglichen Dinge theoretisiert und das Endresultat ist nicht Klärung, sondern immer größere Verwirrung. (Lebhafte Zustimmung.) Auf diesem Boden ist die Saat gewachsen, die wir heute aufgehen sehen. Eine so vollständige Verwirrung über die Grundanschauungen hat es in der Partei nie gegeben, wie jetzt. Ja, wenn es sich um Genossen handelte, die eben erst in die Partei hineingerochen haben, so würde ich mich nicht wundern. Aber es sind zum Teil alte Genossen, die diesen Geist pflegen und so an der Korruption mitarbeiten, die in bezug auf die Grundanschauungen der Partei entsteht. Daraus folgt, daß es unsere Aufgabe ist, von nun an viel energischer als bisher an der Schulung und der politischen Aufklärung der Genossen zu arbeiten. (Beifall.) Man hat mir gestern wegen meiner Stellung zur Neutralität der Gewerkschaften Vorwürfe gemacht und ich hoffe, daß Richard Fischer in seinem gestrigen Schlußwort die betreffenden Stellen aus meiner Broschüre bereits zitiert hat. (Zuruf: Ist geschehen!) Ich habe niemals die Neutralität der Gewerkschaften in politischen Fragen vertreten, sondern nur gesagt, daß die Gewerkschaften sich nicht als Anhängsel einer politischen Partei betrachten dürfen, weil sie genötigt sind, alle Arbeiter in ihrer Mitte aufzunehmen und diese Aufnahme nicht von einem politischen Glaubensbekenntnis abhängig machen dürfen. Die Gewerkschaftsblätter und -Redner haben alle die Pflicht, immer wieder ihren Mitgliedern zu sagen: Ihr seid Arbeiter und als solche Staatsbürger, und als Staatsbürger an allen Fragen des Staates und der Gesetzgebung interessiert. Wenn so an der Aufklärung der Arbeiter gearbeitet wird, dann mache ich mich anheischig, ein Gewerkschaftsblatt das ganze Jahr hindurch so zu redigieren, daß das Wort Sozialdemokratie überhaupt nicht fällt und die Leser doch Sozialdemokraten werden. (Lebhafte Zustimmung und Heiterkeit.) Das ist das Geheimnis, das ist die Art, wie agitiert werden muß. Wenn dann gleichzeitig auch die Parteipresse mehr als bisher den Organisationsfragen sich widmet, wenn überall im Sinne meiner Resolution an der Organisation gearbeitet wird, wenn überall die Agitation im Sinne einer gründlichen politischen Aufklärung betrieben wird, wenn vor allen Dingen auch wieder das Studium der grundlegenden Schriften des Sozialismus zu Ehren kommt und in ganz anderer Weise als bisher betrieben wird, dann wird es kein Meisterstück sein, im Laufe eines Jahres die Mitgliederzahl unserer Vereine zu verdoppeln, die der Gewerkschaften um mindestens 25 Proz. zu steigern und die Leser unserer Organe um 50 bis 100 Proz. zu heben. Dadurch werden wir ein Maß von Mitteln zur Aufklärung der Parteigenossen und zur Vorbereitung auf die schweren Kämpfe, die kommen werden, erhalten, wie es großartiger aber auch selbstverständlicher nicht gedacht werden kann. In diesem Sinne bitte ich Sie, meiner Resolution zuzustimmen, in diesem Sinne wollen wir arbeiten und kämpfen, bis der Sieg voll und ganz errungen ist. (Stürmischer, lang anhaltender Beifall.)

Singer: Von Legien ist folgendes Amendement eingegangen: „In der Resolution 151 den Absatz 8, der vom Massenstreik handelt, zu streichen und dem folgenden Absatz eine entsprechend veränderte Fassung zu geben."

Es ist ferner der Antrag eingegangen: „Der Parteivorstand wird beauftragt, die Rede Bebels zum Generalstreik als Broschüre verteilen zu lassen und gratis zur Massenverbreitung an die Parteiorganisation Deutschlands herauszugeben." — Im Antrag Bebels ist bereits die Abfassung einer Broschüre gewünscht; diese beiden Anträge werden sich also gut verbinden lassen.

Ich habe noch mitzuteilen, daß von unserem gern gesehenen Gast Genossen August Bringmann dem Parteitag folgende Erklärung zugegangen ist:

„Ich erkläre hierdurch, daß ich nicht die Absicht habe, mich von den altbewährten Bahnen der Sozialdemokratie zu entfernen. Alle aus meinen Reden resp. Schriften gezogenen Schlüsse, die zu einer solchen Vermutung führen, sind irrig.

August Bringmann.'

Der Parteitag nimmt Kenntnis von dieser Erklärung.

Schluß 1 Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

3 Uhr.

Singer führt den Vorsitz und teilt mit, daß folgendes Telegramm aus Köln eingegangen ist: „Nieuwenhuis noch in Haft nach § 361, 2, wird heute nachmittag Richter vorgeführt werden. Näheres folgt."

Weiter ist folgende Mitteilung von dem Genossen Kaufholt eingegangen: „Anläßlich einer Lohnforderung von 300 Lagerarbeitern der A. E.-G. wegen Aufbesserung des Stundenlohnes von 30 auf 35 Pf. sind auf Betreiben des Kühnemännerverbandes heute hier 6000 Arbeiter ausgesperrt. (Pfui!-Rufe.) Sämtliche elektrische Werke Berlins sollen folgen. Hier herrscht darüber große Erbitterung." (Unruhe.) Ich füge hinzu, daß nach Preßnachrichten 100 000 Arbeiter ausgesperrt werden sollen.

Hierauf wird die Diskussion über den Punkt

„Generalstreik und Sozialdemokratie"

mit den dazu gestellten Anträgen eröffnet. Der Antrag 137 Absatz 3 ist zurückgezogen.

Bernstein-Berlin: Bebel hat meine Aeußerungen über die zunehmende Ohnmacht des Reichstages für falsch erklärt. Durch alles, was ich im Reichstag gesehen habe, habe ich aber den Eindruck erhalten, daß in der Tat die Tendenz vorhanden ist, die Bedeutung des Reichstages immer mehr herabzudrücken. Schärfer hat sich in diesem Sinne ja Kautsky geäußert, mit dem Bebel mehr Anlaß gehabt hätte, sich auseinanderzusetzen. Bei der Beratung der wichtigsten Anträge sind die Bundesratstische leer. (Hoffmann-Berlin: Pfeifen wir drauf!) Sie mögen darauf pfeifen, es ist aber für die in Regierungskreisen obwaltenden Tendenzen überaus charakteristisch. Denken Sie an den übereilten Sessionsschluß, über den selbst bis tief in die bürgerlichen Parteien Entrüstung herrschte.

Das kann uns nicht gleichgültig sein, weil auch unsere Arbeit darunter leidet. Das Bestreben, das Interesse am Reichstag abzustumpfen und alle Entscheidungen von Wichtigkeit in den Landtag hinüberzuspielen, kann nicht scharf genug bekämpft werden. Bebel hat von der Bourgeoisie gesprochen, als wäre sie eine einheitliche Masse. Aber neben der Industrie- und Handelsfeudalität, die mit dem Junkertum die Reaktion tragen, stehen noch breite Schichten des Bürgertums, die mit dieser Reaktion nicht einverstanden sind. Sie sind zwar zerspalten, aber in gewissen Momenten ist auf sie zu rechnen. Ich erinnere an die Sympathiekundgebungen aus bürgerlichen Kreisen beim Bergarbeiterstreik. Gewiß ist die Macht der Arbeiterklasse, wie Bebel betont, groß, aber ich unterschreibe das nicht in bezug auf die auswärtige Politik. Beim Marokkohandel, in unserem ganzen Verhältnis zum Zarentum, wo wir gar nicht einmal wissen, was alles von der deutschen Diplomatie für den Zarismus geschehen ist, zeigt es sich, daß wir eine Kabinetts- und keine Volkspolitik haben. Da haben wir keinen Einfluß, da liegen heute die Grenzen unseres Könnens. Ich bin der letzte, der die Bedeutung des allgemeinen Wahlrechts für die Arbeiterklasse unterschätzt. Das allgemeine Wahlrecht ist nicht nur ein

Faktor im politischen Sinne, um die Ansichten der Arbeiter zum Ausdruck zu bringen, es ist auch ein großer ökonomischer Faktor. Bei allen Handlungen der Arbeiterklasse zeigt sich, daß wir Politik und Oekonomie gar nicht in der Weise trennen können, wie es bei uns noch von mancher Seite geschieht. Jeder große Streik wird zu einem politischen Ereignis. Nimmt man der Arbeiterklasse das Wahlrecht, so nimmt man ihr damit auch eine wichtige Waffe im ökonomischen Kampfe. Sehen Sie sich die Lex Gröber an. Es ist, so lange sie besteht, möglich, im Reichstage eine Verfassungsänderung durchzupeitschen, ehe ihre Tragweite dem Volke völlig zum Bewußtsein kommt. Darum muß es beizeiten gewarnt werden. Die Resolution Bebel stimmt genau mit meinem Vortrag in Breslau überein. Ich kann ihr also aus voller Seele zustimmen und hoffe, daß der Kongreß sie einstimmig annimmt. (Beifall.)

Heine-Berlin III: Daß ich dem größten Teil der Bebelschen Resolution und seiner Rede zustimmen kann, ist selbstverständlich. Die historischen Ausführungen, die Kritik der Gegner — alles unanfechtbar! Aber ich weiß daraus noch immer nicht, ob wir nur auf Wahlrechtsverschlechterung mit dem Massenstreik antworten sollen. Einige Teile klingen als begeisternde Fanfaren zum Massenstreik und werden von Genossen und Gegnern sicher so aufgefaßt. An anderer Stelle wieder will Bebel anscheinend nicht unbedingt sich auf den Massenstreik festlegen. Die Resolution spricht von „geeigneten Mitteln" und „gegebenenfalls". Ich halte den Massenstreik jetzt nicht für geeignet und deshalb den „Fall nicht für gegeben", andere denken anders. Also wird der Streit jetzt erst recht losgehen.

Was wir brauchen, wäre aber eine klare, praktische Entscheidung. Wenn wir einen Entschluß fassen wollen, so müssen wir doch untersuchen: Kann die Sozialdemokratie in Deutschland auf einen Massenstreik rechnen? Wer kann mitgehen? Wer wird mitgehen?

Davon enthält Bebels Rede nicht ein Wort. Dies war um so wichtiger, als Roland-Holst nicht gerade glänzende Perspektiven in dieser Richtung eröffnet. Was Leimpeters und ich darüber in den „Sozialistischen Monatsheften" geschrieben haben, das hat Genosse Bebel nicht widerlegt.

Ferner müssen wir uns fragen: Können wir mit dem Massenstreik siegen? Denn siegen ist doch wohl der Zweck solcher Kämpfe? Was steht uns entgegen? Wie wird der Streik verlaufen? Ich stimme Wort für Wort mit dem überein, was Frau Zetkin in Berlin gesagt hat. Sie sagte nach dem „Vorwärts": „Wir können deshalb auch nicht sagen: wenn die bürgerliche Gesellschaft das und das tut, dann werden wir mit dem politischen Massenstreik antworten. Aber wenn er ausbricht, dann muß hinter ihm auch das Gespenst der Revolution stehen. Wenn das Proletariat einmal den politischen Massenstreik unter seine Kampfesmittel aufgenommen hat, dann darf es sich nicht blenden lassen durch das Wörtchen Gesetzlichkeit. Wenn die herrschenden Klassen den Boden der Gesetzlichkeit zertrümmern, ist das Proletariat im Recht zu sagen: Ich stelle mich auf den granitnen Boden meiner Macht."

Freilich das sittliche Recht zu solchem Tun, das kann uns dann niemand bestreiten, aber spätestens seit Marx wissen wir, daß man mit diesem Recht keinen Hund vom Ofen lockt. In der Politik ist Recht, was man kann. Darum spricht auch Frau Zetkin von dem „granitnen Boden der Macht", auf den wir uns stellen sollen. Ja, man zeige uns diese granitne unzerbrechliche Macht! Bebel hat uns beweisen wollen, daß wir Macht haben. Gewiß haben wir solche, namentlich geistige Macht, aber es fragt sich nur, haben wir die Macht, einen Generalstreik in nächster Zeit durchzuführen. Ich meine nein!

Als ich meinen Artikel in den „Sozialistischen Monatsheften" schrieb, wußte ich, daß er vielen nicht angenehm klingen würde. Es schmeckt immer besser, sich an dem süßen Trank des eigenen Machtgefühls zu berauschen. Ich

wußte auch, daß die Hinweise auf das Strafgesetz verstimmen würden. Gegen den illoyalen Vorwurf, ich hätte dem Staatsanwalt Material geliefert, hat mich schon Bebel verteidigt, der unwissendste Staatsanwalt braucht sich von mir keine Paragraphen sagen zu lassen. Darin sind die Herren sehr findig. Aber die Genossen, denen diese Bestimmungen des Strafgesetzes unbekannt sind, wollte ich warnen.

Uebrigens, was den Hinweis auf den Staatsanwalt betrifft, so befinde ich mich da in guter Gesellschaft, Bebel hat gestern gegen Liebknecht und heute gegen Friedeberg den gleichen Hinweis gemacht. Ich halte es für meine heiligste Pflicht, öffentlich den Genossen zu sagen, daß wir nicht die Macht haben, jetzt einen politischen Massenstreik zu beginnen. Auch Frau Roland-Holst betont, daß wir der brutalen Gewalt der Gegner jetzt nicht gewachsen sind. Deshalb will sie auch einen friedlichen Generalstreik, bei dem bloß gehungert wird, aber gleich erklärt wird, daß sonst nichts geschehen solle. Bei uns in Deutschland wäre ein solcher Streik wirkungslos, unsere Junker und Bureaukraten haben noch zu gute Nerven, als daß sie sich dadurch ins Bockshorn jagen ließen. Meine Ausführungen in den Monatsheften, daß sie es zur Straßenschlacht treiben würden, hat Bebel auch nicht widerlegt, und daß wir in einem solchen Kampf nicht siegen würden, darüber sind wir uns auch einig. Mit Worten, mögen sie noch so edel gemeint sein, schlägt man keine Schlachten, und auf die Humanität der Regierung und der Soldaten möchte ich nicht spekulieren; dazu bin ich nicht „ethisch" genug. Bebel hat von Angstmeierei gesprochen. Angst ist ein unklares Gefühl der Sorge vor dem Unbekannten, aber einer bekannten Gefahr klar ins Auge sehen und wenn man sie nicht bestehen kann, ihr aus dem Wege gehen, das ist eine Pflicht der Klugheit, namentlich wenn man für andere verantwortlich ist. (Sehr wahr!) Mir ist das Blut des Volkes zu teuer, die Arbeiter sind es, die ihre Haut zu Markte tragen müßten. (Zuruf: Wir auch!) In erster Reihe die Arbeiter! Es heißt, Opfer erfordere mal jede Sache. Wohl, wenn die Sache dadurch gefördert würde. Hier aber würden die Opfer gebracht um einer sicheren Niederlage willen. Tastet man das Wahlrecht an, wahrlich schlimm! Erklären wir aber jetzt darauf mit dem Massenstreik antworten zu wollen, so ist das weit entfernt, die Gegner abzuschrecken. Es ist vielmehr das beste Mittel, sie zur Wahlentrechtung anzureizen, denn sie wünschen ja nichts sehnlicher als daß wir das Volk vor ihre Gewehre und Kanonen führen sollen. Könnten wir uns nicht gegen eine Wahlentrechtung wehren — gewiß, es wäre eine beschämende Niederlage. Machen wir aber unter den jetzigen Umständen Generalstreik, so geht uns nicht nur das Wahlrecht zum Teufel, sondern das Koalitionsrecht, Vereins- und Versammlungsrecht und das bißchen Preßfreiheit dazu. Tun wir also den Scharfmachern nicht diesen Gefallen. Schaffen wir vielmehr erst diesen granitnen Boden der Macht. Wie das zu machen ist, davon sagt die Resolution nichts, womit ich nicht einverstanden wäre. Ich stimme Bebel bei, daß wir unorganisierte Massen nicht blindlings in einen Massenstreik hineinjagen dürfen. Ich rief ihm zu: „habt Ihr sie in Zügel?", worauf er mir das richtige Bewußtsein absprach, aber mein Zwischenruf sollte doch nur dasselbe sagen, was Bebel sagte: daß nämlich die Massen noch nicht organisiert sind.

Also organisieren wir, vor allem werben wir, ziehen wir vor allem den leider immer noch größeren Teil des Volkes heran, der unserer Sache noch fernsteht. Die unaufgeklärten Massen und die Leute, die man so verächtlich als Mitläufer abtat, denen man entgegengerufen hat: „wir mögen Euch gar nicht, wir wollen lieber eine kleine Partei," die sind auch Volk (Sehr richtig!), ohne diese Mengen können wir auch in einem Massenstreik nicht siegen. Haben wir aber die einmal, so liegt es vielleicht anders. Was dann sein wird, darüber konnte man heute nur Worte machen. Ich denke: „Kommt Zeit, kommt Tat".

Frohme-Hamburg: Parteigenossen! Die umfassenden und gründlichen Ausführungen Bebels werden es vielen Parteigenossen erst ermöglichen, sich ein festes Urteil in der Frage des Generalstreiks zu bilden oder ihr Urteil wesentlich zu berichtigen. Es ist Ihnen ja allen bekannt, daß ich in dieser Frage eine Stellung eingenommen habe, die von der vieler Parteigenossen abweicht. Ich bin ruhig, objektiv erwägend an sie herangetreten und bin zu dem Schluß gekommen, daß es vollständig unzweckmäßig und höchst bedenklich sei, uns unter allen Umständen für bestimmte Zwecke auf den politischen Massenstreik festzulegen. Wir betreten damit durchaus den Boden rein taktischer Erwägungen und man sollte sich hüten, irgendwie das Prinzip als ausschlaggebend hineinspielen zu lassen. Darüber sind wir alle einig, daß das Volksnotwehrrecht unter Umständen bis zum äußersten zu gelten habe. Aber wie gesagt, wenn man der Angelegenheit unter taktischen und praktischen Gesichtspunkten näher tritt, so kann man allerdings zu erheblichen Ausstellungen kommen. Die Diskussion dieser Frage habe ich niemals abgelehnt, bekämpft habe ich nur die Art und Weise, wie man auf vielen Seiten die Diskussion geführt hat. Da ist man weit über das Ziel hinausgegangen, hat man ganz anders sich ausgelassen, als es heute Bebel in ruhiger, objektiver Weise getan hat. Man soll sich in solchen Fragen hüten vor Ueberstürzung, hüten vor allem vor Fanatismus. Wir haben es erlebt, daß in unsern eigenen Reihen sich eine bedenkliche Hinneigung zu rein anarchistischen Auffassungen geltend gemacht hat. Bebel hat mit Recht darauf hingewiesen, daß ein gut Teil der Schuld daran, daß soviel Unklarheit und Verwirrung entstanden ist, wir selbst tragen. Ich möchte mir gestatten, Ihnen ein paar Sätze vorzulesen „Nicht als Mittel, die kapitalistische Produktion stillzusetzen, sie langsam auszuhungern und durch diesen Druck, diese oder jene Einzelforderung durchzusetzen oder irgend einen politischen Anschlag abzuwehren, ist der politische Generalstreik aufzufassen, ein solcher Massenstreik als untergeordnete Aktion zur Erreichung eines ganz bestimmten politischen Teilzweckes gedacht, ist von vornherein aussichtslos. Er darf nur in Frage kommen, wo es den ganzen Einsatz der Person und die Existenz verlohnt, wo die Masse der Bevölkerung mit elementarem Ungestüm sich ihm anschließt, wo es sich um die ganze politische Macht und deren Eroberung handelt. Ein Proletariat, das diesen Schlag riskiert, muß bereit sein im Falle des Sieges das Staatsruder zu übernehmen, und die Masse muß damit einverstanden sein, daß sie für den Sturz der Klassenherrschaft, um die Diktatur des Proletariats kämpft."

Sie mögen nun wohl annehmen, daß diese Worte in einem anerkannt anarchistischen Blatte gestanden haben. Nein, das ist wörtlich enthalten in einem Artikel der „Leipziger Volkszeitung" vom 18. März 1904. Wie unterscheiden sich davon noch Ausführungen von anarchistischer Seite. Wie Genosse Bebel heute die Sache dargestellt hat, gewinnt sie unter rein taktischen Gesichtspunkten ein ganz anderes Aussehen. Ich halte mich an die Tendenz der Resolution des Genossen Bebel und an die allgemeine Tendenz seiner Ausführungen. Dieser werden wir alle zustimmen können, wenn auch mit den Worten „alle zu Gebote stehender Mittel anzuwenden" recht eigentlich auch die Anerkennung des politischen Generalstreiks schon enthalten ist. Jedenfalls sollten wir dafür sorgen, daß die Diskussion über diese Frage sich in den richtigen Grenzen hält; stelle man es nicht so hin, als wenn diejenigen, die nicht gleich in die vorgehauene Kerbe hauen Verräter an der Partei, am Prinzip wären. Ich halte diejenigen, die mit Vorsicht an die Behandlung dieser Frage gehen, für ebenso gewissenhaft und der Parteiinteressen dienend, wie alle anderen. Auf dem Amsterdamer Kongreß hat die Genossin Roland-Holst erklärt: An die Türen zum Generalstreik stellen wir die Wächter: Vorsicht, Klugheit, Organisation und Disziplin. Es versteht sich doch in der Tat von selbst, daß wir keine Ursache haben, die Massen in eine Blutshitze hinzureden, in ihr überschwengliche Hoffnungen zu erwecken, die unter Um-

ständen nicht in Erfüllung gehen und dann böse Rückschläge für die ganze Sache des Volkes mit sich führen. Wenn man sich für den politischen Massenstreik gegebenenfalls entscheidet, dann muß man wissen, daß man eine schwere Verantwortung übernimmt. Wir müssen uns klar machen, daß wir sehr viele Vorkämpfe zu bestehen haben werden, zu denen die Gegner uns provozieren werden, um unsere Kraft zu schwächen. Es wird daher gelten, zunächst unsere Kraft zu stärken, unsere Organisationen auszubauen. Denn bisher haben wir von 11—12 Millionen Arbeitern erst $1^1/_2$ Millionen gewerkschaftlich organisiert. Und mit der Organisation allein ist nicht genug getan, es muß Aufklärung geschafft, Licht in die Köpfe gebracht werden. An die Parteigenossen möchte ich dabei die Aufforderung richten, sich auch selbst der Gewerkschaftspresse etwas mehr zu widmen. Kommen wir zu einer solchen Macht, so können wir es unter Umständen erleben, daß unsere Gegner angesichts dieser unserer Einigkeit und Entschlossenheit, es bis zum Aeußersten kommen zu lassen, es selbst nicht wagen, die Rechte des Volkes so zu vergewaltigen, wie sie es wollten. (Bravo!)

Robert Schmidt-Berlin: Bebel hat im Laufe seines Referats auch eine Bemerkung über meinen politischen Werdegang gemacht. Es ist richtig, daß ich vor fünfzehn Jahren Neigung zur unabhängigen Bewegung gehabt und das kühne Unterfangen gehabt habe, dem Genossen Bebel mehr revolutionäre Gesinnung beizubringen. (Heiterkeit.) Ich bin über den Einfluß, den ich damals ausgeübt habe, heute m e h r als befriedigt. (Große Heiterkeit.) Ich bin im Gegensatz zu den Vorrednern der Meinung, daß die Resolution Bebel sehr klar ist. Sie bringt uns in eine ganz neue Situation. Bebel stellt einen ganz bestimmten Fall hin, den Raub des allgemeinen Wahlrechts, und sagt für diesen Fall den politischen Massenstreik an. Wenn aber der Massenstreik ein Mittel ist, um den Angriff der Gegner abzuwehren, dann sehe ich nicht ein, weshalb man nicht weiterhin sagen soll: er ist überhaupt ein so vorzügliches Mittel, daß wir uns in jedem Falle seiner bedienen wollen. Und da gebe ich Friedeberg recht: Die Halbheit hat in diesen Dingen keinen Zweck. Wenn der Massenstreik das Koalitionsrecht, das Wahlrecht schützen kann, warum soll er dann nicht in der Lage sein, die bürgerliche Gesellschaft aus den Angeln zu heben? Es handelt sich also unter Umständen um Sein oder Nichtsein der bürgerlichen Gesellschaft. Deshalb hat Friedeberg durchaus konsequent diesen Weg und diese theoretische Auffassung weiter gedacht als Bebel. Nach dem Bremer Parteitage war Bebel noch anderer Ansicht. Damals schrieb er in der „Neuen Zeit": „Das geplante oder befürchtete Attentat auf das Reichstagswahlrecht zum Gegenstande einer Debatte auf dem Parteitage zu machen, wäre ein grober taktischer Fehler, den kein Politiker, am wenigsten eine Partei machen darf. Erfährt die Parteipresse von solchen Attentatsplänen, so ist es ihre Pflicht, die Aufmerksamkeit der Partei darauf zu lenken, also die Rolle des Wächters und Warners zu übernehmen. Aber daß eine große Partei gegen Projekte, die noch keine greifbare Gestalt angenommen haben, gewissermaßen ins Blaue einen Feldzug unternehmen und Maßregeln zur Abwehr beschließen soll, wäre das Verkehrteste, was geschehen könnte. Die Art der Abwehr richtet sich nach der Art des Angriffes. Erst wenn dieser klar vorliegt, kann man die Gegenmaßregeln treffen. Es ist ganz unmöglich, die Massen ins Feuer zu bringen gegen einen Feind, den sie noch nicht sehen. Und nichts ist gefährlicher, als eine große Aktion zu beschließen, für die das Angriffsobjekt noch fehlt. Ein Attentat auf das Reichstagswahlrecht, für das unzweifelhaft in weiten Kreisen unserer Gegner Neigung besteht, kann nicht von heute auf morgen durchgeführt werden. Auch findet ein solches Attentat nicht nur den entschiedensten Widerstand der Dreimillionenpartei, mit ihr kämpft die gesamte Arbeiterklasse ohne Unterschied der politischen Stellung. Es würde ein Kampf, der das Reich in seinen Grundvesten erschüttert, sein Ansehen nach außen aufs stärkste schädigte und das Bürgertum in sich spaltete und schwächte. Um einen solchen Kampf

aufzunehmen und zu führen, bedarf es von unserer Seite keiner langwierigen Verhandlungen und Vorbereitungen, den können wir, wenn es sein muß, jeden Tag beginnen. Aber wir beginnen ihn nicht eher, bis es sein muß. Bereit sein ist alles." Damit ist auch zugleich eine Antwort auf die Frage Bebels gegeben, was wir denn machen wollten, wenn uns das Wahlrecht genommen werden sollte und wir keinen Massenstreik machen. Die Situation ist heute nicht ernster als zur Zeit des Umsturzgesetzes und der Zuchthausvorlage. Weshalb denn nun auf einmal dies neue Kampfesmittel? Ich schätze den Genossen Bebel sehr als den brillanten Reitergeneral auf dem Paradefelde der politischen Partei, aber seine schneidige Reiterattacke wird im Ernstfalle in tausend Atome auffliegen, und das ist das Gefährliche. Die Arbeiter haben keine Disziplin wie ein preußisches Regiment, und die Mannschaften werden im Ernstfalle auch fragen: Herr Kommandeur, wo geht es hin? Und wenn du uns in den Hinterhalt führst, so weigern wir den Gehorsam! — In zwei Tagen kann solch ein Generalstreik ja nicht durchgeführt werden, wenigstens in Deutschland nicht. Wenn das in Holland möglich war, so ist das für uns gleichgültig. Ueber den belgischen Generalstreik hat Vandervelde gesagt: „Was vermochten die Tausende von Manifestanten bei all ihrem Mute gegen die Gewehre der Gendarmerie und der Zivilgarde auszurichten, die sich den sechzigtausend Bajonetten der regulären Armee angliedern, eine Armee, die gewiß der Regierung unzuverlässig erschien, deren großer Teil zum mindesten sich jedoch dem Kommando zum Massakre gefügt hätte." So wie es da lag, wird es sich bei uns wiederholen.

Man sagt, wir haben ja auch in Deutschland schon politische Streiks gehabt. Das ist richtig. Wir haben sie bei sozialpolitischen Forderungen gehabt. O ja, da ist es schon denkbar, daß der Bourgeois kommt und sagt: Für die Bergarbeiter ist der Achtstundentag durchaus berechtigt. Aber, lieber Genosse Bebel, wenn es sich um die Machtfrage handelt, dann ist die Bourgeoisie einig und nicht nur das, sondern wir werden auch Abtrünnige bekommen. Ueberall, wo bisher Massenstreiks versucht worden sind, ist sehr schnell ein ungeheurer Aufschlag auf alle Preise der Lebensmittel erfolgt. Genosse Bebel aber hat in seinen vorzüglichen und weit ausgreifenden Ausführungen eine Frage nicht berührt, nämlich die der Durchführbarkeit. Sie (zu Bebel) sagen: wir wollen 14 Tage hungern. Das ist ja ein Wort, das schön klingt, aber die praktische Durchführung macht doch kein Mensch mit. So liegen die Dinge. Daß wir uns heute noch darüber unterhalten müssen, ob wir Gewalt anwenden wollen oder nicht, ist bedauerlich. Und darum dreht es sich. Dagegen, daß wir unser Leben einsetzen, sagt niemand etwas, aber daß wir politischen Selbstmord begehen, dagegen erhebe ich Widerspruch. Einen Verzweiflungskampf zu beginnen im Vertrauen darauf, daß das preußische Militär nicht schießen wird, das ist eine Vertrauensseligkeit, die ich einfach nicht verstehe. Wir bekommen dann russische Zustände und sogar schlimmere, weil wir ein ganz anderes Verwaltungssystem haben und eine viel konzentriertere Militärmacht. Bei uns würde es daher für die Bourgeoisie eine Kleinigkeit sein, uns zu Paaren zu treiben. Denen, die hier damit operieren, daß wir unser Leben für eine große Sache einsetzen müssen, kann ich nicht besser antworten als mit den Worten, die Liebknecht in Halle sprach: „Man hatte uns durch das Sozialistengesetz außerhalb des gemeinen Rechts gestellt, da mußten wir entweder uns feig ducken oder richtiger: Selbstmord begehen oder wir mußten tun, was wir getan haben — erklären: Wir müssen der Gewalt weichen, aber als Recht erkennen wir dies Gesetz nicht an; auf dem Boden dieses Gesetzes können wir als Partei nicht existieren, wir existieren aber und wollen existieren und deshalb müssen wir, dem Gebote der Selbsterhaltung folgend, das Gesetz brechen und das können wir doch nicht „gesetzlich", das heißt auf dem Boden dieses Gesetzes. Unser Wydener Beschluß war die notwendige und logische Antwort auf das Sozialistengesetz; es war

zugleich unser Aktionsprogramm, und die Ausführung ist dem Beschluß gefolgt." So liegen die Dinge auch heute noch: wir können nicht vernichtet werden. Darüber mag sich die Bourgeoisie keinen Zweifeln hingeben, daß wir, wenn sie von neuem gegen uns mit Gewalt vorgehen sollte, dann weiter wühlen würden, wie wir es unter dem Sozialistengesetz getan haben. (Beifall bei einem Teil der Versammlung.)

Barenthin-Berlin: Ich teile nicht die Ansichten Robert Schmidts. In Arbeiterkreisen wird ganz anders über den Massenstreik geurteilt, als die Personen es tun, die nicht mehr an der Hobelbank oder am Schraubstock stehen. (Sehr richtig!) Wir müssen doch wissen, was wir zu tun haben, wenn uns das Wahlrecht genommen wird. Da gilt es, die Massen zu prüfen. Mit dem allgemeinen Wahlrecht würde auch das Koalitionsrecht den Arbeitern genommen werden, und deshalb ist es auch Pflicht, in den Gewerkschaftsversammlungen den Massenstreik zu diskutieren. Bömelburg sagte in Köln: Wenn uns das Wahlrecht genommen wird, dann müssen wir zu den anderen Mitteln greifen. Ja, welche Mittel sind denn das? (Sehr gut!) Es ist notwendig, dies Problem zu untersuchen und wir werden finden, daß uns dann nichts als der politische Massenstreik übrig bleibt. In Belgien, in Italien sind Erfolge erzielt worden. In Italien haben sich nach dem Generalstreik die Stimmen verdoppelt. Im Generalstreik liegt ein revolutionäres Moment. In allen Wahlvereinsversammlungen muß der politische Massenstreik diskutiert werden. Die Köpfe der Parteigenossen müssen revolutioniert werden. Ist unsere politische und gewerkschaftliche Organisation gestärkt, dann werden die Anschläge unserer Gegner zerschellen. (Bravo!)

Rosa Luxemburg: Wenn man die bisherigen Reden in der Debatte zur Frage des politischen Massenstreiks hier gehört hat, muß man sich wirklich an den Kopf fassen und fragen: Leben wir denn tatsächlich im Jahre der glorreichen russischen Revolution oder stehen wir in der Zeit zehn Jahre vor ihr? (Sehr richtig!) Sie lesen tagtäglich in den Zeitungen die Berichte von der Revolution, sie lesen die Depeschen, aber es scheint, daß Sie keine Augen haben zu sehen und keine Ohren zu hören. Da verlangt man, daß wir sagen, wie werden wir den Generalstreik machen, mit welchen Mitteln, zu welcher Stunde wird der Generalstreik erklärt, habt ihr schon die Magazine für die Lebensmittel? Die Massen werden verhungern. Könnt ihr es auf euer Gewissen nehmen, daß Blut fließt? Ja, alle, die solche Fragen stellen, haben nicht die geringste Fühlung mit der Masse, sonst würden sie sich nicht so weit den Kopf um das Blut der Massen zerbrechen, denn die Verantwortlichkeit ruht gerade nicht bei den Genossen, die diese Fragen stellen. Schmidt sagt, warum sollen wir auf einmal unsere alte bewährte Taktik dem Generalstreik zu Liebe aufgeben, warum sollen wir auf einmal diesen politischen Selbstmord begehen? Ja, sieht denn Robert Schmidt nicht, daß die Zeit gekommen ist, die unsere Großmeister Marx und Engels vorausgesehen haben, wo die Evolution in die Revolution umschlägt? Wir sehen die russische Revolution und wir wären Esel, wenn wir daraus nichts lernten. Da stellt sich Heine hin und fragt Bebel, ja haben Sie auch darüber nachgedacht, daß im Fall des Generalstreiks nicht nur unsere wohl organisierten Kräfte, sondern auch die unorganisierten Massen auf dem Plan zu erscheinen haben, und haben Sie auch diese Massen im Zügel? Aus diesem einem Wort geht die ganze bürgerliche Auffassung von Heine hervor, das ist eine Schande für einen Sozialdemokraten. (Unruhe.) Die bisherigen Revolutionen, namentlich die von 1848, haben bewiesen, daß man in revolutionären Situationen nicht die Massen im Zügel halten muß, sondern die parlamentarischen Rechtsanwälte, damit sie die Massen und die Revolution nicht verraten. Schmidt hat sich auf das belgische Experiment und auf den Ausspruch von Vandervelde bezogen; ich glaube, wenn irgend etwas gezeigt hat, daß man eine großartige spontane revolutionäre Massen-

Bewegung durch Kleingeisterei ruinieren kann, so war es dieser Streik, und Vandervelde konnte meiner Kritik gegenüber nicht eine einzige Tatsache anführen, sondern suchte sich durch allgemeine Redensarten herauszureden, als ich ihm nachwies, daß diese ganze großartige Massenstreikbewegung durch das parlamentarische Techtelmechteln mit den Liberalen zugrunde gegangen war. (Bernstein: Unwahr!) Ach, was verstehen Sie davon? (Große Unruhe.) Heine hat das rote blutige Gespenst heraufbeschworen, und gesagt, ihm sei das Blut des deutschen Volkes teurer als — das war der Sinn seiner Worte — dem leichtsinnigen Jüngling Bebel. Ich will die persönliche Frage beiseite schieben, wer mehr berufen und mehr befähigt ist, die Verantwortung zu tragen, Bebel oder der vorsichtige staatsmännische Heine, aber wir sehen doch an der Geschichte, daß alle Revolutionen mit dem Blut des Volkes erkauft sind. Der ganze Unterschied ist, daß bis jetzt das Blut des Volkes für die herrschenden Klassen vergossen wurde, und jetzt, wo von der Möglichkeit gesprochen wird, ihr Blut für ihre eigene Kasse zu lassen, da kommen vorsichtige, sogenannte Sozialdemokraten und sagen, nein, dies Blut ist uns zu teuer. Es handelt sich augenblicklich nicht darum, die Revolution zu proklamieren, es handelt sich nicht einmal darum, den Massenstreik zu proklamieren. Und wenn uns Heine, Schmidt und Frohme zurufen, organisiert die Massen und klärt sie auf, so werden wir ihnen antworten, das tun wir, aber wir wollen es nicht in Eurem Sinne! (Zuruf: Ach! ach!) Nicht in dem Sinne der Verkleisterung und Vertuschung der Gegensätze, wie es alle diese Genossen seit Jahr und Tag tun. Nein, nicht die Organisation vor allem, sondern vor allem der revolutionäre Geist der Aufklärung! Das ist noch viel wichtiger. Erinnern Sie sich an die Zeit des Sozialistengesetzes! Man hat unsere Gewerkschaften zertrümmert, und sie sind wie Phönixe aus der Asche emporgestiegen. Ebenso wird es auch künftig in Perioden heftiger Kämpfe sein. Es gilt vor allen, die Massen aufzuklären und da brauchen wir gar nicht so vorsichtig zu sein wie die Gewerkschaftsführer in Köln es gewesen sind. Die Gewerkschaft darf nicht zum Selbstzweck und dadurch zum Hemmschuh für die Bewegungsfreiheit der Arbeiter werden. Lernen Sie einmal aus der russischen Revolution! Die Massen sind in die Revolution getrieben, fast keine Spur von gewerkschaftlicher Organisation, und sie festigen jetzt Schritt für Schritt ihre Organisationen durch den Kampf. Es ist eben eine ganz mechanische undialektische Auffassung, daß starke Organisationen dem Kampfe immer vorausgehen müssen. Die Organisation wird auch umgekehrt selbst im Kampf geboren, zusammen mit der Klassenaufklärung. Gegenüber der ganzen Kleingeisterei müssen wir uns sagen, daß für uns die letzten Worte des Kommunistischen Manifestes nicht nur eine schöne Phrase für Volksversammlungen sind, sondern daß es uns blutiger Ernst ist, wenn wir den Massen zurufen: Die Arbeiter haben nichts zu verlieren als ihre Ketten, aber eine Welt zu gewinnen. (Beifall und Widerspruch.)

Legien: Aus meinen Ausführungen auf dem internationalen Kongreß in Paris hat Bebel einen falschen Schluß gezogen, er zitiert nach dem Protokoll, aber das Protokoll ist völlig unzureichend, mein halbstündiges Referat ist in 13 Zeilen zusammengefaßt. Ich stehe noch genau auf dem damaligen Standpunkt, ich habe die Resolution von 1896 in London und auch die von 1900 in Paris ausgearbeitet; ich lasse die Frage, ob es zu einem Generalstreik kommt, ob er notwendig oder nützlich ist, ganz offen. Bei den internationalen Vereinbarungen dreht es sich um etwas ganz anderes, wir haben da mit Nationen zu tun, die das Mittel des Generalstreiks seit langen Jahren anwenden und da muß versucht werden, einigermaßen Einverständnis unter allen Nationen herbeizuführen. Dort in der Kommission saß auch Briand, der Vater des Generalstreikgedankens und erklärte, wir brauchen in Frankreich die Generalstreikidee zur Propaganda für die Organisation. Ich halte diese Art der Propaganda für durchaus falsch. Aber

das ist nicht unsere Sache. Die Ausländer können ihre Taktik so einrichten, wie sie es für geboten halten. Dagegen aber verwahren wir uns, daß die von ihnen beliebten Propagandamittel anderen Nationen aufgedrängt werden, die sie nicht haben wollen. Es ist eine durchaus falsche Schlußfolgerung von Bebel, daß ich damals, besonders in Paris, mich der Generalstreiksidee genähert hätte. Weiter zitiert Bebel aus der Broschüre von Bringmann. Aber es handelt sich da nicht um eine Schrift zur Massenverbreitung, sondern um das Protokoll einer Versammlung. Bebel zog aus den Worten von Bringmann den Schluß, als wolle dieser von der parlamentarischen Aktion abraten. Solche Zitate wirken ja, aber die ganze Zitiererei hat verdammt wenig Zweck. Es kommt einfach auf die Tatsache im gegebenen Moment an. In dem Bericht über die parlamentarische Tätigkeit z. B. finden sich am Schluß ganz ähnliche Gedanken wie bei Bringmann. Es fällt mir aber gar nicht ein, irgendwelche Schlüsse auf die Stellung der Fraktion daraus zu ziehen. Die Streichung des Satzes vom Massenstreik habe ich deshalb beantragt, weil ich ihn für überflüssig halte, denn es heißt in dem vorhergehenden Satz, daß in solcher Situation die Arbeiterklasse jedes geeignete Mittel anwenden wird. Im übrigen stimme ich der Resolution Bebel vollinhaltlich zu. Ich würde in einer anderen Situation vielleicht auch jenem Satz zustimmen, nicht aber in der gegenwärtigen, denn in der gegebenen Situation ist dieser Satz nichts anderes, als ein Zugeständnis an den Anarchosozialismus. (Zustimmung und Widerspruch.) Dieser Anarchosozialismus beschränkt sich und wird sich dauernd beschränken auf eine kleine Gruppe von Leuten. Er ist nicht hervorgerufen durch die Rede von Friedeberg, sondern Friedeberg hat nur die in diesen lokalistischen Organisationen seit ihrem Bestehen vorhandene Tendenz in Worte gekleidet. (Sehr richtig!) Der Anarchosozialismus wird auf die kleine Gruppe beschränkt bleiben, sofern ihm nicht Hülfe wird aus dem Kreise der Parteigenossen. Der Satz würde eine Unterstützung des Anarchosozialismus bedeuten und dies Zugeständnis dürfen wir nicht machen. Aus diesem Grunde bitte ich Bebel den Satz zurückzuziehen. Im übrigen schließe ich mich im großen ganzen Robert Schmidt an. Nur noch ein Wort: Kommt der Generalstreik, oder wie man ihn sonst nennen will, dann bedeutet das für mich den Anfang der Revolution. Gehen die Massen einmal auf die Straße, dann gibts kein „Zurück" mehr. Dann heißt es: Biegen oder brechen. Man sucht eben in der Partei nach neuen Kampfesmitteln, weil man fälschlicherweise die Idee des gewaltsamen Widerstandes preisgegeben hat. Ich habe die Auffassung, daß Revolutionen im alten Sinne heute nicht mehr möglich sind, nie geteilt. Ich bin überzeugt: Wenn unsere Macht so gewachsen ist, daß wir der Bourgeoisie gefährlich werden, dann setzt sie das Spiel auf eine Karte. Dann wird sie uns vor die Bajonette treiben. (Sehr richtig!) Aber kommt dieser Zeitpunkt, dann versagen die Bajonette, dann versagt das Machtmittel, über das die Bourgeoisie verfügt. (Ruf: Das ist die Frage!) Ist nicht der größte Teil unserer Leute Soldaten gewesen? Wissen sie nicht, mit den Gewehren umzugehen? Ich sage also: kommt es einmal zur Massenaktion, dann stehen wir tatsächlich vor der Revolution. Dann gibt es kein „Zurück" mehr. Man darf die Generalstreikfrage nicht so wie Heine einfach von der Judikatur abhängig machen. (Sehr wahr!) Ebenso wenig trifft das zu, was Liebknecht gestern sagte: Die Polizei werde die Gewerkschaften schon zum Zusammengehen mit der Sozialdemokratie zwingen. So schätze ich unsere deutsche Arbeiterklasse nicht ein. Ich denke höher von ihr. Ich bin überzeugt, die Arbeiter sind aus Erkenntnis der Dinge zur Sozialdemokratie gekommen. (Sehr gut!) In gewisser Beziehung halte ich die Propagierung der Idee des politischen Massenstreiks für gefährlich. Ziehen Sie nicht die nötige Schlußfolgerung, daß der Massenstreik der Anfang der Revolution ist, dann muten Sie der Arbeiterklasse etwas zu, was ich ihr unter keinen Umständen zumuten möchte. Sollen die Arbeiter nicht Widerstand leisten, wenn auf ihnen herum-

geprügelt wird, dann muten Sie ihnen nicht zu, auf die Straße zu gehen, denn sobald die Massen auf der Straße sind, wird auf sie eingehauen, und ich mute ihnen nicht zu, daß sie sich das gefallen lassen. Soweit müssen wir die Arbeiter erziehen, daß sie so viel Selbstbewußtsein und Selbstachtung besitzen, um sich nicht prügeln zu lassen und daß sie in dem Moment, wo auf sie eingehauen wird, auch wieder hauen.

Es läuft ein genügend unterstützter Antrag ein, über die Resolution Bebel namentlich abzustimmen.

Peus-Dessau: Das beste an Bebels Resolution ist der Hinweis auf die Notwendigkeit, immer noch mehr die Organisation zu fördern. Hoffentlich wird das die Hauptwirkung seiner vorzüglichen Rede sein. Ist die Wirkung dieser Debatten die, daß wir uns bewußt werden, daß unsere Macht noch nicht ausreicht, um Attentate gegen Volksrechte abzuwehren, so können wir zufrieden sein. Ich bin fest davon überzeugt, daß nicht etwa die böse Wirkung eintritt, daß man sich nur noch auf den großen Tag vorbereiten will und die Agitation und Organisation vernachlässigt. Daß wir das Fundament der bürgerlichen Gesellschaft antasten, daran fehlt noch viel. Wir halten viel zu wenig Versammlungen ab, unsere Presse hat erst $^2/_3$ Millionen Abonnenten. Das ist viel zu wenig. Mir kommt ein Grauen an, wenn ich daran denke, daß man von Leuten, die noch die „Generalanzeiger" lesen, erwartet, sie werden sich an einem Generalstreik beteiligen. (Hört! hört!) Frau Luxemburg verwies auf Rußland. Aber einmal sind die Verhältnisse dort nicht mit den Verhältnissen hier zu vergleichen. Dann tut man so, als wenn die Russen schon Freiheit und Recht erobert hätten. Sie haben aber noch ein gut Stück Arbeit vor sich. Das dicke Ende kommt noch nach. (Zuruf: Eine große Neuigkeit!) Bilden wir uns nicht ein, daß wir jetzt neue Waffen ausfindig machen müssen. Stärken wir unsere alten. Setzen wir den bisherigen Weg fort, dann gibt es keine Möglichkeit, uns unser Recht zu nehmen. Dann haben wir die Mittel, es zu bewahren. (Zuruf: Durch die Umsatzsteuer! Stürmische Heiterkeit.)

Frau Zetkin-Stuttgart: Ich kann mich für das Amendement Legiens nicht erklären, weil ich seine Begründung nicht zu teilen vermag, daß nämlich die Erklärung, unter Umständen sei der Massenstreik ein proletarisches Kampfesmittel, anzusehen sei als eine Konzession an den Anarcho-Sozialismus. Ich stehe im Gegenteil auf dem Standpunkt, daß der politische Massenstreik im schärfsten Gegensatz steht zu der Empfehlung des Generalstreiks, wie sie von den Anarcho-Sozialisten betrieben wird. (Sehr richtig!) Der Umstand, daß die Vertreter dieser Idee zur Begeisterung so viele Proletarier entflammen konnten, die bis jetzt mit uns zusammen auf dem Boden des Klassenkampfes unsere Schlachten geschlagen haben, scheint mir bedeutsam als ein Symptom. Innerhalb breiter Proletariermassen wird das Bedürfnis empfunden, unter dem Druck der geschichtlichen Situation, unter der zunehmenden Verschärfung des Klassenkampfes, unter der fortschreitend reaktionären Gestaltung unseres gesamten politischen Lebens, eine Antwort auf die Frage zu suchen: stehen uns außerhalb, neben den bereits erwähnten und erprobten Kampfesmitteln des gewerkschaftlichen und parlamentarischen Kampfes unter bestimmten Ausnahmesituationen noch andere Kampfesmittel zu Gebote?

Aus dieser Situation heraus sind nicht nur die Irrungen und Wirrungen des Anarchosozialismus zum Teil hervorgegangen, aus diesem Bedürfnis heraus ist es überhaupt zu verstehen, daß sowohl die gewerkschaftlichen wie politischen Organisationen nicht um die Frage der Erörterung des politischen Massenstreiks herumgekommen sind. Für mich gibt es nichts Belangloseres, als den politischen Massenstreik, wie er auch von der Sozialdemokratie als Kampfesmittel des Proletariats akzeptiert werden kann, in rednerischer Scheidung von der Idee des Anarchosozialismus loszulösen. Genosse Schmidt hat freilich [illegible] die Auf-

fassung vertreten, als ob der Massenstreik, wie er von Bebel befürwortet wurde, eine Halbheit bedeutet, während der vom Anarchosozialismus propagierte Generalstreik das konsequente Kampfesmittel sei. Ich finde in dieser Auffassung eine große Unklarheit. Das Proletariat kann wohl in einer gegebenen revolutionären Situation, die von seinen Todfeinden heraufbeschworen wird, mächtig genug sein, um geplante Attentate zurückzuweisen durch einen Massenstreik. Aber es braucht durchaus noch nicht über die gesamte politische Macht zu verfügen, die erforderlich ist, um die kapitalistische Wirtschaftsordnung aus den Angeln zu heben. Hier liegt seitens unseres Genossen Schmidt nicht nur eine Unklarheit vor betreffs der Rolle, welche die Quantität der Macht spielt, über die das Proletariat verfügen muß, sondern noch eine weit wesentlichere Verwirrung der Begriffe in bezug auf das ganz verschiedene Wesen des politischen Massenstreiks und des anarchistischen Generalstreiks. Während der politische Massenstreik die Konzentration der jeweilig verfügbaren politischen, wirtschaftlichen, geistigen, sittlichen Macht des Proletariats auf ein ganz bestimmtes, engbegrenztes Augenblicksziel fordert, will der anarchistische Generalstreik mittels der allgemeinen Arbeitsniederlegung die ganze kapitalistische Ordnung aus den Angeln heben oder auch einzelne ihrer wesentlichen Institutionen, wie z. B. den Militarismus, wie es Domela Nieuwenhuis gefordert hat. Dieser Standpunkt übersieht vollständig, daß wir die sozialistische Gesellschaftsordnung nicht nach unserem Belieben einführen können, wie wir einen Hut umkrempeln lassen, sondern daß wir die sozialistische Gesellschaftsordnung erst dann durchsetzen können, wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse den erforderlichen Reifegrad erlangt haben. Er abstrahiert von allen konkreten, geschichtlichen Bedingungen des proletarischen Befreiungskampfes und verkennt den inneren, organischen Zusammenhang, der besteht zwischen dem letzten großen revolutionären Entscheidungskampf und der langsamen, stufenweisen Hebung des Proletariats durch die tagtägliche Arbeit, den tagtäglichen Kampf auf allen Gebieten proletarischen Klassenlebens. Und weil das der Anarchosozialismus wie der Anarchismus überhaupt übersieht, hat Genosse Robert Schmidt vollständig unrecht, wenn er meint, Bebel habe sich einer Inkonsequenz schuldig gemacht. (Sehr richtig!) Der politische Massenstreik steht aber auch insofern im schroffsten Gegensatz zur Auffassung des Anarchosozialismus vom Generalstreik, weil er seiner Ansicht ins Gesicht schlägt, daß es ein alleinseligmachendes Kampfesmittel des Proletariats gebe. (Sehr richtig!) Die Erklärung, daß der Massenstreik unter dem Drucke revolutionärer Situationen ein proletarisches Kampfesmittel sein könne, das zur Anwendung kommen müsse, ist vielmehr eine weitere Durchlöcherung der Theorie von alleinseligmachenden Kampfesmitteln überhaupt. Sie besagt, daß der geschichtlichen Entwickelung entsprechend auch Parlamentarismus und Gewerkschaftsbewegung nicht solche Kampfesmittel sind und daß sie unter bestimmten Umständen durch andere, wirksamere Methoden des Klassenkampfes ersetzt werden müssen. Der Massenstreik ist ein weiteres Kampfesmittel in der Reihe der bisher bewährten Kampfesmittel, nicht bestimmt, sie zu verdrängen, sondern um eventuell ihren Gebrauch erst zu ermöglichen, zu sichern oder auch fruchtbar zu machen. (Sehr richtig!) Angesichts der Tendenzen, welche die Reaktion hat, den Standpunkt des Herrseins im eigenen Hause nicht nur innerhalb der einzelnen Betriebe, sondern auch im politischen und sozialen Leben mit aller Brutalität und Skrupellosigkeit zu vertreten, kann der politische Massenstreik unter bestimmten geschichtlichen Voraussetzungen eine Notwendigkeit werden, um den Arbeitern den bisherigen Boden des gesetzlichen Kampfes zu erhalten und zu schützen. Nun allerdings müssen wir damit rechnen, daß die herrschenden Gewalten diesen Boden der Gesetzlichkeit selbst nicht respektieren werden. Da bekenne ich mich nach wie vor zu der Auffassung, daß das Proletariat sich durch die Zwirnsfäden der bürgerlichen Gesetzlichkeit nicht unter allen

Umständen für gebunden halten darf. (Sehr richtig!) Die bürgerliche Gesetzlichkeit ist schließlich nichts als die in bindende juristische Normen gebrachte Gewalt der besitzenden und herrschenden Klassen. (Sehr richtig!) (Der Vorsitzende gibt zum zweitenmal das Zeichen, daß die Redezeit abgelaufen ist.) — Bei den anderen ist auch dreimal geklingelt worden. (Große Heiterkeit.) Ich sage, wir müssen damit rechnen, daß die bürgerlichen Klassen jederzeit die Maske des gesetzlichen Kampfes gegen uns fallen lassen und mit brutaler Gewalt gegen uns ankämpfen, und da meine ich: Auf einen Schelm gehören anderthalbe. Wenn die Reaktion russisch mit uns reden will, dann wird auch das Proletariat russisch antworten können. (Lebhafter Beifall.) Die Voraussetzung dafür ist das geklärte und tief gewurzelte Bewußtsein seiner revolutionären Macht, der aus reifer Erkenntnis geborene zielklare Wille, diese Macht durchzusetzen, die Hingabe an die Ueberzeugung, welche kein Opfer scheut. Wir müssen es als unsere Aufgabe betrachten, den granitnen Felsen der revolutionären Macht des Proletariats im Bewußtsein der Massen zu schaffen durch unaufhörliche Agitation und Aufklärungsarbeit. (Stürmischer Beifall.)

Dr. Michels-Marburg: Ich stehe anders zu der neuen Richtung in unserer Partei. (Zuruf: In unserer Partei? Außerhalb der Partei!) Anders als Bebel hätte ich gewünscht, daß Friedeberg das Wort zu dieser Frage gestattet worden wäre. Die Anarchosozialisten sind gekommen nicht, wie Bebel meint, wegen der Treibereien und der Unzufriedenheit im lokalorganisierten Lager. Das ist eine historische Unmöglichkeit. Nein, was hinter ihnen steht, sind unsere eigenen Fehler, unsere eigene Zweideutigkeit. Ich stimme mit Friedeberg nicht überein in vielen Punkten, so nicht in seiner Polemik gegen Marx. Die deutsche Sozialdemokratie krankt nicht an zu viel Marx, sondern an zu wenig Marx. (Sehr richtig!) Nicht einverstanden bin ich mit ihm in seiner bodenlosen Unterschätzung des Parlamentarismus und in seiner Ueberschätzung des Psychismus. Aber gerade in dieser Frage hat er den richtigen Ton angeschlagen: wir haben zwar Zahl auf Zahl gehäuft, aber sie nicht mit sozialistischem Geiste erfüllt. Was haben bisher die Sozialdemokraten geleistet, wenn sie in Konflikt zwischen ihren Pflichten als Sozialdemokraten und ihren Pflichten als Staatsbürger geraten. Wo haben wir je erlebt, daß Soldaten, unter denen doch auch viele Sozialisten sind, reagiert hätten und Mißhandlungen mit gleicher Münze bezahlt hätten. In Italien, in Frankreich sind die Organisationen viel kleiner, aber kein Arbeiter läßt sich das beim Heere gefallen. Redner erinnert an die Teilnahme sozialdemokratischer Arbeiter an Festen, wo Monarchentoaste ausgebracht wurden, an denen sie sich beteiligten und an die Tatsache, daß zur Homburger Parade 440 000 Fahrkarten in Frankfurt a. M. verkauft wurden, während verschiedene Fabriken auf Verlangen der Arbeiter feiern mußten. Was hat da die sozialistische Erziehung für einen Zweck? Auch die russische Revolution ist von vielen von uns nur als Sensation betrachtet worden. (Die Redezeit ist abgelaufen.)

Frau Zietz-Hamburg: Genosse Heine sagte auch, er stehe auf dem Boden, daß hinter dem politischen Streik der Wille zur Revolution stehen müsse. Aber, fügte er hinzu, wir möchten angeben, wie der granitne Boden der Macht geschaffen werden könne. Es ist auch von anderen Rednern gefragt worden: Woher nehmen wir denn die Mittel, um den Massenstreik durchzuführen, und woher nehmen wir denn die Massen? Und auf die Bemerkung Bebels, die Massen würden dann eben einmal ein paar Wochen hungern, antwortete Schmidt, das höre sich ganz hübsch an, habe aber keinen praktischen Wert. Genossen und Genossinnen! Ich möchte an Sie die Frage richten — und wenn wir die Frage an die Massen darüber richten würden, würde die Antwort noch ganz anders ausfallen — wenn ich Sie fragen würde, wer von uns als Kind und später unter der Knute des Kapitalismus schon gehungert hat, so würden wohl

nur wenige in diesem Saale mit „Nein" antworten. Wenn wir das aber getan haben, so müssen wir es erst recht tun, wenn es sich darum handelt, unsere politischen Rechte zu verteidigen. Ich bin ferner mit der Genossin Luxemburg der Meinung, daß wir bei der Erörterung dieser Frage nach Rußland schauen müßten. Wie haben sich denn da die Massen gehalten? Dort wird bereits seit so langer Zeit gestreikt, überall brechen die Streiks aus und überall tauchen sie, wenn sie eine Zeitlang aufgehört haben, wieder auf, und überall beteiligen sich die Massen, und zwar ohne Organisation. Gewiß muß da mancher hungern. Aber dadurch lassen sich die Genossen nicht abhalten, den Kampf ums Recht zu führen. Sollen wir hinter diesen Genossen an Opferwilligkeit und Begeisterung zurückstehen? Ich persönlich bin übrigens der Meinung, daß der politische Streik bei uns nicht wochenlang dauern würde. Nicht deswegen, weil wir nicht bereit seien, ihn so lange durchzuführen, o nein, wenn wir den politischen Streik auf eine bestimmte Zeit beschließen würden, so würden wir ihn von vornherein wirkungslos machen. Wenn aber ein politischer Streik in Deutschland ausbricht, spontan und mit aller Gewalt ausbricht, so würde das zur Folge haben, daß die organisierten Machtmittel unserer Regierung außerordentlich desorganisiert werden, und unter dem ungeheuren Druck einer solchen spontanen Bewegung würde die Regierung nachgeben müssen, bevor unsere Mittel erschöpft sind. Wenn gefragt wird, woher wir die Massen nehmen und den granitenen Boden der Macht schaffen, so ist schon von Bebel und vorher in der Presse von anderen betont worden, daß die Vorbereitung für die Durchführung des Massenstreiks natürlich die Agitation und Organisation ist. Dafür müssen wir mit ganzer Kraft eintreten, müssen die Massen politisch fühlen und denken lehren, ihr Klassenbewußtsein schärfen und vertiefen. Wenn das geschehen ist, wenn wir es dahin gebracht, daß die Massen die Verkürzung ihrer politischen Rechte als brennende Schmach empfinden, dann werden sie auch mit ganzer Kraft sich wehren.

Genosse Schmidt meinte, die Massen würden nicht so gut Disziplin halten wie das Militär. Ja Genossen, wenn die Massen des Volkes zu der Disziplin erzogen wären, die wir im Heere haben, dann könnten wir allerdings keinen Generalstreik durchführen (Lebhafte Zustimmung), denn mit Massen, die zum Kadavergehorsam erzogen sind, kann man allerdings solche Kämpfe nicht führen. (Lebhafter Beifall.) Ich verweise Sie auf den Bergarbeiterstreik. Ist da die Disziplin nicht musterhaft aufrechterhalten worden? Diese Massen haben eingesehen, daß es notwendig ist, sich unterzuordnen. Ich bin der Meinung: Wenn wir glauben, daß es angesichts der politischen Situation notwendig ist, unserem Arsenal neue Waffen zuzufügen, so muß jeder daran arbeiten, die Aufklärung in die breitesten Massen zu tragen, um so die Wirksamkeit des politischen Streiks im gegebenen geschichtlichen Moment zu garantieren. Wollen wir das erreichen, dann muß die Richtlinie unseres Handelns sein: Agitation und nochmals Agitation und abermals Agitation! (Lebhafter Beifall.)

Liebknecht-Berlin: Die Wahl von 1903 hat gewissermaßen den formalen Parlamentarismus zu Tode gehetzt. Die Sozialdemokratie, deren Organisation und Agitation sich in Deutschland seit jeher im wesentlichen an den Parlamentarismus und die parlamentarischen Wahlen angliederte, hat mehr und mehr eingesehen, daß die trotz alledem in weiten Kreisen gehegte Hoffnung trügerisch ist mit Stimmenerfolgen Ausschlaggebendes zu erreichen. Man sieht, daß trotz der großen Wahlerfolge alles beim alten geblieben ist. Daraus erklärt sich der Stimmungsumschwung, der darin besteht, daß man in bezug auf außerparlamentarische Aktionen wie die Maifeier empfindlicher geworden ist, daß man nach neuen außerparlamentarischen Aktionen sucht und daß der Generalstreik immer mehr Anhänger findet. Freilich hat hierzu auch die russische Revolution beigetragen, die das Verständnis für katastrophische Entwickelung neu erweckt hat. Es ist durchaus verfehlt, den Unterschied zwischen Generalstreik und Massen-

streik für spitzfindig zu erklären. Der erste will den parlamentarischen Kampf ersetzen, der zweite ihn erst ermöglichen, ihm ein festes Rückgrat geben, außerdem aber ein selbständiges außerparlamentarisches Kampfmittel sein zum Schutz und zur Erringung wichtiger Rechte. Das ist ein grundlegender Unterschied. Legien sagt, wir müßten unter Umständen allerdings die Flinten auf die Schultern nehmen. Aber diese Flinten fehlen uns; wohl aber hat das Proletariat seine Arme und die Macht, sie zu bewegen oder ruhen zu lassen. Daß der Massenstreik gleichbedeutend sei mit Revolution, ist nicht unter allen Umständen richtig, am wenigsten, wenn es sich um die Verteidigung von Rechten handelt. Genosse Heine und Schmidt haben eine große Anzahl praktischer Bedenken geltend gemacht. Aber Legien hat uns erklärt: Ja, gewiß, der Massenstreik ist an sich wohl möglich. Das sollte doch Schmidt bedenklich machen. Die Gewerkschaften werden in dieser Beziehung wohl mehr hinter Legien als hinter Schmidt stehen. Wenn der Streik für wirtschaftliche Kämpfe ein geeignetes Kampfmittel ist, so muß er unter Umständen auch für politische Zwecke brauchbar sein. Was das Proletariat für 5 Pfennig Lohn tut, muß und wird es auch um sein Allerheiligstes, seine Grundrechte tun! Der Massenstreik ist, nachdem sich die „Revolution im Heugabelsinn" überlebt hat, das spezifisch proletarische Kampfmittel für alle Gebiete des Klassenkampfes, organisch hervorwachsend aus der Stellung und Funktion des Proletariats in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Er ist die politische Realisierung der wirtschaftlichen Macht der Arbeiterklasse. — Gewiß werden wir, wie Schmidt betont, beim politischen Streik viele Abtrünnige sehen, aber tausendmal mehr Proletarier, die jetzt dem Klassenkampfe fern stehen, werden begeistert und opferwillig zu uns stoßen; der Kampf um große Ziele reißt sie fort. — Heine fragt: „Werden wir siegen?" Ja, eine Revolutionsversicherung hats noch nie gegeben; die müßte erst erfunden werden. — Gewiß! Das Blut des Volkes ist uns teuer, aber die Ideale und die politischen Rechte des Volkes sind uns nicht minder teuer und wir wollen sie uns nicht widerstandslos rauben lassen. Der Verantwortung für die Tat steht gegenüber die Verantwortung für die Untätigkeit. — Juristerei erzeugt Neigung zum Formalismus und erschwert revolutionäres Denken und Fühlen. So erkläre ich mir die vielen Bedenklichkeiten Heines. (Die Redezeit ist abgelaufen.)

Meist-Köln: Das Reichstagswahlrecht ist uns nicht durch Kampf zuteil geworden, sondern gewissermaßen in den Schoß gefallen. Nachdem uns dies Recht gewährt worden war, begannen die Kämpfe auf dem Boden des bürgerlichen Parlamentarismus, auf dem wir zu arbeiten verpflichtet sind. Viel ist dabei nicht erreicht worden und kann trotz aller Wahlerfolge nicht erreicht werden. Trotzdem mehren sich die Versuche, das Wahlrecht zu beschneiden. Diese Versuche dürfen wir nicht geschehen lassen, ohne uns zu wehren. Es ist ja die Absicht der Reaktion selbst, uns dabei die Flinten auf die Schulter zu zwingen. Das haben Bronsart v. Schellendorf, Kroecher, Oldenburg offen erklärt und offen mit Gewalt gedroht. Sollen wir da tatlos zuziehen und etwa sagen, wir müssen erst drei Millionen Arbeiter in den Organisationen haben, ehe wir uns wehren können. Mit diesem Standpunkt wäre es nie gelungen, eine Revolution zu machen. Ich begrüße diese Debatte und hoffe, daß die politische Bewegung davon großen Nutzen haben wird. (Beifall.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte, den Eichhorn-Mannheim befürwortet und Wels-Berlin bekämpft, wird abgelehnt.

Dr. David-Mainz: Manches von dem, was hier gesagt ist, wird willkommenes Wasser auf die Mühle der Scharfmacher sein. Das gilt in allererster Linie von den Ausführungen der Genossin Luxemburg. Sie bezog sich auf das Kommunistische Manifest. Die Grundidee ihrer Rede ist allerdings in den letzten Sätzen des Manifests enthalten, wo es heißt, daß die Kommunisten

es offen erklären, daß ihre Zwecke nur erreicht werden können „durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung". Das ist die Grundidee, von der die Ausführungen von Rosa Luxemburg getragen waren. (Zustimmung von Rosa Luxemburg.) Das ist allerdings ein Rückschlag in den Revolutionarismus, wie er offener und markanter seither noch nicht zutage getreten ist. Dieser Rückschlag steht im schroffen Widerspruch zu dem, was seit Jahren und Jahrzehnten von den maßgebendsten Führern der Partei ausgesprochen ist. Bebel hat den Rückschlag in den Revolutionarismus, den wir in der Bewegung der Jungen kennen, in Erfurt mit den Worten zurückgewiesen: „Wer heute noch angesichts der kolossalen Fortschritte nicht nur auf militärischem, sondern auch auf politischem und besonders auf ökonomischem Gebiete glaubt, wir Sozialdemokraten möchten mit den Mitteln der bürgerlichen Parteien, wie z. B. dem Barrikadenbau, zum Ziele kommen, der irrt sich gewaltig, der verkennt total die Natur der Zustände, in denen wir uns befinden. Genau so wie die Grundstellung, die wir dem Staat und der Gesellschaft gegenüber einnehmen, eine grundverschiedene ist von derjenigen aller übrigen Parteien, so sind wir auch in der Erringung des letzten Zieles auf ganz neue Wege und ganz neue Mittel angewiesen. Das ist meine felsenfeste Ueberzeugung." Das war von jeher die Auffassung, die meiner Kenntnis nach als die maßgebendste erschien. Wir haben immer erklärt, daß wir, was an uns liegt, alles daran setzen werden, um auf gesetzlichem Boden unsere Ziele zu erreichen. Bei der Vervollkommnung der militärischen Machtmittel ist ein Waffengang mit dem Militarismus aussichtslos. (Sehr richtig!) Dieser Rückschlag in den Revolutionarismus erklärt sich daraus, daß man den Glauben an die naturnotwendige innere Auflösung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, an ihren naturnotwendigen Selbstmord, mit anderen Worten, an die Katastrophentheorie aufgegeben hat. Als Ersatz sucht man den alten Revolutionarismus hervor und lehnt es ab, diejenigen Wege zu wandeln, die die Partei seit Jahrzehnten konsequent verfolgt. Genossin Luxemburg hat wiederholt auf die Revolution in Rußland hingewiesen. (Zuruf: Sie soll doch hingehen!) Die Revolution in Rußland lehrt uns sehr viel, aber gerade das Gegenteil von dem, was Rosa Luxemburg uns einreden will; sie lehrt vor allem, daß man die Revolution in Luxemburg — (Stürmische Heiterkeit) — in Rußland unter keinen Umständen vergleichen kann mit unseren deutschen Verhältnissen. Was dort richtig sein mag, kann bei uns total verkehrt sein, und es ist der helle Wahnsinn, aus den russischen Verhältnissen einen Schluß auf die für uns notwendige Taktik ziehen zu wollen. (Sehr richtig!) In diesem Wahnsinn steckt aber Methode bei der Genossin Luxemburg. (Sehr richtig!) Es ist etwas ganz anderes, was meiner Auffassung nach Bebel mit seinem Eintreten für den politischen Massenstreik gemeint hat. Wenn es sich darum handelt, Attentate abzuwehren, die uns den Boden nehmen wollen, auf dem wir gesetzlich unser Ziel erreichen können, dann kann man erwägen, ob nicht die Arbeitsverweigerung der Arbeiterklasse die Antwort auf ein solches Attentat sein soll. Darüber herrscht gar keine Meinungsverschiedenheit. Die Frage ist nur: was können wir tun, um eventuell einen solchen Massenstreik, eine solche Arbeitsverweigerung siegreich zum Ziele zu führen. Da scheint mir auf den Hauptpunkt doch viel zu wenig Gewicht gelegt zu werden. Bebel sagt, wir können Begeisterung in die Massen hineintragen, wir können Idealismus hineintragen, ein paar Wochen hungern kann doch die Arbeiterklasse. Ich bin nicht so ethisch veranlagt wie Bebel, ich fasse die Sache mehr vom ökonomisch-historischen Standpunkt auf. (Große Heiterkeit.) Ich verlasse mich nicht darauf, daß man vierzehn Tage hungern kann; die große Masse kann das nicht. Es hungern doch nicht nur die Männer, es hungern die Frauen und die Kinder. Die entscheidende Frage ist die: können wir etwas tun, um dem Proletariat die Munition zu verschaffen, daß es

wenigstens für einige Wochen die allernotwendigsten Lebensmittel, und seien es nur Brot und Kartoffel, zur Verfügung hat. Mit den Kassen der Organisationen ist da nichts getan. Wohl aber läßt sich viel tun durch die wirtschaftlichen Organisationen, durch die wirtschaftliche Machtbildung auf dem Wege der Genossenschaft. (Die Redezeit ist abgelaufen.) Zum Schluß nur das eine: Die politische Macht zu erobern heißt gar nichts anderes, als die Mehrheit des Volkes für unsere Ideen gewinnen. Aber als Minderheitspartei etwas auf gewaltsamem Wege zu erreichen, ist nun und nimmer möglich. (Lebhafter Beifall.)

Dr. **Südekum**-Berlin: Ich glaube, alle, die heute morgen die Rede Bebels gehört und seine Resolution gelesen haben, werden freudig aufgeatmet haben, weil hier sowohl die Bestrebungen des Anarchosozialismus mit aller wünschenswerten Entschiedenheit abgewiesen wurden und zweitens allen Versuchen in unseren eigenen Reihen, unsere Taktik zu ändern, der Garaus gemacht wurde. Unser Kampf ist notwendig ein politischer Kampf, seine Form die parlamentarische Betätigung im Reiche, im Staat und in der Gemeinde. Es gibt in der Tat Parteigenossen, die seit längerer Zeit danach trachteten, die Eckpfeiler unserer bisherigen Taktik zu zertrümmern, die parlamentarische Tätigkeit zu verhöhnen. Das fing an mit dem bösartigen Schlagwort vom parlamentarischen Kretinismus und es hat bis in die letzten Tage hinein gedauert. Da war es besonders dankbar zu begrüßen, daß Bebel diese Versuche auf das allerentschiedenste zurückgewiesen hat. Haben wir denn irgend eine aktuelle Veranlassung, unsere bisherige Taktik zu ändern? Ich glaube nein. Bebel hat mit vollem Recht auf die Verschärfung der politischen Situation, auf die Wahlrechtsräubereien in Sachsen, Lübeck usw. hingewiesen. Zur Vervollständigung dieses Bildes muß man aber auch darauf hinweisen, daß wir in Süddeutschland zu derselben Zeit eine nicht unerhebliche Vermehrung und Verbesserung der Volksrechte zu verzeichnen haben. Zweifellos ist dort auch nicht annähernd erreicht, was wir wünschen, und ich bin weit entfernt von jeder Verhimmelung süddeutscher Zustände; aber man darf doch die Dinge auch nicht verschweigen, und ein Politiker, der über die Lage spricht, muß ein vollständiges Bild geben. Es ergibt sich im Hinblick auf Süddeutschland, daß unsere Situation gar nicht so verzweifelt ist, wie manche Parteigenossen sie darzustellen belieben. Genosse David hat mit Recht darauf aufmerksam gemacht, daß wir bisher konsequent in unserer Partei die Katastrophentheorie abgelehnt haben. Nun kommt aber Fräulein Luxemburg und sagt, alle großen Revolutionen der Weltgeschichte sind blutig gewesen, folglich wird auch die kommende Revolution eine blutige sein. Ich bewundere die Kühnheit der Genossin Rosa Luxemburg. Ich für meinen Teil erkläre mich außer stande, vorauszusagen, wie sich die Umwandelung unserer staatlichen Verhältnisse gestalten wird. Die Entwickelung der menschlichen Gesellschaft ist nicht, wenn ich ein paar Fremdworte gebrauchen darf, ein logischer, sondern ein physiologischer Prozeß, d. h. sie geht nicht vor sich wie das Experiment des Physikers im Laboratorium, der auf Grund bestimmter Voraussetzungen ein bestimmtes Ergebnis voraussagt, sondern etwa wie die Entwickelung einer Pflanze. Wir können, wenn wir das Samenkorn in die Erde legen, zwar auf Grund der Kenntnis der allgemeinen Entwickelungsgesetze der Pflanzen einiges über das wahrscheinliche Wachstum voraussagen, wir können aber nicht voraussagen, ob ein Ast sich nach oben oder nach unten biegen wird. Die Katastrophentheorie, die alles auf einen großen Wurf setzen will, ist außerordentlich gefährlich für die Ausbreitung unserer Idee. Wenn Sie die Arbeiter darauf dressieren, daß sie den einen großen Tag erwarten sollen — und sogar was *nach* diesem großen Tag geschehen soll, ist uns schon mit löblichem Eifer geschildert worden! — dann lähmen Sie sie für das wichtigste, was es zunächst zu tun gilt, für die Organisation und die Weiterverbreitung des sozialistischen Geistes. Eine solche

Diskussion, wie wir sie führen, kann in den Köpfen wenig aufgeklärter Arbeiter die Vorstellung erwecken, als ob etwa die Absicht besteht, daß nächste Woche um 4 Uhr der große Massenstreik losgeht. (Große Unruhe.) Ich erinnere Sie daran, als im Jahre 1890 die Maifeier ebenso diskutiert wurde, haben sehr viele Parteigenossen geglaubt, es solle eine allgemeine Arbeitsruhe überall durchgeführt werden und haben in diesem Sinne gehandelt. Darauf wurden sie zurückgepfiffen und Sie wissen alle, was das für Schwierigkeiten, für Verwirrung erzeugt hat. Ob wir in eine Situation kommen, aus der uns nur der politische Massenstreik retten kann, weiß ich nicht. Darum kann ich mich nicht gegen den Massenstreik aussprechen, sondern werde für die Resolution Bebel stimmen. Die Hauptsache in dieser Resolution ist für mich aber der Grundgedanke, nämlich die Aufforderung, unter Aufrechterhaltung der alten Taktik organisatorisch und agitatorisch viel energischer als bisher vorzugehen. (Bravo!)

Ein Geschäftsordnungs-Antrag, heute bis 8 Uhr zu tagen, wird von **Wels**-Berlin begründet, von **Bebel** bekämpft und dann **abgelehnt**.

Stadthagen: Südekum hat der Genossin Luxemburg eine Katastrophentheorie, die alles auf einen Wurf setzt, untergeschoben, die sie gar nicht vertreten hat. Auf die irrigen Anschauungen Südekums will ich nicht eingehen. Das würde heißen, die Debatten von Hannover zu wiederholen. Möge er diese Debatten mit größerer Aufmerksamkeit nachlesen. Südekum kann sich auch beruhigen. Niemand denkt daran, in der nächsten Woche um 4 Uhr mit dem Massenstreik zu beginnen. In acht Tagen kommen wir nicht hin, selbst wenn wir Automobilschnelle anwenden. (Heiterkeit.) Hüten wir uns, verächtlich von der Theorie zu sprechen. Ach! Ohne Theorie sind Sie die stümperhaftesten Praktiker. (Lebhafte Zustimmung.) Die Gewerkschaftler müssen einsehen, daß die Verhältnisse sich so geändert haben, daß jetzt jeder große Streik politischer Natur ist. Früher waren die Streiks wesentlich lokaler Natur; jetzt sind sie national geworden. Dann noch ein Wort über die Auffassung der Gewerkschaftsführer, als ob sie über wer weiß was für Mittel verfügten. Von Jahr zu Jahr sind die Gewerkschaften ohnmächtiger geworden. Die Machtmittel der Unternehmer haben sich erweitert und sind immer brutaler geworden.

Von Jahr zu Jahr werden die Streiks schwieriger, weil sich auch die Machtmittel des Staates immer mehr auf die Seite der Unternehmer stellen. Heine hat von Strafgesetzparagraphen gesprochen, aber die Arbeitgeber pfeifen auf das Strafgesetz. Ihre schwarzen Listen sind ein Hohn auf das Strafgesetz. (Lebhafte Zustimmung.) Kein Staatsanwalt kümmert sich um diese Gesetzesverletzungen. (Lebhafte Zustimmung.) Die Gewerkschaftsführer sollten den Massenstreik studieren, dessen Anwendung absolut notwendig werden kann, und zwar nicht nur für den einen Fall des Wahlrechtsraubes. Ich stehe gar nicht auf dem Standpunkte, daß der Massenstreik unter allen Umständen als Waffe hiergegen angebracht ist. Wir dürfen die Gewerkschaftsfragen ebensowenig wie den Militarismus und den Parlamentarismus nach bürgerlichem Maßstabe beurteilen. Das Koalitionsrecht ist nicht nur in Gefahr, nein, es ist in viel größerem Umfange trocken gelegt, als noch vor zehn Jahren, weil die Bourgeoisie inzwischen eine viel größere Macht über den Staat erlangt hat. Ungeheure Strafen werden jetzt wegen Streikpostenstehens verhängt, die Arbeiter werden wegen angeblicher Erpressung bestraft, und wenn sie einen Streik ankündigen, wo so drakonische Mittel benutzt werden, da sind ungeheure Opfer notwendig, und absolut erforderlich wird das Zusammengehen von Partei und Gewerkschaften. Ich selbst stand früher dem Massenstreik skeptisch gegenüber. Das wesentliche ist die Schulung der Genossen durch Partei und Gewerkschaften, alles einzusetzen für das Ziel, das wir erkämpfen. (Bravo!)

v. Elm: Mit der Rede Bebels von heute morgen bin ich fast vollinhaltlich einverstanden, nur in einem Punkte muß ich ihm widersprechen, weil er falsch

unterrichtet worden ist. In Hamburg ist in einer Sitzung der Kartellkommission und der Vertrauensleute, wie er sagt, mitgeteilt worden, daß dort alles aussichtslos sei, daß in den Gewerkschaftskreisen keine Stimmung für den Massenstreik vorhanden sei, daß es besonders jüngere Gewerkschaftsführer gäbe, die nicht dafür zu haben seien und für die Partei nur Hohn hätten. Ich hätte gern gehört, wer diese Behauptung in die Welt gesetzt hat. Ich war allerdings auch erstaunt, als ich in Köln erfuhr, wie kläglich der Besuch der Protestversammlungen in einer Stadt wie Hamburg war, es wird dadurch erklärlich, daß die Massen dem jetzigen Hamburger Wahlrecht keine sehr große Bedeutung beimessen. (Sehr richtig!) Wenn es sich um das allgemeine, gleiche Wahlrecht handeln würde, dann wäre die Situation in Hamburg anders. (Lebhafte Zustimmung.) Ich bestreite, daß eine solche Stimmung in den Hamburger Gewerkschaftskreisen herrscht. Vielleicht gibt es aber einige Leute in Hamburg, die ihre werte Persönlichkeit mit der Partei identifizieren, die, wenn sie angegriffen werden, meinen, die Partei sei gehöhnt. Genossen! Wenn es zur Tat kommt, so seien Sie überzeugt, auch Hamburg, das in allen großen Kämpfen seinen Mann gestanden hat, wird auch hier seinen Mann stehen.*) (Hoffmann-Hamburg: Wer hat das gesagt?) Emil Fischer! Wenn man so spricht, so wegwerfend über die parlamentarische Tätigkeit urteilt, wie es von radikaler Seite geschieht, dann braucht man sich nicht zu wundern, wenn die Arbeiter dem Wahlrecht nicht den Wert beilegen, der ihm beigelegt werden muß. (Sehr richtig!) Nun sagt R. Schmidt, und ebenso Südekum, die politische Situation in Deutschland sei nicht überall dieselbe. Neben den Wahlrechtsattentaten in Hamburg und Lübeck stünden demokratische Fortschritte in Süddeutschland. Täuschen wir uns nicht, Genossen. In weiten Kreisen der bürgerlichen Parteien besteht die Neigung, uns eventuell mit einer Ueberrumpelung unter Bruch der Geschäftsordnung des Reichstages und der Verfassung das Wahlrecht zu nehmen. (Lebhafte Zustimmung.) Schon bei den Zolltarifkämpfen habe ich diese Stimmung beobachtet. Nun sagt Schmidt: Dann werden wir dieselbe Taktik anwenden wie unter dem Sozialistengesetz. Aber die Dinge liegen heute doch anders als damals. (Sehr richtig!) Während jener 12 Jahre hatten wir doch das Wahlrecht, konnten während der Wahlperiode öffentlich agitieren. Mit dem Wahlrechtsraube aber würde uns gleichzeitig die Preßfreiheit, die Koalitionsfreiheit und die Versammlungsfreiheit genommen werden. (Lebhafte Zustimmung.)

Deshalb können wir nicht dieselbe Taktik wie damals anwenden. Auf das allmähliche Unterwühlen können wir uns nicht einlassen; wir müssen uns von vornherein darauf gefaßt machen, durch den Massenstreik an Abwehr zu denken. Es ist gefragt worden: können wir siegen? Diese Frage ist sehr schwer zu beantworten. Man hat gesagt, die Massen sind nicht gehörig organisiert. Gewiß, die Organisation ist Voraussetzung, aber es muß doch betont werden, daß in großen Momenten auch auf andere Kreise zu rechnen ist. Wir können rechnen mit einer gewissen Sympathie der bürgerlichen Kreise, und wenn es zu einem Wahlrechtsraub kommt, dann strömen uns auch die Massen des unorganisierten Proletariats zu, die sich jetzt zum Teil gar nicht organisieren können. Dann aber sagen sie sich, wir haben so lange gezwungen gehungert, jetzt wollen wir freiwillig hungern, um den elenden Zuständen ein Ende zu machen. (Lebhafte Zustimmung). Deshalb darf man diese Frage nicht so rechnerisch behandeln, wie es geschehen ist. Nun meint man, ohne Blutvergießen kann das nicht abgehen. Das ist ganz sicher. Wer das glaubt, daß die bürgerlichen Klassen, wenn sie uns das Wahlrecht nehmen, nicht zum äußersten entschlossen sind, der ist ein Narr, ein Tor. Sie sind auch entschlossen zu schießen. (Lebhafte Zustimmung.) Damit müssen wir rechnen. Wir wollen selbstverständlich kein Blut vergießen, aber die Gegner werden uns in die Situation treiben, und dann wird auch Bebel nicht wollen, daß wir still

*) Hier fehlt ein Satz, der auf Seite 367 nachzulesen ist.

halten. Wenn es so weit kommt, werden wir unseren Mann stellen und unser Leben für die Freiheit in die Schanze schlagen. Wenn man heute schon beginnt, die Sache zu propagieren, so geschieht es, um die Massen an den Gedanken zu gewöhnen: „Es kommt der Moment, wo Ihr eintreten müßt mit Gut und Blut. (Stürmischer Beifall.) Bereitet Euch auf diese Möglichkeit vor!" Die Jugend muß erzogen werden, damit unter den Soldaten es sich dieser und jener zweimal überlegt, ob er auf Vater und Mutter, und gleichzeitig auf die Freiheit schießt. (Stürmische Zustimmung.) Ich habe mit Bebel manchmal die Klinge gekreuzt, aber im Geiste waren wir häufig einiger, als er weiß. Hier sind die Schranken zwischen Revisionisten und Radikalen gefallen. Wir können und dürfen uns den Raub der Volksrechte nicht gefallen lassen. Wenn ein solches Attentat kommt, dann müssen wir uns wehren, und dann gibt es kein anderes Mittel, als den Massenstreik zu organisieren. (Stürmischer Beifall.)

Robert Schmidt-Berlin: Die Genossin Luxemburg sagte: Das Blut der Arbeiter haben nicht die zu verantworten, die hier als sogenannte Sozialisten auftreten. Ich muß auf das entschiedenste gegen diesen Ausspruch Protest erheben. Wer hier in diesem Saale ist und heute mitzubestimmen hat, hat auch die Verantwortung zu tragen und nicht allein die Genossin Luxemburg, denn noch ist sie ja nicht im Tribunal, um darüber zu entscheiden, wer Genosse ist und wer nicht. (Zustimmung.) Die Situation ist ganz klar. Wenn Sie der Meinung sind, daß die Partei stark genug ist, um eine gewaltsame Auseinandersetzung zu wagen, gut. (Bebel: Ist nicht gesagt worden!) Ich möchte doch noch ein paar Urteile über die bisherigen Generalstreiks anführen. Der Genosse Vliegen aus Holland meinte, er sei durch den letzten holländischen Streik aus einem Freunde zu einem Gegner des Generalstreiks geworden, und der holländische Parteivorstand hat nach Beendigung des Streiks die Generalstreiktendenzen „anarchistisch" und „abenteuerlich" genannt (Sehr gut!) und Genosse Turati sprach in den „Sozialistischen Monatsheften" die Vermutung aus, daß die Folge des letzten italienischen Generalstreiks ein neues Streikgesetz sein werde. Die Voraussage ist leider eingetroffen.

Also überall hat der Generalstreik Fiasko gemacht. Elm sagt, unter dem Sozialistengesetz sei die Sache anders gewesen. Ja, haben wir denn damals ein Koalitionsrecht und Versammlungsfreiheit gehabt? Wo waren die Gewerkschaften, wo die Parteiorganisationen? Nichts davon war vorhanden, und doch haben wir existiert und uns so bemerkbar gemacht, daß das Gesetz schließlich aufgehoben werden mußte. Es ist auf den Bergarbeiterstreik hingewiesen worden. Ich kann Ihnen sagen, wenn damals die Regierung die Absicht gehabt hätte, Blut zu vergießen, so wäre ihr das leicht gewesen. Das war damals der Regierung nicht des Einsatzes wert, aber es würde ihr des Einsatzes wert sein, wenn es sich um so vitale Interessen der bürgerlichen Klasse handelt, wie das Wahlrecht. Genossin Zetkin sagt, wir werden nicht über Zwirnsfäden stolpern. Nein gewiß nicht, aber über die Bajonette unserer Gegner stolpern wir, und wenn Sie ausrufen: „Wir werden unsere Söhne dazu erziehen, daß sie nicht mehr auf Vater und Mutter schießen," so sage ich Ihnen, nach der Richtung sieht es noch auf lange hinaus unendlich trübe aus. (Unruhe.) Ich kann die Verantwortung nicht dafür übernehmen, die Massen in eine derartige Situation hineinzutreiben, und bitte Sie, den Antrag Legien anzunehmen.

Bömelburg: Sie werden nicht erwarten, daß ich auf die ganze Frage des Generalstreiks und auf all das eingehe, was hierüber nach dem Kölner Gewerkschaftskongreß in Versammlungen gesprochen und in der Presse geäußert ist. Das kann nicht meine Absicht sein. Der Gewerkschaftskongreß hat seinen Beschluß gefaßt, und da die Gewerkschaften ihre Tagung für sich abhalten und als solche souverän sind, so bleibt für mich als Gewerkschaftler in erster Linie der Beschluß des Gewerkschaftskongresses bestehen. Als es bekannt wurde, daß Bebel

auf diesem Parteitage über den politischen Massenstreik referieren würde, da hat sich wohl mancher gefragt, welche Stellung Bebel einnehmen wird. Bebel war in diesem Punkte ein unbeschriebenes Blatt; er hat sich darüber vorher nicht geäußert, abgesehen von dem, was er gelegentlich des Bremer Parteitages in der „Neuen Zeit" geschrieben hat. Ebenso wie bei meinen Ausführungen auf dem Kölner Kongreß so mancher nicht auf seine Rechnung gekommen ist, ebenso wird eine große Anzahl von Genossen hier im Saal, die heute bei Bebels Ausführungen ihre Rechnung nicht gefunden haben. Ich für meine Person bin mit Bebel im großen ganzen einverstanden, er hat bestätigt, daß ich mit meinen Anschauungen über den Generalstreik recht habe, er hat nichts davon gesagt, daß man den politischen Massenstreik benutzen wolle, um die Desorganisation des Staates herbeizuführen, eine Ansicht, die, wenn ich nicht irre, auch die Genossin Zetkin vertreten hat. Bebels Ausführungen gehen dahin, daß man die Massenarbeitseinstellung — selbst das Wort politischer Massenstreik hat er vermieden — daß man die Massenarbeitseinstellung nur als wirksamstes Demonstrationsmittel benutzen wolle, also dieselbe Ansicht, die Bernstein vertreten hat.

So weit es sich um Maßnahmen gegen die Verschlechterung des Wahlrechts oder des Koalitionsrechts oder zur Verteidigung anderer politischer Freiheiten handelt, besteht Einigkeit in der Gesamtpartei, und zur Gesamtpartei gehören auch wohl die Mitglieder der freien Gewerkschaften. Ich habe die Ueberzeugung, daß in den freien Gewerkschaften wenig Personen organisiert sind, die sich nicht auch zur sozialdemokratischen Partei bekennen. Die Gesamtpartei also ist sich darüber einig, daß in einem solchen Fall die Arbeiterklasse selbst vor den äußersten Mitteln nicht zurückschreckt. Nur darüber gehen die Meinungen auseinander, ob man von vornherein die Kampfmittel des näheren bestimmen soll. Ich habe mich heute während Bebels Rede fortwährend gefragt, wann wird Bebel auf die Frage eingehen, wie sich denn eigentlich eine solche große politische Bewegung gestalten soll. Ich mache Bebel keinen Vorwurf daraus, daß er das nicht getan hat, denn es ist gar nicht möglich, die Art der Fuzenierung und Führung des Streiks auseinanderzusetzen, und wenn er es getan hätte, dann hätte er sich jedenfalls einer sehr großen Taktlosigkeit schuldig gemacht, denn wer den Versuch machte, im vornherein zu bestimmen, wie sich zur gegebenen Zeit die Sache gestalten, wie sie organisiert werden soll, der würde etwas tun, was er nicht verantworten kann. Man darf doch nicht den Gegnern gegenüber seine Karten aufdecken. Aber ebensowenig wie man imstande ist, von vornherein zu sagen, so und so muß sich die Sache gestalten, ebensowenig ist man in der Lage zu sagen, ein derartiges Kampfmittel will man für den gegebenen Fall anwenden. Angewendet soll die Massenarbeitseinstellung ja werden, wenn die Reaktion dem Volke seine politischen Freiheiten beschneiden oder nehmen will, aber in der Resolution steht ausdrücklich „gegebenen Falles" soll das geschehen. Es ist also nicht gesagt, daß man, wenn man uns das Wahlrecht oder das Koalitionsrecht nehmen will, unter allen Umständen von diesem Mittel Gebrauch macht, und zwar ist das mit vollem Recht nicht gesagt; selbst Roland-Holst betont ausdrücklich, daß der politische Massenstreik nicht unter allen Umständen angewendet werden kann. Niemand ist imstande, zu sagen, ob in solchem Momente für eine große Bewegung die Volksstimmung vorhanden ist, und ohne die Volksstimmung ist eine Bewegung nicht möglich, sie kann nur getragen werden von einer ganz ungeheueren Erregung, und solche Erregung läßt sich nicht künstlich hervorrufen. (Sehr richtig!) Warum ist die Revolution in Rußland nicht zehn oder zwanzig Jahre früher gekommen? Warum ist nicht der Bergarbeiterstreik, der spontan hervortrat, wo die Erregung eine ganz ungeheure war, sechs, sieben oder zehn Jahre früher ausgebrochen? Wenn das Maß nicht voll ist, wenn nicht die richtige Erregung im Volke vorhanden ist, dann wäre es ein Wahnsinn, ein Verbrechen, wollte man dann die Arbeiterschaft in den Kampf treiben. (Sehr richtig!) Also, es

läßt sich nicht bestimmen, wie die Dinge sich gestalten sollen. Und wollten wir nun auf die organisatorische Seite der Sache eingehen, so müßte ich die Frage aufwerfen, wer spricht im gegebenen Moment das entscheidende Wort, wer soll die Losung ausgeben? Einen Parteitag können wir doch nicht erst abhalten. Würden wir uns aber festlegen und würden die Führer der Partei und Gewerkschaften die Massenarbeitseinstellung im gegebenen Falle nicht für ratsam halten, dann können in der gesamten Arbeiterbewegung sehr leicht große Meinungsverschiedenheiten entstehen, die eine Schädigung der Organisationen zur Folge haben. Sind wir uns alle darüber einig, daß wir, wenn man dem Volke seine Rechte beschneiden will, gewillt sind, den Kampf zu führen, dann werden wir auch das Mittel finden, das nach Lage der Verhältnisse angewandt werden muß.

Von denselben Voraussetzungen ist ja auch der Gewerkschaftskongreß ausgegangen. Wer da sagt, daß die Gewerkschaften Flaumacher seien, daß man nicht mitmachen will, der kennt die Verhältnisse nicht. Die Gewerkschaften und die Partei sind sich in den Fragen der Erhaltung und Erweiterung der politischen Rechte vollständig einig. Nun noch einiges, was mich persönlich betrifft.

Man fiel nach dem Kölner Gewerkschaftskongreß förmlich über mich her. Genossin Luxemburg, sehen Sie, ich bin Maurer von Beruf, ich habe keine hohe Schule besucht, kenne mich auch nicht so mit dem feinen Schliff aus, und wir wissen ja alle, daß wir mit unserem Wissen nicht im entferntesten an die Genossin Luxemburg heranreichen. (Große Heiterkeit.) Ach, wir wissen es alle zusammen, daß wir mit unserem Wissen nicht heranreichen an diejenigen, die in ihrer Jugend nicht Hunger gelitten und eine gute Bildung genossen haben, aber wenn man im Kampfe steht — und ich kann für mich in Anspruch nehmen, daß ich Jahre hindurch für die Arbeiterbewegung gekämpft habe — wenn man im Kampf steht und so eigentümlich überfallen wird, wie es geschehen ist, dann schmerzt das, das tut wehe, das ist nicht angenehm, das ist nicht die Art und Weise, wie man die Einheit in der Arbeiterbewegung fördert. (Lebhaftes Sehr richtig!) Mir ist vorgeworfen, ich hätte durch die Kölner Resolution die Diskussion unterbinden wollen. Die Resolution ist eine Resolution der Generalkommission, die ich in ihren wesentlichsten Punkten verfaßt habe. Es mag ja sein, daß in der Resolution durch das Wort Propagierung eine irrige Auffassung entstehen konnte, aber in meinem Referat habe ich ausdrücklich gesagt, daß sich gegen die Diskussion des Massenstreiks nichts einwenden ließe. Das steht im unkorrigierten Protokoll, ich habe es absichtlich nicht korrigiert. Ich habe in Köln gesagt, ich halte es im Interesse der Entwickelung der Gewerkschaftsbewegung für notwendig, daß Ruhe eintritt, aber ich bin niemals auf den Gedanken gekommen, daß wir Kämpfen aus dem Wege gehen sollen. Glauben Sie, daß es in Deutschland einen Gewerkschaftsführer gibt, der nicht ganz genau weiß, welche schweren Kämpfe uns bevorstehen? Ich bin überzeugt, daß wir so ungeheure Kämpfe bekommen, daß wir uns als Praktiker die Frage vorlegen müssen, ob wir diesen ungeheuren Kämpfen gewachsen sind. Und gerade mit Rücksicht darauf habe ich gesagt, wir wollen Ruhe haben, damit wir uns auf diese großen Kämpfe der Zukunft vorbereiten können. Aber daran habe ich nie gedacht, daß wir Kämpfen aus dem Wege gehen sollen, ich will nur die Stärkung der Organisationen. Wir müssen die Möglichkeit haben, nicht gestört zu werden in der Erfüllung unserer großen Aufgaben, die Arbeiterorganisationen zu stärken und sie fähig zu machen, alles das herbeizuführen, was im Interesse des arbeitenden Volkes liegt. (Lebhafter Beifall.)

Ein Schlußantrag, den Krüger-Dresden empfiehlt und Hänisch-Dortmund bekämpft, wird hierauf angenommen und beschlossen, den Punkt der Tagesordnung heute noch zu erledigen.

Bebel (Schlußwort): Verschiedene Redner haben darauf hingewiesen, daß ich auf eine Menge von Preßäußerungen zu dieser Frage nicht eingegangen sei. Das ist nicht nur richtig, sondern es war sogar von vornherein mein fester Entschluß. Ich hätte sonst statt 3½ 5 oder 6 Stunden sprechen müssen und ich hätte dadurch in ganz unnötigerweise die Debatte verlängert, denn selbstverständlich hätte ich mit meiner Kritik eine Antwort der Angegriffenen hervorgerufen. Ich habe nur die mir am wichtigsten scheinenden Meinungen hervorgehoben. Ich will ferner dem Genossen Bömelburg gern zugestehen, daß auch nach meiner Meinung ihm in der Kritik des Kölner Kongresses zum Teil sehr ungerecht zugesetzt worden ist. Die Schuld daran tragen aber nicht allein die Kritiker, sondern zum Teil ist auch die Unklarheit der Kölner Verhandlungen schuld an den Mißverständnissen. Wenn dann Genosse Bömelburg sich gegen mich persönlich wendend erklärt hat, ich gehöre doch auch zu denen, die infolge ihrer Tätigkeit in der Studierstube nicht die Gelegenheit hätten, sich von manchen praktischen Dingen zu unterrichten, so erkläre ich, daß ich mich freue, daß meine soziale Lage es mir ermöglicht, alle paar Jahre ein paar Monate lang in meinen sog. Ferien mich Studien zu widmen, die den meisten von uns nicht möglich sind. Deswegen beneide ich mich, wenn aber Bömelburg daraus schließt, daß ich in vieles nicht eingeweiht sei, so schließt ja selbstverständlich die Stellung, die ich in der Partei einnehme, aus, daß ich gleichzeitig in den Gewerkschaften arbeite. Bömelburg weiß aus seiner Stellung manches, was ich nicht weiß, aber ich aus meiner Stellung heraus auch vieles, was er nicht weiß. Ich weise aber doch darauf hin, daß ich vom Anfang meines öffentlichen Auftretens an zu den eifrigsten Vertretern der Gewerkschaftsidee gehört und im Laufe der Jahre in unzähligen Gewerkschaftsversammlungen gesprochen habe. Als Vorsitzender des Verbandes deutscher Arbeitervereine habe ich schon 1868 zahlreiche Gewerkschaften ins Leben gerufen. Mehr kann man nicht verlangen. Wer von früh bis spät nichts tut als für die gemeinsame Sache zu arbeiten, muß sich gegen einen solchen Vorwurf verwahren (Zustimmung.) Ich weiß, es war nicht böse gemeint, es konnte aber falsch aufgefaßt werden.

Bernstein hat heute morgen gegenüber meinen Bemerkungen seine Ansicht aufrecht erhalten, daß der Einfluß des Reichstags im Sinken begriffen sei und er hat auf die Abwesenheit von Regierungsvertretern bei der Beratung der wichtigsten Initiativanträge hingewiesen. Das ist in der Tat im Reichstage wiederholt verurteilt worden. Bernstein sollte aber auch wissen, daß vom Regierungstische demgegenüber geltend gemacht worden ist, daß die Mitglieder des Bundesrates keine Stellung zu Anträgen nehmen können, bevor nicht ein Bundesratsbeschluß vorliegt. Man kann das bedauern; aber es liegt an den eigentümlichen staatsrechtlichen Verhältnissen des Deutschen Reiches. Man muß auch immer berücksichtigen, daß wir kein parlamentarisches Regime haben wie andere Länder. Wenn dann Bernstein wieder einmal dem Zuge seines Herzens folgend, sich des Bürgertums angenommen hat, so hatte ich allerdings gehofft, daß Du (zu Bernstein) seitdem wir wieder die Freude haben, Dich unter uns zu sehen, das deutsche Bürgertum ein wenig besser kennen gelernt hättest. Das mag alles auf England passen, was Du sagst, auf Deutschland paßt es nicht. Und ich wundere mich, daß ein so scharfsinniger Kopf, wie Du es sonst bist, es bis heute noch nicht eingesehen hat. Der plötzliche Seitensprung war allerdings skandalös; das weiß niemand besser als Singer, Geyer und ich, die wir als Vertreter der Fraktion im Seniorenkonvent gesessen haben, wo alles fest abgemacht war, in der Voraussetzung, daß der Reichstag vertagt werden sollte. Dann wurden wir auf einmal durch Eilboten eingeladen, und der Präsident teilte uns mit: Ich habe Ihnen zu verkünden, daß heute mittag geschlossen wird. Das war allerdings sehr stark. Woher aber solche Plötzlichkeiten kommen, brauche ich Ihnen nicht zu sagen. (Heiterkeit.)

Nun hat die Debatte nach einer Richtung einen etwas seltsamen Charakter angenommen. Ich habe mit Ausnahme der Jahre, in denen ich mich in Staatspension befand, allen Parteikongressen beigewohnt. Aber eine Debatte, in der so viel von Blut und Revolution die Rede gewesen wäre, wie in der heutigen, habe ich noch nicht gehört. (Heiterkeit.) Als ich das alles hörte, habe ich ein paarmal unwillkürlich auf meine Stiefelspitzen gesehen, ob diese nicht bereits im Blute wateten. (Große Heiterkeit.) Auf diese Weise ist der Resolution, gegen die im Grunde niemand etwas hat einwenden können, eine Auslegung gegeben worden, als ob durch sie die wüstesten Gefahren heraufbeschworen würden. Ich in meinem harmlosen Gemüt habe an all das gar nicht gedacht (Heiterkeit) und ich glaube, auch meine heutige Rede bietet durchaus keine Veranlassung, mich als so blutgierig hinzustellen. Dabei muß ich weiter verschiedenen Rednern den Vorwurf machen, daß sie sich in unglaublicher Weise widersprochen haben. Heine z. B. sagte im Anfange seiner Rede, daß er eigentlich mit der Resolution einverstanden sei, dann aber sprach er des längeren über die ungeheueren Gefahren dieser Resolution und nachher zollte er jedem Redner, der in demselben Stile sprach, den lebhaftesten Beifall. Ebenso Legien. Er meinte, gegen die Resolution sei im Grunde gar nichts zu sagen und er habe seinen Antrag eigentlich nur deshalb eingebracht, weil er in der Resolution eine Konzession an Friedeberg sehe. Den wahren Grund hat er vielleicht nicht gesagt. Er sagte sich wohl, daß in dem Absatz, den er zu streichen beantragt, eine Spitze gegen den Beschluß des Kölner Gewerkschaftskongresses zutage trete, die er vermieden sehen möchte. Aber nachdem er zuerst gesagt, daß er mit der Resolution an sich einverstanden sei, hat auch er ein fürchterliches Gemälde von den Folgen eines solchen Streiks entworfen. Ich meine aber, nachdem in der Resolution davon nichts steht, daß in einem bestimmten Falle der Massenstreik unter allen Umständen, koste es, was es wolle, proklamiert werden soll, sind alle diese Befürchtungen gegenstandslos. Bömelburg hat mit Recht gesagt, daß ich gut tat, nicht auf die Darlegung der Bedingungen im einzelnen einzugehen, unter denen der Massenstreiks eintreten soll. Dadurch hätte ich Kontroversen der schlimmsten Art veranlaßt, ohne praktisch die geringste Klärung herbeizuführen.

Der Parteitag soll sich nur im Prinzip dafür aussprechen, daß gegebenenfalls, unter bestimmten Voraussetzungen — natürlich ist dabei auch die *Möglichkeit* des Streiks vorausgesetzt — die Parteiführer mit den gewerkschaftlichen Führern darüber zu beraten haben: sollen wir praktisch verwirklichen, was wir in der Idee akzeptiert haben? Wenn Heine sagt, das Blut des Volkes sei ihm zu kostbar, so antworte ich: so viel sollte man jeden in diesem Saale kennen, daß niemand hier ist, der leichtsinnig mit dem Blute des Volkes umgeht. Keiner unter uns wird leichtfertig nach Blutvergießen schreien. Aber wenn ohne unser Zutun es dazu käme, so erkläre ich, daß an dem Tage, wo es wirklich dazu kommen sollte, Ihr mich nicht bei der Arrieregarde, sondern bei der Avantgarde findet (stürmischer Beifall), wie ich all mein Leben lang immer in der ersten Reihe gestanden habe. (Wiederholter Beifall.) Auch nach anderer Richtung waren einige gegen mich gemachte Aeußerungen deplaziert. Gegenüber meiner Bemerkung z. B., daß die Arbeiter unter Umständen ein paar Wochen hungern müßten, meinte Genosse Robert Schmidt spitzig, das klinge ja aus dem Munde Bebels sehr schön. Das soll heißen, Bebel braucht in einem solchen Fall nicht zu hungern, ich nehme aber an, daß auch Schmidt, wenn auch nicht in der gleichen gehobenen Lebenslage wie ich, so doch immerhin in einer so gehobenen Stellung sich befindet, daß es auch für ihn dazu nicht kommt. (Schmidt: Ich will auch andere nicht hungern lassen). Ach, Genosse Robert Schmidt, in jedem großen Streik wird, wenn er länger dauert, gehungert, und hunderttausende hungern in dieser bürgerlichen Welt ihr Leben lang. Und auch ich habe als Knabe gehungert und es viele Jahre als mein Ideal betrachtet, mich einmal

an Butterbrot satt essen zu können. Ich habe nachher viele Jahre unter kümmerlichem Lohn, der damals nicht den dritten Teil der heutigen Löhne ausmachte, gearbeitet und auch in den zehn Jahren, in denen ich selbständiger Drechsler war, hat mir mehr als einmal das Wasser an der Kehle gestanden. (Schmidt: Glauben Sie denn, daß ich aus der Bourgeoisie bin?) Das habe ich ja gar nicht gesagt, aber Sie haben diese meine Erklärung provoziert. (Lebhafte Zustimmung und Unruhe.) Ich mußte, nachdem selbst ein Genosse durch seine Bemerkungen dem Gerede der Gegner Vorschub leistete, die mich als einen angeblich steinreichen Mann bei den Arbeitern zu diskreditieren suchen, dem energisch entgegentretn. (Stürmischer Beifall. Unruhe.) Denn wenn ein Genosse vor versammeltem Volk so spitze Bemerkungen macht und damit den Gegnern noch Waffen liefert, kann ich mir das nicht gefallen lassen. Es tut mir leid, daß ich so habe handeln müssen, aber Sie haben mich dazu gezwungen. (Lebh. Zustimmung.)

Diese ganze Angstmacherei — anderes ist es nichts — habe ich heute morgen schon gegenüber Heine charakterisiert. Ich gebe zu, daß auch auf der anderen Seite Aeußerungen provokatorischer Natur gefallen sind, aber den Anfang hat jene Seite gemacht. Noch eins! Wenn es aber dazu käme, daß die Arbeiter hungern müssen, dann wären diejenigen unter uns, die in gehobener Stellung sind, elende Kerle, wenn sie nicht so tief wie möglich in den eigenen Geldbeutel greifen würden, um zu helfen. (Stürmischer Beifall.)

Elm hat meine Aeußerungen über Hamburg mißverstanden. Ich habe nicht davon gesprochen, daß die Hamburger Gewerkschaftsführer sich gegen einen Massenstreik erklärt hätten. Diese Frage ist allerdings in einer Konferenz, der auch Dietz, Metzger und ich beiwohnten, erörtert worden, damals waren aber nicht nur die Gewerkschaftler, sondern auch die Vertreter der Partei einstimmig der Ansicht, daß ein solcher Streik der Situation in Hamburg nicht angemessen sei. Von verschiedenen Seiten ist allerdings in Köln und in der Presse gesagt worden: was, das radikale Hamburg wehrt sich nicht, das ist doch unerhört. Man muß aber berücksichtigen: wenn die Arbeiter zu einem mit solchen Opfern verbundenen Streik schreiten sollen, so muß es sich um eine Frage handeln, für die alle das größte Interesse haben. (Sehr richtig!) Eine solche Frage ist die Hamburger Wahlrechtsfrage nicht. Schon bisher bestand in Hamburg ein ganz elendes Wahlsystem: nach diesem muß man fünf Jahre in Hamburg wohnen und 1200 M. Einkommen versteuern, um wahlberechtigt zu sein. Wenn dann ein solch elendes Wahlgesetz noch mehr verschlechtert wird, wozu auch nicht der geringste vernünftige Grund vorlag, so ist das keine Situation, die zum politischen Massenstreik führen kann. Das wäre ja geradezu Wahnsinn gewesen. Ganz ähnlich lagen die Dinge in Lübeck. Und wenn auf Sachsen hingewiesen wird, so hat damals überhaupt noch kein Mensch an den politischen Streik in diesem Sinne gedacht.

Robert Schmidt hat dann scherzhaft gemeint, er freue sich des wohltätigen Einflusses, den er seiner Zeit auf meine und Singers Radikalisierung ausgeübt habe. Der Scherz war nicht übel, aber es war nur ein Scherz. Singer und ich sind heute nicht radikaler als vor 15 Jahren. Darin unterscheide ich mich allerdings von manchem Parteigenossen, der wie Robert Schmidt einst ultraradikal war, während er heute zu den gemäßigsten gehört. Es ist eben eine alte Erfahrung, daß gerade diese Ultraradikalen am meisten und oft plötzlich umschlagen. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn ich anzüglich werden wollte, könnte ich auf manchen hinweisen, der auch heute ultraradikal geredet hat und für den ich nicht garantiere, wie lange es dauert. (Heiterkeit.)

Robert Schmidt hat dann auf einen Artikel von mir in der „Neuen Zeit" Bezug genommen, den ich aber nicht, wie er meint, nach, sondern vor dem Bremer Parteitage geschrieben habe. Damals wurde von verschiedenen Seiten vorgeschlagen, die Wahlrechtsfrage auf die Tagesordnung des Parteitags zu setzen;

darauf allein bezieht sich die von Schmidt angeführte Aeußerung. Ich habe mir, als ich den Artikel eben noch mal durchlas, unwillkürlich gesagt: „Ei, potztausend, wie klug bist du doch damals gewesen; ich würde heute den Artikel nicht anders schreiben als vor einem Jahre." (Heiterkeit.) Was Schmidt in dem Artikel sieht, steht nicht drin. Ich habe in dem Artikel ausgeführt, daß es ein gewaltiger Fehler wäre, Wahlrechtsattentate, die noch nicht existierten, zum Gegenstand einer Debatte zu machen. Eine solche Debatte haben wir auch heute nicht gehabt. Ich habe schon in dem in Frage stehenden Artikel darauf hingewiesen, daß die Parteipresse die Rolle des Wächters und Warners übernehmen müsse; aber ich habe der Partei nicht zugemutet, daß sie einen Feldzug gegen eine Gefahr unternehmen soll, die noch keine greifbare Gestalt angenommen hat. Ich habe auch in meiner Resolution nur darauf hingewiesen, daß die Partei für den Fall, daß ein solches Attentat auf das Wahlrecht käme, im voraus schon ihre Waffen brauchbar und wirksam machen müsse, ein Attentat abzuwehren. Nicht ein einziger Satz meiner damaligen Auffassung steht mit meiner heutigen Auffassung im Widerspruch. Es handelt sich auch heute nicht darum, die Partei schon heute auf den Massenstreik in einem gegebenen Falle festzulegen. Das würde ich für den größten Fehler halten, den wir machen könnten. Nein, wir haben ihn nur für den gegebenen Fall als ein Kampfmittel mit in Erwägung zu ziehen. Dazu ist es allerdings notwendig, Aufklärung über die Bedeutung dieser Waffe und der Rechte, die gegebenenfalls mit dieser Waffe verteidigt werden sollen, zu schaffen. Ich habe also nur das getan, was jeder vernünftige Mann, wenn ihm ein Unheil droht, tun muß, indem er sucht, sich vor dem Unglück zu schützen. Wir ändern mit diesem Beschluß durchaus nicht unsere Taktik, sondern nehmen nur ein neues Kampfesmittel zu den Waffen, die wir heute zur Verfügung haben, auf, um im gegebenen Falle die Frage zu entscheiden: wollen wir, können wir, und wie können wir es anwenden. Es wäre Wahnsinn, wenn wir anders verfahren wollten. Nun sagt Genosse Rob. Schmidt: Die Masse fragt aber: wohin führt Ihr uns, lockt Ihr uns nicht in den Hinterhalt? Darauf antworte ich: Der wäre ein Elender, der die Masse irreführt und ihr nicht sagt, um was es sich handelt! Und wenn wir jemals wirklich von dem Massenstreik Gebrauch machen wollen, dann werden wir der Masse nicht nur sagen, um was es sich handelt, sondern auch, weshalb wir dies Mittel gebrauchen wollen, weil wir ohne diese Aufklärung die Massen gar nicht gewinnen können. (Sehr richtig!) Es ist eine starke Unterschätzung der großen Masse der Arbeiter, anzunehmen, die deutsche Arbeiterklasse lasse sich blindlings in eine Falle locken, ganz abgesehen von der Unterstellung, daß man es überhaupt für möglich hält, daß in der deutschen Sozialdemokratie Männer vorhanden sein sollten, die so niederträchtig sein könnten, die Massen in eine Falle zu locken. (Lebhafte Zustimmung.) Rob. Schmidt hat dann noch hingewiesen auf die Urteile über den Massenstreik von Vandervelde, Vliegen und Turati. Natürlich ist man in den ausländischen Parteien genau so verschiedener Meinung in dieser Frage, wie heute Rob. Schmidt im Gegensatz zu uns steht. Wenn der eine oder andere der Genannten glaubt, der Generalstreik hätte sich in seinem Lande nicht bewährt, dann sage ich Ihnen: Wenn wir unter den gleichen Bedingungen, wie die Holländer, Belgier und Italiener in den Massenstreik treten wollten, wäre ich der erste, der davor warnte, weil die genügenden Bedingungen nicht vorhanden wären. Insbesondere Holland ist als industriell ganz unentwickeltes Land kaum geeignet für den Generalstreik.

Politischen Selbstmord wollen wir aber nicht begehen, wie Rob. Schmidt, meint, jedenfalls nicht mit Absicht, und wenn man ohne Absicht zum Tode kommt, dann ist es eben kein Selbstmord. (Heiterkeit.) Genosse Schmidt hat sich auch auf Liebknecht berufen. Ich wette hundert gegen eins, Liebknecht stände nicht auf Ihrer Seite in dieser Frage, Genosse Schmidt, da kannten sie unseren Alten schlecht. Weiter äußerte Genosse Rob. Schmidt: die Art wie Bebel auf

den Massenstreik losgeht, ist die Art eines Reitergenerals. Unter Umständen ist eine Husarenattacke sehr nützlich, aber wenn Robert Schmidt sich einbildet, ich würde eine Reiterattacke gegenüber kleinkalibrigen Gewehren machen — da sage ich mit dem alten Wrangel: „Da kennt er mir schlecht!" (Große Heiterkeit.) Ich weiß nicht, wie mein politisches Leben ihm ein Anrecht gibt zu glauben, daß ich eine solche Eselei begehen könnte. (Heiterkeit.) Ich habe ja gewiß manche Dummheit auf dem Gewissen (Erneute Heiterkeit), aber Genosse Schmidt jedenfalls auch (Heiterkeit), es käme aber auf eine Probe an, wessen Konto beim Vergleich größer wäre. (Große Heiterkeit.) Damals hat auch bei Euch Jungen der Massenstreik eine Rolle gespielt; Kampffmeyer*) war es besonders, der mit aller Macht für diesen Streik eintrat. Jetzt aber hält er den Massenstreik nicht einmal zur Abwehr gegen ein Attentat auf das allgemeine Stimmrecht für angebracht. Er meint, wenn den Arbeitern das Wahlrecht im Reichstage genommen wird, dann müßten sie sich auf die süddeutschen Staaten zurückziehen, eine merkwürdige Ansicht und eine noch merkwürdigere Bescheidenheit. Alle Achtung vor den süddeutschen Genossen; aber wenn es dem Reichstagswahlrecht an den Kragen geht — wie es dann im Süden gehen wird, darüber habe ich meine eigenen Gedanken. Und was könnte es selbst den 50 Millionen Deutschen helfen, denen das allgemeine Wahlrecht genommen wird, wenn 10 Millionen in den süddeutschen Staaten für die Landtage es behielten. (Sehr richtig!)

Weiter hat die Genossin Luxemburg in ihrer allerdings echt revolutionären Rede auch das Kommunistische Manifest zitiert. Ich weiß nicht, ob die Genossin Luxemburg gerade die von David zitierte Stelle aus dem Manifest akzeptiert. Ich will nur konstatieren, daß Engels selber wiederholt erklärt hat, daß er wohl mit der Kritik des Manifestes übereinstimme, aber mit den Mitteln nicht mehr. (Sehr richtig!) Und wenn heute David ein Zitat aus einer Erfurter Parteitagsrede von mir angeführt hat, so habe ich mich herzlich gefreut, einmal, weil ich mir gesagt habe: du bist doch schon damals ein recht gescheiter Kerl gewesen (große Heiterkeit), hast eben einmal wieder ganz richtig prophezeit (erneute stürmische Heiterkeit), und drittens, weil es gerade David, mit dem ich schon oft scharf zusammengeraten bin, war, der heute mein Schildknabe war und mich nach einer gewissen Richtung gedeckt hat. (Heiterkeit.) Genosse Legien hat dann mein Zitat aus seiner Rede auf dem Pariser Kongreß mit den Worten zurückgewiesen, das sei über eine halbstündige Rede ein ganz kurzer Auszug, er habe denselben nicht kontrolliert. Ich habe auch viel weniger auf den Inhalt der Rede gegeben als auf den Schlußsatz: Mögen die französischen und italienischen Genossen für die notwendige Organisation sorgen, dann stehen wir ihnen zur Seite. Schon hieraus könnte man schließen, daß Legien damals unter gewissen Einschränkungen für den Generalstreik war, doch habe ich diesen Schluß nicht ohne weiteres gezogen. Aber der Beschluß des internationalen Kongresses, den Legien selbst niedergeschrieben hat, läßt keinen Zweifel, daß damals sein Standpunkt ein anderer war. Legien sagte 1896 mit Hinweis auf London:

„Wir haben den nicht gerade formvollendeten Londoner Beschluß wiederholt, um zu dokumentieren, daß sich unsere Anschauungen über den Generalstreik nicht geändert haben. Solange keine starken Organisationen vorhanden sind, ist der Generalstreik für uns nicht diskutierbar." Darin liegt eine bedingte Zustimmung zum Generalstreik, auch steht der Wortlaut der damals von Legien vertretenen Resolution mit seinen heutigen Ausführungen in Widerspruch, wo er die ganze Idee ablehnt und uns auf das ungeheuere Elend und Unglück eines Generalstreiks hinweist. Legien hat dann geglaubt, Bringmann gegen einen Vorwurf von meiner Seite in Schutz nehmen zu sollen. Er hat das gar nicht nötig gehabt. Ich habe nicht gesagt, daß Bringmann kein Sozialdemokrat mehr wäre,

*) Siehe hierzu die Erklärung Kampffmeyers auf Seite 367.

sondern habe lediglich betont: Ausführungen, wie sie Bringmann nicht in der Absicht gemacht, diese Wirkung zu erzielen, dahin führe, daß ein Teil der Leute, die sie hören, sich sagen: da brauche ich nicht mehr der Partei anzugehören oder ihr beizutreten. Es ist auch nicht richtig, wenn Legien darauf hinweist, daß sei keine autoritative Wiedergabe seiner Rede. Die Broschüre ist vom Zimmererverbande herausgegeben, die betreffenden Stellen sind in Fettdruck, und ich kann nicht annehmen, daß Bringmann die Rede nicht vor dem Druck gelesen und korrigiert hat. Mir gegenüber hat Bringmann persönlich auch mit keinem Wort bestritten, die von mir zitierten Aeußerungen gemacht zu haben.

Wenn nun Genosse Legien den Antrag gestellt hat, gerade die beste Rosine aus meinem Kuchen heraus zu klauben (Heiterkeit), so begreife ich das aus den von ihm angegebenen Gründen. Aber ich hoffe, der Parteitag wird darauf nicht eingehen, wie ich Sie überhaupt bitten möchte, alle zu meiner Resolution gestellten Anträge glatt abzulehnen.

Man hat weiter mit großem Scharfsinn darüber gestritten, welche Aussicht eine gewaltsame Revolution in Deutschland haben würde. Ich habe zu diesen Erörterungen in meinem Referat keine Veranlassung gegeben, ich habe im Gegenteil unter Anführung der Stelle aus dem ultramontanen „Echo" bewiesen, daß dies katholische Blatt mit unserer seit Jahrzehnten, namentlich auch im Leipziger Hochverratsprozeß von Liebknecht und mir mit aller Energie geltend gemachten Anschauung in Uebereinstimmung steht: Revolutionen werden überhaupt nicht gemacht; wenn Revolutionen entstehen, dann sind immer diejenigen schuld, die dem notwendig aus der gesellschaftlichen und staatlichen Entwickelung hervortretenden Bedürfnis der großen Masse mit Gewalt entgegentreten und ihm nicht gerecht werden. Das ist unser alter Standpunkt, wie ich ihn seit 1869 vertreten habe und wie ihn noch früher Lassalle in ähnlicher Weise vertreten hat. Also nach der Richtung kann wahrlich, soweit überhaupt von einer Deklaration der Stellung der Partei zur Revolution gesprochen werden kann, nur gesagt werden, sie ist immer dieselbe geblieben. Aber die gefallenen Bemerkungen veranlassen mich doch, einige allgemeine Ausführungen über den sogenannten Reifegrad der heute in erster Linie in Betracht kommenden Arbeitermassen zu machen. Parteigenossen: In allen Revolutionen der letzten drei, vier Jahrhunderte können wir die Beobachtung machen, daß die geistigen Leiter dieser Volksbewegungen im Vergleich zu der in Frage kommenden Masse ein solches Minimum an Zahl darstellen, daß man sagen darf, es waren Revolutionen einer Minorität, und ohne Zweifel können jene revolutionären Bewegungen mit einer Bewegung, wie sie heute die Sozialdemokratie darstellt, nicht im mindesten verglichen werden. (Sehr richtig.) Wer die Geschichte dieser Revolutionen kennt, weiß wie äußerst gering die Zahl der geistigen Führer, wie groß aber in der Klasse des Bürgertums die Unklarheit über ihre Ziele und ihr Wollen war. Das ist in der modernen Arbeiterbewegung ganz anders. Wir Sozialdemokraten fassen den Begriff revolutionär so auf, daß er sich in den Zielen, nicht in den Mitteln dokumentiert. Es kann eine Bewegung gewaltsam durchgeführt werden und doch reaktionär wirken, und auf der anderen Seite kann eine Bewegung, die friedlich verläuft, viel wirksamer und tiefgehender sein als alle Gewaltkämpfe.

Wollt Ihr die näheren Umstände erfahren, unter denen früher die Revolutionen ausgefochten wurden, dann bitte ich Engels Vorrede zu Marx „Klassenkämpfen" nachzulesen. So lange es aber Revolutionen in der Weltgeschichte gab, hat noch niemals eine Volksbewegung bestanden, in der die große Masse der Beteiligten und Interessierten so aufgeklärt, so unterrichtet war, so genau das Wesen des Staates und der Gesellschaft, die Gesetze, welche sie regieren, kannte, als in der modernen sozialistischen Bewegung. Das ist eine Erscheinung, wie sie einzig in der Welt steht. Man muß nur das Bürgertum in den Jahren 48 und 49 in seiner unglaublichen politischen Unwissenheit kennen gelernt

haben. Ich war ja damals noch ein Kind, aber ich habe mich schon in jenen Jahren, also von Kindesbeinen an sozusagen, für die öffentlichen Dinge in hohem Grade interessiert, und als ich später ins Leben trat und hörte und sah, war ich erstaunt über die große politische Unreife derer, die fortgesetzt von Revolutionen und von der Notwendigkeit des Fürstenmordes (Heiterkeit) redeten und radikal bis zum äußersten sein wollten. Die Haare haben mir zu Berge gestanden, wie alte Leute, die in der Revolution gekämpft, selbst vier, fünf Jahre und länger im Zuchthause gesessen hatten, sich in vollendeter Unwissenheit und Unklarheit über das Wesen des Staates und der Regierungen befanden. Das ist bei der Masse der klassenbewußten Arbeiter anders. Wenn es heute z. B. auf ein Examen ankäme zwischen den Angehörigen unserer Partei und Angehörigen des Kleinbürgertums über politische und ökonomische Dinge, so würden die letzteren stark Schiffbruch leiden. (Sehr richtig.) Diese vergleichsweise geistige Höhe der in der sozialpolitischen Bewegung stehenden Massen ist ein Machtfaktor, gewaltig und bedeutend, der noch weit, weit unterschätzt wird, den aber unsere Gegner nicht unterschätzen. Diese kennen genau den geistigen Kern, der in der heutigen Volksbewegung, die die Sozialdemokratie repräsentiert, enthalten ist. Und wenn wir dafür sorgen, wie es mein Antrag in seinen Schlußsätzen klar ausspricht, daß diese Menge von politischer Bildung weiter entwickelt wird, in ganz anderer Weise als bisher, daß mit der jämmerlichen Verbreitung, die heute unsere wissenschaftliche Literatur erfährt, ein Ende gemacht wird, daß endlich wieder einmal studiert wird, daß man in der täglichen Kleinarbeit nicht vergißt, sich aufzuklären an der Quelle der sozialistischen Literatur, wenn diese Debatten die Anregung dazu gegeben haben, daß in ungleich höherem Grade als bisher auf allen diesen Gebieten gearbeitet wird, so können wir getrost unseren Gegnern gegenüber sagen: wollen sie den Kampf wagen, wir sind bereit! (Stürmischer anhaltender Beifall.)

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Legien: Bebel meinte, ich hätte die Streichung des einen Passus lediglich deshalb beantragt, weil er geeignet ist, den Anarchosozialismus zu unterstützen, hätte aber dabei wohl empfunden, daß darin eine Spitze gegen den Gewerkschaftskongreß vorhanden ist, dieses aber nicht ausgesprochen. Diese Empfindung habe ich nicht gehabt. Hätte ich sie gehabt, so hätte ich das unter allen Umständen hier ausgesprochen und ich würde dann auch sicher geglaubt haben, daß das ein gewichtiges Argument gegen diesen Passus sei. Nachdem aber Bebel mit diesen Worten selbst angedeutet hat, daß dieser Passus sich gegen den Gewerkschaftskongreß richte, kann ich meinen Antrag nicht zurückziehen. Weiter hat Bebel erklärt, ich hätte ihm vorgeworfen, daß er die Aeußerungen Bringmanns falsch zitiert habe. Das habe ich nicht getan, sondern erklärt, daß die Broschüre Bringmanns nicht gedruckt worden sei zur Massenverbreitung, sondern als Protokoll.

Robert Schmidt verwahrt sich dagegen, daß er in perfider Weise auf den Reichtum Bebels angespielt habe. Er selbst habe Bebel oft gegen diesen Vorwurf in Versammlungen verteidigt. Unter Genossen sollte eine solche Erklärung genügen. Auch habe er Bebel nicht als Führer bezeichnet, der die Massen in die Falle lockt, sondern nur gesagt, daß wir in einen Hinterhalt geraten. In den Hinterhalt aber locke doch nicht der Führer, sondern der Feind. Es ist bedauerlich, daß die Debatte auf das Niveau sinkt, indem wir uns gegenseitig unterhalten, wer am meisten gehungert hat.

Rosa Luxemburg: Bömelburg hat gesagt, daß er in seiner Jugend gehungert habe; ich wahrscheinlich nicht. Ich verschmähe es, in einen Wettlauf des Hungerns hin auf die Geschichte der privaten Leiden meines Magens einzugehen. (Heiterkeit.) Es steht Bömelburg nicht an . . .

Singer: Was Bömelburg ansieht, darüber entscheiden wir.

Luxemburg (fortfahrend): Ich wundere mich weiter darüber, daß sich Genosse Bömelburg darüber beschwert, als hätte ich ihm als Maurer gegenüber einen etwas zu scharfen Ton in der Polemik gebraucht. Genosse Bömelburg hat sich doch hier als ein logisch, politisch und rednerisch handfester Maurer bewiesen, daß er wohl auch einen Puff von mir wird vertragen können. (Große Heiterkeit.)

Bebel: Meine Bemerkungen über die Bringmannsche Broschüre hat Legien mißverstanden. Wenn Genosse Schmidt erklärt, er sei von mir mißverstanden worden und es habe ihm ferngelegen, mit seiner Aeußerung mir persönlich nahe zu treten, so bin ich gern bereit, das, was ich gegen ihn gesagt habe, zurückzunehmen. (Beifall.) Die andere Aeußerung Schmidts, das Führen der Masse in einen Hinterhalt, hatte ich nicht auf mich persönlich bezogen.

Frau Zetkin: Bömelburg hat mir die Auffassung zugeschrieben, der Zweck des politischen Massenstreiks sei die Desorganisation des Staates. Ich habe diese Auffassung nie vertreten, sondern nur darauf hingewiesen, daß der Massenstreik nur erfolgreich sein könne, wenn es ihm gelinge, vorübergehend die Staatsgewalt zu lähmen und zu desorganisieren. Schmidt hat mir vorgeworfen, daß ich nicht angegeben hätte, wie wir im Fall des Zusammenstoßes mit der bewaffneten Macht die Bajonette von uns abwenden könnten. Das war nicht meine Schuld, sondern die Schuld der männlichen Parze, die da oben meiner Redezeit den Faden abgeschnitten hat. (Große Heiterkeit.)

Damit schließen die persönlichen Bemerkungen.

Singer teilt mit, daß die Vertreter der holländischen Partei auf dem Parteitage ihn ersucht hätten, folgendes bekannt zu geben:

„Erklärung der holländischen Delegierten: Der Genosse Robert Schmidt hat sich über den holländischen Parteivorstand in unrichtiger Weise geäußert. Der Sinn des Manifestes des holländischen Parteivorstandes nach Beendigung des Massenstreiks ist durchaus nicht gewesen, wie Genosse Schmidt ausführte, jeden Massenstreik als ein verderbliches Abenteuer zu erklären, sondern der Vorstand hat nur gerügt die Art und Weise, wie in und nach dem Streik, der gerichtet war gegen das Streikverbot der Eisenbahner und die Verschärfung des Strafgesetzbuches, damals die Anarchisten durch ihre verleumderische Agitation die Disziplinwidrigkeit in die Massen brachten. Unser Parteitag im Jahre 1903 in Enschede, zwei Monate nach Beendigung des Streiks, hat mit erdrückender Mehrheit einer Resolution über den Massenstreik zugestimmt, die vom Vorstande eingebracht war, der in ihrem Sinn und Wortlaut die Resolution, welche nachher 1904 der Internationale Kongreß in Amsterdam angenommen hat und welche ebenfalls von der holländischen Delegation stammt, durchaus entspricht."

Mendels, Ankersmit, Delegierte der holländischen Partei.

Es folgt die Abstimmung.

Zunächst wird das Amendement Legien (Seite 313) zur Resolution Bebel abgelehnt und hierauf die Resolution (Nr. 151) unverändert in namentlicher Abstimmung mit 287 gegen 14 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen angenommen.

Mit **Ja** stimmten: **Abel**, Adelung, Adler, Ahnert, Albrecht, Auer, **Baader**, Baerer, Barenthin, A. Bartel, P. Barthel, Bastian, Baudert, E. Bauer, H. Bauer, **Bebel**, Bechmann, Beeck, Bender, Bérard, Berke, Bernstein, Betzhold, Bielig, **Bock**, Böhle, Boeske, Bolzmann, Bongartz, Borgmann, Borheimer, Dr. H. Braun, O. Braun, Brecour, Breil, Brühne, Bruhns, Brumm, Bruns, Buchholz, Buhl, Busold, Büttner, **Castrup**, Chmielewski, Cohn, Craß, **David**, Davidsohn, Dornheim, Dreesbach, **Ebert**, Eberhardt, Eckardt, Eckermann, Ehrhart, Eilken, Eichhorn, Eisner, v. Elm, Engelke, E. Ernst, Th. Ernst, Eiser, Ettling, Ewald, **Faaß**, Faber, Faure, Fauth, G. Fischer, H. Fischer, O. Fischer, R. Fischer, Förster,

Fräßdorf, Frahm, Frank, Freiwaldt, Frenzel, Freythaler, Fricke, Friedrich, Fröhder, Frohme, Fügner, Gerhardt, Gerisch, Geyer, Giesecke, Goßler, Grenz, Groenewald, Gruenwaldt, Gruhl, Gsell, Günther, Haase, Haenisch, Händchen, Härtling, G. Hartmann, O. Hartmann, Haupt, Hauwede, Haverkampf, Hengsbach, Heidke, Henke, Hennig, Hering, Herzog, Hildenbrand, Höfs, P. Hoffmann-Halberstadt, P. Hoffmann-Hamburg, A. Hoffmann, St. Hoffmann, A. Hofmann, Horster, Hüttmann, Hug, Hugel, Jäger, Jakobsen, Jantzen, Jenich, Joos, Jünke, Junghanß, Kähler, Kaden, Kayer, Keil, Keimling, Keller, Kellermann, Kimmel, Kleemann, Kleinicke, Klüter, Knieriem, König, Koenen, Kopp, Krasemann, Krismannsky, J. Krohn, P. Kröhn, Krosse, Krüger, Kubig, Kupfer, Lang, Laumann, Leber, Ledebour, Leibknecht, Leopoldt, Lepitz, Lesche, Liebknecht, Lippold, Litzinger, Löbe, Lohmann, Lucke, Luxemburg, Mahlke, Maune, Meibohm, Meisel, Meist, Meister, Mewes, Michels, Mirus, Molkenbuhr, Motteler, Mucker, B. Müller, Th. Müller, Münch, Mummendey, Neumann, Niendorf, Nietzel, Orbel, Peyhold, Peus, Pfannkuch, Pickelmann, Pinseler, Profit, Raute, Reißhaus, Reuter, Rieger, Rieke, Rink, Röder, Rosbitzki, Rollwagen, Rölke, Rother, Sämann, Schadow, Schäfer, Schäffler, Scheidemann, Scherffig, Schlegel, W. Schmidt, Schmitt, H. Schmitz, W. Schmitz, Schüler, Schulz, Schulze, Schumacher, Schwartz, Seel, Seelmann, Seeger, Seger, Seifert, Seige, Sidow, Sindermann, Singer, Simon, Solms, Specht, Sperka, Staab, Stadthagen, Staroßen, Stauch, Staufer, Stock, Stollberg, Stolten, Striepe, Stubbe, Südekum, Taubmann, Teuerjahr, A. Thiele, R. Thiele, Thomas, Tilp, Töpfer, Tutzauer, Uhlemann, Ulrich, Ullrich, Umland, E. Vetterlein, O. Vetterlein, Vetters, Voigt, Wagner, Wartenberg, Wasner, Weber, Wehder, Wehner, Wels, Wengels, Wicklein, Wissell, Wiehem, Wilhelm, Winter, Wizorowski, Woldersky, Wölfel, Wollenweber, Wulf, Wurm, Zahn, Zetkin, Zick, Ziert, Zietz, Zorn, Zwanzig.

Mit **Nein** stimmten: E. Fischer, Fritzsch, Heine, Kolb, Körsten, Legien, Dr. Lindemann, Rauch, Robert Schmidt, Silberschmidt, Trautwein, Uhlig, Vesper, Wuschick.

Leutert, Hohl, Horn, Frau Baumann, Frau Plum, Schmalfeld, Zubeil, Gradnauer und Dietz erklären zu Protokoll, daß sie für die Resolution gestimmt hätten, wenn sie anwesend gewesen wären; sie seien durch Parteiarbeiten an der Abstimmung verhindert gewesen.

Der Abstimmung enthalten sich Bömelburg und Wolf.

Durch diese Abstimmung werden die Anträge 116, 118 II und 123 für erledigt erklärt.

Der Antrag, das Bebelsche Referat als Broschüre zur Massenverbreitung herauszugeben, wird auf Vorschlag von Singer dem Parteivorstand überwiesen.

Schluß 8½ Uhr.

Sechster Verhandlungstag.

Sonnabend, den 24. September 1905. — Vormittags-Sitzung.

9¼ Uhr. Den Vorsitz führt **Singer**.

Singer verliest folgende Erklärung:

„Nach dem Parteitagsbericht in den Parteiblättern hat Genosse Robert Schmidt-Berlin dem Genossen H. Fischer nachgeredet, dieser habe in der „Neuen Zeit" ausgeführt, es bedeute „eine Einbuße am Klassenkampf, wenn es den Arbeitern zu wohl geht". Und im Anschluß an diese Behauptung sagt Schmidt nach dem Bericht: „Noch weiter geht . . . Genosse

Fleißner — indem er sagt: Die Gewerkschaftsführer kommen in eine fatale Situation. Sie werden von der Masse gedrängt, wider ihren Willen zu streiken, dann wird der Streik verloren und dann werden die Gewerkschaftsführer naturgemäß mißmutig und stutzig und nun streiken sie gar nicht mehr." — Ich verwahre mich ganz entschieden dagegen, daß mein fraglicher Artikel in der „Neuen Zeit" auf diese einseitige Weise gedeutet wurde, um mir eine Anschauung zu unterstellen, die mit keinem Wort aus dem Artikel zu lesen ist. Genosse Schmidt hat mich wörtlich und dem Sinne nach falsch zitiert. Herm. Fleißner-Dresden."

Die Redaktion des „Hamburger Echo" — unterzeichnet: Gustav Wabersky, sendet folgende Erklärung:

„Laut Bericht des Baakeschen Bureaus sagte Genosse Robert Schmidt in seiner Rede vom 21. September in bezug auf die Kritik des Kölner Gewerkschaftskongresses: „Das „Hamburger Echo" sprach von der dünkelhaften Lobpreisung der allein seligmachenden praktischen Arbeit". Im Zusammenhange mit den übrigen Ausführungen Schmidts muß das den Eindruck erwecken, das Hamburger „Echo" habe damit die Redner auf dem Gewerkschaftskongreß gemeint. Wenn Genosse Schmidt den ganzen Satz des betreffenden Artikels zitiert hätte, könnte dieser Eindruck nicht entstehen. Der Satz lautet: „Bei dieser Gelegenheit sei es gesagt, daß in dieser Beziehung (nämlich theoretische Ausbildung der Massen) mehr getan werden muß, als in den letzten Jahren geschehen ist und daß, wie in der Arbeiterbewegung die Phase der Gleichgültigkeit gegen die Gewerkschaften überwunden ist, auch in den Gewerkschaften selbst die Neigung zur Uebertreibung der neutralität eingedämmt werden muß, daß nicht die vergiftenden und lähmenden Hohnworte über die unfruchtbaren Theoretiker und die dünkelhaften Lobpreisungen der allein seligmachenden praktischen Arbeit einreißen dürfen."

Es wird in die Tagesordnung eingetreten. Den

Bericht der Organisationskommission

erstattet

Vollmar: Die Organisationskommission hat sowohl ihren eigenen Entwurf, als auch die dazu eingegangenen Anträge nochmal in vier Sitzungen eingehend geprüft. Sie ist jedoch, abgesehen von Umgestaltungen redaktioneller Art, nur zu geringen Aenderungen gekommen. Deshalb und da ich in meinem ersten Referat die ganze Materie auf das eingehendste behandelt und die notwendigen Erklärungen über Sinn- und Absicht der einzelnen Bestimmungen gegeben habe, kann ich mich jetzt sehr kurz fassen. Ich werde nur die Punkte berühren, bei denen eine Aenderung materieller Art eingetreten oder wo nochmals eine eingehendere Aussprache erfolgt ist oder wo die Kommission eine Erläuterung für notwendig hält.

Die Bestimmungen über Ausschluß und Wiederaufnahme — die §§ 3—5 des Entwurfes — sind den zahlreichen Wünschen entsprechend an dieser Stelle ausgeschieden und an den Schluß gesetzt worden, wo ich noch darauf kommen werde.

Bei dem jetzigen § 4 wurde die Frage erörtert, ob nicht in bezug auf den territorialen Umfang der sozialdemokratischen Vereine und auf die Zugehörigkeit aller im Wahlkreis wohnenden Parteigenossen zu einem bestimmten Verein Ausnahmen zuzulassen seien, wie dies ein paar Anträge gewünscht hatten. Die Kommission hat dies Verlangen abgelehnt, da ihrer Ansicht nach die Einheitlichkeit des Sozialdemokratischen Vereins eine geschlossene sein muß und da weiter zur Beurteilung etwa notwendig werdender Ausnahmen vor allem die Bezirks- und Landesorganisationen die gegebenen Organe sind.

Am umfangreichsten und lebhaftesten waren die Auseinandersetzungen wieder beim nunmehrigen § 6. Von verschiedenen Seiten wurden schwere Bedenken geltend gemacht, daß durch die Höhe des Beitrags an die Zentralkasse und durch die Art seiner Abführung — sowie im weiteren Maße auch durch die Gestattung der Berichterstattung an den Parteivorstand mit unnötige und unfruchtbare Arbeit geschaffen, die finanzielle Grundlage der Bezirks- und Landesorganisationen erschüttert, ihre Kräfte gelähmt und ihre gedeihliche Wirksamkeit und Entwicklung gehemmt würden. Es werde sich bald herausstellen, daß die neuen Bestimmungen ein verhängnisvoller Fehlgriff, daß sie zweckwidrig und in der gegebenen Form gar nicht durchführbar seien, so daß man sie bald wieder werde außer Wirksamkeit setzen müssen. Die Mehrheit der Kommission hielt diese Befürchtungen für unzutreffend oder doch übertrieben und meinte, man müsse im Interesse der Zentralisation einen Versuch machen; sollte es in der Tat so nicht gehen, so stehe ja der Weg der Wiederänderung jederzeit frei. Im übrigen war die Kommission darin einig, daß durch § 6 den Bezirks- und Landesorganisationen die Möglichkeit gegeben sei, ihre finanziellen Verhältnisse ganz nach eigenen Bedürfnissen zu ordnen, weshalb auch die verschiedenen Anträge auf Einführung eines Einheitsbeitrages und einer Einheitsmarke abgelehnt wurden. Das einzig Bindende ist der Beitragsanteil für den Parteivorstand und dieser ist auf 20 Prozent der Beiträge herabgesetzt, während die Eintrittsgelder außer Anrechnung bleiben. Wo sich ein wirklicher Bedarf nach weiterer Herabsetzung ergeben sollte, wird eben von dem letzten Satz des § 16 Gebrauch zu machen sein und die Organisation wird sich dann an den Parteivorstand zu wenden und diesem die Verhältnisse darzulegen haben. Der Paragraph wurde schließlich in dieser Fassung mit 14 von 23 Stimmen angenommen.

Ueber einen Antrag, wonach Parteigenossen, die bereits einem Wahlverein angehört haben, beim Domizilwechsel ohne nochmalige Zahlung eines Eintrittsgeldes Aufnahme in den Verein ihres neuen Wohnortes finden müssen, ging die Kommission zur Tagesordnung über, weil sich das ihrer Meinung nach von selbst versteht (sehr richtig!) und schon bisher größtenteils so Brauch war.

Zu den Bestimmungen über die Vertrauenspersonen — §§ 7 und 8 — ist den zahlreichen Anträgen Folge gegeben worden, welche dahin gehen, jede Möglichkeit des Bestehens zweier Organisationen an einem Orte ausdrücklich zu beseitigen, die Form der Vereinsorganisation offen als die Regel und das Vertrauensmännersystem als Ausnahme für jene Gegenden zu erklären, in denen eine andere Organisationsform nicht möglich ist.

§ 9 enthält nur eine redaktionelle Aenderung. Auf die Einwände gegen die Form dieser Berichterstattung habe ich schon vorhin hingewiesen, die Mehrheit hat sich für den ursprünglichen Entwurf entschieden.

§ 10 über die weiblichen Vertrauenspersonen hat keine Aenderung erfahren. Der von mir am Montag erwähnte Antrag einer Frauenversammlung in Mannheim, der dahinging, den Frauen sollte erlaubt werden, eigene Abteilungen innerhalb des Vereins bezw. neben der allgemeinen männlichen Organisation zu gründen, ist von der Kommission einstimmig glatt abgelehnt worden, da eine Absonderung innerhalb der Organisation völlig unzulässig ist. Nun hat am Montag die Genossin Zietz einer Ausführung meines Referates gegenüber gemeint: es sei durch die vorliegende Bestimmung doch ein Obligatorium, eine Art Zwang zur Aufstellung von weiblichen Vertrauenspersonen an allen Orten gegeben und den Parteiinstanzen stehe lediglich ein Einfluß auf die Auswahl der Personen zu. Ich habe diese Sache in der Kommission zur Sprache gebracht und die Beratung hat ergeben, daß der Einwand der Genossin Zietz nicht richtig ist. Die Rednerin hat dann auch selbst erklärt, daß durch Wegbleiben eines Schlußsatzes der Sinn ihrer Ausführungen ein anderer geworden ist. Die Kommission hat mich zur Vermeidung von Mißverständnissen einstimmig

ermächtigt, meine damalige Erläuterung zu bestätigen und ausdrücklich zu erklären, daß der Wortlaut der Bestimmung einen Zwang, nun um jeden Preis überall weibliche Vertrauenspersonen aufzustellen, keineswegs einschließt, sondern daß lediglich ein moralischer Einfluß auf die Genossen nach der Richtung ausgeübt werden soll, daß dort, wo die Verhältnisse in sachlicher und persönlicher Beziehung eine solche Aufstellung möglich, nützlich oder notwendig machen, dieselbe erfolgt. Das vorausgehende Einvernehmen der Frauen mit den lokalen Parteiinstanzen ist mithin eine notwendige Voraussetzung, wie naturgemäß die ganze Aktion der Partei nur eine einheitliche sein kann.

Beim Abschnitt über den Parteitag — §§ 11 bis 17 — ist keine Aenderung von der Kommission beschlossen worden. Es ist wiederholt worden, daß die jetzige Form der Wahlen zum Parteitag gewiß keine ideale sei, daß sich aber anderseits eine Form, die nicht mit anderen und größeren Nachteilen verknüpft sei, noch nicht gefunden habe; demnach müsse selbst der zu einer proportionalen Vertretung Neigende mindestens erst die von der neuen Organisation zu erhoffenden statistischen Grundlagen abwarten.

In der Frage der Fraktionsvertretung ist die Kommission gleichfalls bei ihrem Standpunkt geblieben, daß eine nur teilweise Vertretung der Fraktion auf dem Parteitage völlig unannehmbar sei, weil sie schwere Folgen für den Bestand der Fraktion selbst haben würde. Entweder müssen alle Abgeordneten gleichmäßig das Recht zur Teilnahme auf Grund ihres Mandates haben oder es muß ihnen gleichmäßig abgesprochen werden, natürlich abgesehen davon, daß ihre Wahl als Delegierte immer frei stehen würde. Nachdem nunmehr auch das einzige bisher widersprechende Mitglied seinen Widerspruch aufgegeben hatte, bietet die Kommission in dieser Frage das Bild vollster Einstimmigkeit.

Bei den §§ 18—23, Parteivorstand, bin ich ersucht worden, eine Korrektur anzuregen. § 18 lautet in seinem zweiten Satze: „Der Parteivorstand besteht aus zwei Vorsitzenden, einem Kassierer und den Schriftführern — die sich gegenseitig zu vertreten berechtigt sind, — sowie zwei Beisitzern." Dieser Satz ist — abgesehen von der Zahl der Schriftführer durch das unbestimmte „den" — dem alten Statut entnommen. Von einem Mitgliede des Parteivorstandes bin ich nun ersucht worden, anzuregen, daß man die Schlußworte „sowie den Beisitzern" neben die Worte „den Schriftführern" hinaufziehe. Ich bin als Referent verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß hierin eine Aenderung insofern liegt, als infolge dieser Umstellung die Worte: „die sich gegenseitig zu vertreten berechtigt sind", sich nun auf Vorsitzende, Kassierer, Schriftführer und Beisitzer beziehen würden. Einzuwenden gegen diese Korrektur hätte ich nichts. Durch die materielle Aenderung, daß die Zahl der Schriftführer weggelassen ist, ist es erreicht, daß nicht jedesmal, wenn eine Vermehrung derselben notwendig wird, das schwere Geschütz der Statutenänderung aufgefahren werden muß, sondern daß der jedesmalige Parteitag frei über diese Zahl der Schriftführer und Beisitzer zu entscheiden hat.

In bezug auf das Entscheidungsrecht, welches dem Vorstande bei Meinungsverschiedenheiten über die Aufstellung von Reichstagskandidaturen zustehen soll, war verschiedentlich der Antrag gestellt worden, an die Spitze dieses Satzes das prinzipielle Recht der Wahlkreise zur Aufstellung ihrer Kandidaten auszusprechen. Die Kommission hat dies jedoch abgelehnt, weil sie dieses Recht der Wahlkreise als ein selbstverständliches, immer geübtes und von keiner Seite bestrittenes angesehen hat. Es handelt sich bei der neuen Bestimmung um nichts weiter, als daß bei Differenzen zwischen einem Wahlkreise und einer Bezirks- oder Landesorganisation, die anders nicht beizulegen sind, also im äußersten Falle, der Parteivorstand einzutreten hat, während im übrigen die Sache der Kandidatenaufstellung gar nicht in den Bereich seiner Tätigkeit fällt. Schließlich ist doch die Ersetzung der Worte „zwischen den Genossen eines Wahlkreises" durch

den bestimmten Ausdruck „zwischen der Organisation eines Wahlkreises" außer jedem Zweifel gestellt worden, daß selbstverständlich auch in Kandidatenfragen nicht einzelne Widerspruch erheben oder sonstwie handeln können, sondern daß ausschließlich die Organisationen durch Mehrheitsbeschlüsse zu handeln haben.

Die §§ 25 und 26 in bezug auf das Zentralorgan sind ziemlich eingehend behandelt worden, wenn auch die Auseinandersetzungen einseitig waren insofern, als sie sich nur zwischen Mitgliedern des Vorstandes und einem Berliner Vertreter abspielten. Sie haben aber zu keinem anderen Ergebnis geführt, als daß mit allen gegen eine Stimme beschlossen wurde, den Antrag, den „Vorwärts" zu einem Lokalorgan zu machen, abzulehnen.

In den neuen Abschnitten über den Ausschluß und die Wiederaufnahme, §§ 27—29, sind zwei Aenderungen eingetreten: Einmal ist die Zahl der Mitglieder des Schiedsgerichts, die bisher unbestimmt war und jedesmal neu festgesetzt werden konnte, auf 7 Personen festgesetzt, weil man der Ansicht war, daß diese Zahl genüge und bei einer größeren Zahl von Schiedsrichtern unnötig Kosten usw. für die Partei entständen. Sodann ist bei § 29: Wiederaufnahme, die Bestimmung getroffen worden, daß, wenn ein Ausgeschlossener wiederum aufgenommen werden will und deshalb sich an den Parteitag wendet, diese Meldung so rechtzeitig an den Parteivorstand zu richten ist, daß sie zugleich mit den übrigen Anträgen an den Parteitag bekanntgegeben werden kann, damit die Partei einem derartigen Antrage nicht unvorbereitet gegenübersteht. Zugleich ist bestimmt, daß, bevor sich der Parteitag mit einem solchen Antrag befaßt, zunächst sowohl die Organisation, welche seinerzeit den Ausschluß beantragt hat, als auch die, in welcher der Ausgeschlossene zuletzt seinen Wohnort hatte, über die Sache zu hören sind.

Schließlich bin ich noch beauftragt, eine Erklärung über den Sinn gewisser Bestimmungen über den Ausschluß zu geben, über die bisher eine gewisse Unklarheit bestanden hat. Es ist gefragt worden, ob, wenn ein Antrag auf Ausschluß bezw. auf Berufung eines Schiedsgerichts an den Vorstand gerichtet wird, alsdann der Vorstand diese Berufung gleichsam maschinenmäßig unter allen Umständen vorzunehmen hat, oder ob ihm da ein gewisses Prüfungsrecht zusteht. Nun besteht darüber kein Zweifel, daß ein materielles Prüfungsrecht über den Tatbestand selbst dem Vorstande unter keinen Umständen zustehen kann, weil er ja sonst dem einzuberufenden Schiedsgerichte vorgreifen würde und bei Aufstellung des Vorsitzenden, wenn er vorher Stellung nimmt, einen Einfluß zuungunsten der einen oder anderen Partei üben könnte. Wohl aber sind wir uns darüber einig gewesen, daß eine formelle Prüfung dem Vorstande zu stehen muß. Anträge auf Ausschluß oder Einberufung eines Schiedsgerichts sind nur zulässig, wenn jemand sich gegen § 2 versündigt d. h. sich eines groben Verstoßes gegen Grundsätze des Parteiprogramms oder einer ehrlosen Handlung schuldig gemacht hat. Demnach berechtigt kein anderes Vorgehen oder Vergehen, wie immer es gestaltet sein möge, dazu, einen solchen Antrag zu stellen. Wenn dem so ist, dann muß naturgemäß der Vorstand bei Stellung des Antrages in der Lage sein, urteilen zu können, ob die Voraussetzungen des § 2 gegeben sind und ob der Antrag nicht in Unkenntnis der Bestimmungen oder aus Leichtfertigkeit oder Gehässigkeit gestellt ist. Dem Antrage wird demnach eine kurze Darstellung beigegeben werden müssen, worin das behauptete Vergehen des Betreffenden besteht, damit der Parteivorstand in die Lage versetzt wird, zu beurteilen, ob dies Vergehen, falls es erwiesen würde, tatsächlich die Merkmale des § 2 enthält. Ist das der Fall, dann hat der Vorstand, ohne sich eine Meinung darüber zu bilden, ob das Vergehen in Wirklichkeit begangen ist oder nicht, einfach dem Antrage zu entsprechen. Sieht er jedoch aus der Begründung, daß es sich um eine Sache handelt, die vielleicht an sich nicht unbedeutend ist, aber mit dem § 2 nichts zu tun hat, so hat er einfach den Antrag abzulehnen und dies der

betreffenden Organisation mitzuteilen. Weiter ist es vorgekommen, daß Schiedsgerichte zwar dem Antrage auf Ausschluß keine Folge gegeben, wohl aber eine selbsterfundene Strafe in Gestalt einer Rüge oder dergleichen angewandt haben. Die Kommission ist der Auffassung, daß es dem Sinne der einschlägigen Bestimmungen widerspricht, wenn ein Schiedsgericht von sich aus derartige im Statut nicht vorgesehene besondere Strafarten hinzufügt, und daß demnach ein Schiedsgericht nichts weiter zu tun hat als zu untersuchen, ob die Grundlagen für einen Ausschluß gegeben sind oder nicht. Sind sie gegeben, so hat es einfach auszuschließen, sind sie nicht gegeben, freizusprechen.

Damit bin ich am Ende. Ich habe in meiner Eigenschaft als Berichterstatter die Zustimmung zu den Kommissionsbeschlüssen zu beantragen und weiter namens der Kommission mit Rücksicht sowohl auf die umfangreiche Vorbereitung dieser Materie, als auf die Geschäftslage Sie zu ersuchen, von einer Einzelberatung abzusehen und über die Vorlage als Ganzes abzustimmen.

Singer: Dem Antrag auf En bloc-Abstimmung kann ich nur Folge geben, wenn von keiner Seite Widerspruch dagegen erhoben wird.

Zur Geschäftsordnung bemerkt

Adler-Kiel: Im Auftrage einer Anzahl Genossen aus dem Süden und dem Norden habe ich zu erklären, daß wir in Rücksicht auf die Geschäftslage des Parteitages der En bloc-Behandlung des Entwurfs des Organisationsstatuts nicht widersprechen wollen. Einzelnen Bestimmungen in dem Kommissionsentwurf in bezug auf die Bezirks- und Landesorganisationen können wir nicht zustimmen. Wir werden uns unter diesen Umständen der Abstimmung enthalten.

Wels-Berlin: Uns Berliner hat es schmerzlich berührt, daß die Möglichkeit nicht vorhanden ist, die Stimmung des Parteitags über unseren Antrag, den „Vorwärts" zum Berliner Lokalorgan zu machen, durch Abstimmung kennen zu lernen. Mit Rücksicht aber auf die Geschäftslage, die Stimmung des Parteitags und die loyale Erklärung des Parteivorstandes uns gegenüber, die Regelung der „Vorwärts"frage zu beschleunigen, wollen wir der En bloc-Abstimmung nicht widersprechen und damit die sprichwörtliche Bescheidenheit der Berliner von neuem bekunden. (Große Heiterkeit.)

Dr. **Lindemann-Stuttgart** erhebt Widerspruch gegen die En bloc-Abstimmung. (Unruhe.)

Singer: Durch diesen Widerspruch ist die En bloc-Annahme des Entwurfs unmöglich gemacht, ich schlage vor, abschnittsweise zu debattieren. Weiter will ich schon jetzt bemerken, daß ich dem Parteitag vorschlagen werde, durch die Beschlüsse, die jetzt gefaßt werden, sämtliche zu diesem Punkt gestellten Anträge für erledigt zu erklären. (Zustimmung.)

Die §§ 1—3 (Parteiangehörigkeit) werden ohne Debatte angenommen.

Zu den §§ 4—6 (Gliederung) ergreift das Wort

Dr. **Lindemann-Stuttgart:** Sie haben schon vom Referenten gehört, daß in den Kreisen nicht nur der süddeutschen Genossen, der Genossen aus Baden, Hessen, Württemberg, Bayern und Elsaß-Lothringen, sondern auch der Genossen aus Schleswig-Holstein, Mecklenburg und wenn ich nicht irre, auch Oldenburg, sehr schwere Bedenken gegen die in diesem Entwurf vorgeschlagene organisatorische Gliederung bestehen. Diese Genossen haben sich nun am Donnerstag in einer Zahl von 80 besprochen und sich dahin verständigt, daß sie keinen Widerspruch erheben wollen, weil sie in diesem Stadium die Verhandlungen nicht erschweren wollen. Sie haben zugegeben, daß der Statutenentwurf eine ganze Anzahl wichtiger Fortschritte enthält, mit denen sie ebenfalls einverstanden sind. Dagegen haben sie gerade gegen die organisatorischen Bestimmungen die schwersten Bedenken gehabt, einmal in bezug auf die finanzielle Selbständigkeit ihrer Landes- und Bezirksorganisationen, und ferner dahin, daß die nach langer Arbeit

und Mühe geschaffenen Organisationen desorganisiert und daß dadurch die Gesamtpartei aufs schwerste geschädigt werden würde. (Widerspruch.) Aus diesen Gründen sind die 80 Genossen nach übereinstimmender Ansicht nicht in der Lage, dafür zu stimmen, sie werden sich der Abstimmung über den Entwurf enthalten.

Diese Erklärung sollte hier abgegeben werden; ein Genosse, der dazu beauftragt war, hatte sich mit Singer in Verbindung gesetzt. Singer hatte sich geweigert, diese Erklärung in der Ausführlichkeit hier verlesen zu lassen; aus diesem Grunde habe ich mich veranlaßt gesehen, gegen die Enbloc-Annahme Widerspruch zu erheben, um in die Lage zu kommen, die Erklärung abgeben zu können. Es schien mir notwendig, nicht nur den Parteitag hiervon zu unterrichten, sondern es schien mir das auch notwendig im Interesse unserer Genossen im Lande, die es nicht verstanden haben würden, wenn ihre Vertreter nicht nochmals die Gelegenheit benutzt hätten, um aufs klarste ihrem Widerspruch gegen diese neue organisatorische Gliederung Ausdruck zu geben. Das waren die Gründe, die mich veranlaßt haben, zu widersprechen und falls das geschäftsordnungsmäßig möglich ist, würde ich nunmehr, nachdem ich meine Erklärung abgegeben habe, meinen Widerspruch zurückziehen. (Lebhafte Rufe: Aha!)

Singer: Das letztere ist nicht zulässig . . . Nach den Ausführungen des Vorredners fühle ich mich verpflichtet, ein Wort zu sagen; seine Ausführungen könnten den Anschein erwecken, daß ich aus ungerechtfertigten Gründen ihn verhindert habe, die Erklärung zu verlesen. Das ist nicht der Fall. Ich habe mich nur nicht für berechtigt gehalten, in der Form einer formalen Bemerkung zur Geschäftsordnung eine Kritik der Kommissionsbeschlüsse zuzulassen, ohne den Mitgliedern die Möglichkeit zu wahren, ihrerseits darauf zu antworten. (Sehr richtig!) Das war der Grund, aus dem ich Lindemann gesagt habe: Wenn Sie eine formelle Erklärung abgeben wollen, daß Sie sich der Abstimmung enthalten, so habe ich nichts dagegen, aber, wenn Sie eine Erklärung abgeben, in der die schwersten Bedenken gegen die Kommissionsvorlage geltend gemacht werden, so ist das eine sachliche Erklärung, die diskutiert werden muß, weil die Gegner Ihrer Auffassung Gelegenheit bekommen müssen, ihre Ansichten darüber auszusprechen. (Sehr richtig!) Ich glaube, daß ein Vorsitzender, der die Rechte des Parteitages wahren will, auch in Zukunft nicht anders handeln könnte. (Lebhafte Zustimmung.)

Die Debatte über den Abschnitt „Gliederung" wird geschlossen und die §§ 4—6 angenommen.

Die §§ 7 und 8 (Vertrauenspersonen) werden ohne Debatte angenommen.

Zum § 9 (Berichterstattung) bemerkt

Adler-Kiel: Ich will den schweren Bedenken meiner Freunde gegen diesen Paragraphen nicht Ausdruck geben, bitte aber den Parteitag, dies Schweigen nicht falsch zu deuten.

§ 9 wird angenommen. Ohne Debatte werden angenommen die §§ 10 (Weibliche Vertrauenspersonen), 11—17 (Parteitag), 18 (Parteivorstand) in der vom Referenten angegebenen modifizierten Fassung, 19—23 (Parteivorstand), 24 (Kontrollkommission), 25 und 26 (Zentralorgan), 27 und 28 (Ausschluß).

Zu § 29 (Wiederaufnahme) fragt

Zubeil-Berlin, wie es in Zukunft mit denjenigen Genossen gehalten werden soll, die aus Lokalvereinen ausgeschlossen sind und ihre Beiträge direkt an den Parteivorstand zahlen.

Pfannkuch-Berlin: Rückwirkende Kraft hat das neue Organisationsstatut natürlich nicht; dazu wäre eine besondere Deklaration notwendig, die aber im jetzigen Augenblick wohl nicht opportun wäre. Den Lokalvereinen kann natürlich nicht zugemutet werden, sich jemand aufdrängen zu lassen. Hier muß alles der heilenden Zeit überlassen bleiben.

§ 29 und 30 (Abänderungen der Organisation) werden angenommen. Darauf wird auch der Gesamtentwurf angenommen.

Damit ist der Punkt der Tagesordnung: Organisation mit den dazu gestellten Anträgen erledigt.

Vors. Singer verliest hierauf folgende Mitteilung der Frankfurter Genossen Hüttmann und Mummendey:

„Der Genosse Michels-Marburg hat in seiner Rede auf die militärischen Veranstaltungen in der Umgebung Frankfurts a. M. hingewiesen. Laut Bericht der Frankfurter „Volksstimme" vom 1. September heißt es, daß auf der Durchreise zum Paradefelde mancher Gewerkschaftler und Parteigenosse gesehen wurde. Diese allgemeine in dem Bericht enthaltene Bemerkung könnte unter den Parteigenossen auf dem Parteitage die Auffassung Platz greifen lassen, als hätten sich die Frankfurter Parteigenossen und Gewerkschaftler an den militärischen Veranstaltungen beteiligt. Das letztere trifft in keinem Falle zu. Die Ansichten der Frankfurter Genossen gehen aus folgendem Redaktionsanhang hervor, welchen Genosse Michels auch anführen mußte: „Letztere Angabe des Einsenders halten wir nicht für wahrscheinlich. Auf so tiefer Kulturstufe steht hoffentlich niemand unter unseren Frankfurter Genossen, daß er sich unter die Hurrakanaille mengt."

Es folgt der

Bericht der Fünfzehner-Kommission.

Berichterstatter Dietz: Parteigenossen! Die Kommission hat die ihr zugewiesene Aufgabe, den materiellen Inhalt der ihr zur Vorberatung überwiesenen Resolutionen zu prüfen, nach bestem Können und Wissen erfüllt.

Wir haben die hauptsächlich beteiligten Personen in viele Stunden langen Verhandlungen gehört und sind einstimmig zu der Ihnen zur Beschlußfassung vorgelegten Resolution gelangt, die uns geeignet erscheint, mancherlei Mißstände, die hervorgetreten sind, zu beseitigen.

Zu den Sätzen der Resolution 1 und 2 ist zu sagen, daß wir, um bei dem in nächster Nähe liegenden Punkt, dem Massenstreik zu verbleiben, der die Veranlassung zu einer ausgedehnten Preßfehde bot, erklären müssen, daß es sich hier durchaus nicht um ein „Literatengezänk" handelte, sondern um sehr wichtige taktische Fragen.

Der Beginn der Diskussion und die sich daran anschließende Preßfehde wurde hervorgerufen durch eine Kritik des „Vorwärts" über das Roland-Holstsche Buch. Der „Vorwärts" schien die Diskussion des Massenstreiks abzulehnen, während sie die „Neue Zeit" empfahl.

Die entscheidende Stelle in dem „Vorwärts"-Artikel (Nr. 146, 1905) lautet:

„Ein anderes ist es, wenn die kapitalistischen Parteien, gestützt durch Unverständnis und Gleichgültigkeit der hinter ihnen stehenden Volksmassen, die Wege der Gesetzlichkeit zu versperren wagen. Der Versuch der Staatsstreichler, bestehende Rechte zu beseitigen, durch welche der Aufstieg des Volkes und die Herbeiführung kultureller Zustände erst möglich ist, schafft einen Ausnahmezustand. In diesem Falle sind alle Mittel der Notwehr berechtigt, nicht nur der Massenstreik! Welche Mittel aber in solchen Fällen die geeigneten sind, das läßt sich nicht vorher studieren und nicht vorher diskutieren."

Und die „Neue Zeit" sagt in ihrer Nr. 42 (1905) u. A.:

„Der Massenstreik bedingt nicht notwendig die Revolution. Er ist ein Mittel politischer Pression, politischer Gewalt, das unter verschiedenen politischen Situationen und Bedingungen sehr Verschiedenes bedeuten kann. Aber eines ist richtig: unter den besonderen politischen Verhältnissen Deutschlands ist ein erfolgreicher Massenstreik nur denkbar in einer revolutionären Situation

und es wäre darum aussichtslos, ja verderblich, wollte man ihn anwenden in einer Situation, die zu einer revolutionären nicht werden kann. Es wäre z. B. die größte Torheit, wollte man heute in Hamburg zur Verteidigung des dortigen Wahlrechtes einen Massenstreik inszenieren! Den Massenstreik für eine einzelne Stadt; das Aufgebot der letzten und schärfsten Waffe des Proletariats, die seine vollste Hingebung und seinen höchsten Opfermut erfordert, bloß zu dem Zwecke, um das jetzige, schon miserable Klassenwahlrecht gegen weitere Verschlechterung zu schützen!

Aber selbst wenn es zur Aufhebung des Reichstagswahlrechtes käme, müßte man sich es noch sehr überlegen, ob man ohne weiteres mit dem Massenstreik darauf antworten sollte; das käme ganz auf die Situation an, in der sich dies vollzieht. Wenn wir es für notwendig halten, den Massenstreik zu diskutieren und die proletarischen Massen mit seiner Handhabung vertraut zu machen, so vor allem deswegen, weil wir auch für Deutschland revolutionäre Situationen erwarten, die den Massenstreik ebenso geboten wie möglich machen. Eine Verschlechterung des Wahlrechtes zum Reichstag könnte zur Herbeiführung einer solchen Situation allerdings sehr viel beitragen und insofern eine Provokation zum Massenstreik werden.

Wir halten es aber nicht minder für notwendig, ihn deswegen zu diskutieren, weil er nicht überall unter allen Umständen anwendbar ist und seine verkehrte Anwendung großes Unheil nach sich ziehen kann."

Wenn nun die Diskussionen über diesen sehr strittigen Punkt — verschärft noch durch die Verhandlungen des Gewerkschaftskongresses in Köln — über die Ufer schäumten, so kann (wie auch früher in anderen Fällen) von einem Literatengezänk nicht gesprochen werden, sondern es bestand und besteht die Tatsache, daß ernstliche Differenzen über die einzuschlagende Taktik in der Partei vorhanden waren und noch sind, die nur durch Untersuchungen und Diskussionen geklärt werden können.

Zu den Sätzen 3 und 4 ist zu bemerken: In diesen Sätzen hat sich Ihre Kommission gleichfalls einstimmig gegen die Formen gewandt, welche diese Diskussionen angenommen haben. Sie haben einen Grad von Erbitterung in weiten Kreisen der Parteigenossen erzeugt, die ernstliche Besorgnisse erweckten, daß der Nutzen, den die sachliche Seite der Preßfehde der Partei brachte, durch die persönliche wieder in Frage gestellt werden könnte; die Anrempelungen waren geeignet, die Schaffensfreude der Genossen zu lähmen.

Das „Hamburger Echo", das an der Preßfehde nicht beteiligt war, hat darüber in allerletzter Zeit sehr treffende Bemerkungen gemacht, die zum Teil auch Ihre Kommission zu den ihrigen machte. Das „Hamb. Echo" sagt u. a.:

„Die theoretische Fortbildung der Parteigenossenschaft im Lande läßt es wünschenswert erscheinen, daß die Theorie wieder mehr gepflegt wird, als in neuerer Zeit geschehen ist. Nur so können wir zu einer gesunden Fortentwickelung der grundsätzlichen Auffassungen der Partei gelangen und zu einer Verständigung über die strittig gewordenen Punkte unserer Theorie. Aber solche Diskussionen müssen losgelöst sein von allen persönlichen Momenten, persönliche Gegensätze, persönliche Rechthaberei haben dabei auszuscheiden. Man soll nicht (einerseits) jeden Genossen, der einmal in einem Punkte oder einer auftauchenden Frage eine von der bisher als offiziell angesehenen Parteimeinung abweichende Auffassung hat, gleich als Parteiverräter und Parteiverderber ausschreien (oder andererseits bekannte Parteigenossen mit den Titeln „Parteipärste", „heilige Familie in Friedenau", „großer General in Steglitz" usw. bedenken), sondern bei allen Diskussionen dessen eingedenk sein, daß auch einmal die eigene Meinung unrichtig sein und der andere recht haben kann. Man soll bei aller Gegensätzlichkeit der Meinung, deren scharfe prinzipielle Heraushebung zur Klärung der entstandenen Meinungsdifferenzen unerläßlich ist, nicht vergessen, daß man mit Genossen

diskutiert und daß bis zum schlüssigen Beweis des Gegenteils von allen Genossen angenommen werden muß, daß sie das Beste der Partei wollen und in dem Glauben sind, mit der Vertretung ihrer Meinung, mit dem Versuch, diese Auffassung zur Geltung zu bringen, der Partei zu dienen."

Unter allen Umständen aber verwerflich ist es, wenn sich Parteigenossen untereinander den guten Glauben absprechen. Das sollte gesitteten Menschen fernliegen.

Zu dem Absatz 5 und den Ziffern I—V wäre zu sagen, daß unsere Redakteure das ihnen vertrauensvoll überlassene weiße Papier vorzugsweise zur Aufklärung der Massen über die heranstürmenden Tagesfragen zu verwenden haben, wobei nicht gesagt werden soll, daß nicht hier und da prinzipielle Fragen in populärer Weise anzuschneiden sind.

Wenn die Kommission unter II fordert, daß diese Fragen entsprechend den Grundsätzen des Parteiprogramms zu behandeln sind, so bezieht sie sich auf die Dresdener Resolution von 1903, die durch die Amsterdamer Beschlüsse zu einer gemeinsamen Richtung der internationalen Sozialdemokratie geworden ist.

In der Dresdener Resolution heißt es:

„Der Parteitag erwartet, daß die Fraktion die größere Macht, die sie durch die vermehrte Zahl ihrer Mitglieder, wie durch die gewaltige Zunahme der hinter ihr stehenden Wählermassen erlangt, nach wie vor zur Aufklärung über das Ziel der Sozialdemokratie verwendet und entsprechend den Grundsätzen unseres Programms dazu benutzt, für die Interessen der Arbeiterklasse usw. zu wirken."

Hätte die Resolution schon damals den Hinweis erhalten, daß nicht nur die Fraktion, sondern auch die Parteiredakteure entsprechend den Grundsätzen unseres Programms die Interessen des Proletariats zu vertreten hätten, so wäre vielleicht die heutige selbstverständliche Anregung überflüssig.

Nun zur „Neuen Zeit". Die Kommission wünscht, daß kritische Untersuchungen über unser Parteiprogramm tunlichst in der „Neuen Zeit" veröffentlicht werden sollen und zu diesem Zweck möchte die „Neue Zeit" *erforderlichenfalls* in verstärktem Umfange erscheinen.

Selbstverständlich ist zugleich angenommen, daß der Preis der „Neuen Zeit" kein höherer werden soll.

Wir glauben, daß dadurch einerseits die Tagespresse entlastet und auf der anderen Seite die Lust an theoretischen Diskussionen kräftig angeregt wird.

Meinem Freunde Kautsky möchte ich persönlich bei dieser Gelegenheit sagen, daß er auch schon durch unsere versöhnliche Resolution allein veranlaßt werden möchte, gegenteilige Meinungen leichter zu ertragen. Durch die Verzierung der Artikel mit Noten und Anhängsel macht Kautsky sich ganz unnütz Feinde. Ruhig ausreden lassen und später, wenn nötig, ebenso ruhig darauf antworten. Damit ist nicht ausgesprochen, daß Kautsky nun jeden eingesandten Artikel aufzunehmen hat; er soll wohlwollend prüfen und das Beste behalten. Das wird ihn und die „Neue Zeit" in einen noch viel besseren Ruf bringen, als beide ihn in der Literatur heute schon haben.

Auch über die Preßkommissionen wäre noch ein Wort zu sagen:

Die Preßkommissionen sind Partei-Institutionen geworden, die in unseren Organisationen ihren Platz mit mehr oder minderem Nutzen ausfüllen.

Minderen Nutzen gewähren sie, wenn sie nicht recht wissen, wann, wo und wie sie ihr Aufsichtsrecht auszuüben haben.

Einen großen Nutzen können sie dagegen gewähren, wenn Leute in der Kommission sitzen, die durch Beruf, Bildung, Erfahrung größere Kenntnisse über Literatur usw. mit in ihr Amt bringen.

Die Parteigenossen sollten daher eine sorgfältige Auslese bei der Wahl ihrer Preßkommissionen eintreten lassen. *Zufallswahlen sind hier am allerwenigsten am Platze.*

Ziffer V deckt sich mit § 23 des Organisationsstatuts; wenn an irgend einem Orte die Preßkommission versagen sollte, so soll der Parteivorstand vermittelnd eingreifen.

Das ist es, was ich im Auftrag der Fünfzehner-Kommission zu sagen habe. Die Kommission ersucht den Parteitag, auch seinerseits die Resolution einstimmig und möglichst ohne Diskussion anzunehmen. Sie ist beraten und gestellt in dem heißen Bemühen, der Parteientwickelung förderlich zu sein. (Lebhafter Beifall.)

Wolf-Bochum: Darüber, daß die namentlich in letzter Zeit eingerissene Art der Diskussion endlich ein Ende nehmen muß, herrscht ja auf dem Parteitage erfreulicherweise Einmütigkeit, wie sich bei der Wahl der Kommission gezeigt hat. Bringt die vorgelegte Resolution auch zum Ausdruck, daß von „Literatengezänk" keine Rede sein könne, so kann ich mich mit der Resolution doch völlig einverstanden erklären, da sie in den weiteren Abschnitten das enthält, worauf es uns ankommt. Gerade wir im Ruhrgebiet haben ein Interesse an der Beseitigung dieser Kämpfe, die uns die Agitation außerordentlich erschweren. Die Massen haben für diese unqualifizierbare Art des Streites kein Verständnis. Es ist in den voraufgegangenen Debatten mehrfach auf das Ruhrgebiet exemplifiziert worden. Wie schwer dort die Agitationsarbeit ist, wie schwer es vor allem ist, dem Zentrum Anhänger abzuringen, das beweist uns der dortige Wahlkampf; denn dem Zentrum ist nicht eine solche Schlappe beigebracht worden, wie wir es alle gehofft. (Widerspruch.) Wenn Genossin Zietz angeführt hat, daß Zitate von „Revisionisten" in dem Wahlkampfe gegen unsere Partei ausgebeutet werden, so ist aber auch die Tatsache hervorzuheben, daß dies mit Zitaten von „Radikalen" gleichfalls geschehen, und jedenfalls mit mehr Erfolg. Es ist dann weiter gegen Hue und die „Bergarbeiterzeitung" der Vorwurf erhoben worden, als ob diese zur Abflauung unserer Bewegung beitrügen. Davon kann gar keine Rede sein. Das Gegenteil trifft zu. Genosse Hue, wie die anderen Leiter des Bergarbeiterverbandes, haben stets in den Bergarbeiterversammlungen auf die Pflichten hingewiesen, die der Arbeiter als Mensch und Staatsbürger hat, haben nie unterlassen, zu betonen, daß die endliche Befreiung der Arbeiterklasse nur durch die Verstaatlichung von Grund und Boden usw. erreicht werden kann. Und wenn Genosse Haenisch der „Bergarbeiterzeitung" ähnliche Vorwürfe gemacht hat, so verweise ich darauf, wie diese namentlich in letzter Zeit Nummer für Nummer den Kampf führt gegen die Verräter der Bergarbeiter, die Zentrumsführer. Und wenn Sie über den Essener Wahlerfolg so erfreut sind, so sage ich, daß derselbe nicht in letzter Linie dem so viel geschmähten Genossen Hue zu verdanken ist. (Stadthagen und andere: Nein! Unruhe.) Parteigenossen! Wie die Dinge im Ruhrgebiet stehen, darüber erlaube ich mir, der ich nunmehr 13 Jahre dort tätig bin, und seit über drei Jahren in meiner Eigenschaft als Arbeitersekretär Gelegenheit habe, noch mehr wie früher die Bevölkerung kennen zu lernen, — ein besseres Urteil. Ich weiß, welche Arbeit noch zu verrichten ist, nicht nur bei der indifferenten Arbeiterschaft, sondern auch bei der bereits organisierten. Und weil dem so ist, und weil wir noch — um mit Bebel zu reden — vor dem Berge stehen, muß unsere Aufgabe vor allem gelten der Agitation und Organisation. (Unruhe.)

Hierauf wird ein Schlußantrag, den Haenisch-Dortmund mit dem Hinweis darauf bekämpft, daß es absolut erforderlich sei, die schiefen Ausführungen von Wolf über die Verhältnisse im Ruhrgebiet richtigzustellen, angenommen.

Die Resolution der Kommission Nr. 155 wird gegen wenige Stimmen angenommen.

Die Anträge 112—115 sind damit erledigt.

Vorsitzender Singer teilt mit, daß nach einem soeben eingegangenen Telegramm bei den sächsischen Landtagswahlen der 87. ländliche Wahlkreis von

den Sozialdemokraten gewonnen worden ist. (Lebhafter Beifall.) Genosse Goldstein hat dort bei der Stichwahl 51, die vereinigten Gegner haben 50 Stimmen erhalten. (Heiterkeit und Beifall.)

Es folgt die Beratung der noch unerledigten Anträge.

Die Anträge 97 bis 100 werden nicht genügend unterstützt. Antrag 101 wird ohne Debatte angenommen. Die Anträge 102 und 131 und 132 werden nicht genügend unterstützt.

Den Antrag 150 begründet

Krafemann-Neu-Ruppin: Die bisherigen Verhandlungen haben meines Erachtens bereits gezeigt, daß die überwiegende Mehrheit des Parteitages mit dem Antrage einverstanden ist. Die im Sinne des Antrages gehaltenen Reden der Genossen Zubeil und Scheidemann haben den lebhaftesten Beifall der Versammlung gefunden. Nehmen Sie den Antrag an!

Bebel-Berlin: Sie werden etwas überrascht sein, daß ich, der am meisten gegen Kompromisse geeifert hat, Ihnen empfehle, diesen Antrag abzulehnen (Sehr richtig!), nicht weil ich mit seinem Grundgedanken nicht einverstanden wäre, sondern weil diese Frage nicht kurzerhand durch einen solchen Antrag in letzter Stunde erledigt werden kann. (Zustimmung.) Der Antrag würde zu umfangreichen Debatten nicht nur über unsere Taktik im allgemeinen, sondern auch über die besonderen Verhältnisse in den einzelnen Staaten und Gemeinden führen. Die Frage könnte gegebenenfalls als besonderer Punkt der Tagesordnung eines Parteitages erörtert werden, jetzt aber können wir nicht einen Beschluß fassen, der vielleicht der Stimmung der Genossen entspricht, aber nachher nicht eingehalten werden kann. Ich erinnere z. B. an das bayerische Wahlkompromiß mit dem Zentrum, aus dem unseren Genossen, wie die Dinge liegen, kein Vorwurf gemacht werden kann. So sehr ich anfangs die Stellung der bayerischen Genossen in der „Neuen Zeit" angegriffen habe, so muß ich doch zugeben, daß nachdem durch die Beschlüsse der Landtagsmehrheit die Grundlagen für die Wahlreform gegeben waren, die bayerischen Genossen vollkommen korrekt handelten, als sie auf Grund dieser einen Frage ein Kompromiß mit dem Zentrum vereinbarten. Auch in manchen Gemeinden — auf Mainz gehe ich nicht ein — liegen die Verhältnisse so, daß wir einen derartigen Beschluß nicht fassen können. (Zustimmung.) Ich habe in Dresden in dieser Frage gewiß meinen Standpunkt sehr scharf dargelegt, aber die Dresdener Resolution schließt Vorgänge wie das bayerische Abkommen durchaus nicht aus. Wenn die Antragsteller den Antrag nicht zurückziehen wollen, so bitte ich ihn abzulehnen. Die Antragsteller können versuchen, auf einem späteren Parteitage die Frage zur Erörterung zu bringen. (Beifall.)

Krafemann zieht mit Rücksicht auf die Geschäftslage den Antrag 150 zurück.

Vorsitzender **Singer** teilt mit, daß Genosse Robert Schmidt gegenüber der Erklärung der Redaktion des „Hamburger Echo" und des Genossen Fleißner den Vorwurf, falsch zitiert zu haben, entschieden zurückweist und seine aus diesen Zitaten gezogenen Schlußfolgerungen voll aufrecht erhält.

Die Anträge 87—91 werden nicht genügend unterstützt. Zu Antrag 91 erklärt **Singer** unter Zustimmung des Parteitages, daß die Unterstützung wohl nur deshalb versagt worden sei, weil es als selbstverständlich betrachtet werde, daß der Parteivorstand im Sinne des Antrags handele.

Die Anträge 92 und 93 werden für erledigt erklärt, da einer Mitteilung Singers zufolge der Verlag der „Neuen Welt" den Wünschen der Antragsteller gerecht werden will.

Die Anträge 94 und 95 werden gemeinsam verhandelt.

Grönwald-München: Ich bitte, die Anträge anzunehmen, wir müssen in der künstlerischen Ausgestaltung unserer Zeitungen vorwärts und nicht rückwärts gehen.

Weber-Chemnitz: Ich schließe mich dem Wunsche an. Mit der diesjährigen Maizeitung waren die Genossen im höchsten Grade unzufrieden.

Löbe-Breslau: Auch ich schließe mich diesem Wunsche im Namen der Breslauer Genossen an. Es ist ja möglich, daß die Zeichnungen von Fidus künstlerischen Ansprüchen genügen, aber sie stehen der Geschmacksrichtung unserer Genossen fern, und bei der Schiller-Nummer hat der Vorwärts-Verlag ja gezeigt, daß er den Genossen Rechnung tragen kann. Die Maizeitungen unserer österreichischen Genossen finden größeren Anklang als die unsrigen.

Hierauf werden die Anträge 94 und 95 auf Vorschlag von Singer dem Parteivorstand zur Berücksichtigung überwiesen.

Antrag 96 wird nicht genügend unterstützt.

Antrag 135 Abs. 3 ist durch die vorhergefaßten Beschlüsse erledigt.

Den Antrag 153 begründet

Rieger-Spandau: Obwohl der Antrag für sich selbst spricht, müssen wir doch immer wieder von neuem die Notwendigkeit einer regeren Agitation für die „Neue Zeit" betonen. Der zweite Teil des Antrags gibt den Genossen einen Fingerzeig, wie sie die Ausbreitung der „Neuen Zeit" fördern können. Ich wollte ursprünglich noch einen dritten Absatz hinzufügen, wodurch ich die Parteivertretungen verpflichten wollte, ihre Artikel mehr als bisher der „Neuen Zeit" einzusenden und nicht nur immer für die „Sozialistischen Monatshefte" zu schreiben. Es gibt eine Anzahl von Genossen, die geflissentlich nur für die „Monatshefte" schreiben. Ich halte es für selbstverständlich, daß in Zukunft unsere Parteigenossen die „Neue Zeit" mehr durch Beiträge unterstützen. (Bravo!)

Der Antrag wird angenommen.

Die Anträge 107 und 108 finden nicht die genügende Unterstützung.

Zum Antrag 103 bemerkt

Singer: Ich glaube, daß dieser Antrag einen so alten Wunsch enthält, daß wir ihn nicht noch erst zum Beschluß zu erheben brauchen. (Zustimmung.) Also der Parteitag ist damit einverstanden, daß der Antrag durch Verlesung erledigt ist.

Zum Antrag 104 glaube ich, daß wir diesen Antrag nicht einmal zur Unterstützung stellen können. (Sehr richtig!) Er widerspricht so sehr den Grundsätzen unserer Partei, die ja selbstverständlich für die vollste Freiheit der Presse immer eintritt, und das liegt ja auch nur in unserem Nutzen, denn wir können nur wünschen, daß die bürgerlichen Blätter recht umfangreiche Berichte über unsere Verhandlungen bringen. Ich glaube also, der Parteitag lehnt es ab, diesen Antrag auch nur zu unterstützen. (Zustimmung.)

Den Antrag 105 wird von

Trautwein-Mannheim mit Rücksicht auf die gestrige Debatte und die Geschäftslage zurückgezogen.

Zum Antrag 106 bemerkt

Singer, auf den Antrag treffe dasselbe zu, was vorhin bei dem Antrag Krafemann ausgeführt ist. Ich glaube, es wird besser sein, auch die Beratung dieses Antrages bis zu einer passenden Gelegenheit zu vertagen.

Der Antrag wird nicht unterstützt.

Die Anträge 109 und 110 werden nicht unterstützt.

Antrag 133 wird gleichfalls nicht unterstützt.

Singer: Die Unterstützung reicht zwar nicht aus, aber die Bestrebungen der Partei sind seit lange darauf gerichtet, daß die Genossen sich naturalisieren lassen, um an Landtags- und Kommunalwahlen teilnehmen zu können. Also der Antrag ist nicht deshalb nicht unterstützt, weil der Parteitag seine

Tendenz nicht billigt, sondern weil er es überhaupt als Aufgabe der Partei betrachtet, in seinem Sinne zu wirken.

Die Resolution 152 wird begründet von

Schmidt-Frankfurt a. M.: Es ist unerhört, daß man einen Redakteur in Zeugniszwangshaft nimmt. Zum Glück denken nicht alle Gerichte so wie das in Hanau, ich selbst stand kürzlich vor dem Schöffengericht in Frankfurt. Da beantragte der Anwalt des Privatklägers, daß ich den Namen meines Gewährsmannes nenne, aber der vorsitzende Amtsrichter sagte selbst: Den Namen seines Gewährsmannes wird wohl Herr Schmidt auf keinen Fall nennen. Auch in der anständigen bürgerlichen Presse gilt es als ehrlos, den Verfasser eines Artikels zu nennen, wenn er unbekannt bleiben will. In Amerika sagte man vor einiger Zeit, die Journalisten besitzen dasselbe Ansehen wie in Europa Generäle, aber in Preußen-Deutschland will man sie zu ehrlosen Verrätern machen. Dagegen müssen wir energisch protestieren. (Beifall.)

Die Resolution wird einstimmig angenommen.

Es folgt die Beratung der Resolution 149, die inzwischen im vorletzten Absatz einige Abänderungen von den Antragstellern erfahren hat.

Bebel: Obwohl ich die Aenderung des ursprünglichen Wortes „unschuldiger" im vorletzten Absatz in „unbeteiligter" nicht für eine Verbesserung halte, habe ich mich doch damit einverstanden erklärt. Es wird behauptet, durch das Wort „unschuldig" werde der Eindruck erweckt, als seien die anderen schuldig. Es sollte nur gesagt werden, man schlachte selbst unschuldige Personen in Massen hin, Frauen und Kinder. Andererseits bin ich der Meinung, daß, wenn ich mich an einer Revolution beteilige, ich auch damit rechnen muß, daß ich erschossen werde oder wegen Hochverrats ins Gefängnis komme. Ich würde mich aber dann nicht für unschuldig erklären, sondern würde sagen, ich bedaure, daß ich nicht erreicht habe, was ich erreichen wollte. Aber etwas anderes ist es, wenn man eine Prozedur noch durch besondere Grausamkeiten verschärft. Wie gesagt, ich habe dem Wunsch auf Aenderung Rechnung getragen.

Was die Resolution selbst betrifft, so würde es geradezu auffallen, wenn der Parteitag nicht die Vorgänge in unserem Nachbarstaat im Osten erörtern und den russischen Kämpfern seine Sympathie ausdrücken würde. Darüber brauche ich kein Wort zu verlieren. Was sich seit vielen Monaten im Osten zuträgt, das erregt nicht nur die Aufmerksamkeit der ganzen Kulturwelt im allgemeinen, das erregt die Aufmerksamkeit der deutschen Sozialdemokratie und der Sozialdemokraten aller Länder in ganz besonderem Maße. Sie sind alle über jene Vorgänge aufs genaueste unterrichtet und was wir darüber denken und fühlen, das bringt die Resolution zum vollsten Ausdruck. Wir wollen den russischen Revolutionären und speziell unseren in der russischen Revolution so tapfer und bewundernswert kämpfenden Genossen und Genossinnen unsere wärmste Anerkennung und Sympathie ausdrücken. Aber wir sind als deutsche Sozialdemokraten in einem Falle noch besonders an den Vorgängen im Osten interessiert. Sie wissen, daß einer unserer Genossen, Kasprzak, nach unserer Auffassung auf dem Wege eines Justizmordes vom Leben zum Tode befördert ist. Der Parteivorstand hat, sobald er Kenntnis von der Sache erhielt, sofort eingegriffen und den Reichskanzler aufgefordert, die nötigen Schritte zu tun, um zu bewirken, daß Kasprzak unter Beobachtung der auch in einem halbbarbarischen Staate wie Rußland bestehenden Gesetze abgeurteilt werde. Der Protest ist in bezug auf seine praktische Wirkung zu spät gekommen, weil man es in Warschau sehr eilig hatte und schon am Tage nach dem Urteil, ohne auch nur die nächsten Angehörigen zu unterrichten, Kasprzak zum Galgen schleppte und hinrichtete. (Lebhafte Pfui-Rufe.) Nun hat das Auswärtige Amt als die nächste zuständige Behörde eine Erklärung an die Mitglieder des Parteivorstandes erlassen, die Sie alle in Nr. 220 des „Vorwärts" gelesen haben. Der Parteivorstand hatte bereits eine Resolution ausgearbeitet,

in der wir in schärfster Weise gegen diesen Justizmord Protest erheben wollten, da traf hier das Schreiben des Auswärtigen Amtes ein. Wir sind nicht der Meinung, daß das Auswärtige Amt in seiner Entscheidung den richtigen Ton oder die richtigen Gründe getroffen hat. (Sehr wahr!) Wir sind vielmehr nach wie vor der Ansicht, daß im Falle Kasprzak ein Justizmord vorliegt. Aber da das Auswärtige Amt in seinem Erlasse auf eine Reihe von Bestimmungen russischer Gesetze bezug nimmt, deren Richtigkeit wir hier nicht feststellen können, so haben wir uns entschieden, die speziell gegen den Fall Kasprzak gerichtete Resolution zurückzuziehen, in Berlin bei Männern, die mit der russischen Gesetzgebung vertraut sind, uns zu informieren und dann im Reichstag selbst das zu sagen, was gesagt werden muß.

Es ist aber auch in anderer Beziehung nötig, den Fall Kasprzak zu erörtern und zwar deshalb, weil in der bürgerlichen Presse — ich habe hier besonders einen Artikel der „Frankfurter Zeitung" im Auge — die Behauptung aufgestellt wurde, der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands habe Kasprzak böse mitgespielt.

Wenn je eine Behauptung unrichtig war — ich sage ausdrücklich „unrichtig", weil ich annehme, daß die „Frankf. Ztg." nicht unterrichtet war, obgleich sie durch unsere Presse hätte unterrichtet sein können — so ist es diese Behauptung. Da diese Unrichtigkeit eine Beleidigung des Parteivorstandes enthält, sehe ich mich veranlaßt, auf die Sache selbst einzugehen und besonders auch die Tätigkeit des Mannes zu schildern, der jetzt am Galgen geendet hat. Kasprzak war ein alter Parteigenosse, er hat länger als 20 Jahre in der Partei gestanden, er wurde bereits 1886 in einem Geheimbundsprozeß zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. K. wurde, wie ich nachträglich erfahre, damals wegen Verbreitung verbotener Schriften und Verletzung des § 130 des St. G. B. zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt. Aber als Mann von großer Gewandheit und Energie gelang es ihm, sich eine Feile zu verschaffen, die Stäbe des Gefängnisfensters zu durchsägen und zu entfliehen. Er ging nach Warschau, wo er mehrere Jahre mit aller Energie die Agitation unter den russisch-polnischen Genossen betrieb. Im Jahre 1890 ging er nach London, wo damals die Zentralleitung der polnischen Sozialdemokratie saß. Aus Ursachen, die wir erst später zu beurteilen in der Lage waren, geriet er 1892 bei der P. P. S. in den Verdacht, Polizeispion zu sein. Um sich von diesem schweren Verdacht zu reinigen, kehrte er nach Warschau zurück, um Entlastungsmaterial zu sammeln. Dabei widmete er sich vor wie nach der Parteitätigkeit, er wurde von der russischen Polizei festgenommen und zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Da er seit Jahren bereits an der Schwindsucht litt, kam er ins Hospital, und nach sechs Monaten brachte er es abermals fertig, seinen Schergen zu entfliehen und die Freiheit zu erlangen. Er ging nach Schlesien und war hier unter fremdem Namen in Breslau tätig. Da er in dem allerdings unbegründeten Verdacht stand, Polizeispion zu sein, waren die Genossen so erbittert auf ihn, daß einer ihn bei der Staatsanwaltschaft denunzierte; er wurde festgenommen, mußte den Rest seiner Strafe verbüßen und erhielt noch eine Zusatzstrafe wegen seiner Flucht und Beilegung eines falschen Namens.

Kasprzak blieb in Deutschland, widmete sich wieder der politischen und gewerkschaftlichen Tätigkeit und wurde Vertrauensmann der Generalkommission. Im Jahre 1900 wurde er bei der Generalkommission denunziert, daß er Polizeidienste leiste und die Partei schon verraten habe. Die Generalkommission überwies die Sache dem Parteivorstand. Dieser stellte eine genaue Untersuchung an. Er lud den Vorstand der P. P. S. und die Genossin Rosa Luxemburg zur Sitzung ein, die übrigens von vornherein mit allem Nachdruck behauptet hatte, daß die Anschuldigungen gegen K. falsch seien und die beiläufig gesagt selbst schon wegen der Anklage, Spion zu sein, sich auf dem Züricher Kongreß hatte verteidigen müssen. Die polnischen Genossen haben ihr sogenanntes

Beweismaterial vorgelegt, es beruhte auf Mitteilungen und Aeußerungen von Personen in Schlesien und im Ausland: Wir haben an die Personen geschrieben und um Beweismaterial gebeten. Darauf sind wir wieder zusammengetreten und mußten nun erklären, das Material ist nichts wert, und soweit man ihm eine gewisse Bedeutung beilegen könnte, ist ein Beweis nicht zu führen. Wir sprachen K. von dem Verdacht frei. Unser Urteil hat unter den polnischen Genossen böses Blut erregt, sie waren der Meinung, der Beschluß sei einseitig gefaßt. K. litt nach wie vor unter dem Verdacht, und als er 1901 in einem polnischen Wahlkreise als Kandidat aufgestellt wurde, wogegen wir natürlich nicht das geringste einzuwenden hatten, waren sie sehr erbittert darüber. Der Gesundheitszustand von K. verschlechterte sich fortwährend, so daß wir außerordentliche Mittel zu seiner Wiederherstellung bewilligten. Dann kam die Bewegung in Rußland. Sofort eilte K. trotz allem, was ihm früher in Rußland passiert war, nach Warschau, beteiligte sich an der Gründung einer Geheimdruckerei, und als diese im Sommer 1904 aufgehoben und das Personal verhaftet werden sollte, schoß er drei höhere Polizeibeamte nieder und verletzte den vierten tödlich. Das war unter den gegebenen Verhältnissen ein Akt, der sich als Totschlag bezeichnen läßt, ausgeübt in der Notwehr, denn er wußte, was ihm bevorstand. Aber man hat die Sache als Mord aufgefaßt und die Militärgerichte angerufen, die nach unserer Meinung gar nicht zuständig waren, denn der Belagerungszustand war noch gar nicht erklärt, als die Tat geschah. Aber die russische Regierung hat es sehr eilig gehabt, den Mann in der angedeuteten Weise vom Leben zum Tode zu befördern.

Wir werden es selbstverständlich als Ehrensache ansehen, für die Famile von K. einzutreten. (Lebhafte Zustimmung.) Mit Genugtuung konstatiere ich, daß in den letzten Wochen leider zu spät, als daß K. das hätte erfahren können, auch die P. P. S. nach genauer Untersuchung zu dem Resultat kam, daß der Verdacht gegen ihn unbegründet sei. Ich mache unseren polnischen Genossen keinen Vorwurf, sie leben unter einem Ausnahmegesetz, und wir wissen, wie es bei uns unter dem Sozialistengesetz war. Oft genug wurden Genossen der Spitzelei beschuldigt und wiederholt habe ich, wenn ein solcher Verdacht als gerecht bestritten wurde, aber nicht voll widerlegt werden konnte, gesagt, es tut mir leid, daß Ihr unter dem Verdacht steht, aber besser, ein Einzelner leidet unschuldig, als daß wir die Partei einer Gefahr aussetzen. Unter einem Ausnahmezustand ist das begreiflich. Nun, wir können heute mit Genugtuung erklären, daß auch nicht der leiseste Verdacht mehr auf dem Andenken von K. ruht, was für seine Familie von großem Wert ist. Als seine letzte Stunde schlug, hat sich K. würdig gezeigt seines ganzen Lebens, das er für die Partei geführt hat. Er hat den Beistand des Priesters, der ihn in seiner letzten Stunde trösten sollte, zurückgewiesen, weil er diesen Mann nicht als Trostspender anerkennen konnte. Und als er dann morgens um 6 Uhr nach dem Galgen geführt wurde, hat der Mann, der bereits hochgradig an der Halsschwindsucht litt, noch mit heiserer Stimme das revolutionäre Lied der Polen, „Die rote Fahne", angestimmt. Parteigenossen, ich kenne dieses Lied und kann Euch sagen, unter all den revolutionären Liedern, welche die internationale Sozialdemokratie zur Verfügung hat, ist keins, das eine so wunderbar hinreißende Melodie besitzt wie dieses. Und als dann dem Gesetz entsprechend der Henker ihm den Sack über den Kopf zog und die Aufknüpfung erfolgen sollte, waren seine letzten Worte: Hoch lebe die Revolution! Ich meine, da ist ein Leben zu Ende geführt worden, dem wir die höchste Anerkennung, die höchste Bewunderung zu zollen haben, und ich glaube, daß es nicht nur eine Pflicht der Anerkennung, sondern zugleich auch der Dankbarkeit ist, wenn der Parteitag zu Ehren dieses Mannes, der als Held und Märtyrer für unsere große Sache starb, wie zu Ehren all der anderen Männer und Frauen, die als Helden und Märtyrer für unsere Sache gestorben sind, sich von seinen Plätzen erhebt. (Die Anwesenden erheben sich.)

Es folgt die Abstimmung.

Vors. Singer: Ich konstatiere mit freudiger Genugtuung, daß der Parteitag sich einstimmig diesem Protest gegen den barbarischen Zarismus angeschlossen hat. (Lebhafter Beifall.)

Weiter teile ich mit, daß Genosse Michels gegenüber dem Frankfurter Schreiben seine gestern gemachten Ausführungen aufrecht erhält, aber erklärt, daß es ihm fern gelegen habe, die Frankfurter Genossen zu verletzen.

Des weiteren ist mir ein Telegramm über die Wahlen in Oldenburg zugegangen. Danach sind unsere Stimmen um 70 Proz. gestiegen, sie betragen nach den bisherigen Feststellungen 4060, die der Gegner 2389 Stimmen. Ich spreche wohl im Namen des Parteitags, wenn ich auch diesen Genossen für ihre tapfere Arbeit danke. (Beifall.)

Hierauf wird in der Beratung der Anträge fortgefahren.

Den Antrag 12 begründet

Davidsohn-Berlin: Selbst unter den Delegierten dieses Parteitages ist eine nicht kleine Anzahl der Meinung, daß wir die Arbeiter von Partei wegen auf die Abstinenz verpflichten wollten. Das ist unglaublich, aber nicht wahr. Wir wünschen nichts weiter, als daß diese eminent wichtige Frage einmal auf unserem Parteitage erörtert wird, wie es in anderen Ländern bereits geschehen ist. Damit Sie sehen, welches unsere Bestrebungen sind, führe ich an, daß unsere Freunde s. Z. auf dem österreichischen Parteitag eine Resolution eingebracht haben, die sich nicht für Abstinenz ausspricht, sondern zunächst die Förderung der alkoholgegnerischen Bestrebungen und die Abschaffung des Trinkzwanges bei allen Zusammenkünften der Parteiorganisationen, nicht des Rechts zum Trinken fordert. Sollten die Punkte „Erziehung der Jugend" und „Reform des Strafrechts" auf die Tagesordnung des Parteitages 1906 oder eines späteren kommen, so würden die betreffenden Referenten — wollen sie ihrer Aufgabe in vollem Umfange gerecht werden — sich sozusagen gezwungen sehen, auch die Alkoholfrage in den Kreis ihrer Betrachtungen zu ziehen. Die Annahme einer Resolution — wie im vorigen Jahre — kann nichts nützen, denn da würde die Mehrzahl unserer Parteiblätter sich höchstwahrscheinlich — wie seit Bremen — um diese Resolution doch wieder nicht kümmern. Ich nenne keinen Namen. (Zwischenruf Bebels.) Ich will hier dem Genossen Bebel ein Blatt reichen, in dem er sogar eine der sonst in Parteiorganen verpönten Schwindel-Annoncen zur „Heilung von Trunksucht" findet. Bebel in seiner Universalität wird hoffentlich auch dieser Frage genügend Verständnis abgewinnen, um zu erkennen, daß derlei und schlimmere Dinge erst dann unmöglich werden können, wenn genügend für Aufklärung gesorgt wird. Oder können wir es verantworten, wenn Parteiblätter dazu beitragen, daß ein armes Weib hingeht, ihre letzten Markstücke zu opfern, um ihren Mann aus den Klauen des Alkoholismus zu erretten — durch Kauf eines von der sozialdemokratischen Zeitung empfohlenen Schwindel-„Heilmittels"!

Auch dem Parteivorstande die Entscheidung wieder zu überweisen, empfiehlt sich nicht; dann erleben wir höchstwahrscheinlich doch nur die zweite Beerdigung des schon in diesem Jahre vom Parteivorstande eingescharrten Antrages.

Zum Schluß eine Erklärung: Die im Deutschen Arbeiter-Abstinentenbunde organisierten etwa 2000 Arbeiter und Arbeiterinnen haben Pfingsten dieses Jahres auf ihrer Generalversammlung in Berlin erklärt, daß sie in erster Linie Sozialdemokraten und dann erst Abstinenten sind, nicht umgekehrt! Sie haben ferner erklärt, daß ihnen selbstverständlich jeder noch so alkoholfreundliche Parteigenosse lieber und näher ist als etwa ein abstinenter Bourgeois.

Nach Abgabe dieser Erklärung bitte ich die Genossen und Genossinnen: Diskutiert die Frage endlich einmal mit uns! Reicht uns wenigstens einen

Finger! Wir werden dafür sorgen, daß er sich zu einer Hand auswächst, die im gegebenen Moment ohne Zittern und Beben nach Art von Abstinentenhänden kräftig dreinschlagen hilft auf die Feinde des internationalen Proletariats. (Beifall.)

Pfannkuch-Berlin: Wenn die Resolution des vorigen Jahres ziemlich wirkungslos geblieben ist, so würde die Wiederholung und auch die Verschärfung derselben kaum einen anderen Erfolg haben. Der Vorstand ist eben nicht in der Lage, die Durchführung solcher Beschlüsse zu erzwingen. Es muß aber rühmlichst hervorgehoben werden, daß selbst von abstinenter Seite der Partei das Kompliment gemacht worden ist, daß man sich in Parteikreisen zunehmend mit der Alkoholfrage beschäftige. Wogegen ich mich wende, ist, daß die Alkoholfrage zu einer Parteisache gemacht werden soll (sehr richtig!) und daß man versucht, einen Beschluß festzulegen, durch den die Frage auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages gebracht werden soll. Es ist in den letzten Tagen wiederholt die Rede davon gewesen, wie schwer es ist, bei der Festsetzung der Tagesordnung den allgemeinen Parteibedürfnissen und den Wünschen einzelner Genossen Rechnung zu tragen. Wie richtig Vorstand und Kontrollkommission diesmal bei der Festsetzung der Tagesordnung verfahren sind, dafür gibt ja wohl der Verlauf der Verhandlungen des diesjährigen Parteitags, die, wie ich hoffe, zu Ihrer aller Zufriedenheit sich abgewickelt haben, den besten Beweis. Soll das so bleiben, dann müssen Sie der Parteileitung vollständig freie Hand lassen, damit wir im gegebenen Augenblick die richtige Entscheidung treffen können. Durch solche Anträge, wie sie diesmal wieder in mehreren Exemplaren vorliegen, kann die Parteileitung nur eventuell in die Lage versetzt werden, Parteitagsbeschlüsse nicht durchführen zu können, und in diese Verlegenheit sollten Sie die Parteileitung nicht bringen. Lehnen Sie also alle in dieser Beziehung gestellten Anträge ab. (Bravo!)

Wissel-Lübeck: Wenn natürlich unvorhergesehene Ereignisse eintreten, werden wir Abstinenten keine Einwendung dagegen erheben, daß die Alkoholfrage im nächsten Jahre noch nicht behandelt wird. Aber vorläufig sehen wir solche Ereignisse noch nicht, deshalb bitte ich den Antrag anzunehmen. Uns kommt es dabei nicht darauf an, für die Abstinenz Propaganda zu machen, sondern wir sind schon ganz zufrieden, wenn sich die Arbeiter nur einmal mit der Frage beschäftigen. Es ist in der Tat so, daß der Alkohol in der kapitalistischen Gesellschaft wurzelt. Darüber müssen die Arbeiter aufgeklärt werden; für die Parteibewegung wird daraus großer Nutzen erwachsen.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Antrag 12 wird dem Parteivorstande zur Erwägung überwiesen.

Nunmehr gelangen die Anträge über den Ort des nächsten Parteitages zur Verhandlung.

Den Antrag 11, der Mannheim vorschlägt, begründet

[illegible]esbach-Mannheim: Wir wünschen seit langem, daß der Parteitag auch [illegible]al in Baden abgehalten werde und ich hoffe, diesmal werden Sie unserer Einladung folgen, einmal den größten Binnenhafen Europas zu besuchen. Für die Verhandlungen steht uns der neu erbaute große Festsaal zur Verfügung, der 7000 Personen faßt. Weil in der Nähe Mannheims allbekannte Weingegenden liegen, so haben Sie die beste Gelegenheit, dort abschreckende Beispiele des Alkoholismus zu sehen. (Große Heiterkeit.)

Höfs-Stettin empfiehlt Stettin. Beharrlichkeit führt zum Ziel, deshalb haben wir unseren Vorschlag wieder eingebracht. Durch die Verlegung des Stettiner Vulkan ist der Stettiner Wahlkreis gefährdet; auch deshalb empfiehlt es sich, den nächsten Parteitag dort abzuhalten. Stettin liegt in Pommern

(große Heiterkeit) und wir können von da aus die schönsten Ausflüge in die Ostsee unternehmen.

Müller-Köln empfiehlt Köln, ist aber damit einverstanden, daß der nächste Parteitag in Mannheim stattfindet, da dort die Lokalitäten günstiger sind.

Mit großer Mehrheit wird beschlossen, den nächsten Parteitag in Mannheim abzuhalten.

Hierauf wird beschlossen, eine halbstündige Pause eintreten zu lassen, während der die Stimmzettel für die Wahlen zum Parteivorstand und zur Kontrollkommission abgegeben werden sollen.

Zur Geschäftsordnung bemerkt

Südekum-Berlin: Auf der Vorschlagsliste, die soeben verteilt worden ist, ist der Name einer Genossin als Vorschlag für die Kontrollkommission enthalten, die bereits ein Parteiamt bekleidet. Ich halte es nicht für zulässig, daß Angestellte der Partei in die Kontrollkommission gewählt werden, weil diese Genossen ja sonst die Aufgabe hätten, sich selbst zu kontrollieren.

Hofmann-Hamburg schlägt Müller-Görlitz als Schriftführer vor.

Buhl-Leipzig empfiehlt Kleemann-Leipzig für die Kontrollkommission, damit endlich einmal einer der ältesten Parteiorte Einfluß auf die Parteiverwaltung gewinne.

Ledebour-Berlin: Ich halte die Bedenken Südekums für unzutreffend. Solche rein formellen Gesichtspunkte können für uns bei der Neuwahl nicht maßgebend sein. Nach unseren bisherigen Erfahrungen wird die Selbständigkeit der Parteigenossen nicht dadurch beeinträchtigt, daß sie in irgend einer Beziehung zu Parteiämtern stehen. Sonst dürften wir schließlich auch keine Parteiredakteure in die Kontrollkommission wählen. (Südekum: Das sind keine Parteiangestellte.) Für uns kommt in erster Linie der Charakter und die Tüchtigkeit der Parteigenossen in Betracht.

Wels-Berlin bittet, den Genossen Eugen Ernst in die Kommission zu wählen, damit auch der größte Parteiort darin vertreten ist.

David-Mainz empfiehlt Ulrich für die Kontrollkommission, damit endlich auch Hessen wieder eine Vertretung in der Kommission erhalte.

Frau Zietz-Hamburg: Ich möchte den Ausführungen Südekums energisch entgegentreten. Die „Gleichheit" ist nicht erst seit heute Parteiorgan, sondern seit drei oder vier Jahren, bisher hat aber deswegen noch niemand Einwendungen gegen die Genossin Zetkin erhoben. Die Genossin Zetkin ist bereits seit Jahren in der Kontrollkommission tätig, sie ist überall eingeweiht, außerdem ist es doch auch notwendig, daß wir Frauen in der Kontrollkommission vertreten sind.

Südekum-Berlin: Es ist in der Partei nicht üblich, Genossen zu beauftragen, sich gewissermaßen selbst zu kontrollieren. Anders steht es mit den Parteiredakteuren, die durch die Preßkommission und nicht durch den Parteivorstand eingesetzt sind. Ich denke nicht daran, die Tätigkeit der Genossin Zetkin herabzusetzen. Aus formellen Gründen aber scheint es nicht angängig, sie in die Kontrollkommission zu wählen.

Wurm-Berlin: Ich bestreite, daß solche formellen Bedenken vorliegen. Weder im alten noch im neuen Statut steht darüber irgend etwas. Es ist auch nicht daran zu denken, daß die Redakteure, die vom Parteivorstand angestellt werden, abhängiger wären, als die von der Preßkommission angestellten. Wir alle wissen, wie unabhängig die Genossin Zetkin gegenüber jedermann ihren Standpunkt zu wahren versteht. Wenn man den Standpunkt Südekums einnimmt, so könnte auch der Genosse Eugen Ernst nicht gewählt werden, weil er Angestellter des „Vorwärts" ist.

Höfs-Stettin empfiehlt für die Kontrollkommission den Genossen Storch-Stettin, damit Norddeutschland vertreten sei.

Richard Fischer-Berlin stellt fest, daß Genosse Ernst nicht im „Vorwärts", sondern in einer Druckerei angestellt ist, die keinerlei Kontrolle des Vorstandes unterliegt, sondern Privatunternehmen der Berliner Genossen ist.

Damit schließt diese Diskussion.

Schluß 1 Uhr.

$1^3/_4$ Uhr wird die Sitzung wieder eröffnet.

Singer erklärt die Wahl für geschlossen. Die Mandatsprüfungskommission stellt das Ergebnis fest.

Es wird in die Tagesordnung eingetreten. Zur Verhandlung gelangt Antrag 13: Die Reform des Strafgesetzbuches auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen.

Löbe-Breslau begründet den Antrag.

Stadthagen-Berlin bittet ihn abzulehnen, ihm auch nicht ein Begräbnis durch Ueberweisung an den Vorstand zur Erwägung zu bereiten. Es sei falsch, die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu belasten. Auch müsse man sich davor hüten, Oberflächlichkeit zu verbreiten. Die Frage der Reform des Strafrechts dürfe nicht losgelöst von dem allgemeinen sozialen Untergrunde behandelt werden. Auch der vorzüglichste Redner und tiefste Kenner des Gebietes könne in einem Referat vor dem Parteitag nur allgemeine Grundsätze über diese Fragen bieten, die man allseitig kenne. Mit dem Wunsche Löbes, daß die Parteipresse stärker als bisher den Klassencharakter der Justiz hervorheben solle, könne man sich dagegen vollständig einverstanden erklären.

Liebknecht-Berlin: Es ist nötig, einmal das ganze Problem der Klassenjustiz auf dem Parteitage zu erörtern. Ich bin überzeugt, daß eine solche Verhandlung sowohl praktische Früchte tragen als auch vor allen Dingen eine ungeheure agitatorische Wirkung üben würde. Abgesehen von den Militär-Mißhandlungen ist es die Klassenjustiz, die die Massen aufpeitscht und aufregt. Aus diesem Grunde bitte ich Sie, den Antrag dem Vorstande zur Berücksichtigung zu überweisen, nicht in dem Sinne, daß die Reform des Strafgesetzbuches und der Prozeßordnung auf die Tagesordnung kommen, sondern daß einmal die Klassenjustiz und Gesetzgebung in ihrem Wesen und ihrem Zusammenhang mit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung behandelt werden soll.

Der Antrag 13 **wird dem Vorstande zur Erwägung überwiesen.**

Die Anträge 14 und 15 werden gemeinsam behandelt.

Schulz-Bremen: Ich verweise zur Begründung auf die Debatten vom Donnerstag, die gezeigt haben, daß in der Partei ein außerordentlich reges Interesse in der Erziehungsfrage herrscht, daß aber die Ansichten darüber auseinandergehen. Wer die Jugend hat, der hat die Zukunft, und darum ist die richtige Erziehung der Jugend von hoher Bedeutung. Es entsteht die Frage, wann soll die planmäßige Beeinflussung der Jugend für den Sozialismus beginnen, auch die Frage der Stellung der Sozialdemokratie zur Schule des Klassenstaates und eine andere Reihe von Einzelfragen müssen erörtert werden. Das Erfurter Programm enthält hierüber wenig oder gar nichts. Früher ist sehr viel mehr über die Erziehungsfragen in der Partei geschrieben worden. Das Erziehungsideal des Proletariats hat nichts mit der bürgerlichen Erziehung gemein, es erwächst ebenso aus der Klassenlage des Proletariats wie das des Bürgertums aus der Klassenlage der Bourgeoisie. Es ist nötig, einmal die Stellung des wissenschaftlichen Sozialismus zur Erziehungsfrage zu erörtern und Klarheit hierüber zu schaffen. Aus diesem Grunde haben Frau Zetkin und ich unseren Antrag eingebracht, den ich Sie dringend anzunehmen bitte. Glücklicherweise ist ja jetzt in weiten Kreisen der Genossen das Interesse an der Erziehungsfrage erweckt, ich erinnere nur an die Diskussion in der „Gleichheit". Wir dürfen die Schulfrage nicht von der Erziehungsfrage loslösen, sondern müssen einmal das

ganze Gebiet der Erziehungsfrage zur Debatte stellen. Gewiß hat es etwas für sich, sich nicht vorher auf eine Tagesordnung festzulegen, aber andererseits kann man sich, wenn ein Punkt der Tagesordnung vorher bekannt ist, damit beschäftigen und eine Diskussion herbeiführen. Ich bitte Sie nochmals, den Antrag anzunehmen.

Frank-Mannheim: Die Partei ist sich darüber einig, daß die Erziehungsfrage einer praktischen Behandlung bedarf. Wir haben in Dresden bereits angefangen, die Probe aufs Exempel zu machen, wir haben schon an mehreren Orten Jugendorganisationen gegründet, und wenn der Parteitag nächstes Jahr in Mannheim zusammentritt, dann werden wir vielleicht Gelegenheit haben, dort eine Parade über unsere junge revolutionäre Garde abzuhalten.

Hierauf werden beide Anträge dem Vorstand zur Erwägung überwiesen.

Da die Mandatsprüfungskommission ihre Arbeiten noch nicht beendet hat, aber weiter kein Material vorliegt, vertagt Singer die Sitzung auf unbestimmte Zeit.

Nach kurzer Zeit wird die Sitzung durch Singer wieder eröffnet und das Resultat der

Wahl der Parteileitung und der Kontrolleure

mitgeteilt. Abgegeben sind 283 Stimmzettel, von denen 13 für die Kontrollkommission ungültig waren, weil mehr als neun Namen darauf standen; 29 Stimmen waren zersplittert.

Für den Parteivorstand wurden abgegeben: für Bebel als Vorsitzenden 279, für Singer als Vorsitzenden 278, für Pfannkuch als Sekretär 276, für Auer als Sekretär 276, für Molkenbuhr als Sekretär 276, für Ebert als Sekretär 174, für Gerisch als Kassierer 278 Stimmen. (Außerdem hat Müller-Görlitz 77 Stimmen erhalten.)

Als Kontrolleure wurden gewählt: Meister mit 257, Bock mit 247, Kaden mit 240, Brühne mit 239, Koenen mit 228, Ernst-Berlin mit 219, Ehrhart mit 213, Geck mit 193 und Frau Zetkin mit 180 Stimmen.

Außerdem erhielten: Ulrich-Offenbach 157, Kleemann-Leipzig 144, Storch-Stettin 45 und Rieke-Braunschweig 39 Stimmen. Zersplittert waren 19 Stimmen. Singer teilt weiter mit, daß die neue Kontrollkommission zu Beisitzern des Vorstandes Wengels-Berlin und Eberhardt-Charlottenburg gewählt habe. Vorsitzender der Kontrollkommission ist Meister-Hannover.

Damit sind die Geschäfte des Parteitages erledigt.

Vorsitzender Singer: Parteigenossen! Damit wären die Arbeiten des Parteitages beendet. — Ich will zunächst — wie ich überzeugt bin, in Ihrer aller Namen — unseren Jenaer Genossen wärmsten Dank aussprechen für die Opferwilligkeit und für die Bereitwilligkeit, mit der sie dem Parteitag gedient haben. (Bravo!) Die Feste, die sie veranstaltet haben, werden in dankbarer Erinnerung bleiben, und die Arbeit, die sie geleistet, deren Schwierigkeit und Umfang wir kennen, wird ebenfalls unvergessen bleiben. Ich glaube aber auch einem Wunsche des Parteitages zu genügen, wenn ich der Karl Zeiß-Stiftung Dank ausspreche für die schönen Räume, die wir benutzen konnten, und auch zugleich den Dank des Parteitages dafür, daß sie während der Tagung einer großen Anzahl von Delegierten Einblick in ihre Betriebe gegönnt und damit diesen Genossen Gelegenheit gegeben hat, sich von der Größe, der Vielseitigkeit, der Feinheit dieser Betriebe zu überzeugen. (Bravo!) Ebenso glaube ich zu Dank verpflichtet zu sein und diesen Dank in Ihrem Namen aussprechen zu müssen der Firma Gutmann in Nürnberg, die die Vervielfältigung unserer Anträge und der sonstigen Drucksachen übernommen hat. Die Herren haben in dankenswerter Bereitwilligkeit ihre Dienste dem Parteitage unentgeltlich geleistet. (Bravo!) Ich darf es wohl aussprechen, daß wir durch die Art, in

der sie die Arbeit geleistet haben, die Ausführung, die sie ihr gegeben haben, in vollstem Maße befriedigt wurden und der Firma zu großem Dank verpflichtet sind. Ich möchte aber auch denjenigen Genossen, die auf diesem Parteitag in den Kommissionen stark beschäftigt und dadurch nicht in der Lage waren, sich an den Verhandlungen des Parteitags, so wie sie es wohl gewünscht hätten, zu beteiligen, in Ihrem Namen den Dank des Parteitags aussprechen.

Parteigenossen, wenn wir am Schluß unserer Verhandlungen einen kurzen Rückblick auf die rote Woche in Jena werfen, so erinnere ich daran, daß, als wir zum Parteitag nach Jena kamen, unsere Gegner darauf rechneten, daß wir hier ein inneres Jena für die Partei finden würden. Unsere Beschlüsse und unsere Debatten haben gezeigt, daß diese Hoffnungen gründlich enttäuscht sind und daß wir uns nicht ein inneres Jena, wohl aber unseren Gegnern ein Sedan bereitet haben. (Heiterkeit und sehr gut!) Die beiden großen Fragen, welche diesen Parteitag beherrscht haben: die Frage der Maifeier und die Frage des Massenstreiks, sie haben wieder einmal unwiderleglich bewiesen, daß die gesamte Partei grundsätzlich in diesen Fragen einig ist. Die Bedeutung dieser beiden Fragen jetzt noch einmal vor Ihnen aufzurollen, wäre überflüssig, aber ich darf mit ganz besonderer Genugtuung konstatieren, daß die beiden großen Ströme der Arbeiterbewegung: sozialdemokratische Partei und Gewerkschaften, einig sind in dem Streben, durch ihre Tätigkeit das große Ziel der Sozialdemokratie: die Beseitigung der bürgerlichen Gesellschaft, die Zertrümmerung der kapitalistischen Gesellschaft, zu erreichen. (Beifall.) Wir sehen, daß diese beiden großen Bewegungen, gleich mächtigen besonderen Heeressäulen, dem gemeinsamen Ziel zustreben, und daß sie entschlossen sind — dieser Parteitag hat das aufs neue bewiesen — vereint zu schlagen, vereint zu schlagen den gemeinsamen Feind, den zu vernichten Partei und Gewerkschaften geschaffen sind.

Wir haben unsere Waffen geschärft auf diesem Parteitage, wir haben uns eine neue feste Organisation geschaffen in dem Bestreben, die Kräfte der Arbeiterklasse, soweit sie in der Sozialdemokratie organisiert sind, noch enger zusammenzufassen, noch mehr zusammenzuschließen, um noch tatkräftiger, noch schlagfertiger gegen den Feind loszugehen. Ich habe die Ueberzeugung, daß die neue Organisation dieselben Früchte zeitigen wird wie die bisherige Organisation, denn, Parteigenossen, das wollen wir auch in diesem Augenblick betonen: mehr als das geschriebene Wort nutzt uns und muß uns nutzen der lebendige Geist, die agitatorisch propagandistische Tätigkeit auf dem Boden des Klassenkampfes, die in der Arbeiterklasse Tag für Tag betrieben werden muß. (Lebhafte Zustimmung.) Und dieser Geist wird auch durch die neue Organisation gefördert werden, er wird neue Nahrung finden, und die Organisation wird dazu beitragen, die Kaders der Sozialdemokratie noch fester zu schließen, ihr den Sieg zu erleichtern. Die beiden anderen Fragen habe ich bereits berührt. Wir haben in einer Reihe von Resolutionen zu dem von dem Agrariertum betriebenen Brot- und Fleischwucher, und damit Stellung genommen zu den großen weltbewegenden Fragen der Jetztzeit und auch in einer Resolution Stellung genommen, den Empfindungen und dem Willen der deutschen Arbeiter Ausdruck gegeben, die, wie in allen anderen Fragen, mit den Gefühlen des Proletariats aller Länder übereinstimmen. Wir haben den russischen Zarismus gebrandmarkt. Wir haben der russischen Revolution, der größten Erscheinung, die wir jetzt in der Welt beobachten, und den heldenmütigen Kämpfern dieser Revolution unsere Sympathie und unsere Bewunderung dargebracht. Parteigenossen! Wenn wir in den letzten Monaten für die Opfer der russischen Revolution auch mit materiellen Mitteln eingetreten sind, so bin ich überzeugt, daß jeder von uns das getan hat mit dem glühenden Wunsche, daß diese materielle Hülfe den russischen Helden helfen möge, ihr Ziel zu erreichen und den Zarismus zu zerschmettern. (Lebhafter Beifall.)

So haben wir auf diesem Parteitage nützlich für die Partei gewirkt. Wir werden es erleben, daß unsere Gegner, enttäuscht von dem Verlaufe des Parteitages, in ihren Blättern schreiben werden: Dieser Parteitag hat keine Bedeutung, er war langweilig, er war öde. Nun den Gegnern werden wir es nie recht machen, und es ist auch gar nicht unsere Aufgabe, es der Bourgeoisie recht zu machen. Das Gegenteil ist der Fall. (Lebh. Zustimmung.) Wir wissen, daß, wenn auf diesem Parteitag eine Reihe von Befürchtungen, die vielleicht auch in den Kreisen der Genossen vorhanden waren, sich nicht erfüllt haben, das darauf zurückzuführen ist, daß die Partei nach wie vor gefestigt und entschlossen ihren großen Zielen zustrebt. Diese Befürchtungen sind deshalb nicht eingetroffen, weil, wie sich doch immer wieder zeigt, über allen persönlichen Meinungsverschiedenheiten und persönlichen Reibungen, die manchmal vorkommen können, die Ueberzeugung in jedem Genossen lebt, daß er seine ganze Arbeit, seine ganze Kraft, sein ganzes Wollen und Können daran zu setzen hat, um die Einheit und Geschlossenheit der Partei zu wahren und zu betätigen. (Lebhafter Beifall.) Deswegen bin ich überzeugt, daß die Resolution, die wir in dieser Beziehung beschlossen haben, reiche Früchte tragen wird. Wir werden nach wie vor Meinungsverschiedenheiten in unseren Reihen haben, durch deren Diskussion die Partei gefördert, das Parteileben gekräftigt und die Agitation vertieft werden wird. Es ist nicht unsere Aufgabe, uniform und schematisch einer dem andern nachzubeten. (Sehr richtig!)

Wir können befriedigt auf diesen Parteitag zurückblicken, wir dürfen ohne jede Ueberhebung sagen: die deutsche Sozialdemokratie hat gezeigt, daß sie imstande und gewillt ist, den weltbewegenden Ereignissen der Zeit kühn ins Auge zu schauen und die großen Fragen, die an sie herantreten, zu fördern und zu lösen einzig und allein entsprechend ihren Grundsätzen und ihrem Programm. (Lebhafte Zustimmung.)

Daß diese Entschlossenheit gerade in diesem Jahre so eklatant zum Ausdruck gekommen ist, führt mich zu einer kurzen Erinnerung daran, daß es in diesem Jahre 30 Jahre her ist, daß die sozialdemokratische Partei auf dem Kongreß zu Gotha sich geeinigt hat. 30 Jahre ist es her, daß Lassalleaner und Eisenacher gemeinsam kämpften, und wenn wir uns vergegenwärtigen, daß damals die Trennung bestand aus prinzipiellen Gründen und daß trotzdem damals die Arbeiterklasse sich zusammengefunden hat, um einig und geschlossen den Kampf zu führen, so dürfen wir auch die Zuversicht haben, daß die auf dem Kongreß von Gotha vollzogene und seit 30 Jahren bestehende Einigkeit von Dauer sein wird und daß die Gegner in ihren Hoffnungen, die Partei durch Zersplitterung zu schwächen, weiter so enttäuscht werden wie bisher. (Lebhafter Beifall.)

In dieser Sicherheit verlassen wir diese gastliche Stadt, und wenn jeder einzelne von uns jetzt in seinen Kreis zurückkehrt, getragen und gestärkt von dem Bewußtsein, daß die rote Woche in Jena eine gute Woche für die Partei gewesen ist (lebhafte Zustimmung), und wenn jeder einzelne seinen Parteigenossen, die ihn hierhingesandt haben, in diesem Sinne berichten wird, so ist, davon bin ich überzeugt, dafür gesorgt, daß auf dem Boden unserer Beschlüsse weiter agitiert und propagiert werden wird. Parteigenossen, in dem Schlußsatz unserer Massenstreikresolution ist gesagt, daß die Voraussetzung unserer ganzen Aktion eine zielbewußte, unermüdliche Agitation ist, daß wir die Herzen und Köpfe revolutionieren müssen. Das was in diesen Sätzen als Richtschnur gegeben ist, wollen wir jetzt alle, jeder an seiner Stelle ausführen. Wenn dann wieder ein Tag der Abrechnung kommt, wenn wir wieder zu den Wahlen aufgerufen werden, so habe ich keinen Zweifel, daß die deutsche Sozialdemokratie nach wie vor fortschreiten wird von Sieg zu Sieg, von Erfolg zu Erfolg. Und wenn wir beschlossen haben, zu prüfen und zu studieren, welche Machtmittel die Arbeiterklasse anzuwenden hat, um Attentate auf ihre Rechte abzuwehren, so wollen wir

auch an diese Aufgabe herantreten, indem wir uns noch mehr als bisher rüsten mit dem geistigen Rüstzeuge unserer Partei, mit den Lehren unserer großen Denker, mit dem Rüstzeuge, welches auf wissenschaftlicher Grundlage die Verrottetheit und Versumpftheit der bürgerlichen Gesellschaft nachweist und welches wir in Versammlungen und in der Presse den Arbeitern klar zu machen haben, um durch diese Nachweisung die Köpfe zu gewinnen. Haben wir einmal diese, so werden wir mit den Köpfen auch die Hände gewonnen haben. (Sehr gut!) Das alles sind unsere Aufgaben und wir müssen alle durchdrungen sein von der Notwendigkeit, sie zu erfüllen. Wohlan denn, gehen wir hinaus zu weiteren Kämpfen, zu neuen Siegen, mit dem alten Rufe:

Hoch die internationale Sozialdemokratie, hoch die deutsche Sozialdemokratie, hoch das revolutionäre Proletariat aller Länder! Sie leben hoch! (Stürmischer Beifall.)

Die Delegierten erheben sich von den Plätzen, stimmen begeistert dreimal in das Hoch ein und singen den ersten Vers der Arbeiter-Marseillaise.

Singer: Der Parteitag ist geschlossen.

Schluß $3^1/_4$ Uhr.

Zuschriften und Telegramme.

Altenburg. Zentralverband der Maurer (Zweigverein). — Altona. Hafenarbeiter. — Augustusbad. Genossen im Genesungsheim. — Bant. Wagner. — Basel. Großratsfraktion. — Beelitz. Genossen aus dem Sanatorium. — Biel. Schweizerische sozialdemokratische Partei. — Bromberg. Die sozialdemokratischen Frauen. — Brüssel. Sécrétariat Socialiste International. — Budapest. Baumgarten; Parteileitung der Sozialdemokratie Ungarns. — Chemnitz-Gablenz. Genossen. — Coburg. Benther und Genossen. — Cöln. Hafenarbeiter; Genossen von St. Severin. — Dresden. Parteigenossen. — Eilenburg. Genossen. — Fürth. Genossen vom 20. Distrikt; Holzarbeiter. — Genf. Jüdische Arbeiterbund; Armenisches Proletariat; Sozialdemokratische Arbeiterpartei. — Gräfenthal. Genossen. — Hamburg. 4. Bezirk. — Hamm i. W. Sozialdemokratischer Verein. — Johannesburg. Verein Vorwärts. — Kattowitz. Genossen. — Kiel. Organisierte Arbeiter von Klähn und Kachler. — Kopenhagen. Parteivorstand der dänischen Sozialdemokratie; Verein Vorwärts. — Krakau. Jüdische sozialdemokratische Arbeiterpartei. — London. Leßner; Independent labour party. — Luxemburg. Parteileitung; Luxemburgische Arbeiterpartei. — Mannheim. Frauenverein. — Offenburg. Geck und Frau. — Ohlau. Wahlverein. — Paris. Deutscher Sozialdemokratischer Leseklub. — Peterswaldau. 1000 Weber. — Rom. Italienische Partei. — Ronneburg. Flugblattverbreiter. — Rothenburg o. T. Sozialdemokratischer Verein. — Schneekoppe. Schönwalder, Eblinger. — Schönebeck. Hafenarbeiter. — Schöneberg. Freie Gastwirte-Verband. — Schöneck. Parteigenossen. — Wandsbeck. Genossen. — Weißenhöhe. Genossen. — Wetzlar. Wahlverein. — Würzburg. Organisierte Arbeiter und Arbeiterbeisitzer deutscher Gewerbegerichte. — Zürich. Redaktion der „Iskra".

Vor Schluß des Parteitages sind abgereist:

Lipinski und Schöpflin.

Berichtigung und Ergänzung.

Vom Genossen **Paul Kampffmeyer** ist dem Parteitag zu den Ausführungen Bebels auf Seite 339 des Protokolls die folgende Erklärung zugegangen:

„Es ist ein Irrtum, wenn mir Genosse Bebel in seiner Schlußrede über den politischen Massenstreik vorgehalten hat, daß ich Gegner desselben sei. Ich stehe vielmehr ganz auf dem Boden der Bebelschen Resolution und habe mich für den politischen Massenstreik wiederholt auch in der Parteipresse — „Münchener Post", „Sächs. Arbeiter-Zeitung", „Soz. Monatshefte" — ausgesprochen. Der Irrtum Bebels kann nur dadurch entstanden sein, daß ich mich in den „Soz. Monatsheften" g e g e n den Generalstreik der Anarchisten, für den ich seinerzeit als Anhänger der „Jungen" mich ausgesprochen und den jetzt Friedeberg propagandiert, erklärt habe. Diesen Generalstreik halte ich allerdings nach meinen seitdem gewonnenen Ueberzeugungen für unausführbar."

In der Rede des Genossen **v. Elm** ist auf Seite 331 der nachfolgende Satz einzuschalten:

„Schuld daran, daß die Genossen in Hamburg dem Wahlrecht nicht die Bedeutung beimessen, die demselben gebührt, tragen auch diejenigen, die nach Dresden in Parteiversammlungen unsere ganze praktische Arbeit als ziemlich nebensächlich behandelten und den Arbeitern einzureden versuchten, wir seien bereits reif, die bürgerliche Gesellschaft abzulösen. In einer Versammlung des 2. Hamburger Wahlkreises fiel anläßlich der Berichterstattung über den Dresdener Parteitag der bezeichnende Ausspruch, daß wir imstande wären, in zweimal 24 Stunden den Betrieb der Hamburg-Amerika-Linie ohne Störung fortführen zu können."

Präsenz-Liste.

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt.
Abel, Philipp	Dotzheim	II. Hessen-Nassauer. [Oppenheim.
Adelung, Bernhard	Mainz	Worms-Heppenheim-Wimpfen u. Mainz-
Adler, Ed.	Kiel	IX. Schleswig-Holsteinischer.
Abnert, Bruno	Euba	XV. Sächsischer.
Albrecht, Adolf	Halle	Mitglied des Reichstags.
Auer, Ignaz	Berlin	Parteivorstand.
Baader, Ottilie	Berlin	Berlin (Frauen).
Baerer, Heinrich	Harburg	XVII. Hannoverscher.
Barenthin, Hermann	Berlin	Berlin IV.
Bartel, Adolf	Danzig	Danzig.
Barthel, Paul	Lunzenau	XIV. Sächsischer.
Bastian, Hermann	Wilhelmsburg	XVII. Hannoverscher.
Baudert, August	Apolda	Mitglied des Reichstags.
Bauer, Ernst	Neustadt b. Coburg	Coburg.
Bauer, Hermann	Plauen	XXIII. Sächsischer.
Baumann, Linchen	Altona	Altona (Frauen).
Bebel, August	Berlin	Parteivorstand.
Bechmann, Heinrich	Cassel	Cassel-Melsungen.
Beeck, August	Lauenburg	VIII. und X. Holsteinischer.
Bender, Ferdinand	Magdeburg	Stendal-Osterburg.
Bérard, R.	Hamburg	Hamburger Parteigeschäft.
Berke, Gustav	Forst	Forst-Sorau.
Bernstein, Eduard	Berlin	Mitglied des Reichstags.
Betzhold, Peter	Ronsdorf	Lennep-Remscheid-Mettmann.
Bieligk, Oswald	Freiberg	IX. Sächsischer.
Bock, Wilhelm	Gotha	Kontrolleur.
Böhle, Bernhard	Straßburg	Straßburg-Stadt.
Bömelburg, Theodor	Hamburg	Mitglied des Reichstags.
Boeske, Emil	Rixdorf	Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenbg.
Bolzmann, Max	Berlin	Berlin I.
Bongartz, Martin	Mülheim a. Rh.	Mülheim-Wipperfürth-Gummersbach.
Borgmann, Hermann	Berlin	Königsberg-Neumark.
Borheimer, Carl	Gr.-Lichterfelde	Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenbg.
Braun, Dr. Heinrich	Berlin	Frankfurt-Lebus.
Braun, Otto	Königsberg i. Pr.	Königsberg i. Pr.
Brecour, Wilhelm	Kiel	VII. Schleswig-Holsteinischer.
Breil, Ernst	Hagen	Hagen-Schwelm.
Brühne, Friedrich	Frankfurt a. Main	Kontrolleur.
Bruhns, Julius	Kattowitz	Kattowitz-Zabrze.
Brunn, Paul	Peine	XIV. Hannoverscher.
Bruns, Bernhard	Berlin	Oberbarnim.
Buchholz, Carl	Berlin	Berlin II.
Buhl, Carl	Leipzig	XII. Sächsischer.
Busold, Heinrich	Friedberg	Friedberg-Büdingen.
Büttner, Paul	Berlin	Berlin III.
Castrup, Wilhelm	Bielefeld	Bielefeld-Wiedenbrück.
Chmielewski, Marie	Magdeburg	Magdeburg (Frauen).
Cohn, L.	München	Weinheim-Tutzing.
Craß, Karl	Hanau	Hanau-Gelnhausen-Orb.
David, Dr. Ed.	Mainz	Mitglied des Reichstags.
Davidsohn, Georg	Berlin	Berlin V.

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt.
Dietz, J. H. W.	Stuttgart	Mitglied des Reichstags.
Dornheim, Robert	Geschwenda	Schwarzburg-Sondershausen.
Dresbach, August	Mannheim	Mitglied des Reichstags.
Ebert, Fritz	Bremen	XVIII. Hannoverscher.
Eberhardt, Wilhelm	Berlin	Parteivorstand.
Eckardt, Friedrich	Salzungen	Eschwege-Witzenhausen-Schmalkalden.
Eckermanns, Heinrich	Rathenow	Brandenburg-Westhavelland.
Ehrhart, Fr. Jos.	Ludwigshafen	Kontrolleur.
Eichhorn, Emil	Pforzheim	Mitglied des Reichstags.
Eilken, Emil	Altona-Ottensen	VI. Schleswig-Holsteinischer.
Eisner, Kurt	Berlin	„Vorwärts“.
Elm, Adolf v.	Hamburg	Mitglied des Reichstags.
Engelke, Heinrich	Hannover	VIII. Hannoverscher.
Ernst, Eugen	Berlin	Berlin VI.
Ernst, Theodor	Pirna	VIII. Sächsischer.
Eßer, Mathias	Aachen	Aachen.
Ettling, Ernst	Leuben	VI. Sächsischer.
Ewald, Ferdinand	Berlin	Jüterbogk-Luckenwalde.
Faaß, Fritz	Pforzheim	IX. Badischer.
Faber, Emil	Frankfurt a. Oder	Frankfurt-Lebus.
Faure, A.	Elberfeld	Elberfeld-Barmen.
Fauth, Albrecht	Wetzlar	Wetzlar-Altenkirchen.
Fischer, Edmund	Briesnitz	Mitglied des Reichstags.
Fischer, Gottlieb	Cannstatt	Cannstatt-Ludwigsburg-Marbach-Waiblingen.
Fischer, Heinrich	Weimar	Weimar-Apolda-Ilmenau.
Fischer, Oswald	Greiz	Reuß ä. L.
Fischer, Richard	Berlin	Mitglied des Reichstags.
Förster, H.	Hamburg	Mitglied des Reichstags.
Frahm, Heinrich	Preetz	VII. Schleswig-Holsteinischer.
Fräßdorf, Karl	Zerbst	I. Anhalter.
Frank, Dr. L.	Mannheim	XII. Badischer.
Freiwaldt, Georg	Pankow	Ost- und West-Sternberg.
Frenzel, Toni	Leipzig	Leipzig (Frauen).
Freythaler, Wilhelm	Berlin	Berlin VI.
Fricke, Gustav		Neuhaldensleben-Wolmirstedt.
Friedrich, Otto	Darmstadt	Darmstadt-Gr.-Gerau.
Fritzsch, Wilhelm	Berlin	Wittenberg-Schweinitz.
Frohder, Georg		Mainz-Oppenheim.
Fehme, Carl	Hamburg	Mitglied des Reichstags.
Fugner, Paul	Berlin	Berlin III.
Gerhardt, Carl	Barmen	Elberfeld-Barmen.
Gerisch, A.	Berlin	Mitglied des Parteivorstandes.
Geyer, Friedrich	Leipzig	Mitglied des Reichstags.
Giesecke, Hermann	Magdeburg	Magdeburg.
Goldstein, Hermann	Zwickau	Mitglied des Reichstags.
Goller, Michael	Kulmbach	Kulmbach.
Goßler, Fritz	Hof	Hof.
Gradnauer, Georg	Berlin	Mitglied des Reichstags.
Grenz, Ernst	Leipzig	Mitglied des Reichstags.
Groenewold, Heiko	Münster	Münster-Coesfeld.
Gruenwaldt, Louis	Hamburg	Hamburg I.
Grünl, Carl	Nowawes	Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenbg.
Gsell, Joseph	Mülhausen i. Els.	Mülhausen, Colmar u. Altkirch-Thann.
Günther, Karl	Dresden-N.	IV. Sächsischer.
Haase, Hugo	Königsberg	Mitglied des Reichstags.
Häuchen, Ernst	Guben	Guben-Lübben.
Haenisch, Konrad	Dortmund	Dortmund-Hörde.
Härtling, Georg	Marburg	Marburg-Kirchhain-Frankenberg.
Hartmann, Emil	Rudolstadt	Schwarzburg-Rudolstadt.

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt.
Hartmann, Georg	Assenheim	
Hartmann, Otto	Höchst a. Main	Höchst-Homburg-Usingen.
Haupt, Wilhelm	Magdeburg	Magdeburg.
Hauwede, Carl	Ilmenau	Weimar-Apolda.
Haverkamp, Aug.	Bremerhaven	XIX. Hannoverscher.
Heidke, Wilhelm	Stettin	Randow-Greifenhagen.
Heine, Wolfgang	Berlin	Mitglied des Reichstags.
Hengsbach, Klemens	Cöln	Duisburg-Mühlheim.
Henke, Alfred	Bremen	Bremen.
Hennig, Paul	Erfurt	Erfurt-Schleusingen-Ziegenrück.
Hering, August	Flensburg	Flensburg-Apenrade.
Herzog, Rudolph	Bruck	Fürth-Erlangen u. Hersbruck-Lauf.
Hildenbrand, Karl	Stuttgart	Mitglied des Reichstags.
Hoffmann, Adolf	Berlin	Mitglied des Reichstags.
Hoffmann, Paul	Halberstadt	Halberstadt-Oschersleben.
Hoffmann, Paul	Hamburg	Hamburg II.
Hoffmann, Stefanie	Mannheim	Mannheim.
Hofmann, Artur	Saalfeld a. S.	Mitglied des Reichstags.
Höfs, Paul	Stettin	Stettin.
Hohl, Hermann	Neustadt a. O.	III. Weimarischer.
Horn, Georg	Dresden	Mitglied des Reichstags.
Horster, Adolf	Krefeld	Krefeld.
Hüttmann, Heinrich	Frankfurt a. Main	Frankfurt a. Main.
Hug, Paul	Bant	I. und II. Oldenburgisch. und I. und
Hugel, Karl	Bayreuth	Bayreuth. [II. Hannoversch.
Jäger, Anna	Rixdorf	Teltow-Beeskow-Charlottenburg.
Jakobsen, J. D.	Lockstedt	VI. Schleswig-Holsteinischer.
Jantzen, Viktor	Düsseldorf	Düsseldorf.
Jensch, Oskar	Berlin	Berlin IV u. Friedeberg-Arnswalde.
Joos, J.	Gotha	Gotha.
Junghanß, Paul	Hermsdorf	Altenburg.
Jünke, Wilhelm	Helmstedt	Braunschweig II.
Kaden, August	Dresden	Kontrolleur.
Kähler	Dresden	Bielefeld.
Kayser, Richard	Landsberg	Landsberg-Soldin.
Keil, Karl	Wilkau	XXII. Sächsischer.
Keimling, Alfred	Dresden	IV. Sächsischer.
Keller, Hugo	Görlitz	Görlitz-Lauban.
Kellermann	Itzehoe	V. Schleswig-Holsteinischer.
Kimmel, Ludwig	Hamburg	Hamburg III.
Kleemann, Paul	Leipzig	XII. Sächsischer.
Kleinicke, Arthur	Meuselwitz	Altenburg.
Klüter, Gottlieb	Emmigloh	Herford-Halle.
Knieriem	München	München I u. II.
Kolb, Wilhelm	Karlsruhe	Karlsruhe-Bruchsal.
König, Max	Dortmund	Dortmund-Hörde und Recklinghausen-
Koenen, Heinrich	Hamburg	Kontrolleur. [Borken.
Kopp, Christian	Schw.-Gmünd	X. Württembergischer.
Körsten, Alwin	Berlin	Mitglied des Reichstags.
Krasemann, Ludwig	Neu-Ruppin	Ruppin-Templin.
Krismanusky, H.	Sande	VIII. und X. Schleswig-Holsteinischer.
Kröhn, Paul	Berlin	Berlin VI.
Krohn, Johannes	Pinneberg	VII. Schleswig-Holsteinischer.
Kroße, Arno	Münchshof	Braunschweig III.
Krüger, Hugo	Dresden	V. Sächsischer.
Kubig, W.	Pankow	Niederbarnim.
Kupfer, Paul	Berlin	Berlin IV.
Lang, Adam	Schweinfurt	Schweinfurt-Haßfurt.
Laumann, M.	Salzungen	Eisenach-Dermbach.
Leber, Hermann	Jena	Weimar III.
Leuthner, Georg	Berlin	Mitglied des Reichstags.

Name	Wohnor	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt.
Legien, Karl	Berlin	Mitglied des Reichstags.
Leibknecht, Christian	Salzungen	Meiningen I und II.
Leopoldt, A.	Zeitz	Naumburg-Zeitz.
Lepitz, Wilhelm	Halle	Halle-Saalkreis.
Lesche, Friedrich	Hamburg	Mitglied des Reichstags.
Leutert, Paul	Apolda	Weimar-Apolda-Ilmenau.
Liebknecht, Karl	Berlin	Potsdam-Spandau-Osthavelland.
Lindemann, Hugo	Stuttgart	Mitglied des Reichstags.
Lipinsky, Richard	Leipzig	Mitglied des Reichstags.
Lippold, Julius	Eisenach	Eisenach-Dermbach.
Litzinger, Konrad	Minden	Minden-Lübbecke.
Löbe, Paul	Breslau	Breslau (Ost und West).
Lohmann, Friedrich	Einbeck	XI. Hannoverscher.
Lucke, Reinhold	Neugersdorf	II. Sächsischer.
Luxemburg, Dr. Rosa	Friedenau	Posen u. Bromberg.
Mahlke, Heinrich	Flensburg	Mitglied des Reichstags.
Maune, Gustav	Stetzsch	VI. Sächsischer.
Meibohm, Karl	Hamburg	Hamburg III.
Meisel, Edmund	Crimmitschau	XVIII. Sächsischer.
Meist, Karl	Cöln	Mitglied des Reichstags.
Meister, Heinrich	Hannover	Kontrolleur.
Merkowski, Franz	Berlin	VIII. Schleswig-Holsteinischer.
Mewes, Gustav	Berlin	Berlin II.
Michels, Dr. Robert	Marburg	Alsfeld-Lauterbach-Schotten.
Mirus, Henriette	Frankfurt a. Main	Frankfurt a. Main.
Molkenbuhr, Hermann	Berlin	Mitglied des Parteivorstandes.
Motteler, Julius	Leipzig	Mitglied des Reichstags.
Mucker, Max	Wurzen	IX. Sächsischer.
Müller, Bernhard	Cöln	Cöln (Stadt u. Land) u. Trier.
Müller, Theodor	Schleswig	Schleswig-Eckernförde.
Münch, Friedrich	Lichtenstein	XVII. Sächsischer.
Mummendey, Richard	Frankfurt a. Main	Frankfurt a. Main.
Neumann, Elise	Weißensee	Niederbarnim.
Niendorf, Theodora	Kiel	VII. Schleswig-Holsteinischer.
Nietzel, Moritz	Zschopau	XX. Sächsischer.
Orbel, Gustav	Leipzig-Plagwitz	XIII. Sächsischer.
Petzold, Richard	Netzschkau	XXII. Sächsischer.
Peus, Heinrich	Dessau	Mitglied des Reichstags.
Pfannkuch, Wilhelm	Berlin	Mitglied des Parteivorstandes.
Pickelmann, Ludwig	München	München I u. II.
Pinseler, O.	Friedrichsfelde	Niederbarnim.
Plum, Frau	Essen	Essen-West.
Profit, Friedrich	Ludwigshafen	Pfalz.
Rauch, Friedrich	Limmer	X. u. XIII. Hannoverscher
Reute, Gustav	Eilenburg	Delitzsch-Bitterfeld
Reißhaus, Paul	Erfurt	Mitglied des Reichstags.
Reuter, Friedrich		XIX. Sächsischer.
Rieger, E.	Spandau	Potsdam-Spandau-Osthavelland.
Rieke, Heinrich	Braunschweig	Braunschweig I.
Rink, Carl	Urbach	Offenbach-Dieburg.
Röder, C.	Merseburg	Merseburg-Querfurt.
Rölke, August	Wolfsanger	Cassel-Melsungen.
Rollwagen, Hans	Augsburg	Augsburg.
Roßbitzki, R. von	Wandsbeck	VIII. u. X. Schleswig-Holsteinischer.
Rother, Joseph	Breslau	Breslau, Ost u. West.
Sämann, J.	Tailfingen	Balingen-Rottweil-Tuttlingen.
Schadow, Wilhelm		Cottbus-Spremberg.

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt.
Schäfer, Otto	Mühlhausen i. Th.	Mühlhausen-Langensalza.
Schäffler, Wilhelm	Heilbronn	Heilbronn-Besigheim.
Scheidemann, Philipp	Cassel	Mitglied des Reichstags.
Scherffig, Oskar	Meißen	VII. Sächsischer.
Schlegel, L.	Eßlingen	Mitglied des Reichstags.
Schmalfeld, J. H.	Bremerhaven	Bremerhaven u. Umg.
Schmidt, Robert	Berlin	Mitglied des Reichstags.
Schmidt, Wilhelm	Frankfurt a. Main	Mitglied des Reichstags.
Schmitt, Franz	München	München I u. II.
Schmitz, Hubert, jun.	Soest	Hamm-Soest.
Schmitz, Wilhelm	Kalk-Höhenberg	Cöln (Stadt u. Land).
Schöpflin, Georg	Leipzig	Mitglied des Reichstags.
Schüler, H.	Naumburg	Naumburg-Zeitz.
Schulz, Heinrich	Bremen	Erfurt-Schleusingen-Ziegenrück.
Schulze, Ernst	Cossebaude	Mitglied des Reichstags.
Schumacher, Chr.	Feuerbach-Stuttgart	I. Württembergischer.
Schwartz, Th.	Lübeck	Lübeck.
Seeger, Gustav	Nürtingen	Eßlingen-Kirchheim-Nürtingen-Urach.
Seel, Johann	St. Johann	Saarbrücken.
Seelmann, Josef	Kronach	Kronach-Lichtenfels.
Seger, Fritz	Leipzig	Leipzig-Stadt.
Seifert, Christian	Königswalde	XXI. Sächsischer.
Seige, Paul	Pößneck	Meiningen II.
Sidow, Otto	Brandenburg	Brandenburg-Westhavelland. [Sommerf.
Silberschmidt, Herm.	Berlin	Wanzleb. u. Jüllichau-Schwieb.-Krossen-
Simon, Josef	Nürnberg	Nürnberg-Altdorf u. Sangerh.-Eckartsb.
Sindermann, Karl	Dresden	Mitglied des Reichstags.
Singer, Paul	Berlin	Mitglied des Parteivorstandes.
Solms, Heinrich	Plettenberg	Altena-Iserlohn.
Specht, Heinrich	Wiesdorf	Solingen.
Sperka, Karl	Stuttgart	Mitglied des Reichstags.
Staab, Wilhelm	Potsdam	Potsdam-Spandau-Osthavelland.
Stadthagen, Arthur	Berlin	Mitglied des Reichstags.
Starosson, Franz	Rostock	V. Mecklenburgischer.
Stauch, Ernst	Kötzschenbroda b. Dr.	IV. Sächsischer.
Stauser, Georg	Nürnberg	Nürnberg-Altdorf.
Stock, Emmy	Berlin	Berlin.
Stollberg, Gustav		Jerichow 1 u. II.
Stolten, Otto	Hamburg	Hamburg I.
Striepe, R.	Husum	IV. Schleswig-Holsteinischer.
Stubbe, Heinrich	Hamburg	Hamburg III.
Stüdlen, Daniel	Altenburg	XV. Sächsischer.
Südekum, Dr. Albert	Berlin	Mitglied des Reichstags.
Taubmann	Weißensee	Niederbarnim.
Teuerjahr	Cöthen	II. Anhaltischer.
Thiele, Adolf	Halle	Die beiden Mansfelder Kreise.
Thiele, Richard	Flemmingen	X. Sächsischer.
Thomas, Hermann	Altona	Altona-Lauenburg.
Tilp	Gera	Reuß j. L.
Töpfer, Ernst	Finsterwalde	Calau-Luckau.
Trautwein, J.	Mannheim	Mannheim.
Tutzauer, Franz	Berlin	Mitglied des Reichstags.
Uhlemann, Robert	Einsiedel	XVI. Sächsischer.
Uhlig, Otto	Dresden	V. Sächsischer.
Ullrich, Peter	Eutritzsch	XIII. Sächsischer.
Ulrich, Carl	Offenbach	Offenbach-Dieburg.
Umland, Claus	Hamburg	Hamburg II.
Vesper, Otto	Osnabrück	IV. Hannoverscher.
Vetterlein, Emil	Gera	Reuß j. L.
Vetterlein, Oskar	Helmarshausen	Rinteln-Hofgeismar-Wolfshagen.
Vetters, F. A.	Gießen	Gießen-Grünberg-Nidda.

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt.
Voigt, Joh. C.	Bremen	Bremen.
Vollmar, Georg von	München	Mitglied des Reichstags.
Wagner, Helene	Chemnitz	Chemnitz.
Wartenberg, Alma	Ottensen	VI. Schleswig-Holsteinischer.
Wasner, Otto	Stuttgart	I., VII. u. XIV. Württembergischer.
Weber, Bernhard	Chemnitz	XVI. Sächsischer (Chemnitz).
Wehder, Eduard P.	Sonneberg	II. Meiningischer.
Wehner, Otto	Kamenz	III. u. I. Sächsischer.
Wels, Otto	Berlin	Berlin V. u. Prenzlau-Angermünde.
Wengels, R.	Berlin	Mitglied des Parteivorstandes.
Wicklein, Max		Nordhausen-Grafschaft Hohenstein.
Wiehem, Anton	Markneukirchen	XXIII. Sächsischer.
Wilhelm, Bernhard	Linden	IX. u. VIII. Hannoverscher.
Winter, Franz	Frankenhausen	Schwarzburg-Rudolstadt.
Wissell, R.	Lübeck	Lübeck.
Wizorowski, Georg	Staßfurt	Calbe-Aschersleben.
Woldersky, Hugo	Berlin	Berlin I.
Wolf, Paul	Witten	Bochum-Gelsenkirchen.
Wölfel, Robert	Stötteritz	XIII. Sächsischer.
Wollenweber, Hermann	Linden	VIII. Hannoverscher.
Wulf, Frieda	Berlin	Berlin.
Wurm, Emanuel	Berlin	Mitglied des Reichstags.
Wuschick, Adolf	Berlin	Berlin III.
Zahn, Peter	Mühlheim a. Main	Erbach-Bensheim.
Zetkin, Clara	Stuttgart	Mitglied der Kontrollkommission.
Zick, Friedrich	Fürth	Fürth-Erlangen.
Ziert, Karl	Quelle	Bielefeld-Wiedenbrück.
Zietz, L.	Hamburg	Hamburg I.
Zorn, Georg	Fürth	Fürth-Hersbruck-Lauf.
Zubeil, Fr.	Berlin	Mitglied des Reichstags.
Zwanzig, Otto	Berlin	Berlin II.

Ausländische Gäste.

Ankersmit, K. F., Amsterdam, Holländische Partei.
Askew, F. B., London, für die sozialdemokratische Föderation.
Dr. W. Ellenbogen, Wien, für die österreichische Partei und Reichsratsfraktion.
Emerling, Georg, Wien, für die österreichische Partei.
Johann, Lodz, für die deutsche Organisation der Sozialdemokratie Russisch-Polens und Litauens.
Körbler, Raimund, Wien, für die niederösterreichische Landespartei.
Mendels, Amsterdam, Holländische Partei.
Moth, Lodz, für die deutsche Organisation der Sozialdemokratie Russisch-Polens und Litauens.
Nemec, Anton, Parteiexekutive der tschecho-slavischen Sozialdemokratie.
Rappaport, Paris, Mitglied des Nationalrats des Parti Socialiste.

Sprech-Register.

Adelung 208.
Adler 176. 215. 225. 348. 349.
Askew 156.

Barenthin 320.
Baumann 279.
Bebel 147. 185. 191. 194. 261. 262. 284. 285. 330. 335. 342. 354. 356.
Bender 227.
Bernstein 209. 226. 228. 232. 241. 314.
Böhle 211.
Bömelburg 332.
Boeske 283.
Braun, Otto 182.
Brecour 214. 253.
Bruhns 210.
Buhl 361.
Busold 210.

Castrup 253.
Cratz 207. 225.

David 215. 219. 327. 361.
Davidsohn 359.
Dietz 350.
Dreesbach 360.

Ecermanns 212.
Eichhorn 327.
Elm von 267. 330.
Ellenbogen 154.

Fischer, H. 260.
Fischer, R. 194. 232. 271. 362.
Förster 223. 232.
Frank 363.
Freiwaldt 230.
Frenzel 220.
Freythaler 153.
Friedrich 190. 207.
Fritzsch 259.
Fröhder 210.
Frohme 317.

Gerisch 202.
Groenwald 355.
Gruhl 279.
Gsell 210.

Haenisch 249. 334. 353.
Hartmann 230.
Heine 261. 315.
Hering 265.
Hoffmann, A. 281, 282.
Hofmann 361.
Höfs 360, 361.
Hüttmann 189. 266.

Jäger 282.
Jentsch 184.
Johann 156.

Keimling 230.
Knieriem 253.
Kolb 218. 260. 282.
Krafemann 152. 354.
Kröhn 242.
Krüger 225. 242. 334.

Leber 145. 153. 224.
Ledebour 228. 361.
Legien 262. 263. 321. 341.
Leopoldt 152.
Liebknecht 251. 279. 283. 326. 362.
Lindemann 348.
Lipinski 228.
Lippold 183.
Löbe 181. 279. 281. 355. 362.
Luxemburg 256. 269. 320. 341. 342.

Meist 327.
Meister 203. 222.
Mendels 156.
Merkowski 214.
Michels 184. 216. 325.
Molkenbuhr 191. 195. 221. 227.
Müller, B. 208. 361.

Peus 323.
Pfannkuch 189. 279. 349. 360.
Pinseler 230.
Plum 281.
Profit 208.

Rieger 219. 257. 355.
Rink 188. 217.

Scheidemann 212. 220.
Schmidt, R. 242. 261. 271. 318. 332. 341.
Schmidt, W. 356.
Schmitt, 178.
Schumacher 254.
Schulz 180. 214. 283. 362.
Silberschmidt 185. 262.
Simon 258.
Singer 152. 153. 154. 157. 176. 192. 194. 195. 202. 207. 209. 222. 224. 261. 262. 279. 281. 282. 313. 314. 341. 342. 343. 348. 349. 350. 353. 354. 355. 359. 362. 363.
Stadthagen 231. 330. 362.
Stolten 193.
Stubbe 266. 271.
Südekum 194. 209. 329. 361.

Taubmann 258.
Thiele 219.
Trautwein 212. 355.

Uhlig 269.
Ulrich 153. 177.

Vollmar 157. 344.

Wagner 282.
Wasner 189.
Weber 212. 355.
Wels 179. 191. 327. 330. 348. 361.
Wissel 360.
Woldersky 193. 194.
Wolf 353.
Wurm 361.
Wuschick 254.

Zetkin 280. 281. 323. 342.
Zietz 182. 248. 260. 325. 361.
Zorn 188.
Zubeil 177. 217. 255. 349.

Sach-Register.

Abbé, Nachruf 146. 148.
Abgrenzung der Wahlkreise 95.
Abrechnung des „Wahren Jakob" 46.
— der „Gleichheit" 45.
— der „Neuen Zeit" 45.
— des „Vorwärts" 44.
Abstimmung der sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstage 221. 225. 226. 228. 230.
— namentliche, über Massenstreik 342.
— über Organisationsstatut 350.
Abstinenz 359.
Agitationsleiter 15.
Agitation und Organisation 15.
Agitatoren, Heranbildung 214.
— Ueberlastung 210.
Agitationsschriften 18. 19. 46. 68.
Agitatorenschule 15.
Agitation für „Neue Zeit" 355.
Agrarpolitik 196. 293.
Alkoholfrage 359.
Altersrente 223. 227.
Altersgrenze, Herabsetzung bei Rentenempfänger 223.
Alters- und Invalidenversicherung für Handwerker 92.
Anarchosozialisten 247. 258. 307. 310—312. 322. 323.
Anarchistischer Generalstreik 324.
Aenderung der Zivil- und Strafprozeßordnung 91.
— des Wahlrechts 286.
Ansiedelungsgesetz 86.
Antimilitärische Propaganda 283.
Arbeit an Sonn- und Festtagen 94.
Arbeiterfreundliche Resolutionen der Gegner im Reichstage 223.
Arbeiter im Fuhrgewerbe 227.
— und die Homburger Parade 325.
Arbeiterpolitik der bürgerlichen Parteien 288. 289.
Arbeiterpolitik des Zentrums 249. 266. 288. 289.
Arbeitersekretariate 38.
Arbeiterschutz im Baugewerbe 94.
Arbeiterschutzanträge im Reichstage 290.
Arbeitervertreter im englischen Parlament 210.
Arbeitsämter 93.
Arbeitskammern 93. 243.
Arbeitsruhe am 1. Mai 276.
Arbeitszeit, gesetzliche Regelung 94.
Aufenthaltsrecht der Ausländer 85.
Aufhebung des § 42 Nr. 6 des Reichsbeamtengesetzes 91.
Aufhebung der städtischen Octrois 209.
Aufklärung der Rekruten 283.
Aufstand in Kolonien 78.
Aufstellung von Reichstagskandidaten 346.
Ausgaben der Genossinnen 69.
— für die Parteipresse 58.
— des Reichs 71.
Ausländische Delegationen 154. 155. 156. 202.
Auslieferungsverträge 84.
Ausschluß und Wiederaufnahme 344.
Aussperrungen 34. 237. 291.
Aussperrung in Berliner Elektrizitätswerken 314.
Austritt aus der Partei 53.
Auswanderer, Behandlung derselben 86.
Auswärtige Amt, Erklärung bezügl. Kasprzak 357.
Ausweisung von Ausländern 85. 86. 218.

Ballestrem als Präsident 226.
Bauarbeiterschutz 91.
Bauernfänger 196.
Bebels Generalstreikrede als Broschüre 343.
Beitragshöhe für Partei 188. 345.
Bergarbeiterstreik 39. 79. 201. 297. 304.
Berggesetznovelle im Reichstage 95. 297.
Bericht der Buchhandlung „Vorwärts" 46.
— der Fünfzehner Kommission 350.
— der Genossinnen 64.
— des Kassierers 55.
— d. Kontrollkommission 203.
— der Mandatsprüfungs-Kommission 211.
— der Organisationskommission 344.
— über die parlamentarische Tätigkeit 70. 223.
— des Parteivorstandes 13. 195.
Beschwerden von Jacobien, Wolf 203. Schilling, Westfal, Siebel, Gindorf 204. 212. 222.
Beschwerde Erb, Hamburg 195.
— der Darmstädter Genossen 195.
— bei der Kontrollkommission 203. 204.
Beschwerden gegen den Vorstand 195. 203.
Binnenschiffahrtstraßen 95.
Briefgeheimnis 83.
Bringmanns Erklärung zu Protokoll 344.
Buchdrucker u. -Organisation 272. 273.
Bülows Taktik gegen die Sozialdemokratie 287.
Bureauangestellte im Privatbetrieb 81.

Chinas Ausstellung 241.
Christliche Arbeiter u. Generalstreik 309.
Civilprozeßordnung-Aenderung 91.
Correspondent für Deutschlands Buchdrucker 270.

Dänenpolitik 225. 232.
Decharge für den Vorstand 206. 207. 222.
Deckung der Kosten für Militärvorlage 75.
Demonstration 35. 37.
„Der wahre Jakob" 46.
Dessauer Kriegsgerichtsurteil 76.
Diätenjagd der konservativen Landtagsabgeordneten 294.
Diätenlosigkeit 96.
Die „Gleichheit" 45.
Die „Neue Zeit" 45.
Dienstzeit, zweijährige 75.
Diskussion des Massenstreiks in der Presse 350.

Einfluß des Kapitals bei Hofe 293.
— der Sozialdemokratie auf d. Politik d. Regierung 298.
Einheitsbeitrag 345.
Einigungsämter 93.
Einigungsversuche zwischen deutscher und polnischer sozialdemokratischer Parteileitung 20. 211.
Einnahmen der Genossinnen 69.
Einnahmen der Parteikasse 56. 59.
Einnahmen des Reichs 73.
Einnahmen aus Zöllen 73.
Eisenbahnen 83.
Elsaß-Lothringen als Bundesstaat 84.
Erklärung des Auswärtigen Amts in Sachen Kasprzak 357.
— Bringmanns zu Protokoll 314.
— Fleißner 344.
— Frankfurter Genossen in Sachen der Homburger Parade 325. 350.
— des „Hamburger Echo" 344.
— der holländischen Delegierten bezüglich Generalstreik 342.
— Kampffmeyers zum Massenstreik 367.
— Lindemanns zum Organisationsstatut 349.
— Michels gegenüber den Frankfurter Genossen 359.
Erklärungen zu Protokoll 343.
Eröffnung des Parteitags 145.
Erpresser, gewerkschaftliche 50.
Erpressungsparagraph 49.
Erziehungsfrage 279. 280. 362.
Essener Nachwahl 224. 353.
Etatsdebatten 73.
Etat des Auswärtigen Amts 86.
— der Kolonien 78.
— der Marine 77.
— des Reichsjustizamts 81.
Etat der Reichspost und Telegraphie 82.
—, Resolutionen zum — 92.
Etatsüberschreitungen 85.

„Fachgenosse" 270.
Fleischnot 151. 195. 196.
Fleischnotresolution 218. 221.
Fleischversorgung durch Kommunen 209.
Fleißners Erklärung 344.
—, beantwortet durch Robert Schmidt 354.
Flottenverein 77.
Flugschriften 18. 19. 46. 68.
Folgen der Wahl von 1903 288.
Fraktionsbericht 71.
Fraktionsvertretung auf dem Parteitag 184. 346.
Frankfurter Arbeiter und die Parade 325.
„Frankfurter Zeitung" und Kasprzak 357.
Frauenbewegung, sozialdemokratische 64.
Friedeberg und der Generalstreik 309. 310. 311. 312.
Friedensdemonstration 35. 37.
Frieden gesichert durch Arbeiterklasse 199.
Friedensresolution 221.
Fünfzehner-Kommission über Pressestreit 350.
Futtermittel 197.

Gebühren auf Wasserstraßen 95.
Gemeindewahlen 29.
Gemeindevertreter, sozialdemokratische 16.
Generalkommission 38.
Generalstreik 261. 269. 285 (s. auch Massenstreik.)
—, Abstimmung 342.
—, als Allheilmittel 301.
—-Debatte 314.
— und Gewerkschaftskongreß 299.
— auf internationalen Kongressen 302.
—, anarchistischer 324.
—, als Anfang der Revolution 322.
—, im Ausland 305. 306. 338. 332. 338. 342.
— als Propagandamittel für die Organisation 321.
— und Zentrum 309.
Genossinnen Deutschlands 64
Geschäftsbericht des Vorstandes 195.
Geschäftsordnung im Reichstag 228.
Geschichte der Revolutionen 43.
Gesetzgebung und Klassenjustiz 362.
Gesetzesvorlagen 86.
Gesetz betr. Zivil- und Strafprozeßordnung 91.
— betr. Reichsbeamtengesetz 91.
— betr. Errichtung eines Reichsamts, Arbeitsämter, Arbeitskammern und Einigungsämter 90.
Gesetz btr. Wetten bei Pferderennen 91.
Gewerbeaufsicht 80.
Gewerbeordnung § 152. Aenderung desselben 94.
Gewerkschaft als Palliativmittel 273. 274.
Gewerkschaften, Mitgliederzahl 38.
— und Partei 201. 263. 270. 271.
Gewerkschaftsbeamten und Parteitätigkeit 266. 272.
Gewerkschaftskongreß 38.
— und Generalstreik 299.
Gewerkschaftspresse 43.
Gewerkschaft und Zünftlerei 239. 268.
Glashütten, Arbeiterin 79.
„Gleichheit" 45. 182. 183. 281.
Goldsteins Wahl im sächsischen Landtag 352.
Grenzsperre 196.
Glückwunsch an Löwenstein 285.

„Hamburger Echo", Erklärung 344.
Handel 17.
Handels- und Transportarbeiter, Erhebungen über Lage der 227. 228.
Handelsverträge 17. 18. 70. 86. 87 196.
—, Abstimmung darüber 89.
—, — der sozialdemokr. Abgeordneten 207. 221,
Handelsvertrag mit Oesterreich-Ungarn 70. 87.
Handwerker 92.
Herabsetzung der Altersgrenze bei Rentenempfängern 227.
Herrenhaus, preußisches 290.
Hohenzollern-Legende 48.
Holländische Delegation (siehe Erklärung!)
Hülsenfrüchte, Einfuhr 89.
Hüttmann und Mummendeys Erklärung 350.

Jaurès Depesche 36.
Industrie 17.
Interpellationsrecht des Reichstages 228.
Invalidenrente 227.
— Erschleichung 80.
Invalidenversicherungsgesetz, Aenderung 93.
Invalidenversicherung für Handwerker 93.

Jugend und Sozialismus 280.
Jugenderziehung 280. 362.
— und Abstinenz 359.
— — Zentrum 289.
Jugendpropaganda 279. 280.
Justizmord an Kasprzak 356.

Kabinettspolitik 314.
Kalender 19.
Kamerun 78.
Kampfmeyers Erklärung zum Massenstreik 367.
Kasprzaks Leben und Tod 356. 357.
Kassenbericht 56. 57. 202.
Katholikenfreundlichkeit des Kaisers 289.
Katholische Kirche und Jugenderziehung 289..
Katastrophentheorie 328. 329. 330.
Kiautschou 78. 229.
Kinderausbeutung auf dem Lande 81.
Klassenjustiz und Gesetzgebung 82. 362.
Klassenstaat und Schule 362.
Kohlenbergbau, Resolution 79.
Kolonialetat 77.
Kommunalwahlen 208. 209.
Kompromisse bei Wahlen 195. 207. 208. 210. 212. 213. 215. 217. 218. 219. 220. 354.
Kompromiß bei den bayerischen Landtagswahlen 249.
Königsberger Prozeß 48. 81. 92.
Kontraktbrüchige Arbeiter 18.
Kontrolleure und Parteiangestellte 361.
—, Wahl derselben 363.
Kontrollkommission 203.
Kosten der Streiks 246.
Krämer, Prozeß 48. 49.
Krankenkassenverwaltungen 81.
Kreisorganisationen 15.
Kriegervereine 283.
Kriegsgeschrei als Reklame 193.
Kriegsgerichtsurteile 76.
Krupps Monopolherrschaft 86.
Kulturbilder 48.

Landarbeiter 18. 289.
Land- und forstwirtschaftliche Arbeiter als Rentenempfänger 230.
Landesorganisationen 15. 18.
Landtagswahlen 28. 208. 209. 352.
Landtagswahl in Sachsen 352.
Landwirtschaft 17. 87. 88.
Landwirtschaftsminister 89.
„Leipziger Volkszeitung" 43. 193.
Listenwahlen 215.
Literatengezänk 351. 353.
Löbtauer Drama, Ende des 52.
Lokalorganisationen 15.
Löwensteins Antworttelegramm 285.

Maidemonstration 264. 277.
Maifeier 34. 232.
— und Aussperrungen 237.
Maifeierdebatte 242.
Maifeier und Gewerkschaften 233.
Maifeierartikel und Gewerkschaftspresse 258.
Maifestzeitung 355.
Mandatsprüfungskommission 154. 211.
Marokkopolitik 150. 198. 216. 314.
Massenstreik (s. auch Generalstreik).
Massenstreik im Ausland 305. 306. 332. 338. 342. (s. auch Erklärung holl. Delegierte.)
—, Abstimmung 342.
— oder Generalstreik 323.
— und Sozialdemokratie 285.
— und Unabhängigen 339.
— „Vorwärts"-Artikel 350.
Massenstreikrede Bebels als Broschüre 343.
Maximalarbeitstag 95. 227.
Mecklenburg, Agitationsbroschüre 18.
—, Verfassungsverhältnisse 95.
Michels Erklärung (s. Erklärung).
Milchzentrale, Berliner 92.
Militäretat 76.
Militärgerichtsverfahren, Ausschluß der Oeffentlichkeit 76.
Militärjustiz 225.
Militärstrafwesen, Reform 223.
Militarismus 283.
Militärvorlage 75.
Minimaltarife 88.
Mittelstandsretterei des Zentrums 80.
Mülhauser Angelegenheit 205. 210.
Nachrufe für verstorbene Genossen 13. 207.
Nachtrags-Etats 78.
Nachwahlen zum Reichstag 26.
Nachwahl in Essen 224. 353.
„Neue Montagsblatt" 43.
„Neue Welt" 354.
„Neue Zeit" und Gewerkschaftsbewegung 247, 248, 256. 260. 261. 270. 277. 307. 352.
— Agitation dafür 355.
— Massenstreik-Artikel 350.
Neutralität der Regierung 84.
— der Gewerkschaften 250. 252. 274. 313.
Nichtdelegierte, Wortmeldung 261. 262.
Nieuwenhuis, Angelegenheit 279, 314.
Nurgewerkschaftlerei 274. 307. 308.

Oldenburg, Wahlaussall 359.
Opferwilligkeit, finanzielle 203
Organisation 15.
Organisationsdebatte 341—348.
— -frage 152.
— -kommission 192. 344.
— -statut 6.
— -statut, Abstimmung 350.
— -statut, Erklärung der süddeutschen Genossen durch Lindemann 349.
Organisation der Partei 157.
— Vorberatung der Kommission 19.
Organisation der Unternehmer 291.
— zum Generalstreik 306.
Ostmarkenzulage 83.
Oesterreichs politische Zustände 155.

Parlamentarismus, Bewertung desselben 97. 184. 185. 289.
Parlamentarische Tätigkeit 223.
Parteiarchiv 54.
Parteiangestellte als Kontrolleure 361.
Parteibeiträge, tabellarische Uebersicht 59.
Parteileitung, Wahl derselben 363.
Parteitag, nächster, Wahl des Ortes 360. 361.
Parteilichkeit des Reichstagspräsidiums 289.
Partei und Gewerkschaft 201 (siehe Gewerkschaften).
Parteiblätter, Streit 192. 193.
Parteiorganisation 157.
Parteiorganisations-Debatte 177.
Parteipresse 42. 203. 219. 220.
— Ausgaben dafür 58.
Parteiverhältnisse der Pfalz 208.
Pfalz, Parteiverhältnisse der 208.
Pfalzenherrschaft 49.
Pferderennen, Wetten bei 91.
Polenpolitik, preußische 82.
Politische Betätigung Gewerkschaftsbeamter 254.
Politischer Massenstreik 323. 324.
Politische Rechtlosigkeit der Sozialdemokratie i. Preußen 300.

Polizeiverordnungen, Ungültigkeit 82.
Polnische Arbeiter Oberschlesiens 210.
Polnisch-sozialistische Partei, Einigungsverhandlungen 20. 221.
Postbeamten, Lage derselben 83.
Postverwaltung, Erlasse und Verordnungen 83.
Präsidium des Reichstags, Unparteilichkeit 289.
Preßfehde über Massenstreik 351.
Preßkommissionen, ihre Aufgaben und Zusammensetzung 352.
Pressestreit 350.
Preußischer Parteitag 18.
Prinzipienreiterei 200.
Programm der Partei 3.
Protest gegen Kasprzaks Hinrichtung 356.
Provinzialorganisationen 18.
— -Sekretäre 15.
Prozeß, Königsberger 48. 81. 92.
— Krämer 48. 49.

Redeverbote gegen ausländische Genossen 195.
Rednermangel 195.
Rechtsanwälte und Notare 81.
Reform des Strafgesetzbuchs 362.
Reichsamt des Innern 78.
— -Arbeitsamt 93.
— -Beamtengesetz 91.
— -Eisenbahnamt 83.
— -Erbschaftssteuern 75.
— -Haushalts-Etat 71.
Reichstagskandidaturen 346.
Reichskanzler 15. 17.
— und -Kanzlei 84.
Reichsschulden 74.
Reichstagsfraktion 70.
Reichstag, Ohnmacht desselben 226. 231. 287. 314. 333.
Reichstagsschluß, plötzlicher 97. 335.
— -Nachwahlen (s. Nachwahlen.)
— -Wahlen 26.
Rekruten-Aufklärung 283.
Rentenempfänger 223. 227.
Resolutionen 92.
— über die parlamentarische Tätigkeit 223.
— betr. Abgrenzung der Wahlkreise 95.
Resolution betr. Alters- und Invalidenversicherung für Handwerker 92.
— betr. Aenderung § 152 der Gew.-Ord. 94.
Resolution betr. Aenderung des § 48 Ziffer 4 des Invalidenversicherungs-Gesetzes 93.
— betr. Arbeit in Glashütten 80.
Resolutionen für Friedensidee 36. 37.
Resolution betr. Kohlenbergbau 79.
Resolutionen betr. Arbeit an Sonn- und Festtagen 94.
Resolution betr. Gebühren auf Wasserstraßen 95.
— betr. Maximalarbeitstag 95.
— betr. Reichsarbeitsamt, Arbeitsämter, Arbeitskammern und Einigungsämter 93.
— betr. Regelung der tägl. Arbeitszeit 94.
— betr. Schutz der Arbeiter im Baugewerbe 94.
— betr. unlauterer Wettbewerb 93.
— betr. Verfassungsverh. in Mecklenburg 95.
— betr. Voreinfuhr von Hülsenfrüchten 89.
— betr. Vergiftungsgefahr 2c. 93.
Revisionssumme 91.
Revolution, Geschichte der 48.
Revolutionstheorie 292. 340.
Revolutionen in geschichtl. Beleuchtung 340.
Roland-Holst's Buch über Generalstreik 304. 333. 350.
Rußlands Finanzen 198.
Russisch-japanischer Krieg 84. 149.
Russ. Revolution 41. 269. 356.

Saarbrücker Prozeß 48. 49.
Schiedsgerichte 52.
— in Danzig 52.
— in Dortmund 53.
— in Lörrach 53.
— in Magdeburg 53.
— in Mannheim 53.
— in Meiderich 53.
— (s. Organisationsstatut 6) 347.
Sanitäre Vorsichtsmaßregeln bei Vieheinfuhr 215.
Schmidt, R., Erklärung gegen Fleißner 354.
Schreibweise der Parteipresse 43.
Schule und Klassenstaat 362.
Schulgesetzentwurf 18.
Schwurgerichte 92.
Soldatenmißhandlungen 76. 218. 225.
Sozialdemokratische Partei Englands 156.
— Hollands 156.
— Polen und Litauens 156.
Spaltung, angebliche der Partei 199.
Staat, Entstehung und Zusammensetzung desselben 300. 301.
Statistisches Jahrbuch des Deutschen Reichs 38.
Stellung der Gegner zu uns seit 1903 288.
Strafgesetzbuch, Reform 362.
Strafkonto der Arbeiterbewegung 48.
Strafprozeßordnung, Aenderung 91.
Strafvollzug 82.
Strafverschärfung für Sozialdemokratie 49.
Streikpostenstehen 82.
Streit in der Parteipresse 350.
— zwischen „Vorwärts" und „Leipziger Volkszeitung" 192. 193.
— Kommission hierzu 194.
— Resolution Nr. 112—115.
Südwestafrika 78.
Sympathiestreik 305.
Syndikatsbewegung 201.

Tagesordnung 11.
— Festsetzung 152. 153.
Taktik der Partei 286.
Telegramm in Sachen Nieuwenhuis 279. 314.
Telegramme und Zuschriften 366.
Toleranzantrag 230.
Trennung der Kirche vom Staat 230.
Trichinen 221.

Ungültigkeit von Polizeiverordnungen 82.
Unlauterer Wettbewerb 93.
Unterstützung der Opfer der russischen Revolution 41.

Verantwortlichkeit des Kanzlers 85.
Vergiftungsgefahr 93.
Versumpfung des Parlamentarismus 307.
Verstorbene Genossen 13—15.
Vertrauenspersonen, weibliche 182. 183.
Vieheinfuhr, Vorsichtsmaßregeln 215.
Viehseuchen 221.
Viehseuche in Deutschland 197.
Viehseuchengesetz 196.
Vorstandswahl 361.
Vorversammlung 145.
Vorwärts-Buchhandlung (s. Berichte).
„Vorwärts" (s. Abrechnung) 55.
— als Lokalorgan 178. 179. 184. 185. 347. 348.
— -Artikel über Massenstreik 350

Waberskys Erklärung 344.
Wahlausfall i. Oldenburg 359.
Wahl des Bureaus 151.
Wahlen zum Reichstag 26.
— zum Landtag 28.
— zu Gemeindevertretungen 24.
Wahlkompromisse (s. Kompromisse).
Wahl des Orts für nächsten Parteitag 360. 361.
Wahl des Parteivorstandes 361.
Wahl der Parteileitung und Kontrolleure 363.
Wahlkreis-Abgrenzung 95.
Wahlprüfungen 96.
Wahlrechtsraub 31. 32. 97. 294. 295. 337.
„Wahrer Jacob" (s. Abrechnung) 46.
Weibliche Vertrauenspersonen 182. 183.
Weltpolitik 153.
Wettbewerb, unlauterer 93.
Wetten bei Pferderennen 91.
Wiederaufnahme und Ausschluß 347.
Wohnungsgesetzentwurf 18.
Wortmeldung Nichtdelegierter 261. 262.
Wuchertarif 197.
Wurmb v., Staatsminister 146.
Zeißstiftung 363.
Zeugniszwangshaft der Redakteure 356.
Zentrum und Wahlrecht 296.
— als ev. Vert. d. Kommunismus 295.
— und Wissenschaft 289.
Zeugnisverweigerung Zielowski's 241.
Zinsen der Reichsschulden 74.
Zölle und Verbrauchssteuern 73.
Zuchthausvorlage, neue 298.
Zuschriften und Telegramme 366.

Ergebnis der Abstimmungen

über die

dem Parteitag vorgelegten Anträge.

(Wortlaut der Anträge Seite 98—144. Die in Klammern beigefügte Zahl bezeichnet die Seitenzahl der Abstimmung.)

Nicht genügend unterstützte Anträge.

2 bis **5. 7. 9. 10** (153). **81** (223). **87** bis **91** (354). **96** (355). **97** bis **100. 102** (354). **104. 106** bis **110** (355). **119** (285). **122** (153). **131. 132** (354). **133** (355).

Durch Abstimmung oder Erklärung erledigte Anträge.

1 (153). **20** bis **73** (350). **74. 75. 76. 78. 79. 80** (279). **92. 93** (354). **103** (355). **111** (350). **112** bis **115** (353). **116. 118** II (343). **120. 121** (350). **123** (343). **124. 126** (350). **127** (279). **129. 134. 135** (350 und 355). **136. 137** I. **138. 145** (350). **154** (361).

Zurückgezogene Anträge.

6. 8 (153). **19** I (285). **105** (355). **137** III (314). **140** (222). **150** (354).

Abgelehnte Anträge.

77 (279). **84** (232). **118** I (279). **128** (222). **144** (232).

Dem Parteivorstand überwiesene Anträge.

12 (360). **13** (362). **14. 15** (363). **17. 18** (283). **94. 95** (355). **137** II. **143** (279). Antrag, Bebels Referat über den Generalstreik als Flugblatt herauszugeben (343).

Angenommene Anträge.

11: Nächster Parteitagsort (361). **16:** Agitation zur Krankenkassen-Novelle (279). **19** II: Aufklärung der Militärpflichtigen (285). **82** und **83:** Fraktion soll beantragen: Trennung der Kirche vom Staat (232). **85:** Fraktion soll beantragen, das Militärstrafgesetz zu ändern (232). **86:** Fraktion soll Gesetzentwurf wegen Handelshilfsarbeiter usw. einbringen (232). **101:** Flugblatt für die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter (354). **117:** P. P. S. betreffend. In der Einleitung hat der Antrag die Worte erhalten: „Der Parteitag" bedauert usw. (222). **125:** Fraktion soll für Arbeiter*kammern* eintreten (232). **130:** Fraktion soll bei entscheidenden Abstimmungen mitwirken (232). **139:** Elsaß-Lothringen betreffend (232). **141** (mit Amendement **148**): Freundschaftserklärung an die englischen Arbeiter (223). **142** (mit Amendement Michels): Redeverbote betreffend (223). **146:** Fleischnot betreffend (222). **147:** Resolution zur Maifeier (279). **148:** Abänderung zu Antrag 141 (223). **149:** Resolution zur russischen Revolution (359). **151:** Resolution zum Massenstreik (342). **152:** Zeugniszwang betreffend (356). **153:** Agitation für „Neue Zeit" (355). **155:** Resolution der Fünfzehner-Kommission (Preßfehde) (353). Decharge-Erteilung für den Parteivorstand (222). Antrag der Kontrollkommission zur Mülhauser Angelegenheit (222).

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68
Linden-Straße 69.

Sozialdemokratische Agitations-Bibliothek

Zeitbilder aus dem Klassenstaat.

Die zusammenfassende Darstellung **wichtiger Zeitereignisse** und **gegenwärtiger Zustände des Deutschen Reiches,** die das Interesse der Oeffentlichkeit erweckt haben oder doch zu erwecken verdienen, ist die Aufgabe dieses unsres neuen Unternehmens. Aus der Masse des Agitationsstoffes, den uns die Wirtschaft unsrer Gegner liefert, soll das Bedeutungsvollste herausgegriffen und zu abgeschlossenen Bildern verarbeitet werden, wie sie die Tagespresse ihrer Natur nach zu liefern nicht imstande ist.

Die Sammler dieser Hefte, die in zwangloser Reihenfolge erscheinen, sollen aus ihnen nicht nur das Wichtige und Notwendige zur Orientierung über brennende Fragen des Tages erfahren, sondern sollen damit auch ein neues Rüstzeug gewinnen für den **Kampf gegen das System,** das in diesen Zeitbildern deutlich zum Ausdruck kommen soll. **Dinge, die nicht vergessen werden sollen,** sollen sicherer festgehalten werden, als durch das Zeitungsblatt, das der Tag bringt und nimmt, und das sich in seinem Inhalt dem Tage anpassen muß. **Indifferente Kreise,** die zum Abonnement eines Arbeiterblattes noch nicht zu haben sind und ihr Wissen über die Vorgänge und Zustände unserer Zeit aus schönfärberischen Berichten bürgerlicher Blätter holen, werden sich solchen ihnen gelegentlich angebotenen Heften vorerst zugänglicher erweisen, als der dauernden Verbindung mit der sozialdemokratischen Presse.

Genossen, die in der Versammlung oder im engen Kreise im Interesse der Partei tätig sind, werden wichtiges **Tatsachenmaterial,** das sie sich sonst mühsam zusammensuchen müssen, vereinigt finden. Für spätere Zeiten soll eine **Quelle zur Erkenntnis der heute herrschenden Verhältnisse** geschaffen werden.

Die „Sozialdemokratische Agitations-Bibliothek" soll also gleichermaßen den augenblicklichen Zwecken unsres Kampfes dienen, als zur Aufnahme in Büchereien geeignet sein. Sie soll im Hause keines Genossen fehlen, der das Bedürfnis fühlt, sich über die Ereignisse der Gegenwart auf dem Laufenden zu erhalten und die Pflicht anerkennt, seine eigene Erkenntnis von Mann zu Mann weiter zu tragen. Wir übergeben die neue Waffe der Arbeiterschaft in dem Vertrauen, daß sie auch diese zu führen wissen wird.

Heft I: Prinz Arenberg und die Arenberge.
Preis 20 Pfg., Porto 3 Pfg.

Heft II: Der Zukunftsstaat der Junker.
Preis 20 Pfg., Porto 3 Pfg.

Heft III: Der Klassenkampf im Ruhrgebiet.
Preis 20 Pfg., Porto 3 Pfg.

Heft IV: Das neue Ausnahmegesetz gegen die Bergarbeiter.
Preis 20 Pfg., Porto 5 Pfg.

Illustrationsprobe aus dem Roman „Der Kurier des Zaren"

Wir empfehlen zum Abonnement:

In Freien Stunden

Unser Unternehmen, das wir hiermit von neuem den Arbeitern, ihren Frauen und der Arbeiterjugend empfehlen, richtet sich

gegen die Schundliteratur

Im Hause des aufgeklärten Proletariers, der vernünftigen Proletarierin, darf kein Platz sein für das traurige Zeug jener Kolportageromane, die Geist und Gemüt verderben, in durchaus verlogener Weise das Leben schildern und oft genug darauf berechnet sind, den Geist des Volkes einzuschläfern, sein Klassenbewußtsein zu ersticken, seine Kampfesfreude zu lähmen.

Arbeiter! Parteigenossen!

Ihr kämpft mit Recht gegen eure leibliche Verelendung und strebt nach Verbesserung und Höherführung eures Daseins. Euer Recht, eure Pflicht ist es aber auch, in bezug auf die geistige Nahrung gegen die Verderbnis des Geschmacks Stellung zu nehmen und für eine gute und gesunde geistige Kost einzutreten.

Diese bietet euch und euren Angehörigen für billiges Geld unsere jetzt im neunten Jahrgange erscheinende

In Freien Stunden = Illustrierte = Roman-Bibliothek

Jedes Heft ist 24 Seiten stark, gut illustriert und kostet 10 Pfg.

Wöchentlich ein Heft.

Dasselbe bringt stets außer dem Hauptroman noch eine zweite Erzählung oder Novelle; außerdem ein kleines Feuilleton mit Novelletten, Skizzen, Anekdoten, humoristischen, historischen und interessanten Notizen aller Art.

Arbeiter! Sorgt für die Verbreitung der Freien Stunden!

Jeder Kolporteur, jede Buchhandlung, jeder Zeitungsspediteur, jede Postanstalt nehmen Bestellungen an, ebenso der Verlag

Buchhandlung Vorwärts Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.

G.E.STECHERT
& Co.
NEW YORK

UNIVERSITY OF ILLINOIS-URBANA
3 0112 102075154